KOBLENZ
VERBINDET.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Auskunft erteilt: | Frau Ziegler<br>Frau Zentner | Amt/EB: | 14-Rechnungsprüfungsamt |
| Tel.: | 0261 129 1452<br>0261 129 1460 | e-mail: | irina.ziegler@stadt.koblenz.de<br>claudia.zentner@stadt.koblenz.de |
| Koblenz, | 04.12.2024 | | |

**An alle Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses**

Ich lade hiermit zu einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am

Mittwoch, den 11.12.2024, 14:00 Uhr,

im Sitzungssaal 220, Rathausgebäude II, Willi-Hörter-Platz 2, 56068 Koblenz, ein.

## Tagesordnung

Öffentliche Sitzung:

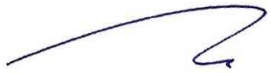
| | |
|---|---|
| Punkt 1: | Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2022<br>Vorlage: UV/0319/2024 |
| Punkt 2: | Beschlussfassung über die endgültige Fassung des Schlussberichtes (Revisionsberichtes) des Rechnungsprüfungsausschusses für das Haushaltsjahr 2022<br>Vorlage: BV/0644/2024 |
| Punkt 3: | Feststellung des Jahresabschlusses 2022<br>Vorlage: BV/0645/2024 |
| Punkt 4: | Entlastungserteilung für den Jahresabschluss 2022<br>Vorlage: BV/0647/2024 |
| Punkt 5: | Vorstellung des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes zum Jahresabschluss 2023 |
| Punkt 6: | Vorstellung des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfungshandlungen und -ergebnisse im Haushaltsjahr 2023 (Revisionsbericht) |
| Punkt 7: | Festlegung der Prüfungsschwerpunkte des Rechnungsprüfungsausschusses<br>Vorlage: BV/0649/2024 |
| Punkt 8: | Arbeitskreis "Vergabe" Besetzung<br>Vorlage: BV/0648/2024 |
| Punkt 9: | Verschiedenes |

Der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes zu TOP 5 - Jahresabschluss 2023 - sowie der Schlussbericht 2023 des Rechnungsprüfungsamtes zu TOP 6 sind in der Anlage beigefügt sowie in Session eingestellt.

Ich weise darauf hin, dass die stellvertretenden Ausschussmitglieder diese Einladung nur zur Kenntnis erhalten. Die Ausschussmitglieder sind gemäß § 29 Abs. 7 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Koblenz und der Ausschüsse (einschließlich der Sonderausschüsse) und der Ortsbeiräte im Falle der Verhinderung für die rechtzeitige Benachrichtigung sowie die Weitergabe der Sitzungsunterlagen an ihre Vertreter(innen) selbst verantwortlich.

Wenn Sie im Hinblick auf Ihren Teilnahmewunsch aufgrund einer Einschränkung Unterstützungsbedarf haben, melden Sie sich bitte unter der genannten Telefon-, Faxnummer oder Emailadresse. Verwaltungsseitig wird dann versucht, das zur Unterstützung Erforderliche und Umsetzbare in die Wege zu leiten.

Mit freundlichen Grüßen

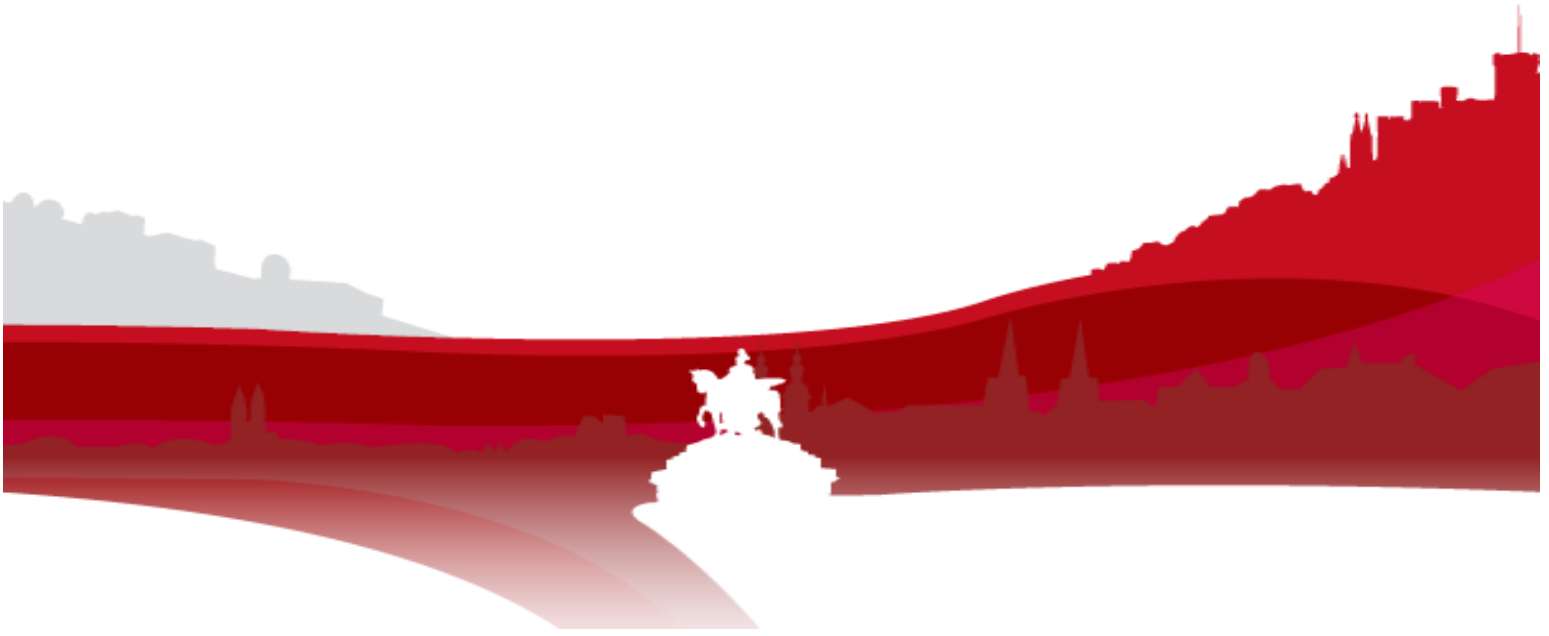


Marius Jakob
(Vorsitzender)

KOBLENZ
VERBINDET.

Rechnungsprüfungsamt

# Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31. Dezember 2023



# Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| **1.** | **Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen** | **5** |
| 1.1 | Prüfungsauftrag | 5 |
| 1.2 | Prüfungsdurchführung | 5 |
| 1.3 | Rechtliche Grundlagen | 6 |
| **2.** | **Grundsätzliche Feststellungen** | **6** |
| 2.1 | Stellungnahme zur Lagebeurteilung | 6 |
| 2.2 | Unregelmäßigkeiten | 7 |
| **3.** | **Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung** | **8** |
| 3.1 | Gegenstand der Prüfung | 8 |
| 3.2 | Art und Umfang der Prüfung | 8 |
| **4.** | **Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung** | **10** |
| 4.1 | Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung | 10 |
| 4.1.1 | Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen | 10 |
| 4.1.2 | Jahresabschluss | 12 |
| 4.1.3 | Rechenschaftsbericht | 12 |
| 4.2 | Gesamtaussage des Jahresabschlusses | 13 |
| 4.2.1 | Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses | 13 |
| 4.2.2 | Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen | 13 |
| 4.2.3 | Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage | 14 |
| **5.** | **Wiedergabe des Bestätigungsvermerks** | **25** |



# Anlagen zum Prüfbericht


| | | Seite |
|---|---|---|
| **Anlage 1** | Bilanz zum 31. Dezember 2023 | 29 |
| **Anlage 2** | Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 | 35 |
| **Anlage 3** | Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 | 37 |
| **Anlage 4** | Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 | 39 |
| **Anlage 5** | Anlagenübersicht | 77 |
| **Anlage 6** | Forderungsübersicht | 79 |
| **Anlage 7** | Verbindlichkeitenübersicht | 81 |
| **Anlage 8** | Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen | 83 |
| **Anlage 9** | Rechenschaftsbericht | 85 |
| **Anlage 10** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz | 131 |
| **Anlage 11** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung | 170 |
| **Anlage 12** | Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse | 223 |
| **Anlage 13** | Kennzahlenberechnung | 229 |

# 1 Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfungsauftrag

Nach § 110 GemO i.V.m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 der

**Stadt Koblenz**.

Nach § 108 Abs. 1 GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO beizufügen.

## 1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz mit Unterbrechungen in der Zeit von Ende Juni 2024 bis November 2024.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses waren zuständig:

| | |
|---|---|
| ■ Amtsleiter | Herr StVD Bernd Enkirch |
| ■ Prüfgruppenleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub |
| ■ Prüfer/in | Frau Ass. jur. Anja Meßemer |
| | Frau Anke Wendling |

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um zwei besondere Erläuterungsteile der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, die diesem Bericht als **Anlagen 10** und **11** beigefügt sind.

## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, in der Fassung vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 18. Mai 2006, in der Fassung vom 13. Dezember 2023 (GVBl. S. 409)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. I Nr. 120)

# 2 Grundsätzliche Feststellungen

## 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der Rechenschaftsbericht ist gemäß § 113 Abs. 2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Weiterhin wurde eine Abweichungsanalyse zur Ergebnis- und Finanzrechnung nach § 44 Abs. 3 GemHVO und § 45 Abs. 3 GemHVO erstellt, die als Anlage dem Rechenschaftsbericht beigefügt ist.

Der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 31.12.2023 der Stadt Koblenz (Anlage 9) enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Kennzahlen (Abschnitt 4)
4. Prognosebericht - Einschätzung der Chancen und Risiken (Abschnitt 5)

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz**

Im ersten Teil des Rechenschaftsberichtes wird auf die Organisationsstruktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Koblenz eingegangen. Weiterhin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben und die schwierige finanzielle Situation der Stadt Koblenz dargestellt. Einzelne Positionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert. Aussagen zum Problem einer dauerhaften Überschuldung – Verbrauch des Eigenkapitals – sowie dieser Entwicklung entgegensteuernde Maßnahmen werden im Rechenschaftsbericht getroffen.

**Kennzahlen**

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beinhaltet einige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems.

**Prognosebericht - Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung**

Im letzten Abschnitt werden die zukünftigen Chancen und Risiken der Stadt Koblenz beschrieben. Insbesondere werden Maßnahmen zur Gegensteuerung der defizitären Haushaltslage benannt und es wird auf die Entwicklung der zukünftigen hohen Zinsaufwendungen eingegangen. Abschließend werden die Chancen und hohen Risiken einzelner Projekte und Maßnahmen aufgezählt.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz wieder.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

## 2.2 Unregelmäßigkeiten

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden folgende Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen festgestellt:

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 hat gem. § 108 Abs. 4 GemO innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres, mithin bis zum 30. Juni 2024, zu erfolgen. Anschließend ist der Jahresabschluss dem Rechnungsprüfungsamt zu übergeben. Die Vorlage des Zahlenwerks zum Jahresabschluss 2023 erfolgte erstmals, seit Einführung der Kommunalen Doppik 2009 am 27. Juni 2024, fristgerecht. Der Anhang inkl. Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht wurden im November 2024 vorgelegt.

# 3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

## 3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (**Anlagen 1 bis 4**) und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 (**Anlage 9**) der Stadt Koblenz geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltungsleitung mitgeteilt worden. Verstöße, die einer besonderen Berichtsdarstellung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.

## 3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 15. Mai 2024 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2023 nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Koblenz Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Sachanlagevermögen
- Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen
- Zuwendungen

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Zusatzversorgungskasse vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Alle erbetenen Nachweise und Auskünfte wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt. Die zuständigen Fachdienststellen haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.
Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

# 4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

## 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

### 4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Seit 2015 werden die Festwerte für die Bäume im Stadtgebiet einer jährlichen Überprüfung durch den Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen unterzogen und entsprechend angepasst. Im Rahmen der Buch- und Beleginventur sollten in 2023 Inventuren bei den Ämtern 45/Städtische Museen, 52/Sport- und Bäderamt und Amt 62/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement durchgeführt werden, der Beginn verzögerte sich auf das Frühjahr 2024 (siehe hierzu auch Seite 39 des Prüfberichtes).

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. In einigen Fällen konnten formale Mängel bei der Handhabung der Kontierungsbelege festgestellt werden.

Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt Koblenz aufgestellt.

Bei Zugrundlegung der Nachvollziehbarkeit durch einen sachverständigen Dritten in angemessener Zeit als Beurteilungskriterium, erweist sich die Anlagenbuchhaltung in wesentlichen Teilen als schwer nachprüfbar, bedingt durch die angewandte Buchungstechnik, die eine Vielzahl an Umgehungsbuchungen aufweist. Dieser Umstand wird im We-

sentlichen begründet durch die Besonderheiten der Einbindung der **Finanzrechnung innerhalb des MACH-Systems**. Die Validität dieser Begründung kann durch die Rechnungsprüfung abschließend weder bestätigt noch abgelehnt werden. Gleichwohl wurden bei der stichprobenartigen Prüfung von Buchungsfällen in der Mehrzahl der Fälle keine weiteren Mängel offenkundig, die eine wesentliche materielle Auswirkung auf die Darstellung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses begründen.

Weiterhin muss die in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Koblenz und ihren jeweiligen Eigengesellschaften nicht übereinstimmen, in Teilen aufrechterhalten werden. Mit Beginn der Erstellung eines Gesamtabschlusses zum 31.12.2015 hat sich nach Aussage der Finanzbuchhaltung die Situation jedoch deutlich gebessert. Seitens der städtischen Finanzbuchhaltung wird dieser Umstand durch zeitliche Buchungsunterschiede begründet.

Zur edv-technischen Verarbeitung der doppischen Buchführung verwendet die Stadt Koblenz für den Jahresabschluss 2023 die Finanzsoftware MACH M1 der Fa. Mach AG, Lübeck. Da eine Freigabe der Anwendung des Moduls MACH-Veranlagung aufgrund zu erwartender Unzulänglichkeiten nicht verantwortet werden konnte, wurde im Jahr 2010 auf ein selbstentwickeltes Veranlagungsmodul auf der Basis des KOFIN-Systems, das in seinen Grundzügen bereits im früheren kameralen Rechnungswesen zum Einsatz kam, zurückgegriffen.

Für die Finanzsoftware MACH M1 (Version 1.84) wurde herstellerseitig eine Prüfung nach **IDW PS 880** „Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen“ durchgeführt. Im Prüfurteil des Wirtschaftsprüfers vom 29. Juni 2007 wurde die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Eine Prüfung der KOFIN-Veranlagung nach IDW PS 880 wurde bisher nicht vorgenommen.

Eine Prüfung der Finanzsoftware MACH M1, in Anlehnung an **IDW PS 850** „Projektbegleitende Prüfung bei Einsatz von Informationstechnologie“ wurde in 2011 abgeschlossen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung und das entsprechende Prüfungstestat liegen seit dem 10. August 2011 vor.

Für die Finanzsoftware MACH M1 wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegensprechen, dass die von der Stadt Koblenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, bei sachgerechter Anwendung die Einhaltung der sich aus den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gem. IDW RS FAIT 1 ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen sicherzustellen.

### 4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Aufgrund der zeitlichen Vorgabe und der Komplexität wurden in einigen Bereichen unwesentliche Fehler für den vorliegenden Jahresabschluss nicht korrigiert. Die Stadt Koblenz hat

gem. § 12 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bislang keine finale Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) aufgebaut.

Der Anhang enthält gem. § 48 GemHVO RLP die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben. Die geforderten Anlagen, wie Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie die Übersicht über die aus Vorjahren fortgeltenden Haushaltsermächtigungen, sind Teil des Anhangs.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

### 4.1.3 Rechenschaftsbericht

Der von der Stadtkämmerei aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 9** beigefügt. Die Abweichungsanalyse zur Ergebnis- und Finanzrechnung nach § 44 Abs. 3 GemHVO und § 45 Abs. 3 GemHVO war zum Zeitpunkt der Drucklegung (Ende 11/2024) noch nicht erstellt und soll im 1. Quartal 2025 endgefertigt werden. Aufgrund des großen Umfanges dieser Abweichungsanalyse ist dieser Teil nicht Bestandteil des vorliegenden Prüfberichtes.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 GemHVO RLP erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen nach § 4 GemHVO RLP wurden in den Rechenschaftsbericht einbezogen und erläutert. Der Aufbau des Kennzahlensystems ist noch nicht abgeschlossen; eventuell werden weitere wichtige Kennzahlen in die nachfolgenden Jahresabschlüsse aufgenommen.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wären.

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

### 4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2023 ist auf Basis der im Anhang (**Anlage 4**) dargestellten Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden. Eine Änderung wesentlicher Bewertungsgrundlagen sowie die Ausübung von Wahlrechten, die aus der Sicht der Rechnungsprüfung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, hat die Stadt Koblenz nicht vorgenommen.

Neben den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. Die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden erfordert die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessensspielräumen, die der Bilanzierende bei pflichtgemäßer Ausübung seiner Rechnungslegungsverpflichtungen auszufüllen hat. Die Rechnungsprüfung kann naturgemäß die Ausübung der Ermessensspielräume nur auf ihre Plausibilität hin untersuchen. Besonderheiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz haben sich im Rahmen der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren zudem keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

### 4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.

## ■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtjahr sowie zur Eröffnungsbilanz, sofern abbildbar, dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 13** aufgeführt.

| | 31.12.2023<br>in % | 31.12.2022<br>in % | Veränderung |
|---|---|---|---|
| **Wirtschaftliche Gesamtsituation** | | | |
| Aufwandsdeckungsgrad | 95,1 | 105,3 | - 10,2 |
| Eigenkapitalquote 1 | 42,5 | 45,7 | -3,2 |
| Eigenkapitalquote 2 | 56,6 | 59,7 | - 3,1 |
| Verschuldungsgrad | 70,4 | 59,2 | + 11,2 |
| Fehlbetragsquote | - | - | ±0,0 |
| **Vermögenslage** | | | |
| Anlagevermögensintensität | 93,0 | 92,9 | +0,1 |
| Infrastrukturquote | 29,9 | 31,4 | -1,5 |
| Abschreibungsintensität | 6,1 | 6,2 | -0,1 |
| Investitionsquote | 237,0 | 150,7 | +86,3 |
| **Finanzlage** | | | |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 94,8 | 95,4 | -0,6 |
| Liquidität 2. Grades | 134,6 | 166,8 | -32,2 |
| Kurzfristige Verbindlichkeitsquote | 4,8 | 3,9 | +0,9 |
| Zinslastquote | 2,4 | 2,8 | -0,4 |
| **Ertragslage** | | | |
| Steuerquote | 52,4 | 51,4 | +1,1 |
| Zuwendungsquote | 20,5 | 21,2 | -0,7 |
| Personalintensität | 26,3 | 28,0 | -1,7 |
| Sach- u. Dienstleistungsintensität | 17,7 | 17,7 | ±0,0 |
| Transferaufwandsquote | 13,1 | 12,5 | + 0,6 |

### Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko widerspiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

## ■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtpunkten zusammengefasst, umgruppiert und den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 10** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz“.

| | 31.12.2023 | | 31.12.2022 | | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Vermögen** | | | | | | |
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Anlagevermögen | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 60.211 | 3,7 | 59.127 | 3,8 | +1.084 | +1,8 |
| Sachanlagen | 1.078.780 | 66,5 | 1.035.670 | 66,0 | +43.110 | +4,2 |
| Finanzanlagen | 371.524 | 22,9 | 362.868 | 23,1 | +8.656 | +2,4 |
| | 1.510.515 | 93,1 | 1.457.665 | 92,9 | +52.850 | +3,6 |
| Umlaufvermögen | | | | | | |
| Vorräte | 1.374 | 0,1 | 1.913 | 0,1 | -539 | -28,2 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 31.037 | 1,9 | 30.062 | 1,9 | +975 | 3,2 |
| Wertpapiere | 502 | 0,0 | 502 | 0,0 | ±0 | |
| Flüssige Mittel | 73.188 | 4,5 | 73.069 | 4,7 | +119 | +0,2 |
| | 106.101 | 6,5 | 105.546 | 6,7 | +555 | +0,5 |
| Rechnungsabgrenzung | 6.809 | 0,4 | 6.218 | 0,4 | +591 | 9,5 |
| **Vermögen gesamt** | **1.623.425** | **100,0** | **1.569.429** | **100,0** | **+53.996** | **+3,4** |
| **Kapital** | | | | | | |
| Eigenkapital | 690.294 | 42,5 | 717.328 | 45,7 | -27.034 | -+3,8 |
| Sonderposten | 228.111 | 14,1 | 219.687 | 14,0 | +8.424 | +3,8 |
| Fremdkapital | | | | | | |
| Rückstellungen | 218.727 | 13,5 | 206.979 | 13,2 | +11.748 | +5,7 |
| Verbindlichkeiten | 485.731 | 29,9 | 424.954 | 27,1 | +60.777 | +14,3 |
| | 704.458 | 43,4 | 631.933 | 40,3 | +72.525 | +11,5 |
| Rechnungsabgrenzung | 562 | 0,0 | 481 | 0,0 | +81 | +16,8 |
| **Kapital gesamt** | **1.623.425** | **100,0** | **1.569.429** | **100,0** | **+53.996** | **+3,4** |

## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Bilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 1.623.425 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 14.105 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 93,1 % (Vorjahr 92,9 %) annähernd ausschließlich aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 60.211 T€, das Sachanlagevermögen mit 1.078.780 T€ sowie das Finanzanlagevermögen mit 371.524 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 52.850 T€ bzw. 3,6 %.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geleistete Zuwendungen“ (43.386 T€) sowie „Gezahlte Investitionszuschüsse“ (10.441 T€) und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.084 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 4.313 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 3.229 T€ gegenüber.

Das **Sachanlagevermögen**, welches sich gegenüber dem Vorjahr um 43.110 T€ erhöht hat, bestimmt mit 1.078.780 T€ (Vorjahr: 1.035.670 T€) weitestgehend die Vermögenslage der Stadt Koblenz und repräsentiert rd. 71,4 % des gesamten Anlagevermögens.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 484.963 T€ rd. 45,0 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (253.241 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege und Straßenbegleitgrün (124.640 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (69.174 T€) erfasst. Die Veränderung des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr mit einem Rückgang um 8.568 T€ bzw. 1,7 % resultiert aus den Zugängen und Umbuchungen in Höhe von 5.127 T€ sowie den planmäßigen Abschreibungen und Abgängen in Höhe von 13.695 T€.

Der Wert der Position **Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 281.893 T€ (Vorjahr: 257.266 T€) setzt sich zusammen aus dem Wert des Grund und Bodens in Höhe von 48.314 T€ sowie dem Wert der Bauten mit 233.579 T€. Bei beiden dominieren die Werte der Schulen mit insgesamt 101.880 T€, der Sportanlagen mit 40.078 T€ und der sonstigen Gebäude mit 93.631 €. Da die Zugänge inkl. Umbuchungen die Abschreibungen überschritten, ergab sich in diesem Bereich ein Anstieg in Höhe von 24.627 T€.

Zu den **sonstigen unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** in Höhe von insgesamt 103.359 T€ (Vorjahr: 98.970 T€) zählen vor allem die Grünflächen der Parkanlagen (59.393 T€) und Spielplätze (7.983 T€) sowie die unbebauten Grundstücke für Industrie und Gewerbe (2.860 T€) und Bauland (6.857 T€). Der Anstieg ist im Wesentlichen durch die Flächenneugestaltung der Festungsanlagen bedingt.

Die **geleisteten Anzahlungen u. Anlagen im Bau** betragen insgesamt 91.115 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr (78.753 T€) um 12.362 T€ erhöht. Die Gründe für den

Anstieg sind im Erläuterungsteil (Anlage 10) unter der Position „1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ ausführlich dargestellt.

Das Vermögen in der Position **Wald und Forsten** in Höhe von 24.201 T€ (Vorjahr: 24.562 T€) setzt sich vornehmlich aus dem Wert der Grundstücke und dem Holzbestand zusammen.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 371.524 T€ (Vorjahr: 362.868 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 24,6 % des gesamten Anlagevermögens.

Über die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 231.878 T€ (Vorjahr: 231.878 T€) und ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Der Wert der **Beteiligungen** von 10.367 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (10.120 T€). Der Grund für die Veränderung gegenüber dem Vorjahr ist unter der Position „1.3.3 Beteiligungen“ ausführlich dargestellt.

Unter den **Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, wurde ein an das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH gewährtes Gesellschafterdarlehen bilanziert, welches sich im Berichtsjahr um 3.250 T€ auf insgesamt 6.250 T€ erhöht hat.

Mit einem Vermögenswert von 122.987 T€ (Vorjahr: 122.566 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich des Sondervermögens mit insgesamt 110.930 T€, im Besonderen der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (77.332 T€) und der Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle (28.285 T€).

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 106.101 T€ (Vorjahr: 105.546 T€) am Gesamtvermögen ist mit 6,5 % gering.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 31.037 T€ (Vorjahr: 30.062 T€) werden im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen ausgewiesen. Diese bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen sowie den Forderungen aus Transferleistungen. Um dem Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurden die gesamten Forderungen durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von 8.408 T€ (Vorjahr: 9.293 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 2.705 T€ (Vorjahr: 3.501 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 1.374 T€ (Vorjahr: 1.913 T€), vornehmlich im Bereich fertiger Erzeugnisse und Leistungen (1.296 T€), zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 73.188 T€ und erhöhten sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr um 119 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 690.394 T€, welches sich gegenüber dem Vorjahr um 27.034 T€ bzw. 3,7 % reduziert hat. Der Rückgang gegenüber

dem Vorjahr ist fast ausschließlich durch den Jahresfehlbetrag 2023 entstanden. Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 42,5 % (Vorjahr: 45,7 %), was einem Anteil von 5.997 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 56,6 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 59,7 %).

Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 228.111 T€ (Vorjahr: 219.687 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (228.178 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 143.306 T€ (Vorjahr: 142.954 T€) begründet. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 21.900 T€ (Vorjahr: 23.387 T€) hervorzuheben, die vornehmlich aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren. Die Sonderposten aus **Anzahlungen zum Anlagevermögen** haben sich um 9.581 T€ von 53.391 T€ auf 62.972 T€ erhöht.

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 704.458 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 72.525 T€. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 43,4 % (Vorjahr: 40,3 %). Gemessen an der Einwohnerzahl ergeben sich 6.121 € (Vorjahr: 5.493 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 485.731 T€ (Vorjahr: 424.954 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 218.727 T€ (Vorjahr 206.979 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 485.731 T€ einen Anteil von 29,9 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Anstieg um 60.777 T€ bzw. 14,3 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 430.513 T€ (Vorjahr: 371.679 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 390.513 T€ (Vorjahr: 331.679 T€) und der Liquiditätssicherung mit 40.000 T€ (Vorjahr: 40.000 T€) dienen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 16.172 T€ (Vorjahr: 20.389 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 218.727 T€, der einem Anteil von 13,5 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 11.748 T€ bzw. 5,7 % erhöht. Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 192.719 T€ (Vorjahr: 191.442 T€). Diese Position setzt sich im überwiegend aus Pensionsrückstellungen (162.950 T€; Vorjahr: 162.004 T€) und Beihilfeverpflichtungen (28.910 T€; Vorjahr: 28.677 T€) zusammen. Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 25.032 T€ (Vorjahr: 15.204 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (4.092 T€; Vorjahr: 4.788 T€), für ausstehende Rechnungen (13.457 T€; Vorjahr: 3.087 T€) und Urlaubs- und Überstunden (6.100 T€; Vorjahr: 5.950 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

## ■ Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die Abschlusszahlen in Form einer vereinfachten Kapitalflussrechnung zusammengestellt. Sie gibt Auskunft über die aus der Verwaltungstätigkeit sowie ihr von außen zugeflossenen Finanzmittel. Dafür werden in der vereinfachten Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

| | 31.12.2023 | Haushalts-ansatz | Differenz |
|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR |
| Laufende Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit | 449.133 | 467.620 | -18.487 |
| Laufende Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit | 439.613 | 439.371 | +242 |
| **Cashflow der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **9.520** | **28.249** | **-18.729** |
| Zins- und sonst. Finanzein- u. -auszahlungen | -2.037 | -4.612 | +2.575 |
| **Ordentlicher Cashflow** | **7.483** | **23.637** | **-16.154** |
| Außerordentliche Ein- und Auszahlungen | 0 | 0 | ±0 |
| **Ordentlicher und außerordentlicher Cashflow** | **7.483** | **23.637** | **-16.154** |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 12.820 | 31.275 | -18.455 |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 77.663 | 89.856 | -12.193 |
| **Cashflow aus Investitionstätigkeit** | **-64.843** | **-58.581** | **-6.262** |
| Ein- u. Auszahlungen aus Investitionskrediten | 59.175 | 38.671 | +20.504 |
| Ein- u. Auszahlungen aus Krediten d. Liquiditätssicherung | -2.148 | -3.727 | +1.579 |
| **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** | **57.027** | **34.944** | **22.083** |
| Veränderung der liquiden Mittel | -333 | 0 | -333 |
| Durchlaufende Gelder | 666 | 0 | +666 |
| **Cashflow gesamt** | **333** | **0** | **+333** |

Die Summe der Cashflows entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertänderungen beruht.

### Effektivverschuldung

| | 31.12.2023 | 31.12.2022 |
|---|---|---|
| | TEUR | TEUR |
| Fremdkapital insgesamt | 704.458 | 631.933 |
| abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte | | |
| Flüssige Mittel | 73.188 | 73.069 |
| Vorräte | 1.374 | 1.913 |
| Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände | 31.037 | 30.062 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502 | 502 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6.809 | 6.218 |
| **Effektivverschuldung** | **591.548** | **520.169** |

Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 112.970 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (704.458 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 591.548 T€. Gegenüber dem Stand zum Vorjahr ist die Effektivverschuldung um 71.379 T€ bzw. 13,7 % gestiegen.

## ■ Ertragslage (Vorjahresvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtpunkten gegliedert und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

Das Jahresergebnis 2023 (Jahresverlust in Höhe von 27.034 T€) ist der erste Abschluss nach 3 Corona geprägten Jahren, die einzelnen Auswirkungen werden in der Anlage 11 ausführlich erläutert.

| | 2023 | | 2022 | | Differenz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Steuern und ähnlich Abgaben | 239.978 | 52,4 | 245.092 | 51,4 | -5.114 | -2,1 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag | 93.857 | 20,5 | 101.356 | 21,2 | -7.499 | -7,4 |
| Ertrag der sozialen Sicherung | 74.453 | 16,3 | 74.623 | 15,6 | -170 | -0,2 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 13.499 | 2,9 | 12.899 | 2,7 | +600 | +4,7 |
| Privatrechtliche Entgelte | 8.404 | 1,8 | 8.659 | 1,8 | -255 | -2,9 |
| Kostenerstattungen und -umlagen | 10.633 | 2,3 | 11.570 | 2,4 | -937 | -8,1 |
| Sonstiger laufender Ertrag | 17.410 | 3,8 | 23.092 | 4,9 | -5.682 | -24,6 |
| **Gesamtertrag** | **458.234** | **100,0** | **477.291** | **100,0** | **-19.057** | **-4,0** |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 126.535 | 27,6 | 126.681 | 26,5 | -146 | -0,1 |
| Sach-, Dienstleistungsaufwand | 85.354 | 18,6 | 80.049 | 16,8 | +5.305 | +6,6 |
| Abschreibungen | 29.264 | 6,4 | 28.080 | 5,9 | +1.184 | +4,2 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand | 63.220 | 13,8 | 56.447 | 11,8 | +6.773 | +12,0 |
| Aufwand der sozialen Sicherung | 147.502 | 32,2 | 132.359 | 27,7 | +15.143 | +11,4 |
| Sonstiger laufender Aufwand | 30.118 | 6,6 | 29.556 | 6,2 | +562 | +1,9 |
| **Gesamtaufwand** | **481.993** | **105,2** | **453.172** | **94,9** | **+28.821** | **+6,4** |
| **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** | **-23.759** | **-5,2** | **24.119** | **5,1** | **-47.878** | |
| Zinsertrag | 8.438 | 1,8 | 6.694 | 1,4 | +1.744 | +26,1 |
| Zinsaufwand | 11.713 | 2,6 | 12.492 | 2,6 | -779 | -6,2 |
| **Finanzergebnis** | **-3.275** | **-0,8** | **-5.798** | **-1,2** | **+2.523** | |
| **Ordentliches Ergebnis** | **-27.034** | **-6,0** | **18.321** | **3,9** | **-45.355** | |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0** | **0,0** | **0** | **0,0** | **0,0** | |
| **Jahresüberschuss/ -fehlbetrag** | **-27.034** | **-6,0** | **18.321** | **3,9** | **-45.355** | |

## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresfehlbetrag** von 27.034 T€, der mit der Kapitalrücklage verrechnet wird. Das negative **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 23.759 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verschlechtert, während sich das **Finanzergebnis** um 2.523 T€ verbessert hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 45.355 T€ verschlechtert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamtaufwendungen von 481.993 T€ die Gesamterträge von 458.234 T€ um 5,2 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 239.978 T€ (Vorjahr: 245.092 T€), die im Haushaltsjahr rd. 52,4 % (Vorjahr: 51,4 %) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (74.453 T€; Vorjahr: 74.623 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (93.857 T€; Vorjahr: 101.356 T€) sowie **sonstigen laufenden Erträgen** (17.410 T€; Vorjahr: 23.092 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** in Höhe von 13.499 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 6.434 T€ sowie Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen (790 T€). Weiterhin erfolgte in dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (45 T€) sowie die Auflösung aus der Reduzierung der Wertberichtigungen auf Forderungen (2.864 T€). Die Zuschreibung von Festwerten in den Bereichen der Straßenbegleitgrün und bei den Sonstigen Bäumen ergaben Erträge in Höhe von 175 T€. Die Erhöhung des Anteilswertes an der Sonderrücklage „Kommunaler Entschuldungsfonds“ ergab Erträge in Höhe von 378 T€. Die Aktivierten Eigenleistungen erhöhten sich im Berichtsjahr um 626 T€ von 1.456 T€ auf 2.082 T€.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (147.502 T€; Vorjahr: 132.359 T€) sowie die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** (126.535 T€; Vorjahr: 126.681 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem Fidelis und einer anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 29.264 T€ (Vorjahr: 28.080 T€). Gründe für die Veränderungen sind in Anlage 11 (Erläuterungsteil, Zeile 11) näher erläutert.

Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 8.438 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 11.713 T€, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2.523 T€ verbessert.

## ■ Ertragslage (Planvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtpunkten gegliedert und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

| | 2023 | | Haushalts-ansatz | | Differenz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Steuern und ähnlich Abgaben | 239.978 | 52,4 | 246.671 | 51,9 | -6.693 | -2,7 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag | 93.857 | 20,5 | 102.206 | 21,5 | -8.349 | -8,2 |
| Ertrag der sozialen Sicherung | 74.453 | 16,3 | 76.696 | 16,1 | -2.243 | -2,9 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 13.499 | 2,9 | 14.098 | 3,0 | -599 | -4,2 |
| Privatrechtliche Entgelte | 8.404 | 1,8 | 7.584 | 1,6 | +820 | +10,8 |
| Kostenerstattungen und -umlagen | 10.633 | 2,3 | 10.521 | 2,2 | +112 | +1,1 |
| Sonstiger laufender Ertrag | 17.410 | 3,8 | 17.880 | 3,8 | -470 | -2,6 |
| **Gesamtertrag** | **458.234** | **100,0** | **475.656** | **100,1** | **-17.422** | **-3,7** |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 126.535 | 27,6 | 123.340 | 25,9 | +3.195 | +2,6 |
| Sach-, Dienstleistungsaufwand | 85.354 | 18,6 | 87.782 | 18,5 | -2.428 | -2,8 |
| Abschreibungen | 29.264 | 6,4 | 28.362 | 6,0 | +902 | +3,2 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand | 63.220 | 13,8 | 57.454 | 12,1 | +5.766 | +10,0 |
| Aufwand der sozialen Sicherheit | 147.502 | 32,2 | 143.733 | 30,2 | +3.769 | +2,6 |
| Sonstiger laufender Aufwand | 30.118 | 6,6 | 29.514 | 6,2 | +604 | +2,0 |
| **Gesamtaufwand** | **481.993** | **105,2** | **470.185** | **98,9** | **+11.808** | **+2,5** |
| **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** | **-23.759** | **-5,2** | **5.471** | **1,2** | **-29.230** | |
| Zinsertrag | 8.438 | 1,8 | 6.952 | 1,5 | +1.486 | +21,4 |
| Zinsaufwand | 11.713 | 2,6 | 11.582 | 2,4 | +131 | +1,1 |
| **Finanzergebnis** | **-3.275** | **-0,8** | **-4.630** | **-0,9** | **+1.355** | |
| **Ordentliches Ergebnis** | **-27.034** | **-6,0** | **841** | **0,3** | **-27.875** | |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0** | **0,0** | **0** | **0,0** | **0** | |
| **Jahresüberschuss/ -fehlbetrag** | **-27.034** | **-6,0** | **841** | **0,3** | **-27.875** | |

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresfehlbetrag** von 27.034 T€, der mit der Kapitalrücklage verrechnet wird. Gegenüber dem Haushaltsansatz hat sich der Jahresüberschuss um 27.875 T€ verschlechtert.

Weitere Informationen zu einzelnen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz finden sich im Erläuterungsteil (siehe **Anlage 11**) dieses Prüfberichtes.

# 5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

**Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung**

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2023 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 113 GemO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

**Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.**

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

Der Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Koblenz und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, den 29. November 2024



Bernd Enkirch
Amtsleiter



Olaf Schaub
Stellv. Amtsleiter

# Anlagen zum Prüfbericht

| | |
|---|---|
| **Anlage 1** | Bilanz zum 31. Dezember 2023 |
| **Anlage 2** | Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 |
| **Anlage 3** | Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 |
| **Anlage 4** | Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 |
| **Anlage 5** | Anlagenübersicht |
| **Anlage 6** | Forderungsübersicht |
| **Anlage 7** | Verbindlichkeitenübersicht |
| **Anlage 8** | Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen |
| **Anlage 9** | Rechenschaftsbericht |
| **Anlage 10** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz |
| **Anlage 11** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung |
| **Anlage 12** | Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse |
| **Anlage 13** | Kennzahlenberechnung |



# **Anlage 1** Bilanz zum 31.12.2023

**Bilanz zum 31. Dezember 2023**

| AKTIVA | | | PASSIVA | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2023** in EUR | **31.12.2022** in TEUR | | **31.12.2023** in EUR | **31.12.2022** in TEUR |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 60.210.917,84 | 59.127 | Kapitalrücklage | 717.149.765,79 | 698.829 |
| Sachanlagen | 1.078.780.235,75 | 1.035.670 | Sonstige Rücklagen | 178.730,95 | 178 |
| Finanzanlagen | 371.524.212,61 | 362.868 | Ergebnisvortrag | 0,00 | 0 |
| Vorräte | 1.373.719,98 | 1.913 | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | -27.034.098,32 | 18.321 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 31.036.929,34 | 30.062 | Sonderposten für Belastungen aus komm. Finanzausgleich | 0,00 | 0 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502 | Sonderposten zum Anlagevermögen | 228.178.382,00 | 219.732 |
| Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben b. EZB, Kreditinstitituten u. Schecks | 73.188.234,54 | 73.069 | Sonderposten für den Gebührenausgleich | -67.110,04 | -45 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6.808.934,75 | 6.218 | Sonderposten mit Rücklageanteil | 0,00 | 0 |
| | | | Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | 0 |
| | | | Sonderposten aus Anzahlungen f. Grabnutzungsent. | 0,00 | 0 |
| | | | Sonstige Sonderposten | 0,00 | 0 |
| | | | Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen | 192.718.895,87 | 191.442 |
| | | | Steuerrückstellungen | 976.209,52 | 333 |
| | | | Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 | 0 |
| | | | Sonstige Rückstellungen | 25.032.118,41 | 15.204 |
| | | | Anleihen | 0,00 | 0 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 430.512.750,92 | 371.679 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 9.953.451,79 | 11.168 |
| | | | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 | 0 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen | 14.114.912,75 | 9.746 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 2.067.215,07 | 153 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. verbund. Unternehmen | 1.690.424,84 | 2.430 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis | 42.451,81 | 17 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. Sonderverm., Zweckverb., AöR, rechtsf. komm. Stift. | 16.171.742,31 | 20.388 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. sonst. öffent. Bereich | 5.041.102,42 | 3.343 |
| | | | Sonst. Verbindlichkeiten | 6.136.430,66 | 6.029 |
| | | | Rechnungsabgrenzungsposten | 562.141,66 | 481 |
| | **1.623.425.518,41** | **1.569.429** | | **1.623.425.518,41** | |



## Aktiva

| | Stand 31.12.2023 | Stand 31.12.2022 |
|---|---|---|
| | EUR | TEUR |
| **1 Anlagevermögen** | **1.510.515.366,20** | **1.457.665** |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | 60.210.917,84 | 59.127 |
| 1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werten sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werden | 174.110,43 | 244 |
| 1.1.2 Geleistete Zuwendungen | 43.385.699,00 | 43.341 |
| 1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse | 10.440.643,01 | 10.373 |
| 1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert | 0,00 | 0 |
| 1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 6.210.465,40 | 5.169 |
| 1.2 Sachanlagen | 1.078.780.235,75 | 1.035.670 |
| 1.2.1 Wald, Forsten | 24.201.289,32 | 24.562 |
| 1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte | 103.358.566,88 | 98.970 |
| 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 281.893.247,77 | 257.266 |
| 1.2.4 Infrastrukturvermögen | 484.962.860,69 | 493.531 |
| 1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden | 6.063.654,00 | 6.396 |
| 1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler | 42.392.140,01 | 39.992 |
| 1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 21.859.279,00 | 17.989 |
| 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 22.933.908,42 | 18.211 |
| 1.2.9 Pflanzen und Tiere | 0,00 | 0 |
| 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 91.115.289,66 | 78.753 |
| 1.3 Finanzanlagen | 371.524.212,61 | 362.868 |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.878..444,53 | 231.878 |
| 1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 0,00 | 0 |
| 1.3.3 Beteiligungen | 10.367.005,35 | 5.367 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 6.250.000,00 | 3.000 |
| 1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 122.987.497,60 | 122.566 |
| 1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen | 0,00 | 0 |
| 1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | 0,00 | 0 |
| 1.3.8 Sonstige Ausleihungen | 41.265,13 | 57 |
| **2 Umlaufvermögen** | **106.101.217,46** | **105.546** |
| 2.1 Vorräte | 1.373.719,98 | 1.913 |
| 2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 77.528,91 | 88 |
| 2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen | 0,00 | 0 |
| 2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 1.296.191,07 | 1.825 |
| 2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte | 0,00 | 0 |

| | | |
|---|---|---|
| 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 31.036.929,34 | 30.062 |
| 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.771.919,87 | 35.534 |
| 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen | 755.116,80 | 1.269 |
| 2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 631.309,58 | 256 |
| 2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 170.113,50 | 39 |
| 2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen | 425.063,11 | 514 |
| 2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 538.382,55 | 335 |
| 2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände | 3.858.079,26 | 4.908 |
| 2.2.8 Wertberichtigung Forderungen | -11.113.055,33 | -12.793 |
| 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502 |
| 2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 0,00 | 0 |
| 2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502 |
| 2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks | 73.188.234,54 | 73.069 |
| **3 Ausgleichsposten für latente Steuern** | **0,00** | **0** |
| **4 Rechnungsabgrenzungsposten** | **6.808.934,75** | **6.218** |
| 4.1 Disagio | 0,00 | 0 |
| 4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | 6.808.934,75 | 6.218 |
| **Summe Aktiva** | **1.623.425.518,41** | **1.569.429** |

## Passiva

| | | |
|---|---|---|
| **1 Eigenkapital** | **690.294.398,42** | **717.329** |
| 1.1 Kapitalrücklage | 717.149.765,79 | 698.829 |
| 1.2 Sonstige Rücklagen | 178.730,95 | 179 |
| 1.3 Ergebnisvortrag | 0,00 | 0 |
| 1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | -27.034.098,32 | 18.321 |
| **2 Sonderposten** | **228.111.271,96** | **219.687** |
| 2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich | 0,00 | 0 |
| 2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen | 228.178.382,00 | 219.732 |
| 2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen | 143.305.594,83 | 142.954 |
| 2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 21.900.512,19 | 23.387 |
| 2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen | 62.972.274,98 | 53.391 |
| 2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich | -67.110,04 | -45 |
| 2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil | 0,00 | 0 |
| 2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | 0 |
| 2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte | 0,00 | 0 |
| 2.7 Sonstige Sonderposten | 0,00 | 0 |

| | | |
|---|---|---|
| **3 Rückstellungen** | **218.727.223,80** | **206.979** |
| 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 192.718.895,87 | 191.442 |
| 3.2 Steuerrückstellungen | 976.209,52 | 333 |
| 3.3 Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 | 0 |
| 3.4 Sonstige Rückstellungen | 25.032.118,41 | 15.204 |
| **4 Verbindlichkeiten** | **485.730.482,57** | **424.953** |
| 4.1 Anleihen | 0,00 | 0 |
| 4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 430.512.750,92 | 371.679 |
| 4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 390.512.725,67 | 331.679 |
| 4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 40.000.025,25 | 40.000 |
| 4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 9.953.451,79 | 11.168 |
| 4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 | 0 |
| 4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 14.114.912,75 | 9.746 |
| 4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 2.067.215,07 | 153 |
| 4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 1.690.424,84 | 2.430 |
| 4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 42.451,81 | 17 |
| 4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sonderverm., Zweckverb., Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähigen komm. Stiftungen | 16.171.742,31 | 20.388 |
| 4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 5.041.102,42 | 3.343 |
| 4.11 Sonstige Verbindlichkeiten | 6.136.430,66 | 6.029 |
| **5 Rechnungsabgrenzungsposten** | **562.141,66** | **481** |
| **Summe Passiva** | **1.623.425.518,41** | **1.569.429** |



# Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

| | 2023 | 2022 | Differenz |
|---|---|---|---|
| | EUR | EUR | TEUR |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 239.977.767,39 | 245.092.000,63 | - 5.114 |
| Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfererträge | 93.856.562,23 | 101.356.259,68 | - 7.500 |
| Erträge der sozialen Sicherung | 74.453.099,61 | 74.622.513,37 | - 169 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 13.498.686,30 | 12.898.524,59 | + 600 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8.404.544,54 | 8.659.437,70 | - 255 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 10.632.884,93 | 11.570.474,56 | - 938 |
| Sonstige laufende Erträge | 17.410.309,41 | 23.091.793,57 | - 5.681 |
| **Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit** | **458.233.854,41** | **477.291.004,10** | **-19.057** |
| Personal- und Versorgungsaufwendungen | 126.535.197,66 | 126.681.383,96 | -146 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 85.354.031,88 | 80.049.060,45 | + 5.305 |
| Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr.11 GemHVO | 29.263.698,27 | 28.079.867,75 | + 1.184 |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen | 63.220.387,94 | 56.446.799,07 | + 6.773 |
| Aufwendungen der sozialen Sicherungen | 147.501.849,21 | 132.358.784,85 | + 15.143 |
| Sonstige laufende Aufwendungen | 30.118.191,69 | 29.556.189,66 | + 562 |
| **Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** | **481.993.356,65** | **453.172.085,74** | **+ 28.821** |
| **Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** | **-23.759.502,24** | **24.118.918,36** | **- 47.878** |
| Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 8.438.193,67 | 6.693.787,62 | + 1.744 |
| Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen | 11.712.789,75 | 12.491.786,40 | - 779 |
| **Finanzergebnis** | **-3.274.596,08** | **-5.797.998,78** | **- 2.523** |
| **Ordentliches Ergebnis** | **-27.034.098,32** | **18.320.919,58** | **-45.355** |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0,00** | **0,00** | **±0** |
| **Jahresergebnis** (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) | **-27.034.098,32** | **18.320.919,58** | **- 45.355** |



# Anlage 3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

| | 2023 | Haus-haltsan-satz | Differenz |
|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 241.644 | 246.671 | - 5.027 |
| Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfer-einzahlungen | 87.596 | 96.421 | - 8.825 |
| Einzahlungen der sozialen Sicherung | 74.211 | 76.696 | - 2.485 |
| Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte | 11.805 | 12.540 | - 735 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8.936 | 7.584 | + 1.352 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 10.776 | 10.521 | + 255 |
| Sonstige laufende Einzahlungen | 14.165 | 17.187 | - 3.022 |
| **Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwal-tungstätigkeit** | **449.133** | **467.620** | **- 18.487** |
| Personal- und Versorgungsauszahlungen | 125.465 | 120.084 | + 5.381 |
| Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | 85.985 | 89.282 | - 3.297 |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferauszah-lungen | 52.512 | 57.454 | - 4.942 |
| Auszahlungen der sozialen Sicherung | 145.594 | 143.733 | + 1.861 |
| Sonstige laufende Auszahlungen | 30.057 | 28.818 | + 1.239 |
| **Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwal-tungstätigkeit** | **439.613** | **439.371** | **+ 242** |
| **Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit** | **9.520** | **28.249** | **-18.729** |
| Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen | 8.732 | 6.947 | + 1.785 |
| Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen | 10.769 | 11.559 | - 790 |
| **Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -aus-zahlungen** | **-2.037** | **-4.612** | **+ 2.575** |
| **Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **7.483** | **23.637** | **- 16.154** |
| Außerordentliche Einzahlungen | 0 | 0 | ±0 |
| Außerordentliche Auszahlungen | 0 | 0 | ±0 |
| **Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlun-gen** | **0** | **0** | ±0 |
| **Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **7.483** | **23.637** | **- 16.154** |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | 12.130 | 26.138 | - 14.008 |
| Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 452 | 275 | + 177 |
| Sonstige Investitionseinzahlungen | 238 | 4.862 | - 4.624 |
| **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **12.820** | **31.275** | **- 18.455** |
| Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände | 3.235 | 5.272 | - 2.037 |
| Auszahlungen für Sachanlagen | 66.171 | 75.677 | - 9.506 |
| Auszahlungen für Finanzanlagen | 5.000 | 8.000 | - 3.000 |
| Sonstige Investitionsauszahlungen | 3.257 | 907 | + 2.350 |
| **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **77.663** | **89.856** | **- 12.193** |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-64.843** | **-58.581** | **- 6.262** |
| **Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag** | **-57.360** | **-34.944** | **- 22.416** |
| Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten | 82.220 | 58.581 | + 23.639 |
| Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten | 23.045 | 19.910 | +3.135 |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten** | **59.175** | **38.671** | **+ 20.504** |
| Veränderung der liquiden Mittel | -333 | 0 | - 333 |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung** | **-2.148** | **-3.727** | **+ 1.579** |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** | 56.694 | 34.944 | + 21.750 |
| Saldo der durchlaufenden Gelder | 666 | 0 | +666 |
| **Verwendung Finanzmittelüberschuss / Deckung Finanzmittelfehlbetrag** | **57.360** | **34.944** | **+ 22.416** |
| **Veränderung der liquiden Mittel (einschl. durchlaufende Gelder)** | **333** | **0** | **+ 333** |
| **Nachrichtlich. Ausgleich Finanzhaushalt** | **-10.308** | **-3.727** | **- 6.581** |

# F. Rechtsgrundlage

Der Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2023 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO und der §§ 33 Abs. 1 S. 2 Nr. 5, 35 Abs. 2 und Abs. 6, 40 Abs. 2, 43, 47 Abs. 2 und 48 GemHVO erstellt.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO fanden uneingeschränkt Beachtung.

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO werden nachfolgend Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

Folgende Posten der Bilanz sind weiter untergliedert.

| | | |
|---|---|---|
| **2.2** | | **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** |
| | 2.2.8 | Wertberichtigungen zu Forderungen |

Zusätzlich zu den in § 47 Abs. 4 GemHVO aufgeführten Bilanzpositionen wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage der Gemeinde und aufgrund der wesentlichen Bedeutung die Bilanzposition „2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen“ eingefügt. Hierunter wurden sowohl die Einzelwertberichtigungen als auch die Pauschalwertberichtigung bilanziert.

Im Zuge der Änderung der GemHVO vom 7. Dezember 2016 können abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von 1.000 € ohne Umsatzsteuer gem. § 35 Abs. 3 GemHVO als geringwertiges Wirtschaftsgut angesehen werden. Dies bedeutet, dass der Vermögensgegenstand im Jahr der Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam gebucht oder voll abgeschrieben werden kann. Ebenso ist eine Abschreibung über fünf Jahre in einem Sammelposten oder entsprechend der Nutzungsdauer möglich. Die Stadt Koblenz hat sich dazu entschieden, seit diesem Zeitpunkt sämtliche Vermögensgegenstände bis zu dieser Wertgrenze sofort aufwandswirksam zu buchen. Bedingt durch die früher niedrigere Wertgrenze führt dies dazu, dass seit diesem Zeitpunkt generell ein höheres Betragsvolumen auf den konsumtiven Haushalt entfällt im Vergleich zu früheren Jahresabschlüssen.

# Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

## Aktiva

## F.1. Anlagevermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.126.566,24 € | 60.210.917,84 € | 1.084.351,60 € |
| Sachanlagen | 1.035.670.109,96 € | 1.078.780.235,75 € | 43.110.125,79 € |
| Finanzanlagen | 362.868.107,41 € | 371.524.212,61 € | 8.656.105,20 € |
| | **1.457.664.783,61 €** | **1.510.515.366,20 €** | **52.850.582,59 €** |

Das Anlagevermögen der Stadt Koblenz ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie den laufenden Zu- und Abgängen im aktuellen Bilanzjahr. Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibung angesetzt.

Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Inventuren, insbesondere körperliche Bestandsaufnahmen, werden bei der Stadt Koblenz grundsätzlich nach der Maßgabe des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt. Für das Haushaltsjahr 2023 waren folgende Inventuren angesetzt bzw. geplant: (1.) Amt 45/Ludwig Museum (neben den normalen Vermögensgegenständen wird auch der gesamte Kunstbestand überprüft); (2.) Amt 52/Sport- und Bäderamt (hier in 2023 die Teilbereiche „Sporthallen außerhalb von Schulen“ sowie „städtische Bäder“); (3.) Amt 62/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement inkl. sämtlicher Außenstellen wie Forststützpunkte und Waldspielplätze. Aufgrund personeller Engpässe in den Zentral- und Fachämtern konnten die Inventuren erst im Frühjahr 2024 begonnen werden. Sie befinden sich zum Aufstellungszeitpunkt des Jahresabschlusses 2023 in der abschließenden Aufbereitung. Mögliche Inventurdifferenzen werden im Jahresabschluss 2024 berücksichtigt. Es erfolgt in allen Fällen eine Fortschreibung der Daten auf den Stichtag 31.12.2023 gem. den gesetzlichen Vorgaben.

Ferner wurde eine buchmäßige Inventur des Festwerts „Bäume“ durchgeführt. Diese Inventur erfolgt in Abstimmung mit den Eigenbetrieb 67/Grünflächen- und Bestattungswesen seit 2015 jährlich. Weiterhin erfolgte im Jahresabschluss 2023 eine Prüfung und Anpassung der Festwerte für den Bereich der Vegetation.

Die Anlagenübersicht gemäß § 50 GemHVO ist als Anlage zum Anhang beigefügt und stellt die Entwicklung des Anlagevermögens dar.

# F.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände entwickeln sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Gewerbliche Schutzrechte u.ä. | 243.704,43 € | 174.110,43 € | -69.594,00 € |
| Geleistete Zuwendungen | 43.340.903,00 € | 43.385.699,00 € | 44.796,00 € |
| Geleistete Investitionszuschüsse | 10.372.885,01 € | 10.440.643,01 € | 67.758,00 € |
| Geschäfts- oder Firmenwert | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Anzahlungen auf immaterielle VG | 5.169.073,80 € | 6.210.465,40 € | 1.041.391,60 € |
| | **59.126.566,24 €** | **60.210.917,84 €** | **1.084.351,60 €** |

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist der Anlagenübersicht zu entnehmen. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden buchmäßig fortgeschrieben. Sie sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle (VV-AfA) festgeschrieben sind. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2023 bestehen nahezu vollständig aus der planmäßigen Abschreibung im Rahmen von Lizenzen bei Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt sowie marginalen Zugängen.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2023 bestehen neben der planmäßigen Abschreibung aus neuen Zuschüssen, vor allem durch den Zuschuss an EB 85/Stadtentwässerung für Entwässerungsanlagen in Höhe von 1.400 T€. Außerdem erfolgte eine Teilabrechnung des Projektes P631002 – Pfaffendorfer Brücke (428 T€) für die Herstellung der Zufahrtsrampe des Kurfürstlichen Schlosses. Darüber hinaus erfolgten an wesentlichen Abrechnungen: Z651002 – Toilettenanlage Löhr-Center (+300 T€), P521042 – Umgestaltung Hartplatz Horchheim (+200 T€), +184 T€ aus dem 500-Dächer-Programm sowie Zuschüsse des Amtes 52/Sport- und Bäderamt (+146 T€).

Geleistete Investitionszuschüsse mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2023 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung sowie einem Neuzugang aus der Abrechnung des Projektes P611006 – Luisenturm/Soziale Stadt Ehrenbreitstein in Höhe von 557 T€ (Zuschusszahlung an die Koblenzer Wohnbau GmbH).

Anzahlungen von immateriellen Vermögensgegenständen sind gesondert auszuweisen. Anzahlungen liegen vor, wenn bereits Zahlungen geleistet wurden, die bezuschusste Baumaßnahme jedoch noch nicht fertig gestellt wurde. Die Veränderungen in dieser Position ergeben sich durch neue Zugänge sowie der Abrechnung der zuvor genannten Fälle.

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

## F.1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Wald, Forsten | 24.562.129,29 € | 24.201.289,32 € | -360.839,97 € |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 98.969.963,98 € | 103.358.566,88 € | 4.388.602,90 € |
| Bebaute Grundstücke | 257.266.375,54 € | 281.893.247,77 € | 24.626.872,23 € |
| Infrastrukturvermögen | 493.530.932,78 € | 484.962.860,69 € | -8.568.072,09 € |
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 6.396.218,00 € | 6.063.654,00 € | -332.564,00 € |
| Kunstgegenstände und Denkmäler | 39.992.175,38 € | 42.392.140,01 € | 2.399.964,63 € |
| Maschinen, technische Anlagen, KfZ | 17.988.396,00 € | 21.859.279,00 € | 3.870.883,00 € |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 18.210.973,42 € | 22.933.908,42 € | 4.722.935,00 € |
| Pflanzen und Tiere | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 78.752.945,57 € | 91.115.289,66 € | 12.362.344,09 € |
| | **1.035.670.109,96 €** | **1.078.780.235,75 €** | **43.110.125,79 €** |

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist der Anlagenübersicht zu entnehmen.

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Gebäude, Verkehrsflächen, Bäume, Beleuchtungsmasten und Grünflächen wird zusätzlich in geographischen Informationssystemen geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzel- und Gemeinkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.

Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle (VV-AfA) festgeschrieben sind.

Es folgen spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens.

### F.1.2.1. Wald, Forsten

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Wald, Forsten | 24.562.129,29 € | 24.201.289,32 € | -360.839,97 € |

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren gem. § 32 Abs. 9 GemHVO. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Regelmäßig und nicht regelmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungswerk nachgewiesen. Die Bewertung basiert derzeit planmäßig auf dem Forsteinrichtungswerk auf dem Stand 2011. Die gesetzlich vorgesehene Fortschreibung nach 10 Jahren ist seitens der zuständigen staatlichen Forstverwaltung bisher noch nicht erfolgt. Der Wald- und Forstbestand sank im Berichtsjahr im Wesentlichen durch eine Umgliederung des Flurstücks Gemarkung 1416, Flur 4, Flurstück 10/45 in das Infrastrukturvermögen (-385 T€). Ansonsten handelt es sich um marginale laufende Anpassungen.

### F.1.2.2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 98.969.963,98 € | 103.358.566,88 € | 4.388.602,90 € |

Bäume in Grünflächen und in Verkehrsflächen wurden anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchses, der Wegeflächen sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zwischen Amt 20/Kämmerei und Steueramt und EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen werden die bestehenden Festwerte „Bäume“ und „Vegetation“ zwischenzeitlich regelmäßig aktualisiert.

In Bezug auf die Wegeflächen sowie das Mobiliar wurden nach Neuerstellung vieler Flächen durch die BUGA 2011 GmbH diese Bereiche wieder in das Anlagevermögen der Stadt Koblenz überführt und direkt einzeln aktiviert. Weiterhin wurde zwischenzeitlich der Bereich der Spielgeräte ebenfalls in der Einzelaktivierung überführt. Darüber hinaus werden perspektivisch alle Vermögengegenstände aus dem Bereich der Wegeflächen sowie des Mobiliars analog zu den BUGA-Flächen in die Einzelbewertung überführt.

Im Berichtsjahr erfolgte die planmäßige Fortschreibung der Festwerte aus dem Bereich der Bäume (Erhöhung Wert Straßenbäume um 61 T€, Senkung Wert Anlagenbäume um 18 T€). Weiterhin wurden im Berichtsjahr die Festwerte bzgl. der Vegetation angepasst. Dabei stieg der Festwert für das Straßenbegleitgrün um 26 T€, der Festwert für die gesamte sonstige Vegetation um 88 T€.

Neben den vorgenannten Effekten ergibt sich der Zugangswert in Höhe von 4.389 T€ des Weiteren saldiert aus diversen Zu- und Abgängen. Wesentliche Veränderungen ergeben sich aus marginalen Effekten aus Fortführungsmitteilungen des Amtes 62/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement sowie An- und Verkäufen von Grundstücken und Projektabrechnungen (maßgeblich: P611052 – Großfestung Koblenz (+2.220 T€); P611068 – SST Neuendorf Grünzug 4. Bauabschnitt (+424 T€); P621025 – Baulandumlegung 86 Zaunheimer Straße (+395 T€); Altlastensanierung Nutzviehhof (+353 T€); Umgliederung eines Grundstücks aus dem Vorratsvermögen (+342 T€); Baulandumlegung 85 Lehmkaul links (+303 T€)). Übrige Abgänge ergeben sich aus der planmäßigen Abschreibung.

### F.1.2.3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Bebaute Grundstücke | 257.266.375,54 € | 281.893.247,77 € | 24.626.872,23 € |

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst.

Neben der planmäßigen Abschreibung waren Zugänge im Wesentlichen durch die Abrechnung folgender großer Baumaßnahmen zu verzeichnen: Z371007 – Neubau Feuerwache Nord (+11.821 T€); Z401106 – Mensaneubau Grundschule Freiherr-vom-Stein (+8.930 T€); Z501054 – Neubau Kita Horchheimer Höhe (+4.585 T€); Q400007 – Digitalpakt Schule (+1.062 T€); Z311002 – Ankauf Unterbringungscontainer Asyl (+889 T€); Z401117 – Schulhofsanierung Grundschule Neuendorf (+889 T€). Darüber hinaus gab es noch diverse weitere Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 400 T€.

### F.1.2.4. Infrastrukturvermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Infrastrukturvermögen | 493.530.932,78 € | 484.962.860,69 € | -8.568.072,09 € |

Maßgeblichen Anteil an der Veränderung im Berichtsjahr hatten die planmäßige Abschreibung und die Abrechnung investiver Baumaßnahmen. Wesentliche Abrechnungsbeträge von Baumaßnahmen waren im Berichtsjahr: P611006 – Luisenturm/Soziale Stadt Ehrenbreitstein (+871 T€); P631003 – Sanierung Europabrücke (Nachaktivierung aus Vergleich mit bauausführendem Unternehmen) (+735 T€); P631014 – Stützwand Blindtal (+453 T€); P801001 – Entwicklungsmaßnahme Bubenheim B 9 (+412 T€). Außerdem wurde saldiert Vermögen im Wert von 453 T€ an die Stadt Koblenz übertragen aufgrund gesetzlicher Regelungen des Bundesfernstraßengesetzes bzw. des Landesstraßengesetzes. Darüber hinaus kam es noch zu einer Vielzahl weiterer Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 300 T€. Abzurechnende Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus sind in 2023 erneut nicht bzw. nur äußerst marginal erfolgt, wodurch der bereits in Vorjahren konstatierte drastische Wertverfall des Straßenvermögens aller Straßenklassen auch im Berichtsjahr im Umfang von knapp 10 Mio. € weiterhin unvermindert fortschreitet.

### F.1.2.5. Bauten auf fremdem Grund und Boden

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 6.396.218,00 € | 6.063.654,00 € | -332.564,00 € |

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Veränderungen im Berichtsjahr ergaben sich rein aus der planmäßigen Abschreibung.

### F.1.2.6. Kunstgegenstände und Denkmäler

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Kunstgegenstände und Denkmäler | 39.992.175,38 € | 42.392.140,01 € | 2.399.964,63 € |

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß den gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten und historischen Altbeständen etc. in den Ämtern 42/Stadtbibliothek und 47/Stadtarchiv wurden ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz wie gesetzlich vorgesehen Versicherungswerte als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar waren.

Die Zunahme der Bilanzposition im Jahr 2023 setzt sich aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen aus Abrechnungen sowie Schenkungen an die Museen zusammen. Wesentliche Zugänge im Berichtsjahr waren: Abrechnung Projekt P611052 – Großfestung Koblenz (+1.848 T€); +457 T€ Gemälde von Sean Scully; +78 T€ Gemälde von Yoon-Hee sowie diverse kleinere Zugänge von Kunstgegenständen.

### F.1.2.7. Maschinen, technische Anlagen, Kraftfahrzeuge

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Maschinen, technische Anlagen, KfZ | 17.988.396,00 € | 21.859.279,00 € | 3.870.883,00 € |

Sämtliche Vermögensgegenstände dieser Position wurden ausnahmslos zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Veränderung in Höhe von +3.871 T€ als saldierte Größe ergibt sich zum einen aus der planmäßige Abschreibung, zum anderen aus Neuzugängen.

Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Wesentliche Neuzugänge größer 350 T€ entstammten aus den Abrechnungen folgender Projekte: Z521033 – Sanierung Mehrzweckbecken Freibad Oberwerth (Betriebsvorrichtungen) (+690 T€); Abrechnung von Feuerwehrfahrzeugen (KO-FW 183, KO-FW 184, KO-FW 182) (+699 T€, +626 T€, +385 T€); P651005 – Beschaffung mobile Heizgeräte (+326 T€). Darüber hinaus fanden diverse kleinere Neuzugänge in kleinerem Umfange statt.

### F.1.2.8. Betriebs- und Geschäftsausstattung

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 18.210.973,42 € | 22.933.908,42 € | 4.722.935,00 € |

Sämtliche Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Die Minderungen resultierten aus der planmäßigen Abschreibung.

Die Zugänge entfallen auf eine Vielzahl kleinerer Beschaffungen. Wesentliche Zugänge im Berichtsjahr größer 300 T€ waren: P101012 – EDV-Anbindung Feuerwache 3 (+1.655 T€); +936 T€ Einzelzugänge Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt; Z400001 – Ankauf Schulcontainer (+489 T€); +441 T€ Investitionen in Spiel- und Bolzplätze; Z661001 – Fahrradparkhaus Hbf (+364 T€); Z371007 – Neubau Feuerwache Nord (+333 T€). Die weiteren Zugänge entfallen auf eine Vielzahl kleinerer Abrechnungen sowie investive Einzelbeschaffungen von Vermögensgegenständen durch die Ämter.

### F.1.2.9 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 78.752.945,57 € | 91.115.289,66 € | 12.362.344,09 € |

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertig gestellte oder abgerechnete Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst.

Im Jahr 2023 haben Abrechnungen im Gesamtwert von 53.669 T€ die Anlagen im Bau gesenkt. Mit Ausnahme des Aktivierungsjahres des Forum Confluentes handelt es sich dabei um das Jahr mit dem mit weitem Abstand höchsten Abrechnungsvolumen seit Einführung des neuen kommunalen Haushaltsrechts. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2022 konnte das Abrechnungsvolumen damit nochmal um 18.474 T€ gesteigert werden. Signifikante Projekte größer 900 T€ waren dabei: Z371007 – Neubau Feuerwache 3/Bubenheim (-11.099 T€); Z401106 – Neubau Grundschule Freiherr-vom-Stein (-8.520 T€); P611052 – Großfestung Koblenz (-5.159 T€); Z501054 – Neubau Kita Horchheimer Höhe (-4.461 T€); P101012 – EDV-Anbindung Feuerwache 3/Bubenheim (-1.655 T€); Q400007 – Digitalpakt Schule (-1.508 T€); P611006 – Luisenturm/Soziale Stadt Ehrenbreitstein (-1.475 T€); Z401117 – Schulhofsanierung Grundschule Neuendorf (-1.158 T€); P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung) (-978 T€); Z661001 – Fahrradparkhaus Hbf (-935 T€).

Gleichzeitig haben sich die Anlagen im Bau durch Investitionstätigkeit bei laufenden oder neuen Maßnahmen in einer Größenordnung von +66.031 T€ erhöht. Die Bestände der einzelnen offenen Investitionsprojekte werden seitens der Anlagenbuchhaltung in separaten Bestandslisten nachgehalten.

In Bezug auf die Altersstruktur der Anlagen im Bau sowie die Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände ergibt sich das im Folgenden dargestellt Bild. Es zeigt sich, dass die Abrechnung der bereits in Betrieb genommenen Altmaßnahmen unverändert in positiver Weise fortgesetzt werden konnte und hier eine deutliche Senkung zu verzeichnen ist. Der Anstieg des Gesamtwertes findet sich daher im Bereich der laufenden Maßnahmen wieder. Für künftige Haushaltsjahre wird im Einvernehmen zwischen den Ämtern 20/Kämmerei und Steueramt sowie 14/Rechnungsprüfungsamt eine Anpassung der Intervalle der Altersstruktur erarbeitet. Angedacht ist hier ein Wechsel vom Trennungsjahr 2015 auf das Jahr 2020. Dies erfolgt, sobald die verbleibenden Altmaßnahmen bis 2015 final abgerechnet wurden.

| Klassifizierung | Bestand 2021 | Bestand 2022 | Bestand 2023 |
|---|---|---|---|
| Laufende Maßnahme | 54.701 | 67.403 | 81.090 |
| Inbetriebnahme ab 2015 | 21.448 | 14.600 | 15.920 |
| Inbetriebnahme bis 2015 | 4.649 | 1.919 | 315 |
| Summe | 80.798 | 83.922 | 97.325 |

*Darstellung Anzahlungen immatrielle VG sowie Anlagen im Bau*
*Angaben in T€*

# F.1.3. Finanzanlagen

Die Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Beteiligungen und des Sondervermögens der Eigenbetriebe wurden durch das Beteiligungsmanagement der Stadtwerke Koblenz GmbH ermittelt. Das Stiftungsvermögen sowie die langfristigen Ausleihungen wurden durch Amt 20/Kämmerei und Steueramt ermittelt.

Das Finanzanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.878.444,53 € | 231.878.444,53 € | 0,00 € |
| Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Beteiligungen | 5.367.001,35 € | 10.367.005,35 € | 5.000.004,00 € |
| Ausleihungen an Beteiligungen | 3.000.000,00 € | 6.250.000,00 € | 3.250.000,00 € |
| Anteile Sondervermögen etc. | 122.565.859,19 € | 122.987.497,60 € | 421.638,41 € |
| Ausleihungen an Sondervermögen etc. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Sonstige Wertpapiere des Anlageverm. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Sonstige Ausleihungen | 56.802,34 € | 41.265,13 € | -15.537,21 € |
| | **362.868.107,41 €** | **371.524.212,61 €** | **8.656.105,20 €** |

Die Entwicklung des Finanzanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

### F.1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.878.444,53 € | 231.878.444,53 € | 0,00 € |

In dieser Position werden die Beteiligungen an der Stadtwerke Koblenz GmbH, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH, der Sporthalle Oberwerth GmbH, der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH sowie der EKO2 GmbH geführt. Im Berichtsjahr lagen keine Änderungen vor.

Aufgrund der Neufassung der Verwaltungsvorschriften zur GemHVO vom 17. Januar 2017 hat die Stadt Koblenz das Bewertungsverfahren nach anteiligem Eigenkapitel („Spiegelbildmethode“) bei der Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH in analoger Auslegung der VV Nr. 5 zu § 34 GemHVO in 2018 letztmalig angewandt. Im Berichtsjahr 2023 erfolgt dementsprechend analog zu den Vorjahren keine Anpassung mehr nach diesem Verfahren.

### F.1.3.2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |

In dieser Position liegen derzeit keine Sachverhalte vor.

### F.1.3.3. Beteiligungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Beteiligungen | 5.367.001,35 € | 10.367.005,35 € | 5.000.004,00 € |

Unter dieser Bilanzposition befinden sich die Beteiligungen an der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (GKM) in Höhe von 10,12 Mio. € sowie an der Technologiezentrum Koblenz GmbH in Höhe von 247 T€.

Im Berichtsjahr wurde eine Kapitalerhöhung in Geldesform vorgenommen. Es flossen 5 Mio. € an das GKM direkt sowie viermal 1 € an die ebenfalls dort beteiligten Stiftungen.

### F.1.3.4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Ausleihungen an Beteiligungen | 3.000.000,00 € | 6.250.000,00 € | 3.250.000,00 € |

Im Kontext der finanziellen Rahmenbedingungen des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein gGmbH hat die Stadt Koblenz ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3 Mio. € gewährt. Im Berichtsjahr erfolgte die Ausgabe eines zweiten Darlehens in Höhe von 3,25 Mio. €.

### F.1.3.5. Sondervermögen (Eigenbetriebe), Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anteile Sondervermögen etc. | 122.565.859,19 € | 122.987.497,60 € | 421.638,41 € |

Die Bilanzierung der Wertansätze erfolgte mit dem Eigenkapital ohne Berücksichtigung von Verlust- bzw. Gewinnvorträgen und ohne Jahresfehlbetrag bzw. Jahresüberschuss. Bei nicht allen Eigenbetrieben lag zum Verarbeitungszeitpunkt eine abschließende Feststellung des Jahresabschlusses vor, so dass die Ermittlung teilweise aufgrund vorläufiger Werte erfolgte. Das zu den Finanzanlagen gehörende Stiftungsvermögen wurde mit den entsprechenden Anschaffungskosten angesetzt und buchmäßig auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Die Werte der einzelnen Stiftungen sowie zugehörigen Sonderposten sind in separaten Bestandslisten erfasst.

Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Änderungen: +43 T€ Veränderungen im Stiftungsvermögen sowie +379 T€ aus der Wertfortschreibung des Anteils der Stadt Koblenz am „Kommunalen Versorgungsrücklagen Fonds“.

### F.1.3.6. Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige Stiftungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Ausleihungen an Sondervermögen etc. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |

Im Berichtsjahr sind keine Ausleihungen entstanden, alle Liquiditätskredite stellen sich zu Gunsten der Eigenbetriebe dar.

### F.1.3.7. Sonstige Ausleihungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige Ausleihungen | 56.802,34 € | 41.265,13 € | -15.537,21 € |

Die zu den Finanzanlagen gehörenden langfristigen sonstigen Ausleihungen wurden mit dem Wert der Ausleihungen zum Bilanzstichtag angesetzt. Es wird ein Darlehen gegenüber der Evangelischen Kirche ausgewiesen. Weiterhin wird den Mitarbeitenden die Möglichkeit angeboten, zinslose Darlehen für die Beschaffung von E-Bikes aufzunehmen. Der Wert dieser Darlehen zum Stichtag betrug 9 T€. Bei den übrigen geringfügigen Beteiligungen ergaben sich keine Änderungen.

## F.2. Umlaufvermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Vorräte | 1.912.879,15 € | 1.373.719,98 € | -539.159,17 € |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 30.062.019,70 € | 31.036.929,34 € | 974.909,64 € |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 € | 502.333,60 € | 0,00 € |
| Kassenbestand, Bankguthaben, etc. | 73.068.906,92 € | 73.188.234,54 € | 119.327,62 € |
| | **105.546.139,37 €** | **106.101.217,46 €** | **555.078,09 €** |

### F.2.1. Vorräte

Das Vorratsvermögen entwickelt sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 88.347,06 € | 77.528,91 € | -10.818,15 € |
| unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 1.824.532,09 € | 1.296.191,07 € | -528.341,02 € |
| geleistete Anzahlungen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| | **1.912.879,15 €** | **1.373.719,98 €** | **-539.159,17 €** |

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt. Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (insbesondere Rabatte und Skonti) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke der Stadt (1.028 T€). Im Berichtsjahr kam es dabei zu buchwertmäßigen Abgängen durch Verkäufe (-127 T€) sowie zu Umbuchungen in das Anlagevermögen im Wert von 333 T€. Darüber hinaus führt die Stadt zum Verkauf angebotenes Rohholz aus dem Koblenzer Stadtwald im Vorratsvermögen (18 T€). Signifikante Bestände an Vorräten führen weiterhin vor allem die Ämter des Dezernates III sowie die Tourist-Information im Forum Confluentes.

## F.2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen | 35.533.963,79 € | 35.771.919,87 € | 237.956,08 € |
| 2. | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung | 1.268.743,82 € | 755.116,80 € | -513.627,02 € |
| 3. | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 256.465,18 € | 631.309,58 € | 374.844,40 € |
| 4. | Forderungen gegen Beteiligungen | 39.300,00 € | 170.113,50 € | 130.813,50 € |
| 5. | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc. | 513.855,08 € | 425.063,11 € | -88.791,97 € |
| 6. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 335.305,17 € | 538.382,55 € | 203.077,38 € |
| 7. | sonstige Vermögensgegenstände | 4.907.904,27 € | 3.858.079,26 € | -1.049.825,01 € |
| 8. | Wertberichtigung zu Forderungen | -12.793.517,61 € | -11.113.055,33 € | 1.680.462,28 € |
| Gesamt | | 30.062.019,70 € | 31.036.929,34 € | 974.909,64 € |

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Die Entwicklungen der Positionen 2 bis 7 weisen keine Besonderheiten auf und entstammen Zu- und Abnahmen aus dem operativen Geschäft.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen enthalten neben laufenden operativen Forderungen (Gebührenforderungen, Beitragsforderungen, Steuerforderungen, Forderungen aus Transferleistungen und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen) drei maßgebliche Einzelforderungen: Summarische Abrechnung der Sozialhilfe für das 2. Halbjahr 2023 für die Bereiche SGB IX (10.789 T€) und SGB XII (3.566 T€) sowie die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach § 46 SGB II für den Dezember des Berichtsjahres (1.388 T€). Während die Gebührenforderungen (+241 T€), die Forderungen aus Transferleistungen/Zuwendungen (+1.984 T€) sowie die sonstigen öffentlichen Forderungen (+432 T€) angestiegen sind, kam es bei Beitrags- und Steuerforderungen zu Senkungen der offenen Posten (-127 T€ bzw. -2.292 T€).

Die zugehörige Forderungsübersicht ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

**Die Wertberichtigungen entwickeln sich wie folgt:**

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Pauschalwertberichtigung | -3.500.600,00 € | -2.705.100,00 € | -795.500,00 € |
| 2. | Einzelwertberichtigungen | -9.292.917,61 € | -8.407.955,33 € | -884.962,28 € |
| Gesamt | | -12.793.517,61 € | -11.113.055,33 € | -1.680.462,28 € |

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die im Berichtsvorjahr neu eingerichtete zentrale Stabstelle des Amtes 21/Stadtkasse sowie die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

## F.2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Anteile an verbundenen Unternehmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 2. | sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 € | 502.333,60 € | 0,00 € |
| Gesamt | | 502.333,60 € | 502.333,60 € | 0,00 € |

Im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Veränderungen beim Eigenbetrieb Koblenz Touristik sind Vermögensgegenstände rückübertragen worden. Hierbei handelt es sich um Anteile, welche nicht dauerhaft im Vermögen der Stadt Koblenz bleiben. Im Berichtsjahr ist jedoch weiterhin kein Zeithorizont für die Abwicklung dieser Beteiligung erkennbar.

## F.2.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Bezeichnung Konto | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Sparkasse Koblenz | 1.411.802,34 € | 2.293.370,55 € | 881.568,21 € |
| 2. | Volksbank RheinAhrEifel | 50.904,63 € | 25.033,69 € | -25.870,94 € |
| 3. | Deutsche Bank Koblenz | 4.634,33 € | 1.219,93 € | -3.414,40 € |
| 4. | Landesbank Baden-Württemberg | 4.960,27 € | 772,10 € | -4.188,17 € |
| 5. | Commerzbank Koblenz | 6.006,65 € | 1.533,02 € | -4.473,63 € |
| 6. | HypoVereinsbank Koblenz | 4.289,92 € | 938,06 € | -3.351,86 € |
| 7. | Postbank Köln | 38.392,25 € | 15.677,34 € | -22.714,91 € |
| 8. | Sonstige Festgelder | 71.500.000,00 € | 70.800.000,00 € | -700.000,00 € |
| 9. | Hauptkasse Amt 21/Stadtkasse | 4.641,53 € | 6.940,85 € | 2.299,32 € |
| 10. | Diverse Handkassen der Ämter | 43.275,00 € | 42.749,00 € | -526,00 € |
| Gesamt | | 73.068.906,92 € | 73.188.234,54 € | 119.327,62 € |

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuchs zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Die Sparguthaben stimmen mit dem Ausweis im Sparbuch zum Bilanzstichtag überein. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse zum Bilanzstichtag überein.

# F.3 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen:

| Nr. | Bezeichnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens | Bestand 31.12. |
|---|---|---|
| 1. | Zuführung ARAP Instandhaltung EB 70 Januar 2024 | 242.000,00 € |
| 2. | Monatszahlung SGB IX und XII Januar 2024 | 2.301.802,96 € |
| 3. | Versorgungsbezüge RVK Januar und Februar 2024 | 2.006.380,00 € |
| 4. | Beihilfszahlung PPA Januar 2024 | 356.340,29 € |
| 5. | Abbuchung BA-Leistungsbet. Unterkunft/Heizung SGB II | 1.836.622,37 € |
| 6. | Sonstige Buchungen aus der laufenden Buchführung | 65.789,13 € |
| Gesamt | | 6.808.934,75 € |

Diese Posten wurden durch Abfragen bei den einzelnen Ämtern ermittelt. Die jeweiligen Abgrenzungen wurden durch entsprechende Unterlagen belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Auszahlungen des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.

Grund für den hohen Bestand sind hauptsächlich die Zahlungen an das Jobcenter aufgrund der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II sowie an Berechtigte aus dem Bereich SGB IX bzw. SGB XII, jeweils für den Januar 2024. Auch die nicht abgearbeiteten Maßnahmen der Straßenunterhaltung des Eigenbetriebs Kommunaler Servicebetrieb sind ebenso wie die Zahlungen der Beamtenversorgungsbezüge an die Rheinische Versorgungskasse für Januar und Februar 2024 in dieser Position enthalten. Ebenfalls enthalten ist die Beihilfezahlung für Januar 2024, welche im Dezember an den Dienstleister entrichtet wurde.

# Passiva

## F.4. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH |
|---|---|---|---|
| 1. | Kapitalrücklage | 698.828.846,21 € | 717.149.765,79 |
| 2. | sonstige Rücklagen | 178.730,95 € | 178.730,95 |
| 3. | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 18.320.919,58 € | -27.034.098,32 |
| 4. | Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 0,00 € | 0,00 |
| **Summe** | | **717.328.496,74** | **690.294.398,42** |

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt. Nach § 47 Abs. 5 GemHVO wurde ab dem Berichtsjahr 2017 die Position 3a Ergebnisvortrag entfernt und der Position 1 Kapitalrücklage zugeordnet. Ebenso war die Position 4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ hinzugekommen. Die ehemalige Position 4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag wurde seitdem zur Position 3.

### F.4.1. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich durch den Übergangsgewinn im Rahmen der Eröffnungsbilanz aus der Überleitung der kameralen Rechnungslegung zur Doppik ergeben. Seit der o. g. Änderung umfasst die Kapitalrücklage auch sämtliche Jahresüberschüsse und –fehlbeträge, die sich seit dem Haushaltsjahr 2009 ergaben.

### F.4.2. Sonstige Rücklagen

Erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde, sind gem. § 38 Abs. 3 GemHVO in einer zweckgebundenen Rücklage auf der Passivseite auszuweisen. Im Berichtsjahr ergaben sich keine Änderungen.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige Rücklagen | 178.730,95 € | 178.730,95 € | - € |
| | **178.730,95 €** | **178.730,95 €** | **- €** |

### F.4.3 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 27.034.098,32 € erzielt, was im Vergleich zum Vorjahr (+18.320.919,58 €) eine Ergebnisverschlechterung um 45.355 T€ bedeutet. Der Jahresüberschuss wird im nächsten Berichtsjahr mit der Kapitalrücklage verrechnet.

# F.5. Sonderposten

Die Sonderposten entwickeln sich im Berichtsjahr wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| SoPo zu Belastungen aus dem kom. Finanzausgleich | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| SoPo zum Anlagevermögen | 219.731.933,43 € | 228.178.382,00 € | 8.446.448,57 € |
| SoPo für Gebührenausgleich | -45.108,32 € | -67.110,04 € | -22.001,72 € |
| SoPo mit Rücklageanteil | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| SoPo aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| SoPo aus Anzahlungen für Grabnutz. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| sonstige Sonderposten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| | **219.686.825,11 €** | **228.111.271,96 €** | **8.424.446,85 €** |

Sonderposten entstehen gem. § 38 Abs. 2 GemHVO aus zweckgebundenen Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Sie werden synchron zur Abschreibung des jeweils bezuschussten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst und sind systemtechnisch im Anlagennebenbuch über die dortigen Abrechnungsvorschriften erfasst. Daneben führt die Stadt Koblenz einen Sonderposten bzgl. des Kommunalen Studieninstituts.

### F.5.1. Sonderposten zum Anlagevermögen

Die Sonderposten zum Anlagevermögen entwickelten sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Zuwendungen | 142.954.471,59 € | 143.305.594,83 € | 351.123,24 € |
| Aus Beiträgen | 23.386.682,19 € | 21.900.512,19 € | -1.486.170,00 € |
| Aus Anzahlungen | 53.390.779,65 € | 62.972.274,98 € | 9.581.495,33 € |
| | **219.731.933,43 €** | **228.178.382,00 €** | **8.446.448,57 €** |

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

#### F.5.1.1. Sonderposten aus Zuwendungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Zuwendungen | 142.954.471,59 € | 143.305.594,83 € | 351.123,24 € |

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Neben der planmäßigen Sonderposten-Auflösung erfolgten Zugänge im Wesentlichen bei den folgenden Maßnahmen: Z371008 – Neubau Feuerwache rechte Rheinseite (+1.597 T€); P611006 – Luisenturm/Soziale Stadt Ehrenbreitstein (+1.468 T€); P661059 – Ausbau Brückerbach (+647 T€); P631007 – Herstellung Verkehrszeichenbrücken (+518 T€). Daneben erfolgten noch diverse weitere Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 500 T€.

### F.5.1.2. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Beiträgen | 23.386.682,19 € | 21.900.512,19 € | -1.486.170,00 € |

Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Im Berichtsjahr sind lediglich wertmindernde Sonderposten-Auflösungen erfasst. Neuzuführungen fanden nicht statt.

### F.5.1.3. Sonderposten aus Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Anzahlungen | 53.390.779,65 € | 62.972.274,98 € | 9.581.495,33 € |

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzupassenden Vermögensgegenstände werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen diverser Zuwendungsgeber (insbesondere des Landes Rheinland-Pfalz) verfahren, die für entsprechende noch nicht endabgerechnete Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Veränderung ergibt sich zum einen aus Neuzugängen an Zuwendungen sowie zum anderen aus Abgängen aus abgerechneten Sonderposten. Die in dieser Bilanzposition abgerechneten Maßnahmen entsprechen den in den beiden vorhergehenden Punkten genannten Zugängen sowie einer Vielzahl weiterer als marginal anzusehender Abrechnungen. Die noch abzurechnenden Sonderposten werden in Bestandslisten durch die Anlagenbuchhaltung nachgewiesen.

Für die Sonderposten aus Anzahlungen ergab sich damit im Berichtsjahr folgende Altersstruktur.

| Klassifizierung | Bestand 2021 | Bestand 2022 | Bestand 2023 |
|---|---|---|---|
| Laufende Maßnahme | 21.835 | 27.028 | 38.943 |
| Inbetriebnahme ab 2015 | 22.427 | 21.723 | 21.047 |
| Inbetriebnahme bis 2015 | 5.600 | 4.640 | 2.982 |
| **Summe** | **49.862** | **53.391** | **62.972** |

*Angaben in T€*

### F.5.2. Sonderposten für den Gebührenausgleich

Der Sonderposten für den Gebührenausgleich entwickelte sich wie folgt:

| Nr | Bezeichnung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Sopo KSI | -45.108,32 € | 0,00 € | 22.001,72 € | -67.110,04 € |

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des Kommunalen Studieninstitutes (KSI) im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Im Berichtsjahr kam es aufgrund des im Wesentlichen pandemiebedingten negativen Ergebnisses des KSI zu einer deutlichen Auflösung. Aufgrund der Entwicklung des Sonderpostens in den negativen Bereich wurden mit den zuständigen Stellen Maßnahmen ergriffen, um die laufende Ergebnissituation des KSI nachhaltig zu verbessern.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.

### F.5.3. Sonderposten mit Rücklagenanteil

| Nr | Bezeichnung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Sopo mit RL Anteil | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |

Im Berichtsjahr war kein entsprechender Sachverhalt zu bilanzieren.

### F.5.4. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten

Die Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

### F.5.5. Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte

Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Kernverwaltung der Stadt Koblenz zu.

## F.6. Rückstellungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Rückstellungen für Pensionen u.ä. | 191.441.605,47 € | 192.718.895,87 € | 1.277.290,40 € |
| Steuerrückstellungen | 333.442,30 € | 976.209,52 € | 642.767,22 € |
| Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| sonstige Rückstellungen | 15.204.215,93 € | 25.032.118,41 € | 9.827.902,48 € |
| | **206.979.263,70 €** | **218.727.223,80 €** | **11.747.960,10 €** |

### F.6.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Art der Rückstellung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Pensionsrückstellungen | 162.003.583,90 € | 946.372,03 € | 0,00 € | 162.949.955,93 € |
| 2. | Beihilferückstellungen | 28.677.197,57 € | 233.252,17 € | 0,00 € | 28.910.449,74 € |
| 3. | Ehrensold | 328.741,00 € | 0,00 € | -40.979,00 € | 287.762,00 € |
| 4. | Rückstellung Sabbatjahr | 0,00 € | 99.810,20 € | 0,00 € | 99.810,20 € |
| 5. | Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG | 432.083,00 € | 38.835,00 € | 0,00 € | 470.918,00 € |
| **Gesamt** | | **191.441.605,47 €** | **1.318.269,40 €** | **-40.979,00 €** | **192.718.895,87 €** |

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurde ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherreneigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten Beamten

ausgewiesen mit Ausnahme derjenigen des EB 85/Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Im Berichtsjahr zeigte sich dabei eine moderate Erhöhung der zu bildenden Rückstellungen für Pensionen, es gab im Berichtsjahr keine außergewöhnlichen Effekte zu verzeichnen, die einer besonderen Würdigung bedurft hätten.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Erstmals in 2023 wurde eine Rückstellung für die Wahrnehmung längerer Auszeiten der Mitarbeitenden („Sabbatjahr“) eingestellt. Der Wert der Rückstellung bezieht sich auf die Ansparphase vor Nutzung der Auszeit.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrenwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.

### F.6.2. Rückstellungen für Steuern

Bei dem Betrag der Rückstellung i. H. v. 976 T€ handelt es sich nahezu vollständig um ertragsteuerliche Verpflichtungen für die Betriebe gewerblicher Art der Stadt Koblenz. Die Höhe der Rückstellung wurde aufgrund der voraussichtlichen Bemessungsgrundlagen der ausstehenden Steuerbescheide nach kaufmännisch vernünftigen Maßstäben ermittelt. Im Berichtsjahr ergaben sich Zuführungen in Höhe von 803 T€ sowie Inanspruchnahmen in Höhe von 160 T€.

### F.6.3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

| Nr. | Art der Rückstellung | Stand 01.01. | Zuführung | Inanspruchn. | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Rückstellung für Instandhaltungen | 4.778.000,00 € | 0,00 € | -685.902,21 € | 0,00 € | 4.092.097,79 € |
| 2. | Rückstellung ausstehende Rechnungen | 3.087.196,32 € | 12.980.100,47 € | -2.606.226,17 € | -4.239,05 € | 13.456.831,57 € |
| 3. | Rückstellungen für Dienstjubiläen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 4. | Altersteilzeitrückstellungen | 425.710,72 € | 257.015,93 € | -269.955,18 € | 0,00 € | 412.771,47 € |
| 5. | Urlaubsrückstellungen Beamte | 1.054.295,61 € | 0,00 € | -106.726,13 € | 0,00 € | 947.569,48 € |
| 6. | Urlaubsrückstellungen Angestellte | 2.011.573,12 € | 0,00 € | -62.441,61 € | 0,00 € | 1.949.131,51 € |
| 7. | Überstundenrückstellungen Beamte | 1.418.561,62 € | 32.398,15 € | 0,00 € | 0,00 € | 1.450.959,77 € |
| 8. | Überstundenrückstellungen Angestellte | 1.465.751,79 € | 286.654,77 € | 0,00 € | 0,00 € | 1.752.406,56 € |
| 9. | Prozesskostenrückstellung | 61.105,42 € | 7.223,51 € | 0,00 € | 0,00 € | 68.328,93 € |
| 10. | Geschäftsunterlagen | 902.021,33 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 902.021,33 € |
| 11. | Interne Jahresabschlusskosten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| **Summe** | | **15.204.215,93 €** | **13.563.392,83 €** | **-3.731.251,30 €** | **-4.239,05 €** | **25.032.118,41 €** |

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme nach kaufmännisch und technisch vernünftigen Maßstäben angesetzt. Es wurden lediglich Rückstellungen im Rahmen des § 36 GemHVO sowie der zugehörigen Verwaltungsvorschriften gebildet.

Im Jahr 2023 entwickelten sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wie folgt:

| Nr. | Art der Rückstellung | Stand 01.01. | Zuführung | Inanspruchn. | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Instandsetzung Fußgängerbrücke Moselring | 3.000.000,00 € | 0,00 € | -685.902,21 € | 0,00 € | 2.314.097,79 |
| 2. | Geh- und Radwegsanlage Horchheimer Eisenbahnbrücke, Kosten für provisorische Ertüchtigung unterstromiger Weg im Rahmen P6310000; auch für "Sofortmaßnahmen konstruktive Ingenieurbauwerke im Stadtgebiet" | 1.428.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 1.428.000,00 |
| 3. | Sofortmaßnahmen konstruktive Ingenieurbauwerke im Stadtgebiet Koblenz im Zusammenhang mit konsumtiven Anteilen Pfaffendorfer Brücke | 350.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 350.000,00 |
| | **Gesamt** | **4.778.000,00 €** | **0,00 €** | **-685.902,21 €** | **0,00 €** | **4.092.097,79 €** |

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen. Es wurden nur solche Sachverhalte aufgenommen, bei denen die Lieferung oder Leistung im Berichtsjahr erbracht wurde.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Beschäftigten wurden auf Grund der in den Fachämtern durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaubslisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Beschäftigten wurden auf Grund der in den Fachämtern durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten.

Aufgrund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB), die Abgabenordnung (AO) und die GemHVO regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Entlastungserteilung für das maßgebliche Jahr für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und die Mietaufwendungen bzw. die anteilige Gebäudeabschreibung sowie die anteiligen Gemeinkosten (Strom, Wasser, Reinigung etc.) einbezogen. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen. Auf eine Anpassung wurde im Berichtsjahr aufgrund von Geringfügigkeit verzichtet.

## F.7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ein Verbindlichkeitsspiegel ist der Anlage beigefügt.

Die Verbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

| Art der Verbindlichkeit | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anleihen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme | 371.678.855,32 € | 430.512.750,92 € | 58.833.895,60 € |
| Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen | 11.167.810,43 € | 9.953.451,79 € | -1.214.358,64 € |
| erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 9.746.391,37 € | 14.114.912,75 € | 4.368.521,38 € |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 € | 2.067.215,07 € | 1.914.461,91 € |
| Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern. | 2.430.314,42 € | 1.690.424,84 € | -739.889,58 € |
| Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 16.843,26 € | 42.451,81 € | 25.608,55 € |
| Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc. | 20.388.562,04 € | 16.171.742,31 € | -4.216.819,73 € |
| Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.342.876,93 € | 5.041.102,42 € | 1.698.225,49 € |
| sonstige Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 € | 6.136.430,66 € | 107.661,65 € |
| **Gesamt** | **424.953.175,94 €** | **485.730.482,57 €** | **60.777.306,63 €** |

Im Folgenden werden einzelne Positionen näher erläutert.

## F.7.1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen entwickelten sich wie folgt:

| Nr | Institut | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Volksbank Albstadt eG | 0,00 | 9.666.666,67 | 9.666.666,67 € |
| 2 | DKB Deutsche Kreditbank AG | 0,00 | 32.000.000,00 | 32.000.000,00 € |
| 3 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.542.775,79 | 1.363.270,19 | -179.505,60 € |
| 4 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 3.672.559,31 | 3.573.586,43 | -98.972,88 € |
| 5 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 433.044,23 | 324.835,03 | -108.209,20 € |
| 6 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.340.214,89 | 1.150.926,37 | -189.288,52 € |
| 7 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.821.490,68 | 1.679.195,54 | -142.295,14 € |
| 8 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.337.066,70 | 1.232.743,98 | -104.322,72 € |
| 9 | HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG | 1.231.268,59 | 1.175.811,02 | -55.457,57 € |
| 10 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 2.067.198,87 | 1.887.004,44 | -180.194,43 € |
| 11 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 533.916,56 | 425.629,97 | -108.286,59 € |
| 12 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 3.999.999,98 | 3.833.333,31 | -166.666,67 € |
| 13 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 2.361.017,05 | 2.212.930,80 | -148.086,25 € |
| 14 | Dt.Genossenschafts-Hypobank | 244.218,54 | 195.372,78 | -48.845,76 € |
| 15 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.072.123,65 | 994.316,61 | -77.807,04 € |
| 16 | HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG | 1.881.000,00 | 1.681.000,00 | -200.000,00 € |
| 17 | Sparkasse Koblenz | 1.187.023,18 | 950.763,64 | -236.259,54 € |
| 18 | Norddeutsche Landesbank | 3.244.384,31 | 2.827.146,67 | -417.237,64 € |
| 19 | NRW-Bank | 5.009.412,57 | 0,00 | -5.009.412,57 € |
| 20 | Norddeutsche Landesbank | 2.037.650,62 | 1.993.416,89 | -44.233,73 € |
| 21 | Norddeutsche Landesbank | 690.045,36 | 577.794,90 | -112.250,46 € |
| 22 | Norddeutsche Landesbank | 897.535,84 | 780.309,56 | -117.226,28 € |
| 23 | Norddeutsche Landesbank | 7.100.000,00 | 6.700.000,00 | -400.000,00 € |
| 24 | Norddeutsche Landesbank | 5.865.783,17 | 5.535.316,49 | -330.466,68 € |
| 25 | Norddeutsche Landesbank | 5.916.666,83 | 5.583.333,51 | -333.333,32 € |
| 26 | Bayerische Landesbank München | 11.999.999,84 | 11.333.333,16 | -666.666,68 € |
| 27 | NRW-Bank | 12.950.000,00 | 12.250.000,00 | -700.000,00 € |
| 28 | Landesbank Baden-Würtemberg | 5.625.000,00 | 5.325.000,00 | -300.000,00 € |
| 29 | Bayerische Landesbank München | 1.348.053,87 | 1.206.053,87 | -142.000,00 € |
| 30 | Bayerische Landesbank München | 2.192.866,94 | 1.767.027,56 | -425.839,38 € |
| 31 | Landesbank Baden-Würtemberg | 1.026.558,08 | 935.794,53 | -90.763,55 € |
| 32 | Bayerische Landesbank München | 2.292.006,93 | 1.341.517,46 | -950.489,47 € |
| 33 | Landesbank Baden-Würtemberg | 714.357,54 | 465.572,65 | -248.784,89 € |
| 34 | Landesbank Hessen-Thüringen | 3.360.439,21 | 3.106.921,73 | -253.517,48 € |
| 35 | NRW-Bank | 1.660.000,00 | 1.500.000,00 | -160.000,00 € |
| 36 | Landesbank Hessen-Thüringen | 2.884.362,70 | 2.730.634,32 | -153.728,38 € |
| 37 | Landesbank Baden-Württemberg | 3.245.516,48 | 3.104.661,57 | -140.854,91 € |
| 38 | Landesbank Saar | 0,00 | 5.009.412,57 | 5.009.412,57 € |
| 39 | Landesbank Baden-Würtemberg | 38.318.429,78 | 37.034.884,17 | -1.283.545,61 € |
| 40 | Landesbank Hessen-Thüringen | 380.000,00 | 220.000,00 | -160.000,00 € |
| 41 | Landesbank Hessen-Thüringen | 160.000,00 | 0,00 | -160.000,00 € |
| 42 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 187.144,78 | 145.553,24 | -41.591,54 € |
| 43 | Landwirtschaftliche Rentenbank | 0,00 | 34.610.323,00 | 34.610.323,00 € |
| 44 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 557.040,03 | 464.195,55 | -92.844,48 € |
| 45 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 483.276,98 | 414.234,16 | -69.042,82 € |
| 46 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 757.732,71 | 663.012,83 | -94.719,88 € |
| 47 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.567.274,00 | 1.418.006,00 | -149.268,00 € |
| 48 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.531.640,00 | 1.392.400,00 | -139.240,00 € |
| 49 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.440.000,00 | 1.320.000,00 | -120.000,00 € |
| 50 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 2.262.000,00 | 2.088.000,00 | -174.000,00 € |

| Nr | Institut | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 51. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 4.733.120,00 € | 4.395.040,00 € | -338.080,00 € |
| 52. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.764.696,00 € | 1.411.754,00 € | -352.942,00 € |
| 53. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 3.078.400,00 € | 2.886.000,00 € | -192.400,00 € |
| 54. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 5.700.000,00 € | 5.400.000,00 € | -300.000,00 € |
| 55. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 545.559,00 € | 519.267,00 € | -26.292,00 € |
| 56. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 374.994,00 € | 356.922,00 € | -18.072,00 € |
| 57. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 630.634,00 € | 600.242,00 € | -30.392,00 € |
| 58. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 672.336,00 € | 640.320,00 € | -32.016,00 € |
| 59. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.820.000,00 € | 1.740.000,00 € | -80.000,00 € |
| 60. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 45.500,00 € | 43.500,00 € | -2.000,00 € |
| 61. | Investitions- und Strukturbank RLP | 19.980.000,00 € | 19.240.000,00 € | -740.000,00 € |
| 62. | Investitionsbank Berlin | 13.500.000,00 € | 13.000.000,00 € | -500.000,00 € |
| 63. | Investitions- und Strukturbank RLP | 12.670.000,00 € | 12.217.500,00 € | -452.500,00 € |
| 64. | Landwirtschaftliche Rentenbank | 19.333.331,40 € | 18.666.664,80 € | -666.666,60 € |
| 65. | Investitions- und Strukturbank | 40.000.000,00 € | 38.666.666,57 € | -1.333.333,43 € |
| 66. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 900.000,00 € | 1.416.666,00 € | 516.666,00 € |
| 67. | Debeka Lebensversicherung | 5.265.702,10 € | 4.938.616,98 € | -327.085,12 € |
| 68. | Debeka Lebensversicherung | 2.304.459,05 € | 2.168.990,17 € | -135.468,88 € |
| 69. | Volkswohl BUND Lebensversicherung | 9.680.000,00 € | 9.240.000,00 € | -440.000,00 € |
| 70. | AXA Lebensversicherung AG | 1.833.333,36 € | 1.750.000,03 € | -83.333,33 € |
| 71. | AXA Lebensversicherung AG (ehe. DBV) | 1.466.666,64 € | 1.399.999,97 € | -66.666,67 € |
| 72. | Pro bAV Pensionskasse AG | 366.666,64 € | 349.999,97 € | -16.666,67 € |
| 73. | Pro bAV Pensionskasse AG (ehe. winsecura) | 366.666,64 € | 349.999,97 € | -16.666,67 € |
| 74. | AXA Versicherung AG | 1.466.666,64 € | 1.399.999,97 € | -66.666,67 € |
| 75. | AXA Krankenversicherung AG | 1.466.666,64 € | 1.399.999,97 € | -66.666,67 € |
| 76. | Deutsche Ärzteversicherung AG | 366.666,64 € | 349.999,97 € | -16.666,67 € |
| 77. | Debeka Lebensversicherung | 12.500.000,00 € | 12.000.000,00 € | -500.000,00 € |
| 78. | Nürnberger Lebensversicherung AG | 6.083.333,30 € | 5.839.999,96 € | -243.333,34 € |
| 79. | Nürnberger Beamtenlebensversicherung AG | 833.333,30 € | 799.999,96 € | -33.333,34 € |
| 80. | Nürnberger Pensionskasse AG | 833.333,30 € | 799.999,96 € | -33.333,34 € |
| 81. | HALLESCHE Krankenversicherung a.G. | 8.666.666,58 € | 8.333.333,25 € | -333.333,33 € |
| | **Summe** | **331.678.827,82 €** | **390.512.725,67 €** | **58.833.897,85 €** |

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. Die auf das Berichtsjahr 2023 entfallenden Zinsen, welche erst im Haushaltsjahr 2024 zahlungswirksam werden, wurden abgegrenzt und offen ausgewiesen. Eine rechtliche Prüfung hat jedoch ergeben, dass es sich bei diesem Betrag nicht um Darlehensverbindlichkeiten handelt, sondern dem Charakter nach eine sonstige Verbindlichkeit im Sinne einer antizipativen Rechnungsabgrenzung angezeigt ist. Ab dem Haushaltsjahr 2022 erfolgt der Ausweis daher unter der Bilanzpositiv 4.11 „Sonstige Verbindlichkeiten). In 2023 wurden neue Investitionskredite im Volumen von 76.794 T€ aufgenommen bei Tilgungen von 17.960 T€.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Institut | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Sparkasse Koblenz - Konto 885 | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 2. | Sparkasse Koblenz - Konto 362020 | 27,50 € | 25,25 € | -2,25 € |
| 3. | Sparkasse Koblenz - Tagesgeldkonto 1007913 | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 4. | ING Diba - Tages-/Termingeld | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 5. | Saar LB | 40.000.000,00 € | 40.000.000,00 € | 0,00 € |
| Gesamt | | 40.000.027,50 € | 40.000.025,25 € | -2,25 € |

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. In 2023 sind die Liquiditätssicherungskredite mit vertraglicher Bindung unverändert geblieben.

### F.7.2. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Sachverhalt | HH-VJ | HH-Jahr | Veränderung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | für Grundschule Niederberg | 536.856,36 € | 516.404,68 € | -20.451,68 € |
| 2. | für Mensaneubau Asterstein | 199.616,00 € | 193.378,00 € | -6.238,00 € |
| 3. | für Speisesaal Diesterw egschule/ St. Castor | 432.600,00 € | 420.240,00 € | -12.360,00 € |
| 4. | Mensa Anbau Max-von-Laue Gymnasium | 1.021.890,00 € | 992.270,00 € | -29.620,00 € |
| 5. | Jugend- und Bürgerzentrum Koblenz-Karthause | 420.000,00 € | 408.000,00 € | -12.000,00 € |
| 6. | Restverbindlichkeit Sanierungsvertrag Wohnbau - investiver Anteil | 1.859.437,33 € | 1.615.353,99 € | -244.083,34 € |
| 7. | Restverbindlichkeit Sanierungsvertrag Wohnbau - konsumtiver Anteil | 6.697.410,74 € | 5.807.805,12 € | -889.605,62 € |
| | **Summe** | **11.167.810,43 €** | **9.953.451,79 €** | **-1.214.358,64 €** |

Die Verbindlichkeit wurde im Rahmen der in § 103 GemO i. V. m. § 47 Abs. 6 Nr. 4.3 GemHVO genannten Vorschrift gebildet. Hierbei handelt es sich um Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH. Auf Grund der Bilanzklarheit wurde der Posten (Nr. 1 bis Nr. 5) in die Eröffnungsbilanz der Bilanz der Stadt Koblenz übernommen, da die Darlehen zu 100% durch die Stadt Koblenz refinanziert werden. Die Darlehen dienen weitestgehend der Absicherung von Investitionen auf dem Schulsektor. Die Darlehensbestände werden analog zur entsprechenden Tilgung ertragswirksam aufgelöst.

Die Posten Nr. 6 und Nr. 7 sind nach Vertragsende des Sanierungsvertrags mit der Koblenzer Wohnbau entstanden. Es handelt sich um abgestimmte Restverbindlichkeiten, für die bereits die Leistung gegenüber der Stadt Koblenz erbracht wurde. Die Senkung im Berichtsjahr ergab sich durch die planmäßige Tilgung.

### F.7.3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 9.746.391,37 € | 14.114.912,75 € | 4.368.521,38 € |

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Die deutliche Erhöhung geht auf laufende Sachverhalte zurück. Insbesondere eine offene Verbindlichkeit gegenüber dem Hauptleistungsnehmer des Neubaus „Pfaffendorfer Brücke“ erklärt mit 2.000 T€ einen großen Teil der Erhöhung.

### F.7.4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entwickelten sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.430.314,42 € | 1.690.424,84 € | -739.889,58 € |

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Der gesunkene Wert ergibt sich im Wesentlichen aufgrund einer Nachzahlung an die Koblenz Touristik GmbH aufgrund der mit der Stadt bestehenden vertraglichen Konstellationen zur dortigen Aufgabenwahrnehmung, welche im Vorjahr bilanziert war.

### F.7.5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 16.843,26 € | 42.451,81 € | 25.608,55 € |

Im Berichtsjahr waren keine besonderen Vorgänge zu verzeichnen, die Veränderung geht auf laufende Sachverhalte zurück.

### F.7.6. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen entwickelten sich wie folgt:

**Bestände der Sonderkassen**

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1 | EB 17 Kommunales Gebietsrechenzentrum | 267.800,29 € | 262.810,17 € | -4.990,12 € |
| 2 | EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen | 1.246.098,34 € | 1.350.219,66 € | 104.121,32 € |
| 3 | EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 2.676.485,22 € | 3.929.078,57 € | 1.252.593,35 € |
| 4 | EB 83 Rhein-Mosel-Halle | 5.377.971,71 € | 6.506.343,10 € | 1.128.371,39 € |
| 5 | EB 85 Stadtentwässerung Koblenz | 6.915.410,91 € | 3.098.890,13 € | -3.816.520,78 € |
| 6 | Jagdgenossenschaft links der Mosel | 50.049,05 € | 56.336,95 € | 6.287,90 € |
| 7 | Jagdgenossenschaft rechts des Rheins | 47.790,92 € | 59.635,91 € | 11.844,99 € |
| **Summe** | | **16.581.606,44 €** | **15.263.314,49 €** | **-1.318.291,95 €** |

**Verrechnungskonten**

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 8. | EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen | 386.248,05 € | 468.871,34 € | 82.623,29 € |
| 9. | EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 1.697.948,49 € | 130.066,51 € | -1.567.881,98 € |
| 10. | EB 83 Rhein-Mosel-Halle | -1.440.635,61 € | -544.717,13 € | 895.918,48 € |
| 11. | EB 85 Stadtentwässerung Koblenz | 152.237,19 € | 193.919,08 € | 41.681,89 € |
| 12. | Jagdgenossenschaft links der Mosel | -127,70 € | -357,00 € | -229,30 € |
| 13. | Jagdgenossenschaft rechts des Rheins | -127,71 € | 0,00 € | 127,71 € |
| 14. | Konto 3531 - laufendes Mitbuchkonto | 3.011.412,89 € | 660.645,02 € | -2.350.767,87 € |
| **Summe** | | **3.806.955,60 €** | **908.427,82 €** | **-2.898.527,78 €** |

**Entwicklung (gesamt)**

| Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonderkassen | 16.581.606,44 € | 15.263.314,49 € | -1.318.291,95 € |
| Verrechnungskonten | 3.806.955,60 € | 908.427,82 € | -2.898.527,78 € |
| **Gesamtsumme** | **20.388.562,04 €** | **16.171.742,31 €** | **-4.216.819,73 €** |

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Die Posten wurden mit den Eigenbetrieben abgestimmt und von diesen bestätigt. Die Verbindlichkeiten entstanden durch die laufenden Verrechnungskonten und die Zahlungsabwicklung über die Einheitskasse. Ein Teil der Sonderkasse des EB 85 wurde im Berichtsjahr auf externen Festgeldkonten angelegt, was den Rückgang dieses Darlehens erklärt. Im Übrigen sind keine weiteren besonderen Effekte im Berichtsjahr zu verzeichnen.

### F.7.7. Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich entwickelten sich wie folgt.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige öff. Verbindlichkeiten | 3.342.876,93 € | 5.041.102,42 € | 1.698.225,49 € |

Unter dieser Position werden Verbindlichkeiten gegenüber anderen öffentlichen Einheiten gezeigt. Wesentliche Einzelpositionen sind die Lohnsteuer aus Dezember 2023 (1.595 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Sozialversicherungen (1.393 T€). Außerdem entstand eine Verbindlichkeit gegenüber dem Land aus der Spitzabrechnung der Gewerbesteuerumlage (511 T€). Weiterhin wurde in diesem Jahr auch bereits die Verbindlichkeit gegenüber der Rheinischen Versorgungskasse für den Zeitraum Februar 2024 ausgewiesen (1.006 T€). Aus den zuletzt genannten Positionen resultiert auch der wesentliche Anteil der Erhöhung dieser Bilanzposition.

### F.7.8. Sonstige Verbindlichkeiten

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 € | 6.136.430,66 € | 107.661,65 € |

Unter dieser Position werden alle übrigen Verbindlichkeiten der Stadt Koblenz gezeigt. Es handelt sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus diversen noch abzuführenden durchlaufenden Geldern (1.891 T€), Verbindlichkeiten aus ungeklärten Zahlungseingängen und Zahlungseingängen für das folgende Haushaltsjahr (719 T€), Kautionen (477 T€) und Umsatzsteuern (61 T€). In dieser Position wird außerdem die bereits oben genannte Zinsabgrenzung der Investitionskredite in Höhe von 2.989 T€ ausgewiesen.

## F.8. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelten sich wie folgt:

| Nr | Bezeichnung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | UVG-Abschlag | 174.000,00 € | 238.000,00 € | -174.000,00 € | 238.000,00 € |
| 2. | EEG-Einspeisevergütung PV-Anlagen | 0,00 € | 666,38 € | 0,00 € | 666,38 € |
| 3. | Werbeleistung Fahrzeug KO-SV 125 Amt 46 | 18.194,47 € | 0,00 € | -5.198,40 € | 12.996,07 € |
| 3. | Ferienworkshops Städtische Museen | 314,00 € | 0,00 € | -314,00 € | 0,00 € |
| 4. | Kursgebühren VHS | 44.366,60 € | 46.347,25 € | -44.366,60 € | 46.347,25 € |
| 5. | Spenden Musikschule für 2023 | 3.570,00 € | 0,00 € | -3.570,00 € | 0,00 € |
| 6. | GKV-Projekt Kaleidoskop Amt 50 | 0,00 € | 11.152,00 € | 0,00 € | 11.152,00 € |
| 7. | Nutzungsentschädigung Wald über 25 Jahre | 15.666,67 € | 0,00 € | -1.000,00 € | 14.666,67 € |
| 8. | Wildschadenpauschale Eigenjagd | 2.782,35 € | 2.782,35 € | -2.782,35 € | 2.782,35 € |
| 9. | Drückjagden für 2024 | 5.125,83 € | 6.554,60 € | -5.125,83 € | 6.554,60 € |
| 11. | Jagdpacht Eigenjagd | 4.401,97 € | 4.401,97 € | -4.401,97 € | 4.401,97 € |
| 12. | Vollabonnements Stadttheater | 17.497,00 € | 17.865,17 € | -17.497,00 € | 17.865,17 € |
| 13. | Teilabonnements Stadttheater | 95.995,67 € | 111.758,50 € | -95.995,67 € | 111.758,50 € |
| 14. | Amt 10 - Mietvertrag Sparkassenfiliale RH 2 | 44.431,82 € | 0,00 € | -5.227,27 € | 39.204,55 € |
| 15. | Amt 50 - LSJV Zuwendung | 44.658,00 € | 46.199,00 € | -44.658,00 € | 46.199,00 € |
| 16. | Verkaufte aber noch nicht eingelöste Gutscheine TI | 9.949,48 € | 9.547,15 € | -9.949,48 € | 9.547,15 € |
| Gesamt | | 480.953,86 € | 495.274,37 € | -414.086,57 € | 562.141,66 € |

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden durch Abfragen in den jeweiligen Fachämtern ermittelt und durch Rechnungen bzw. Verträge belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert. Die Posten werden in den Folgejahren aufgelöst. Im Berichtsjahr gibt es keine signifikanten oder außergewöhnlichen Effekte.

# G. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden im Überblick Erläuterungen zur Ergebnisrechnung aufgeführt. Weitergehende Informationen auf Gesamt- und Teilhaushaltsebene können den „Erläuterungen der erheblichen Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt“ entnommen werden.

## G.1. Erträge

| Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO) | Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€ | Ergebnis des Haushaltsjahres in T€ | Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€ |
|---|---|---|---|
| Steuern und Ähnliche Abgaben | 245.092.000,63 | 239.977.767,39 | -5.114.233,24 |
| Zuwendungen, all. Umlagen und sonst. Transfererträge | 101.356.259,68 | 93.856.562,23 | -7.499.697,45 |
| Erträge der sozialen Sicherung | 74.622.513,37 | 74.453.099,61 | -169.413,76 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentg. | 12.898.524,59 | 13.498.686,30 | 600.161,71 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8.659.437,70 | 8.404.544,54 | -254.893,16 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 11.570.474,56 | 10.632.884,93 | -937.589,63 |
| Sonstige laufende Erträge | 23.091.793,57 | 17.410.309,41 | -5.681.484,16 |
| **Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit ( Summe 1 -7)** | **477.291.004,10** | **458.233.854,41** | **-19.057.149,69** |

### G.1.1. Allgemein

Die öffentlich-rechtlichen Erträge resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung verbucht. Gleiches gilt für die Positionen „Steuern und ähnliche Abgaben“ und „Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge“.

Privatrechtliche Leistungsentgelte und Kostenerstattungen/Kostenumlagen wurden grundsätzlich zu dem Zeitpunkt erfasst, wann die Lieferung erfolgt ist bzw. die Leistung erbracht wurde.

Die sonstigen laufenden Erträge werden im Folgenden detailliert dargestellt. Signifikante Effekte waren die deutliche Reduzierung der Erträge aus der Veräußerung von Anlagevermögen um 2.591 T€. Ebenfalls deutlich zurückgegangen sind die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (-2.885 T€) sowie aus der Anpassung von Festwerten (-2.064 T€). Eine deutliche Erhöhung erfuhren die Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (+1.746 T€). Die periodenfremden Erträge sind ebenfalls deutlich zurückgegangen.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Erträge können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

## G.1.2. Sonstige laufende Erträge

| Sonstige laufende Erträge in T€ | Ergebnis des Haushaltsjahres in T€ | Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€ | Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€ |
|---|---|---|---|
| Bestandsveränderung Vorratsvermögen | -79 | -245 | 166 |
| Zu aktivierende Eigenleistungen | 2.082 | 1.456 | 626 |
| Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen | 790 | 3.381 | -2.591 |
| Erträge aus ordnungsrechtlichen Erträgen | 3.892 | 3.687 | 205 |
| Erträge aus Konzessionsabgaben | 6.434 | 6.858 | -424 |
| Erträge aus Baulandumlegungen | 7 | 0 | 7 |
| Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen | 2.864 | 1.118 | 1.746 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil | 0 | 0 | 0 |
| Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens KSI | 22 | 83 | -61 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 45 | 2.930 | -2.885 |
| Erträge aus der Anpassung von Festwerten | 175 | 2.239 | -2.064 |
| Erträge aus der Zuschreibung von Beteiligungsvermögen | 378 | 0 | 378 |
| Erträge aus Anpassung Bilanzpositionen | 205 | 86 | 119 |
| Sonstige Erträge | 595 | 1.499 | -904 |
| *davon periodenfremde Erträge* | *110* | *857* | *-747* |
| **Gesamt** | **17.410** | **23.092** | **-5.682** |

## G.1.3. Aufgliederung Periodenfremde Erträge

| ***Bezeichnung*** | ***HH Betrag in T€*** | ***HH-VJ Betrag in T€*** |
|---|---|---|
| Korrekturen Anlagevermögen/Sonderposten - Abrechnungen aus Vorjahren | 95 | 846 |
| Nachträgliche Rechnungen | 2 | 8 |
| Bereinigung Bestands- und Forderungskonten | 13 | 3 |
| Gesamtergebnis | 110 | 857 |

## G.2. Aufwendungen

| Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO) | Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€ | Ergebnis des Haushaltsjahres in T€ | Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€ |
|---|---|---|---|
| Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen | 126.681.383,96 | 126.535.197,66 | 146.186,30 |
| Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 80.049.060,45 | 85.354.031,88 | -5.304.971,43 |
| Abschreibungen | 28.079.867,75 | 29.263.698,27 | -1.183.830,52 |
| Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen | 56.446.799,07 | 63.220.387,94 | -6.773.588,87 |
| Aufwendungen der sozialen Sicherung | 132.358.784,85 | 147.501.849,21 | -15.143.064,36 |
| Sonstige laufende Aufwendungen | 29.556.189,66 | 30.118.191,69 | -562.002,03 |
| **Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** | **453.172.085,74** | **481.993.356,65** | **-28.821.270,91** |

## G.2.1 Allgemein

Aufwendungen stellen Ressourcenverbräuche im Sinne eines echten wirtschaftlichen Werteverzehrs dar. Ihre Zuordnung zum Berichtsjahr ergibt sich aus dem Grundsatz der periodengerechten Gewinnermittlung und den übrigen durch die GemO und GemHVO vorgeschriebenen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden. Die Vollständigkeit wurde durch die Fachämter bestätigt.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Aufwendungen können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

### G.2.2. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden durch Schnittstelle aus dem Lohnprogramm Fidelis übernommen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Unterkonten erfolgt durch Überleitung von Lohnarten zu Konten und Hinterlegung der Kostenstelle je Mitarbeiter. Die Vollständigkeit wurde durch Abgleichung der Daten durch das Fachamt nachgewiesen.

### G.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dieser Position werden alle klassischen Aufwendungen aus der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Produktionsverfahren mit Ausnahme des Personalbereichs erfasst.

### G.2.4 Abschreibungen

Abschreibungen werden automatisiert durch das System aufgrund der Einrichtungsdaten der Anlagenbuchhaltung gebucht. Es gelten vollumfänglich die im Bereich der Erläuterung des Anlagevermögens getroffenen Erläuterungen. Die Abschreibungen wurden im Rahmen einer Stichprobe auf Plausibilität geprüft und in der Anlagenübersicht auf die Bilanzpositionen des Anlagevermögens zugeordnet.

### G.2.5. Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen sowie Aufwendungen der sozialen Sicherung

In diesen beiden Positionen werden sämtliche Aufwendungen der Stadt Koblenz erfasst, die ohne Gegenleistung an andere öffentliche und private Bereiche für laufende Aufwendungen mit und ohne Zweckbindung erbracht werden. Die Aufwendungen der sozialen Sicherung sind dabei vollumfänglich durch den Aufgabenbereich des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bedingt und werden im Wesentlichen durch die dort eingesetzten Fachverfahren erzeugt.

### G.2.6 Sonstige laufende Aufwendungen

| **Sonstige laufende Aufwendungen in T€** | **Ergebnis des Haushaltsjahres in T€** | **Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€** | **Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€** |
|---|---|---|---|
| Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen | 1.714 | 1.518 | 196 |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 17.442 | 15.680 | 1.762 |
| *davon Mieten, Pachten, Leasing* | *5.554* | *5.401* | 153 |
| *davon EDV-Aufwendungen* | *8.713* | *7.212* | 1.501 |
| Geschäftsaufwendungen | 3.311 | 3.143 | 168 |
| Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges | 2.238 | 1.882 | 357 |
| Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und Einstellungen in den Sonderposten | 80 | 736 | -656 |
| Wertberichtigungen zu Forderungen | 1.185 | 1.074 | 111 |
| Aufwendungen für Steuern | 1.903 | 2.998 | -1.095 |
| Zuschüsse und Zuwendungen an Fraktionen | 458 | 416 | 42 |
| Sonstige Aufwendungen | 23 | 21 | 2 |
| Periodenfremde Aufwendungen | 1.764 | 2.088 | -324 |
| **Summe** | **30.118** | **29.556** | **562** |

### G.2.7 Aufgliederung Periodenfremde Aufwendungen

| *Bezeichnung* | *HH-VJ Betrag in T€* | *HH Betrag in T€* |
|---|---|---|
| Korrekturen Anlagevermögen - Aus Umbuchung Aufwandsanteilen im Rahmen von Abrechnungen | 1.871 | 1.743 |
| Nachzahlung Umsatzsteuer aus Betriebsprüfungen | 210 | 20 |
| Sonstiges | 7 | 1 |
| **Gesamtergebnis** | **2.088** | **1.764** |

### G.2.8. Zinserträge und Zinsaufwendungen

Bei den Ertragsbuchungen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus Beteiligungen der Stadt Koblenz (Gewinnausschüttungen) sowie steuerrechtliche Zinsen.

Bei den Aufwandsbuchungen handelt es sich im Wesentlichen um Zinsen aus den aufgenommen Darlehen.

### G.3. Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresüberschuss wird im Folgejahr gemäß § 18 Abs. 3 GemHVO mit der Kapitalrücklage verrechnet.

### G.4. Außerordentliches Ergebnis

Im Berichtsjahr gab es weder außerordentliche Erträge noch außerordentliche Aufwendungen.

# H. Sonstige Angaben

### H.1. Trägerschaften bei Sparkassen, die nicht bilanziert sind

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

### H.2. Währungsumrechnungen

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem

Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen.

- Der Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.

- Währungsumrechnungen auf Grund der Euroumstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

## H.3. Einschränkungen von Grundbesitzrechten

Die Recherche nach Grundbesitzrechten ist durch die Technik des Grundbuchsystems äußerst personalintensiv. Die Personalsituation im betreffenden Sachgebiet des zuständigen Amtes im Jahr 2023 hat sich gegenüber den letzten Jahren nicht verändert. Nach Auskunft des zuständigen Fachamtes ist aufgrund des Ergebnisses einer Organisationsuntersuchung nicht damit zu rechnen, dass die Aufgabenstellung in absehbarer Zeit bewältigt werden kann, da im zuständigen Sachgebiet sowie in den übrigen Bereichen des Fachamtes keine Personalressourcen zur Verfügung stehen oder bereitgestellt werden. Die Aufgabenstellung wird erfüllt, sobald Mitarbeitende zur Erledigung dieser Aufgabenstellung freigestellt werden können

Die Gemeinde hat mit der Energieversorgung Mittelrhein AG mit Sitz in Koblenz Konzessionsverträge geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

## H.4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

Gem. § 48 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO sind im Anhang drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, anzugeben.

Der erhebliche Sanierungsbedarf an den städtischen Gebäuden ist weiterhin eine große Herausforderung. 65 % des Gebäudebestandes sind vor 1980 erbaut worden. Lediglich 2% des Bestandes wurde seit dem Jahr 2020 neu errichtet; dabei liegt der Schwerpunkt bei der Errichtung und Erweiterung von Schulgebäuden. Die Ursachen sind vielfältig. Die Mehrzahl der Schulgebäude bietet keine adäquaten Räumlichkeiten für reformierte Lerninhalte wie naturwissenschaftliche Räume oder zusätzliche Kapazitäten für (Frische-)Küchen und Mensen; noch entsprechen die Sicherheitsausstattungen dem neuesten Stand der Technik. Fehlende barrierefreie Zugangsmöglichkeiten, unzureichende technische Voraussetzungen zur Nutzung zeitgemäßer Digitalisierung, fällige Vorkehrungen für Energieeinsparungen stellen weitere Handlungsbedarfe dar. Zusätzlich steigen die Schülerzahlen stetig, wodurch der erhöhte Bedarf an Klassenräumen die Situation an den Schulen noch zusätzlich beeinflusst. Erstmaßnahmen wie die Aufstellung von Ausweichcontainern bieten dafür allenfalls eine kurzfristige Lösung.

Die Umsetzung der Schulmodernisierungen erfolgt im Berichtsjahr 2023 mittels verschiedener Förderprogramme.

Im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramm KI 3.0 werden durch Bund und Land mit einer 90%ige Förderung im ersten Kapitel Maßnahmen zur Verbesserung der energetischen Werte sowie Arbeiten an Fassaden, Fenstern und Dachstühlen durchgeführt. Parallel hierzu erfolgt die Bearbeitung des KI 3.0 Kapitel 2, dessen Schwerpunkte auf der Herstellung der Barrierefreiheit und die energetische Sanierung von Fassaden liegen. Hier wurden im Jahr 2023 erhebliche Summen investiert. Weitere Neu-, Erweiterungs- sowie Umbaumaßnahmen werden über das Landesprogramm Schulbauförderung abgewickelt. In den kommenden Jahren werden zusätzlich erhebliche Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes erfolgen, welche im Wesentlichen im Klimaschutzteilkonzept der Stadt Koblenz dokumentiert sind, die in hohem Maße (finanzielle) Ressourcen binden werden.

Im Bereich der städtischen Ingenieurbauwerke ergibt sich weiterhin ein beachtlicher Instandsetzungs- bzw. Erneuerungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der "Masterplan Brücken" vorgestellt. Der "Masterplan Brücken" gibt einen Überblick, wie sich die aktuelle

Situation in Bezug auf die vom Tiefbaumt unterhaltenen Bauwerke darstellt und welche Folgen daraus in der Zukunft entstehen werden. Die Brücken machen jedoch nur einen Teil des "Masterplan Brücken" aus. Darüber hinaus gehören alle anderen Ingenieurbauwerke wie Stützwände, Trogbauwerke, Lärmschutzwände und Verkehrszeichenbrücken dazu, die ebenfalls vom Tiefbauamt unterhalten werden. Die Einstufung der Bauwerke in die resultierende Prioritätenliste des "Masterplan Brücken" berücksichtigt verschiedene Aspekte. Die Reihenfolge der einzelnen Maßnahmen ist somit abhängig von der aktuellen Zustandsnote, der Verkehrsbedeutung, die Baustellenführung und der Möglichkeit der Maßnahmenbündelung. Dies bedeutet, dass bei einer Veränderung der Zustandsnote das betroffene Bauwerk in der Prioritätenliste eine andere Position einnimmt. Damit ist das Tiefbauamt in der Lage, frühzeitig auf anstehende Investitionen zu reagieren. Als größte Einzelmaßnahme in diesem Bereich kann der Neubau der Pfaffendorfer Brücke benannt werden. Als weitere Maßnahmen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen können die Ertüchtigung der Geh- und Radweganlage an der Horchheimer Eisenbahnbrücke sowie der Neubau der Geh- und Radwegebrücke Rauental-Goldgrube genannt werden.

## H.5. Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Stadt war im Haushaltsjahr 2023 mit Leasingaufwendungen in Höhe von insgesamt 149 T€ belastet. Weitere finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Es sind nach Vertragsende des Sanierungsvertrags mit der Koblenzer Wohnbau GmbH finanzielle Verpflichtungen entstanden, die auch im Jahr 2023 planmäßig getilgt wurden. Es handelt sich um abgestimmte Restverbindlichkeiten, für die bereits die Leistung durch die Koblenzer Wohnbau GmbH gegenüber der Stadt erbracht wurde. Zum Ende des Berichtsjahres beliefen sich diese noch auf insgesamt 7.423 T€.

## H.6. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Es sind keine Sachverhalte bekannt.

## H.7. Sonstige Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

| | | Gesamtbetrag | Davon gegenüber Tochterorganisationen |
|---|---|---|---|
| | | T€ | T€ |
| 1. | Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln | --- | --- |
| 2. | Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften | 13.654 | 13.654 |
| 3. | Gewährleistungen | | |
| 3.1. | für eigene Leistungen | | |
| | a) unselbstständige Garantien, die über die gewöhnliche Garantie hinausgehen | --- | --- |
| b) | selbstständige Gewährleistungsverträge | --- | --- |
| | Summe Gewährleistungen für eigene Leistungen | --- | --- |
| 3.2. | für fremde Leistungen | | |
| | a) Freistellungsverpflichtungen | --- | --- |
| | b) Haftungsübernahmen | --- | --- |
| | c) Liquiditätsgarantien | --- | --- |
| | d) Werthaltigkeitsgarantien | --- | --- |
| | e) Einstehen für die Bezahlung ab getretener oder verkaufter Forderungen | --- | --- |
| | f) Garantie für die Ausführung von Arbeiten Dritter | --- | --- |
| | g) Schuldmitübernahme | --- | --- |

| | | |
|---|---|---|
| h) Haftungen für Bürgschaften und Garantien Dritter | --- | --- |
| i) Bürgschafts-, Garantie- und Schuldbefreiungsversprechen | --- | --- |
| j) bindende Versprechen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten auf dessen Wunsch eine Grundschuld oder eine andere Sicherheit für die Verpflichtung des Schuldners zu bestellen | --- | --- |
| k) Patronatserklärungen, die ein bürgschafts-ähnliches Rechtsverhältnis begründen | --- | --- |
| Summe Gewährleistungen für fremde Leistungen | --- | --- |
| 4. Bedingt rückzahlbare Zuwendungen / Zuschüsse | --- | --- |
| Insgesamt | 13.654 | 13.654 |

## H.8. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Folgende Verpflichtungsermächtigungen wurden in Anspruch genommen, die jedoch noch keine Verbindlichkeiten begründen:

| Teilhaushalt: | Projekt: | Maßnahmenbezeichnung: | Betrag: |
|---|---|---|---|
| TH 01 "Innere Verwaltung" | Z011000 | Umbau Feuerwehrgerätehaus Kesselheim | 6.700,00 € |
| TH 01 "Innere Verwaltung" | P101011 | Glasfaserring Koblenz | 223.812,00 € |
| TH 01 "Innere Verwaltung" | P101012 | EDV-Anbindung Feuerwache 3 Bubenheim | 809.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Q370000 | Global Zivil- und Katastrophenschutz | 102.384,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Q370003 | Beschaffung Kleinfahrzeuge | 148.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371051 | Ersatzbeschaffung Gerätewagen Wasserrettung | 113.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Z371007 | Neubau Feuerwache 3 - Bubenheim | 168.700,00 € |
| TH 06 "Soziales und Jugend" | Z501054 | Neubau Kita Horchheimer Höhe | 84.100,00 € |
| TH 06 "Soziales und Jugend" | Z501066 | RLT Kita Eulenhorst Metternich | 800,00 € |
| TH 07 "Sport" | Z521033 | Sanierung Freibad Oberwerth | 3.400,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400006 | Global Schulnetz/ Digitalisierung | 52.988,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400007 | DigitalPakt Schule | 233.811,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400010 | Global Grundschulen | 2.700,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400060 | Global Gymnasium | 2.502,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z400001 | Ankauf Schulcontainer | 6.300,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401227 | Schulhofsanierung Görres-Gymnasium | 1.000,00 € |
| TH 09 "Kultur" | P460001 | Kernsanierung Stadttheater | 1.241.894,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P631002 | Pfaffendorfer Brücke | 161.060.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P661160 | Einmündung Beatusstraße/ Heiligen Weg | 1.930.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P661189 | Herstellung Erschließungsfläche In der Grünwies | 554.700,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P661192 | Erneuerung Durchlass Brückerbach Kreuzung Grabenstr./Wolkener Str. | 300.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P671022 | Stolzenfels - Ausbau Leinpfad | 26.360,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P671023 | Pfaffendorf bis Stadtgrenze Lahnstein-Erneu. Leinpfad | 51.510,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P671027 | Auskofferung Rheinlaache, Schwanenteich + Laubach | 28.610,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P671028 | Stützmauer - Astersteiner Balkon | 143.353,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P671031 | Konrad-Adenauer-Ufer - Ausbau Leinpfad | 2.608,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V. | P671032 | Kesselheim - Ausbau Leinpfad | 50.205,00 € |

## H.9. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Im Haushaltsjahr 2023 waren hierzu keine Sachverhalte bekannt.

## H.10. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben

Für folgende Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag fertig gestellt wurden, wurden noch keine Entgelte oder Abgaben erhoben (die Aufstellung erfolgte gem. § 48 Abs. 2 Nr. 14 GemHVO):

### H.10.1. Erschließungsbeiträge

| NR. | Maßnahme | Datum der baulichen Fertigstellung | Voraussichtliche Höhe der Beiträge | Erhobene Vorausleistungen | Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung | Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung (z. B. noch keine Entstehung der sachlichen Beitragspflicht) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | **Anderbachstraße** | September 2018 | 220.000,00 € | 0,00 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | Widmung als Grundlage für die sachliche Beitragspflicht steht noch aus |
| 2 | **Bubenheimer Weg** | November 2021 | 420.845,00 € | 0,00 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | Widmung als Grundlage für die sachliche Beitragspflicht steht noch aus |
| 3 | **Erschließungseinheit A "Baugebiet südliches Güls" (Karl-Mannheim-Straße, Egon-Klepsch-Weg und An der Spielwiese)** | Oktober 2018 | 1.640.229,90 € | 969.024,08 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 4 | **Erschließungseinheit B "Baugebiet südliches Güls" (Ludwig-Denkel-Straße und Schwester-Modesta-Straße)** | Oktober 2018 | 968.091,94 € | 416.158,21 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 5 | **Fritz-von-Unruh-Str. von Hanns-Maria-Lux-Straße bis Fritz-von-Unruh-Str. /nördl. Bereich** | November 2015 | 571.891,41 € | 570.980,68 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 6 | **Fritz-von-Unruh-Str. von Garagenzufahrt bis Ortsumgehung** | Februar 2004 | 166.434,80 € | 161.519,46 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 7 | **Feuerwache Niederberg** | Juni 2021 | 725.000,00 € | 0,00 € | 2025 | keine Erhebung von Vorausleistungen nach technischer Fertiggestelltung möglich; sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 8 | **Gulisastraße** | Dezember 2012 | 100.000,00 € | 0,00 € | 2025 | keine Erhebung von Vorausleistungen nach technischer Fertiggestelltung möglich; sachliche beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 9 | **Helene Rothländer Str.** | November 2015 | 213.971,72 € | 230.671,34 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 10 | **Herm.-Dienz-Str. östl. Bereich** | November 2015 | 69.687,04 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 11 | **Josef-Funken-Straße** | August 2019 | 1.022.665,06 € | 1.022.665,06 € | 2026 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2023 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 12 | **Maria Detzel Str.** | November 2015 | 137.224,29 € | 142.883,07 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 13 | **Rene´-Ernst-Straße** | November 2021 | 885.064,00 € | 0,00 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | keine Erhebung von Vorausleistungen nach technischer Fertiggestelltung möglich; keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung |
| 14 | **Sonneneck** | August 2008 | 366.938,93 € | 157.330,23 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 15 | **Veit Rummel Straße** | November 2015 | 297.212,18 € | 204.389,71 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |

## H.10.2. Ausbaubeiträge und Ausgleichsbeträge

| Nr. | Maßnahme | Datum der baulichen Fertigstellung | voraussichtliche Höhe der Beiträge | Erhobene Vorausleistungen | Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung | Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung (z. B. noch keine Entstehung der sachlichen Beitragspflicht) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Ahornweg | März 2020 | 13.596,42 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 23.11.2023 | sachliche Beitragspflicht 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 2 | Alte Straße | Juni 2021 | 16.200,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 3 | Birkenweg | November 2020 | 17.949,16 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 05.04.2023 | sachliche Beitragspflicht erst 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 4 | Dahlienweg | Juni 2022 | 49.958,95 € | 0,00 € | 2026 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; Abrechnung über wiederkehrenden Straßenausbaubeitrag |
| 5 | Drosselgang | Mai 2022 | 141.500,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangig andere Arbeiten |
| 6 | Eichenweg | April 2021 | 16.405,23 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 24.05.2024 | sachliche Beitragspflicht 2021 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 7 | Emser Straße; Stadtteil-mittelpunkt H`heim, 1.+ 2. BA | September 2018 | 353.501,19 € | 353.501,19 € | 2026 | sachliche Beitragspflicht mit Abschluss Grunderwerb erst in 2023 entstanden; |
| 8 | Finkenherd | Juli 2021 | 127.242,07 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 9 | Gartenstraße | Juli 2022 | 93.800,00 € | 0,00 € | 2026 | sachliche Beitragspflicht 2024 entstanden |
| 10 | Grabenstraße, Aachener Straße bis Lambertstraße | Dezember 2017 | 168.939,63 € | 168.939,63 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2019 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |
| 11 | Grabenstraße, Gedächtnisstraße bis Lambertstraße | April 2019 | 206.396,83 € | 206.396,83 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2019 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |
| 12 | Grafenstraße | Mai 2022 | 41.164,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 13 | Lambertstraße | Juni 2021 | 31.700,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 14 | Lorenz-Kellner-Straße | Mai 2022 | 43.100,00 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2022; vorrangige andere Arbeiten |
| 15 | Peter-Friedhofen-Straße | April 2022 | 70.600,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022; vorrangige andere Arbeiten |
| 16 | Roonstraße | April 2020 | 57.000,00 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht erst 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 17 | Schützenstraße | Dezember 2018 | 67.405,34 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 10.03.2023 | sachliche Beitragspflicht erst 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 18 | Schwarzer Weg | Juli 2020 | 20.264,93 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 19 | Spechtstraße | Dezember 2018 | 114.442,20 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 14.11.2023 | sachliche Beitragspflicht 2019 entstanden; politisch bedingte Verzögerungen im Zusammenhang mit der Beitragsfestsetzung |
| 20 | St.-Josef-Straße | März 2020 | 12.737,00 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 23.10.2023 | sachliche Beitragspflicht erst 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **21** | **Von-Eyß-Straße** | Mai 2022 | 36.750,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht erst 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| **22** | **Von-Werth-Straße** | Dezember 2021 | 40.000,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| **23** | **Wendelinusstr.** | Dezember 2022 | 14.100,00 € | 0,00 € | 2026 | sachliche Beitragspflicht erst 2023 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |

**Ausgleichsbeträge:**

| Nr. | Maßnahme | endgültig festgesetzt | Vorauslstg. | laufende Verfahren | Begründung | voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | Sanierung Altstadt | Im Jahr 2022 festgesetzt und eingenommen: 4.202,34 € | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2021, Erstellung Gutachten bis 2025, Bescheide bis 2025 |
| 2 | Sanierung Ehrenbreitstein | Im Jahr 2022 festgesetzt und eingenommen: 0,00 € | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2021, Erstellung Gutachten bis 2025, Bescheide bis 2025 |
| 3 | Sanierung Boelckekaserne | Im Jahr 2022 festgesetzt und eingenommen: 0,00 € | noch offen - Gutachten ausstehend | noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2021, Gutachten 2021, Bescheide 2023 |
| 4 | Sanierung Zentralplatz | Im Jahr 2022 festgesetzt und eingenommen: 0,00 € | noch offen - Gutachten ausstehend | noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2022, Erstellung Gutachten bis 2026, Bescheide bis 2026 |

## H.11. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Im Haushaltsjahr 2022 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Lohn- und Gehaltssumme brutto. Das vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld betrug 3,5% des RZVK pflichtigen Brutto-Entgeltes. Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt.

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftsplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

## H.12. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

| Art | Umfang | Barwert |
|---|---|---|
| SWAP Ref. 267597M - langer Swap (alt)<br>SWAP mit Floor Ref. 1684122M (neu) | Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025<br>Ursprungskapital: 2.025.568,80 €<br>Stand am 31.12.2023: 530.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 % | -7.105,23 € |
| SWAP Ref. 30143 - Swap 2 | Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2024<br>Ursprungskapital: 3.622.262,03 €<br>Stand am 31.12.2023: 160.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 % | -2.711,99 € |
| SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT (alt)<br>SWAP Ref.-Nr. 684400/43407832ST (neu) | Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024<br>Ursprungskapital: 4.237.781,12 €<br>Stand am 31.12.2023: 1.881.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 % | -50.641,08 € |
| Gesamt | | -60.458,30 € |

Bei den Barwerten handelt es sich um indikative Bewertungen der jeweiligen Banken, die keine rechtsgeschäftliche Bindungswirkung auf die Bilanzierung entfalten. Die Barwerte stellen keine handelbaren Kurse oder Preise dar. Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden (z.B. Diskontierungsmethode).

## H.13. Beteiligungen

Die direkten und indirekten Beteiligungen der Stadt Koblenz können gemäß § 90 Abs. 2 GemO i. V. m. § 48 Abs. 2 Nr. 20 GemHVO dem aktuell vorliegenden Beteiligungsbericht der Stadtwerke Koblenz GmbH entnommen werden.

## H.14. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde uneingeschränkt für folgende Organisationen:

| Name / Rechtsform | Sitz | Rechtsform | Mithaftung Dritter | Haftungsgrund |
|---|---|---|---|---|
| Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eigenbetrieb Kommunales Gebiets-rechenzentrum Koblenz | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eingebetrieb Stadtentwässerung Koblenz | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |

## H.15. Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt folgende Übersicht:

| Durchschnittliche Anzahl | Stichtag 31.12.2022 | Stichtag 31.12.2023 |
|---|---|---|
| Beamtinnen/Beamte (inkl. Azubis, ohne EB) | 440 | 481 |
| *davon teilzeitbeschäftigt* | *51* | *48* |
| Beschäftigte (inkl. Azubis, ohne EB) | 1502 | 1540 |
| *davon teilzeitbeschäftigt* | *539* | *546* |
| **Insgesamt (inkl. Azubis, ohne EB)** | **1942** | **2021** |
| | | |
| Anwärterinnen und Anwärter (mit EB) | 35 | 45 |
| Auszubildende (mit EB) | 68 | 78 |
| **Insgesamt (mit EB)** | **103** | **123** |
| | | |
| Beamtinnen/Beamte im Erziehungsurlaub/ in Elternzeit (ohne EB) | 6 | 8 |
| Beschäftigte im Erziehungsurlaub/ in Elternzeit (ohne EB) | 41 | 49 |
| **Insgesamt (ohne EB)** | **47** | **57** |

## H.16. Mitglieder des Stadtrats

Der Stadtrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

a) Vorsitz: Oberbürgermeister David Langner

b) Ratsmitglieder:

| Stand 31.12.2022 | Datum des Ausscheidens | Name des Ersatzmitglieds | Datum des Eintritts | Stand 31.12.2023 |
|---|---|---|---|---|
| Ackermann, Hans-Peter | | | | Ackermann, Hans-Peter |
| Altmaier, Christian | | | | Altmaier, Christian |
| Antpöhler-Zwiernik, Oliver | | | | Antpöhler-Zwiernik, Oliver |
| Artz, Monika | | | | Artz, Monika |
| Balmes, Peter | | | | Balmes, Peter |
| Bastian, Manfred | | | | Bastian, Manfred |
| Beuth, Sebastian | | | | Beuth, Sebastian |
| Biebricher, Andreas | | | | Biebricher, Andreas |
| Bohn, Eitel | | | | Bohn, Eitel |
| Bourry, Ulrike Maria | | | | Bourry, Ulrike Maria |
| Bündgen, Toni | | | | Bündgen, Toni |
| Christmann, Tobias | | | | Christmann, Tobias |
| Diederichs-Seidel, Uwe | | | | Diederichs-Seidel, Uwe |
| Diehl, Manfred | | | | Diehl, Manfred |
| Etzkorn, Lena | | | | Etzkorn, Lena |
| Follmann, David | | | | Follmann, David |
| Geissler, Fabian | | | | Geissler, Fabian |
| Gniewosz, Gordon | | | | Gniewosz, Gordon |
| Görgen, Ute | | | | Görgen, Ute |
| Gross Dr., Michael | | | | Gross Dr., Michael |
| Hennchen, David Josef | | | | Hennchen, David Josef |
| Hoernchen, Birgit | | | | Hoernchen, Birgit |
| Kalenberg, Rudolf | | | | Kalenberg, Rudolf |
| Khan, Marina | | | | Khan, Marina |
| Kirsch, Thomas | | | | Kirsch, Thomas |
| Kleemann Dr., Ulrich | | | | Kleemann Dr., Ulrich |
| Knopp, Detlef | | | | Knopp, Detlef |
| Knopp, Ernst | | | | Knopp, Ernst |
| Köbberling Dr., Anna | | | | Köbberling Dr., Anna |
| Kübler, Julia Maria | | | | Kübler, Julia Maria |
| Kühlenthal, Edgar | | | | Kühlenthal, Edgar |
| Lipinski-Naumann, Marion | | | | Lipinski-Naumann, Marion |
| Martin Martorell, Laura | | | | Martin Martorell, Laura |
| Mehlbreuer, Andrea | | | | Mehlbreuer, Andrea |
| Michels, Tim Josef | | | | Michels, Tim Josef |
| Mühlbauer, Marion | | | | Mühlbauer, Marion |
| Naumann, Fritz | | | | Naumann, Fritz |

| Stand 31.12.2022 | Datum des Ausscheidens | Name des Ersatzmitglieds | Datum des Eintritts | Stand 31.12.2023 |
|---|---|---|---|---|
| Oster, Josef | | | | Oster, Josef |
| Otto, Stephan | | | | Otto, Stephan |
| Paul, Joachim | | | | Paul, Joachim |
| Pilger, Detlev | | | | Pilger, Detlev |
| Rosenbaum, Karl-Heinz | | | | Rosenbaum, Karl-Heinz |
| Rudolph Dr., Thorsten | | | | Rudolph Dr., Thorsten |
| Sauer, Monika | | | | Sauer, Monika |
| Schmidt-Wygasch Dr., Carolin | | | | Schmidt-Wygasch Dr., Carolin |
| Schneider, Thorsten | | | | Schneider, Thorsten |
| Schöll, Christoph | | | | Schöll, Christoph |
| Schumann-Dreyer, Anna-Maria | | | | Schumann-Dreyer, Anna-Maria |
| Schupp, Torsten | | | | Schupp, Torsten |
| Stötter Dr., Tabea | | | | Stötter Dr., Tabea |
| Vogel, Katrin | | | | Vogel, Katrin |
| von Heusinger, Carl-Bernhard | | | | von Heusinger, Carl-Bernhard |
| Weber, Karl-Ludwig | | | | Weber, Karl-Ludwig |
| Wefelscheid, Stephan | | | | Wefelscheid, Stephan |
| Wierschem, Ute | | | | Wierschem, Ute |
| Wilhelm, Kevin | | | | Wilhelm, Kevin |

Im Berichtsjahr ergaben sich keine personellen Veränderungen im Stadtrat.

### H.17. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO wurden die Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

### H.18. Unterzeichnung Jahresabschluss

Die Bilanz zum 31.12.2023 wird nach Feststellung des Stadtrates wie folgt unterzeichnet.

_____

David Langner
Oberbürgermeister der Stadt Koblenz

# **Anlage 5** Anlagenübersicht

**Anlagenübersicht GJ 2023 [in EUR]**

***Stand 16.05.2024***

| Posten | Gem. § 47 (4) Nr. 1 GemHVO | Anschaffung- und Herstellungskosten | | | | | Abschreibungen, Wertberichtigungen | | | | | | Restbuchwerte | | Kennzahlen | | Wertmind-erung durch unterlassene instandhalt-ung, Alt-lasten, Sonstiges |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | AHK zum 31.12. des Vorjahres | Zugänge im HH-Jahr | Abgänge im HH-Jahr | Umbuch-ungen im HH-Jahr | AHK zum 31.12. des HH-Jahres | aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres | Zuschreib-ungen im HH-Jahr | Abschreib-ungen im HH-Jahr | AFA Um buchungen im HH-jahr | Abschreib-ungenen auf Abgänge | kumulierte Abschreib-ungen zum 31.12. des HH-Jahres | Buchwert am 31.12. des HH-Jahres | Buchwert am 31.12. d. Vorjahres | Durchschn. Abschreib-ungssatz | Durchschn. Restbuch-wert | |
| ANLAGENSPIEGEL | | **1.997.300.741,24** | **81.982.402,97** | **-2.333.006,48** | **333.071,01** | **2.077.283.208,74** | **539.635.957,63** | **0,00** | **29.263.698,27** | **0,00** | **-2.131.813,36** | **566.767.842,54** | **1.510.515.366,20** | **1.457.664.783,61** | **1,4%** | **72,7%** | **0,00** |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | | **117.833.462,46** | **3.554.024,16** | **-1.499.995,00** | **759.416,13** | **120.646.907,75** | **58.706.896,22** | **0,00** | **3.229.087,69** | **0,00** | **-1.499.994,00** | **60.435.989,91** | **60.210.917,84** | **59.126.566,24** | **2,7%** | **49,9%** | **0,00** |
| 1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | 2.210.661,10 | 5.900,02 | 0,00 | 0,00 | 2.216.561,12 | 1966.956,67 | 0,00 | 75.494,02 | 0,00 | 0,00 | 2.042.450,69 | 174.110,43 | 243.704,43 | 3,4% | 7,9% | 0,00 |
| 1.1.2 Geleistete Zuwendungen | | 90.685.431,13 | 1827.665,84 | 0,00 | 882.142,31 | 93.395.239,28 | 47.344.528,13 | 0,00 | 2.665.012,15 | 0,00 | 0,00 | 50.009.540,28 | 43.385.699,00 | 43.340.903,00 | 2,9% | 46,5% | 0,00 |
| 1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse | | 19.768.296,43 | 0,00 | -1499.995,00 | 556.340,52 | 18.824.641,95 | 9.395.411,42 | 0,00 | 488.581,52 | 0,00 | -1499.994,00 | 8.383.998,94 | 10.440.643,01 | 10.372.885,01 | 2,6% | 55,5% | 0,00 |
| 1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | | 5.169.073,80 | 1720.458,30 | 0,00 | -679.066,70 | 6.210.465,40 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 6.210.465,40 | 5.169.073,80 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.2 Sachanlagen | | **1.516.578.491,09** | **69.732.048,94** | **-792.786,81** | **-426.345,12** | **1.585.091.408,10** | **480.908.381,13** | **0,00** | **26.034.610,58** | **0,00** | **-631.819,36** | **506.311.172,35** | **1.078.780.235,75** | **1.035.670.109,96** | **1,6%** | **68,1%** | **0,00** |
| 1.2.1 Wald, Forsten | | 24.562.129,29 | 4.028,35 | 0,00 | -364.868,32 | 24.201289,32 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 24.201289,32 | 24.562.129,29 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | 102.027.752,09 | 1368.140,56 | -109.365,77 | 3.536.111,27 | 106.822.638,15 | 3.057.788,11 | 0,00 | 406.283,16 | 0,00 | 0,00 | 3.464.071,27 | 103.358.566,88 | 98.969.963,98 | 0,4% | 96,8% | 0,00 |
| 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | 329.768.564,78 | 14.814.766,57 | 0,00 | 16.222.101,00 | 360.805.432,35 | 72.502.189,24 | 0,00 | 6.409.995,34 | 0,00 | 0,00 | 78.912.184,58 | 281893.247,77 | 257.266.375,54 | 1,8% | 78,1% | 0,00 |
| 1.2.4 Infrastrukturvermögen | | 849.992.177,69 | 438.131,15 | -331.336,29 | 4.689.065,67 | 854.788.038,22 | 356.461.244,91 | 0,00 | 13.647.513,65 | 0,00 | -283.581,03 | 369.825.177,53 | 484.962.860,69 | 493.530.932,78 | 1,6% | 56,7% | 0,00 |
| 1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden | | 9.356.411,76 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 9.356.411,76 | 2.960.193,76 | 0,00 | 332.564,00 | 0,00 | 0,00 | 3.292.757,76 | 6.063.654,00 | 6.396.218,00 | 3,6% | 64,8% | 0,00 |
| 1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler | | 40.709.691,38 | 688.505,25 | 0,00 | 1797.985,25 | 43.196.181,88 | 717.516,00 | 0,00 | 86.525,87 | 0,00 | 0,00 | 804.041,87 | 42.392.140,01 | 39.992.175,38 | 0,2% | 98,1% | 0,00 |
| 1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | | 38.470.520,21 | 4.142.733,52 | -326.026,07 | 1981607,71 | 44.268.835,37 | 20.482.124,21 | 0,00 | 2.253.451,23 | 0,00 | -326.019,07 | 22.409.556,37 | 21859.279,00 | 17.988.396,00 | 5,1% | 49,4% | 0,00 |
| 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 42.938.298,32 | 5.795.793,92 | -26.058,68 | 1829.257,83 | 50.537.291,39 | 24.727.324,90 | 0,00 | 2.898.277,33 | 0,00 | -22.219,26 | 27.603.382,97 | 22.933.908,42 | 18.210.973,42 | 5,7% | 45,4% | 0,00 |
| 1.2.9 Pflanzen und Tiere | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | | 78.752.945,57 | 42.479.949,62 | 0,00 | -30.117.605,53 | 91.115.289,66 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 91.115.289,66 | 78.752.945,57 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3 Finanzanlagen | | **362.888.787,69** | **8.696.329,87** | **-40.224,67** | **0,00** | **371.544.892,89** | **20.680,28** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **20.680,28** | **371.524.212,61** | **362.868.107,41** | **0,0%** | **100,0%** | **0,00** |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | | 231878.444,53 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 231878.444,53 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 231878.444,53 | 231878.444,53 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.3 Beteiligungen | | 5.367.001,35 | 5.000.004,00 | 0,00 | 0,00 | 10.367.005,35 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 10.367.005,35 | 5.367.001,35 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 3.000.000,00 | 3.250.000,00 | 0,00 | 0,00 | 6.250.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 6.250.000,00 | 3.000.000,00 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | | 122.586.539,47 | 437.125,88 | -15.487,47 | 0,00 | 123.008.177,88 | 20.680,28 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.680,28 | 122.987.497,60 | 122.565.859,19 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.8 Sonstige Ausleihungen | | 56.802,34 | 9.199,99 | -24.737,20 | 0,00 | 41265,13 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 41265,13 | 56.802,34 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |

Manuelle Korrekturen in der Anlagenübersicht:

Position 1.3 Finanzanlagen: Generelle Erläuterungen: Aus Gründen des zeitlichen Ablaufs der Jahresabschlusserstellung erfolgt die Erfassung der Beteiligungen in den Positionen 1.3.1, 1.3.3, 1.3.5 und 1.3.8 nur im Hauptbuch.



# **Anlage 6** Forderungsübersicht

| lfd. Nr. | Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr 2.2 GemHVO) | Stand zum 31.12.2023 (Bilanzwert) | Stand zum 31.12.2022 (Bilanzwert) |
|---|---|---|---|
| 1. | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 31.036.929,34 € | 30.062.019,70 € |
| 1.1. | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.771.919,87 € | 35.533.963,79 € |
| 1.2. | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 755.116,80 € | 1.268.743,82 € |
| 1.3. | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 631.309,58 € | 256.465,18 € |
| 1.4. | Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 170.113,50 € | 39.300,00 € |
| 1.5. | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige komm. Stiftungen | 425.063,11 € | 513.855,08 € |
| 1.6. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 538.382,55 € | 335.305,17 € |
| 1.7. | Sonstige Vermögensgegenstände | 3.858.079,26 € | 4.907.904,27 € |
| 1.8. | Werberichtigungen zu Forderungen | -11.113.055,33 € | -12.793.517,61 € |



# Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht

| lfd. Nr. | Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO) | Verbindlichkeiten zum 31.12.2023 mit einer Restlaufzeit | | | Stand zum 31.12.2023 (Bilanzwert) | Stand zum 31.12.2022 (Bilanzwert) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | bis zu einem Jahr | von über einem bis zu fünf Jahren | von mehr als fünf Jahren | | |
| | | in € | | | | |
| 1. | Verbindlichkeiten | | | | | |
| 1.1. | Anleihen | - | - | - | - | - |
| 1.2. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 30.959.910,07 | 108.980.054,35 | 290.572.786,50 | 430.512.750,92 | 371.678.855,32 |
| | davon: | | | | | |
| 1.2.1. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 20.959.884,82 | 78.980.054,35 | 290.572.786,50 | 390.512.725,67 | 331.678.827,82 |
| 1.2.2. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 10.000.025,25 | 30.000.000,00 | - | 40.000.025,25 | 40.000.027,50 |
| 1.3. | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 1.214.358,64 | 4.857.434,56 | 3.881.658,59 | 9.953.451,79 | 11.167.810,43 |
| 1.4. | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | - | - | - | - | - |
| 1.5. | Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 14.114.912,75 | | | 14.114.912,75 | 9.746.391,37 |
| 1.6. | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 2.067.215,07 | - | - | 2.067.215,07 | 152.753,16 |
| 1.7. | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 1.690.424,84 | - | - | 1.690.424,84 | 2.430.314,42 |
| 1.8. | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 42.451,81 | - | - | 42.451,81 | 16.843,26 |
| 1.9. | Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen | 16.171.742,31 | - | - | 16.171.742,31 | 20.388.562,04 |
| 1.10. | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 5.041.102,42 | - | - | 5.041.102,42 | 3.342.876,93 |
| 1.11. | Sonstige Verbindlichkeiten | 6.136.430,66 | - | - | 6.136.430,66 | 6.028.769,01 |
| | Summe der Verbindlichkeiten | 77.438.548,57 | 113.837.488,91 | 294.454.445,09 | 485.730.482,57 | 424.953.175,94 |

# **Anlage 8** Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

| lfd. Nr. | Bezeichnung | Ansatz des Haushaltsjahres | Übertragung auf das Haushaltsfolgejahr (von 2023 nach 2024) |
|---|---|---|---|
| | | in € | |
| **1. Aufwandsermächtigungen** | | | |
| | Teilhaushalt 1 | 29.702.835 | 0 |
| | Teilhaushalt 2 | 3.007.975 | 0 |
| | Teilhaushalt 3 | 1.846.243 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 1.172.642 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 34.950.369 | 0 |
| | Teilhaushalt 6 | 213.606.231 | 0 |
| | Teilhaushalt 7 | 6.500.079 | 0 |
| | Teilhaushalt 8 | 19.324.247 | 0 |
| | Teilhaushalt 9 | 29.478.551 | 0 |
| | Teilhaushalt 10 | 118.119.991 | 6.103.500 |
| | Teilhaushalt 11 | 24.057.555 | 0 |
| **2. Auszahlungsermächtigungen** | | | |
| **2.1** | **Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen** | | |
| | Teilhaushalt 1 | 28.791.337 | 0 |
| | Teilhaushalt 2 | 2.926.058 | 0 |
| | Teilhaushalt 3 | 1.802.901 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 1.093.835 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 32.927.197 | 0 |
| | Teilhaushalt 6 | 211.799.382 | 0 |
| | Teilhaushalt 7 | 5.364.392 | 0 |
| | Teilhaushalt 8 | 18.098.425 | 0 |
| | Teilhaushalt 9 | 28.868.438 | 0 |
| | Teilhaushalt 10 | 95.773.717 | 6.103.500 |
| | Teilhaushalt 11 | 23.484.255 | 0 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **2.2** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | | |
| | Teilhaushalt 1 | 2.502.200 | 325.960 |
| | Teilhaushalt 2 | 290.000 | 101.000 |
| | Teilhaushalt 3 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 15.520.650 | 1.580.740 |
| | Teilhaushalt 6 | 6.156.650 | 2.199.790 |
| | Teilhaushalt 7 | 3.332.600 | 2.138.000 |
| | Teilhaushalt 8 | 12.570.900 | 1.395.440 |
| | Teilhaushalt 9 | 3.395.000 | 983.340 |
| | Teilhaushalt 10 | 37.337.690 | 11.442.900 |
| | Teilhaushalt 11 | 8.750.010 | 0 |
| **2.3** | **Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** | | |
| | Teilhaushalt 1-11 | **24.347.080** | **0** |
| **3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Investitionskrediten** | | | |
| | Teilhaushalt 1-11 | **58.580.860** | **10.658.525** |

| **4. Aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen[1]** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | **2023** | **2024** | **2025** | **2026** | **nach 2026** |
| | Teilhaushalt 1 | 3.220.400 | 2.298.250 | 1.150.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 2 | 1.250.000 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 4.535.000 | 4.243.000 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 6 | 4.010.250 | 9.325.600 | 2.500.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 7 | 4.114.000 | 7.132.000 | 682.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 8 | 10.719.500 | 19.576.300 | 457.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 9 | 1.743.800 | 8.040.000 | 9.240.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 10 | 57.478.080 | 66.923.380 | 69.051.400 | 43.279.000 | 28.369.000 |
| | Teilhaushalt 11 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

[1] Sofern Auszahlungen aus Verpflichtungsermächtigungen auch über das Haushaltsfolgejahr voraussichtlich fällig werden, sind diese auf die einzelnen Folgejahre darzustellen.

# Rechenschaftsbericht zum Haushaltsjahr 2023

## 1. Rechtsgrundlagen / Vorbemerkungen

Die Gemeinde hat nach § 108 Abs. 3 GemO dem Jahresabschluss als Anlage einen Rechenschaftsbericht beizufügen.

Im diesem sind nach § 49 GemHVO der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr abzulegen.

Weiterhin hat im Rechenschaftsbericht eine Analyse der Haushaltswirtschaft sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu erfolgen.

Der Rechenschaftsbericht soll außerdem auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingehen, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind. In ihm sollen Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde unter Angabe der zu Grunde liegenden Annahmen aufgezeigt werden.

Die diesem Rechenschaftsbericht zugrundeliegende Haushaltssatzung wurde vom Rat der Stadt Koblenz am 16.12.2022 beschlossen.

Die Historie des Haushaltsgenehmigungsprozesses wird nachstehend kurz erläutert:

Mit Schreiben vom 05.01.2023 wurde die Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023 mit den erforderlichen Anlagen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorgelegt.

Mit Schreiben vom 07.03.2023 hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die erforderlichen Genehmigungen erteilt. Der in der Haushaltssatzung auf 70.143.760 € festgesetzte Gesamtbetrag der Investitionskredite wurde in Höhe von 30 Mio. € genehmigt. Zu dem danach verbleibenden Betrag in Höhe von 40.143.760 € wurde die Investitionskreditgenehmigung vorerst versagt. Der in der Haushaltssatzung 2023 auf 78.427.800 € festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt, soweit hierfür in den künftigen Haushaltsjahren Investitionskredite von 53.509.820 € aufgenommen werden müssen.

Die Haushaltssatzung 2023 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Montag, 27.03.2023 öffentlich bekannt gemacht.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 02.11.2023 für den Bereich des Investitionshaushaltes eine Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2023 beschlossen.

Die erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde wurden mit Schreiben vom 28.11.2023 erteilt. Der in der Nachtragshaushaltssatzung 2023 auf 58.580.860 € neu festgesetzte Gesamtbetrag der Investitionskredite wurde in Höhe von 42.658.525 € genehmigt. Zu dem danach verbleibenden Teilbetrag in Höhe von 15.922.335 € wurde die Investitionskreditgenehmigung versagt.

Der in der Nachtragshaushaltssatzung 2023 auf 120.661.030 € neu festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt, soweit hierfür in den künftigen Haushaltsjahren Investitionskredite von 73.061.270 € aufgenommen werden müssen.

Die Nachtragshaushaltssatzung 2023 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Freitag, 08.12.2023, öffentlich bekannt gemacht.

*Anmerkungen: Die Aussagen im Rechenschaftsbericht 2023 zum Haushaltsansatz 2024 sowie zur mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2024 bis 2026 basieren auf der Haushaltsplanung 2024.*

# 2. Lage der Gemeinde

## 2.1 Organisation der Gemeinde

Die **rechtliche Struktur** der **Gemeinde** stellt sich wie folgt dar:
- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO

Die **Organe** der Gemeinde sind:
- der **Oberbürgermeister**
  Herr David Langner

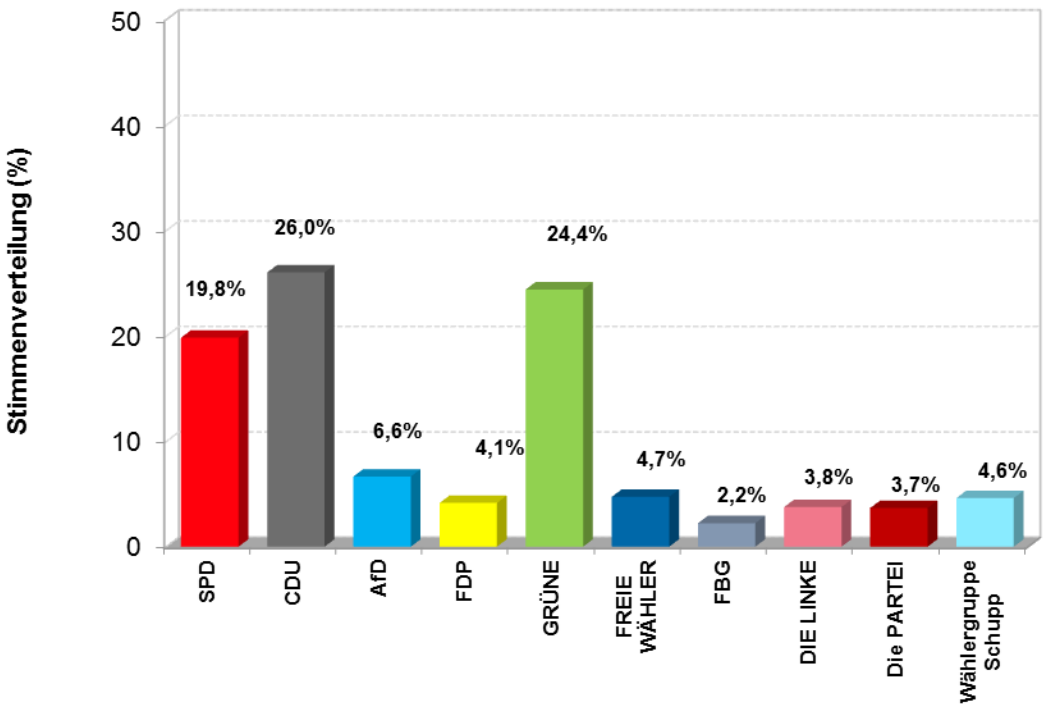
- der **Stadtrat**

Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die dem Rechenschaftsbericht 2023 zugrundeliegende **Kommunalwahl** beruht auf dem **26. Mai 2019**. Der Stadtrat wird alle fünf Jahre neu gewählt.

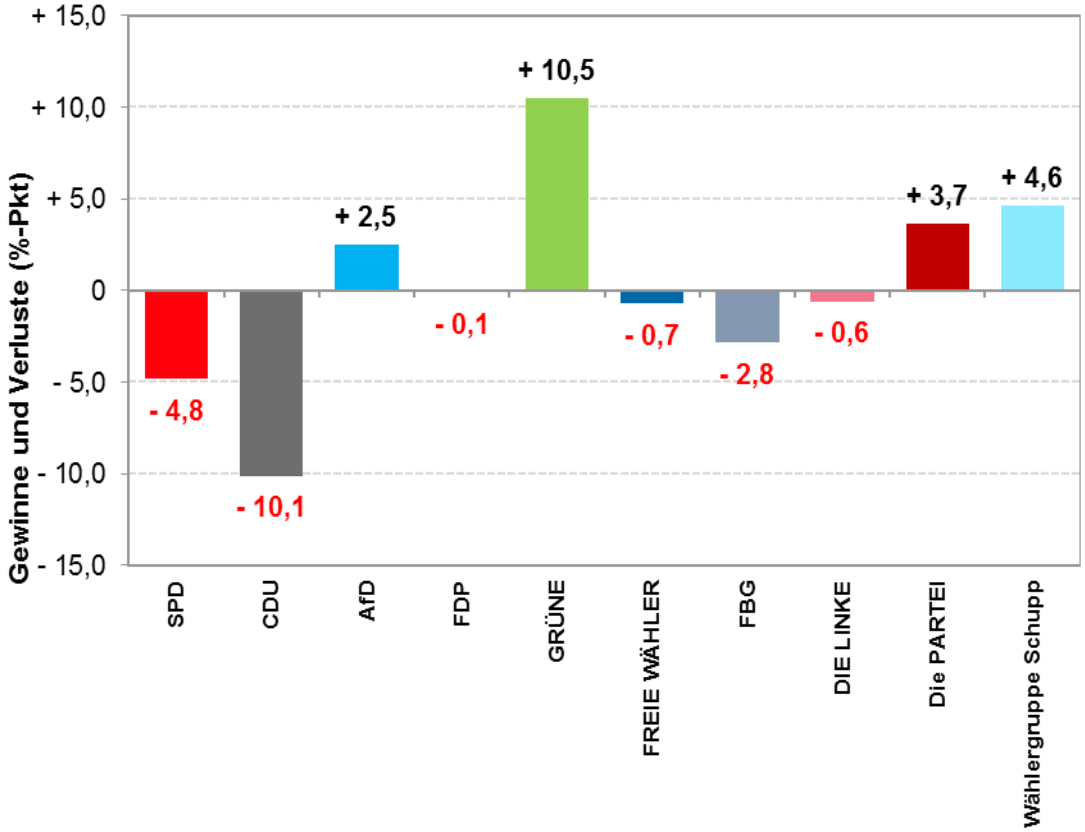
- **<u>Ergebnis Kommunalwahlen 2019</u>:**

**Prozentuale Verteilung der gültigen Stimmen auf die Wahlvorschläge**




Datenquelle: Stadt Koblenz; Aufbereitung: Kommunale Statistikstelle der Stadt Koblenz

**Gewinne und Verluste im Vergleich zur Stadtratswahl 2014**




Datenquelle: Stadt Koblenz; Aufbereitung: Kommunale Statistikstelle der Stadt Koblenz

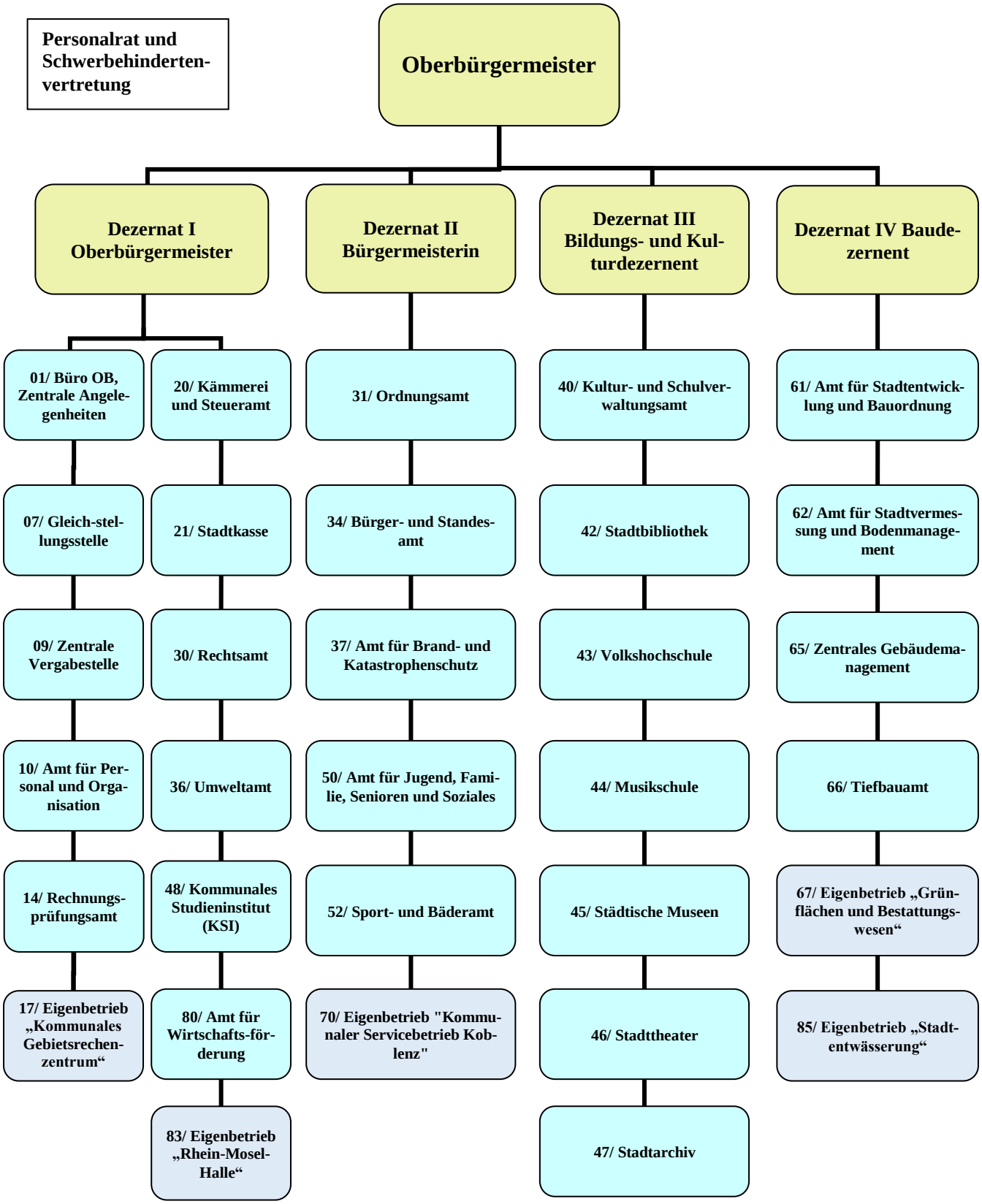
Die **Zusammensetzung** des **Stadtrates (Stand 12/2023)** im Einzelnen:

| Fraktion: | Anzahl Ratsmitglieder: |
|---|---|
| - Grüne | 14 Ratsmitglieder |
| - CDU | 12 Ratsmitglieder |
| - SPD | 11 Ratsmitglieder |
| - FW | 6 Ratsmitglieder |
| - AFD | 4 Ratsmitglieder |
| - WGS | 4 Ratsmitglieder |
| - LINKE | 2 Ratsmitglieder |
| - FDP | 2 Ratsmitglieder |
| -parteilos | 1 Ratsmitglied |

Nach der Kommunalwahl haben sich einzelne Ratsmitglieder anderen Fraktionen angeschlossen, sodass sich die ursprüngliche Sitzverteilung nach der Stadtratswahl nochmals verändert hat.

## 2.2 Aufbau der Gemeindeverwaltung

Stand: 31.12.2023



## 2.3 Rahmenbedingungen

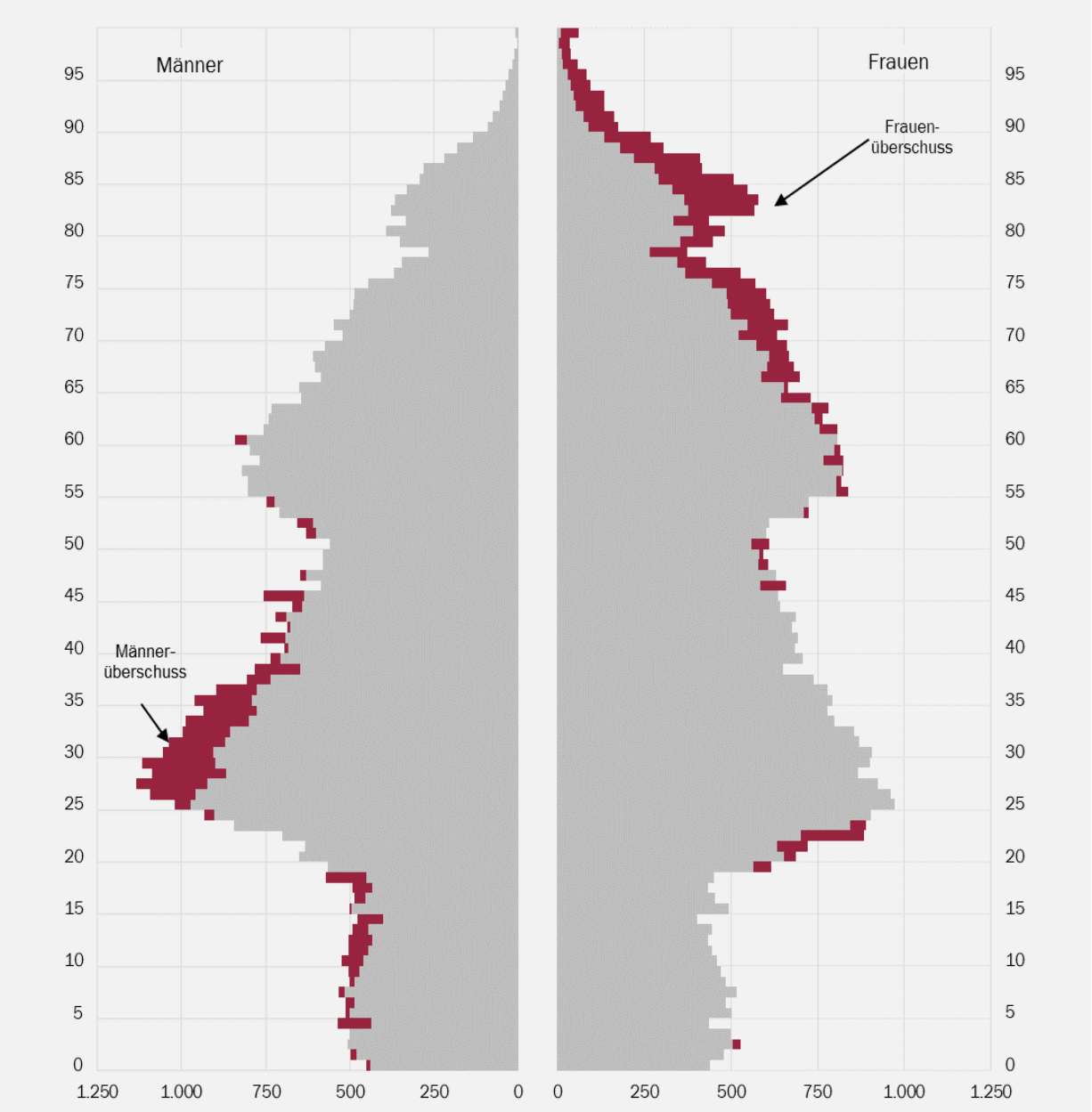
- Zur Darstellung der **Bevölkerungsentwicklung** können folgende Übersichten beitragen:

### Bevölkerungsdaten von Koblenz

| Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes | 31.12.2013 | | 31.12.2018 | | 31.12.2023 | | Veränderung 2013 gegenüber 2023 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent |
| Insgesamt | 109.922 | 100,0 | 113.828 | 100,0 | 115.097 | 100,0 | + 5.175 | + 4,7 |
| unterteilt nach Geschlecht | | | | | | | | |
| männlich | 52.969 | 48,2 | 55.842 | 49,1 | 56.909 | 49,4 | + 3.940 | + 7,4 |
| weiblich | 56.953 | 51,8 | 57.986 | 50,9 | 58.188 | 50,6 | + 1.235 | + 2,2 |
| unterteilt nach Staatsangehörigkeit | | | | | | | | |
| deutsch | 99.988 | 91,0 | 98.152 | 86,2 | 94.848 | 82,4 | - 5.140 | - 5,1 |
| ausländisch | 9.934 | 9,0 | 15.676 | 13,8 | 20.249 | 17,6 | + 10.315 | + 103,8 |
| unterteilt nach Altersgruppe | | | | | | | | |
| 0 bis unter 3 | 2.777 | 2,5 | 3.134 | 2,8 | 2.899 | 2,5 | + 122 | + 4,4 |
| 3 bis unter 6 | 2.617 | 2,4 | 2.902 | 2,5 | 2.989 | 2,6 | + 372 | + 14,2 |
| 6 bis unter 18 | 10.462 | 9,5 | 10.616 | 9,3 | 11.554 | 10,0 | + 1.092 | + 10,4 |
| 18 bis unter 25 | 10.607 | 9,6 | 11.393 | 10,0 | 10.048 | 8,7 | - 559 | - 5,3 |
| 25 bis unter 35 | 16.406 | 14,9 | 18.316 | 16,1 | 19.293 | 16,8 | + 2.887 | + 17,6 |
| 35 bis unter 45 | 13.053 | 11,9 | 13.457 | 11,8 | 14.763 | 12,8 | + 1.710 | + 13,1 |
| 45 bis unter 65 | 30.245 | 27,5 | 29.595 | 26,0 | 28.559 | 24,8 | - 1.686 | - 5,6 |
| 65 und älter | 23.755 | 21,6 | 24.415 | 21,4 | 24.992 | 21,7 | + 1.237 | + 5,2 |
| unterteilt nach Konfession | | | | | | | | |
| katholisch | 55.673 | 50,6 | 51.200 | 45,0 | 42.957 | 37,3 | - 12.716 | - 22,8 |
| evangelisch | 20.525 | 18,7 | 19.524 | 17,2 | 16.950 | 14,7 | - 3.575 | - 17,4 |
| sonstiger oder keine | 33.724 | 30,7 | 43.104 | 37,9 | 55.190 | 48,0 | + 21.466 | + 63,7 |
| unterteilt nach Familienstand | | | | | | | | |
| ledig | 47.292 | 43,0 | 49.587 | 43,6 | 49.739 | 43,2 | + 2.447 | + 5,2 |
| verheiratet | 44.913 | 40,9 | 44.327 | 38,9 | 42.950 | 37,3 | - 1.963 | - 4,4 |
| verwitwet | 7.851 | 7,1 | 7.413 | 6,5 | 7.136 | 6,2 | - 715 | - 9,1 |
| geschieden | 9.353 | 8,5 | 9.301 | 8,2 | 8.892 | 7,7 | - 461 | - 4,9 |
| keine Angabe | 513 | * | 3.200 | 2,8 | 6.380 | 5,5 | * | * |

*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

## Bevölkerungspyramide 2023




*Stichtag 31.12.2023*

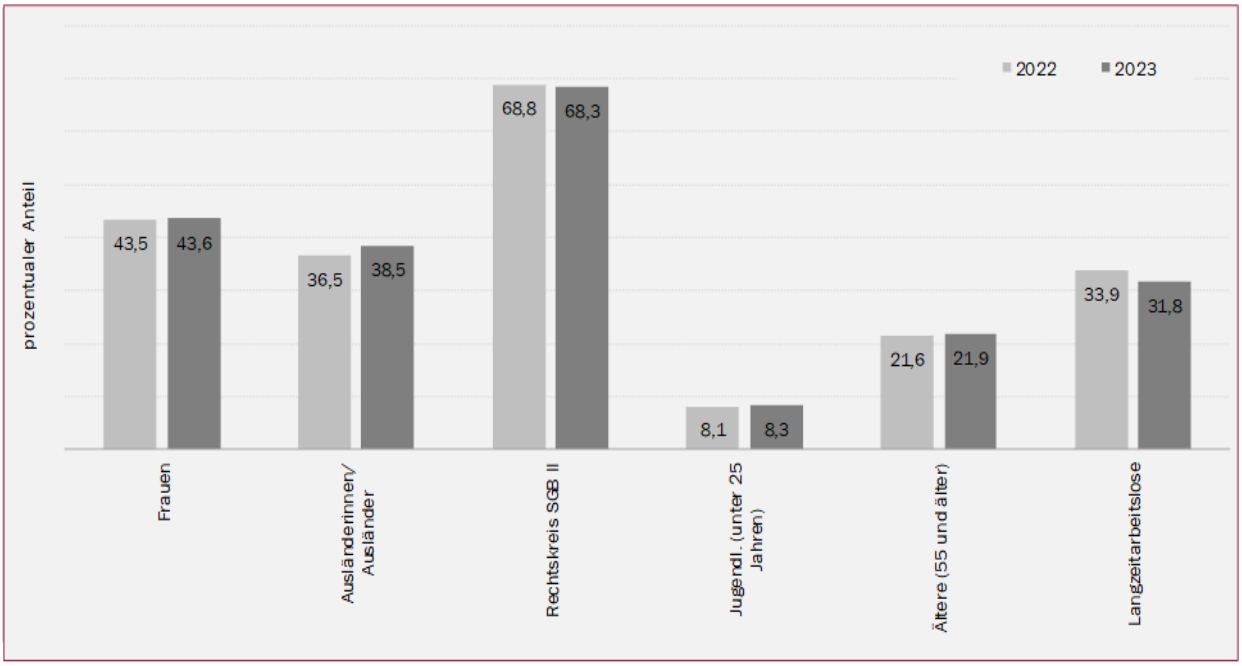
*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

- **Entwicklung der <u>Arbeitslosenzahlen</u>:**

| Strukturelle Gruppen | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | Differenz zum Vorjahr | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mittelwerte der vier Quartalsmonate | | | | | Anzahl | Prozent |
| Arbeitslose | 3.374 | 4.109 | 3.903 | 3.582 | 3.850 | + 268 | + 7,5 |
| nach Geschlecht | | | | | | | |
| Männer | 1.942 | 2.364 | 2.225 | 2.024 | 2.174 | + 150 | + 7,4 |
| Frauen | 1.432 | 1.745 | 1.678 | 1.557 | 1.677 | + 120 | + 7,7 |
| nach Staatsangehörigkeit* | | | | | | | |
| deutsch | 2.258 | 2.713 | 2.526 | 2.273 | 2.366 | + 93 | + 4,1 |
| ausländisch | 1.116 | 1.396 | 1.377 | 1.309 | 1.484 | + 175 | + 13,4 |
| nach Rechtskreis | | | | | | | |
| SGB III | 1.120 | 1.549 | 1.263 | 1.115 | 1.221 | + 106 | + 9,5 |
| SGB II | 2.254 | 2.560 | 2.640 | 2.466 | 2.630 | + 164 | + 6,7 |
| nach Altersgruppe | | | | | | | |
| unter 25 Jahren | 296 | 414 | 335 | 290 | 321 | + 31 | + 10,7 |
| 55 Jahre und älter | 625 | 729 | 759 | 772 | 842 | + 70 | + 9,1 |
| weitere strukturelle Gruppen | | | | | | | |
| Langzeitarbeitslose | 947 | 1.088 | 1.409 | 1.216 | 1.224 | + 8 | + 0,7 |

** ohne nicht zugeordnete Personen*

*Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen*




*Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen*

- **Beherbergungsstatistiken:**

| Merkmale | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Beherbergungsstätten | 54 | 54 | 52 | 53 | 53 | 50 | 51 | 51 |
| darunter Hotels | 26 | 24 | 23 | 24 | 24 | 22 | 23 | 23 |
| Betten in Hotels | 2.394 | 2.373 | 2.232 | 2.339 | 2.286 | 2.041 | 2.113 | 2.115 |
| Ankünfte | | | | | | | | |
| gesamt | 353.656 | 356.850 | 361.775 | 381.388 | 228.940 | 236.510 | 393.377 | 433.785 |
| darunter ausländische Gäste | 64.874 | 62.750 | 62.195 | 63.316 | 25.980 | 28.379 | 72.756 | 82.628 |
| Übernachtungen | | | | | | | | |
| gesamt | 675.756 | 689.331 | 700.141 | 732.020 | 478.686 | 542.298 | 839.859 | 891.227 |
| darunter ausländische Gäste | 114.604 | 111.810 | 111.415 | 113.323 | 46.575 | 53.224 | 139.958 | 158.003 |
| Aufenthaltsdauer in Tagen | | | | | | | | |
| gesamt | 1,91 | 1,93 | 1,94 | 1,92 | 2,09 | 2,29 | 2,13 | 2,05 |
| ausländische Gäste | 1,77 | 1,78 | 1,79 | 1,79 | 1,79 | 1,88 | 1,92 | 1,91 |

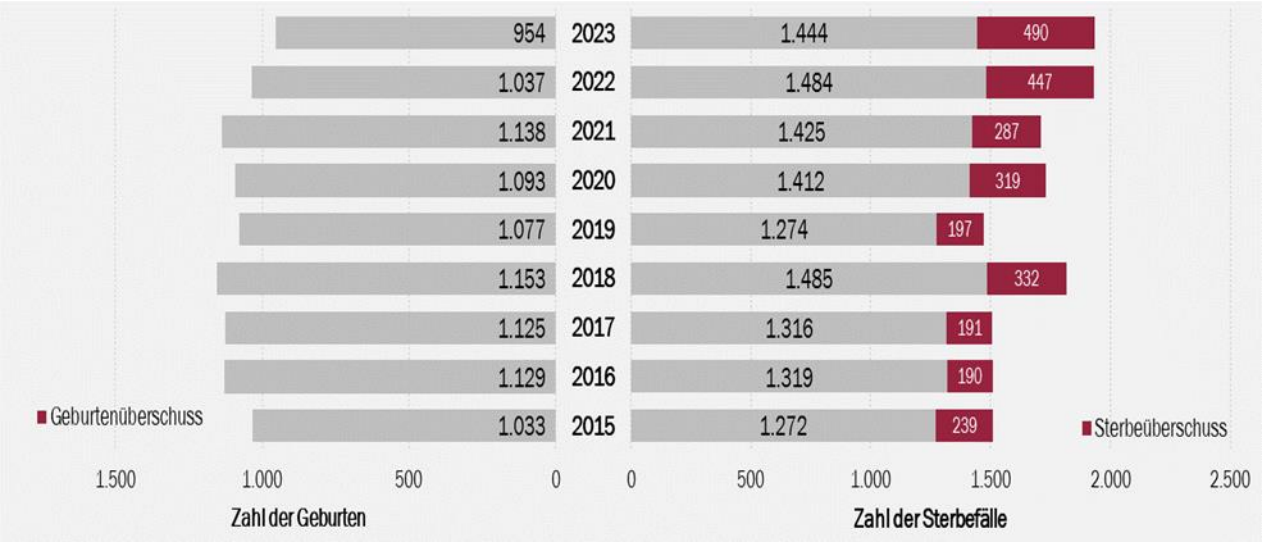
*Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; eigene Berechnungen*

- **Bevölkerungsbewegung:**

| Art der Bewegung | Jahr | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
| Zuzüge | | | | | | | | | |
| deutsch | 6.230 | 5.844 | 5.770 | 5.690 | 5.784 | 5.340 | 5.279 | 5.025 | 4.759 |
| ausländisch | 3.374 | 3.737 | 3.439 | 3.605 | 3.254 | 2.615 | 3.275 | 5.467 | 4.330 |
| insgesamt | 9.604 | 9.581 | 9.209 | 9.295 | 9.038 | 7.955 | 8.554 | 10.492 | 9.089 |
| Wegzüge | | | | | | | | | |
| deutsch | 6.314 | 6.162 | 6.395 | 6.391 | 6.268 | 5.985 | 6.019 | 5.754 | 5.592 |
| ausländisch | 1.863 | 1.935 | 2.244 | 2.292 | 2.527 | 2.250 | 2.082 | 2.685 | 2.963 |
| insgesamt | 8.177 | 8.097 | 8.639 | 8.683 | 8.795 | 8.235 | 8.101 | 8.439 | 8.555 |
| Umzüge | | | | | | | | | |
| deutsch | 5.544 | 5.432 | 5.415 | 5.291 | 5.370 | 5.553 | 4.801 | 4.507 | 4.342 |
| ausländisch | 1.676 | 2.329 | 1.841 | 2.175 | 2.197 | 2.064 | 1.818 | 2.608 | 2.319 |
| insgesamt | 7.220 | 7.761 | 7.256 | 7.466 | 7.567 | 7.617 | 6.619 | 7.115 | 6.661 |
| Geburten | | | | | | | | | |
| deutsch | 942 | 974 | 934 | 978 | 900 | 896 | 946 | 855 | 771 |
| ausländisch | 91 | 155 | 191 | 175 | 177 | 197 | 192 | 182 | 183 |
| insgesamt | 1.033 | 1.129 | 1.125 | 1.153 | 1.077 | 1.093 | 1.138 | 1.037 | 954 |
| Sterbefälle | | | | | | | | | |
| deutsch | 1.228 | 1.261 | 1.276 | 1.437 | 1.229 | 1.350 | 1.356 | 1.431 | 1.375 |
| ausländisch | 44 | 58 | 40 | 48 | 45 | 62 | 69 | 53 | 69 |
| insgesamt | 1.272 | 1.319 | 1.316 | 1.485 | 1.274 | 1.412 | 1.425 | 1.484 | 1.444 |

*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

## Natürliche Bevölkerungsentwicklung (Jahre 2015 bis 2023):




*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

## Entwicklung der Schülerzahlen:

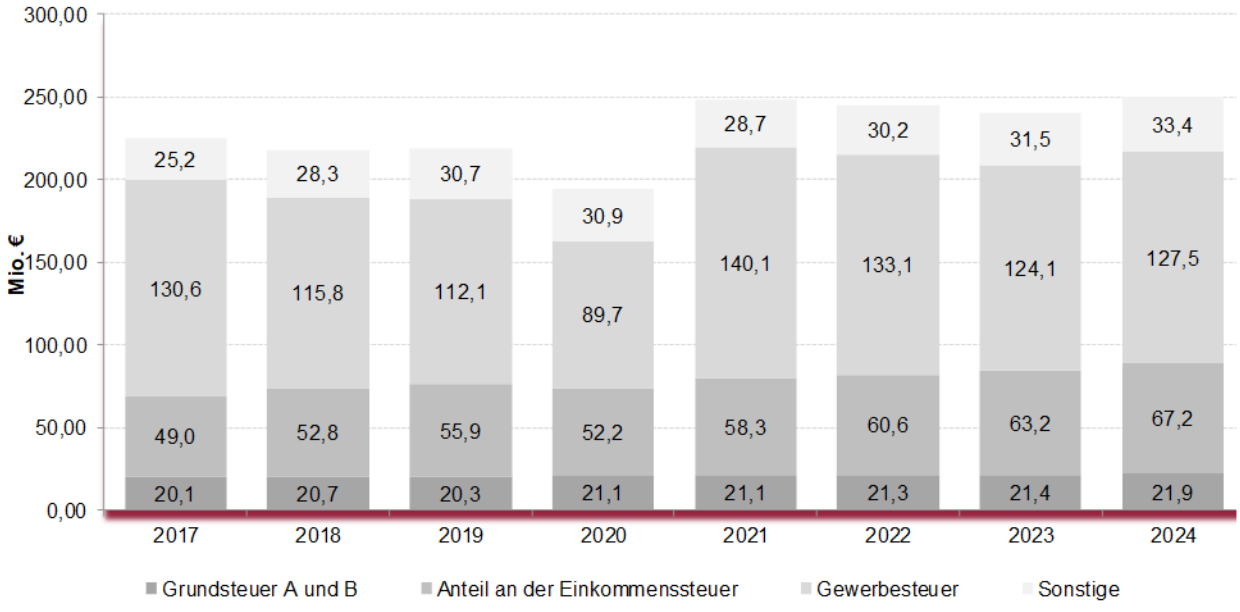
| Schulart | Schuljahr | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2016/2017 | 2017/2018 | 2018/2019 | 2019/2020 | 2020/2021 | 2021/2022 | 2022/2023 | 2023/2024 |
| Grundschulen | 3.496 | 3.528 | 3.479 | 3.523 | 3.664 | 3.679 | 3.920 | 3.913 |
| Realschulen plus | 2.243 | 2.203 | 2.145 | 2.116 | 2.039 | 2.063 | 2.139 | 2.182 |
| Gymnasien | 5.691 | 5.593 | 5.485 | 5.334 | 5.334 | 5.316 | 5.418 | 5.401 |
| Integ. Gesamtschulen | 795 | 767 | 805 | 812 | 802 | 825 | 839 | 827 |
| Förderschulen | 317 | 318 | 319 | 328 | 365 | 373 | 396 | 407 |
| Kollegs u. Abendgym. | 220 | 244 | 222 | 184 | 176 | 180 | 140 | 116 |
| Schüler insgesamt | 12.762 | 12.653 | 12.455 | 12.297 | 12.380 | 12.436 | 12.852 | 12.846 |

*Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kultur- und Schulverwaltungsamt-; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz*

- **Steuererträge:**

| | Ergebnis 2017 | Ergebnis 2018 | Ergebnis 2019 | Ergebnis 2020 | Ergebnis 2021 | Ergebnis 2022 | Ergebnis 2023 | Haushalt 2024 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | | | | | | |
| **Steuererträge (Brutto)** | **224,86** | **217,61** | **219,02** | **193,96** | **248,23** | **245,09** | **240,18** | **249,98** |
| davon: | | | | | | | | |
| + Grundsteuer A und B | 20,14 | 20,69 | 20,31 | 21,13 | 21,11 | 21,26 | 21,37 | 21,89 |
| + Anteil an der Einkommensteuer | 48,97 | 52,83 | 55,95 | 52,22 | 58,35 | 60,57 | 63,23 | 67,23 |
| + Gewerbesteuer | 130,58 | 115,77 | 112,11 | 89,73 | 140,10 | 133,09 | 124,11 | 127,50 |
| + Umsatzsteuermehreinnahmen vom Land | 5,84 | 4,82 | 5,50 | 5,44 | 5,91 | 6,19 | 6,99 | 7,53 |
| + Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 13,24 | 16,50 | 18,93 | 20,25 | 20,28 | 18,57 | 18,40 | 19,34 |
| + Sonstige Steuern | 6,09 | 7,01 | 6,23 | 5,19 | 2,49 | 5,40 | 6,08 | 6,49 |
| - abzüglich Gewerbesteuerumlage | - 20,99 | - 18,91 | - 16,82 | - 7,55 | - 11,70 | - 11,12 | - 10,34 | - 10,58 |
| **Steuererträge (Netto)** | **203,88** | **198,70** | **202,20** | **186,41** | **236,53** | **233,97** | **229,85** | **239,40** |

*Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-*




*Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-*

- Im nachfolgenden werden die **Hebesätze** der Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Koblenz sowie ausgewählter kreisfreier Städte in Rheinland-Pfalz dargestellt:

| Gemeindebezeichnung | Hebesätze 2023 | | |
|---|---|---|---|
| | Gewerbesteuer | Grundsteuer B | Grundsteuer A |
| Kaiserslautern | 430 | 510 | 460 |
| **Koblenz** | **420** | **420** | **340** |
| Ludwigshafen am Rhein | 425 | 540 | 400 |
| Mainz | 310 | 480 | 350 |
| Trier | 430 | 550 | 350 |

# 3. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

## Zusammengefasstes Ergebnis

## 3.1 Bilanz

Die Bilanz hat die Aufgabe, das kommunale Vermögen und dessen Veränderungen wertmäßig nachzuweisen sowie die Finanzierung des Vermögens darzustellen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2023 beträgt 1.623 Mio. € und erhöhte sich um 54 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.
Zum Schluss des Haushaltsjahres weist die Bilanz ein positives Eigenkapital in Höhe von 690 Mio. € aus.

Die Ursachen der Erhöhung der Bilanzsumme sind unter Punkt 3.5 „Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage“ beschrieben.

# Bilanz zum 31.12.2023

| Aktiva | 31.12. Haushalts-vorjahr in € | 31.12. Haushalts-jahr in € | Passiva | 31.12. Haushalts-vorjahr in € | 31.12. Haushalts-jahr in € |
|---|---|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.126.566,24 | 60.210.917,84 | Kapitalrücklage | 698.828.846,21 | 717.149.765,79 |
| Sachanlagen | 1.035.670.109,96 | 1.078.780.235,75 | Sonstige Rücklagen | 178.730,95 | 178.730,95 |
| Finanzanlagen | 362.868.107,41 | 371.524.212,61 | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 18.320.919,58 | -27.034.098,32 |
| Vorräte | 1.912.879,15 | 1.373.719,98 | Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich | 0,00 | 0,00 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 30.062.019,70 | 31.036.929,34 | Sonderposten zum Anlagevermögen | 219.731.933,43 | 228.178.382,00 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502.333,60 | Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45.108,32 | -67.110,04 |
| Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 73.068.906,92 | 73.188.065,54 | Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0,00 | 0,00 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6.217.792,37 | 6.808.934,75 | Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | 0,00 |
| | | | Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte | 0,00 | 0,00 |
| | | | Sonstige Sonderposten | 0,00 | 0,00 |
| | | | Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 191.441.605,47 | 192.718.895,87 |
| | | | Steuerrückstellungen | 333.442,30 | 976.209,52 |
| | | | Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 | 0,00 |
| | | | Sonstige Rückstellungen, (z. B. Instandhaltung) | 15.204.215,93 | 25.032.118,41 |
| | | | Anleihen | 0,00 | 0,00 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 371.678.855,32 | 430.512.750,92 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 11.167.810,43 | 9.953.451,79 |
| | | | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 | 0,00 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 9.746.391,37 | 14.114.912,75 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 | 2.067.215,07 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.430.314,42 | 1.690.424,84 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 16.843,26 | 42.451,81 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen | 20.388.562,04 | 16.171.742,31 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.342.876,93 | 5.041.102,42 |
| | | | Sonstige Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 | 6.136.261,66 |
| | | | Rechnungsabgrenzungsposten | 480.953,86 | 562.141,66 |
| | 1.569.428.715,35 | 1.623.425.349,41 | | 1.569.428.715,35 | 1.623.425.349,41 |

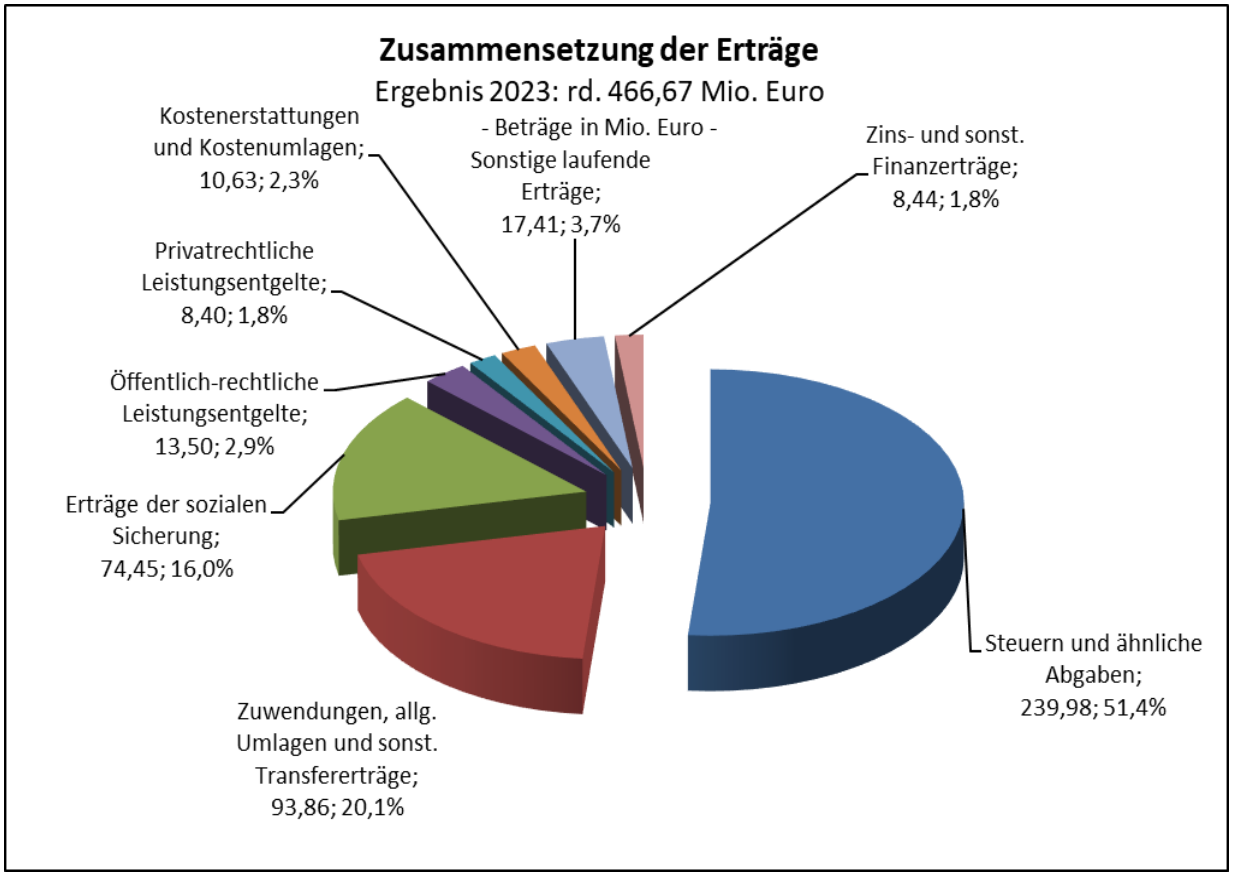
| | 31.12.2022 | 31.12.2023 | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| **Eigenkapital** | **717.328.496,74 €** | **690.294.398,42 €** | **-27.034.098,32 €** | **-3,77%** |
| Kapitalrücklage | 698.828.846,21 € | 717.149.765,79 € | 18.320.919,58 € | |
| Sonstige Rücklagen | 178.730,95 € | 178.730,95 € | 0,00 € | |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 18.320.919,58 € | -27.034.098,32 € | -45.355.017,90 € | |

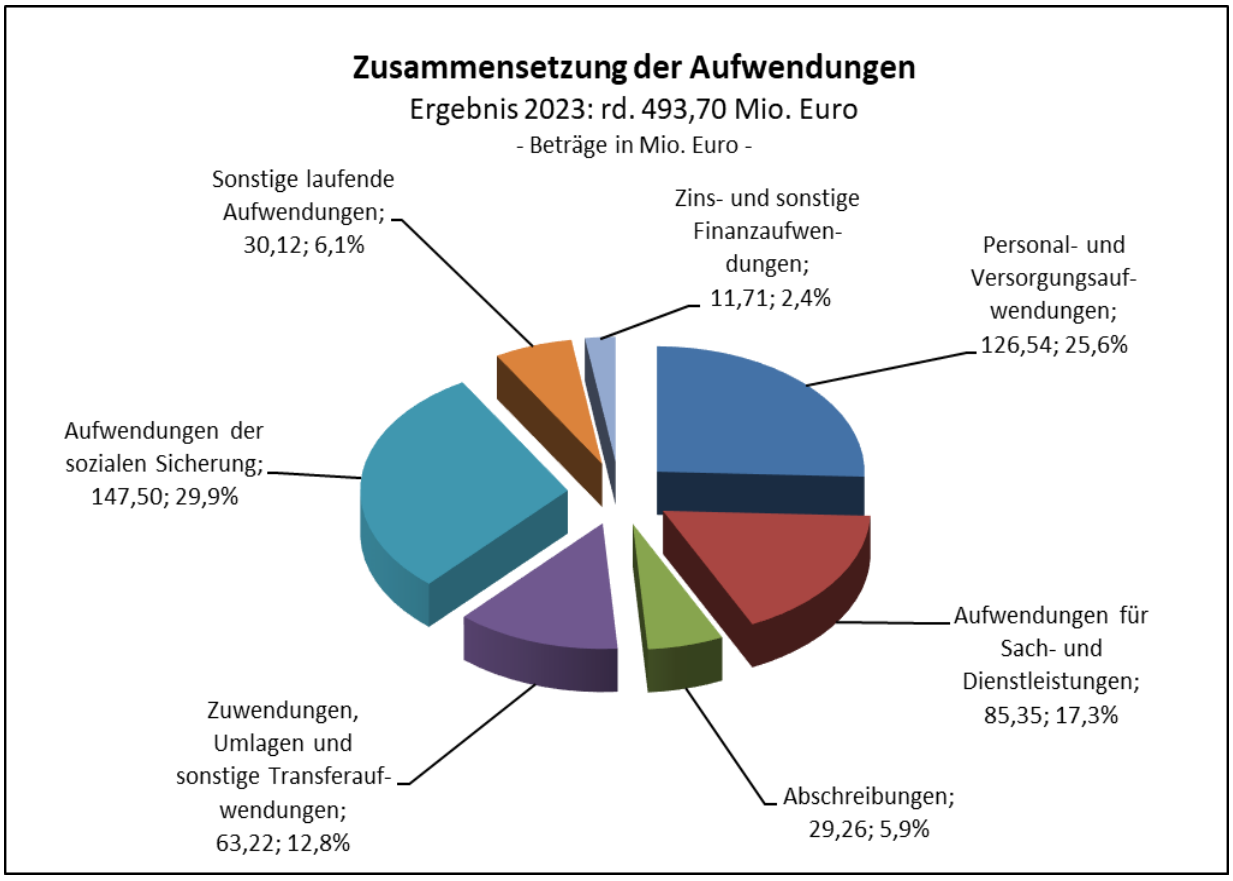
Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2023 beträgt 27 Mio. €, was im Vergleich zum Jahresüberschuss des Vorjahres (18,3 Mio. €) eine Ergebnisverschlechterung um 45,4 Mio. € bedeutet. Der Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 18,3 Mio. € wird direkt mit der Kapitalrücklage verrechnet.

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Eigenkapitalquote in % | 42,63 | 42,37 | 44,01 | 45,70 | 45,71 | 42,52 |

Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme. Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die „Gesundheit“ der Kommunalfinanzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz wesentlich durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

## 3.2 Ergebnisrechnung



- **Planvergleich**:

In der Ergebnisrechnung wird ein Jahresfehlbetrag in Höhe von rd. 27 Mio. € ausgewiesen, der um 27,8 Mio. € unter dem im Haushaltsplan 2023 veranschlagten Jahres-überschuss von 0,8 Mio. € liegt.
Ursächlich hierfür waren insbesondere Mindererträge von rd. 6,7 Mio. € bei den Steuern und ähnliche Abgaben (Reduzierung der Gewerbesteuererträge um rd. 6 Mio. € gegenüber dem Planansatz), rd. 8,3 Mio. € bei den Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge und rd. 2,2 Mio. € bei den Erträgen der sozialen Sicherung. Der Aufwandsbereich (Zeile 15 Summe lfd. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit) endete mit einer Verschlechterung von rd. 11,8 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsplan 2023. Diese Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus den Minderaufwendungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von rd. 2,4 Mio. €.
Mehraufwendungen wurden u. a. dagegen bei der Position Personal- und Versorgungsaufwendungen von rd. 3,2 Mio. €, bei den Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen von rd. 5,8 Mio. € und bei den Aufwendungen der sozialen Sicherung von rd. 3,8 Mio. € verursacht.

- **Ergebnisveränderung zum Vorjahr**:

Im Ergebnisvergleich zum Vorjahr 2022 (Jahresüberschuss 18,3 Mio. €) ergibt sich eine **Verschlechterung** von rd. **45,4 Mio. €.**

Die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit haben sich im Betrachtungszeitraum um 19 Mio. € (-3,99 %) reduziert. Diese Verschlechterung in Höhe von 19 Mio. € gegenüber dem Vorjahr 2022 resultiert im Wesentlichen aus den folgenden Positionen:
- Steuern und ähnliche Abgaben um 5,1 Mio. € (-2,09 %),
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transfererträge um 7,5 Mio. € (-7,40 %) und
- Sonstige laufende Erträge um 5,7 Mio. € (-24,60 %).

| Laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 245.092.000,63 € | 239.977.767,39 € | -5.114.233,24 € | -2,09% |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf. | 101.356.259,68 € | 93.856.562,23 € | -7.499.697,45 € | -7,40% |
| Erträge der sozialen Sicherung | 74.622.513,37 € | 74.453.099,61 € | -169.413,76 € | -0,23% |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 12.898.524,59 € | 13.498.686,30 € | 600.161,71 € | 4,65% |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8.659.437,70 € | 8.404.544,54 € | -254.893,16 € | -2,94% |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 11.570.474,56 € | 10.632.884,93 € | -937.589,63 € | -8,10% |
| Sonstige laufende Erträge | 23.091.793,57 € | 17.410.309,41 € | -5.681.484,16 € | -24,60% |
| **Gesamt** | **477.291.004,10 €** | **458.233.854,41 €** | **-19.057.149,69 €** | **-3,99%** |

Die Zinserträge und sonstige Finanzerträge sind in 2023 gegenüber 2022 um 1,7 Mio. € (26,06 %) gestiegen.

Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit haben sich im Vergleichszeitraum um 28,8 Mio. € (6,36 %) erhöht. Im Wesentlichen kommt es zur Erhöhung der Aufwendungen durch die Positionen:
- Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i. H. v. 5,3 Mio. € (6,63 %),
- Abschreibungen i. H. v. 1,2 Mio. € (4,22 %),
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen i. H. v. 6,8 Mio. € (12,00 %) und
- Aufwendungen der sozialen Sicherung i. H. v. 15,1 Mio. € (11,44 %).

| Laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Personal- u. Versorgungsaufwendungen | 126.681.383,96 € | 126.535.197,66 € | -146.186,30 € | -0,12% |
| Aufwendungen für Sach- u. Dienstleist. | 80.049.060,45 € | 85.354.031,88 € | 5.304.971,43 € | 6,63% |
| Abschreibungen | 28.079.867,75 € | 29.263.698,27 € | 1.183.830,52 € | 4,22% |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf. | 56.446.799,07 € | 63.220.387,94 € | 6.773.588,87 € | 12,00% |
| Aufwendungen der sozialen Sicherung | 132.358.784,85 € | 147.501.849,21 € | 15.143.064,36 € | 11,44% |
| Sonstige laufende Aufwendungen | 29.556.189,66 € | 30.118.191,69 € | 562.002,03 € | 1,90% |
| **Gesamt** | **453.172.085,74 €** | **481.993.356,65 €** | **28.821.270,91 €** | **6,36%** |

Die Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen reduzierten sich im Betrachtungszeitraum um 0,78 Mio. € (-6,24 %) auf 11,7 Mio. €. Aufgrund künftig weiter steigenden Zinsen und zunehmender Verschuldung ist ein besonderes Risiko zu sehen. Der Leitzins (Hauptrefinanzierungssatz) der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich von 4,25 % (Stand: 12.06.2024) inzwischen auf 3,40 % ab dem 23.10.2024 reduziert.

## 3.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 9,5 Mio. € und liegt mit 18,7 Mio. € unter dem geplanten Haushaltsansatz 2023 von 28,2 Mio. €.

Die im Nachtrag 2023 mit 89,9 Mio. € (zzgl. 23 Mio. € übertragene Ermächtigungen) geplanten Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden von den Fachdienststellen lediglich mit 77,7 Mio. € kassenwirksam realisiert.

Im Berichtszeitraum wurden 77.210.323,00 € an neuen Investitionskrediten aufgenommen. Umschuldungen wurden in Höhe von 5.009.412,57 € getätigt. Der in Zeile 36 „Auszahlung zur Tilgung von Investitionskrediten“ ausgewiesene Betrag von 23.044.737,00 € weicht von der tatsächlichen Nettotilgung in Höhe von 17.791.241,09 € ab, die sich aus den Saldenmitteilungen der Banken und des somit in den Büchern der Banken bestehenden Investitionskreditbestandes ergibt. Die Abweichung begründet sich über die Umschuldung hinaus mit der von der Aufsichtsbehörde in dieser Zeile verfügten Verbuchung von der Ablösung des investiven Anteils von Verbindlichkeiten aus der Schulbausanierung in Höhe von 244.083,34 €.
Der in Zeile 39 „Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung“ dargestellte Betrag von 2.148.363 € beinhaltet neben der tatsächlichen Rückführung von Liquiditätskrediten auch die von der Aufsichtsbehörde in dieser Zeile verfügten Verbuchung von der Ablösung des konsumtiven Anteils von Verbindlichkeiten aus der Schulbausanierung in Höhe von rd. 0,9 Mio. €.

Die tatsächlichen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen waren mit 12,1 Mio. € (- 14 Mio. €) niedriger als im Nachtragshaushaltsplan veranschlagt (26,1 Mio. €).
Die geplante Finanzierung des Investitionshaushalts mit Erschließungs- und Ausbaubei-trägen von 275 T€ wurde tatsächlich mit 452 T€ (+ 177 T€) verwirklicht.

## 3.4 Haushaltsausgleich

Für den Haushaltsausgleich im Rahmen der Jahresrechnung gelten die Regeln nach § 18 Abs. 2 GemHVO.

Die **Ergebnisrechnung** ist ohne Berücksichtigung der Ergebnisvorträge aus den Haushaltsvorjahren nicht ausgeglichen. Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2023 bemisst sich auf 27 Mio. € und ist auf neue Rechnung vorzutragen. Im Jahresabschluss des Folgejahres ist eine Verrechnung des Jahresfehlbetrages 2023 mit der Kapitalrücklage vorzunehmen.

Ebenso konnte auch die **Finanzrechnung** nicht ausgeglichen werden. Hierfür ist es grundsätzlich erforderlich, dass der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken. Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt 7,5 Mio. € und die planmäßigen Tilgungen bemessen sich auf 17,8 Mio. €. Es ergibt sich somit eine negative freie Finanzspitze in Höhe von -10,3 Mio. €.

Der Haushaltsausgleich ist in der **Bilanz** gewährleistet, weil zum 31.12.2023 ein positives Eigenkapital in Höhe von 690 Mio. € ausgewiesen wird.

## 3.5 Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

- **Darstellung Vermögenslage**

In Anknüpfung an die grundsätzlichen Ausführungen zur Bilanz zum 31.12.2023 (s. Abschnitt 3.1) sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Das **Anlagevermögen** erhöht sich im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 52,9 Mio. € auf 1.511 Mio. €.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.126.566,24 | 60.210.917,84 | 1.084.351,60 € | 1,83% |
| Sachanlagen | 1.035.670.109,96 | 1.078.780.235,75 | 43.110.125,79 € | 4,16% |
| Finanzanlagen | 362.868.107,41 | 371.524.212,61 | 8.656.105,20 € | 2,39% |
| **Gesamt** | **1.457.664.783,61 €** | **1.510.515.366,20 €** | **52.850.582,59 €** | **3,63%** |

Die **Forderungen** und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 975 T€ gestiegen und betragen zum Stichtag 31.12.2023 insgesamt 31 Mio. €.

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | | € | % |
| 1. | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen | 35.533.963,79 € | 35.771.919,87 € | 237.956,08 € | 0,67% |
| 2. | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 1.268.743,82 € | 755.116,80 € | -513.627,02 € | -40,48% |
| 3. | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 256.465,18 € | 631.309,58 € | 374.844,40 € | 146,16% |
| 4. | Forderungen gegen Unternehmen, m. d. e. Beteiligungsverhältnis besteht | 39.300,00 € | 170.113,50 € | 130.813,50 € | 332,86% |
| 5. | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc. | 513.855,08 € | 425.063,11 € | -88.791,97 € | -17,28% |
| 6. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 335.305,17 € | 538.382,55 € | 203.077,38 € | 60,56% |
| 7. | sonstige Vermögensgegenstände | 4.907.904,27 € | 3.858.079,26 € | -1.049.825,01 € | -21,39% |
| 8. | Wertberichtigung zu Forderungen | -12.793.517,61 € | -11.113.055,33 € | 1.680.462,28 € | -13,14% |
| **Gesamt** | | **30.062.019,70 €** | **31.036.929,34 €** | **974.909,64 €** | **3,24%** |

Auf der Passivseite sind die Veränderungen der **Rückstellungen** hervorzuheben:

Die **Rückstellungen** haben sich um 11,7 Mio. € auf 218,7 Mio. € erhöht. Dies resultierte grundsätzlich aus einer Zuführung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 1,3 Mio. € sowie einer Erhöhung der sonstigen Rückstellungen (z. B.: Instandhaltungen, ausstehende Rechnungen) von 9,8 Mio. €.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Rückstellungen für Pensionen u.ä. | 191.441.605,47 € | 192.718.895,87 € | 1.277.290,40 € | 0,67% |
| Steuerrückstellungen | 333.442,30 € | 976.209,52 € | 642.767,22 € | 192,77% |
| Sonstige Rückstellungen | 15.204.215,93 € | 25.032.118,41 € | 9.827.902,48 € | 64,64% |
| **Gesamt** | **206.979.263,70 €** | **218.727.223,80 €** | **11.747.960,10 €** | **5,68%** |

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** beliefen sich im Jahr 2023 auf 430,5 Mio. €. Hierbei erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen um 58,8 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung (vom Geldmarkt) blieben unverändert bei 40 Mio. €.

| Bilanzposition | 31.12.2022 | 31.12.2023 | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| 4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 331.678.827,82 € | 390.512.725,67 € | 58.833.897,85 € | 17,74% |
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 40.000.000,00 € | 40.000.000,00 € | 0,00 € | 0,00% |
| *nachrichtlich:* | | | | |
| *Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung* | *40.000.000,00 €* | *40.000.000,00 €* | | |
| *Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen* | *0,00 €* | *0,00 €* | | |
| **Gesamt** | **371.678.827,82 €** | **430.512.725,67 €** | **58.833.897,85 €** | **15,83%** |

Zusatzinformation zur Position „Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung“ hinsichtlich der Bewertung der Sonderkassen bei den Eigenbetrieben:

Der Kernhaushalt als Cash-Pool-Führer verwahrt im Rahmen der Einheitskasse die Gelder der Eigenbetriebe. Diese Gelder werden im Kernhaushalt in der Position „Verbindlichkeiten gegenüber den Sondervermögen“ ausgewiesen und können bei Bedarf als Liquiditätskredite zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit im Kernhaushalt verwendet werden. Da zum Stichtag 31.12.2023 der Bankbestand der Kernverwaltung die Gelder der Eigenbetriebe deutlich überschritten hat (Kassenbestand zum 31.12.2023: rd. 73,2 Mio. Euro), wurden die Gelder der Eigenbetriebe zur Liquiditätssicherung nicht benötigt und sind folglich nicht als Liquiditätskredite anzusehen.

Die restlichen **Verbindlichkeiten** sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 1,9 Mio. € gestiegen und betragen zum Stichtag 31.12.2023 insgesamt 55,2 Mio. €.
Im Bereich der „Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen“ kam es zu einer Reduzierung in Höhe von 1,2 Mio. € die im Wesentlichen durch Tilgungen der Restverbindlichkeiten aus dem Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH zurückzuführen ist.

| **Art der Verbindlichkeit** | **HH-VJ** | **HH** | **Veränderung** | |
|---|---|---|---|---|
| | | | **€** | **%** |
| Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 11.167.810,43 € | 9.953.451,79 € | -1.214.358,64 € | -10,87% |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 9.746.391,37 € | 14.114.912,75 € | 4.368.521,38 € | 44,82% |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 € | 2.067.215,07 € | 1.914.461,91 € | 1253,30% |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.430.314,42 € | 1.690.424,84 € | -739.889,58 € | -30,44% |
| Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 16.843,26 € | 42.451,81 € | 25.608,55 € | 152,04% |
| Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen etc. | 20.388.562,04 € | 16.171.742,31 € | -4.216.819,73 € | -20,68% |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.342.876,93 € | 5.041.102,42 € | 1.698.225,49 € | 50,80% |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 € | 6.136.261,66 € | 107.492,65 € | 1,78% |
| **Gesamt** (ohne Bilanzpositionen 4.2.1 + 4.2.2) | **53.274.320,62 €** | **55.217.562,65 €** | **1.943.242,03 €** | **3,65%** |

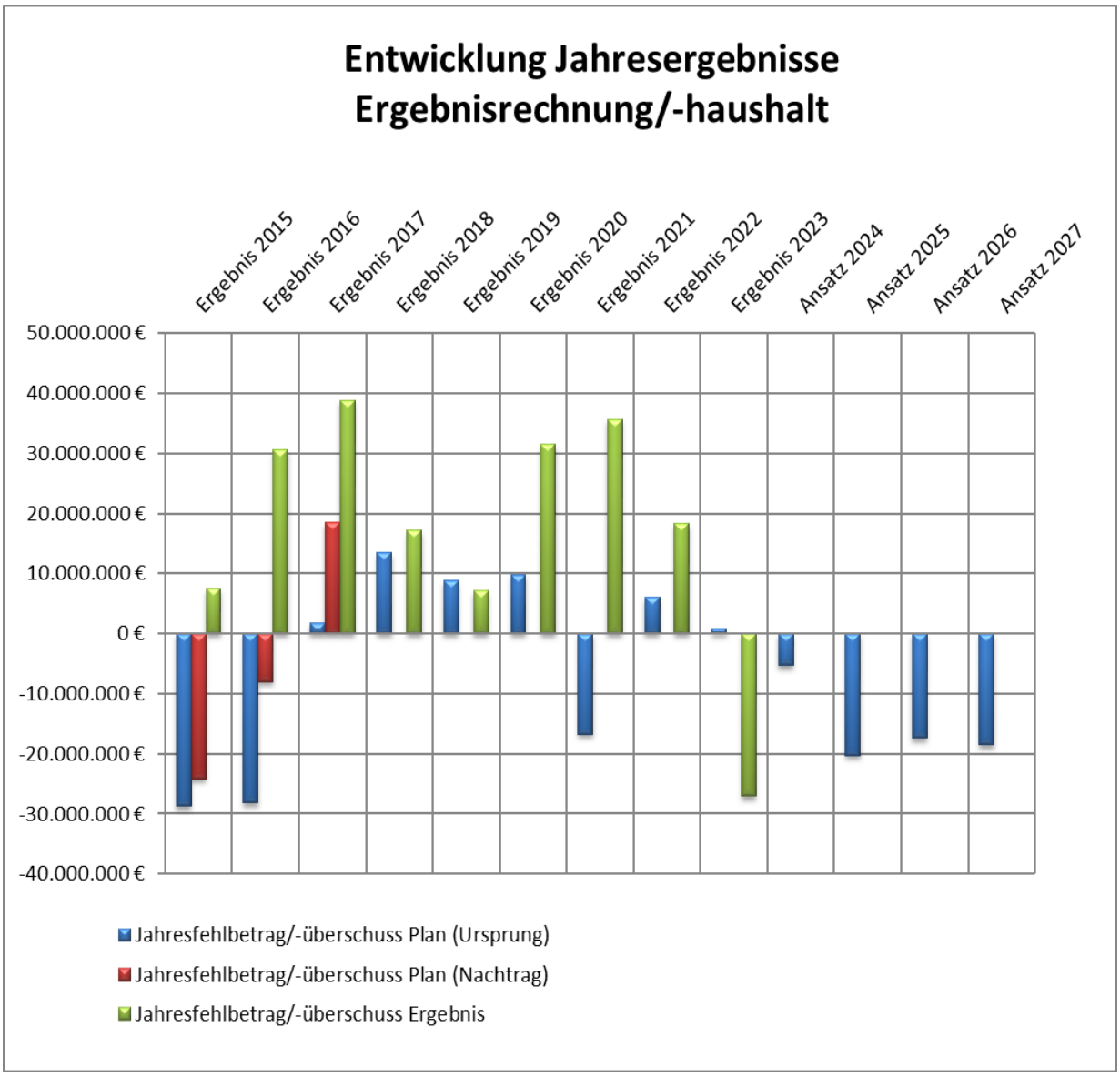
- **Darstellung Ertragslage**

| | | Nachrichtlich: Ansätze (Basis: HH-Planung 2024) | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **Ergebnis 2023** | **2024** | **2025** | **2026** | **2027** |
| Steuern und ähnliche Abgaben, öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Leistungsentgelte, sonstige laufende Erträge | 279.291.308 € | 294.400.100 € | 297.893.532 € | 308.903.750 € | 314.889.060 € |
| abzüglich | | | | | |
| Personal- und Versorgungs-aufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen, sonstige laufende Aufwendungen | 271.271.120 € | 281.831.461 € | 281.790.768 € | 281.589.516 € | 281.188.055 € |
| | | | | | |
| **Zwischensumme 1** | **8.020.188 €** | **12.568.639 €** | **16.102.764 €** | **27.314.234 €** | **33.701.005 €** |
| Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfer-erträge, Erträge der sozialen Sicherung, Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 178.942.547 € | 216.175.878 € | 201.252.045 € | 196.401.082 € | 190.192.454 € |
| abzüglich | | | | | |
| Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfer-aufwendungen, Aufwendungen der sozialen Sicherung | 210.722.237 € | 228.555.441 € | 229.572.391 € | 228.811.391 € | 228.917.572 € |
| | | | | | |
| **Zwischensumme 2** | **-31.779.690 €** | **-12.379.563 €** | **-28.320.346 €** | **-32.410.309 €** | **-38.725.118 €** |
| | | | | | |
| **Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** | **-23.759.502 €** | **189.076 €** | **-12.217.582 €** | **-5.096.075 €** | **-5.024.113 €** |
| | | | | | |
| Saldo Zins- und sonstige Finanzerträge/-aufwendungen | -3.274.596 € | -5.495.470 € | -8.074.870 € | -12.340.870 € | -13.503.670 € |
| | | | | | |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | | | | | |
| **Jahresergebnis** | **-27.034.098 €** | **-5.306.394 €** | **-20.292.452 €** | **-17.436.945 €** | **-18.527.783 €** |

**Erläuterungen zur Ergebnisrechnung:**

In der Ergebnisrechnung 2023 wird ein negatives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 23,8 Mio. € dargestellt. Der Saldo des Finanzergebnisses beträgt im Berichtsjahr -3,3 Mio. €.

Es wird letztlich ein Jahresfehlbetrag 2023 in Höhe von rd. 27 Mio. € ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre werden im ursprünglichen Haushaltsplan 2024 Jahresfehlbeträge dargestellt.


Entwicklung Jahresergebnisse
Ergebnisrechnung/-haushalt
Ergebnis 2015
Ergebnis 2016
Ergebnis 2017
Ergebnis 2018
Ergebnis 2019
Ergebnis 2020
Ergebnis 2021
Ergebnis 2022
Ergebnis 2023
Ansatz 2024
Ansatz 2025
Ansatz 2026
Ansatz 2027
50.000.000 €
40.000.000 €
30.000.000 €
20.000.000 €
10.000.000 €
0 €
-10.000.000 €
-20.000.000 €
-30.000.000 €
-40.000.000 €
Jahresfehlbetrag/-überschuss Plan (Ursprung)
Jahresfehlbetrag/-überschuss Plan (Nachtrag)
Jahresfehlbetrag/-überschuss Ergebnis

- **Darstellung Finanzlage**

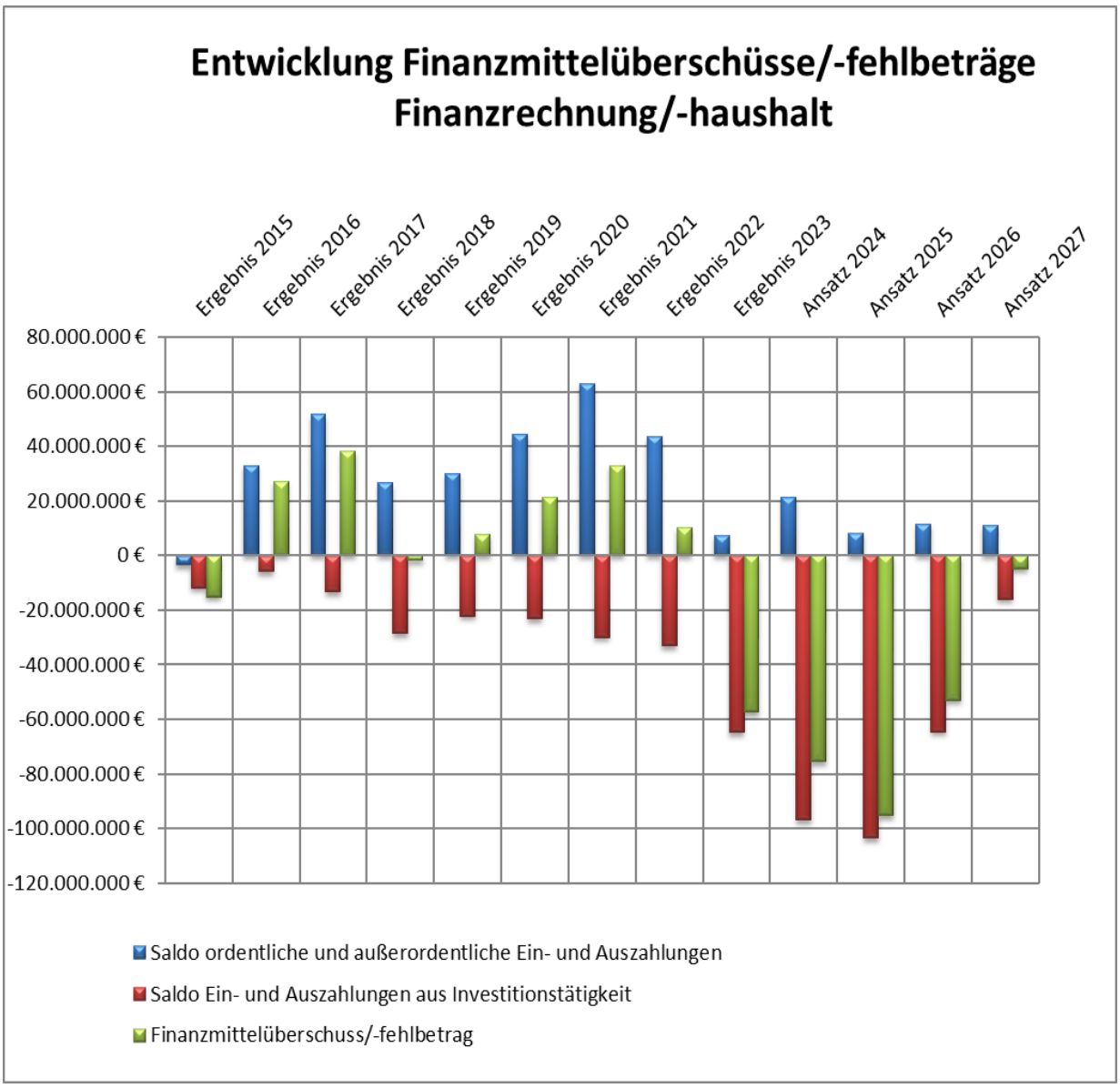
| | | Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Haushalt 2024) | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **Ergebnis 2023** | **2024** | **2025** | **2026** | **2027** |
| **16 Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit** | **9.519.535 €** | **27.175.026 €** | **16.357.288 €** | **23.933.715 €** | **24.564.267 €** |
| | | | | | |
| **19 Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen** | **-2.036.270 €** | **-5.645.453 €** | **-8.074.870 €** | **-12.340.870 €** | **-13.503.670 €** |
| | | | | | |
| **23 Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **7.483.265 €** | **21.529.573 €** | **8.282.418 €** | **11.592.845 €** | **11.060.597 €** |
| | | | | | |
| 27 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 12.819.516 € | 68.513.550 € | 68.057.480 € | 49.261.450 € | 47.970.100 € |
| abzüglich | | | | | |
| 32 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 77.662.727 € | 165.472.630 € | 171.593.300 € | 113.970.650 € | 64.000.700 € |
| **33 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-64.843.211 €** | **-96.959.080 €** | **-103.535.820 €** | **-64.709.200 €** | **-16.030.600 €** |
| | | | | | |
| **34 Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag** | **-57.359.946 €** | **-75.429.507 €** | **-95.253.402 €** | **-53.116.355 €** | **-4.970.003 €** |
| | | | | | |
| 35 Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten (*1) | 82.219.736 € | 96.959.080 € | 103.535.820 € | 64.709.200 € | 16.030.600 € |
| abzüglich | | | | | |
| 36 Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten (*1) | 23.044.737 € | 20.893.100 € | 23.512.100 € | 26.633.100 € | 28.516.100 € |
| **37 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten** | **59.174.999 €** | **76.065.980 €** | **80.023.720 €** | **38.076.100 €** | **-12.485.500 €** |
| | | | | | |
| **44 nachrichtlich: Ausgleich Finanzhaushalt** | **-10.307.976 €** | **636.473 €** | **-15.229.682 €** | **-15.040.255 €** | **-17.455.503 €** |

(*1): Im Ergebnis 2023 sind Umschuldungen in Höhe von 5.009.412,57 € und die Ablösung des investiven Anteils von Verbindlichkeiten aus der Schulbausanierung in Höhe von 244.083,34 € zu berücksichtigen.

## Erläuterungen zur Finanzrechnung:

In der Finanzrechnung 2023 beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 9,5 Mio. €. Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen wird in 2023 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen in Höhe von 2 Mio. €.
In der Finanzrechnung wird im Jahr 2023 ein nicht ausgeglichenes Ergebnis von 10,3 Mio. € dokumentiert.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 77,7 Mio. € kassenwirk-sam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 12,8 Mio. € gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt -64,8 Mio. € in 2023.


Entwicklung Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge
Finanzrechnung/-haushalt
Ergebnis 2015
Ergebnis 2016
Ergebnis 2017
Ergebnis 2018
Ergebnis 2019
Ergebnis 2020
Ergebnis 2021
Ergebnis 2022
Ergebnis 2023
Ansatz 2024
Ansatz 2025
Ansatz 2026
Ansatz 2027
80.000.000 €
60.000.000 €
40.000.000 €
20.000.000 €
0 €
-20.000.000 €
-40.000.000 €
-60.000.000 €
-80.000.000 €
-100.000.000 €
-120.000.000 €
Saldo ordentliche und außerordentliche Ein- und Auszahlungen
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag

**Summarische Darstellung der Investitionen 2023 (Ergebnis) nach Teilhaushalten**

| TH | Bezeichnung | Einzahlungen | Auszahlungen | Saldo |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Innere Verwaltung | 21.550 € | 2.726.577 € | -2.705.027 € |
| 2 | Bürgerdienste | 0 € | 191.086 € | -191.086 € |
| 3 | Umwelt | 0 € | 0 € | 0 € |
| 4 | Wirtschaft | 0 € | 1.511 € | -1.511 € |
| 5 | Sicherheit u. Ordnung | 982.280 € | 12.897.839 € | -11.915.559 € |
| 6 | Jugend u. Soziales | 522.011 € | 5.160.107 € | -4.638.096 € |
| 7 | Sport | 608.988 € | 1.708.530 € | -1.099.542 € |
| 8 | Schulen | 1.573.365 € | 12.486.077 € | -10.912.712 € |
| 9 | Kultur | -811 € | 2.656.791 € | -2.657.602 € |
| 10 | Bauen, Wohnen, Verkehr | 9.112.134 € | 31.584.205 € | -22.472.070 € |
| 11 | Zentrale Finanzleistungen | 0 € | 8.250.004 € | -8.250.004 € |
| | **Summe** | **12.819.516 €** | **77.662.727 €** | **-64.843.211 €** |

**Wesentliche Investitionsprojekte in 2023 (Ergebnis)**

| Bezeichnung | Einzahlungen | Auszahlungen | Saldo |
|---|---|---|---|
| Pfaffendorfer Brücke | 4.668.000,00 € | 16.468.078,73 € | -11.800.078,73 € |
| Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH | 0,00 € | 8.250.004,00 € | -8.250.004,00 € |
| Neubau Feuerwache 3 - Bubenheim | 585.500,00 € | 6.662.505,18 € | -6.077.005,18 € |
| Neubau Grundschule Freiherr vom Stein | 0,00 € | 4.468.503,97 € | -4.468.503,97 € |
| Ankauf Unterbringungscontainer | 0,00 € | 2.550.498,45 € | -2.550.498,45 € |
| Kernsanierung Stadttheater | 0,00 € | 2.400.487,91 € | -2.400.487,91 € |
| DigitalPakt Schule | 1.528.364,68 € | 3.388.897,51 € | -1.860.532,83 € |
| EDV-Anbindung Feuerwache 3 Bubenheim | 0,00 € | 1.650.033,83 € | -1.650.033,83 € |
| Knotenpunkt Kurt-Schumacher-Brücke | 755.950,00 € | 2.368.581,40 € | -1.612.631,40 € |
| Investitionskostenanteil Straßenoberflächenwasser | 193.451,82 € | 1.400.000,00 € | -1.206.548,18 € |

# 4. Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage der Stadt Koblenz dargestellt.

Basis zur Ermittlung der folgenden Kennzahlen sind für die Jahre 2022 und 2023 die Ist-Daten der Ergebnisrechnung. Für das Jahr 2024 wird von dem entsprechenden Haushaltsansatz des Ergebnishaushaltes ausgegangen.

### Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

| | Ertrag | Aufwand | Quote |
|---|---|---|---|
| **2022 - Ist** | 483.984.791,72 € | 465.663.872,14 € | 103,93% |
| **2023 - Ist** | 466.672.048,08 € | 493.706.146,40 € | 94,52% |
| **2024- Ansatz** | 517.813.107,74 € | 523.119.502,00 € | 98,99% |

## Ertragsquoten

| | 2022 - Ist | | 2023 - Ist | | 2024 - Ansatz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote |
| Steuerertragsquote [1] | 245.092.000,63 | 51,35% | 239.977.767,39 | 52,37% | 249.975.800,00 | 48,96% |
| Zuwendungsquote [2] | 101.356.259,68 | 21,24% | 93.856.562,23 | 20,48% | 120.317.924,00 | 23,57% |
| Ertragsquote der sozialen Sicherung [3] | 74.622.513,37 | 15,63% | 74.453.099,61 | 16,25% | 84.583.130,00 | 16,57% |
| Leistungsentgelt-quote [4] | 33.128.436,85 | 6,94% | 32.536.115,77 | 7,10% | 35.592.633,74 | 6,97% |
| Quote der sonstigen Erträge [5] | 23.091.793,57 | 4,84% | 17.410.309,41 | 3,80% | 20.106.490,00 | 3,94% |

[1] Die Steuerertragsquote beschreibt den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht (Ergebnisrechnung/-haushalt, Anteil von Pos. 1 - Kontenart 401 bis 403 und 40521), bezogen auf die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit. Unter die Erträge aus Steuern fallen Realsteuern, Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, sonstige Gemeindesteuern sowie der Familienlastenausgleich.

[2] Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit eine Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Der Anteil der Erträge aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen wird in Bezug zu der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit gesetzt.

[3] Anteil der Erträge der sozialen Sicherung an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

[4] Anteil der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen/-umlagen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

[5] Anteil der Erträge aus der Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen laufenden Erträgen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwandsquoten

| | 2022 - Ist | | 2023 - Ist | | 2024 - Ansatz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | **Betrag (€)** | **Quote** | **Betrag (€)** | **Quote** | **Betrag (€)** | **Quote** |
| Personal- und Versorgungsaufwandsquote (Intensität I) [6] | 126.681.383,96 | 27,95% | 126.535.197,66 | 26,25% | 136.731.645,00 | 26,79% |
| Sach- und Dienstleistungsintensität [7] | 80.049.060,45 | 17,66% | 85.354.031,88 | 17,71% | 85.284.346,00 | 16,71% |
| Abschreibungsintensität I [8] | 28.079.867,75 | 6,20% | 29.263.698,27 | 6,07% | 28.748.630,00 | 5,63% |
| Transferaufwandsquote [9] | 56.446.799,07 | 12,46% | 63.220.387,94 | 13,12% | 63.173.976,00 | 12,38% |
| Soziallastquote I [10] | 132.358.784,85 | 29,21% | 147.501.849,21 | 30,60% | 165.381.465,00 | 32,40% |
| Quote der sonst. laufenden Aufwendungen [11] | 29.556.189,66 | 6,52% | 30.118.191,69 | 6,25% | 31.066.840,00 | 6,09% |

[6] Die Personal- und Versorgungsintensität I gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.

[7] Anteil der Sach- und Dienstleistungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

[8] Anteil der Abschreibungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

[9] Anteil der Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

[10] Die Soziallastquote zeigt an, welchen Anteil die Aufwendungen der sozialen Sicherung an den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.

[11] Anteil der sonstigen laufenden Aufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwendungen je Einwohner

| | 2022 - Ist | 2023 - Ist | 2024 - Ansatz |
|---|---|---|---|
| Personal- und Versorgungs-aufwendungen je Einwohner | 1.101,11 € | 1.099,38 € | 1.190,69 € |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen je Einwohner | 695,78 € | 741,58 € | 742,68 € |
| Sozialaufwendungen je Einwohner | 1.150,46 € | 1.281,54 € | 1.440,18 € |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Einwohnerzahl [12] | 115.049 | 115.097 | 114.834 |

[12] Quelle: Stadt Koblenz, Monatliche Bevölkerungsberichte: Einwohnerzahlen zum 31.12.2022, 31.12.2023 und 31.07.2024

## Zinsquoten

(Produkt 6121: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft)

| | 2022 - Ist | | 2023 - Ist | | 2024 - Ansatz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote |
| Zinslastquote [13] | 8.953.292,32 | 1,98% | 9.049.052,35 | 1,88% | 11.874.600,00 | 2,33% |
| Zinsdeckungs-quote [14] | 8.953.292,32 | 1,88% | 9.049.052,35 | 1,97% | 11.874.600,00 | 2,33% |

[13] Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) im Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit an.

[14] Die Zinsdeckungsquote zeigt an, in welchem Umfang die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit von den Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) aufgezehrt werden.

## Zinsaufwendungen

(Produkt 6121: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft)

| | 2022 - Ist | 2023 - Ist | 2024 - Ansatz |
|---|---|---|---|
| Zinsaufwendungen für Investitionskredite (inkl. Derivatgeschäfte) | 8.321.752,59 € | 8.423.760,53 € | 10.613.800,00 € |
| Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite (inkl. Derivatgeschäfte) | 631.539,73 € | 625.291,82 € | 1.260.800,00 € |
| Zinsaufwendungen (gesamt) je Einwohner | 77,82 € | 78,62 € | 103,41 € |
| Einwohnerzahl [12] | 115.049 | 115.097 | 114.834 |

## Entwicklung der Kreditverschuldung der Stadt Koblenz

(Kernhaushalt, ohne Zinsabgrenzung)

| | 31.12.2021 Ist | 31.12.2022 Ist | 31.12.2023 Ist | 31.12.2024 Plan |
|---|---|---|---|---|
| Investitionskreditverschuldung (€) | 312.829.085,08 | 331.678.827,82 | 390.512.725,67 | 466.334.080,67 |
| Liquiditätskreditverschuldung (€) | 58.747.974,20 | 40.000.000,00 | 40.000.000,00 | 30.000.000,00 |
| **Gesamtkreditverschuldung (€)** | **371.577.059,28** | **371.678.827,82** | **430.512.725,67** | **496.334.080,67** |
| Investitionskreditverschuldung je Einwohner (€) | 2.758,20 | 2.882,94 | 3.392,90 | 4.060,94 |
| Liquiditätskreditverschuldung je Einwohner (€) | 517,98 | 347,68 | 347,53 | 261,25 |
| **Gesamtkreditverschuldung je Einwohner (€)** | **3.276,17** | **3.230,61** | **3.740,43** | **4.322,19** |
| Einwohnerzahl [12] | 113.418 | 115.049 | 115.097 | 114.834 |

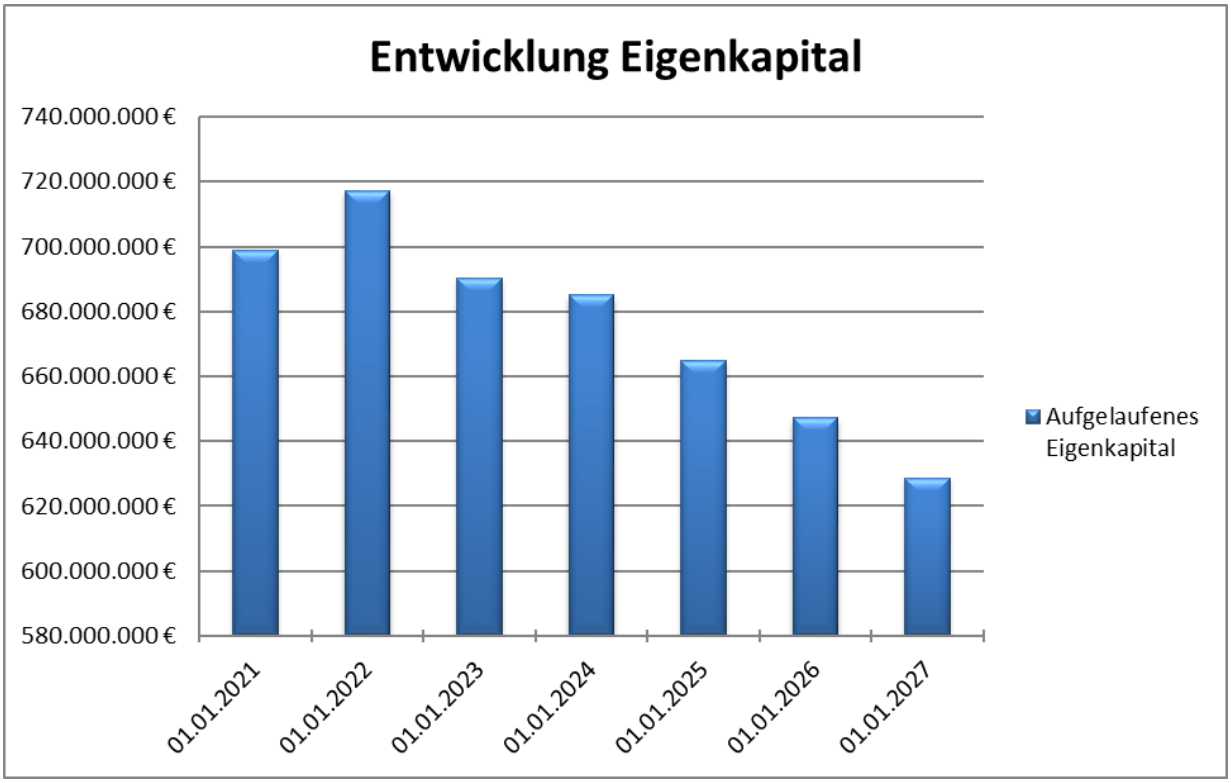
[12] Quelle: Stadt Koblenz, Monatliche Bevölkerungsberichte: Einwohnerzahlen zum 31.12.2021, 31.12.2022, 31.12.2023 und 31.07.2024

# 5. Prognosebericht - Chancen und Risiken

Der vom Rat beschlossene **Ergebnishaushalt** des Jahres 2024 (Haushaltsplanung) schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 5,31 Mio. € ab. Weiterhin weist die mittelfristige Ergebnisplanung für die kommenden Haushaltsjahre Jahresfehlbeträge (2025 = 20,29 Mio. €, 2026 = 17,44 Mio. € und 2027 = 18,53 Mio. €) aus.

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse bis einschließlich dem Jahr 2023 sowie den zuvor genannten geplanten Jahresergebnissen 2024 bis 2027 wie folgt:

| in € | Jahresüberschuss/ -fehlbetrag | Bildung Rücklage (§ 38 III GemHVO) | Aufgelaufenes Eigenkapital |
|---|---|---|---|
| **31.12.2021** | 35.631.909 € | | **698.988.467 €** |
| **31.12.2022** | 18.320.920 € | 19.110 € | **717.328.497 €** |
| **31.12.2023** | -27.034.098 € | | **690.294.398 €** |
| **31.12.2024** | -5.306.394 € | | **684.988.004 €** |
| **31.12.2025** | -20.292.452 € | | **664.695.552 €** |
| **31.12.2026** | -17.436.945 € | | **647.258.607 €** |
| **31.12.2027** | -18.527.783 € | | **628.730.823 €** |



Die voraussichtliche mittelfristige Entwicklung der **Steuern und ähnlichen Abgaben** stellt sich basierend auf dem Haushaltsplan 2024 wie folgt dar:

| in Mio. € | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Ist | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan | 2027 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Steuern und Abgaben** | 248,2 | 245,1 | 240,0 | 250,0 | 260,2 | 271,3 | 277,4 |

Das **laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** entwickelt sich entsprechend dem Haushaltsplan 2024 mittelfristig folgendermaßen:

| in Mio. € | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Ist | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan | 2027 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** | 37,2 | 24,1 | -23,8 | 0,2 | -12,2 | -5,1 | -5,0 |

Neben dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit beeinflusst auch das **Finanzergebnis** das Jahresergebnis. Der Haushaltsplan 2024 beinhaltet jährlich negative Finanzergebnisse. Im Planungszeitraum (Jahre 2024 bis 2027) wird somit ein durchschnittlicher Jahresfehlbetrag von 15,4 Mio. € erzielt.

| in Mio. € | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Ist | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan | 2027 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Zinserträge und sonstige Finanzerträge** | 8,7 | 6,7 | 8,4 | 7,2 | 7,0 | 7,0 | 7,0 |
| **Zinsaufwendungen und sonst. Finanzaufwendungen** | 10,2 | 12,5 | 11,7 | 12,7 | 15,1 | 19,3 | 20,5 |
| **Finanzergebnis** | **-1,5** | **-5,8** | **-3,3** | **-5,5** | **-8,1** | **-12,3** | **-13,5** |

## Entwicklung in Innenstädten

Der Einzelhandel in den Innenstädten steht weiter unter Druck. Trotz vieler Bemühungen der Städte verlieren viele Stadtzentren weiter an Attraktivität. Viele Geschäfte verzeichnen deutliche Umsatzrückgänge im Vergleich zur „Vor-Corona-Zeit“. Läden und ganze Gebäude stehen teilweise leer. Dies hat zur Folge, dass der Online-Handel weiterwächst. Damit sich Innenstädte neu erfinden können, müssen neben attraktiven Einkaufsalternativen mehr Möglichkeiten für Begegnung und Erlebnis durch höhere Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt, saubere einladende öffentliche Räume mit mehr Grün in der Stadt geboten werden. Die derzeitigen Förderungen durch die Innenstadt-Programme von Bund und Länder werden diesbezüglich nicht ausreichen.
Der Stadtrat der Stadt Koblenz hat am 16.11.2023 die Einrichtung des lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekts „BID Schloßstraße“ (BID = Business Improvement District) zum 01.01.2024 für zunächst 5 Jahre beschlossen. Im Projektbereich der „Schloßstraße“ sollen in privater Initiative standortbezogene Maßnahmen durchgeführt werden, um die Schaffung eines sicheren, einladenden und prosperierenden Zentrums für Gewerbetreibende, Bewohner und Kunden zu erreichen.

## Jugend und Soziales

Im Bereich **Kindertagesbetreuung** entstehen erhebliche Mehrkosten bei den Personal- und Sachkostenzuschüssen an die freien Kita-Träger. Gemäß dem seit dem 01.07.2021 geltenden § 5 Abs. 2 KiTaG muss der Träger der Einrichtung bereit und in der Lage sein, eine bedarfsgerechte und geeignete Einrichtung zu schaffen und eine angemessene Eigenleistung zu erbringen. Diese Eigenleistung ist aber im Gegensatz zum alten Recht nicht mehr konkret beziffert. Die kommunalen Spitzenverbände sollen hierzu mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts und den auf Landesebene zusammengeschlossenen Verbänden der freien Wohlfahrtspflege eine Rahmenvereinbarung abschließen.
Die Spitzenverbände der Kommunen und der freien Wohlfahrtsverbände haben sich nach jahrelangen Verhandlungen am 22.03.2024 auf eine Übergangsvereinbarung für die Zeit vom 01.07.2021 bis 31.12.2024 geeinigt. Die kirchlichen Träger erhalten für die Kindertagesstätten rückwirkend eine Zuweisung in Höhe von 102,5 % der zuwendungsfähigen Personalkosten (99% Personalkosten zzgl. 3,5 % Sachkosten). Die nicht konfessionellen freien Träger erhalten rückwirkend 100 % der zuwendungsfähigen Personalkosten. Die Zuweisungen zu den Sachkosten müssen einzeln verhandelt werden. Bereits geleistete Zahlungen des Jugendamtes sind bei der Erstattung der Personal- und Sachkosten anzurechnen. Die Umsetzung der Übergangsvereinbarung geht ausschließlich zu Lasten der Kommunen und führt für die Stadt Koblenz im Zeitraum 01.07.2021 - 31.12. 2024 zu voraussichtlichen Mehrkosten i. H. v. rund 15,0 Mio. €. Davon fallen in 2024 rund 3,69 Mio. € an, der Rest voraussichtlich in 2025.
Auch wenn noch nicht klar ist, wie die Rahmenverhandlungen für die Zeit ab 01.01.2025 ausgehen, so wird man im Ergebnis nicht hinter die Regelungen der Übergangsvereinbarung zurücktreten. Ab 2025 bleibt es daher voraussichtlich bei den jährlichen Mehrkosten von mindestens 3,69 Mio. €.
Der Ausbau der Kindertagesstätten zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz wird weiter fortgeführt. Die Arbeiten zur Errichtung der achtgruppigen Kita in der Goldgrube auf dem Gelände der ehemaligen Overberg-Schule laufen weitgehend planmäßig. Hier werden an zentraler Stelle bis zu 180 neue Kita-Plätze geschaffen. Für 2025 sind Baukosten i. H. v. rund 2,5 € Mio. € eingeplant. Das Gesamtvolumen beläuft sich, nach derzeitiger Kalkulation, auf rund 9 Mio. €.
Insgesamt werden in den kommenden Jahren mehr als 500 neue Kita-Plätze gebaut, für die rund 60 VZÄ Fachkräfte benötigt werden. Hierfür werden entsprechende Personal- und Overheadkosten anfallen.
Neben dem Neubau von Kita-Gebäuden gewinnt die Sanierung des Altbestandes eine immer größere Bedeutung, da viele Einrichtungen in die Jahre gekommen sind. Hiervon sind vor allem

die Gebäude in kirchlicher Bauträgerschaft betroffen. Das Bistum Trier wird im Laufe der nächsten Jahre sukzessive insgesamt 10 sanierungsbedürftige Einrichtungen an die Stadt Koblenz „abgeben“.

Das **Ganztagesförderungsgesetz** (GaFöG) bringt ab dem Jahr 2026 sukzessive einen Anspruch auf achtstündige Betreuung von Kindern im Grundschulalter. Der Stadtrat hat am 16.11.2023 den erforderlichen Ausbau an den Grundschulstandorten Karthause-Nord (Am Löwentor), Moselweiß, Kesselheim und Wallersheim baulich erweitert, um den Rechtsanspruch auf ganztätige Betreuung für Grundschulkinder nach dem GaFöG zu erfüllen. Neben der Landesförderung i. H. v. rund 3,3 Mio. € wird die Stadt einen Eigenanteil i. H. v. rund 1,5 Mio. € aufbringen müssen.
Der Fachkräftemangel wirkt sich zunehmend auf die Aufgabenerfüllung im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste aus. Durch die erfolgten und voraussichtlich kommenden Veränderungen im Tarifgefüge soll die Attraktivität dieser Berufsgruppen gesteigert werden. Dies führt anderseits aber auch zu einem Anstieg der Personalkosten beim städtischen Personal und den Personalkostenzuschüssen an die freien Träger.

In den vergangenen Jahren ist eine Verschärfung und Kumulierung von Problemlagen in Familien zu verzeichnen, die intensivere oder auch mehrere Hilfen erforderlich machen, um das Kindeswohl zu wahren. Es ist daher mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** zu rechnen. Ein Anstieg der Aufwendungen ist aber auch in den erhöhten Entgelten bei den Leistungserbringern begründet. Im Rahmen der pauschalen Anpassung der Entgelte wurde zuletzt mit Beschluss der Jugendhilfekommission vom 26.04.2023 eine pauschale Anhebung von 11,98 % vereinbart. In 2024 wurde mit Beschluss vom 24.04.2024 eine weitere pauschale Anhebung von 6,7% ab dem 01.07.2024 vereinbart. Diese Steigerungen werden in den kommenden Jahren anhalten.

Im Bereich der **unbegleiteten ausländischen minderjährigen Kinder und Jugendlichen** (umA) ist seit Ende 2022 eine stetig steigende Fallzunahme zu verzeichnen. Aufgrund der weltpolitischen Lage sowie der Klimaentwicklungen ist mit einer weiteren Zuwanderung von Flüchtlingen und damit auch von umA zu rechnen. Es ist daher auch hier ein weiterer Anstieg der Aufwendungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung als auch im Bereich der Schutzmaßnahmen bei Kindeswohlgefährdung zu erwarten.

Im Bereich der **Eingliederungshilfen** für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gem. § 35a SGB VIII ist ein stetiger Anstieg der Bedarfe und Fallzahlen zu verzeichnen. Dies begründet sich in der Zunahme von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen sowie Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten bereits bei Kleinkindern.

Das seit 2008 bestehende und stetig wachsende **Netzwerk Kindeswohl** unter Federführung des Jugendamtes bietet die Chance, dass durch frühzeitige und präventive Maßnahmen und Angebote Folgekosten bei den Hilfen zur Erziehung/ Eingliederungshilfen zumindest eingedämmt werden können.
Beispielhaft seien hier genannt:

- Familienhebammen
- Kaleidoskop und Nepomuk (Gruppen für Kinder psychisch und suchterkrankter Eltern)
- Angebote der Familienbildungsstätte und anderer Träger für Familien
- Regelmäßige Kooperationen mit Schulen, Kitas, Gesundheitssystem, Polizei usw.

Die Reform der **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** schreitet weiter voran. Die auf Landesebene geführten ergänzenden Landesrahmenvertragsverhandlungen für den Zuständigkeitsbereich des Landes wurden im Herbst 2023 abgeschlossen. Die neuen Vertragsinhalte sind die Grundlage für eine neue Vergütungsstruktur, die frühestens ab dem Jahr 2025 zu einer individuelleren Bedarfsermittlung führen wird.
Die Landesrahmenvertragsverhandlungen zwischen den Eingliederungshilfeträgern und Leistungserbringern für den kommunalen Bereich sind noch nicht abgeschlossen. Hier könnte es

im Laufe des Jahres 2024 zu einem Ergebnis kommen. Auch dieser Vertrag wird die Grundlage für eine neue Vergütungsstruktur sein. Die daran anschließenden Verhandlungen der Einzelvereinbarungen mit den Leistungserbringern und die Möglichkeiten der individuelleren Bedarfsermittlung werden den kommunalen Eingliederungshilfeträgern höhere Steuerungsmöglichkeiten eröffnen.

Es ist aktuell nicht absehbar, welche Auswirkungen die in der Konferenz des Bundeskanzlers mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 06. 11.2023 vereinbarten Maßnahmen auf die mittelfristige Entwicklung der Zahl der Flüchtlinge haben werden.
Die aktuellen Entwicklungen zeigen, dass weiterhin eine sehr hohe Zahl an Zuweisungen durch das Land auf die Kommunen erfolgt, auch wenn diese gegenüber dem vierten Quartal 2023 leicht rückläufig sind. Es wird allgemein jedoch damit gerechnet, dass ab Herbst 2024 wieder ein Anstieg zu verzeichnen sein wird. Dazu tragen auch die aktuellen Krisenherde (z. B. naher Osten, starke Zuwanderung aus der Türkei) sowie die weiterhin hohe Zahl an Flüchtlingen aus der Ukraine, die im Zugangsmonat Leistungen nach dem **AsylbLG** erhalten, bei.
Die vorgesehene abschließende Prüfung durch die Verwaltung über die **Einführung einer Bezahlkarte** steht noch aus, da das europaweite Ausschreibungsverfahren der Länder noch nicht abgeschlossen ist; Zwischenergebnisse liegen noch nicht vor. Es ist nach jetzigem Stand damit zu rechnen, dass finanzielle Belastungen auf die Kommunen zukommen werden.

## Personalmanagement – Schwerpunkt Personalgewinnung und -bindung

Das Personalmanagement spielt in der Verwaltung eine entscheidende Rolle, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig zu binden. Eine erfolgreiche Personalgewinnung und -bindung ist essenziell, um den sich stetig wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie den vielfältigen Ansprüchen an die Verwaltung gerecht zu werden und eine stabile und motivierte Belegschaft zu gewährleisten.
Im Jahr 2021 wurde das Personalmanagementkonzept der Stadtverwaltung mit den Schwerpunktthemen Personalgewinnung und Personalbindung fortgeschrieben. Dieses Konzept dient als Handlungsrahmen und Leitfaden für das Personalmanagement von 2021 bis 2026 und entwickelt die Instrumente der Personalarbeit systematisch weiter.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des zunehmenden Wettbewerbs mit anderen Arbeitgebern um qualifiziertes Personal werden Personalgewinnung und Mitarbeiterbindung stets an Bedeutung gewinnen. Bereits heute können Stellen in der Verwaltung (z. B. für Erzieher, IT-Fachkräfte, Ingenieure, Techniker) oftmals nur nach mehrmaliger Ausschreibung verzögert besetzt werden. Gleichzeitig wird in den kommenden Jahren die Anzahl der altersbedingten Personalabgänge deutlich ansteigen.

Ein positives Image als Arbeitgeber ist entscheidend für die Personalgewinnung. Das Personalmanagementkonzept enthält u. a. konkrete Maßnahmen zur Positionierung der Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin sowie zur Verstärkung der Außendarstellung und Kommunikation. Neben der Umsetzung der stadtweiten Imagekampagne „Großstädtchenliebe“ und der im Jahr 2023 veröffentlichten Auszubildenden-Kampagne „Unvergesslich wie die erste Liebe - deine Ausbildung bei der Stadt Koblenz“, konnte die externe Präsenz auf Karriere- und Ausbildungsmessen durch vielfältige Gestaltungselemente und Giveaways weiter professionalisiert werden.

Die erforderlichen Personalressourcen werden durch eine zukunftsorientierte Personalbedarfs- und Nachfolgeplanung sowie den weiteren Ausbau der Ausbildungs- und Studienangebote sichergestellt. Im Jahr 2024 wird das Ausbildungsangebot um die Berufe Duales Studium - B.A. Verwaltungsinformatik, Geomatiker sowie Maler- und Lackierer - Gestaltung und Instandhaltung erweitert.

Um neuen Mitarbeitenden den Einstieg in die Verwaltung zu erleichtern, werden im Rahmen des Onboarding-Konzepts regelmäßig Veranstaltungen unter dem Motto „Willkommen bei der

Stadt Koblenz“ durchgeführt. Diese Veranstaltungen fördern den Austausch, die Vorstellung untereinander und bieten umfassende Informationen rund um den Arbeitsalltag.

Die Personalentwicklung ist ein Schlüsselelement der Personalbindung. Ein ständiger Ausbau der Personalentwicklung, bedarfsorientierte Fort- und Weiterbildungsprogramme sowie die gezielte Entwicklung von Führungskräften und Nachwuchsführungskräften sind dabei essenziell.

Das Programm FOrAN (Führungsorientiertes Ausbildungskonzept für Nachwuchskräfte) wurde erstmals im Jahr 2017 eingeführt und ging im März 2024 bereits in die vierte Auflage. FOrAN zielt darauf ab, Führungspotenzial frühzeitig und systematisch zu identifizieren, zu entwickeln und zu fördern.

Zur Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden zeigen sich neben vielfältigen Teamentwicklungen, Supervisionen und Workshops insbesondere individuelle Coaching als sehr beliebt. Im Jahr 2023 wurden 29 Einzelcoaching mit insgesamt 124 Coaching-Sitzungen durchgeführt.

Eine Vielzahl von Angeboten zur Gesunderhaltung und Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit bieten die Initiativen im Bereich des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. Dazu gehören beispielsweise Ergonomieberatungen, Gesundheitsmessungen vor Ort durch das IKK Aktivmobil, Grippeschutzimpfungen, die Nutzung der Gesundheitsplattform Evermood, das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), externe Beratungen durch MEDIAN Gesundheitsdienste Koblenz und viele mehr.

Zudem tragen ein angenehmes Arbeitsumfeld, attraktiv und modern gestaltete Arbeitsplätze bzw. Arbeitsorganisation sowie die Förderung der Mobilität von Mitarbeitenden, zur Zufriedenheit der Mitarbeiter bei. Attraktive Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um Mitarbeiter langfristig zu binden. Seit 2023 haben die Mitarbeitenden neben der Möglichkeit eines zinslosen Mitarbeiterdarlehens zum Fahrradkauf auch die Option des Fahrradleasings über eine Entgeltumwandlung. Mit Einführung des Deutschland-Tickets konnte ein vergünstigtes Deutschland Job-Ticket eingeführt werden. Bei Mitarbeitenden, die ÖPNV-Zuschuss berechtigt sind, reduziert sich der Beitrag zusätzlich. Mögliche Anreize zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften werden im Einzelfall genutzt. Weitere Flexibilisierungen von Arbeitsort und Arbeitszeit, wie beispielsweise rund 920 bewilligte Anträge auf mobiles Arbeiten / Telearbeit, wirken sich zusätzlich positiv auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben aus.

Das effektive Personalmanagement in der Verwaltung erfordert eine ganzheitliche Betrachtung von Personalgewinnung und -bindung. Durch die Implementierung dieser Strategien können Verwaltungen nicht nur hochqualifizierte Mitarbeiter gewinnen, sondern auch eine motivierte und loyale Belegschaft aufbauen, die den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gewachsen ist.

## E-Government und Digitalisierung

Die Digitalisierung der Verwaltung nach Außen (Bürger*innen, Unternehmen) und Innen (Belegschaft) bleibt ein großer und stetiger Aufgabenschwerpunkt der Stadtverwaltung Koblenz. Es gilt weiterhin, das Verwaltungsangebot sowie die verwaltungsinternen Abläufe durch die Möglichkeiten, die sich durch die Digitalisierung bieten, für alle Betroffenen zu optimieren und an die sich stetig wandelnden digitalen Bedarfe anzupassen.

Im Hinblick auf den Kontakt der Verwaltung mit seinen Bürgern und Unternehmen, nimmt die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) weiterhin eine zentrale Rolle ein. Die Verwaltung arbeitet täglich an der Einführung diverser digitaler Angebote für die Bürgerinnen und Bürger. Durch die mittlerweile stärkere Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz für die Kommu-

nen, hat die OZG-Umsetzung noch einmal Fahrt aufgenommen. Regelmäßig können neue digitale Verwaltungsleistungen online gestellt werden. Mittlerweile sind bereits rund 200 verwaltungsinterne und -externe Leistungen vollständig online nutzbar (Stand August 2024).

Von der Digitalisierung der Verwaltungsangebote und -abläufe profitieren auch die Verwaltungsmitarbeiter*innen. Verschiedene interne Prozesse (z. B. Reisekostenabrechnungen, Urlaubsanträge) konnten mittlerweile digitalisiert und somit leichter nutzbar gemacht werden. Auch der Informationsaustausch innerhalb der Belegschaft wird durch den ständigen Ausbau der digitalen Wissensplattform unterstützt. Wissen Einzelner wird somit für alle Mitarbeiter*innen verfügbar und nutzbar.
Natürlich bleibt auch die Ausstattung der Mitarbeiter*innen mit aktuellen Arbeitsmitteln ein wichtiger Aufgabenschwerpunkt. Die Endgeräte nach dem neuen Ausstattungsstandard sind sehr gefragt, da hier ein mobileres Arbeiten möglich ist, jedoch können die Anfragen nicht alle gleichzeitig bedient werden, so dass nur eine schrittweise Einführung möglich ist.

Für die Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit und -bindung, spielt jedoch nicht nur die Optimierung einzelner Arbeitsabläufe oder der Arbeitsplatzausstattung eine Rolle. Angebote für Mitarbeiter*innen (u. a. Fortbildungen/E-Learning, offene Stellen, Mitarbeiterbenefits) werden darüber hinaus stetig weiterentwickelt und online gebündelt. Alle Mitarbeitenden haben so bspw. mittlerweile die Möglichkeit, über ein digitales Portal nach aktuellen Fortbildungsangeboten und offenen Stellen zu suchen. Die Anmeldungen zu den Veranstaltungen bzw. die Bewerbung auf freie Stellen, erfolgt dabei ebenfalls direkt online. Durch den stetigen Ausbau von Mitarbeiterangeboten sowie deren gleichzeitige Digitalisierung, versucht die Stadtverwaltung Koblenz, ihre Attraktivität als Arbeitgeberin zu steigern und neue Mitarbeiter*innen zu gewinnen und zu halten.

Vor dem Hintergrund der stetigen Digitalisierung der Verwaltungsarbeit, bleibt ein funktionierendes E-Akten-System (DMS) eine wichtige Grundlage für ein digitales und medienbruchfreies Arbeiten. Nachdem sich das bisher bei der Stadtverwaltung Koblenz eingesetzte DMS in der Vergangenheit als leider nicht immer geeignet herausgestellt hatte, wurde mittlerweile mit der Beschaffung eines neuen Systems begonnen. Das Auswahlverfahren ist aktuell in vollem Gange. Vermutlich Anfang 2025 wird mit der Einführung des neuen DMS begonnen. Ein funktionierendes DMS wird die tägliche Arbeit der Mitarbeiter*innen weiter vereinfachen und komplett medienbruchfreie digitale Prozesse ermöglichen.

Es ist zu beobachten, dass bei einigen Fachverfahren das Ende der Lebenszeit erreicht wurde oder angekündigt ist. Der Wechsel der Verfahren zieht jedoch immer einen hohen Investitionsaufwand nach sich. Hier können bei Fehlplanungen oder fehlendem Invest schnell Risiken der unterschiedlichsten Art entstehen. Der ohnehin schon hohe Digitalisierungsdruck auf die Verwaltung wird durch den Umstand zusätzlich verstärkt.

Nach den aktuellen Entwicklungen, wird die Verwaltung zukünftig auch um das Thema „Künstliche Intelligenz (KI)“ nicht herumkommen. Auch wenn die neue Technik derzeit noch am Anfang ihrer Entwicklung und Verbreitung steht, beschäftigt sich die Stadtverwaltung schon heute mit den zahlreichen Möglichkeiten, die eine KI bietet. Auch hierbei steht die Optimierung der Arbeitsabläufe und die Entlastung der Belegschaft von einfachen und wiederkehrenden Arbeiten im Vordergrund. Welche Möglichkeiten sich für die Verwaltung hieraus genau ergeben, wird sich zeigen. Die Entwicklungen im KI-Bereich werden dahingehend ständig beobachtet und soweit sinnvoll, zukünftig auf die Verwaltung angewendet werden.

Im Kontext der Smart City Koblenz ist aktuell der Fokus auf die Vorbereitung weiterer Kommunikationswege gerichtet. Hier wird es eine zentrale Webseite geben, die viele der aktuellen und der jüngsten Maßnahmen darstellt. Darüber hinaus wurde das GeoPortal Koblenz um einen Digitalen Zwilling erweitert. Dieser kann nicht nur innerhalb der Stadt zur besseren Planung genutzt werden, sondern im Sinne des Open-Datas in einem geringeren Funktionsumfang auch von Bürgerinnen und Bürgern verwendet werden.

Die weltweiten Entwicklungen zeigen jedoch auch immer mehr, dass das Thema Cybersecurity (Digitale Sicherheit) eine immer entscheidendere Rolle einnehmen wird. Die Stadtverwaltung Koblenz arbeitet bereits heute mit Hochdruck daran, ihre digitalen Systeme und Daten vor Cyberangriffen zu schützen. Angriffe auf andere Kommunen und öffentliche Einrichtungen in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, dass diese Bedrohung allgegenwärtig ist und stetige Maßnahmen ergriffen werden müssen. In diesem Zusammenhang werden die städtischen Mitarbeiter*innen auch regelmäßig auf mögliche Angriffsszenarien hingewiesen und für das Thema sensibilisiert.

## Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Im letzten Prognosebericht wurde bereits ein Überblick über den Umsetzungsstand der Maßnahmen in 2023 gegeben und die vier wichtigen strategischen Planungen für 2023ff angerissen. Über den Umsetzungstand aller Maßnahmen wird jährlich im Sachstandsbericht zum Klimaschutzkonzept 2020 berichtet. Der Bericht für das Jahr 2023 wird im zweiten Halbjahr 2024 den Gremien zur Verfügung gestellt. Auf einen Sachstand zu den Einzelmaßnahmen wird daher hier verzichtet. Der Sachstand zu den vier wichtigen strategischen Planungen wird nachfolgend kurz dargestellt.
Der Abschlussbericht zur **Kommunalen Wärmeplanung** befindet sich in der Finalisierung und soll im November 2024 im Stadtrat verabschiedet werden. Mit der kommunalen Wärmeplanung werden Wege aufgezeigt, wie der Wärmesektor in Koblenz nachhaltig und regenerativ umgebaut und so die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern beendet werden kann.
Die **Gesamtkonzeption Erneuerbare Energien** wurde im Mai 2024 im Stadtrat verabschiedet. Ziel ist, den Anteil der Erneuerbaren am Strombedarf innerhalb des Stadtkonzerns Koblenz stark zu beschleunigen. Darüber hinaus soll der Arbeitskreis auch als Katalysator dienen, um den Ausbau mit erneuerbaren Energien im gesamten Stadtgebiet voranzubringen. Hierfür wurden unter anderem Austauschformate mit den umliegenden Kommunen, den Koblenzer Industrie- und Gewerbetreibenden und weiteren Akteuren gefunden. Begleitend erhalten private Haushalte schon jetzt verschiedene Förderungen durch die Stadt Koblenz zur Unterstützung ihrer eigenen Energiewende. Der nächste Schritt ist die Verzahnung der Gesamtkonzeption Erneuerbare Energien mit der kommunalen Wärmeplanung, um ein strategisches Gesamtwerk zu erhalten.
Bezugnehmend auf das **Integrierte Vorreiterkonzept** wurde Anfang dieses Jahres seitens des Fördergebers signalisiert, dass mit einem ablehnenden Bescheid zu rechnen ist, auch wenn dieser bis dato noch nicht vorliegt. Damit würde ein wichtiger Baustein in der strategischen Planung fehlen, da das Integrierte Vorreiterkonzept die beiden Konzepte „Wärmeplanung“ und „Gesamtkonzept Erneuerbare Energien“ einbinden und als übergeordnete Planung für den Weg hin zur Klimaneutralität in Koblenz im Korridor zwischen 2035 und 2040 dienen sollte. Hier werden zwar andere Lösungen möglich sein, diese würden jedoch größere personelle und auch finanzielle Ressourcen binden.
Auch im Bereich Anpassung an den Klimawandel wird mit dem **Integrierten Klimaan-passungskonzept** ein übergeordneter strategischer Rahmen erarbeitet, der vorhandene Maßnahmen und Projekte integriert und noch fehlende Schwerpunkte und Defizite offenlegt.
Die Konzepterstellung konnte zwar im Jahr 2023 gestartet werden, verlief aber aufgrund personeller Engpässe zeitlich nicht wie zuvor geplant. Zum einen konnte aufgrund der schwierigen Personalgewinnung die Konzepterarbeitung erst im Juni statt im Februar 2023 beginnen, zum anderen war die Bearbeitung durch die Stellenvakanz ab September 2023 vorübergehend nur eingeschränkt möglich.
Trotz der kurzen Besetzungszeit in 2023 konnten aber wichtige Grundlagen für das zukünftige Klimaanpassungskonzept der Stadt Koblenz gelegt werden und die in 2023 begonnenen Gespräche und Datenrecherchen mit der Neubesetzung der Stelle seit Januar 2024 weiterentwickelt und seitdem planmäßig weitergeführt werden.
Auch wenn Koblenz im Vergleich zu anderen Kommunen in der Thematik Klimaanpassung schon weit fortgeschritten ist, wird die Anpassung an den Klimawandel eine der wichtigsten

Aufgaben sein, denen sich eine Kommune (schon im Rahmen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger) stellen muss.
Alle Maßnahmen zum Klimaschutz - die in Koblenz und weltweit bereits ergriffen werden - werden nicht verhindern, dass der Klimawandel weiter voranschreitet. Aufgrund der Trägheit des Klimasystems würden die Temperaturen selbst bei sofortiger weltweiter Beendigung der Nutzung fossiler Energieträger noch weiter ansteigen, bevor sie sich irgendwann in der Zukunft auf einem hohen Niveau und auf lange Dauer stabilisieren.
Ist der Klimaschutz eine globale Aufgabe, deren Umsetzung auf der lokalen Ebene ihren Nucleus hat und die Verwaltung, die Wirtschaft und Privathaushalte gleichermaßen adressiert, liegt die Anpassung an die Folgen des Klimawandels auf der lokalen/regionalen Ebene und adressiert in der Verantwortlichkeit zur Herstellung bzw. Sicherung der erforderlichen Infrastrukturen zuallererst die kommunale Verwaltung - auch wenn diese auf externe Partner und entsprechende gesetzliche Regelungen angewiesen ist.
So ist beispielsweise zum Schutz der vulnerablen Gruppen vor Hitze insbesondere die soziale Infrastruktur zu stärken. Hier ist Koblenz mit seinem erarbeiteten Hitzeaktionsplan bereits auf einem sehr guten Weg. Auch in anderen Bereichen, wie z. B. Starkregenvorsorge, Katastrophenschutz, u. a. ist Koblenz gut aufgestellt.
Eine große Herausforderung ist nach wie vor die Herstellung und vor allem die Sicherung einer hinreichenden blau-grünen Infrastruktur, dem wichtigsten Handlungsfeld der Klimaanpassung. Hierzu zählt z. B. der Vorrang von Begrünung bzw. der Grünerhalt vor Versiegelungsmaßnahmen sowie der Erhalt von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftleitbahnen vor Bauprojekten. Hier existiert ein sehr großes Konfliktpotenzial mit anderen Bedarfen bzw. Bedürfnissen, die immer noch und zu oft auf Kosten der blau-grünen Infrastruktur gelöst werden.
Ziel der Klimaschutzstelle ist es, dass Politik und Verwaltung ein starkes und grund-legendes Verständnis von Klimaschutz und Klimaanpassung entwickeln. Nur auf dieser Grundlage kann die Lebens- und Aufenthaltsqualität in Koblenz in absehbarer Zukunft und auf sehr langer Dauer erhalten oder verbessert werden.

## Stadtentwicklung

Die bereits im Jahr 2022 maßgeblichen Veränderungsprozesse in der Stadtentwicklung setzten sich im Jahr 2023 fort. Der Druck auf den Wohnungsmarkt erhöhte sich aufgrund vieler Faktoren nochmals. Insbesondere die Zinsentwicklung und die allgemeinen Preissteigerungen im Bausektor schlugen 2023 durch – die Auswirkungen sind bis heute mit dem deutlichen Rückgang von Neubauzahlen und der Einstellung oder Ruhendstellung von städtebaulichen Projektierungen unverändert deutlich. Der Wegfall von Belegungsrechten in der sozialen Wohnraumförderung, die nach wie vor bestehende Nachfrage durch anerkannte Flüchtlinge und Auswirkungen des Ukrainekrieges sind die weiteren wesentlichen Faktoren, die die Stadtentwicklung beeinflussen.

Die im laufenden Flächennutzungsplanverfahren (FNP) bezeichneten Wohnbauflächen wurden in 2023 nicht in das Planwerk übernommen, so dass hier ein weiterer Einflussfaktor für den Wohnungsmarkt hinzu kam. Die erste Veröffentlichung des Entwurfs zur Neuaufstellung des FNPs wurde im November 2023 beendet. Nunmehr erfolgt die Vorbereitung einer erneuten Veröffentlichung mit der Zielsetzung, den FNP 2025 zur Wirksamkeit beschließen zu können.

Zahlreiche flächenhafte Wohnungsbauprojekte werden teilweise nur noch mit gebremster Geschwindigkeit entwickelt, da sich die Finanzierungen dieser Projekte äußerst schwierig gestalten. Für den bezahlbaren Wohnungsbau vorgesehene Projekte sind dabei besonders betroffen. Ferner konnte 2023 ein beginnender Trend festgestellt werden, der sich 2024 deutlich verstärkte – immer mehr Wohnungen werden in Ferienwohnungen umgewandelt, wodurch sich der Druck auf den Wohnungsmarkt weiter verschärft. Ein noch zu beauftragendes Wohnraumversorgungskonzept soll hier unterstützend wirken.

Im gewerblichen Entwicklungsbereich sind mit der gut angelaufenen Entwicklung der ehemaligen Hundeschule Bubenheim und des Bebauungsabschnittes 257 f Industriegebiet an der A 61 / im Güterverkehrszentrum (GVZ) nunmehr fast alle Flächenpotentiale der Stadt ausgereizt, obwohl die Nachfrage nach Flächen hier nach wie vor besonders hoch ist. Umso schmerzlicher war hier die im Flächennutzungsplan-Verfahren beschlossenen Reduzierung der von der Verwaltung eingereichten Flächenvorschläge. Die letzte verbleibende große Reserve wird ein Bebauungsabschnitt 257 d direkt entlang der A 61 sein, ansonsten bestehen nur noch interkommunale Reserven im westlich angrenzenden Zweckverband. Es besteht nach wie vor das Risiko, dass durch die ungebremste Entwicklung im näheren und mittlerweile auch weiteren Speckgürtel des Oberzentrums deutlich bessere Entwicklungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten bestehen. Hier ist im Zuge der angelaufenen Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes Rheinland-Pfalz (LEP5) ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der zentralen Orte zu legen.

Bei den Verkehrsplanungsprojekten rückt neben den Großmaßnahmen an der Pfaffendorfer Brücke und der Horchheimer Eisenbahnbrücke, der Neubau einer Fuß- und Radwegebrücke zwischen der Goldgrube und dem Rauental in greifbare Nähe, so dass auch die Projekte für die benachteiligten Verkehrsteilnehmer auf dem Rad und zu Fuß stärker in den Focus gerückt werden konnten. Die 2023 begonnene und derzeit noch andauernde Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplans 2030 wird weitere Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge für eine Verkehrswende in der Stadt erbringen.
Das Deutschland-Ticket hat 2023 weiterhin erhebliche Auswirkungen auf die Auslastung und damit auch auf die Akzeptanz für den ÖPNV. In einer Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sind die Konsequenzen für das Liniennetz und die Qualitäten im ÖPNV zu ziehen. In 2023 war die Seilbahn und deren Erhalt vor dem Hintergrund der UNESCO-Bedenken ein großes Thema der Stadtentwicklung. Der begonnene und derzeit noch laufende Architekturwettbewerb für die Talstation soll einen Beitrag für ein positives Placet der UNESCO leisten.

Beim Großprojekt „Festungsstadt Koblenz“ gibt es sichtbare Erfolge. So konnte im Bereich der Feste Franz eine wesentliche Baumaßnahme mit dem Kriegspulvermagazin fertiggestellt und der Landschaftspark dort als Pendant zum bereits etablierten Park am Fort Asterstein eröffnet werden. Dieses Projekt zeigt, dass zur Bewahrung des kulturellen Erbes nicht nur ein langer Atem, sondern auch effektive Fördermöglichkeiten erforderlich sind, da die Stadt die Erhaltung und – als Fernziel – die sinnvolle Nutzbarmachung ihrer Festungsbestandteile nicht alleine stemmen kann. Die Verwaltung bleibt bei der Akquise von Fördermöglichkeiten auch die kommenden Jahre gefordert.

Eine große Chance bietet die Möglichkeit zum Erwerb der Flächen unterhalb der Feste Franz. Gegenwärtig erfolgen die Kaufverhandlungen mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Zielsetzung ist die Entwicklung eines Urbanen Quartiers auf den Flächen der ehemaligen Standortverwaltung. Zusammen mit dem in der Realisierung befindlichen Rosenquartier und dem Uferpark Schartwiesenweg erfolgt in Lützel ein vorzeigbarer und erfolgreicher Stadtumbau, der in den kommenden Jahren immer mehr zum Schlüsselfeld der Stadtentwicklung wird. Die Anforderungen an eine klimagerechte und klimaangepasste Stadtentwicklung stellen eine große Herausforderung dar – dies ist als Chance und als Aufgabe zugleich zu begreifen. Mit der Rahmenplanung Rauental und im Fördergebiet „Stadtgrün Lützel“ für den Teilbereich des Gewerbegebietes sind im Jahr 2023 bereits erste Planungen und Konzepte mit der Zielsetzung angestoßen worden, vollständig baulich genutzte und hochversiegelte Bereiche stärker zu durchgrünen und die Resilienz gegenüber den Folgen des Klimawandels zu stärken.

Die Aufgabenfelder der Stadtentwicklung werden allerdings immer komplexer und immer mehr regelüberfrachtet, so dass kurze Reaktionszeiträume auf aktuelle Entwicklungen kaum noch möglich sind. Hinzu kommt erschwerend der Fachkräftemangel im Ingenieur- und Technikerbereich, sowie der Kampf um die Köpfe, den die Verwaltung mit der freien Wirtschaft nicht gewinnen wird. In Zukunft muss daher in den einzelnen Disziplinen der Stadtentwicklung noch

stärker bei den Projekten und den Projektwünschen festgelegt werden, welche davon noch angegangen werden können, betreut werden können bzw. welche davon den strategischen Zielen der Koblenzer Stadtentwicklung dienlich sind. Perspektivisch sollte auch vor diesem Hintergrund, aber auch unter Einbeziehung anderer Faktoren, eine Fortschreibung des Koblenzer Stadtentwicklungskonzeptes (Masterplan Koblenz) in Erwägung gezogen werden.

Seit Einführung des **Zentralen Gebäudemanagements (ZGM)** zum 01.01.2014 werden erfolgreich umfangreiche Neubauten und Modernisierungen bzw. Sanierungen durch die Mitarbeitenden umgesetzt. Eine umfangreiche Aufgabe des ZGM ist es, den Gebäudezustand, den veränderten Bedarfen hinsichtlich Ausstattung und Raumangebot, anzupassen.

Hier sind in erster Linie Schulgebäude zu nennen, deren Ausgaben für Neu-/Umbau- und Erweiterungsbauten mehr als die Hälfte des Budgets des ZGM ausmachen. Aufgrund des vorliegenden Sanierungsstaus, weiter zunehmenden Schülerzahlen und gestiegener Anforderungen an den Schulbetrieb (Ganztagsschulen, Inklusion etc.) werden auch weiterhin umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich sein. Bereits geplante Projekte sind: die Raumerweiterung der Grundschule Neuendorf, die Erweiterung der Grundschule Arzheim, die Raumerweiterung der Grundschule Lützel, die Schulerweiterung des Görres-Gymnasiums sowie der Förderschule Bienhorntal und der IGS Koblenz. Darüber hinaus müssen auch Grundschulen aufgrund gesetzlicher Vorgaben sukzessive zu Ganztagsschulen entwickelt werden. Der ab 2026/2027 bestehenden Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung für Schulkinder nach dem Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) umfasst 8 Stunden Betreuung am Tag inkl. Aufenthalt in der Schule. Aus diesem Grund sind bereits folgende Erweiterungen zu Ganztagsschulen geplant:

- Grundschule Kesselheim
- Grundschule Moselweiß und
- Grundschule Wallersheim.

In der Umsetzung sind derzeit die Erweiterungen zur Ganztagsschule Clemens-Brentano-Realschule plus, die Schulerweiterung Goethe Realschule plus (incl. Ganztagsschule) sowie der Erweiterungsneubau der Grundschule Asterstein und das Projekt Grundschule Pfaffendorfer Höhe. In der Goldgrube entsteht ein neues Quartier mit dem Neubau einer Kindertagesstätte sowie dem Neubau der Grundschule Pestalozzi einschließlich einer Sporthalle.

Bei vielen Baumaßnahmen müssen Schulklassen aus dem zu sanierenden Bestandsgebäude ausgelagert werden. Wenn keine Ausweichräume gefunden werden können, ist es erforderlich, entsprechende Schulcontainer bereit zu stellen. Um hohe Mietaufwendungen zu vermeiden, werden durch das ZGM sukzessive Klassenraumcontainer angeschafft (in 2022/2023 die für Grundschule Lützel, die IGS Koblenz und die Förderschule Bienhorntal).

Im Bereich der Kindertagesstätten ist perspektivisch ebenfalls mit einer weiter steigenden Bedarfslage (Neuerungen durch das Kita-Zukunftsgesetz) zu rechnen, welche zusätzliche Neu- und Erweiterungsbauten zur Folge haben werden. Geplante Projekte sind die Kita "St. Maternus", der Neubau in Bubenheim sowie der Neubau der Kita "St. Servatius" in Güls. Außerdem in Planung sind der Neubau der Kita "Zauberland" in Rübenach und der Neubau der Kita "Eulenhorst" in Metternich. Weitere Projekte im Bereich Jugend und Soziales sind in der Planungsphase: Neubau Kita "Pusteblume" und Jugendtreff sowie Ersatzneubau Hort Im Kreutzchen - im Stadtteil Neuendorf.

Auch für andere Bedarfsträger führt das ZGM Maßnahmen an Liegenschaften von städtischer Bedeutung aus. Zu nennen sind hier in erster Linie:

- Kernsanierung Stadttheater
- Generalsanierung Hauptfeuerwache
- Generalsanierung Bezirkssportanlage Schmitzers Wiese

- Neubau Hallen Forstbetriebshof Kühkopf
- Neubau öffentliche Toilettenanlage am Schloss
- Neubau Ehrenbreitstein Toilettenanlagen
- Neubau öffentliche Toilettenanlage in Lützel
- Standortverlagerung Stadtarchiv
- Ankauf und Errichtung von Unterbringungscontainern für Schutzbegehrende
- Neubau Feuerwehrgerätehaus Horchheim
- Neubau Integrierte Leitstelle
- Erweiterung Ordnungsamt
- Generalsanierung Weindorf.

Im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramms Klimaschutz und Innovation (KIPKI) wurden zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Klimaschutz und die Innovation in der Stadt Koblenz voranzutreiben. Darunter fallen die Energetische Teilsanierung im Rathausgebäude II, Beschattungseinrichtung der Kita in Güls inklusive Photovoltaikanlage, die Errichtung von 2 Sonnensegeln im Kita-Bereich. Außerdem die Installation von Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher an der Goethe-Realschule plus und die Implementierung eines klimafreundlichen Wärmenetzes.

Zur Förderung und Koordination von Solarprojekten wird die KO-Solar GmbH gegründet. Diese Gesellschaft wird umfangreiche Photovoltaikanlagen auf städtischen Gebäuden sowie Eigenbetriebe der Stadt Koblenz errichten. Um die Voraussetzungen für die Errichtung von Photovoltaikanlagen zu schaffen, werden die notwendigen Dach- und Elektrosanierungen an verschiedenen Gebäuden durch das Zentrale Gebäudemanagement im Rahmen ihrer Portfolio-Planung umgesetzt. Die KO-Solar GmbH wird im 1. Schritt bei folgenden Gebäuden tätig:

- Grundschule Am Löwentor
- Realschule plus Asterstein
- Sporthalle der Realschule plus Asterstein
- Gymnasium Asterstein
- Sporthalle des Gymnasiums Karthause (SSZK)
- Hans-Zulliger-Förderschule
- Sporthalle der Hans-Zulliger-Förderschule
- Berufsbildende Schule Technik
- Berufsbildende Schule Wirtschaft
- Kulturbau Forum.

Das Aufgabenportfolio des ZGM ist in den letzten Jahren kontinuierlich größer und vielseitiger geworden. Damit einhergehend ist bisher auch die Mitarbeiterschaft entsprechend gewachsen. Dennoch ist festzustellen, dass die bisherigen Arbeitsabläufe und Prozesse in vielen Teilen neu strukturiert und auszurichten sind. In einem ersten Schritt erfolgte im Berichtsjahr die Weiterentwicklung des Technischen Gebäudemanagement.

Im Bereich der **städtischen Ingenieurbauwerke** ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan “Brücken“ vorgestellt. Der Masterplan wird laufend fortgeschrieben. Er ist insgesamt als langfristige Aufgabe zu betrachten.
In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen steht der Neubau der Pfaffendorfer Brücke im Zuge der Bundesstraße 49 derzeit eindeutig im Vordergrund.

Hierbei werden die denkmalgeschützten Widerlager der Flussbrücke ertüchtigt sowie die Gewölbe der Vorlandbrücken baulich erhalten, aber durch neue Tragsysteme überbaut. Völlig neu

gebaut werden der Überbau und die Flusspfeiler. Die Ausschreibung und Vergabe erfolgte in 2022. Die vorbereitenden Maßnahmen (Errichtung Baubüro, Errichtung eines Ersatzstandortes für das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, ökologische Maßnahmen (wie z. B. Umsiedlung von Mauereidechsen und Fledermäusen) wurden fertiggestellt. Das Land fördert die Maßnahme mit 80,7 Mio. €. Die Stadtverwaltung hat einen Aufstockungsantrag der Fördersumme entsprechend der gestiegenen Baukosten auf den Weg gebracht.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse der letzten Hauptprüfung nach DIN 1076 mussten an der Pfaffendorfer Brücke seit März 2019 gravierende Maßnahmen ergriffen werden, um die Standsicherheit des Bauwerks bis zum geplanten Neubau zu gewährleisten. Als Sofortmaßnahmen wurden daher die Reduzierung der Fahrstreifen sowie eine Lastbeschränkung für Schwerfahrzeuge auf der Flussbrücke und die Vollsperrung der Brückenstraße angeordnet. Neben dem Monitoring wurde im 1. Halbjahr 2021 eine Höhenbegrenzungsanlage installiert.

Die Instandsetzung der Fußgängerüberführung am Moselring wurde in 2022 begonnen und sollen im ersten Halbjahr 2025 abgeschlossen sein.

Der Neubau der Bogenbrücke in der Mozartstraße mit angeschlossener Geh- und Radwegrampe konnte 2023 weit vorangetrieben werden. Der Neubau wird in 2024 abgeschlossen.

Die Planungen zu Neubau der Geh- und Radwegbrücke in der Beckenkampstraße wurden in 2023 weiter vorangetrieben. Mit der Umsetzung der Maßnahme wird im letzten Quartal 2024 gerechnet.

Aufgrund eines Hangrutsches unterhalb des Panoramaweges im Bereich des Parkplatzes Weimarer Straße auf der Karthause wurden Planungen zur Herstellung eines Fangzauns zum Schutz der Bundesstraße 49, Koblenz/Lay angestellt. Die Maßnahme wird im Jahr 2024 baulich umgesetzt.

Auch in 2023 wurden verschiedene konstruktive Ingenieurbauwerke mit Vogeleinflugschutzsystemen nachgerüstet.

Für die kommenden Jahre sind folgende größere Baumaßnahmen vorgesehen:

- die Erneuerung des Geh- und Radweges an der Horchheimer Eisenbahnbrücke,
- die Erneuerung des Brückenbauwerkes über Neustadt B49,
- Neubau Fuß- und Radwegbrücke Rauental/Goldgrube über Gleisanlagen der DB.

Dem Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz obliegt seit dem 01.01.2013 auch die operative Aufgabe der Unterhaltung und Instandsetzung von Verkehrsflächen des Tiefbauamtes. Er übernimmt damit eine Teilaufgabe der Straßenbaulastträgerschaft nach dem Landesstraßengesetz.

Für den Bereich **Straßenunterhaltung** existiert ein digitales Straßeninformationssystem, welches neben den Grundlagendaten insbesondere die Erfassung und Fortschreibung aktueller Maßnahmen bzw. Veränderungen des Zustands der Verkehrsflächen umfasst. Auf dieser Basis erfolgt stetig die Optimierung der Unterhaltungs- und Instandsetzungsleistungen.

In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt wurde im November 2023 der "Masterplan Straßen" beschlossen, damit Maßnahmen der Unterhaltung, Instandsetzung und Erneuerung besser aufeinander abgestimmt und bedarfsgerecht priorisiert werden können.

Neben der Umsetzung der Prüfung der Standsicherheit von Beleuchtungsmasten, ist der Betriebszweig **Elektrowerkstatt** derzeit mit der Sanierung der Straßenbeleuchtung befasst. In den

kommenden Jahren sollen sämtliche Beleuchtungspunkte auf LED-Technik umgerüstet werden. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wird sich der Stromverbrauch entsprechend reduzieren.

Die Personal- und Baukostenentwicklung der vergangenen Jahre führt zu einem deutlich gesteigerten Finanzbedarf, dem die permanent stattfindenden Optimierungsmaßnahmen im Betrieb nur bedingt entgegenwirken können. Um die **Verkehrssicherungspflicht** auch in Zukunft weiter gewährleisten zu können, ist mit einem moderat steigenden Mittelbedarf zu rechen.

## Wirtschaftsförderung

Die Nachfrage nach Gewerbe-, Industrie- und Wohnbauflächen am Standort Koblenz ist trotz der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges der hohen Zinsbelastungen und des zusätzlichen Nahost-Konfliktes auch in 2023 und 2024 ungebrochen. Die Stadt ist als Standort für Betriebe und Unternehmen weiterhin höchst attraktiv. In 2022 konnten zahlreiche Grundstücksverkäufe realisiert, neue Projekte initiiert bzw. in anstehende Baumaßnahmen gebracht werden. Wichtige Innenstadtmaßnahmen wurden begonnen bzw. Grundlagen für infrastrukturelle Sanierungsmaßnahmen gelegt. Hierbei zeigt sich eine große Nachfrage nach Zwischennutzungen, seitens der von Sanierungen betroffenen Trägern nach Büroflächen. Dieser Trend setzte sich auch zu Beginn 2024 uneingeschränkt fort.

Die derzeit noch direkt verfügbaren oder in Kürze entwickelten Grundstücke reichen bei weitem nicht aus, um den aktuellen und bereits für die nächsten Jahre nachgefragten Bedarf zu decken. Die Nachfrage nach Industrie- und Gewerbeflächen übersteigt das Angebot um das Doppelte – im Bereich der Dienstleistungsgrundstücke und Büroflächen sogar bis um das Dreifache. Zuletzt konnten z. B. im Gewerbegebiet Bubenheim und im Industriegebiet A61 (u. a. Ratio-Data, 30.000 m² im Bau) weitere Neubauvorhaben abgeschlossen oder begonnen werden.

Ein Hotelneubau wird aktuell in der Löhrstraße erbaut.

Um neue Unternehmen anzusiedeln oder bestehenden eine Vergrößerung zu ermög-lichen, können nur noch in Bubenheim und an der A61 (noch ca. 1 ha Restflächen) Flächen zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählt das Gelände der ehemaligen Hundeschule in Bubenheim, das die Wirtschaftsförderungsgesellschaft 2017 erworben hat und das ab dem kommenden Jahr bebaut werden kann. Hier sollen Handwerks-/Dienstleistungsunternehmen Platz finden. Aufgrund der hohen Nachfrage ist die Vermarktung bereits fast vollständig abgeschlossen.

Um eine Entlastung der hohen Nachfrage zu ermöglichen, sind auch bestehende brachliegende Flächen im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen. Leider stehen die noch vor 2 Jahren kalkulierten Flächen in Niederberg und Güls aufgrund der jeweiligen Eigennutzung des Bundes bzw. durch Fremderwerb nicht mehr zur Verfügung. In Lützel (ehem. STOV/Standortverwaltung der Bundeswehr) ist eine denkmalaffine Nutzung vorgesehen, sodass auch hier wenig gewerbliche Bedarfsdeckung zu erwarten ist. Die Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit all ihren Chancen und Risiken könnte durch Revitalisierung mindergenutzter Gebiete erfolgen. Hieran sollte jedoch weitergearbeitet werden.

Für die Digitalisierung / Smart City wurden neue Kommunikationswege und neue An-sprechpartner bei der Wirtschaftsförderung als “Digitallotse Wirtschaft“ geschaffen, die, u. a. mit dem Digitalbeirat die Entwicklung, Nachhaltigkeit und Attraktivität von E-Business und E-Commerce fördern, die Produktivität erhöhen und so Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft neue Möglichkeiten zur innovativen Weiterentwicklung bereitstellen.

Corona und Kriegs- sowie Klimakrisen werden die Wirtschafts- und Verwaltungsleistungen langfristig beeinflussen und stellen die Stadt vor unabsehbare Herausforderungen, um den Standort Koblenz attraktiv zu halten.

Die neuen kommunalen Energie- und Wärmeplanungen bieten auch große Chancen, den Standort nachhaltig zu gestalten.

Die Vorbereitungen für die Gründung des Vereins „Regiopole Mittleres Rheinland“ sind abgeschlossen. Die Städte Koblenz, Neuwied, Andernach, Lahnstein und Bendorf sowie die Verbandsgemeinden Weißenturm und Vallendar bilden den Kernraum der Regiopolregion. Auf Grundlage der seitens der Planungsgemeinschaft Mittelrhein-Westerwald beauftragten Regionalentwicklungsstrategie und der darin skizzierten Ansatzpunkte für regionale Handlungsfelder (u. a. Mobilität, Flächenentwicklung, Standortmarketing, Klimaschutz) werden 2024 erste Umsetzungsprojekte erwartet.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** kann folgendes berichtet werden:

Die **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH** geht weiterhin von stabilen Erlösen in der Vermietung aus.

Die **Stadtwerke Koblenz GmbH (SWK)** wird in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Stadtwerke und den Hafen- und Bahnbetrieb geprägt sein. Aus heutiger Sicht bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

Besondere Bedeutung wird künftig auch weiterhin die Kostenfolge des relativ neuen Geschäftsbereiches Erwerb und Errichtung, sowie das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben. Dieser, über Investitionsdarlehen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH finanzierte Bereich, sah
sich in den letzten Jahren einem deutlichen Anstieg der Baupreise ausgesetzt. Das Moselbad wurde Ende August 2024 in Betrieb genommen.

Die Stadtwerke Koblenz sind in Vorbereitung eines steuerlichen Querverbundes, der die finanzielle Chance von Verlustverrechnungen ermöglichen könnte. Derzeit befindet man sich noch in Abstimmungen mit dem Finanzamt Koblenz.
Das Thesaurierungsmodell der Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) muss ab 2024 angepasst werden. Das wird Auswirkungen auf die Beteiligungserträge der SWK, der Koblenz-Touristik GmbH und der Stadt Koblenz haben.

Im hoch kompetitiven Umfeld der Region Mittelrhein sieht die Geschäftsführung ein Risiko für die **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH** (GKM) in der Besetzung von Stellen, insbesondere bei fachweitergebildeten Pflegekräften. Entsprechende Qualifikationsmaßnahmen, Personalsuche und Programme zur Personalakquise (z. B. Gewinnung und Integration von Fachkräften aus dem Ausland) wurden bereits umgesetzt.

Zur Sicherstellung seiner Fortführungs- und Zahlungsfähigkeit ist das GKM auf weitere liquide Mittel der Gesellschafter angewiesen. Das machte ein betriebswirtschaftliches Zukunftskonzept der Roland Berger GmbH zur Sicherstellung der Gesellschaft sowie eine Optimierung der zukünftigen Gesellschafterstruktur deutlich.
Daher hat der Stadtrat bereits in seiner Sitzung am 16.05.2024, ebenso gleichlautend der Kreistag des Landkreises Mayen-Koblenz, seine Bereitschaft erklärt, dem GKM zur Sicherung seiner Zahlungsfähigkeit liquide Mittel in Höhe eines Betrages von jeweils 5 Mio. € im Rahmen eines Betriebsmitteldarlehens und jeweils 25 Mio. € im Rahmen einer Kommunalbürgschaft zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht der Verwaltung sind die v. g. Maßnahmen geeignet und erforderlich, um den Fortbestand des GKM zu gewährleisten. Das GKM hat bereits Kontakt zu unterschiedlichen Banken zur Investitionsfinanzierung aufgenommen, jedoch ist das Verfahren derzeit noch nicht abgeschlossen.

Es fand im Jahr 2024 ein weiterer Managementwechsel im GKM statt. Die Gesellschafterversammlung des GKM hat die Abbestellung von Herrn Dr. Goedereis zum Geschäftsführer der Gesellschaft mit Wirkung zum 01.08.2024 beschlossen. Entsprechend ist in den Tochtergesellschaften der Gesellschaft verfahren worden. Gleichzeitig wurde Florian Distler als neuer Geschäftsführer zum 01.08.2024 eingestellt.

Durch den weiteren Stadtratsbeschluss vom 15.07.2024 bekannte sich der Stadtrat zu einer Fortführung des Verbundkrankenhauses und beschloss die Konditionen zur Bereinigung der Gesellschafterstruktur des GKM.

Seitens der kommunalen Gesellschafter Stadt Koblenz und Landkreis Mayen-Koblenz wurde Kontakt mit den Gebietskörperschaften der kleineren Standorte des GKM (Boppard und Nastätten) aufgenommen. Derzeit sind das GKM und die Landkreise Rhein-Hunsrück-Kreis sowie Rhein-Lahn-Kreis in rechtlicher Ausarbeitung zu jeweils einem Betrauungsakt, der den Verlustausgleich der kleinen Standorte durch deren Gebietskörperschaften regeln soll.

- die Abweichungsanalyse zur Ergebnis- und Finanzrechnung
(§ 44 Abs. 3, § 45 Abs. 3, § 46 Abs. 2 und § 46 Abs. 3 GemHVO)
lag bei Druckbeginn (Ende 11/2024) noch nicht vor

# Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz

## A K T I V A

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1** | **Anlagevermögen** | **31.12.2023** | 1.510.515.366,20 € |
| | | **31.12.2022** | 1.457.664.783,61 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.126.566,24 | 60.210.917,84 |
| Sachanlagen | 1.035.670.109,96 | 1.078.780.235,75 |
| Finanzanlagen | 362.868.107,41 | 371.524.212,61 |
| | 1.457.664.783,61 | 1.510.515.366,20 |

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (**Anlage 5**).

Das Anlagevermögen wurde in Stichproben geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.1** | **Immaterielle Vermögensgegenstände** | **31.12.2023** | 60.210.917,84 € |
| | | **31.12.2022** | 59.126.566,24 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Gewerbl. Schutzrechte, Rechte, Lizenzen | 243.704,43 | 174.110,43 |
| Geleistete Zuwendungen | 43.340.903,00 | 43.385.699,00 |
| Geleistete Investitionszuschüsse | 10.372.885,01 | 10.440.643,01 |
| Anzahlungen auf immat. Vermögensgegen. | 5.169.073,80 | 6.210.465,40 |
| | 59.126.566,24 | 60.210.917.84 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.1.1** | **Gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten** | **31.12.2023** | 174.110,43 € |
| | | **31.12.2022** | 243.704,43 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 243.704,43 |
| Zugänge | 5.900,02 |
| Abschreibungen | -75.494,02 |
| Stand am 31.12.2023 | 174.110,43 |

Der Zugang resultiert aus der durch das Schulverwaltungsamt/Amt 40 veranlassten Erweiterung der schulischen Homepages.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 75.494,02 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

| **1.1.2 Geleistete Zuwendungen** | **31.12.2023** | 43.385.699,00 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2022** | 43.340.903,00 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 43.340.903,00 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 2.709.809,03 |
| Abschreibungen | -2.665.013,03 |
| Stand am 31.12.2023 | 43.385.699,00 |

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Investitionszuschuss EB 85 Straße | 1.400.000,00 |
| Restarbeiten Zufahrtsrampe Pfaffendorfer Brücke | 428.802,02 |
| Umgestaltung Hartplatz Horchheim | 200.000,00 |
| Förderprogramm „500-Dächer“ | 191.919,26 |
| WC-Sanierung Löhr-Center | 150.000,00 |
| Nachaktivierung WC-Sanierung Fischelpassage | 150.000,00 |
| Zuschüsse zu Einzelmaßnahmen zur Förderung des Sports | 114.986,00 |
| Zuschüsse an verschiedene Sportvereine | 32.503,39 |
| Zuschuss KiTa Hoffnungskirche | 29.698,79 |
| Zuschuss Sonic Wall / Schulnetz | 11.794,29 |
| Sonstige Zuschüsse | 105,28 |
| | 2.709.809,03 |

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 2.665.013,03 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (EB 85) erhält jährlich einen Zuschuss zur Herstellung der Straßenoberflächenentwässerung für Gemeinde-, Landes-, Kreis- und Bundesstraßen sowie öffentliche Plätze. Die Tatsache, dass der Investitionskostenzuschuss seit dem Jahresabschluss 2021 identisch ist, resultiert lediglich aus der haushaltsrechtlichen Umsetzung. Der Betrag in Höhe von 1,4 Mio. € wird seither jährlich etatisiert, um die

jährlichen teils hohen Schwankungen zu vermeiden. Der EB 85 erstellt jährlich eine Spitzabrechnung, die im Frühjahr des Folgejahres, nach erfolgter Prüfung durch Amt 66, angewiesen wird. Der Differenzbetrag (1,4 Mio. € abzüglich Nachzahlungsbetrag betr. das Vorjahr) wird sodann als Abschlag für das Folgejahr an den EB 85 gezahlt. Diese Praxis führt dazu, dass der gezahlte Betrag auf den ersten Blick identisch erscheint.

Die mit einer vereinbarten, mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung verbundenen geleisteten Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen wurden buchmäßig fortgeschrieben.

Die derzeit u.a. laufende Baumaßnahme „Pfaffendorfer Brücke“ wird durch ihre sukzessive Aktivierung weiterer Teilbereiche in den Folgejahren zu einem Anstieg der Aufwendungen für die bilanziellen Abschreibungen führen.

| **1.1.3 Geleistete Investitionszuschüsse** | **31.12.2023** | 10.440.643,01 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2022** | 10.372.885,01 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 10.372.885,01 |
| Zugänge | 556.340,52 |
| Abschreibungen | -488.581,52 |
| Abgang | -1,00 |
| Stand am 31.12.2023 | 10.440.643,01 |

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Abr. „Am Luisenturm / Grüner Weg (Programm Soziale Stadt) | 318.819,82 |
| Zuschuss Wohnbau | 237.520,70 |
| | 556.340,72 |

Der Buchwert der bislang geleisteten Zuschüsse wurde im Berichtsjahr gemäß der vereinbarten Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung fortgeschrieben.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 488.581,52 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

| 1.1.5 | Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 31.12.2023 | 6.210.465,40 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 5.169.073,80 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 5.169.073,80 |
| Zugänge | 1.720.458,30 |
| Umbuchungen | -679.066,70 |
| Stand am 31.12.2023 | 6.210.465,40 |

Die Zugänge setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| U3-Ausbau KiTa St. Konrad, Metternich | 565.959,85 |
| U3-Ausbau KiTa St. Josef, südliche Vorstadt | 542.487,02 |
| Sanierung KiTa Sonnenschein, Koblenz-Mitte | 453.323,11 |
| Rad-/Gehweg Horchheimer Eisenbahnbrücke | 98.117,81 |
| Pfaffendorfer Brücke | 26.084,00 |
| Erweiterung Stützwand Blindtal | 15.288,00 |
| Sonstiges | 19.198,51 |
| | 1.720.458,30 |

Die Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Zuschuss Wohnbau | 237.520,70 |
| Umgestaltung Hartplatz Horchheim | 200.000,00 |
| WC-Sanierung Löhr-Center | 150.000,00 |
| Zuschüsse zu Einzelmaßnahmen zur Förderung des Sports | 91.546,00 |
| | 679.066,70 |

| 1.2 | Sachanlagen | 31.12.2023 | 1.078.780.235,75 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 1.035.670.109,96 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Wald, Forsten | 24.562.129,29 | 24.201.289,32 |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 98.969.963,98 | 103.358.566,88 |
| Bebaute Grundstücke | 257.266.375,54 | 281.893.247,77 |
| Infrastrukturvermögen | 493.530.932,78 | 484.962.860,69 |
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 6.396.218,00 | 6.063.654,00 |
| Kunstgegenstände, Denkmäler | 39.992.175,38 | 42.392.140,01 |
| Maschinen, technische Anlagen, KFZ | 17.988.396,00 | 21.859.279,00 |
| Betriebs- u. Geschäftsausstattung | 18.210.973,42 | 22.933.908,42 |
| Anzahlungen, Anlagen im Bau | 78.752.945,57 | 91.115.289,66 |
| | 1.035.670.109,96 | 1.078.780.235,75 |

| 1.2.1 | Wald, Forsten | 31.12.2023 | 24.201.289,32 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 24.562.129,29 € |

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 24.562.129,29 |
| Zugänge | 4.028,35 |
| Umbuchung | -364.868,32 |
| Stand am 31.12.2023 | 24.201.289,32 |

Im Berichtsjahr führten der Kauf zweier Waldgrundstücke sowie drei Umbuchungen zu einer Veränderung der Bilanzposition.

| 1.2.2 | Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 31.12.2023 | 103.358.566,88 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 98.969.963,98 € |

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 98.969.963,98 |
| Zugänge | 1.368.140,56 |
| Umbuchungen | 3.536.111,27 |
| Abschreibungen | -406.283,16 |
| Abgänge | -109.365,77 |
| Stand am 31.12.2023 | 103.358.566,88 |

Die **Abschreibungen** sind gegenüber dem Vorjahr um rund 22 T€ gestiegen.

Die **Abgänge** betreffen den Verkauf von insgesamt 7 Grundstücken bzw. Splitterparzellen sowie einer Veränderung aus der Neubewertung bzw. den Fortführungsmitteilungen des städtischen Baumbestandes nach Analyse des Eigenbetriebs für Grünflächen und Bestattungswesen.

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen die Nachaktvierung von nachträglichen Anschaffungskosten für ein Grundstück in der Peter-Klöckner-Straße (352 T€) sowie die Maßnahme „Parkanlage Friedhof Neuendorf“ (264 T€).

Die **Umbuchungen** resultieren hauptsächlich aus der Aktivierung von Teilen des Projektes P611052 „Großfestung Koblenz“, hier insbesondere der Feste Franz (934 T€) und Fort Asterstein (1.278 T€).

| 1.2.3 | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 31.12.2023 | 281.893.247,77 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 257.266.375,54 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 257.266.375,54 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 31.036.867,57 |
| Abschreibungen | -6.409.995,34 |
| Stand am 31.12.2023 | 281.893.247,77 |

Die saldierten Umbuchungen inkl. Zugänge verteilen sich im Wesentlichen auf Zugänge durch Aktivierung. Hier sind insbesondere zu nennen die Neubauten der Feuerwehrwache 3 Bubenheim (9.752 T€), der Freiherr-vom-Stein Grundschule (8.928 T€) und der Kita Horchheimer Höhe (4.588 T€) sowie das Hochwasserschutzlager für die Feuerwehrwache 3 In Bubenheim (1.946 T€).

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird an dieser Stelle auf die Position 1.2.10 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ verwiesen, die eine Darstellung der wesentlichen Bauvorhaben enthält, welche im Berichtsjahr durch Umbuchung auf diese Bilanzposition überführt worden sind.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 6.409.995,34 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf Plausibilität geprüft. Die Abschreibungen gliedern sich wie folgt auf:

| | EUR |
|---|---|
| Wohnbauten | 12.063,00 |
| soziale Einrichtungen | 518.387,62 |
| Schulgebäude und -turnhallen | 3.440.942,68 |
| Kulturanlagen | 293.102,44 |
| Sportanlagen | 361.873,50 |
| Gartenanlagen | 23.708,00 |
| Verwaltungsgebäude | 131.818,06 |
| Sonstige Gebäude | 1.628.100,04 |
| | **6.409.995,34** |

Die Erhöhung der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr (ca. 479 T€) ist die Folge der hohen Zugänge und Umbuchungen des Berichts- und Vorjahres.

| 1.2.4 Infrastrukturvermögen | 31.12.2023 | 484.962.860,69 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 493.530.932,78 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Infrastruktur (Grundstücke u. ä.) | 6.362.435,38 | 6.366.481,09 |
| Brücken | 41.345.917,00 | 40.543.398,00 |
| Ingenieurtechnische Anlagen | 2.587.116,00 | 2.513.830,00 |
| Stützbauwerke | 19.485.959,00 | 19.599.017,00 |
| Sicherungsanlagen u. ä. | 176.256,00 | 150.998,00 |
| Grundstücke Gleisanlagen | 493.381,38 | 493.381,38 |
| Verteilungsanlagen | 2,00 | 2,00 |
| Abfallbes.-anlagen (Grundstücke u. ä.) | 996.319,32 | 996.319,32 |
| Straßen, Wege, Plätze (Grundstücke u. ä.) | 252.539.821,97 | 253.240.870,54 |
| Bundesstraßen | 5.462.115,01 | 4.889.369,44 |
| Landesstraßen | 2.790.050,00 | 2.601.510,00 |
| Kreisstraßen | 6.688.726,05 | 6.087.566,05 |
| Gemeindestraßen | 58.217.531,98 | 55.226.174,02 |
| Gehwege | 45.769.337,07 | 43.390.746,21 |
| Straßenbegleitgrün | 12.868.362,16 | 12.444.176,73 |
| Fußwege | 7.566.835,60 | 7.491.321,60 |
| Radwege | 1.754.287,00 | 1.665.143,00 |
| Landwirtschaftliche Wege | 1.538.245,00 | 1.387.943,00 |
| Forstwirtschaftliche Wege | 774.190,00 | 699.538,00 |
| Parkplätze | 9.301.146,12 | 8.968.483,96 |
| Lichtsignalanlagen | 2.318.733,00 | 2.070.436,00 |
| Techn. Anlagen der Verkehrslenkung | 535.749,00 | 446.413,00 |
| Sonstige Verkehrslenkungsanlagen | 1.153.507,00 | 1.137.826,00 |
| Anlagen zur Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur | 1.782.645,46 | 1.676.889,46 |
| Straßenbeleuchtung | 4.569.777,03 | 4.584.966,03 |
| Uferbefestigungen | 1.363.649,00 | 1.306.830,00 |
| Sonstige Infrastruktur, Grundstücke u. ä. | 5.088.838,25 | 4.983.230,86 |
| | 493.530.932,78 | 484.962.860,69 |

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 493.530.932,78 |
| Zugänge | 438.131,15 |
| Umbuchungen | 4.689.065,67 |
| Abgänge | -47.755,26 |
| Abschreibungen | -13.647.513,65 |
| Stand am 31.12.2023 | 484.962.860,69 |

Insgesamt betrachtet hat die Bilanzposition des Infrastrukturvermögens mit 8,6 Mio. € (rd. 1,7 %) einen signifikanten Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ergibt sich

aus der Differenz zwischen den Abschreibungen und Abgängen einerseits, und den Zugängen und Umbuchungen von den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition andererseits.

Die Umbuchungen inkl. Zugänge betreffen im Wesentlichen die Abrechnungen von Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet (z.B. Europabrücke Oberstrom, Stützwand Blindtal, Gehweg Am Luisenturm, Pflaster- und Plattenfläche Fritz-Michel-Str. / Wallersheimer Weg).

Im Berichtsjahr ist der durch die Abschreibung bezifferte Werteverzehr höher als der durch Zugänge und Umbuchungen (Aktivierung) geschaffene Wert neuer Anlagegüter. Im Einzelnen sind die Abschreibungen für Brücken mit rd. 1.648 T€, für Straßen mit rd. 11.244 T€ und für sonst. Infrastrukturvermögen mit rd. 756 T€ zu beziffern.

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird an dieser Stelle auf die Bilanzposition der Anlagen im Bau (1.2.10) verwiesen, die eine Übersicht der größeren aktivierten (umgebuchten) Anlagegüter im Berichtsjahr enthält.

Im Zuge der sukzessiven Aktivierung weiterer, noch im Bau befindlicher sowie geplanter Infrastrukturanlagen (insbesondere Straßenbaumaßnahmen, Brücken) muss auch zukünftig mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen für Abschreibungen gerechnet werden.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 13.647.513,65 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.2.5** | **Bauten auf fremden Grund und Boden** | **31.12.2023** | 6.063.654,00 € |
| | | **31.12.2022** | 6.396.218,00 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Mahnmale | 1,00 | 1,00 |
| Sonstige Gartenanlagen | 1.093.213,00 | 994.137,00 |
| Soziale Einrichtungen | 395.068,00 | 374.804,00 |
| Stadien | 4.553.198,00 | 4.389.776,00 |
| Sonstige Sportstätten | 349.780,00 | 300.196,00 |
| Sonstige Bauten | 4.958,00 | 4.740,00 |
| | 6.396.218,00 | 6.063.654,00 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 6.396.218,00 |
| Abschreibungen | -332.564,00 |
| Stand am 31.12.2023 | 6.063.654,00 |

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 332.564,00 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Bauten auf fremdem Grund und Boden sind dann gegeben, wenn das Grundstückseigentum vom Gebäudeeigentum getrennt ist. Die Bewertungen der Bauten auf fremdem Grund und Boden erfolgten analog der Bewertung der bebauten Grundstücke. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Bausubstanz des Stadions Oberwerth sowie anderer Sportanlagen im Stadtgebiet und Bauten auf seinerzeit für die BUGA genutzten Flächen (Schlossvorplatz, Schlossgarten etc.).

Im Berichtsjahr ergaben sich keine Zu- sowie Abgänge.

| **1.2.6** | **Kunstgegenstände, Denkmäler** | **31.12.2023** | 42.392.140,01 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 39.992.175,38 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Denkmäler und sonst. Kunstgegenstände | 24.950.701,72 | 26.723.437,72 |
| Gemälde | 10.053.159,24 | 10.666.687,87 |
| Skulpturen | 4.988.314,42 | 5.002.014,42 |
| | 39.992.175,38 | 42.392.140,01 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 39.992.175,38 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 2.486.490,50 |
| Abschreibungen | -86.525,87 |
| Stand am 31.12.2023 | 42.392.140,01 |

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen das Gebäude, die unterirdischen Bauten und den Notausstieg der Feste Franz (1.848 T€) sowie insgesamt 14 Gemälde und Kunstwerke, u.a. ein Gemälde von Sean Scully im Wert von 457 T€.

Die Abschreibungen setzen sich überwiegend aus den Aufwendungen für das Romanische Haus, die Feste Franz und das Fort Asterstein zusammen.

| 1.2.7 | Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 31.12.2023 | 21.859.279,00 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 17.988.396,00 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Fahrzeuge | 5.489.060,00 | 7.157.754,00 |
| Maschinen und technische Anlagen | 2.341.225,00 | 2.714.807,00 |
| Betriebsvorrichtungen | 10.158.111,00 | 11.986.718,00 |
| | 17.988.396,00 | 21.859.279,00 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 17.988.396,00 |
| Zugänge | 4.142.733,52 |
| Umbuchungen | 1.981.607,71 |
| Abgänge | -7,00 |
| Abschreibungen | -2.253.451,23 |
| Stand am 31.12.2023 | 21.859.279,00 |

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen betreffen im Wesentlichen Beschaffungen bzw. Aktivierungen im Bereich der Feuerwehr (8 Fahrzeuge, Rettungsboote, diverse Geräte für insgesamt 2.655 T€), die Sprungturm- und Sprungbrettanlage im Freibad Oberwerth (686 T€), technische Anlagen in verschieden Schulen und Sporthallen (901 T€), sowie das neue Fahrradparkhaus am Bahnhof (530 T€).

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 2.253.451,23 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Der Anstieg der Abschreibungen im Berichtsjahr (+ 269 T€) ist durch die hohen Zugänge des Vor- und Berichtsjahrs begründet.

| 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 31.12.2023 | 22.933.908,42 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 18.210.973,42 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Betriebsausstattung | 533.324,49 | 1.095.136,49 |
| Geschäftsausstattung | 7.039.508,24 | 6.909.100,24 |
| Medienbestand | 26.190,00 | 33,00 |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 10.611.950,69 | 14.929.638,69 |
| | 18.210.973,42 | 22.933.908,42 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 18.210.973,42 |
| Zugänge | 5.795.793,92 |
| Umbuchungen | 1.829.257,83 |
| Abgänge | -3.839,42 |
| Abschreibungen | -2.898.277,33 |
| Stand am 31.12.2023 | 22.933.908,42 |

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen betreffen im Wesentlichen die Glasfaseranbindung der Feuerwehrwache 3 Bubenheim (1.655 T€), 169 aktivierte Vermögensgegenstände im Bereich der Feuerwehr (864 T€), die Anschaffung einer Klassenraumcontaineranlage für die GS Lützel (T€ 496) sowie 151 aktivierte Vermögensgegenstände (überwiegend Spielgeräte) im Bereich des Jugendamtes (1.335 T€).

Der Anstieg der Abschreibungen im Berichtsjahr (+ 277 T€) ist durch die erstmals ganzjährig angefallenen Abschreibungen auf die Zugänge des Vorjahres sowie die hohen Zugänge während des Berichtsjahres bedingt.

| 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 31.12.2022 | 91.115.289,66 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 78.752.945,57 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 78.752.945,57 |
| Zugänge | 42.479.949,62 |
| Umbuchungen | -30.117.605,53 |
| Stand am 31.12.2023 | 91.115.289,66 |

Die Bilanzposition der Anlagen im Bau beinhaltet die bis zum Bilanzstichtag getätigten städtischen Investitionen für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die

am Bilanzstichtag noch nicht ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden konnten. Diese Position setzt sich zum Bilanzstichtag aus insgesamt 317Anlagen (Projekten) im Bau zusammen (Vorjahr: 283) und hat sich wertmäßig gegenüber dem Vorjahr um saldiert rd. 12,4 Mio. € erhöht.

Die nachfolgend genannten Anlagen konnten im Berichtsjahr einer bestimmungsgemäßen Nutzung zugeführt werden und wurden zum Teil über Direktzugänge im Berichtsjahr sowie Umbuchungen aus den Anlagen im Bau generiert (vollständige Abrechnung von Projekten, ohne Nachaktivierungen):

| | T€ |
|---|---|
| Neubau Feuerwache 3 – Bubenheim inkl. EDV-Anbindung | 12.477 |
| Neubau Grundschule Freiherr vom Stein | 8.520 |
| Großfestung Koblenz | 4.927 |
| Neubau Kita Horchheimer Höhe | 4.461 |
| Am Luisenturm/Grüner Weg Programm Soziale Stadt | 1.237 |

(aufgrund der Vielzahl der vollständig abgerechneten Maßnahmen sind nur Projekte mit einem Wert von mehr als 1.000 T€ aufgeführt)

Grundsätzlich verstetigt sich die Annahme des Vorjahres, dass die Anlagenbuchhaltung der Entwicklung der vergangenen Jahre – Anstieg der noch abzurechnenden Maßnahmen - weiter kontinuierlich entgegenwirkt. Neben der engen Abstimmung zwischen den ausführenden Fachämtern und der Anlagenbuchhaltung ist weiterhin die quantitative und qualitativ ausreichende personelle Ausstattung der Anlagenbuchhaltung für eine ordnungsgemäße und dauerhafte Aufgabenerledigung weiter zu gewährleisten.

Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass sich durch nur in unzureichendem Maße vorgenommene zeitnahe Abrechnungen negative Auswirkungen, u.a. auf die Ergebnisrechnung, ergeben können.

Da die bis zur Aktivierung der Vermögensgegenstände aufgelaufene Abschreibung nicht nachgeholt werden kann, erhöht sich folgerichtig der jährliche Abschreibungssatz der Anlagegüter aufgrund der Herabsetzung der Nutzungsdauer (Verteilung der Abschreibungsbeträge auf die Restnutzungsdauer des Anlagegutes), was zwangsläufig materielle Auswirkungen auf die Ergebnisrechnungen der Folgejahre haben wird.

Da die Abschreibung jedoch erst mit der Aktivierung (Umbuchung auf die entspr. Bilanzposition) des Vermögensgegenstandes einsetzt, weist die Ergebnisrechnung, wie in den Vorjahren auch, zu geringe Aufwendungen für Abschreibungen aus (siehe Prüfberichte zum Jahresabschluss 2009 bis 2019). Hier bietet sich die Teilaktivierung von Projekten an, bei der ein bereits feststehender Kostenanteil auf die korrespondierende Bilanzposition umgebucht werden kann und somit der Abschreibung unterliegt. Die vollständige Abrechnung dieser Projekte muss dann auf dem Wege der Nachaktivierung geschehen. Für das Großprojekt „Neubau Pfaffendorfer Brücke“ sind verwaltungsseitig zwischen dem Tiefbauamt und der Anlagenbuchhaltung die organisatorischen Vorarbeiten geleistet worden, um ab 2023 die vorstehende Vorgehensweise anzuwenden.

| 1.3 Finanzanlagen | 31.12.2023 | 371.524.212,61 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 362.868.107,41 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.878.444,53 | 231.878.444,53 |
| Beteiligungen | 5.367.001,35 | 10.367.005,35 |
| Ausleihungen an Beteiligungen | 3.000.000,00 | 6.250.000,00 |
| Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, Rechtsfähige kommunale Stiftungen | 122.565.859,19 | 122.987.497,60 |
| Sonstige Ausleihungen | 56.802,34 | 41.265,13 |
| | 362.868.107,41 | 371.524.212,61 |

| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 31.12.2023 | 231.878.444,53 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 231.878.444,53 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Anteil % | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|---|
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 100,0 | 207.146.628,69 | 207.146.628,69 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH | 100,0 | 3.178.088,00 | 3.178.088,00 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 100,0 | 51.276,19 | 51.276,19 |
| EKO2 GmbH | k.A. | 11.264,40 | 11.264,40 |
| Koblenzer Wohnungsbau GmbH | 100,0 | 21.491.187,25 | 21.491.187,25 |
| | | 231.878.444,53 | 231.878.444,53 |

Die Stadt Koblenz verfügt über Anteile an fünf verbundenen Unternehmen mit einem Vermögenswert von insgesamt 231.878.444,53 Euro. Bei vier dieser Unternehmen besteht eine Beteiligung in Höhe von 100 v.H. (Eigengesellschaften). Alle Anteile sind im Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 GemHVO angegeben und erläutert. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich keine Änderungen.

| 1.3.3 Beteiligungen | 31.12.2023 | 10.367.005,35 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 5.367.001,35 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Anteil % | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|---|
| Gemeinschaftsklinikum gGmbH | 34,547 | 5.120.000,00 | 10.120.004,00 |
| TZK-TechnologieZentrum GmbH | 28,39 | 247.001,35 | 247.001,35 |
| | | 5.367.001,35 | 10.367.005,35 |

Die Stadt Koblenz verfügt über Beteiligungen mit einem Vermögenswert von insgesamt 10.367.005,35 €. Die Beteiligung an dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH bestimmt zu rd. 97,6 % die Höhe dieser Bilanzposition. Im Berichtsjahr wurde die Beteiligung am Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH infolge einer Barkapitalerhöhung sowie einer Ausgleichsabtretung an die Stadt Koblenz durch die anderen Gesellschafter - außer Landkreis - um 9,457 % auf 34,547 % erhöht. Hierfür wurden gemäß Notarvertrag insgesamt 5.000.004 € bezahlt. Alle Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 GemHVO angegeben und erläutert.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.3.4** | **Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht** | **31.12.2023** | 6.250.000,00 € |
| | | **31.12.2022** | 3.000.000,00 € |

Es handelt sich um zwei dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH gewährte Gesellschafterdarlehen. Im Berichtsjahr ergab sich ein Zugang in Höhe von 3,25 Mio. €.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.3.5** | **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen** | **31.12.2023** | 122.987.497,60 € |
| | | **31.12.2022** | 122.565.859,19 € |

In dieser Position sind die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen), rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen (z.B. Ruhegeld- und Versorgungskassen), das Stiftungsvermögen sowie die Mitgliedschaft in einem Zweckverband und einer vorhandenen Anstalt des öffentlichen Rechts auszuweisen.

Das **Sondervermögen** umfasst die fünf Eigenbetriebe der Stadt Koblenz mit einem Vermögenswert von insgesamt 110.930.466,35 Euro. Der Eigenbetrieb 85 „Stadtentwässerung“ bestimmt diesen Wert zu rd. 69,7 %.

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| EB 17: KGRZ | 1.161.786,75 | 1.161.786,75 |
| EB 67: Grünflächen- u. Bestattungswesen | 568.789,46 | 568.789,46 |
| EB 70: Kommunaler Servicebetrieb | 3.582.814,30 | 3.582.814,30 |
| EB 83: Rhein-Mosel-Halle | 28.284.996,85 | 28.284.996,85 |
| EB 85: Stadtentwässerung | 77.332.078,99 | 77.332.078,99 |
| | 110.930.466,35 | 110.930.466,35 |

Das Vermögen aus **Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts** umfasst folgende Zweckverbände:

| | |
|---|---|
| Zweckverband „Industriepark A61/ GVZ-Koblenz“ | 257.152,30 Euro |
| Zweckverband „Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe (KommZB) | 2.000,00 Euro |
| Zweckverband „Tierkörperbeseitigung in RLP“ | 1,00 Euro |

Aufgrund der Insolvenz des Zweckverbandes „Tierkörperbeseitigung in RLP“ wird der Anteilswert mit einem Erinnerungswert von 1,00 Euro geführt.

Das **Stiftungsvermögen** im Berichtsjahr beträgt 4.833.167,72 Euro (+ 43.113,58 Euro zu Vorjahr) und wurde anhand des Buchwerts des eingelegten Vermögens bewertet sowie auf den 31.12.2023 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr bestehen folgende Vermögen:

| | | |
|---|---|---|
| Stiftung von Düsseldorf | Stiftung Zehe | Vermächtnis Brambosch Schaelen |
| Philipine-Kerwer-Stiftung | Nachlass Straub | Nachlass Willisch / Sauer |
| Stiftung Mohr | Nachlass Born | Nachlass Rothländer |
| Stiftung Petrou | Nachlass Neddermeyer | Nachlass Pöschmann |
| General-Allen-Spende | Nachlass Legner | Stiftung Erich u. Irmgard Schneider |
| Nachlass Rüttgers | Nachlass Blettner | |

Die Entwicklung des Vermögens dieser Stiftungen wird in einer gesonderten Bestandsliste, welche durch die Kämmerei geführt wird, aufgezeichnet und fortgeschrieben.

Der Wert des Stiftungsfonds „VHS im Wandel“ beträgt wie im Vorjahr 10.000,00 Euro.

Aus der **Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“** der Rheinischen Versorgungskassen besteht ein Anteilswert zum 31.12.2023 in Höhe von 6.954.710,23 Euro bei einer effektiven Einzahlungshöhe der Stadt Koblenz von bislang 5.614.935,72 Euro. Damit ist der Anteilswert um 23,86 % (im Vorjahr um 17,12 %) höher als die von der Stadt Koblenz erbrachten Leistungen. Der Anteilswert erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 378.524,83 Euro. Als nicht zahlungswirksamer ordentlicher Ertrag wurde die Anteilserhöhung unter dem Ertragskonto 46622 erfasst.

| **1.3.8 Sonstige Ausleihungen** | **31.12.2023** | 41.265,13 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2022** | 56.802,34 € |

Diese sonstigen Ausleihungen beinhalten Darlehensverträge mit Dritten im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben sowie die Vergabe von zinslosen Darlehen an Mitarbeiter zur Anschaffung von E-Bikes. Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehensgewährungen und Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen sowie außerplanmäßigen Tilgungen.

Unter dieser Position werden auch die Beteiligungen der Verkehrsverbund RM GmbH (3.067,76 €), der KHVO Hunsrück-Mittelrhein GmbH (3.000,00 €) und Volksbank RheinAhrEifel eG (330,00 €) ausgewiesen.

| 2 | Umlaufvermögen | 31.12.2023 | 106.101.217,46 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 105.546.139,37 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Vorräte | 1.912.879,15 | 1.373.719,98 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 30.062.019,70 | 31.036.929,34 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502.333,60 |
| Kasse, Bankguthaben und Schecks | 73.068.906,92 | 73.188.234,54 |
| | 105.546.139,37 | 106.101.217,46 |

| 2.1 | Vorräte | 31.12.2023 | 1.373.719,98 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 1.912.879,15 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 88.347,06 | 77.528,91 |
| Fertige Erzeugnisse, Leistungen u. Waren | 1.824.532,09 | 1.296.191,07 |
| | 1.912.879,15 | 1.373.719,98 |

| 2.1.1 | Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 31.12.2023 | 77.528,91 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 88.347,06 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Hilfsstoffe | 53.653,76 | 47.141,41 |
| Betriebsstoffe | 34.693,30 | 30.387,50 |
| | 88.347,06 | 77.528,91 |

Es handelt sich hier im Wesentlichen um Lagerbestände des Zentralen Gebäudemanagements (dort: Hauptfeuerwache, Heizöl), des Amtes 10/Amt für Personal und Organisation (dort: Zentrale Dienste, Druckerei und Poststelle), des Amtes 31/Ordnungsamt (dort: Aufenthaltsrecht und Asyl, Zulassungswesen) sowie des Amtes 34/Bürger- und Standesamt (dort: Bürgerservice).

| 2.1.3 | Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 31.12.2023 | 1.296.191,07 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 1.824.532,09 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Waren | 336.765,66 | 268.473,27 |
| Grundstücke | 1.487.766,43 | 1.027.717,80 |
| | 1.824.532,09 | 1.296.191,07 |

Der Bestand an Waren und fertigen Erzeugnissen beinhaltet im Wesentlichen Kataloge und sonstige Verkaufsartikel der städtischen Museen, Verkaufsartikel der Tourist-Information und der Stadtbibliothek sowie zum Verkauf angebotenes Rohholz des kommunalen Forstbetriebes. Der zu verzeichnende Rückgang ist insbesondere auf Abgänge an Rohholzbeständen zurückzuführen (- 64 T€).

Der Buchwert der **Grundstücke** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | TEUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 1.488 |
| Zugänge aus Zukäufen | 0 |
| Abgänge aus Verkäufen | -127 |
| Veränderungen aus Umgliederungen und Umbuchungen innerhalb des Anlage- / Umlaufvermögens | -333 |
| Stand am 31.12.2023 | 1.028 |

| **2.2** | **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** | **31.12.2023** | 31.036.929,34 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 30.062.019,70 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 35.533.963,79 | 35.771.919,87 |
| Privatrechtliche Forderungen | 1.268.743,82 | 755.116,80 |
| Forderungen gg. verbundene Unternehmen | 256.465,18 | 631.309,58 |
| Forderungen gg. Beteiligungsunternehmen | 39.300,00 | 170.113,50 |
| Forderungen gg. Sondervermögen, u.a. | 513.855,08 | 425.063,11 |
| Forderungen gg. sonst. öffentl. Bereich | 335.305,17 | 538.382,55 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 4.907.904,27 | 3.858.079,26 |
| Wertberichtigung Forderungen | -12.793.517,61 | -11.113.055,33 |
| | 30.062.019,70 | 31.036.929,34 |

Die gesetzlich vorgeschriebenen Einzelwertberichtigungen gem. § 35 GemHVO wurden in 2012 erstmals in fast ausreichendem Maße vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang sowohl der Einzel- als auch Pauschalwertberichtigungen festzustellen. Die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) sind somit für den Bereich der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen weitestgehend korrigiert worden. Für bestimmte Bereiche werden Forderungen als Summe von Einzelwertberichtigungen über einen Betrag korrigiert.

| 2.2.1 | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 31.12.2023 | 35.771.919,87 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 35.533.963,79 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Gebührenforderungen | 1.041.872,38 | 1.283.248,50 |
| Beitragsforderungen | 336.138,03 | 209.229,76 |
| Steuerforderungen | 14.169.269,83 | 11.877.578,20 |
| Forderungen aus Transferleistungen | 18.955.135,95 | 20.938.718,42 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 1.031.547,60 | 1.463.144,99 |
| | 35.533.963,79 | 35.771.919,87 |

Um dem allgemeinen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurde eine detaillierte Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen wurde wie folgt ermittelt:

| | Forderungshöhe (nach EWB) EUR | % | Wertberichtigung EUR |
|---|---|---|---|
| Gebührenforderungen | 702.047,10 | 20,0 | 140.409,42 |
| Beitragsforderungen | 114.466,64 | 20,0 | 22.893,33 |
| Steuerforderungen | 6.005.956,49 | 34,8 | 2.092.335,11 |
| Forderungen aus Transferleistungen | 20.083.031,47 | 1,02 | 206.720,96 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 800.465,92 | 20,0 | 160.093,18 |
| | 27.705.967,62 | | 2.622.452,00 |

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wird bei Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Mögliche Änderungen aufgrund von Prüfungsfeststellungen erfolgen nicht. Die Verringerung der Pauschalwertberichtigung gegenüber dem Vorjahr ist auf den Rückgang der Steuerforderungen zurückzuführen.

Von den Forderungen zum 31.12.2023 in Höhe von 35.772 T€ waren zum Prüfungszeitpunkt (August 2024) in der Finanzsoftware noch 10.593 T€ als offen ausgewiesen.
Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

| 2.2.2 | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 31.12.2023 | 755.116,80 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 1.268.743,82 € |

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Forderungen aus dem Verkauf von Grundstücken, aus übergegangenen Unterhaltsansprüchen sowie aus der Rückzahlung gewährter Hilfen. In 2023 wurden diese Forderungen unter der Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen in Höhe von 20,0 % bzw. 82.622,74 € pauschal wertberichtigt.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

| 2.2.3 | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 31.12.2023 | 631.309,58 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 256.465,18 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Koblenz-Touristik GmbH | 160.215,18 | 110.081,30 |
| Energienetze Mittelrhein GmbH | 27.105,72 | 20.832,40 |
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein | 22.232,47 | 191.464,31 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 19.044,08 | 153.276,43 |
| Koblenzer Entsorgungs- und Versorgung GmbH | 17.108,10 | 27.904,37 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 9.330,83 | 22.881,66 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 1.192,17 | 61.614,35 |
| Koblenzer Bäder GmbH | 0,00 | 491,83 |
| Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH | 150,00 | 15.782,76 |
| Energieversorgung Mittelrhein AG | 91,63 | 123,22 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 0,00 | 6.798,08 |
| Flugplatz Winningen GmbH | -5,00 | 20.058,87 |
| | 256.465,18 | 631.309,58 |

Ausgewiesen werden hier die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Leistungen, die verschiedene Ämter der Stadt für die jeweilige Gesellschaft erbracht haben.

Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (26. August 2024) bis auf 2.558,50 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 2.2.4 | Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 31.12.2023 | 170.113,50 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 39.300,00 € |

Die Forderungen bestehen gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein (157.150,00 €), resultierend aus Zinsen, sowie der Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (12.963,50 €) und waren zum Prüfungszeitpunkt 26. August 2024 ausgeglichen.

| 2.2.5 | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 31.12.2023 | 425.063,11 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 513.855,08 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| Zusammensetzung: | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Entsorgungsbetrieb | 149.742,15 | 144.616,91 |
| Kommunales Gebietsrechenzentrum | 39.906,75 | 139.622,67 |
| Rhein Mosel Halle | 21.189,83 | 84.216,50 |
| Grünflächen und Bestattung | 44.442,20 | 42.862,59 |
| Mitarbeiterdarlehen Eigenbetriebe | 3.418,15 | 11.399,25 |
| Schulgeld KSI, diverse Verwaltungen | 255.156,00 | 2.243,90 |
| Stadtentwässerung | 0,00 | 101,29 |
| | 513.855,08 | 425.063,11 |

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (28. August 2024) bis auf die Mitarbeiterdarlehen ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 2.2.6 | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 31.12.2023 | 538.382,55 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 335.305,17 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| Zusammensetzung: | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Finanzamt | 13.962,99 | 94.077,25 |
| Land Rheinland-Pfalz | 558,19 | 82.535,94 |
| Jobcenter | 129.918,60 | 0,00 |
| Gemeinde und Gemeindeverbände | 13.815,39 | 163.492,86 |
| DLP-Konten | 168.539,47 | 178.754,87 |
| Bund | 940,60 | 1.367,70 |
| Sonstiges | 7.569,93 | 18.153,93 |
| | 335.305,17 | 538.382,55 |

Die restlichen Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (26. August 2024) bis auf 3.307,13 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände | 31.12.2023 | 3.858.079,26 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 4.907.904,27 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Umsatzsteuerabwicklung | 145.478,72 | 216.683,38 |
| Beamtenbezüge Januar Folgejahr | 1.558.902,75 | 1.557.868,26 |
| Forderungen aus Abwicklung für Eigenbetriebe | 2.499.323,89 | 1.339.980,09 |
| Ansprüche aus Dienstherrenwechsel nach § 107 BeamtVG | 496.318,00 | 522.700,00 |
| Baudispensgebühren | 34.785,19 | 1.012,42 |
| Sonstiges | 117.690,51 | 146.870,05 |
| DLP-Konten | 55.405,21 | 72.965,06 |
| | 4.907.904,27 | 3.858.079,26 |

Die Forderungen aus der Abwicklung für Eigenbetriebe waren zum Prüfungszeitpunkt (August 2024) bis 54.724,42 € beglichen.

| 2.2.8 Wertberichtigung Forderungen | 31.12.2023 | -11.113.055,33 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | -12.793.517,61 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Einzelwertberichtigung | -9.292.917,61 | -8.407.955,33 |
| Pauschalwertberichtigung | -3.500.600,00 | -2.705.100,00 |
| | -12.793.517,61 | -11.113.055,33 |

Für das Ausfallrisiko in den Bereichen **Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen** und **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 2.705.100,00 € gebildet. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigung in Höhe von 11.113 T€ korrigiert somit ca. 63,6 % der zum Bilanzstichtag zu berücksichtigten Forderungen (T€ 17.478) und ist der Höhe nach ausreichend. Der Rückgang der Pauschalwertberichtigung ist durch eine Reduzierung der Steuerforderungen bedingt. Forderungen in Höhe von 8.407.955,33 € wurden in 2023 Einzelwertberichtigt.

| 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens | 31.12.2023 | 502.333,60 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2022 | 502.333,60 € |

Die Position beinhaltet im Wesentlichen die in 2017 übertragene „Stille Beteiligung Blumenhof“ vom ehemaligen Eigenbetrieb Koblenz-Touristik.

| 2.4 | Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 31.12.2023 | 73.188.234,54 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 73.068.906,92 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kassenbestand | 47.916,53 | 49.689,85 |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 73.020.990,39 | 73.138.544,69 |
| | 73.068.906,92 | 73.188.234,54 |

**■ Kassenbestand**

Innerhalb der Stadt Koblenz werden bei insgesamt 17 Ämtern Barkassen (Handvorschüsse) geführt. Der Kassenbestand ist durch Kassenaufnahmeprotokolle nachgewiesen.

**■ Guthaben bei Kreditinstituten**

| Zusammensetzung: | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Sparkasse Koblenz | 30.911.802,34 | 63.093.370,55 |
| Degussa Bank AG | 10.000.000,00 | 10.000.000,00 |
| Münchner Hypothekenbank eG | 25.000.000,00 | 0,00 |
| Alte Leipziger | 7.000.000,00 | 0,00 |
| Postbank Köln | 38.392,25 | 15.677,34 |
| Volksbank RheinAhrEifel eG | 50.904,63 | 25.033,69 |
| Commerzbank Koblenz | 6.006,65 | 1.533,02 |
| Hypovereinsbank Koblenz | 4.289,92 | 938,06 |
| Deutsche Bank Koblenz | 4.634,33 | 1.219,93 |
| LBBW Stuttgart | 4.960,27 | 772,10 |
| | 73.020.990,39 | 73.138.544,69 |

Für Kreditinstitute, bei denen ein Guthabenkonto geführt wird, lagen Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit der Sparkasse Koblenz, der Volksbank RheinAhrEifel eG und der Postbank Köln wurden Bankbestätigungen angefordert. Auffälligkeiten und Abweichungen zu den bilanzierten Beträgen ergaben sich keine. Die Bewertung erfolgte zum Nominalwert.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich – bedingt durch den hohen Liquiditätszufluss im Berichtsjahr – eine kurzfristige Festgeldanlage in Höhe von 60.800.000 € sowie eine mittelfristige Festgeldanlage in Höhe von 10.000.000 €.

| 4 | Rechnungsabgrenzungsposten | 31.12.2023 | 6.808.934,75 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 6.217.792,37 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Monatsbezüge SGB XII | 2.061.048,34 | 2.301.802,96 |
| EB 70 (Straßenunterhaltung) | 864.000,00 | 242.000,00 |
| SGB II –BA-Abrechnung | 1.784.387,98 | 1.836.622,37 |
| Versorgungsbezüge | 929.600,00 | 2.006.380,00 |
| Beihilfe | 0,00 | 356.340,29 |
| Sonstige Posten aus lfd. Anordnungen | 52.978,79 | 55.625,44 |
| Unterhaltsvorschuss | 343.128,00 | 0,00 |
| Wirtschaftliche Jugendhilfe | 103.761,64 | 0,00 |
| Sonstiges | 22.560,12 | 10.163,69 |
| | 6.217.792,37 | 6.808.934,75 |

Für Ausgaben, die vor dem Bilanzstichtag geleistet worden sind und für die ein Aufwand erst nach dem Bilanzstichtag entsteht, erfolgte eine Wertermittlung in Höhe von 6.808.934,75 €. Dies sind rd. 0,6 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Der Eigenbetrieb 70/ Kommunaler Servicebetrieb Koblenz nimmt seit dem Jahr 2013 die Aufgabe der Straßenunterhaltung / -instandsetzung einschließlich der hierzu gehörenden Einrichtungen mit Ausnahme der ingenieurtechnischen Bauwerke im Auftrag der Stadt Koblenz wahr. Analog zur Verwendung der gezahlten Mittel bildet die Stadt Koblenz in jedem Jahr einen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten im Bereich des Tiefbauamtes, der mit dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten des Kommunalen Servicebetriebes Koblenz korrespondiert. Dieser aktive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 622 T€ reduziert.

Der Beihilfeabschlag (rd. 356 T€) und die Versorgungsbezüge (rd. 1 Mio. €) für den Monat 01/2024 wurden bereits im Monat 12/2023 ausgezahlt. Die Versorgungsbezüge wurden sowohl für den Monat Januar, als auch für den Monat Februar abgegrenzt. Die Abgrenzung für Februar weißt eine fehlerhafte Bezeichnung auf. Die fehlerhafte Abgrenzung führt zu einer Bilanzverlängerung, da hierdurch auch die Verbindlichkeiten - siehe Pos. 4.10 „Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich“ - in gleichem Umfang steigen.

Die fehlenden Abgrenzungen im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, sowie des Unterhaltsvorschusses sind auf die Einführung einer neuen Software zurückzuführen. Dieses Problem wurde seitens der Finanzbuchhaltung bereits bei Aufstellung des Jahresabschlusses festgestellt. Aus wirtschaftlichen Gründen erfolgten keine Korrekturbuchungen, da dies eine Bearbeitung von hunderten Einzelposten bedeutet hätte.

Die Aufwendungen nach dem SGB II für den Monat 01/2024 haben sich um rd. 241 T€ erhöht.

# P A S S I V A

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1** | **Eigenkapital** | **31.12.2023** | 690.394.398,42 € |
| | | **31.12.2022** | 717.328.496,74 € |

Das Eigenkapital setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Kapitalrücklage | 698.828.846,21 | 717.149.765,79 |
| Sonstige Rücklagen | 178.730,95 | 178.730,95 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 18.320.919,58 | -27.034.098,32 |
| | 717.328.496,74 | 690.294.398,42 |

**■ Kapitalrücklage**

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 698.828.846,21 |
| Jahresüberschuss 2022 | 18.320.919,58 |
| Stand am 31.12.2023 | 717.149.765,79 |

Im Berichtsjahr wurde das Jahresergebnis 2022 in die Kapitalrücklage eingestellt.

**■ Sonstige Rücklagen**

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 178.730,95 |
| Zugang | 0,00 |
| Stand am 31.12.2023 | 178.730,95 |

Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, für die der Zuwendungsgeber eine ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen hat. Im Berichtsjahr ergaben sich keine sachverhaltsgestaltende Maßnahme, die diese Position betraf.

**■ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**

Ausgewiesen ist das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung 2023 mit einem Jahresfehlbetrag i. H. v. 27.034.098,32 €.

| 2 | Sonderposten | 31.12.2023 | 228.111.271,96 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 219.686.825,11 € |

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Sonderposten zum Anlagevermögen | 219.731.933,43 | 228.178.382,00 |
| Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45.108,32 | -67.110,04 |
| Sonderposten mit Rücklageanteil | 0,00 | 0,00 |
| | 219.686.825,11 | 228.111.271,96 |

| 2.2 | Sonderposten zum Anlagevermögen | 31.12.2023 | 228.178.382,00 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 219.731.933,43 € |

Im Berichtsjahr hat die Stadt Koblenz erneut Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens erhalten, für die gem. § 38 Abs. 2 GemHVO Sonderposten zu bilden waren. Die erhaltenen Zuwendungen werd¬¬en durch die jeweiligen Fachämter nachgewiesen und den bezuschussten Vermögensgegenständen sachgerecht zugeordnet. Insgesamt betrachtet hat sich der Sonderposten zum Anlagevermögen um rd. 8,45 Mio. € (+3,84%) erhöht.

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Sonderposten aus Zuwendungen | 142.954.471,59 | 143.305.594,83 |
| Sonderposten aus Beiträgen u.ä. Entgelten | 23.386.682,19 | 21.900.512,19 |
| Sonderposten aus Anzahlung Anlageverm. | 53.390.779,65 | 62.972.274,98 |
| | 219.731.933,43 | 228.178.382,00 |

**■ Sonderposten aus Zuwendungen**

Der Sonderposten aus Zuwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um **rd. 351 T€** oder **rd. 0,25 %** marginal **erhöht**.

Im Berichtsjahr sind planmäßig ertragswirksame **Auflösungen** von Sonderposten analog der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände in Höhe von **rd. 5,7 Mio. €** durchgeführt worden.

Es waren **Zugänge** aus der Abrechnung von Anlagen im Bau mit Sonderpostenanteil von insgesamt **rd. 6,1 Mio. €** zu verzeichnen. Im Wesentlichen verteilen sich die Zugänge auf den Neubau der Feuerwache II. (1,597 Mio. €), den Luisenturm / Grüner Weg (1,47 Mio.€), die Spenden für diverse Gemälde / Kunstgegenstände im Ludwig-Museum (651 T€), den Ausbau Brückerbach (646 T€), die Herstellung der Verkehrszeichenbrücke (517 T€), den Zuschuss des Bistums Trier zum Neubau der KiTa auf der Horchheimer

Höhe (350 T€), den Gehwegausbau in der Rübenacher Straße (260 T€), für verschiedene Beschaffung für den Brand- und Katastrophenschutz (191 T€), die Übertragung des SP Niederfelder Weg gem. städtebaulichem Vertrag (132 T€), die Schulbauförderung (95 T€), die Zugänge aus Stiftungsvermögen 2023 (47 T€), die Abrechnung der Baulandumlegung 85 Lehmkaul links (43 T€), die unentgeltliche Übertragung von der Projektgesellschaft Horchheim GmbH (26 T€) sowie Zuschüsse für verschiedene Spiel- und Bolzplätze (22 T€).

Die abgerechneten Projekte mit Sonderpostenanteil wurden auf die korrespondierenden Bilanzpositionen umgebucht.

**■ Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten**

Gem. § 38 Abs. 4 Satz 1 GemHVO ist für Ertragszuschüsse aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten Nutzungsberechtigter ein Sonderposten auf der Passivseite zu bilden. Dieser Sonderposten bildet im Wesentlichen Erschließungskosten-, Ausbau- und Ausgleichsbeträge sowie Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenerstattungen ab. Die Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten des Vorjahres wurden auf den 31.12.2023 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr waren Rückgänge von rd. 1,486 Mio. € zu verzeichnen.

**■ Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen**

In diesem Posten werden sämtliche Zuschüsse und Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen dargestellt, die noch nicht schlussgerechnet worden sind und somit noch nicht der regulären Abschreibung unterliegen. Im Berichtsjahr ist eine Erhöhung um 9,581 Mio. € auf nunmehr rd. 63 Mio. € zu verzeichnen. Die Erhöhung teilt sich im Wesentlichen wie folgt auf: 4,668 Mio. für die Pfaffendorfer Brücke, 1,528 Mio. € für den Digitalpakt, 976 T€ für die Schulbauförderung, 756 T€ für den Knotenpunkt Kurt-Schumacher-Brücke, 540 T€ für den Sprungturm im Freibad und 516 T€ für das Brückenbauwerk in der Mozartstraße, 280 T€ für das Fahrradparkhaus, sowie 260 T€ für die Großfestung Koblenz.

Insgesamt wurden Projekte im Gesamtwert von 4,815 Mio. € schlussgerechnet. Der Gesamtwert verteilt sich primär auf sechs Projekte, hierbei handelt es sich um den Neubau der Feuerwache II. (1,597 Mio. €), die Abrechnung des Projektes „Soziale Stadt“ (1,47 Mio. €), den Ausbau der Brückerbach (646 T€), die Abrechnung der Verkehrszeichenbrücke (517 T€) und die Abrechnung des Gehwegausbaues in der Rübenacher Straße (260 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **2.3** | **Sonderposten für den Gebührenausgleich** | **31.12.2023** | -67.110,04 € |
| | | **31.12.2022** | -45.108,32 € |

Im Produkt 2312 wurde im Berichtsjahr erneut ein Fehlbetrag in Höhe von 22.001,72 € erwirtschaftet, sodass das vorhandene Defizit auf insgesamt 67.110,04 € angewachsen ist.

Erfreulicherweise konnten in Folge der Beanstandung im Kalenderjahr 2022 bereits die ersten Maßnahmen umgesetzt werden. Insbesondere erfolgte die interne Leistungsverrechnung (ILV) betreffend das Schulgeld der städtischen Bediensteten für die Jahre 2022 und 2023. Darüber hinaus erfolgte eine generelle Analyse der Einnahmen- und Ausgabensituation. In der Folge wurden die Dienstherren im nördlichen Rheinland-Pfalz, für die das Kommunale Studieninstitut als Dienstleister in der Qualifizierung des Verwaltungspersonals aktiv ist, informiert, dass eine Erhöhung des Schulgeldes im Schnitt um ca. 25% rückwirkend zum 01.01.2024 erfolgt. Die Abrechnung mit den Dienstherren erfolgt Ende 2024, sodass die Mehreinnahmen erst im Jahresabschluss 2024 sichtbar werden. In Klärung befindet sich nach Rückmeldung noch die Entwicklung der ILV des ZGM gegenüber dem KSI Koblenz, da deren deutliche Steigerung durch die Leitung des Kommunalen Studieninstitutes nicht schlüssig nachvollzogen werden konnte.

Im Hinblick auf die Zunahme der Lehrgangsabbrüche wird ab dem Jahr 2025 das Schulgeld stets bis zum Endes des Jahres berechnet – und zwar unabhängig von dem Zeitpunkt des Abbruchs. Lediglich für den Lehrgang der Verwaltungsfachangestellten mit Blockunterricht erfolgt abweichend vom vorgenannten neuen Modus lediglich eine Abrechnung zum Ende des jeweiligen Blocks.

Die Rechnungsprüfung geht daher zum Zeitpunkt der Berichterstellung davon aus, dass sich das Defizit sukzessive abbauen und der Aufbau einer Rücklage erfolgen wird.

| **3** | **Rückstellungen** | **31.12.2023** | 218.727.223,80 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 206.979.263,70 € |

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Rückstellungen für Pensionen u.ä. | 191.441.605,47 | 192.718.895,87 |
| Steuerrückstellungen | 333.442,30 | 976.209,52 |
| Sonstige Rückstellungen | 15.204.215,93 | 25.032.118,41 |
| | 206.979.263,70 | 218.727.223,80 |

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 206.979.263,70 |
| Auflösung / Inanspruchnahme | -8.783.068,14 |
| Zuführung | 20.531.028,24 |
| Stand am 31.12.2023 | 218.727.223,80 |

| **3.1** | **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** | **31.12.2023** | 192.718.895,87 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 191.441.605,47 € |

Der Bestand an Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Pensionsrückstellungen | 162.003.583,90 | 162.949.955,93 |
| Rückstellungen für Ehrensold | 328.741,00 | 287.762,00 |
| Rückstellungen für Sabbatjahr | 0,00 | 99.810,20 |
| Beihilferückstellungen | 28.677.197,57 | 28.910.449,74 |
| Rückstellung für Dienstherrenwechsel | 432.083,00 | 470.918,00 |
| | 191.441.605,47 | 192.718.895,87 |

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 191.441.605,47 |
| Zuführung | 1.318.269,40 |
| Auflösung | -40.979,00 |
| Stand am 31.12.2023 | 192.718.895,87 |

**■ Pensionsrückstellungen**

Der Wert der nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO zu bildenden Pensionsrückstellung in Höhe von 162.949.955,93 € wurde von der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) anhand der versicherungsmathematisch anerkannten Grundlage der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Heubeck ermittelt. Der Teilwertberechnung wurde gem. § 6 a Abs. 3 EStG ein Zinssatz von z. Zt. 6 % zugrunde gelegt.

Während die RVK für die Pensionäre bzw. deren Hinterbliebenen auf ihre eigenen Daten zurückgreifen konnte, wurden für den Bereich der aktiven Beamten die erforderlichen Berechnungsgrundlagen durch die Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die bei den städtischen Eigenbetrieben beschäftigten Beamten sind in der Pensionsrückstellung der Stadt Koblenz erfasst. Eine Ausnahme bilden die Beamten des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, für die in der Bilanz des Eigenbetriebs eine eigene Pensionsrückstellung gebildet wurde. An einer Vereinheitlichung der Regelung für alle Eigenbetriebe wird noch gearbeitet.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2022 ist der Wert der Pensionsrückstellung um rd. 0,95 Mio. € angestiegen. Während sich die Rückstellung für die noch aktiven Beamten um ca. 0,97 Mio. € reduzierte, ergab sich bei den Pensionären ein Zuwachs von 1,92 Mio. €.

**■ Rückstellungen für Ehrensold**

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Zahlung von Ehrensold zu bilden. Seitens der RVK wurde diese Rückstellung nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren für 22 aktive und ehemalige Ortsvorsteher berechnet. Die Berechnung hat der Rechnungsprüfung vorgelegen.

■ **Beihilferückstellungen**

Für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern sind gem. § 36 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO Rückstellungen in Höhe eines prozentualen Zuschlags auf die Pensionsrückstellungen zu bilden. Der prozentuale Zuschlag in Höhe von 24,647 % wurde aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger zu den durchschnittlichen Versorgungszahlungen der letzten drei Jahre ermittelt.

In den Jahresabschlüssen bis einschließlich 2012 wurde dieser Prozentsatz auf den zum jeweiligen Stichtag ermittelten Bestand der Pensionsrückstellung angewandt. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 kam man jedoch zu dem Ergebnis, dass es realitätsnäher sei, die Zuführung zur Beihilferückstellung an der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu orientieren.
Aufgrund der gestiegenen Pensionsansprüche hat sich der Rückstellungswert zum 31.12.2023 um den Zuführungsbetrag in Höhe von 232.252,17 € auf insgesamt 28.910.449,74 € erhöht.

■ **Rückstellungen für Dienstherrenwechsel**

Die nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO von der RVK nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren ermittelten Werte für die Pensionsrückstellung beinhalten auch die Rückstellungen der Beamten, die unter den Personenkreis des § 107b BeamtVG zu subsumieren sind.
Die hieraus resultierende Erstattungsverpflichtung für sieben Beamte beläuft sich auf insgesamt 470.918 €.

| **3.2** | **Steuerrückstellungen** | **31.12.2023** | 976.209,52 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 333.442,30 € |

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 333.442,30 |
| Inanspruchnahme | -160.397,78 |
| Zuführung | 803.165,00 |
| Stand am 31.12.2023 | 976.209,52 |

Diese Position erfasst alle Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme.

Die Summe der Steuerrückstellungen besteht hauptsächlich aus der zu erwartenden Kapitalertragssteuer inklusive Solidaritätszuschlag 2023 für den Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle (T€ 800).

| **3.4** | **Sonstige Rückstellungen** | **31.12.2023** | 25.032.118,41 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 15.204.215,93 € |

Der Bestand an sonstigen Rückstellungen setzt sich wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Rückstellungen für Instandhaltungen | 4.778.000,00 | 4.092.097,79 |
| Rückstellungen für ausstehende Rechnungen | 3.087.196,32 | 13.456.831,57 |
| Altersteilzeitrückstellungen | 425.710,72 | 412.771,47 |
| Urlaubsrückstellungen Beamtinnen, Beamte | 1.054.295,62 | 947.569,49 |
| Urlaubsrückstellungen Tarifbeschäftigte | 2.011.573,11 | 1.949.131,50 |
| Überstundenrückstellungen Beamtinnen, Beamte | 1.418.561,62 | 1.450.959,77 |
| Überstundenrückstellungen Tarifbeschäftigte | 1.465.751,79 | 1.752.406,56 |
| Prozesskostenrückstellungen | 61.105,42 | 68.328,93 |
| Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen | 902.021,33 | 902.021,33 |
| | 15.204.215,93 | 25.032.118,41 |

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2022 | 15.204.215,93 |
| Auflösung / Inanspruchnahme | -8.581.691,36 |
| Zuführung | 18.409.593,84 |
| Stand am 31.12.2023 | 25.032.118,41 |

**■ Rückstellungen für Instandhaltungen**

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO sind Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre hinreichend konkret beabsichtigt ist; die Maßnahmen der Instandhaltung müssen am Bilanzstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Im Berichtsjahr bestanden für folgende Maßnahmen Rückstellungen bzw. wurden Rückstellungen neu gebildet, aufgelöst oder in Anspruch genommen:

| **Maßnahme** (Amt 66) | **2022** (in €) | **2023** (in €) |
|---|---|---|
| Pfaffendorfer Brücke, Austausch Lager | 350.000,00 | 350.000,00 |
| Geh- und Radweg Horchheimer Eisenbahnbrücke | 1.428.000,00 | 1.428.000,00 |
| Fußgängerbrücke Moselring | 3.000.000,00 | 2.314.097,79 |
| **Gesamt** | **4.778.000,00** | **4.092.097,79** |

**■ Rückstellungen für ausstehende Rechnungen**

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen bestanden nach Meldung der Fachämter zu folgenden Sachverhalten bzw. wurden zugeführt, in Anspruch genommen oder aufgelöst:

| Amt | Maßnahme | **2022** (in €) | **2023** (in €) |
|---|---|---|---|
| 1 | Unterhaltung Ehrengräber, EB 67 | 5.030,15 | 19.528,94 |
| 31 | GRIS/Grünflächenunterhaltung 2023, EB 67 | 604,77 | 1.810,18 |
| | GRIS/Grünflächenunterhaltung 2022, EB 67 | 162,26 | 163,71 |
| 50 | Personalkostenzuschüsse KiTa freie Träger | 0,00 | 10.570.000,00 |
| | GRIS/Grünflächenunterhaltung, EB 67 | 0,00 | 84.948,86 |
| | AWO Übernachtungsheim, Jahresrechnung | 0,00 | 44.000,00 |
| | Schulung Unterhaltsrecht | 0,00 | 4.020,00 |
| 52 | Kosten Beraterleistung, Einspruchsverfahren Sporthalle Oberwerth | 2.204,27 | 0,00 |
| | Steuererklärung BgA Namensrechte | 0,00 | 4.000,00 |
| | GRIS/Grünflächenunterhaltung, EB 67 | 0,00 | 9.174,84 |
| 61 | Eventuelle Fördergeldrückerstattung Zentralplatz | 203.440,28 | 203.440,28 |
| | Ausstehender Zinsbescheid des Landes zur Rückzahlung Fördergelder "Sanierungsgebiet Boelcke-Kaserne" | 202.500,00 | 202.500,00 |
| | Ausstehender Zinsbescheid für Überzahlung Ausgleichsbeiträge „Sanierungsgebiet Boelcke-Kaserne" | 22.500,00 | 22.500,00 |
| | GRIS/Grünflächenunterhaltung, EB 67 | 4.480,99 | 2.923,34 |
| 62 | GRIS/Grünflächenunterhaltung, EB 67 | 121.930,85 | 5.322,33 |
| 65 | GRIS/Grünflächenunterhaltung, EB 67 | 106.782,04 | 180.594,53 |
| 65 | Steuererklärungen diverse BgA | 5.831,13 | 22.000,00 |
| 66 | Schlussrechnung Straßenoberflächenentwässerung EB 85 | 93.200,00 | 54.200,00 |
| | Schlussrechnung Hochwasserschutz 2022 EB 85 | 116.576,74 | 0,00 |
| | Abrechnung Straßenbeleuchtung 2022 | 436.068,96 | 0,00 |
| | Abrechnung Straßenbeleuchtung 2022, Nachberechnung | 232.051,04 | 0,00 |
| | Abrechnung Winterdienst 2022 | 100.741,27 | 0,00 |
| | GRIS/Grünflächenunterhaltung, EB 67 | 716.040,92 | 984.489,23 |
| 67 | GRIS/Grünflächenunterhaltung | 717.050,65 | 1.041.215,33 |
| | **Gesamt** | **3.087.196,32** | **13.456.831,57** |

Im Jahr 2024 wurde die **KiTa-Übergangsvereinbarung zur Finanzierung der Personalkosten und notwendigen Sachkosten der kirchlichen und sonstigen freien Träger** getroffen. Die Vereinbarung trat rückwirkend zum 01.07.2021 in Kraft und endet am 31.12.2024. Infolge der Rückwirkung war für die Jahre 2021 bis 2023 eine entsprechend hohe Rückstellung für die zu erwartenden Nachzahlungen zu bilden.

Nach Feststellung der **Rechnungsprüfung** wurde eine in Höhe von 44 T€ gebildete Rückstellung nicht benötigt, da die Abrechnung noch im Berichtsjahr als Aufwand gebucht werden konnte. Die Rückstellung wird daher im Folgejahr ertragswirksam aufzulösen sein.

■ **Altersteilzeitrückstellungen**

Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Altersteilzeit insgesamt auf 412.771,47 € (Vorjahr: 425.711 €).

Dieser Betrag errechnet sich durch den Vorjahreswert, vermindert um die Inanspruchnahme von Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von 269.955,18 € und erhöht um die Zuführung zu diesen in Höhe von 257.015,93 €. Im Saldo reduziert sich die Position um 12.939,25 €.

Die Altersteilzeitrückstellung betrifft ausschließlich Tarifbeschäftigte. Zum 31.12.2023 waren Altersteilzeitrückstellungen für 16 Beschäftigte zu bilden.

Berechnet wurde die Rückstellung nach der vom Bundesfinanzhof bestätigten „alternativen Vorgehensweise“, die von der Annahme ausgeht, dass Altersteilzeitberechtigte

während der Beschäftigungsphase jährlich einen Anspruch für ein Jahr Freistellung in Höhe des gezahlten Altersteilzeitentgeltes erwerben. Dieser Anspruch führt während der Beschäftigungsphase zu einer regelmäßigen Zuführung zur Rückstellung, während diese dann in der Freistellungsphase kontinuierlich aufgelöst wird.

**■ Urlaubsrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte**

Grundlage der Bemessung der Urlaubsrückstellungen für Beamtinnen und Beamte sowie für Tarifbeschäftigte ist die Anzahl der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage zum Stichtag 31.12.2023. Diese werden für alle Mitarbeitenden anhand der in den Ämtern geführten Urlaubskarteien ermittelt.

Insgesamt beträgt die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage zum Bilanzstichtag rd. 11.456 Tage (2022: 12.418 Tage; 2021: 12.481 Tage). Bei einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) in der Kernverwaltung von 1.659,20 (2022: 1.650; 2021: 1.658) ergibt sich ein Durchschnitt von 6,90 Resturlaubstagen pro VZÄ (2022: 7,53 Tage; 2021: 7,53 Tage).

Der individuelle Stundensatz jedes Mitarbeitenden errechnet sich auf Grundlage der Jahresarbeitszeit und des Jahresbruttoeinkommens. Die durchschnittlich zu bildende Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub beträgt im Berichtsjahr rd. 1.746 € (2022: 1.859 €; 2021: 1.777 €).

**■ Überstundenrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte**

Rückstellungen für Überstunden werden sowohl aufgrund der Werte der automatisierten Zeiterfassung als auch auf Grundlage der manuellen Werte (Meldung Fachämter) gebildet. Zum Stichtag bestanden für die Mitarbeitenden rd. 80.108 Überstunden (2022: 74.862 Std.; 2021: 77.509 Std.). Bei einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) in der Kernverwaltung von 1.659,20 (2022: 1.650; 2021: 1.658) ergibt sich ein Durchschnitt von 48,3 Überstunden pro VZÄ (2022: 45,4 Std.; 2021: 46,8 Std.).

Für die Berechnung des Wertes der Rückstellung wurde der auf Basis des Jahresbruttoeinkommens aus dem Lohnkonto und der Jahresarbeitszeit ermittelte individuelle Stundensatz jedes einzelnen Mitarbeitenden gebildet und mit der Anzahl der jeweils geleisteten Überstunden multipliziert. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für geleistete Überstunden pro Vollzeitäquivalent (VZÄ) in Höhe von rd. 1.931 € (2022: 1.748 €; 2021: 1.758 €).

**■ Prozesskostenrückstellungen**

Die Prozesskostenrückstellungen wurden aufgrund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren.

| 4 | Verbindlichkeiten | 31.12.2023 | 485.730.482,57 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 424.953.175,94 € |

Der Bestand an Verbindlichkeiten setzt sich folgendermaßen zusammen:

| | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 371.678.855,32 | 430.512.750,92 |
| Verbindlichkeiten aus kreditähn. Vorgängen | 11.167.810,43 | 9.953.451,79 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leist. | 9.746.391,37 | 14.114.912,75 |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 | 2.067.215,07 |
| Verbindlichkeiten ggü. verbund. Untern. | 2.430.314,42 | 1.690.424,84 |
| Verbindlichkeiten ggü. Beteiligungsuntern. | 16.843,26 | 42.451,81 |
| Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen u.a. | 20.388.562,04 | 16.171.742,31 |
| Verbindlichkeiten ggü. sonst. öffentl. Bereich | 3.342.876,93 | 5.041.102,42 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 | 6.136.430,66 |
| | 424.953.175,94 | 485.730.482,57 |

| 4.2 | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 31.12.2023 | 430.512.750,92 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 371.678.855,32 € |

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzt sich folgendermaßen zusammen:

| | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 331.678.827,82 | 390.512.725,67 |
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 40.000.027,50 | 40.000.025,25 |
| | 371.678.855,32 | 430.512.750,92 |

| 4.2.1 | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 31.12.2023 | 390.512.725,67 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 331.678.827,82 € |

davon

- mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr: **24.832.464,60 €**
  Vorjahr: 18.159.341,48 €
- mit einer Restlaufzeit von einem Jahr bis zu 5 Jahren: **76.237.850,25 €**
  Vorjahr: 70.555.241,21 €
- mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren: **289.442.410,82 €**
  Vorjahr: 242.964.205,13 €
- durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: 0,00 €
  Vorjahr: 0,00

■ **Darlehen**

| | EUR |
|---|---|
| Entwicklung: | |
| Stand am 31.12.2022 | 331.678.827,82 |
| Zugänge | 77.210.323,00 |
| Tilgungen | -18.376.425,15 |
| Stand am 31.12.2023 | 390.512.725,67 |

Im Berichtsjahr wurden drei Darlehen in Höhe von 76.510.323 € neu aufgenommen und ein weiteres um 600.000 € aufgestockt. Weiterhin wurde ein Darlehen nach Auslaufen der Zinsbindung prolongiert.

Es entstanden planmäßige Tilgungsleistungen in Höhe von 18.376.425,15 €. Der deutliche Rückgang der „planmäßigen Tilgungsleistungen“ gegenüber dem Vorjahr um ca. 967 T€ ist hauptsächlich dadurch begründet, weil für im Vorjahr ausgelaufene Darlehen keine und für im Berichtsjahr ausgelaufene Darlehen geringere Tilgungszahlungen angefallen sind. Von den in 2023 aufgenommenen Darlehen wurde nur eins mit einer Tilgungszahlung belegt, die Tilgungen für die anderen Neuaufnahmen erfolgen ab dem Jahr 2024. Von untergeordneter Bedeutung für den Rückgang der Tilgungsleistungen im Berichtsjahr ist der gegenteilige Effekt, der sich aus den mehrheitlich abgeschlossenen Annuitätendarlehen ergibt (Anstieg der Tilgungsleistungen bei gleichzeitigem Rückgang der Zinslast).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **4.2.2** | **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung** | **31.12.2023** | 40.000.025,25 € |
| | | **31.12.2022** | 40.000.027,50 € |

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bestanden zum Stichtag 31.12.2023 kurzfristige Darlehen in Höhe von 40.000.025,25 €. Kreditgeber war im Wesentlichen die Landesbank Saar (40.000.000,00 €).

Die Bestände sind durch Kontoauszüge bzw. Bankbestätigungen nachgewiesen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **4.3** | **Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen** | **31.12.2023** | 9.953.451,79 € |
| | | **31.12.2022** | 11.167.810,43 € |

In dieser Position werden Zahlungsverpflichtungen für Darlehen, die die Koblenzer Wohnbaugesellschaft mbH bei verschiedenen Banken aufgenommen hat, ausgewiesen. Die Darlehen dienen der Durchführung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Jugendbereich. Sie betreffen originäre Aufgaben der Stadt Koblenz, die aber von der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft durchgeführt wurden.

Die Darlehen sind in der Bilanz der Koblenzer Wohnbau GmbH enthalten. Die Stadt hat sich vertraglich zur Leistung von Zins- und Tilgungsleistungen sowie Verwaltungskosten verpflichtet; sie sind daher im Jahresabschluss als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, zu bilanzieren.

Die Verbindlichkeiten, resultierend aus dem Schulbausanierungsvertrag (investiv: 1.615.353,99 €, konsumtiv: 5.807.805,12 €), werden nunmehr unter dieser Position ausgewiesen.

| Zusammensetzung: | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Schulbausanierungsvertrag | 8.556.848,07 | 7.423.159,11 |
| Mensaanbau Max-von-Laue Gymnasium | 1.021.890,00 | 992.270,00 |
| Grundschule Niederberg | 536.856,36 | 516.404,68 |
| Speisesaal Diesterwegschule | 432.600,00 | 420.240,00 |
| Jugend- und Bürgerzentrum Karthause | 420.000,00 | 408.000,00 |
| Mensaneubau Asterstein | 199.616,00 | 193.378,00 |
| | 11.167.810,43 | 9.953.451,79 |

| 4.5 | **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** | **31.12.2023** | 14.114.912.75 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 9.746.391,37 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| 29 (17) Kreditoren über 100 T€ | 3.616.910,22 | 8.759.067,27 |
| 127 (149) Kreditoren zwischen 10 T€ und 100 T€ | 5.011.538,10 | 4.246.777,35 |
| 270 (336) Kreditoren zwischen 1 T€ und 10 T€ | 1.060.602,30 | 976.870,54 |
| 709 (800) Kreditoren unter 1 T€ | 196.327,15 | 185.186,14 |
| Sicherheitseinbehalte | 35.173,76 | 30.630,40 |
| | 9.920.551,53 | 14.198.531,70 |
| abzüglich debitorische Kreditoren | -174.160,16 | -83.618,95 |
| | 9.746.391,37 | 14.114.912,75 |

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (August 2024) bis auf debitorische Kreditoren in Höhe von 25.099,38 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.6 | **Verbindlichkeiten aus Transferleistungen** | **31.12.2023** | 2.067.215,07 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2022** | 152.753,16 € |

Unter dieser Bilanzposition werden Verbindlichkeiten gegenüber sozialen und kirchlichen Einrichtungen sowie Empfängern von Unterhaltsvorschüssen ausgewiesen. Mit Einführung von GEDOK 5 wurden im Berichtsjahr die Verbindlichkeiten aus dem Sozialbereich auf zielgenaue Partner verbucht, bis 2022 wurden summarische Buchungsläufe bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (07. August 2024) bis auf debitorische Kreditoren in Höhe von 1.776,38 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.7 | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 31.12.2023 | 1.690.424,84 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 2.430.314,42 € |

| Zusammensetzung: | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Energieversorgung Mittelrhein | 484.075,53 | 729.924,62 |
| Koblenz Touristik GmbH | 1.566.939,50 | 539.493,30 |
| Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH | 209.691,50 | 195.657,21 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 0,00 | 107.100,00 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 21.669,47 | 60.506,96 |
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein | 112,35 | 19.986,10 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 2.013,05 | 3.495,40 |
| Koblenzer Wohnbau GmbH | 134.303,96 | 2.904,47 |
| Energienetze Mittelrhein GmbH&Co.KG | 9.304,16 | 0,00 |
| Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft | 2.996,89 | 4.739,07 |
| DLP Konten Touristik und Gästeführung | 0,00 | 27.012,57 |
| | 2.431.106,41 | 1.690.819,70 |
| abzüglich debitorische Kreditoren | -791,99 | -394,86 |
| | 2.430.314,42 | 1.690.424,84 |

Die Verbindlichkeiten ohne debitorische Kreditoren und Sicherheitseinbehalte waren zum Prüfungszeitpunkt (August 2024) bis auf 11.580,15 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.8 | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 31.12.2023 | 42.451,81 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 16.843,26 € |

| Zusammensetzung: | Buchwert 31.12.2022 EUR | Buchwert 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Zweckverband Industriepark A61 | 0,00 | 0,00 |
| Abfallzweckverband RME | 37.452,00 | 379,00 |
| VRM Verkehrsverbund | 0,00 | 55.814,11 |
| | 37.452,00 | 56.193,11 |
| abzüglich debitorische Kreditoren | 20.608,74 | 13.741,30 |
| | 16.843,26 | 42.451,81 |

**■ debitorische Kreditoren**

Die Forderung in Höhe von 13.741,30 € besteht gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (13.351,30 €) sowie der Stadtmarketing GmbH (390,00 €).

Die Verbindlichkeiten waren im August 2024 ausgeglichen.

| 4.9 | Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen, Zweckverbänden, AöR, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen | 31.12.2023 | 16.171.742,31 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 20.388.562,04 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Stadtentwässerung | 7.067.648,10 | 3.292.809,21 |
| Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 4.374.433,71 | 4.059.145,08 |
| Grünflächen und Bestattungswesen | 1.632.346,39 | 1.819.091,00 |
| Koblenz Touristik | 3.937.336,10 | 5.961.625,97 |
| Kommunales Gebietsrechenzentrum | 267.800,29 | 262.810,17 |
| Konto 3531000000 | 3.011.412,89 | 660.645,02 |
| Jagdgenossenschaft | 97.584,56 | 115.615,86 |
| | 20.388.562,04 | 16.171.742,31 |

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen bilden ausschließlich die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe ab. Die Eigenbetriebe führen, wie auch in den Vorjahren, das Hauptkassengeschäft über das Konto 240 der Stadtkasse durch, so dass die ausgewiesenen 16.171.742,31 € (Vorjahr: 20.388.562,04 €) auch dementsprechend als Verbindlichkeit gegenüber dem jeweiligen Eigenbetrieb ausgewiesen werden.

Die Verbindlichkeiten haben sich im Berichtsjahr um rd. 4,2 Mio. € reduziert. Aufgrund der Problematik von Negativ- bzw. Strafzinsen aus den Vorjahren waren im Berichtsjahr bzw. zum Bilanzstichtag durch die beiden Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Koblenzer Entsorgungsbetrieb 44,5 Mio. € am Kapitalmarkt platziert.

Zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs werden je nach Betriebszweig des Sondervermögens mehrere Konten verwendet.

Für den Gesamtabschluss 2023 (Konzern Stadt Koblenz) besteht, wie auch schon in den Vorjahren ab 2015, die Notwendigkeit, die Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns „Stadt Koblenz“ untereinander abzustimmen.

| 4.10 | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 31.12.2023 | 5.041.102,42 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2022 | 3.342.876,93 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022 EUR | 31.12.2023 EUR |
|---|---|---|
| Land Rheinland-Pfalz | 2.608.612,23 | 2.966.151,32 |
| Bundesagentur für Arbeit | 48.032,54 | 9.653,26 |
| Bund | 20.794,32 | 5.945,15 |
| Sonst. öff. Bereich | 266.944,21 | 1.392.871,14 |
| Sonstige öffentliche Sonderrechnungen | 22.125,55 | 129.660,75 |
| Gemeinden und Gemeindeverbände, Kreise | 264.848,25 | 426.104,17 |
| Rechtsfähigen Stiftungen | 18.350,00 | 23.186,34 |
| DLP-Konten | 29.013,82 | 47.101,50 |
| Zweckverbänden | 64.142,17 | 12.489,79 |
| Sonstiges | 13,84 | 27.939,00 |
| | 3.342.876,93 | 5.041.102,42 |

Saldiert erhöhten sich die Verbindlichkeiten um rd. 1.698 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land beinhalten im Wesentlichen die für Dezember 2023 abzuführende Lohnsteuer (1.588 T€) und Umsatzsteuer ((298 T€) sowie die Abrechnung der Gewerbesteuerumlage (511 T€).

Der deutliche Anstieg „Sonst öff. Bereich“ ist durch eine fehlerhafte, nicht erfolgswirksame Abgrenzungsbuchung bei der Erstellung des Jahresabschlusses bedingt.

Die Verbindlichkeiten ohne DLP-Konten waren zum Prüfungszeitpunkt (August 2024) bis auf 8.949,30 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| **4.11 Sonstige Verbindlichkeiten** | **31.12.2023** | 6.136.430,66 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2022** | 6.028.769,01 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2022<br>EUR | 31.12.2023<br>EUR |
|---|---|---|
| DLP-Konten, Verwahrgelder | 1.735.229,83 | 1.881.583,59 |
| Zinsabgrenzung | 2.983.845,73 | 2.988.945,86 |
| Sonstiges | 1.271.496,08 | 1.216.664,09 |
| Steuerverbindlichkeiten | 38.197,37 | 49.237,12 |
| | 6.028.769,01 | 6.136.430,66 |

Es handelt sich hierbei um Verwahrgelder (treuhänderische Gelder), durchlaufende Posten sowie die ausgewiesene Zinsabgrenzung. Die gesamte Position hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 108 T€ erhöht.

**■ DLP-Konten, Verwahrgelder**

Die Verwahrgelder und DLP-Konten haben sich im Berichtsjahr von rd. 1,735 Mio. € auf nunmehr rd. 1,881 Mio. € erhöht. Von den noch nicht bereinigten Verwahrgeldern des Kontos 3791000000 (Stand 31.12.2023: 719 T€, 31.12.2022: 892 T€, 31.12.2021: 730 T€) entfallen 667 T€ auf das Jahr 2023, 45 T€ auf das Jahr 2022 und 7 T€ auf das Jahr 2021 und vorher. Zum Prüfungszeitpunkt (14. August 2024) waren von den 719 T€ zum Bilanzstichtag noch 112 T€ nicht ausgeräumt.

**Nachdem in den Vorjahren - in 2018 betrug der Stand der DLP-Konten bzw. Verwahrgelder noch 3,24 Mio. € - eine kontinuierliche Bereinigung bzw. Reduzierung bis zum Jahresabschluss 2021 stattgefunden hat, muss die Rechnungsprüfung für die letzten beiden Jahresabschlüsse feststellen, dass sich der Stand der DLP-Konten bzw. Verwahrgelder wieder um 413 T€ erhöht hat. Das Konto 3742907000, welches gegenüber dem Vorjahr einen fast unveränderten Saldo von ca. 266 T€ ausweist und bereits in 2022 ausgeräumt werden sollte hat lediglich eine Reduzierung um 0,1 T€ erfahren. Damit bleibt die Forderung weiterhin bestehen, die Beträge aller DLP-Konten auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.**

**■ Zinsabgrenzung**

Die bilanzielle Zuordnung der Zinsabgrenzung erfolgt nach einer ausführlichen Betrachtung durch Amt 20 seit dem Vorjahr unter der Position „4.11 Sonstige Verbindlichkeiten“.

Für insgesamt 65 Darlehen wurde eine Zinsabgrenzung vorgenommen.

Eine Aufstellung der Darlehen ist aus dem beigefügten Anhang (Anlage 4) ersichtlich.

### ■ Sonstiges

Hierbei handelt es sich vorwiegend um Kautionen und Sicherheitseinbehalte (477 T€), noch nicht abgerechnete Spenden (407 T€) sowie zum Stichtag noch nicht wiederangelegte Stiftungsgelder (316 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **5** | **Rechnungsabgrenzungsposten** | **31.12.2023** | 562.141,66 € |
| | | **31.12.2022** | 480.953,86 € |

Die Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 81 T€ erhöht.

Die ordnungsgemäße Abgrenzung zum 31.12.2023 erfolgte im Wesentlichen für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (238 T€), Abonnements des Stadttheaters für die Spielzeit 2023/2024 (130 T€), jahresübergreifende Kurse der Volkshochschule (46 T€), die Zahlung des LSJV für den präventiven Kinderschutz (46 T€), für die Drückjagd, die Jagdpacht bzw. die Wildschadenverhütungspauschale (14 T€), das GKV-Projekt Kaleidoskop (11 T€), sowie offene Gutscheine der Tourist-Information (10 T€).

# Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung

## 1. Steuern und ähnliche Abgaben

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Realsteuern | 154.352.343,59 | 145.483.276,09 |
| Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern | 79.145.125,72 | 81.625.827,39 |
| Sonstige Gemeindesteuern | 5.407.373,12 | 5.874.375,84 |
| Ausgleichsleistungen | 6.187.158,20 | 6.994.288,07 |
| | **245.092.000,63** | **239.977.767,39** |

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 246.670.500 € wies die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben rd. 6,69 Mio. € Mindereinnahmen aus. Zum Vorjahresergebnis ergeben sich Mindereinnahmen in Höhe von rd. 5,11 Mio. €; dies entspricht einem Rückgang von 2,1 %.

### ■ Realsteuern

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Gewerbesteuer | 133.091.222,56 | 124.113.256,15 |
| Grundsteuer B | 21.184.579,93 | 21.293.390,77 |
| Grundsteuer A | 76.541,10 | 76.629,17 |
| | **154.352.343,59** | **145.483.276,09** |

Die Erträge aus den Realsteuern hatten im Vergleich zum Vorjahr per Saldo einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen. Sie lagen um 6.296.724 € unter dem Haushaltsansatz von 151.780.000 € und reduzierten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 8.869.068 € = 5,8 %.

Während sich die Erträge aus der Grundsteuer A gegenüber dem Vorjahresergebnis nur marginal veränderten, erhöhten sich die Erträge aus der Grundsteuer B ebenfalls nur geringfügig um 109 T€. Der Hebesatz betrug - nach der Anhebung zum 01.01.2013 - unverändert 420 %.

Nach den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2020 infolge des Beginns der Corona Pandemie hatten sich die Gewerbesteuererträge in den Jahren 2021 und 2022 gut erholt. Für 2023 ergaben sich Gewerbesteuererträge in Höhe von rund 124,1 Mio. €, was gleichbedeutend mit einem Rückgang in Höhe 9,0 Mio. € bzw. 6,8 % ist. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatz beträgt 420 % und gilt seit 01.01.2015. Im Zeitverlauf der letzten Jahre unterliegen die Gewerbesteuererträge sehr starken Schwankungen. Nach den guten Ergebnissen 2017 (130,6 Mio. €), 2021 (140,1 Mio. €) und 2022 (133,1 Mio. €) den beiden durchschnittlichen Jahren 2018 (115,8 Mio. €) und 2019 (112 Mio. €) und dem Pandemiegeprägten Vorvorjahr mit 89,7 Mio. € wurde im Berichtsjahr mit 124,1 Mio. € ein Ergebnis erzielt, welches im mittleren Bereich anzusiedeln ist.

## ■ Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Gem.-anteil an der Einkommensteuer | 60.574.075,94 | 63.226.646,82 |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 18.571.049,78 | 18.399.180,57 |
| | **79.145.125,72** | **81.625.827,39** |

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern erhöhte sich zum Vorjahr insgesamt betrachtet um rd. 2.481 T€ oder rd. 3,1 %.

Die insgesamt positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde durch die bessere Konjunkturlage und den damit verbundenen höheren Einkommensteuerzahlungen widergespiegelt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 2.653 T€ oder 4,4 % erhöht. Hingegen musste für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ein geringfügiges Minus verzeichnet werden. Der Rückgang betrug rd. 172 T€ (0,9 %).

Im Vergleich zum Haushaltsansatz 80.733.000 € lagen die städtischen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um rd. 893 T€ über den geplanten Werten. Während bei den Anteilen aus der Einkommensteuer der Ansatz mit 855 T€ zu niedrig bemessen wurde, wurde bei der Umsatzsteuer der Planansatz um 38 T€ überschritten.

## ■ Sonstige Gemeindesteuern

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Steuern (Vergnügungssteuer) | 4.527.006,89 | 4.991.574,19 |
| Hundesteuer | 514.392,91 | 522.680,72 |
| Jagdsteuer | 8.289,01 | 8.289,01 |
| Zweitwohnungssteuer | 357.684,31 | 351.831,92 |
| | **5.407.373,12** | **5.874.375,84** |

Die sonstigen Gemeindesteuern erhöhten sich zu 2022 um rd. 467 T€ = 8,6 %.

Während im Bereich der Hundesteuer geringfügige Mehrerträge zu verzeichnen waren, ergab sich ein deutlicher Anstieg bei der Vergnügungssteuer. Die Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer sind im Wesentlichen durch die deutliche Ausweitung der Öffnungszeiten der Spielhallen nach der Corona-Pandemie begründet. Der zum 01.07.2017 von 20 % auf 24 % angehobene Steuersatz, basierend auf dem Einspielergebnis, blieb im Berichtsjahr konstant.

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und brachte im Berichtsjahr Einnahmen in Höhe von ca. 352 T€.

Der Haushaltsansatz bei den Sonstigen Gemeindesteuern von insgesamt 6.888.500 € wurde im Berichtsjahr nicht erreicht, im Wesentlichen bedingt durch die Mindereinnahmen bei der Vergnügungssteuer (- 1.088 T€).

■ **Ausgleichsleistungen**

Zusammensetzung:

| | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Familienausgleichsleistungen | **6.187.158,20** | **6.994.288,07** |

Die Erträge aus den Ausgleichsleistungen lagen um 275 T€ unter dem Haushaltsvoranschlag von 7.269.000 €.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um rd. 807 T€ festzustellen.

## 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Allgemeine Finanzzuweisung des Landes | 52.261.116,00 | 50.138.829,00 |
| Sonstige allgemeine Zuweisungen | 4.731.835,24 | 411.434,70 |
| Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke | 38.660.928,88 | 37.572.939,33 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten | 5.702.379,56 | 5.733.359,20 |
| | **101.356.259,68** | **93.856.562,23** |

Im Vergleich **zum Haushaltsansatz** von 102.205.747 € weist die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen ein Minus von rund 8.349 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr ist ein deutlicher Rückgang in Höhe von 7.500 T€ (7,4 %) festzustellen, der durch die folgenden Erläuterungen dargestellt wird.
Mit dem „Landesgesetz zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den kommunalen Gebietskörperschaften (Landesfinanzausgleichsgesetz – LFAG)“ vom 07.12.2022 wurde der kommunale Finanzausgleich umfassend reformiert. Im Mittelpunkt steht dabei, wie vom Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz gefordert, ein aufgabenorientierter und bedarfsgerechter kommunaler Finanzausgleich.

## ■ Allgemeine Finanzzuweisung des Landes (vormals: Schlüsselzuweisungen)

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| **Schlüsselzuweisung A (§ 13 LFAG)** | 0,00 | 0,00 |
| Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG) | 20.908.239,00 | 0,00 |
| **Schlüsselzuweisung B (§ 14 LFAG; vormals: B1)** | 9.734.340,00 | 6.133.696,00 |
| Schlüsselzuweisung C1 (§ 9a (2) Ziffer 1 LFAG) | 5.490.184,00 | 0,00 |
| Schlüsselzuweisung C2 (§ 9a (2) Ziffer 2 LFAG) | 8.819.324,00 | 0,00 |
| Schlüsselzuweisung C3 (§ 9a (2) Ziffer 3 LFAG) | 5.502.165,00 | 0,00 |
| Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG) | 1.806.864,00 | 0,00 |
| **Zuschlag für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte (§19 LFAG)** | 0,00 | 41.244.319,00 |
| **Schülerbeförderung** | 0,00 | 2.760.814,00 |
| | **52.261.116,00** | **50.138.829,00** |

Sofern die Steuerkraftmesszahl je Einwohner kleiner ist als der Schwellenwert nach § 13 Abs. 3 LFAG erhält die Kommune eine **Schlüsselzuweisung A**. Aufgrund eines negativen Unterschiedsbetrages je Einwohner in 2023 erhält die Stadt Koblenz für das Berichtsjahr keine Zahlung.

Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der **Schlüsselzuweisung B** nach § 14 LFAG Erträge in Höhe von rd. 6,13 Mio. €. Der Betrag ergibt sich aus der Differenz zwischen der um einen Zuschlag korrigierten Ausgleichs- (§15 Abs.1 LFAG) und Finanzkraftmesszahl (§16 Abs.1 und 2 LFAG). Der Unterschiedsbetrag wird mit 90. v. H. multipliziert.

Die **Zuweisung für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte** nach §19 LFAG ergibt für das Berichtsjahr Erträge in Höhe 41.244 T€. Der Betrag ergibt sich aus der Differenz zwischen Ausgleichs- (§19 Abs.2 LFAG) und Finanzkraftmesszahl (§16 Abs.1 LFAG). Der Unterschiedsbetrag wird mit 90. v. H. multipliziert.

Die Zuweisungen für die **Schülerbeförderung** werden erstmalig unter den Allgemeinen Zuweisungen des Landes abgebildet. (vormals Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke)

## ■ Sonstige allgemeine Zuweisungen

Die Sonstigen allgemeinen Zuweisungen beinhalten ausschließlich die Zuweisung des Landes für die Wahrnehmung inklusiv-sozialintegrativer Aufgaben (Unterstützungsfonds gem. § 109b SchulG) i. H. v. 411 T€.

■ **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Land Rheinland-Pfalz | 37.422.338,88 | 36.394.798,86 |
| Sparkasse | 475.000,00 | 625.500,00 |
| Bund | 248.352,47 | 230.339,86 |
| Rechtsfähige Stiftungen | 173.652,71 | 154.790,36 |
| Sonstige | 341.584,82 | 167.510,25 |
| | **38.660.928,88** | **37.572.939,33** |

Die Erträge reduzierten sich **zum Vorjahr** um saldiert rd. 1.088 T€ (2,8 %).

Hauptgrund ist der Ausweis der Zuweisungen zum Ausgleich von Beförderungskosten (2022: 2.761 T€), die nach einer einheitlichen Buchungsvorgabe des Landes ab dem Berichtsjahr unter der allgemeinen Finanzzuweisung abgebildet werden.

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes beinhalten u. a. den Zuschuss für die Förderung der Kindertagesstätten freier Träger (21.451 T€; 2022: 21.346 T€), für das Theater (7.235 T€; 2022: 7.811 T€; 2021: 7.149 T€) sowie für das Produkt 1229 „Aufenthalt und Asyl“ (3.617 T€). Die allgemeine Straßenzuweisung (2022: 1.143 T€; 2021: 996 T€; 2020: 1.660 T€) entfällt seit dem Berichtsjahr aufgrund der Änderung des LFAG. Darüber hinaus erhielt die Stadt Koblenz weitere Zuweisungen vom Land bspw. für ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule, Stadtbibliothek sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Gegenüber **dem Budget** (43.170.179 €) reduzierten sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse deutlich um rd. 5.597 T€, wobei die Hälfte der Mindererträge auf die Beförderungskosten, die noch unter dem Bereich Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke geplant wurden, entfällt.

■ **Erträge aus der Auflösung der Sonderposten**

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erhöhten sich **zum Vorjahr** geringfügig um rd. 31 T€ von 5.702 T€ auf 5.733 T€. Die höchsten Auflösungserträge des Berichtsjahres entfielen auf die Produkte 1146 (öffentliches Grün) mit 1.014 T€ (Vorjahr: 1.037 T€), 5411 (Gemeindestraßen) mit 1.200 T€ (Vorjahr: 1.190 T€), 1144 (Zentrales Gebäudemanagement) mit 941 T€ (Vorjahr: 905 T€) und 5449 (Ingenieurbauwerke Bundesstraße) mit 640 T€ (Vorjahr: 635 T€).

## 3. Erträge der sozialen Sicherung

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Ersatz von sozialen Leistungen | | |
| - außerhalb von Einrichtungen | 2.232.402,28 | 2.055.054,27 |
| - in Einrichtungen | 206.261,50 | 284.505,86 |
| Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich des **SGB XII** und anderer sozialer Leistungen | 29.196.373,23 | 28.794.685,73 |
| Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich des **SGB VIII** und anderer Jugendhilfe sowie Erstattungen und Ersatz für/von Leistungen der Eingliederungshilfe nach **SGB IX** | 27.376.461,49 | 25.151.232,83 |
| Kostenerstattungen v. anderen Sozialhilfeträgern | 7.453,77 | 11.811,27 |
| Leistungsbeteiligung nach dem **SGB II** | 15.520.834,20 | 18.084.769,26 |
| Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung | 82.726,90 | 71.040,39 |
| | **74.622.513,37** | **74.453.099,61** |

Die Erträge der sozialen Sicherung unterschreiten den **Haushaltsansatz** in Höhe von 76.695.970 € saldiert um rd. 2.243 T€.

Im **Vorjahresvergleich** sind saldiert äußerst marginale Abweichungen zu konstatieren (-169 T€, -0,2 %). Bei konkreter Betrachtung der Einzelpositionen zeigt sich allerdings bei den Kostenbeteiligungen/-erstattungen im Bereich des SGB VIII und der Eingliederungshilfe nach SGB IX ein erwähnenswerter Ertragsrückgang von rd. 2.225 T€ (-8,1 %). Demgegenüber ergab sich innerhalb der Leistungsbeteiligungen nach SGB II eine nicht nur unbeachtliche Ertragssteigerung (+2.564 T€, +16,5 %).

### ■ Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 248.872,95 | 240.544,90 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 1.108.808,12 | 1.082.915,29 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 660.712,00 | 437.802,62 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 190.744,64 | 265.226,53 |
| Sonstige | 23.264,57 | 28.564,93 |
| | **2.232.402,28** | **2.055.054,27** |

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen übersteigen den **Haushaltsansatz** in Höhe von 1.430.000 € um rd. 625 T€.

Gegenüber dem **Vorjahr** hat sich das Ergebnis im Berichtsjahr insgesamt um rd. 177 T€ (-7,9 %) verschlechtert.

Unter der Position **„Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz“** reduzierten sich die Erträge unmerklich um rd. 8 T€ (-3,6 %).

Innerhalb der **„Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete“** bilden die Erträge des Produktes 3411 „Unterhaltsvorschussleistungen“ den wesentlichen Bestandteil. Diese resultieren aus der Realisierung von Rückgriffansprüchen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) und bleiben im Vorjahresvergleich mit rd. 1.076 T€ konstant (-8 T€, -0,7 %).

Zu dieser Entwicklung hat maßgeblich die Position **„Leistungen von Sozialleistungsträgern“** beigetragen (-223 T€, -33,7 %). Abgebildet sind hierunter Erstattungen von anderen Leistungsträgern wie Jobcenter und ARGE/Familienkasse. Insoweit prägendes Produkt ist das Produkt 3131 „Hilfen für Asylbewerber“, welches nach einem signifikanten Zuwachs im Vorjahr einen ebenso signifikanten Ertragsrückgang im Berichtsjahr ausweist; die Erträge reduzierten sich von rd. 443 T€ auf rd. 47 T€ (-396 T€, -89,4 %). Mit der sukzessiven Überführung der „Ukraine-Fälle“ aus dem Asylrecht in die Rechtskreise SGB II bzw. SGB XII gingen im Vorjahr entsprechende hohe Erstattungsansprüche innerhalb des Produktes 3131 einher, die im Berichtsjahr nicht mehr anfielen.

Unter der Position **„Sonstige“** veränderte sich die Ertragslage ebenfalls kaum (+5 T€, +22,8%). Hierunter fallen beispielsweise Ersatzleistungen von Krankenkassen oder Beihilfestellen für Krankenbehandlung nach § 264 SGB V (Produkt 3111 „Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII“).

■ **Ersatz von sozialen Leistungen <u>in</u> Einrichtungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 110.889,50 | 179.876,45 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 10.178,86 | 12.760,21 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 58.367,41 | 67.231,81 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | -4.880,22 | 1.220,00 |
| Sonstige | 31.705,95 | 23.417,39 |
| | **206.261,50** | **284.505,86** |

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen verfehlen den **Haushaltsansatz** von 294.000 € vernachlässigbar.

Gegenüber dem **Vorjahr** zeigt sich mit einem saldierten Ergebnis von rd. 285 T€ eine Ertragssteigerung um rd. 79 T€ (+38,3 %), die im Wesentlichen aus der Verbesserung der Ertragslage innerhalb des Bereichs „Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz“ resultiert (+69 T€, +62,2 %). Die darin beinhalteten „Leistungen in Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung“ erhöhten sich von rd. 111 T€ auf 185 T€ (+74 T€, +66,7 %), maßgeblich beeinflusst von der eine stetig zunehmende Tendenz aufweisenden Teilleistung „Vollstationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII“ (+34 T€, +42 %).

■ **Kostenbeteiligung u. -erstattung SGB XII u. andere sozialer Leistungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Land | 29.090.749,48 | 28.689.673,81 |
| Landkreise | 91.821,82 | 53.254,76 |
| Gemeinden | 13.801,93 | 21.432,53 |
| Sonstige | 0,00 | 30.324,63 |
| | **29.196.373,23** | **28.794.685,73** |

Die tatsächlichen Erträge liegen rd. 1.638 T€ unter den **avisierten Erträgen** von 30.432.800 €.

Im **Vorjahresvergleich** zeigt sich saldiert eine marginale Ertragsreduzierung um rd. 401 T€ (-1,4 %).

Die Kostenbeteiligungen und -erstattungen im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen sind von solchen des **Landes** geprägt. Im Berichtsjahr reduzierten sich diese saldiert marginal um rd. 401 T€ (-1,4 %). In der Einzelbetrachtung der beinhalteten Leistungen zeigen sich allerdings nennenswerte Abweichungen. So halbierten sich etwa die Erträge in dem bei Amt 50/Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales angesiedelten Produkt 3131 „Hilfen für Asylbewerber“ nahezu (- 1.569 T€, -46,2 %). Ursächlich dafür war, dass dort im Vorjahr eine regelmäßig, wenn auch in veränderter Höhe, wiederkehrende Zahlung nach § 3a Landesaufnahmegesetz (rd. 1.749 T€) vereinnahmt wurde, die im Berichtsjahr allerdings als Zuweisung (Zeile 2, Konto 414429 Sonstige Zuweisungen des Landes) unter dem bei Amt 31/Ordnungsamt angesiedelten Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“ verbucht wurde (rd. 3.606 T€). Hintergrund dieser divergierenden Handhabung ist eine bei der Stadt Koblenz installierte besondere Organisationszuständigkeit des Amtes 31/Ordnungsamt bzw. des Produktes 1229. Resultierend daraus wird bei Zahlungen nach § 3a Landesaufnahmegesetz im Einzelfall auf Grundlage des Zuweisungsbescheides und des darin vorgesehenen Verwendungszwecks über die Zuordnung zu Produkt 1229 (Amt 31) oder aber zu Produkt 3131 (Amt 50) entschieden. Mit dieser Vorgehensweise weicht die Stadt Koblenz von den Vorgaben des Statischen Landesamtes auf Grundlage der Verwaltungsvorschrift Gemeindehaushaltssystematik (VV-GemHSys) ab. Diese sieht ausschließlich die Abwicklung über Produkt 3131 „Hilfen für Asylbewerber“ als Ertrag der sozialen Sicherung vor. Die **Rechnungsprüfung** gibt zu bedenken, dass mit dem gewählten Verfahren unweigerlich haushälterische Unwägbarkeiten im Hinblick auf die betroffenen Planansätze der vorgenannten Produkte und Konten einhergehen. Kritisch erscheint auch, ob bei dieser Handhabung die konkrete Zuordnung von Erträgen und der damit korrespondierenden Aufwendungen gewährleistet ist. Ungeachtet dessen ist allerdings gleichzeitig zu betonen, dass auch bei Beibehaltung der Verfahrensweise kein monetärer Schaden zu erwarten ist.

Eine verbesserte Ertragssituation zeigt sich innerhalb des Produktes 3111 „Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII“, wo die Kostenbeteiligungen/-erstattungen des Landes (Konto 42311, überörtlicher Träger) von rd. 22.343 T€ auf rd. 23.201 T€ (+858 T€, +3,8 %) anstiegen. Leicht gestiegene Erträge verzeichnete ebenfalls das Produkt „Unterhaltsvorschussleistungen“ (+287 T€, +10,1 %).

Die Beteiligungen/Erstattungen durch **Landkreise** halbierten sich fast (-38 T€, -42 %). Dies resultiert aus einer fast gleichlautenden Ertragsreduzierung (-36 T€, -40,4 %) für anteilige Beteiligungen an den institutionellen Kosten des Frauenhauses (Produkt 3311 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“).

■ **Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe sowie Erstattungen und Ersatz für/von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| **Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich SGB VIII u. anderer Jugendhilfe - überörtlicher Träger** | | |
| vom Land | 5.602.970,84 | 4.935.491,81 |
| **- örtlicher Träger** | | |
| von Landkreisen | 872.450,31 | 584.630,49 |
| von Gemeinden | 418.408,35 | 385.395,80 |
| **Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Kommunaler Träger** | | |
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 39.437,70 | 70.262,60 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 0,00 | 0,00 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 67.486,00 | 62.327,00 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | -1.199,50 | 0,00 |
| **- Land als Träger** | | |
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 95.943,09 | 81.313,42 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 10.102,00 | 0,00<br>0,00 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 854.821,94 | 889.785,80 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 0,00 | 49.121,53 |
| **Erstattungen für Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Kommunaler Träger** | 0,00 | 0,00 |
| **- Land als Träger** | | |
| vom Land | 15.921.107,25 | 16.894.646,06 |
| von Gemeinden | 0,00 | 0,00 |
| **Sonstige** | 3.494.933,51 | 1.198.258,32 |
| | **27.376.461,49** | **25.151.232,83** |

Die Ist-Erträge entsprechen mit minimaler Abweichung dem **Haushaltsansatz** von 25.174.170 €.

Im Vorjahresvergleich verschlechtert sich die Ertragslage um rd. 2.225 T€ (-8,1 %).

Die **Kostenbeteiligungen und –erstattungen im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe** tragen dazu mit einem Ertragsrückgang von saldiert rd. 6.894 T€ auf rd. 5.906 T€ (-988 T€, -14,3 %) bei.

In der Einzelbetrachtung verzeichneten allein die darin beinhalteten **Beteiligungen und Erstattungen des Landes (überörtlicher Träger)** einen Rückgang um rd. 668 T€ (-11,9 %), wozu hauptsächlich Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“ beisteuerte. Dort sanken die Beteiligungen/Erstattungen des Landes von rd. 1.094 T€ auf rd. 5 T€. Die Landeszuweisungen auf Grundlage des KitaG sind zwischenzeitlich als Zuwendung und nicht mehr als Beteiligung/Erstattung zu erfassen; im Vorjahr ergaben sich lediglich noch ertragserhöhende End-Abrechnungen für vorvergangene Zeiträume. Demgegenüber war in Produkt 3621 „Jugendarbeit“, insbesondere infolge weiterer Mittelabrufe für das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ (Teilleistung „Außerschulische Jugendbildung“), eine Ertragssteigerung um rd. 142 T€ auf rd. 367 T€ (+63,1 %) festzustellen. Auch Produkt 3631 „Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ weist um rd. 265 T€ (+9,2 %) höhere Erträge aus. Das Land erstattet nach § 26a AGKHJG die Aufwendungen der Hilfen zur Erziehung anteilig, im Falle von unbegleiteten minderjährigen Ausländern sogar zu 100%. In letzterem Bereich steigerten sich die Erträge korrespondierend zu den bereits seit dem Vorjahr wieder gestiegenen Fallzahlen von 831 T€ auf rd. 1.221 T€ (+390 T€, +46,9 %). Innerhalb der Teilleistung „Vollzeitpflege“ trat hingegen der bereits im letzten Jahr prognostizierte Negativtrend ein (-149 T€, -51,0 %), der mit den insgesamt rückläufigen Fallzahlen in diesem Bereich einhergeht. Die kostenintensive Teilleistung „Heimerziehung“ bleibt mit rd. 615 T€ in der Ertragssituation konstant. Gleiches gilt für das beteiligte Produkt 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“ (+7 T€), in welchem Beteiligungen des Landes an den Personalkosten und in Form des „Sozialraumbudgets“ von Relevanz sind.

Die **Kostenerstattungen durch Landkreise (örtlicher Träger)** bleiben fast konstant (-52 T€, -6 %). Dabei ist allerdings eine durch die **Rechnungsprüfung** festgestellte, ertragserhöhende Fehlbuchung in Höhe von rd. 235 T€ inkludiert, so dass sich eine Gesamterstattung in Höhe von 820 T€ ergibt. Innerhalb des Produktes 3631 „Sonstige Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ waren Erstattungszahlungen unzutreffend unter „Sonstige“ (Konto 42491 „Sonstige erstattungsfähige Kosten) statt nach hier statt gebucht worden.

Eine gleichlautende Fehlbuchung über rd. 115 T€ war seitens der **Rechnungsprüfung** betreffend die **Erstattungen durch Gemeinden (örtlicher Träger)** festzustellen. Diese sinken also tatsächlich nicht auf rd. 385 T€ ab, sondern erhöhen sich auf rd. 500 T€ (+19,6 %).

Die Ertragssituation bei dem **„Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX – Kommunaler Träger“** verbesserte sich saldiert von rd. 106 T€ auf rd. 132 T€ (+26 T€, +24,5 %).

Im Bereich **„Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX – Land als Träger“** war ebenfalls eine geringfügige Ertragssteigerung von saldiert rd. 961 T€ auf rd. 1.020 T€ (+59 T€, +6,1 %) festzustellen. Maßgebliches Produkt ist hier Produkt 3164 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“ mit seiner Teilleistung „Assistenzleistungen“) bei, in welchem die Erträge um rd. 52 T€ (+6,1 %) höher ausfielen.

Die **Erstattungen für Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Land als Träger** erhöhten sich um rd. 974 T€ auf rd. 16.895 T€ (+6,1 %). Dazu hat im Wesentlichen Produkt 3461 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“ beigetragen (+1.596 T€, +14,5 %), innerhalb dessen sich die Erstattungen für „Assistenzleistungen“ um rd. 1.476 T€ (+15,7 %) erhöhten. Demgegenüber verringerten sich die Erstattungen in dem hier ebenfalls bedeutenden Produkt 3162 „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ (-510 T€, -10,8 %) mit seiner relevanten Teilleistung „Leistung zur Beschäftigung im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen“ (-542 T€, -11,6 %).

Nach einem signifikanten Anstieg im Vorjahr infolge nachgeholter ertragserhöhender Abrechnungen von Personalkostenzuschüssen in Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“ reduzierten sich die Erträge unter der Position **„Sonstige“** saldiert auf rd. 1.198 T€ (-2.297, -65,7 %). Unter dem hier ebenfalls abgebildeten Konto 42491 „Sonstige erstattungsfähige Kosten“ stellte die **Rechnungsprüfung** allerdings zudem eine Fehlbuchung von rd. 350 T€ fest, so dass sich der Schlusssaldo tatsächlich sogar auf rd. 848 T€ reduziert. Innerhalb des Produktes 3631 „Sonstige Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ waren Erstattungszahlungen nach hier statt zutreffend auf Konto 42422 „Kostenerstattungen von Landkreisen“ (rd. 235 T€) bzw. Konto 42423 „Kostenerstattungen von Gemeinden“ (rd. 115 T€) gebucht worden.

**■ Kostenerstattung von anderen Sozialleistungsträgern**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Landkreise | 5.882,04 | 11.811,27 |
| Gemeinden | 0,00 | 0,00 |
| Land | 1.571,73 | 0,00 |
| | **7.453,77** | **11.811,27** |

Die Erträge erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4 T€. Der Haushaltsansatz von 30 T€ wurde um rd. 18 T€ verfehlt.

**■ Leistungsbeteiligung nach dem SGB II**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Unterkunft und Heizung § 46 SGB II, Rückzahlung BA | 14.615.706,66 | 16.747.718,69 |
| Leistungsbeteiligung für § 28 SGB II | 905.127,54 | 1.337.050,57 |
| | **15.520.834,20** | **18.084.769,26** |

Die Erträge aus Leistungsbeteiligung nach SGB II waren im Haushalt mit 19.252.000 € veranschlagt. Dieser Ansatz wird um rd. 1.167 T€ unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein um rd. 2.564 T€ gestiegener Ertrag. Die Ertragssituation wird hauptsächlich durch die Beteiligungen des Bundes für Unterkunft und Heizung bestimmt (§ 46 SGB II). Hier wirkt sich das Inkrafttreten des Bürgergeld-Gesetzes zum 01.01.2023 aus. Im Zuge dessen wurden u.a. die Angemessenheitssätze der Kaltmiete erhöht. Auch gilt im 1. Jahr des Bezuges eine sog. Karenzzeit, d.h. die Kosten der Unterkunft werden in tatsächlicher Höhe und die der Heizkosten in angemessener Höhe übernommen. Korrespondierend zu höheren kommunalen Aufwendungen steigt die Leistungsbeteiligung

des Bundes. Gleiches gilt für die um rd. 432 T€ (+47,7 %) erhöhte Leistungsbeteiligung des Bundes an Bedarfen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II, welche sich prozentual nach den laufenden Aufwendungen für Kosten der Unterkunft und Heizung richten (Bundesbeteiligungs-Festlegungsverordnung).

**■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Land | 57.726,90 | 58.542,39 |
| Sonstige | 25.000,00 | 12.498,00 |
| | **82.726,90** | **71.040,39** |

Die Erträge unterschreiten sowohl den Haushaltsansatz von 83 T€ als auch den Wert des Vorjahres um rd. 12 T€. Bedingt ist dies durch die Beendigung der Projektförderung „KiTa Neuendorf Sprachförderung“ per 30.06.2023.

## 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Verwaltungsgebühren | 5.815.631,11 | 5.762.926,21 |
| Benutzungsgebühren | 5.263.955,14 | 5.919.153,31 |
| Auflösung Sonderposten aus Beiträgen | 1.443.735,29 | 1.486.170,00 |
| Schülerbeförderungsentgelte | 41.584,70 | 25.062,34 |
| Sonstiges | 333.618,35 | 305.374,44 |
| | **12.898.524,59** | **13.498.686,30** |

Der **Haushaltsansatz** von rd. 14,1 Mio. € wird durch die tatsächlichen Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten um rd. 599 T€ marginal unterschritten.

Im **Vorjahresvergleich** steigerten sich die Erträge insgesamt erneut, und zwar um rd. 600 T€ (Vorjahr: +826 T€).

Innerhalb der **Verwaltungsgebühren** bleibt die Ertragssituation im Vorjahresvergleich saldiert konstant (-53 T€). Erwähnenswerte Mindererträge ergaben sich in der Einzelbetrachtung innerhalb des Produktes 1221 „Sicherheit und Ordnung“. Nach einer deutlichen Ertragssteigerung im Vorjahr auf rd. 432 T€ (+43,36 %) sanken die Erträge im Berichtsjahr auf rd. 339 T€ (-93 T€, -21,5 %). Dazu hat insbesondere der Bereich des Gewerbe- und Gaststättenrechts beigetragen (-132 T€, -58,8%). Dort war im Vorjahr die im Turnus von 6 Jahren durchzuführende Verlängerung aller bestehenden Spielhallenerlaubnisse erfolgt, die ein entsprechendes Gebührenaufkommen mit sich brachte. Sämtliche übrige Erträge aus Verwaltungsgebühren bewegen sich weitestgehend auf dem Niveau des Vorjahres.

Auch innerhalb der **Benutzungsgebühren** sind Zuwächse festzustellen (+655 T€, +12,4%). Die deutlichste Ertragssteigerung von rd. 171 T€ (+48,2 %) zeigt sich innerhalb

des Produktes 1221 „Sicherheit und Ordnung“, dort insbesondere im Bereich der Gebühren für Sondernutzungen (+86 T€). Auch bei Produkt 5461 „Parkeinrichtungen“ erhöhten sich die Einnahmen in Form von Parkgebühren erwähnenswert um rd. 293 T€ auf rd. 2.898 T€ (+11,2 %). Lediglich bei Produkt 2631 „Musikschule“ zeigt sich ein leichter Gebührenrückgang gegenüber dem Vorjahr (-31 T€, -4 %).

Die Erträge aus der **Auflösung von Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte** bleiben fast konstant auf dem Niveau des Vorjahres (+42 T€).

Bei den **Schülerbeförderungsentgelten** war hingegen ein im Verhältnis auffallender Ertragsrückgang von rd. 42 T€ auf rd. 25 T€ (-17 T€, -40,5 %) zu konstatieren. Grund dafür ist die Einführung des Deutschlandtickets per 01.05.2023, welches zu insgesamt geringeren Eigenanteilen der Eltern führte.

Unter der Position **„Sonstiges“** werden die Eltern- und Essensbeiträge in den städtischen Kindertagesstätten und in den Einrichtungen in städtischer Bauträgerschaft zusammengefasst. Nach einem noch deutlichen Anstieg im Vorjahr (+101 T€, +43,3 %) stagnieren diese mit einer nur leichten Reduzierung um rd. 29 T€ (-8,7 %).

## 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Erträge aus Verkäufen | 1.245.654,00 | 1.038.340,80 |
| Mieten und Pachten | 1.849.880,67 | 1.894.266,30 |
| Beteiligung Essenskosten (Eltern und BuT-Träger) | 804.494,29 | 873.311,94 |
| Eintrittsgelder | 2.168.389,77 | 2.810.829,22 |
| Sonstiges | 2.591.018,97 | 1.787.796,28 |
| | **8.659.437,70** | **8.404.544,54** |

Die **Erträge aus Verkäufen** sind im Vergleich zum Vorjahr mit rd. 1,25 Mio. € um rd. 200 T€ auf rd. 1,04 Mio. € gesunken. Prägend für die erwirtschafteten Erträge sind drei Teilleistungen. Hierbei handelt es sich um den Kommunalen Forstbetrieb mit rd. 799 T€, die Tourist-Information mit rd. 163 T€, sowie das Theater mit rd. 22 T€. Der Rückgang basiert nahezu ausschließlich auf den Erträgen des Kommunalen Forstbetriebes und erreicht somit wieder annähernd das Ergebnis des Jahres 2021. Ein Teil der niedrigeren Erträge aus Verkäufen des Kommunalen Forstbetriebes konnte im Berichtsjahr durch höhere Erlöse im Shop der Tourist-Information (+32 T€; + 24,9%) ausgeglichen werden.

Die Erträge aus **Mieten und Pachten** überschreiten das Vorjahresergebnis marginal um rd. 44 T€ (+ 2,4 %).

Die Einnahmen aus der **Beteiligung an den Essenskosten** (Eltern und BuT-Träger) – Mittagsverpflegung an Schulen - konnten im Kalenderjahr 2023 um rd. 69 T€ (+8,55%) gesteigert werden. Dies ist nahezu ausschließlich auf die erhöhten Erträge im Bereich der Bildung und Teilhabe mit rd. 56 T€ zurückzuführen.

Eine nennenswerte Ertragssteigerung (+642 T€; +29,6%) ist im Bereich der **Eintrittsgelder** zu verzeichnen. Federführend zurückzuführen ist dies mit rd. 480 T€ auf Aufführungen und Veranstaltungen im Theater, mit rd. 89 T€ auf durchgeführte Kurse in der Volkshochschule (VHS), sowie auf zusätzliche Einnahmen im Beatusbad (+ 19 T€) und im Romanticum (+ 17T €). Der positive Trend des Vorjahres konnte somit im Berichtsjahr weiterhin fortgesetzt werden. Das Ergebnis übertrifft inzwischen sogar geringfügig das Niveau der Einnahmen vor der Corona-Pandemie.

Die sonstigen Erträge weisen ein Gesamtvolumen von rd. 1,8 Mio. € auf und sind somit um rd. 0,8 Mio. € (-31 %) im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Dies basiert ausschließlich auf Ertragsminderungen im Konto 44183 des Produktes 1121 „Personalwirtschaft“. Hier wurden Erträge von rd. 580 T€ (Vorjahr: 1,64 Mio. €) aus Ablösebeträgen für erworbene Pensionsansprüche erzielt. Das Ertragsdefizit von insgesamt 1,06 Mio. € konnte u.a. durch Mehreinnahmen in den Bereichen Personalkostenerstattungen (+155 T€), Gestattungsverträge (+ 46 T€), Betreuende Grundschule (+ 22T€) und Entgelten für Ausleihen der Stadtbibliothek (+12 T€) teilweise kompensiert werden.

## 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Sondervermögen | 2.538.590,90 | 2.888.769,65 |
| Öffentlicher Bereich | 6.849.701,89 | 6.015.923,56 |
| Verbundene Unternehmen | 1.500.089,48 | 1.337.805,11 |
| Private Unternehmen | 433.201,28 | 71.173,06 |
| Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis | 0,00 | 0,00 |
| Sonstige | 248.891,01 | 319.213,55 |
| | **11.570.474,56** | **10.632.884,93** |

Der Haushaltsansatz von insgesamt 10.521.237 € wird um rd. 112 T€ überschritten.

Zum Vorjahr weist die Ergebnisrechnung ein Minus von saldiert rd. 937 T€ (-8,1 %) aus.

### ■ Sondervermögen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 1.141.384,08 | 1.188.258,14 |
| Stadtentwässerung | 704.930,17 | 787.204,84 |
| Grünflächen- und Bestattungswesen | 420.450,91 | 490.471,76 |
| Kommunales Gebietsrechenzentrum | 252.812,75 | 400.277,64 |
| Koblenz-Touristik | 19.012,99 | 22.557,27 |
| | **2.538.590,90** | **2.888.769,65** |

Die mit den Eigenbetrieben (EB) verrechneten Kostenerstattungen und -umlagen steigern sich im Vorjahresvergleich um saldiert rd. 350 T€ (+13,8 %).

Diese verbesserte Ertragslage resultiert hauptsächlich aus den gestiegenen Verrechnungen mit dem **Kommunalen Gebietsrechenzentrum/KGRZ** (+147 T€, +58,1 %). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Zentrale Gebäudemanagement/ZGM im Jahr 2021 Strom, Heizung und Reinigungsleistungen für insgesamt zwei Jahre, nämlich für 2020 und auch bereits für 2021 gegenüber dem KGRZ abgerechnet hat (153 T€). Dadurch bedingt entfielen entsprechende Kostenerstattungen/-umlagen im Vorjahr (0 €), was die vergleichende Ertragssteigerung relativiert. Im Berichtsjahr erfolgte wieder eine reguläre Abrechnung (114 T€). Im Übrigen waren prozentual nennenswerte ertragssteigernde Verrechnungen des KGRZ mit Produkt 1145 „Zentrale Dienste“ zu verzeichnen (+21 T€, +27,4 %); dort sind höhere Kosten der zentralen Telekommunikationsanlage angefallen (+17 T€, +113,3 %).
Auch die Verrechnungen mit dem Eigenbetrieb **Grünflächen- und Bestattungswesen/EB 67** erhöhten sich (+70 T€, +16,7 %). Dies resultiert im Wesentlichen aus Produkt 1143 „Ausgleichsflächen“. Dort ergab sich auf Grundlage einer Spitzabrechnung im Berichtsjahr eine Erstattung in Höhe von rd. 42 T€ für die Pflege und Unterhalt der Ausgleichsflächen für Bebauung. Ebenfalls erwähnenswert höhere Erträge sind bei dem **Eigenbetrieb Stadtentwässerung/EB85** festzustellen (+82 T€, +11,6 %). Dort verdoppelten sich u.a. als Folge einer Überprüfung der tatsächlich umzulegenden Anschlüsse die über Produkt 1145 „Zentrale Dienste“ angeforderten Kosten für die Inanspruchnahme der zentralen Telekommunikationsanlage von rd. 18 T€ auf rd. 36 T€.

**■ Öffentlicher Bereich**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Gemeinde und Gemeindeverbände | 1.783.580,26 | 1.978.551,53 |
| Land | 3.544.157,84 | 2.406.981,84 |
| Sonstige | 1.521.963,79 | 1.628.349,20 |
| EU | 0,00 | 0,00 |
| Bund | 0,00 | 2.040,99 |
| | **6.849.701,89** | **6.015.923,56** |

Der Haushaltsansatz in Höhe von rd. 5.702 T€ wird lediglich um rd. 314 T€ überschritten.

Im Vorjahresvergleich reduzierten sich die Erträge in der Gesamtsumme um rd. 834 T€ (-12,2 %).

Der deutlichste Ertragsrückgang ist, wie bereits im Vorjahr, im Bereich der **Kostenerstattungen des Landes** zu konstatieren (-1.137 T€, -32,1 %).
Dies resultiert maßgeblich aus der Schließung des unter Produkt 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz“ abgebildeten Landesimpfzentrums zum Jahresende 2022. Die insoweit in erheblicher Höhe angefallenen Erstattungen reduzierten sich bereits im Vorjahr und beschränkten sich im Berichtsjahr auf letzte Restzahlungen. Eine nennenswerte Ertragsverbesserung ergab sich unter Produkt 1262 „Leitstelle“ (+240 T€, +37,8 %). Dort beteiligt sich das Land sowohl an den Personalkosten als auch an den Sach- und Betriebskosten. Im Berichtsjahr steigerte sich die Personalkostenerstattung infolge von Stellenzuwächsen und einer Änderung des Abrechnungsmodus um rd. 89 T€ auf rd. 273 T€ (+48,4 %). Die Abrechnung erfolgt seit dem Berichtsjahr nicht mehr über pauschale Verrechnungssätze, sondern über konkrete Personalkosten-Rechnungssätze, die eine sachgerechtere und auch höhere Beteiligung des Landes mit sich bringen. Im Rahmen des Vorjahresvergleichs ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Berichtsjahr die Sach-

und Betriebskosten der Jahre 2020 und 2021 in Höhe von insgesamt rd. 179 T€ schlussgerechnet wurden, während im Vorjahr keine solche ertragserhöhende Schlussrechnung erteilt wurde.

Der Bereich der **Gemeinde und Gemeindeverbände** weist eine leichte Ertragsverbesserung von rd. 1.784 T€ auf rd. 1.979 T€ auf (+185 T€, +10,9 %). Auch hier zeigte sich innerhalb von Produkt 1262 „Leitstelle“ eine deutlich erhöhte Erstattungsleistung im Bereich der Personalkosten durch kostenbeteiligte Gemeinden (+216 T€, +48,4%), dies ebenfalls bedingt durch Personalzuwächse und den geänderten Abrechnungsmodus (siehe oben „Kostenerstattungen des Landes“). Innerhalb des Produktes 2611 „Stadttheater“ kam es hingegen zu einem deutlichen Ertragsrückgang bei Erstattungen anlässlich von Gastspielen (-55 T€, -77,5 %).

Die Kostenerstattungen und -umlagen durch **Sonstige (sonstige öffentliche Sonderrechnung, sonstiger öffentlicher Bereich)** veränderten sich unwesentlich (-106 T€, -6,9 %).

**■ Verbundene Unternehmen**

In diesem Bereich zeigen sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 162 T€ (-10,8 %) gesunkene Erträge. Dazu beigetragen haben die niedriger ausgefallenen Personalkostenerstattungen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH und die Koblenz-Touristik GmbH in dem Produkt 1121 „Personalwirtschaft“ (-211 T€, -15,7 %). Hingegen war in dem Produkt 1146 „Versicherungen“ erstmalig ein Ertrag von rd. 76 T€ aus Dienstleistungsvereinbarungen mit verbundenen Unternehmen, wie etwa der Stadtwerke Koblenz GmbH (rd. 50 T€) und der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (rd. 14 T€), zu verzeichnen. Es handelt sich jeweils um Vereinbarungen aus dem Jahr 2019, mit welchen jährlich Verwaltungskostenbeiträge betreffend den bestehenden Versicherungsschutz erhoben werden. Nach Auskunft des Fachamtes konnten die Abrechnungen infolge personeller Engpässe erstmals im Berichtsjahr erteilt werden, und zwar rückwirkend für die Zeiträume Juli 2019 bis Juni 2023. Die **Rechnungsprüfung** weist darauf hin, dass aus haushälterischer Sicht und zur Vermeidung von Forderungsausfällen zukünftig eine fristgerechte Abrechnung sicherzustellen ist.

**■ Private Unternehmen, sonstiger privater Bereich**

Nach einer deutlichen Ertragserhöhung im Vorjahr, verschlechtert sich die Ertragslage im Berichtsjahr eklatant von rd. 434 T€ auf 74 T€ (-360 T€, -82,9 %). Dieser Entwicklung liegen außergewöhnliche Zahlungen in einzelnen Produkten im Vorjahr zugrunde. So fielen in Produkt 5221 „Wohnungsbauförderung“ nach einer im Vorjahr zu verbuchenden Abgeltungszahlung für Pflegemaßnahmen in Höhe von rd. 105 T€ („Rosenquartier“) im Berichtsjahr kaum Erträge aus Erstattungen an (rd. 3 T€). In Produkt 1142 „Liegenschaften“ reduzieren sich die Erträge um rd. 82 T€ auf rd. 10 T€, und zwar aufgrund einer im Vorjahr einmalig vereinnahmten Dienstbarkeitsentschädigung in Höhe von rd. 84 T€. Aus vergleichbarem Grund, nämlich einer im Vorjahr fälligen Zahlung wegen einer Ersatzvornahme in Höhe von rd. 66 T€, sinken die Erträge in Produkt 5211 „Bau- und Grundstücksordnung“ auf rd. 8 T €. Auch in Produkt 2512 „Ludwig-Museum“ fielen im Vorjahr ausnahmsweise höhere Erstattungen für eine Katalog-Produktion an (rd. 38 T€).

■ **Sonstige**

In der Gesamtsumme ist eine Ertragszunahme von saldiert rd. 70 T€ (+28,1 %) zu verzeichnen. Innerhalb der darin zusammengefassten Produktergebnisse war im Berichtsjahr bei Produkt 2512 „Ludwig Museum“ die erheblichste Ertragsmehrung von rd. 2 T€ auf rd. 32 T€ (+30 T€) zu konstatieren, welche aus einer Kostenerstattung anlässlich einer Ausstellung resultiert. Auch innerhalb des Produktes 4241 „Sportstätten und Bäder“ zeigen sich erneut gestiegene Erträge (+ 18 T€, +34 %), die sich insbesondere aus der erstattungspflichtigen Frequentierung des Stadions Oberwerth ergeben. In Produkt 4211 „Förderung des Sports“ konnte im Berichtsjahr eine Kostenerstattung in Höhe von 20 T€ für das Projekt „Sport in Schule und Verein“ generiert werden (Vorjahr: 0 €).

## 7. Sonstige laufende Erträge

Ab dem Jahr 2019 werden die ehemalige **Zeile 7** „Erhöhungen oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen“, **Zeile 8** „Andere aktivierte Eigenleistungen“ und **Zeile 9** „Sonstige laufende Erträge“ gemäß § 2 Abs. 1 GemHVO, Muster 7, unter der „neuen“ **Zeile 7** „Sonstige laufende Erträge“ zusammengefasst.

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen | -245.268,29 | -79.110,54 |
| Aktivierte Eigenleistungen | 1.456.288,80 | 2.082.056,30 |
| Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen | 3.381.377,76 | 789.674,16 |
| Weitere sonstige laufende Erträge | 11.153.436,86 | 10.790.759,63 |
| Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge | 6.489.301,66 | 3.717.139,46 |
| Andere sonstige ordentliche Erträge | 856.656,78 | 109.790,40 |
| | **23.091.793,57** | **17.410.309,41** |

Die sonstigen laufenden Erträge verzeichnen zum Haushaltsansatz von 17.880.529,00 € einen Rückgang um 470.219 € (2,6 %). Damit wurde der Ansatz geringfügig unterschritten. Während sich bei den Erträgen aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen aufgrund der schwierigen Planbarkeit Mindererträge in Höhe von 1.570 T€ und den weiteren laufenden Erträgen in Höhe von 898 T€ ergaben wurden bei den nicht zahlungswirksame ordentliche Erträgen insgesamt 3.023 T€ an Mehreinnahmen erzielt.

Der Rückgang zum Vorjahr in Höhe von 5.681 Mio. € beruht im Wesentlichen auf den gesunkenen Verkaufserlösen bei der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden sowie den reduzierten nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen.

## ■ Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Bestandsveränderungen an Waren | -257.294,87 | -68.292,39 |
| Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen | 12.026,58 | -10.818,15 |
| | **-245.268,29** | **-79.110,54** |

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie die für die Herstellung benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden beim Umlaufvermögen Bilanzposition 2.1 bilanziert. Die Ergebnisrechnung beinhaltet lediglich die Veränderungen zum Vorjahresergebnis.

## ■ Aktivierte Eigenleistungen

Bei der Position der anderen aktivierten Eigenleistungen werden im Wesentlichen die Leistungen der Mitarbeiter dargestellt, die diese für die Erstellung eigener, aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände erbracht haben. Mit der Aktivierung werden die entstandenen Kosten, bspw. für Gehälter und Material, in der Ergebnisrechnung neutralisiert und über die Jahre der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt.

Im Haushaltsjahr 2023 fielen aktivierte Eigenleistungen von rd. 2.082 T€ an; der Haushaltsansatz von 1.514 T€ wurde somit um 568 T€ überschritten. Für den Großteil der Überschreitungen waren hauptsächlich die Produkte „Zentrales Gebäudemanagement“ und „Ingenieurbauwerke Bundesstraßen“ ursächlich, in einigen anderen Produkten gab es sowohl geringfügige Über- sowie Unterschreitungen.

Die höchsten Erträge erzielten die Produkte ZGM, dort „Zentrales Gebäudemanagement“ (757 T€), „Ingenieurbauwerke Bundesstraßen“ (387 T€) und „Gemeindestraßen“ (285 T€). Insgesamt haben sich die Erträge um rd. 626 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht.

## ■ Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden | 3.314.192,59 | 755.557,41 |
| Gewinn aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen | 41.061,62 | 28.752,66 |
| Gewinn aus der Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen | 26.123,55 | 5.364,09 |
| | **3.381.377,76** | **789.674,16** |

Es handelt sich um zum Teil planmäßige Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstigen (un-) beweglichen Vermögensgegenständen.

Der im Nachtragshaushalt auf rd. 2.359 T€ festgelegte Ansatz wurde im Berichtsjahr um 1.569 T€ unterschritten. Diese Abweichungen (Mindererträge) entfallen ausschließlich auf das Produkte 1142 „Liegenschaften“, da mehrere Verkaufsmaßnahmen nur zum Teil umgesetzt werden konnten.

■ **Weitere sonstige laufende Erträge**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Ordnungsrechtliche Erträge | 3.003.640,82 | 3.030.069,70 |
| Säumniszuschläge, Mahngebühren etc. | 686.488,34 | 867.152,28 |
| Konzessionsabgaben | 6.857.571,69 | 6.433.631,48 |
| Versicherungserstattungen | 429.647,53 | 327.969,34 |
| Sonstige | 176.088,48 | 131.936,83 |
| | **11.153.436,86** | **10.790.759,63** |

• **Ordnungsrechtliche Erträge**

Zum Planansatz von 3.822.800 € ergeben sich Mindererträge in Höhe von 793 T€ (20,7 %), im Vergleich zum Vorjahresergebnis ergibt sich ein Anstieg von rd. 26 T€ = 0,9 %. Während sich im Produkt 1221 „Sicherheit und Ordnung“ Mindererlöse in Höhe von 100 T€ ergaben, erhöhten sich im Bereich des Produktes 1231 „Verkehrsüberwachung“ die Umsätze um insgesamt 180 T€.

• **Säumniszuschläge, Mahngebühren etc.**

Von den Erträgen in Höhe von 867.152 € entfallen auf:

- Säumniszuschläge 153.989 €
- Mahngebühren 192.171 €
- Vollstreckungsgebühren 515.478 €
- Erträge aus abgeschriebenen Forderungen 5.514 €.

Die Erhöhung zum Vorjahr in H. v. 180.664 € beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Vollstreckungs- und Mahngebühren (insgesamt + 101 T€).

• **Konzessionsabgaben**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) - Wasser - | 1.874.934,91 | 1.874.934,92 |
| Energieversorgung Mittelrhein GmbH & Co. KG (EVM) - Gas - | 611.569,43 | 529.965,46 |
| Energieversorgung Mittelrhein GmbH & Co. KG (EVM) - Strom - | 4.284.188,59 | 3.946.487,67 |
| STEAG New Energies GmbH - Fernwärme - | 86.878,76 | 82.243,43 |
| | **6.857.571,69** | **6.433.631,48** |

Gegenüber dem Haushaltsansatz von 6.902 T€ ergaben sich Mindererträge in Höhe von 468 T€ und zum Vorjahresergebnis in Höhe von 424 T€. Diese Mindererträge sind im Wesentlichen auf die gesunkene Konzessionsabgabe Strom zurückzuführen. Hier wurden Abschlagszahlungen in Höhe von 4.226 T€ zuzüglich der Spitzabrechnung 2022 (280 T€) eingebucht.

Die Richtigkeit der ausgewiesenen Konzessionsabgabe aus Strom, Gas und Wasser wurde durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Für die Konzessionsabgaben lagen die jeweiligen Prüftestate vor. Die Konzessionsabgabe Gas beinhaltet die Abschlagszahlungen 2023 (600.000,00 €) sowie die Spitzabrechnung aus 2022 (- 70.034,54 €). Die Konzessionsabgabe Wasser beinhaltet die Abschlagszahlungen aus dem Berichtsjahr.

• **Versicherungserstattungen**

Die Erstattungen von **allen** Versicherungsleistungen werden über das Konto 462700 abgewickelt. Sie betrugen im Berichtsjahr rd. 328 T€ und haben sich damit zum Vorjahr um rd. 102 T€ vermindert.

Die Verbuchung erfolgte insgesamt bei 47 Produkten des Haushaltes, wobei die Erstattungsleistungen des Versicherers bei den Produkten 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ mit 104 T€, 3131 „Hilfen für Asylbewerber“ mit 41 T€ und 3631 „Sonstige Leistungen Kinder / Jugend / Familienhilfe“ mit 74 T€ von hervorgehobener Bedeutung sind.

• **Sonstige Erstattungen**

Es handelt sich im Wesentlichen um die Kostenerstattungen nach § 3b Landesaufnahmegesetz sowie die Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten.

■ **Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen | 1.118.136,92 | 2.863.705,33 |
| Auflösung Rücklage KSI | 83.111,94 | 22.001,72 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 2.930.187,00 | 45.218,05 |
| Erträge aus der Zuschreibung von Festwerten | 2.239.192,88 | 175.379,86 |
| Erhöhung Beteiligungen | 0,00 | 378.524,83 |
| Anpassung der Bilanz | 86.466,32 | 205.694,84 |
| Sonstige | 32.206,60 | 26.614,83 |
| | **6.489.301,66** | **3.717.139,46** |

• **Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen**

Hierbei handelt es sich um die Korrektur der Pauschalwertberichtigung (796 T€) und Einzelwertberichtigungen (2.068 T€) im Berichtsjahr.

• **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen**

Insgesamt wurden folgende 5 Einzelrückstellungen aufgelöst:

| | T€ |
|---|---|
| Ausstehende Rechnungen (2) | 1 |
| Ehrensold | 41 |
| Steuern (2) | 3 |

• **Erträge aus der Zuschreibung von Festwerten**

Im Berichtsjahr wurden die Festwerte in den Bereichen Straßenbegleitgrün (Tiefbaumt) und den Sonstigen Bäumen (Produkt 5511, Zuständigkeit EB 67) wiederholt überprüft und dementsprechend angepasst. Aufgrund von Veränderungen der Einzelpreise sowie des jeweiligen Baumbestandes ergaben sich für den Festwert „Straßenbegleitgrün“ eine Zuschreibung in Höhe von 61.458 € und für den Festwert „Vegetation“ eine Zuschreibung in Höhe von 113.921 €.

• **Erhöhung Beteiligungen**

Die Position erfasst die Erhöhung des Anteilswertes an der Sonderrücklage „Kommunaler Entschuldungsfonds“.

• **Anpassung der Bilanz**

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Anpassung der Restbuchwerte der bei Ziffer 4.3 bilanzierten Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (T€ 81) sowie die nachträgliche Erfassung von Vermögensgegenständen.

■ **Andere sonstige ordentliche Erträge**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Andere sonstige ordentliche Erträge | **856.656,78** | **109.790,40** |

Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die Nachaktivierung von Aufwendungen eines Projektes aus Vorjahren.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **8.** | **Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 7)** | **477.291.004,10** | **458.233.854,41** |

Insgesamt hat sich die Summe der ordentlichen Erträge zum Haushaltsansatz von 475.656.146,00 € um 17.422.292 € (3,7 %) auf 458.233.854 € verringert. Zum Vorjahr ist ein Rückgang um 19.057.150 € oder 4,0 % zu verzeichnen.

## 9. Personal- und Versorgungsaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige | 560.252,94 | 509.037,66 |
| Dienstbezüge und dergleichen | 85.603.611,61 | 89.733.673,39 |
| Beiträge zu Versorgungskassen | 4.616.687,14 | 4.682.763,70 |
| Beiträge z. gesetzl. Sozialversicherung | 13.444.131,47 | 13.961.613,63 |
| Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen | 3.815.962,77 | 3.704.107,22 |
| Personalnebenaufwendungen | 2.938.099,65 | 2.172.376,24 |
| Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 5.620.474,46 | 1.179.624,20 |
| Rückstellungszuführungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden u. ä. | 239.361,18 | 275.591,13 |
| Versorgungsaufwendungen | 9.842.802,74 | 10.316.410,49 |
| | **126.681.383,96** | **126.535.197,66** |

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsansatz von 123.340.025 € um 3,195 Mio. € erhöht. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis verzeichnen die Personal- und Versorgungsaufwendungen einen marginalen Rückgang von rd. 0,12 % bzw. rd. 146 T€. Festzustellen ist jedoch, dass es teils erhebliche Verschiebungen innerhalb der einzelnen Positionen gibt.

Im Wesentlichen beschränken sich die Verschiebungen im Vergleich zum Berichtsjahr 2022 auf drei Positionen. Die Position **„Dienstbezüge und dergleichen“** hat sich um 4,130 Mio. € auf nunmehr rd. 89,734 Mio. € erhöht. Sowohl im Bereich der **„Personalnebenaufwendungen“** ist ein Rückgang von rd. 766 T€, als auch in der Position **„Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen“** von rd. 4,44 Mio. € zu verzeichnen.

Die Veränderung im Bereich „Personalnebenaufwendungen“ resultiert nahezu ausschließlich aus geringeren Abfindungsbeträgen aufgrund von Dienstherrenwechseln nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (§ 4 VLT-SV).

### ■ Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Ortsvorsteher | 63.678,89 | 62.024,03 |
| Rats- und Ausschussmitglieder | 354.690,81 | 372.864,84 |
| Sonstige | 141.883,24 | 74.148,79 |
| | **560.252,94** | **509.037,66** |

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Aufwendungen für die ehrenamtlich Tätigen um rd. 51 T€ gesunken. Dieses Ergebnis ist primär auf Mehraufwendungen für Rats- und Ausschussmitglieder (+ 18 T€; +5,12 %) und Minderaufwendungen für Sonstige (- 68 T€; -47,74%) zurückzuführen. Die reduzierten Aufwendungen für „Sonstige“ ergeben sich überwiegend aus dem Wegfall der Aufwendungen für die Erhebungsbeauftragten im Rahmen des Zensus 2022.

## ■ Dienstbezüge und dergleichen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Bezüge der Beamten | 23.109.649,93 | 22.771.621,87 |
| Sonstige | 4.700,12 | 4.328,99 |
| Vergütungen der Arbeitnehmer | 62.154.062,79 | 66.530.438,60 |
| Sonstige Aufw. für Bedienstete | 335.198,77 | 427.283,93 |
| | **85.603.611,61** | **89.733.673,39** |

Gegenüber dem Planansatz in Höhe von 84.738.369 € (Vorjahr: 84.909.264 €) ergeben sich Mehraufwendungen von 4,995 Mio. €. Im Haushaltsjahr 2023 wurde, um dem Haushaltsgrundsatz der Wahrheit und Klarheit möglichst Rechnung zu tragen, ein pauschaler Abschlag i.H.v. 6,0 % aller Dienstbezüge und Entgelte (inkl. Versorgungskassen und Sozialversicherungen) eingeplant. Dieser pauschale Abschlag wurde zu hoch eingeschätzt; hieraus resultiert zum Teil die Überschreitung des Haushaltsansatzes. Ein weiterer Grund für die Überschreitung des Planansatzes war das zuvor in dieser Höhe nicht absehbare Tarifergebnis im Bereich der TVöD-VKA (Inflationsausgleichsprämie).

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen für Dienstbezüge und dergleichen um insgesamt 4,82% (Vorjahr: 5,49 %), was einer Summe von rd. 4,13 Mio. (Vorjahr 4,45 Mio.€) entspricht. Dieses Ergebnis ergibt sich primär aus reduzierten Aufwendungen für die Bezüge der Beamten (- 338 T€) und Mehraufwendungen für die Vergütung der Arbeitnehmer (+ 4,376 Mio. €). Die Reduzierung der Bezüge der Beamten lässt sich u.a. dadurch erklären, dass im Berichtsjahr keine Besoldungsanpassung erfolgte. Im Vorjahr hingegen erfolgten zusätzlich zur Besoldungsanpassung zwei Sonderzahlungen (Corona-Sonderzahlung, Energiepreispauschale). Das Inflationsausgleichsgeld in Höhe von 1.800 €/Beamten (m/w/d), als Sonderzahlung in 2023, wurde erst im Dezember 2023 für Dezember 2023 angekündigt. Aufgrund dieser kurzfristigen Ankündigung konnte die Auszahlung im Kalenderjahr 2023 nicht mehr realisiert werden und erfolgte im Jahr 2024 als Nachzahlung.

Die Anzahl der Vollzeitstellen gemäß dem vom Stadtrat beschlossenen und von der ADD genehmigten Stellenplan in der Kernverwaltung hat sich um 9,57 Vollzeitstellen von 1.649,63 auf 1.659,20 erhöht. Dies ist somit ebenfalls ein Grund für die gestiegenen Aufwendungen.

Die sonstigen Aufwendungen für Bedienstete verzeichnen im Kalenderjahr 2023 eine Erhöhung um rd. 92 T€ (+27,47%). Ursächlich hierfür ist, dass die Personalnummer 883387 Ende Juni 2023 versehentlich von der Einrichtungsart 30 (Beamte) auf die Einrichtungsart 60 (sonstige Beschäftigte) umgestellt worden ist. Alle Aufwendungen für Rufkräfte, geringfügig Beschäftigte, etc. mit der Einrichtungsart 60 werden über das Konto „sonstige Aufwendungen für Bedienstete“ abgewickelt. Die Umstellung erfolgte rückwirkend, so dass ab Januar 2023 bis Ende 2023 alle Kosten der o.g. Personalnummer auf dem Konto 50291 sowie der Kostenstelle K370009G01 entstanden sind. Die Korrektur erfolgte am 05.02.2024, rückwirkend in der Personalsoftware „FIDELIS“. Da die Finanzrechnung zu diesem Zeitpunkt bereits abgeschlossen war, konnte die Korrektur nicht mehr über die Schnittstelle zur Finanzsoftware „MACH“ übermittelt werden.

■ **Beiträge zu Versorgungskassen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Beamte | 17.523,00 | 0,00 |
| Arbeitnehmer | 4.592.686,66 | 4.674.060,60 |
| Sonstige | 6.477,48 | 8.703,10 |
| | **4.616.687,14** | **4.682.763,70** |

Im Vergleich zum Haushaltsansatz in Höhe von 4.994.968 € (Vorjahr: 4.846.239 €) ist ein Minderaufwand von rd. 312 T€ festzustellen. Die Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Pflichtzuführungen zur Kommunalen Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG sowie § 25 TVöD und sind in der Gesamtsumme im Vergleich zum Vorjahr um rd. 66 T€ (+1,43 %) gestiegen.

■ **Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Beamte (u. a. Nachversicherung) | 7.860,81 | 31.117,41 |
| Arbeitnehmer | 13.367.544,94 | 13.845.306,38 |
| Sonstige | 68.725,72 | 85.189,84 |
| | **13.444.131,47** | **13.961.613,63** |

Die Aufwendungen für Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung haben sich gegenüber dem Vorjahr von 13.444 T€ um rd. 517 T€ auf nunmehr 13.962 T€ erhöht. Ursächlich hierfür sind u.a. erhöhte Aufwendungen für die Nachversicherung von Beamten (+29 T€), Mehraufwendungen an die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich beschäftigte Arbeitnehmer (+478 T€), sowie gestiegene Ausgaben für Sonstige (+16 T€).

Die Mehraufwendungen im Bereich der gesetzlichen Sozialversicherung sind auf die Stellenneueinrichtungen, sowie den seit dem 1. Juli 2023 geltenden neuen Beitragssatz für die Pflegeversicherung zurückzuführen. Der allgemeine Beitragssatz beträgt 3,4 Prozent (bisher: 3,05 %) und der Zuschlag für Kinderlose 0,6 Prozent (bisher: 0,35 %). Für Familien mit mehr als einem Kind unter 25 Jahren gibt es Abschläge.

Der Planansatz in Höhe von 14.586 T€ wurde um rd. 624 T€ unterschritten.

■ **Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen**

Mit 3,704 Mio. € (Vorjahr: 3,816 Mio. €) haben sich die Beihilfeaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um rd. 112 T€ reduziert. Der Haushaltsansatz von 4,2 Mio. € wurde somit um rd. 496 T€ (-11,81%) unterschritten. Diese Reduzierung ist laut Mitteilung des Amtes für Personal- und Organisation auf die günstigeren Konditionen, die der Anbieterwechsel zum 01.01.2022 von der Rheinischen Versorgungskasse (RVK) zur Pfälzischen Pensionsanstalt (ppa) mit sich brachte, zurückzuführen.

■ **Personalnebenaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Trennungsgeld, Fahrtkosten, Prämien, Leistungszulagen, Prämien | 12.706,30 | 29.056,24 |
| Dienstherrenwechsel | 2.925.393,35 | 2.143.320,00 |
| | **2.938.099,65** | **2.172.376,24** |

Der Vorjahresvergleich hat ergeben, dass sich die Personalnebenaufwendungen um rd. 766 T€ (-26,06%) reduziert haben. Während sich die Aufwendungen für Trennungsgeld, Fahrtkosten, Leistungszulagen, etc. um rd. 16 T€ (+128,68%) erhöht haben, sind die Ausgaben aufgrund von Dienstherrenwechseln um rd. 782 T€ (-26,73%) gesunken. Aufgrund des Versorgungslastenteilungsstaatsvertrages sind Zahlungen an die neuen Dienstherren der Beamten, die die Stadt Koblenz verlassen haben und im öffentlichen Dienst eine neue Tätigkeit aufnehmen, zu leisten. Wie die vorgenannten Zahlen belegen, wurde der Planansatz von 1,0 Mio. € auch im Berichtsjahr 2023 wieder wesentlich überschritten. Primär ursächlich hierfür ist eine größere Anzahl von Beamtinnen und Beamten in höheren Besoldungsgruppen, die zu einem anderen Dienstherrn gewechselt sind. Die Rechnungsprüfung regt erneut an, im Rahmen der Haushaltsplanung, zukünftig einen deutlich höheren Ansatz für Versorgungsausgleichsleistungen infolge der sich häufenden Personalwechsel auszuweisen.

■ **Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Pensionsrückstellungen | 4.453.676,22 | 946.372,03 |
| Beihilferückstellungen | 1.159.124,24 | 233.252,17 |
| Sonstige (Ehrensold) | 7.674,00 | 0,00 |
| | **5.620.474,46** | **1.179.624,20** |

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich zum 31.12.2023 auf 192.718.895,87 € (Vorjahr: 191.441.605,47 €), d.h. es ist eine Erhöhung um 1,277 Mio. € zu verzeichnen. Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf den Erläuterungsteil zur Bilanzposition „3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ verwiesen.

■ **Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden und ähnliches**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Beamte | -108.858,73 | -11.022,49 |
| Arbeitnehmer | 322.573,91 | 247.778,62 |
| Sonstige | 25.646,00 | 38.835,00 |
| | **239.361,18** | **275.591,13** |

Für das Berichtsjahr waren Zuführungen in Höhe von 361.190 € geplant, so dass sich Minderaufwendungen v. rd. 86 T€ ergaben.

Grundlage für die Bemessung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage bzw. der geleisteten Überstunden zum 31.12.2023 mit den individuellen Stundensätzen des jeweiligen Mitarbeiters. Die Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Vollzeitstelle reduzierte sich von 1.859 €/VZÄ auf 1.746 €/VZÄ. Die Rückstellung für geleistete Überstunden hingegen ist von 1.748 €/VZÄ auf nunmehr 1.931 €/VZÄ angestiegen.

Die Rückstellungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2023 auf folgende Beträge:

| | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Rückstellung für nicht genommenen Urlaub | 3.065.868,73 | 2.896.700,99 |
| Überstundenrückstellung | 2.884.313,41 | 3.203.366,33 |
| | **5.950.182,14** | **6.100.067,32** |

■ **Versorgungsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Versorgungsaufwendungen | **9.842.802,74** | **10.316.410,49** |

Die Versorgungsaufwendungen haben sich im Vergleich zum Berichtsjahr 2022 um rd. 474 T€ (+4,81%) erhöht. Im Vergleich zum Planansatz von 10 Mio. € ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 316 T€, d.h. 3,16 %. Am 01.01.2023 waren 314 Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger registriert, d.h. 22 mehr als im Vorjahr und erreicht somit einen Höchstwert.

## 10. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung | 31.177.570,04 | 32.846.642,45 |
| Kostenerstattungen an Bund, Land, verbundene Unternehmen und Eigenbetriebe | 20.527.921,27 | 22.851.334,21 |
| Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinig., Winterd. | 9.292.074,92 | 10.771.869,37 |
| Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen | 10.493.211,73 | 11.033.446,16 |
| Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 7.389.435,20 | 6.782.641,03 |
| Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren | 1.168.847,29 | 1.068.098,66 |
| | **80.049.060,45** | **85.354.031,88** |

Die prognostizierten Aufwendungen von insgesamt 87.782.199 € werden marginal um rd. 2.428 T€ unterschritten (-2,8 %).

Im **Vorjahresvergleich** ist eine Aufwandssteigerung von saldiert rd. 5.305 T€ (+6,6 %) festzustellen, welche sich relativ gleichmäßig über fast alle dargestellten Positionen verteilt. Lediglich die sonstigen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sowie für Fertigung, Vertrieb und Waren zeigen eine Aufwandsreduzierung auf.

### ■ Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen | 23.739.103,88 | 25.272.624,41 |
| Unterhaltung des Infrastrukturvermögens | 2.501.729,03 | 3.025.764,29 |
| Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung | 902.915,60 | 681.907,46 |
| Fahrzeugunterhaltung | 654.949,82 | 649.470,16 |
| Geringwertige Geräte | 2.111.995,44 | 2.013.588,83 |
| Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen | 964.758,21 | 1.004.901,03 |
| Unterhaltung der Maschinen und technische Anlagen | 100.927,63 | 95.225,87 |
| Unterhaltung von Kunstgegenständen und Denkmälern | 201.190,43 | 103.160,40 |
| | **31.177.570,04** | **32.846.642,45** |

Der **Planansatz** von rd. 36.270 T€ wird durch die tatsächlichen Aufwendungen um saldiert rd. 3.423 T€ (-9,4 %) unterschritten. Eine auffallende Abweichung war insoweit unter dem im Vorjahr neu eingerichteten Konto 5231306 „Konsumtive Baumaßnahmen mit zusätzlichem R-Projekt“ festzustellen, wo geplante Aufwendungen von rd. 9.845 T€ tatsächlichen Aufwendungen von lediglich rd. 6.575 T€ (-3.271 T€) gegenüberstehen. Ursächlich dafür sind insbesondere zeitliche Verzögerungen diverser Maßnahmenbeginne. So musste etwa der Umbau des Erdgeschosses im Bürgeramt aufgrund eines Wasserschadens in das Folgejahr verschoben werden. Gleiches gilt für die geplante Fassadensanierung des Hilda-Gymnasiums, wo zunächst der Neubau der Umkleidekabinen abzuwarten war. Projektübergreifend kam es zu Verzögerungen infolge ausstehender Materiallieferungen und nicht zur Verfügung stehender Fachingenieurleistungen.

Nach einem deutlichen Rückgang im **Vorjahr** steigen die Gesamtaufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung im Berichtsjahr wieder, und zwar um saldiert rd. 1.669 T€ (+5,35 %). Mit nicht nur unerheblichen Zuwächsen haben dazu die Positionen „Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und –einrichtungen“ sowie „Unterhaltung des Infrastrukturvermögens“ beigetragen. Hingegen sind bei den übrigen Positionen überwiegend Aufwandsrückgänge ausgewiesen.

Die Ausgaben für die **Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen** erhöhten sich saldiert von rd. 23.739 T€ auf rd. 25.273 T€ (+1.534 T€, +6,5 %).
In der Einzelbetrachtung ergab sich eine nennenswerte Ausgabensteigerung von rd. 171 T€ (+23,6 %) im Bereich der **Unterhaltung von Außenanlagen**. Dazu hat insbesondere Produkt 5111 „Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ beigesteuert, wo sich der Aufwand, insbesondere aufgrund der Abrechnung des Projektes „Parkanlage

Neuendorf“, von 110 T€ im Vorjahr auf 293 T€ (+183 T€) erhöhte. Innerhalb des Produktes 4241 „Sportstätten und Bäder“ ergab sich ein um 84 T€ (+50,6 %) gestiegener Aufwand, überwiegend bedingt durch Entwässerungskosten des Sportplatzes Kesselheim (rd. 64 T€). Bei Produkt 5551 „Kommunaler Forstbetrieb“ war eine einmalige Zahlung an die Bundesanstalt für Immobilien in Höhe von rd. 46 T€ als Wertersatz des vorhandenen Holzbestandes auf Waldflächen des Truppenübungsplatzes Schmidtenhöhe zu verzeichnen. Diese Erstattungszahlung fiel im Zuge der Beendigung des Nutzungsverhältnisses durch den Bund im Jahr 2020 und der anschließenden Rückgabe von Flächen mit flankierenden Wertermittlungen an. Im Vorjahresvergleich geringere Aufwendungen für Außenanlagen zeigen sich insbesondere bei Produkt 1144 „ZGM“ (-89 T€, -39,2 %).
Der **Unterhaltungsaufwand für Gebäude** (Konto 52313) weist ebenfalls einen nennenswerten Anstieg von 6.562 T€ auf 7.201 T€ (+639 T€, +9,7 %) aus. Dies resultiert insbesondere aus Produkt 1144 „ZGM“, innerhalb dessen ein Ausgabenzuwachs von rd. 385 T€ (+6,45 %) zu verzeichnen ist. Auch in Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ zeigt sich eine erhebliche Aufwandsmehrung in Höhe von rd. 201 T€ (+57,7 %), die u.a. auf eine umfangreiche Sanierungsmaßnahme betreffend die Sportstätte in Lay zurückzuführen ist.
Die Aufwendungen für **Unterhaltungsreinigung** erhöhten sich im Vorjahresvergleich um rd. 308 T€ auf rd. 4.463 T€ (+7,4 %). Maßgeblich ist hier das Produkt 1144 „ZGM“, wo sich der Aufwärtstrend des Vorjahres mit einer Steigerung um rd. 308 T€ (+7,4 %) fortsetzt. Innerhalb des Produktes 2311 „Stadttheater“ reduzierten sich die Ausgaben vermeintlich von rd. 184 T€ auf rd. 170 T€. Durch die **Rechnungsprüfung** wurden hier allerdings aufwandserhöhende Fehlkontierungen von saldiert rd. 47 T€ festgestellt, die nicht als Unterhaltungsreinigung, sondern als Grund- und Sonderreinigung gebucht wurden. Unter Einbeziehung einer weiteren aufwandsmindernden Fehlkontierung von rd. 8 T€ erhöhen sich die Ausgaben final von rd. 184 T€ auf rd. 223 T€ (+39 T€, +21,2 %).
Eine eklatante Aufwandsreduzierung von rd. 1.051 T€ auf 106 T€ (-89,9 %) ist im Bereich der **Grund- und Sonderreinigungen** festzustellen. Maßgeblich dafür ist, dass mit Beendigung der Corona-Pandemie die Aufwendungen in Produkt 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz“ von 854 T€ auf fast Null im Berichtsjahr sanken. Aus gleichem Grund reduzierten sich die Kosten innerhalb des Produktes 1144 „ZGM“ von 173 T€ auf 70 T€ (-103 T€, -59,5 %). Die in Produkt 2311 „Stadttheater“ ausgewiesene Ausgabensteigerung von rd. 7 T€ auf 55 T€ relativiert sich nach Feststellung der **Rechnungsprüfung**, da Fehlkontierungen in Höhe von rd. 47 T€ beinhaltet sind; es handelt sich um Kosten der Unterhaltungsreinigung, die hier entsprechend herauszurechnen waren (siehe oben).
Demgegenüber weist der Bereich der **Betriebsvorrichtungen, die in Gebäude eingebaut sind**, einen deutlichen Aufwandszuwachs auf. Dort vervielfachten sich die Ausgaben von rd. 160 T€ im Vorjahr auf rd. 340 T€. Insoweit prägend ist Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ mit einer Ausgabensteigerung von rd. 79 T€ auf rd. 208 T€ (+129 T€), überwiegend bedingt durch die Erneuerung von Beleuchtungsanlagen mit LED-Technik auf 4 Sportplätzen.

Hinsichtlich der **Unterhaltung des Infrastrukturvermögens** waren gegenüber dem Vorjahr Mehraufwendungen in Höhe von rd. 524 T€ (+20,9 %) zu konstatieren. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die Position „Brücken, Tunnel und ingenieurtechnische Anlagen“, innerhalb derer sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr von rd. 898 T€ auf rd. 1.302 T€ erhöhten (+404 T€, +45 %). Insbesondere in dem darin enthaltenen Produkt 5419 „Ingenieurbauwerke Gemeindestraßen“ war ein deutlicher Zuwachs von rd. 140 T€ auf rd. 482 T€ (+342 T€) festzustellen. Dort fiel etwa eine Abschlagszahlung für das Brückenbauwerk Mozartstraße in Höhe von rd. 199 T€ an.

Die Aufwendungen für **Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung** reduzierten sich nach einer annähernden Stagnation im Vorjahr deutlich, und zwar von rd. 881 T€ (unter Berücksichtigung einer Korrektur um rd. 22 T€ anlässlich der Vorjahresprüfung) auf 682 T€ (-199 T€, -22,6 %). Die vermeintlich erheblichste Reduzierung zeigt sich in **Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“**, wo die Ausgaben von rd. 76 T€ auf rd. 9 T€ (-67 T€, -88,1 %) sanken. Hier stellte die **Rechnungsprüfung** allerdings fest, dass im Berichtsjahr und auch bereits im Vorjahr diverse Buchungen hier statt unter Konto 5238 (Geringwertige Wirtschaftsgüter) erfolgten. Es handelt sich dabei beispielsweise um die Anschaffungskosten für Betten in Unterkünften für Geflüchtete. Zutreffend ist von einem letztjährigen Unterhaltungsaufwand in Höhe von lediglich rd. 3 T€ auszugehen, der sich im Berichtsjahr auf rd. 1 T€ reduzierte. Die **Rechnungsprüfung** regt dringend an, auf die Auswahl der zutreffenden Buchungskonten zu achten, um einen regulären Haushaltsvollzug zu gewährleisten. Innerhalb des Produktes 1144 „ZGM“ sanken die Aufwendungen insgesamt von rd. 68 T€ auf rd. 17 T€ (-51 T€, -75 %). Auch innerhalb von Produkt 2311 „Berufsbildende Schulen“ zeigt sich eine Reduzierung von 72 T€ auf 31 T€ (-41 T€, -57 %), bedingt durch einen einmaligen Vorjahresaufwand in Höhe von rd. 35 T€ für die Modernisierung/Erweiterung einer Pneumatikanlage der Berufsbildenden Schule Carl-Benz. Einen weiteren erwähnenswerten Ausgabenrückgang weist Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ (-22 T€, -28,6 %) aus.

Die Kosten für die **Unterhaltung von Fahrzeugen** blieben im Berichtsjahr mit rd. 649 T€ konstant (-6 T€, -0,9 %). Während die Ausgaben für Betriebs- und Schmierstoffe rd. 35 T€ (-12,7 %) unter denen des Vorjahres liegen, steigen alle weiteren Unterhaltskosten leicht an.

Die Ausgaben für **geringwertige Geräte** sinken im Berichtsjahr saldiert marginal von rd. 2.112 T€ auf rd. 2.014 T€ (-98 T€, -4,6 %). Innerhalb der einzelnen Produkte zeigen sich allerdings teilweise erhebliche Abweichungen gegenüber dem Vorjahr.
So weist Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“ nach einem deutlichen Zuwachs infolge des Ukraine-Krieges im Vorjahr diesjährig einen deutlichen Aufwandsrückgang von rd. 212 T€ auf rd. 33 T€ (-179 T€) aus. Dabei berücksichtigt sind durch die **Rechnungsprüfung** festgestellte Fehlbuchungen in Höhe von saldiert rd. 21 T€; tatsächliche Ausgaben für GWG-Anschaffungen wurden teilweise auf Konto 52313 Unterhaltungs-/Bewirtschaftungskosten Gebäude und auf Konto 52440 Labor-/Werkstättenbedarf gebucht. Im Bereich der Schulen setzt sich infolge der fortgeschrittenen Digitalisierung und Modernisierung der Trend des Vorjahres in Form einer Aufwandsreduzierung überwiegend fort, so etwa in den Produkten 2311 „Berufsbildende Schulen“ (-102 T€, -44,5 %) und 2171 „Gymnasien“ (-37 T€, -24,1 %). In Produkt 1144 „ZGM“ hingegen vervielfachten sich die Ausgaben von rd. 52 T€ auf rd. 266 T€ (+214 T€). Hier schlagen die Aufwendungen für den Neubau der Feuerwache Nord (+74 T€) und der Grundschule Freiherr-vom-Stein (Bau der Mensa, 131 T€) zu Buche. Nennenswerte Mehrausgaben weist auch das Produkte 1261 „Brandschutz“ (+69 T€, +121 %) auf, wo allein für die Ersatzbeschaffung von Funkgeräten rd. 88 T€ anfielen.

Innerhalb des Bereichs der Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und Gebäudeeinrichtungen zeigt sich saldiert ein von rd. 965 T€ auf 1.005 T€ unmerklich erhöhter Aufwand (+40 T€, +4,1 %).

Die Aufwendungen für die **Unterhaltung der Maschinen und technischen Anlagen** liegen mit rd. 95 T€ insgesamt marginal (- 6 T€, -5,9 %) unter dem Vorjahreswert. Innerhalb des prägenden Produktes 1231 „Verkehrsüberwachung“ egalisiert sich der infolge einer hochwertigen Ersatzbeschaffung erhöhte Aufwand im Vorjahr wieder auf 27 T€ (- 23 T€, -46 %). Die übrigen beteiligten Produkte verzeichnen relativ gleichmäßig verteilte Ausgabensteigerungen.

Innerhalb der **Unterhaltungskosten für Denkmäler und Kunstgegenstände** fielen Ausgaben in Höhe von saldiert 103 T€ an, womit sich diese gegenüber dem Vorjahr fast halbierten (- 98 T€, -48,7 %). Dies resultiert im Wesentlichen aus dem hier maßgeblichen Bereich der Denkmäler (Grundstücke und bauliche Anlagen), wo ein von rd. 182 T€ auf rd. 88 T€ gesunkener Aufwand (-94 T€, -51,6 %) festzustellen ist. Dies entspricht den Werten des prägenden Produkts 5231 „Denkmalschutz und –pflege“, wo u.a. aufwendige Arbeiten anlässlich des Abrisses der Pfaffendorfer Brücke im Berichtsjahr nicht erneut angefallen sind. In diesem Zusammenhang ist eine durch die **Rechnungsprüfung** festgestellte Fehlkontierung in Höhe von rd. 27 T€ zu erwähnen. Es handelt sich um Ausgaben für Arbeiten an der Feste Kaiser Franz, die als Unterhaltungskosten für Denkmäler unzutreffend unter Produkt 5472 „ÖPNV“ statt unter Produkt 5231 gebucht wurden.

■ **Kostenerstattungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Verbundene Unternehmen u. mit Beteiligsverh. | 104.366,35 | 94.881,42 |
| Eigenbetriebe | 17.939.705,54 | 20.187.635,01 |
| Sonstiger öffentlicher Bereich | 1.906.537,22 | 1.977.264,78 |
| Gemeinde und Gemeindeverbände | 110.585,75 | 115.589,11 |
| Private Unternehmen | 210.249,18 | 221.226,74 |
| Zweckverbände | 202.060,96 | 212.489,79 |
| Sonstiges | 54.416,27 | 42.247,36 |
| | **20.527.921,27** | **22.851.334,21** |

Innerhalb der Kontenart 525 „Kostenerstattungen“ (ohne Sozialbereich) standen im **Haushaltsplan** insgesamt 21.813.795 € zur Verfügung. Bei der Haushaltsausführung ergaben sich Mehraufwendungen von saldiert rd. 1 Mio. €. Ursächlich dafür sind die Überschreitung der geplanten Mittel um rd. 1.245 T€ innerhalb der Kostenerstattungen an Eigenbetriebe. Bei dem Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen/EB 67 fielen für die Pflege von Park- und Grünanlagen rd. 629 T€ und bei dem Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb/EB 70 rd. 622 T€ für Straßenunterhaltung und -beleuchtung mehr Aufwendungen an als vorgesehen.

Im Vergleich zum **Vorjahr** ist ein Aufwandszuwachs um saldiert rd. 2.323 T€ (+11,3 %) festzustellen.

Auch dies ist, korrespondierend zu den Überschreitungen des Haushaltsansatzes, im Wesentlichen auf die gestiegenen **Erstattungen an Eigenbetriebe** zurückzuführen (+2.248 T€, +12,5 %). Davon entfallen allein auf den Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb/EB 70 rd. 1.616 T€ (+15,8 %) für den Bereich Straßenunterhaltung und Straßenbeleuchtung nebst Kosten für die Umrüstung auf LED-Beleuchtung. Den Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungen/EB 67 betreffen rd. 587 T€ (+7,5 %) Mehrausgaben. Dies ist hauptsächlich auf Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ zurückzuführen, wo der Aufwand

von rd. 6.738 T€ auf rd. 7.350 T€ (+612 T€, +9,1 %) gestiegen ist. Eine Aufwandssteigerung zeigt sich ebenfalls in Produkt 5551 „Kommunaler Forstbetrieb“ (+12 T€, +70,6 %) und in Produkt 3661 „Einrichtungen der Jugendarbeit“ (+66 T€, +8,9 %) für die Unterhaltung und Pflege der (Wald-)Spielplätze. Weniger Ausgaben fielen hingegen in Produkt 1142 „Liegenschaften“ an (-94 T€, -63,3 %), wozu u.a. ein geringer Bedarf an witterungsbedingten Baumpflegearbeiten beigetragen hat.

■ **Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Stromkosten | 3.367.214,45 | 3.248.090,13 |
| Heizungskosten | 1.367.584,03 | 2.289.068,97 |
| Wasserkosten | 223.542,40 | 236.663,26 |
| Abwasserentsorgung | 0,00 | 1.149,49 |
| Eigenbetrieb 85 Abwasser | 1.906.566,73 | 2.009.497,70 |
| Abfallentsorg., Straßenreinig., Winterdienst | 16.067,06 | 18.766,83 |
| Eigenbetrieb 70 Abfallentsorgung etc. | 2.411.100,25 | 2.968.632,99 |
| | **9.292.074,92** | **10.771.869,37** |

Die Aufwendungen der Kontengruppe 522 für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung waren mit einem **Gesamtansatz** von 11.470.480 € kalkuliert. Dieser wurde um rd. 699 T€ unterschritten.

Im **Vorjahresvergleich** war eine Zunahme der Aufwendungen um saldiert rd. 1.480 T€ (+15,9 %) festzustellen.

Bei den **Stromkosten** ist saldiert ein leichter Rückgang von rd. 3.367 T€ auf 3.248 T€ (-119 T€, -3,5 %) ausgewiesen, welcher sich relativ gleichmäßig auf alle Produkte verteilt. Geprägt wird dieses Aufwandskonto von dem Produkt 1144 „ZGM“, wo sich die Ausgaben nach einer signifikanten Steigerung im Vorjahr von rd. 2.748 T€ auf rd. 2.604 T€ verringerten (-144 T€, -5,2 %).

Nach einem nicht nur unerheblichen Rückgang der Heizungskosten im Vorjahr sind diese im Berichtsjahr wieder deutlich angestiegen, und zwar von rd. 1.368 T€ auf rd. 2.289 T€ (+921 T€, +67,3 %). Innerhalb des insoweit maßgeblichen Produktes 1144 „ZGM“ erhöhte sich der Aufwand von rd. 1.276 T€ auf rd. 2.108 T€ (+832 T€, +65,2 %). Geschuldet ist diese Entwicklung den komplexen Beschaffungsmodalitäten auf den Energiebörsen, die oftmals zu starken Preisschwankungen führen. Korrespondierend dazu stiegen auch die Kosten in den Produkten 2611 „Stadttheater“ (+31 T€, +147,6 %) und 4241 „Sportstätten und Bäder“ (+40 T€, +105,3 %).

Die **Wasserkosten** erhöhten sich marginal von rd. 223 T€ auf rd. 237 T€ (+14 T€, +6,3 %). Nach einer nennenswerten Steigerung im Vorjahr blieben insbesondere in dem Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ die Ausgaben für Wasser mit 59 T€ konstant (+1 T€).

Auch die Kosten der **Abwasserentsorgung (EB 85)** stiegen insgesamt nur leicht (+102 T€, +5,3 %). Die markanteste Aufwandssteigerung (+48 T€) zeigt sich dabei in Produkt 5511 „Öffentliches Grün“, nachdem es im Vorjahr im Bereich der sog. Brunnenveranlagung (Bezug von z.B. Gießwasser aus Brunnen) zu einer größeren Erstattungszahlung gekommen war.

Die Kosten für **Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst** beliefen sich auf rd. 19 T€ und nahmen saldiert um rd. 3 T€ (+18,7 %) zu.
Die diesbezüglich durch den **Eigenbetrieb 70** erbrachten Leistungen stiegen hingegen signifikant um rd. 558 T€ (+23,1 %) auf rd. 2.969 T€ und liegen damit auch deutlich über den geplanten Aufwendungen (+217 T€). Hauptursächlich dafür ist die mit einer Satzungsänderung des EB 70 einhergehende Gebührenerhöhung, die etwa in dem Produkt 5411 „Gemeindestraßen“ eine Aufwandssteigerung von rd. 1.154 T€ auf rd. 1.414 T€ (+259 T€, +22,5 %) bedingte. Eine nennenswerte Erhöhung weist auch Produkt 1221 „Sicherheit und Ordnung“ aus (+99 T€, +39 %), wo sich die Kosten für das Projekt „Saubere und sichere Stadt“ auswirken.

■ **Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Schülerbeförderungskosten | 3.238.201,01 | 3.396.116,03 |
| Sonstige bezogene Leistungen | 3.139.766,64 | 3.314.183,66 |
| Essens- und Betreuungskosten | 1.201.140,22 | 1.356.449,45 |
| Labor-/Werkstättenbedarf, Bühne, .. | 1.125.821,10 | 1.281.234,27 |
| Lehr- und Unterrichtsmittel | 994.577,43 | 1.003.463,51 |
| Sonstiges (Verbrauchsmittel,..) | 793.705,33 | 681.999,24 |
| | **10.493.211,73** | **11.033.446,16** |

Die Ist-Aufwendungen entsprechen fast exakt dem **Haushaltsansatz** von 10.956.988 € (+ 77 T€).

Im Vergleich zum **Vorjahresergebnis** ist ein Aufwandszuwachs um saldiert rd. 540 T€ (+5,1 %) zu verzeichnen.

Die „**Schülerbeförderungskosten“** haben sich insgesamt leicht um rd. 158 T€ (+4,9 %) erhöht. Die Einführung des Deutschland-Tickets wirkt sich auf die Preisentwicklung für reine Schülerjahreskarten insgesamt betrachtet zwar positiv aus. Für das Berichtsjahr ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Einführung unterjährig im Mai erfolgte. Im Bereich der sonstigen Schülerbeförderung (freigestellter Schülerverkehr, Beförderung zu Förderschulen) erhöhten sich die Ausgaben infolge allgemeiner Preiserhöhungen. Zudem traten wegen der durch einen Brandschaden vorübergehend nicht nutzbaren Grundschule Pestalozzi rd. 29 T€ für den Betrieb eines Schülerersatzverkehrs hinzu.

Der Aufwand für **„Sonstige bezogene Leistungen“** steigerte sich um rd. 174 T€ (+5,5 %). Davon entfallen allein rd. 147 T€ (+4,9 %) Mehraufwand auf das Produkt 2611 „Stadttheater“, wo sich u.a. die Kosten für die regelmäßige Inanspruchnahme der rheinischen Philharmonie von rd. 2.971 T€ auf rd. 3.048 T€ (+77 T€, +2,6 %) erhöhten. Nach erheblichen Mehraufwendungen im Vorjahr (+rd. 499 T€, +71,0 %), steigerten sich die **„Essens- und Betreuungskosten“** im Berichtsjahr moderater (+rd. 174 T€, +5,5 %). Hauptursächlich dafür sind die in Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ abgebildeten Ausgaben für die Mittagsverpflegung an Ganztagsschulen, welche sich von rd. 974 T€ auf rd. 1.112 T€ erhöhten (+138 T€, +14,2 %). Auch innerhalb des Produktes 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“ sind leicht gestiegene Verpflegungskosten von rd. 212 T€ (+9 T€, +4,4 %) festzustellen. Der Aufwand für **„Labor-/Werkstättenbedarf, Bühne, Saat- und Pflanzgut u.a.“** (Konto 5244000000) verringerte sich hingegen von saldiert rd. 348 T€ auf rd. 292 T€ (-56 T€, -16,1 %). Nach einer signifikanten Aufwandssteigerung im Vorjahr (+109 T€, +259 %), reduzierten sich auch die Aufwendungen innerhalb des Produktes 1144 „ZGM“ von rd. 151 T€ auf rd. 127 T€ (-24 T€, -15,9 %). Die

**Rechnungsprüfung** hatte im Vorjahr moniert, dass diverse Buchungen aufgrund unzureichender Abgrenzung unzutreffend hier statt unter Konto 5231300/5231306 „Unterhaltsaufwendungen“ erfolgten. Das Fachamt hatte verbesserte interne Kontrollmechanismen zugesagt, die noch nicht im Berichtsjahr, aber im Folgejahr greifen sollten. Auch in dem Produkt 5551 „Kommunaler Forstbetrieb“ war erneut eine erwähnenswerte Aufwandsreduktion von rd. 79 T€ auf rd. 56 T€ (-23 T€, -29,4 %) festzustellen, wozu die Teilleistung 55510900 „Biologische Produktion“ maßgeblich beigetragen hat (-13 T€, -31 %).

Die weiteren Unterkonten (5244001000-4000 **„Bühnenbilder, Kostüme, Masken, laufende Aufwendungen“**) werden durch das Produkt 2611 „Stadttheater“ beeinflusst. U.a. bedingt durch die Einrichtung des Spielbetriebs auf der Festung Ehrenbreitstein stiegen dort die Aufwendungen leicht auf saldiert rd. 828 T€ (+51 T€, +6,6 %).

Die Ausgaben für **„Lehr- und Unterrichtsmittel“** bleiben mit rd. 1.003 T€ auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr (+8 T€). Maßgebendes Produkt ist hier das Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ und die dort inkludierte Teilleistung „Schulbuchausleihe“ mit einem, wenn auch leicht, gesunkenen Aufwand von rd. 729 T€ (-16 T€, -2,1 %). Durch die Beendigung einer Vielzahl von Ausleihzyklen wurden im Vor- und auch im Berichtsjahr entsprechende Neuanschaffungen von Schulbüchern erforderlich. Innerhalb des Produktes 2111 „Grundschulen“ wurden rd. 17 T€ (+16,2 %) mehr verausgabt. Diese Steigerung ist auf die wegen eines Brandschadens erforderlich gewordenen Neubeschaffungen in der Grundschule Pestalozzi zurückzuführen.

In dem Bereich **„Sonstiges“** ergaben sich um saldiert rd. 112 T€ (-16,4 %) gesunkene Aufwendungen. Ausschlaggebend dafür ist die dort beinhaltete Position „Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen“, innerhalb derer die Ausgaben von rd. 465 T€ auf rd. 267 T€ (-98 T€, -21,1 %) sanken. Minderaufwendungen ergaben sich dabei insbesondere in Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“, welches im Vorjahr noch von den Verpflegungskosten für ukrainische Geflüchtete in den Notunterkünften bestimmt war. Die letztjährig unter der insoweit einschlägigen Teilleistung 12290300 „Unterbringungskoordination“ zu verbuchenden rd. 153 T€ an Ausgaben, reduzierten sich im Berichtsjahr fast auf Null (rd. 1 T€). Demgegenüber zeigt sich bei Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ für die Dienstleistungen im Rahmen der Schulbuchausleihe mit rd. 190 T€ erneut eine steigende Tendenz (+20 T€, +11,8 %). Auch dies steht in Zusammenhang mit den im Vor- und Berichtsjahr erforderlich gewordenen Neuanschaffungen (siehe oben „Lehr- und Unterrichtsmittel“). Unter der Position „Sonstige Verbrauchsmittel“ sanken die Ausgaben von rd. 131 T€ auf rd. 109 T€ (-22 T€, -16,8 %), was auf den Wegfall der letzten pandemiebedingten Mehraufwendungen innerhalb des Produktes 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz“ zurückzuführen ist.

**■ Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Aufwendungen | | |
| für **Sach**leistungen | 221.114,51 | 73.763,16 |
| für **Dienst**leistungen | 5.168.042,89 | 4.628.982,49 |
| für Honorare | 2.000.277,80 | 2.079.895,38 |
| | **7.389.435,20** | **6.782.641,03** |

Der Gesamtansatz von 6.318.002 € wurde zwar erneut überschritten, mit saldiert rd. 464 T€ allerdings deutlich geringer als in den Vorjahren.

Nach einer bereits erheblichen Aufwandsreduzierung im **Vorjahr** (-2.250 T€, -23,3 %), setzt sich der Trend auch im Berichtsjahr fort (-607 T€, -8,2 %).

Innerhalb der **Sonstigen Aufwendungen für Sachleistungen** ist eine Ausgabenminderung von rd. 221 T€ auf rd. 74 T€ zu konstatieren (-147 T€, -66,5 %). Maßgebliches Produkt ist, wie bereits im Vorjahr, das Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl", Teilleistung 12290300 „Unterbringungskoordination". Dort reduzierten sich die durch die Ukraine-Krise bedingten Aufwendungen von rd. 169 T€ auf rd. 21 T€ (-148 T€, -87,6 %).

Bei den **Sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen** sanken die Ausgaben um insgesamt rd. 539 T€ (-10,4 %). Wiederholt ist hier das Produkt 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz" maßgeblich, innerhalb dessen in den letzten Jahren der für den Betrieb des Landesimpfzentrums und der für pandemiebedingte Sicherheitsdienste angefallene Aufwand abgebildet wurde. Nach Schließung des Landesimpfzentrums fielen lediglich noch letzte Restzahlungen an, woraus erneut eine erhebliche Aufwandsreduzierung auf rd. 37 T€ (-596 T€, -94,1 %) resultiert. Nach einem durch die Aufnahme ukrainischer Geflüchteter bedingtem Mehraufwand im Vorjahr, reduzieren sich auch in Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl" die Ausgaben nennenswert (-369 T€, -20,5 %). Innerhalb des Produktes 1231 „Verkehrsüberwachung" setzt sich der letztjährige Trend der Ausgabenminderung ebenfalls fort (-69 T€, -22,6 %), und zwar insbesondere im Bereich des ruhenden Verkehrs (Teilleistung 12310100) und der dort entstehenden Kosten für Abschleppvorgänge (-66 T€, -22,4 %). Ein nennenswerter Zuwachs auf rd. 632 T€ (+146 T€, +30 %) ergab sich hingegen in Produkt 1144 „ZGM", wozu insbesondere die Aufwendungen für Wach- und Sicherheitsdienste sowie Winterdienst beitrugen. Innerhalb des Produktes 4241 „Sportstätten und Bäder" verdoppelten sich die Ausgaben von rd. 75 T€ auf rd. 154 T€; ursächlich dafür war der vermehrt erforderlich gewordene Einsatz externer Rettungsschwimmer im Freibad Oberwerth, wodurch sich die diesbezüglichen Kosten von rd. 52 T€ auf rd. 112 T€ erhöhten. Nach dem pandemiebedingten Rückgang nahm auch der Aufwand in dem Produkt 2611 „Stadttheater", und zwar insbesondere für Einlass- und Garderobendienste, erneut deutlich zu (+76 T€, +59,4 %). Die in Produkt 2111 „Grundschulen" abgebildeten Ausgaben für die Betreuende Grundschule erhöhten sich infolge einer Neuausschreibung für das Schuljahr 2023/24 insgesamt von rd. 454 T€ auf rd. 540 T€ (+86 T€, +18,9 %). Das Folgejahr wird von dieser Kostensteigerung nicht erst unterjährig, sondern umfänglich betroffen sein. In Produkt 1221 „Sicherheit und Ordnung" stieg der Aufwand von rd. 248 T€ auf rd. 293 T€ (+45 T€, +18,1 %). Im Wesentlichen liegt dem eine unter der Teilleistung 12210500 „Sondernutzung" (Kostenstelle K312040E08) gebuchte Zahlung in Höhe von 40 T€ an die Koblenzer Verkehrsbetriebe (KOVEB) zugrunde. Diese erfolgte aufgrund einer seit dem Berichtsjahr geltenden vertraglichen Vereinbarung, auf deren Grundlage Erlöse aus Außenwerbung an Bushaltestellen-Wartehallen zu 100% an die KOVEB weiterzuleiten sind. Die organisatorische und finanzielle Abwicklung wird ab dem nächsten Jahr über Produkt 1113 „Öffentlichkeitsarbeit" (Kostenstelle K012000E02) erfolgen.

Die Aufwendungen für **Honorare** blieben im Vorjahresvergleich insgesamt betrachtet relativ konstant (+80 T€, +4 %). Die Ausgaben in Produkt 2313 „Kommunales Studieninstitut" erhöhten sich von 128 T€ auf 160 T€ (+32 T€, +25 %) und in Produkt 2611 „Stadttheater" von rd. 1.049 T€ auf rd. 1.178 T€ (+129 T€, +12,3 %). In Produkt 2512 „Ludwig Museum" war

nach deutlich erhöhten Ausgaben anlässlich des 30-jährigen Bestehens im Vorjahr eine wieder deutlich verbesserte Aufwandssituation festzustellen (-55 T€, -59,8 %). Auch in Produkt 2811 „Heimat- und Kulturpflege“ waren die Ausgaben mit rd. 37 T€ weiterhin rückläufig (-22 T€, -37,3 %).

**■ Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren**

Hierunter fallen beispielsweise Aufwendungen für die Erstellung von Ausweisen, Führerscheinen und Katalogen. Die Ist-Aufwendungen überschreiten den Haushaltsansatz von 952.700 € um rd. 115 T€ und liegen rd. 101 T€ (-8,6 %) unter dem Gesamtaufwand des Vorjahres.

In Produkt 1144 „ZGM“ war im Vorjahresvergleich festzustellen, dass sich der Wareneinkauf für den in der Touristeninformation betriebenen Shop von rd. 123 T€ auf rd. 84 T€ (-39 T€, -31,7 %) reduzierte. Ebenso tätigten beide städtische Museen weniger Ausgaben, und zwar insbesondere das „Ludwig Museum“ (Produkt 2512). Dort waren letztjährig aufgrund des 30-jährigen Bestehens in diesem von Katalogproduktionskosten geprägten Bereich um ein Vielfaches höhere Ausgaben angefallen (rd. 75 T€), die sich im Berichtsjahr mit rd. 16 T€ (-59 T€, -78,7 %) wieder nivellierten.

## 11. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO

Bei den Abschreibungen handelt es sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung.

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 3.190.570,12 | 3.229.087,69 |
| Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke | 384.150,50 | 406.283,16 |
| Abschreibungen auf bebaute Grundstücke | 5.952.624,16 | 6.409.995,34 |
| Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen | 13.610.782,50 | 13.647.513,65 |
| Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund | 254.872,48 | 332.564,00 |
| Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler | 80.424,00 | 86.525,87 |
| Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung | 4.606.443,99 | 5.151.728,56 |
| Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 | 0,00 |
| | **28.079.867,75** | **29.263.698,27** |

Die Summe der Abschreibungen wird im Anlagenspiegel mit 289.263.698,27 € angegeben und entspricht exakt dem Betrag in der Ergebnisrechnung.

Die Summe der Abschreibungen erhöhte sich zum Vorjahr deutlich um rd. 1.184 T€ (rd. 4,2 %) und lag um 901.998 € über dem Haushaltsansatz von 28.361.700 € (einschl. Nachträge).

**■ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände**

Zuwendungen und Investitionszuschüsse mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung wurden buchmäßig fortgeschrieben. Ebenso wurden die im Haushaltsjahr geleisteten Zuschüsse und Zuwendungen gemäß der vereinbarten mehrjährigen Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung anteilig abgeschrieben.
Von den Abschreibungen entfallen auf:

| | | |
|---|---|---|
| Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | mit | 75.494,02 € |
| Geleistete Zuwendungen / gezahlte Investitionszuschüsse | mit | 3.153.593,67 € |

Gegenüber dem Vorjahr entstand unter „Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten“ ein Minderaufwand von rd. 28 T€ während unter „Geleisteten Zuwendungen“ ein Mehraufwand in Höhe von 66 T€ zu verzeichnen war.

**■ Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke**

Der gesamte Wert bezieht sich auf Parkanlagen und Spielplätze.

**■ Abschreibungen auf bebaute Grundstücke**

Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke sind geprägt durch die Abschreibungen für Schulen mit rd. 3,441 Mio. €. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch die erstmalig erfolgte ganzjährige Abschreibung auf Zugänge des Vorjahres sowie Abschreibungen auf Neuzugänge des Berichtsjahres begründet.

**■ Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen**

Das Infrastrukturvermögen unterliegt bis auf den jeweiligen Grundstücksanteil der regelmäßigen bilanziellen Abschreibung. Der bedeutendste Teil der Aufwendungen entfällt auf den Bereich der Straßen mit rd. 11,24 Mio. €.

**■ Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund**

Die Abschreibungen bei den Bauten auf fremdem Grund und Boden wurden sowohl für das Stadion Oberwerth als auch für die übrigen Sportstätten vorgenommen. Sie entsprechen den im Anlagespiegel aufgelisteten Beträgen.

**■ Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler**

Die Abschreibungen setzen sich überwiegend aus den Abschreibungen für die Feste Franz, das Romanische Haus, das Fort Asterstein und den Weinbrunnen zusammen.

■ **Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge u. Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Es handelt sich um einen kumulierten Betrag, der sich wie folgt zusammensetzt:

| | | |
|---|---|---|
| Bilanzposition 1.2.7 | Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 2.253.451,23 € |
| Bilanzposition 1.2.8 | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.898.277,33 € |
| | | **5.151.728,56 €** |

Die Abschreibungen beider Bilanzpositionen sind aufgrund der Zugänge des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr um rd. 545 T€ gestiegen (1.2.7. + 268 T€, 1.2.8. + 277 T€).

## 12. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke | 39.765.930,50 | 52.879.178,77 |
| Schuldendiensthilfen | 3.375,00 | 3.405,05 |
| Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dergleichen | 11.116.016,57 | 10.337.804,12 |
| Allgemeine Umlagen | 5.561.477,00 | 0,00 |
| | **56.446.799,07** | **63.220.387,94** |

Die Aufwendungen liegen mit rd. 63,2 Mio. € um 5,8 Mio. € über dem Haushaltsansatz von rd. 57,4 Mio. € und rd. 6,8 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Insgesamt stellt dies zum Vorjahr einen Anstieg von 12,0 % dar.

■ **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke**

Hierunter werden u.a. sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse für die verbundenen Unternehmen, das Sondervermögen, die Eigenbetriebe sowie für den öffentlichen und privaten Bereich abgebildet. Gegenüber dem Voranschlag von 46.605 Mio. € ergaben sich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 6.274 Mio. €.

Zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen jedoch um rd. 13.113 T€. Hauptgrund für den deutlichen Anstieg sind Nachzahlungen für die Personal – und Sachkostenzuschüsse 7/2021 bis 12/2023 an die freien Kita –Träger infolge des Abschlusses einer Übergangsvereinbarung. Hierzu wurde im Berichtsjahr eine Rückstellung in Höhe von 10,57 Mio. Euro gebildet. (siehe auch sonstige Rückstellungen)

■ **Schuldendiensthilfen**

Die Schuldendienstleistungen betreffen ausschließlich den privaten Bereich. Die Hilfen liegen in der Regel vertraglich fest und bewegen sich mit 3.405,05 € geringfügig unter dem Planwert von 3.500,00.

■ **Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dgl.**

Hinter dieser Kostenart verbirgt sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage. Bei einem Ansatz von 10.845.900 € fielen tatsächliche Aufwendungen in Höhe von 10.337.804 € an und ergeben saldiert einen Minderaufwand von rd. 508 T€. Im Vergleich zum Vorjahr

(11.116.016 €) fiel die Umlage aufgrund gesunkener Gewerbesteuererträge um rd. 778 T€ niedriger aus.

**■ Allgemeine Umlagen**

Im Vorjahr beinhalteten die Allgemeinen Umlagen ausschließlich die durch die Finanzausgleichsmasse abzuführende Finanzausgleichsumlage mit einem Aufwand von 5.561.477 €. Im Berichtsjahr war keine Umlage abzuführen.

## 13. Aufwendungen der sozialen Sicherung

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB II | 23.931.370,67 | 27.285.344,17 |
| Leistungen nach SGB XII | 30.433.853,54 | 35.325.010,71 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB XII | 445.185,28 | 246.728,76 |
| Leistungen nach SGB VIII und SGB IX | 59.623.920,38 | 67.819.424,60 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB VIII und SGB IX | 1.565.781,53 | 1.549.891,48 |
| Sonstige Leistungen | 9.590.062,91 | 9.492.902,51 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen für sonstige Leistungen | 962.405,28 | 970.618,38 |
| Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke sozialer Sicherung | 5.806.205,26 | 4.811.928,60 |
| | **132.358.784,85** | **147.501.849,21** |

Als Aufwendungen der sozialen Sicherung avisierte der Haushaltsplan bei der Kontengruppe 55 insgesamt 143.733.214 €. Von diesem **Haushaltsansatz** weicht das Ist-Ergebnis des Berichtsjahres saldiert nur leicht ab (+3.769 T€, +2,6%). Die Planüberschreitung ist weit überwiegend auf die Einzelpositionen „Leistungen nach SGB VIII und SGB IX“ (+4.754 T€,+7,5 %) und „Kostenbeteiligungen und Erstattungen nach SGB II“ (+1.998 T€; +7,8%) zurückzuführen.

Im **Vorjahresvergleich** erhöhten sich die Aufwendungen saldiert um rd. 15.143 T€ (+11,4 %).

**■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB II**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kosten der Unterkunft und Heizung | 22.892.230,64 | 25.947.811,18 |
| Einmalige Leistungen | 322.700,89 | 348.736,21 |
| Eingliederung für Arbeitssuchende | 97.856,68 | 154.869,11 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach § 28 SGB II (BuT) | 618.582,46 | 833.927,67 |
| | **23.931.370,67** | **27.285.344,17** |

Für Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB II waren im Haushalt 25.287.733 € veranschlagt. Dieser **Ansatz** wurde um rd. 1.998 T€ (7,9 %) überschritten.

Den Haushaltsplanungen liegen die jährlich vom Bund bekanntgegebenen Prognosewerte zugrunde.

Im **Vorjahresvergleich** ist eine deutliche Aufwandssteigerung um insgesamt rd. 3.354 T€ (+14,0 %) festzustellen. Ausschlaggebend dafür waren die um rd. 3.055 T€ (+13,3 %) gestiegenen Kosten der Unterkunft und Heizung. Auch in allen anderen Bereichen sind Aufwandssteigerungen zu verzeichnen.

**■ Leistungen nach SGB XII**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen | | |
| **überörtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 3.487.992,74 | 3.772.318,18 |
| **überörtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 28.941,88 | 28.406,26 |
| **örtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 19.828.024,51 | 23.017.717,67 |
| **örtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 0,00 | 1.512,22 |
| Leistungen **innerhalb** von Einrichtungen | | |
| **überörtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 6.935.676,37 | 8.402.948,09 |
| **überörtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 53.565,38 | 119,36 |
| **örtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 95.251,50 | 98.013,66 |
| **örtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 0,00 | 0,00 |
| Sonstige Leistungen | 4.401,16 | 3.975,27 |
| | **30.433.853,54** | **35.325.010,71** |

Die Leistungen nach SGB XII (Kontengruppe 55) umfassen die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Gesundheit, zur Pflege, zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und anderer Lebenslagen.

Für diese Leistungen des SGB XII sah der **Haushaltsansatz** insgesamt 37.280.000 € vor, welcher im Ergebnis um rd. 1.955 T€ unterschritten wurde.

Gegenüber dem **Vorjahr** erhöhten sich die Aufwendungen insgesamt um rd. 4.891 T€ (+16,1 %). Insgesamt prägend ist das Produkt „Grundversorgung und Hilfen gem. SGB XII“ mit seinen jeweiligen Teilleistungen.
Die deutlichste Steigerung weist erneut der Bereich **Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung** auf (+3.190 T€, +16,1 %). Die kostenintensivsten Teilleistungen sind die „Grundsicherung“ mit rd. 17.241 T € (+1.858 T€, +12,1 %), die „Hilfe zur häuslichen Pflege“ mit rd. 3.706 T€ (+710 T€, +23,7

%) und die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ mit rd. 1.483 T€ (+148 T€, +11,1 %). Im Bereich der Grundsicherung kam neben einer geringen Fallzahlensteigerung die Anhebung der Regelsätze per 01.01.2023 um 11,8 % zum Tragen.
Auf die Leistungen **innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung** entfällt im Berichtsjahr eine Steigerungsrate von 1.467 T€ (+21,2 %), nachdem im Vorjahr noch eine deutliche Aufwandsreduzierung festzustellen war (-2.847 T€, -28,6 %). Hauptursächlich für diese Entwicklung ist die Teilleistung „Hilfe zur Pflege, vollstationär“, bei der sich die Ausgaben um rd. 1.234 T€ auf rd. 6.586 T€ erhöhten (+23,1 %).

■ **Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeteiligungen nach AGSGB XII an das Land | 445.185,28 | 246.728,76 |
| Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger | 0,00 | 0,00 |
| | **445.185,28** | **246.728,76** |

Es handelt sich um die jährlich fällig werdende Kostenbeteiligung an den Aufwendungen des Landes für die „Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“ (Produkt 3111 „Grundversorgung/Hilfen SGB XII“). Für diese Aufwendung nach SGB XII waren im Haushalt 240.000 € eingeplant.

■ **Leistungen nach SGB VIII und SGB IX**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| **Leistungen nach SGB VIII** | | |
| **<u>außerhalb</u> von Einrichtungen** | | |
| allgemein | 5.191.774,41 | 6.639.104,38 |
| allgemein abrechnungsfähig | 62.29,87 | 117.439,99 |
| Eingliederungshilfe | 1.005.018,23 | 1.337.294,79 |
| Eingliederungshilfe abrechnungsfähig | 480,00 | 8.442,00 |
| **Leistungen nach SGB VIII** | | |
| **<u>innerhalb</u> von (voll- und teilstatio-** | | |
| **nären) Einrichtungen** | | |
| allgemein | 5.234.901,24 | 5.886.330,31 |
| allgemein abrechnungsfähig | 718.885,43 | 921.652,12 |
| Eingliederungshilfe | 414.319,62 | 401.766,05 |
| Eingliederungshilfe, abrechnungsfähig | 0,00 | 14.337,00 |
| Heimerziehung | 8.343.177,52 | 10.040.430,61 |
| Heimerziehung abrechnungsfähig | 218.873,73 | 148.209,10 |
| Betreute Wohnform | 496.724,02 | 1.095.661,30 |
| Betreute Wohnform abrechnungsfähig | 0,00 | 0,00 |
| **Leistungen nach SGB IX** | | |
| Eingliederungshilfe | | |
| - Kommunaler Träger | 6.207.147,88 | 6.696.235,64 |
| - Land als Träger (Konto 555401) | 31.412.558,63 | 33.922.964,09 |
| - Land als Träger (Konto 555402) | 242.872,25 | 294.513,27 |
| Sonstige Leistungen | 74.892,55 | 295.043,95 |
| | **59.623.920,38** | **67.819.424,60** |

Die Ist-Gesamtaufwendungen der Kontenart 555 (Leistungen nach dem **SGB VIII und SGB XI**) überschreiten die **geplanten Gesamtaufwendungen** in Höhe von rd. 63.065.000 T€ um rd. 4.754 T€ (+7,5 %). Dies ist im Wesentlichen auf den Bereich des **SGB VIII** mit saldierten Aufwendungen in Höhe von rd. 26.611 T€ zurückzuführen, die rd. 4.411 T€ über dem **Haushaltsansatz** von 22.200 T€ liegen.

Die signifikantesten Überschreitungen zeigen sich bei den folgenden Leistungen nach **<u>SGB VIII</u>**:

Leistungen außerhalb von Einrichtungen, allgemein (+1.619 T€, +32,3 %)
Leistungen innerhalb von Einrichtungen, Heimerziehung (+1.540 T€, +18,1 %)
Leistungen innerhalb von Einrichtungen, Betreute Wohnform (+616 T€, +77,9 %).

Neben der pauschalen Entgelterhöhung auf Grundlage der Entscheidung der Jugendhilfekommission (§ 78e Abs. 3 SGB VIII), die im Berichtsjahr mit 11,98 % signifikant hoch ausfiel, haben sich die allgemein gestiegenen Fallzahlen ausgewirkt.

Korrespondierend dazu zeigt sich auch im **Vorjahresvergleich** saldiert eine erhebliche Aufwandssteigerung (+8.195 T€, +13,7 %), wozu vorrangig die innerhalb des **SGB VIII** um rd. 4.925 T€ auf rd. 26.611 T€ gestiegenen Aufwendungen beigetragen haben (+22,7 %). Innerhalb des **SGB IX** ist ein Zuwachs von rd. 37.937 T€ auf rd. 41.209 T€ festzustellen (+3.272 T€, +8,6 %).

Unter der Position „**Leistungen außerhalb von Einrichtungen allgemein**“ erhöhten sich die Aufwendungen von rd. 5.192 T€ auf rd. 6.639 T€ (+1.447 T€, +27,9 %). Die hier beinhalteten Produkte 3611 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege“ und 3631 „Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ weisen beide eine Aufwandsmehrung auf. In Produkt 3611 setzt sich die steigende Tendenz des Vorjahres mit einem Ergebnis von rd. 3.076 T€ fort (+665 T€, +27,6 %) fort. Davon entfallen rd. 3.019 T€ auf die Teilleistung „Tagespflege“ (+71 T€, +28,6 %), bedingt durch eine Fallzahlensteigerung und eine höhere Sachkostenpauschale. Nach einem leichten Rückgang im Vorjahr sind die Ausgaben in Produkt 3631 wieder von rd. 2.780 T€ auf 3.563 T€ gestiegen (+783 T€, +28,2 %). Hauptursächlich dafür ist die Teilleistung „Andere Hilfen zur Erziehung“ mit einer signifikanten Steigerung von rd. 115 T€ auf rd. 450 T€ (+335 T€). Im Berichtsjahr haben sich insbesondere kostenintensive Einzelfälle in Form der gemeinsamen Unterbringung gesamter Familien ausgewirkt. Hinzutraten Ausgaben für Dolmetscher, die seit dem Berichtsjahr hier als Einzelkosten gebucht werden und kontinuierlich zunehmen. Die Teilleistung „Sozialpädagogische Familienhilfe“ verzeichnete ebenfalls eine Aufwandssteigerung, und zwar von rd. 1.970 T€ auf rd. 2.296 T€ (+326 T€, +16,5 %).

Auch die „**Leistungen außerhalb von Einrichtungen, Eingliederungshilfe“** (§ 35a SGB VIII) weisen mit rd. 1.337 T€ einen beträchtlichen Zuwachs um rd. 332 T€ (+33 %) auf.

Bei den „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, allgemein**“ ist eine Aufwandserhöhung um rd. 651 T€ (+12,4 %) zu verzeichnen. Die höchsten Ausgaben mit rd. 3.231 T€ finden sich innerhalb der Teilleistung „Erziehung in einer Tagesgruppe“ (+555 T€, +20,7 %). Eine weitere erwähnenswerte Steigerung ist in der Teilleistung „Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“ festzustellen (+117 T€, +48,9 %). Die Ausgaben für „Vollzeitpflege“ blieben mit rd. 1.018 T€ hingegen relativ konstant (+97 T€, +10,5 %). Indes sank der Aufwand innerhalb der weiteren relevanten Teilleistung „Gemeinsame Wohnformen Mütter, Väter und Kind“ leicht von rd. 1.246 T€ auf rd. 1.066 T€ (-180 T€, -14,4 %).

Die „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Eingliederungshilfe**“ veränderten sich gegenüber dem Vorjahr unmerklich (-12 T€, -3 %).

Die „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Heimerziehung**“ weisen mit rd. 8.803 T€, wie bereits im Vorjahr, eine steigende Tendenz auf (+1.350 T€, +18,1 %). Diese spiegelt sich insbesondere in den Teilleistungen „Heimerziehung“ (+1.350 T€, +18,1 %) und „Heimerziehung, unbegleitete minderjährige Ausländer“ (+341 T€, +71,2 %) wider, wo sich neben der allgemeinen Kostensteigerung wieder gestiegene Fallzahlen auswirken.

Unter der Position „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Betreute Wohnform**“ ist eine Vervielfachung der Aufwendungen von rd. 479 T€

auf rd. 1.096 T€ (+599 T€) festzustellen. Auch hier ist hauptursächlich die entsprechende Teilleistung im Bereich der unbegleiteten minderjährigen Ausländer, die eine signifikante Zunahme von rd. 357 T€ auf rd. 965 T€ ausweist (+608 T€, +170,3 %).

Die Aufwendungen für Leistungen nach dem **SGB IX** überschritten den **Haushaltsansatz** von 40.865.000 € vernachlässigbar um rd. 344 T€.

Gegenüber dem **Vorjahr** steigerten sich die Aufwendungen insgesamt um rd. 3.272 T€ (+8,6 %).

Bei den **Leistungen der Eingliederungshilfe im Zuständigkeitsbereich des kommunalen Trägers** sind Mehraufwendungen von rd. 489 T€ (+7,9 %) zu konstatieren. Diese resultieren aus dem insoweit prägenden Produkten 3163 „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“, wo sich die Ausgaben von rd. 2.756 T€ auf rd. 3.410 T€ steigerten (+654 T€, +23,7 %). Hingegen fielen die Ausgaben in Produkt 3164 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“ mit rd. 3.162 T€ leicht niedriger aus (-168 T€, -5 %). Neben einem leichten Plus im Bereich der Heilpädagogischen Leistungen (+42 T€, +1,4 %) reduzierte sich der Aufwand für Assistenzleistungen im originären Zuständigkeitsbereich des kommunalen Trägers deutlich (-207 T€, -91,6 %), letzteres allerdings lediglich infolge erforderlicher Umbuchungen. Das Fachamt hatte unterjährig festgestellt, dass hier abgebildete Assistenzleistungen an Hilfeempfänger innerhalb von Einrichtungen des Betreuten Wohnens erfolgen, die auf Konto 55590 „Sonstige Leistungen“ (Betreutes Wohnen) zu buchen sind. Das sukzessive Inkrafttreten des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) bringt zukünftig weiterhin Änderungen der Buchungssystematik mit sich.

In dem Bereich der **Leistungen der Eingliederungshilfe – Land als Träger, 50 % abrechnungsfähig** war ein Aufwandszuwachs auf rd. 33.923 T€ (+2.511 T€, +8,0 %) zu verzeichnen.
Im Berichtsjahr ist dies hauptsächlich auf Produkt 3164 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“ zurückzuführen. Dort stiegen die Ausgaben von rd. 22.654 T€ auf rd. 25.595 T€ (+2.941 T€, +13,0 %), wozu die dort beinhalteten „Assistenzleistungen“ maßgeblich beigetragen haben (+2.753 T€, +15,6 %). Ein auffallender Abwärtstrend zeigt sich hingegen in Produkt 3169 „Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe“, wo die Ausgaben von rd. 351 T€ auf rd. 79 T€ (-272 T€, -77,5 %) sanken. Hier schlug der Wegfall der Corona-Sonderzahlungen zu Buche. Innerhalb des Produktes 3162 „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ blieb die Aufwandslage mit rd. 8.224 T€ fast konstant (-168 T€, -2 %). Dort sind die Leistungen zur Beschäftigung im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen mit rd. 8.069 T€ prägend (-235 T€, -2,8 %).

Bei den signifikant gestiegenen **„Sonstigen Leistungen**“ handelt es sich um gesondert abzubildende Assistenzleistungen im Rahmen des Betreuten Wohnens (+220 T€). Wie oben bereits ausgeführt, wurden seit dem Berichtsjahr bestimmte Leistungen nicht mehr unter „Eingliederungshilfe im Zuständigkeitsbereich des kommunalen Trägers“, sondern nach hier verbucht. Im Falle erwachsener Hilfeempfänger ist der Zuständigkeitsbereich des überörtlichen Trägers eröffnet.

■ **Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII und SGB IX**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeteiligungen nach **SGB VIII** | | |
| – außerhalb von Einrichtungen | 59.631,31 | 67.324,43 |
| Kostenerstattungen nach **SGB VIII** | | |
| – innerhalb von Einrichtungen | 1.402.024,97 | 1.235.396,82 |
| – außerhalb von Einrichtungen | 70.881,38 | 192.119,04 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach **SGB IX/AGSGB IX** | | |
| - Kommunaler Träger | 30.591,88 | 55.051,19 |
| - Land als Träger | 2.651,99 | 0,00 |
| | **1.565.781,53** | **1.549.891,48** |

Die tatsächlichen Aufwendungen entsprechen saldiert mit einer marginalen Abweichung dem **Planansatz** von 1.495.000 €.

Im Vergleich zum **Vorjahr** bleiben die Beteiligungen/Erstattungen nach **SGB VIII** insgesamt konstant (+37 T€, +2,4 %).

Die Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach **SGB IX/AGSGB IX** erhöhen sich um rd. 22 T€ (+65,6 %).

■ **Sonstige Leistungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) | 4.336.545,54 | 3.621.935,51 |
| Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) | 4.131.220,66 | 4.577.530,70 |
| Landesblindengeldgesetz und Landespflegegeldgesetz | 833.991,52 | 790.585,31 |
| Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz | 289.135,02 | 494.274,08 |
| Sonstige Leistungen | -829,83 | 8.576,91 |
| | **9.590.062,91** | **9.492.902,51** |

Die Ist-Aufwendungen verfehlen den **Haushaltsansatz** von insgesamt 9.516.500 € minimal.

Im **Vorjahresvergleich** zeigt sich eine zu vernachlässigende Aufwandsreduktion von saldiert rd. 97 T€ (-1,0 %).
In der Einzelbetrachtung zeigen sich allerdings nennenswerte Abweichungen. So sinken die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** nach einem signifikanten Zuwachs infolge des Ukraine-Krieges im Vorjahr (+53,5 %) auf rd. 3.622 T€ (-715 T€, -16,5 %). Demgegenüber haben sich die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz (BKKG) erheblich gesteigert (+205 T€, +70,9 %). Ursächlich dafür ist die Wohngeldreform sowie die Erweiterung der Anspruchsvoraussetzungen für

den Bezug eines Kindergeldzuschlags und dem damit einhergehenden Anstieg von Berechtigten, die wiederum zugleich einen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe haben.

■ **Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) | 735.038,32 | 750.512,55 |
| Vollzug des Betreuungsgesetzes | 100.172,00 | 100.407,00 |
| Sonstige | 127.194,96 | 119.698,83 |
| | **962.405,28** | **970.618,38** |

Die Aufwendungen für Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen liegen im Ergebnis rd. 263 T€ unter dem **Haushaltsansatz** von 1.233.937 €.

Im **Vorjahresvergleich** bleiben die saldierten Aufwendungen konstant. Dies gilt in der konkreten Betrachtung auch für die Positionen der Leistungen nach dem **Unterhaltsvorschussgesetz** (+15 T€, +2,0 %) und nach dem **Betreuungsgesetz** (+0 T€). Unter der Position **„Sonstige“** ergab sich hingegen in den darin enthaltenen Leistungen eine nennenswerte Veränderung. Hier wird insbesondere die Krankenbehandlung nach § 264 SGB V (Produkt 3111 „Grundversorgung, Hilfen SGB XII“) abgebildet, wo sich u.a. durch die Versorgung ukrainischer Geflüchteter ein im Verhältnis beachtlicher Mehraufwand ergab (+67 T€, +167,5 %). Weiterhin finden sich dort die Kostenbeteiligungen für die Psychiatriekoordination/Kontaktstelle für psychisch Kranke (Produkt 3311 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“). Diese reduzierten sich lediglich vermeintlich um rd. 37 T€ (-24,5 %), da die Schlussabrechnung der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz für das Berichtsjahr noch aussteht.

■ **Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| An private Unternehmen | 19.208,39 | 0,00 |
| An übrige Bereiche (z.B. Kirchen) | 580.863,96 | 611.535,11 |
| Sonstiges | 2.904.643,97 | 1.596.719,95 |
| Zuwendungen an freie Träger | 718.772,54 | 962.104,33 |
| Sonstiges (z.B. Sachkostenzuschuss) | 1.582.716,40 | 1.641.569,21 |
| | **5.806.205,26** | **4.811.928,60** |

Der veranschlagte **Haushaltsansatz** von 5.610.044 € wurde um rd. 798 T€ unterschritten.

Im **Vorjahresvergleich** reduzieren sich die Aufwendungen saldiert um rd. 994 T€ (-17,1 %). Zu dieser Entwicklung hat insbesondere die Position **„Sonstiges“** beigetragen, die einen um rd. 1.307 T€ (-45,0 %) gesunkenen Aufwand ausweist. Hintergrund sind Buchungsvorgaben des Statistischen Landesamtes zu dem anlässlich des Inkrafttretens des KitaG im Jahr 2021 neu eingeführten Produkts 3655 „Förderung anderer Träger“.

Die dort erstmals im Vorjahr zu verzeichnenden Zahlungen im Rahmen des „Sozialraumbugdets“ gem. § 25 Abs. 5 KitaG (rd. 1.478 T€) wurden hier unter Konto 55991 gebucht, sind aber ab dem Berichtsjahr unter den Konten 54151 bzw. 54190 (Zeile 12 Zuwendungen, Umlagen, sonstige Transferleistungen) auszuweisen. Die unter der Position „**Zuwendungen an freie Träger“** ersichtliche Aufwandsmehrung (+243 T€, +33,8 %) resultiert hauptsächlich aus Produkt 3631 „Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“). Dort steigerten sich die Aufwendungen für die „Schulsozialarbeit“ (Teilleistung 36310200) von rd. 389 T€ auf rd. 636 T€ (+247 T€, +63,5 %), und zwar einhergehend mit der Erhöhung der durch den Träger eingesetzten Vollzeitäquivalente von 7 auf 9 ab Mitte des Berichtsjahres. Im Bereich „Sonstiges (z.B. Sachkostenzuschuss)“ veränderte sich der Aufwand saldiert erneut unmerklich (+ 59 T€, +3,7 %). Unter diese Position fallen insbesondere die Sachkostenzuschüsse KiTa freie Träger und auch Mietkosten. In dem insoweit relevanten Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“ war, wie bereits im Vorjahr, ein Rückgang festzustellen, und zwar von rd. 787 T€ auf 715 T€ (-72 T€, -9,1 %). Demgegenüber erhöhten sich die Ausgaben in Produkt 3621 „Jugendarbeit“ von rd. 243 T€ auf rd. 312 T€ (+69 T€, +28,4 %). Dazu hat erneut die Teilleistung „Außerschulische Jugendbildung“ mit Umsetzung der Landeszuwendung „Aktionsprogramm – Aufholen nach Corona“ entscheidend beigetragen.

## 14. Sonstige laufende Aufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen | 1.519.636,17 | 1.714.607,65 |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 15.680.395,10 | 17.441.903,65 |
| Geschäftsaufwendungen | 3.142.564,61 | 3.310.723,59 |
| Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges | 1.881.787,95 | 2.238.321,58 |
| Verluste aus Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc. | 1.809.417,01 | 1.264.400,97 |
| Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen | 133,82 | 147,00 |
| Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 2.901.337,96 | 1.792.915,46 |
| Sonstige Steueraufwendungen | 96.045,09 | 109.692,18 |
| Sonstige laufende Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit | 2.524.871,95 | 2.245.479,61 |
| | **29.556.189,66** | **30.118.191,69** |

Die sonstigen laufenden Aufwendungen betrugen 30.118.191 €; sie lagen damit über dem Haushaltsvoranschlag von 29.513.397 €, um saldiert 604.794 €. Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um insgesamt 562.002 € (+ 1,9 %), wobei insbesondere die Abweichungen im Bereich „Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“ mit + 1.762 T€ sowie die „Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ mit - 1.108 T€ erwähnenswert sind.

■ **Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung | 397.212,80 | 466.722,00 |
| Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge | 706.825,44 | 818.670,33 |
| Aufwendungen für allgem. Betreuung von Bediensteten | 56.737,25 | 87.063,31 |
| Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände | 325.484,51 | 317.535,09 |
| Sonstige Personalnebenaufwendungen | 33.376,17 | 24.616,92 |
| | **1.519.636,17** | **1.714.607,65** |

Während gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 1.967.353 € Minderaufwendungen in Höhe von ca. 214 T€ festzustellen sind, ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein deutlicher Anstieg der „Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen“ in Höhe von 195 T€. Während sich die Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung bzw. Umschulungen um ca. 70 T€ erhöhten, ergab sich bei den Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge ein Anstieg um 112 T€.

■ **Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Mieten, Pachten und Erbbauzinsen | 5.312.645,34 | 5.405.196,62 |
| Leasing | 88.446,26 | 148.568,72 |
| Datenverarbeitung | 6.135.209,99 | 7.012.187,74 |
| Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen | 3.021.534,77 | 3.391.586,35 |
| Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten | 1.122.558,74 | 1.484.364,22 |
| | **15.680.395,10** | **17.441.903,65** |

Der Haushaltsansatz war mit 18.603.353 € abermals zu hoch bemessen. Die Einsparungen betrafen im Wesentlichen die Aufwendungen für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (- 1.376 T€), die Datenverarbeitungskosten (- 364 T€) während sich bei den Sonstigen Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten (+ 360 T€) und bei den Mieten und Pachten Mehraufwendungen in Höhe von 168 T€ ergaben. Das Rechnungsprüfungsamt regt zum **wiederholten** Mal an, dass die Fachämter in diesen Bereichen zukünftig realistischere Planzahlen ansetzen.

Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 1.761 T€ (11,2 %). Hervorzuheben sind die Aufwendungen für die Datenverarbeitung mit einem Anstieg um 877 T€ und die Aufwendungen für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen mit einem Anstieg von 370 T€. Weiterhin ergaben sich bei den Sonstigen Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten Mehraufwendungen von insgesamt 362 T€, im Wesentlichen bedingt durch die Einführung des Deutschland Job Tickets zum 01.05.2023 (+157 T€) sowie den Erhöhungen im Bereich des Theaters (+64 T€) und der kommunalen Wirtschaftsförderung (+57 T€).

## ■ Geschäftsaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Büromaterial | 397.469,06 | 446.063,04 |
| Fachliteratur,- zeitschriften | 256.217,55 | 251.969,62 |
| Porto und Versandkosten | 555.265,35 | 539.809,54 |
| Fernmelde- und Rundfunkgebühren | 637.317,58 | 622.466,03 |
| Öffentliche Bekanntmachungen | 343.972,68 | 446.534,66 |
| Öffentlichkeitsarbeit | 456.072,15 | 445.531,79 |
| Bankgebühren | 160.183,10 | 259.868,66 |
| Transportkosten | 103.885,13 | 29.167,30 |
| Sonstiges | 232.182,01 | 269.312,95 |
| | **3.142.564,61** | **3.310.723,59** |

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.561.391 € ergeben sich Minderaufwendungen von 250.667 €. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von 168.159 € = 5,4 % zu verzeichnen. Den Anstiegen in den Bereichen Büromaterial (+ 49 T€), öffentliche Bekanntmachungen (+ 103 T€), Bankgebühren (+ 100 T€), Sonstiges (+ 37 T€) stehen Minderaufwendungen in den Bereichen Fachliteratur,- zeitschriften (- 4 T€), Porto und Versandkosten (- 16 T€), Fernmelde- und Rundfunkgebühren (- 15 T€), Öffentlichkeitsarbeit (- 11 T€), Transportkosten (- 75 T€) gegenüber.

## ■ Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Versicherungsbeiträge | 1.554.285,23 | 1.873.193,88 |
| Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen | 326.406,72 | 362.758,17 |
| Sonstige | 1.096,00 | 2.369,53 |
| | **1.881.787,95** | **2.238.321,58** |

Das Abschlussergebnis erhöhtes sich im Wesentlichen durch den deutlichen Anstieg der Versicherungsbeiträge (+ 319 T€) um insgesamt 357 T€. Der Haushaltsvoranschlag von 2.447.975 € wurde im Bereich der Versicherungsbeiträge um 242 T€ unter- sowie im Bereich der Beiträge um 32 T€ überschritten.

## ■ Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens, Wertminderungen des Umlaufvermögens, Einstellungen in Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | 725.098,02 | 67.417,77 |
| Wertberichtigungen zu Forderungen | 1.073.600,49 | 1.184.519,70 |
| Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten | 10.718,50 | 12.463,50 |
| | **1.809.417,01** | **1.264.400,97** |

Die tatsächlichen Aufwendungen weichen in einem erheblichen Maß (+ 567.251 €) von dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 697.150 € ab; zum Vorjahr reduzierte sich der Aufwand um rd. 545 T€.

Bei den Verlusten aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 67.418 € handelt es sich hauptsächlich um Verluste aus den Abgängen bei den Sachanlagen. Enthalten sind im wesentlichen Buchverluste bei dem Verkauf von Grundstücken.

Bei den Einzelwertberichtigungen fielen im Berichtsjahr insgesamt 1.185 T€ an außerordentlichen Aufwendungen an. Die Pauschalwertberichtigung wurde im Berichtsjahr reduziert.

Die Einstellung in den Sonderposten betrifft ausschließlich den Zugang beim Festwert Bäume aufgrund von 15 Baumspenden.

### ■ Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer Koblenz Touristik / Rhein-Mosel-Halle | 1.893.191,59 | 784.770,12 |
| Kapitalertragssteuer für Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz | 949.500,00 | 949.500,00 |
| Kapitalertragsteuer Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 55.387,50 | 55.387,50 |
| Kapitalertragsteuer BgA Parkplätze | 3.000,00 | 3.000,00 |
| Sonstige | 258,87 | 257,84 |
| | **2.901.337,96** | **1.792.915,46** |

Die tatsächlichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsansatz (1.578 T€) um rd. 215 T€ während sich gegenüber dem Vorjahresergebnis ein Rückgang von 1.108 T€ = 38,2 % ergab.

Für die Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz an den Kernhaushalt ist Kapitalertragssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag abzuführen. Der Aufwand hierfür betrug rd. 950 T€.

### ■ Sonstige Steueraufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Grundsteuer | 83.427,50 | 95.611,47 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 12.617,59 | 14.080,71 |
| | **96.045,09** | **109.692,18** |

Die tatsächlichen Aufwendungen reduzierten sich zum Haushaltsansatz von 111 T€ um rd. 2 T€; zum Vorjahresergebnis ist ein Anstieg um rd. 14 T€ zu verzeichnen.

■ **Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Zuwendungen an Fraktionen | 415.679,79 | 457.709,08 |
| Verfügungsmittel | 1.050,98 | 663,05 |
| Repräsentationen | 19.820,92 | 22.247,30 |
| Sonstige | 2.088.320,26 | 1.764.860,18 |
| | **2.524.871,95** | **2.245.479,61** |

Die Aufwendungen der Kostenart 569 haben sich zum Ansatz um 1.700 T€ erhöht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang in Höhe von 279 T€ zu verzeichnen. Die unter der Sammelposition „Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Konten enthalten in 2023 im Wesentlichen die Zuwendungen an die Stadtratsfraktionen (458 T€), die sich gegenüber dem Vorjahr um 42 T€ erhöht haben, sowie zum größten Teil Korrekturen bzgl. Aktivierungen von Anlagevermögen im Berichtsjahr. Hierbei werden konsumtive Anteile für Investitionsprojekte als periodenfremder Aufwand erfasst. Der größte Anteil entfielen auf den Sachverhalt des Projektes „Entwicklungsplan Flugfeld Karthause“ (593 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **15.** | **Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 9 bis 14)** | **453.172.085,74 €** | **481.993.356,65 €** |

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 470.184.815 € um saldiert 11.808.542 € auf 481.993.357 € erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 453.172.086 € haben sich die Gesamtaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit um saldiert 28.821.271 € = 6,4 % erhöht, wobei die vorstehend erläuterten Mehraufwendungen im Wesentlichen durch einen Anstieg im Bereich der Sach- und Dienstleistungen (+ 5.305 T€), der Abschreibungen (+ 1.184 T€) sowie den Zuwendungen / Aufwand der sozialen Sicherung (saldiert + 21.917 T€) begründet sind. Die Änderungen im Bereich der sonstigen laufenden Aufwendungen (+ 562 T€) sind für den Anstieg des Ergebnisses der Zeile 15 im Berichtsjahr von untergeordneter Bedeutung.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **16.** | **Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo 8 und 15)** | **+ 24.118.918,36 €** | **- 23.759.502,24 €** |

Die Zeile 16 der Ergebnisrechnung stellt durch Saldierung der Zeilen 8 und 15 das laufende Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit der Kommune dar. Für das Jahr 2023 wird ein **Verlust** von 23.759.502 € ausgewiesen (Haushaltsansatz: Überschuss in Höhe von 5.471.331 €). Insofern ist gegenüber dem Planansatz eine Verschlechterung von 29.230.833 € festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich das laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit um 47.878.421 €.

## 17. Zins- und sonstige Finanzerträge

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinserträge für Kredite und Guthaben | 191.540,28 | 1.029.986,66 |
| Zinsen aus Stundungen und Verrentungen | -8.287,00 | 6.073,00 |
| Erträge aus verbundenen Unternehmen | 6.370.596,67 | 6.370.588,08 |
| Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts | 23.650,01 | 177.868,68 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 116.287,66 | 853.677,25 |
| | **6.693.787,62** | **8.438.193,67** |

### ■ Zinserträge für Kredite und Guthaben

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinserträge für Kredite von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein: 348 T€), Banken, Sparkassen und Versicherungen (649 T€) sowie vom sonstigen Bereich (33 T€).

### ■ Erträge aus verbundenen Unternehmen

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus verbundenen Unternehmen vor allem aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 6.000 T€ und der Aufbaugesellschaft von 350 T€. Für die stille Beteiligung am Blumenhof wurden insgesamt 20 T€ ausgeschüttet.

### ■ Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts

Diese Position beinhaltet die Erträge aus den nicht rechtsfähigen Stiftungen (51 T€) sowie Ausschüttungen des EB 70 (127 T€).

### ■ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Verspätungszuschläge für die Gewerbesteuer (T€ 106), Zinsen für Aussetzung der Vollziehung (678 T€), Avalprovisionen (20 T€) sowie Zinserträgen aus Derivaten für Investitionen (48 T€).

## 18. Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinsaufwendungen a. d. öffentl. Bereich | 52.861,45 | 1.158,89 |
| Zinsaufwendungen an Sondervermögen | 0,00 | 428.463,58 |
| Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt | 7.672.487,21 | 8.050.007,02 |
| Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Bereich | 1.322.348,27 | 1.216.456,32 |
| Sonstige Zinsen, Finanzaufwendungen | 3.444.089,47 | 2.016.703,94 |
| | **12.491.786,40** | **11.712.789,75** |

Während sich der Zins- und Finanzaufwand gegenüber dem Vorjahr um 778.996 € = 6,2 % reduzierte, ergab sich zum Ansatz (11.582 T€) ein geringfügiger Anstieg um rd. 131 T€.

### ■ Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinsen für langfristige Darlehen | 6.928.337,56 | 7.323.905,90 |
| Zinsen für Liquiditätskredite | 744.149,65 | 726.101,12 |
| | **7.672.487,21** | **8.050.007,02** |

Die Zinsen für langfristige Darlehen (+ 396 T€) haben sich im Berichtsjahr deutlich erhöht. Grund für den Anstieg ist im Wesentlichen die Neuaufnahme von Investitionskrediten in 2022 und im Berichtsjahr.

Gleichzeitig blieben die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung nahezu unverändert.

### ■ Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Bereich

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinsen an Versicherungsunternehmen | 1.253.662,52 | 1.195.102,32 |
| Sonstige | 68.685,75 | 21.354,00 |
| | **1.322.348,27** | **1.216.456,32** |

Die Zinsen für langfristige Darlehen gegenüber Versicherungsunternehmen reduzierten sich bedingt durch die Tilgungsleistungen (Annuitätendarlehen) gegenüber dem Vorjahr um 59 T€ sowie die Zinsen für zu hoch erhobene Ausbaubeiträge um insgesamt 47 T€ erhöhten, so dass sich die Zinsen in diesem Bereich um insgesamt 106 T€ reduzierten.

### ■ Sonstige Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2022<br>EUR | 2023<br>EUR |
|---|---|---|
| Aus der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen | 2.737.128,98 | 1.913.384,00 |
| Sonstige wie Derivate für Investitionen und Liquidität | 144.533,00 | 96.808,26 |
| Zinsen Rechtsstreit | 562.427,49 | 6.511,68 |
| | **3.444.089,47** | **2.016.703,94** |

Bei der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen handelt es sich um Erstattungszinsen nach § 233a AO, die in der Regel bei Änderung des Gewerbesteuerbescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen fällig werden. Das Gros des Zinsaufwandes konzentriert sich auf diverse Steuerpflichtige, denen im Einzelfall bis zu 1.641 T€ erstattet wurden.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **19.** | **Finanzergebnis (Saldo aus 17 und 18)** | **-5.797.998,78 €** | **-3.274.596,08 €** |

Der Betrag von – 3.274.596,08 € spiegelt den Saldo zwischen den Finanzerträgen der Spalte 17 sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Spalte 18 wider. Während im Vorjahr ein Fehlbetrag von rd. 5.798 T€ hingenommen werden musste, weist das Ergebnis 2023 einen deutlich geringeren Fehlbetrag von 3.275 T€ aus. Die Ergebnisverbesserung beträgt mithin 2.523 T€ und begründet sich sowohl durch gestiegene Erträge im Bereich der Zinserträge für Kredite und Guthaben sowie Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge (+ 1.744 T€) sowie den gesunkenen Aufwendungen bei den Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen (- 779 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **20.** | **Ordentliches Ergebnis (Summe 16 und 19)** | **+18.320.919,58 €** | **-27.034.098,32 €** |

Das ordentliche Jahresergebnis wird aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Zeile 16) sowie dem Finanzergebnis (Zeile 19) gebildet und beläuft sich auf – 27.034.098,32 €. Zum Vorjahr ergibt sich eine Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses von rd. 45.355 T€.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **21.** | **Außerordentliche Ergebnis** | **0,00 €** | **0,00 €** |

Als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen werden solche Geschäftsvorfälle definiert, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einer Kommune liegen. Im Berichtsjahr sind weder außerordentliche Erträge noch Aufwendungen angefallen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **22.** | **Saldo aus internen Leistungsbeziehungen** | **0,00 €** | **0,00 €** |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **23.** | **Jahresergebnis (Summe 20,21 und 22)** | **+18.320.919,58 €** | **-27.034.098,32 €** |

Das Jahresergebnis ergibt sich in kreisfreien Städten aus der Summe des ordentlichen (Zeile 20) und außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 21) sowie dem Saldo aus internen Leistungsbeziehungen (Zeile 22). Das Jahresergebnis ist die entscheidende Größe für die Veränderung des Eigenkapitals, da hierin sämtlicher Wertverlust oder -zuwachs eines Haushaltsjahres abgebildet ist. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Verschlechterung in Höhe von **45.355.018 €**. Zum Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag mit einem Überschuss von 841.438 € beträgt die Verschlechterung 27.875.536 €.

**Das Jahresergebnis schließt folglich mit einem Verlust von 27.034 Mio. € ab.**

# Anlage 12 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

## Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Koblenz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBI. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133).

Die Stadt Koblenz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft. Sie verwaltet ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes RLP.

Das Stadtgebiet gliedert sich in folgende Stadtbezirke:

- Altstadt
- Mitte
- Süd
- Oberwerth
- Karthause Nord
- Karthäuserhofgelände
- Karthause Flugfeld
- Goldgrube
- Rauental
- Moselweiß
- Stolzenfels
- Lay
- Lützel
- Metternich
- Neuendorf
- Wallersheim
- Kesselheim
- Güls
- Rübenach
- Bubenheim
- Ehrenbreitstein
- Niederberg
- Asterstein
- Pfaffendorf
- Pfaffendorfer Höhe
- Horchheim
- Horchheimer Höhe
- Arzheim
- Arenberg
- Immendorf

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz. Daneben gibt es in 2023 noch folgende weitere Verwaltungssitze:

- Hochhaus am Bahnhof, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz
- Ordnungsamt, Ludwig-Erhard-Straße 2, 56073 Koblenz
- Amt für Brand- u. Katastrophenschutz, Schlachthofstraße 2-12, 56073 Koblenz
- Schängel-Center, Rathauspassage 2, 56068 Koblenz
- Musikschule, Volkshochschule und KSI Hoevelstraße 6, 56073 Koblenz
- Stadtarchiv, Burgstraße 1, 56068 Koblenz
- Stadtbibliothek und Mittelrhein Museen, Zentralplatz 1
- Ludwig Museum, Danziger Freiheit, 56068 Koblenz
- Stadttheater, Clemensstr. 1-5, 56068 Koblenz

Gemäß § 25 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) hat der Rat der Stadt Koblenz am 12. Juni 1974 die Hauptsatzung der Stadt Koblenz beschlossen.

Die Fassung dieser Satzung wurde ergänzt durch die Satzung vom 19.07.1977 und zuletzt am 12.07.2024 geändert.

**Organe und Vertretungsbefugnis**

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen durch die Wahl des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Ortsbeiräte, der Ortsvorsteher sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 17 a GemO) an der Verwaltung der Stadt teil. Organe der Stadt Koblenz sind nach § 28 GemO der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister ist Herr David Langner.

Die nach § 29 Abs. 1 GemO in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) für Städte/ Gemeinden/Verbandsgemeinden mit mehr als 100.000 bis 150.000 Einwohnern 56. Diese verteilten sich zum Stand 30.06.2023 wie folgt auf Parteien und Wählergruppen:

| | |
|---|---|
| Grüne | 14 Sitze |
| CDU | 13 Sitze |
| SPD | 12 Sitze |
| AFD | 4 Sitze |
| FW | 5 Sitze |
| WGS | 3 Sitze |
| FDP | 2 Sitze |
| Linke, Parteilos | 3 Sitze |

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrates zum 30.06.2023 sind:

Ratsmitglieder:

- Carl-Bernhard von Heusinger
- Hans-Peter Ackermann
- Ulrike Bourry
- Uwe Diederichs-Seidel
- Lena Etzkorn
- Gordon Gniewosz
- Ute Görgen
- Marina Khan
- Dr. Ulrich Kleemann
- Detlef Knopp
- Laura Martin Martorell
- Andrea Mehlbreuer
- Dr. Carolin Schmidt-Wygasch
- Dr. Tabea Stötter
- Anna-Maria Schumann-Dreyer
- Monika Artz
- Peter Balmes
- Andreas Biebricher
- Manfred Bastian
- Toni Bündgen
- Tobias Christmann
- Thomas Kirsch
- Dr. Anne Köbberling
- Marion Mühlbauer
- Fritz Naumann
- Detlev Pilger
- Dr. Thorsten Rudolph
- Thorsten Schneider
- Ute Wierschem
- Karl-Ludwig Weber
- Fabian Geissler
- Joachim Paul
- Katrin Vogel
- Stephan Wefelscheid
- Christian Altmaier
- Dr. med. Michael Gross

- Eitel Bohn
- Manfred Diehl
- Rudolf Kalenberg
- Ernst Knopp
- Tim Josef Michels
- Josef Oster
- Stephan Otto
- Karl-Heinz Rosenbaum
- Monika Sauer
- Marion Lipinski-Naumann
- Edgar Kühlenthal
- Julia Maria Kübler
- Torsten Schupp
- Anna-Maria Plato
- Britt Gutmann
- David Josef Hennchen
- Christoph Schöll
- Oliver Antpöhler-Zwiernik
- Kevin Wilhelm
- Sebastian Beuth

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf die (Ober-) Bürgermeisterin / den (Ober-)Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 32 Abs. 2 GemO RLP aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung der Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für allgemeine Bau- u. Liegenschaftsverwaltung
- Ausschuss für Hochschulfragen
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität
- BUGA Ausschuss 2029
- Fachausschuss Frauen
- Forstausschuss
- Gleichstellungsausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Kulturausschuss
- Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulträgerausschuss
- Sozialausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Stadtrechtsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Umweltausschuss
- Werkausschuss „Grünflächen und Bestattungswesen“
- Werkausschuss „Rhein-Mosel-Halle“
- Werkausschuss „Koblenzer Servicebetrieb Koblenz“
- Werkausschuss „Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz“
- Werkausschuss „Stadtentwässerung“
- Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung sowie die Geschäftsführung der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl auf die Dauer von acht Jahren gewählt. Er leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen.

### Bezüge der Organe

| | |
|---|---|
| Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder: | 300 € |
| Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitzende: | 300 € |
| Sitzungsgeld je Sitzung | 30 € |
| Aufwandsentschädigung Vorsitz d. Ausländerbeirats: | 300 € |
| Aufwandsentschädigung des Behindertenbeauftragten: | 300 € |

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zum Stichtag 31.12.2023 waren bei der Stadt Koblenz beschäftigt:

| | |
|---|---|
| Beamte | 481 |
| Angestellte / Beschäftigte | 1.540 |
| Mitarbeiter/innen insgesamt | 2.021 |
| Bedienstete im Vorbereitungsdienst | 45 |
| Auszubildende | 78 |
| Auszubildende insgesamt | 123 |

# Steuerliche Verhältnisse

### Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

### Umsatzsteuer

Die Stadt Koblenz ist gem. § 18 Abs. 1 u. 2 UStG verpflichtet, Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, sofern erforderlich, gem. § 39 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO rückgestellt.

# Wirtschaftliche Grundlagen

### 1. Allgemeine Angaben

| | |
|---|---|
| Stadt: | Koblenz |
| Einwohnerzahl der Stadt: | 115.097 |
| Oberbürgermeister: | Herr David Langner |
| Anschrift der Stadtverwaltung: | Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz |

## 2. Stadtgebiet

Größe des Stadtgebietes 10.525 ha

Stadtgebiet nach Nutzungsart:

| | |
|---|---|
| • Wohnbaufläche: | 9,9 % |
| • Industrie- / Gewerbeflächen: | 5,1 % |
| • Erholungsfläche: | 4,9 % |
| • Verkehrsfläche: | 10,8 % |
| • Landw. genutzte Fläche: | 22,6 % |
| • Waldfläche: | 31,6 % |
| • Wasserfläche: | 5,4 % |
| • Sonstige Flächen: | 9,8 % |

## 3. Bevölkerungsstruktur

| | | |
|---|---|---|
| Einwohner mit Hauptwohnsitz: | 115.097 Einwohner, davon | |
| | 56.909 männlich (49,4 %) | |
| | 58.188 weiblich (50,6 %) | |
| Einwohnerentwicklung: | Lebendgeborene | 954 |
| | Sterbefälle | 1.444 |
| | Geburten-/Sterbesaldo | - 490 |
| | Zuzüge | 9.089 |
| | Fortzüge | 8.555 |
| | Saldo | + 534 |
| Einwohnerstruktur: | < 18 Jahre | 15,1 % |
| | 18 bis 35 Jahre | 25,5 % |
| | 35 bis 65 Jahre | 37,7 % |
| | > 65 Jahre | 21,7 % |
| | ledig | 43,2 % |
| | verheiratet | 37,3 % |
| | geschieden | 7,7 % |
| | verwitwet | 6,2 % |
| | keine Angabe | 5,5 % |

## 4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: 79.044

| | | |
|---|---|---|
| Aufteilung Arbeitsmarkt: | Land- und Forstwirtschaft | 83 |
| | Produzierendes Gewerbe | 11.646 |
| | Handel und Verkehr | 15.977 |
| | Dienstleistungsbereich | 51.338 |
| Berufspendler: | Berufseinpendler | 53.073 |
| | Berufsauspendler | 18.478 |
| Gewerbeentwicklung: | Anmeldungen | 1176 |
| | Abmeldungen | 889 |
| | Insolvenzen | 137 |
| Grundsteuer | Hebesatz Grundsteuer A: 340 v. H. | |
| | Hebesatz Grundsteuer B: 420 v. H. | |
| Gewerbesteuer (Hebesatz): | 420 v. H. | |

## 5. Beteiligungen

Beteiligungsstruktur der Stadt (Vermögenswerte zum Jahresabschluss 31.12.2023)

■ Verbundene Unternehmen

| | | |
|---|---|---|
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 100,0 % | 207.146.628,69 € |
| Aufbaugesellschaft Koblenz mbH | 100,0 % | 3.178.088,00 € |
| Koblenzer Wohnbau GmbH | 100,0 % | 21.491.187,25 € |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 100,0 % | 51.276,19 € |
| EK02 GmbH | k.A. | 11.264,40 € |

■ Beteiligungen

| | | |
|---|---|---|
| Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbh | 34,55 % | 10.120.004,00 € |
| TechnologieZentrum Koblenz GmbH | 32,54 % | 247.001,35 € |
| Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH | 11,11 % | 3.067,76 € |
| KHVO Hunsrück-Mittelrhein e.G. | 4,00 % | 3.000,00 € |
| Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G. | k.A. | 330,00 € |

■ Eigenbetriebe

| | |
|---|---|
| Eigenbetrieb 17: Kommunales Gebietsrechenzentrum | 1.161.786,75 € |
| Eigenbetrieb 67: Grünflächen- & Bestattungswesen | 568.789,46 € |
| Eigenbetrieb 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 3.582.814,30 € |
| Eigenbetrieb 83: Koblenz-Touristik | 28.284.996,85 € |
| Eigenbetrieb 85: Stadtentwässerung | 77.332.078,99 € |



# Anlage 13 Kennzahlenberechnung

| | | |
|---|---|---|
| **Aufwandsdeckungsgrad** | = | Ordentliche Erträge x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Eigenkapitalquote 1** | = | Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme |
| **Eigenkapitalquote 2** | = | (Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme |
| **Verschuldungsgrad** | = | Fremdkapital x 100 / wirtschaftliches Eigenkapital |
| **Fehlbetragsquote** | = | Negatives Jahresergebnis x -100 / (Kapital- u. sonst. Rücklage + Ergebnisvortrag) |
| **Anlagevermögensintensität** | = | Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme |
| **Infrastrukturquote** | = | Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme |
| **Abschreibungsintensität** | = | Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Investitionsquote** | = | Bruttoinvestitionen x 100 / Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen |
| **Anlagendeckungsgrad 2** | = | (Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen |
| **Liquidität 2. Grades** | = | Liquide Mittel + Kurzfristige Forderungen x 100 / Kurzfristige Verbindlichkeiten |
| **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** | = | Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme |
| **Zinslastquote** | = | Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Steuerquote** | = | Steuererträge x 100 / Ordentliche Erträge |
| **Zuwendungsquote** | = | Erträge aus Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge |
| **Personalintensität** | = | Personal- und Versorgungsaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Sach- u. Dienstleistungsintensität** | = | Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Transferaufwandsquote** | = | Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |

# Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz

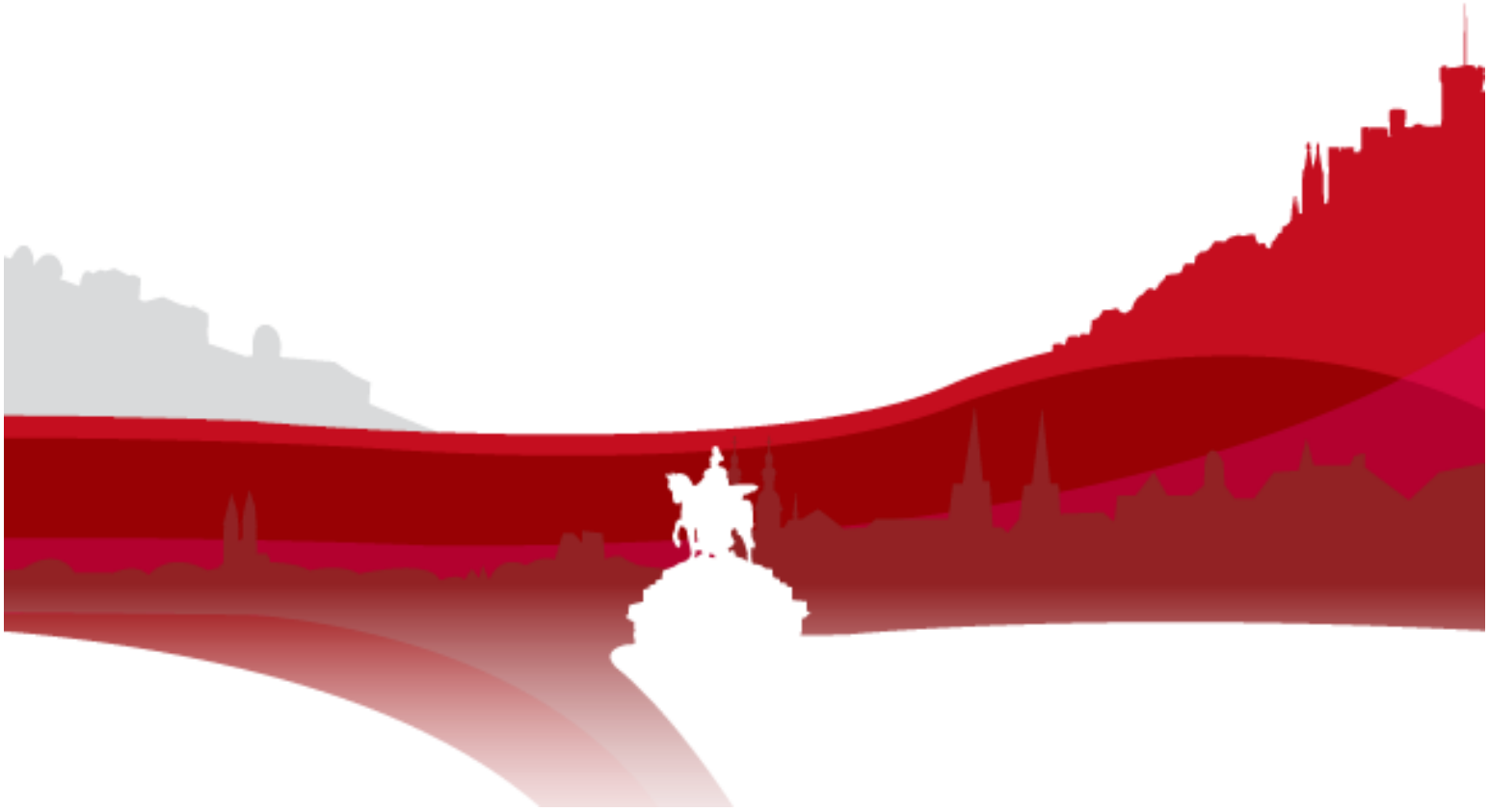

Hausanschrift: Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz
Telefon: 0261 / 129-1452
Fax.: 0261 / 129-1450
Email: rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de

KOBLENZ
VERBINDET.

Rechnungsprüfungsamt

# SCHLUSSBERICHT

## PRÜFUNGSHANDLUNGEN & -ERGEBNISSE IM HAUSHALTSJAHR 2023.



# Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| **Kapitel 1** | Prüfauftrag und Prüfungsgegenstand | 3 |
| 1.1 | Prüfungsauftrag und -durchführung | 5 |
| 1.2 | Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungen | 5 |
| **Kapitel 2** | Prüfung der Haushaltsführung | 7 |
| 2.1 | Produktergebnisse nach Dezernate | 9 |
| 2.2 | Produktergebnisse nach Ämtern | 13 |
| **Kapitel 3** | Prüfung der Zahlungsabwicklung | 101 |
| **Kapitel 4** | Prüfung von Vergaben | 109 |
| **Kapitel 5** | Sonder-, Auftrags- und sonstigen Prüfungen | 135 |
| **Kapitel 6** | Prüfungsergebnis | 157 |


# Anlage zum Prüfbericht


| | | Seite |
|---|---|---|
| **Anlage** | Produktübersicht nach Dezernate | 161 |

# Kapitel 1

## Prüfungsauftrag und Prüfungsgegenstand

## 1.1 Prüfungsauftrag und -durchführung

Nach § 112 GemO obliegen der Rechnungsprüfung neben der Prüfung des Jahresabschlusses weitere pflichtmäßige sowie fakultative Prüfungsaufgaben im Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 der

**Stadt Koblenz**.

Zu diesem Prüfungsauftrag zählen insbesondere

- die Prüfung, ob die Haushaltswirtschaft vorschriftsmäßig geführt worden ist,
- die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung einschließlich der Vornahme von regelmäßigen und unvermuteten Kassenprüfungen sowie
- die Übertragung von Prüfungsaufgaben des Oberbürgermeisters und
- die Prüfung von Vergaben.

Diese Prüfungen wurden im Berichtszeitraum vom 01. Januar bis 31. Dezember 2023 durchgeführt. Sie erfolgten in Anlehnung an die Internationalen Standards für die berufliche Praxis der Internen Revision des Institute of Internal Auditors (IIA) und des Deutschen Institutes für Interne Revision (DIIR). Ebenso wurden die einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. (IDW) herangezogen.

Die Rechnungsprüfung hat über Art und Umfang sowie über das Ergebnis ihrer Prüfungshandlungen jeweils einen Prüfbericht zu erstellen. Die Ergebnisse dieser Prüfberichte der Rechnungsprüfung werden im vorliegenden Schlussbericht zusammengefasst, in dem insb. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungen beschrieben werden. Ferner wird eine abschließende Bewertung der Ergebnisse aus den Prüfungen vorgenommen.

Die Berichterstattung dieses Schlussberichtes orientiert sich an den Grundsätzen des IDW PS 450.

## 1.2 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfungen

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurden die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen sowie die Beachtung der Grundsätze der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung geprüft. Die Prüfungshandlungen im Berichtsjahr richteten sich auf **vier Prüfungsobjekte**, und zwar

- die **Prüfung der Haushaltsführung** beinhaltet die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns,
- die **Prüfung der Zahlungsabwicklung** richtet sich § 26 GemHVO RLP auf die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Gemeinde und Eigenbetriebe sowie die Vornahme regelmäßiger und unvermuteter Kassenprüfungen,
- die gemäß der Organisationsverfügung übertragene **Prüfung der Vergaben** basiert auf der Vergabedienstanweisung,

- die **Sonder-, Auftrags- und sonstigen Prüfungen** ergeben sich insb. aufgrund der auf die Rechnungsprüfung übertragenen weiteren Prüfungsaufgaben durch den Oberbürgermeister sowie durch die eigenständige Vornahme von besonderen Prüfungshandlungen der Rechnungsprüfung.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfungen ein Urteil über diese Prüfungsobjekte unter Einbeziehung der Buchführung, der Informationen aus der Auswertung von Daten und Unterlagen sowie aus der Befragung von Personen abzugeben. Im Rahmen der Prüfungen wurden interne, in der Verwaltung vorzufindende Informationen, sowie ursprüngliche, durch eigene Feststellungen entstehende Informationsquellen, als auch abgeleitete Informationen, die aus den Verarbeitungsprozessen gewonnen werden, herangezogen.

Der Ausgangspunkt der Prüfungen besteht in der Betrachtung der bestehenden Produkte innerhalb der Dezernate der Stadt Koblenz im Berichtsjahr. Aus dieser produktbezogenen Perspektive erfolgt eine Auswahl relevanter Produkte als Prüfungsobjekte anhand eines risikoorientierten Prüfungsansatzes.

Dem **risikoorientierten Prüfungsansatz** gemäß hat die Rechnungsprüfung eine Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des internen Kontrollsystems erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes **Prüfungsprogramm** entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt. Die Prüfungen umfassen aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes führte zu einer **Produktauswahl** im Rahmen des Prüfungsprogramms. Diese Produkte wurden nach ihrer finanzwirtschaftlichen Relevanz in Form einer **produktbezogenen Einzelbetrachtung** oder in Form **produktübergreifender Handlungen** auf der Basis der produktverantwortlichen Ämter geprüft.

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeitenden wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt. Alle erbetenen **Nachweise und Auskünfte** wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfungen eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bilden.

# Kapitel 2

## Prüfung der Haushaltsführung

# 2.1 Produktergebnisse nach Dezernate

## ■ ■ Produkte des Dezernates 1

**Hinweis:** Die zahlenmäßige Darstellung in den nachfolgenden Produkten können Rundungsdifferenzen aufweisen. Die Ergebnisse des jeweiligen Haushaltsjahres beziehen sich auf das Jahresergebnis nach interner Leistungsverrechnung (ILV). Die Planansätze im Soll-Ist-Vergleich berücksichtigen die tatsächlich verfügbaren Mittel.

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | Differenz | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung** | | | | | |
| Produkte | | | | | |
| 1111 Verwaltungssteuerung | -2.325 | -2.344 | 19 | -2.446 | 121 |
| 1113 Öffentlichkeitsarbeit | -613 | -582 | -31 | -600 | -13 |
| 1114 Gremien | -1.913 | -1.947 | 34 | -1.955 | 42 |
| 1116 Gleichstellung | -188 | -215 | 27 | -219 | 31 |
| 1117 Personalvertretung | -405 | -428 | 23 | -460 | 55 |
| 1121 Personalwirtschaft | -3.428 | -2.807 | -621 | -1.151 | -2.277 |
| 1122 Personalentwicklung/BGM | -4.495 | -4.454 | -41 | -4.337 | -158 |
| 1131 Organisation | -2.038 | -1.878 | -160 | -1.949 | -89 |
| 1145 Zentrale Dienste | -2.143 | -2.079 | -64 | -2.137 | -6 |
| 1146 Versicherungen | -124 | -251 | 127 | -211 | 87 |
| 1149 Zentrale Vergabestelle | -306 | -330 | 24 | -318 | 12 |
| 1161 Finanzverwaltung | -3.581 | -3.661 | 80 | -2.932 | -649 |
| 1162 Zahlungsabwicklung/Vollstreckung | -1.581 | -1.909 | 328 | -1.923 | 342 |
| 1181 Rechnungsprüfung | -839 | -855 | 16 | -906 | 67 |
| 1191 Recht | -1.176 | -1.270 | 94 | -1.274 | 98 |
| 1211 Statistik | -561 | -385 | -176 | -510 | -51 |
| 1226 Schiedsamt | -5 | -4 | -1 | -6 | 1 |
| 2313 Kommunales Studieninstitut | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 3516 Sozialversicherungsangelegenheiten | -37 | -38 | 1 | -41 | 4 |
| 5222 Mietspiegel | -18 | -14 | -4 | -14 | -4 |
| **Teilhaushalt 01 – gesamt** | **-25.776** | **-25.451** | **-325** | **-23.389** | **-2.387** |
| **Teilhaushalt 03 – Umwelt** | | | | | |
| Produkte | | | | | |
| 1115 Lokale Agenda 21 | -152 | -129 | -23 | -152 | 0 |
| 5374 Abfallrecht | -212 | -178 | -34 | -203 | -9 |
| 5522 Gewässeraufsicht/Bodenschutz | -339 | -513 | 174 | -424 | 85 |
| 5541 Naturschutz/Landschaftspflege | -442 | -397 | -45 | -441 | -1 |
| 5543 Klimaschutz | -273 | -248 | -25 | -339 | 65 |
| 5611 Umweltschutzmaßnahmen | -506 | -473 | -33 | -620 | 114 |
| **Teilhaushalt 03 – gesamt** | **-1.924** | **-1.938** | **14** | **-2.179** | **254** |

**Teilhaushalt 04 – Wirtschaft**

Produkte

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| 5118 | BUGA 2029 | -61 | -61 | 0 | -61 | 0 |
| 5711 | Kommunale Wirtschaftsförderung | -1.279 | -309 | -970 | -884 | -395 |
| **Teilhaushalt 04 – gesamt** | | **-1.340** | **-370** | **-970** | **-945** | **-395** |

**Teilhaushalt 11 – Zentr. Finanzdienstleist.**

Produkte

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 6111 | Steuern, Allg. Zuweisung, Umlagen | 281.595 | 285.474 | -3.879 | 291.058 | -9.463 |
| 6121 | Sonstige allgem. Finanzwirtschaft | -10.018 | -11.449 | 1.431 | -10.476 | 458 |
| 6129 | Hh.-weite Sonderbuchungssachverh. | 0 | 2 | -2 | 0 | 0 |
| 6221 | Nichtrechtsfähige Stiftungen | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| 6231 | Wirtsch. Untern. o. Rechtsfähigkeit | -713 | -1.951 | 1.238 | -220 | -493 |
| 6261 | Beteiligung, Anteile, Wertpapiere | 5.711 | 5.499 | 212 | 6.986 | -1.275 |
| **Teilhaushalt 11 – gesamt** | | **276.575** | **277.575** | **-1.000** | **287.348** | **-10.773** |

## ■ ■ Produkte des Dezernates 2

| | | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 2023 | 2022 | Differenz | Plan | Differenz |
| | | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |

**Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste**

Produkt

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1223 | Bürgerservice | -1.259 | -1.308 | 49 | -2.580 | 1.321 |
| 1227 | Personenstandswesen, Beurkund. | -596 | -695 | 99 | -1.163 | 567 |
| **Teilhaushalt 02 – gesamt** | | **-1.855** | **-2.003** | **148** | **-3.743** | **1.888** |

**Teilhaushalt 05 – Sicherheit u. Ordnung**

Produkte

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1118 | Migration und Integration | -586 | -776 | 190 | -681 | 95 |
| 1212 | Wahlen | -216 | -107 | -109 | -130 | -86 |
| 1221 | Sicherheit und Ordnung | -3.950 | -4.368 | 418 | -3.880 | -70 |
| 1229 | Unterbringungsk., Aufenthalt, Asyl | -1.747 | -5.208 | 3.461 | -4.362 | 2.615 |
| 1231 | Verkehrsüberwachung | -610 | -722 | 112 | -92 | -518 |
| 1232 | Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassung. | -1.101 | -795 | -306 | -1.107 | 6 |
| 1241 | Veterinärwesen, Lebensmittelüberw. | -538 | -710 | 172 | -529 | -9 |
| 1261 | Brandschutz | -14.596 | -14.628 | 32 | -14.151 | -445 |
| 1262 | Leitstelle | -461 | -942 | 481 | -880 | 419 |
| 1281 | Zivil- u. Katastrophenschutz | -970 | -2.562 | 1.592 | -1.067 | 97 |
| 5732 | Märkte, Kirmesse | -232 | -180 | -52 | -183 | -49 |
| **Teilhaushalt 05 – gesamt** | | **-25.007** | **-30.998** | **5.991** | **-27.062** | **2.055** |

**Teilhaushalt 06 – Soziales u. Jugend**

Produkte

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 3111 | Grundversorgung u. Hilfen SGB XII | -13.975 | -10.413 | -3.562 | -14.520 | 545 |
| 3121 | Grundsicherung Arbeitssuch. SGB II | -11.621 | -10.675 | -946 | -8.360 | -3.261 |
| 3122 | Sicherung des Lebensunterhaltes | 495 | 261 | 234 | 238 | 257 |
| 3131 | Hilfen für Asylbewerber | -2.142 | -1.076 | -1.066 | -2.457 | 315 |
| 3141 | Soziale Einrichtungen | -348 | -305 | -43 | -257 | -91 |
| 3161 | Leistungen medizin. Rehabilitation | -172 | -146 | -26 | -208 | 36 |
| 3162 | Leistungen Teilhabe am Arbeitsleben | -4.287 | -3.868 | -419 | -4.259 | -28 |
| 3163 | Leistungen zur Teilhabe an Bildung | -3.397 | -2.717 | -680 | -3.260 | -137 |
| 3164 | Leistungen zur Sozialen Teilhabe | -16.154 | -14.756 | -1.398 | -16.577 | 423 |
| 3169 | Sonst. Leistungen Eingliederungshilfe | -128 | -465 | 337 | -220 | 92 |
| 3311 | Förderung v. Trägern d. Wohlfahrtspfl. | -508 | -714 | 206 | -797 | 289 |
| 3411 | Unterhaltsvorschussleistungen | -1.496 | -1.386 | -110 | -1.805 | 309 |
| 3431 | Betreuungsleistungen | -456 | -454 | -2 | -464 | 8 |
| 3511 | Sonst. Soziale Hilfen u. Leistungen | -1.939 | -2.111 | 172 | -1.712 | -227 |
| 3521 | Bildung und Teilhabe | -598 | -413 | -185 | -350 | -248 |
| 3611 | Förd. v. Kindern in Tageseinricht./-pfl. | -3.227 | -2.550 | -677 | -2.333 | -894 |
| 3621 | Jugendarbeit | -548 | -613 | 65 | -569 | 21 |
| 3631 | Sonst. Leist. Kinder-, Jug.-, Fam.hilfe | -28.242 | -22.915 | -5.327 | -24.656 | -3.586 |
| 3641 | Jugendhilfeplanung | -147 | -145 | -2 | -82 | -65 |
| 3651 | Tageseinrichtungen für Kinder | -6.731 | -6.865 | 134 | -6.936 | 205 |
| 3655 | Förderung anderer Träger | -30.095 | -14.556 | -15.539 | -20.442 | -9.653 |
| 3661 | Einrichtungen der Jugendarbeit | -3.543 | -3.374 | -169 | -3.758 | 215 |
| **Teilhaushalt 06 – gesamt** | | **-129.259** | **-100.256** | **-29.003** | **-113.784** | **-15.475** |

**Teilhaushalt 07 – Sport**

Produkte

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 4211 | Förderung des Sports | -808 | -759 | -49 | -1.044 | 236 |
| 4241 | Sportstätten und Bäder | -7.057 | -6.516 | -541 | -7.366 | 309 |
| **Teilhaushalt 07 – gesamt** | | **-7.865** | **-7.275** | **-590** | **-8.410** | **545** |

## ■ ■ Produkte des Dezernates 3

| | | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 2023 | 2022 | Differenz | Plan | Differenz |
| | | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Teilhaushalt 08 – Schulen** | | | | | | |
| Produkte | | | | | | |
| 2012 | Allgemeine Schulverwaltung | -3.693 | -3.247 | -446 | -3.254 | -439 |
| 2111 | Grundschulen | -9.936 | -8.736 | -1.200 | -8.951 | -985 |
| 2151 | Realschulen plus | -3.845 | -4.130 | 285 | -4.942 | 1.097 |
| 2171 | Gymnasien | -8.331 | -6.358 | -1.973 | -8.189 | -142 |
| 2181 | Integrierte Gesamtschule | -1.288 | -1.144 | -144 | -1.073 | -215 |
| 2211 | Förderschulen | -1.567 | -1.288 | -279 | -1.601 | 34 |
| 2311 | Berufsbildende Schulen | -5.407 | -6.156 | 749 | -4.991 | -416 |
| 2411 | Schülerbeförderung | -3.452 | -708 | -2.744 | -3.946 | 494 |
| 2431 | Schulartübergreifende Maßnahmen | -2.409 | -1.789 | -620 | -2.045 | -364 |
| **Teilhaushalt 08 – gesamt** | | **-39.928** | **-33.556** | **-6.372** | **-38.992** | **-936** |

**Teilhaushalt 09 – Kultur**

Produkte

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 2511 | Mittelrhein-Museum | -2.019 | -1.836 | -183 | -2.010 | -9 |
| 2512 | Ludwig-Museum | -993 | -1.068 | 75 | -1.045 | 52 |
| 2522 | Stadtarchiv | -587 | -564 | -23 | -803 | 216 |
| 2611 | Stadttheater | -12.823 | -11.430 | -1.393 | -10.408 | -2.415 |
| 2621 | Musikpflege | -24 | -23 | -1 | -28 | 4 |
| 2631 | Musikschule | -1.340 | -1.282 | -58 | -1.314 | -26 |
| 2711 | Volkshochschule | -537 | -552 | 15 | -622 | 85 |
| 2721 | Stadtbibliothek | -3.341 | -3.268 | -73 | -3.752 | 411 |
| 2811 | Heimat- und Kulturpflege | -572 | -603 | 31 | -729 | 157 |
| 2911 | Förderung Kirchen-, sonst. Religionsg. | -11 | -11 | 0 | -13 | 2 |
| **Teilhaushalt 09 – gesamt** | | **-22.247** | **-20.637** | **-1.610** | **-20.724** | **-1.523** |

## ■ ■ Produkte des Dezernates 4

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | Differenz | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |

**Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen u. Verkehr**

Produkte

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1142 | Liegenschaften | 288 | 1.944 | -1.656 | 1.741 | -1.453 |
| 1143 | Ausgleichsflächen | -784 | -534 | -250 | -921 | 137 |
| 1144 | Zentrales Gebäudemanagement | -2.662 | -2.624 | -38 | -2.229 | -433 |
| 1233 | Straßenverkehrsbehörde | -1.048 | -982 | -66 | -991 | -57 |
| 5111 | Räuml. Planungs- u. Entwicklung. | -3.273 | -2.342 | -931 | -3.872 | 599 |
| 5112 | Geoinformation | -2.010 | -2.274 | 264 | -1.886 | -124 |
| 5113 | Grundstückswertermittlung | -529 | -502 | -27 | -526 | -3 |
| 5211 | Bau- und Grundstücksordnung | -722 | -822 | 100 | -910 | 188 |
| 5221 | Wohnungsbauförderung | -192 | -95 | -97 | -201 | 8 |
| 5231 | Denkmalschutz- und pflege | -1.318 | -1.381 | 63 | -1.744 | 426 |
| 5411 | Gemeindestraßen | -18.265 | -15.622 | -2.643 | -17.472 | -793 |
| 5419 | Ingenieurbauwerke Gemeindestraße | -1.253 | -792 | -461 | -1.293 | 40 |
| 5421 | Kreisstraßen | -2.359 | -1.002 | -1.357 | -2.115 | -244 |
| 5429 | Ingenieurbauwerke Kreisstraßen | -353 | -307 | -46 | -511 | 158 |
| 5431 | Landesstraßen | -1.716 | -1.432 | -284 | -1.682 | -34 |
| 5439 | Ingenieurbauwerke Landestraßen | -176 | -157 | -19 | -309 | 133 |
| 5441 | Bundesstraßen | -2.363 | -2.213 | -150 | -2.341 | -22 |
| 5449 | Ingenieurbauwerke Bundesstraßen | -2.602 | -870 | -1.732 | -3.287 | 685 |
| 5461 | Parkeinrichtungen | 2.080 | 2.007 | 73 | 2.477 | -397 |
| 5471 | ÖPNV | -470 | -429 | -41 | -758 | 288 |
| 5511 | Öffentliches Grün | -7.391 | -4.768 | -2.623 | -9.811 | 2.420 |
| 5521 | Gewässerunterhaltung | -648 | -826 | 178 | -604 | -44 |
| 5551 | Kommunaler Forstbetrieb | -621 | -729 | 108 | -1.188 | 567 |
| **Teilhaushalt 10 – gesamt** | | **-48.387** | **-36.752** | **-11.635** | **-50.433** | **2.045** |

## 2.2 Produktergebnisse nach Ämtern

Die Prüfung der Haushaltsführung beinhaltet die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns. Die zusammenfassende Darstellung der Prüfungshandlungen und -ergebnisse im Berichtsjahr wird nachfolgend anhand der **Produktgliederung** geordnet. Nach der finanzwirtschaftlichen Relevanz bzw. der Relevanz der Prüfungserkenntnisse orientiert sich die Darstellung entweder in einer **produktbezogenen Einzeldarstellung** oder in einer **produktübergreifenden Darstellung** auf der Basis der produktverantwortlichen Ämter.

Verwiesen wird darüber hinaus auf die Gesamtübersicht aller Produkte, gegliedert nach Dezernaten, in der **Anlage**.

### ■ ■ Produkt des Amtes 01: Büro des Oberbürgermeisters

| Produkt 5543 | Klimaschutz |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | In T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 157 | 1 | 4 | 294 | -137 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -419 | -239 | -194 | -623 | 204 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -262 | -238 | -190 | -329 | 67 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -262 | -238 | -190 | -329 | 67 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-262** | **-238** | **-190** | **-329** | **67** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-274** | **-248** | **-193** | **-339** | **65** |

Gegenstand des Produktes sind die Koordinierung, Steuerung und Mitwirkung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Koblenz. Das in 2020 aktualisierte und fortgeschriebene Konzept wird kontinuierlich um neue Maßnahmen erweitert. Der Umsetzungsstand wird jährlich in einem Sachstandsbericht veröffentlicht.

Der **Haushaltsansatz** wird sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Ausgabenseite deutlich unterschritten.

Auf der Ertragsseite waren Zuwendungen des Bundes i.H.v. 294 T€ eingeplant, tatsächlich vereinnahmt wurden lediglich 157 T€. So wurden etwa für das Projekt „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ von geplanten 114 T€ Fördermittel nur 82 T€ abgerufen. Für die Erstellung eines integrierten Klima-wandelanpassungskonzepts waren 77 T€ Fördermittel vorgesehen, tatsächlich wurden im Berichtsjahr nicht mehr als 31 T€ eingesetzt; die Projektlaufzeit wurde entsprechend verlängert. Für die Erstellung eines integrierten Fokuskonzeptes Wärme- und Kältenutzung waren weitere 56 T€ eingeplant, die gänzlich nicht in Anspruch genommen wurden; hier wird ein Wechsel zu dem inhaltsgleichen

Förderprogramm „Kommunale Wärmeplanung“ stattfinden. Mittel für die Erstellung eines integrierten Vorreiterkonzepts (47 T€) konnten final nicht eingeworben werden. Korrespondierend zu diesen Abweichungen auf der Ertragsseite unterschreiten die Ist-Aufwendungen die geplanten Aufwendungen um 204 T€.

Im **Vorjahresvergleich** verbessert sich die Ertragssituation von 1 T€ auf 157 T€. Es handelt sich vorwiegend um Fördermittel des Bundes.

Die tatsächlichen Aufwendungen erhöhen sich saldiert um 180 T€ auf 419 T€ (+75,3 %). Die Personal- und Versorgungsaufwendungen tragen dazu mit einer Zunahme um 59 T€ bei. Im Übrigen handelt es sich im Wesentlichen um Zuwendungen an Letztempfänger.

Erwähnenswert ist, dass die zur Verfügung gestellten Fördermittel für Dachsanierungsmaßnahmen im Rahmen des „500-Dächer-Programm“ seit dem Berichtsjahr im Rahmen eines investiven Projektes zusammen mit den weit überwiegend in Anspruch genommenen Fördermitteln für Photovoltaikanlagen abgebildet werden.

## ■ ■ Produkt des Amtes 10: Haupt- und Personalamt

### Produkt 1122 Personalentwicklung / BeGeMa

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | In T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 350 | 314 | 340 | 348 | 2 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -4.696 | -4.686 | -3.888 | -4.522 | -174 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -4.346 | -4.372 | -3.548 | -4.174 | -172 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -4.346 | -4.372 | -3.548 | -4.174 | -172 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-4.346** | **-4.372** | **-3.548** | **-4.174** | **-172** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-4.495** | **-4.454** | **-3.692** | **-4.337** | **-158** |

Gegenstand des Produktes sind die Personalgewinnung und Personalbindung durch Stellenausschreibungen sowie Bewerberauswahlverfahren, übergreifende Maßnahmen wie die leistungsorientierte Bezahlung (LOB) und Leistungsprämien, die zentrale Aus- und Fortbildung, das betriebliche Gesundheitsmanagement, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Arbeitssicherheit sowie der Gesundheits- und Brandschutz.

Das Ergebnis des Berichtsjahres (vor ILV) überschreitet den **geplanten** Verlust marginal um 172 T€ (4,1 %).

Im **Vorjahresvergleich** (vor ILV) zeigt sich ebenso eine zu vernachlässigende Ergebnisverbesserung (+26 T€), was aus leicht gestiegenen Erträgen (+36 T€) bei gleichzeitig kaum erhöhten Aufwendungen (+10 T€) resultiert.

Die **Ergebnisentwicklung** und der **Eigendeckungsgrad** stellen sich in den Jahren 2019 bis 2023 wie folgt dar:

| (vor ILV, in T€) | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 220 | 216 | 340 | 314 | 350 |
| Aufwendungen | -2.583 | -3.164 | -3.888 | -4.686 | -4.696 |
| **Ergebnis** | **-2.363** | **-2.948** | **-3.548** | **-4.372** | **-4.346** |
| **Eigendeckungsgrad** | **8,5 %** | **6,8 %** | **8,7 %** | **6,7 %** | **7,5 %** |
| Ø Eigendeckungsgrad | | | 7,7 % | | |

Nach einem auffallend negativen Wert im Vorjahr zeigt sich diesjährig wieder ein positiver Trend. Mit 7,5 % entspricht der Eigendeckungsgrad fast dem Durchschnittswert der Jahre 2019 bis 2022 von 7,7 %.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** innerhalb des Produktes entwickelten sich seit dem Jahr 2019 wie folgt:

| (vor ILV, in T€) | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Personalaufwendungen | 1.913 | 2.057 | 2.671 | 3.108 | 3.079 |
| Versorgungsaufwendungen | 165 | 374 | 269 | 588 | 622 |
| **Gesamt** | **2.078** | **2.431** | **2.940** | **3.696** | **3.701** |
| Veränderung zum VJ | -64 | +353 | +509 | +756 | +5 |

Im Vorjahresvergleich ist erstmals eine Stagnation festzustellen.

Die in den nächsten Jahren zu erwartende altersbedingte Personalfluktuation erfordert eine kontinuierliche Erhöhung der Ausbildungs- und Studienplätze sowie einen Ausbau der Ausbildungs- und Studiengänge:

| **Zahl der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf** | **2021** | **2022** | **2023** |
|---|---|---|---|
| jeweils ab 01.07. | 50 | 54 | 71 |

| **Zahl der Auszubildenden** | **2021** | **2022** | **2023** |
|---|---|---|---|
| jeweils ab 01.08. | 63 | 72 | 77 |

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** blieben mit insgesamt 841 T€ unverändert (-2 T€). Darin beinhaltet sind u.a. die Aufwendungen für **Aus- und Fortbildung** i.H.v. 186 T€ (+19 T€, +11,4 %). Des Weiteren werden dort die Ausgaben für **Öffentlichkeitsarbeit** i.H.v. 105 T (+10 T€, +10,5 %) abgebildet, die überwiegend für Arbeitgeber- und Auszubildenden-Kampagnen anfielen. Die für **Annoncen** – hauptsächlich Stellenausschreibungen - getätigten Aufwendungen reduzierten sich von 207 T€ auf 180 T€ (-27 T€, -13 %). Die Kosten für die **Datenverarbeitung** über das KGRZ schlagen im Berichtsjahr mit 220 T€ (+16 T€, +7,8 %) zu Buche.

## Produkt 1131 Organisation

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | In T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 288 | 272 | 299 | 276 | 12 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.284 | -2.101 | -1.973 | -2.152 | -132 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.996 | -1.829 | -1.674 | -1.876 | -120 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.996 | -1.829 | -1.674 | -1.876 | -120 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.996** | **-1.829** | **-1.674** | **-1.876** | **-120** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-2.038** | **-1.878** | **-1.738** | **-1.949** | **-89** |

Neben der Organisation der Gesamtverwaltung (Erstellen von Konzepten, Handlungsvorgaben, Stellenbedarfsbemessungen und -bewertungen, Datenschutz) haben innerhalb des Produktes die Aufwendungen für die Digitalisierung der Verwaltung zunehmend an Bedeutung gewonnen. Über die hier angesiedelte IV/IT-Lenkungsgruppe werden neue, teilweise verwaltungsübergreifende IT-Projekte umgesetzt und koordiniert, IT-unterstützte Arbeitsabläufe erstellt oder verbessert und Anwendungsbetreuung geleistet. Beispielhaft zu nennen sind:

- E-Rechnung, 2ChartaFlowMananger, Faktura
- Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)
- IT-Rollenmodell
- Digital-Beirat
- Video- und Konferenzsoftware Circuit
- Software Time (elektronische Zeiterfassung)
- Software Civento (elektronische Antragsverfahren)
- Personalmanagementsoftware Fidelis
- Aufrufanlage für Online-Reservierung
- Dokumentenmanagementsystem

Erträge und Aufwendungen des Produktes werden in den Teilleistungen „Allgemeine Organisation“ (TL11310100) und „IV/IT-Steuerung“ (TL11310200) erfasst.

Das Jahresergebnis (vor ILV) weicht unwesentlich von dem **geplanten Verlust** i.H.v. 1.876 T€ ab.

Auch gegenüber dem **Vorjahr** (vor ILV) zeigt sich saldiert nur eine leichte Ergebnisverschlechterung (-167 T€, -9,1 %). Bei nahezu konstanter Ertragslage beruht dies maßgeblich auf den gestiegenen **Personal- und Versorgungsaufwendungen** (+141 T€, +8,6 %).

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** erhöhten sich mit saldiert 483 T€ leicht (+41 T€, +9,3 %). Die Datenverarbeitung durch das Kommunale Gebietsrechenzentrum trägt dazu mit 428 T€ (+28 T€) bei. Davon entfallen 364 T€ (+40 T€) auf die Teilleistung „IV/IT-Steuerung“.

## Produkt 6111 Steuern, Allgem. Zuweisungen u. Umlagen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 292.629 | 302.780 | 305.441 | 302.405 | -9.776 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -11.033 | -17.306 | -18.212 | -11.346 | +313 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | 281.596 | 285.474 | 287.229 | 291.058 | -9.463 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | ±0 |
| Ordentliches Ergebnis | 281.596 | 285.474 | 287.229 | 291.058 | -9.463 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | ±0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **281.596** | **285.474** | **287.229** | **291.058** | **-9.463** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **281.596** | **285.474** | **287.229** | **291.058** | **-9.463** |

Das Produkt erfasst auf der Ertragsseite die Steuern und Abgaben sowie die allg. Zuweisungen (insb. die Schlüsselzuweisungen B1 und B2 sowie C1 bis C3). Die Aufwandsseite enthält im Wesentlichen die an das Land zu zahlenden Umlagen sowie Einzelwertberichtigungen auf Forderungen.

| | Ergebnis | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Differenz |
| **Steuern und Abgaben** | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| Gewerbesteuer | 124.113 | 133.091 | 140.096 | -8.978 |
| Grundsteuer A | 77 | 77 | 77 | ±0 |
| Grundsteuer B | 21.293 | 21.185 | 21.031 | +108 |
| Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer | 63.227 | 60.574 | 58.348 | +2.653 |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 18.399 | 18.571 | 20.281 | -172 |
| Sonstige Steuern (Vergnügungssteuern) | 4.992 | 4.527 | 1.667 | +465 |
| Hundesteuer | 523 | 514 | 487 | +9 |
| Jagdsteuer | 8 | 8 | 8 | ±0 |
| Zweitwohnsteuer | 352 | 358 | 328 | -6 |
| Familienausgleichsleistungen | 6.994 | 6.187 | 5.913 | +807 |
| **Gesamterträge Steuern u. Abgaben** | **239.978** | **245.092** | **248.236** | **-5.114** |

Während sich die Erträge aus der Grundsteuer A gegenüber dem Vorjahresergebnis nur marginal veränderten, erhöhten sich die Erträge aus der Grundsteuer B ebenfalls nur geringfügig um 108 T€. Der Hebesatz betrug - nach der Anhebung zum 01.01.2013 - unverändert 420 %.

Nach den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2020 infolge des Beginns der Corona Pandemie hatten sich die Gewerbesteuererträge in 2021 deutlich um 50 Mio. € erhöht. Für 2023 ergaben sich Gewerbesteuererträge i.H.v. 124,1 Mio. €, was gleichbedeutend gegenüber dem Vorjahr mit einem Rückgang i.H.v. 9,0 Mio. € bzw. 6,7 % ist. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatz beträgt 420 % und gilt seit 01.01.2015.

Die insgesamt positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde durch die bessere Konjunkturlage und den damit verbundenen höheren Einkommensteuerzahlungen widergespiegelt. Die nach der

Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um 2.653 T€ oder 4,4 % erhöht.

Für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wurde ein geringfügiges Minus verzeichnet. Der Rückgang betrug 172 T€ (1,0 %).

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und erbrachte im Berichtsjahr Einnahmen von 352 T€. Hier ist gegenüber dem Vorjahr ein kleiner Rückgang zu verzeichnen (- 6 T€).

| **Zuwendungen u. sonst. Transfererträge** | **2023** in T€ | **2022** in T€ | **2021** in T€ |
|---|---|---|---|
| Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG, alt) | 0 | 9.735 | 9.760 |
| Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG, alt) | 0 | 20.908 | 19.737 |
| Schlüsselzuweisung C1 (§ 9a (2) Ziffer 1 LFAG, alt) | 0 | 5.490 | 5.623 |
| Schlüsselzuweisung C2 (§ 9a (2) Ziffer 2 LFAG, alt) | 0 | 8.819 | 8.750 |
| Schlüsselzuweisung C3 (§ 9a (2) Ziffer 3 LFAG, alt) | 0 | 5.502 | 5.800 |
| Schlüsselzuweisung A (§ 13 LFAG) | 0 | 0 | 0 |
| Schlüsselzuweisung B (§ 14 LFAG) | 6.134 | 0 | 0 |
| Zuweisung für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte (§19 LFAG) | 41.244 | 0 | 0 |
| Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG) | 0 | 1.807 | 1.448 |
| Schülerbeförderung | 2.761 | 0 | 0 |
| Integrationspauschale (einmalig) | 411 | 0 | 0 |
| Unterstützungsfonds | 0 | 418 | 418 |
| Gewerbesteuerkompensationszahlung | 0 | 0 | 3.376 |
| Sonderzahlung Corona - Pandemie | 0 | 1.418 | 0 |
| Sonderzahlung Ukraine Flüchtlinge | 0 | 2.896 | 0 |
| **Gesamterträge Zuwendungen, allg. Umlagen u. sonstige Transfererträge** | **3.172** | **56.993** | **54.912** |

Sofern die Steuerkraftmesszahl je Einwohner kleiner ist als der Schwellenwert nach § 13 Abs. 3 LFAG erhält die Kommune eine **Schlüsselzuweisung A**. Aufgrund eines negativen Unterschiedsbetrages je Einwohner in 2023 erhält die Stadt Koblenz für das Berichtsjahr keine Zahlung.

Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der **Schlüsselzuweisung B** nach § 14 LFAG Erträge i.H.v. 6,13 Mio. €. Der Betrag ergibt sich aus der Differenz zwischen der um einen Zuschlag korrigierten Ausgleichs- (§15 Abs.1 LFAG) und Finanzkraftmesszahl (§16 Abs.1 und 2 LFAG). Der Unterschiedsbetrag wird mit 90. v. H. multipliziert.

Die **Zuweisung für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte** nach §19 LFAG ergibt für das Berichtsjahr Erträge in Höhe 41.244 T€. Der Betrag ergibt sich aus der Differenz zwischen Ausgleichs- (§19 Abs.2 LFAG) und Finanzkraftmesszahl (§16 Abs.1 LFAG). Der Unterschiedsbetrag wird mit 90. v. H. multipliziert.

Die Zuweisungen für die **Schülerbeförderung** werden erstmalig unter den Allgemeinen Zuweisungen des Landes abgebildet. (vormals Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke).

Weiterhin wurde eine Zuweisung des Landes für die Wahrnehmung inklusiv sozialintegrativer Aufgaben (Unterstützungsfonds gem. § 109b SchulG) von 411 T€ gezahlt.

| Allgemeine Umlagen, sonstige laufende Aufwendungen | Ergebnis 2022 in T€ | 2022 in T€ | 2021 in T€ | Differenz in T€ |
|---|---|---|---|---|
| Gewerbesteuerumlage | 10.338 | 11.116 | 11.698 | -778 |
| Finanzausgleichsumlage | 0 | 5.561 | 5.673 | -5.561 |
| Einzelwertberichtigungen | 695 | 629 | 841 | +66 |
| Pauschalwertberichtigung | 0 | 0 | 0 | |
| **Gesamtaufwand für allgemeine Umlagen und sonstige laufende Aufwendungen** | **11.033** | **17.306** | **18.212** | **-6.273** |

Die im Berichtsjahr leicht gesunkenen Gewerbesteuereinnahmen führten zwangsläufig zu einem Rückgang der an das Land abzuführenden Gewerbesteuerumlage. Im Berichtsjahr war keine Finanzausgleichsumlage abzuführen.

## Produkt 6121 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

| Ergebniskennzahlen | Ergebnisvergleich 2023 in T€ | 2022 in T€ | 2021 in T€ | Soll-Ist-Vergleich Plan in T€ | Differenz in T€ |
|---|---|---|---|---|---|
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 288 | 189 | 348 | 81 | +207 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -150 | -20 | -155 | -60 | +90 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | 138 | 169 | 193 | 21 | +117 |
| Finanzergebnis | -10.156 | -11.619 | -7.700 | -10.496 | +340 |
| Ordentliches Ergebnis | -10.018 | -11.449 | -7.507 | -10.475 | +457 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | ±0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-10.018** | **-11.449** | **-7.507** | **-10.475** | **+457** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-10.018** | **-11.449** | **-7.507** | **-10.475** | **+457** |

Das Produkt umfasst den Nachweis der Finanzmittel, die im Zusammenhang aller Finanzierungsvorgänge bei der Stadt Koblenz stehen. Hierzu zählen insb. die Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitions- und Liquiditätskrediten, die Zinserträge und -einzahlungen sowie die Tilgung von Investitions- und Liquiditätskrediten.

Das Produkt schließt mit einem Fehlbetrag von 10.018 T€ ab und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 1.431 T€. Im Vergleich zum Haushaltsansatz hat sich das Ergebnis um 457 T€ verbessert.

Der laufende Ertrag aus Verwaltungstätigkeit **beinhaltet** im Wesentlichen die Anpassung der kreditähnlichen Rechtsgeschäfte (80 T€) sowie die Korrektur von Einzelwertberichtigungen (208 T€).

Der **Aufwand aus der Verwaltungstätigkeit** erhöhte sich zum Vorjahr um 130 T€.

Das Finanzergebnis stellt sich mit einem saldierten Fehlbetrag von 10.156 T€ deutlich positiver als im Vorjahr (Fehlbetrag 11.619 T€) dar. Vergleicht man das Ergebnis des Berichtsjahres mit dem des Jahres 2009 von 4.058 T€, so hat sich der Negativsaldo aus Zinserträgen und Zinsaufwand in vier Jahren um das 2,5-fache erhöht.

Im Einzelnen entwickelten sich Zinserträge und Zinsaufwand wie folgt:

| | Ergebnis | | | |
|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Differenz |
| **Zinserträge und Zinsaufwand** | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 1.521 | 189 | 2.516 | +1.332 |
| Zinsaufwand und sonstiger Finanzaufwand | 11.677 | 11.808 | 10.216 | +131 |
| **Saldo = Finanzergebnis** | **-10.156** | **-11.619** | **-7.700** | **+1.463** |

Bei **Zinserträgen und sonstigen Finanzerträgen** handelt es sich um Erträge aus dem Kontokorrentverkehr, Bürgschaftsgebühren, Erträgen aus derivaten Zinsgeschäften, aus Stundungszinsen und aus der Verzinsung von Gewerbesteuern nach § 233a AO. Der deutliche Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die hohen Bankguthabenstände des Berichtsjahres und die entsprechenden Zinszahlungen zurückzuführen.

Der Aufwand für **Zinsen und sonstigen Finanzaufwand** reduzierte sich um 131 T€. Während sich die Zinsen für langfristige Darlehen infolge der Neuaufnahme von Investitionskrediten in 2022 und im Berichtsjahr um 337 T€ erhöhten, reduzierten sich die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung um 18 T€. Im Bereich der sonstigen Zinsen und Finanzaufwendungen reduzierten sich die Aufwendungen aus der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen um 824 T€ sowie die Aufwendungen für Derivate um 48 T€. Zinsen für Rechtstreitigkeiten fielen i.H.v. 6 T€ an.

Gemessen am Ergebnis des Jahres 2009 von 10.332 T€ beträgt der Anstieg für Zinsaufwendungen nunmehr 1.345 T€ oder 13,0 %.

# ■ ■ Produkte des Amtes 31: Ordnungsamt

## ☐ Produktübergreifende Prüfung

Das Ordnungsamt bewirtschaftet insgesamt **8 Produkte**.

Zusammengefasst ergibt sich damit für das Ordnungsamt folgender **Gesamtabschluss**:

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 11.499 | 8.021 | 6.333 | 8.855 | 2.644 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -18.995 | -19.783 | -18.097 | -18.585 | -410 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -7.496 | -11.763 | -11.764 | -9.729 | 2.233 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -7.496 | -11.763 | -11.764 | --9.729 | 2.233 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-7.496** | **-11.763** | **-11.764** | **-9.729** | **2.233** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-8.982** | **-12.867** | **-12.544** | **-10.967** | **1.985** |

Der **Eigendeckungsgrad** sämtlicher vom Ordnungsamt bewirtschafteten Produkte beträgt im Berichtsjahr **60,5 %** (Vorjahr: 40,8 %). Dadurch bestätigt sich der Trend einer steigenden Eigendeckungsquote aus dem Vorjahr.

In der **Produktsicht** stellt sich der Eigendeckungsgrad der acht Produkte im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

| Produkt | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|
| 1118 Migration und Integration | 2,12 % | 0,34 % | 17,99 % |
| 1212 Wahlen | 31,46 % | 27,89 % | 0,25 % |
| 1221 Sicherheit und Ordnung | 13,61 % | 19,34 % | 20,23 % |
| 1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt u. Asyl | 31,61 % | 34,18 % | 89,00 % |
| 1231 Verkehrsüberwachung | 63,78 % | 82,94 % | 85,27 % |
| 1232 Erlaubnisse Verkehr | 66,82 % | 65,27 % | 56,81 % |
| 1241 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung | 7,51 % | 8,78 % | 11,42 % |
| 5732 Märkte, Kirmessen | 0,53 % | 4,63 % | 11,02 % |
| | 35,00 % | 40,54 % | 60,54 % |

Der Berechnung der gesamten **Eigendeckungsquote** liegen die absoluten Zahlen der jeweiligen Produkte zu Grunde.

Hervorzuheben sind im Berichtsjahr insbesondere die Produkte 1118 Migration und Integration und 1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl sowie das Produkt 1231 Verkehrsüberwachung.

Gerade im Bereich **1118 Migration und Integration** konnte durch Zuschüsse i.H.v. insgesamt 114 T€ zum Projekt „Beschäftigungspilot“ eine enorme Steigerung der Eigendeckungsquote auf 17,99 % (Vorjahr: 0,34 %) erreicht werden. Da dieses Projekt jedoch am 30. Juni 2023 abgeschlossen wurde, ist in den Folgejahren wieder mit einem Rückgang auf die Vorjahreswerte zu rechnen.

Beim Produkt **1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl** konnte der Eigendeckungsgrad ebenfalls deutlich gesteigert werden. Ausschlaggebend war hier eine Sonderzahlung des Landes Rheinland-Pfalz für kommunale Fluchtaufnahme im Jahr 2023. Die Stadt Koblenz hat in diesem Rahmen eine Einmalzahlung i.H.v. rund 3,6 Mio. € erhalten. Im Vorjahresvergleich ergibt sich dadurch eine starke Steigerung von 34,18 % in 2022 auf nunmehr 89,00 %.

Auch im Produkt **1231 Verkehrsüberwachung** können die Erträge die anfallenden Aufwendungen weiterhin zu über 80 % decken und benötigen damit einen **geringen Zuschussanteil**.

Im Gegenzug sind die Produkte 1212 Wahlen, 1241 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung sowie 5732 Märkte, Kirmessen zu nennen, die einen erheblich höheren Zuschussanteil erfordern.

Der **Zuschussbedarf** vor ILV liegt mit 7.496 T€ unter dem geplanten Betrag von 9.729 T€ und konnte sich zum Vorjahr (11.763 T€) deutlich reduzieren. Das Haushaltsergebnis nach interner Leistungsverrechnung hat mit einem Fehlbetrag von 8.982 T€ den geplanten Jahresfehlbetrag mit 10.967 T€ deutlich unterschritten. Auch im Vorjahresvergleich konnte sich das Jahresergebnis nach ILV um 3.885 T€ verbessern.

- **Entwicklung der Jahresabschlussergebnisse**

| (vor ILV) | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge in € | 5.429.582 | 6.896.338 | 6.664.307 | 6.333.333 | 8.020.667 | 11.498.739 |
| Aufwendungen in € | 12.878.798 | 18.593.752 | 17.057.422 | 18.096.981 | 19.783.381 | 18.995.177 |
| Ergebnis/Verlust in € | **-7.449.216** | **-11.697.414** | **-10.393.115** | **-11.763.648** | **-11.762.714** | **-7.496.438** |

Die Entwicklung ansteigender Jahresverluste seit dem Jahr 2017 konnte nach einer einmaligen Umkehr im Jahr 2020 nun erneut gedreht werden. Erstmals konnte der Verlust wieder auf das Niveau des Jahres 2018 reduziert werden. Im Berichtsjahr sind die Aufwendungen um 788 T€ gesunken, während die Erträge einen deutlichen Anstieg um 3,48 Mio. € verzeichnen konnten. Die Erträge sind mit insgesamt 11,49 Mio. € erstmalig auf über 10 Mio. € gewachsen.

- **Entwicklung der Personalkosten***

| (vor ILV) | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Personalaufwand in € | 9.800.510 | 13.161.052 | 12.146.971 | 12.968.911 | 12.710.392 | 12.620.509 |

*Zeile 9 der Ergebnisrechnung

Die Personalkosten liegen mit 12.620 T€ rund 213 T€ über dem Haushaltsansatz von 12.407 T€. Die Personalaufwendungen bilden wie in den Vorjahren weiterhin den größten Kostenfaktor. Im Vorjahresvergleich verringerten sich diese Aufwendungen leicht um 90 T€, bleiben jedoch weiterhin auf einem hohen Niveau.

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen bei den Jahresergebnissen erläutert.

## Produkt 1118 Migration und Integration

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 125 | 2 | 14 | 0 | 125 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -697 | -767 | -662 | -669 | -28 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -572 | -765 | -648 | -669 | 97 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -572 | -765 | -648 | -669 | 97 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-572** | **-765** | **-648** | **-669** | **97** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-586** | **-776** | **-656** | **-681** | **95** |

Das Jahresergebnis vor interner Leistungsverrechnung hat sich mit -572 T€ um rund 193 T€ gegenüber dem Vorjahr (-765 T€) deutlich verbessert. Der geplante Verlust vor interner Leistungsverrechnung wurde sogar um 97 T€ unterschritten. Auch nach ILV konnte sich der Fehlbetrag um 190 T€ auf nunmehr 586 T€ verbessern. Gegenüber dem Haushaltsansatz liegt das Ergebnis um 95 T€ niedriger.

Die **laufenden Erträge** konnten aufgrund eines Zuschusses von 114 T€ zum Projekt „Beschäftigungspilot“ deutlich gesteigert werden. Mit diesen Erträgen ist jedoch nicht nachhaltig zu rechnen, da das Projekt am 30. Juni 2023 abgeschlossen wurde.

Die **Personalaufwendungen** haben sich im Vorjahresvergleich um 27 T€ auf 409 T€ reduziert und liegen 107 T€ über dem Haushaltsansatz.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beliefen sich im Berichtsjahr auf 234 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 38 T€ reduziert. Der Haushaltsansatz von 319 T€ wurde deutlich um 85 T€ unterschritten. Da die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen durch die Nachfrageintensität bestimmt werden, besteht keine Einflussmöglichkeit seitens des Fachamtes.

Insbesondere bei der Sprach- und Integrationsförderung sind Ausgaben für Migrantinnen und Migranten i. H. v. 232 T€ angefallen, was einen Rückgang um 34 T€ gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Auch der ursprünglich geplante Haushaltsansatz wurde um 78 T€ unterschritten. In den Aufwendungen enthalten sind u. a. folgende Maßnahmen:

- FUNK/FUNK Azubi (Fachsprachlicher Förderunterricht)
- Sprachförderung an Schulen/Berufsschulen in Form von qualifizierter Hausaufgabenhilfe
- Förderkurse /Integrationsmaßnahmen der Volkshochschule Koblenz (z. B. Sprachkurse Bürgerzentrum Lützel, EDV-Kurse)
- Projekt GeKOS
- Beirat für Migration und Integration

Es handelt sich in erster Linie um **Maßnahmen im Bereich der Sprachförderung** für Menschen mit Migrationshintergrund.

## Produkt 1221 Sicherheit und Ordnung

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 954 | 1.016 | 711 | 945 | 9 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -4.715 | -5.253 | -5.224 | -4.659 | -56 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.761 | -4.236 | -4.513 | -3.714 | -47 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.761 | -4.236 | -4.513 | -3.714 | -47 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.761** | **-4.236** | **-4.513** | **-3.714** | **-47** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.950** | **-4.368** | **-4.606** | **-3.881** | **-69** |

Der **Jahresfehlbetrag** vor interner Leistungsverrechnung beläuft sich nach 4,2 Mio. € im Vorjahr auf aktuell 3,8 Mio. €, bei einem geplanten Verlust gemäß Haushaltsansatz von 3,7 Mio. €. Dies bedeutet eine Ergebnisverbesserung von 475 T€ zum Vorjahr und gegenüber dem Haushaltsansatz ebenfalls eine Unterschreitung zum Ansatz um 47 T€. Auch nach interner Leistungsverrechnung wird der Haushaltsansatz um 69 T€ unterschritten. Das Ergebnis hat sich im Vorjahresvergleich um insgesamt 418 T€ erheblich verbessert.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** liegen mit 864 T€ rund 92 T€ über dem Haushaltsansatz von 772 T€ und steigern damit das Vorjahresergebnis um 78 T€ deutlich.

Bei näherer Betrachtung auf Ebene der Teilleistungen ist festzustellen, dass sich die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte im Bereich „Gewerbe und Gaststätten“, entgegen dem Trend, deutlich von 320 T€ auf 188 T€ im Berichtsjahr reduziert haben. Grund für den Rückgang ist, die in 2022 stattfindende, alle sechs Jahre turnusmäßige Verlängerung der Spielhallen-Erlaubnisse, die die Betreiber gegen eine Gebühr erhalten haben. Die nächste Überprüfung einschließlich der Verlängerungen steht im Jahr 2028 an.

Die Erträge verteilen sich im Einzelnen auf folgende Positionen:

**a) Gebühren, Beiträge und Entgelte**

- allgemeine Gefahrenabwehr: 24 T€ (Vorjahr: 10 T€)
- Sondernutzungsgebühren: 500 T€ (Vorjahr: 344 T€)

**b) Verwaltungsgebühren**

- allgemeine Gefahrenabwehr: 116 T€ (Vorjahr: 98 T€)
- Fundbüro: 2 T€ (Vorjahr: 2 T€)
- Gewerbe und Gaststätten: 188 T€ (Vorjahr: 320 T€)
- Sondernutzungen: 33 T€ (Vorjahr: 13 T€)

Die **sonstigen laufenden Erträge** liegen mit 75 T€ deutlich unter dem Haushaltsansatz von 164 T€ und bleiben zudem auch rund 101 T€ unter dem Vorjahresergebnis.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die **Personalaufwendungen** mit 3,5 Mio. € (Vorjahr: 4,1 Mio. €) deutlich um 536 T€ verringert. Der Haushaltsansatz von 3,5 Mio. € wurde ziemlich genau eingehalten.

Die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** liegen mit 716 T€ über dem Ansatz von 693 T€. Hier ist eine Steigerung von 150 T€ im Vorjahresvergleich eingetreten.

## Produkt 1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt u. Asyl

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2023** | **2022** | **2021** | **Plan** | **Differenz** |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 5.672 | 2.306 | 1.445 | 2.125 | 3.547 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -6.373 | -6.747 | -4.572 | -5.764 | -609 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -701 | -4.441 | -3.127 | -3.639 | 2.938 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -701 | -4.441 | -3.127 | -3..639 | 2.938 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-701** | **-4.441** | **-3.127** | **-3.639** | **2.938** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-1.747** | **-5.208** | **-3.661** | **-4.362** | **2.615** |

Das Jahresergebnis vor interner Leistungsverrechnung hat sich mit einem Fehlbetrag von 701 T€ gegenüber dem Vorjahr (-4.441 T€) enorm verbessert. Gegenüber dem geplanten Ansatz ergibt sich eine Verbesserung um 2.938 T€. Auch nach ILV konnte

sich der Fehlbetrag um rund 3.461 T€ auf nunmehr 1.747 T€ verbessern. Gegenüber dem Haushaltsansatz ist das Ergebnis um 2.615 T€ besser.

Ein Blick auf das Produkt 1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl zeigt im Berichtsjahr aufgrund einer verbuchten Einmalzahlung des Landes Rheinland-Pfalz eine erhebliche Abweichung zum Vorjahr.

Die **laufenden Erträge** konnten aufgrund einer Sonderzahlung des Landes Rheinland-Pfalz für kommunale Fluchtaufnahme i.H.v. 3,6 Mio. € deutlich zunehmen.

Bereits im Vorjahr hat die Stadt Koblenz eine Sonderzahlung des Landes erhalten, die damals im Produkt 6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen zu verbuchen war. In 2022 wurde die Sonderzahlung aufgrund § 3c S. 2 LAufnG als einmalige Sonderzahlung für die Aufnahme und Versorgung ukrainischer Vertriebener ausgezahlt. Gemäß Vorgabe des Landes war für die Verbuchung dieser Mittel das Produkt 6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen maßgebend.

Im Berichtsjahr ist die Situation um die korrekte Verbuchung eine andere. Hier handelt es sich um Mittel nach § 3a LAufnG (in der 2023 geltenden Fassung), welche laut interner städtischer Buchungsvorgabe sachgerecht bei Produkt 1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl zu verbuchen sind. Der zu dem Zeitpunkt der Zahlung geltende Gesetzestext spricht von „Unterstützung bei der Finanzierung der Aufnahme, Unterbringung und Integration“, was eine Zuordnung zum Produkt 1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl rechtfertigt. Auch die Tatsache, dass die mit der Unterbringung ukrainischer Vertriebener entstandenen Aufwendungen ebenfalls bei diesem Produkt verbucht werden, unterlegt die Zuordnung der Einnahmen zum Produkt. Weitere Ausführungen zum der Thematik sind im Bericht zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 (Anlage 11 lfd. Nr. 3 Erträge der sozialen Sicherung/ Kostenbeteiligung SGB XII und andere soziale Leistungen) zu finden.

Die **Personalaufwendungen** haben sich im Vorjahresvergleich um 273 T€ auf 3,1 Mio. € gesteigert und liegen 246 T€ über dem Haushaltsansatz.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beliefen sich auf 1,9 Mio. €, was eine Ergebnisverbesserung um 773 T€ gegenüber dem Vorjahr (2.6 Mio. €) bedeutet. Der Haushaltsansatz von 1,7 Mio. € wurde letztlich leicht um 171 T€ überschritten.

## Produkt 1231 Verkehrsüberwachung

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 3.390 | 3.277 | 2.426 | 4.227 | -837 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.975 | -3.951 | -3.804 | -4.298 | 323 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -585 | -674 | -1.378 | -71 | -514 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -585 | -674 | -1.378 | -71 | -514 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-585** | **-674** | **-1.378** | **-71** | **-514** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-610** | **-722** | **-1.411** | **-92** | **-518** |

Der **Jahresfehlbetrag** vor ILV beträgt 585 T€ (Vorjahr: 674 T€) bei einem geplanten Fehlbetrag gemäß Haushaltsansatz von 71 T€. Dies bedeutet zwar einen Fehlbetrag von 514 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz. Im Vorjahresvergleich ergibt sich jedoch eine Verbesserung des Ergebnisses um 89 T€. Der Vergleich der Ergebnisse vor ILV für die Jahre 2018-2023 zeigt nach einem deutlichen Einbruch im Jahr 2019 auf -1,64 Mio. € weiterhin eine positive Tendenz.

Die **Einnahmen aus Verwarngeldern** bestimmen die Entwicklung des Produktes erneut maßgeblich. Im Rahmen der Kontrolle des ruhenden Verkehrs wurden in den vergangenen Jahren die Prioritäten neu gewertet. Der Fokus liegt nun auf der Gefahrenabwehr und weniger auf der Ahndung von Formalverstößen. Die Überwachung konzentriert sich auf Bereiche, die eine Gefahrenabwehr zwingend notwendig machen. Hierzu gehören insbesondere die Kontrolle von Feuerwehrzufahrten, Schwerbehindertenparkplätzen, absolute Haltverbote, Fußgängerzonen oder das Parken auf Radwegen.

Im Berichtsjahr wurden, wie im Vorjahr insgesamt 4,2 Mio. € im Haushaltsplan an Einnahmen veranschlagt. Die tatsächlichen Einnahmen beliefen sich auf 3,3 Mio. €. Damit bewegen sich die Einnahmen auf dem Niveau des Vorjahres mit knapp 3,3 Mio. €. Die laufenden Erträge verteilen sich auf die Bereiche der Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte (386 T€) und Sonstigen laufenden Erträge (2,9 Mio. €).

Im Bereich der **Öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** handelt es sich nahezu vollständig um Verwaltungsgebühren aus dem Bereich des Ruhenden Verkehrs für durchgeführte Abschleppmaßnahmen. Diese Erträge i.H.v. 386 T€ (Vorjahr: 468 T€) sind im fünften Jahr in Folge rückläufig und liegen deutlich unterhalb des Haushaltsansatzes von 550 T€.

Die Anzahl der jährlichen Abschleppvorgänge beeinflusst zum einen unmittelbar die daraus entstehenden Verwaltungsgebühren, als auch die Aufwendungen, welche für die verstärkte Inanspruchnahme der Dienstleistung des vertraglich gebundenen Abschleppunternehmens anfallen.

- **Anzahl der Abschleppvorgänge**

| Jahr | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | **2023** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Anzahl | 2.994 | 3.144 | 2.588 | 2.364 | 2.500 | 2.233 |

Die Anzahl der Abschleppvorgänge beläuft sich auf 2.233 Fälle. Damit ist die Fallzahl nach dem Hochpunkt im Jahr 2019 mit 3.144 Fällen weiterhin auf einem rückläufigen Niveau.

Bei den **Sonstigen laufenden Erträgen** handelt es sich um Erträge aus Verwaltungstätigkeit im Zusammenhang mit Ordnungswidrigkeiten, bei denen der Verwarnungs-, Buß- und Zwangsgelder verhängt wurden. Die Erträge aus Verwaltungstätigkeit im Berichtsjahr können das Vorjahresergebnis von 2,8 Mio. € nochmals um 190 T€ auf nunmehr über 2,9 Mio. € steigern, bleiben jedoch rund 680 T€ unter dem Haushaltsansatz von 3,6 Mio. €.

- **Anzahl der Verwarnungsfälle**

| Jahr | Ruhender Verkehr | Fließender Verkehr | | |
|---|---|---|---|---|
| | | Mobile Anlagen | Stationäre Anlagen | Gesamt |
| 2014 | 131.315 | 15.052 | 7.334 | 22.386 |
| 2015 | 123.000 | 14.862 | 8.372 | 23.234 |
| 2016 | 116.403 | 15.386 | 14.789 | 30.175 |
| 2017 | 96.298 | 10.582 | 22.317 | 32.899 |
| 2018 | 79.400 | 10.582 | 24.281 | 34.863 |
| 2019 | 65.265 | 4.602 | 25.422 | 30.024 |
| 2020 | 60.594 | 13.780 | 14.623 | 28.403 |
| 2021 | 61.825 | 15.699 | 17.438 | 33.137 |
| 2022 | 69.211 | 7.993 | 14.733 | 22.726 |
| **2023** | 68.009 | 12.060 | 15.686 | 27.746 |

Die **Verwarnungsfälle** des ruhenden Verkehrs haben sich im Vorjahresvergleich leicht um 1.202 Fälle auf nunmehr 68.009 Fälle reduziert, während sich die Fallzahl der mobilen Anlagen deutlich um 4.067 Fälle auf 12.060 Fälle gesteigert hat. Die Fallzahlen der stationären Anlagen steigern sich mit 15.686 Fällen um 953 Fälle zum Vorjahr (14.733). Die Gesamtzahl der Verwarnungsfälle im Bereich des fließenden Verkehrs (mobile und stationäre Anlagen) beträgt im Berichtsjahr 27.746. Damit hat sich die Fallzahl deutlich um 5.020 Fälle erhöht. Gerade im Bereich der Mobilen Anlagen hat sich die Fallzahl wieder entspannt. Hier waren die Fallzahlen im Vorjahr aufgrund Personalengpässe durch Fluktuation und erhöhtem Schulungsbedarf bei Neueinstellungen drastisch gesunken. Im Jahr 2023 konnten die Fallzahlen wieder auf das Niveau der Vorjahre ansteigen.

Die **Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit insgesamt** bleiben auf dem Niveau des Vorjahres von rund 3,9 Mio. €. Der Haushaltsansatz war mit 4,2 Mio. € beziffert und wurde damit sogar um rund 323 T€ unterschritten.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** steigern sich zum Vorjahr um 333 T€ auf nunmehr 3,2 Mio. €. Der geplante Ansatz von 3,3 Mio. € konnte eingehalten werden. Das Ergebnis liegt hier rund 111 T€ unterhalb des Planansatzes.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** liegen im Berichtsjahr mit 326 T€ in etwa 186 T€ unterhalb des Planansatzes. In diesen Aufwendungen enthalten sind unter anderem auch die Aufwendungen der Abschleppmaßnahmen für verkehrswidrig geparkte Fahrzeuge (229 T€). An dieser Stelle ist anzumerken, dass die Erträge aus Verwaltungsgebühren im Rahmen der Abschleppmaßnahmen (386 T€) die Aufwendungen, die durch Inanspruchnahme von Dienstleistern zur Durchführung der Abschleppungen anfallen (229 T€) zu einer vollständigen Kostendeckung beitragen.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** liegen mit 380 T€ rund 208 T€ unterhalb des Vorjahresergebnisses und konnten somit deutlich reduziert werden. Der Haushaltsansatz von 387 T€ wurde nahezu genau eingehalten.

## ■ ■ Produkte des Amtes 34: Bürger- und Standesamt

Im Haushaltsjahr 2022 wurden die bisherigen Ämter 12 und 34 zu einem neuen Amt 34/Bürger-und Standesamt im Dezernat II zusammengeführt. Aus diesem Grund bleibt anzumerken, dass Mehrjahresvergleiche in diesem und künftigen Berichtsjahren aufgrund einer begrenzten Vergleichbarkeit der Daten nicht oder nur eingeschränkt möglich sind.

Das Bürger- und Standesamt bewirtschaftet insgesamt **2 Produkte**. Zusammengefasst ergibt sich für das fusionierte Bürger- und Standesamt folgender **Gesamtabschluss**:

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2023** | **2022** | **2021** | **Plan** | **Differenz** |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.368 | 1.350 | 1252 | 1.181 | 187 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.903 | -3.014 | -2.769 | -3.008 | 105 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.535 | -1.665 | -1.597 | -1.827 | 292 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.535 | -1.665 | -1.597 | -1.827 | 292 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.535** | **-1.665** | **-1.597** | **-1.827** | **292** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-1.856** | **-2.003** | **-1.832** | **-3.744** | **1.888** |

Der **Eigendeckungsgrad** sämtlicher vom Bürger- und Standesamt bewirtschafteten Produkte beträgt im Berichtsjahr 47,14 **%**. Dies bedeutet eine Steigerung um 2,38 % im Vergleich zum Vorjahr mit 44,76 %.

In der **Produktsicht** stellt sich der Eigendeckungsgrad der beiden Produkte wie folgt dar:

| **Produkt** | **2022** | **2023** |
|---|---|---|
| 1223 Bürgerservice | 43,42 % | 46,97 % |
| 1227 Personenstandswesen, sonstige Beurkundungen | 48,36 % | 47,54 % |
| | gesamt 44,76 % | 47,14 % |

Der Berechnung der gesamten **Eigendeckungsquote** liegen die absoluten Zahlen der jeweiligen Produkte 1223 und 1227 zu Grunde.

## Produkt 1223 Bürgerservice

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2023** | **2022** | **2021** | **Plan** | **Differenz** |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 962 | 953 | 848 | 838 | 124 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.047 | -2.195 | -1.965 | -2.200 | 153 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.085 | -1.242 | -1.117 | -1.362 | 277 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.085 | -1.242 | -1.117 | -1.362 | 277 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.085** | **-1.242** | **-1.117** | **-1.362** | **277** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-1.259** | **-1.308** | **-1.195** | **-2.580** | **1.321** |

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes konnte im Ergebnis mit 46,97 % eine deutliche Steigerung verzeichnen und liegt damit wieder über dem Durchschnittswert der vergangenen 10 Jahre.

| (vor ILV) | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Eigendeckungsgrad | 44 % | 46 % | 47% | 47% | 43% | 36% | 43% | 43 % | 47 % |

Der **Zuschussbedarf** gegenüber den Vorjahren durchbricht erstmals den seit 2017 herrschenden Trend steigender Verluste. Insgesamt konnten vor Interner Leistungsverrechnung erneut höhere Erträge erzielt werden, während auch die Aufwendungen gesunken sind, was im Ergebnis zu einem Fehlbetrag von rund 1,09 Mio. € führt. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Verbesserung um gut 150 T€.

| (vor ILV) | 2017 (in €) | 2018 (in €) | 2019 (in €) | 2020 (in €) | 2021 (in €) | 2022 (in €) | 2023 (in €) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 802.535 | 865.098 | 868.393 | 616.486 | 847.630 | 953.253 | 961.567 |
| Aufwendungen | 1.690.679 | 1.838.997 | 2.004.144 | 1.728.223 | 1.965.054 | 2.194.790 | 2.047.336 |
| Ergebnis/Verlust | **-888.144** | **-973.899** | **-1.135.752** | **-1.111.737** | **-1.117.424** | **-1.241.497** | **-1.085.769** |

Maßgeblich zu den Erträgen beigetragen haben die **Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** für kostenpflichtige Dienstleistungen des Bürgeramtes. Diese haben die geplanten 830 T€ mit einem Ergebnis von 948 T€ deutlich überstiegen und liegen auf dem Niveau das Vorjahresergebnisses von 942 T€. So, wie fast sämtliche Leistungen des Bürger- und Standesamtes, unterliegen auch diese Einnahmen deutlichen Schwankungen, bedingt durch das Kundenaufkommen.

Der Zuschussbedarf konnte eine deutliche Reduzierung erfahren. Von gut 1,24 Mio. € im Vorjahr beträgt der Verlust im Berichtsjahr nur noch rund 1,09 Mio. €. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, ob sich die Verluste weiter reduzieren oder zumindest auf dem Niveau von 1 Mio. € halten können. Den größten Anteil der Aufwendungen bilden neben den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen die Personal- und Versorgungsaufwendungen ab.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betragen 621 T€ (Vorjahr: 612 T€) und liegen damit erneut deutlich über dem Ansatz von 552 T€. Größte Positionen sind hier die Beschaffung von amtlichen Dokumenten (Personalausweise, Reisepässe, Kinderausweise usw.), die durch erhobene Verwaltungsgebühren gedeckt werden. Die Gesamtnachfrage nach kostenpflichtigen **und** kostenfreien Dienstleistungen des Bürgeramtes hat unmittelbare Auswirkung auf die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Diese Aufwendungen bewegen sich nachfragegesteuert (u. a. mehr Reisetätigkeit nach Ende der Corona-Pandemie) auf einem etwas höheren Niveau, als in den Vorjahren.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** bilden mit 1,21 Mio. € abermals den größten Kostenblock ab. Gegenüber dem Haushaltsansatz konnten deutliche Einsparungen i.H.v. 220 T€ erzielt werden und auch im Vorjahresvergleich haben sich die Personalaufwendungen um rund 191 T€ reduziert.

| Produkt 1227 | Personenstandswesen, sonst. Beurkundungen |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 407 | 396 | 404 | 343 | 64 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -856 | -820 | -884 | -808 | -48 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -449 | -424 | -480 | -465 | 16 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -449 | -424 | -480 | -465 | 16 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-449** | **-424** | **-480** | **-465** | **16** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-596** | **-695** | **-637** | **-1.163** | **567** |

Das Jahresergebnis vor interner Leistungsverrechnung hat sich mit einem Minus von 449 T€ gegenüber dem Verlust des Vorjahres leicht verschlechtert. Nach interner Leistungsverrechnung hat sich der Trend der Vorjahre nicht bestätigt. Der Fehlbetrag hat sich um 99 T€ auf nunmehr 596 T€ reduziert (Vorjahr 695 T€).

Die **Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** für kostenpflichtige Dienstleistungen des Bürger- und Standesamtes haben maßgeblich zu den Gesamterträgen beigetragen. Diese haben den geplanten Ansatz von 340 T€ um 58 T€ überstiegen und stehen im Ergebnis mit 398 T€ zu Buche. Auch im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis leicht um 4 T€ verbessert. So, wie fast sämtliche Leistungen des Bürger- und Standesamtes, unterliegen auch diese Einnahmen deutlichen Schwankungen, bedingt durch die Kundennachfragen.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** bilden mit 701 T€ (Vorjahr 669 T€) den größten Kostenpunkt des Produktes ab. Das Ergebnis hat den Ansatz i. H. v. 651 T€ um 50 T€ überstiegen. Im Vorjahresvergleich ergibt sich eine Kostensteigerung von 32 T€.

# Produkte des Amtes 37: Amt für Brand- und Katastrophenschutz

## Produkt 1261 Brandschutz

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 697 | 573 | 542 | 470 | 227 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -13.767 | -14.141 | -11.986 | -13.423 | -344 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -13.070 | -13.567 | -11.444 | -12.953 | -117 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -13.070 | -13.567 | -11.444 | -12.953 | -117 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-13.070** | **-13.567** | **-11.444** | **-12.953** | **-117** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-14.596** | **-14.628** | **-12.350** | **-14.151** | **-445** |

Das **Jahresergebnis** vor ILV beläuft sich auf einen Verlust von 13,07 Mio. € (Vorjahr: 13,57 Mio. €), bei einem geplanten Fehlbetrag gemäß Haushaltsansatz von 12,95 Mio. €.

Dies bedeutet im Ergebnis vor interner Leistungsverrechnung eine Überschreitung gegenüber dem Haushaltsansatz von 117 T€. Gegenüber dem Vorjahresergebnis (13,57 Mio. €) ist eine deutliche Verbesserung von rund 497 T€ festzustellen. Nach Durchführung der ILV beläuft sich der Fehlbetrag auf 14,59 Mio. €. Dieser liegt auf dem Niveau des Vorjahres (14,62 Mio. €).

Die **sonstigen laufenden Erträge** weisen auch in diesem Berichtsjahr erneut keinen Haushaltsansatz auf. Tatsächlich liegen Erträge von 137 T€ (Vorjahr: 48 T€) vor. Diese Erträge beruhen im Wesentlichen auf 27 T€ Veräußerungsgewinnen von Vermögensgegenständen, als auch aus einer Erhöhung des Buchwertes des Anteils am Versorgungsrücklagen-Fonds mit 102 T€. Auf das Fehlen eines Ansatzes wurde bereits im Schlussbericht 2022, sowie in den Jahren 2018-2021 hingewiesen. Eine Änderung in der Haushaltsplanung ist bislang nicht eingetreten. Zukünftig sollte hier eine realistische Einschätzung bei der Planaufstellung erfolgen.

Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** konnten im Berichtsjahr mit 272 T€ den Haushaltsansatz von 206 T€ deutlich übersteigen. Im Vorjahresvergleich ist eine Steigerung von 40 T€ festzustellen. Hier sind Erträge aus Dienstleistungen der Feuerwehr außerhalb der Gefahrenabwehr, Erträge aus der Vermietung der Atemschutzübungsanlage sowie Erstattungen des Amtes 61/ Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung für Stellungnahmen im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren veranschlagt. Seit dem Jahr 2020 führt die Feuerwehr zudem keine Brandsicherheitswachen im Theater, der Rhein-Mosel-Halle sowie der CGM-Arena mehr durch. Dies erfolgt künftig in Eigenregie bzw. durch externe Anbieter.

Die **Personalaufwendungen** schließen im Ergebnis mit einem Aufwand von 11,23 Mio. €. Damit liegen die Personalkosten rund 585 T€ unterhalb des Vorjahreswertes, bleiben jedoch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau und der größte Kostenfaktor im Bereich des Brandschutzes.

| Produkt 1262 | Leitstelle |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.561 | 1.106 | 1.185 | 1.140 | 421 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -1.915 | -1.974 | -1.932 | -1.943 | 28 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | --354 | -868 | -747 | -803 | 449 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -354 | -868 | -747 | -803 | 449 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-354** | **-868** | **-747** | **-803** | **449** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-462** | **-942** | **-812** | **-880** | **418** |

Das **Jahresergebnis** vor ILV hat sich gegenüber dem Vorjahresergebnis deutlich verbessert auf einen Verlust von 354 T€ (Vorjahr 868 T€). Gegenüber dem Haushaltsansatz von -803 T€ bedeutet dies ebenfalls eine Verbesserung um 449 T€. Nach erfolgter interner Leistungsverrechnung beträgt der Verlust 462 T€, der einem geplanten Jahresfehlbetrag von 880 T€ gegenübersteht, so dass sich der Verlust gegenüber dem Ansatz um 418 T€ verbessert.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** weisen mit 1,54 Mio. € (Vorjahr: 1,08 Mio. €) das vierte Jahr in Folge einen höheren Ertrag, als im Haushaltsplan veranschlagt (1,14 Mio. €) aus. Im Einzelnen setzen sich diese Kostenerstattungen aus den folgenden Positionen zusammen: Die Erstattungen vom Land für die integrierte Leitstelle betragen insgesamt 874 T€, wovon rund 273 T€ für die Personalkosten vorgesehen sind und auf die Sach- und Betriebskosten entfallen rund 601 T€. Weitere Erstattungen i. H. v. insgesamt 662 T€ wurden von anderen Gemeinden für die Personal- und Betriebskosten der Integrierten Leitstelle gezahlt.

Der Haushaltsansatz der **sonstigen laufenden Aufwendungen** im Berichtsjahr von 537 T€ wurde mit 572 T€ leicht überstiegen. Hierunter fallen beispielsweise Aufwendungen für die Unterhaltung der Funkverbindung für die Integrierte Leitstelle (57 T€) sowie Kosten für Datenverarbeitung (333 T€).

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** von 67 T€ haben sich gegenüber dem Vorjahr um rund 30 T€ reduziert. Auch der Haushaltsansatz von 70 T€ wurde damit eingehalten.

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** bleiben mit 1,25 Mio. € (Vorjahr: 1,38 Mio. €) hinter dem Ansatz von 1,30 Mio. € zurück. Ebenso konnte hier eine Reduzierung zum Vorjahr von 133 T€ festgestellt werden.

| Produkt 1281 | Zivil- und Katastrophenschutz |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 188 | 1.447 | 4.659 | 18 | 170 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -1.050 | -3.935 | -7.153 | -1.000 | -50 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -862 | -2.487 | -2.494 | -982 | 120 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -862 | -2.487 | -2.494 | -982 | 120 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-862** | **-2.487** | **-2.494** | **-982** | **120** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-970** | **-2.562** | **-2.854** | **-1.067** | **97** |

Das **Jahresergebnis** vor ILV beläuft sich auf einen Fehlbetrag von 862 T€. Im Vorjahr schlug hier noch ein Verlust von 2,49 Mio. € zu Buche. Das Ergebnis hat sich in diesem Bereich also um 1,62 Mio. € verbessern können. Auch nach ILV konnte sich der Fehlbetrag von 2,56 Mio. € in 2022 auf nunmehr 970 T€ mehr als halbieren.

Die **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** weisen mit 169 T€ (Vorjahr: 1,44 Mio. €) einen starken Einbruch aus. Der enorme Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr noch eine große Kostenbeteiligung des Landes für die Betreibung des Impfzentrums gezahlt wurde. Diese Kostenerstattung ist mit der Schließung des Impfzentrums weggefallen. Die Erstattung im Berichtsjahr erfolgte für die entstandenen Kosten rund um die Schließung und den Rückbau des Impfzentrums.

Die **Personalaufwendungen** konnten zur Ergebnisverbesserung deutlich beitragen, da sich der Aufwand von 1,69 Mio. € im Vorjahr auf 769 T€ reduziert hat. Der Haushaltsansatz von 703 T€ konnte somit zwar nicht ganz eingehalten werden, jedoch sind die Personalaufwendungen im Vorjahresvergleich um über 926 T€ gesunken.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** schlagen ebenfalls hohe Einsparungen von rund 1,63 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr zu Buche. Hier konnte der ohnehin recht niedrige Haushaltsansatz von 203 T€ mit einem Ergebnis von 130 T€ eingehalten werden.

Die Minderaufwendungen bei Personal und bei den Sach- und Dienstleistungen sorgen im Endeffekt für die deutliche Ergebnisverbesserung gegenüber dem Jahr 2022.

# ■ ■ Produkte des Amtes 40: Kultur- u. Schulverwaltungsamt

## ☐ Produktübergreifende Prüfung

Das Kultur- und Schulverwaltungsamt bewirtschaftet insgesamt 12 Produkte. Deren Ergebnisse stellen sich saldiert wie folgt dar:

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 4.298 | 7.017 | 8.646 | 5.435 | -1.137 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -19.038 | -17.746 | -18.292 | -20.055 | 1.017 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -14.740 | -10.729 | -9.646 | -14.620 | -120 |
| Finanzergebnis | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -14.740 | -10.728 | -9.646 | -14.620 | -120 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-14.740** | **-10.728** | **-9.646** | **-14.620** | **-120** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-40.536** | **-34.195** | **-36.278** | **-39.763** | **-773** |

Die Jahresergebnisse vor und nach ILV entsprechen fast exakt dem jeweiligen **Haushaltsansatz**.

Gegenüber dem **Vorjahr** verschlechtert sich das Jahresergebnis (vor ILV) vermeintlich um 4.012 T€. Bei dieser Vergleichsbetrachtung ist allerdings zu berücksichtigen, dass die **Zuweisungen des Landes zum Ausgleich von Beförderungskosten** nach einer Buchungsvorgabe des Statistischen Landesamtes ab dem Berichtsjahr nicht mehr als Zuwendung in dem hier beinhalteten Produkt 2411 „Schülerbeförderung“, sondern als allgemeine Finanzzuweisung in Produkt 6111 „Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen“ (Amt 20 / Kämmerei und Steueramt) abzubilden sind. Im Berichtsjahr handelt es sich um einen Betrag i.H.v. **2.761 T€**. Um weiterhin einen Ergebnisvergleich im Rahmen der produktübergreifenden Betrachtung des Amtes 40 zu ermöglichen, wurde die vorgenannte Zuweisung **in sämtlichen folgenden Tabellen** als *laufender Ertrag* hinzugesetzt:

| | Ergebnisvergleich | | |
|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 |
| | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 7.058 | 7.017 | 8.646 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -19.038 | -17.746 | -18.292 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -11.980 | -10.729 | -9.646 |
| Finanzergebnis | 0 | 1 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -11.980 | -10.728 | -9.646 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-11.980** | **-10.728** | **-9.646** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-37.776** | **-34.195** | **-36.278** |

Auf dieser Grundlage ergibt sich im Vorjahresvergleich eine wesentlich geringere Ergebnisverschlechterung vor ILV (-1.252 T€, -11,7 %). Dennoch stehen hier einer nur leicht verbesserten Ertragssituation (+41 T€) deutlich stärker gestiegene Aufwendungen gegenüber (+1.292 T€, +7,3 %).

Detaillierte Erläuterungen finden sich im weiteren Bericht zu ausgewählten Produkten.

**Entwicklung der produktübergreifenden Jahresergebnisse (vor ILV):**

| in € | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 6.052.473 | 7.544.606 | 8.645.997 | 7.016.920 | 7.058.594 |
| Aufwendungen | -15.568.930 | -17.025.570 | -18.292.282 | -17.746.061 | -19.038.495 |
| Ergebnis | **-9.516.457** | **-9.480.426** | **-9.646.285** | **-10.729.141** | -11.979.901 |

Der zusammengefasste **Eigendeckungsgrad** sämtlicher vom Kultur- und Schulverwaltungsamt bewirtschafteten Produkte verschlechtert sich im Berichtsjahr erneut, und zwar auf einen Wert, der unter denen der letzten Jahre liegt:

| in % | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| | 38,90 | 44,31 | 47,27 | 39,54 | 37,08 |

Wesentliche Faktoren für die Zuschussentwicklung aller Produkte sind (vor ILV):

| in T€ | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|
| **Erträge** | **8.646** | **7.017** | ***7.058*** |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferertr. | 6.163 | 4.099 | 4.021 |
| Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte | 37 | 42 | 25 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 882 | 1.227 | 1.328 |
| Kostenerstattungen/-umlagen | 1.527 | 1.613 | 1.625 |
| Sonstige laufende Erträge | 37 | 36 | 59 |
| **Aufwendungen** | **-18.292** | **-17.746** | **-19.038** |
| Personal-/Versorgungsaufwendg. | -3.836 | -3.822 | -4.012 |
| Sach- und Dienstleistungen | -9.366 | -8.318 | -8.543 |
| Sonstige, Zuwendungen | -3.936 | -4.265 | -4.971 |
| Abschreibungen | -1.154 | -1.341 | -1.512 |

Über die oben genannten Aufwendungen hinaus ist in den jeweiligen Produkten auch derjenige Aufwand abzubilden, der durch die Nutzung eines Gebäudes entsteht. Handelt es sich dabei um konsumtive (gebäudebezogene) Aufwendungen, die im Verantwortungsbereich des Produktes 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ (ZGM) liegen, erfolgt dies über die interne Leistungsverrechnung (ILV). Mittels dieser wird neben solchen konsumtiven Aufwendungen auch der gesamte Overhead des ZGM (Personal- und Sachaufwand) verursachungsgerecht auf die jeweiligen Produkte verteilt.

Nach Mitteilung des ZGM wurden die an den Schulen erbrachte Leistungen für Reinigung, Energieversorgung und IT-Infrastruktur/-Betreuung wie folgt zum Ausgleich gebracht:

- **Schulreinigung**

Der verrechnete Personalaufwand entspricht der Eigenreinigung und der Sachaufwand überwiegend der Fremdreinigung durch beauftragte Unternehmen.

| in T€ | 2021 | | | 2022 | | | 2023 | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Eigen | Fremd | ∑ | Eigen | Fremd | ∑ | Eigen | Fremd | ∑ |
| Grundsch. | 21 | 832 | 853 | 39 | 784 | 823 | 43 | 868 | 911 |
| Realsch.+ | 0 | 392 | 392 | 42 | 288 | 330 | 53 | 355 | 408 |
| Gymn. | 66 | 652 | 718 | 71 | 542 | 613 | 76 | 665 | 741 |
| BBS T, G. u. H. | 0 | 260 | 260 | 0 | 298 | 298 | 0 | 255 | 255 |
| BBS Wirtsch. | 40 | 119 | 159 | 59 | 78 | 137 | 43 | 95 | 138 |
| Fördersch. | 0 | 155 | 155 | 0 | 141 | 141 | 0 | 149 | 149 |
| IGS | 0 | 143 | 143 | 0 | 146 | 146 | 0 | 155 | 155 |
| **SUMMEN** | **127** | **2.553** | **2.680** | **211** | **2.277** | **2.488** | **215** | **2.542** | **2.757** |
| *△ zu Vorjahr (△%)* | *-92 (-42,0)* | *+75 (+3,0)* | *-18 (-0,7)* | *+84 (+66,1)* | *-276 (-10,8)* | *-192 (-7,2)* | *+4 (+1,9)* | *+265 (+11,6)* | *+269 (+10,8)* |
| **Eigenreinigg.** | **4,74 %** | | | **8,48 %** | | | **7,80 %** | | |

Nach einem leichten Rückgang im Vorjahr sind die Reinigungskosten insgesamt deutlich angestiegen, und zwar insbesondere im Bereich der Fremdreinigungsleistungen. Dazu hat maßgeblich die Erhöhung des Mindestlohns im Gebäudereiniger-Handwerk um 12,55 % per Oktober 2022 beigetragen.

Der prozentuale Anteil der Eigenreinigung ist wieder leicht gesunken. Die Planungen des ZGM betreffend eine moderate, aber kontinuierliche Steigerung der Eigenreinigungsleistungen konnten demnach noch nicht realisiert werden. Dieses Ziel weiterhin verfolgend befinden sich aktuell Stellenbesetzungsverfahren und erforderliche organisatorische Umstrukturierungen in Kooperation mit Amt 10/Amt für Personal und Organisation in Umsetzung.

- **Energie (Heizung, Strom und Wasser)**

| in T€ | 2021 | | | | 2022 | | | | 2023 | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | H | S | W | ∑ | H | S | W | ∑ | H | S | W | ∑ |
| Grund | 314 | 171 | 17 | 502 | 302 | 328 | 21 | 651 | 400 | 259 | 18 | 677 |
| Real+ | 183 | 71 | 9 | 263 | 152 | 116 | 10 | 278 | 201 | 108 | 9 | 318 |
| Gymn. | 240 | 180 | 16 | 436 | 166 | 275 | 22 | 463 | 286 | 254 | 27 | 567 |
| BBS | 161 | 162 | 11 | 334 | 133 | 286 | 9 | 428 | 245 | 293 | 9 | 547 |
| Förder | 75 | 57 | 4 | 136 | 67 | 75 | 5 | 147 | 98 | 70 | 8 | 176 |
| IGS | 42 | 14 | 2 | 58 | 40 | 24 | 4 | 68 | 63 | 17 | 3 | 83 |
| **Summe** | **1.015** | **655** | **59** | **1.729** | **860** | **1.104** | **71** | **2.035** | **1293** | **1001** | **74** | **2368** |
| zu Vorjahr △ in T€ | +189 | -70 | -8 | +111 | -155 | +449 | +12 | +306 | +433 | -103 | +3 | +333 |
| *△ in %* | *+23* | *-10* | *-12* | *+7* | *-15* | *+68* | *+20* | *+18* | *+50* | *-9* | *+4* | *+16* |

H=Heizung, S=Strom, W=Wasser

Im Berichtsjahr verzeichnete das ZGM Aufwendungen für Energie i.H.v. saldiert 2,4 Mio. € (+333 T€, +16 %).

Ein signifikanter Zuwachs von 433 T€ (+50 %) ist bei den Aufwendungen für Heizung zu verzeichnen. Diese erhebliche Abweichung ist teilweise auf eine Neuausschreibung der Beschaffungsleistung und auf die im Zeitpunkt der Beschaffung ungünstigen Konditionen zurückzuführen. Im Rahmen einer vergleichenden Betrachtung der Kostenentwicklung ist allerdings immer zu berücksichtigen, dass die komplexen Beschaffungsvorgänge an den Energiebörsen oftmals zu starken Preisschwankungen im Großkundenbereich führen.

Die Ausgaben für Strom und Wasser veränderten sich jeweils nur leicht.

- **IT-Infrastruktur und Betreuung**

Die Maßnahmen zur Installation einer EDV-Infrastruktur in den Schulen wurden durch das ZGM im Berichtsjahr kontinuierlich fortgeführt. Die Rechnungsergebnisse betreffend die direkte EDV-Infrastruktur, wie Verkabelung und Datenanschlüsse, stellen sich nach Mitteilung des ZGM zusammengefasst wie folgt dar:

| **Direkte EDV-Infrastrukturkosten*** | | | |
|---|---|---|---|
| in € | **2021** | **2022** | **2023** |
| Grundschulen | 307.317 | 519.168 | 475.910 |
| Realschulen Plus | 7.698 | 157.492 | 622.170 |
| Gymnasien | 89.250 | 134.596 | 355.189 |
| BBS T., G., H. | 97.176 | 8.095 | 0 |
| BBS Wirtschaft | 0 | 232.137 | 314.713 |
| Förderschulen | 2.380 | 6.572 | 9.238 |
| IGS | 0 | 0 | 240.210 |
| **SUMMEN** | **503.821** | **1.058.061** | **2.017.430** |
| **△ € zu Vj. (△ %)** | **+467.062 (+357)** | **+554.241 (+110)** | **+959.369 (+91)** |

*nicht: nur im Zusammenhang stehende Maßnahmen wie Planung, Trockenbau und Reinigung

Die Aufwandsteigerung der Vorjahre setzt sich im Berichtsjahr mit der kontinuierlichen Umsetzung des DigitalPakts Schule signifikant fort. In folgenden Objekten wurden umfangreichere Maßnahmen realisiert:

- BBS Wirtschaft (315 T€)
- Gymnasium Asterstein (168 T€)
- Eichendorff-Gymnasium (157 T€)
- Realschule plus Asterstein (291 T€)
- Realschule plus Goethe (192 T€)
- Realschule plus Clemens-Brentano (139 T€)
- IGS Metternich (240 T€), in Umsetzung
- Grundschule Lützel (156 T€)
- Grundschule Pfaffendorfer Höhe (69 T€)
- Grundschule Arzheim (65 T€)
- Grundschule Metternich-Oberdorf (45 T€)
- Grundschule Moselweiß (45 T€)

Im Sachzusammenhang stehen die durch das ZGM, insbesondere im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms KI 3.0 Kap. 2, durchgeführten Bau-, Umbau-, Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Schulen, wovon folgende beispielhaft zu nennen sind:

- **Grundschulen**

  Neubau: Goldgrube, Rauental
  Sanierung Dach und Fassade: Pfaffendorfer Höhe
  Sanierung Schulhof: Horchheim
  Sanierung Gymnastikhalle und WC-Anlagen: Rübenach
  Aufzugsanlage und Fluchttreppe: Pfaffendorfer Höhe

- **Gymnasien**

  Sanierung Dach und Fassade: Görres
  Sanierung Fassade: Max-von-Laue
  Sanierung Bodenbeläge und Sanitäranlagen: Hilda
  Sanierung Bodenbeläge: Eichendorff

Sanierung Schulhof: Görres
Neubau Umkleidekabinen: Hilda

- **Realschule plus**

  Instandsetzung Fußböden: Clemens-Brentano
  Sanierung Tribüne Sporthalle: Asterstein

- **Berufsbildende Schulen**

  Sanierung Bodenbeläge: Carl Benz
  Sanierung Sporthallennebenräume: Carl Benz, Julius-Wegeler, BBS Wirtschaft

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen der Jahresabschlussergebnisse erläutert:

## Produkt 2012 Allgemeine Schulverwaltung

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 287 | 270 | 71 | 221 | 66 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.897 | -3.398 | -2.994 | -3.400 | -497 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.610 | -3.128 | -2.923 | -3.179 | -431 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.610 | -3.128 | -2.923 | -3.179 | -431 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.610** | **-3.128** | **-2.923** | **-3.179** | **-431** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.693** | **-3.247** | **-3.065** | **-3.254** | **-439** |

Das Jahresergebnis (vor ILV) überschreitet den geplanten Verlust um 431 T€ (+13,6 %).

Auch im **Vorjahresvergleich** hat sich das Jahresergebnis (vor ILV) erneut verschlechtert, und zwar um 482 T€ (+15,4 %). Hier setzt sich der Trend des Vorjahres dergestalt fort, dass die Erträge (+17 T€, +6,3 %) nicht in gleichem Maße wie die Aufwendungen (+499 T€, +14,7 %) steigen.

Die **Ertragslage** ist geprägt von der Landeszuwendung für den Bereich des Schulsupports (Problemlösung bei im Unterricht eingesetzten Rechnern und Netzwerken, Software-Installationen, …), die einen Ausgleich dafür bietet, dass seit dem Schuljahr 2021/22 dem Schulträger und nicht mehr der Schule selbst die Aufgabe des Schulsupports obliegt. Das Land stellt den Schulträgern dafür jährlich 11 € pro Schüler*in zur Verfügung. Im Berichtsjahr belief sich die Landeszuwendung auf 209 T€.

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhten sich um 72 T€ (+17,0 %) auf 496 T€. Darin sind überwiegend Anschaffungskosten (396 T€) sowie Unterhaltungskosten (78 T€) das Schulnetz betreffend beinhaltet.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** i.H.v. 1.383 T€ (+222 T€, +19,1 %) werden von den Ausgaben für EDV-Betreuung und Lizenzen i.H.v. 1.215 T€ (+194 T€, +19 %) bestimmt.

Infolge der Anschaffungen im Rahmen des Digitalisierungsprozesses erhöhen sich die **Abschreibung**swerte stetig (+158 T€, +25,6 %).

Die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** steigen unwesentlich auf 1.241 T€ (+47 T€). Prägend sind weiterhin die Vergütungen der Tarifbeschäftigten.

Das Produkt entwickelte sich in den letzten Jahren saldiert wie folgt:

| (vor ILV, in €) | **2019** | **2020** | **2021** | **2022** | **2023** |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 125.571 | 97.343 | 70.887 | 269.548 | 286.824 |
| Aufwendungen | -1.847.198 | -2.427.143 | -2.993.753 | -3.397.864 | -3.896.487 |
| Ergebnis | **-1.721.627** | **-2.329.800** | **-2.922.866** | **-3.128.316** | **-3.609.663** |

Die kontinuierliche Aufwandssteigerung korrespondiert mit den weiterhin zunehmenden Ausbau- und Supportleistungen im Bereich des Schulnetzes und der fortschreitenden Digitalisierung im Allgemeinen.

## Produkt 2111 Grundschulen

| | **Ergebnisvergleich** | | | **Soll-Ist-Vergleich** | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2023** | **2022** | **2021** | **Plan** | **Differenz** |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 726 | 721 | 656 | 769 | -43 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.138 | -1.995 | -2.047 | -2.182 | 44 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.412 | -1.275 | -1.391 | -1.413 | 1 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.412 | -1.275 | -1.391 | -1.413 | 1 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.412** | **-1.275** | **-1.391** | **-1.413** | **1** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-9.936** | **-8.736** | **-9.118** | **-8.951** | **-985** |

Innerhalb des Produktes werden die insgesamt 25 Grundschulen in städtischer Trägerschaft abgebildet. Neben der bei allen Schulen angebotenen **betreuenden Grundschule**, die eine unterrichtsergänzende Betreuung vor und nach dem Unterricht sowie ggf. eine Mittagsverpflegung bietet, gewinnt die Einrichtung von **Ganztagsschulen** zunehmend an Bedeutung. Im Berichtsjahr war dies bei den folgenden 10 Grundschulen der Fall:

- Rauental (Freiherr vom Stein)
- Güls
- Lützel
- Neuendorf
- Neukarthause
- Goldgrube (Pestalozzi)
- Pfaffendorfer Höhe
- Rübenach
- Südl. Vorstadt (Schenkendorf)
- Altstadt (St. Castor).

Von insgesamt 3.913 Grundschüler*innen im Schuljahr 2023/24 nahmen 1.003 Schüler*innen an der Ganztagsschule teil, was 25,6 % entspricht. Konkret bezogen auf die 10 Grundschulen mit Ganztagsangebot ergibt sich ein Prozentsatz von 42,6 %.

Die Ist-Erträge und Ist-Aufwendungen (vor ILV) weichen saldiert jeweils geringfügig von den **Haushaltsansätzen** ab.

Im **Vorjahresvergleich** zeigt sich eine marginal veränderte **Ertragssituation** (+5 T€), welche insbesondere von pauschalen Zuwendungen des Landes beeinflusst wird. Es handelt sich dabei zum einen um eine fortlaufende Zuwendung für die „Betreuende Grundschule“, deren Höhe sich nach der Zahl der Betreuungsgruppen und dem zeitlichen Umfang der Betreuung richtet. Im Berichtsjahr belief sich diese Zuwendung auf insgesamt 175 T€ (+9 T€). Zum anderen handelt es sich um eine „Ganztagsschulpauschale“ von 50 T€ pro Grundschule mit Ganztagsangebot, die über mehrere Jahre nach Bedarf für die Einrichtung als Ganztagsschule abgerufen werden kann. Im Berichtsjahr nahm die Grundschule Pestalozzi 3 T€ in Anspruch.

Die für die Inanspruchnahme der betreuenden Grundschule anfallenden Entgelte der Eltern erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr leicht auf 317 T€ (+23 T€, +7,8 %). Im Schuljahr 2023/24 nahmen von insgesamt 3.913 Grundschüler*innen 1.813 (46,3 %) das Angebot der betreuenden Grundschule wahr.

Der Besuch der Grundschulen in Ganztagsform ist kostenfrei (mit Ausnahme der hier nicht abgebildeten Mittagsverpflegung, s. dazu Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“).

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** erhöhen sich saldiert von 881 T€ auf 988 T€ (+107 T€, +12,1 %).
Die ausgabestärkste Position stellt dabei die Betreuungsleistung im Rahmen der betreuenden Grundschule dar. Diese Leistung wird vorwiegend durch die Katholische Familienbildungsstätte übernommen, welche auch die Vertretung städtischer Betreuungskräfte gewährleistet. Hierfür wurden im Berichtsjahr insgesamt 540 T€ aufgewendet (+86 T€, +18,9 %).
Eine weitere wesentliche Position sind die Anschaffungskosten für geringfügige Gebrauchsgegenstände (GWG), und zwar hier in der Hauptsache für Mobiliar. Die dafür getätigten Ausgaben fielen mit 164 T€ unmerklich geringer als im Vorjahr aus (-12 T€). Für Lehr- und Unterrichtsmaterial wurden insgesamt 122 T€ und somit 17 T€ (+16,2 %) mehr ausgegeben. Dazu haben insbesondere die infolge des Brandschadens an der Pestalozzi-Schule erforderlich gewordenen Ersatzbeschaffungen beigetragen (30 T€). Eine erste Vorschusszahlung der Versicherung wird im Folgejahr zu verzeichnen sein.
In den Gesamtausgaben sind des Weiteren Ausbaubeiträge im Bereich der Grundschulen Finkenherd und Am Löwentor i.H.v. insgesamt 55 T€ enthalten.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** steigerten sich leicht von 349 T€ auf 379 T€ (+30 T€, +8,6 %). Prägende Positionen sind Mietzahlungen (168 T€), etwa für die Räumlichkeiten der Grundschule Niederberg und für Kopierer, sowie Zahlungen den EDV-Support betreffend (88 T€).

## Produkt 2311 Berufsbildende Schulen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 970 | 805 | 781 | 1.006 | -36 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.210 | -2.204 | -2.070 | -2.241 | 31 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.240 | -1.399 | -1.289 | -1.235 | -5 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.240 | -1.399 | -1.289 | -1.235 | -5 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.240** | **-1.399** | **-1.289** | **-1.235** | **-5** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-5.407** | **-6.156** | **-7.948** | **-4.991** | **-416** |

Das Jahresergebnis (vor ILV) entspricht saldiert fast exakt dem **Haushaltsansatz.** Zu erwähnen ist jedoch, dass in diesem Haushaltsansatz weder auf Ertrags- noch auf Aufwandsseite Fördermittel im Rahmen des Erasmus+-Programms Berücksichtigung fanden. Es handelt sich um insgesamt 236 T€. Die vereinnahmte Zuwendung wird üblicherweise unmittelbar an die Julius-Wegeler-Berufsschule weitergeleitet, da diese die Fördermittel eigenverantwortlich verwaltet. Im Berichtsjahr war allerdings letztendlich nur über einen Teilbetrag i.H.v. 81 T€ als außerplanmäßiger Mehrbedarf durch den Stadtrat zu beschließen. Zu dem verbleibenden Differenzbetrag von 155 T€ wird auf die folgenden Ausführungen verwiesen.

Im **Vorjahresvergleich** ist vermeintlich eine leichte Verbesserung des Ergebnisses (vor ILV) zu konstatieren (+159, +11,4 %). Diese Entwicklung resultiert aus einer deutlichen Ertragssteigerung (+165 T€, +20,5 %) bei konstant gebliebenen Aufwendungen (+6 T€).

In diesem Zusammenhang ist jedoch auch hier zu berücksichtigen, dass Fördermittel des Programms Erasmus+ i.H.v. 236 T€ beinhaltet sind, die nach ihrer Vereinnahmung unmittelbar an die BBS Julius-Wegeler zwecks Projektdurchführung hätten weitergeleitet werden sollen. Die **Rechnungsprüfung** stellte im Berichtsjahr fest, dass ein Teilbetrag (155 T€) zwar tatsächlich an die BBS transferiert, aber infolge eines Buchungsfehlers – also rein buchhalterisch – nicht als Aufwand bzw. Auszahlung erfasst wurde. Eine entsprechende Korrekturbuchung im Folgejahr wurde bereits veranlasst. Im Rahmen der diesjährigen Vergleichsbetrachtung sind folgerichtig die Ausgaben um 155 T€ zu erhöhen, so dass sich das Jahresergebnis auf -1.395 T€ verschlechtert und somit fast dem des Vorjahres entspricht.

Die **Ertragssituation** wird maßgeblich durch die Zweckvereinbarungen über die Nutzung der Koblenzer Berufsschulen mit umliegenden Landkreisen beeinflusst. Im Berichtsjahr erhöhten sich diese leicht auf 674 T€ (Vorjahr: 649 T€).

Auf der **Aufwandsseite** sind die Ausgaben für **Sach- und Dienstleistungen** saldiert von 466 T€ auf 333 T€ gesunken (-133 T€, -28,5 %). Der deutlichste Rückgang zeigt sich, wie bereits im Vorjahr, bei den Kosten für die Anschaffung geringwertiger Güter (-102 T€, -44,3 %). Insoweit wirken sich die fortgeschrittene Umsetzung des Digitalpakts Schule sowie die bereits erfolgten Modernisierungen der Ausstattungsgegenstände aus. Auch innerhalb der Unterhaltungskosten für Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Rückgang um mehr als die Hälfte zu verzeichnen (-40 T€, -55,5 %). Ein erwähnenswerter Zuwachs ergab sich im Bereich der Unterhaltungsreinigung, wo die Ausgaben von 86 T€

auf 97 T€ stiegen (+12,8 %). Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** erhöhten sich leicht von 944 T€ auf 1.027 T€ (+83 T€, +8,8 %), wozu u.a. die gestiegenen Mietaufwendungen für die Außenstelle der BBS Julius-Wegeler beigetragen haben.

Das Jahresergebnis (nach ILV) verbessert sich gegenüber dem Vorjahr um 749 T€ (+12,2 %) bzw. unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen zu der nachzuholenden Buchung um 599 T€ (+9,6 %). Über die ILV werden realisierte gebäudebezogene Maßnahmen des ZGM abgebildet. Im Berichtsjahr entfielen auf die BBS Carl-Benz (Technik) insgesamt 1.479 T€, auf die BBS Julius-Wegeler (Soziales) 1.518 T€ und auf die BBS Wirtschaft 1.170 T€.

## Produkt 2411 Schülerbeförderung

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 209 | 2.807 | 2.806 | 50 | 159 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.652 | -3.501 | -3.499 | -3.988 | 336 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.443 | -694 | -693 | -3.938 | 495 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.443 | -694 | -693 | -3.938 | 495 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.443** | **-694** | **-693** | **-3.938** | **495** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.452** | **-708** | **-710** | **-3.946** | **494** |

Gegenüber dem **Haushaltsansatz** fällt das Jahresergebnis (vor ILV) um 495 T€ positiver als erwartet aus. Neben geringeren Aufwendungen ergaben sich zugleich höhere Erträge.

Dem Vorjahresvergleich ist vorauszuschicken, dass die **Zuweisungen des Landes zum Ausgleich von Beförderungskosten** nach einer Buchungsvorgabe des Statistischen Landesamtes ab dem Berichtsjahr nicht mehr in Produkt 2411 „Schülerbeförderung“, sondern in Produkt 6111 „Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen“ als allgemeine Finanzzuweisung abzubilden sind. Im Berichtsjahr handelt es sich um einen Betrag von **2.761 T€**. Um weiterhin einen Ergebnisvergleich zu ermöglichen, wurde die vorgenannte Zuweisung **in der folgenden Tabelle** als *laufender Ertrag* hinzugesetzt:

| | Ergebnisvergleich | | |
|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 |
| | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | |
| *Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit* | *2.970* | 2.807 | 2.806 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.652 | -3.501 | -3.499 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | *-682* | -694 | -693 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | *-682* | -694 | -693 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | ***-682*** | **-694** | **-693** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | ***-691*** | **-708** | **-710** |

Das Jahresergebnis (vor und nach ILV) entspricht mit zu vernachlässigenden Abweichungen dem des **Vorjahres**.

Die **Ertragsseite** wird maßgeblich durch die Position der **Zuwendungen** bestimmt.

Im Berichtsjahr handelt es sich dabei im Wesentlichen um die vorerwähnte pauschale **Zuweisung des Landes gem. § 15 LFAG i.H.v. 2.761 T€** (einschließlich Mehrbelastungsausgleich), welche zum teilweisen Ausgleich der anderweitig nicht gedeckten Beförderungskosten der kommunalen Schulträger bereitgestellt wird. Der Anteil der einzelnen Kommune richtet sich nach dem Anteil der ungedeckten Kosten im vorvergangenen Haushaltsjahr an der Gesamtsumme der ungedeckten Kosten aller Kommunen. Die entsprechenden Orientierungsdaten zur Haushaltsplanung werden durch das Statistische Landesamt übermittelt. Die zu verteilende Gesamtsumme der Zuweisungen des Landes an alle rheinland-pfälzischen Schulträger stagnierte in den letzten Jahren (129 Mio. €). Nach aktueller Einschätzung des Landes haben sich demgegenüber die Zuschüsse der Aufgabenträger der Schülerbeförderung (kreisfreie Städte und Landkreise) an die Verkehrsunternehmen erhöht. In den letzten Jahren seien vereinzelt sprunghaft gesteigerte, nicht gedeckte Werte nach § 15 LFAG festzustellen gewesen. Die den Orientierungsdaten für die Zuweisungen zum Ausgleich von Beförderungskosten zugrundeliegenden Ausgangsdaten und die Systematik der Meldungen werden weiterhin überprüft. Für das Berichtsjahr wurden infolgedessen erneut keine Orientierungsdaten zur Haushaltsplanung bekanntgegeben, und es war der Vorjahreswert zugrunde zu legen. Auf dieser Grundlage wurde zum wiederholten Male eine vorläufige Abschlagszahlung (2.761 T€) geleistet.

Darüber hinaus war eine weitere ertragserhöhende **Landesförderung** i.H.v. 178 T€ betreffend den **Corona-Schülerverkehr** in den Jahren 2021 und 2022 zu verzeichnen.

Die Summe der **laufenden Aufwendungen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 151 T€ (+4,3 %). Diese Steigerung ist überwiegend auf die Aufwendungen für **Sach- und Dienstleistungen** zurückzuführen (+136 T€, +4,0 %), welche wiederum von den Kosten der **Schülerbeförderung** geprägt werden. Diese erhöhten sich trotz der Einführung des Deutschlandtickets (49 €-Ticket) im Mai 2023 um 154 T€ auf 3.391 T€ (+4,7 %). Dabei ist jedoch zu berücksichtigten, dass die vergünstigten Fahrkartenpreise nicht ganzjährig zum Tragen kamen und das Ticket zudem im Ferienmonat August zur Verfügung stand. Für das Folgejahr ist prognostisch eher mit einer Reduzierung der allgemeinen Schülerbeförderungskosten zu rechnen. Dies gilt allerdings nicht für die Kosten des freigestellten Schülerverkehrs, die eine Teuerungstendenz aufweisen.

Die **Kostenerstattungen** an den Landkreis Neuwied (Förderschule Neuwied) reduzierten sich im Berichtsjahr deutlich auf 33 T€ (-26 T€, -44,1 %).

Hingegen blieb der Aufwand für **sonstige bezogene Leistungen** in Form von Fahrten zum Schwimmunterricht und zur Jugendverkehrsschule mit 70 T€ (+3 T€) konstant.

Insgesamt betrachtet ergibt sich im Berichtsjahr bei Aufwendungen von 3.652 T€ und Erträgen von 2.970 T€ ein (vorläufiger) **Deckungsgrad** von 81,3 % (2022: 80,2 %; 2021: 80,2 %, 2020: 79,5 %).

## Produkt 2431 Schulartübergreifende Maßnahmen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.474 | 1.773 | 3.426 | 2.713 | -1.239 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.869 | -3.539 | -4.180 | -4.745 | 876 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -2.395 | -1.764 | -754 | -2.032 | -363 |
| Finanzergebnis | 1 | 1 | 0 | 0 | 1 |
| Ordentliches Ergebnis | -2.394 | -1.765 | -754 | -2.032 | -362 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-2.394** | **-1.765** | **-754** | **-2.032** | **-362** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-2.409** | **-1.789** | **-784** | **-2.045** | **-364** |

In diesem Produkt werden neben nichtschulartspezifischen Aufgaben insbesondere die Durchführung der Schulbuchausleihe, die Mittagsverpflegung an Schulen und in Teilen die Umsetzung des DigitalPakts Schulen abgebildet.

Der Jahresfehlbetrag (vor ILV) überschreitet den **geplanten** Verlust um 362 T€ (+17,8 %). Insbesondere auf der Ertragsseite zeigt sich eine deutliche Abweichung von Soll und Ist. Hauptursächlich dafür ist ein Planansatz im Bereich der Zuwendungen, und zwar konkret für Fördermittel des Programms Erasmus+ für Mobilitäten der Koblenzer Schulen im Ausland i.H.v. 706 T€. Über dieses Programm waren bereits im Jahr 2021 insgesamt 565 T€ abgerufen worden, die aber infolge der Corona-Pandemie nicht verausgabt werden konnten. Aufgrund dessen wurden sowohl im Vorjahr als auch im Berichtsjahr keine zusätzlichen Mittel abgerufen. Es wurden vielmehr die noch bereitstehenden Mittel, wenn auch in geringem Umfang, verwendet. Die nicht verbrauchten Gelder wurden im Berichtsjahr rückerstattet (537 T€). Dies hatte ebenfalls Einfluss auf das Verhältnis der geplanten und der tatsächlichen Aufwendungen.

Im **Vorjahresvergleich** (vor ILV) hat sich das Ergebnis erneut deutlich verschlechtert (-629 T€, -35,6 %). Dies resultiert aus reduzierten Erträgen (-299 T€, -16,9 %) und zugleich gestiegenen Aufwendungen (+330 T€, +9,3 %).

Die **Ertragssituation** insgesamt wird im Wesentlichen durch die Position **Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge** bestimmt, innerhalb derer die Erträge von 262 T€ auf einen Minus-Ertrag von 128 T€ (-390 T€) gesunken sind.
Wie oben bereits ausgeführt, hat dazu beigetragen, dass die bereits im Jahr 2021 abgerufenen Mittel des **Förderprogramms „Erasmus+“** i.H.v. 565 T€ erst im Berichtsjahr teilweise und in äußerst geringer Höhe in Anspruch genommen wurden. Infolgedessen wurden im Berichtsjahr 538 T€ an den Fördermittelgeber rückerstattet, was sich ertragsmindernd niederschlug. Weitere Mittel wurden nicht beantragt.
Ertragserhöhend wirkte sich hingegen der konsumtive Zuwendungsanteil aus dem **DigitalPakt Schulen** mit 230 T€ aus. Die jährlich wiederkehrende Beteiligung des Landes an der schulischen **Mittagsverpflegung** in Gestalt des Sozialfonds blieb konstant (8 T€). Die Landesbeteiligung in Form einer **Verwaltungskostenpauschale** für den erhöhten Verwaltungsaufwand bei der Durchführung der **Schulbuchausleihe** erhöhte sich leicht von 146 T€ auf 170 T€ (+24 T€, +16,4 %). Hier zeigte die Erhöhung der Pauschale ab dem Schuljahr 2022/23 Wirkung; im Primarbereich stiegen die

pauschalen Zuwendungen pro Schüler*in auf 14,46 € (+0,26 €) und bei den weiterführenden Schulen auf 20,65 € (+0,37 €).

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** blieben mit 873 T€ relativ konstant (+72 T€, +8,9 %). Es handelt sich um die Entgelte der Eltern sowie die Beteiligungen der Bildungs- und Teilhabe-Leistungsträger für die Teilnahme an der **Schulverpflegung** (s. dazu auch tabellarische Darstellung unten). Der stetige Ausbau des Angebotes von Ganztagsschulen dürfte auch in den nächsten Jahren zu einem Mehrbedarf an Mittagsverpflegung und damit einhergehend zu höheren Erträgen (korrespondierend aber auch zu höheren Aufwendungen) führen. Konkret betrachtet stiegen die Entgelte der Eltern im Berichtsjahr von 485 T€ auf 501 T€ (+16 T€, +3,3 %), die der BuT-Leistungsträger von 316 T€ auf 372 T€ (+56 T€, +17,7 %). Der im Verhältnis höhere Anstieg der Beteiligungen der BuT-Leistungsträger ist darauf zurückzuführen, dass sich der Kreis der BuT-Anspruchsberechtigten u.a. durch die Wohngeldreform erweitert hat. Zudem übernehmen die BuT-Leistungsträger die tatsächlichen Kosten der Verpflegung voll, während die Eltern lediglich daran beteiligt werden.

Die **Kostenerstattungen und -umlagen** blieben mit 716 T€ relativ konstant (+16 T€). Es handelt sich im Wesentlichen um die Erstattungen des Landes zur Beschaffung von Büchern im Rahmen der **Schulbuchausleihe** (705 T€). Da im Vor- und im Berichtsjahr etliche Ausleihzyklen endeten, war eine Vielzahl von Neuanschaffungen erforderlich. Die damit einhergehenden Aufwendungen führen wiederum zu höheren Kostenerstattungen des Landes.

Die **Aufwendungen** erhöhten sich saldiert auf 3.869 T€ (+330 T€, +9,3 %).

Die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** betrugen 2.286 T€ und entsprachen somit fast dem Vorjahreswert (+ 44 T€).
In der Einzelbetrachtung ist ein erwähnenswerter Zuwachs im Bereich der **Mittagsverpflegung an den Schulen** (siehe dazu auch die tabellarische Darstellung nebst Erläuterungen unten) festzustellen, wo die Ausgaben auf 1.112 T€ angewachsen sind (+138 T€, +14,2 %). Diese Entwicklung ist dem erweiterten Angebot sowie der allgemeinen Preisentwicklung geschuldet.
Auch die Aufwendungen für die Durchführung der **Schulbuchausleihe** stiegen leicht auf 880 T€ (siehe dazu die tabellarische Darstellung unten). Wie bereits dargelegt, waren infolge der Beendigung einer Vielzahl von Ausleihzyklen entsprechende Neuanschaffungen erforderlich. Im Folgejahr ist eine Aufwandsreduzierung zu erwarten.

Nachfolgende Tabellen veranschaulichen die Kostendeckung in den wesentlichen Positionen der Bereiche **Schulbuchausleihe** und **Schulverpflegung**:

| **SCHULBUCHAUSLEIHE (in T€)** | **2020** | **2021** | **2022** | **2023** |
|---|---|---|---|---|
| Kostenerstattung Land | 498 | 533 | 663 | 672 |
| Verwaltungskostenpauschale Land | 83 | 227 | 146 | 170 |
| Erträge gesamt | 581 | 760 | 809 | 842 |
| Bücher, digitale Lehrmittel | -543 | -425 | -662 | -690 |
| Baumwolltaschen für Ausgabe | -15 | -18 | 0* | 0* |
| Dienstleistungen | -114 | -148 | -170 | -190 |
| Aufwendungen gesamt | -672 | -591 | -832 | -880 |
| **Gesamtergebnis** | **-91** | **169** | **-23** | **-38** |
| **⌀ Deckungsgrad** | **86,5 %** | **128,6 %** | **97,2 %** | **95,7 %** |

*Es wurden Restbestände verbraucht.

| SCHULVERPFLEGUNG (in T€) | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|
| Entgelte Eltern (Beteiligung) | 275 | 279 | 485 | 501 |
| BuT-Leistungsträger | 241 | 248 | 316 | 372 |
| Landeszuwendung Sozialfonds | 8 | 8 | 8 | 8 |
| Erträge gesamt | 524 | 535 | 809 | 881 |
| Aufwendungen Mittagsverpflegung | -566 | -534 | -974 | -1.112 |
| **Gesamtergebnis** | **-42** | **1** | **-165** | **-231** |
| **⌀ Deckungsgrad** | **92,6 %** | **100 %** | **83,1 %** | **79,2 %** |

Wie bereits im Vorjahr, ist sowohl auf der Ertrags- als auch auf der Aufwandsseite ein Zuwachs zu konstatieren. Während die Erträge gegenüber dem Vorjahr prozentual betrachtet eine Steigerungsrate von 8,9 % aufweisen, fällt diese Rate bei den Aufwendungen mit 14,2 % deutlich höher aus. Daraus resultiert eine erneute Verschlechterung des Deckungsgrades. Da in den BuT-Fällen der Leistungsträger die tatsächlichen Essenskosten in voller Höhe übernimmt, kann diesem Negativtrend ausschließlich durch eine Anpassung der Elternbeteiligungen oder aber durch eine Aufwandsreduzierung entgegengewirkt werden, wobei letztere Maßnahme infolge der Vergabe an Drittanbieter kaum beeinflussbar ist. Allgemein betrachtet kommt hinzu, dass infolge der steigenden Anforderungen an die Verpflegung (Qualität, Vielfalt, Regionalität, individuelle Bedürfnisse…) eher mit Kostensteigerungen als mit nennenswerten Kostenreduzierungen zu rechnen ist.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Die Rechnungsprüfung empfiehlt im Hinblick auf die Entwicklung des Zuschussbedarfs und die allgemeine Haushaltslage jedenfalls eine Anpassung der Elternentgelte für die Mittagsverpflegung an Ganztagsschulen.

## ■ ■ Produkt des Amtes 42: Stadtbibliothek

### Produkt 2721 Stadtbibliothek

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | | | | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 421 | 381 | 368 | 222 | 199 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.484 | -2.533 | -2.475 | -2.690 | 206 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -2.063 | -2.152 | -2.107 | -2.468 | 405 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -2.063 | -2.152 | -2.107 | -2.468 | 405 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-2.063** | **-2.152** | **-2.107** | **-2.468** | **405** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.342** | **-3.268** | **-3.165** | **-3.753** | **411** |

Das Produkt umfasst die Stadtbibliothek, die als eine kommunale Bildungs- und Kultureinrichtung aus der Zentralbibliothek, dem Bücherbus, dem Schüler-Bücherbus, den Stadtteilbüchereien sowie dem Mobilen Seniorendienst besteht.

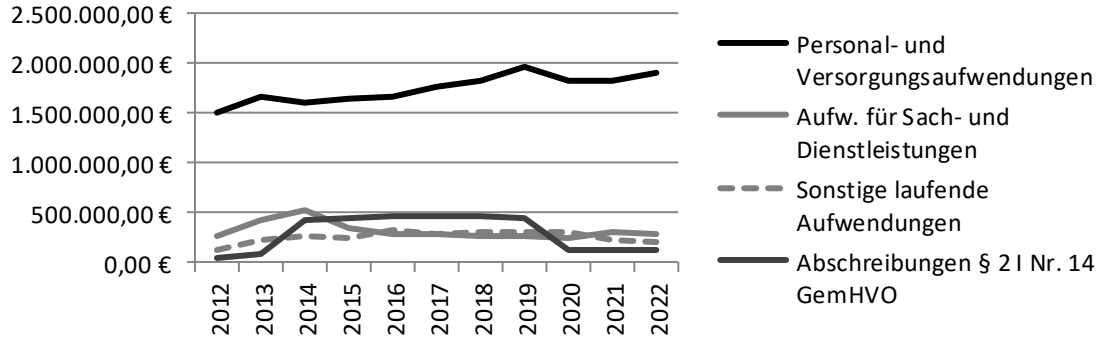
Die Stadtbibliothek erreicht 2023 einen **Eigendeckungsgrad** von 16,9 % (2021: 14,9 %, 2022: 15,0 %) vor ILV, was gegenüber dem Vorjahr nochmals einen Anstieg bedeutet.
Die Reduzierung des **Jahresfehlbetrages** vor ILV im Vergleich zum Ansatz beträgt 405 T€ und resultiert aus Mehrerträgen von 199 T€ und Minderaufwendungen von 206 T€.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Jahresergebnisse der Jahre 2018 bis 2023:

| (vor ILV) | **2018** (in €) | **2019 (in €)** | **2020 (in €)** | **2021 (in €)** | **2022 (in €)** | **2023 (in €)** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 469.662 | 573.469 | 355.059 | 367.810 | 380.560 | 420.902 |
| Aufwendungen | 2.872.368 | 3.006.305 | 2.506.625 | 2.475.119 | 2.532.923 | 2.484.380 |
| Verlust | **2.402.706** | **2.432.836** | **2.151.566** | **2.107.309** | **2.152.363** | **2.063.478** |
| Verlust (nach ILV) | 3.484.640 | 3.440.935 | 3.144.741 | 3.164.829 | 3.268.431 | 3.341.639 |

Der Jahresfehlbetrag 2023 vor ILV ist gegenüber dem Vorjahreswert deutlich gesunken (-88.885 €), was den um 48.543 € gesunkenen Aufwendungen und den um 40.342 € gestiegenen Erträgen geschuldet ist.

Das nachstehende Diagramm verdeutlicht die Entwicklung der einschlägigen Aufwandspositionen des Produktes in den Jahren 2013-2023:



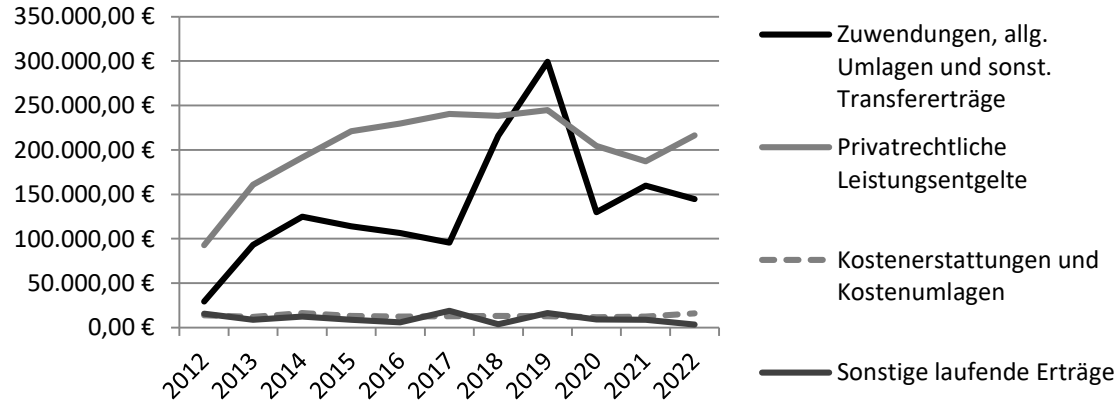

Die Darstellung verdeutlicht, dass die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** mit 1.811 T€ gegenüber dem Vorjahr (1.914 T€) etwas gesunken sind.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** i.H.v. 227 T€ sind gegenüber dem Vorjahr mit einem Ergebnis von 201 T€ um 26 T€ angestiegen.

Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** i.H.v. 319 T€ ist ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr (285 T€) festzustellen.

Die **Abschreibungen** bewegen sich mit 127 T€ in 2023 im Bereich des Vorjahreswertes (132 T€).

Die Entwicklung der Ertragspositionen der Jahre 2013-2023 zeigt folgendes Diagramm:




Bei den **Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen** ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 15 T€ zu verzeichnen.

Die **Privatrechtlichen Leistungsentgelte** sind mit einem Jahresergebnis von 230 T€ gegenüber dem Vorjahr um 14 T€ angestiegen und reichen damit fast wieder an das Ergebnis 2019 (vor Corona) i.H.v. 245 T€ heran.

Im Übrigen enthalten die Gesamterträge unter der Position **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** auch die anteilige Zahlung der Stadt Mülheim-Kärlich für den Bücherbus. Diese beträgt derzeit ca. 11.800 € pro Jahr und enthält anteilige Kosten für Personal, Fahrzeug, Abschreibung, Medienetat, EDV und einen Verwaltungskostenanteil.
Eine bibliotheksinterne Überprüfung des Kostenbeitrages erfolgt alle drei Jahre und fand zuletzt im Juli 2024 statt. Diese Überprüfung unter Zugrundelegung der Kosten des Jahres 2023 für die Unterhaltung des Busses hat ergeben, dass der Beitrag von 11.800 € auch für die kommenden Jahre weiter angemessen ist. Ab der nächsten Überprüfung (2027) werden nicht mehr nur die Kosten des Vorjahres, sondern ein Durchschnittswert der vergangenen drei Jahre zugrunde gelegt, da dies aufgrund von Schwankungen vor allem bei Ausgabepositionen wie Fahrzeugunterhaltung und Medienetat zu realistischeren Werten führt.

■ **Übersicht über die Kennzahl der Entleihungen**

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Jahresfehlbetrag (in T€) | 2.403 | 2.433 | 2.151 | 2.107 | 2.152 | 2.063 |
| Zahl der Entleihungen | 855.251 | 847.457 | 668.118 | 534.485 | 681.756 | 719.494 |
| *…davon E-Medien* | *32.534* | *31.093* | *47.571* | *64.786* | *68.955* | *81.572* |
| Zuschuss je Entleihung (in €) | 2,81 | 2,87 | 3,22 | 3,94 | 3,16 | 2,87 |
| Zuschuss je Einwohner* (in €) | 21,11 | 21,36 | 18,99 | 18,54 | 18,67 | 17,92 |

*Einwohnerzahl 2023: 115.097 (Stichtag 31.12.2023)

Legt man die Kennzahl des Zuschusses je Entleihung zugrunde, so ist hier gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang zu verzeichnen, ebenso wie beim Zuschuss je Einwohner.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Die Entleihzahlen und die damit verbundenen Erträge im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte sind weiter gestiegen, so dass sich die Stadtbibliothek insgesamt auf einem guten Weg befindet, das Niveau aus den Jahren vor Corona wieder zu erreichen.

Die Stadtbibliothek hat sich in den vergangenen Jahren stetig weiterentwickelt weg von der reinen Ausleihbibliothek hin zu einer hybriden Informations-Einrichtung (digital und analog). Die Dienstleistungen und Angebote wurden und werden auch weiterhin stetig den aktuellen gesellschaftlichen und technischen Entwicklungen angepasst, was zu kontinuierlich steigenden Besucher- und Nutzungszahlen geführt hat und voraussichtlich auch weiterhin führen wird. Zu den neuen Angeboten zählt die Artothek (Ausleihe von Kunstgegenständen), die Saatgutbibliothek (Verleih von Saatgut im Frühjahr, das der Nutzer im Herbst in Form von neu gewonnenem Saatgut zurückbringt) und die Bibliothek der Dinge (Verleih von Gegenständen aus den Bereichen Technik, Haushalt, Handwerk, Spiel und Sport). Für das kommende Jahr ist ein Maker Space (Werkstatt zur Umsetzung von Projekten durch Bereitstellung von Materialien, digitalen Bausteinen, Werkzeugen und weiteren Geräten) im Aufbau.
Zur Heranführung von Kindern und Jugendlichen an die Bibliothek werden die Bestände an Leichtlesebüchern und das Angebot zur frühkindlichen Sprachförderung stets weiter ausgebaut. Ein neuer Schüler-Bücherbus wird das Angebot zur Leseförderung in den Grundschulen bereichern.
Im Bereich der digitalen und elektronischen Medien erfolgt ein stetiger Ausbau des

Angebotes an eBooks, eAudios und eLearning-Plattformen.
Ebenso baut die Stadtbibliothek ihre Veranstaltungsarbeit stetig aus und fördert so den Zugang zur Bibliothek als Ort der kulturellen Bildung.

## ■ ■ Produkt des Amtes 43: Volkshochschule

| Produkt 2711 | Volkshochschule |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | | | | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.138 | 1.002 | 729 | 1.046 | 92 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -1.500 | -1.367 | -1.138 | -1.478 | -22 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -362 | -365 | -409 | -432 | 70 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -362 | -365 | -409 | -432 | 70 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-362** | **-365** | **-409** | **-432** | **70** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-537** | **-552** | **-712** | **-622** | **85** |

Das Produkt umfasst die Volkshochschule, die als kommunales Weiterbildungszentrum der Verwirklichung des Rechts auf Bildung dient und durch bedarfsgerechte Weiterbildungsangebote gesellschaftliche Funktionen erfüllt.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Jahresergebnisse der Jahre 2018 bis 2023:

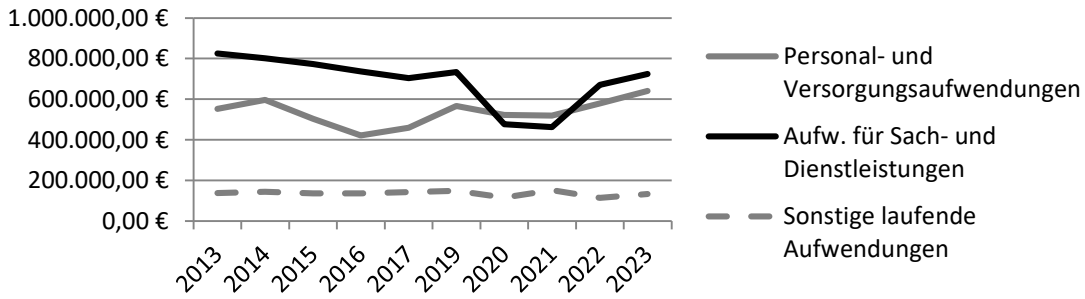
| | **2018** (in €) | **2019** (in €) | **2020 (in €)** | **2021 (in €)** | **2022 (in €)** | **2023 (in €)** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 1.137.995 | 1.242.779 | 784.038 | 729.192 | 1.001.446 | 1.138.595 |
| Aufwendungen | 1.310.729 | 1.456.877 | 1.120.788 | 1.138.636 | 1.366.754 | 1.500.268 |
| Verlust vor ILV | **172.734** | **214.098** | **336.750** | **409.444** | **365.308** | **361.673** |
| Verlust nach ILV | 314.958 | 366.342 | 519.311 | 712.388 | 552.270 | 536.793 |
| Eigendeckung …vor ILV | 86,82 % | 85,30 % | 69,95 % | 64,04 % | 73,27 % | 75,9 % |

Der **Eigendeckungsgrad** ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Der Grund hierfür sind Ertragssteigerungen um 137 T€ gegenüber dem Vorjahreswert, denen geringfügigere Zuwächse bei den Aufwendungen (+ 133 T€) entgegenstehen.

Der Jahresfehlbetrag nach ILV zeigt im Vergleich zum Vorjahresergebnis eine weitere Verbesserung um 15 T€.

Die größte Ertragsquelle der VHS stellen die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** mit 569 T€ in 2023 dar, die sich im Vergleich zum Vorjahr (480 T€) deutlich erhöht haben, jedoch noch weit entfernt sind von dem Ergebnis 2019 (vor Corona) i.H.v. 705 T€.
Die Anzahl der in 2023 insgesamt gehaltenen Kurse ist mit 1.007 gegenüber dem Vorjahr (1.070 Kurse) zwar gesunken, jedoch ist die Gesamt-Teilnehmerzahl angestiegen von 9.218 in 2022 auf 10.238 in 2023.

Das nachfolgende Diagramm zeigt den Verlauf der einschlägigen Aufwandspositionen der Jahre 2013-2023 auf:




Die **Entwicklung der Zuschüsse** im Zeitablauf zeigt folgende Tabelle:

| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|
| Städtischer Zuschuss (vor ILV, in €) | 336.750 | 409.444 | 365.308 | 361.673 |
| Anzahl der Kurse | 764 | 595 | 917 | 896 |
| Einzelveranstalt./Exkurs./Reisen/Ausstell. | 87 | 113 | 153 | 111 |
| Anzahl der Teilnehmer insgesamt | 7.983 | 5.626 | 9.218 | 10.238 |
| Förderfähige US/Personalkosten- Zuschuss | 9.924 | 8.144 | 15.693 | 17.149 |
| Städt. Zuschuss je Teilnehmer (in € vor ILV) | 42,18 | 72,78 | 39,63 | 35,33 |

Der Rückgang des städtischen Zuschusses je Teilnehmer liegt darin begründet, dass sich der Gesamt-Zuschuss auf eine nach Wegfall der coronabedingten Einschränkungen nochmals gestiegene Teilnehmerzahl verteilt.

Auch die Anzahl der förderfähigen Unterrichtsstunden ist mit 17.149 weiter gestiegen und nähert sich der Grenze von 20.001, die für die Gewährung eines jährlichen Zuschusses von 40 T€ sowie eines Zuschusses für eine zusätzliche pädagogische Fachkraft maßgeblich ist.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Das Jahresergebnis und die Teilnehmerzahlen der VHS haben sich weiter in eine positive Richtung entwickelt.

Ziel muss weiterhin sein, die Teilnehmerzahlen weiter zu steigern und vor allem die Anzahl der förderfähigen Unterrichtsstunden wieder über den Grenzwert von 20.001 zu bringen, damit der hiermit verbundene Zuschuss wieder in Anspruch genommen werden kann.

# Produkt des Amtes 44: Musikschule

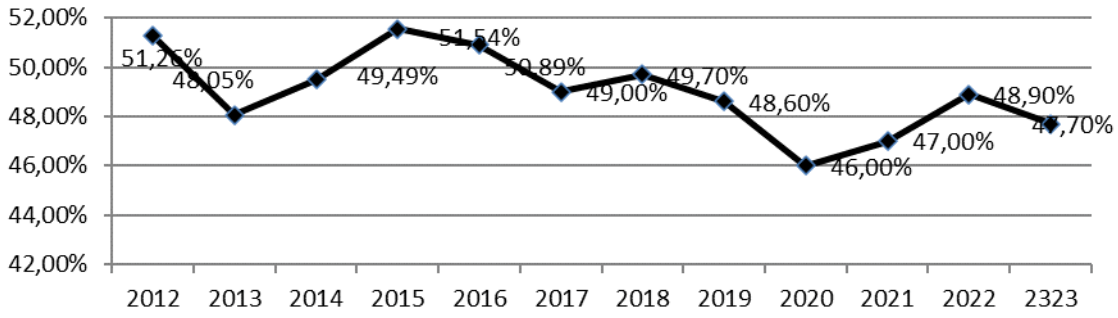
## Produkt 2631 Musikschule

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | | | | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.112 | 1.097 | 996 | 938 | 174 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.329 | -2.242 | -2.120 | -2.111 | -218 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.217 | -1.145 | -1.124 | -1.173 | -44 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.217 | -1.145 | -1.124 | -1.173 | -44 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.217** | **-1.145** | **-1.124** | **-1.173** | **-44** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-1.340** | **-1.282** | **-1.338** | **-1.314** | **-26** |

Das Produkt umfasst die Musikschule, die eine musikalische Grundversorgung bis hin zur Breiten- und Spitzenförderung bietet.

Der **Jahresfehlbetrag** vor ILV des Produktes von 1.217 T€ liegt 44 T€ über dem Haushaltsansatz und um 72 T€ über dem Ergebnis des Jahres 2022.

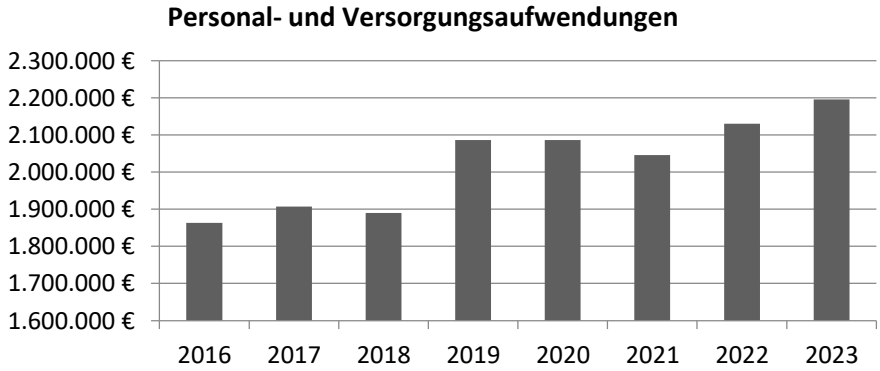
Der **Grad der Eigendeckung** der Musikschule ist dem nachfolgenden Diagramm zu entnehmen. Mit 47,7 % in 2023 ist hier eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr festzustellen.




Die nachstehende Entwicklung zeigt die Jahresergebnisse der Jahre 2018 bis 2023.

| | 2018 (in €) | 2019 (in €) | 2020 (in €) | 2021 (in €) | 2022 (in €) | 2023 (in €) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 978.889 | 1.056.378 | 995.941 | 996.306 | 1.096.500 | 1.112.034 |
| Aufwendungen | 1.969.643 | 2.173.175 | 2.163.420 | 2.120.020 | 2.241.597 | 2.328.854 |
| Fehlbetrag (vor ILV) | **990.754** | **1.116.797** | **1.167.479** | **1.123.714** | **1.145.097** | **1.216.820** |
| Fehlbetrag (nach ILV) | **1.103.347** | **1.231.243** | **1.295.494** | **1.337.865** | **1.282.190** | **1.340.056** |

Die Erträge liegen 15 T€, die Aufwendungen 87 T€ über dem Vorjahreswert.




Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen hat sich das Jahresergebnis i.H.v. 38 T€ gegenüber dem Haushaltsansatz von 16 T€ mehr als verdoppelt. Dies begründet sich zum einen mit erhöhten Ausgaben zum 50-jährigen Jubiläum der Musikschule (Saalmieten, Tontechnik etc.) und zum anderen mit der Renovierung der Bühne im Konzertsaal. Diese Mehrausgaben sind durch entsprechende Spendeneinnahmen gedeckt.

■ **Verteilung der Schülerbelegungen**

| | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Gesamtanzahl Schüler (Pers.) | *2.993* | *2.989* | *3.057* | *2.978* | *2.905* | *2.681* | *2.919* | *2.865* |
| Grundfächer | 604 | 550 | 594 | 650 | 712 | 770 | 781 | 755 |
| Instrumental- und Vokalfächer | 1.186 | 1.257 | 1.180 | 1.060 | 1.046 | 1.073 | 1.212 | 1.212 |
| Ensemblefächer | 366 | 264 | 198 | 240 | 221 | 215 | 241 | 251 |
| Ergänzungsfächer | 57 | 73 | 39 | 41 | 44 | 40 | 41 | 35 |
| Sonstige | 780 | 845 | 1.046 | 987 | 882 | 583 | 644 | 612 |

(Quelle: VdM Berichtsbögen)

Gegenüber dem Vorjahr ist ein leichter Rückgang der Schülerzahlen festzustellen.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**
Der Jahresfehlbetrag der Musikschule vor ILV ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahresergebnis wieder angestiegen.
Die Schülerzahlen sind insgesamt leicht rückläufig. Vor allem im Bereich der Grundfächer ist erstmals seit mehreren Jahren wieder ein Rückgang zu verzeichnen.
Da Kinder erfahrungsgemäß nach der Heranführung an die Musik in den Grundfächern eher ein Interesse an einer späteren musikalischen Ausbildung im Instrumental- oder Vokalbereich entwickeln, ist ein Ausbau der Schülerzahlen in diesem Bereich erstrebenswert.
Positiv hervorzuheben ist das stetige Bestreben der Musikschule, die Unterrichtsangebote weiter auszubauen. So wurden in 2023 drei Kinderchorgruppen neu gegründet und das neue Angebot der Musiktherapie konnte sich weiter etablieren.

## Produkt 2511 Mittelrhein-Museum

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | | | | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 65 | 78 | 46 | 83 | -18 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -1.154 | -1.105 | -1.015 | -1.139 | -15 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.089 | -1.027 | -969 | -1.056 | -33 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.089 | -1.027 | -969 | -1.056 | -33 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.089** | **-1.027** | **-969** | **-1.056** | **-33** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-2.019** | **-1.836** | **-1.672** | **-2.010** | **-9** |

Das Produkt umfasst das Mittelrhein-Museum mit seinen umfangreichen Sammlungen (Kunstwerke und kulturhistorische Objekte).

Die nachstehende Tabelle zeigt die **Zuschussentwicklung** im konsumtiven Haushalt für dieses Produkt für die Jahre 2018 bis 2023.

| (vor ILV) | **2018** (in €) | **2019** (in €) | **2020 (in €)** | **2021 (in €)** | **2022 (in €)** | **2023 (in €)** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 98.746 | 101.966 | 82.153 | 45.638 | 77.432 | 64.907 |
| Aufwendungen | 1.025.710 | 1.109.736 | 1.085.391 | 1.014.813 | 1.104.908 | 1.154.249 |
| Ergebnis/Verlust | **926.964** | **1.007.770** | **1.003.238** | **969.175** | **1.027.476** | **1.089.342** |

Das Produkt erreicht einen **Eigendeckungsgrad** von 5,6 % (2022: 7,0 %), sodass hier gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang zu erkennen ist.

Bei den **Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen** wurden 7.500 € niedrigere Erträge erzielt als im Vorjahr.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (Eintrittsgelder, Erlöse aus Katalogverkäufen, Mieteinnahmen, Einnahmen aus Werbung) konnten nach den Corona-Jahren einen weiteren Zuwachs verzeichnen von 52 T€ in 2022 auf 65 T€ in 2023. Die Erträge aus Eintrittsgeldern sind gegenüber dem Vorjahr weiter gestiegen und haben mit 52 T€ fast wieder den Wert von 2019 (vor Corona) i.H.v. 55 T€ erreicht. Die Besucherzahl lag in 2023 bei insgesamt 11.019 und ist somit gegenüber dem Vorjahr (7.079 Besucher) nochmals deutlich gestiegen.

Unter Zugrundelegung des Rechnungsergebnisses vor ILV beträgt die **Subvention jeder verkauften Eintrittskarte** im Berichtsjahr bei 11.019 Besuchern (inkl. freien Eintritts) **98,86 €** pro Gast (2022: bei 7.079 Besuchern 145,14 €). Bei Hinzuziehung der Einwohnerzahl der Stadt Koblenz beträgt der Subventionsbetrag **9,46 €** pro Einwohner (2022: 8,91 €).

In den vergangenen Jahren wurde immer wieder die unzureichende Bewerbung des Museums thematisiert. Seit dem 01.01.2023 existiert ein Vertrag mit der DPW (Deutsche Plakatwerbung). Hierin ist unter anderem festgelegt, dass die DPW

verpflichtet ist, auf dem Zentralplatz drei digitale Kleinscreens zu errichten, die von den Einrichtungen des Kulturbaus zu Werbezwecken genutzt werden können. Diese Kleinscreens wurden zwischenzeitlich installiert und können in Kürze bespielt werden.

Im Bereich der Aufwendungen ist festzustellen, dass die **sonstigen laufenden Aufwendungen** mit einem Jahresergebnis von 126 T€ gegenüber dem Vorjahr (120 T€) nur geringfügig angestiegen sind.

Auch bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** i.H.v. 49 T€ ist gegenüber dem Vorjahr (43 T€) lediglich ein moderater Anstieg festzustellen.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Der nach Wegfall der Corona-Beschränkungen zu erkennende positive Trend bei der Entwicklung der Besucherzahlen und der hieraus erzielten Erträge konnte weiter fortgesetzt werden. Hierbei spielt die Bewerbung des Museums eine entscheidende Rolle, die zukünftig durch die unmittelbar bevorstehende Inbetriebnahme der Werbescreens auf dem Zentralplatz noch ausgeweitet werden kann. Bleibt zu hoffen, dass sich dies auf die Popularität des Museums und hiermit einhergehend die Entwicklung der Besucherzahlen weiterhin positiv auswirken wird.

## Produkt 2512 Ludwig Museum

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | | | | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 204 | 319 | 110 | 156 | 48 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -977 | -1.110 | -917 | -930 | -47 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -773 | -791 | -807 | -774 | 1 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -773 | -791 | -807 | -774 | 1 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-773** | **-791** | **-807** | **-774** | **1** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-993** | **-1.068** | **-1.024** | **-1.045** | **52** |

Das Produkt umfasst das Ludwig-Museum, das insbesondere die Aufgabe der Erhaltung und des Ausbaus seiner Sammlung (Ludwig Stiftung) beinhaltet und internationale Ausstellungsprojekte und -kooperationen betreibt.

Die nachstehende Entwicklung zeigt die Zuschüsse im konsumtiven Haushalt für dieses Produkt für die Jahre 2018 bis 2023.

| (vor ILV) | **2018** (in €) | **2019** (in €) | **2020 (in €)** | **2021 (in €)** | **2022 (in €)** | **2023 (in €)** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 264.808 | 218.401 | 246.659 | 109.667 | 318.952 | 203.741 |
| Aufwendungen | 1.091.568 | 1.067.666 | 1.342.638 | 916.511 | 1.109.729 | 976.880 |
| Ergebnis/Verlust | **826.760** | **849.265** | **1.095.979** | **806.844** | **790.777** | **773.139** |

Der **Eigendeckungsgrad** beträgt 20,9 % vor ILV und ist damit gegenüber dem Vorjahreswert (28,7 %) um 7,8 % gesunken.

Die Erträge sind im Berichtsjahr gegenüber 2022 um insgesamt 115 T€ gesunken. Vor allem bei der Ertragsposition der **Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträge** ist ein deutlicher Rückgang gegenüber dem Vorjahresergebnis um 120 T€ zu verzeichnen. Im Vorjahr waren die Erträge bei dieser Position außergewöhnlich hoch aufgrund einer Zuwendung aus der Ludwig Stiftung i.H.v. 50 T€ zur Durchführung der Ausstellung Poirier sowie einer Zuwendung durch die Boris Lurie Art Foundation i.H.v. 120 T€ für die Ausstellung Lurie/Vostell.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (Eintrittsgelder, Erlöse aus Katalogverkäufen, Mieteinnahmen) sind gegenüber dem Vorjahr um 6 T€ gestiegen. Nach einem Jahresergebnis von 55 T€ in 2022 wurden in 2023 rd. 61 T€ vereinnahmt. Die Einnahmen aus Katalogverkäufen waren leicht rückläufig von rd.16 T€ in 2022 auf 12 T€ in 2023. Die Erträge aus Eintrittsgeldern i.H.v. 45 T€ verzeichnen gegenüber dem Vorjahr einen weiteren Zuwachs um 9 T€ und reichen damit fast wieder an das Ergebnis 2019 (vor Corona) i.H.v. 46 T€ heran. Erfreulicherweise konnte auch in 2023 wieder ein Besucherzuwachs erreicht werden. Während sich die Besucherzahl in 2022 auf 14.723 belief, waren es in 2023 insgesamt 17.536 Besucher. Dieser Wert tastet sich langsam wieder an die Besucherzahlen vor Corona heran (zuletzt 19.123 Besucher in 2019).

Die **Subvention jeder verkauften Eintrittskarte** beträgt bei einem Jahresergebnis von -773 T€ und 14.471 zahlenden Besuchern **53,43 €** und liegt damit unter dem Vorjahreswert von **60,81 €**. Bezogen auf die Gesamtbesucherzahl (inkl. freien Eintritts) von 17.536 Besuchern liegt der Subventionsbetrag pro Gast bei 44,09 € und damit ebenfalls unter dem Vorjahresergebnis (2022: 53,73 €). Bei Bemessung des Subventionsbetrages pro Einwohner der Stadt Koblenz ergibt sich für 2023 ein Betrag von 6,72 € (Vorjahr: 6,86 €).

Hinsichtlich der Entwicklung des **Katalogbestandes** ist festzustellen, dass die Bestände durch restriktiven Abverkauf sowie Vernichtung auch in 2023 weiter reduziert werden konnten und nach der Inventur im Dezember zum Stichtag 31.12.2023 noch bei 6.022 Exemplaren lagen. Am weiteren Abbau der Bestände wird gearbeitet.

Zu den Aufwendungen ist festzustellen, dass diese mit einem Jahresergebnis von 977 T€ insgesamt über dem Haushaltsansatz von 930 T€ liegen. Gegenüber dem Vorjahresergebnis sind Minderaufwendungen von 133 T€ festzustellen.

Bei der Aufwandsposition der **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** wurde der Haushaltsansatz von 77 T€ mit einem Ergebnis von 101 T€ um 24 T€ überschritten. Jedoch kann gegenüber dem Vorjahresergebnis von 207 T€ eine deutliche Reduzierung festgestellt werden. Ursächlich hierfür sind zum einen deutlich geringere Aufwendungen für Katalogproduktionen. Bei einem Vorjahresergebnis von 75 T€ wurden in 2023 lediglich 16 T€ verausgabt.
Außerdem wurde das Vorjahresergebnis bei den Honoraren i.H.v. 92 T€ deutlich unterschritten. Verausgabt wurden hier in 2023 lediglich 37 T€.

Im Bereich der **Sonstigen laufenden Aufwendungen** konnte das Budget von 185 T€ eingehalten werden. Das Jahresergebnis beläuft sich hier auf 172 T€ und bleibt somit auch hinter dem Vorjahresergebnis von 233 T€ zurück. Insbesondere waren die Transportkosten mit 15 T€ deutlich niedriger als im Vorjahr (61 T€).

Die Aufwandspositionen „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ sowie „Sonstige laufende Aufwendungen“ bilden einen Deckungskreis, dessen Budget im Haushaltsjahr nicht überschritten werden darf. Das Budget lag in 2023 bei 239.040 €, tatsächlich verausgabt wurden 246.917 €, sodass eine Budgetüberschreitung um 7.877 € vorliegt. Da

jedoch auf der Einnahmeseite Mehrerträge von 45.391 € erzielt werden konnten, ist diese Budgetüberschreitung im Wege der unechten Deckungsfähigkeit gedeckt.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Zum ersten Mal seit vielen Jahren liegt im Haushaltjahr 2023 keine Budgetüberschreitung im Ergebnishaushalt des Produktes 2512 „Ludwig Museum“ vor. Diese erfreuliche Entwicklung ist nicht zuletzt eine Folge der seit 2022 ergriffenen Maßnahmen zur unterjährigen Budgetsteuerung. Hiermit wird die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel des Museums im Verlauf des Haushaltsjahres engmaschig überprüft um gegebenenfalls frühzeitig gegensteuern zu können.
Diese positive Entwicklung gilt es in den kommenden Jahren fortzusetzen.

## ■ ■ Produkt des Amtes 46: Stadttheater

### Produkt 2611 Stadttheater

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | | | | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 9.133 | 9.219 | 8.023 | 9.692 | -559 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -21.868 | -20.575 | -18.972 | -20.016 | -1.852 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -12.735 | -11.356 | -10.949 | -10.324 | -2.411 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | -14 | 14 |
| Ordentliches Ergebnis | -12.735 | -11.356 | -10.949 | -10.338 | -2.397 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-12.735** | **-11.356** | **-10.949** | **-10.338** | **-2.397** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-12.823** | **-11.430** | **-11.011** | **-10.408** | **-2.415** |

Das Produkt umfasst das Stadttheater, ein Mehrspartentheater mit Produktionen in den Bereichen Schauspiel, Oper, Operette, Musical, Ballett, Kinder- u. Jugendtheater.

Der Jahresfehlbetrag vor ILV des Stadttheaters stieg um 1.379 T€ gegenüber dem Vorjahreswert, was durch gestiegene Aufwendungen von 1.293 T€ sowie gesunkene Erträge von 86 T€ zu begründen ist.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Jahresergebnisse des Stadttheaters im Zeitverlauf.

| | **2018** (in €) | **2019 (in €)** | **2020 (in €)** | **2021 (in €)** | **2022 (in €)** | **2023 (in €)** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 7.331.729 | 7.909.784 | 7.969.385 | 8.022.993 | 9.218.837 | 9.133.154 |
| Aufwendungen | 17.789.737 | 19.388.876 | 20.180.807 | 18.971.998 | 20.574.672 | 21.867.956 |
| Verlust vor ILV | **10.458.008** | **11.479.092** | **12.211.422** | **10.949.005** | **11.355.835** | **12.734.802** |
| Verlust nach ILV | **10.580.728** | **11.584.305** | **12.090.716** | **11.010.956** | **11.429.835** | **12.823.460** |

Bei den Erträgen ist festzustellen, dass im Rahmen der **Zuwendungen, allg. Umlagen und sonst. Transfererträge** die Einnahmen aus Landeszuwendungen und Investitionsstock um 854 T€ hinter dem Ansatz von 8.106 T€ zurückgeblieben sind.

Dies resultiert daraus, dass bei der HH-Planaufstellung die zu erwartenden Tarifsteigerungen des Jahres 2023, welche zum Aufstellungszeitpunkt noch nicht feststanden, theaterseitig einkalkuliert wurden, um das Land bei der Fehlbetragsfinanzierung (Theaterförderung) hieran beteiligen zu können. Im Förderbescheid des Landes Rheinland-Pfalz wurde dann allerdings mitgeteilt, dass der beantragte Zuschuss einer Förderquote von 45,1 % entspräche, die vereinbarte Förderquote jedoch bei maximal 40 % läge. Aus diesem Grund wurde die Landeszuwendung entsprechend reduziert.

Was die Landesförderung betrifft, so wurde in den letzten Berichten immer wieder die entstandene Schieflage zwischen der gedeckelten Landesförderung und der dynamisierten Finanzierung des Staatsorchesters Rheinische Philharmonie durch die Stadt Koblenz thematisiert und das Bestreben der Stadt Koblenz, eine grundsätzliche Veränderung der Gesamtkonstellation zu erreichen (Änderung des Orchestervertrages sowie Umstellung der Theaterförderung auf mehrjährige Förderverträge).
Seit 2017 bestehen beim Land Rheinland-Pfalz Überlegungen zum Erlass einer Verwaltungsvorschrift „Förderung von kommunalen Mehrspartentheatern mit eigener Spielstätte und eigenem Ensemble“ (VV Kommunale Theater). Diese Pläne wurden nun im laufenden Jahr 2024 konkretisiert und im April 2024 ein erster Entwurf an die kommunalen Theaterträger (Städte Koblenz und Trier und Bezirksversand Pfalz) in Rheinland-Pfalz übersandt, wobei um Stellungnahmen im Rahmen einer Anhörung am 16. Mai 2024 im MFFKI gebeten wurde. An dieser Anhörung nahmen für die Stadt Koblenz Kulturdezernent Ingo Schneider und Intendant Markus Dietze teil. Gemeinsam mit den Vertretern der anderen Theaterträger konnten in einem konstruktiven Austausch bestimmte Sachfragen im Sinne der kommunalen Träger konkretisiert und verbessert werden, wenngleich das Land von Anfang an deutlich gemacht hatte, dass sich auch mit dem Erlass der VV an den grundsätzlichen Bedingungen der Theaterförderung, insbesondere an Förderquoten und Laufzeiten nichts ändern werde. Dies sei schon aufgrund der diesbezüglich klaren Positionen des Finanzministeriums (das zum Beispiel strikt gegen mehrjährige Förderperioden sei) und des Landesrechnungshofs nicht möglich. Die neue Verwaltungsvorschrift soll, vorbehaltlich der Zustimmung des Finanzministeriums und des Landesrechnungshofs, zum Haushaltsjahr 2027 in Kraft treten. Im Zusammenhang mit dem Anhörungsgespräch am 16. Mai 2024 konnten Kulturdezernent und Intendant mit den Vertretern des MFFKI auch Fragen zum Orchestervertrag erörtern. Auch hier bleibt das MFFKI bei seinem Standpunkt, dass grundsätzliche und weitreichende Änderungen aus Sicht des Landes ausgeschlossen sind. Allerdings wurde die Möglichkeit eröffnet, dass die Stadt Koblenz redaktionelle Änderungen bzw. Modifikationen oder Klarstellungen zu einzelnen Sachthemen in Bezug auf den Orchestervertrag im Laufe des 4. Quartals 2024 vorschlagen könne. Diese Änderungsvorstellungen befinden sich derzeit theaterintern in Bearbeitung und werden nach Abstimmung mit dem Kulturdezernenten an das MFFKI übersandt.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (im Wesentlichen Eintrittsgelder) sind mit einem Jahresergebnis von 1.694 T€ gegenüber dem Vorjahresergebnis (1.190 T€) deutlich angestiegen und übersteigen sogar das Ergebnis 2019 (vor Corona) i.H.v. 1.516 T€.

Bei den Aufwendungen sind zum einen die **Personalaufwendungen** zu benennen, die um 500 T€ über dem Haushaltsansatz liegen. Ursächlich hierfür sind neben Tarifsteigerungen auch erhebliche Summen für Krankheits-, Elternzeit- und Schwangerschaftsvertretungen.

Auch die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** sind hervorzuheben, bei denen gegenüber dem Haushaltsansatz eine Steigerung um 935 T€ festzustellen ist. Die Abweichungen ergeben sich zum einen bei den Kosten für Gebäudeunterhaltung und Betriebsvorrichtungen, da die mehr und mehr marode (Gebäude-)Technik kurzfristig ausgefallen ist und repariert bzw. durch Miete ersetzt werden musste. Weiterhin sind auch die Ausgaben für Bühnenbilder gestiegen aufgrund von inflationsbedingten Kostensteigerungen aber auch als Folge des unsanierten Gebäudezustandes. Nicht zuletzt sind auch bei den Honoraren deutliche Mehraufwendungen festzustellen, die durch Krankheitsvertretungen, notwendige externe Personaldienstleistungen wegen nicht besetzter Stellen im technischen Bereich und durch Orchesteraushilfen entstanden sind.

Bei den **Sonstigen laufenden Aufwendungen** liegt das Jahresergebnis mit 1.859 T€ ebenfalls deutlich über dem Ansatz (1.462 T€). Hier schlagen vor allem Fahrt- und Verpflegungsaufwendungen für das als Vertretung engagierte künstlerische Personal, Mietaufwendungen für die Anmietung von Ausweichräumlichkeiten im Zuge der Kernsanierung des Theaters sowie Mehraufwendungen für Lizenzen und Urheberrechte zu Buche, die sich unmittelbar aus den höheren Einnahmen bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten ergeben.

- **Besucherentwicklung nach Kalenderjahren**

| Jahr | Besucher | Jahr | Besucher | Jahr | Besucher |
|---|---|---|---|---|---|
| 2009 | 80.824 | 2014 | 89.844 | 2019 | 96.938 |
| 2010 | 81.917 | 2015 | 95.134 | 2020 | 29.867 |
| 2011 | 90.270 | 2016 | 98.241 | 2021 | 47.115 |
| 2012 | 86.365 | 2017 | 95.943 | 2022 | 82.116 |
| 2013 | 101.948 | 2018 | 100.944 | 2023 | 95.000 |

Bei einer Besucherzahl von 95.000 in 2023 war das Stadttheater zu 82,61 % (78,0 % im Vorjahr) ausgelastet. Das Einspielergebnis beträgt 7,75 % (5,61 % im Vorjahr).
Nach den pandemiebedingten Einschränkungen in den Jahren 2020 und 2021 ist für das Jahr 2023 ein weiterer Aufwärtstrend erkennbar und die Besucherzahl konnte nochmals deutlich gesteigert werden.

Die **Betriebsausgabe je Besucher** beträgt vor ILV **230,19 €** (250,56 € im Vorjahr).

Aus der nachstehenden Übersicht wird ersichtlich, dass die Anzahl der Abonnenten im Vergleich zur vorangegangenen Spielzeit erstmals seit vielen Jahren wieder angestiegen ist. Abzuwarten ist, ob sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzt.

| Spielzeit | Abonnenten | Spielzeit | Abonnenten |
|---|---|---|---|
| **2008/2009** | 3.377 | **2016/2017** | 2.387 |
| **2009/2010** | 3.022 | **2017/2018** | 2.175 |
| **2010/2011** | 2.500 | **2019/2020** | 2.055 |
| **2012/2013** | 2.638 | **2020/2021** | 1.581 |
| **2013/2014** | 2.609 | **2021/2022** | 1.538 |
| **2014/2015** | 2.465 | **2022/2023** | 1.492 |
| **2015/2016** | 2.451 | **2023/2024** | 1.630 |

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Der Jahresfehlbetrag des Stadttheaters ist weiter gestiegen und liegt vor ILV 1.379 T€ über dem Vorjahreswert.

Durch die in 2018 begonnenen umfangreichen Sanierungsmaßnahmen am Theatergebäude, die auf mehrere Jahre angelegt sind und zu einem nicht unerheblichen Teil über den konsumtiven Haushalt abgewickelt werden, ist auch für die kommenden Jahresabschlüsse mit hohen Fehlbeträgen zu rechnen. Finanziell wird die Kernsanierung des Theaters mit einer Zuwendung aus dem Investitionsstock des Landes Rheinland-Pfalz i.H.v. insgesamt 16.756.000 € unterstützt.

Was die Landeszuwendung und die hiermit im Zusammenhang stehende Finanzierung des Staatsorchesters Rheinische Philharmonie betrifft, bleibt abzuwarten, inwieweit hier für die Stadt Koblenz durch die nun gebotene Möglichkeit, gegenüber dem Land Änderungsvorstellungen hinsichtlich des Orchestervertrages vorzubringen, Verbesserungen erzielt werden können.

# ■ ■ Produkte des Amtes 50: Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

## ☐ Produktübergreifende Prüfung

Das Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bewirtschaftete im Berichtsjahr 2023 insgesamt 22 Produkte, deren Abschlussergebnisse zu folgendem **Gesamtergebnis** führen:

- **Gesamtabschluss – Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales**

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 99.303 | 99.029 | 92.932 | 102.631 | -3.328 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -225.914 | -196.075 | -186.248 | -213.606 | -12.308 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -126.611 | -97.046 | -93.316 | -110.975 | -15.636 |
| Finanzergebnis | 2 | 3 | 4 | 1 | 1 |
| Ordentliches Ergebnis | -126.609 | -97.043 | -93.312 | -110.974 | -15.635 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-126.609** | **-97.043** | **-93.312** | **-110.974** | **-15.635** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-129.263** | **-100.299** | **-95.480** | **-113.787** | **-15.476** |

Der **Jahresfehlbetrag (vor ILV)** liegt mit 126.609 T€ im Ergebnis 15.635 T€ (+ 14,09 %) über dem Haushaltsansatz von 110.974 T€. Ursächlich dafür sind Mindererträge von 3.327 T€ (- 3,24 %), sowie Mehraufwendungen von 12.308 T€ (+5,76 %) gegenüber den Planansätzen.

Die Aufwendungen und Erträge teilen sich wie folgt auf:

- **Sozialamt**

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 65.314 | 62.147 | 60.803 | 66.649 | -1.335 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -120.172 | -109.707 | -106.413 | -119.490 | -682 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -54.858 | -47.560 | -45.610 | -52.841 | -2.017 |
| Finanzergebnis | 2 | 3 | 4 | 1 | 1 |
| Ordentliches Ergebnis | -54.856 | -47.557 | -45.606 | -52.840 | -2.016 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-54.856** | **-47.557** | **-45.606** | **-52.840** | **-2.016** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-55.233** | **-47.894** | **-45.923** | **-53.205** | **-2.028** |

- **Jugendamt**

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 33.989 | 36.882 | 32.129 | 35.982 | -1.993 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -105.742 | -86.368 | -79.835 | -94.116 | -11.626 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -71.753 | -49.486 | -47.706 | -58.134 | -13.619 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -71.753 | -49.486 | -47.706 | -58.134 | -13.619 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-71.753** | **-49.486** | **-47.706** | **-58.134** | **-13.619** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-74.030** | **-52.405** | **-49.557** | **-60.582** | **-13.448** |

**Entwicklung des Eigendeckungsgrades des Amtes 50 in %:**

| 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 43,61 | 45,96 | 47,07 | 49,72 | 45,08 | 51,32 | 52,67 | 49,90 | 50,51 | 43,96 |

**Entwicklung der Jahresabschlussergebnisse des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales:**

| (vor ILV, in T€) | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 79.720 | 93.113 | 97.958 | 92.932 | 99.029 | 99.303 |
| Aufwendungen | 176.802 | 181.438 | 185.979 | 186.248 | 196.075 | 225.914 |
| Ergebnis | **-97.082** | **-88.325** | **-88.021** | **-93.316** | **-97.043** | **-126.611** |

Die Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 % (Vorjahr: 6,6 %) und die Aufwendungen um 15,2 % angestiegen (Vorjahr: +5,3 %). Der Jahresfehlbetrag (vor ILV) erhöhte sich um 29.566 T€ auf 126.609 T€ und erreicht somit einen neuen Höchstwert.

Davon entfallen auf:

- **Sozialamt**

| (vor ILV, in T€) | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 53.963 | 65.840 | 61.004 | 60.803 | 62.147 | 65.314 |
| Aufwendungen | 105.357 | 104.950 | 107.460 | 106.413 | 109.707 | 120.172 |
| Ergebnis | **-51.394** | **-39.110** | **-46.456** | **-45.610** | **-47.560** | **-54.858** |

- **Jugendamt**

| (vor ILV, in T€) | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 25.757 | 27.273 | 36.954 | 32.129 | 36.882 | 33.989 |
| Aufwendungen | 71.445 | 76.489 | 78.520 | 79.835 | 86.368 | 105.742 |
| Ergebnis | **-45.688** | **-49.216** | **-41.566** | **-47.706** | **-49.486** | **-71.753** |

- **Entwicklung der Personalkosten**

| Jahr | Personal- und Versorgungsaufwand / € |
|---|---|
| 2017 | 16.130.034 |
| 2018 | 16.478.374 |
| 2019 | 18.564.854 |
| 2020 | 17.460.133 |
| 2021 | 18.621.849 |
| 2022 | 19.795.311 |
| 2023 | 20.969.784 |

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um 1.174 T€ (+5,9 %) gegenüber dem Vorjahr. Dies ist auf die Zahlung der Inflationsausgleichsprämie im Rahmen der Tarifverhandlungen (725 T€), die Stellenneueinrichtungen (254 T€) und die Stellenneubewertungen bzw. individuelle Stufensteigerungen (195 T€) zurückzuführen.

**Aufwendungen für Soziales pro Kopf der Bevölkerung**

| Jahr | Zuschuss in € vor ILV | Einwohnerzahl* | Ø Zuschuss je Einwohner / € |
|---|---|---|---|
| 2013 | 74.822.231 | 109.922 | 680,68 |
| 2014 | 79.390.550 | 110.677 | 717,32 |
| 2015 | 80.764.166 | 111.870 | 721,95 |
| 2016 | 88.339.584 | 113.197 | 780,41 |
| 2017 | 84.018.871 | 113.586 | 739,69 |
| 2018 | 97.081.945 | 113.828 | 852,88 |
| 2019 | 88.324.673 | 113.879 | 775,60 |
| 2020 | 88.016.073 | 113.296 | 776,87 |
| 2021 | 93.312.043 | 113.418 | 822,73 |
| 2022 | 97.043.282 | 115.049 | 843,50 |
| 2023 | 126.609.042 | 115.097 | 1.100,02 |

Stand zum 31.12. * **Quelle:** Statistikstelle Stadt Koblenz (vgl. Statistisches Jahrbuch)

Im Vorjahresvergleich steigt der Zuschussbetrag für Sozialleistungen bei einer nahezu unveränderten Einwohnerzahl (Vorjahr: +0,04 %) um 256,52 €/Einwohner auf durchschnittlich 1.100,02 €/Einwohner (Vorjahr: +30,4 %). Der durchschnittliche Zuschuss je Einwohner erreicht somit einen neuen Höchstwert.

## Produkt 3111 Grundversorgung und Hilfen SGB XII

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 24.438 | 23.219 | 23.634 | 25.545 | -1.107 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -38.283 | -33.518 | -34.005 | -39.942 | 1.659 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -13.845 | -10.299 | -10.371 | -14.397 | 552 |
| Finanzergebnis | 2 | 3 | 4 | 1 | 1 |
| Ordentliches Ergebnis | -13.843 | -10.296 | -10.367 | -14.396 | 553 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-13.843** | **-10.296** | **-10.367** | **-14.396** | **553** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-13.975** | **-10.413** | **-10.489** | **-14.520** | **545** |

Das Produkt 3111 umfasst die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfen zur Gesundheit, die Hilfe zur Pflege, die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und die Hilfe in anderen Lebenslagen.

Das Jahresergebnis vor ILV unterschreitet die Planwerte marginal um 563 T€, d.h. 3,8 %.

Erhebliche Abweichungen hingegen ergeben sich im **Vorjahresvergleich**. Hier hat sich das Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit um 3.546 T€ (+ 34,4 %) verschlechtert. Die Ergebnisverschlechterung resultiert aus Mehraufwendungen von 4.765 T€ und Mehrerträgen von 1.219 T€. Die **Mehrerträge** setzen sich mit 1.184 T€ aus mehreren Teilbeträgen im Bereich der sozialen Sicherung (z.B. Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung und Hilfe zur Pflege vollstationär) und 35 T€ aus Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtungen auf Forderungen zusammen. Die angeführten **Mehraufwendungen** basieren im Wesentlichen auf folgenden höheren Ausgaben: 2.124 T€ im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, 1.233 T€ im Bereich der vollstationären Hilfe zur Pflege, 710 T€ im Bereich der Hilfe zur häuslichen Pflege und 597 T€ im Bereich der Krankenbehandlung nach § 264 SGB V. Die Mehraufwendungen im Vergleich zum Berichtsjahr 2022 im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung resultieren insbesondere aus einer leichten Fallzahlensteigerung, gesetzlichen Änderungen (u. a. Änderung der Regelsätze) sowie des Rechtskreiswechsels der ukrainischen Flüchtlinge zum 01.06.2022 (u. a. in den Bezug des SGB XII). Im Bereich der Krankenhilfe entstehen die Mehraufwendungen insbesondere durch die Flüchtlinge aus der Ukraine. Weiterhin sind hier die hohen und stark zeitversetzten Rechnungen der Krankenkassen anzuführen. Zur Wahrung der Zahlungsfristen erfolgt zunächst eine pauschale Auszahlung. Eine Zuordnung auf die tatsächlichen Kostenstellen und Konten erfolgt im Nachgang durch interne, nicht kassenwirksame, Umbuchungen auf die einzelnen Leistungsfälle im Fachverfahren. Die Mehraufwendungen im Bereich der Hilfe zur Pflege beruhen primär auf Erhöhungen der Personalkosten und somit Erhöhungen der Pflege- bzw. Vergütungssätze der Pflegeeinrichtungen.

Die Entwicklung des Produktes stellt sich wie folgt dar:

| (vor ILV, in €) | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 46.695.227 | 21.976.094 | 23.634.131 | 23.218.910 | 24.438.750 |
| Aufwendungen | 69.354.338 | 35.883.341 | 34.005.771 | 33.518.322 | 38.283.283 |
| Ergebnis | **-22.659.111** | **-13.907.247** | **-10.371.640** | **-10.299.412** | **-13.844.533** |

## Produkt 3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 18.379 | 16.145 | 18.121 | 19.930 | -1.551 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -29.994 | -26.815 | -26.271 | -28.285 | -1.709 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -11.615 | -10.670 | -8.149 | -8.355 | -3.260 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -11.615 | -10.670 | -8.149 | -8.355 | -3.260 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-11.615** | **-10.670** | **-8.149** | **-8.355** | **-3.260** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-11.622** | **-10.675** | **-8.155** | **-8.361** | **-3.261** |

Das Produkt 3121 beinhaltet die Leistungen zum Lebensunterhalt für erwerbsfähige Personen und deren Angehörige auf Grundlage des SGB II. Dargestellt werden die kommunalen Leistungen für Regelbedarfe, angemessene Bedarfe für Unterkunft und Heizung sowie etwaige einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung).

Das Ergebnis (vor ILV) überschreitet die Planwerte um 3.260 T€; es handelt sich somit um eine deutliche Überschreitung (+39 %). Die Überschreitung ist auf reduzierte Erträge im Bereich der sozialen Sicherung von 1.551 T€ und erhöhte Aufwendungen im Bereich der sozialen Sicherung von 1.709 T€ zurückzuführen. Die Anpassungen im Bereich des Bürgergeldes und die Erhöhung des Angemessenheitssatzes der Kaltmiete hat primär im Planvergleich zu den erhöhten Aufwendungen geführt. Die reduzierten Erträge der sozialen Sicherung sind nahezu vollständig auf geringere Erstattungen des Bundes für die Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) zurückzuführen. Die Bundesbeteiligung in Rheinland-Pfalz beträgt für das Jahr 2023 78,1 %. Zusätzlich erhält das Land Rheinland-Pfalz einen landesspezifischen Wert i.H.v. 5,3 % nach § 46 Abs. 8 i.V.m. der Bundesbeteiligungsfeststellungsverordnung (BBFestV 2023), der in Produkt 3122 (Bildung und Teilhabe nach dem SGB II) abgebildet wird. Insgesamt beträgt damit die Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II i.V.m. BBFestV für das Jahr 2023 somit 83,4 %.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Zuschussbedarf im Produkt in großem Maße von der Entwicklung der Arbeitsmarktlage in Koblenz und Umgebung abhängt. Die operativen Entscheidungen und Arbeitsmarktmaßnahmen im Bereich SGB II werden im Wesentlichen vom Jobcenter verantwortet.

Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung um 945 T€ (+8,9%).

**Übersicht über die Bedarfsgemeinschaften:**

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Bedarfsgemeinschaften* | 5.073 | 5.035 | 4.711 | 4.631 | 4.821 |
| Personen in Bedarfsgemeinschaften* | 9.743 | 10.074 | 9.406 | 9.269 | 9.626 |
| Personen je Bedarfsgemeinschaft* | 1,92 | 2,11 | 2,00 | 2,00 | 2,00 |

*Anzahl im Durchschnitt; Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

## Produkt 3122 Leistungen z. Sicherung d. Lebensunterhalts (SGB II)

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.337 | 906 | 722 | 952 | 385 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -840 | -644 | -518 | -712 | -128 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | 497 | 262 | 203 | 240 | 257 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | 497 | 262 | 203 | 240 | 257 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **497** | **262** | **203** | **240** | **257** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **496** | **261** | **202** | **239** | **257** |

Die Leistungen nach § 28 SGB II (Bildung und Teilhabe) werden im Produkt 3122 abgebildet. Hiernach können Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres Leistungen z. B. für den persönlichen Schulbedarf, die Schulausflüge,

die Lernförderung, die Mittagsverpflegung erhalten. Berechtigt für diese Leistungen sind u. a. Kinder, die Leistungen zum Lebensunterhalt nach SGB II erhalten.

Basis für die Ermittlung der Werte bilden die laufenden Aufwendungen der Kosten der Unterkunft/Heizung im SGB II im Produkt 3121. Die prozentuale Beteiligung des Bundes im Jahr 2023 beträgt 5,3 % (Vorjahr 3,9 %) für Rheinland-Pfalz.

Die prognostizierten Erträge mit 952 T€ konnten im Berichtsjahr um 40,4 % (+385 T€) auf 1.337 T€ gesteigert werden. Weiterhin sind die geplanten Aufwendungen von 712 T€ um 18,0 % (+128 T€) auf 840 T€ gestiegen.

Im **Vergleich zum Vorjahr** ergeben sich Mehrerträge von 431 T€ (+47,6 %), diese sind primär auf die gestiegenen erstattungsfähigen Aufwendungen für Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II (+213 T€) und die Leistungen nach § 6b BKGG (+216 T€) zurückzuführen. Weiterhin waren erhöhte Aufwendungen von insgesamt 196 T€ (+46 %) festzustellen. Die Diskrepanz zwischen den zuvor zitierten Leistungen nach § 28 SGB II (213 T€) und dem Saldo von 196 T€ beruht auf reduzierten Aufwendungen im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen i.H.v. 17 T€.

## Produkt 3131 Hilfen für Asylbewerber

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 2.086 | 4.018 | 1.670 | 2.125 | -39 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -4.200 | -5.068 | -3.461 | -4.542 | 342 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -2.114 | -1.050 | -1.791 | -2.417 | 303 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -2.114 | -1.050 | -1791 | -2.417 | 303 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-2.114** | **-1.050** | **-1.791** | **-2.417** | **303** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-2.142** | **-1.076** | **-1.820** | **-2.458** | **315** |

Die Leistungen zur Versorgung und Betreuung von Asylbewerbern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) werden in diesem Produkt dargestellt.

Das Jahresergebnis vor ILV unterschreitet den Planansatz von 2.417 T€ um 303 T€ (-14,3°%).

Im **Vorjahresvergleich** ergibt sich eine Ergebnisverschlechterung (-101,3 %). Dies leitet sich aus um 1.932 T€ gesunkenen Erträgen (- 48,1 %) und Minderaufwendungen von 868 T€ (- 17,1 %) her. Ursächlich hierfür ist primär die Sonderzahlung i.H.v. 1.749 T€ gemäß § 3a Landesaufnahmegesetz Rheinland-Pfalz (LAufnG RLP). Aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung des Gesetzestextes war im Hinblick auf die Verbuchung der Zuwendungen zwischen den Produkten 1229 (Ordnungsamt/Amt 31) und 3131 (Sozialamt/Amt 50) zu unterscheiden. Um Dopplungen zu vermeiden wird bzgl. weiterer Ausführungen auf den Bericht zur Prüfung des Jahresabschlusses 2023 (Anlage 11 lfd. Nr. 3 Erträge der sozialen Sicherung/ Kostenbeteiligung SGB XII und andere soziale Leistungen) verwiesen.

Weiterhin erfolgte gegenüber dem Jahr 2022 eine Erhöhung der Ansätze, da im Zuge des Ukraine-Krieges und der sich hieraus ergebenden Flüchtlingswelle, sowie durch die Aufhebung der Reisebeschränkungen im Zuge der Covid-19 Pandemie mit einem Anstieg der Fallzahlen und der Verweildauer im AsylbLG der Ukraineflüchtlinge zu rechnen war. Zuweisungszahlen von Personen im Rahmen der festgelegten Quoten spielen hierbei eine sekundäre Rolle. Die Mindererträge sind auf schnellere Entscheidungen durch das BAMF zurückzuführen, sodass es zu kürzeren Abrechnungszeiträumen kommt.

Die Erträge und Aufwendungen entwickelten sich wie folgt:

| (vor ILV, in €) | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 2.385.836 | 1.768.923 | 1.670.226 | 4.018.303 | 2.086.339 |
| Aufwendungen | 4.124.771 | 4.037.124 | 3.461.019 | 5.068.066 | 4.200.814 |
| Ergebnis | **-1.738.935** | **-2.268.201** | **-1.790.793** | **-1.049.763** | **-2.114.475** |

Die Zahl der Hilfeempfänger stellt sich wie folgt dar:

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Hilfeempfänger zum 31.12. d.J. | 817 | 691 | 753 | 2.206 | 974 |

**Quelle:** Jahresberichte des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bis 2022; eigene Auswertung aus dem Fachverfahren Care4

## Produkt 3141 Soziale Einrichtungen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -284 | -230 | -212 | -200 | -84 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -284 | -230 | -212 | -200 | -84 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -284 | -230 | -212 | -200 | -84 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-284** | **-230** | **-212** | **-200** | **-84** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-348** | **-305** | **-255** | **-257** | **-91** |

Das Produkt 3141 umfasst die Leistungen der Stadt Koblenz an die AWO Koblenz für den laufenden Betrieb des städtischen Übernachtungsheimes.

Das Ergebnis überschreitet den Haushaltsansatz um 84 T€ (+42 %). Die Überschreitung des Haushaltsansatzes resultiert aus der Nachzahlung aus der Abrechnung für das Jahr 2023 für das Übernachtungsheim. Ausschlaggebend hierfür sind, wie im Schlussbericht 2022 erläutert, u.a. die gestiegenen Personalkosten. Die Anpassung des Kostensatzes (Tages-/Übernachtungssatzes) wurde auf Anregung der Rechnungsprüfung durch Amt 50 überarbeitet und am 13.10.2023 im Sozialausschuss mehrheitlich beschlossen. Die Änderungen sind zum 01.01.2024 in Kraft getreten. Weiterhin hat Amt 50 zukünftig eine regelmäßige Anpassung des Kostensatzes zugesagt. Im Berichtsjahr 2024 ist somit mit einer Reduzierung der Aufwendungen in diesem Produkt und somit des Zuschussbedarfes zu rechnen.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis vor ILV um 54 T€ (+ 23,5 %) verschlechtert.

## Produkt 3161 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -170 | -146 | -94 | -206 | 36 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -170 | -146 | -94 | -206 | 36 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -170 | -146 | -94 | -206 | 36 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-170** | **-146** | **-94** | **-206** | **36** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-172** | **-146** | **-95** | **-208** | **36** |

Das Produkt 3161 bildet die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation nach SGB IX ab. Für diese Aufgaben erstattet das Land den kommunalen Trägern 50 % der entstandenen Leistungsaufwendungen abzüglich der damit zusammenhängenden Erträge.

Der Jahresfehlbetrag (vor ILV) fällt im Vergleich zum Ansatz 36 T€ (-17,5 %) niedriger, wie geplant, aus. Im **Vorjahresvergleich** ergibt sich eine Steigerung um 24 T€ (+16,4 %). Die Mehraufwendungen im Vergleich zum Berichtsjahr 2022 resultieren aus einer Fallzahlensteigerung.

## Produkt 3162 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben SGB IX

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 4.214 | 4.736 | 3.391 | 4.144 | 70 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -8.492 | -8.596 | -7.769 | -8.394 | -98 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -4.278 | -3.860 | -4.378 | -4.250 | -28 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -4.278 | -3.860 | -4.378 | -4.250 | -28 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-4.278** | **-3.860** | **-4.378** | **-4.250** | **-28** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-4.287** | **-3.868** | **-4.386** | **-4.259** | **-28** |

Das Produkt 3162 umfasst die Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit Behinderungen gemäß SGB IX. Dies sind u.a. Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für Menschen mit Behinderung oder bei anderen privaten oder öffentlichen Arbeitgebern. Für diese Aufgaben erstattet das Land den kommunalen Trägern 50 % der entstandenen Leistungsaufwendungen abzüglich der damit zusammenhängenden Erträge.

Die Haushaltsansätze werden lediglich geringfügig überschritten, sodass das Jahresergebnis vor ILV marginal schlechter als geplant ausfällt (+ 28 T€; +0,7 %).

Die **Erträge dieses Produktes** bestehen nahezu ausschließlich aus Erstattungen des Landes (4.212 T€). Die maßgebliche Position innerhalb der geleisteten **Aufwendungen** stellt mit 8.069 T€ die Leistungen für Beschäftigungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen dar.

Die Anzahl der Hilfeempfänger innerhalb dieses Produktes stellt sich wie folgt dar:

| | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|
| Budget für Arbeit | 9 | 8 | 6 | 9 |
| Werkstatt für Menschen mit Behinderung | 373 | 377 | 391 | 371 |

Quelle: Monitoring des Amtes 50 bzw. Auswertung aus dem Fachverfahren Care4

## Produkt 3163 Leistungen zur Teilhabe an Bildung SGB IX

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 142 | 88 | 183 | 95 | 47 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.534 | -2.804 | -2.767 | -3.350 | -184 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.392 | -2.716 | -2.584 | -3.255 | -137 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.392 | -2.716 | -2.584 | -3.255 | -137 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.392** | **-2.716** | **-2.584** | **-3.255** | **-137** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.397** | **-2.718** | **-2.586** | **-3.260** | **-137** |

Die in diesem Produkt dargestellten Leistungen zur Teilhabe an Bildung umfassen Hilfen für Menschen mit Behinderungen zur Ermöglichung einer individuellen Lebensführung, sowie zur vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe am Leben. Besondere Aufgabe ist eine an der individuellen Leitungsfähigkeit orientierte Schulbildung und (hoch-) schulische Aus- und Weiterbildung zu ermöglichen.

Die **Erträge** übersteigen sowohl die kalkulierten Beträge (+47 T€; +49,5 %), als auch die Erträge im Vorjahresvergleich (+ 54T€; +61,4 %) deutlich. Wesentlicher Grund hierfür ist die Verdopplung (+33 T€) der Einnahmen aus Kostenbeiträgen für die häusliche Ersparnis im Vergleich zum Vorjahr. Um Kostenbeiträge aus häuslicher Ersparnis handelt es sich, wenn durch die Unterbringung eines Kindes in einer besonderen Wohnform Kosten im häuslichen Umfeld der Eltern oder eines Elternteils eingespart werden, die geltend gemacht werden können.

Die **Aufwendungen** sind im Soll-Ist-Vergleich (+ 184 T€; +5,5 %) und im Vergleich zum Jahr 2022 (+ 730 T€; +26 %) ebenfalls gestiegen. Die zuvor aufgeführten Aufwandssteigerungen ergeben sich zum einen aus einer Fallzahlsteigerung sowie dem Anstieg der Vergütungssätze und zum anderen aus um 71 T€ gestiegenen Personal- und Versorgungsaufwendungen. Die Abweichung im Bereich der Personalkosten beruht auf dem Vakanz-Faktor. Im Berichtsjahr wurde ein Abschlag i.H.v. 8 % aller Dienstbezüge und Entgelte (inkl. Versorgungskassen und Sozialversicherungen)

eingeplant. Die Verteilung des Vakanz-Faktors erfolgt grundsätzlich nach der Summe der Dienstbezüge und Entgelte des jeweiligen Fachamtes im Verhältnis zur Gesamtsumme der Dienstbezüge und Entgelte. In diesem Produkt wurde der Planparameter „Vakanz-Faktor“ jedoch, abweichend vom Grundsatz, überproportional reduziert, sodass die Mehraufwendungen hierauf zurückzuführen sind.

## Produkt 3164 Leistungen zur Sozialen Teilhabe SGB IX

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 13.623 | 11.962 | 12.302 | 12.870 | 753 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -29.750 | -26.702 | -26.540 | -29.422 | -328 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -16.127 | -14.740 | -14.238 | 16.552 | 425 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -16.127 | -14.740 | -14.238 | -16.552 | 425 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-16.127** | **-14.740** | **-14.238** | **-16.552** | **425** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-16.154** | **-14.756** | **-14.255** | **-16.577** | **423** |

Die von dem Produkt umfassten Leistungen zur Sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sollen eine gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen oder erleichtern, etwa durch Leistungen für Wohnraum, Assistenzleistungen oder Leistungen zur Mobilität.

Der geplante Jahresfehlbetrag vor ILV (- 16.552 T€) wird um 425 T€ unterschritten. Dies basiert auf der Tatsache, dass Mehrerträge (+ 753 T€) erwirtschaftet und Minderaufwendungen (- 328 T€) verausgabt werden konnten. Die Minderaufwendungen sind auf die Umstellung der Finanzsystematik in den integrativen Kindertagesstätten im Bereich „Heilpädagogische Leistungen“ zurückzuführen. Leistungen für Eingliederungshilfe für Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind nicht erstattungsfähig, sodass keine Auswirkungen auf die Erträge bestehen. Die Mehrerträge ergeben sich nahezu ausschließlich aus dem Bereich der Assistenzleistungen (+741 T€).

Im **Vergleich zum Vorjahr** hingegen ergeben sich sowohl Mehrerträge (+1.661 T€), als auch Mehraufwendungen (+ 3.048 T€). Die erhöhten Aufwendungen resultieren insbesondere aus der Entwicklung der Fallzahlen sowie erfolgten Erhöhungen der Vergütungssätze im Bereich der „Heilpädagogischen Leistungen" für U-18-jährige. Aufgrund der zitierten Aufwandserhöhungen ergeben sich in der Folge, durch die grundsätzlich hälftige Erstattung durch das Land, auch der Wesentliche Teil der Mehrerträge (+1.524 T€).

## Produkt 3169 Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 116 | 235 | 139 | 155 | -39 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -240 | -690 | -546 | -372 | 132 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -124 | -455 | -407 | -217 | 93 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -124 | -455 | -407 | -217 | 93 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-124** | **-455** | **-407** | **-217** | **93** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-128** | **-465** | **-418** | **-220** | **92** |

Das Produkt 3169 beinhaltet die sonstigen Leistungen der sozialen Teilhabe. Hierunter fallen u.a. Assistenzleistungen an Mütter und Väter mit Behinderung, Fahrtkosten, Kosten für das Ehrenamt und Leistungen zur Erreichbarkeit.

Die Mindererträge (-39 T€) und die Minderaufwendungen (+132 T€) führen im Ergebnis dazu, dass der geplante Jahresfehlbetrag vor ILV um 93 T€ niedriger ausfällt als ursprünglich geplant.

Im **Vorjahresvergleich** ergeben sich Abweichungen. Sowohl die Erträge (-50,6 %), als auch die Aufwendungen (-65,2 %) sind deutlich gesunken. Dies ist auf den Wegfall der Corona-Sonderzahlungen an die Hilfeempfänger im Aufwandsbereich – die im HHJ 2022 nicht eingeplant waren - und die Erhöhung des Urbudgets im Ertragsbereich zurückzuführen. Die Erträge resultieren mit 77 T€ aus einem Erstattungsanspruch aus Leistungen aus einer Arbeitsassistenz sowie der Erstattung im Rahmen der summarischen Abrechnung der Eingliederungshilfe (EGH).

## Produkt 3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 350 | 226 | 247 | 144 | 206 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -846 | -934 | -917 | -929 | 83 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -496 | -707 | -670 | -785 | 289 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -496 | -707 | -670 | -785 | 289 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-496** | **-707** | **-670** | **-785** | **289** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-508** | **-714** | **-677** | **-797** | **289** |

Das Produkt 3311 bildet die Zuschüsse an Träger und Verbände der Wohlfahrtspflege, die Zuschüsse an Beratungsstellen und Hilfsdienste, die institutionelle Förderung des Frauenhauses, die Förderung von Wohngemeinschaften und die Förderung der Kontakt- und Informationsstelle für psychisch belastete Menschen ab. Zudem werden die Kosten für die gemeinsame Psychiatriekoordination mit der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, sowie die Aufwendungen für den Ausbau der aufsuchenden Sozialarbeit am Bahnhofsplatz im Produkt dargestellt.

Im Bereich der **Erträge** besteht eine Diskrepanz i.H.v. 206 T€ (+143 %) und im Bereich der Aufwendungen i.H.v. 83 T€ (-8,9 %). Die Mehrerträge sind auf eine Spende zurückzuführen. Die Ersparnis im Bereich der **Aufwendungen** resultiert aus Minderaufwendungen an den SKF für das Frauenhaus. Hier wurde, auf Anregung der Rechnungsprüfung, die bestehende Vereinbarung zum 01.01.2023 aktualisiert. Die Aktualisierung führte dazu, dass der SKF zukünftig die Kosten für die psychosoziale Betreuung abrechnet, die wiederum als Erlöse zur Aufwandsreduzierung eingesetzt werden und somit den städtischen Zuschussbedarf reduzieren.

Zusammenfassend lässt sich somit feststellen, dass die vorgenannten Gründe zu einer Ergebnisverbesserung von 289 T€ führten.

## Produkt 3411 Unterhaltsvorschussleistungen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 4.318 | 4.024 | 3.835 | 3.861 | 457 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -5.785 | -5.391 | -5.283 | -5.638 | -147 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.467 | -1.367 | -1.448 | -1.777 | 310 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.467 | -1.367 | -1.448 | -1.777 | 310 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.467** | **-1.367** | **-1.448** | **-1.777** | **310** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-1.496** | **-1.386** | **-1.468** | **-1.805** | **309** |

Der Soll-Ist-Vergleich hat eine **Ertragssteigerung** von 457 T€ (+11,8 %) und eine **Aufwandserhöhung** von 147 T€ (-2,6%) ergeben, sodass das Jahresergebnis vor ILV trotz Mehraufwendungen um 310 T€ (+ 17,4%) verbessert werden konnte.

Im **Vergleich zum Berichtsjahr 2022** sind die Erträge um 294 T€ und die Aufwendungen um 394 T€ gestiegen. Somit sind sowohl die Erträge, als auch die Aufwendungen um 7,3 % leicht gestiegen.

Die gestiegenen **Aufwendungen** sind auf die Entwicklung der Fachzahlen zurückzuführen. Die erzielten **Erträge** stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit den getätigten Aufwendungen. Derzeit werden die Kosten vom Bund zu 40 % getragen. Das Land und die Kommunen teilen sich den verbleibenden Anteil je zur Hälfte (also je 30 %).

Die Fallzahlen sind im Berichtsjahr leicht gestiegen. Die Entwicklung wird nachfolgend tabellarisch dargestellt:

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| laufende Fälle zum 31.12. | 1.348 | 1.370 | 1.424 | 1.361 | 1.429 |
| im Jahresverlauf eingestellte Fälle | 331 | 265 | 210 | 264 | 218 |
| **Gesamt** | **1.679** | **1.635** | **1.634** | **1.625** | **1.647** |

Quelle: Jahresbericht des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bzw. Auswertung aus dem Fachverfahren Care4

Entwicklung der **Rückgriffsquote**:

| | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Rückgriffsquote | 23,61% | 23,25% | 23,95% | 26,35% | 23,33% |

Quelle: Statistische Erhebung des LSJV RLP und Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Die Rückgriffsquote ist im Berichtsjahr 3 % leicht gesunken; sie erreicht damit jedoch wieder da Niveau der Jahre 2019 – 2021. Rückgriffe und Rückforderungen von Leistungen sollten weiterhin möglichst zeitnah erfolgen.

## Produkt 3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 624 | 595 | 384 | 682 | -58 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -2.496 | -2.655 | -2.522 | -2.332 | -164 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -1.872 | -2.060 | -2.138 | -1.650 | -222 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -1.872 | -2.060 | -2.138 | -1.650 | -222 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-1.872** | **-2.060** | **-2.138** | **-1.650** | **-222** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-1.939** | **-2.111** | **-2.190** | **-1.712** | **-227** |

Das Produkt 3511 umfasst das Wohngeld, die Leistungen des Landesblindengeld- und Landespflegegeldgesetzes, die Leistungen der Alten- und Behindertenhilfe, das Elterngeld und die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz sowie das Projekt „Gemeindeschwester Plus“.

Im **Vergleich zum Haushaltsansatz** sind Mindererträge von 58 T€ (-8,5 %) und Mehraufwendungen von 164 T€ (+7 %) festzustellen, sodass der Jahresfehlbetrag vor ILV um 222 T€ (13,5 %) größer ausfällt als geplant. Die **Mehraufwendungen** setzen sich im Wesentlichen aus erhöhten Ausgaben für Personal- und Versorgungsaufwendungen von 313 T€ und reduzierten Aufwendungen von 118 T€ aus dem Bereich der sozialen Sicherung und hier insbesondere aus Einsparungen von 95 T€ bei Leistungen nach dem Landesblindengeldgesetz zusammen. Die Steigerung im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen ist zum einen auf den temporären erhöhten Personalbedarf zur Umsetzung der Wohngeldreform 2023, sowie das Tarifergebnis zurückzuführen. Die Tatsache, dass sich die Landeserstattungen

nach dem Landesblinden- und dem Landespflegegeldgesetz an den tatsächlichen verausgabten Aufwendungen bemessen, erklärt die **Mindererträge**.

Im **Vorjahresvergleich** sind sowohl marginale Abweichungen bei den Erträgen von 29 T€ (+4,9 %), als auch bei den Aufwendungen von 159 T€ (+6 %) zu verzeichnen.

Entwicklung der **Fallzahlen**:

| | **2020** | **2021** | **2022** | **2023** |
|---|---|---|---|---|
| laufende Fälle zum 31.12. | 175 | 170 | 150 | 182 |
| im Jahresverlauf eingestellte Fälle | 26 | 24 | 32 | 21 |
| **Gesamt** | **201** | **194** | **182** | **203** |

Quelle: Jahresbericht des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bzw. EDV-Auswertung des Amtes 50

## Produkt 3521 Bildung und Teilhabe

| | **Ergebnisvergleich** | | | **Soll-Ist-Vergleich** | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2023** | **2022** | **2021** | **Plan** | **Differenz** |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 3 | 15 | 6 | 1 | 2 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -594 | -421 | -333 | -344 | -250 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -591 | -406 | -327 | -343 | -248 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -591 | -406 | -327 | -343 | -248 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-591** | **-406** | **-327** | **-343** | **-248** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-598** | **-413** | **-334** | **-350** | **-248** |

Leistungen zur Bildung und Teilhabe können Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres u.a. für den persönlichen Schulbedarf, Schulausflüge, Lernförderung, Mittagsverpflegung erhalten. Berechtigt für diese Leistungen sind u. a. Kinder, die Wohngeld bzw. Kindergeldzuschlag erhalten (vgl. §°6b Bundeskindergeldgesetz). Die entsprechenden Aufwendungen hierfür werden in diesem Produkt dargestellt.

Im **Vergleich zum Planansatz** sind die Erträge um 2 T€ (+300 %) und die Aufwendungen um 250 T€ (+72,7 %) gestiegen. Die **Steigerung im Ertragsbereich** resultiert aus Kostenerstattungen nach § 3b Landesaufnahmegesetz für Härtefälle, die bei diesem Produkt jedoch falsch verbucht sind. Korrekterweise hätte hier eine Zuordnung zum Produkt 3131 erfolgen müssen. Die **gestiegenen Aufwendungen** sind auf die Steigerung der Fallzahlen - die auf der Wohngeldreform zum 01.01.2023 und der Erhöhung des Kinderzuschlages sowie in der Folge der damit einhergehenden Ausweitung der Anspruchsberechtigung basieren- und dem erleichterten Zugang zur Beantragung von Leistungen zur Lernförderung zurückzuführen.

Im **Vergleich zum Berichtsjahr 2022** sind die Erträge um 12 T€ gesunken und die Aufwendungen um 173 T€ gestiegen. Kostenbeiträge wurden im laufenden Jahr keine vereinnahmt, sodass sich hiermit die Mindererträge erklären lassen. Bezüglich der Aufwandssteigerung wird auf die o.g. Ausführungen verwiesen, um Dopplungen zu vermeiden.

| Produkt 3611 | Förderung v. Kindern in Tageseinrichtungen u. -pflege |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 225 | 207 | 183 | 188 | 37 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.437 | -2.747 | -2.339 | -2.507 | -930 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.212 | -2.540 | -2.156 | -2.319 | -893 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.212 | -2.540 | -2.156 | -2.319 | -893 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.212** | **-2.540** | **-2.156** | **-2.319** | **-893** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.227** | **-2.550** | **-2.166** | **-2.333** | **-894** |

Das Produkt umfasst die Übernahme von Eltern- und Essensbeiträgen, sowie die Tagespflege.

**KiTa-Plätze (nach Mittagsverpflegung aufgeschlüsselt):**

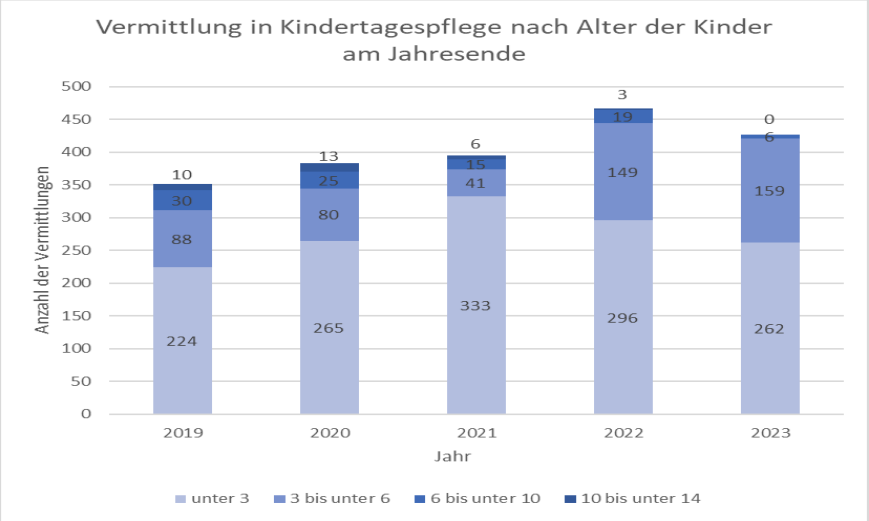
| Altersbereich | KiTa-Plätze ohne Mittagsverpflegung | KiTa-Plätze mit Mittagsverpflegung | Plätze gesamt |
|---|---|---|---|
| unter 2 Jahre | 7 | 222 | 229 |
| über 2 Jahre | 893 | 3.207 | 4.100 |
| Schulkinder | 0 | 377 | 377 |
| **Gesamt** | **900** | **3.806** | **4.706** |

Quelle: eigene Auswertung des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Die Gesamtzahl der Plätze ist gegenüber dem Vorjahr (4.682 Plätze) geringfügig um 24 Plätze auf 4.706 Plätze gestiegen.

Sowohl die tatsächlichen Erträge, als auch die tatsächlichen Aufwendungen des Produktes liegen über den Haushaltsansätzen (Erträge +19,7 %; Aufwendungen +37,1°%), sodass der Jahresfehlbetrag vor ILV um 893 T€ (+38,5 %) größer als geplant ausfällt. Die **Ertragssteigerung** resultiert mit 30 T€ primär aus gestiegenen Einnahmen im Bereich der pauschalierten Kostenbeiträge für die Kindertagespflege. Der pauschalierte Kostenbeitrag wird nach § 90 SGB VII u.a. für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege nach §§ 22-24 SGB VIII erhoben. Die **Mehraufwendungen** ergeben sich aus Einsparungen im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen von 68 T€, Einsparungen von 2 T€ im Bereich der sonstigen laufenden Aufwendungen und zusätzlichen Ausgaben von 1.000 T€ für die Tagespflege.

Auch im **Vergleich zum Vorjahr** sind Mehrerträge von 18 T€ (+8,7 %) und Mehraufwendungen von 690 T€ (+25,1 %) festzustellen. Die zusätzlichen Erträge ergeben sich im Wesentlichen aus Mehreinnahmen im Bereich der Kostenbeiträge (+11 T€) und der um 6 T€ gestiegenen Landeszuwendung für die Qualifizierung von Tagespflegepersonen. Die gestiegenen Aufwendungen sind mit 670 T€ primär auf Ausgaben für die Tagespflege zurückzuführen.




Die Entwicklung des Jahresergebnisses in diesem Produkt stellt sich wie folgt dar:

| (vor ILV, in €) | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 17.392.987 | 21.165.782 | 182.819 | 207.373 | 224.796 |
| Aufwendungen | 35.886.340 | 37.833.909 | 2.338.712 | 2.747.827 | 3.436.809 |
| Ergebnis | **-18.493.353** | **-16.668.127** | **-2.155.893** | **-2.540.454** | **-3.212.013** |

## Produkt 3621 Jugendarbeit

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 382 | 242 | 38 | 38 | 344 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -923 | -849 | -594 | -600 | -323 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -541 | -607 | -556 | -562 | 21 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -541 | -607 | -556 | -562 | 21 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-541** | **-607** | **-556** | **-562** | **21** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-548** | **-613** | **-562** | **-569** | **21** |

Das Produkt 3621 umfasst u.a. die Förderung externer Maßnahmen und Institutionen, die Jugendfreizeitarbeit und eigene Ferienmaßnahme, die außerschulische Jugendbildung, die Stadtranderholung und Ferienfreizeiten. Im Berichtsjahr wurden die Planansätze deutlich überschritten. Die erwirtschafteten **Mehrerträge** überstiegen sogar die Mehraufwendungen, sodass insgesamt betrachtet der kalkulierte Jahresfehlbedarf entfiel und sogar ein Jahresüberschuss erzielt wurde. Die Landesmittel aus dem Förderprogramm „Aufholen nach Corona“ mit 337 T€ führten nahezu ausschließlich zu den Mehrerträgen und mit 262 T€ zu einem wesentlichen Teil der **Mehraufwendungen**.

Die Abweichungen im **Vergleich zum Vorjahr** (Erträge: +140 T€; Aufwendungen: +74 T€) ergeben sich ebenfalls hieraus.

| Produkt 3631 | Sonst. Leistungen d. Kinder-, Jugend-, Familienhilfe |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 5.623 | 5.187 | 5.711 | 5.537 | 86 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -33.689 | -27.995 | -26.797 | -30.028 | -3.661 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -28.066 | -22.809 | -21.086 | -24.491 | -3.575 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -28.066 | -22.809 | -21.086 | -24.491 | -3.575 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-28.066** | **-22.809** | **-21.086** | **-24.491** | **-3.575** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-28.242** | **-22.915** | **-21.207** | **-24.656** | **-3.586** |

Das Produkt bildet die Jugendsozialarbeit, den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz, die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie, die Hilfen zur Erziehung, die vorläufigen Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen und die Jugendgerichtshilfe ab.

Die im Berichtsjahr festzustellenden Werte weichen sowohl auf der Ertragsseite (+1,6°%), als auch auf der Aufwandsseite +12,2 %) von den **Planansätzen** ab. Im Ergebnis ist somit festzustellen, dass die vorgenannten Veränderungen zu einer Verschlechterung des Jahresergebnisses vor ILV um 3.575 T€ (14,6 %) geführt haben. Ein Teil der **Mehrerträge** von 86 T€ im Produkt sind auf verschiedene Mindereinnahmen aus diversen Zuwendungen bzw. zusätzliche Einnahmen zurückzuführen. Beispielhaft sind an dieser Stelle folgende erwähnt: Versicherungserstattungen, Mieteinnahmen, Einnahmen aus Kostenrückforderungen. Die **Mehraufwendungen** entfallen exemplarisch auf Aufwendungen für die Heimerziehung in sonstigen betreuten Wohnformen (+1.279 T€), unbegleitete ausländische Minderjährige (+972 T€), Erziehung in einer Tagesgruppe (+594 T€), sozialpädagogische Familienhilfe (+496 T€) und vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern (+282 T€).

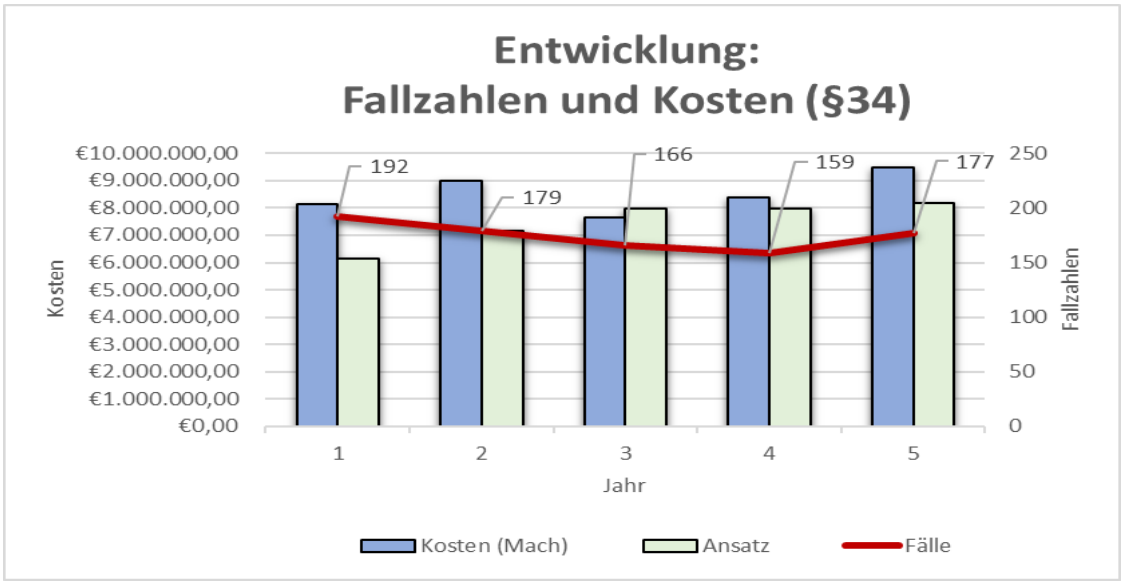
Im **Vorjahresvergleich** ergeben sich marginale Abweichungen von 436 T€ (+8,4 %) im Bereich der **Erträge** und eine deutliche Erhöhung der Aufwendungen um 5.694 T€ (+20,3%). Die Diskrepanz betreffend die **Mehraufwendungen** beruht beispielsweise auf zusätzlichen Aufwendungen für die Heimerziehung in sonstigen betreuten Wohnformen (+1.091 T€), die unbegleiteten ausländischen Minderjährigen (+1.065 T€), die Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII (+617 T€), die Erziehung in einer Tagesgruppe (+507 T€), die sozialpädagogische Familienhilfe (+329 T€), die Hilfen zur Erziehung (+299 T€) und die Schulsozialarbeit (+264 T€). Insbesondere die hohen Aufwendungen für die Heimerziehung beruhen auf allgemeinen Kostensteigerungen. Die pauschale Entgelterhöhung erfolgt auf Grundlage der Entscheidung der Jugendhilfekommission. Die Entwicklung der Anhebung der letzten Jahre stellt sich wie folgt dar:

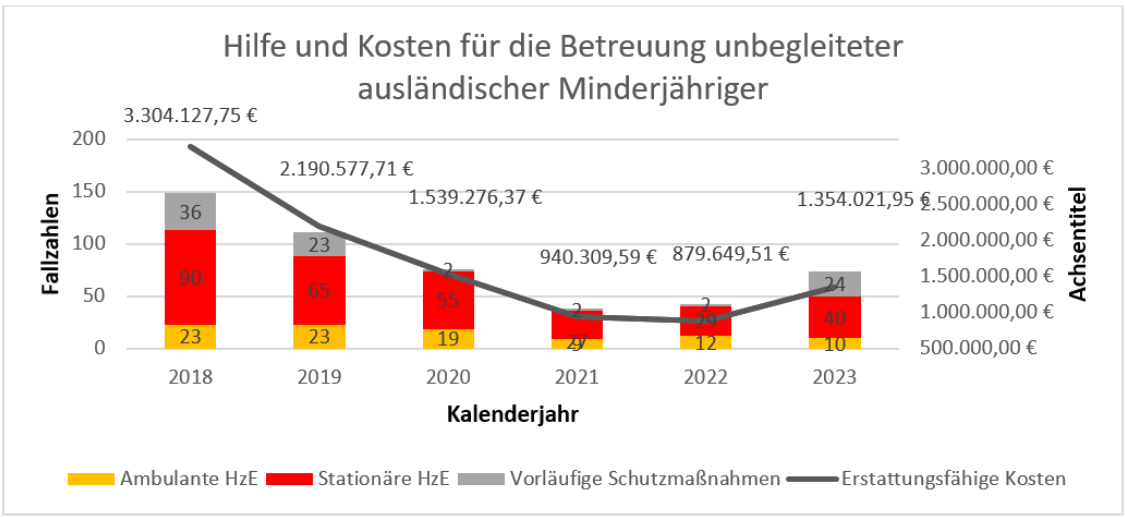
| 01.07.19 | 01.07.20 | 01.07.21 | 01.07.22 | 01.01.23 | 01.07.23 | 01.07.24 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| + 3,48% | + 2,00% | +2,05% | +3,42% | +3,76% | +11,98% | +6,70% |

Weiterhin ist festzustellen, dass es vermehrt zu Fallgestaltungen kommt, bei denen der Bedarf nur mit Zusatzleistungen oder der Installation einer weiteren Hilfemaßnahme gedeckt werden kann, um dem Hilfebedarf der jungen Menschen gerecht zu werden. Dies ist mit oftmals erhöhten Kosten (z.B. zusätzliche Gewährung von Fachleistungsstunden, notwendige 1:1 Betreuung, etc.) verbunden.

Für die Aufwendungen im Produkt werden die folgenden grafischen Darstellungen exemplarisch angeführt:

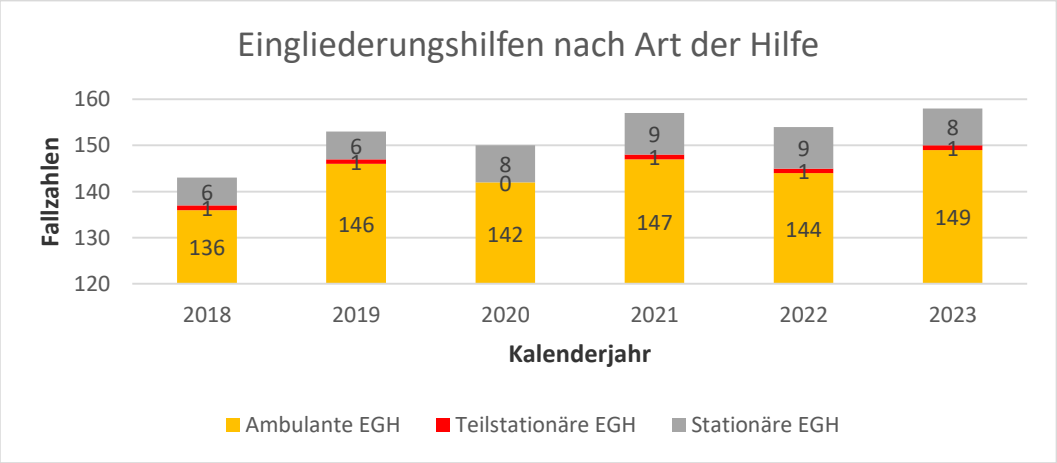
| | Jahr | Anzahl Fälle | Kosten | Ansatz |
|---|---|---|---|---|
| 1 | 2019 | 192 | 8.144.030,38 € | 6.140.000,00 € |
| 2 | 2020 | 179 | 8.974.768,91 € | 7.170.000,00 € |
| 3 | 2021 | 166 | 7.635.646,45 € | 7.980.000,00 € |
| 4 | 2022 | 159 | 8.377.778,27 € | 7.990.000,00 € |
| 5 | 2023 | 177 | 9.469.206,01 € | 8.190.000,00 € |




Quelle: eigene Auswertung des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Aufgrund der aktuellen Kriege, Umweltkatastophen und politischen Krisen ist perspektivisch bei den ungeleiteten minderjährigen Flüchtlinge weiterhin mit einem Anstieg der Fallzahlen und infolge dessen mit steigenden Aufwendungen zurechnen.




Quelle: eigene Auswertung des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

## Produkt 3651 Tageseinrichtungen für Kinder

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.734 | 1.408 | 1.413 | 2.094 | -360 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -6.927 | -5.906 | -5.243 | -7.364 | 437 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -5.193 | -4.498 | -3.830 | -5.270 | 77 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -5.193 | -4.498 | -3.830 | -5.270 | 77 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-5.193** | **-4.498** | **-3.830** | **-5.270** | **77** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-6.731** | **-6.865** | **-5.116** | **-6.936** | **205** |

Im Produkt werden alle Erträge und Aufwendungen der städtischen Kindertagesstätten und der Kindertageseinrichtungen, die in städtischer Bauträgerschaft stehen, dargestellt. Die Förderung freier Träger und deren Kita-Einrichtungen, die Sach- und Personalkosten für diese Einrichtungen, die Sprachförderung und der Sozialfond „Mittagessen“ werden im Produkt 3655 "Förderung anderer Träger" abgebildet.

Der **Soll-Ist-Vergleich** ergibt, dass sowohl die Erträge (-360 T€; -17,2 %), als auch die Aufwendungen (-437 T€; -5,9 %) gesunken sind. Die Tatsache, dass die Aufwandseinsparungen die Mindererträge übersteigen führt insgesamt betrachtet zu einer leichten Ergebnisverbesserung vor ILV (+77 T€; 1,5 %). Die **Mindererträge** resultieren überwiegend aus reduzierten Landeszuwendungen; dies betrifft primär die Kindertagesstätte „Rappelkiste“ in Güls (-118 T€), die Kindertagesstätte „Eulenhorst“ in Metternich (-101 T€) und die Kindertagesstätte „Zauberland“ in Rübenach (- 50 T€). Dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den **reduzierten Aufwendungen** für Personalkosten, sowie Sach- und Dienstleistungen. Prägend für die geringeren Sach- und Dienstleistungskosten sind die kalkulierten, jedoch nicht verausgabten Aufwendungen für die neue Kindertagesstätte auf der Horcheimer Höhe (-100 T€), sowie die neue Waldkindertagesstätte (-60 T€). Die erhöhten Aufwendungen für

Abschreibungen werden zum Teil durch geringere Kosten für die soziale Sicherung, u.a. durch geringere Mietkosten für das Haus für Kinder am Kemperhof relativiert.

Im **Vergleich zum Vorjahr 2022** ergeben sich höhere Erträge von 326 T€ (+23,2°%) und gestiegene Aufwendungen von 1.021 T€ (+17,3 %). Die **gestiegenen Erträge** basieren auf erhöhten Landeszuwendungen (+421 T€), die jedoch u.a. durch gesunkene Eltern- und Essenbeiträgen (-29 T€), sowie reduzierte Erträge aus dem Budget für Arbeit (-25 T€) geschmälert werden. Wesentliche Gründe für die **Kostensteigerungen** sind die Personal- und Versorgungsaufwendungen (+838 T€), die erhöhten Aufwendungen für Abschreibungen (+141 T€) und Sach- und Dienstleistungen (+27 T€).

Die Kennzahlen der städtischen Einrichtungen werden nachfolgend dargestellt:

| | Eulenhorst, Metternich | Pusteblume, Neuendorf | Zauberland, Rübenach | Rappelkiste, Güls | Klitzeklein, Metternich ab Juli 2021 |
|---|---|---|---|---|---|
| **2019** | **36510100** | **36510200** | **36510300** | **36510400** | **36511100** |
| **Aufwand** | 1.035.125 € | 1.478.183 € | 846.924 € | 1.400.782 € | |
| **Kapazität Ø** | 117 | 194 | 100 | 137 | |
| **Belegung Ø** | 103 | 131 | 92 | 127 | |
| **Kosten/Belegung** | 10.050 € | 11.291 € | 9.231 € | 11.008 € | |
| **Auslastung** | 88,03 % | 67,48 % | 91,75 % | 92,88 % | |
| **2020** | **36510100** | **36510200** | **36510300** | **36510400** | **36511100** |
| **Aufwand** | 1.104.460 € | 1.155.009 € | 798.234 € | 1.280.165 € | |
| **Kapazität Ø** | 116 | 194 | 100 | 137 | |
| **Belegung Ø** | 103 | 131 | 89 | 111 | |
| **Kosten/Belegung** | 10.697 € | 8.806 € | 8.986 € | 11.507 € | |
| **Auslastung** | 88,88 % | 67,61 % | 88,83 % | 81,20 % | |
| **2021** | **36510100** | **36510200** | **36510300** | **36510400** | **36511100** |
| **Aufwand** | 1.175.807 € | 1.253.658 € | 882.091 € | 1.403.989 € | 225.052 € |
| **Kapazität Ø** | 113 | 185 | 98 | 130 | 30 |
| **Belegung Ø** | 102 | 143 | 85 | 107 | 30 |
| **Kosten/Belegung** | 11.546 € | 8.752 € | 10.337 € | 13.111 € | 7.502 € |
| **Auslastung** | 90,52 % | 77,43 % | 87,07 % | 82,16 % | 100,00 % |
| **2022** | **36510100** | **36510200** | **36510300** | **36510400** | **36511100** |
| **Aufwand** | 1.053.859 € | 1.138.134 € | 892.271 € | 1.254.786 € | 1.076.643 |
| **Kapazität Ø** | 110 | 176 | 96 | 127 | 30 |
| **Belegung Ø** | 102 | 161 | 87 | 115 | 25 |
| **Kosten/Belegung** | 10.315 | 7.073 € | 10.266 € | 10.903 € | 42.499 € |
| **Auslastung** | 92,88% | 91,43% | 90,54% | 90,62% | 84,44% |
| **2023** | **36510100** | **36510200** | **36510300** | **36510400** | **36511100** |
| **Aufwand** | 1.314.140 € | 2.008.196 € | 954.108 € | 1.565.197 € | 664.227 € |
| **Kapazität Ø** | 110 | 176 | 96 | 127 | 30 |
| **Belegung Ø** | 99 | 149 | 86 | 114 | 22 |
| **Kosten/Belegung** | 13.308 € | 13.516 € | 11.094 € | 13.770 € | 30.539 € |
| **Auslastung** | 89,77% | 84,42% | 89,58% | 89,50% | 72,50% |

**Quelle:** Datenangaben des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales

Die Ergebnisentwicklung stellt sich wie folgt dar:

| (vor ILV, in €) | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 1.949.714 | 1.665.610 | 1.413.429 | 1.407.775 | 1.734.239 |
| Aufwendungen | 5.267.302 | 4.710.652 | 5.242.846 | 5.905.526 | 6.927.405 |
| Ergebnis | **-3.317.588** | **-3.045.042** | **-3.829.417** | **-4.497.751** | **-5.193.166** |

| Produkt 3655 | Förderung anderer Träger |
|---|---|

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 21.545 | 25.621 | 20.684 | 23.991 | -2.446 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -51.632 | -40.167 | -36.301 | -44.426 | -7.206 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -30.087 | -14.546 | -15.617 | -20.435 | -9.652 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -30.087 | -14.546 | -15.617 | -20.435 | -9.652 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-30.087** | **-14.546** | **-15.617** | **-20.435** | **-9.652** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-30.095** | **-14.556** | **-15.626** | **-20.442** | **-9.653** |

Das Produkt 3655 beinhaltet die Sach- und Personalkosten, die Zuschüsse an die freien Träger, die Kosten für die Durchführung der Sprachförderung, sowie den Sozialfonds „Mittagessen“.

Die Mindererträge von 2.446 T€ (-10,2 %), sowie die Mehraufwendungen von 7.206 T€ (+16,2%) führen dazu, dass das **kalkulierte Jahresergebnis** vor ILV von 20.435 T€ deutlich um 9.652 T€ (+47,2 %) verfehlt wird. Die Mehraufwendungen sind überwiegend im Bereich der Sach- und Personalkosten durch die gebildete Rückstellung für die zu erwartenden Nachzahlungen entstanden. Die Nachzahlungen sind auf die Erhöhung des Jugendamtsanteils (keine Erhöhung der Landeserstattung), die rückwirkend zum 01.07.2021 erfolgt, zurückzuführen. Ursächlich hierfür ist, dass erst im Frühjahr 2024 nach zähen Verhandlungen eine Übergangsvereinbarung zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und den freien Trägern zur Finanzierung von Personal- und Sachkosten abgeschlossen werden konnte. Diese Vereinbarung umfasst den Zeitraum rückwirkend ab 01.07.2021 (Inkrafttreten des neuen KiTa-Gesetzes) bis einschließlich 31.12.2024. Die Mindererträge resultieren überwiegend aus geringeren Landeszuwendungen für Sach- und Personalkostenzuschüsse.

Im **Vergleich zum Vorjahr** hat sich das Jahresergebnis (vor ILV) des Produktes um 15.541 T€ (+106,8%) verschlechtert. Primär ursächlich hierfür sind die zuvor erläuterte Rückstellung, sowie die erhöhten Abschlagszahlungen an die freien Träger.

## Produkt 3661 Einrichtungen der Jugendarbeit

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 161 | 193 | 264 | 272 | -111 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.206 | -3.170 | -3.148 | -3.473 | 267 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.045 | -2.977 | -2.884 | -3.201 | 156 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.045 | -2.977 | -2.884 | -3.201 | 156 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.045** | **-2.977** | **-2.884** | **-3.201** | **156** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.544** | **-3.375** | **-3.279** | **-3.758** | **215** |

Das Produkt 3661 bildet die Erträge und Aufwendungen der Einrichtungen der Jugendarbeit, wie z.B. der Jugendtreffs, der Jugendbegegnungsstätten „Haus Metternich“ und „Maulwurf“, des Jugend- und Bürgerzentrums Karthause sowie des Spielhauses/Spielmobiles KOWELIX ab.

Im **Vergleich zum Haushaltsansatz** sind sowohl Mindererträge (111 T€; -40,8 %) als auch reduzierte Aufwendungen (- 267 T€; - 7,7 %) festzustellen. Dies resultiert, wie im Berichtsjahr 2022, aus geringeren Abschreibungen für Spielgeräte (Abschreibung über 10 Jahre) und korrespondierend hierzu geringeren Erträgen aus der Auflösung von hierfür gebildeten Sonderposten aus Zuwendungen.

Im **Vorjahresvergleich** ergeben sich sowohl bei den Erträgen (32 T€; -16,6 %), als auch bei den Aufwendungen (36 T€; +1,1 %) lediglich marginale Abweichungen. Das Jahresergebnis (vor ILV) bleibt nahezu stabil.

# ■ ■ Produkte des Amtes 52: Sport- und Bäderamt

## Produkt 4211 Förderung des Sports

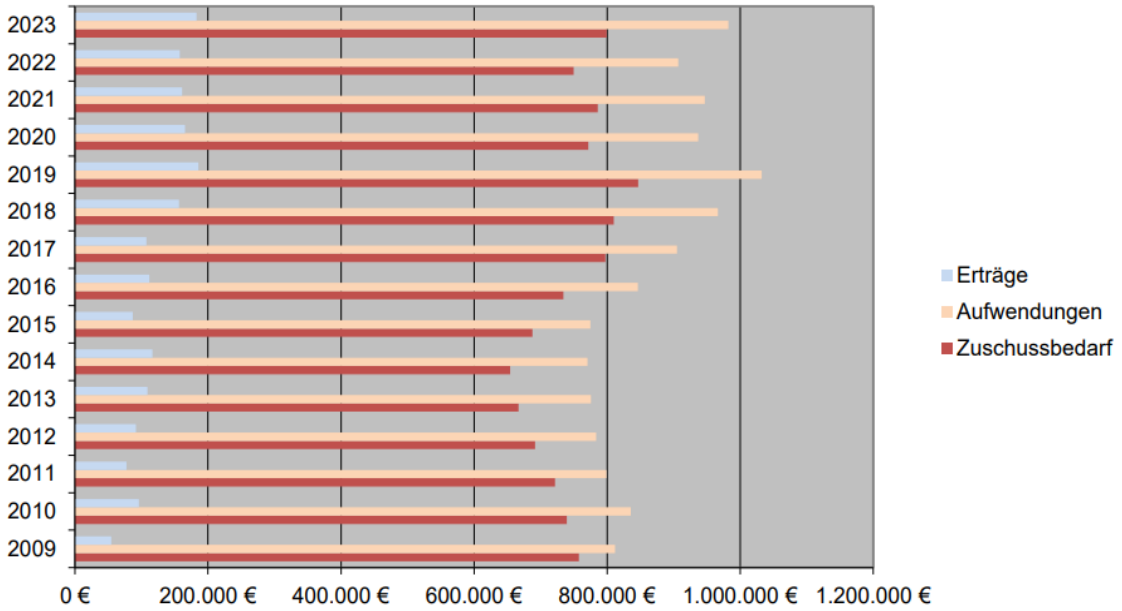
| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 183 | 157 | 161 | 58 | 125 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -982 | 907 | -947 | -1.089 | 107 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -799 | -750 | -786 | -1.031 | 232 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -799 | -750 | -786 | -1.031 | 232 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-799** | **-750** | **-786** | **-1.031** | **232** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-808** | **-760** | **-795** | **-1.044** | **236** |

Dieses Produkt umfasst die Bereiche der Sportverwaltung und die Sportförderung.

Der **Eigendeckungsgrad** hat sich gegenüber dem Vorjahr (17,3 %) auf nunmehr **18,6 %** erhöht und hat im Berichtsjahr den höchsten Stand seit 2015 erreicht.

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Eigendeckungsgrad in % | 12,18 | 13,21 | 11,89 | 16,20 | 17,97 | 17,65 | 17,01 | 17,31 | 18,64 |

Die Erträge konnten im Berichtsjahr insgesamt auf 183 T€ (Vorjahr 157 T€) gesteigert werden, jedoch haben sich auch die Aufwendungen von 907 T€ im Vorjahr auf nunmehr 982 T€ erhöht, was im Ergebnis vor ILV einen Zuschussbedarf von knapp 800 T€ bedeutet (Vorjahr 750 T€).




Die **Erträge aus Zuwendungen, allg. Umlagen und sonst. Transfererträgen** bleiben mit 118 T€ auf dem Vorjahresniveau und stellen damit eine konstante Einnahmequelle dar. Der Haushaltsansatz von lediglich 6 T€ sollte zukünftig – wie schon in den Vorjahren erwähnt- an realistische Verhältnisse angepasst werden.

**Kostenerstattungen und Kostenumlagen** liegen im Ergebnis mit 64 T€ über dem geplanten Ansatz von 52 T€ und konnten sich im Vorjahresvergleich um rund 26 T€ steigern. Die Erstattung von 50% der Personalkosten des Leiters des Projekts "Sport in Schule und Verein" erfolgt durch die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz.

Mit 24,6 % (Vorjahr 22,6 %) hat sich der Anteil der **Personalaufwendungen einschließlich der Versorgungsaufwendungen** an der Summe der gesamten laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Mit Personal- und Versorgungsaufwendungen von 242 T€ (Vorjahr: 205 T€) wird der Vorjahreswert um 38 T€ überschritten. Auch gegenüber dem Haushaltsansatz (213 T€) ergibt sich eine Überschreitung von 29 T€.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** überschreiten im Berichtsjahr mit insgesamt 51 T€ den Vorjahreswert von 18 T€ erheblich. Der Haushaltsansatz von 33 T€ wird ebenfalls deutlich überschritten. Die größten Anteile entfallen im Berichtsjahr auf Mietkosten für Segelfreizeiten (19 T€) und EDV-Kosten (11 T€). Hier enthalten sind ebenso Aufwendungen, die im Rahmen des Projekts „Host Town“ der Special Olympics 2023 (10 T€) angefallen sind. Die Stadt Koblenz war im Zeitraum 12.-15. Juni Gastgeber der Delegation aus Ecuador.

# Produkt 4241 Sportstätten und Bäder

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 828 | 775 | 591 | 760 | 68 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -5.895 | -5.632 | -4.608 | -5.818 | -77 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -5.067 | -4.857 | -4.017 | -5.058 | -9 |
| Finanzergebnis | -8 | -6 | 0 | 0 | -8 |
| Ordentliches Ergebnis | -5.075 | -4.864 | -4.017 | -5.058 | -17 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-5.075** | **-4.864** | **-4.017** | **-5.058** | **-17** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-7.057** | **-6.516** | **-5.610** | **-7.366** | **309** |

Das Produkt umfasst alle Sportstätten im Stadtgebiet, insbesondere das Stadion Oberwerth, die städtischen Sporthallen, Sportplätze und Sporteinrichtungen, die Hallenbäder, das Freibad Oberwerth sowie die Freizeitanlagen und den Hilfsbetrieb Sportstättenunterhaltung.

Der **Eigendeckungsgrad** des Produktes beläuft sich auf 14 % und nähert sich damit wieder den Ergebnissen der Jahre 2017/2018 sowie den Jahren vor 2014/2015, in denen das Stadtbad veräußert wurde.

| (vor ILV) | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Eigendeckungsgrad in %** | 29,07 | 14,71 | 14,83 | 11,48 | 16,51 | 12,83 | 13,76 | 14,04 |

- **Ergebnisentwicklung der letzten Jahre**

| | 2017 (in €) | 2018 (in €) | 2019 (in €) | 2020 (in €) | 2021 (in €) | 2022 (in €) | 2023 (in €) |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 675.577 | 758.289 | 560.809 | 763.485 | 591.336 | 774.853 | 828.470 |
| Aufwendungen | -4.592.978 | -5.113.480 | -4.885.012 | -4.623.090 | -4.608.022 | -5.632.316 | -5.894.893 |
| Ergebnis/Verlust | **-3.917.401** | **-4.355.192** | **-4.324.203** | **-3.859.605** | **-4.016.685** | **-4.857.462** | **-5.066.423** |

Das **Ergebnis** vor ILV hat sich gegenüber dem Vorjahr um 211 T€ verschlechtert, das Ergebnis nach ILV sogar um 541 T€.

| (nach ILV) | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Ergebnis in Mio. € | -4,45 | -5,40 | -6,06 | -6,23 | -5,17 | -5,61 | -6,51 | -7,06 |

Der Verlust steigt im Berichtsjahr, nach einer signifikanten Erholung im Jahr 2020 erneut deutlich an auf nunmehr 7,06 Mio. €. Das bis dato vorliegende, gemischte Bild mit deutlich negativen Tendenzen bleibt für das Berichtsjahr, trotz des verbesserten Jahresergebnisses 2020 weiterhin erhalten.

Der durchschnittliche Verlust der Jahre 2016 - 2023 beträgt 5,8 Mio. € (Vorjahr Ø 5,3 Mio. €). Seit 2017 wird der Durchschnittswert fast jährlich überschritten. Der im Jahr 2020 festgestellte Rückgang scheint nur temporärer Natur gewesen zu sein, da im Folgejahr sowie im Berichtsjahr die Verluste wieder deutlich ansteigen.

Die **Ertragsseite** konnte sich um über 53 T€ auf 828 T€ (Vorjahr 775 T€) steigern. Insbesondere die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** (Eintrittsgelder) schlagen hier mit 345 T€ zu Buche.

Die **Aufwendungen** insgesamt verzeichnen gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung 263 T€. € auf insgesamt 5,89 Mio. €. Maßgeblich sind hier u.a. die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** zu nennen, die sich mit 1,95 Mio. € (Vorjahr: 1,47 Mio. €) gegenüber dem Niveau des Vorjahres nochmals deutlich erhöht haben. Größter Kostenfaktor sind und bleiben die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** mit 2,30 Mio. € (Vorjahr: 2,31 Mio. €). Die Personalaufwendungen haben sich im Berichtsjahr um 13 T€ reduziert, bleiben jedoch auf einem sehr hohen Niveau im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen.

## ■ ■ Produkt des Amtes 61: Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung

### Produkt 5111 Räuml. Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 299 | 1.426 | 1.100 | 1.165 | -866 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -3.337 | -3.450 | -3.862 | -4.202 | 865 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -3.038 | -2.024 | -2.762 | -3.038 | -1 |
| Finanzergebnis | -21 | -129 | 0 | -566 | 545 |
| Ordentliches Ergebnis | -3.059 | -2.153 | -2.762 | -3.603 | 544 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-3.059** | **-2.153** | **-2.762** | **-3.603** | **544** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-3.273** | **-2.342** | **-2.965** | **-3.872** | **599** |

Zu den wesentlichen Aufgaben des Produktes zählt die Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen und verkehrlichen Entwicklung der Stadt Koblenz unter Berücksichtigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Belange.

Der **Eigendeckungsgrad** beträgt 8,96 % (2022: 41,3 %, 2021: 28,4 %, 2020: 25,0 %, 2019: 6,2 %, 2018: 11,5 %). Bei planmäßigen Erträgen und Aufwendungen wäre im Haushaltsjahr 2023 ein Eigendeckungsgrad von 27,7 % zu verzeichnen gewesen. Aufgrund den im nachfolgenden Absatz beschriebenen Mindererträgen von 866 T€ reduzierte sich jedoch auch der Eigendeckungsgrad auf 8,96 %. Zum Vergleich: Im Haushaltsjahr 2022 lag der Eigendeckungsgrad bei rd. 249 T€ über dem Planansatz liegenden Erträgen und ähnlichen Aufwendungen wie im Berichtsjahr bei 41,3 %.

Bei den **laufenden Erträgen aus der Verwaltungstätigkeit** dominieren die **Zuwendungen, allg. Umlagen und sonstige Transfererträge**. Insbesondere aufgrund von Minderausgaben sowie Planungsverzögerungen bei den für 2023 vorgesehenen Ordnungsmaßnahmen der Koblenzer Wohnbau im Fördergebiet „Soziale Stadt Neuendorf“ konnten mit Einnahmen von lediglich 279 T€ ein Teil der geplanten Fördersummen i.H.v. 1.145 T€ im Haushaltsjahr 2023 nicht generiert werden. Es handelt sich hierbei um Fördermittel, welche an die Koblenzer Wohnbau für die durch diese umzusetzenden Ordnungsmaßnahmen (Hauptsächlich Freilegung und Neugestaltung der Außenanlagen in der Großsiedlung) weitergeleitet werden.

Nach einem Wechsel des Planungsbüros erfolgt derzeit die Ausführungsplanung, die bauliche Umsetzung ist in 2025 geplant.

Auf der **Ausgabenseite** kam es insbesondere aufgrund von Verzögerungen bei der Maßnahmenumsetzung der Koblenzer Wohnbau im Projekt „Ordnungsmaßnahmen Koblenzer Wohnbau Großsiedlung Neuendorf“ zu geringeren Ausgaben. Weiterhin wurden diverse für das HHJ eingeplante Gutachten aufgrund von Verzögerungen und sich zwischenzeitlich geänderten Rahmenbedingungen nicht beauftragt und abgerechnet. Von der ursprünglich geplanten Summe i.H.v. insgesamt 1.347 T€ konnten lediglich 390 T€ verausgabt werden.

Nachdem im Haushaltsjahr 2019 die Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit aufgrund wesentlicher Korrekturen im Bereich des Anlagevermögens gegenüber 2018 um 2,164 Mio. € erhöht waren, hat sich das Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit in 2023 mit 3.038 T€ (2022: 2.027 T€, 2021: 2.762 T€, 2020: 2.556 T€) gegenüber den Vorjahren plangemäß leicht erhöht.

Bei der **Überprüfung des Deckungskreises** A610000002 (gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 10 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, 14 „Sonstige laufende Aufwendungen“ und 18 „Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen“ innerhalb des Amtes 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung) wurde keine Überschreitung festgestellt. Bei einem Haushaltsansatz von 2.807 T€ wurden 1.954 T€ verausgabt.

## Produkte des Amtes 62: Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement

### Produkt 1142 Liegenschaften

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.311 | 3.184 | 4.347 | 2.921 | -1.610 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -906 | -1.156 | -1.250 | -963 | 57 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | 405 | 2.028 | 3.097 | 1.958 | -1.553 |
| Finanzergebnis | 0 | 3 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | 405 | 2.031 | 3.097 | 1.958 | -1.553 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **405** | **2.031** | **3.097** | **1.958** | **-1.553** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **288** | **1.944** | **3.007** | **1.741** | **-1.453** |

Der Erwerb und der Verkauf von Grundvermögen, welches insb. für städtische Maßnahmen benötigt wird oder als Tauschfläche für eigenes Grundvermögen geeignet ist, die Vermarktung von Grundvermögen, die pflegliche und wirtschaftliche Verwaltung des sonstigen unbebauten Grundvermögens und die Verwaltung der Miet-/ Pacht- und Erbbaurechtsverträge zählen für das Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement zu den wichtigsten Aufgaben. Die hiermit verbundenen Ziele sind die Förderung der Durchgrünung der Stadt und Freihaltung von klimawirksamen

Freiflächen von Bebauung, die Schaffung von Ruhe- und Rückzugsräumen für Mensch und Tier sowie die Vernetzung der einzelnen Biotope zur Erhaltung einer intakten Tier- und Pflanzenwelt.

Die **Entwicklung im Zeitablauf** wird in der nachfolgenden Tabelle dargestellt.

| (vor ILV) | **2018** (in €) | **2019** (in €) | **2020 (in €)** | **2021 (in €)** | **2022 (in €)** | **2023 (in €)** |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 2.020.874 | 1.494.436 | 2.085.969 | 4.346.710 | 3.183.920 | 1.310.821 |
| Aufwendungen | -987.031 | -1.290.456 | -937.718 | -1.249.588 | -1.156.377 | -905.919 |
| Ergebnis | **1.033.843** | **203.980** | **1.148.250** | **3.097.173** | **2.030.555** | **404.902** |

Der **Eigendeckungsgrad** vor ILV beträgt im Berichtsjahr 144,7 % (2022: 275,4 %, 2021: 347,9 %, 2020: 222,4 %).

Im Haushaltsjahr 2023 liegen die Erträge 1.610 T€ **unter** dem Ansatz. (2022: +3.184 T€, 2021: +2.720 T€, 2020: -123 T€, 2019: -1.818 T€, 2018: -1.231 T€) und setzen sich im Wesentlichen aus den sonstigen laufenden Erträgen zusammen. Im Vergleich zum Haushaltsansatz, der sich in diesem Haushaltsjahr mit 2.921 T€ nach dem für das Haushaltsjahr 2022 (9.902 T€) stark erhöhten Ansatz gegenüber den Vorjahren 2021 (1.627 T€), 2020 (2.209 T€) und 2019 (3.310 T€) wieder eingependelt hat, ergaben sich im Wesentlichen folgende Mindererträge bei den Grundstücksveräußerungen:

- Für die im Haushaltsjahr unter dem Projekt P621033 „Gewerbegrundstücke Industriegebiet A61 B-Plan 257f“ geplante Veräußerung von Rest-Gewerbegrundstücken mit einer Gesamtfläche von ca. 12 Tm² waren 1.562 T€ veranschlagt. Ein potenzieller Investor ist jedoch abgesprungen, es wurden tatsächlich ca. 6 Tm² Gewerbegrundstücke veräußert, der erzielte Ertrag lag bei 311 T€. Die Mindereinnahmen betragen 1.251 T€.
- Im Projekt P621029 „Grunderwerb Metternich“ war für die Veräußerung einer Teilfläche ein Ansatz von 436 T€ eingeplant. Mit einem potenziellen Investor konnte keine Einigung herbeigeführt werden, die Flächen konnten somit nicht vermarktet werden. Die hieraus resultierenden Mindereinnahmen betragen 436 T€.

Die Erträge der **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** (12 T€) liegen 20 T€ unter dem Ansatz (32 T€) und setzen sich durch Mindereinnahmen bei den Erstattungen der Grundbesitzabgaben und Nutzungsentschädigungen zusammen.

Bei der **Überprüfung des Deckungskreises** A620000001 (gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 10 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, 14 „Sonstige laufende Aufwendungen“ und 18 „Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen“ innerhalb des Amtes 62/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement) wurde keine Überschreitung festgestellt. Bei einem Haushaltsansatz von 1.322 T€ wurden 1.092 T€ verausgabt.

## Produkt 5551 Kommunaler Forstbetrieb

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.145 | 1.143 | 1.429 | 798 | 347 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -1.692 | -1.795 | -2.006 | -1.872 | 180 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -547 | -651 | -577 | -1.074 | 527 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -547 | -651 | -577 | -1.074 | 527 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-547** | **-651** | **-577** | **-1.074** | **527** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-621** | **-729** | **-632** | **-1.188** | **567** |

Innerhalb des Amtes für Stadtvermessung und Bodenmanagement führt die Abteilung Kommunaler Forstbetrieb eine naturgemäße nachhaltige Forstwirtschaft unter Berücksichtigung der Erholungs- und Schutzfunktion des Waldes aus. Ferner werden allen Benutzern des Waldes zielgruppenspezifische Angebote unterbreitet.

Der **Eigendeckungsgrad** vor ILV beträgt im Berichtsjahr 67,7 % (2022: 63,7 %, 2021: 71,2 %, 2020: 73,0 %, 2019: 73,6 %, 2018: 87,6 %.

Die **Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstigen Transfererträge** liegen im Ergebnis 205 T€ über dem Ansatz von 44 T€. Dies ist insbesondere auf Zuwendungen i.H.v. 167 T € für klimaangepasstes Waldmanagement und 58 T€ für die Beseitigung der Waldschäden durch Extremwetter sowie eine Spende der Sparkasse i.H.v. 20 T€ zurückzuführen.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** liegen im Ergebnis 192 T€ (2022: 458 T€, 2021: 152 T€, 2020: 440 T€) über dem Ansatz von 674 T€ (2022: 667 T€, 2021: 655 T€, 2020: 638 T€). Dies ist, wie bereits im Vorjahr, im Wesentlichen auf die Erlöse i.H.v. 799 T€ aus dem Holzverkauf sowie insbesondere die Vermarktung des durch den starken Borkenkäferbefall betroffenen Holzes und die hieraus resultierenden Mehrerträge im laufenden Haushaltsjahr zurückzuführen. Ferner ergaben sich Jagdentgelte und Wildbreterlöse 21 T€, Mieterträge (Funkturm etc.) 40 T€ und Einnahmen von Motorsägenschulungen und Ökokontomaßnahmen i.H.v. 6 T€.

Aus der Summe der laufenden Aufwendungen nehmen die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** neben den Ausgaben für Personal (2023: 906 T€, 2022: 1.012 T€, 2021: 984 T€, 2020: 931 T€, 2019: 1.051 T€) mit 602 T€ den zweithöchsten Betrag ein. Der Haushaltsansatz von 702 T€ wird im Haushaltsjahr durch geringere Aufwendungen um 100 T€ unterschritten. Zu den maßgeblichen Aufwendungen zählten Verbrauchsmaterial und Pflanzenlieferungen (2023: 56 T€, 2022: 79 T€, 2021: 130 T€), Fahrzeugunterhaltung (20 T€), Beiträge zu Berufsverbänden und Versicherungen (25 T€), Vergaben an Fremdfirmen zum Fällen und Rücken von Holz; zur Aufforstung und Pflege und für das Räumen von Flächen zur Verkehrssicherung (2023: 384 T€, 2022: 385 T€, 2021: 569 T€).

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Die städtische Forstwirtschaft ist u.a. bedingt durch die sich verändernden klimatischen Verhältnisse nach wie vor problembehafteter als in den vergangenen

Jahren. Der Jahresfehlbetrag liegt mit 621 T€ 39 T€ über den durchschnittlichen Jahresfehlbeträgen der Jahre 2017-2022 i.H.v. 582 T€ (2022: 729 T€, 2021: 632 T€, 2020: 683 T€, 2019: 581 T€, 2018: 244 T€ und 2017: 621 T€) Den erzielten außerordentlichen Erlösen stehen auch weiterhin die einhergehenden Aufwendungen, insbesondere für die Bekämpfung des Borkenkäfers und die Aufforstung von Brachflächen, gegenüber.

## Produkte des Amtes 65: Zentrales Gebäudemanagement

### Produkt 1144 Zentrales Gebäudemanagement

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | In T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 3.631 | 3.937 | 4.860 | 6.406 | -2.775 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -46.711 | -43.533 | -45.403 | -50.406 | 3.695 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -43.080 | -39.596 | -40.543 | -44.000 | 920 |
| Finanzergebnis | -1 | -5 | -10 | -1 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -43.081 | -39.601 | -40.553 | -44.001 | 920 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-43.081** | **-39.601** | **-40.553** | **-44.001** | **920** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-2.662** | **-2.624** | **-2.223** | **-2.229** | **-433** |

Die Hauptaufgabe des Zentralen Gebäudemanagements ist es, die ordnungsgemäße, wirtschaftliche und betriebssichere Bewirtschaftung der bestehenden Gebäude und technischen Anlagen der Stadt Koblenz sicherzustellen. Ziel ist es weiterhin, für die Substanz- und Werterhaltung der Gebäude zu sorgen. Des Weiteren wird als serviceorientierter Dienstleister dafür gesorgt, die gebäudebezogenen Anforderungen von Politik und Bedarfsträgern wirtschaftlich abzuwickeln.

Der Ergebnisvergleich zwischen den Jahren 2018 und 2022 war von größeren Differenzen geprägt, dies hat sich im Haushaltsjahr 2023 fortgesetzt. Im Zuge der Einrichtung des ZGM wurde eine haushalterische Anpassung vorgenommen werden. Seit 2014 erfolgt die Belastung der Fachprodukte durch die interne Leistungsverrechnung (ILV), davor erfolgte eine Verrechnung der jeweiligen Gebäudekostenstelle direkt in die Fachprodukte.

| | **2018** (in €) | **2019** (in €) | **2020** (in €) | **2021** (in €) | **2022** (in €) | **2023** (in €) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 2.990.850 | 4.416.233 | 8.573.348 | 4.860.100 | 3.937.473 | 3.631.342 |
| Aufwendungen | -29.792.921 | -36.113.544 | -43.018.230 | -45.403.054 | -43.533.080 | -46.711.036 |
| Ergebnis | **-26.802.070** | **-31.697.310** | **-34.445.989** | **-40.552.965** | **-39.600.546** | **-43.081.098** |

Der **Eigendeckungsgrad** bei Zugrundelegung des Ergebnisses vor interner Leistungsverrechnung beträgt 7,77 % (2022: 9,04 %, 2021: 10,7 %, 2020: 19,9 %, 2019: 12,2 %, 2018: 10,04%). Nach ILV weist das Produkt eine Unterdeckung von

2.662 T€ (2022: 2.624 T€, 2021: 2.223 T€, 2020: 2.360 T€, 2019: 2.771 T€, 2018: 1.920 T€, 2017: 561 T€) aus.

Bei den **Zuwendungen, allg. Umlagen und sonstigen Transfererträgen**, darunter fallen insb. Zuwendungen des Landes und des Bundes für Gebäudesanierungen, waren 4.989 T€ (2022: 6.293 T€, 2021: 7.355 T€, 2020: 5.131 T€) im Ansatz eingeplant. Im Ergebnis kam es zu einer Reduzierung um 3.368 T€ auf 1.621 T€ (2022: 2.082 T€, 2021: 3.231 T€, 2020: 7.231 T€, 2019: 3.385 T€, 2018: 1.538 T€, 2017: 1.159 T€).

Die **Mindererträge** resultieren im Wesentlichen aus dem Bereich der Landeszuwendungen für Baumaßnahmen.

Bei den folgenden Maßnahmen, u.a. aus dem Kommunalen Investitionsförderprogramm für Schulen (KI 3.0 Kapitel 1 und 2), ergaben sich **Mindererträge** im Verhältnis zum Haushaltsansatz:

- GS Lützel, Brandschutz, Trinkwassersanierung, Barrierefreiheit u. akustische Sanierung (340 T€): Ansatz auf Basis des Förderantrags, der Förderbescheid liegt aufgrund Nachforderungen noch nicht vor.
- GS Metternich-Oberdorf, Brandschutz (100 T€): Maßnahmenverschiebung durch HH-Konsolidierung.
- RS plus Clemens-Brentano-Overberg, Sanierung Abhangdecken (411 T€): Förderbescheid lag erst spät vor.
- GS Neukarthause, Brandschutz, Barrierefreiheit, Amokprävention (15 T€): Im Förderbescheid wurden 55 T€ anstatt der eingeplanten 70 T€ bewilligt.
- GS Rübenach, Brandschutz und Ganztagsschule (70 T€): Fördermittel wurden bereits in HHJ 2022 abgerufen.
- GYM Karthause Brandschutz (70 T€): Fördermittel bereits in HHJ 2022 abgerufen.
- GYM Görres, Brandschutz (65 T€): Fördermittel bereits in HHJ 2022 abgerufen.
- Comenius-Schule, Umbau/Nutzung BBS Wirtschaft (10 T€): Im Förderbescheid wurden 40 T€ anstatt der eingeplanten 50 T€ bewilligt.
- GYM Eichendorff, Brandschutz (30 T€): Fördermittel bereits in HHJ 2022 abgerufen.
- GS Kesselheim, KI 3.0 (250 T€): Maßnahmenverschiebung durch HH-Konsolidierung.
- GYM Görres, KI 3.0 (408 T€): Maßnahmenverschiebung durch HH-Konsolidierung.
- Förderungen Corona-gerechte RLT-Anlagen, diverse Schulen (300 T€): Die Maßnahmen wurden zurückgestellt und nicht umgesetzt.
- KTK, LED-Beleuchtung, hydraulische Heizungsabgleiche in diversen Gebäuden (493 T€): Aufgrund von Verzögerungen im Maßnahmenverlauf und dem hiermit verbundenen Arbeitsaufwand konnten die Mittel nicht geplant vereinnahmt werden.

Wie bereits im vergangenen Haushaltsjahr 2022 konnten aufgrund personeller Engpässe im Kaufmännischen Gebäudemanagement bei einigen Maßnahmen für das HHJ 2023 ursprünglich eingeplante Fördermittel nicht oder nicht in vollem Umfang abgerufen und vereinnahmt werden. Die Mittelabrufe erfolgten und erfolgen in den Haushaltsjahren 2024 und 2025. Um künftig zeitnahe Fördermittelabrufe zu gewährleisten, erfolgte einerseits eine personelle Umorganisation im Kaufmännischen Gebäudemanagement sowie eine personelle Unterstützung durch die Kämmerei. Ab dem laufenden Haushaltsjahr ist hierdurch mit einer Verbesserung der Mittelabrufquote zu rechnen.

Bei den folgenden Maßnahmen ergaben sich aufgrund der personellen Engpässe **Mindererträge** im Verhältnis zum Haushaltsansatz:

- BBS Technik, KI 3.0 (70 T€)
- GS Pfaffendorfer Höhe, KI 3.0 (400 T€)
- GYM Hilda, KI 3.0 (255 T€)
- GYM Max-von-Laue, KI 3.0 (360 T€)

- RS plus Clemens-Brentano-Overberg, KI 3.0 (99 T€)

Es ergaben sich folgende **Mehrerträge**:

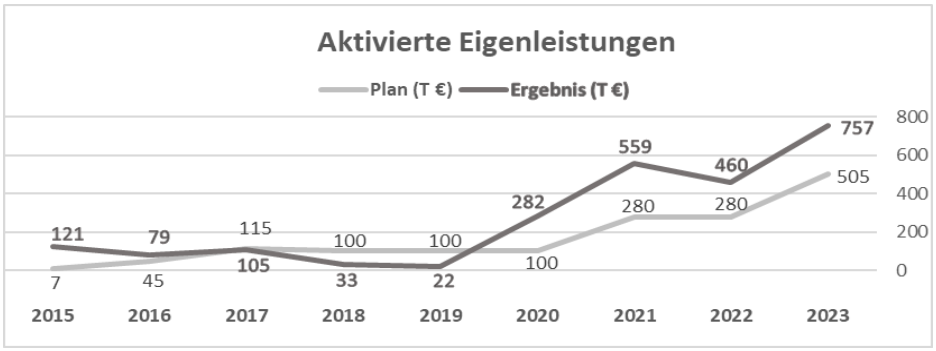
- GS Pfaffendorf, Brandschutz und Barrierefreiheit, (70 T€): Im Förderbescheid wurden 140 T€ anstatt der eingeplanten 70 T€ bewilligt.
- GYM Görres, Sanierung Abhangdecken (179 T€): Im HHJ 2022 nicht rechtzeitig erfolgter Mittelabruf wurde in 2023 nachgeholt.

Bei den **Sonstigen laufenden Erträgen** waren 527 T€ (Aktivierte Eigenleistungen, Versicherungserstattungen) im Ansatz eingeplant. Im Ergebnis ergaben sich **Mehrerträge** (429 T€), die sich im Wesentlichen folgendermaßen zusammensetzen:

- Versicherungserstattungen (104 T€): Insb. Erstattung von Versicherungsleistungen bei den folgenden Gebäuden: Asylbewerberunterkunft Schlachthofstraße (Leitungswasserschaden) 78 T€, Rathaus I (Leitungswasserschaden) 7 T€ und Forum Mittelrhein (Leitungswasserschaden) 2 T€.
- Periodenfremde Erträge, insb. durch Korrekturen (konsumtiv/investiv) (95 T€)

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** ist im Zeitablauf tendenziell eine Steigerung der Erträge erkennbar. Bei einem Ansatz von 505 T€ (2022: 280 T€, 2021: 280 T€, 2020: 100 T€) wurde ein gegenüber den Vorjahren (2022: 460 T€, 2021 559 T€, 2020: 282 T€) gestiegener Ertrag i.H.v. 757 T€ erzielt.

Im Schlussbericht 2018 wurden nach einer negativen Abweichung von -67 T€ vom damaligen Ansatz i.H.v. 100 T€ die Ertragslage beanstandet. Es wurde seitens der Rechnungsprüfung empfohlen, dass die Mitarbeiter durch die Amtsleitung auf eine konsequente Darstellung und Abrechnung der Eigenleistungen hingewiesen werden sollen. Im Zentralen Gebäudemanagement wurde ein Softwaremodul zur Erfassung des Personaleinsatzes im Rahmen der jeweiligen Projekte und Maßnahmen installiert. Den Empfehlungen wurde hierdurch Rechnung getragen, die gegenüber den Vorjahren (2022: 460 T€, 2021: 559 T€, 2020: 281 T€, 2019: 22 T€ und 2018: 33 T€) tendenziell ansteigenden Ergebnisse zeigen entsprechende Wirkungen auf der Ertragsseite. Das Ergebnis des Vorjahres wurde übertroffen, der mit dem Umfang der aktivierten Eigenleistungen korrespondierende Aufwand für Sach- und Dienstleistungen war jedoch auch gegenüber dem Vorjahr (24.143 T€) mit 26.713 T€ um 10,6 % höher.




Bei den **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** waren 30.803 T€ (2022: 26.125 T€, 2021: 26.535 T€, 2020: 25.381 T€) im Ansatz eingeplant. Im Ergebnis kam es zu einer Reduzierung der Aufwendungen um 4.090 T€ auf 26.713 T€ (2022: 24.143 T€, 2021: 28.235 T€, 2020: 27.275 T€, 2019: 20.479 T€, 2018: 15.658 T€, 2017: 15.107 T€).

Ein nicht unerheblicher Teil der **Minderaufwendungen** ist auf Einsparungen durch den Strompreisdeckel 2023 (396 T€) sowie auf Einsparmaßnahmen und den günstigeren Verlauf der Gaspreisentwicklung im Zuge bzw. Nachgang der durch den Ukraine-Krieg bedingten Gaskrise zurückzuführen (392 T€).

Durch die **Haushaltskonsolidierung** wurden einige Baumaßnahmen verschoben und kamen im Haushaltsjahr 2023 nicht oder nicht im ursprünglich vorgesehenen Umfang zur Ausführung. Es kam demzufolge zu entsprechenden **Minderaufwendungen** bei den folgenden Projekten:

- Alte Burg, Sanierung Turmhelm (125 T€)
- Bürgeramt, Umbau Erdgeschoss (728 T€)
- GS Metternich Oberdorf, Brandschutz (425 T€)
- Teichertturm, Ertüchtigung (50 T€)
- GS Kesselheim, KI 3.0 (349 T€)
- Görres-Gymnasium, KI 3.0 (172 T€)

Weiterhin wurden die **Projekteinstiege** sowie die **Umsetzung** folgender Maßnahmen **verschoben** (Z.T. Zukunftsprojekte „Innere Modernisierung“):

- Schängel-Center, Sanierung Fußböden, Türen, Beleuchtung (20 T€).
- Rathaus I, Sanierung Fußböden, Türen, Beleuchtung und Flure (40 T€).
- Rathaus II, Planung/Umbau Cafeteria & WC (17 T€)
- Rathaus II, Sanierung Saal 220 (17 T€)
- GS Freiherr-vom Stein, Abriss Altbau (30 T€)
- RS+ Asterstein, Dachsanierung (50 T€)
- GYM Asterstein, Erneuerung Lüftungsanlagen NaWi-Räume (50 T€)
- Hilda Gymnasium, Toilettenanlage und Energetische Sanierung 2.BA (527 T€)

Es ergaben sich zudem folgende **Minderaufwendungen** gegenüber dem Haushaltsansatz:

- Rathaus I, Umbau Standesamt (226 T€): Ursprünglich für das HHJ 2023 eingeplante Schlussrechnungen wurden erst in 2024 vorgelegt und beglichen.
- Toilettenanlagen Neubau (Ehrenbreitstein, Lützel, Schloss) (90 T€): Die Projekte werden investiv behandelt.
- IGS, Koblenz Sanierung Sportboden (30 T€): Das Projekt wird investiv behandelt.
- GS Wallersheim; Deckensanierung (120 T€): Das Projekt wurde früher abgeschlossen und abgerechnet.
- RS plus Goethe, Sanierung (330 T€): Das Projekt wird nicht weiterverfolgt.
- GYM Eichendorff, Fassadenbegrünung (185 T€): Das Projekt wird erst nach Abschluss der Maßnahme KI 3. Kapitel 2 fortgesetzt.
- Feste Franz, Bestandssicherung, Schuttausräumung Reduit (106 T€): Die ursprünglich für das HHJ 2023 eingeplante Schlussrechnung wurde erst in 2024 vorgelegt und beglichen.
- Kaiserdenkmal Deutsches Eck, Bestandsaufnahme, Kartierung (45 T€): Es wurden nur die Bestandaufnahmen und eine Begutachtung durchgeführt.
- Löwentor, Sanierung Fassade und angrenzende Stützmauer (103 T€): Die Umsetzung wurde in die Jahre 2025/2026 verschoben.
- GYM Hilda, KI 3.0 (276 T€): Der erste Bauabschnitt ist abgeschlossen, der zweite BA wird noch geprüft.
- GS Neuendorf, Prallwand (100 T€): Das Projekt wird investiv behandelt.
- Bischöfliche RS, Sanierung Brandschaden Sporthalle (360 T€): Die Aufwendungen wurden über die Gebäudekostenstelle gebucht.
- KTK, LED-Beleuchtung und hydraulische Heizungsabgleiche in städtischen Gebäuden (2.093 T€): Aufgrund von Verzögerungen im Maßnahmenverlauf und

dem unerwartet hohen Arbeitsaufwand konnten die Mittel nicht wie geplant verausgabt werden.

Demgegenüber stehen zu verzeichnende **Mehraufwendungen** in folgenden Bereichen: Ein Teil der Mehraufwendungen resultiert aus dem Bereich der Unterhaltsreinigung (154 T€), den Kosten für die Unterhaltung der Außenanlagen (154 T€) sowie den Bewirtschaftungskosten der Gebäude (Wartung, Aufzüge etc.) (64 T€). Die Mehraufwendungen für die Unterhaltsreinigung sind insbesondere bedingt durch inflationsbedingte Kostensteigerungen für Reinigungsmaterialien (Desinfektionsmittel u.a.), neu ausgeschriebene Dienstleistungsverträge sowie in die Reinigungszyklen aufgenommenen neuen Objekte.

Im Berichtsjahr ergaben sich gegenüber dem Haushaltsansatz zudem **Mehraufwendungen** bei den folgenden Projekten:

- GS Pfaffendorfer Höhe, KI 3.0 (220 T€): Es wurden erst für das HHJ 2024 eingeplante Bauleistungen bereits erbracht und vergütet.
- GYM Max-von-Laue, KI 3.0 (1.112 T€): Es wurden im Bauablauf erhebliche Brandschutzmängel vorgefunden und beseitigt.
- BBS Technik + Julius Wegeler, KI 3.0 (262 T€): Die Abwicklung der ursprünglich für 2023 eingeplanten Restarbeiten war umfangreicher als vorgesehen.
- BBS Technik, Sporthallennebenräume, Dach u. Fassade, Fußböden (177 T€): Ursprünglich für das HHJ 2022 eingeplante Schlussrechnungen wurden erst in 2023 vorgelegt und beglichen.
- GS Neukarthause, Brandschutzmaßnahme (66 T€): Ursprünglich für das HHJ 2022 eingeplante Schlussrechnungen wurden erst in 2023 vorgelegt und beglichen.
- GS Pfaffendorfer Höhe, Brandschutzmaßnahme (268 T€): Durch Verschiebungen im Bauablauf wurden ursprünglich für das HHJ 2022 vorgesehene Arbeiten erst in 2023 ausgeführt und abgerechnet.
- GYM Eichendorff, Dach- und Fassadensanierung, Minderaufwand Fassade (216 T€): Durch Verschiebungen im Bauablauf wurden ursprünglich für das HHJ 2022 vorgesehene Arbeiten erst in 2023 ausgeführt und abgerechnet.
- RS plus Clemens-Brentano, Sporthallensanierung (26 T€): Eine Machbarkeitsstudie wurde früher als geplant durchgeführt und abgerechnet.
- Carolaturm, Ertüchtigung (82 T€): Ursprünglich für das HHJ 2022 eingeplante Schlussrechnungen wurden erst in 2023 vorgelegt und beglichen.

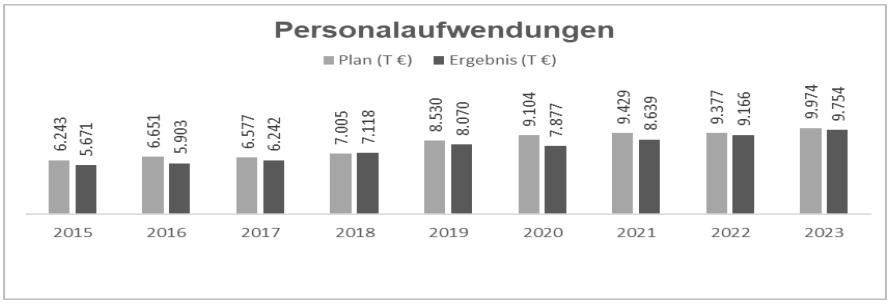
Bei den **Abschreibungen** kam es bei einem Ansatz von 6.422 T€ (2022: 5.904 T€, 2021: 5.378 T€, 2020: 5.385 T€) und einem Ergebnis von 7.029 T€ (2022: 6.573 T€, 2021:6.225 T€, 2020: 5.782 T€) zu Mehraufwendungen i.H.v. 607 T€.

Die Planung der Abschreibungen erfolgt zentral durch die Finanzbuchhaltung und stets auf Grundlage des IST-Ergebnisses des Vorvorjahres. Im Falle der Planung der Abschreibungen für das Haushaltsjahr 2023 basierte die Planung auf dem IST-Stand des Jahres 2021. Hierbei kam es zu Abweichungen, da zum Zeitpunkt der Planung der Abschreibungsansätze 2023 noch nicht absehbar war, welche Maßnahmen im Laufe der Jahre 2022 und 2023 tatsächlich abgerechnet werden konnten. Weiterhin war es im Vorfeld der tatsächlichen Abrechnungen der Maßnahmen noch nicht genau planbar, welche Vermögensgegenstände mit den jeweiligen Nutzungsdauern und Abschreibungen aus diesen Abrechnungen resultieren.

Die **Überprüfung des Deckungskreises** A650000006 (Gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 10 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, 14 „Sonstige laufende Aufwendungen“ und 18 „Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen“) ergab

eine Unterschreitung von 3.950 T€ in der Ergebnisrechnung. Bei einem Haushaltsansatz von 33.267 T€ wurden 29.317 T€ verausgabt.

Die **Personalkosten** im Zeitablauf ergeben folgendes Bild:




Der Ansatz für die Personalkosten wurde in den Jahren 2017 bis 2021 von 6.577 T€ auf 9.429 T€ kontinuierlich erhöht und im Jahr 2022 gegenüber 2021 um 52 T€ reduziert. Für das Haushaltsjahr 2023 waren 9.974 T€ (2022: 9.377 T€) eingeplant. Demgegenüber stehen Aufwendungen von 9.754 T€, welche gegenüber 2022 (9.166 T€) um 588 T€, gegenüber 2021 um 1.115 T€ und 2020 um 1.877 T€ gestiegen sind. Die auch in den Jahren 2015 bis 2017 sowie 2019 bis 2021 festzustellende Differenz zwischen Ansatz und Aufwendungen ist in 2023 (220 T€) gegenüber 2022 (211 T€) konstant geblieben.

Die **Minderaufwendungen** resultieren insbesondere aus unbesetzt gebliebenen Ingenieurstellen im Technischen Gebäudemanagement sowie bei Sachbearbeitungsstellen im Verwaltungsbereich des Kaufmännischen Gebäudemanagements. Der allgemein festzustellende Fachkräftemangel wirkt sich aufgrund der Konkurrenzsituation zu anderen Verwaltungen sowie dem sonstigen Arbeitsmarkt weiterhin negativ aus. Die gegenüber 2020 und 2021 gesunkene Differenz zwischen dem Ansatz und dem Ergebnis für Personalkosten lassen jedoch eine positive Stellenentwicklung ablesen. Die Minderaufwendungen an Vergütungen wirken sich ebenso anteilig auf die in geringerem Umfang auszuzahlenden Arbeitgeberanteile zu den Sozialversicherungen und Zusatzversorgungsbeiträgen aus.

Der **Jahresfehlbetrag** liegt bei 2.662 T€ (2022: 2.624 T€, 2021: 2.223 T€) und somit 433 T€ (2022: 234 T€, 2021: 468 T€) über dem Ansatz von 2.229 T€ (2022: 2.858 T€, 2021: 2.691 T€). Insbesondere bei den Zuwendungen (1.621 T€) ist eine Unterschreitung der Erträge um 3.368 T€ gegenüber dem Ansatz zu verzeichnen. Weiterhin ist festzustellen, dass die Salden aus internen Leistungsbeziehungen (Personalkosten f. Reinigungs- und Hausmeisterdienste, Bau- und Projektleitungen sowie die Erträge aus der Umlage der Gebäude- und Verwaltungskosten Amt "Zentrales Gebäudemanagement" auf die Produkte der Fachämter) mit einem Ergebnis von 40.419 T€ rd. 1.353 T€ unter dem Ansatz von 41.771 T€ liegen. Demgegenüber stehen ergebnisverbessernde Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen i.H.v. 4.090 T€.

**Abschließendes Urteil & Empfehlungen**:

**Personalkosten und -bedarf**

Durch die aus der Differenz zwischen Ansatz und Aufwendungen der Personalkosten abzuleitende Unterbesetzung besteht für das ZGM tendenziell weiterhin die Notwendigkeit, externe Unternehmen mit durch die Verwaltungsmitarbeiter zu erbringenden Leistungen zu beauftragen.
Um diesem Umstand sowie dem allgemein zunehmenden Fachkräftemangel und der fortschreitenden Personalfluktuation aufgrund der Altersstruktur der Mitarbeiter/innen

entgegenzuwirken, sollte die Personalgewinnung sowie insbesondere auch die Personalbindung weiterhin forciert werden.

# ■ ■ Produkte des Amtes 66: Tiefbauamt

## ☐ Produktübergreifende Prüfung

Das Tiefbauamt bewirtschaftet 11 Produkte, deren Abschlussergebnisse zusammengefasst folgenden **Gesamtabschluss** aufweisen:

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **2023** | **2022** | **2021** | **Plan** | **Differenz** |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 16.842 | 19.832 | 18.012 | 16.088 | 754 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -44.650 | -40.984 | -41.259 | -43.643 | -1.007 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -27.807 | -21.152 | -23.247 | -27.556 | -251 |
| Finanzergebnis | 12 | -519 | 14 | -1 | 13 |
| Ordentliches Ergebnis | -27.795 | -21.671 | -23.234 | -27.557 | -238 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-27.795** | **-21.671** | **-23.234** | **-27.557** | **-238** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-28.706** | **-22.198** | **-23.549** | **-28.129** | **-577** |

Der **Eigendeckungsgrad** aller vom Tiefbauamt bewirtschafteten Produkte beträgt vor ILV 38 % (2022: 48 %, 2021: 44 %, 2020: 45 %, 2019: 44 %), ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 10 %. Den geringsten Eindeckungsgrad mit 14 % weist das Produkt 5521 / Gewässerunterhaltung aus.

Der **Zuschussbedarf** ist von geplant 28,1 Mio. € auf 28,7 Mio. € im Ergebnis gestiegen. Ursächlich für diese Entwicklung waren zwar höhere Erträge (750 T€) und zugleich niedrigere Aufwendungen (1,0 Mio. €).

**Entwicklung der Jahresergebnisse**

| | **2019** (€) | **2020** (€) | **2021** (€) | **2022** (€) | **2023** (€) |
|---|---|---|---|---|---|
| Erträge | 18.665.822 | 18.826.897 | 18.011.970 | 19.831.651 | 16.842.338 |
| Aufwendungen | 42.829.708 | 42.194.328 | 41.259.301 | 40.983.580 | 44.649.684 |
| Ergebnis/Verlust | **24.163.886** | **23.367.431** | **23.247.331** | **21.151.929** | **27.807.346** |

Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um rd. 6,7 Mio. € verschlechtert. Bis auf die Produkte 5441 und 5461, sind bei allen anderen niedrigere Erträge im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Insbesondere bei den Produkten 5411, 5421 und 5449, überwiegend bei **Zuwendungen** und **Sonstigen laufenden Erträgen** in Höhe von 3,25 Mio. €. Hierzu haben sich die laufenden Aufwendungen bei allen Produkten, bis auf das Produkt 5521, gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Mio. € erhöht. Insbesondere bei dem Produkt Gemeindestraßen (5411) um 2,3 Mio. €.

Die **Überprüfung des Deckungskreises** A660000003 (gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 10 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, 14 „Sonstige laufende Aufwendungen“ und 18 „Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen“ innerhalb des Amtes 66/Tiefbauamt) ergab eine Überschreitung in Höhe von 921 T€. Bei

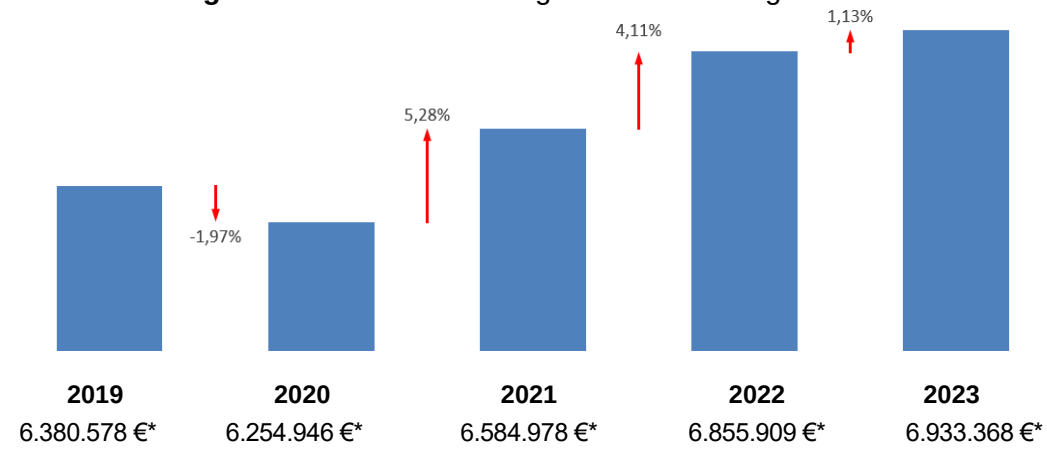
einem Haushaltsansatz von 9,912 Mio. € wurden 10,833 Mio. € verausgabt. Die hierfür notwendige überplanmäßige Mittelbewilligung erfolgte am 10.10.2024 durch einen entsprechenden Rechtsbeschluss.

Bei dem Deckungskreis T5411W0002 (Aufwendungen der Straßenunterhaltung, Konto 525317) wurden bei einem Haushaltsansatz von 11,060 Mio.€ genau 11.681.908 € verausgabt, so dass hier eine Überschreitung in der Ergebnisrechnung von 622 T€ festzustellen ist. Der Stadtrat beschloss die erforderliche Mittelbereitstellung am 10.10.2024.

Einem Planansatz von 15,17 Mio. € (2022: 14,95 Mio. €, 2021: 15,45 Mio. €, 2020: 15,09 Mio. €) an Aufwendungen für **Abschreibungen** stehen 14.91 Mio. € (2022: 14,85 Mio. €, 2021: 14,77 Mio. €, 2020: 14,81 Mio. €) gegenüber.

Für **sonstige laufende Aufwendungen** wurden bei einem Planansatz von 1,02 Mio. € (2022: 863 T€, 2021: 702 T€, 2020: 506 T€, 2019: 504 T€) mit Mehraufwendungen von 568 T€ tatsächlich 1,58 Mio. € (2022: 898 T€, 2021: 504 T€, 2020: 634 T €, 2019: 840 T€) verausgabt. Die Mehraufwendung von 568 T€ beruht überwiegend bei dem Produkt 5411 „Gemeindestraßen“ auf einer Abrechnung von periodenfremden Aufwand für die Rückzahlung von Fördergeldern betreffend das ehemalige Entwicklungsgebiet „Flugfeld Karthause, V. Bauabschnitt.

- **Entwicklung der Personalkosten** ergibt im Zeitlauf folgendes Bild:




*Zeile 9 der Ergebnisrechnung

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen betragen bei einem Planansatz von 7,21 Mio. € rd. 6,93 Mio. €.

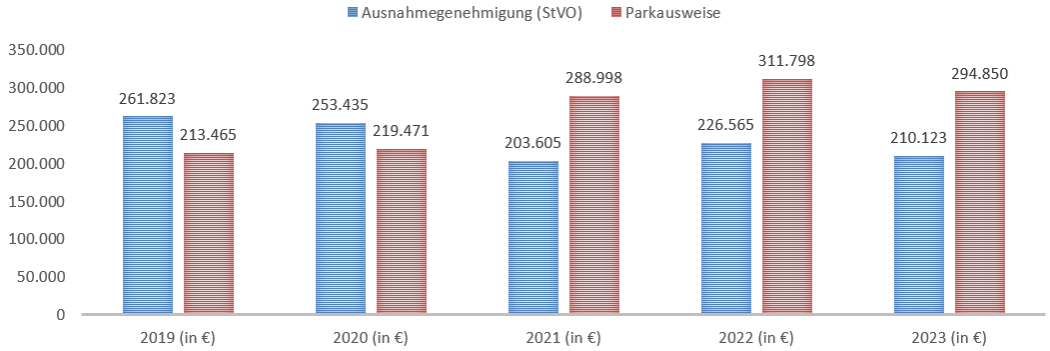
Die **Personalaufwendungen** von 6,32 Mio. € lagen 296 T€ unter dem Planansatz. Die **Versorgungsaufendungen** lagen mit 618 T€ auf dem Niveau des Ansatzes.

Bei einem Planansatz von 20,3 Mio. € (2022: 19,3 Mio. €, 2021: 18,9 Mio. €, 2020: 19 Mio. €) wurden 21,3 Mio. € (2022; 18,5 Mio. €, 2021: 195 Mio. €, 2020: 19.4 Mio. €) an **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verausgabt, wodurch ein Defizit von 976 T€ entstand.

### Entwicklung Verkehrsgenehmigungen und Bewohnerparken

Im Produkt 1233 werden die straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen, Genehmigungen der Straßenverkehrsbehörde abgebildet. Daneben werden auch die Erträge von Bewohnerparkausweisen dargestellt, die das Bürgeramt vereinnahmt.

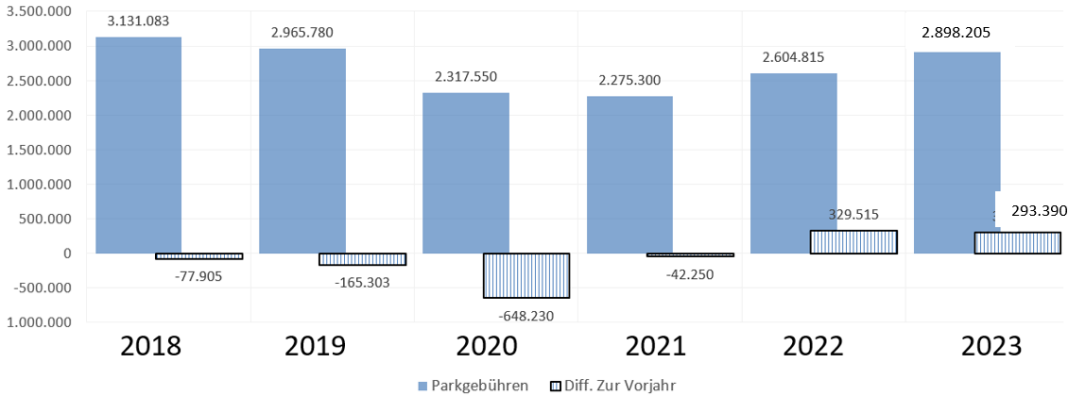
| Öffentlich-rechtl. Leistungsentgelte | **2020** (in €) | **2021** (in €) | **2022** (in €) | **2023** (in €) |
|---|---|---|---|---|
| Ausnahmegenehmigung (StVO) | 253.435 | 203.605 | 226.565 | 210.123 |
| Parkausweise | 219.471 | 288.998 | 311.798 | 294.850 |




Die **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte** betrugen bei einem Planansatz von 471 T€ rd. 505 T€.

- **Entwicklung der Parkgebühren**

Im Produkt 5461 wird die Bereitstellung, Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von Parkuhren, Parkscheinautomaten, Parkleitsystem und anderen Parkeinrichtungen erfasst. Hierzu waren im gesamten Stadtgebiet verteilt 278 Parkscheinautomaten (2022: 257 St.) und 3 Parkuhren (Standort Rizzastr.) auf 23 Parkzonen (2022: 17 Parkzonen) in Betrieb.




Nach dem andauernd jährlichen Rückgang ab 2016 ist zum zweiten Mal eine Steigerung der Parkgebühren gegenüber dem Vorjahr festzustellen (2023 von 293 T€) und der Gebührenstand vor der Corona-Pandemie aus 2019 fast erreicht wurde. Im Berichtsjahr sind die anteiligen Erträge mittels EC-Kartenzahlung mit 544 T€ (2022: 375 T€, 2021: 277 T€, 2020: 254 T€) erneut als eine enorme Steigerung gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Die Münzenzahlung ist ebenfalls zum Gesamtgebührenstand um 102 T€ zum Vorjahr gestiegen.

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen bei den Jahresabschlussergebnissen erläutert.

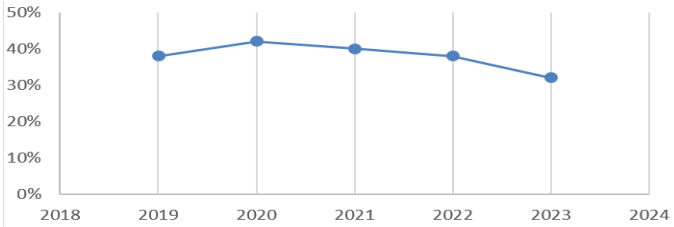
| | |
|---|---|
| Produkt 5411 | Gemeindestraßen |
| Produkt 5421 | Kreisstraßen |
| Produkt 5431 | Landesstraßen |
| Produkt 5441 | Bundesstraßen |

Das zusammengefasste Ergebnis im Straßenwesen, d. h. der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen, ergibt folgendes Bild:

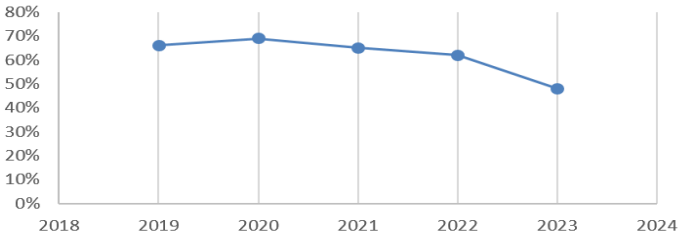
| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 11.310 | 12.368 | 12.890 | 10.916 | 394 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -35.663 | -32.408 | -32.272 | -34.296 | -1.367 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -24.353 | -20.040 | -19.382 | -23.380 | -973 |
| Finanzergebnis | 10 | -1 | 11 | -1 | 11 |
| Ordentliches Ergebnis | -24.342 | -20.041 | -19.371 | -23.381 | -962 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-24.342** | **-20.041** | **-19.371** | **-23.381** | **-962** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-24.705** | **-20.270** | **-19.535** | **-23.611** | **-1.094** |

Die Produkte umfassen die Bereitstellung, Unterhaltung, Instandsetzung und Betrieb von öffentlichen Straßen, Wegen, Plätzen inklusive Straßenmarkierungen, Rad- und Fußwegen, Signalanlagen und Verkehrszeichen.

Der **Eigendeckungsgrad** der 4 Produkte bei Hinzuziehung des Ergebnisses vor ILV beträgt 32 % (2022: 38%, 2021: 40%, 2020: 42 %, 2019: 38 %).




Unter Außerachtlassung der Abschreibungen würde dieser 48 % (2022: 62 %, 2021: 65°%, 2020: 69 %, 2019: 66 %) betragen.




Ab 2020 ist eine stätige Abnahme des Eigendeckungsgrades zu erkennen.

Der **Jahresfehlbetrag** aus der Verwaltungstätigkeit von 24,35 Mio. € wurde gegenüber dem Ansatz um 973 T€ überschritten und erhöht sich um 4,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Wobei zu berücksichtigen ist, dass die Abschreibungsaufwendungen 12,2 Mio. € beinhalten.

Bei einem Planansatz von 17,3 Mio. € (2022: 16,2 Mio. €, 2021: 15,7 Mio. €) wurden 19,1 Mio. € (2022: 16,7 Mio. €, 2021: 16,5 Mio. €) an **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** 1,8 Mio.€ überplanmäßig verausgabt. Dazu trug überwiegend die Rückstellung i.H.v. 955 T€ für die Unterhaltung des Straßenbegleitgrüns durch EB 67 unter dem Konto 5231267000 bei. Im Bereich der Unterhaltung des Straßenbegleitgrüns ist es in 2023 zu Mehraufwendungen durch Flächenzuwachs, gestiegene Baumpflegearbeiten wegen Verkehrssicherungspflicht sowie höheren

Personal- und Maschinenkosten gekommen. Ebenfalls trug das Konto 5253170000 für die Straßenunterhaltung mit 622 T€ zur Überschreitung bei. Diese resultiert im Wesentlichen aus den Mehrkosten für die Beschaffung von weiteren LED-Leuchten für die Straßenbeleuchtung. Leuchtmittel haben eine begrenzte Lebensdauer und müssen in einem regelmäßigen Turnus erneuert werden. Da die bisherigen Leuchtmittel nicht mehr beschafft werden können, muss auf LED umgerüstet werden. Im Rahmen des bestehenden Deckungskreises konnte die überplanmäßige Mittelinanspruchnahme gedeckt werden.

Die **laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit** betragen 11,3 Mio. € und ergeben sich aus **Zuwendungen** von 2,5 Mio. €, **öffentl.-rechtlichen Leistungsentgelten** von 1,6 Mio. €, den **sonstigen laufenden Erträgen** von 7,0 Mio. €, privatrechtliche Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen und Kostenumlagen. Die größte Steigerung mit 535 T€ im Vergleich zum Vorjahr erfahren in dem Produkt 5411 die Zuwendungen. Die größten Rückgänge gegenüber dem Vorjahr verbuchte das Produkt 5421 bei den Zuwendungen mit 947 T€ und das Produkt 5411 unter sonst. laufende Erträge mit 890 T€.

Die Mauteinnahmen im Produkt 5441 für die Bundesstraßenanteile nach dem Bundesstraßenmautgesetz, die in der Baulast der Stadt Koblenz stehen, werden im Konto 414429 geführt. Im Berichtsjahr konnten Erträge von 361 T€ erzielt werden. Hierbei handelt es sich um die Spitzabrechnung für 2022 i.H.v. 182 T€ und einen Abschlagsbetrag für 2023 mit 179 T€. Mit der Jahresspitzabrechnung im Juni 2024 ergibt sich ein Gesamtertrag für 2023 von 361 T€ (2022: 356 T€; 2021: 541 T€, 2020: 388 T€) der in annähernden Höhe wie im Vorjahr liegt. Die negative Entwicklung seit dem Jahr 2022 beziehen sich vermutlich auf die Großbaustellen auf den Bundesstraßen (Brücken) und damit verbundene Umleitungsstrecken um Koblenz herum.

Nachfolgend werden für ausgewählte Produkte die wesentlichen Entwicklungen bei den Jahresabschlussergebnissen erläutert.

| | |
|---|---|
| Produkt 5419 | Ingenieurbauwerke Gemeindestraßen |
| Produkt 5429 | Ingenieurbauwerke Kreisstraßen |
| Produkt 5439 | Ingenieurbauwerke Landesstraßen |
| Produkt 5449 | Ingenieurbauwerke Bundesstraßen |

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.908 | 4.058 | 2.154 | 1.611 | 297 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -6.188 | -5.579 | -6.467 | -6.924 | 736 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -4.281 | -1.521 | -4.313 | -5.313 | 1.032 |
| Finanzergebnis | 2 | -519 | 2 | 0 | 2 |
| Ordentliches Ergebnis | -4.279 | -2.040 | -4.311 | -5.313 | 1.034 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-4.279** | **-2.040** | **-4.311** | **-5.313** | **1.034** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-4.384** | **-2.126** | **-4.387** | **-5.401** | **1.017** |

Die Produkte umfassen die Bereitstellung, Unterhaltung und Betrieb von Konstruktiven Ingenieurbau, wie z.B. Brücken, Unterführungen oder Schilderbrücken samt dem Großprojekt „Ersatzneubau Pfaffendorfer Brücke“.

Der **Eigendeckungsgrad** aller bewirtschafteten Produkte beträgt vor ILV 31 % und erreicht nicht mal die Hälfte gegenüber dem Vorjahr (2022: 73 %, 2021: 33 %, 2020: 27 %, 2019: 33 %). Unter Außerachtlassung der Abschreibungen würde dieser 51 % (2022: 126 %, 2021: 51%, 2020: 40 %, 2019: 44 %) betragen und liegt deutlich unter der Hälfte gegenüber dem Vorjahr.

Der **Jahresfehlbetrag** aus der Verwaltungstätigkeit von 4,38 Mio. € steigt gegenüber dem Vorjahr um 2,3 Mio. €, verbessert sich aber zum Ansatz um 1,0 Mio. €, wobei die Abschreibungsaufwendungen 2,4 Mio. € betragen.

Bei einem Planansatz von 2,3 Mio. € (2022: 2,4 Mio. €; 2021: 2,4 Mio. €) wurden 1,4 Mio. € Mio. € (2022: 932 T€; 2021: 2,2 Mio. €) an **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** verausgabt, wodurch eine Verbesserung von 950 T€ entstand. Die Einsparung im Produkt 5449 von 600 T€ ist auf die Nichtverausgabung der Mittel bei der Sanierung Fußgängerbrücke Moselring zurückzuführen. Diese wurden über die in Jahr 2022 von 1 Mio. auf 3 Mio. angehobene Rückstellung gezahlt. Zudem ist die Korrektur auf nicht vollständig umgesetzte Maßnahmen in 2023 zurückzuführen.

Die **laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit** mit 1,9 Mio. € sind um 2,15 Mio. € gegenüber dem Vorjahr geringer ausgefallen. Diese ergaben sich aus **Zuwendungen** von 1,2 Mio. € und den **sonstigen laufenden Erträgen** von 708 T€ (2022: 2,87 Mio. €). Die Verminderung ist bei dem Produkt 5449 zu verzeichnen.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Der Jahresfehlbetrag der Produkte des Amtes 66/Tiefbauamt hat sich insgesamt gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Mio. erhöht und wurde gegenüber dem Planansatz um 577 T€ verfehlt. Die Überschreitung der verfügbaren Mittel ist wieder mal bei den Produkten der Straßen zu verzeichnen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist gegenüber dem Ansatz ein Defizit von 1,8 Mio. € entstanden. Bei den Produkten der Ingenieurbauwerke ist wiederholt eine Einhaltung des Planansatzes zu verzeichnen.

Erneut positiv hervorzuheben sind die gegenüber den Vorjahren steigenden Erträge der Parkgebühren. Für das Haushaltsjahr 2023 war gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 305 T€ zu verzeichnen.

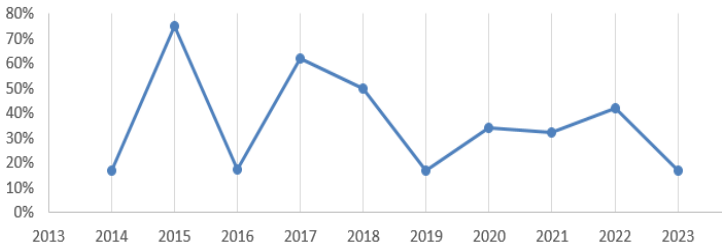
# Produkt des Eigenbetriebes (EB) 67: Grünflächen- und Bestattungswesen

## Produkt 5511 Öffentliches Grün

| | Ergebnisvergleich | | | Soll-Ist-Vergleich | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 2023 | 2022 | 2021 | Plan | Differenz |
| | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ | in T€ |
| **Ergebniskennzahlen** | | | | | |
| Lfd. Ertrag aus Verwaltungstätigkeit | 1.539 | 3.504 | 2.604 | 1.529 | 10 |
| Lfd. Aufwand aus Verwaltungstätigkeit | -8.931 | -8.272 | -8.121 | -11.340 | 2.409 |
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | -7.391 | -4.768 | -5.517 | -9.811 | 2.420 |
| Finanzergebnis | 0 | 0 | -11 | 0 | 0 |
| Ordentliches Ergebnis | -7.391 | -4.768 | -5.528 | -9.811 | 2.420 |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| **Jahresergebnis (vor ILV)** | **-7.391** | **-4.786** | **-5.528** | **-9.811** | **2.420** |
| **Jahresergebnis (nach ILV)** | **-7.391** | **-4.768** | **-5.528** | **-9.811** | **2.420** |

Zu den wesentlichen Aufgaben des Produktes zählen die Planung, Neubau, Pflege und Unterhaltung der städtischen Grün- und Freianlagen. Hinzu kommt die Gestaltung des Stadtbildes mit Wechselflor sowie die Weiterentwicklung und Pflege des städtischen Baumbestandes. Insoweit ist der Eigenbetrieb „Grünflächen und Bestattungswesen“ für die Stadt Koblenz als Dienstleister tätig.

Der **Eigendeckungsgrad** beträgt 17% (2022: 42 %, 2021: 32 %, 2020: 34 %, 2019: 17 %). Über Jahre gesehen, ist eine starke Schwankung zu erkennen, wobei die Unstetigkeit zw. den Jahren 2019 und 2022 abgenommen hat. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von 25 % zu verzeichnen:




Die **Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge** lagen mit einem Ergebnis von 1,10 Mio. € unter dem Ansatz von 1,24 Mio. €.

Hierbei handelt es sich zum einen um die jährliche Zuweisung der ADD für die Unterhaltung der Kriegsgräber auf den städtischen Friedhöfen wie im Vorjahr i.H.v. 88 T€. Die weitaus höhere Summe beinhaltet die Auflösung der Sonderposten i.H.v. 1,0 Mio. €

Bei den Erträgen sind es die **privatrechtlichen Leistungsentgelte**, die mit 350 T€ über dem Planansatz von 290 T€, liegen. Die vereinnahmten Pachtabschläge (u. a. Café Rheinanlagen, Biergarten Deutsches Eck) bei dem Konto 4412 Mieten des EB 67 gebucht wurden, ergaben 271 T€. Weitere Pachteinnahmen resultieren aus dem Betrieb gewerblicher Art (BgA) Parkplätze SGD/BIMA mit 76 T€.

Bei einem Planansatz von 9,8 Mio. € (2022: 9,5 Mio. €, 2021: 8,8 Mio. €, 2020: 9,9 Mio. €, 2019: 8,0 Mio. €) wurden 7,6 Mio. € (2022: 6,9 Mio. €, 2021: 6,6 Mio. €, 2020: 7,8 Mio. €, 2019: 6,2 Mio. €) an „**Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**“ verausgabt. Hier werden hauptsächlich die Erstattungen des Kernhaushaltes an den EB 67 abgebildet und gliedert sich wie folgt:

- Unterhaltung der Park- und Gartenanlagen (Ansatz 4,59 Mio. €, verausgabt 5,02 Mio. €)
- Anteil Grünanlagen auf den städt. Friedhöfen (Ansatz 900 T€, verausgabt 1,26 Mio. €)
- Ingenieurleistungen Eigenbetrieb (Ansatz 1,0 Mio. €, verausgabt 397 T€)
- Leistungen Stadtgärtnerei (Ansatz 210 T€, verausgabt 350 T€)
- Unterhaltung Kriegsgräber (Ansatz 87,7 T€, verausgabt 87,7 T€)

Bis auf die Unterhaltung der Kriegsgräber und Ingenieurleistungen wurden die Ansätze wiederholt überschritten. Für die Park- und Gartenanlagen, Grünanlagen auf Friedhöfen und Leistungen der Stadtgärtnerei entstanden Mehraufwendungen in Höhe von 930 T€, die im Wesentlichen inflationär bedingt begründet wurden. Demgegenüber stehen Minderaufwendungen im Bereich Ingenieurleistungen in Höhe von 603 T€. Begründet wird dies im Wesentlichen durch die aktivierten Eigenleistungen, die sich im aufwandsmindernd auswirkten.

Mehraufwendungen i.H.v. 1 T€ Euro entstanden auch hinsichtlich der Schlussrechnung 2023 (Bildung einer Aufwandsrückstellung) für die Unterhaltung der Park- und Gartenanlagen, der Stadtgärtnerei und dem Anteil an öffentlichen Grünanlagen auf Friedhöfen.

Bei **sonstige laufende Aufwendungen** wurden über den Planansatz von 2.200 € tatsächlich 31,4 T€ für Mieten, Pachten (Stattstrand), Sachanlagen, Sonderposten (Spenden von Bäumen) und Grundsteuer verausgabt.

Die **Überprüfung des Deckungskreises** A670000003 (gegenseitige Deckungsfähigkeit der Zeilen 10 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“, 14 „Sonstige laufende Aufwendungen“ und 18 „Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen“ innerhalb des EB ergab keine Überschreitung. Bei einem Haushaltsansatz von 9,76 Mio. € wurden 7,51 Mio. € verausgabt.

Bei dem Deckungskreis ZT55110002 (Mehrerträge aus Zuwendungen Konto 414429 fließen den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Konto 52322 Aufwendungen Kriegsgräber zu) war keine Überschreitung in der Ergebnisrechnung festzustellen.

**Abschließendes Urteil & Empfehlung:**

Positiv ist festzustellen, dass keine Haushaltsüberschreitung zu verzeichnen ist. Negativ festzustellen ist, das der **Jahresfehlbetrag** mit 7,4 Mio. € wegen gesunkenen Erträgen (2 Mio. € gegenüber Vorjahr) und gestiegenen Aufwand (659 T€ gegenüber Vorjahr) um 2,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert anstieg.

# Kapitel 3

## Prüfung der Zahlungsabwicklung

Die **Prüfung der Zahlungsabwicklung** richtet sich nach § 26 GemHVO RLP auf die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Gemeinde und Eigenbetriebe sowie die Vornahme regelmäßiger und unvermuteter Kassenprüfungen.

Im Berichtsjahr lassen sich folgende Prüfungshandlungen und -ergebnisse anführen:

## ■ ■ Amt 12 – Bürgeramt

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Bürgeramt | 03.04.2023<br>19.09.2023 | Keine Beanstandung |

## ■ ■ Amt 21 – Stadtkasse

Zur Überwachung der Zahlungsabwicklung wurde die Stadtkasse am 23. Mai und 19. Oktober 2023 einer unvermuteten Kassenprüfung durch die Rechnungsprüfung unterzogen. Dabei erfolgte eine **Kassenbestandsaufnahme** hinsichtlich der Finanzmittelkonten und der Finanzmittelbestände. Als weitergehende Prüfung wurden die Bareinzahlungen, abgerechnet über die Quittungsblöcke 16.501 – 16.550 und 16.601 – 16.650, eingesehen und hinsichtlich der vollständigen und korrekten Verbuchung der Beträge überprüft.

Insgesamt ergaben sich **keine Beanstandungen**. Kassensoll- und Kassenistbestand stimmten überein und es resultierten dementsprechend keine Differenzen bezüglich der Barkasse und den Buchungen und Beständen im Mach-System.

Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag (250 Mio. €) aufnehmen, soweit keine anderen Mittel zur Verfügung stehen (§ 105 GemO). Mit diesen Krediten soll lediglich der verzögerte Eingang von Deckungsmitteln überbrückt werden.

Das Kontogegenbuch weist zum Prüfungszeitpunkt - 2. Prüfung am 19. Oktober 2023 - insgesamt **64,9 Mio**. **€** an mittel- und langfristigen Darlehen zur Liquiditätssicherung aus. Davon müssen kurzfristige Festgeldanlagen i.H.v. **10,0 Mio. €** sowie Bestandskonten i.H.v. **0,2 Mio. €** abgesetzt werden, so dass per Saldo ein Betrag i.H.v. **54,7 Mio. €** an kurz- bzw. mittelfristigen Verbindlichkeiten verbleibt. Der Zinssatz für die kurzfristige Festgeldanlage betrug zwischen **0,01 % - 2,75 %**.

Im Arbeitskreis „Derivate“ wurde beschlossen, einen Teil der kurzfristigen Liquiditätskredite über insg. 60 Mio. € in Schuldscheindarlehen mit einer Laufzeit bis zu zehn Jahren umzuwandeln. Der Beschluss war zum Prüfungszeitpunkt 05. Dezember 2022 durch die Aufnahme von drei (ursprünglich fünf) Einzelkrediten umgesetzt. Der Zinssatz variiert je nach Darlehen zwischen **1,54 %** und **1,84 %**. Die Rückzahlung ist je nach Laufzeit zwischen dem **31.12.2021** und dem **31.12.2026** terminiert. Insgesamt wurden Angebote von 16 verschiedenen Banken eingeholt. Aufgrund der guten Liquidität und der damit verbundenen, hohen „Verwahrentgeltzahlungen“ an die Sparkasse Koblenz hat sich die Stadt Koblenz nach einer durch die Kämmerei erfolgten Vergleichsberechnung dazu entschlossen, in 2022 die beiden Darlehen mit der kürzesten Laufzeit gegen eine Vorfälligkeitsentschädigung vorzeitig abzulösen.

Weiterhin werden auf dem Konto 240 die befindlichen Kassenbestände der Eigenbetriebe sowie des Kommunalen Studieninstituts abgebildet Diese Summe belief sich bei der letzten Prüfung auf **25,61 Mio. €**. Die Verzinsung der in Anspruch genommenen Beträge

erfolgt zum Jahresende durch die Stadtkämmerei und errechnet sich aus den gemittelten Zinssätzen und der Höhe des in Anspruch genommenen Betrages.

Durch die in den letzten Jahren so nicht erwartete merkliche Verbesserung der Liquiditätssituation kam es in der Folge teils zu erheblichen Kassenbeständen auf den Girokonten der Stadt. Zur Vermeidung von Negativ- bzw. Strafzinsen bei der Hausbank waren im **Dezember 2023** durch die Kämmerei **38 Mio. €** für die Stadtentwässerung Koblenz und **6,5 Mio. €** für den Koblenzer Entsorgungsbetrieb bei neun verschiedenen Banken festgelegt. Hierbei lag der Zinssatz zwischen **0,06 %** für eine Anlagesumme von **5,0 Mio. €** und **3,87 %** für einen Betrag von **8,0 Mio. €**. Die Laufzeiten dieser Finanzanlagen waren kurz- bis teilweise langfristig und betrugen maximal 48 Monate. Weiterhin hat die Stadt Koblenz sog. „Verwahrentgeltverträge“ mit drei Kreditinstituten abgeschlossen, die im beschränkten Umfang ein zinsfreies Guthaben ermöglichen. Darüber hinaus gehende Guthaben werden mit Negativ- bzw. Strafzinsen belegt.

Aufgrund des weiterhin zu erwartenden hohen Liquiditätszuflusses und der Änderung bei der Einlagensicherung (Wegfall der Einlagensicherung für Kommunen ab dem 01. Oktober 2017) waren im Dezember 2022 **10 Mio. €** als Festgeld angelegt.

> Mithin betrug der Gesamtbetrag an Kassenkrediten zum Prüfungszeitpunkt 19. Oktober 2023 per Saldo **80,3 Mio. €;** er bewegt sich damit im unteren Bereich der Haushaltssatzung. Die gute Position der Stadt Koblenz bei dieser Kennzahl im interkommunalen Vergleich der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte in RLP bleibt unverändert.

Als **Fazit** der Prüfung des Bereiches „Liquiditätsplanung“ bleibt festzustellen, dass

- der in der Haushaltssatzung festgelegte Höchstbetrag an Kassenkrediten zu keinem Zeitpunkt überschritten wurde,
- nahezu täglich eine Anpassung des Kreditrahmens mit Abfrage der aktuellen Konditionen erfolgt,
- die aufgenommene Summe an Kassenkrediten angesichts der Kassenlage plausibel erläutert wurde und
- eine angemessene Verzinsung für die von den Eigenbetrieben im Rahmen der Einheitskasse zur Verfügung gestellten Finanzmitteln erfolgt.

Weiterhin wurden im Bereich der **Vollstreckungsstelle** die Bareinnahmen, die ebenfalls mittels Quittungsblöcken erhoben werden, geprüft. Das interne Kontrollsystem der Stadtkasse sieht vor, dass bei Rückgabe beschriebener und vor Ausgabe neuer Blöcke eine umfassende Kontrolle durch den Abteilungsleiter bzw. den stellvertretenden Abteilungsleiter erfolgt. Hierbei wird die Vollständigkeit der Quittungen sowie die korrekte Ablieferung der Barbeträge an die Kasse geprüft und durch Unterschrift und Dienstsiegel bestätigt.

Die Rechnungsprüfung hat sich bei der Prüfung darauf beschränkt, die Wirksamkeit und Funktionalität sowie die konsequente und lückenlose Umsetzung der Vorgaben des internen Kontrollsystems zu überprüfen. **Hierbei waren keine Beanstandungen zu treffen.**

## ■ ■ Amt 31 – Ordnungsamt

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Ordnungsamt | 16.05.2023<br>31.10.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 31 – Zulassungsstelle

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Ordnungsamt/ Zulassungsstelle | 05.01.2023<br>01.08.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 34 – Bürger- und Standesamt

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Standesamt | 20.03.2023<br>05.09.2023 | Einziehung von 12 Quittungsblöcken durch die Rechnungsprüfung, welche das Fachamt nicht von der Stadtkasse bezogen hat |

## Amt 37 – Amt für Brand- und Katastrophenschutz

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Amt Brand- u. Katastrophenschutz | 27.02.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 42 – Stadtbibliothek

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Stadtbibliothek | 11.01.2023<br>20.07.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 43 – Volkshochschule

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| VHS-Kasse | 13.06.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 44 – Musikschule

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Handvorschuss | 13.06.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 45 – Städtische Museen

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Mittelrhein-Museum | 31.01.2023<br>22.08.2023 | Einziehung von 3 Quittungsblöcken durch die Rechnungsprüfung, welche das Fachamt nicht von der Stadtkasse bezogen hat |
| Ludwig-Museum | 07.03.2023<br>26.10.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 46 – Stadttheater

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Forum Confluentes | 23.01.2023<br>08.08.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 50 – Amt für Jugend, Familie, Senioren u. Soziales

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Jugendbegegnungsstätte Haus Metternich | 07.07.2023<br>13.11.2023 | Einziehung eines Quittungsblockes durch die Rechnungsprüfung, welche das Fachamt nicht von der Stadtkasse bezogen hat<br>Beanstandungen siehe Ausführungen im Kapitel 5 Sonder-, Auftrags- und sonstige Prüfungen/Amt 50 |
| Jugend- und Bürgerzentrum Karthause | 05.07.2023 | Keine Beanstandung |
| Jugendbegegnungsstätte Kurt-Esser-Haus | 01.06.2023<br>07.12.2023 | Keine Beanstandung |

## Amt 52 – Sport- und Bäderamt

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Freibad Oberwerth | 06.06.2023<br>14.09.2023 | Keine Beanstandung |
| Beatusbad | 22.03.2023<br>22.11.2023 | Keine Beanstandung |

## Dezernatsbüro FB 04

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Bauberatungszentrum | 01.06.2023<br>07.12.2023 | Keine Beanstandung |

## Eigenbetriebe

| Zahlstelle | Datum | Ergebnis |
|---|---|---|
| Grünfl. u. Bestattungsw. (EB 67) | 22.03.2023<br>17.10.2023 | Einziehung eines Quittungsblockes durch die Rechnungsprüfung, welche das Fachamt nicht von der Stadtkasse bezogen hat |
| Entsorgungsbetrieb (EB 70) | 05.07.2023<br>17.10.2023 | Keine Beanstandung |
| Problemmüllsammelstelle (EB 70) | 27.02.2023<br>12.10.2023 | Keine Beanstandung |
| Wertstoffhof Niederberg (EB 70) | 05.07.2023<br>17.10.2023 | Storno-Buchungen wurden nicht unter Einhaltung des 4-Augen-Prinzips durchgeführt |
| Forum Confluentes | 23.01.2023<br>08.08.2023 | Keine Beanstandung |

# Kapitel 4

## Prüfung von Vergaben

Die gemäß der Organisationsverfügung übertragene **Prüfung der Vergaben** basiert auf der Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Koblenz.

Im Berichtsjahr wurden der Rechnungsprüfung insgesamt **541 Vergaben** (Vorjahr 529 Vergaben) mit einem **Auftragswert** von **96,74 Mio. €** (Vorjahr 235,2 Mio. €) zur Prüfung und Zustimmung vorgelegt. Die hohe Auftragswertdifferenz zum Vorjahr begründet sich durch die Vergabe der Bauleistungen für die Pfaffendorfer Brücke im Jahr 2022.

Folgende Prüfungshandlungen und -ergebnisse lassen sich für die einzelnen Ämter und Eigenbetriebe im Detail anführen:

## Amt 01 – Büro des Oberbürgermeisters / Zentrale Angelegenheiten / Klimaschutz

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Stadtrat Livestreaming | 34.442 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 2 | Modul Bürgerbeteiligungsplattform | 47.681 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 3 | DGH Kesselheim, Elektroarbeiten | 50.493 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 4 | Erstellung Klimaanpassungskonzept | 100.798 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 5 | Moderation von Steuerungs- und Arbeitsgruppen | 23.800 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 10 – Amt für Personal und Organisation

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Rahmenvertrag Trinkwasseruntersuchung | 32.550 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 2 | Rathaus I, Umbau Standesamt, Elektroinstallation, Nachtrag | 3.330 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 3 | Rathaus I, Umbau Standesamt, Trockenbauarbeiten, Nachtrag | 5.732 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 4 | Alte Burg, Sanierung Dachlaterne und Turmkonstruktion, Gerüstarbeiten | 67.772 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 5 | Umbau Standesamt, Tischlerarbeiten, Nachtrag | 894 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 6 | Fahrradleasing | | Konzes-sion | Konzessions-vergabe |
| 7 | Externe Mitarbeiterberatung | 99.595 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 8 | Umbau Standesamt, Tischlerarbeiten | 5.742 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 9 | Beschaffung Leitstellensoftware WINOWIG | 475.664 | VGV | Verhandlungs-vergabe |
| 10 | Schängel-Center, Austausch gegen LED-Beleuchtung, Ingenieurleistung | 69.425 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 11 | Beratungsleistung Dokumentenmanagementsystem | 45.369 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 12 | 2 Erweiterungslizenzen Allplan, ZGM | 28.708 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 13 | Rathaus I, Standesamt, Wasserschaden, Abbruch | 39.030 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 14 | Rathaus I, Standesamt, Wasserschaden, Demontage HLS | 16.120 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 15 | Umbau Bürgeramt, Rohbauarbeiten | 38.685 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 16 | Umbau Bürgeramt, Trockenbauarbeiten | 62.852 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 17 | Umbau Bürgeramt, Rückbauarbeiten | 61.189 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |

## ■ ■ Amt 20 – Kämmerei und Steueramt

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsart** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Fortschreibung Unternehmensbwertung GKM | 64.141 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Beschaffung Software Schuldenmanagement | 10.396 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## ■ ■ Amt 31 – Ordnungsamt

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsart** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Rückbau Werkstatthalle Schlachthofstraße | 164.942 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 2 | Aufstellung Container Schlachthofstr., Architektenleistungen | 26.588 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 3 | Anmietung Holzhütte zur Flüchtlingsunterbringung | 49.266 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 4 | Containeranlage Niederberger Höhe, Tief- und Rohbauarbeiten | 228.380 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 5 | Niederberger Höhe, Unterbringungs-container, Metallbauarbeiten | 41.869 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 6 | Containeranlage Schlachthofstraße, Rauchschutztüren, Nachtrag | 34.461 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 7 | Niederberger Höhe, Containeranlage, Zaunanlage | 32.051 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 8 | Container Schlachthofstraße, Ingenieurleistungen, Nachtrag | 9.215 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 9 | Container Niederberger Höhe, Ingenieurleistungen, Nachtrag | 9.620 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 10 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstraße, Abbrucharbeiten | 74.831 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 11 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstraße, Rohbauarbeiten | 113.476 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 12 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstraße, Zaunarbeiten | 36.584 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 13 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstraße, Kernbohrungen | 7.817 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 14 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstraße, Elektroarbeiten | 13.051 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 15 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstraße, Blitzschutz | 3.729 | VOB | Freihändige Vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 16 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstr., Entsorgung Heizöl | 9.514 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 17 | Unterbringungscontainer 1 + 2, Schlachthofstr., Entsorgung Heizöl | 46.648 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 18 | Software für Fundbüro | 17.706 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 19 | Verlängerung von bestehenden Leasingverträgen | 2.080 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 20 | Verlängerung von bestehenden Leasingverträgen | 7.970 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 21 | Bestattungen, Rahmenvertrag für 2 Jahre | 86.543 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 22 | Beschaffung Dienstkleidung über Rahmenvertrag | 56.836 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Gemeinschaftsunterkunft Rauental, Sicherheitsdienstleistung | 394.217 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 24 | Fahrzeugbeschaffung | 33.035 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 25 | Fahrzeugbeschaffung | 31.484 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 34 – Bürger- und Standesamt

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Umbau Bürgeramt, Architektenleistungen | 79.576 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Umbau Bürgeramt, Ingenieurleistungen | 83.497 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 37 – Amt für Brand- und Katastrophenschutz

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Feuerwache 3, Elektroinstallation, Nachträge | 49.942 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | Feuerwache 3, Schlosserarbeiten | 66.489 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 3 | Feuerwache 3, Werkstattmöbel | 225.505 | VOB | Offenes Verfahren |
| 4 | Feuerwache 3, Industrieküche | 43.454 | VOB | Offenes Verfahren |
| 5 | Feuerwache 2, Ingenieurleistungen, Nachtrag | 12.977 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 6 | FW 2, PV-Anlage | 211.346 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 7 | Beschaffung von Sirenen, Nachtrag | 304.027 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 8 | Lieferung Außenbordmotoren | 16.156 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 9 | Lieferung Hochwasserboote | 18.163 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 10 | Lieferung Abrollcontainer | 10.823 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 11 | Feuerwehrgerätehäuser, Noteinspeisungen | 57.950 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 12 | Beschaffung von Sirenen, Nachtrag | 263.199 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 13 | Beschaffung Gabelstapler | 65.091 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 14 | Feuerwache 3, Sportgeräte | 78.566 | VGV | Offenes Verfahren |
| 15 | Feuerwache 3, Dämmung | 27.086 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 16 | Beschaffung Kommandowagen | 55.030 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 17 | FwGH Karthause, Notdach | 76.160 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 18 | Personal-Einsatz-Planung-Software | 122.208 | UvgO | Verhandlungs-vergabe |
| 19 | Lieferung Dienst-/Schutzkleidung für Feuerwehr, Einrichtung Online-Shop | 188.401 | VGV | Offenes Verfahren |
| 20 | Beschaffung Mehrzwecktransport-fahrzeug mit Ladehilfe | 263.437 | VGV | Offenes Verfahren |
| 21 | Lieferung einer Atemschutz-Geräte-Prüfstand | 41.380 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 22 | Beschaffung Gelände-Kleinfahrzeug | 29.999 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 23 | Eweiterungsbeschaffung Einweg-Chemikalien-Vollschutzanzügen | 8.014 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 24 | Lieferung einer Endlosleiter | 27.726 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 25 | Beschaffung Kommandowagen mit Pritsche | 64.718 | VGV | Offenes Verfahren |
| 26 | Feuerwache 1, Beschaffung Hilfe-leistungs-Löschgruppenfahrzeug HLS 20 | 721.172 | VGV | Offenes Verfahren |
| 27 | Feuerwache Nord, Beladung Löschwasserrückhaltung u. MZF | 34.487 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 28 | Feuerwache 3, Bubenheim, Erd-Tief-/Galabauarbeiten, Nachtrag | 57.430 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 29 | Feuerwache Nord, Beladung Löschwasserrückhaltung u. MZF | 33.555 | Freih. Vergabe | Freihändige Vergabe |

## ■ ■ Amt 40 – Kultur- und Schulverwaltungsamt

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsart** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Sanierung Brandschaden St. Maternus, Elektroarbeiten | 197.645 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | IGS Koblenz, Reinigungsarbeiten | 27.215 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 3 | BBS-Technik, PV-Anlage, Ingenieurleistungen | 194.802 | VGV | Offenes Verfahren |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 4 | Görres-Gymnasium, Erneuerung Innenbeleuchtung | 56.119 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 5 | GS Lay, Fluchttreppenturm mit Vorhaltung | 53.247 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 6 | GS Lay, Fensterarbeiten Fluchttreppenturm | 20.478 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 7 | Sportstättenentwicklungsplanung | 13.804 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 8 | Sanierung Brandschaden St. Maternus, Gebäudeautomation | 41.798 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 9 | Max-von-Laue-Gymnasium, Stahlbauarbeiten | 54.259 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 10 | GS Pfaffendorfer Höhe, Metallbauarbeiten | 199.960 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 11 | Max-von-Laue-Gymnasium, Fassadenarbeiten | 124.904 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 12 | Freiherr-vom-Stein-Schule, Möblierung | 203.152 | VGV | Offenes Verfahren |
| 13 | Mittagsverpflegung CBORS+ | 183.600 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 14 | Freiherr-vom-Stein-Schule, Kücheneinrichtung | 99.736 | VGV | Offenes Verfahren |
| 15 | GS Arzheim, EDV-Infrastruktur, Ingenieurleistungen LP 5-8 | 29.714 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 16 | GS Kesselheim, Errichtung PV-Anlage, Architektenleistungen | 28.193 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 17 | Hilda-Gymnasium, Errichtung EDV-Infrastruktur, Ingenieurleistungen | 39.369 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 18 | RS+ Karthause, Errichtung EDV-Infrastruktur, Ingenieurleistungen | 52.605 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 19 | Overbergschule, Erdarbeiten - Verfüllungen | 98.253 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 20 | GS Freiherr-vom-Stein, Metallbauarbeiten | 44.731 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 21 | GS Pfaffendorfer Höhe, Fassadenarbeiten | 545.129 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 22 | Servicedienstleistung Schulbuchausleihe | 183.956 | VGV | Offenes Verfahren |
| 23 | RS+ Asterstein Digitalpakt, EDV-Verkabelung | 376.961 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 24 | GS Moselweiß, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 29.025 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 25 | GS Wallersheim, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 25.775 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 26 | GS Arzheim, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 25.338 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 27 | SPH GS Güls, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 25.799 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 28 | Hilda-Gymnasium, Lüftung, Nachtr. | 81.444 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 29 | Gymnasium Max-von-Laue, Abbruch Wandputz | 42.347 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 30 | GS Freiherr-vom-Stein, Tragwerksplanung | 145.232 | HOAI | Freihändige Vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 31 | Verlängerung SDUI-Lizenzen (3 Jahre) | 121.397 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 32 | Mittagsverpflegung IGS | 40.320 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 33 | GS Horchheim, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 29.118 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 34 | SPH Horchheim, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 26.893 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 35 | SPH Rübenach, Austausch LED-Beleuchtung, Ingenieurleistungen | 29.470 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 36 | Betreuende Grundschule (3 Jahre plus Option 1 Jahr) | 866.528 | VGV | Offenes Verfahren |
| 37 | GS Pfaffendorfer Höhe, Brandschutz-sanierung Elektroarbeiten, Nachtrag | 29.750 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 38 | IGS, Digitalpakt , Elektroarbeiten, Nachtrag | 39.952 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 39 | BBS Technik, HLS, Nachtrag | 38.723 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 40 | GS Pfaffendorfer Höhe, KI 3.0, Natursteinarbeiten | 52.779 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 41 | BBST, Erweiterung SkillsLab Pflegeausbildung | 95.360 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 42 | Görres-Gymnasium, Möbel aus- und einräumen | 47.438 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 43 | Freiherr-vom-Stein Schule, Schlosserarbeiten, Nachtrag | 37.924 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 44 | Freiherr-vom-Stein, Erd- und Rohbauarbeiten, Nachtrag | 31.996 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 45 | GS Immendorf, Digitalpakt, Elektroinstallationsarbeiten | 39.432 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 46 | GS Arzheim, Digitalpakt, Elektroinstallationsarbeiten | 116.473 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 47 | GS Pfaffendorfer Höhe, Ingenieurleistungen, Nachtrag | 40.108 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 48 | Max-von-Laue Gymnasium, KI 3.0, Trockenbauarbeiten, Nachtrag | 46.243 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 49 | GS Schenkendorf, PV-Anlage | 98.420 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 50 | CBS, Sanierung Abhangdecke, Planungsleistungen | 170.125 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 51 | Hilda-Gymnasium, Elektroinstallation, Nachtrag | 154.683 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 52 | KTK GS Neukarthause, LED-Beleuchtung | 29.512 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 53 | GS Arzheim, Planung PV-Anlage | 35.832 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 54 | Görres-Gymnasium, Trockenbauarbeiten, Abhangdecken | 42.840 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 55 | GS Lützel, Rohbauarbeiten Container | 48.899 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 56 | GS Metternich-Oberdorf, Brandschutz, Barrierefreiheit, WC-San., KTK, Ingenieurleistungen | 408.086 | VGV | Offenes Verfahren |
| 57 | BBS Technik, KI 3.0, Trockenbauarbeiten, Nachtrag | 2.563 | VOB | Freihändige Vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 58 | Görres-Gymnasium, Trockenbauarbeiten | 24.144 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 59 | Görres-Gymnasium, Dachabbruch-Dachabdichtungsarbeiten | 44.537 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 60 | Görres-Gymnasium KI 3.0-2, Vorhangfassaden, Aluminiumfenster | 746.321 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 61 | GS Ehrenbreitstein, 2. Rettungsweg, Gerüstarbeiten | 38.0001 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 62 | GS Pfaffendorfer Höhe, Anpassung Architektenhonorar | 73.968 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 63 | Görres-Gymnasium, Abbruch- und Rohbauarbeiten | 137.631 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 64 | GS Pfaffendorfer Höhe KI 3.0 Kap. 2, Maler- und Verputzarbeiten | 84.857 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 65 | GS Rübenach, Mittagsverpflegung, Vertragsverlängerung | 26.100 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 66 | IGS Pollenfeld, Umsetzung Mietcontainer | 35.700 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 67 | Max-von-Laue-Gymnasium, Stahlbauarbeiten, Nachtrag | 33.289 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 68 | GS Am Löwentor, Austausch LED-Beleuchtung | 73.101 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 69 | Neubau Betriebshof EB 67, Heizungsinstallation, Nachtrag | 34.741 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 70 | GS Freiherr-vom-Stein, Lüftungsinstallation, Nachtrag | 139.334 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 71 | Gymnasium Hilda, Reinigungsarbeiten | 28.443 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 72 | Gymnasium Hilda, Putzfräsarbeiten | 40.948 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 73 | Max-von-Laue, Trockenbauarbeiten | 149.738 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 74 | GS Pfaffendorfer Höhe, Fassadenarbeiten, Nachtrag | 36.556 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 75 | Musikschule, Austausch gegen LED-Beleuchtung, Ingenieurleistung | 48.533 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 76 | Hilda-Gymnasium, Digitalpakt, EDV-Verkabelungsinfrastruktur | 332.716 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 77 | Beschaffung NUCs für Koblenzer Schulen | 48.289 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 78 | WLAN-Ausstattung Schulen | 30.369 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 79 | Neubau Freiherr-vom-Stein-Schule, Bauendreinigung | 34.376 | VOB | Offenes Verfahren |
| 80 | Max-von-Laue-Gymnasium, Gerüstarbeiten, Nachtrag | 15.946 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 81 | Mittagsverpflegung GTS, Vertragsanpassung/-verlängerung | 903.263 | EU | Offenes Verfahren |
| 82 | Görres-Gymnasium, Abhangdecken, Ersatzauftrag | 62.217 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 83 | Freiherr-vom-Stein, Schreinerarbeiten, Nachtrag | 18.754 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 84 | RS+ Karthause, PV-Anlage, Feinplanung | 26.299 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 85 | RS+ Karthause, EDV-Verkabelungsinfrastruktur | 427.633 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 86 | Max-von-Laue Gymnasium, KI 3.0, Lüftungsinstallation, Nachtrag | 81.741 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 87 | GS Pfaffendorfer Höhe, KI 3.0 Kap. 2, Betonsanierung | 43.863 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 88 | GS Immendorf, Errichtung PV-Anlage | 71.418 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 89 | GS Pfaffendorfer Höhe, KI 3.0 Kap. 2, Trockenbauarbeiten | 24.234 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 90 | Eichendorff Gymnasium, Architektenleistungen | 580.191 | VGV | Verhandlungs-vergabe |
| 91 | Fahrzeug Peugeot Boxer, Jugendverkehrsschule | 28.280 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 92 | Gymnasium Karthause, EDV-Verkabelung | 409.213 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 93 | GS Pfaffendorfer Höhe, Treppenlifte | 71.145 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 94 | GS Pestalozzi, Brandschaden, De-montage-, Reinigungs-/Malerarbeiten | 140.712 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 95 | SPH GS Immendorf, Dachsanierung, Architektenleistungen LP 5-8 | 19.090 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 96 | GS Pfaffendorfer Höhe, Metallbauarbeiten, Nachtrag | 14.486 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 97 | Schülerbeförderung Schulschwimmunterricht | 53.424 | VGV | Offenes Verfahren |
| 98 | GS Pestalozzi, Brandschaden, Inhaltssanierung | 174.095 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 99 | SPH GS Kesselheim, Ingenieur-leistungen LED-Beleuchtung | 29.707 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 100 | Portal Weißer Gasse, Restaurierungsarbeiten | 39.248 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 101 | GS Pestalozzi, Brand, Schülerersatzverkehr | 28.890 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 102 | GS Pfaffendorfer Höhe, Fassadenarbeiten, Nachtrag | 1.215 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 103 | BBS Technik, Sanierung Dach/Fassade Heizungsinstallation, Nachtrag | 17.612 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 104 | GS Pestalozzi, Brand, Ersatzbeschaffung Schulbücher Klassen 1-3 | 15.642 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 105 | GS Pestalozzi, Brand, Ersatz-beschaffung Schulbücher Klasse 4 | 3.060 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 106 | IGS Koblenz, Planung PV-Anlage, Ingenieurleistungen | 64.776 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 107 | IGS Koblenz, Beschaffung Medienbuddys | 51.884 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 108 | FÖS Bienhorntal, Beschaffung Bus | 32.854 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 109 | Fechthalle, Architekten- und Ingenieurleistungen | 102.416 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 110 | Max-von-Laue Gymnasium, Elektroinstallation, Nachtrag | 75.701 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 111 | GS Am Löwentor, Austausch LED-Beleuchtung, Nachtrag | 7.541 | VOB | Freihändige Vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 112 | GS Lützel, Kaufcontainer, 2. BA | 25.875 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 113 | Görres Gymnasium, Brandschutz-sanierung, Trockenbauarb., Nachtr. | 47.795 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 114 | GS Pfaffendorf, Austausch LED-Beleuchtung | 56.098 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 115 | Max-von-Laue Gymnasium, Fenster- und Sonnenschutzarbeiten | 9.019 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 116 | GS Pfaffendorfer Höhe, Metallbauarbeiten, Nachtrag | 5.486 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 117 | GS Kesselheim, KTK LED-Sanierung, Architektenleistungen | 24.414 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 118 | Görres Gymnasium, Malerarbeiten | 58.945 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 119 | Kaufcontainer Schulen | 396.335 | VGV | Offenes Verfahren |
| 120 | Max-von-Laue-Gymnasium, Digital-pakt, Elektroarbeiten, Lose 1,2, Nachtr. | 25.934 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 121 | Sportzentrum Karthause SPH, Ingenieurleistungen TGA | 25.355 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 122 | Görres-Gymnasium KI 3.0-2, Gerüstarbeiten | 63.780 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 123 | Grundschule Freiherr-vom-Stein, Landschaftsbauarbeiten | 1.676.060 | VOB | Offenes Verfahren |
| 124 | Atrium GS Neukarthause, Landschaftsbauarbeiten | 151.145 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 125 | Grundschule Freiherr-vom-Stein, Landschaftsbauarbeiten, Nachtrag | 23.999 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 126 | Multifunktionsfeld GS Am Löwentor, Landschaft- und Sportstädtebau | 225.793 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 127 | Schulhofsanierung Grundschule Horchheim, Nachtrag | 45.343 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 128 | Schulhofsanierung Grundschule Horchheim, Nachtrag | 3.118 | VOB | Freihändige Vergabe |

## Amt 42 – Stadtbibliothek

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Beschaffung Bücher, Rabattabfrage | 10 % Rabatt | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Reinigung und Restaurierung Brentano-Geschenke und Bände DGF | 13.864 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 3 | Stadtbibliothek, Ersatzbeschaffung RFID-Gates | 10.453 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 4 | Stadtbibliothek, Ersatzbeschaffung RFID-Nutzerausweise | 12.000 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 45 – Städtische Museen

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Mutter-Beethoven-Haus, EMA | 18.680 | VOB | Freihändige Vergabe |

## Amt 46 – Stadttheater

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Sanierung Stadttheater, Architekten- und Ingenieurleistungen, Nachtrag Anpassung anrechenbare Kosten | 1.074.263 | VGV | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Sanierung Stadttheater, Architekten- und Ingenieurleistungen, Nachtrag 3-D Modell und Brandschutz | 123.488 | VGV | Verhandlungs-vergabe |
| 3 | Stadttheater, Nixon, Licht, CGM-Arena | 49.956 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 4 | Stadttheater, Nixon, Ton, CGM-Arena | 50.349 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 5 | Stadttheater, Nixon, Video, CGM-Arena | 30.478 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 6 | Stadttheater, Beschaffung Scheinwerfer Probebühnen | 24.307 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 7 | Stadttheater, Sanierung Theaterbetriebs-technik und Betriebsgebäude, Nachtrag Planung Wärmepumpe | 306.416 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 8 | Sanierung Stadttheater, Prüfstatik | 55.958 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 9 | Stadttheater, Einlass-Kontrolle und Servicepersonal | 235.572 | UVgO | Offenes Verfahren |
| 10 | Sanierung Stadttheater, Tiefbauarbeiten Interimsspielstätte | 195.042 | EU | Offenes Verfahren |
| 11 | Sanierung Stadttheater, Veranstalt-ungstechnik Interimsspielstätte | 1.473.359 | EU | Offenes Verfahren |
| 12 | Rhein-Mosel-Halle, Steuerungs-PC Lüftung | 34.921 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 13 | Stadttheater, Erneuerung Bühnenboden Probebühne 2 | 29.843 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 14 | Stadttheater, Interimsspielstätte, Zeltanlage | 859.083 | VGV | Offenes Verfahren |
| 15 | Stadttheater, Interimsspielstätte, Innenausbau | 451.781 | VGV | Offenes Verfahren |
| 16 | Stadttheater, Interimsspielstätte, Mobile elektrische Anlage | 130.137 | VGV | Offenes Verfahren |
| 17 | Stadttheater, Interimsspielstätte, Containeranlage | 374.607 | VGV | Offenes Verfahren |
| 18 | Stadttheater, Sanierung Theater-betriebstechnik und Betriebsgebäude, Nachtrag Planungsänderung | 107.496 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 47 – Stadtarchiv

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Umsetzung in Forum Confluentes, Architektenleistungen | 87.245 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Umsetzung in Forum Confluentes, Stadtarchiv, Ingenieurleistungen | 48.870 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 50 – Amt für Jugend, Familie, Senioren u. Soziales

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Kita Horchheimer Höhe, Heizung, Nachtrag | 11.366 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | Kita Horchheimer Höhe, Zimmerarbeiten | 106.994 | EU | Nichtoffenes Verfahren |
| 3 | Kita Horchheim, Lose Möbel | 71.724 | VGV | Offenes Verfahren |
| 4 | Kita Goldgrube, Aufzug | 70.916 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 5 | Kita Horchheim, Küchenmöbel | 71.341 | VGV | Offenes Verfahren |
| 6 | Kita Goldgrube, Rohbauarbeiten | 2.138.050 | VOB | Offenes Verfahren |
| 7 | Kita Goldgrube, Elektroinstallation | 1.027.133 | VOB | Offenes Verfahren |
| 8 | Kita Am Löwentor, PV-Anlage | 77.853 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 9 | Neubau Jugendtreff Neuendorf, Ingenieurleistungen | 290.261 | VGV | Offenes Verfahren |
| 10 | Lieferung und Montage von Spielgeräten | 175.602 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 11 | Neubau Kita Horchheim, Erd- Tief- sowie Galabauarbeiten | 792.272 | VOB | Offenes Verfahren |

## Amt 52 – Sport- und Bäderamt

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | TSV Lay, Dachsanierung, PV-Anlage | 30.154 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | TSV Lay, Dachsanierung, Dachdeckerarbeiten | 49.424 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 3 | TSV Lay, Dachsanierung, Trockenbauarb. | 37.294 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 4 | Sportplätze, Erneuerung Flutlichtanlagen LED | 150.060 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 5 | Stadion Oberwerth, Containeranlage, Ingenieurleistungen | 21.910 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 6 | Freibad Oberwerth, Sprungturmanlage, Nachtrag | 4.390 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 7 | Freibad Oberwerth, Sprungturmanlage, Nachtrag | 6.469 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 8 | Stadion Oberwerth, Neubau Beschallungsanlage | 128.353 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 9 | CGM-Arena, Erneuerung Alarmierungs-/ Beschallungsanlage, Ingenieurleistung | 48.932 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 10 | Freibad Oberwerth, Sprungturmanlage, Nachtrag | 3.429 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 11 | CGM-Arena, Austausch Heizkessel 2, Nachtrag | 99.247 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 12 | CGM-Arena, Austausch Heizkessel 2, Nachtrag | 19.041 | VOB | Freihändige Vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 13 | CGM-Arena, Austausch Heizkessel 2, Nachtrag | 2.701 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 14 | Sporthalle Horchheim, Sanierung Sporthallenboden wg. Wasserschaden | 207.883 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 15 | Vereinsgebäude VSG Schartwiesenweg, Dachdeckerarbeiten | 27.183 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 16 | Stadion Oberwerth, Container Rollschuhbahn | 45.475 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 17 | Anschaffung Böschungsmäher | 24.633 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 18 | Lieferung von Rasensamen und Rasendünger | 65.010 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 19 | Kunststoffbahnreiniger (Höber KBR) | 53.000 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 20 | Anschaffung von 2 Beregnern zur Bewässerung von Naturrasenflächen | 11.900 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 21 | Sportplatz Oberwehrt, Baggerarbeiten nach Kampfmittelsondierung | 11.393 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 22 | Sportanlagenunterhaltung im Station, Ersatzbeschaffung LKW (Doppelkabiner) | 80.908 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Sportanlagenunterhaltung, Beschaffung Unkrautbeseitigungsgerät | 15.851 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Beschränkte Ausschreibung | 209.012 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 24 | Bezirkssportanlage Schmitzers-Wiese, Architekturleistungen | 78.843 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 61 – Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsar** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Fort Asterstein, Freistellungs- und Erdarbeiten | 56.484 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 2 | Klimaschutzteilkonzept Gewerbegebiet Wallersheimer Weg | 56.435 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 3 | Feste Kaiser Franz, Freistellungs-, Erd- und Sicherungsarbeiten | 232.366 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 4 | Planung B-Plan 65a Rauental Bahnhaltepunkt VWZ II | 28.445 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 5 | Fort Asterstein, Torhaus, Rohbauarbeiten | 265.104 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 6 | Fort Asterstein, Architekten- und Ingenieurleistungen | 3.381.637 | VGV | Offenes Verfahren |
| 7 | Stadtdorf Güls, Ingenieurleistungen | 40.907 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 8 | Stadtdorf Güls, Ingenieurleist., Nachtr. Anpassung anrechenbare Kosten | 100.190 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 9 | Feste Kaiser Franz, Putzsicherungsarbeiten | 50.230 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 10 | Feste Kaiser Franz, Freistellungs-, Erd- und Sicherungsarbeiten, Nachtrag | 41.129 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 11 | Quartiersplatz St. Peter, Planungsleistungen Freianlagen | 50.666 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 12 | Löwentor, Dachabdichtungsarbeiten | 37.305 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 13 | Löwentor, Schreinerarbeiten | 31.952 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 14 | Feste Kaiser Franz, Freistellungs-, Erd- und Sicherungsarbeiten, Nachtrag | 20.245 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 15 | Feste Kaiser Franz, Zimmererarbeiten KPM III | 27.271 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 16 | Löwentor, Metallrestaurierung | 46.660 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 17 | Feste Franz, Schuttberäumung, Nachtrag | 35.650 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 18 | Fort Asterstein, Torhaus, Elektroinstallationen | 61.327 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 19 | Rad-/Fußverkehrsbrücke Rauental-Goldgrube, Baugrunduntersuchung und Beratungsleistung, Nachtrag | 140.326 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 20 | Grünzug zw. Wallersheimer Weg u. Plankenweg, Bauüberwachung | 26.833 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 21 | Notsicherungen im Reduit, Objektplanung Ingenieurbauwerke, Nachtrag | 28.033 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 22 | Rad-/Fußverkehrsbrücke Rauental-Goldgrube, Chem. Untersuchungen, Nachtr. | 1.542 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Zukunft Stadtgrün Lützel Uferpark, Rodungsarbeiten | 58.515 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 24 | Festungsstadt Koblenz, Festungspark Kaiser Franz, Elektroplanung | 33.548 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 25 | Ausbau Wallersheimer Weg, Straßenbau Nachtrag | 41.135 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 26 | Ausbau der Behringstraße, Objektplanung Nachtrag | 25.446 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 27 | Grünzug 4.BA Fußweg zw. Wallersheimer Weg, Landschaftsbauarbeiten | 54.381 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 28 | Festungsstadt Koblenz, Festungspark Kaiser Franz, Tiefbau- und Asphaltarbeiten | 135.126 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 29 | Rauental Moselbogen Pastor-Klein-Str. / Peter-Klöckner-Str., Straßenbau | 3.047.784 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 30 | Rauental Moselbogen Pastor-Klein-Str. / Peter-Klöckner-Str., Kampfmittelsondierung | 111.491 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 31 | Wallersheimer Weg, Bepflanzung | 8.232 | | Freihändige Vergabe |
| 32 | Neugestalltung der Südallee, Planungsleistung | 95.174 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 33 | Grüner Boulevard Neuendorf, Planungsleistung | 96.673 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 34 | Neugestaltung der Südallee, Tiefbauarbeiten | 12.771.202 | VOB | Offenes Verfahren |
| 35 | Ausbau Fritz-Zimmer-Str. Fritz-Michel-Str., Tiefbauarbeiten | 1.057.157 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 36 | Festungsstadt Koblenz, Festungspark Kaiser Franz, Ergänzungsbau Planung | 28.122 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## Amt 62 – Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Am Eschbach, Erneuerung Wasserdurchlass | 228.835 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 2 | Frühjahrsbefliegung | 41.412 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 3 | Waldspielplatz Remstecken, Spielgerät | 59.044 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |

## Amt 65 – Zentrales Gebäudemanagement

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Rahmenvertrag Malerarbeiten, Lose 1 und 2 | 113.577 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 2 | Rahmenvertrag Malerarbeiten, Lose 3 und 4 | 152.695 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 3 | Rahmenvertrag Bodenbelagsarbeiten, Lose 1 und 2 | 67.065 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 4 | Rahmenvertrag Bodenbelagsarbeiten, Lose 3 und 4 | 94.011 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 5 | KTK Einzelraumregelung TV Grundschulen | 431.613 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 6 | Umzugsleistungen an städtischen Objekten | 87.010 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 7 | Sicherheitsdienstleistungen | 149.149 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 8 | Hausmeisterdienste | 106.470 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 9 | Schließ- und Pfortendienste | 117.361 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 10 | KTK Einzelraumregelung städtischer Gebäude | 1.230.979 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 11 | Haus Metternich, Austausch RLT-Anlage, Ingenieurleistungen | 87.059 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 12 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Lose 1, 5, 10, 12 und 13 | 754.491 | VGV | Offenes Verfahren |
| 13 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Lose 2, 7, 9, 11 und 14 | 1.470.246 | VGV | Offenes Verfahren |
| 14 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Lose 3, 4, 8, 24 und 25 | 613.647 | VGV | Offenes Verfahren |
| 15 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Los 6 | 63.443 | VGV | Offenes Verfahren |
| 16 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Lose 15 und 23 | 400.110 | VGV | Offenes Verfahren |
| 17 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Lose 17, 19 und 20 | 526.621 | VGV | Offenes Verfahren |
| 18 | Glas-/Gebäudereinigung städtischer Gebäude, Lose 16, 18, 21, 22 und 23 | 685.912 | VGV | Offenes Verfahren |
| 19 | Verwaltungsgebäude, Schließdienste | 86.786 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 20 | Winterdienst, Lose 1, 2, 3, 6, 7, 8, 9, 10, 11 | 201.979 | VGV | Offenes Verfahren |
| 21 | Winterdienst, Lose 4 und 5 | 84.195 | VGV | Offenes Verfahren |
| 22 | Rahmenvertrag Trockenbau | 174.632 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |

## Amt 66 – Tiefbauamt

| Nr. | **Vergabe** | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Fahrradparkhaus, Elektroinstallation, Nachtrag | 28.303 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | Fahrradparkhaus, Buchungssystem | 41.174 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 3 | Kreisverkehrsplatz Kurt-Schumacher-Brücke, Erweiterung Bodengutachten | 12.051 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 4 | Fahrradparkhaus, Lieferung Schließfächer und Fahrradboxen | 109.870 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 5 | Ersatzneubau Pfaffendorfer Brücke, Lieferung von Beleuchtungsmasten | 92.132 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 6 | Instandsetzung Deckschicht und Brückenabschlüsse Trierer Straße N 56 | 60.963 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 7 | August-Horch-Straße 2. BA, Los 1 Tiefbauarbeiten, Nachtrag | 29.527 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 8 | KFZ-Einstellebene, Erneuerung Leuchtmittel Sicherheitslichtanlage | 26.209 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 9 | Querungsstelle Arzheim, Straßenbauarbeiten | 88.864 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 10 | Weindorf, Lieferung, Montage und Wartung Hublift | 32.509 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 11 | Brückenbauwerk Beckenkampstraße, Ergänzende Baugrunderkundung | 21.072 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 12 | Offenlegung Bubenheimer Bach, Planung | 24.523 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 13 | Europabrücke FR Nord, Nachtrag | 23.892 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 14 | Pfaffendorfer Brücke, Beweissicherung u. Monitoring, Nachtrag | 73.213 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 15 | Rad-/Fußverkehrsbrücke Rauental-Goldgrube, Baugrunduntersuchung und Beratungsleistung, Nachtrag | 140.326 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 16 | Vollausbau Schartwiesenweg, Ingenieurleistungen | 52.674 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 17 | Erneuerung Taubenabwehranlage W46, Lieferleistung | 29.198 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 18 | Ersatzneubau Pfaffendorfer Brücke, Fertigungsüberwachung Stahlbau | 169.585 | VGV | Offenes Verfahren |
| 19 | Einrichtung Inklinometermessstellen | 298.190 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 20 | Neubau Aufzugsanlage Emser Str. Pfaff. Brücke | 561.971 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 21 | B49 Ersatzneubau der Pfaffendorfer Brücke, Nachtrag | 35.623 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 22 | Brentanostraße Objektplanung, Nachtrag | 24.838 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Brücken über Bahnanlagen, Bauwerkshauptprüfungen | 118.278 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 24 | Austausch der Stahlgeländer Unterführung Balduibrücke | 73.913 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 25 | Fußweg Gülser Eisenbahnbrücke Bauwerkshauptprüfung | 30.716 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 26 | Pfaffendorfer Brücke, Objektplanung Nachtrag | 5.831 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 27 | Errichtung von Zaunanlagen um Taubencontainer | 23.167 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 28 | Pfaffendorfer Brücke, Baubegleitende Untersuchungen | 36.023 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 29 | Pfaffendorfer Brücke, Sonderprüfung Flussbrücke | 16.660 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 30 | Erschießung KiTa Horcheimer Höhe, Straßenbauarbeiten | 238.000 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 31 | Parkraumbewirtschaftung, Nachbestellung Parkscheinautomaten | 123.836 | VGV | Freihändige Vergabe |
| 32 | Wiederbenutzung Bahnstrecke Koblenz-Bassenheim, Machbarkeitsstudie | 27.214 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 33 | Ersatzneubau Pfaffendorfer Brücke, Beratungsleistung Nachtrag | 21.361 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 34 | Ertüchtigung Stützwand Merowingerstraße | 138.973 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 35 | Pfaffendorfer Brücke; Schloss Tiefgarage, Nachtrag | 177.781 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 36 | Vergabe von Carsharingstellplätzen | Dienst-leistungs-konzession | Sonstige | Öffentliche Ausschreibung |
| 37 | Horchheimer Brücke, Ausbau Fuß-/Rad-weg, Baugrunduntersuchung, Nachtrag | 29.257 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 38 | KVP Kurt-Schumacher-Brücke, Straßenbauarbeiten Nachtrag | 18.334 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 39 | KVP Kurt-Schumacher-Brücke, Straßenbauarbeiten Nachtrag | 39.759 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 40 | Beatusstraße Radverkehr, Ausführungsplanung | 11.252 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 41 | Pfaffendorfer Brücke, Bauhernunterstützung Nachtrag | 30.238 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 42 | Knotenpunkt Winninger Str./Oberweiher, Ingenieurleistungen | 29.394 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 43 | Ersatzneubau Pfaffendorfer Brücke, Umplanung Stützmauer Ostrampe | 12.982 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 44 | Rheinanlagen, adaptive Straßenbeleucht-ung, Lieferung Beleuchtungskomponente | 11.320 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 45 | Ersatzneubau Pfaffendorfer Brücke, Baubetriebliche Beratung | 60.928 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 46 | Umleitungsstrecke Großraum- u. Schwerlasttransport | 29.388 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 47 | Beckenkampstraße, Neubau Fuß- und Radwegebrücke | 23.279 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 48 | Versenkbare Elektropoller, Umbau | 31.675 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 49 | Wasser- und Schifffahrtsamtgebäude Pfaff. Brücke, Abbrucharbeiten Nachtrag | 92.464 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 50 | Fußgängerbrücke Moselring | 1.224.908 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 51 | B49 Ersatzneubau der Pfaffendorfer Brücke, Objektüberwachung Elektrotechnik u. Straßenbeleuchtung | 133.858 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 52 | Pfaffendorfer Brücke, Baubegleitende Untersuchungen | 152.406 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 53 | Lückenschluss Radweg Simmerner Straße, Straßenbauarbeiten | 391.878 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 54 | Radweg Lückenschluss Bubenheimer Weg, Tiefbauarbeiten | 190.091 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 55 | Radweg Beautusstraße, Tiefbauarbeiten | 2.040.618 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 56 | Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeuge | 60.357 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 57 | Signalmaste im Stadtgebiet, Ersatzbeschaffung Mastlieferung | 27.167 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 58 | Brücke über Mainzer Str. Objektplanung Verkehrsanlagen | 58.304 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 59 | Treppenanlage zw. Simmerner Str. u. Alevanderstraße u. Am Spitzberg | 1.513.916 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 60 | Red- Gehweg von Horchheimer Höhe bis Lahnstein, Planungsleistung | 15.329 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 61 | Mainzer Straße, Ersatzneubau Brücke, Geot. Untersuchungen | 10.154 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 42 | **Knotenpunkt Winninger Straße Oberweiher, Ingenieurleistungen** | 29.394 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

Der Rechnungsprüfung wurde im Vorfeld falsche Vergabeart vorgelegt. Durch Änderung der Vergabeart zum Wettbewerb wurde die Honorarleistung um 23.289 € günstiger angeboten.

## ☐ Amt 80 – Amt für Wirtschaftsförderung

| Nr. | **Vergabe** | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Analyse von Schwachstellen im Internet | 15.000 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Ausbau Bubenheimer Berg, Ingenieurleistungen | 213.985 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

# ■ ■ Eigenbetriebe

## ☐ EB 17 – Kommunales Gebietsrechenzentrum

| Nr. | Vergabe | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | SUSE Server Lizenzen | 34.084 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 2 | Rechenzentrum, 2. USV | 31.687 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 3 | Atlasian Confluece, Lizenzen-Verlängerung | 43.161 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 4 | Verlängerung Teamviewer-Lizenzen (3 Jahre) | 209.000 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 5 | Security-Workshop | 5.473 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 6 | Umbau KGRZ, Alutüren | 34.593 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 7 | Lizenzerweiterung Ivanti/Mobilelron | 24.791 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 8 | Wartungsverlängerung BVQ-Software | 63.553 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 9 | Microsoft-Lizenzen über Rahmenvereinbarung BMI | 100.000 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 10 | Beschaffung MDM-Lizenzen Resolut über Rahmenvertrag LDI | 137.000 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 11 | Umbau KGRZ, Medientechnik | 245.936 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 12 | Wartungsverlängerung VM-Ware | 63.575 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 13 | Beschaffung SonicWall | 36.840 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 14 | Trellix-Wartungsverlängerung | 46.259 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 15 | Beschaffung eines gebrauchten IBM AS 400-Servers, einschl. Installation | 30.293 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 16 | Wartungsverlängerung VM-Ware | 44.247 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 17 | Support Software CaLa, Schulnetz | 34.808 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 18 | Lizenzen Schulnetz Wartungsverlängerung | 32.808 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 19 | Begleitender Auditor K2-Zertifizierung | 67.068 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 20 | SUSE Server Lizenzen | 34.084 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 21 | Rechenzentrum, 2. USV | 31.687 | VOB | Freihändige Vergabe |

## ☐ EB 67 – Grünflächen und Bestattungswesen

| Nr. | **Vergabe** | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Betriebshof EB 67, Trockenbauarbeiten | 26.060 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | Neubau Betriebshof EB 67, Malerarbeiten | 30.428 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 3 | Krematorium, Austausch Wärmetauscher | 49.135 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 4 | EB 67, Heizungsinstallation, Nachtrag | 29.089 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 5 | Lieferung Gehölze Herbst 2023 | 41.145 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 6 | Neubau Betriebshof EB 67, Lüftungsinstallation, Nachtrag | 9.856 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 7 | Neubau Betriebshof EB 67, Heizungsinstallation, Nachtrag | 34.741 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 8 | EB 67 Gewächshäuser, Heizungsinstallation | 116.558 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 9 | Unterhaltung Ausgleichsflächen, Los 1 | 281.750 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 10 | Unterhaltung Ausgleichsflächen, Los 2 | 84.686 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 11 | Landschaftsbauarbeiten an städtischen Liegenschaften | 85.976 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 12 | Hauptfriedhof und Schloss, Schließ- und Kontrolldienste, Lose 1 und 2 | 37.744 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 13 | Ausbau Rad- und Gehweg in Moselweiß, Entwurfsplanung | 35.041 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 14 | Karthause KSK Schwedenschanze Großschaukel und Outdoorfitnessgerät | 144.348 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 15 | Beschaffung Bauleiterfahrzeuge | 130.463 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 16 | Lieferung einer Baumstumpffräse | 98.889 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 17 | Hauptfriedhof, Straßenerneuerung, Verbindungsweg bis Feld 25 – 2. BA | 143.531 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 18 | Hauptfriedhof, Einfassung der Grabart | 7.499 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 19 | Städtische Kita´s und Schulen, Sandreinigung | 57.759 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 20 | Sportplatz Kesselheim, Entwässerung Belagsfläche, Tiefbauarbeiten | 52.856 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 21 | Pflege/Unterhaltung der Außenanlagen, Landschaftsgärtnerische Pflegearbeiten | 16.713 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 22 | Friedhof Lützel, um dem Muschelbrunnen, Planungsleistung | 26.026 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Unterhaltung von Grünanlagen im Stadtgebiet, Pflanzung | 768.416 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 24 | Stadtgärtnerei, Gewächshaus Nummer 1, Lüftungsreparatur | 50.423 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 25 | Unterhaltung Grünanlagen im Stadtgebiet, Baumpflege in Seilklettertechnik | 129.405 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 26 | Unterhaltung der Grünanlagen im Stadtgebiet, Baumpflege Los 1 | 503.541 | VOB | Teilnahme-wettbewerb |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 27 | Unterhaltung der Grünanlagen im Stadtgebiet, Baumpflege Los 2 | 290.951 | VOB | Teilnahme - wettbewerb |
| 28 | Freiraumgestaltung Kirchplatz St. Peter, Neuendorf, Planungsleistung | 50.666 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 29 | Hauptfriedhof, Deckensanierung, östlicher Hauptweg (Glacisweg) Planungsleistung | 28.523 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 30 | Friedhof Lützel, Instandsetzung Hauptweg, Planungsleistung | 29.478 | HOAI | Verhandlungs-vergabe |
| 31 | Unterhaltung Ausgleichsflächen, Los 1 | 281.750 | VOB | Teilnahme - wettbewerb |
| 32 | Unterhaltung Ausgleichsflächen, Los 2 | 84.686 | VOB | Teilnahme - wettbewerb |
| 33 | Objektüberwachung an Schloss u. Hauptfriedhof | 37.744 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 34 | Landschaftsbauarbeiten an den Liegenschaften der Stadt Koblenz | 85.976 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 35 | Hauptfriedhof, Deckenerneuerung Unterer Glacisweg, Tiefbau- und Asphaltarbeiten | 179.608 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 36 | BUGA Daueranlagen Unterhaltung, Landschaftsgärtn. Pflegearbeiten, Los 1 | 144.416 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 37 | BUGA Daueranlagen Unterhaltung, Landschaftsgärtn. Pflegearbeiten, Los 1 | 261.226 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 38 | B-Plan 171a, In der Lehmkaul, Kompensationsmaßnahme | 36.117 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 39 | Herstellung, Instandsetzung/Unterhaltung von Rasenflächen und Blumenwiesen | 174.966 | VOB | Teilnahme - wettbewerb |
| 40 | Sportplatz Oberwehrt, Landschaftsgärtn. Pflegearbeiten | 35.329 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 41 | Bebauungsplan Nr.257b Industriegebiet A 61; 2. Teilabschnitt" Ko-Rübenach, Kompensationsmaßnahme | 307.519 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 42 | Lieferung von Materialcontainern | 50.832 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 26 | **Unterhaltung der Grünanlagen im Stadtgebiet, Baumpflege Los 1** | 503.541 | VOB | Teilnahme-wettbewerb |

Bei der Prüfung wurde festgestellt, dass bei der Wertung ein 4% Nachlass nicht berücksichtigt wurde. Durch die Korrektur ergab sich ein Ersparnis von 20.980 €.

## ☐ EB 70 – Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

| Nr. | **Vergabe** | Betrag (€) | Vertragsart | Vergabeart |
|---|---|---|---|---|
| 1 | EB 70, Anstrich Salzhalle | 38.275 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 2 | EB 70, Überdachung Schüttgutboxen, Metallbauarbeiten | 49.622 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 3 | Betriebshof EB 70, Planung PV-Anlage, Ingenieurleistungen | 651.075 | VGV | Offenes Verfahren |
| 4 | Rahmenvertrag Straßeninstandsetzungsarbeiten | 167.213 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 5 | Zentraler Betriebshof, Schließsystem, Umrüstung | 25.790 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 6 | Sinkkastenreinigung | 107.100 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 7 | Rahmenvertrag Straßenmarkierungsarbeiten | 1.027.252 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 8 | Ersatzbeschaffung Dienstfahrzeuge | 58.523 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 9 | Abfallratgeber 2024, Broschürenkonzeption | 5.355 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 10 | Abfallratgeber 2024, Verteilung / Postdienstleistungen | 14.875 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 11 | Rahmenvertrag Grünschnitt- und Unterhaltungsarbeiten | 23.126 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 12 | Biotonne, Austausch von Bio-Filtermaterial | 140.788 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 13 | Beschaffung 15 Depotcontainer Altpapier 3,2 cbm | 29.116 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 14 | Beschaffung von Abfallgefäßen | 42.566 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 15 | Abfallratgeber 2024, Druck und Lieferung | 24.276 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 16 | Beschaffung Biotonnen mit Filterdeckel | 39.508 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 17 | Beschaffung 15 Depotcontainer Altpapier 3,2 cbm | 29.116 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 18 | Rufbreitschaft bei Starkregenereignissen | 6.004 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 19 | Trockenreinigung und Wartung von Sinkkästen | 78.540 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 20 | Herstellung und Lieferung von Absetzkippermulden | 31.773 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 21 | Herstellung und Lieferung von Abrollcontainern | 25.692 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 22 | Beschaffung von Streusalz | 39.032 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 23 | Kompostierungsanlage Koblenz-Niederberg, Los 1 Häckseln Grünschmitt | 52.127 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 24 | Kompostierungsanlage KO-Niederb., Los 2 Absieben/Kompost/Verwertung Siebüberlauf | 32.344 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 25 | Beschaffung von Abfallgefäßen | 27.769 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 26 | Zeitvertrag Straßenunterhaltung Straßen- und Tiefbau, Schilder, LSA, Beleuchtung | 3.138.864 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 27 | Beschaffung von kommunalen Sonderfahrzeugen (Batterieelektrischer Antrieb) Los 1 Kompaktkehrmaschine | 511.581 | VGV | Offenes Verfahren |
| 28 | Beschaffung kommunale Sonderfahrzeuge (Batterieelektr. Antrieb) Los 2 Dreiachs-Abfahlsammelfahrzeug (Sperrmüll) | 757.828 | VGV | Offenes Verfahren |
| 29 | Rahmenvertrag Straßeninstandsetzungsarbeiten | 157.213 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 30 | Beschaffung Dienstfahzeug | 34.282 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 31 | Herstellung und Lieferung von MGB | 91.042 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 32 | Beschaffung zwei Abfallsammelfahrzeuge (AFS), Los 1 Zweiachs-Abfallsammelfahrz. | 386.096 | VGV | Offenes Verfahren |
| 33 | Beschaffung zwei Abfallsammelfahrzeuge (AFS), Los 2 Ersatzbeschaffung Dreiachs-Abfallsammelfahrzeug | 468.860 | VGV | Offenes Verfahren |
| 34 | Rahmenvertrag Lieferung von Verkehrszeichen und Straßenausstattung | 214.885 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 35 | Elektropritschenwagen | 111.027 | UVgO | Beschränkte Ausschreibung |
| 36 | Rahmenvertrag Instandsetzungsarbeiten von Fugen und Rissen | 95.580 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 37 | Lieferung von LED Leuchten | 580.030 | VGV | Offenes Verfahren |
| 38 | Trockenreinigung und Wartung von Sinkkästen | 107.100 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |
| 39 | Straßenmarkierungen | 1.027.252 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 40 | zusätzlichen Straßenreinigungsarbeiten, Smart-Tour | 8.284 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

## ☐ EB 83 – Rhein-Mosel-Halle

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsart** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Rhein-Mosel-Halle, Steuerung Untermaschinerie | 104.042 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | RMH, Ergänzungsbeschaffung Klapptische | 24.727 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 3 | RMH, Kontrollpersonal | 243.205 | VGV | Offenes Verfahren |
| 4 | Rhein-Mosel-Halle, Rahmenvertrag Technik- und Personalgestellung | 292.615 | VGV | Offenes Verfahren |
| 5 | Schloss, Austausch Akkus Notbeleuchtung | 4.615 | VOB | Freihändige Vergabe |

## ☐ EB 85 – Stadtentwässerung

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsart** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | PW Neuendorf, Elektrotechnik, Nachtrag | 10.314 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 2 | Kanalerneuerung Poststraße, Nachtrag | 33.174 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 3 | Sanierung PW Neuendorf, Maschinentechnik, Nachtrag | 42.275 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 4 | Sanierung PW Neuendorf, Maschinentechnik, Nachtrag | 536 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 5 | Kanalreinigungsfahrzeug, Los 1, Fahrgestell | 237.950 | VGV | Offenes Verfahren |
| 6 | Kanalreinigungsfahrzeug, Los 2, Aufbau | 462.315 | VGV | Offenes Verfahren |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 7 | Pumpwerk Schartwiesenweg, erung Ersatzpumpe | 43.819 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 8 | Pumpwerk Neuendorf, Los 4 Erneuerung Elektrotechnik | 186.291 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 9 | PW Schartwiesenweg, Untersuchung der Druckrohrleitung, Nachtrag | 19.100 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 10 | Kanalsanierung Gülser Straße | 112.225 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 11 | Kanalsanierung Casinostraße | 50.165 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 12 | Sanierung Pumpwerk Neuendorf, Gerüstbauarbeiten | 11.260 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 13 | Sanierung Pumpwerk Neuendorf, Leichtmetall- und Schlosserarbeiten | 149.465 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 14 | Sanierung Pumpwerk Neuendorf, Aluminiumfasade und -dacheindeckung | 325.445 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 15 | Pumpwerk Neuendorf, Nachtrag | 23.531 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 16 | Klärwek, Umbau des Silos für getrockneten Klärschlamm, Stahlbauarbeiten | 30.857 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 17 | Machbarkeitsstudie Standortsuche | 20.825 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 18 | Notstromkonzept im Kanalbetrieb | 35.105 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 19 | Pumpwerk Neuendorf, Nachträge | 99.016 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 20 | PW Neuendorf, Betonsanierung Außenfassade, Objektplanung Ingenieurbauwerke | 16.286 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 21 | Mitarbeiter Führungskräftebeteiligungsprozess | 27.430 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 22 | Klärwerk, Sanierung Schlammentwässerung Maschinen- und Elektrotechnik | 34.927 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 23 | PW Schartwiesenweg, Planungsleistung Notstromversorgung Nachtrag | 52.320 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 24 | PW Neuendorf, Planungsleistung Notstromanlage Nachtrag | 94.442 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 25 | PW Neuendorf, Planungsleistung, PV-Anlage Nachtrag | 26.726 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 26 | Klärwerk, Sanierung Nachklärbecken 3 und 4, Ersatzbeschaffung der Räumerbalken | 53.235 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 27 | Klärwerk, Neubau Netzersatzanlage, Planungsleistung | 93.234 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 28 | Fahrzeughalle an der Kläranlage | 26.023 | VOB | Beschränkte Ausschreibung |
| 29 | Kanalerneuerung Görtzstraße | 1.472.045 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 30 | Kanalsanierung Kastorstraße | 495.733 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 31 | Kanalsanierung Bodelschwinghstraße | 159.324 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 32 | Klärwerk, Revision von drei BHKW | 463.217 | VGV | Offenes Verfahren |

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| 33 | Kanalerneuerung Poststraße, Nachtrag | 45.675 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 34 | Neubau Stauraumkanal Andernacher Straße, Nachtrag | 61.873 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 35 | Schneideinheit für den Feststoffzerkleinerer am Deutsche Eck, Ersatzbeschaffug | 51.206 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 36 | Pumpwerk Schartwiesenweg, Reparatur Regenwasserpumpe 2 | 82.043 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 37 | Josef-Görres-Platz, Kanalbau | 449.957 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 38 | Kanalsanierung Bodelschwinghstraße, Nachtrag | 31.179 | VOB | Freihändige Vergabe |
| 39 | Kanalsanierung Mainzer Str. Geo- und Umwelttechnische Untersuchung | 17.872 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 40 | Sanierung Pumpwerk Neuendorf, PV-Anlage | 133.866 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |
| 41 | Personennotsignalanlage (PNA-Anlage Klärwerk) | 23.629 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |
| 42 | Kanalsanierung Paulstraße und Braunsgasse | 91.557 | VOB | Öffentliche Ausschreibung |

☐ Erläuterungsbedürftige Vergaben

| | | | |
|---|---|---|---|
| **Lizenzen Microsoft Windows Server 2022** | 16.339 | UVgO | Verhandlungs-vergabe |

Der Rechnungsprüfung wurde im Vorfeld falsche Vergabeart vorgelegt. Durch Änderung der Vergabeart zum Wettbewerb wurde die Lieferleistung um 21.141 € günstiger angeboten.

## ■ ■ Eigengesellschaften

## ☐ Stadtwerke Koblenz GmbH

| Nr. | **Vergabe** | **Betrag (€)** | **Vertragsart** | **Vergabeart** |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Erstellung kommunale Wärmeplanung | 99.603 | UVgO | Öffentliche Ausschreibung |

# Kapitel 5

## Sonder-, Auftrags- und sonstige Prüfungen

Die **Sonder-, Auftrags- und sonstigen Prüfungen** ergeben sich insb. aufgrund der auf die Rechnungsprüfung übertragenen weiteren Prüfungsaufgaben durch den Oberbürgermeister sowie durch die eigenständige Vornahme von besonderen Prüfungshandlungen der Rechnungsprüfung.

Im Berichtsjahr lassen sich folgende Prüfungshandlungen und -ergebnisse anführen:

# ■ ■ Amt 31 – Ordnungsamt

## ☐ Belegprüfung

Im Berichtsjahr wurden stichprobenartige Belegprüfungen bei allen acht Produkten des Ordnungsamtes durchgeführt. Vereinzelt kam es seitens der Rechnungsprüfung zu Rückfragen betreffend verschiedener Beschaffungen bzw. Rechnungen. Das Fachamt konnte die benötigten Informationen und Unterlagen allesamt nachliefern. sodass die Prüfungen in diesem Bereich letztlich zu **keinen Beanstandungen** führten.

## ☐ Bereinigung von Verwahrkonten

Die Bereinigung der Verwahrpartner im Zuständigkeitsbereich des Ordnungsamtes begleitet die Kolleginnen und Kollegen im Fachamt schon seit einigen Jahren. Die vorhandenen Verwahrkonten haben sich im Berichtsjahr wie nachstehend dargestellt entwickelt:

| Verwahr-konto | Bezeichnung | Stand 31.12.2022 | Anzahl Fälle | Stand 31.12.2023 | Anzahl Fälle | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1000050 | Asyl | 0,00 € | 0 | 0,00 € | 0 | - |
| 1000054 | Amt 31 allgemein | -1.864,14 € | 1 | -2.400,96 € | 6 | -536,82 € |
| 1000055 | Bußgeld | 0,00 € | 0 | 0,00 € | 0 | - |
| 3018353 | Ukraine | 0,00 € | 0 | 0,00 € | 0 | - |

An dieser Stelle ist anzumerken, dass sich die Fallzahlen und die tatsächlichen Salden in den vergangenen Jahren deutlich reduziert oder sogar abgearbeitet wurden. Lediglich beim Verwahrpartner „Amt 31 allgemein“ konnten insgesamt 6 Zahlungen bis zum Ablauf des Berichtsjahres noch nicht korrekt zugeordnet werden, weshalb hier aktuell noch Beträge verbucht sind.

Die ungeklärten Positionen auf den Verwahrkonten konnten bis zum Ablauf des Berichtsjahres deutlich reduziert werden. Auf Verwahrkonto 3018353 haben sich die Werte innerhalb des Berichtsjahres stark verändert. So lagen zum Abfragezeitpunkt im Februar 2023 ungeklärte Beträge von 132 T€ vor, die bis Dezember vollständig abgearbeitet und den entsprechenden Positionen zugeordnet werden konnten.

## ☐ Vereinnahmung von Bargeld durch den Außendienst beim Ordnungsamt

Im Berichtsjahr wurde die Vereinnahmung von Bargeld durch die Mitarbeitenden im Außendienst beim Ordnungsamt neu geregelt. Hierzu wurde eine neue Dienstanweisung erarbeitet, die zum 29.09.2023 in Kraft getreten ist.

Hintergrund der Neuregelung ist, dass eine Vermischung von privaten Geldern und den dienstlich vereinnahmten Geldern zwingend unterbunden wird. Jedem Mitarbeitenden des Außendienstes beim Ordnungsamt wird neben einer dienstlichen Geldbörse auch ein durchnummerierter Quittungsblock durch die Stadtkasse ausgegeben. Die Ausgabe wird mit Unterschrift bei der Stadtkasse dokumentiert. Ein

Wechselgeldvorschuss wird den Mitarbeitenden nicht gewährt. Die Außendienstmitarbeitenden müssen die vereinnahmten Gelder täglich nach Schichtende beim Innendienst abliefern. Sofern der Innendienst nicht mehr besetzt sein sollte, sind die Gelder zusammen mit dem Quittungsblock im persönlichen Schließfach einzuschließen und zu Beginn der nächsten Schicht abzuliefern.

## ☐ Offene Forderungen in der Wohnraumverwaltung

Nicht zuletzt aufgrund des Ukraine-Krieges hat der Zustrom an Asylsuchenden seit dem Jahr 2022 enorm zugenommen. Damit einhergehend hat sich auch die Aufgabe der Unterbringung von Asylsuchenden immer schwieriger gestaltet. Es wurden Anmietungen seitens der Stadt notwendig und es wurden Gemeinschaftsunterkünfte hergerichtet.

Die Vergabe der Unterkünfte und Wohnungen an die Asylsuchenden wurde zunächst durch öffentlich-rechtliche Nutzungsvereinbarungen geregelt. Diese Vorgehensweise wurde nach einer rechtlichen Überprüfung dergestalt umgestellt, dass alle Wohnungen und Unterkünfte nur noch mittels privatrechtlicher Mietverträge vergeben werden. Hierdurch ist eine rechtssichere Vollstreckung offener Posten gewährleistet. Diese Umstellung erfolgte im Laufe des Berichtsjahres und im Folgejahr. Zu dieser Thematik wird im kommenden Jahr nochmals Stellung genommen, dieser Bericht befasst sich nur mit der Höhe der offenen Forderungen.

Im Berichtsjahr wurde die Rechnungsprüfung durch das Sachgebiet Integration um eine Stellungnahme zu offenen Forderungen im Bereich der Wohnraumverwaltung gebeten. Im Jahr 2023 haben die offenen Forderungen für die Jahre 2019-2021 rund 44 T€ betragen. Gleichzeitig lagen für diese Jahre ungeklärte Überzahlungen von 14 T€ auf den Verwahrkonten, sodass sich die rückständigen Zahlungen in Summe auf 30 T€ beliefen. Zu den Altforderungen der Jahre 2019-2021 kommen zwischenzeitlich weitere Forderungen hinzu.

Die Gesamtsumme der offenen Posten betrug zum Zeitpunkt der Kontaktaufnahme durch das Ordnungsamt, Sachgebiet Integration, bei rd. 190 T€. In mehreren Beratungen zwischen Vertreterinnen und Vertretern des Fachamtes, der Stadtkasse, der Finanzbuchhaltung und der Rechnungsprüfung wurde eine zügige und lückenlose Aufarbeitung der offenen Forderungen sowie die Klärung sämtlicher Positionen auf den Verwahrkonten in die Wege geleitet.

Bis zum Ende des Berichtsjahres 2023 konnten die Altforderungen neben der Bearbeitung der neuen bzw. laufenden Fälle wie folgt abgearbeitet werden:

| Jahr | Forderungen Stand Januar 2023 | Forderungen Stand Januar 2024 | Differenz |
|---|---|---|---|
| 2019 | 12.706,91 € | 4.245,36 € | -8.461,55 € |
| 2020 | 14.775,05 € | 1.752,49 € | -13.022.56 € |
| 2021 | 16.818,64 € | 427,01 € | -16.391,63 € |
| 2022 | 33.356,92 € | 20.264,51 € | -13.092,41 € |
| **2023** | 30.802,03 € | 70.474,13 € | +39.672,10 € |

Die offenen Fälle der Vorjahre konnten jeweils deutlich reduziert werden. Aufgrund des laufenden Tagesgeschäfts haben sich die Werte für das Berichtsjahr erhöht.

Im betroffenen Sachgebiet wurde zur Unterstützung bei der Abarbeitung der Arbeitsrückstände eine zusätzliche, bis zum 31.03.2025, befristete Stelle eingerichtet.

### ☐ Prüfung von Verwendungsnachweisen

| Verwendungsnachweis | Abrechnungs-summe (€) | Ergebnis |
|---|---|---|
| Beschäftigungspilot Koblenz | 114.000 | Rechnerische Richtigkeit |

Zur Förderung der Arbeitsmarktintegration ukrainischer Geflüchteter, werden Beschäftigungspiloten als vertrauensvolle Ansprechpartner eingesetzt, um die individuellen Bedarfe der Personen zu ermitteln. Umstände, die der Arbeitsaufnahme entgegenstehen, sollen ausgeräumt werden. Es erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Integrationsarbeit. Auch die soziale Integration soll unterstützt werden. Das Projekt wird mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert.

Im Rahmen der Prüfung des Verwendungsnachweises kam es zu inhaltlichen und rechnerischen Rückfragen, die im weiteren Verlauf alle geklärt werden konnten. Im Rahmen der Ermittlung der zuwendungsfähigen Aufwendungen hat sich eine Abweichung gegenüber der ursprünglich beantragten Fördersumme (129.664 €) ergeben. Die tatsächlich vom Fachamt ermittelten Aufwendungen lagen nach Beendigung des Projekts bei 101 T€. Durch die Rechnungsprüfung konnte eine Differenz i.H.v. knapp 13 T€ bei den Personalkosten festgestellt werden, die dem ESF nachgemeldet wurde, sodass am Ende der Prüfung des Verwendungsnachweises ein **Bestätigungsvermerk** durch das Rechnungsprüfungsamt über die Summe von 114 T€ ausgestellt werden konnte. Mit Förderbescheid vom 04.10.2022 wurde eine vollständige Projektförderung i.H.v. 114 T€ bewilligt.

## ■ ■ Amt 34 – Bürger- und Standesamt

### ☐ Belegprüfung

Im Berichtsjahr standen stichprobenartige Belegprüfungen betreffend die Produkte 1223 Bürgerservice und 1227 Personenstandswesen, sonstige Beurkundungen, an.

Die Prüfung führte in diesem Bereich zu **keinerlei Beanstandungen**. Es waren zwei Nachfragen nötig, die das Fachamt erläutern konnte.

## ■ ■ Amt 36 – Umweltamt

### ☐ Belegprüfung

Im Berichtsjahr wurde eine stichprobenartige Belegprüfung betreffend die Produkte 1115, 5374, 5522, 5541 und 5611 durchgeführt.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ■ ■ Amt 37 – Brand- und Katastrophenschutz

### ☐ Belegprüfung

Im Berichtsjahr wurden stichprobenartige Belegprüfungen betreffend die Produkte 1261 Brandschutz, 1262 Leitstelle und 1281 Zivil- und Katastrophenschutz.

Die Prüfung führte bei allen drei Produkten zu **keinen Beanstandungen**.

# ■ ■ Amt 40 – Kultur- und Schulverwaltungsamt

## ☐ Belegprüfung Kulturamt

Im Berichtsjahr wurde eine stichprobenartige Belegprüfung alle Produkte betreffend durchgeführt.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ☐ Belegprüfung Schulverwaltungsamt

Die Belege zu den budgetierten und auch zu den nicht budgetierten Kostenstellen wurden stichprobenweise eingesehen. Bei Verhandlungsvergaben wurde geprüft, ob die Vorgaben des Vergaberechts, die Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Koblenz (Vergabedienstanweisung - VgDA) und die aktuellen Rahmenverträge Beachtung gefunden haben.

Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ☐ Prüfung Verwendungsnachweis / Kulturamt

Die Stadt Koblenz nimmt seit dem Jahr 2018 an dem **Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“** teil, mit welchem bundesweit lokale „**Partnerschaften für Demokratie“** gefördert werden. Aktuell läuft die zweite Förderperiode des Programms (01.01.2020 bis 31.12.2024). Für das Berichtsjahr wurde eine Zuwendung i.H.v. bis zu 125 T€ im Wege der Anteilsfinanzierung bewilligt. Die Stadt Koblenz war als Erstempfängerin ermächtigt, die Mittel durch Zuwendungsbescheid an Letztempfänger*innen weiterzuleiten.

Es erfolgte die Prüfung des Verwendungsnachweises betreffend den Bewilligungszeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2022, welcher auch die Einzelprojekte der jeweiligen Letztempfänger*innen beinhaltete. Insgesamt wurden Fördermittel i.H.v. **101.658,86 €** verausgabt. Die nicht verbrauchten Mittel wurden rückerstattet.

Anlässlich der Prüfung war festzustellen, dass einige Letztempfänger*innen nicht alle Belege und/oder keinen zahlenmäßigen Nachweis vorgelegt hatten. Diese wurden nachgefordert.

Zudem wurde seitens der Rechnungsprüfung festgestellt, dass Letztempfänger*innen vereinzelt Fahrtkosten und Verpflegungskostenpauschalen nicht nach dem Bundesreisekostengesetz abgerechnet haben. Zudem war der Hinweis zu erteilen, dass alkoholische Getränke und Trinkgelder nicht zuwendungsfähig sind. In allen vorgenannten Fällen konnte aufgrund von Geringfügigkeit und entsprechender Eigenmittel der Letztempfänger*innen von einer Rückforderung abgesehen werden.

Im Ergebnis führte die Prüfung zu **keinen wesentlichen Beanstandungen**.

## ☐ Antrag auf Rückerstattung ZPÜ-Abgabe / Schulverwaltungsamt

Die Zentralstelle für private Überspielungsrechte (ZPÜ) vereinnahmt von Herstellern, Importeuren und Händlern von Geräten und Speichermedien, die zu Vervielfältigungen genutzt werden können, eine urheberrechtliche Vergütung nach §§ 54 ff. Urheberrechtsgesetz (UrhG). Geräte, die an Behörden oder öffentliche Einrichtungen geliefert werden, unterliegen dieser Abgabe nur eingeschränkt. Für den Fall des Erwerbs

von Produkten zu einem Preis, der die Vergütung gem. § 54 UrhG für Verbraucher enthält, besteht ein Anspruch auf Rückerstattung in deren Höhe.

Auf Hinweis der Rechnungsprüfung wurden im Berichtsjahr rückwirkende Erstattungsanträge ab dem Jahr 2021 gestellt. Eine erste Gutschrift von 8.700,00 € konnte im Jahr 2024 realisiert werden.

Mit dem Fördermittelgeber des DigitalPakts Schule wurde die Regelung getroffen, dass sämtliche Erstattungsbeträge für weitere förderkonforme Anschaffungen verwendet werden können.

## ■ ■ Amt 42 – Stadtbibliothek

### ☐ Verwendungsnachweise

Im Produkt 2721 Stadtbibliothek wurden folgende Verwendungsnachweise geprüft:

- Zuwendung des Landesbibliothekszentrums Rheinland-Pfalz über 7.500 € zur Serviceverbesserung in der Stadtteilbücherei Pfaffendorfer Höhe (Eigenleistung der Stadt Koblenz: 8.131,82 €)
- Zuwendung des Landesbibliothekszentrums Rheinland-Pfalz über 13.400,00 € zur Reinigung und Restaurierung des Gründungsbestandes der Brentano-Geschenke der Stadtbibliothek Koblenz (Eigenleistung der Stadt Koblenz: 1.576,15 €)
- Zuwendung des Landesbibliothekszentrums Rheinland-Pfalz über 803,98 € zur Beschaffung von Büchern für den Lesesommer (Eigenleistung der Stadt Koblenz: 4.512,08 €)

Die Prüfung der Verwendungsnachweise führte zu **keinen Beanstandungen**.

Neben der Prüfung der Verwendungsnachweise wurde die Ermittlung des Kostenbeitrages der Stadt Mülheim-Kärlich für die Nutzung des Bücherbusses der Stadt Koblenz einer genaueren Betrachtung unterzogen. Die Höhe dieses Beitrages wird von der Stadtbibliothek im Drei-Jahres-Rhythmus anhand einer mit dem Landesrechnungshof abgestimmten Berechnungsmethode überprüft, wobei sich bisher nie die Notwendigkeit zur Erhöhung dieses Kostenbeitrages ergeben hatte. Nachdem für diese Berechnung bisher immer lediglich die Ausgaben für den Bücherbus des der Berechnung vorangehenden Haushaltsjahres zugrunde gelegt wurden, wird auf Anregung des Rechnungsprüfungsamtes künftig ein Durchschnittswert der vergangenen drei Jahre ermittelt. Dies führt zu realistischeren Beträgen, da sich vor allem bei Positionen wie Fahrzeugunterhaltung und Medienetat durchaus größere Schwankungen zwischen den einzelnen Jahren ergeben können.

## ■ ■ Amt 44 – Musikschule

### ☐ Verwendungsnachweis

Im Berichtsjahr wurde im Produkt 2631 der Musikschule ein Finanzierungsnachweis geprüft. Hierbei handelt es sich um den Nachweis der Mittelverwendung in Form einer Aufstellung der Gesamtfinanzierung des Musikschulträgers im Berichtsbogen des Verbandes deutscher Musikschulen (VdM) i.H.v. 2,32 Mio. €.

Die Prüfung des Verwendungsnachweises führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ■ ■ Amt 45 – Ludwig Museum

### ☐ Verwendungsnachweise

Im Produkt 2512 Ludwig Museum wurden folgende Verwendungsnachweise geprüft:

- Zuwendung des Landes Rheinland-Pfalz über 1.167,00 € zum Erwerb mobiler Garderobenelemente für das Ludwig Museum (Eigenleistung der Stadt Koblenz: 4.501,00 €)
- Zuwendung des Landes Rheinland-Pfalz über 12.450,00 € für den Katalog zum 30-jährigen Jubiläum des Ludwig Museums (Eigenleistung der Stadt Koblenz: 18.789,00 €)

Die Prüfung der Verwendungsnachweise führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ■ ■ Amt 46 – Stadttheater

### ☐ Verwendungsnachweis

In 2023 wurde im Produkt 2611 ein Verwendungsnachweis i.H.v. 7,31 Mio. € für die Landesförderung 2022 durch die ADD geprüft.

Die Prüfung des Verwendungsnachweises führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ■ ■ Amt 50 – Amt für Jugend, Familie, Senioren u. Soziales

### ☐ Prüfung von Verwendungsnachweisen

Im Berichtsjahr wurden insgesamt **40 Verwendungsnachweise** mit einem **Gesamtvolumen von 126,6 Mio. €** geprüft sowie **zwei Meldungen** im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs für die Erhebung der Ausgangsdaten zur Berechnung des Jugendhilfeansatzes für das Folgejahr, d.h. für das Jahr 2024, **mit einem Volumen von 52,7 Mio. €** einer Prüfung unterzogen. Dieser Erhebung liegen entsprechend der Vorgaben des Landes die Daten der Finanzrechnung des Vorvorjahres, also des Jahres 2022, zugrunde. Eine Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt ist hier nicht vorgeschrieben. Aufgrund des Volumens wurde auf Initiative der Rechnungsprüfung dennoch eine Kontrolle im Rahmen der risikoorientierten Prüfung durchgeführt.

Die geprüften Verwendungsnachweise teilen sich wie folgt auf die einzelnen Produkte auf:

- Innerhalb des **Produktes 3111 Grundversorgung und Hilfen nach dem SGB XII** wurden zum einen die halbjährlichen summarischen Abrechnungen der Sozialhilfe im Rahmen der 1. Landesverordnung zum Landesgesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII) in Verbindung mit § 6 des AGSGB XII überprüft. Die summarische Abrechnung ist landesseitig in vorgegebene Schlüssel gegliedert, denen entsprechende Sozialhilfeleistungen zugeordnet sind. Von Seiten des Amtes 50 werden diesen Schlüsseln die jeweiligen Beträge der Konten des Sozialamtes zugeteilt, die durch das Rechnungsprüfungsamt geprüft werden. Diese Abrechnungen umfassten ein Gesamtvolumen von 38,8 Mio. €.

  Die quartalsweise zu prüfenden Abrechnungen der Bundeserstattung nach §§ 46a, 136 SGB XII im Umfang von 20,5 Mio. € sowie die in diesem Kontext stehende Jahres-

bzw. Nachmeldung für das Jahr 2022 mit einer Gesamtsumme von insgesamt 19 Mio. € sind der **Teilleistung 31110200 – Grundsicherung** zuzuordnen.

Die acht vorgenannten Prüfungen haben teilweise kleinere Korrekturen erforderlich gemacht. Nach Vornahme der o.g. Korrekturen konnte die Freizeichnung **ohne Beanstandungen erfolgen**.

- Die zu prüfenden Abrechnungen betreffend die Bedarfe zur **Bildung und Teilhabe** nach § 28 SGB II mit 619 T€ bzw. § 6b BKGG mit 286 T€ werden im Produkt 3121 abgebildet. Die Prüfung der entsprechenden Jahresmeldungen hat **keine Beanstandungen** ergeben.
- Im Berichtsjahr waren auch die Gesamtaufwendungen für die **Kosten der Unterkunft und Heizung** nach § 22 Abs. 1 SGB II des Vorjahres mit 22,7 Mio. € zu prüfen. Die Beteiligung des Bundes variiert jährlich und ist ins § 46 SGB II geregelt. Das Testat konnte erteilt werden, da **keine Beanstandungen** festzustellen waren.
- Im Berichtsjahr umfasste die Prüfung betreffend das **Produkt 3131 Hilfen für Asylbewerber** die Abrechnungen auf Kostenerstattung nach dem Landesaufnahmegesetz für das 2. Halbjahr 2022, sowie das 1. Halbjahr 2023. Im Rahmen der Prüfung wurde festgestellt, dass zwei Fälle irrtümlich nicht erfasst wurden; diese Korrektur führte zu Mehreinnahmen i.H.v. 5 T€. Die Gesamtsumme der abgerechneten Erstattungen beläuft sich auf 801 T€.

  Im Kalenderjahr 2023 erfolgte eine Abrechnung zu Kostenerstattungen im Rahmen der Landesverordnung über Ausnahmen von der pauschalen Erstattung nach dem Landesaufnahmegesetz, so genannte Hochkostenfälle. Der Abrechnungsumfang beläuft sich auf 30 T€.

  Außerdem wurden die halbjährlichen Verwendungsnachweise für die Erstattungen nach § 3 b AufnG RLP i.V.m. § 23 a AufenthG (Härtefälle) mit einer Abrechnungssumme von 47 T€ rechnerisch geprüft. Es wurden kleinere Fehler festgestellt, die vor dem Versand korrigiert wurden.
- Der Rechnungsprüfung wurde im Berichtsjahr weiterhin die Abrechnung der Kosten des Übernachtungsheims, welche im **Produkt 3141 Soziale Einrichtungen** abgebildet werden, zur Prüfung vorgelegt. Die Prüfung hat ergeben, dass sich die abrechnungsfähigen Ausgaben auf 314 T€ belaufen. Die Rechnungsprüfung regte im Nachgang der Prüfung u.a. eine Anpassung der abzurechnenden Tagessätze an; die letzte Anpassung erfolgte im Jahr 2012. Der erteilte Hinweis wurde seitens des Fachamtes aufgegriffen und es erfolgte eine Anpassung, sodass diese ab dem Haushaltsjahr 2024 teilweise zu einer Kostenreduzierung führen sollte. Seitens des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales wird zukünftig eine regelmäßige Anpassung angestrebt.
- Das **Produkt 3164 Leistungen zur sozialen Teilhabe** umfasste die Prüfung der Abrechnung der Bundeserstattung nach § 136a SGB XII. Abgerechnet wird die Anzahl der Leistungsberechtigten, die Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII erhalten und sich gleichzeitig im Bezug von Leistungen in einer stationären Einrichtung unter Gewährung des Barbetrages für mindestens 15 Kalendertage befinden. Unter dem Barbetrag versteht man einen Geldbetrag, der zur Erfüllung von persönlichen Bedürfnissen den Leistungsberechtigten in einer stationären Einrichtung zur Verfügung gestellt wird (vgl. § 27b SGB XII).

  Die Abrechnung erfolgt immer für das abgelaufene Jahr und umfasste im Berichtsjahr ein Volumen von 18 T€. Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

- Die Abbildung der institutionellen Kosten des Frauenhauses erfolgt im **Produkt 3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege.** Die Prüfung der Abrechnung für das Kalenderjahr 2022 ergab, dass sich der Zuschussbedarf auf 131 T€ beläuft. Aufgrund des Widerspruchs des SKF zur Abrechnung für das Jahr 2021 legte Amt 50 weiterhin eine korrigierte Abrechnung für das Jahr 2021 zur Prüfung vor. Die Korrektur der Abrechnung für das Jahr 2021 führte zu einer Nachzahlung an den SKF von 15 T€.

  Die durch die Rechnungsprüfung angestoßene Überarbeitung der zugrundliegenden Vereinbarung mit dem SKF trat, wie im letzten Schlussbericht angekündigt, zum 01.01.2023 in Kraft. Perspektivisch ist hierdurch mit reduzierten institutionellen Kosten zu rechnen, da ab dem Berichtsjahr auch die Kosten für die psychosoziale Betreuung mit den jeweiligen Kostenträgern abgerechnet werden und diese zusätzlichen Einnahmen somit den Zuschussbedarf reduzieren. Die finanziellen Auswirkungen werden erstmals im folgenden Jahr sichtbar, da die Abrechnung immer im Folgejahr vorgenommen wird.

  Die Prüfung der zwei vorgelegten Abrechnungen führte zu **keinen Beanstandungen**.

- Die Abwicklung der Abrechnung der **Unterhaltsvorschussleistungen** erfolgt im **Produkt 3411** und wurde im Haushaltsjahr ebenfalls geprüft. Der jährliche Nachweis beinhaltet sowohl die Gesamtausgaben, als auch die Gesamteinnahmen die im Kontext der „Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz“ stehen. Die Abrechnung beinhaltet Einnahmen von 1,05 Mio. €, die vereinnahmt werden konnten und geleistete Ausgaben von 4,48 Mio. €.

  Die Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

- Im **Produkt 3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen** wird die Abrechnung des Landesblindengeldes, sowie des Landespflegegeldes dargestellt. Hier wurde jeweils der jährliche Nachweis über die Mittelverwendungen geprüft.

  Die Erstattung nach dem Landesblindengeld beträgt 2/3 des Gesamtaufwandes und betrug im geprüften Zeitraum 488 T€. Beim Landespflegegeld hingegen erfolgt eine Erstattung von 1/4 der jährlichen Gesamtaufwendungen. Die Erstattung erfolgte aufgrund dessen i.H.v. 23 T€.

  Im Rahmen der Prüfung der zwei Verwendungsnachweise wurde lediglich festgestellt, dass der 2. Abschlag für die Erstattungen betreffend das Landespflegegeld irrtümlich der falschen Teilleistung (TL 35110101) zugeordnet wurde. Die Umbuchung auf die richtige Teilleistung (TL 35110102) wurde veranlasst.

- Der Verwendungsnachweis, der für die durchgeführte Qualifizierungsmaßnahme von Tagespflegepersonen zu erstellen ist, wurde im **Produkt 3611 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege** geprüft. Für die Durchführung dieser Maßnahme konnte die Stadt Koblenz Fördermittel von 10 T€ akquirieren. Das Testat der Rechnungsprüfung konnte **ohne Beanstandungen** erteilt werden.

- Das **Produkt 3621 Jugendarbeit** umfasste die Prüfung von drei Verwendungsnachweisen. Hierbei handelte es sich zum einen um die jährliche Abrechnung der Ferienbetreuung mit einem Volumen von 53 T€, die in Zusammenarbeit mit der Jugendkunstwerkstatt Koblenz e.V. (JuKuWe) umgesetzt wird, sowie zwei Verwendungsnachweise im Kontext des Aktionsprogramms „Aufholen nach Corona“. Das Aktionsprogramm betraf zwei verschiedene Maßnahmenbereiche. Hierbei handelte es sich zum einen um sozialpädagogische Angebote (256 T€) und zum anderen um die außerschulische Lernunterstützung (140 T€).

- Im **Produkt 3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe** wurden insgesamt zwölf Verwendungsnachweise bzw. Abrechnungen zur Prüfung und Erteilung eines Testates vorgelegt.

  Die Projektförderung durch die **Bundesstiftung Frühe Hilfen** für das Jahr 2022 beinhaltet zwei Verwendungsnachweise. Hierbei handelt es sich zum einen um das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ mit einem Bewilligungsbetrag von 48 T€ und zum anderen um die „Förderung der psychosozialen Unterstützung von Familien durch spezifische Angebote früher Hilfen“ mit einem Bewilligungsbetrag von 49 T€.

  Weiterhin wurde die Abrechnung der Maßnahme **„Familienbildung im Netzwerk“** für das Haushaltsjahr 2022 geprüft. Die Maßnahmenumsetzung verursachte Kosten von 21 T€, die teilweise durch eine Landesförderung i.H.v. 15 T€ kompensiert werden konnten.

  Zusätzlich wurde der Verwendungsnachweis **„Jugendberufsagentur Plus Koblenz“** betreffend das Kalenderjahr 2022 zur Freizeichnung vorgelegt. Zur Durchführung wurden Kosten i.H.v. 100 T€ verausgabt. Es wurde festgestellt, dass 217 € zu wenig geltend gemacht wurden. Aufgrund der Geringfügigkeit im Vergleich zur Gesamtsumme wurde auf die Meldung eines Eigenschadens verzichtet. Die Förderquote zur Durchführung des Projektes betrug 90%; diese teilen sich mit 40% auf Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds und 50% auf Landesmittel auf. Anzumerken ist jedoch, dass teilweise eine Verbuchung der Einnahmen im Haushaltsjahr 2023 erfolgte und somit die periodengerechte Zuordnung zur teilweise richtig erfolgte.

  Innerhalb der Teilleistung 36310499 erfolgte die Prüfung eines Verwendungsnachweises für das Projekt **„Job-Fux“** im Projektzeitraum 01.07.2022 – 30.06.2023. Das Projekt wird an der Goethe Realschule Plus durchgeführt und dient der Verringerung und Verhütung des vorzeitigen Schulabbruchs und der Förderung des gleichen Zugangs zu einer hochwertigen Früherziehung, sowie einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung, darunter finden sich auch Bildungswege, mit denen eine Rückkehr in die allgemeine und berufliche Bildung ermöglicht wird. Die tatsächlichen Gesamtaufwendungen des Projektes belaufen sich auf 79 T€. Die Finanzierung erfolgt mit 20 T€ aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und mit 10 T€ aus Landesmitteln.

  Zur Durchführung der **Schulsozialarbeit** konnte die Stadt Koblenz ebenfalls wieder Fördermittel akquirieren, sodass auch hier entsprechende Verwendungsnachweise zu erstellen waren. Insgesamt beliefen sich die Fördermittel für die Schulsozialarbeit an den allgemeinbildenden Schulen auf 214 T€, an der Julius-Wegeler-Schule auf 15 T€, an der BBS Wirtschaft auf 46 T€ sowie 6 € zur Förderung im Rahmen des Berufsvorbereitungsjahres (BVJ) an der Julius-Wegeler-Schule. Aufgrund von Stellenvakanzen waren anteilig Fördermittel zurückzuzahlen. Im Einzelnen betroffen war die Förderung der Schulsozialarbeit im Rahmen des BVJ an der Julius-Wegeler-Schule mit 1 T€ und die Förderung an der BBS Wirtschaft mit 13 T€. Zur Durchführung wurden insgesamt Mittel i.H.v. 818 T€ verausgabt.

  Für die Umsetzung der **Sommerakademie** war ebenfalls ein Zwischenverwendungsnachweis zu prüfen. Die Sommerakademie beinhaltet die Umsetzung Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III. Die Maßnahme führt ein Drittanbieter in Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit durch. Lediglich die Fördermittel der Bundesagentur für Arbeit sind durch das städtische Jugendamt zu beantragen und nach Erhalt 1:1 weiterzuleiten. Für die Kosten, welche die Zuwendung der Bundesagentur übersteigen, werden durch den durchführenden

Drittanbieter Finanzmittel von Stiftungen etc. generiert. Den Zwischennachweis lagen Ausgaben von 121 T€ zugrunde.

Ferner erfolgt in diesem Produkt die Prüfung der **summarischen Abrechnung gem. § 26 des Landesgesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AGKJHG)** Rheinland-Pfalz sowie die Abrechnung der **Innovationstitel.** Die summarische Abrechnung erfolgt mittels vorgegeben Schlüsseln, denen die einzelnen Hilfeleistungen zugeordnet sind. Die Prüfung umfasste ein Finanzvolumen von 16,7 Mio. €.

Die v.g. Prüfungen führten zu **keinen Beanstandungen,** sodass die erforderlichen Testate erteilt werden konnten.

- Im Berichtsjahr wurde innerhalb des **Produktes 3661 Einrichtungen der Jugendarbeit** der Verwendungsnachweis „Woche der Kinderrechte“ geprüft. Die Umsetzung beinhaltet jährlich ein Projekt, welches durch künstlerische Gestaltung eines Ortes auf die Kinderrechte aufmerksam machen soll. Die Kosten für die Umsetzung beliefen sich auf 7 T€. Für die Finanzierung
  wurde ein Landeszuschuss von 2.600 € gewährt. Die Prüfung des Verwendungsnachweises führte zu **keinen Beanstandungen.**

## ☐ Prüfung der Verwahrpartner

Auch im Berichtsjahr 2023 wurde der Bestand, der auf den Verwahrpartnern des Amtes 50 „geparkten“ Zahlungseingänge durch das Rechnungsprüfungsamt gesichtet. Aufgrund der Tatsache, dass nicht nur die Anzahl der offenen Posten bzw. die Summen ein abschließendes Urteil zulassen, wurde die Darstellung um die jeweiligen Verzugstage erweitert.

Zu **Beginn des Jahres 2023** wiesen die Verwahrpartner folgende Bestände auf:

| Verwahrpartner | Bezeichnung | Anzahl offene Posten | Summe | Verzugstage (VT) |
|---|---|---|---|---|
| 1000042 | Amt 50.3 | 11 | 1.313,00 € | 692 |
| 1000067 | Amt 50 allgemein | 264 | 2.351.929,54* | 36.637 |
| 1254147 | Wirtschaftliche Jugendhilfe | 18 | 29.621,23 € | 786 |
| 1500074 | LDI | 5 | 5.927,21 € | 176 |
| 1254148 | Tagespflege | 4 | 7.706,00 € | 4.427 |
| 1528193 | SGB Ukraine | 21 | 13.109,78 € | 3.589 |
| **Gesamt** | | **323** | **57.677,22 €** | **46.307** |
| | | | **./. Anzahl Positionen** | **323** |
| | | | **durchschn. VT** | **143** |

*Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass der Verwahrpartner 1000067 zum Erhebungszeitpunkt eine Erstattung i.H.v. 1.757.097,12 €, die am 27.12.2022 eingegangen ist, beinhaltete. Die Summe des Verwahrpartners ohne diesen Einzelfall belief sich somit auf 594.832,42 €.

Aufgrund der steigenden Fallzahlen (Stand 21.03.2023 = 372 Posten) monierte die Rechnungsprüfung mit Schreiben vom 24.03.2023 erneut die große Anzahl der ungeklärten Zahlungseingänge auf den Verwahrpartnern. Der Verwahrpartner „1500074“ wurde zu Beginn der Aufzeichnung im Jahr 2022 nicht ausgewertet, da eine Zuordnung zu Amt 50 durch die Bezeichnung „LDI“ nicht erkennbar war. Die Aufnahme in die Auswertung erfolgte erst im Jahr 2024. Hieraus resultieren die Abweichungen zwischen den Fallzahlen im Schlussbericht 2022.

Zum **Ablauf des Berichtsjahres** wiesen die o.g. Verwahrpartner folgende Bestände auf:

| Verwahrpartner | Bezeichnung | Anzahl offene Posten | Summe | Verzugstage (VT) |
|---|---|---|---|---|
| 1000042 | Amt 50.3 | 32 | 2.644,00 € | 3.208 |
| 1000067 | Amt 50 allgemein | 275 | 623.937,65 € | 35.015 |
| 1254147 | Wirtschaftliche Jugendhilfe | 42 | 14.223,52 € | 4.541 |
| 1500074 | LDI | 16 | 10.029,20 € | 1.383 |
| 1254148 | Tagespflege | 6 | 558.368,11 € | 4.460 |
| 1528193 | SGB Ukraine | 0 | 0,00 € | 0 |
| **Gesamt** | | **371** | **1.209.202,48 €** | **48.607** |
| | | | **./. Anzahl Positionen** | **371** |
| | | | **durchschn. VT** | **131** |

Anzumerken ist hier jedoch, dass auf dem Verwahrpartner 1500074 am 29.12.2023 ein Zahlungseingang i.H.v. 552.440,90 € gebucht wurde. Die Summe auf dem Verwahrpartner ohne den zu vorgenannten Einzelfall belief sich somit auf 5.927,21 € (vgl. Stichtag 03.01.2023).

Erfreulicherweise ist eine **geringfügige Reduzierung der durchschnittlichen Verzugstage** zu verzeichnen. Aus Sicht der Rechnungsprüfung sollte eine weitere Reduzierung, insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Ämtertrennung zum 01.01.2025, angestrebt werden. Das Rechnungsprüfungsamt wird die Thematik in Zusammenarbeit mit der Stadtkasse und der Finanzbuchhaltung daher weiterhin beobachten und ggf. tätig werden.

## ☐ IT-Prüfung der Fachsoftware GeDok5

Der Rechnungsprüfung obliegt nach § 112 Abs. 1 S. 1 Ziff. 7 GemO die Pflichtaufgabe zur Kontrolle, ob die bei der Finanzbuchhaltung der Kommune und ihrer Sondervermögen eingesetzten automatisierten Datenverarbeitungsprogramme vor ihrer Anwendung in ausreichendem Maße geprüft wurden.

Von dieser Prüfungsverpflichtung werden alle Programme für die automatisierte Datenverarbeitung umfasst, soweit sie unmittelbare Auswirkungen auf die Rechnungssysteme der Finanzbuchhaltung haben. Die Programme **müssen** vor ihrer ersten Anwendung **sowie** vor der Anwendung nach erfolgten Änderungen geprüft werden.

Der Prüfungspflicht unterliegen zunächst alle in der Finanzbuchhaltung selbst eingesetzten Programme. Darüber hinaus fallen auch alle außerhalb der Finanzbuchhaltung eingesetzten Zulieferprogramme unter die Prüfungspflicht, soweit mit deren Hilfe Ansprüche und Verpflichtungen der Gemeinde ermittelt werden und die unmittelbar zur Weiterverarbeitung von Daten in der Finanzbuchhaltung notwendig sind oder dem Nachweis von Aufwendungen und Erträgen bzw. Einzahlungen und Auszahlungen dienen.

Im Berichtsjahr wurde seitens der Rechnungsprüfung die Einführung und Umsetzung durch das Fachamt und die weiteren beteiligten Stellen (Finanzbuchhaltung, KGRZ, Stadtkasse) betreffend die **Ausgabeschnittstelle** begleitet. Das Projekt konnte seitens des Fachamtes jedoch noch nicht abgeschlossen werden. Das Freigabeverfahren konnte daher im Jahr 2023 ebenfalls noch nicht abgeschlossen werden. Über den Fortgang des Verfahrens wird im nächsten Schlussbericht informiert.

Laut Mitteilung des Fachamtes ist auch eine zeitnahe Umsetzung der **Einnahmeschnittstelle** nach Abschluss des Verfahrens für die Ausgabeschnittstelle geplant.

## ☐ Prüfung „Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“

Nach § 112 GemO obliegen der Rechnungsprüfung pflichtmäßige sowie fakultative Prüfungsaufgaben. Im Rahmen dieses gesetzlichen Prüfungsauftrages erfolgte im Zeitraum **26.01.2023 bis 26.10.2023** die Prüfung der **Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII** (ohne Hilfeempfänger aus der Ukraine – 67 Fälle - und in besonderen Wohnformen – 69 Fälle) innerhalb des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales (Amt 50).

Hinsichtlich des Prüfergebnisses wird auf den gesondert erstellten Prüfbericht verwiesen.

## ☐ Jugend- und Bürgerzentrum Karthause (JuBüZ)

Im Rahmen einer unvermuteten Kassenprüfung wurden Unstimmigkeiten festgestellt, sodass zunächst dolose Handlungen nicht ausgeschlossen werden konnten. Dies veranlasste die Rechnungsprüfung, die Kalenderjahre 2020 – 2022 detaillierter zu prüfen.

Die Prüfung umfasste die Einnahmen der Getränkegeldkasse, sowie die Einnahmen aus durchgeführten Veranstaltungen und Vermietungen. Es wurde festgestellt, dass keine Anwendung des vorgeschriebenen 4-Augen-Prinzips erfolgte und keine prüfbaren Unterlagen in der Einrichtung vorgehalten wurden. Die Abwicklung der Vermietungen erfolgte weitestgehend plausibel und prüfbar. Hier wurden lediglich kleinere Hinweise hinsichtlich einer transparenteren Umsetzung angeregt, die zwischenzeitlich auch umgesetzt wurden.

Betreffend das fehlende 4-Augen-Prinzip und die fehlende Prüfbarkeit der begründenden Unterlagen hinsichtlich der durchgeführten Veranstaltungen erfolgte eine Besprechung mit den verantwortlichen Akteuren, in der die zukünftige Vorgehensweise erörtert wurde.

Im Ergebnis lässt sich feststellen, dass zwei zusätzliche Handvorschüsse eingerichtet wurden. Hierbei handelt es sich zum einen um einen Handvorschuss als Wechselgeld für die Verkaufserlöse und zum anderen um einen Handvorschuss als Wechselgeld für Veranstaltungen. Die zusätzliche Einrichtung dient der Trennung der verschiedenen Einnahmen je nach Einnahmeart. Aufgrund der Tatsache, dass die Einführung des Barkassenmoduls des KGRZ unwirtschaftlich wäre, wurden zur Dokumentation der Einnahmen den Verantwortlichen Excel-Tabellen, welche die Anwendung des 4-Augen-Prinzips vorsehen, zur Verfügung gestellt. Die vorgenannten Formulare wurden unmittelbar nach Übersendung eingesetzt. Weiterhin wurde aus versicherungsrechtlichen Gründen auf eine zeitnahe Einzahlung der Einnahmen auf das Girokonto der Stadtverwaltung und die Fertigung der dazugehörigen Kontierung hingewiesen.

Die festgestellten Unstimmigkeiten waren primär auf fehlende Strukturen, sowie den erfolgten Personalwechsel zurückzuführen. Im Sinne der Kassensicherheit sollte daher zukünftig auf eine korrekte und vollständige Übergabe der Kassengeschäfte geachtet werden.

Darüber hinaus wurde das Kämmerei- und Steueramt (Amt 20) mit der Klärung des Sachverhaltes hinsichtlich einer möglichen zukünftigen Umsatzsteuerpflicht für die im JuBüZ erzielten Einnahmen beauftragt. Sofern eine Umsatzsteuerpflicht bestehen sollte, ist eine Anpassung der Preise aus Sicht der Rechnungsprüfung zwingend erforderlich.

### ☐ Jugendbegegnungsstätte „Haus Metternich“

Auch hier wurden im Rahmen der unvermuteten Kassenprüfungen Unstimmigkeiten festgestellt, sodass eine detaillierte Prüfung erfolgte. Die Unstimmigkeiten ließen zunächst dolose Handlungen vermuten. Das zunächst nicht auffindbare Tageseinnahmebuch konnte nach Recherchen des neuen Einrichtungsleiters aufgefunden werden und wurde dann im Nachgang der Rechnungsprüfung zur Einsichtnahme und Prüfung vorgelegt.

Die Sichtung des Tageseinnahmebuches führte zu dem Ergebnis, dass keine Übereinstimmung mit der Finanzsoftware MACH bestand. Dies resultierte daraus, dass nicht alle erzielten und dokumentierten Einnahmen abgeführt wurden. Eine entsprechende Nachfrage ergab, dass sich diese Einnahmen in einer weiteren Barkasse im Sicherheitsschrank in der Einrichtung befanden. Die Rechnungsprüfung bat daraufhin um vollständige Auflösung der zusätzlichen Barkasse und unmittelbare Einzahlung der Einnahmen auf das Girokonto der Stadtverwaltung, sowie die Fertigung des erforderlichen Kontierungsbeleges. Ebenfalls erfolgte die Anmerkung, dass die erzielten Einnahmen zukünftig mindestens einmal monatlich einzuzahlen und zu vereinnahmen sind. Sofern größere Beträge im Rahmen von Sonderveranstaltungen erzielt werden, ist hierfür eine Sondereinzahlung vorzunehmen.

Aufgrund der Unwirtschaftlichkeit der Einführung des Barkassenmoduls werden seit dem Berichtsjahr die Einnahmen ebenfalls, analog zur Vorgehensweise im JuBüZ, dokumentiert. Hierdurch ist sichergestellt, dass das 4-Augen-Prinzip Anwendung findet sowie eine Überprüfbarkeit gegeben ist. Die Verfahrensweise für die Einnahmen aus Vermietungen, wurde auf Anregung der Rechnungsprüfung analog zur praktizierten Vorgehensweise im JuBüZ umgestellt. Dies ist insbesondere im Hinblick auf eine transparente und einheitliche Vorgehensweise sinnvoll. Der in der Einrichtung befindliche Quittungsblock ohne städtische Kennzeichnung wurde durch die Rechnungsprüfung eingezogen und an die Stadtkasse weitergeleitet. Die Stadtkasse wurde um Aushändigung eines städtischen Quittungsblockes, mit vorgesehener Nummerierung, gebeten.

Um Dopplungen zu vermeiden, wird hinsichtlich der Ausführungen zu einer möglichen Umsatzsteuerpflicht sowie der Gründe für die Unstimmigkeiten auf die o.g. Ausführungen verwiesen.

## ■ ■ Amt 52 – Sport- und Bäderamt

### ☐ Belegprüfung

Im Berichtsjahr wurden stichprobenartige Belegprüfungen betreffend die Produkte 4211 Förderung des Sports und 4241 Sportstätten und Bäder, durchgeführt. Vereinzelt notwendige Rückfragen konnten lückenlos geklärt werden, sodass die Prüfung auch in diesem Bereich im Ergebnis zu **keinen Beanstandungen** führte.

### ☐ Einführung der Software „Bäder Suite“

Für den Bereich der städtischen Schwimmbäder haben im Berichtsjahr Beratungen über die Einführung der Fachanwendung „Bäder Suite“ stattgefunden. Die Software ist bereits im Jahr 2021 für die Buchung von Zeitslots während der Corona-Pandemie eingeführt worden. Die Rechnungsprüfung hat im Vorjahr bereits auf die Durchführung des notwendigen Freigabeverfahrens hingewiesen. Im Berichtsjahr wurde erneut auf das noch ausstehende Verfahren aufmerksam gemacht.

Perspektivisch wäre ein Einsatz der Software mittels weiterer Module auch für andere Bereiche der Verwaltung, für die Eintrittskarten verkauft werden, möglich.

Bis zum Ablauf des Berichtsjahres wurde das Freigabeverfahren noch nicht angestoßen.

### ☐ Jahresrechnung 2022 der Koblenzer Sportstiftung

Im Berichtsjahr wurde die Jahresrechnung 2022 der Koblenzer Sportstiftung geprüft.

Die Rechnungsprüfung hat die Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie die Vermögensrechnung unter Einbeziehung der Buchführung der Koblenzer Sportstiftung für das Geschäftsjahr 2022 geprüft.

Die Buchführung, die Einnahmen-/Ausgaben-Rechnung sowie die Vermögensrechnung der Stiftung entsprechen den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Rechnungslegung, den gesetzlichen Vorschriften sowie der Stiftungssatzung.

Im Rahmen der Prüfung musste die Jahresrechnung in der Darstellung des gebundenen und nicht gebundenen Stiftungsvermögens korrigiert werden.

Die Prüfung hat im Ergebnis zu **keinen Einwendungen** geführt.

### ☐ Prüfung von Verwendungsnachweisen

| Verwendungsnachweis | Abrechnungs-summe (€) | Ergebnis |
|---|---|---|
| Modernisierung Flutlichtanlage auf LED auf den Sportplätzen Kesselheim & Lay | 82.689 | Rechnerische Richtigkeit |
| Umrüstung der Flutlichter auf LED auf den Sportplätzen Karthause und Niederberg | 77.952 | Rechnerische Richtigkeit |

Die Prüfung der Verwendungsnachweise führte zu **keinen Beanstandungen**.

Im Berichtsjahr wurden die Flutlichtanlagen der Sportplätze in den Stadtteilen Kesselheim, Lay Karthause und Niederberg auf moderne, energiesparende LED-Technik umgerüstet. Die vorgelegten Rechnungen sind vollständig und die Zahlungen wurden lückenlos anhand Zahlungsanweisungen und Kontoauszügen belegt. Die Aufwendungen der Maßnahmen entfallen wie folgt auf die Stadtteile:

- Kesselheim: 40.394 €
- Lay: 42.474 €
- Karthause: 37.799 €
- Niederberg: 40.153 €.

## ■ ■ Amt 61 – Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung

### ☐ Prüfung Verwendungsnachweis

In 2023 wurde der zur Schlussabrechnung bei der ADD vorzulegende Verwendungsnachweis der Maßnahme **Entwicklungsgebiet Güterverkehrszentrum A 61** geprüft.

Die Maßnahme wurde im Rahmen des Förderungsprogramms „**Städtebauliche Erneuerung**“ bezuschusst und in einem Projekt- und Abrechnungszeitraum von 1992 bis 2021 umgesetzt. Die durch die Rechnungsprüfung erfolgte rechnerische Prüfung

der Schlussabrechnung führte zu **keinen Beanstandungen**. Der Verwendungsnachweise wird derzeit noch durch die zuständigen Landesbehörden geprüft, ein dortiger Maßnamenabschluss ist noch nicht erfolgt.

### ☐ Prüfung Verwendungsnachweis

Im Haushaltsjahr 2023 wurde der Verwendungsnachweis „**Städtisches Logistikkonzept“** über eine Zuwendung der Bundesanstalt für Verwaltungsdienstleistungen i.H.v. **47.600 €** geprüft. Die durch die Rechnungsprüfung erfolgte Prüfung führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ■ ■ Amt 65 – Zentrales Gebäudemanagement

### ☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst auch die Teilnahme an Abnahmen. Anzumerken ist, dass die Baubetreuung und i.d.R. auch die Bauleitung für städtische Maßnahmen im Rahmen der Gebäudeunterhaltung sowie im Bereich investiver Gebäudeprojekte vom technischen Gebäudemanagement durchgeführt wurden.

Die vom Amt durchgeführten Gewährleistungsabnahmen an bestehenden Projekten wurden teilweise durch die Rechnungsprüfung begleitet. Es ergaben sich nach der Mängelbeseitigung in einigen Fällen keine weiteren Beanstandungen. In einigen wenigen Fällen erfolgte die Vorlage der Abnahmevordrucke erst nach Ablauf der Gewährleistungsfrist, ein Schaden ist der Stadt hierdurch nicht entstanden.

## ■ ■ Amt 66 – Tiefbauamt

### ☐ Prüfung der Straßenbewirtschaftung

Die Rechnungsprüfung hat im Berichtsjahr eine Prüfung der Straßenbewirtschaftung durch das Tiefbauamt und dem Kommunalen Servicebetrieb Koblenz (EB 70) durchgeführt. Der Prüfungsgegenstand richtete sich auf die Betrachtung der Regelungen hinsichtlich der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung beider Organisationseinheiten vor dem Hintergrund neuerer Entwicklungen zum Projekt „Masterplan Straße“ sowie die Abgrenzung von Erhaltungsaufwand und Herstellungsaufwand zur Gewährleistung eines zutreffenden Vermögensausweises im Straßennetz.

Die Rechnungsprüfung stellte hierbei u.a. fest, dass unter der Annahme einer unveränderten Vorgehensweise in der Straßenbewirtschaftung der Wert des städtischen Straßenvermögens über einen Zeitraum von 20 Jahren gegen Null tendieren wird. Für den Erhalt des Straßenvermögens rückt die Leistungserstellung in der Straßenbewirtschaftung in den Fokus der Betrachtung. Daher ist die Haushaltsplanung so zu optimieren, dass Aufwendungen für investive Maßnahmen als solche erkannt und geplant werden. Zwar bestehen Ansatzpunkte für die Abgrenzung von Investitionen und Instandhaltungen. Die Rechnungsprüfung regt die Aktualisierung der stadteigenen Regelungen und Zusammenfassung in einer Aktivierungsrichtlinie an. In dieser sollten innerhalb der bestehenden gesetzlichen Vorgaben einheitliche Regelungen getroffen werden, wie eine Abgrenzung zwischen investiven und konsumtiven Maßnahmen vorzunehmen ist.

Die sich aus der Stichprobenprüfung von Straßenbaumaßnahmen ergebenden Erkenntnisse zeigen mögliche Ansatzpunkte einer Neuregelung der bestehenden Organisationsverfügung, die unter Federführung des Amtes 10 in Abstimmung mit Amt 66 und EB 70 vorzunehmen wäre, auf. Durch die zu begrüßenden Entwicklungen im Zusammenhang mit dem strategischen Straßenerhaltungssystem „Masterplan Straße“ sieht die Rechnungsprüfung einen Anlass, die bisherige Organisationsverfügung entsprechend zu modifizieren, damit die sich ggf. ergebenden Notwendigkeiten ihren Niederschlag in einem aktualisierten organisatorischen Regelwerk finden.

Für weitere Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen aus dieser Prüfung wird auf den detaillierten Prüfbericht verwiesen.

## ☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst auch die Teilnahme an Abnahmen. Anzumerken ist, dass die vom Tiefbauamt durchgeführten Gewährleistungsabnahmen überwiegend durch die Rechnungsprüfung begleitet wurden.

| **Abnahme** | **Betrag* (€)** | **Ergebnis** |
|---|---|---|
| Europabrücke FR Nord, Instandsetzung Brückenentwässerung | 27.521 | keine Beanstandung |
| Neubau Schilderbrücke N903 Mayener Straße | keine | Mängel festgestellt |
| Plankenweg, Straßen- und Tiefbauarbeiten | 31.322 | Mängel festgestellt |
| Gewerbegebiet Josef-Funken-Straße, Los 1 Straßenbau | 21.918 | Mängel festgestellt |
| Querungshilfe KiTa Asterstein | 6.461 | keine Beanstandung |
| Emser Straße 2.BA, Collgasse bis Lahnstein, Straßenbauarbeiten | 27.799 | Mängel festgestellt |
| Zaunheimer Straße, Stichstraßen 1 und 2 | 16.335 | Mängel festgestellt |
| Neubau Schilderbrücke N904 Am Berg | 0 | Mängel festgestellt |

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Bis auf bei der Maßnahme Zaunheimer Straße festgestellten Mängel wurden gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.

## ☐ Prüfung von Verwendungsnachweisen

| **Verwendungsnachweis** | **Abrechnungs-summe (€)** | **Ergebnis** |
|---|---|---|
| Neubau eines Kreisverkehrsplatzes L27 Arenberger Str. / Friesenstraße in Niederberg | 1.887.939 | Rechnerische Richtigkeit |
| Verkehrszeichenbrücke Falkenstein Kaserne | 556.758 | Rechnerische Richtigkeit |
| Verkehrszeichenbrücke Langemarckplatz | 207.651 | Rechnerische Richtigkeit |

Die Prüfung der Verwendungsnachweise führte zu **keinen Beanstandungen**.

## ■ ■ EB 83 – Rhein-Mosel-Halle

### ☐ Prüfung von Verwendungsnachweisen

Für die zahlreichen Kulturveranstaltungen (z.B. GauklerFestung, Weltkulturfestival Horizonte, Koblenzer Mendelssohntage etc.), für die Landesmittel als Zuwendung zur Verfügung gestellt werden, führt die Rechnungsprüfung eine Prüfung der erstellten Verwendungsnachweise durch. Aufgrund der Pandemie konnten zahlreiche Veranstaltungen nicht wie in gewohnter Art und Weise durchgeführt werden.

Da sich die Qualität der Verwendungsnachweise bei einzelnen Veranstaltungen, insb. dem Weltkulturfestival „Horizonte“, im Zeitablauf zunehmend verschlechterte, wurde für diese die vollumfängliche Testierung der ordnungsgemäßen, wirtschaftlichen und sachentsprechenden Verwendung der Mittel verweigert und lediglich eine rechnerische Richtigkeitsbestätigung ausgestellt. Die Beanstandungen beziehen sich insb. auf eine intransparente Auftragserteilung, Zweifel an der Begründetheit von Aufwandspositionen sowie nicht nachvollziehbare Belege bei den Einnahmen.

Die Umsetzung von Lösungen zur Beseitigung der Beanstandungen zeigen zwischenzeitlich Fortschritte, die sich insb. auf die Nachvollziehbarkeit der rechnungsbegründen Unterlagen beziehen. Dennoch konnte nicht für alle Verwendungsnachweise eine vollumfängliche Testierung vorgenommen werden.

## ■ ■ EB 67 – Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen

### ☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst auch die Teilnahme an Abnahmen. Anzumerken ist, dass die vom Eigenbetrieb durchgeführten Gewährleistungsabnahmen teilweise durch die Rechnungsprüfung begleitet wurden.

| **Abnahme** | **Betrag* (€)** | **Ergebnis** |
|---|---|---|
| Kleinspielfeld Lützel, Weinbergstraße, Landschaftsbauarbeiten | 4.226 | Mängel festgestellt |
| Außenanlage Kindertagesstätte Asterstein, Landschaftsbauarbeiten | 17.490 | keine Beanstandung |
| Großfestung Koblenz, Feste Franz u. Fort Asterstein, Landschaftsbauarbeiten | 44.411 | Mängel festgestellt |
| Kita am Löwentor, Karthause, Landschaftsbauarbeiten | 31.400 | Mängel festgestellt |

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Bis auf bei der Maßnahme Großfestung Koblenz, Feste Franz u. Fort Asterstein festgestellten Mängel wurden gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.

# ■ ■ EB 70 – Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

## ☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst auch die Teilnahme an Abnahmen. Anzumerken ist, dass die vom Eigenbetrieb durchgeführten Gewährleistungsabnahmen teilweise durch die Rechnungsprüfung begleitet wurden. Bei den Maßnahmen handelt e sich um Fräs- und Deckenarbeiten aus den Jahren 2021und 2022.

| Abnahme | Betrag* (€) | Ergebnis |
|---|---|---|
| Peter-Altmeier-Ufer | 116.039 | keine Beanstandung |
| Hüberlingsweg | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Alte Heerstraße (B42-Von-Galen-Str.) | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Im Keitenberg | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Antoniusstraße, Elisemstraße | 116.039 | keine Beanstandung |
| Radweg Beatusstraße | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Kolpingstraße | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Peter-Altmeier-Ufer Rep. EB85 | 116.039 | keine Beanstandung |
| Mendelsonstraße | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Rampe Horchheimer Brücke, Fuß- u. Radweg | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Neuendorfer Weg und Hauptstraße | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Emser Straße (Am Hof bis Fährgasse) | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Im Wingert | 116.039 | keine Beanstandung |
| August-Borsing-Straße | 116.039 | keine Beanstandung |
| Andernacher Straße | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Mühlackerweg | 116.039 | keine Beanstandung |
| Gulisastraße (Wi-weg bis Stadtgrenze) | 116.039 | keine Beanstandung |
| Kilianstraße K12 (zw. Rübenach u. Bubenheim) | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Am Ufer für EB67 (Schartwiesenweg) | 116.039 | keine Beanstandung |
| Moselufer B49 (Kempferhofweg bis Bahnbrücke) | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Blindtal | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Beatusstraße | 116.039 | Mängel festgestellt |
| Hohenminnenstraße (komplett) | 116.039 | keine Beanstandung |
| Casinostraße (Schlossstraße bis Friedrich-Ebert-Ring) | 116.039 | keine Beanstandung |
| Sauerbornstraße | 116.039 | keine Beanstandung |

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung. Bei gleichlautenden Beträgen handelt es um zwei Verträge für die Fräs-/Deckenarbeiten aus den Jahren 2020/21 und 2021/22, die aus mehreren Einzelmaßnahmen bestanden.

Bis auf drei Maßnahmen (Kilianstraße K12, Moselufer B49 u. Beatusstraße) wurden alle festgestellten Mängel gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt.

# ■ ■ EB 85 – Stadtentwässerung

## ☐ Teilnahme an Abnahmen

Die Prüfungstätigkeit der technischen Abteilung des Rechnungsprüfungsamtes umfasst auch die Teilnahme an Abnahmen. Anzumerken ist, dass die vom Eigenbetrieb durchgeführten Gewährleistungsabnahmen teilweise durch die Rechnungsprüfung begleitet wurden.

| **Abnahme** | **Betrag* (€)** | **Ergebnis** |
|---|---|---|
| Rheinau/Beethovenplatz , Kanalerneuerung und Oberfläche | 9.096 | Mängel festgestellt |
| Erweiterung DLZ Gewerbe- und Technologiepark, Planstarße B4, Kanalerneuerung und Oberfläche | 10.865 | Mängel festgestellt |
| Kanalerneuerung Moltkestraße, Kanal- und Oberflächenarbeiten | 7.270 | Mängel festgestellt |
| Kanalerneuerung Arenberger Straße 1.BA | 10.661 | Mängel festgestellt |
| Am Asterstein (Lindenallee 1.BA), Kanal- und Deckenarbeiten | 21.089 | Mängel festgestellt |
| Kanalsanierung Mayener Str. 3. BA in geschlossener Bauweise | 4.297 | keine Beanstandung |
| Lerchenweg 2. BA, Kanal- und Oberflächenarbeiten | 7.214 | keine Beanstandung |
| Konrad-Adenauer-Ufer 2. BA, Kanalsanierung in geschlossener Bauweise | 17.805 | keine Beanstandung |
| Gewerbegebiet Josef-Funken-Straße, Los 2 Hauptkanal- und Hausanschlussarbeiten | 39.332 | Mängel festgestellt |
| Trierer Straße, Kanal- und Straßenbau | 83.190 | Mängel festgestellt |
| Kanalsanierung Eichenweg in geschlossener Bauweise | 1.276 | keine Beanstandung |
| Kanalsanierung Birkenweg in geschlossener Bauweise | 793 | keine Beanstandung |
| Lerchenweg 1. BA, Kanal- und Oberflächenarbeiten | 4.337 | keine Beanstandung |
| Roonstraße, Kanal- und Oberflächenarbeiten | 4.596 | keine Beanstandung |
| Altlöhrtor, Kanalsanierung in geschlossener Bauweise | 6.118 | keine Beanstandung |
| Lindenallee, Kanalsanierung in geschlossener Bauweise | 3.267 | Mängel festgestellt |
| Kanalsanierung Emser Straße | 18.686 | keine Beanstandung |
| Kanalsanierung Plankenweg | 3.386 | keine Beanstandung |
| Kanalsanierung Mayener Straße 2. BA | 30.083 | keine Beanstandung |
| Schleider Bach 1.BA, Oberfläche Kreuzungsbereich | 20.627 | Mängel festgestellt |
| Sanierung Schmutzwasser WSZ Kesselheim in geschlossener Bauweise | 13.381 | Mängel festgestellt |

| | | |
|---|---|---|
| Kanalsanierung Alexanderstraße in geschlossener Bauweise | 3.541 | keine Beanstandung |

* Es handelt sich hierbei um eine Sicherheitsleistung

Bis auf drei Maßnahmen wurden alle festgestellten Mängel gem. § 13 Abs. 5 Nr. 1 VOB/B zwischenzeitlich beseitigt. Bei der Maßnahme „Simrock- und Haydnstraße“ wurde die Gewährleistung bis 2026 verlängert. Bei der Maßnahme „Kanalerneuerung Arenberger Straße 1.BA“ wurde die Gewährleistung bis Oktober 2026 verlängert. Die im Jahr 2021 festgestellt Mängel der Maßnahme Kanal- und Straßenbau Mauritiusstraße wurde ebenfalls im Jahr 2023 beseitigt.

# Kapitel 6

## Prüfungsergebnis

Die Rechnungsprüfung hat die ihr nach § 112 GemO neben der Prüfung des Jahresabschlusses obliegenden pflichtmäßigen sowie fakultativen Prüfungsaufgaben im Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023 der Stadt Koblenz durchgeführt.

Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über die vorschriftsmäßige Haushaltsführung, über die Zahlungsabwicklung anhand regelmäßiger und unvermuteter Kassenprüfungen, über die Vergabe von Aufträgen sowie über sonstige Prüfungsobjekte, die durch den Oberbürgermeister beauftragt wurden, zu treffen.

Die Prüfung wurde so geplant und durchgeführt, dass wesentliche Unrichtigkeiten und Verstöße mit relevanten Auswirkungen mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen wurden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie potentielle Fehlerquellen berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung wird die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

**Die Prüfungen haben zu den dargestellten Feststellungen geführt.**

In den aufgezeigten Prüfungsgebieten lassen sich für die künftigen Haushaltsjahre produktbezogene Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen ableiten, die in den Ergebnissen dieses Schlussberichtes dargestellt wurden.

Koblenz, den 15. November 2024



Bernd Enkirch

Amtsleiter

## Dezernat 1

| Teilhaushalt 01 | Teilhaushalt 03 | Teilhaushalt 04 | Teilhaushalt 11 |
|---|---|---|---|
| **Innere Verwaltung** | **Umwelt** | **Wirtschaft** | **Zentrale Finanz-leistungen** |
| Ämter 01, 02, 03, 04, 07, 08, 09, 10, 14, 20, 21, 30, 48 | Amt 36 | Amt 80 | Amt 20 |
| Ämter 01, 02, 03, 04<br>1111 Verwaltungssteuerung<br>1113 Öffentlichkeitsarbeit<br>1114 Gremien<br>5543 Klimaschutz | 1115 Lokale Agenda 21<br>5374 Abfallrecht<br>5522 Gewässeraufs/Bodenschutz<br>5541 Naturschutz/Landschaftspf.<br>5611 Umweltschutzmaßnahmen | Amt 80<br>5118 BUGA 2029<br>5711 Kommunale Wirtschaftsförderung | 6111 Steuern, Allg. Zuweis.+Umlag.<br>6121 Sonst. Allg. Finanzwirtschaft<br>6129 HH-weite Sonderbuch.sachv.<br>6221 Nichtrechtsfähige Stiftungen<br>6231 Wirtsch. Untern. o. Rechtsfäh.<br>6261 Beiligungen, Anteile,Wertpap. |
| Amt 07<br>1116 Gleichstellung | | | |
| Amt 08<br>1117 Personalvertretung | | | |
| Amt 09<br>1149 Zentrale Vergabestelle | | | |
| Amt 10<br>1121 Personalwirtschaft<br>1122 Personalentwicklung / BeGeMa<br>1131 Organisation<br>1145 Zentrale Dienste<br>1146 Versicherungen<br>1211 Statistik<br>1226 Schiedsamt<br>3516 Sozialversicherungsangelegenheiten<br>5222 Mietspiegel<br>5360 Versorg.mit technisch. Informations- + Telekommunikationsinfrastruktur | | | |
| Amt 14<br>1181 Rechnungsprüfung | | | |
| Amt 20<br>1161 Finanzverwaltung | | | |
| Amt 21<br>1162 Zahlungsabwicklung/Vollstreckung | | | |
| Amt 30<br>1191 Recht | | | |
| Amt 48<br>2313 Kommunales Studieninstitut | | | |

## Dezernat 2

| Teilhaushalt 02 | Teilhaushalt 05 | Teilhaushalt 06 | Teilhaushalt 07 |
|---|---|---|---|
| **Bürgerdienste** | **Sicherheit und Ordnung** | **Soziales und Jugend** | **Sport** |
| Amt 34 | Ämter 31, 37 | Amt 50 | Amt 52 |
| Amt 34<br>1223 Bürgerservice<br>1227 Personenstandswesen und son. Beurkundungen | Amt 31<br>1118 Migration und Integration<br>1212 Wahlen<br>1221 Sicherheit und Ordnung<br>1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl<br>1231 Verkehrsüberwachung<br>1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen<br>1241 Veterinärwesen/Lebensmittelüberw./Tierschutz<br>5732 Märkte, Kirmesse | 3111 Grundversorgung u. Hilfen gem. SGB XII<br>3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende ( SGB II )<br>3122 Leistungen zur Sicherung d. Lebensunterhalt ( SGB II )<br>3131 Hilfen für Asylbewerber<br>3141 Soziale Einrichtungen<br>3161 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation<br>3162 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben<br>3163 Leistungen zur Teilhabe an Bildung<br>3164 Leistungen zur Sozialen Teilhabe<br>3169 Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe<br>3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege<br>3411 Unterhaltsvorschussleistungen<br>3431 Betreuungsleistungen<br>3511 Sonstige Soziale Hilfen und Leistungen<br>3521 Bildung und Teilhabe<br>3611 Förderung von Kindern in Tageseinricht./Tagespflege<br>3621 Jugendarbeit<br>3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- u. Fam.hilfe<br>3641 Jugendhilfeplanung<br>3651 Tageseinrichtungen für Kinder<br>3655 Förderung anderer Träger<br>3661 Einrichtungen der Jugendarbeit | 4211 Förderung des Sports<br>4241 Sportstätten und Bäder |
| | Amt 37<br>1261 Brandschutz<br>1262 Leitstelle<br>1281 Zivil- u. Katastrophenschutz | | |

## Dezernat 3

### Teilhaushalt 08

**Schulen**

Amt 40.1

Amt 40.1
2012 Allgemeine Schulverwaltung
2111 Grundschulen
2151 Realschulen plus
2171 Gymnasien
2181 Integrierte Gesamtschule
2211 Förderschulen
2311 Berufsbildende Schulen
2411 Schülerbeförderung
2431 Schulartübergreifende Maßnahmen

### Teilhaushalt 09

**Kultur**

Ämter 40.2, 42, 43, 44, 45, 46, 47

Amt 40.2
2621 Musikpflege
2811 Heimat- und Kulturpflege
2911 Förderung Kirchen-u. sonst. Religionsgemeinschaften

Amt 42
2721 Stadtbibliothek

Amt 43
2711 Volkshochschule

Amt 44
2631 Musikschule

Amt 45
2511 Mittelrhein-Museum
2512 Ludwig-Museum

Amt 46
2611 Stadttheater

Amt 47
2522 Stadtarchiv

## Dezernat 4

### Teilhaushalt 10

**Bauen, Wohnen und Verkehr**

Ämter 61, 62, 65, 66 + EB 67

Amt 61
1143 Ausgleichsflächen
5111 Räumliche Planungs-u. Entwicklungsmaßnahmen
5211 Bau- und Grundstücksordnung
5221 Wohnungsbauförderung
5231 Denkmalschutz- und pflege
5471 ÖPNV

Amt 62
1142 Liegenschaften
5112 Geoinformation
5113 Grundstückswertermittlung
5551 Kommunaler Forstbetrieb

Amt 65
1144 Zentrales Gebäudemanagement

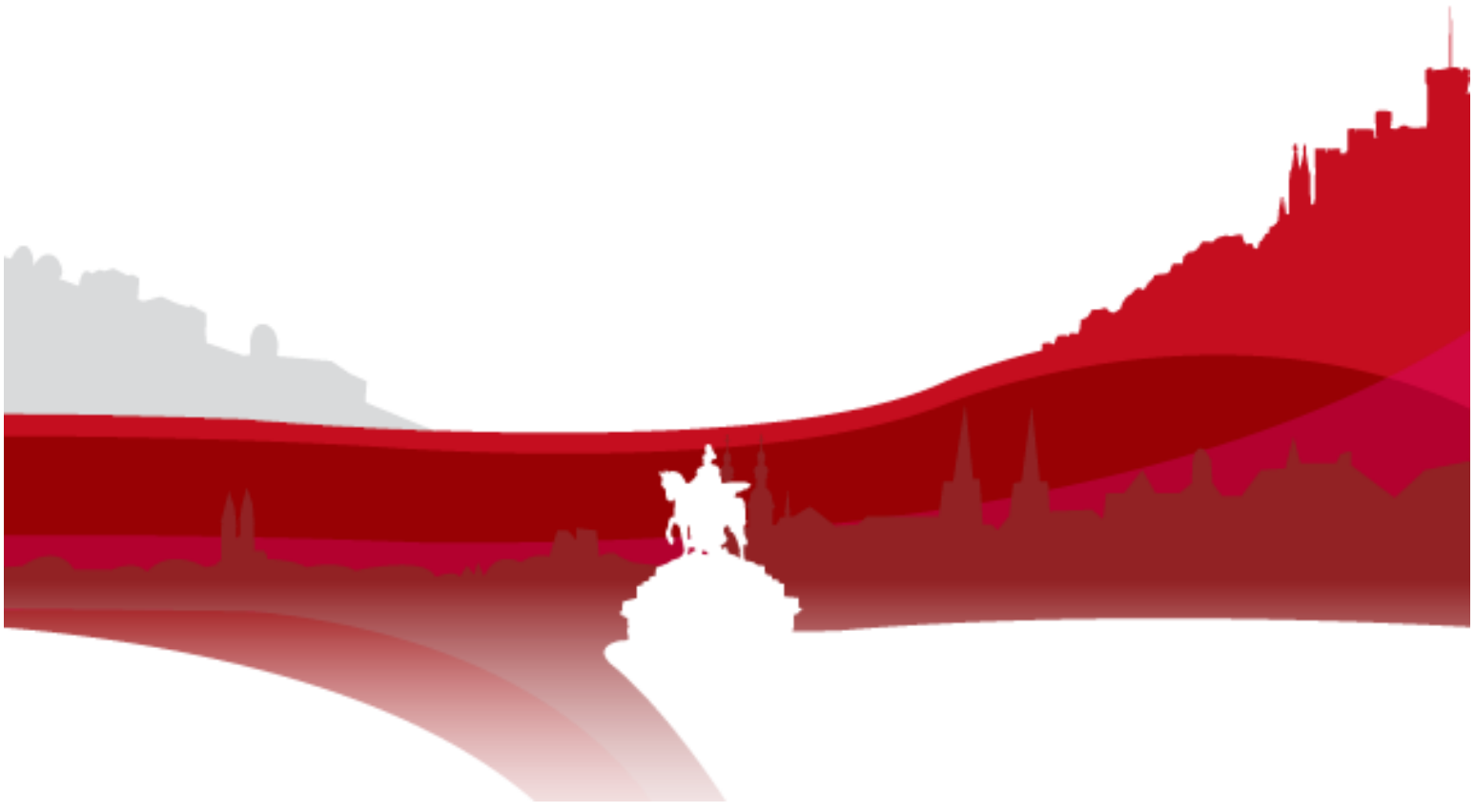
Amt 66
1233 Straßenverkehrsbehörde
5411 Gemeindestraßen
5419 Ingenieurbauwerke Gemeindestraßen
5421 Kreisstraßen
5429 Ingenieurbauwerke Kreisstraßen
5431 Landesstraßen
5439 Ingenieurbauwerke Landesstraßen
5441 Bundesstraßen
5449 Ingenieurbauwerke Bundesstraßen
5461 Parkeinrichtungen
5521 Gewässerunterhaltung

EB 67
5511 Öffentliches Grün

KOBLENZ
VERBINDET.

Rechnungsprüfungsamt


| | |
|---|---|
| **Hausanschrift:** | **Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz** |
| **Postanschrift:** | **Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz** |
| **Telefon:** | **0261 / 129-1452** |
| **Fax.:** | **0261 / 129-1450** |
| **Email:** | **rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de** |

# Unterrichtungsvorlage

| | | |
|---|---|---|
| Vorlage: **UV/0319/2024** | | Datum: 20.11.2024 |
| **Dezernat 1** | | |
| Verfasser: | 14-Rechnungsprüfungsamt | Az.: |
| **Betreff:**<br>**Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2022** | | |
| Gremienweg: | | |

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 11.12.2024 | Rechnungsprüfungsausschuss | | einstimmig | | mehrheitl. | | ohne BE |
| | | | abgelehnt | | Kenntnis | | abgesetzt |
| | | | verwiesen | | vertagt | | geändert |
| | TOP öffentlich | | Enthaltungen | | Gegenstimmen | | |

**Unterrichtung:**

Nach § 110 GemO i. V. m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022 der Stadt Koblenz.

Nach § 112 Abs. 7 GemO fasst der Rechnungsprüfungsausschuss die Ergebnisse dieser Prüfung in einem Prüfbericht zusammen.

Vor Abgabe des Berichtes an den Stadtrat, ist gem. § 113 Abs. 4 GemO dem Oberbürgermeister Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Ergebnis der Prüfung zu geben.

Die Verwaltung hat hiervon in der Stellungnahme Gebrauch gemacht.

**Anlagen:**

Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsausschusses zum Jahresabschluss 2022

(Die Anlage ist im Ratsinformationssystem einsehbar.)

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

keine

TOP Ö 1

KOBLENZ
VERBINDET.

Der Oberbürgermeister

Stadtverwaltung Koblenz – Amt 20 - Postfach 201551 - 56015 Koblenz

Rechnungsprüfungsausschuss
zu Hd. Herrn Vorsitzenden
Marius Jakob

im Hause

Rechnungsprüfungsamt eingegangen
02. Dez. 2024

Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

27.11.2024

Ansprechpartner/in:
Stefan Krämer
Kämmerei und Steueramt
stefan.kraemer@
stadt.koblenz.de

Fon: 0261 129 - 1446
Fon zentral: 0261 129 - 0
Fon zentral aus Koblenz: 115
Fax: 0261 129 - 2050

www.koblenz.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
20

**Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31.12.2022**

Sehr geehrter Herr Jakob,

im Namen des Stadtvorstandes bedanke ich mich für die Übersendung des Berichtes des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 sowie die Möglichkeit der Stellungnahme nach § 113 Abs. 4 GemO i. V. m. Ziffer 2.3 der VV zu § 113 GemO.

Zu der nachfolgenden Feststellung im Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses nehme ich gerne wie folgt Stellung:

**2.2 – Unregelmäßigkeiten, Seite 10 f.**

*„Der Rechnungsprüfungsausschuss erwartet, dass alle Beteiligten intensiv dazu beitragen, dass die gesetzliche Vorgabe – Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30.06. des Folgejahres – eingehalten wird, und fordert zum wiederholten Mal, dass zumindest die Vorlage der zukünftigen Jahresabschlüsse deutlich zeitnäher erfolgt. Im Hinblick auf das unverändert bestehende Monitum fordert der Rechnungsprüfungsausschuss daher erneut, konkrete Maßnahmen für eine fristgerechte Erstellung der Jahresabschlüsse und Gesamtabschlüsse zu treffen. Anmerkung: Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hat der*

*Rechnungsprüfungsausschuss positiv zur Kenntnis genommen, dass erstmals seit der Einführung der Doppik in 2009 eine fristgerechte Erstellung des Jahresabschlusses für den Etat 2023 durch die Gesamtverwaltung erreicht wurde."*

Es ist das Ziel der Verwaltung, die Terminsituation im Jahresabschluss nachhaltig zu verbessern. Insofern besteht die Absicht, die eingetretene Verzögerung in den folgenden Jahren durch entsprechenden Mehreinsatz der betroffenen Stellen zu reduzieren. Im Vergleich zum Fertigstellungszeitpunkt des Vorjahres wurde in 2022 eine weitere geringfügige Verkürzung der Aufstellungszeit des Jahresabschlusses realisiert. Um eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen, wurde im Laufe des Jahres 2023 zwischen den Ämtern 14/Rechnungsprüfungsamt und 20/Kämmerei und Steueramt eine grundsätzliche Aufbereitung des Jahresabschlussprozesses vorgenommen. Hier erfolgte zunächst eine Prozessaufnahme aller bestehenden Einzeltätigkeiten sowie eine Darstellung aller Zusammenhänge und aufeinander aufbauender Prozesse und Handlungsabfolgen. Anschließend wurde ein idealtypischer Zeitplan für die Fertigstellung aller Einzelprozesse erstellt, deren Einhaltung eine fristgerechte Aufstellung des Jahresabschlusses zum 30. Juni des Haushaltsfolgejahres ermöglicht. In der Folge wurde dieser Zeitplan durch Stadtvorstandsbeschluss für alle Fachdienststellen der Verwaltung für bindend erklärt beginnend ab dem Jahresabschluss 2023. Amt 20/Kämmerei und Steueramt hat auf dieser Grundlage unter regelmäßiger Begleitung durch Amt 14/Rechnungsprüfungsamt die Einhaltung aller Fristen der Einzelprozesse eingefordert und sichergestellt. Im Einvernehmen mit Amt 10/Amt für Personal und Organisation wurde darüber hinaus für die betroffenen Mitarbeitenden der Finanzbuchhaltung bei Amt 20/Kämmerei und Steueramt eine Anordnung dauerhafter Mehrarbeit erwirkt und auch signifikant wahrgenommen. Durch die Summe dieser Maßnahmen bleibt äußerst positiv festzustellen, dass es der Verwaltung erstmals seit Einführung des aktuellen kommunalen Haushaltsrechts gelungen ist, für das Haushaltsjahr 2023 eine Aufstellung des Jahresabschlusses vor Ablauf des 30. Juni 2024 zu erreichen.

Ein weiteres Ergebnis der obigen Aufgabenanalyse ist die Einleitung eines mittelfristigen Prozesses der Optimierung, Verschlankung und Verkürzung der Jahresabschlussprozesse selbst. Die weit überwiegende Zahl dieser Optimierungen bedeuten eine Vorverlagerung von Jahresabschlussprozessen in den Bereich des laufenden Haushaltsvollzuges oder einen kompletten Wegfall bestimmter Einzelprozesse. Auch dies trägt maßgeblich zu einer Verkürzung der Aufstellungsphase bei. So wurden in der Folge bereits Teilprojekte gestartet, um z. B. den Prozess der internen Leistungsverrechnung oder der zu aktivierenden Eigenleistungen zu verändern und zu vereinfachen.

Weitere Zielsetzung der Gesamtverwaltung ist es, die Qualität aller notwendigen Zuarbeiten der Fachämter zu verbessern, um die Zielerreichung ebenfalls signifikant zu erhöhen. In Bezug auf den Jahresabschluss 2022 ist anzumerken, dass weiterhin umfangreiche Nacharbeiten und Korrekturtätigkeiten des aufstellenden Amtes 20/Kämmerei und Steueramt notwendig waren, um die Datenqualität auf dem vorliegenden hohen Niveau zu erhalten, was jedoch die Zeitschiene der Aufstellung negativ beeinflusste. Mit den betroffenen Fachämtern wurden bereits beginnend ab dem Vorjahr Maßnahmen eingeleitet, mit denen eine Qualitätsverbesserung im Rahmen der laufenden Haushaltsplanung und Buchführung erreicht werden soll. Gleiches gilt auch für die Rechnungswesenprozesse und Geschäftsvorfälle mit Bezug zu den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Auch hier fanden bereits seit dem Vorjahr Abstimmungen statt, die eine nachhaltige Verbesserung der Termintreue sowie der Qualität der Geschäftsvorfälle zum Ziel haben. Naturgemäß werden diese Maßnahmen jedoch erst sukzessive in den nächsten Jahren eine positive Wirkung entfalten.

Abschließend freue ich mich festzustellen, dass die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu keinen Einwendungen geführt hat und nach der Beurteilung des Rechnungsprüfungsausschusses der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz vermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

David Langner

KOBLENZ VERBINDET.

TOP Ö 2

# Beschlussvorlage

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vorlage: **BV/0644/2024** | | | | | | | Datum: 20.11.2024 | |
| **Dezernat 1** | | | | | | | | |
| Verfasser: | 14-Rechnungsprüfungsamt | | | | | | Az.: | |
| **Betreff:**<br>**Beschlussfassung über die endgültige Fassung des Schlussberichtes (Revisionsberichtes) des Rechnungsprüfungsausschusses für das Haushaltsjahr 2022** | | | | | | | | |
| Gremienweg: | | | | | | | | |
| 11.12.2024 | Rechnungsprüfungsausschuss<br><br>TOP öffentlich | | einstimmig<br>abgelehnt<br>verwiesen | | mehrheitl.<br>Kenntnis<br>vertagt | | ohne BE<br>abgesetzt<br>geändert | |
| | | | Enthaltungen | | | | Gegenstimmen | |

**Beschlussentwurf:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt den vorliegenden Schlussbericht (Revisionsbericht) über die Prüfungen des Ausschusses für das Haushaltsjahr 2022.

**Begründung:**

Gemäß § 112 Abs. 1 Ziffer 4 bis 7 GemO obliegen dem Rechnungsprüfungsausschuss neben der Prüfung des Jahresabschlusses weitere Aufgaben und Befugnisse im Rahmen der örtlichen Rechnungsprüfung.

**Anlage/n:**

Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses

**Historie:**

Insgesamt befasste sich der Rechnungsprüfungsausschuss an 6 Terminen mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2022, und zwar am 28.08.2024, 11.09.2024, 25.09.2024 (Arbeitskreis Vergabe), 02.10.2024, 06.11.2024 und 11.12.2024.



# Schlussbericht

über die Prüfungen des Rechnungsprüfungs-
ausschusses der Stadt Koblenz
zum Haushalt 2022

Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Koblenz
Wahlperiode 2024 – 2029

# Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| **1.** | **Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen** | **3** |
| 1.1 | Prüfauftrag | 3 |
| 1.2 | Rechtliche Grundlagen | 3 |
| 1.3 | Ablauf des Prüfverfahrens | 3 |
| 1.4 | Prüfungsdurchführung | 4 |
| **2.** | **Prüfungsfeststellungen und Erläuterungen** | **5** |
| 2.1 | Mittagsverpflegung an Ganztagsschulen | 5 |
| 2.2 | Schulbuchausleihe | 5 |
| 2.3 | Entwicklung der Personal- und Beihilfeaufwendungen | 6 |
| 2.4 | Kommunales Investitionsprogramm (KI) 3.0 Kap. 1 und 2<br>- Mittelverwendung /Fördermittelabruf | 7 |
| 2.5 | Produkt 1142 „Liegenschaften“ Implementierung CAFM-Software | 7 |
| 2.6 | Verzögerte Erstellung des Jahresabschlusses 2022 | 8 |
| 2.7 | Prüfungsfeststellungen des „Arbeitskreises Vergabe“ | 8 |
| 2.8 | P 631002 „Neubau Pfaffendorfer Brücke“<br>- zeitnahe Aktivierung der Vermögensgegenstände | 9 |


ENTWURF

# 1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfauftrag

Nach § 112 (1) der Gemeindeordnung (GemO) obliegen dem Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Koblenz neben der Prüfung des Jahresabschlusses weitere Aufgaben wie bspw. die Prüfung, ob die Haushaltswirtschaft vorschriftsmäßig geführt worden ist (§ 112 (1) Ziffer 5 GemO) oder die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Stadt Koblenz nach § 112 (1) Ziffer 6 GemO.

Nach § 112 (7) GemO hat der Rechnungsprüfungsausschuss die Ergebnisse seiner Prüfungen in einem Schlussbericht zusammenzufassen und diesen dem Stadtrat vorzulegen.

## 1.2 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich insbesondere auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit geltenden Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. Seite 133)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 18. Mai 2006, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (GVBl. Seite 409)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. I, S. 120)
- Dienstanweisungen und Arbeitsrichtlinien, die bei der Stadt Koblenz im Rahmen der Einführung der kommunalen Doppik erlassen wurden.

## 1.3 Ablauf des Prüfverfahrens

Unbeschadet seines eigenen Prüfrechts nach § 112 (1) GemO besteht nach der Vorschrift des § 112 (5) GemO für den Rechnungsprüfungsausschuss die Möglichkeit, sich mit Zustimmung des Gemeinderats eines sachverständigen Dritten als Prüfer zu bedienen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und stattdessen eine eigenständige Prüfung vollzogen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss kann nach § 112 (4) GemO die für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Aufklärungen und Nachweise verlangen und die Prüfung nach pflichtgemäßem Ermessen beschränken oder auf die Vorlage einzelner Prüfunterlagen verzichten.

ENTWURF

Als Grundlage der Prüfung für das Jahr 2022 diente der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes nach § 112 (7) GemO, der den Ausschussmitgliedern in der Sitzung am 28.08.2024 vorgestellt wurde.

## 1.4 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit vom 28. August 2024 bis 11. Dezember 2024.
Insgesamt befasste sich der Rechnungsprüfungsausschuss an fünf Terminen mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2022, und zwar am 28.08.2024, 11.09.2024, 02.10.2024, 06.11.2024 und 11.12.2024.
Darüber hinaus tagte der Arbeitskreis „Vergabe“ am 25. September 2024.

Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses haben sich zu einer risikoorientierten Prüfung entschlossen und die Prüfungshandlungen im Hinblick auf die Prüfung der Haushaltsführung, die Zahlungsabwicklung, die Vergaben und die sonstigen Sonderprüfungen auf einzelne, ausgewählte Produkte beschränkt.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses 2022 waren folgende **ordentliche** Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zuständig:

- Vorsitzender: RM Herr Marius Jakob
- Stv. Vorsitzender: RM Herr Dr. Ulrich Kleemann
- Ausschussmitglieder:
  - RM Herr Peter Balmes
  - RM Herr Toni Bündgen
  - AM Herr Marco Degen
  - RM Herr Manfred Diehl
  - AM Herr Andreas Fachinger
  - RM Herr Bert Flöck
  - AM Herr Hubertus Hacke
  - AM Herr Uwe Hüser
  - RM Frau Isabel Michel
  - RM Herr Dr. Thorsten Rudolph
  - RM Herr Philip Rünz
  - RM Frau Monika Sauer
  - AM Herr Bernd Wefelscheid
  - RM Frau Ute Wierschem
  - RM Herr Kevin Wilhelm
  - AM Herr Philipp Zeller

Über das Abschlussergebnis berichtet dieser Prüfungsbericht.

ENTWURF

# 2. Prüfungsfeststellungen und Erläuterungen

## 2.1 Mittagsverpflegung an Schulen

Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 02.10.2024 intensiv mit der Mittagsverpflegung an Koblenzer Ganztagsschulen, den entsprechenden Rechtsgrundlagen, den Erträgen und Aufwendungen sowie der Entwicklung der Teilnehmerzahlen.

Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass das Rechnungsprüfungsamt rückblickend betreffend die Preisentwicklung festgestellt hat, dass

- ► die Kosten für ein Mittagessen deutlich gestiegen und die Elternbeiträge seit 2017/2018 mit monatlich 43,00 Euro zu niedrig bemessen seien,
- ► der Kostendeckungsgrad sich zunehmend verschlechtere,
- ► die geltenden Verträge die Möglichkeit einer Erhöhung pro Schuljahr in Höhe von bis zu 25 % beinhalteten und
- ► der in Koblenz erhobene Elternbeitrag im interkommunalen Vergleich im unteren Bereich liege.

Die Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes für eine Beitragserhöhung wurde ebenfalls vom Ausschuss zur Kenntnis genommen, wonach die maximal mögliche Erhöhung innerhalb der Vertragslaufzeit ausgeschöpft werden sollte. Dies würde eine Erhöhung um 25 Prozent bedeuten, der monatliche Beitrag stiege um 10 Euro auf 53 Euro, was wiederum auf Grundlage der Zahlen des Schuljahres 2022/23 zu einer jährlichen Haushaltsverbesserung von rd. 100.000 Euro beitragen würde.

Neben dem Hinweis an das Kultur- und Schulverwaltungsamt einer regelmäßigen Überprüfung der Preisentwicklung wurde aus der Mitte des Rechnungsprüfungsausschusses angeregt, über längere Vertragslaufzeiten und stärkere Mengenbündelungen bei zukünftigen Ausschreibungen nachzudenken.

## 2.2 Schulbuchausleihe

Die vom Rechnungsprüfungsausschuss erbetene umfassende Information über die Schulbuchausleihe erfolgte durch die Amtsleitung des Kultur- und Schulverwaltungsamtes in der Sitzung am 06.11.2024.
Aufgrund der Darstellung des Gesamtprozesses sowie der vielen ineinandergreifenden Teilprozesse wurde unter anderem die Frage der Schadensfeststellung und -regulierung bei Rückgabe der ausgeliehenen Bücher einer näheren Betrachtung unterzogen.

Der Ausschuss stellte anhand der nachgelieferten Angaben fest, dass sich in dem Zeitraum von drei Jahren

- ► die Anzahl der Schadensfälle von 2424 auf 1932 in 2023 verringerte und
- ► nach Beitreibung der bei der Stadt verbleibende Schaden sich von 7.700 Euro auf rd. 4.100 Euro in 2023 reduzierte.

ENTWURF

Auf Nachfrage wurde dem Rechnungsprüfungsausschuss mitgeteilt, dass bei

- ► Erträgen von rd. 160.000 Euro (Verwaltungskostenpauschale des Landes)
- ► Aufwendungen von rd. 420.000 Euro
- ► ein Betrag von rd. 260.000 Euro für die Schulbuchausleihe den Haushalt der Stadt belastet.

Der Rechnungsprüfungsausschuss kommt zu dem Ergebnis, dass es sich bei der Schulbuchausleihe um eine äußerst komplexe Materie handelt, die hohe personelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen bindet, bei der die Stadt jedoch kaum Handlungsspielräume hat, da es sich um die Ausführung eines Landesgesetzes handelt.

## 2.3 Entwicklung der Personal- und Beihilfeaufwendungen

Die Personal- und Beihilfeaufwendungen waren Gegenstand einer Unterrichtung des Ausschusses am 02.10.2024, in der der Leiter des Amtes für Personal und Organisation, Herr Kux, unter anderem berichtete über

- ► die Systematik der jährlichen Personalkostenplanungen,
- ► die Entwicklung der Personal- und Beihilfeaufwendungen,
- ► die Steigerung der Pensionsrückstellung,
- ► die Berechnung der Versorgungsrückstellungen
- ► die Berechnung des Pensionslastenausgleich

Die Gründe für die festgestellten Mehraufwendungen lagen unter anderem in den Auswirkungen der Corona-Pandemie, der Energiekostenpauschale sowie der hohen Inflation, die zu den aktuellen Tarif- und Besoldungsanpassungen geführt hatten.

Die Beihilfeaufwendungen blieben aufgrund eines Anbieterwechsels zum 01.01.2022 von der Rheinischen Versorgungskasse zur Pfälzischen Pensionsanstalt stabil und sind aufgrund einer Beihilfeablöseversicherung nunmehr besser planbar. Die eingetretene leichte Steigerung wird auf den demografischen Wandel zurückgeführt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich des Weiteren mit der Frage, ob aus Kostengründen Versetzungsanträge von Beamtinnen und Beamten abgelehnt werden können. Auf der Ebene des Städtetages habe man sich bisher nicht für eine Ablehnung aus finanziellen Gründen ausgesprochen; schließlich zähle die Möglichkeit der Versetzung eines Beamten als elementarer Teil zum geltenden Beamtenrecht.

Der Ausschuss nahm die verwaltungsweite Vorgabe zur Kenntnis, dass nur noch solche Stellen eingerichtet wurden, die aufgrund verbindlicher und rechtlicher Verpflichtungen unabweisbar oder durch Gegenfinanzierung kostenneutral sind.

ENTWURF

## 2.4 KI 3.0 Kap. 1 und 2 – Mittelverwendung /Fördermittelabruf

Der Leiter des Zentralen Gebäudemanagements (ZGM) Herr Heinen sowie Herr Meffert nahmen in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 02.10.2024 zur Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms 3.0 RLP (KI 3.0) Stellung. Das Förderprogramm dient der Verbesserung der Schulinfrastruktur. Die Förderungshöhe setzt sich aus 80 % Bundesmitteln, 10 % Landesmitteln und einem 10 – prozentigen kommunalen Eigenanteil zusammen.

Dem Ausschuss wurden auf Nachfrage betreffend die Fristeinhaltung für die Mittelabrufe keine Schwierigkeiten benannt. Die Einhaltung der Fristen überwache ein Controller unter Zuhilfenahme des Programms Confluentes. Insbesondere habe das ZGM einen zweiten Mittelabruf für das Projekt Eichendorff Gymnasium durchgeführt und sämtliche Mittelabrufe lägen der ADD mittlerweile zur Prüfung vor.
Auf die Dauer der Prüfung der Verwendungsnachweise durch die ADD verfügten die Kommunen leider über keine Einflussmöglichkeiten.

Der Ausschuss nahm eine starke Fluktuation von Mitarbeitenden beim ZGM zur Kenntnis. In der Folge gestalte sich die Stellenachbesetzung gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel äußerst schwierig und das ZGM sei weiterhin darauf angewiesen, Aufgaben in nicht unerheblichem Umfang an externe Büros zu vergeben.

## 2.5 Produkt 1142 „Liegenschaften“ Implementierung CAFM-Software

Die automatisierte Rechnungsstellung bei Mieten und Pachten/Amt 62 beschäftigt die Rechnungsprüfung bereits seit Jahren. Die Forderung einer Schnittstelle der CAFM-Software zur Finanzsoftware Mach wurde erhoben. Die entsprechende Beschaffung einer Software erfolgte 2022. Letztmalig befasste sich der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 14.07.2023 mit der Thematik.
Mittlerweile habe man verwaltungsseitig die Erkenntnis gewinnen müssen, dass mit der vorhandenen Software die automatisierte Rechnungsstellung nicht funktioniere, so dass ein Neustart des IT-Projektes notwendig sei.

Die Herren Heisser/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement und Adler/Amt für Personal und Organisation informierten den Rechnungsprüfungsausschuss am 11.09.2024 umfassend über den aktuellen Sachstand.

Bei der späteren Implementierung der Software und während der Testphase stellte sich heraus, dass wesentliche Vorgaben von der beauftragten Firma nicht erfüllt wurden, die für die automatisierte Rechnungsstellung absolut notwendig sind. Zusätzlich zu den verschiedenen Softwareentwicklungsschwierigkeiten gestaltete sich u. a. die Zusammenarbeit mit der beauftragten Firma schwierig, so dass nach der überaus unbefriedigenden Testphase entschieden wurde, die Zusammenarbeit mit dieser Firma trotz der langen Entwicklungszeit zu stoppen und einen Projektneustart für 2025 in Zusammenarbeit mit Amt 10/Personal und Organisation zu planen.

ENTWURF

Seitens des Amtes für Stadtvermessung und Bodenmanagement wurde auf die Bereitstellung einer notwendigen Personalressource für die Systembetreuung, Konfiguration, die technische Abstimmung innerhalb der Verwaltung und die Abstimmung mit der Mach-Finanzsoftware hingewiesen. Der Umfang der projektorientierten Personalressource sei dem Amt für Personal bekannt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat seine Erwartung zum Ausdruck gebracht, vor einer Auftragsvergabe ein Update zu erhalten.

## 2.6 Verzögerte Erstellung des Jahresabschlusses 2022

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 hat gemäß § 108 Abs. 4 GemO innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres, mithin bis zum 30. Juni 2023, zu erfolgen. Anschließend ist der Jahresabschluss dem Rechnungsprüfungsamt zu übergeben.

Die Vorlage eines unvollständigen Jahresabschlusses - Zahlenwerk - erfolgte jedoch erst Ende November 2023 und stellt somit einen Rechtsverstoß gegen § 108 Abs. 4 GemO dar. Weitere Bestandteile (Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht, Anhang) wurden innerhalb des 1. Quartals 2024 vorgelegt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss wiederholt seine Forderung aus den Vorjahren, dass alle Beteiligten intensiver als bisher dazu beitragen sollten, die gesetzliche Vorgabe - Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30.06. des Folgejahres - einzuhalten, zumindest die zukünftigen Jahresabschlüsse deutlich zeitnäher vorzulegen.

**Anmerkung:**
Der Rechnungsprüfungsausschuss hat zum Zeitpunkt der Berichterstellung sehr wohl positiv zur Kenntnis genommen, dass erstmals seit der Einführung der Doppik in 2009 eine fristgerechte Erstellung des Jahresabschlusses zum 31.12. 2023 durch die Gesamtverwaltung erreicht wurde.

## 2.7 Prüfungsfeststellungen des „Arbeitskreises Vergabe“

Der Rechnungsprüfungsausschuss bildete auch in dieser Prüfungsperiode einen „Arbeitskreis Vergabe“. Der Arbeitskreis setzte sich aus den Ratsmitgliedern Peter Balmes, August Hollmann, Isabel Michel, Ute Wierschem sowie Ausschussmitglied Uwe Hüser zusammen.

Er tagte am 25.09.2024 im Rathaussaal 101 und unterzog insgesamt 35 Vergaben einer Aktenprüfung. Die freihändigen Vergaben wurden zuvor durch den Vorsitzenden in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsausschuss aus einer Gesamtliste ausgewählt und anschließend vom Rechnungsprüfungsamt einer Vorprüfung unterzogen.

Insgesamt wurden bei den meisten Vergaben, abgesehen von einigen geringfügigen Beanstandungen formaler Natur, keine gravierenden Mängel festgestellt. Wie bereits im letzten Jahr, weisen die meisten Vergabeakten eine nahezu fehlerfreie Dokumentation auf. Bei einigen Vergaben fehlten bspw. die gemäß der Vergabedienstanweisung (VgDA) vorzulegenden Vorblätter zur Endabrechnung.

ENTWURF

Bei einer Vergabe war festzustellen, dass der zuständige Sachbearbeiter mehrere Handlungsanweisungen der VgDA nicht beachtet hatte, ein Schaden für die Stadt konnte nicht festgestellt werden, zudem befindet sich der Sachbearbeiter nicht mehr im Dienst der Stadtverwaltung.

Bei drei weiteren Vergaben wurden zur Beschaffung von gleichartigen Geräten für drei unterschiedliche Liegenschaften jeweils Direktaufträge unterhalb der zulässigen Wertgrenze erteilt. Hierbei wurden, obwohl bei Direktaufträgen nicht erforderlich, positiverweise mehrere Vergleichsangebote eingeholt. Ein erkennbarer Schaden ist der Stadt hierdurch nicht entstanden.
Bei weiteren fünf Vergaben von im Zeitenlauf wiederkehrenden Beschaffungen gleicher Leistungen wurden ebenso jeweils Direktaufträge erteilt.

Es wird seitens des Rechnungsprüfungsausschusses darauf hingewiesen, dass gleichartige Leistungen zukünftig gebündelt in einem Vergabeverfahren bzw. über Rahmenverträge zu vergeben sind, um einen Wettbewerb und tendenziell günstigere Konditionen erzielen zu können.

In zwei weiteren Fällen wurde die vorherige Marktsichtung und Preisermittlung, u. a. ausschlaggebend bei der Wahl der Vergabeart, vermutlich nicht ausreichend detailliert durchgeführt.

Der Rechnungsprüfungsausschuss spricht sich zur Aufrechterhaltung des guten Qualitätsniveaus der Vergaben dafür aus, die Fachämter und Eigenbetriebe erneut auf folgende Punkte hinzuweisen:

1. Gleichartige Leistungen sind zukünftig gebündelt in einem Vergabeverfahren bzw. über Rahmenverträge zu vergeben, um einen Wettbewerb und tendenziell günstigere Konditionen erzielen zu können.
2. Vor der Einleitung von Vergabeverfahren, insbesondere bei Lieferleistungen, hat eine sorgfältige Marktsichtung und Preisermittlung zu erfolgen, die in ausreichendem Maße sowie nachvollziehbar zu dokumentieren ist.
3. Die Fachämter und Eigenbetriebe sollen an die erforderliche und konsequente Anwendung der VgDA erinnert werden sowie
4. an die zwingend einzuhaltenden Bindefristen.
5. Sofern im Einzelfall ämterübergreifende Abstimmungen erforderlich bzw. sinnvoll sind, sollen diese intensiviert werden.

## 2.8 P 631002 „Neubau Pfaffendorfer Brücke“ - Prüfung der Teilaktivierung des Brückenbauwerks bereits in Parallellage

Die Verwaltung nutzte bereits im Vorjahr 2021 das Instrument der Teilaktivierung für bereits gebaute und sich in der Nutzung befindliche Vermögensgegenstände des Projektes „Neubau der Pfaffendorfer Brücke“.

Dabei handelte es sich um den Ersatzparkplatz für die BImA mit einem Volumen von 462.506,11 €, das Baubüro und die Außenanlage Pfaffendorf mit einem Volumen in Höhe von 875.959,19 €, den Umzug des Wasser- und Schifffahrtsamtes in Höhe von 1.245.390,17 € sowie die Zufahrtsrampe zum Schloss i.H.v.1.100.909,86 €.

ENTWURF

Das Prüfungsergebnis der Finanzbuchhaltung, ob und inwieweit eine Teilaktivierung des eigentlichen Brückenbauwerkes mit einem Investitionsvolumen von rd. 100 Mio. € erfolgen kann, liegt nun mittlerweile vor.
Danach ist die angeregte Teilaktivierung und damit verbunden eine Teilabrechnung möglich, sobald sich das Hauptbauwerk der Strombrücke in Parallellage zur bisherigen Brücke befindet und der Verkehr darüber geleitet wird.

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses
Koblenz, 11.12.2024

Gez.

Marius Jakob

ENTWURF

KOBLENZ VERBINDET.

TOP Ö 3

# Beschlussvorlage

| | | |
|---|---|---|
| Vorlage: **BV/0645/2024** | | Datum: 20.11.2024 |
| **Dezernat 1** | | |
| Verfasser: | 14-Rechnungsprüfungsamt | Az.: |
| **Betreff:**<br>**Feststellung des Jahresabschlusses 2022** | | |
| Gremienweg: | | |
| 06.02.2025 | Stadtrat<br>TOP öffentlich | ☐ einstimmig ☐ mehrheitl. ☐ ohne BE<br>☐ abgelehnt ☐ Kenntnis ☐ abgesetzt<br>☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ geändert<br>☐ Enthaltungen ☐ Gegenstimmen |
| 28.01.2025 | Haupt- und Finanzausschuss<br>TOP öffentlich | ☐ einstimmig ☐ mehrheitl. ☐ ohne BE<br>☐ abgelehnt ☐ Kenntnis ☐ abgesetzt<br>☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ geändert<br>☐ Enthaltungen ☐ Gegenstimmen |
| 11.12.2024 | Rechnungsprüfungsausschuss<br>TOP öffentlich | ☐ einstimmig ☐ mehrheitl. ☐ ohne BE<br>☐ abgelehnt ☐ Kenntnis ☐ abgesetzt<br>☐ verwiesen ☐ vertagt ☐ geändert<br>☐ Enthaltungen ☐ Gegenstimmen |

**Beschlussentwurf:**

1. Der Stadtrat stellt nach der auf Grundlage des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes durchgeführten Prüfung den Jahresabschluss 2022 der Stadt Koblenz gem. § 114 (1) Satz 1 Gemeindeordnung (GemO) mit einer Bilanzsumme in Höhe von 1.569.428.715,35 € und einem Jahresüberschuss in der Ergebnisrechnung in Höhe von 18.320.919,58 € fest.

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 18.320.919,58 € wird gem. § 18 (3) Nr. 1 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) mit der Kapitalrücklage verrechnet.

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

keine

# Beschlussvorlage

| | | |
|---|---|---|
| Vorlage: **BV/0647/2024** | | Datum: 20.11.2024 |
| **Dezernat 1** | | |
| Verfasser: | 14-Rechnungsprüfungsamt | Az.: |
| **Betreff:**<br>**Entlastungserteilung für den Jahresabschluss 2022** | | |

Gremienweg:

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 06.02.2025 | Stadtrat<br><br>TOP öffentlich | ☐ einstimmig | ☐ mehrheitl. | ☐ ohne BE | ☐ abgelehnt | ☐ Kenntnis | ☐ abgesetzt | ☐ verwiesen | ☐ vertagt | ☐ geändert | ☐ Enthaltungen | ☐ Gegenstimmen |
| 28.01.2025 | Haupt- und Finanzausschuss<br><br>TOP öffentlich | ☐ einstimmig | ☐ mehrheitl. | ☐ ohne BE | ☐ abgelehnt | ☐ Kenntnis | ☐ abgesetzt | ☐ verwiesen | ☐ vertagt | ☐ geändert | ☐ Enthaltungen | ☐ Gegenstimmen |
| 11.12.2024 | Rechnungsprüfungsausschuss<br><br>TOP öffentlich | ☐ einstimmig | ☐ mehrheitl. | ☐ ohne BE | ☐ abgelehnt | ☐ Kenntnis | ☐ abgesetzt | ☐ verwiesen | ☐ vertagt | ☐ geändert | ☐ Enthaltungen | ☐ Gegenstimmen |

**Beschlussentwurf:**

Der Stadtrat beschließt, nach Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 in Kenntnis des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsausschusses (Anlage 1) und der hierzu ergangenen Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 2) diesem einen **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** und Herrn Oberbürgermeister Langner, Frau Bürgermeisterin Mohrs, Frau Beigeordnete Dr. Theis-Scholz und Herrn Beigeordneten Flöck für das Haushaltsjahr 2022 gem. § 114 (1) Satz 2 Gemeindeordnung (GemO) **die Entlastung zu erteilen**.

**Begründung:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat sich in seinen Sitzungen am 28.08.2024, 11.09.2024 25.09.2024, 02.10.2024, 06.11.2024 und 11.12.2024 in intensiven Beratungen mit dem Jahresabschluss 2022 der Stadt Koblenz beschäftigt und diesen gem. den Vorschriften der §§ 110 ff. GemO geprüft. Auf Basis der vom Rechnungsprüfungsamt durchgeführten Prüfung und des hierzu erstellten Prüfberichtes wurde eine dem risikoorientierten Prüfungsansatz folgende Prüfungsplanung durchgeführt, die es erlaubt, ein hinreichend sicheres Urteil bezüglich einer fehlerfreien Buchführung der Stadt Koblenz abzugeben.

Dem vorstehend genannten Prüfgrundsatz folgend hat der Rechnungsprüfungsausschuss zunächst seine Prüfungshandlungen auf die vom Rechnungsprüfungsamt in seinem Prüfbericht dargelegten Prüfungsfeststellungen konzentriert.

Nachfolgend hat der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 28. August 2024 noch folgende eigene Schwerpunkte für die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 festgelegt:

**Jahresabschluss**

**1. Bilanzposition Aktiva 2.1 „Vorratsvermögen“**
**2. Bilanzpositionen Aktiva 4 und Passiva 5 „Rechnungsabgrenzungsposten“**

**Revision**

**3. Mittagsverpflegung an Schulen**
**4. Entwicklung der Personal- und Beihilfeaufwendungen**
**5. Schulbuchausleihe**

Anhand von Stichproben wurde der Jahresabschluss sowie die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze überprüft. Der Rechnungsprüfungsausschuss vertritt die Auffassung, dass durch diese Vorgehensweise eine sichere Grundlage zur Abgabe eines fundierten Prüfungsurteils gegeben ist.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat das Ergebnis seiner Prüfung in seinem „Prüfbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2022“ vom 06.11.2024 dargestellt. **Hierin kommt er zu der Feststellung, dem Jahresabschluss 2022 der Stadt Koblenz einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk zu erteilen.** Der einstimmig beschlossene Prüfbericht ist ebenso wie die hierauf nach § 113 Abs. 4 GemO und Ziffer 2.3 der VV zu § 113 GemO ergangene Stellungnahme der Verwaltung der Beschlussvorlage beigefügt.

**Anlage/n:**

Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfungen des Gesamtabschlusses und Jahresabschlusses 2022 vom 06.11.2024 (BV/0581/2024)

Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses

Jahresabschluss 2022 der Stadt Koblenz einschließlich des hierzu erstellten Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes vom 15. Mai 2024.

Gesamtabschluss 2022 der Stadt Koblenz einschließlich des hierzu erstellten Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes vom 28. Oktober 2024.

(Die Anlagen sind im Ratsinformationssystem einsehbar.)

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

keine

TOP Ö 4

# Bericht

über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31. Dezember 2022

Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Koblenz
Wahlperiode 2024 – 2029

# Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| **Kapitel A: Jahresabschluss der Stadt Koblenz** | | |
| **1.** | **Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen** | **3** |
| 1.1 | Prüfauftrag | 3 |
| 1.2 | Rechtliche Grundlagen | 3 |
| 1.3 | Ablauf des Prüfverfahrens | 4 |
| 1.4 | Prüfungsdurchführung | 4 |
| **2.** | **Grundsätzliche Feststellungen** | **6** |
| 2.1 | Stellungnahme zur Lagebeurteilung | 6 |
| 2.2 | Unregelmäßigkeiten | 10 |
| **3.** | **Art, Umfang und Schwerpunkte der Prüfung** | **11** |
| 3.1 | Art und Umfang der Prüfung | 11 |
| 3.2 | Prüfungsschwerpunkte | 12 |
| **4.** | **Prüfungsfeststellungen und Erläuterungen** | **12** |
| 4.1 | Analyse der Vermögens- und Schuldenlage - Kennzahlen | 12 |
| 4.2 | Analyse der Ertragslage – Kennzahlen | 15 |
| 4.3 | Eigene Prüfungsschwerpunkte nach Ziffer 3.2 des Berichts | 17 |
| 4.3.1 | Bilanzpositionen Aktiva 2.1 „Vorräte“ | 17 |
| 4.3.2 | Bilanzposition<br>Aktiva 4 „Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten“<br>Passiva 5 „Passiver Rechnungsabgrenzungsposten“ | 17 |
| **5.** | **Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes** | **18** |

# Kapitel B: Gesamtabschluss der Stadt Koblenz


| | | |
|---|---|---|
| **6.** | **Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen** | **19** |
| 6.1 | Prüfauftrag | 19 |
| 6.2 | Prüfungsdurchführung | 20 |
| 6.3 | Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung | 20 |
| **7.** | **Prüfungsfeststellungen** | **21** |
| 7.1 | Stellungnahme zur Lagebeurteilung/zum Gesamtrechenschaftsbericht | 21 |
| 7.2 | Konsolidierungskreis und Konsolidierungsmethoden | 22 |
| **8.** | **Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung** | **24** |
| 8.1 | Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung | 24 |
| 8.2 | Gesamtaussage des Gesamtabschlusses | 25 |
| 8.2.1 | Feststellungen zur Gesamtaussage des Gesamtabschlusses sowie dessen Anlagen | 25 |
| **9.** | **Zusammenfassendes Ergebnis** | **26** |

# Jahresabschluss der Stadt Koblenz 2022

# 1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfauftrag

Nach § 112 (1) Nr. 1 der Gemeindeordnung (GemO) obliegt dem Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Koblenz die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 sowie der Anlagen zum Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichtes (§ 113 (2) GemO) für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022 der

**Stadt Koblenz.**

Nach § 108 (1) GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden (GoB-G) aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang.

Dem Jahresabschluss sind der Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO, der Beteiligungsbericht nach § 90 (2) GemO, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht, die Verbindlichkeitenübersicht sowie eine Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen als Anlage beizufügen.

## 1.2 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich insbesondere auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit geltenden Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 18. Mai 2006, zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 13. Dezember 2023 (GVBl. Seite 409)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. I Nr. 120)
- Dienstanweisungen und Arbeitsrichtlinien, die bei der Stadt Koblenz im Rahmen der Einführung der kommunalen Doppik erlassen wurden.

## 1.3 Ablauf des Prüfverfahrens

Unbeschadet seines eigenen Prüfrechts nach § 112 (1) GemO besteht nach der Vorschrift des § 112 (5) GemO für den Rechnungsprüfungsausschuss die Möglichkeit, sich mit Zustimmung des Gemeinderats eines sachverständigen Dritten als Prüfer zu bedienen.

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat wie in den vergangenen Jahren von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht und stattdessen eine eigenständige Prüfung vollzogen.

Die Verwaltungsvorschrift zu § 113 GemO sieht ein spezifiziertes Verfahren bzw. einen festen Ablauf zur Prüfung des Jahresabschlusses vor, der sich – bezogen auf die Stadt Koblenz - wie folgt darstellt:

a) Die Verwaltung erstellt den Jahresabschluss (§ 108 (1) GemO). Der Jahresabschluss besteht gem. § 108 Abs. 2 GemO aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang sowie den Anlagen zum Jahresabschluss (§ 108 (3) GemO). Sie ist verpflichtet, diese bis zum 30.06. des Folgejahres dem Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung vorzulegen.
b) Das Rechnungsprüfungsamt führt eine Prüfung nach den §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durch. Das Ergebnis dieser Prüfung wird anhand eines Prüfberichts zusammengefasst, der dem Oberbürgermeister zur Stellungnahme zugeleitet wird (§ 113 (4) GemO).
c) Die Stellungnahme des Oberbürgermeisters sowie der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes werden anschließend dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Kenntnis gebracht (§ 113 (4) GemO), um darauf aufbauend ggf. eigene Prüfungsschwerpunkte festzulegen.
d) Der Rechnungsprüfungsausschuss erstellt seinen Prüfbericht und fasst die Ergebnisse zusammen. Dabei sollte er die Feststellungen des Rechnungsprüfungsamtes sowie die Stellungnahme des Oberbürgermeisters berücksichtigen.
e) Dem Oberbürgermeister wird erneut die Möglichkeit gegeben, zu den Erkenntnissen der Prüfung des Ausschusses Stellung zu nehmen (§ 113 (4) GemO).
f) Abschließend werden die Prüfberichte des Rechnungsprüfungsamtes und des Rechnungsprüfungsausschusses mit den jeweiligen Stellungnahmen des Oberbürgermeisters dem Stadtrat übergeben. Dieser beschließt über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und trifft eine Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, der Bürgermeisterin sowie der Beigeordneten.

## 1.4 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit vom 28. August 2024 bis voraussichtlich 11. Dezember 2024. Insgesamt befasste sich der Rechnungsprüfungsausschuss an fünf Terminen mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2022 und zwar am 28.08.2024, 11.09.2024, 02.10.2024, 06.11.2024 und ggf. 11.12.2024.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses 2022 waren folgende **ordentliche** Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses zuständig:

| | |
|---|---|
| ▪ Vorsitzender | RM Herr Marius Jakob |
| ▪ Stv. Vorsitzende | RM Herr Dr. Ulrich Kleemann |
| ▪ Ausschussmitglieder | RM Herr Peter Balmes<br>RM Herr Toni Bündgen<br>AM Herr Marco Degen<br>RM Herr Manfred Diehl<br>AM Herr Andreas Fachinger<br>RM Herr Bert Flöck<br>AM Herr Hubertus Hacke<br>AM Herr Uwe Hüser<br>RM Frau Isabel Michel<br>RM Herr Dr. Thorsten Rudolph<br>RM Herr Philip Rünz<br>RM Frau Monika Sauer<br>AM Herr Bernd Wefelscheid<br>RM Frau Ute Wierschem<br>RM Herr Kevin Wilhelm<br>AM Herr Philipp Zeller |

Über das Abschlussergebnis berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsgemäßer Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

# 2. Grundsätzliche Feststellungen

## 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der **Rechenschaftsbericht** ist gemäß § 113 Abs.2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind.
Der Rechenschaftsbericht **zum Jahresabschluss 31.12.2022** der Stadt Koblenz enthält nach unseren Feststellungen folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Kennzahlen der Gemeinde (Abschnitt 4)
4. Gliederung der Teilhaushalte (Abschnitt 5)
5. Prognosebericht der Chancen und Risiken (Abschnitt 6).

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz**

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird in Abschnitt 3 des **Rechenschaftsberichtes** beschrieben, ebenso die finanzielle Situation der Stadt Koblenz. Bedeutsame Einzelpositionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert.

Die **Ergebnisrechnung 2022** weist im Vergleich zur Haushaltsplanung einen um 12,2 Mio. € über dem Ansatz von 6,1 Mio. € liegenden Jahresüberschuss i. H. v. 18,3 Mio. € aus. Der Jahresüberschuss reduzierte sich im Vorjahresvergleich (35,6 Mio. €) um 17,3 Mio. €.

Der Saldo der laufenden Einzahlungen und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit beträgt in der **Finanzrechnung 2022** 48,9 Mio. € und liegt mit 23,4 Mio. € über dem Planansatz (25,5 Mio. €).

Der **Haushaltsausgleich 2022** konnte in der Ergebnisrechnung als auch in der Finanzrechnung erreicht werden. Die Freie Finanzspitze beläuft sich auf 22,1 Mio. €.

An dieser Stelle gilt es ein besonderes Augenmerk auf die bisherige und zukünftige Entwicklung der Gesamtkreditverschuldung der Stadt Koblenz zu legen. Sie wird am Ende des Kapitels umfassend dargestellt.

**Kennzahlen**

Der Abschnitt 4 des Rechenschaftsberichtes beinhaltet wichtige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems. Hier sind zu nennen der Aufwandsdeckungsgrad, die Ertragsquoten - differenziert nach Steuerertragsquote, Zuwendungsquote und Leistungsentgeltquote, die Aufwandsquoten – unterschieden nach Personal- und Versorgungsquote, Sach- und Dienstleistungsintensität u. a. sowie die Zinsquoten.

**Gliederung der Teilhaushalte**

Im Abschnitt 5 des Rechenschaftsberichtes wird umfassend die Gliederung der Teilhaushalte 01 bis 11 mit den gebildeten Produkten dargestellt.

**Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung**

In Abschnitt 6 - Prognosebericht – werden die Chancen und Risiken für die Haushaltswirtschaft aufgezeigt und ein Ausblick auf die Haushaltsplanungen bis 2026 anhand wichtiger Haushaltspositionen gegeben, wie z. B. der Steuern und Abgabenhöhe, der laufenden Ergebnisse aus Verwaltungstätigkeit, der Zinsaufwendungen. Folgende Bereiche werden umfassend dargestellt:

- **Entwicklung in Innenstädten**
- **Jugend und Soziales**

- **Personalmanagement**
- **E-Government und Digitalisierung**
- **Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel**
- **Stadtentwicklung**
- **Zentrales Gebäudemanagement – ZGM**
- **Städtische Ingenieurbauwerke – Brücken**
- **Straßenunterhaltung**
- **Wirtschaftsförderung**
- **Städtische Beteiligungsgesellschaften**
- **Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs**

Der **Rechenschaftsbericht 2022** sah im Teil des Prognoseberichts zwar für die **Etatplanung 2023** einen ausgeglichenen Ergebnishaushalt 2023 vor, allerdings weist die **Ergebnisrechnung 2023 vielmehr einen hohen Jahresfehlbetrag aus.**
**Insofern ist die im Rechenschaftsbericht 2022 prognostizierte Entwicklung der Jahresergebnisse nicht eingetroffen, sondern sie hat sich bereits im Ergebnis 2023 von dem prognostizierten Jahresüberschuss (0,8 Mio. €) in einen Jahresfehlbetrag in Höhe von – 27 Mio. € verschlechtert.**
Diese negative Tendenz wird sich auch für die folgenden Haushaltsjahre fortsetzen und stellt zukünftig die Haushaltsplanungen und Haushaltsbewirtschaftung vor erhebliche Herausforderungen.

Besonderes Augenmerk gilt es auf die **Entwicklung der Gesamtkreditverschuldung** zu legen, die sich nach derzeitigem Stand wie folgt darstellt:

| **Gesamtkreditverschuldung** | | | **Stand: 18.10.2024** |
|---|---|---|---|
| **2023[1]** | **2024[2]** | **2025[2]** | **2026[2]** |
| 430,5 Mio. € | 496,3 Mio. € | 572,7 Mio. € | 620,1 Mio. € |

[1] vorläufiges Ergebnis 2023

[2] gemäß HHPlanung 2024, Gesamtkreditverschuldung wurde ab 2024 auf Grundlage des vorläufigen Ergebnisses 2023 und der Haushaltsplanung 2024 fortgeschrieben

Die **Gesamtkreditverschuldung** (Investitions- sowie Liquiditätskredite) wird sich nach den derzeitigen Planungen von 2023 (430,5 Mio. €) kontinuierlich auf 620,1 Mio. € in 2026 erhöhen, ein deutlicher Anstieg um rd. 44 %.

Somit erscheint der gesetzlich vorgeschriebene Haushaltsausgleich für die künftigen Haushalte zumindest stark gefährdet. In der Folge wird es an einer Freien Finanzspitze des städtischen Haushaltes mangeln.
Hinsichtlich der erforderlichen kommunalaufsichtlichen Genehmigung des Etats 2025 ff durch die ADD ist - wie bereits vor Jahresfrist angekündigt - aufgrund der Vorgaben des Ministeriums des Innern und für Sport mit erheblich strengeren Prüfungsmaßstäben zu rechnen.

Eine die dauernde Leistungsfähigkeit der Kommunen gefährdende Steigerung der Investitionskredite muss danach abgesichert werden, zum Beispiel durch eine belastbare Steigerung der Einnahmen (nach Ansicht von MdI und ADD bei Städten und Gemeinden bspw. durch eine Erhöhung der Hebesätze der Grundsteuer und der Gewerbesteuer) und/oder Reduzierung der Ausgaben.

**Kommunaler Finanzausgleich**

Der Kommunale Finanzausgleich (KFA) wurde zum 01.01.2023 neu geregelt. Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich mit der Thematik bereits in seiner Sitzung am 19.07.2023 und stellte dazu fest, dass sich die Regelungen des neuen KFA positiv auf die Stadt Koblenz auswirken. Grundlage hierfür waren Vergleichsberechnungen des Landes, die für 2023 Mehreinnahmen aus dem neuen KFA von rd. 12,7 Mio. € ergeben haben.

Die Ist-Ergebnisse der Jahre 2022 (rd. 47,7 Mio. €) und 2023 (rd. 47,4 Mio. €) zeigen auf, dass die Einnahmen aus dem KFA sich auf einem konstanten Niveau belaufen. An dieser Stelle muss deutlich gesagt werden, dass der Vorjahresvergleich keine Rückschlüsse zur finanziellen Besser- oder Schlechterstellung durch die KFA-Reform ermöglicht. Die Berechnungen zum Kommunalen Finanzausgleich sind hoch komplex und von vielen Variablen abhängig, die von Jahr zu Jahr zum Teil starken Schwankungen unterliegen (insbesondere zu nennen sind Volatilitäten in der Steuerkraft, die nichts mit der KFA-Reform zu tun haben).

**Anhebung der Nivellierungssätze Grundsteuer A und B und der Gewerbesteuer**

Einen weiteren Aspekt im Rahmen der Neufassung des Kommunalen Finanzausgleichs stellt die Anhebung der Nivellierungssätze der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer dar. Mit dem neuen LFAG wurden die Nivellierungssätze für die Grundsteuern und die Gewerbesteuer ab dem 01.01.2023 wie folgt festgesetzt:

Grundsteuer A von bisher 300 % auf 345 % (Erhöhung um 45 Basispunkte)
Grundsteuer B von bisher 365 % auf 465 % (Erhöhung um 100 Basispunkte)
Gewerbesteuer von bisher 365 % auf 380 % (Erhöhung um 15 Basispunkte)

Der derzeitige Hebesatz der Grundsteuer A liegt um 5 Prozentpunkte, der der Grundsteuer B um 45 Prozentpunkte unterhalb der im LFAG festgelegten Nivellierungssätze.
Der Hebesatz der Gewerbesteuer liegt hingegen mit 40 Prozentpunkten über dem Nivellierungssatz.

Dadurch können sich Auswirkungen in Bezug auf die Ausschöpfung der Einnahmequellen im Rahmen der Verpflichtung zum Haushaltsausgleich sowie als Fördervoraussetzungen für Zuwendungsanträge und Investitionskreditgenehmigungsverfahren ergeben.

**Fazit:**

**Die Aussagen des Rechenschaftsberichtes 2022 zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz zu damaligen Zeitpunkt der Berichterstellung (Januar 2024) wieder.**

**Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage und zum Fortbestand.**

**Die Einschätzung zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz stimmt jedoch nicht mit der tatsächlichen Entwicklung - wie zuvor dargelegt - überein.**

**Der Rechnungsprüfungsausschuss ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss 2022 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.**

## 2.2 Unregelmäßigkeiten

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden folgende Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen festgestellt:

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 hat gem. § 108 Abs. 4 GemO innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres, mithin bis zum 30. Juni 2023, zu erfolgen. Anschließend ist der Jahresabschluss dem Rechnungsprüfungsamt zu übergeben. Die Vorlage eines **unvollständigen** Jahresabschlusses - Zahlenwerk - erfolgte jedoch erst Ende November 2023 und stellt somit einen Rechtsverstoß gegen § 108 Abs. 4 GemO dar. Weitere Bestandteile (Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht, Anhang) wurden innerhalb des 1. Quartals 2024 vorgelegt.

**Der Rechnungsprüfungsausschuss erwartet, dass alle Beteiligten intensiv dazu beitragen, dass die gesetzliche Vorgabe - Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30.06. des Folgejahres - eingehalten wird, und fordert zum wiederholten Mal, dass zumindest die Vorlage der zukünftigen Jahresabschlüsse deutlich zeitnäher erfolgt.**

**Im Hinblick auf das unverändert bestehende Monitum fordert der Rechnungsprüfungsausschuss daher erneut, konkrete Maßnahmen für eine fristgerechte Erstellung der Jahresabschlüsse und Gesamtabschlüsse zu treffen.**

**Anmerkung:**
**Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hat der Rechnungsprüfungsausschuss positiv zur Kenntnis genommen, dass erstmals seit der Einführung der Doppik in 2009 eine fristgerechte Erstellung des Jahresabschlusses für den Etat 2023 durch die Gesamtverwaltung erreicht wurde.**

# 3. Art, Umfang und Schwerpunkte der Prüfung

## 3.1 Art und Umfang der Prüfung

Erstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichtes liegen in der Verantwortung des Kämmerers der Stadt Koblenz.

Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es, sich auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Zur Prüfung wurden dem Rechnungsprüfungsausschuss durch das Rechnungsprüfungsamt insbesondere folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt:

- Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 vom 15. Mai 2024 mit folgenden Anlagen:
  - Bilanz zum 31. Dezember 2022
  - Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022
  - Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022
  - Anhang für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022
  - Anlagenübersicht
  - Forderungsübersicht
  - Verbindlichkeitenübersicht
  - Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen
  - Rechenschaftsbericht
  - Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz
  - Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung
  - Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse
  - Kennzahlenberechnung

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 der Stadt Koblenz gem. den Vorschriften der §§ 110, 112 und 113 GemO vorgenommen.

In Ergänzung bzw. Vertiefung der vom Rechnungsprüfungsamt durchgeführten Prüfung, dessen Prüfungsstrategie nach Anwendung des risikoorientierten Prüfungsansatzes den Schwerpunkt des Prüfprogramms in den Bereichen

- Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände
- Rückstellungen
- Aufwendungen der sozialen Sicherung

hatte, wurde eine dem risikoorientierten Prüfungsansatz folgende Prüfungsplanung durchgeführt, die es erlaubt, ein hinreichend sicheres Urteil bezüglich einer ordentlichen Buchführung und Jahresabschluss der Stadt Koblenz abzugeben.

## 3.2 Prüfungsschwerpunkte

Dem vorstehend genannten Prüfgrundsatz folgend hat der Rechnungsprüfungsausschuss zunächst seine Prüfungshandlungen auf die vom Rechnungsprüfungsamt in seinem Prüfbericht dargelegten Erläuterungen zu seinen Prüfungen konzentriert.
Nachfolgend hat der Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 11.09.2024 noch die nachstehend aufgeführten eigenen **Schwerpunkte für die Prüfung** des Jahresabschlusses 2022 betrachtet:

- **Bilanzposition Aktivseite 2.1 „Vorräte“**
- **Bilanzposition Aktivseite 4 „Rechnungsabgrenzungsposten“**
- **Bilanzposition Passivseite 5 „Rechnungsabgrenzungsposten“**

Anhand von Stichproben wurden der Jahresabschluss sowie die angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze überprüft.

# 4. Prüfungsfeststellungen und Erläuterungen

## 4.1 Analyse der Vermögens- u. Schuldenlage - Kennzahlen

Die Bilanz zum 31.12.2022 schließt in Aktiva und Passiva gleichlautend mit einer Bilanzsumme von **1,569 Mrd. €** (Vorjahr: **1,530 Mrd. €)** ab; die Bilanzsumme hat sich somit zum Vorjahr um rd. 40 Mio. € erhöht. Gemessen an der Einwohnerzahl resultiert hieraus ein Vermögen von rd. **13.641 €** (Vorjahr: rd. 13.486 €, Vorvorjahr: rd. 13.305 €) je Einwohner.

Bei der Bilanzsumme von 1.569.428.715 T€ schließt die Bilanz unter Berücksichtigung des **Jahresüberschusses von 18.321 T€** mit einem Eigenkapital in Form einer Kapitalrücklage in Höhe von 717.328 T€ (Vorjahr: 698.989 T€) ab; dies entspricht einer gegenüber dem Vorjahr unveränderten Eigenkapitalquote von 45,7 %.

Die Eröffnungsbilanz wies noch ein Eigenkapital von 52,5 % auf.

Die **Vermögensstruktur** der Aktivseite zeigt deutlich, dass mit **1,458 Mrd. €** (Vorjahr: **1,443 Mrd. €**) und einer Anlagenintensität von 92,9 % der Schwerpunkt des städtischen Vermögens nach wie vor einseitig auf dem langfristig gebundenen Vermögen liegt.

Innerhalb des langfristig gebundenen Vermögens nimmt das Sachanlagevermögen mit einer Bilanzsumme von **1.035.670 T€** (Vorjahr: 1.022.172 T€) und einer unveränderten Quote von rd. drei Vierteln eine besondere Stellung ein.
Die Bilanzposition „**Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau**“ hat sich wertmäßig im Vergleich zum Vorjahr saldiert um rd. 5,0 Mio. € erhöht, wobei sich zum Bilanzstichtag die Anzahl der Anlagen auf 283 gegenüber dem Vorjahr (256 Anlagen) erhöht hat.

Das **Infrastrukturvermögen** verzeichnet in 2022 einen weiteren Rückgang von ursprünglich 501,03 Mio. € auf 493,53 Mio. €.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 362.868 T€ (Vorjahr: 361.994 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 24,9 % des gesamten Anlagevermögens.

Über die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 231.878 T€ (Vorjahr: 231.867 T€) und ist damit nahezu unverändert. Die in den vergangenen Jahren durchgeführte Anpassung des verbundenen Unternehmens Stadtwerke GmbH im Kernhaushalt der Stadt Koblenz aufgrund der Eigenkapitalspiegelmethode, erfolgt seit 4 Jahren nicht mehr, so dass sich keine Änderung des Buchwertes ergab.

Der Wert der **Beteiligungen** von 5.367 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (5.120 T€).

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 717.328 T€, welches sich gegenüber dem Vorjahr um 18.339 T€ bzw. 2,6 % erhöht hat. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist fast ausschließlich durch den Jahresüberschuss 2022 entstanden. Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 45,7 % (Vorjahr: 45,7 %), was einem Anteil von 6.235 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 59,7 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 60,1 %).

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 631.933 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 21.189 T€. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 40,3 % (Vorjahr: 39,9 %). Gemessen an der Einwohnerzahl ergeben sich 5.493 € (Vorjahr: 5.385 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 424.954 T€ (Vorjahr: 405.804 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 206.979 T€ (Vorjahr 204.940 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 424.954 T€ einen Anteil von 27,1 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Anstieg um 19.150 T€ bzw. 4,7 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 371.679 T€ (Vorjahr: 352.829 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 331.679 T€ (Vorjahr: 312.829 T€) und der Liquiditätssicherung mit 40.000 T€ (Vorjahr: 40.000 T€) dienen.
Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 20.389 T€ (Vorjahr: 20.723 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 206.979 T€, der einem Anteil von 13,2 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 2.039 T€ bzw. 1,0 % erhöht. Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 191.442 T€ (Vorjahr: 185.795 T€).
Diese Position setzt sich im überwiegend aus Pensionsrückstellungen (162.004 T€; Vorjahr: 157.550 T€) und Beihilfeverpflichtungen (28.677 T€; Vorjahr: 27.518 T€) zusammen. Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 15.204 T€ (Vorjahr: 18.086 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (4.788 T€; Vorjahr: 7.466 T€), für ausstehende Rechnungen (3.087 T€; Vorjahr: 3.383 T€) und Urlaubs- und Überstunden (5.950 T€; Vorjahr: 5.861 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

Für eine vertiefende Betrachtung der Vermögens- und Finanzlage wird auf den Bericht des Rechnungsprüfungsamtes „Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31.Dezember 2022", Seiten 17 – 24, sowie auf den Rechenschaftsbericht 2022 der Kämmerei verwiesen.

Wichtige **Kennzahlen** zur Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Koblenz mit Erläuterung:

| | 31.12. 2020 | 31.12. 2021 | 31.12. 2022 | Veränderung |
|---|---|---|---|---|
| | in % | in % | in % | |
| Anlagevermögenintensität | 94,9 | 94,4 | 92,9 | -1,5 |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 91,8 | 93,7 | 95,4 | +1,7 |
| Infrastrukturquote | 33,8 | 32,8 | 31,4 | -1,4 |
| Investitionsquote | 121,5 | 141,0 | 150,7 | +9,7 |
| Abschreibungsintensität | 6,4 | 6,3 | 6,2 | -0,1 |
| Eigenkapitalquote 1 | 44,0 | 45,7 | 45,7 | ±0,0 |
| Eigenkapitalquote 2 | 58,6 | 60,0 | 59,7 | -0,3 |
| Liquidität 2. Grades | 54,2 | 72,7 | 166,8 | +94,1 |
| Verschuldungsgrad | 63,8 | 58,1 | 59,2 | +1,1 |
| Kurzfr. Verbindlichkeitsquote | 8,2 | 6,9 | 3,9 | -3,0 |

**Erläuterung der Kennzahlen**
Die Formeln der Kennzahlen sind in Anlage 13 zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes „Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz 2022" aufgeführt.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden dem Anlagevermögen die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital gegenübergestellt.

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgänge neue Investitionen gegenüberstehen.

Die erneute erhebliche Steigerung der **Investitionsquote** um 9,7 % im Vergleich zum Vorjahr erklärt sich dadurch, dass bei relativ konstant geblieben Abschreibungswerten sich die Investitionstätigkeit nach Anstiegen in den Vorjahren (2020, 2021) auch im Berichtsjahr 2022 wieder erhöht hat.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko spiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum wirtschaftlichen Eigenkapital wider.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

## 4.2 Analyse der Ertragslage - Kennzahlen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 18.321 T€, der mit der Kapitalrücklage verrechnet wird. Das positive **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 24.119 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht, während sich das **Finanzergebnis** um 4.265 T€ verschlechtert hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 17.311 T€ verschlechtert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamterträge von 477.291 T€ die Gesamtaufwendungen von 453.172 T€ um 5,3 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 245.092 T€ (Vorjahr: 248.236 T€), die im Haushaltsjahr rd. 51,4 % (Vorjahr: 52,3 %) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (74.623 T€; Vorjahr: 70.659 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (101.356 T€; Vorjahr: 99.442 T€) sowie **sonstigen laufenden Erträgen** (23.092 T€; Vorjahr: 24.021 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** in Höhe von 12.899 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 6.858 T€ sowie Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen (3.381 T€). Weiterhin erfolgte in dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (2.930 T€) sowie die Auflösung

aus der Reduzierung der Wertberichtigungen auf Forderungen (1.118 T€). Die Zuschreibung von Festwerten in den Bereichen der Straßenbegleitgrün und bei den Sonstigen Bäumen ergaben Erträge in Höhe von 2.139 T€. Die Aktivierten Eigenleistungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 415 T€ von 1.871 T€ auf 1.456 T€.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (132.359 T€; Vorjahr: 126.678 T€) sowie die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** (126.681 T€; Vorjahr: 117.817 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem Fidelis und einer anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 28.080 T€ (Vorjahr: 27.634 T€). Gründe für die geringfügigen Veränderungen sind in Anlage 11 (Erläuterungsteil, Zeile 11) näher erläutert.

Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 6.694 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 12.492 T€, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4.265 T€ verschlechtert.

Im **Vergleich zur Haushaltsplanung** hat sich das Ergebnis der Verwaltungstätigkeit von 8.574 T€ um 15.545 T€ auf + 24.119 T€ verbessert.

Mithin wandelte sich unter Einbeziehung des um 3.278 T€ verschlechterten Finanzergebnisses der ursprünglich veranschlagte **Jahresüberschuss** von 6.054 T€ um 12.267 T€ **auf 18.321 T€**.

Wichtige **Kennzahlen** zur Ertragslage der Stadt Koblenz mit Erläuterung:

| | 31.12. 2020 | 31.12. 2021 | 31.12. 2022 | Veränderung |
|---|---|---|---|---|
| | in % | in % | in % | in % |
| Aufwandsdeckungsgrad | 108,2 | 108,5 | 105,3 | -3,2 |
| Fehlbetragsquote | - | - | - | - |
| Zinslastquote | 2,6 | 2,3 | 2,8 | +0,5 |
| Steuerquote | 42,3 | 52,3 | 51,4 | -0,9 |
| Zuwendungsquote | 26,4 | 20,9 | 21,2 | 0,3 |
| Personalintensität | 26,4 | 26,9 | 28,0 | +1,1 |
| Sach- und Dienstleistungsintensität | 19,7 | 19,8 | 17,7 | -2,1 |
| Transferaufwandsquote | 3,5 | 12,4 | 12,5 | +0,1 |

**Erläuterung der Kennzahlen:**

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit besteht.

Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

## 4.3 Eigene Prüfungsschwerpunkte nach Ziffer 3.2 des Berichtes

### 4.3.1 Bilanzpositionen Aktiva 2.1 „Vorräte“,

Nach Präsentation der Bilanzposition 2.1 „Vorräte“ durch das Rechnungsprüfungsamt wurde aus der Mitte des Ausschusses die Entwicklung der Vorräte nachgefragt.
Besonderes Augenmerk wurde im Rahmen der Unterposition „Fertige Erzeugnisse und Waren“ auf die Katalogbestände des Ludwig Museums gelegt.
Der Ausschuss nahm zur Kenntnis, dass nach seinen Monita aus der Vergangenheit sich die Anzahl der Katalogbestände von 2019 (rd. 9.600) um 3578 auf einen Bestand von 6.022 in 2023 verringert habe, was einer Reduzierung um mehr als 30 % entspricht.
Der Ausschuss erfragte nähere Informationen u.a. betreffend die Anzahl der beauftragten Kataloge je Ausstellung, die Zahl der den Künstlern überlassenen Exemplare sowie die während der Ausstellungszeit verkauften Exemplare sowie die Zahl der sich noch auf Lager befindlichen Exemplare.

### 4.3.2 Bilanzposition Aktiva 4 „Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten“
### Bilanzposition Passiva 5 „Passiver Rechnungsabgrenzungsposten“

Der Rechnungsprüfungsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 11.09.2024 umfassend mit den aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz und nahm die Unterrichtung des Rechnungsprüfungsamtes zur Kenntnis, wonach die Prüfung der Rechnungsabgrenzungsposten zu keinen Einwendungen geführt hat.

U.a. befasste sich der Ausschuss mit dem gebildeten Rechnungsabgrenzungsposten, den der Eigenbetrieb Koblenzer Servicebetrieb (EB 70) betreffend die Straßenunterhaltungsaufwendungen zu bilden hat.
Aus den monatlichen Abschlagszahlungen des Tiefbauamtes i. H. v. rd. 700.000 € an den EB 70 werden die laufenden Ausgaben, Rechnungen von Fremdfirmen sowie zu

verrechnende Eigenleistungen gezahlt. Regelmäßig werden Leistungen noch im laufenden Haushaltsjahr ausgeführt, die Begleichung einzelner Rechnungen zum Jahresende erfolgt jedoch teilweise erst im nächsten Jahr. Für diese Fälle ist dann ein aktiver Rechnungsabgrenzungsposten zu bilden.
In diesem Zusammenhang wird der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über „Abgrenzung Herstellungs- und Erhaltungsaufwand Straßen – Amt66/Tiefbauamt zu EB 70/Koblenzer Servicebetrieb" aus dem Jahr 2023 angesprochen, den der Ausschuss in seiner Sitzung am 06.09.2023 beraten hat.

# 5. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

**Bestätigungsvermerk" des Rechnungsprüfungsausschusses**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Jahresabschluss - bestehend aus der Ergebnis- und Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz, dem Anhang und den Anlagen nach § 108 (3) GemO - der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 geprüft. Die Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss abzugeben.
Die Jahresabschlussprüfung wurde auf der Grundlage des vom Rechnungsprüfungsamt erstellten Prüfberichtes nebst Erläuterungen nach den Vorschriften des § 113 GemO vorgenommen.

Die Prüfung umfasste die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses nebst Anhang und Anlagen. Der Rechnungsprüfungsausschuss ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

## Die Prüfung des Ausschusses hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung des Rechnungsprüfungsausschusses entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Schuldenlage der Stadt Koblenz".

Für die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses
Koblenz, den 06.11.2024

Marius Jakob
Vorsitzender

# Kapitel B: Gesamtabschluss der Stadt Koblenz

# 6. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen

## 6.1 Prüfauftrag

Nach § 109 (1) GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Gesamtabschluss aufzustellen, wenn mindestens eine Tochterorganisation der Gemeinde zum Ende des Haushaltsjahres und zum Ende des vorausgegangenen Haushaltsjahres unter dem beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss der Gemeinde steht.

Insofern hatte die Stadt Koblenz nach § 15 des Landesgesetzes zur kommunalen Doppik (KomDoppikLG) zum 31.12.2022 einen Gesamtabschluss mit den erforderlichen Anlagen zu erstellen. Zu dem Gesamtabschluss hat die Stadt Koblenz ihren Jahresabschluss nach § 108 Gemeindeordnung (GemO) und die Jahresabschlüsse ihrer Tochterunternehmen zusammenzufassen (§ 109 (4) GemO).

Mit der Erstellung des Gesamtabschlusses wurde die Stadtwerke GmbH als 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Koblenz betraut.

Die Aufstellung des Gesamtabschlusses hat unter Beachtung der Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden (GoB-G) zu erfolgen und soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln.

Der Gesamtabschluss besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der –finanzrechnung, der -bilanz und dem -anhang. Dem Gesamtabschluss sind der Gesamtrechenschaftsbericht nach § 59 GemHVO, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht und die Verbindlichkeitenübersicht als Anlagen beizufügen.

Der Gesamtrechenschaftsbericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtjahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt erwecken. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind (§ 113 (2) GemO).

Der Gesamtabschluss ist gemäß § 109 (8) i. V. mit § 114 (2) GemO innerhalb von elf Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen und mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entlastungserteilung öffentlich bekannt zu geben.

Nach § 112 (1) Nr. 3 i. V. mit § 113 GemO obliegt dem Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Koblenz die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2022 sowie dessen Anlagen zum Gesamtabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichtes (§ 113 (2) GemO) für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022.

**Die Prüfung des Gesamtabschlusses beschränkt sich nach Ziffer 2 der VV zu § 112 GemO auf die Prüfung der ordnungsgemäßen Konsolidierung, da die Einzelabschlüsse zuvor bereits geprüft wurden.**

## 6.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte anlässlich der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 06. November 2024 in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz.

Als Grundlage der Prüfung diente der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes vom 21. Oktober 2024 über die Prüfung des 8. Gesamtabschlusses der Stadt Koblenz nebst den hierzu vorgelegten Prüfungsunterlagen.

Die Erstellung, Vorstellung und Erläuterung des Prüfberichtes erfolgte durch die zuständigen Mitarbeiter des Rechnungsprüfungsamtes

- Amtsleiter | Herr StVD Bernd Enkirch
- Stv. Amtsleiter | Herr Dipl. - Volkswirt Olaf Schaub

Der stv. Amtsleiter Schaub stand den Ausschussmitgliedern für Auskünfte zur Verfügung.

## 6.3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Der Gesamtabschluss der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt. Der hierzu erstellte Prüfbericht wurde mit dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses zusammengefasst. Hierzu wird auf Kapitel A dieses Berichtes verwiesen.

Bei der Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses sind zusätzlich zum Kernhaushalt die Ergebnisse der Eigenbetriebe, der privatrechtlichen Tochterorganisationen sowie der übrigen in § 109 (1) Nr. 1 – 5 GemO genannten Rechtsträger (ohne die Sparkassen) zu berücksichtigen. Im Ergebnis beschränkt sich daher die Prüfung des Gesamtabschlusses darauf, ob die Konsolidierung ordnungsgemäß erfolgt ist, da die Einzelabschlüsse zuvor bereits durch Wirtschaftsprüfer geprüft wurden.

Die Gesamtabschlussbuchführung, die Aufstellung des Gesamtabschlusses sowie die Erstellung des Gesamtrechenschaftsberichtes liegen grundsätzlich in der Verantwortung des Oberbürgermeisters – in Personalunion auch Stadtkämmerer der Stadt Koblenz. Beauftragt wurde – wie unter Ziffer 1.1 dargelegt – die Stadtwerke GmbH als 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Koblenz.

Grundsätzlich hat auch der Rechnungsprüfungsausschuss die Prüfung von Abschlüssen nach §§ 110 ff. GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorzunehmen.

Die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen hatten das Rechnungsprüfungsamt bei seiner Prüfung veranlasst, keine Abschlussprüfung, sondern lediglich eine „prüferische Durchsicht" zu vollziehen. Mit Blick auf die Bedeutung eines Gesamtabschlusses, der in Anlehnung an das Handelsrecht lediglich einen informativen Charakter hat und nicht Gegenstand des Entlastungsverfahrens ist, hielt das Rechnungsprüfungsamt die Vorgehensweise für vertretbar und angemessen, zumal sich zur Vermeidung von Doppelprüfungen die „Prüfung" nach Ziffer 2 der VV zu § 112 GemO auf die richtige Auswahl des Konsolidierungskreises und die korrekte Wahl der Konsolidierungsmethode beschränkt.

Die Prüfungsstrategie des Rechnungsprüfungsamtes hatte zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Abgrenzung des Konsolidierungskreises
- Überprüfung der Konsolidierungsmethoden
- Forderungen und Verbindlichkeiten
- Prüfung der Anlagen
- Prüfung der vorgelegten Packages

Der Rechnungsprüfungsausschuss schließt sich dieser Vorgehensweise an.

# 7. Prüfungsfeststellungen

## 7.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung/zum Gesamtrechenschaftsbericht

§ 59 GemHVO sieht vor, dass im Gesamtrechenschaftsbericht zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Stadt Koblenz einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen so darzustellen ist, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

Im Gesamtrechenschaftsbericht zum Gesamtabschluss 31.12.2022 der Stadt Koblenz (Anlage 5) sind insbesondere darzustellen:

1. ein Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt Koblenz einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen (§ 59 (2) Ziffer 1 GemHVO) sowie
2. ein Ausblick auf die künftige Entwicklung, insbesondere bestehend aus:
   a) Angaben über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss der Konsolidierungsperiode eingetreten sind,
   b) Angaben über die erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere über die wirtschaftlichen und finanziellen Perspektiven und Risiken (§ 59 (2) Ziffer 2 GemHVO).

Auf der Grundlage des Prüfberichtes über den Gesamtabschlusses 2022 des Rechnungsprüfungsamtes vom 21.10.2024 kommt der Rechnungsprüfungsausschuss zu dem Ergebnis, dass

- der Gesamtrechenschaftsbericht mit dem Gesamtjahresabschluss und den von der Rechnungsprüfung anlässlich der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen insgesamt gesehen übereinstimmt,
- der Gesamtrechenschaftsbericht einen zutreffenden Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt Koblenz einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen vermittelt,
- der Gesamtrechenschaftsbericht den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt insgesamt gesehen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird,
- der Gesamtrechenschaftsbericht Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss der Konsolidierungsperiode eingetreten sind, sowie die Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen und finanziellen Perspektiven und Risiken einiger wichtiger Tochterunternehmen wiedergibt.

Der **Empfehlung** der Rechnungsprüfung aus 2019, den Gesamtrechenschaftsbericht hinsichtlich

- der künftigen Entwicklung der Lage,
- der Analyse der künftigen Haushaltslage sowie
- der rechtlichen Risiken

konzernweit für sämtliche Eigenbetrieb und Eigengesellschaften auszugestalten, wurde im Berichtjahr umfassend nachgekommen.

**Vorjahresvergleich:**

| | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|
| Gesamtjahresergebnis | + 31.159.322 € | + 34.615.368 € | + 24.723.369 € |
| Eigenkapitalquote 1 | 36,5 % | 36,4 % | 36,0 % |
| Eigenkapitalquote 2 | 51,8 % | 51,1 % | 50,3 % |

## 7.2 Konsolidierungskreis und Konsolidierungsmethoden

Die Regelungen über den zu konsolidierenden Unternehmensbereich beinhaltet § 109 (4) GemO. Hiernach hat die Stadt Koblenz ihren nach § 108 aufgestellten Jahresabschluss mit den Jahresabschlüssen

- der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
- der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, ausgenommen der Sparkassen, an denen die Stadt beteiligt ist; für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 HGB entsprechend,
- der rechtsfähigen kommunalen Stiftungen,
- der Zweckverbände, bei denen die Stadt Mitglied ist; ausgenommen sind Zweckverbände, die ausschließlich Beteiligungen an Sparkassen halten,
- der sonstigen rechtlich selbständigen Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung

zusammenzufassen (Konsolidierung).

Ist eine Tochterorganisation zugleich Mutterunternehmen und nach § 290 des Handelsgesetzbuches (HGB) verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen, so kann dieser Konzernabschluss anstelle der entsprechenden Einzelabschlüsse der verbundenen Tochterorganisationen unverändert in den Gesamtabschluss einbezogen werden.
Nach § 109 (1) GemO hat eine Konsolidierung nur dann zu erfolgen, wenn durch die Stadt Koblenz ein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss auf die Tochterorganisation ausgeübt werden kann. Besteht ein **beherrschender** Einfluss, wie etwa bei den Stadtwerken, den Eigenbetrieben oder bei der Koblenzer Wohnbau GmbH, erfolgt eine Vollkonsolidierung unter Beachtung der Vorschriften der §§ 300 bis 309 HGB (Ausnahme: § 301 (1) Satz 2 HGB).

Hat die Stadt Koblenz jedoch nur einen **maßgeblichen** Einfluss auf die Tochterorganisation, wie etwa bei den Zweckverbänden oder dem Gemeinschaftsklinikum, erfolgt keine Vollkonsolidierung, sondern eine Konsolidierung nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode (At equity) nach den Vorschriften der §§ 311 und 312 HGB (Ausnahme: § 312 (1) Satz 2 HGB).

Im § 109 (5) Satz 2 GemO ist abweichend von § 308 des HGB festgelegt, dass es für die Zusammenfassung der Jahresabschlüsse unerheblich ist, wenn für die in den Jahresabschluss übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden unterschiedliche Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisvorschriften für die Stadt und die Tochterorganisationen bestehen, deren Jahresabschlüsse mit dem der Stadt zusammenzufassen sind.

Demgegenüber sind Tochterorganisationen nach § 109 (6) GemO nicht in den Gesamtabschluss einzubeziehen, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Eine untergeordnete Bedeutung im Sinne der Vorschriften der Gemeindeordnung wird immer dann vermutet, wenn die Bilanzsumme der Tochterorganisation kleiner als 3 v. H. der Bilanzsumme der Stadt ist. Tochterorganisationen mit einer Bilanzsumme von > 1.000.000 € sind immer in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Die Vorschriften des § 109 (6) GemO beziehen sich auf alle Tochterorganisationen, egal ob Anteile anderer Gesellschafter bestehen oder nicht.

Bei der Prüfung der Frage, ob eine Tochterorganisation von „untergeordneter Bedeutung" ist, ist auf die einzelne Tochterorganisation abzustellen, da das Gemeindehaushaltsrecht, im Gegensatz zu den Vorschriften des Handelsrechts (§ 296 (2) Satz 2 HGB), wonach Tochterorganisationen auch in ihrer Gesamtheit von „untergeordneter Bedeutung" sein müssen, keine gleichartige Vorschrift enthält.

Die im 8. Gesamtabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 vollkonsolidierten und nach At equity, also mit dem Buchwert, zusammengefassten Tochterorganisationen sind im Bericht des Rechnungsprüfungsamtes detailliert aufgeführt. Ebenso enthält der Bericht Hinweise auf die nicht konsolidierten Tochterorganisationen.

Zur Vermeidung von Wiederholungen wird insofern darauf verwiesen.

**Aus Sicht des Rechnungsprüfungsausschusses stehen die getroffenen Entscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der jeweils gewählten Konsolidierungsmethode im Einklang mit den einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung sowie des gemeindlichen Haushaltsrechts.**

# 8. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

## 8.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

8.1.1 Nach Beurteilung der Rechnungsprüfung bilden die uns zur Prüfung überlassenen Jahresabschlüsse der in die Konsolidierung einbezogenen Tochterorganisationen eine geeignete Konsolidierungsgrundlage. Auf eine Anpassung der Jahresabschlüsse von einbezogenen Tochterorganisationen an die von der Stadt Koblenz für den Kernhaushalt anzuwendenden Bilanzierungsgrundsätze nach dem gemeindlichen Haushaltsrecht zur Erzielung einer einheitlichen Bewertung wurde in Einklang mit den gesetzlichen Regelungen verzichtet.

8.1.2 Die Konsolidierung und die hierzu erforderlichen Schritte erfolgen bei der Stadtwerke Koblenz GmbH mittels einer zertifizierten Softwarelösung. Hierbei handelt es sich um die Konsolidierungssoftware IDLKONSIS – Release 2022-1 der Fa. IDL GmbH, Schmitten, mit der die unterschiedlichen Bewertungsverfahren (z. B. Neubewertungs- oder Buchwertmethode) zum Einsatz kommen und die notwendigen Konsolidierungsverarbeitungen vollständig zur Verfügung stehen. Im Reporting sind alle für einen Konzernabschluss notwendigen Berichtsbestandteile (z. B. Bilanz, Gesamtergebnisrechnung) enthalten.

Die Zertifizierung erfolgte durch die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, und wurde auf Basis des IDW Prüfungsstandards 880 „Prüfung von Softwareprodukten (IDW PS 880)“ durchgeführt. Das Prüfungszertifikat datiert vom 31. Mai 2023 und liegt der Rechnungsprüfung vor.

8.1.3 Der der Rechnungsprüfung vorgelegte Gesamtabschluss sowie dessen Anlagen sind grundsätzlich ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen, insbesondere aus den Jahresabschlüssen der Tochterorganisationen, abgeleitet.

8.1.4 Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden grundsätzlich übernommen.

8.1.5 Auf den Gesamtabschluss sind grundsätzlich die Vorschriften über den Jahresabschluss der Stadt entsprechend anzuwenden (§ 54 GemHVO). In Bezug auf die Gesamtergebnisrechnung (§ 55 GemHVO) und die Gesamtfinanzrechnung (§ 56 GemHVO) sind die vorgesehenen Positionen und Gliederungen

übernommen worden. Für die Gesamtbilanz (§ 57 GemHVO) wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage die Bilanzposition „2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen“ eingefügt.

8.1.6 Der Gesamtabschluss enthält nach § 109 GemO einen Gesamtanhang, der den Vorgaben des § 58 GemHVO entsprechen muss. Der Gesamtanhang enthält alle geforderten Erläuterungen zur Gesamtbilanz, zur Gesamtergebnisrechnung und zur Gesamtfinanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden. Außerdem ist dem Gesamtanhang eine Übersicht über alle unmittelbaren und mittelbaren städtischen Beteiligungen von mindestens 5 % an Tochterorganisationen beigefügt.

8.1.7 Die nach § 109 Abs. 3 GemO geforderten Anlagen, nämlich Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie der Gesamtrechenschaftsbericht, sind beigefügt.

8.1.8 Mit Inkrafttreten der 2. LVO zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung vom 07. Dezember 2016 wurde der Stadt ein Wahlrecht eingeräumt, eine Gesamtfinanzrechnung nach DRS 21 (§ 56 Abs. 2 GemHVO) oder eine stark aggregierte Gesamtfinanzrechnung nach § 56 Abs. 1 GemHVO aufzustellen. Die Gesamtfinanzrechnung wird ab dem Gesamtabschluss 2017 nach § 56 Abs. 1 GemHVO als stark aggregierte Gesamtfinanzrechnung aufgestellt. Die Darstellungsweise hat keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Der von der Stadtwerke Koblenz GmbH aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Gesamtrechenschaftsbericht ist dem Bericht des Rechnungsprüfungsamtes „Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Koblenz zum 31.12.2022“ ist als Anlage 5 beigefügt, auf den verwiesen wird.

Der Gesamtrechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

## 8.2 Gesamtaussage des Gesamtabschlusses

### 8.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Gesamtabschlusses sowie dessen Anlagen

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Gesamtjahresabschluss, d. h. das Zusammenwirken von Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtfinanzrechnung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz und seiner in die Konsolidierung einbezogenen Tochterorganisationen.

Die Angaben zu den einzelnen Positionen des Gesamtabschlusses und die sonstigen Angaben sind richtig und vollständig enthalten. Die Gesamtfinanzrechnung, die Anlagenübersicht, die Verbindlichkeitenübersicht und die Forderungsübersicht wurden ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen der konsolidierten Organisationen und den geprüften Unterlagen abgeleitet. Die im Rahmen der Prüfung angeforderten Dokumente waren insgesamt gesehen ausreichend und auch angemessen und genügten den Anforderungen.

# 9. Zusammenfassendes Ergebnis

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat den Gesamtabschluss der

**Stadt Koblenz**

**für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Der Gesamtabschluss besteht nach § 109 GemO aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtfinanzrechnung und dem Gesamtanhang. Dem Gesamtabschluss sind als Anlagen der Gesamtrechenschaftsbericht, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht sowie die Verbindlichkeitenübersicht beizufügen.
Die Aufstellung des Gesamtabschlusses liegt in der Verantwortung des Oberbürgermeisters, der in Personalunion die Position des Stadtkämmerers wahrnimmt, als gesetzlicher Vertreter der Stadt. Die Aufgabenwahrnehmung wurde vertraglich der Stadtwerke GmbH als 100%ige Tochterorganisation der Stadt übertragen.

Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses ist es, auf Grundlage der prüferischen Durchsicht eine Beurteilung über den Gesamtjahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Gesamtrechenschaftsbericht abzugeben und hierüber eine Bescheinigung zu erteilen.
Die prüferische Durchsicht ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtjahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtrechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Handlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Handlungen werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben für Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.
Unsere prüferische Durchsicht beschränkte sich in erster Linie auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Der Rechnungsprüfungsausschuss ist dennoch der Auffassung, dass hierdurch eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung gebildet ist.

**Die prüferische Durchsicht des Rechnungsprüfungsausschusses hat zu keinen Einwendungen geführt, die es rechtfertigen, den Gesamtabschluss sowie dessen Anlagen in der vorliegenden Form nicht dem Stadtrat vorzulegen und nicht zu veröffentlichen.**

Koblenz, den 06.11.2024

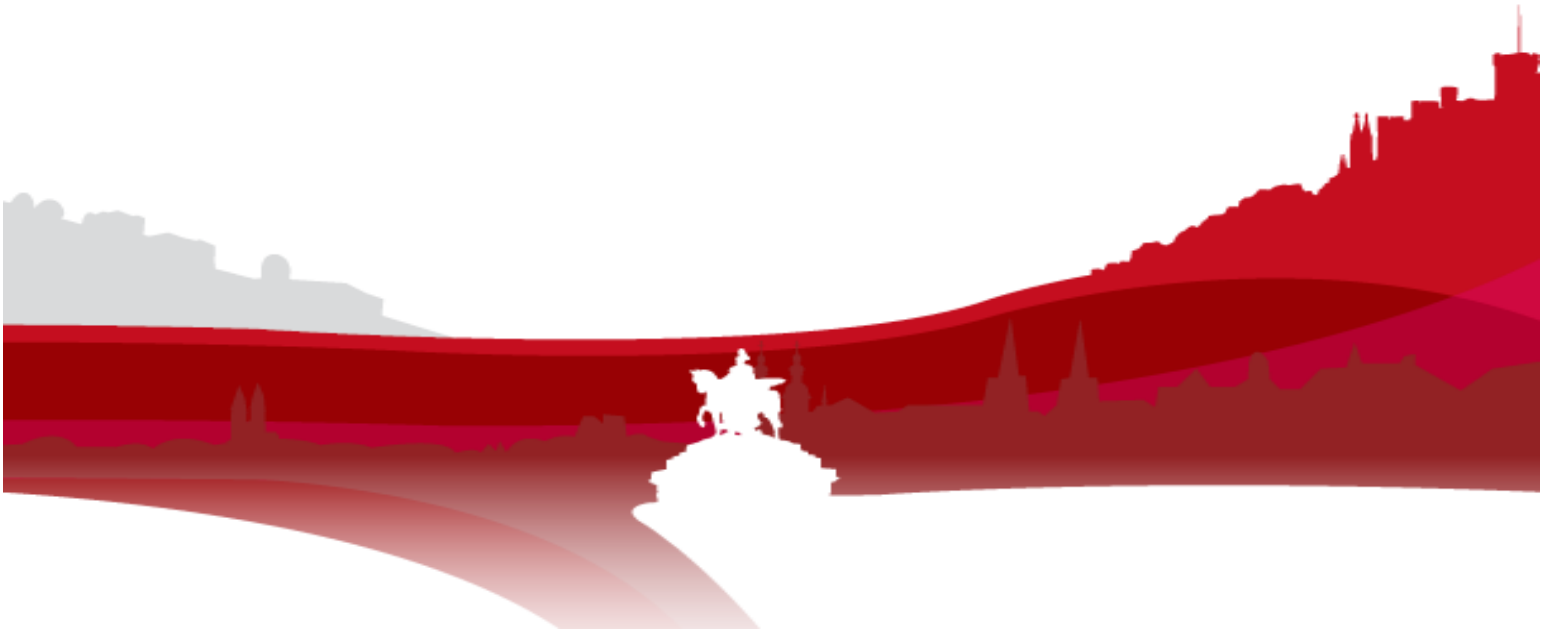
Marius Jakob
Vorsitzender

TOP Ö 4

KOBLENZ
VERBINDET.

Rechnungsprüfungsamt

# Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31. Dezember 2022



# Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| **1.** | **Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen** | **5** |
| 1.1 | Prüfungsauftrag | 5 |
| 1.2 | Prüfungsdurchführung | 5 |
| 1.3 | Rechtliche Grundlagen | 6 |
| **2.** | **Grundsätzliche Feststellungen** | **6** |
| 2.1 | Stellungnahme zur Lagebeurteilung | 6 |
| 2.2 | Unregelmäßigkeiten | 7 |
| **3.** | **Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung** | **8** |
| 3.1 | Gegenstand der Prüfung | 8 |
| 3.2 | Art und Umfang der Prüfung | 8 |
| **4.** | **Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung** | **10** |
| 4.1 | Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung | 10 |
| 4.1.1 | Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen | 10 |
| 4.1.2 | Jahresabschluss | 12 |
| 4.1.3 | Rechenschaftsbericht | 12 |
| 4.2 | Gesamtaussage des Jahresabschlusses | 13 |
| 4.2.1 | Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses | 13 |
| 4.2.2 | Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen | 13 |
| 4.2.3 | Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage | 14 |
| **5.** | **Wiedergabe des Bestätigungsvermerks** | **25** |



# Anlagen zum Prüfbericht


| | | Seite |
|---|---|---|
| **Anlage 1** | Bilanz zum 31. Dezember 2022 | 29 |
| **Anlage 2** | Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 | 35 |
| **Anlage 3** | Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 | 37 |
| **Anlage 4** | Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 | 39 |
| **Anlage 5** | Anlagenübersicht | 79 |
| **Anlage 6** | Forderungsübersicht | 81 |
| **Anlage 7** | Verbindlichkeitenübersicht | 83 |
| **Anlage 8** | Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen | 85 |
| **Anlage 9** | Rechenschaftsbericht | 87 |
| **Anlage 10** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz | 137 |
| **Anlage 11** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung | 176 |
| **Anlage 12** | Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse | 230 |
| **Anlage 13** | Kennzahlenberechnung | 236 |

# 1 Prüfungsauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfungsauftrag

Nach § 110 GemO i.V.m. § 112 GemO obliegt der Rechnungsprüfung die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 der

**Stadt Koblenz**.

Nach § 108 Abs. 1 GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss unter Beachtung der Regelungen der GemHVO und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung aufzustellen. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Dem Jahresabschluss ist ein Rechenschaftsbericht nach § 49 GemHVO beizufügen.

## 1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz mit Unterbrechungen in der Zeit von November 2023 bis April 2024.

Für die Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses waren zuständig:

| | |
|---|---|
| ■ Amtsleiter | Herr StVD Bernd Enkirch |
| ■ Prüfgruppenleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub |
| ■ Prüfer/in | Frau Ass. jur. Anja Meßemer |
| | Frau Anke Wendling |

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e. V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Dieser Prüfungsbericht wurde um zwei besondere Erläuterungsteile der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung erweitert, die diesem Bericht als **Anlagen 10** und **11** beigefügt sind.

## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, in der Fassung vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133)
- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 18. Mai 2006, in der Fassung vom 13. Dezember 2023 (GVBl. S. 409)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. I Nr. 120)

# 2 Grundsätzliche Feststellungen

## 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung

Der Rechenschaftsbericht ist gemäß § 113 Abs. 2 GemO daraufhin zu prüfen, ob er mit dem vorgelegten Jahresabschluss in Einklang steht und seine sonstigen Aussagen ein korrektes Bild von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde zutreffend dargestellt sind. Weiterhin wurde eine Abweichungsanalyse zur Ergebnis- und Finanzrechnung nach § 44 Abs. 3 GemHVO und § 45 Abs. 3 GemHVO erstellt, die als Anlage dem Rechenschaftsbericht beigefügt ist.

Der Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss 31.12.2022 der Stadt Koblenz (Anlage 9) enthält folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage:

1. Allgemeines und Lage der Gemeinde (Abschnitt 1 und 2)
2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde (Abschnitt 3)
3. Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte (Abschnitt 4 und 5)
4. Prognosebericht - Einschätzung der Chancen und Risiken (Abschnitt 6)

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes entspricht den gesetzlichen Anforderungen.

**Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz**

Im ersten Teil des Rechenschaftsberichtes wird auf die Organisationsstruktur und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt Koblenz eingegangen. Weiterhin werden die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beschrieben und die schwierige finanzielle Situation der Stadt Koblenz dargestellt. Einzelne Positionen der Ergebnisrechnung werden hinsichtlich Vorjahres- und Planvergleich ausführlich erläutert. Aussagen zum Problem einer dauerhaften Überschuldung – Verbrauch des Eigenkapitals – sowie dieser Entwicklung entgegensteuernde Maßnahmen werden im Rechenschaftsbericht getroffen.

**Kennzahlen und Gliederung der Teilhaushalte**

Der zweite Teil des Rechenschaftsberichtes beinhaltet einige Kennzahlen des einzuführenden und gesetzlich vorgeschriebenen Kennzahlensystems. Weiterhin wird im Rechenschaftsbericht eine Übersicht der einzelnen Teilhaushalte mit den jeweiligen Produkten aufgezeigt.

**Prognosebericht - Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung**

Im letzten Abschnitt werden die zukünftigen Chancen und Risiken der Stadt Koblenz beschrieben. Insbesondere werden Maßnahmen zur Gegensteuerung der defizitären Haushaltslage benannt und es wird auf die Entwicklung der zukünftigen hohen Zinsaufwendungen eingegangen. Abschließend werden die Chancen und hohen Risiken einzelner Projekte und Maßnahmen aufgezählt.

Die Aussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf der Stadt geben insgesamt eine zutreffende Beurteilung der Lage der Stadt Koblenz wieder.

Aufgrund der durchgeführten Prüfungshandlungen ergeben sich keine Einwendungen gegen die Einschätzung der Lage, zum Fortbestand und zur künftigen Entwicklung der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung ist der Überzeugung, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt vermittelt.

## 2.2 Unregelmäßigkeiten

Bei Durchführung der Prüfung des Jahresabschlusses wurden folgende Unrichtigkeiten und Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen oder Tatsachen festgestellt:

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 hat gem. § 108 Abs. 4 GemO innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres, mithin bis zum 30. Juni 2023, zu erfolgen. Anschließend ist der Jahresabschluss dem Rechnungsprüfungsamt zu übergeben. Die Vorlage eines **unvollständigen** Jahresabschlusses - Zahlenwerk - erfolgte jedoch erst Ende November 2023 und stellt somit einen Rechtsverstoß gegen § 108 Abs. 4 GemO dar. Weitere Bestandteile (Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht, Anhang) wurden innerhalb des 1. Quartals 2024 vorgelegt.

# 3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

## 3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Rechenschaftsbericht liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang (**Anlagen 1 bis 4**) und des Rechenschaftsberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 (**Anlage 9**) der Stadt Koblenz geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft.

Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses.

Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltungsleitung mitgeteilt und von dieser anerkannt worden. Verstöße, die einer besonderen Berichtsdarstellung an dieser Stelle bedürfen, wurden nicht festgestellt.

## 3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 04. April 2023 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2021 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht der Stadt Koblenz.

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2022 nach §§ 110 und 112 GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage analytischer Prüfungshandlungen sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erstellt.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren unter Einbeziehung der Beurteilung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems der Stadt Koblenz Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben im Jahresabschluss ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl bzw. zum Teil auf mathematisch-statistischen Verfahren.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände
- Rückstellungen
- Aufwendungen der sozialen Sicherung

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Insbesondere wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt bzw. folgende Prüfungsergebnisse und Arbeiten Dritter verwendet:

- Bankbestätigungen von Kreditinstituten wurden eingeholt.
- Zur Prüfung der Pensionsrückstellungen lag der Rechnungsprüfung ein versicherungsmathematisches Gutachten der Rheinischen Zusatzversorgungskasse vor. Auf Grund der Einschätzung der Qualifikation des Sachverständigen sowie der Beurteilung von Art und Umfang dessen Tätigkeit hat sich die Rechnungsprüfung bei der Prüfung auf dessen Arbeitsergebnisse gestützt.

Alle erbetenen Nachweise und Auskünfte wurden durch die verantwortlichen Fachämter der Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt bzw. bereitwillig erteilt. Die zuständigen Fachdienststellen haben die Vollständigkeit des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.
Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

# 4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

## 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

### 4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem gewährleistet eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung.

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungsstoffes. Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen, der Sonderposten, der Bilanzierungshilfen und der Rechnungsabgrenzungsposten sind erbracht.

Seit 2015 werden die Festwerte für die Bäume im Stadtgebiet einer jährlichen Überprüfung durch den Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen unterzogen und entsprechend angepasst. Im Rahmen der Buch- und Beleginventur wurden in 2022 Inventuren bei den Ämtern 36/Umweltamt, 52/Sport- und Bäderamt und Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung durchgeführt.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen.

Die Belege wurden im Wesentlichen ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. In einigen Fällen konnten formale Mängel bei der Handhabung der Kontierungsbelege festgestellt werden.

Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und von der Stadt Koblenz aufgestellt.

Bei Zugrundlegung der Nachvollziehbarkeit durch einen sachverständigen Dritten in angemessener Zeit als Beurteilungskriterium, erweist sich die Anlagenbuchhaltung in wesentlichen Teilen als schwer nachprüfbar, bedingt durch die angewandte Buchungstechnik, die eine Vielzahl an Umgehungsbuchungen aufweist. Dieser Umstand wird im Wesentlichen begründet durch die Besonderheiten der Einbindung der **Finanzrechnung in-**

**nerhalb des MACH-Systems**. Die Validität dieser Begründung kann durch die Rechnungsprüfung abschließend weder bestätigt noch abgelehnt werden. Gleichwohl wurden bei der stichprobenartigen Prüfung von Buchungsfällen in der Mehrzahl der Fälle keine weiteren Mängel offenkundig, die eine wesentliche materielle Auswirkung auf die Darstellung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses begründen.

Weiterhin muss die in den Vorjahren getroffene Feststellung, dass die Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen der Stadt Koblenz und ihren jeweiligen Eigengesellschaften nicht übereinstimmen, in Teilen aufrechterhalten werden. Mit Beginn der Erstellung eines Gesamtabschlusses zum 31.12.2015 hat sich nach Aussage der Finanzbuchhaltung die Situation jedoch deutlich gebessert. Seitens der städtischen Finanzbuchhaltung wird dieser Umstand durch zeitliche Buchungsunterschiede begründet.

Zur edv-technischen Verarbeitung der doppischen Buchführung verwendet die Stadt Koblenz für den Jahresabschluss 2022 die Finanzsoftware MACH M1 der Fa. Mach AG, Lübeck. Da eine Freigabe der Anwendung des Moduls MACH-Veranlagung aufgrund zu erwartender Unzulänglichkeiten nicht verantwortet werden konnte, wurde im Jahr 2010 auf ein selbstentwickeltes Veranlagungsmodul auf der Basis des KOFIN-Systems, das in seinen Grundzügen bereits im früheren kameralen Rechnungswesen zum Einsatz kam, zurückgegriffen.

Für die Finanzsoftware MACH M1 (Version 1.84) wurde herstellerseitig eine Prüfung nach **IDW PS 880** „Erteilung und Verwendung von Softwarebescheinigungen“ durchgeführt. Im Prüfurteil des Wirtschaftsprüfers vom 29. Juni 2007 wurde die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung bei sachgemäßer Anwendung bestätigt. Eine Prüfung der KOFIN-Veranlagung nach IDW PS 880 wurde bisher nicht vorgenommen.

Eine Prüfung der Finanzsoftware MACH M1, in Anlehnung an **IDW PS 850** „Projektbegleitende Prüfung bei Einsatz von Informationstechnologie“ wurde in 2011 abgeschlossen. Das abschließende Ergebnis der Prüfung und das entsprechende Prüfungstestat liegen seit dem 10. August 2011 vor.

Für die Finanzsoftware MACH M1 wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegensprechen, dass die von der Stadt Koblenz getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, bei sachgerechter Anwendung die Einhaltung der sich aus den anzuwendenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der sich aus den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung gem. IDW RS FAIT 1 ergebenden Ordnungsmäßigkeits-, Sicherheits- und Kontrollanforderungen sicherzustellen.

### 4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten, die Bilanzierungshilfen und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet. Aufgrund der zeitlichen Vorgabe und der Komplexität wurden in einigen Bereichen unwesentliche Fehler für den vorliegenden Jahresabschluss nicht korrigiert. Die Stadt Koblenz hat

gem. § 12 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bislang keine finale Kosten- und Leistungsrechnung (in Form einer Voll-/Teilkostenrechnung) aufgebaut.

Der Anhang enthält gem. § 48 GemHVO RLP die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben. Die geforderten Anlagen, wie Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie die Übersicht über die aus Vorjahren fortgeltenden Haushaltsermächtigungen, sind Teil des Anhangs.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

### 4.1.3 Rechenschaftsbericht

Der von der Stadtkämmerei aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Rechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 9** beigefügt. Die Abweichungsanalyse zur Ergebnis- und Finanzrechnung nach § 44 Abs. 3 GemHVO und § 45 Abs. 3 GemHVO wurde erstellt und als Anlage dem Rechenschaftsbericht beigefügt. Aufgrund des großen Umfanges dieser Abweichungsanalyse ist dieser Teil nicht Bestandteil des vorliegenden Prüfberichtes.

Der Rechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen den gesetzlichen Vorschriften.

Die Prüfung ergab, dass der Rechenschaftsbericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht,
- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt vermittelt,
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt,
- alle weiteren nach § 49 GemHVO RLP erforderlichen Angaben und Erläuterungen enthält.

Bedeutsame produktorientierte Ziele und Kennzahlen nach § 4 GemHVO RLP wurden in den Rechenschaftsbericht einbezogen und erläutert. Der Aufbau des Kennzahlensystems ist noch nicht abgeschlossen; eventuell werden weitere wichtige Kennzahlen in die nachfolgenden Jahresabschlüsse aufgenommen.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wären.

## 4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

### 4.2.2 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen

Der Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 ist auf Basis der im Anhang (**Anlage 4**) dargestellten Bewertungsgrundlagen aufgestellt worden. Eine Änderung wesentlicher Bewertungsgrundlagen sowie die Ausübung von Wahlrechten, die aus der Sicht der Rechnungsprüfung wesentliche Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, hat die Stadt Koblenz nicht vorgenommen.

Neben den Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten gehören Annahmen über wertbestimmende Komponenten zu den Bewertungsgrundlagen. Die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden erfordert die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen, die mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind. Dieser Zukunftsbezug führt zu Ermessensspielräumen, die der Bilanzierende bei pflichtgemäßer Ausübung seiner Rechnungslegungsverpflichtungen auszufüllen hat. Die Rechnungsprüfung kann naturgemäß die Ausübung der Ermessensspielräume nur auf ihre Plausibilität hin untersuchen. Besonderheiten mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz haben sich im Rahmen der Ausübung von Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechten nach Auffassung der Rechnungsprüfung nicht ergeben.

Im Berichtsjahr waren zudem keine sachverhaltsgestaltenden Maßnahmen mit wesentlichen Auswirkungen auf die Gesamtaussage des Jahresabschlusses zu verzeichnen.

## 4.2.3 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.

### ■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtjahr sowie zur Eröffnungsbilanz, sofern abbildbar, dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation der Stadt Koblenz zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 13** aufgeführt.

| | 31.12.2022 in % | 31.12.2021 in % | Veränderung |
|---|---|---|---|
| **Wirtschaftliche Gesamtsituation** | | | |
| Aufwandsdeckungsgrad | 105,3 | 108,5 | - 3,2 |
| Eigenkapitalquote 1 | 45,7 | 45,7 | ±0,0 |
| Eigenkapitalquote 2 | 59,7 | 60,0 | - 0,3 |
| Verschuldungsgrad | 59,2 | 58,1 | + 1,1 |
| Fehlbetragsquote | - | - | ±0,0 |
| **Vermögenslage** | | | |
| Anlagevermögensintensität | 92,9 | 94,4 | -1,5 |
| Infrastrukturquote | 31,4 | 32,8 | -1,4 |
| Abschreibungsintensität | 6,2 | 6,3 | -0,1 |
| Investitionsquote | 150,7 | 141,0 | +9,7 |
| **Finanzlage** | | | |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 95,4 | 93,7 | +1,7 |
| Liquidität 2. Grades | 166,8 | 72,7 | +94,1 |
| Kurzfristige Verbindlichkeitsquote | 3,9 | 6,9 | -3,0 |
| Zinslastquote | 2,8 | 2,3 | +0,5 |
| **Ertragslage** | | | |
| Steuerquote | 51,4 | 52,3 | -0,9 |
| Zuwendungsquote | 21,2 | 20,9 | +0,3 |
| Personalintensität | 28,0 | 26,9 | +1,1 |
| Sach- u. Dienstleistungsintensität | 17,7 | 19,8 | -2,1 |
| Transferaufwandsquote | 12,5 | 12,4 | + 0,1 |

## Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko widerspiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital.

Die **Fehlbetragsquote** gibt Auskunft über den durch ein negatives Jahresergebnis in Anspruch genommenen Eigenkapitalanteil.

Die **Anlagevermögenintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang die Gemeinde durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Die **Steuerquote** gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde selbst finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist.

Die **Zuwendungsquote** gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

Die **Transferaufwandsquote** stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.

## ■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtpunkten zusammengefasst, umgruppiert und den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 10** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz“.

| | 31.12.2022 | | 31.12.2021 | | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **Vermögen** | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Anlagevermögen | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.127 | 3,8 | 58.240 | 3,8 | +887 | +1,5 |
| Sachanlagen | 1.035.670 | 66,0 | 1.022.172 | 66,8 | +13.498 | +1,3 |
| Finanzanlagen | 362.868 | 23,1 | 362.994 | 23,8 | -126 | +0,0 |
| | 1.457.665 | 92,9 | 1.443.406 | 94,4 | +14.259 | +1,0 |
| Umlaufvermögen | | | | | | |
| Vorräte | 1.913 | 0,1 | 2.598 | 0,2 | -685 | -26,4 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 30.062 | 1,9 | 32.464 | 2,1 | -2.402 | -7,4 |
| Wertpapiere | 502 | 0,0 | 502 | 0,0 | ±0 | |
| Flüssige Mittel | 73.069 | 4,7 | 44.316 | 2,9 | +28.753 | +64,9 |
| | 105.546 | 6,7 | 79.880 | 5,2 | +25.666 | +32,1 |
| Rechnungsabgrenzung | 6.218 | 0,4 | 6.321 | 0,4 | -103 | -1,6 |
| **Vermögen gesamt** | **1.569.429** | **100,0** | **1.529.607** | **100,0** | **+39.822** | **+2,6** |
| **Kapital** | | | | | | |
| Eigenkapital | 717.328 | 45,7 | 698.989 | 45,7 | +18.339 | +2,6 |
| Sonderposten | 219.687 | 14,0 | 219.453 | 14,4 | +234 | +0,1 |
| Fremdkapital | | | | | | |
| Rückstellungen | 206.979 | 13,2 | 204.940 | 13,4 | +2.039 | +1,0 |
| Verbindlichkeiten | 424.954 | 27,1 | 405.804 | 26,5 | +19.150 | +4,7 |
| | 631.933 | 40,3 | 610.744 | 39,9 | +21.189 | +3,5 |
| Rechnungsabgrenzung | 481 | 0,0 | 421 | 0,0 | +60 | +14,3 |
| **Kapital gesamt** | **1.569.429** | **100,0** | **1.529.607** | **100,0** | **+39.822** | **+2,6** |

## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Bilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 1.569.429 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 13.641 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 92,9 % (Vorjahr 94,4 %) annähernd ausschließlich aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 59.127 T€, das Sachanlagevermögen mit 1.035.670 T€ sowie das Finanzanlagevermögen mit 362.868 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 14.259 T€ bzw. 1,0 %.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geleistete Zuwendungen“ (43.341 T€) sowie „Gezahlte Investitionszuschüsse“ (10.373 T€) und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 887 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 4.077 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 3.190 T€ gegenüber.

Das **Sachanlagevermögen**, welches sich gegenüber dem Vorjahr um 13.498 T€ erhöht hat, bestimmt mit 1.035.670 T€ (Vorjahr: 1.022.172 T€) weitestgehend die Vermögenslage der Stadt Koblenz und repräsentiert rd. 71 % des gesamten Anlagevermögens.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 493.531 T€ rd. 47,6 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (252.540 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege und Straßenbegleitgrün (131.796 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (69.958 T€) erfasst. Die Veränderung des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr mit einem Rückgang um 7.795 T€ bzw. 1,6 % resultiert aus den Zugängen und Umbuchungen in Höhe von 5.854 T€ sowie den planmäßigen Abschreibungen und Abgängen in Höhe von 13.649 T€.

Der Wert der Position **Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 257.266 T€ (Vorjahr: 252.275 T€) setzt sich zusammen aus dem Wert des Grund und Bodens in Höhe von 47.164 T€ sowie dem Wert der Bauten mit 210.102 T€. Bei beiden dominieren die Werte der Schulen mit insgesamt 91.493 T€, der Sportanlagen mit 41.559 T€ und der sonstigen Gebäude mit 81.950 €. Da die Zugänge inkl. Umbuchungen die Abschreibungen überschritten, ergab sich in diesem Bereich ein Anstieg in Höhe von 4.991 T€.

Zu den **sonstigen unbebauten Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten** in Höhe von insgesamt 98.970 T€ (Vorjahr: 96.510 T€) zählen vor allem die Grünflächen der Parkanlagen (57.039 T€) und Spielplätze (7.709 T€) sowie die unbebauten Grundstücke für Industrie und Gewerbe (2.932 T€) und Bauland (6.163 T€). Die geringfügige Veränderung ist im Wesentlichen durch die Neubewertung des städtischen Baumbestandes sowie den Verkauf von Grundstücken begründet.

Die **geleisteten Anzahlungen u. Anlagen im Bau** betragen insgesamt 78.753 T€ und haben sich gegenüber dem Vorjahr (73.689 T€) um 5.064 T€ erhöht. Die Gründe für den Anstieg sind im Erläuterungsteil (Anlage 10) unter der Position „1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ ausführlich dargestellt.

Das Vermögen in der Position **Wald und Forsten** in Höhe von 24.562 T€ (Vorjahr: 24.564 T€) setzt sich vornehmlich aus dem Wert der Grundstücke und dem Holzbestand zusammen.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 362.868 T€ (Vorjahr: 362.994 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 24,9 % des gesamten Anlagevermögens.

Über die Hälfte des Finanzanlagevermögens resultiert aus den **Anteilen an verbundenen Unternehmen** mit 231.878 T€ (Vorjahr: 231.867 T€). Im Berichtsjahr wurde die städtische Beteiligung an der EKO2 GmbH umgegliedert.

Der Wert der **Beteiligungen** von 5.367 T€ resultiert fast ausschließlich aus der Beteiligung an der Gemeinschaftsklinikum Kemperhof Koblenz – St. Elisabeth Mayen gGmbH (5.120 T€). Im Berichtsjahr ergaben sich geringfügige Veränderungen (- 18 T€) aufgrund von Umgliederungen.

Unter den **Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, wurde ein an das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH gewährtes Gesellschafterdarlehen bilanziert.

Mit einem Vermögenswert von 122.566 T€ (Vorjahr: 122.716 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich des Sondervermögens mit insgesamt 110.930 T€, im Besonderen der Eigenbetrieb Stadtentwässerung (77.332 T€) und der Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle (28.285 T€).

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 105.546 T€ (Vorjahr: 79.880 T€) am Gesamtvermögen ist mit 6,7 % gering.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 30.062 T€ (Vorjahr: 32.464 T€) werden im Wesentlichen öffentlich-rechtliche Forderungen ausgewiesen. Diese bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen sowie den Forderungen aus Transferleistungen. Um dem Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurden die gesamten Forderungen durch Einzelwertberichtigungen in Höhe von 9.293 T€ (Vorjahr: 9.106 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 3.501 T€ (Vorjahr: 3.730 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 1.913 T€ (Vorjahr: 2.598 T€), vornehmlich im Bereich fertiger Erzeugnisse und Leistungen (1.825 T€), zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 73.069 T€ und erhöhten sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr um 28.753 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 717.328 T€, welches sich gegenüber dem Vorjahr um 18.339 T€ bzw. 2,6 % erhöht hat. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist fast ausschließlich durch den Jahresüberschuss 2022 entstanden. Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die Eigenkapitalquote 45,7 % (Vorjahr: 45,7 %), was einem Anteil von 6.235 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 59,7 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 60,1 %).

Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 219.687 T€ (Vorjahr: 219.453 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (219.732 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 142.954 T€ (Vorjahr: 146.063 T€) begründet. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 23.387 T€ (Vorjahr: 23.490 T€) hervorzuheben, die vornehmlich aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren. Die Sonderposten aus **Anzahlungen zum Anlagevermögen** haben sich um 3.529 T€ von 49.862 T€ auf 53.391 T€ erhöht.

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 631.933 T€ und erhöhte sich damit gegenüber dem Vorjahr um 21.189 T€. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 40,3 % (Vorjahr: 39,9 %). Gemessen an der Einwohnerzahl ergeben sich 5.493 € (Vorjahr: 5.385 €) an Fremdkapital pro Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 424.954 T€ (Vorjahr: 405.804 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 206.979 T€ (Vorjahr 204.940 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 424.954 T€ einen Anteil von 27,1 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein deutlicher Anstieg um 19.150 T€ bzw. 4,7 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 371.679 T€ (Vorjahr: 352.829 T€), die vollumfänglich für Investitionen mit 331.679 T€ (Vorjahr: 312.829 T€) und der Liquiditätssicherung mit 40.000 T€ (Vorjahr: 40.000 T€) dienen. Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen** in Höhe von 20.389 T€ (Vorjahr: 20.723 T€) handelt es sich fast ausschließlich um die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe.

Der Wert der **Rückstellungen** von 206.979 T€, der einem Anteil von 13,2 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 2.039 T€ bzw. 1,0 % erhöht. Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Rückstellungen** in Höhe von 191.442 T€ (Vorjahr: 185.795 T€). Diese Position setzt sich im überwiegend aus Pensionsrückstellungen (162.004 T€; Vorjahr: 157.550 T€) und Beihilfeverpflichtungen (28.677 T€; Vorjahr: 27.518 T€) zusammen. Bei den **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 15.204 T€ (Vorjahr: 18.086 T€) fanden insb. die Rückstellungen für Instandhaltungen (4.788 T€; Vorjahr: 7.466 T€), für ausstehende Rechnungen (3.087 T€; Vorjahr: 3.383 T€) und Urlaubs- und Überstunden (5.950 T€; Vorjahr: 5.861 T€) eine angemessene Berücksichtigung.

## ■ Finanzlage

Zur Erläuterung der Finanzlage werden die Abschlusszahlen in Form einer vereinfachten Kapitalflussrechnung zusammengestellt. Sie gibt Auskunft über die aus der Verwaltungstätigkeit sowie ihr von außen zugeflossenen Finanzmittel. Dafür werden in der vereinfachten Kapitalflussrechnung die Zahlungsströme getrennt nach den Cashflows aus der laufenden Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit dargestellt.

| | 31.12.2022 | Haushalts-ansatz | Differenz |
|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR |
| Laufende Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit | 466.029 | 446.959 | +19.070 |
| Laufende Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit | 417.130 | 421.411 | -4.281 |
| **Cashflow der laufenden Verwaltungstätigkeit** | **48.899** | **25.548** | **+23.351** |
| Zins- und sonst. Finanzein- u. -auszahlungen | -5.377 | -2.517 | -2.860 |
| **Ordentlicher Cashflow** | **43.522** | **23.031** | **+20.491** |
| Außerordentliche Ein- und Auszahlungen | 0 | 0 | ±0 |
| **Ordentlicher und außerordentlicher Cashflow** | **43.522** | **23.031** | **+20.491** |
| Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 8.424 | 12.800 | -4.376 |
| Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 41.621 | 71.893 | -30.272 |
| **Cashflow aus Investitionstätigkeit** | **-33.197** | **-59.093** | **+25.896** |
| Ein- u. Auszahlungen aus Investitionskrediten | 21.213 | 41.249 | -20.036 |
| Ein- u. Auszahlungen aus Krediten d. Liquiditätssicherung | -3.074 | -5.186 | +2.112 |
| **Cashflow aus Finanzierungstätigkeit** | **10.424** | **36.063** | **-46.487** |
| Veränderung der liquiden Mittel | -28.563 | 0 | -28.563 |
| Durchlaufende Gelder | 99 | 0 | +99 |
| **Cashflow gesamt** | **-28.464** | **0** | **-28.464** |

Die Summe der Cashflows entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds im Haushaltsjahr, soweit diese nicht auf Wechselkurs- oder sonstigen Wertänderungen beruht.

### Effektivverschuldung

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 |
|---|---|---|
| | TEUR | TEUR |
| Fremdkapital insgesamt | 631.933 | 610.744 |
| abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte | | |
| Flüssige Mittel | 73.069 | 44.316 |
| Vorräte | 1.913 | 2.598 |
| Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände | 30.062 | 32.464 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502 | 502 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6.218 | 6.321 |
| **Effektivverschuldung** | **520.169** | **524.543** |

Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 111.764 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (631.933 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 520.169 T€. Gegenüber dem Stand zum Vorjahr ist die Effektivverschuldung um 4.374 T€ bzw. 0,9 % gesunken.

## ■ Ertragslage (Vorjahresvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtpunkten gegliedert und den Vorjahreswerten gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

Das Jahresergebnis 2022 in Höhe 18.321 T€ inklusive der Veränderungen wird in Teilen durch die Folgen der **Corona - Pandemie** geprägt, die einzelnen Auswirkungen werden in der Anlage 11 ausführlich erläutert.

| | 2022 | | 2021 | | Differenz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Steuern und ähnlich Abgaben | 245.092 | 51,4 | 248.236 | 52,3 | -3.144 | -1,3 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag | 101.356 | 21,2 | 99.442 | 20,9 | +1.914 | +1,9 |
| Ertrag der sozialen Sicherung | 74.623 | 15,6 | 70.659 | 14,9 | +3.964 | +5,6 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 12.899 | 2,7 | 12.073 | 2,5 | +826 | +6,8 |
| Privatrechtliche Entgelte | 8.659 | 1,8 | 5.177 | 1,1 | +3.482 | +67,3 |
| Kostenerstattungen und -umlagen | 11.570 | 2,4 | 15.411 | 3,2 | -3.841 | -24,9 |
| Sonstiger laufender Ertrag | 23.092 | 4,9 | 24.021 | 5,1 | -929 | -3,9 |
| **Gesamtertrag** | **477.291** | **100,0** | **475.019** | **100,0** | **+2.272** | **+0,5** |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 126.681 | 26,5 | 117.817 | 24,8 | +8.864 | +7,5 |
| Sach-, Dienstleistungsaufwand | 80.049 | 16,8 | 86.925 | 18,3 | -6.876 | -7,9 |
| Abschreibungen | 28.080 | 5,9 | 27.634 | 5,8 | +446 | +1,6 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand | 56.447 | 11,8 | 54.487 | 11,5 | +1.960 | +3,6 |
| Aufwand der sozialen Sicherung | 132.359 | 27,7 | 126.678 | 26,7 | +5.681 | +4,5 |
| Sonstiger laufender Aufwand | 29.556 | 6,2 | 24.313 | 5,1 | +5.243 | +21,6 |
| **Gesamtaufwand** | **453.172** | **94,9** | **437.854** | **92,2** | **+15.318** | **+3,5** |
| **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** | **24.119** | **5,1** | **37.165** | **7,8** | **-13.046** | |
| Zinsertrag | 6.694 | 1,4 | 8.705 | 1,8 | -2.011 | -23,1 |
| Zinsaufwand | 12.492 | 2,6 | 10.238 | 2,2 | +2.254 | +22,0 |
| **Finanzergebnis** | **-5.798** | **-1,2** | **-1.533** | **-0,4** | **-4.265** | |
| **Ordentliches Ergebnis** | **18.321** | **3,9** | **35.632** | **7,4** | **-17.311** | |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0** | **0,0** | **0** | **0,0** | **0,0** | |
| **Jahresüberschuss/ -fehlbetrag** | **18.321** | **3,9** | **35.632** | **7,4** | **-17.311** | |

## Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 18.321 T€, der mit der Kapitalrücklage verrechnet wird. Das positive **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** in Höhe von 24.119 T€ hat sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht, während sich das **Finanzergebnis** um 4.265 T€ verschlechtert hat. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Jahresergebnis um 17.311 T€ verschlechtert.

Beim **Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit** übersteigen die Gesamterträge von 477.291 T€ die Gesamtaufwendungen von 453.172 T€ um 5,3 %.

Innerhalb der Erträge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit dominieren die **Steuern und ähnlichen Abgaben** mit 245.092 T€ (Vorjahr: 248.236 T€), die im Haushaltsjahr rd. 51,4 % (Vorjahr: 52,3 %) der Gesamterträge repräsentieren. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (74.623 T€; Vorjahr: 70.659 T€), **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (101.356 T€; Vorjahr: 99.442 T€) sowie **sonstigen laufenden Erträgen** (23.092 T€; Vorjahr: 24.021 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** in Höhe von 12.899 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

Die **sonstigen laufenden Erträge** enthalten die vereinnahmten Konzessionsabgaben aus Wasser, Strom und Gas in Höhe von 6.858 T€ sowie Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen (3.381 T€). Weiterhin erfolgte in dieser Position die Auflösung verschiedener Rückstellungen (2.930 T€) sowie die Auflösung aus der Reduzierung der Wertberichtigungen auf Forderungen (1.118 T€). Die Zuschreibung von Festwerten in den Bereichen der Straßenbegleitgrün und bei den Sonstigen Bäumen ergaben Erträge in Höhe von 2.139 T€. Die Aktivierten Eigenleistungen reduzierten sich im Berichtsjahr um 415 T€ von 1.871 T€ auf 1.456 T€.

Die Aufwendungen im Rahmen der laufenden Verwaltungstätigkeit wurden durch die Anordnungen der einzelnen Fachämter bewirkt. Im Mittelpunkt stehen hierbei die **Aufwendungen der sozialen Sicherung** (132.359 T€; Vorjahr: 126.678 T€) sowie die **Personal- und Versorgungsaufwendungen** (126.681 T€; Vorjahr: 117.817 T€). Letztere basieren auf den überführten Daten des IT-Personalwirtschaftssystem Fidelis und einer anschließenden Datenabgleichung durch das Fachamt.

Die Abschreibungen nach § 2 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO belaufen sich im Haushaltsjahr auf 28.080 T€ (Vorjahr: 27.634 T€). Gründe für die geringfügigen Veränderungen sind in Anlage 11 (Erläuterungsteil, Zeile 11) näher erläutert.

Das negative **Finanzergebnis** resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge** von 6.694 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 12.492 T€, es hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4.265 T€ verschlechtert.

## ■ Ertragslage (Planvergleich)

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtpunkten gegliedert und den Haushaltsansätzen gegenübergestellt.

Die Rechnungsprüfung verweist darüber hinaus auf die weitergehenden sonstigen Aufgliederungen und Erläuterungen in der **Anlage 11** „Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung“.

| | 2022 | | Haushalts-ansatz | | Differenz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Steuern und ähnlich Abgaben | 245.092 | 51,4 | 229.712 | 50,0 | +15.380 | +6,7 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag | 101.356 | 21,2 | 102.533 | 22,3 | -1.177 | -1,1 |
| Ertrag der sozialen Sicherung | 74.623 | 15,6 | 73.840 | 16,1 | +783 | +1,1 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 12.899 | 2,7 | 13.470 | 2,9 | -571 | -4,2 |
| Privatrechtliche Entgelte | 8.659 | 1,8 | 5.865 | 1,3 | +2.794 | +47,6 |
| Kostenerstattungen und -umlagen | 11.570 | 2,4 | 10.407 | 2,3 | +1.163 | +11,2 |
| Sonstiger laufender Ertrag | 23.092 | 4,9 | 23.587 | 5,1 | -495 | -2,1 |
| **Gesamtertrag** | **477.291** | **100,0** | **459.414** | **100,0** | **+17.877** | **+3,9** |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 126.681 | 26,5 | 122.743 | 26,7 | +3.938 | +3,2 |
| Sach-, Dienstleistungsaufwand | 80.049 | 16,8 | 81.163 | 17,7 | -1.114 | -1,4 |
| Abschreibungen | 28.080 | 5,9 | 27.113 | 5,9 | +967 | +3,6 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand | 56.447 | 11,8 | 56.556 | 12,3 | -109 | -0,2 |
| Aufwand der sozialen Sicherheit | 132.359 | 27,7 | 135.569 | 29,5 | -3.210 | -2,4 |
| Sonstiger laufender Aufwand | 29.556 | 6,2 | 27.696 | 6,0 | +1.860 | +6,7 |
| **Gesamtaufwand** | **453.172** | **94,9** | **450.840** | **98,1** | **+2.332** | **+0,5** |
| **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** | **24.119** | **5,1** | **8.574** | **1,9** | **+15.545** | |
| Zinsertrag | 6.694 | 1,4 | 7.804 | 1,7 | -1.110 | -14,2 |
| Zinsaufwand | 12.492 | 2,6 | 10.324 | 2,2 | +2.168 | +21,0 |
| **Finanzergebnis** | **-5.798** | **-1,2** | **-2.520** | **-0,5** | **-3.278** | |
| **Ordentliches Ergebnis** | **18.321** | **3,9** | **6.054** | **1,4** | **+12.267** | |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0** | **0,0** | **0** | **0,0** | **0** | |
| **Jahresüberschuss/ -fehlbetrag** | **18.321** | **3,9** | **6.054** | **1,4** | **+12.267** | |

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Jahresüberschuss** von 18.321 T€, der mit der Kapitalrücklage verrechnet wird. Gegenüber dem Haushaltsansatz hat sich der Jahresüberschuss um 12.267 T€ verbessert.

Weitere Informationen zu einzelnen Abweichungen gegenüber dem Haushaltsansatz finden sich im Erläuterungsteil (siehe **Anlage 11**) dieses Prüfberichtes.

# 5 Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

**Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung**

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Rechenschaftsbericht - der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2022 geprüft. In die Prüfung wurden die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Rheinland-Pfalz und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Rechenschaftsbericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 113 GemO und in Anlehnung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Rechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Rechenschaftsberichts.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

**Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.**

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz.

Der Rechenschaftsbericht steht grundsätzlich in Einklang mit einem den gesetzlichen Vorschriften entsprechenden Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Stadt Koblenz und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, den 15. Mai 2024



Bernd Enkirch
Amtsleiter



Olaf Schaub
Stellv. Amtsleiter

# Anlagen zum Prüfbericht

| | |
|---|---|
| **Anlage 1** | Bilanz zum 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 2** | Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 3** | Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 4** | Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 5** | Anlagenübersicht |
| **Anlage 6** | Forderungsübersicht |
| **Anlage 7** | Verbindlichkeitenübersicht |
| **Anlage 8** | Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen |
| **Anlage 9** | Rechenschaftsbericht |
| **Anlage 10** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz |
| **Anlage 11** | Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung |
| **Anlage 12** | Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse |
| **Anlage 13** | Kennzahlenberechnung |

# **Anlage 1** Bilanz zum 31.12.2022

**Bilanz zum 31. Dezember 2022**

| AKTIVA | | | PASSIVA | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **31.12.2022** in EUR | **31.12.2021** in TEUR | | **31.12.2022** in EUR | **31.12.2021** in TEUR |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.126.566,24 | 58.240 | Kapitalrücklage | 698.828.846,21 | 663.197 |
| Sachanlagen | 1.035.670.109,96 | 1.022.172 | Sonstige Rücklagen | 178.730,95 | 160 |
| Finanzanlagen | 362.868.107,41 | 362.994 | Ergebnisvortrag | 0,00 | 0 |
| Vorräte | 1.912.879,15 | 2.598 | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 18.320.919,58 | 35.632 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 30.062.019,70 | 32.464 | Sonderposten für Belastungen aus komm. Finanzausgleich | 0,00 | 0 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502 | Sonderposten zum Anlagevermögen | 219.731.933,43 | 219.415 |
| Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben b. EZB, Kreditinstitituten u. Schecks | 73.068.906,92 | 44.316 | Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45.108,32 | 38 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6.217.792,37 | 6.321 | Sonderposten mit Rücklageanteil | 0,00 | 0 |
| | | | Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | 0 |
| | | | Sonderposten aus Anzahlungen f. Grabnutzungsent. | 0,00 | 0 |
| | | | Sonstige Sonderposten | 0,00 | 0 |
| | | | Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpflichtungen | 191.441.605,47 | 185.795 |
| | | | Steuerrückstellungen | 333.442,30 | 1.059 |
| | | | Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 | 0 |
| | | | Sonstige Rückstellungen | 15.204.215,93 | 18.086 |
| | | | Anleihen | 0,00 | 0 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 371.678.855,32 | 352.829 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 11.167.810,43 | 12.382 |
| | | | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 | 0 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leistungen | 9.746.391,37 | 11.367 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 | 0 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. verbund. Unternehmen | 2.430.314,42 | 1.420 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis | 16.843,26 | 21 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. Sonderverm., Zweckverb., AöR, rechtsf. komm. Stift. | 20.388.562,04 | 20.723 |
| | | | Verbindlichkeiten gg. sonst. öffent. Bereich | 3.342.876,93 | 4.742 |
| | | | Sonst. Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 | 2.320 |
| | | | Rechnungsabgrenzungsposten | 480.953,86 | 421 |
| | **1.569.428.715,35** | **1.529.607** | | **1.569.428.715,35** | **1.529.607** |

## Aktiva

| | Stand 31.12.2022 | Stand 31.12.2021 |
|---|---|---|
| | EUR | TEUR |
| **1 Anlagevermögen** | **1.457.664.783,61** | **1.443.406** |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | 59.126.566,24 | 58.240 |
| 1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werten sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werden | 243.704,43 | 147 |
| 1.1.2 Geleistete Zuwendungen | 43.340.903,00 | 41.731 |
| 1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse | 10.372.885,01 | 9.253 |
| 1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert | 0,00 | 0 |
| 1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 5.169.073,80 | 7.109 |
| 1.2 Sachanlagen | 1.035.670.109,96 | 1.022.172 |
| 1.2.1 Wald, Forsten | 24.562.129,29 | 24.564 |
| 1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte | 98.969.963,98 | 96.510 |
| 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 257.266.375,54 | 252.275 |
| 1.2.4 Infrastrukturvermögen | 493.530.932,78 | 501.326 |
| 1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden | 6.396.218,00 | 3.671 |
| 1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler | 39.992.175,38 | 40.042 |
| 1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 17.988.396,00 | 15.617 |
| 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 18.210.973,42 | 14.478 |
| 1.2.9 Pflanzen und Tiere | 0,00 | 0 |
| 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 78.752.945,57 | 73.689 |
| 1.3 Finanzanlagen | 362.868.107,41 | 362.994 |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.878.444,53 | 231.867 |
| 1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 0,00 | 0 |
| 1.3.3 Beteiligungen | 5.367.001,35 | 5.385 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 3.000.000,00 | 3.000 |
| 1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 122.565.859,19 | 122.716 |
| 1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen | 0,00 | 0 |
| 1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | 0,00 | 0 |
| 1.3.8 Sonstige Ausleihungen | 56.802,34 | 26 |
| **2 Umlaufvermögen** | **105.546.139,37** | **79.880** |
| 2.1 Vorräte | 1.912.879,15 | 2.598 |
| 2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 88.347,06 | 76 |
| 2.1.2 Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen | 0,00 | 0 |
| 2.1.3 Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 1.824.532,09 | 2.522 |
| 2.1.4 Geleistete Anzahlungen auf Vorräte | 0,00 | 0 |

| | | |
|---|---|---|
| 2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 30.062.019,70 | 32.464 |
| 2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.533.963,79 | 38.975 |
| 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen u. Leistungen | 1.268.743,82 | 1.053 |
| 2.2.3 Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 256.465,18 | 144 |
| 2.2.4 Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 39.300,00 | 300 |
| 2.2.5 Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öff. Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen | 513.855,08 | 218 |
| 2.2.6 Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 335.305,17 | 290 |
| 2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände | 4.907.904,27 | 4.321 |
| 2.2.8 Wertberichtigung Forderungen | -12.793.517,61 | -12.837 |
| 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502 |
| 2.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 0,00 | 0 |
| 2.3.2 Sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502 |
| 2.4 Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben b. Kreditinstituten u. Schecks | 73.068.906,92 | 44.316 |
| **3 Ausgleichsposten für latente Steuern** | **0,00** | **0** |
| **4 Rechnungsabgrenzungsposten** | **6.217.792,37** | **6.321** |
| 4.1 Disagio | 0,00 | 0 |
| 4.2 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | 6.217.792,37 | 6.321 |
| **Summe Aktiva** | **1.569.428.715,35** | **1.529.607** |

## Passiva

| | | |
|---|---|---|
| **1 Eigenkapital** | **717.328.496,74** | **698.989** |
| 1.1 Kapitalrücklage | 698.828.846,21 | 663.197 |
| 1.2 Sonstige Rücklagen | 178.730,95 | 160 |
| 1.3 Ergebnisvortrag | 0,00 | 0 |
| 1.4 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 18.320.919,58 | 35.632 |
| **2 Sonderposten** | **219.686.825,11** | **219.453** |
| 2.1 Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich | 0,00 | 0 |
| 2.2 Sonderposten zum Anlagevermögen | 219.731.933,43 | 219.415 |
| 2.2.1 Sonderposten aus Zuwendungen | 142.954.471,59 | 146.063 |
| 2.2.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 23.386.682,19 | 23.490 |
| 2.2.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen | 53.390.779,65 | 49.862 |
| 2.3 Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45.108,32 | 38 |
| 2.4 Sonderposten mit Rücklageanteil | 0,00 | 0 |
| 2.5 Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | 0 |
| 2.6 Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte | 0,00 | 0 |
| 2.7 Sonstige Sonderposten | 0,00 | 0 |

| | | |
|---|---|---|
| **3 Rückstellungen** | **206.979.263,70** | **204.940** |
| 3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 191.441.605,47 | 185.795 |
| 3.2 Steuerrückstellungen | 333.442,30 | 1.059 |
| 3.3 Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 | 0 |
| 3.4 Sonstige Rückstellungen | 15.204.215,93 | 18.086 |
| **4 Verbindlichkeiten** | **424.953.175,94** | **405.804** |
| 4.1 Anleihen | 0,00 | 0 |
| 4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 371.678.855,32 | 352.829 |
| 4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 331.678.827,82 | 312.829 |
| 4.2.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 40.000.027,50 | 40.000 |
| 4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 11.167.810,43 | 12.382 |
| 4.4 Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 | 0 |
| 4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 9.746.391,37 | 11.367 |
| 4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 | 0 |
| 4.7 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.430.314,42 | 1.420 |
| 4.8 Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 16.843,26 | 21 |
| 4.9 Verbindlichkeiten gegenüber Sonderverm., Zweckverb., Anstalten d. öff. Rechts, rechtsfähigen komm. Stiftungen | 20.388.562,04 | 20.723 |
| 4.10 Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.342.876,93 | 4.742 |
| 4.11 Sonstige Verbindlichkeiten | 6.028769,01 | 2.320 |
| **5 Rechnungsabgrenzungsposten** | **480.953,86** | **421** |
| **Summe Passiva** | **1.569.428.715,35** | **1.529.607** |

# Anlage 2 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

| | 2022 | 2021 | Differenz |
|---|---|---|---|
| | EUR | EUR | TEUR |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 245.092.000,63 | 248.236.108,02 | - 3.144 |
| Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfererträge | 101.356.259,68 | 99.441.877,51 | + 1.914 |
| Erträge der sozialen Sicherung | 74.622.513,37 | 70.658.661,39 | + 3.964 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 12.898.524,59 | 12.072.567,67 | + 826 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8.659.437,70 | 5.177.114,91 | + 3.482 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 11.570.474,56 | 15.411.226,85 | - 3.841 |
| Sonstige laufende Erträge | 23.091.793,57 | 24.021.164,28 | - 929 |
| **Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit** | **477.291.004,10** | **475.018.720,63** | **+ 2.272** |
| Personal- und Versorgungsaufwendungen | 126.681.383,96 | 117.817.104,30 | +8.864 |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 80.049.060,45 | 86.924.826,07 | - 6.876 |
| Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr.11 GemHVO | 28.079.867,75 | 27.634.167,11 | + 446 |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferaufwendungen | 56.446.799,07 | 54.487.030,88 | + 1.960 |
| Aufwendungen der sozialen Sicherungen | 132.358.784,85 | 126.677.417,31 | + 5.681 |
| Sonstige laufende Aufwendungen | 29.556.189,66 | 24.313.392,42 | + 5.243 |
| **Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** | **453.172.085,74** | **437.853.938,09** | **+ 15.318** |
| **Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** | **24.118.918,36** | **37.164.782,54** | **- 13.046** |
| Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 6.693.787,62 | 8.704.753,36 | - 2.011 |
| Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen | 12.491.786,40 | 10.237.626,77 | + 2.254 |
| **Finanzergebnis** | **-5.797.998,78** | **-1.532.873,41** | **- 4.265** |
| **Ordentliches Ergebnis** | **18.320.919,58** | **35.631.909,13** | **-17.311** |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0,00** | **0,00** | **±0** |
| **Jahresergebnis** (Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag) | **18.320.919,58** | **35.631.909,13** | **- 17.311** |

# Anlage 3 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

| | 2022 | Haushaltsansatz | Differenz |
|---|---|---|---|
| | TEUR | TEUR | TEUR |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 246.464 | 229.711 | + 16.753 |
| Zuwendungen, allgem. Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen | 95.790 | 96.770 | - 980 |
| Einzahlungen der sozialen Sicherung | 75.523 | 73.840 | + 1.683 |
| Öffentlich - rechtliche Leistungsentgelte | 11.463 | 12.017 | - 554 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 8.446 | 5.865 | + 2.581 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 12.135 | 11.072 | + 1.063 |
| Sonstige laufende Einzahlungen | 16.208 | 17.684 | - 1.476 |
| **Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit** | **466.029** | **446.959** | **+ 19.070** |
| Personal- und Versorgungsauszahlungen | 121.134 | 119.535 | + 1.599 |
| Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | 80.376 | 82.755 | - 2.379 |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonstige Transferauszahlungen | 57.909 | 56.556 | + 1.353 |
| Auszahlungen der sozialen Sicherung | 133.595 | 135.569 | - 1.974 |
| Sonstige laufende Auszahlungen | 24.116 | 26.996 | - 2.880 |
| **Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit** | **417.130** | **421.411** | **-4.281** |
| **Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit** | **48.899** | **25.548** | **+23.351** |
| Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen | 6.902 | 7.805 | - 903 |
| Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen | 12.279 | 10.322 | + 1.957 |
| **Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen** | **-5.377** | **-2.517** | **- 2.860** |
| **Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **43.522** | **23.031** | **+ 20.491** |
| Außerordentliche Einzahlungen | 0 | 0 | ±0 |
| Außerordentliche Auszahlungen | 0 | 0 | ±0 |
| **Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **0** | **0** | ±0 |
| **Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **43.522** | **23.031** | **+ 20.491** |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | 7.573 | 10.599 | - 3.026 |
| Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 235 | 761 | -526 |
| Sonstige Investitionseinzahlungen | 616 | 1.440 | - 824 |
| **Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** | **8.424** | **12.800** | **- 4.376** |
| Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände | 3.330 | 5.277 | - 1.947 |
| Auszahlungen für Sachanlagen | 38.253 | 63.474 | - 25.221 |
| Auszahlungen für Finanzanlagen | 0 | 0 | ±0 |
| Sonstige Investitionsauszahlungen | 38 | 3.142 | - 3.104 |
| **Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **41.621** | **71.893** | **- 30.272** |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-33.197** | **-59.093** | **+ 25.896** |
| **Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag** | **10.325** | **-36.063** | **+ 46.388** |
| Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten | 44.146 | 60.320 | - 16.174 |
| Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten | 22.933 | 19.071 | +3.862 |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten** | **21.213** | **41.249** | **- 20.036** |
| Veränderung der liquiden Mittel | -28.563 | 0 | -28.563 |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung** | **-3.074** | **-5.186** | **+ 2.112** |
| **Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** | -10.424 | 36.063 | - 46.487 |
| Saldo der durchlaufenden Gelder | 99 | 0 | +99 |
| **Verwendung Finanzmittelüberschuss / Deckung Finanzmittelfehlbetrag** | **-10.325** | **36.063** | **-46.388** |
| **Veränderung der liquiden Mittel (einschl. durchlaufende Gelder)** | **-28.464** | **0** | **-28.464** |
| **Nachrichtlich. Ausgleich Finanzhaushalt** | **25.293** | **3.960** | **+ 21.333** |

# F. Rechtsgrundlage

Der Anhang des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2022 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 108 Abs. 2 Nr. 5 GemO und der §§ 33 Abs. 1 S. 2 Nr. 5, 35 Abs. 2 und Abs. 6, 40 Abs. 2, 43, 47 Abs. 2 und 48 GemHVO erstellt.

Die Gliederungsvorschriften der GemHVO fanden uneingeschränkt Beachtung.

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO werden nachfolgend Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

Folgende Posten der Bilanz sind weiter untergliedert.

| | |
|---|---|
| **2.2** | **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** |
| 2.2.8 | Wertberichtigungen zu Forderungen |

Zusätzlich zu den in § 47 Abs. 4 GemHVO aufgeführten Bilanzpositionen wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage der Gemeinde und aufgrund der wesentlichen Bedeutung die Bilanzposition „2.2.8 Wertberichtigungen zu Forderungen“ eingefügt. Hierunter wurden sowohl die Einzelwertberichtigungen als auch die Pauschalwertberichtigung bilanziert.

Im Zuge der Änderung der GemHVO vom 7. Dezember 2016 können abnutzbare bewegliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens bis zu einem Wert von 1.000 € ohne Umsatzsteuer gem. § 35 Abs. 3 GemHVO als geringwertiges Wirtschaftsgut angesehen werden. Dies bedeutet, dass der Vermögensgegenstand im Jahr der Anschaffung oder Herstellung aufwandswirksam gebucht oder voll abgeschrieben werden kann. Ebenso ist eine Abschreibung über fünf Jahre in einem Sammelposten oder entsprechend der Nutzungsdauer möglich. Die Stadt Koblenz hat sich dazu entschieden, seit diesem Zeitpunkt sämtliche Vermögensgegenstände bis zu dieser Wertgrenze sofort aufwandswirksam zu buchen. Bedingt durch die früher niedrigere Wertgrenze führt dies dazu, dass seit diesem Zeitpunkt generell ein höheres Betragsvolumen auf den konsumtiven Haushalt entfällt im Vergleich zu früheren Jahresabschlüssen.

# Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

## Aktiva

## F.1. Anlagevermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 58.240.685,92 € | 59.126.566,24 € | 885.880,32 € |
| Sachanlagen | 1.022.171.825,58 € | 1.035.670.109,96 € | 13.498.284,38 € |
| Finanzanlagen | 362.993.715,38 € | 362.868.107,41 € | -125.607,97 € |
| | **1.443.406.226,88 €** | **1.457.664.783,61 €** | **14.258.556,73 €** |

Das Anlagevermögen der Stadt Koblenz ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie den laufenden Zu- und Abgängen im aktuellen Bilanzjahr. Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibung angesetzt.

Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Inventuren, insbesondere körperliche Bestandsaufnahmen, werden bei der Stadt Koblenz grundsätzlich nach der Maßgabe des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt. Im Haushaltsjahr 2022 wurden vollständige Inventuren im Sinne körperlicher Bestandsaufnahmen in den Ämtern 36/Umweltamt und 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung durchgeführt. Außerdem wird eine über drei Jahre gestreckte körperliche Bestandsaufnahme beim Amt 52/Sport- und Bäderamt beginnend ab 2022 durchgeführt. Im Haushaltsjahr 2022 wurden als erster Block die Inventuren bei sämtlichen Sportplätzen sowie der Amtsverwaltung Rathaus II durchgeführt. Bei allen drei Ämtern zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung des Inventars mit den vorhandenen Vermögensgegenständen und lediglich in Einzelfällen der Bedarf zu einer Verschrottung abgängiger Vermögensgegenstände mit marginalen Auswirkungen (Abgänge von Erinnerungswerten). Bei Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung wurde ein größerer Teil der noch vorhandenen Betriebs- und Geschäftsausstattung (im Wesentlichen Büromöbel) in Abgang gestellt, da diese nicht mehr vorhanden war und im laufenden Betrieb nicht als Abgang gemeldet wurde. Die heute vorhandene Ausstattung hingegen ist nicht mehr im Anlagevermögen erfasst, da diese Art von Vermögensgegenständen zwischenzeitlich unterhalb der aktuellen Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter liegt.

Ferner wurde eine buchmäßige Inventur des Festwerts „Bäume“ durchgeführt. Diese Inventur erfolgt in Abstimmung mit den Eigenbetrieb 67/Grünflächen- und Bestattungswesen seit 2015 jährlich. Die nächste Inventur des Festwertes „Vegetation“ erfolgt nach gemeinsamer Abstimmung erst wieder im Haushaltsjahr 2023, da – im Gegensatz zum Festwert „Bäume“ – keine signifikanten Änderungen zu erwarten sind.

Die Anlagenübersicht gemäß § 50 GemHVO ist als Anlage zum Anhang beigefügt und stellt die Entwicklung des Anlagevermögens dar.

## F.1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände entwickeln sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Gewerbliche Schutzrechte u.ä. | 147.048,43 € | 243.704,43 € | 96.656,00 € |
| Geleistete Zuwendungen | 41.730.988,00 € | 43.340.903,00 € | 1.609.915,00 € |
| Geleistete Investitionszuschüsse | 9.253.210,00 € | 10.372.885,01 € | 1.119.675,01 € |
| Geschäfts- oder Firmenwert | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Anzahlungen auf immaterielle VG | 7.109.439,49 € | 5.169.073,80 € | -1.940.365,69 € |
| | **58.240.685,92 €** | **59.126.566,24 €** | **885.880,32 €** |

Die Entwicklung der immateriellen Vermögensgegenstände ist der Anlagenübersicht zu entnehmen. Die immateriellen Vermögensgegenstände wurden buchmäßig fortgeschrieben. Sie sind in einer Anlagenbestandsliste einzeln nachgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle (VV-AfA) festgeschrieben sind. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2022 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen im Rahmen von Lizenzen bei Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt in Höhe von 97 T€.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2022 bestehen neben der planmäßigen Abschreibung aus neuen Zuschüssen, vor allem durch den Zuschuss an EB 85/Stadtentwässerung für Entwässerungsanlagen in Höhe von 1.400 T€. Außerdem erfolgte eine Teilabrechnung des Projektes P631002 – Pfaffendorfer Brücke (1.101 T€). Darüber hinaus erfolgten an wesentlichen Abrechnungen: P501047 – Generalsanierung Kita St. Martin (+150 T€), P611019 – Soziale Stadt Lützel (+68 T€). Neuzugänge erfolgten durch Zuwendungen aus dem 500-Dächer-Programm (+50 T€) sowie Zuschüssen des Amtes 52/Sport- und Bäderamt (+6 T€).

Geleistete Investitionszuschüsse mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2022 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung sowie einen Neuzugang aus der Abrechnung folgender Projekte: P611046 – Ausbau Fritz-Michel-Straße (+1.396 T€); P611049 – Rauentaler Moselbogen (+195 T€) sowie P611001 – Sanierung Ehrenbreitstein (+15 T€).

Anzahlungen von immateriellen Vermögensgegenständen sind gesondert auszuweisen. Anzahlungen liegen vor, wenn bereits Zahlungen geleistet wurden, die bezuschusste Baumaßnahme jedoch noch nicht fertig gestellt wurde. Die Veränderungen in dieser Position ergeben sich durch neue Zugänge sowie der Abrechnung der zuvor genannten Fälle.

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

## F.1.2. Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Wald, Forsten | 24.563.707,30 € | 24.562.129,29 € | -1.578,01 € |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 96.509.821,31 € | 98.969.963,98 € | 2.460.142,67 € |
| Bebaute Grundstücke | 252.274.905,43 € | 257.266.375,54 € | 4.991.470,11 € |
| Infrastrukturvermögen | 501.326.132,03 € | 493.530.932,78 € | -7.795.199,25 € |
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 3.671.449,00 € | 6.396.218,00 € | 2.724.769,00 € |
| Kunstgegenstände und Denkmäler | 40.042.304,50 € | 39.992.175,38 € | -50.129,12 € |
| Maschinen, technische Anlagen, KfZ | 15.616.782,00 € | 17.988.396,00 € | 2.371.614,00 € |
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 14.477.833,42 € | 18.210.973,42 € | 3.733.140,00 € |
| Pflanzen und Tiere | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 73.688.890,59 € | 78.752.945,57 € | 5.064.054,98 € |
| | **1.022.171.825,58 €** | **1.035.670.109,96 €** | **13.498.284,38 €** |

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens ist der Anlagenübersicht zu entnehmen.

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Gebäude, Verkehrsflächen, Bäume, Beleuchtungsmasten und Grünflächen wird zusätzlich in geographischen Informationssystemen geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzel- und Gemeinkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.

Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle (VV-AfA) festgeschrieben sind.

Es folgen spezielle Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens.

### F.1.2.1. Wald, Forsten

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Wald, Forsten | 24.563.707,30 € | 24.562.129,29 € | -1.578,01 € |

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren gem. § 32 Abs. 9 GemHVO. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Regelmäßig und nicht regelmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungswerk nachgewiesen. Die Bewertung basiert derzeit planmäßig auf dem Forsteinrichtungswerk auf dem Stand 2011. Die gesetzlich vorgesehene Fortschreibung nach 10 Jahren ist seitens der zuständigen staatlichen Forstverwaltung bisher noch nicht erfolgt. Der Wald- und Forstbestand stieg im Berichtsjahr unwesentlich durch Veränderungen im Bereich des zugehörigen Grundvermögens.

### F.1.2.2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 96.509.821,31 € | 98.969.963,98 € | 2.460.142,67 € |

Bäume in Parks, Alleen und im allgemeinen Straßenbereich wurden anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchses, der Wegeflächen sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zwischen Amt 20/Kämmerei und Steueramt und EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen werden die bestehenden Festwerte „Bäume“ und „Vegetation“ zwischenzeitlich regelmäßig aktualisiert.

In Bezug auf die Wegeflächen sowie das Mobiliar wurden nach Neuerstellung vieler Flächen durch die BUGA 2011 GmbH diese Bereiche wieder in das Anlagevermögen der Stadt Koblenz überführt und direkt einzeln aktiviert. Weiterhin wurde zwischenzeitlich der Bereich der Spielgeräte ebenfalls in der Einzelaktivierung überführt. Darüber hinaus werden perspektivisch alle Vermögengegenstände aus dem Bereich der Wegeflächen sowie des Mobiliars analog zu den BUGA-Flächen in die Einzelbewertung überführt.

Im Berichtsjahr erfolgte die planmäßige Fortschreibung der Festwerte aus dem Bereich der Bäume (Erhöhung Wert Straßenbäume um 276 TEUR, Erhöhung Wert Anlagenbäume um 1.963 T€). Die nächste planmäßige Fortschreibung des Festwertes „Vegetation“ ist gemäß Abstimmung in der o. g. Arbeitsgruppe für das Haushaltsjahr 2023 vorgesehen, da sich in 2022 nur marginale Veränderungen zeigten.

Neben den vorgenannten Effekten ergibt sich der Zugangswert in Höhe von 2.460 T€ des Weiteren saldiert aus diversen Zu- und Abgängen. Wesentliche Veränderungen ergeben sich aus marginalen Effekten aus Fortführungsmitteilungen des Amtes 62/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement sowie An- und Verkäufen von Grundstücken und Projektabrechnungen (maßgeblich: P671016 - Feste Alexander – Parkanlage (+337 T€) und P621028 – Schaffung Wohnraum (+304 T€)). Übrige Abgänge ergeben sich aus der planmäßigen Abschreibung.

### F.1.2.3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Bebaute Grundstücke | 252.274.905,43 € | 257.266.375,54 € | 4.991.470,11 € |

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst.

Neben der planmäßigen Abschreibung waren Zugänge im Wesentlichen durch die Abrechnung folgender großer Baumaßnahmen zu verzeichnen: +1.944 T€ (Q400007 – Digitalpakt Schule), +1.827 T€ (P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung)), +575 T€ (Z401111 – Neubau Mensa GS Güls), +550 T€ (Z311002 – Ankauf Unterbringungscontainer) und +402 T€ (Z401051 – Neubau Kita Am Löwentor (Nachaktivierung)). Darüber hinaus gab es noch diverse weitere Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 400 T€.

### F.1.2.4. Infrastrukturvermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Infrastrukturvermögen | 501.326.132,03 € | 493.530.932,78 € | -7.795.199,25 € |

Maßgeblichen Anteil an der Veränderung im Berichtsjahr hatten die planmäßige Abschreibung und die Abrechnung investiver Baumaßnahmen. Wesentliche Abrechnungsbeträge von Baumaßnahmen waren im Berichtsjahr: +1.955 T€ (P661065 – Ausbau Schleiderbach 2. BA), +639 T€ (P661062 – Ausbau Brückerbach), +565 T€ (P661055 – Ausbau Schleiderbach 1. BA), +402 T€ (P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung)) und +372 T€ aus der Nachaktivierung von Verkehrsflächen zur Eröffnungsbilanz. Darüber hinaus kam es noch zu einer Vielzahl weiterer Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 300 T€. Der Festwert für die Straßenbäume erhöhte sich im Berichtsjahr um 276 T€.

### F.1.2.5. Bauten auf fremdem Grund und Boden

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 3.671.449,00 € | 6.396.218,00 € | 2.724.769,00 € |

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Veränderungen im Berichtsjahr ergaben sich aus der planmäßigen Abschreibung, einer Teilabrechnung der Maßnahme P521005 – Ausbau Sportpark Oberwerth mit +2.577 T€ und einer Teilabrechnung der Maßnahme P611001 – Sanierung Ehrenbreitstein mit +392 T€.

### F.1.2.6. Kunstgegenstände und Denkmäler

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Kunstgegenstände und Denkmäler | 40.042.304,50 € | 39.992.175,38 € | -50.129,12 € |

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß den gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten und historischen Altbeständen etc. in den Ämtern 42/Stadtbibliothek und 47/Stadtarchiv wurden ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz wie gesetzlich vorgesehen Versicherungswerte als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar waren.

Die Abnahme der Bilanzposition im Jahr 2022 setzt sich aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen durch Schenkungen an die Museen zusammen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Gemälde in den Museen sowie Skulpturen in den Außenanlagen der Stadt Koblenz. Im Jahr 2022 sind Kunstwerke im Wert von insgesamt 29 T€ zugegangen.

### F.1.2.7. Maschinen, technische Anlagen, Kraftfahrzeuge

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Maschinen, technische Anlagen, KfZ | 15.616.782,00 € | 17.988.396,00 € | 2.371.614,00 € |

Sämtliche Vermögensgegenstände dieser Position wurden ausnahmslos zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Veränderung in Höhe von +2.372 T€ als saldierte Größe ergibt sich zum einen aus der planmäßige Abschreibung, zum anderen aus Neuzugängen.

Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Wesentliche Neuzugänge größer 250 T€ entstammten aus den Abrechnungen folgender Projekte: +897 T€ (P521005 – Ausbau

Sportpark Oberwerth), +564 T€ (P371055 – Beschaffung HLW Wache 2), +356 T€ (P371048 – Beschaffung HLF Wache Nord), +297 T€ (P371060 – Beschaffung LF KatS Karthause) und +295 T€ (P521031 – LED-Beleuchtung CGM-Arena). Darüber hinaus fanden diverse kleinere Neuzugänge in kleinerem Umfange statt.

### F.1.2.8. Betriebs- und Geschäftsausstattung

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Betriebs- und Geschäftsausstattung | 14.477.833,42 € | 18.210.973,42 € | 3.733.140,00 € |

Sämtliche Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt und im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Zu- und Abgänge wurden in der Anlagenbuchhaltung ordnungsgemäß erfasst. Die Minderungen resultierten aus der planmäßigen Abschreibung.

Die Zugänge entfallen auf eine Vielzahl kleinerer Beschaffungen. Wesentliche Zugänge im Berichtsjahr größer 300 T€ waren: +955 T€ (Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt im Zuge der Digitalisierungsmaßnahmen), +1.265 T€ (P101010 – EDV-Anbindung Feuerwache 2), +654 T€ (Z400001 – Ankauf Schulcontainer), +463 T€ (Z501052 – Erweiterung Kita „Pusteblume“), +423 T€ (P101011 – Glasfaserring Koblenz) und +409 T€ (Z501051 – Neubau Kita „Am Löwentor“ (Teilaktivierung). Die weiteren Zugänge entfallen auf eine Vielzahl kleinerer Abrechnungen sowie investiven Einzelbeschaffungen von Vermögensgegenständen durch die Ämter.

### F.1.2.9 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 73.688.890,59 € | 78.752.945,57 € | 5.064.054,98 € |

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertig gestellte oder abgerechnete Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst.

Im Jahr 2022 haben Abrechnungen im Gesamtwert von 32.102 T€ die Anlagen im Bau gesenkt. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2021 konnte das Abrechnungsvolumen damit nochmal um 6.364 T€ gesteigert werden. Signifikante Projekte größer 1.000 T€ waren dabei: -3.886 T€ (P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung)), -3.789 T€ (P521005 – Ausbau Sportpark Oberwerth), -2.222 T€ (Q400007 – Digitalpakt Schule), -2.219 T€ (P661065 – Ausbau Blindbach Ehrenbreitstein), -1.398 T€ (Z501050 – Neubau Kita Asterstein (Teilabrechnung)), -1.302 T€ (Z501051 – Neubau Kita „Am Löwentor“ (Teilabrechnung)), -1.264 T€ (P101010 – EDV-Anbindung Feuerwache 2 Niederberg), -1.139 T€ (Z401205 – Neubau Sporthalle Gymnasium Asterstein (Teilabrechnung)) sowie -1.056 T€ (Z401111 – Neubau Mensa GS Güls).

Gleichzeitig haben sich die Anlagen im Bau durch Investitionstätigkeit bei laufenden oder neuen Maßnahmen in einer Größenordnung von +37.166 T€ erhöht. Die Bestände der einzelnen offenen Investitionsprojekte werden seitens der Anlagenbuchhaltung in separaten Bestandslisten nachgehalten.

In Bezug auf die Altersstruktur der Anlagen im Bau sowie die Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände ergibt sich das im Folgenden dargestellt Bild. Es zeigt sich, dass die Abrechnung der bereits in Betrieb genommenen Altmaßnahmen unverändert in positiver Weise fortgesetzt werden konnte und hier eine deutliche Senkung zu verzeichnen ist. Der Anstieg des Gesamtwertes findet sich daher im Bereich der laufenden Maßnahmen wieder. Für künftige Haushaltsjahre wird im Einvernehmen zwischen den Ämtern 20/Kämmerei und Steueramt sowie 14/Rechnungsprüfungsamt eine Anpassung der Intervalle der Altersstruktur erarbeitet. Angedacht ist hier ein Wechsel vom Trennungsjahr 2015 auf das Jahr 2020.

| Klassifizierung | Bestand 2020 | Bestand 2021 | Bestand 2022 |
|---|---|---|---|
| Laufende Maßnahme | 47.798 | 54.701 | 67.403 |
| Inbetriebnahme ab 2015 | 20.502 | 21.448 | 14.600 |
| Inbetriebnahme bis 2015 | 6.079 | 4.649 | 1.919 |
| Summe | 74.379 | 80.798 | 83.922 |

*Darstellung Anzahlungen immatrielle VG sowie Anlagen im Bau*
*Angaben in T€*

# F.1.3. Finanzanlagen

Die Werte der Anteile an verbundenen Unternehmen, der Beteiligungen und des Sondervermögens der Eigenbetriebe wurden durch das Beteiligungsmanagement der Stadtwerke Koblenz GmbH ermittelt. Das Stiftungsvermögen sowie die langfristigen Ausleihungen wurden durch die Stadtverwaltung ermittelt.

Das Finanzanlagevermögen entwickelt sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.867.180,13 € | 231.878.444,53 € | 11.264,40 € |
| Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Beteiligungen | 5.384.663,51 € | 5.367.001,35 € | -17.662,16 € |
| Ausleihungen an Beteiligungen | 3.000.000,00 € | 3.000.000,00 € | 0,00 € |
| Anteile Sondervermögen etc. | 122.715.802,14 € | 122.565.859,19 € | -149.942,95 € |
| Ausleihungen an Sondervermögen etc. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Sonstige Wertpapiere des Anlageverm. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Sonstige Ausleihungen | 26.069,60 € | 56.802,34 € | 30.732,74 € |
| | **362.993.715,38 €** | **362.868.107,41 €** | **-125.607,97 €** |

Die Entwicklung des Finanzanlagevermögens ist dem Anlagenspiegel zu entnehmen.

### F.1.3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.867.180,13 € | 231.878.444,53 € | 11.264,40 € |

Die Änderungen im Haushaltsjahr ergeben sich rein aus einer Umgliederung in der Darstellung aufgrund entsprechender Anforderungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz aus der Funktion der Doppik-Koordination. Es handelt sich um die Beteiligung an der Gesellschaft EKO2 GmbH, welche bis 2021 in der Bilanzposition 1.3.3 „Beteiligungen“ ausgewiesen wurde aufgrund der Beteiligungsverhältnisse.

Aufgrund der Neufassung der Verwaltungsvorschriften zur GemHVO vom 17. Januar 2017 hat die Stadt Koblenz das Bewertungsverfahren nach anteiligem Eigenkapitel („Spiegelbildmethode“) bei der Beteiligung an der Stadtwerke Koblenz GmbH in analoger Auslegung der VV Nr. 5 zu § 34 GemHVO in 2018 letztmalig angewandt. Im Berichtsjahr 2022 erfolgt dementsprechend analog zu den Vorjahren keine Anpassung mehr nach diesem Verfahren.

### F.1.3.2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |

Die Position beinhaltete langfristige Darlehen, die die Stadt Koblenz der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH gewährt hatte. Sämtliche Darlehen wurden zwischenzeitlich getilgt, neue Fälle liegen aktuell nicht vor.

### F.1.3.3. Beteiligungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Beteiligungen | 5.384.663,51 € | 5.367.001,35 € | - 17.662,16 € |

Unter dieser Bilanzposition befinden sich im Wesentlichen die Beteiligungen an der Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH in Höhe von 5,12 Mio. € sowie an der Technologiezentrum Koblenz GmbH in Höhe von 247 T€.

Die Änderungen im Haushaltsjahr ergeben sich rein aus einer Umgliederung in der Darstellung aufgrund entsprechender Anforderungen des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz aus der Funktion der Doppik-Koordination. Folgende Umgliederungen wurden vorgenommen: EKO2 GmbH nach Bilanzposition 1.3.1 „Anteile an verbundenen Unternehmen“ (-11.264,40 EUR) sowie Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH (-3.067,76 EUR), Volksbank RheinAhrEifel eG (-330,00 EUR) und Kommunale Holzvermarktungsorganisation Hunsrück-Mittelrhein GmbH (-3.000,00 EUR) nach Bilanzposition 1.3.8 „Sonstige Ausleihungen“.

### F.1.3.4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Ausleihungen an Beteiligungen | 3.000.000,00 € | 3.000.000,00 € | 0,00 € |

Im Kontext der finanziellen Rahmenbedingungen des Gemeinschaftsklinikums Mittelrhein gGmbH hat die Stadt Koblenz ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von 3 Mio. € gewährt.

### F.1.3.5. Sondervermögen (Eigenbetriebe), Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige kommunale Stiftungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anteile Sondervermögen etc. | 122.715.802,14 € | 122.565.859,19 € | -149.942,95 € |

Die Bilanzierung der Wertansätze erfolgte mit dem Eigenkapital ohne Berücksichtigung von Verlust- bzw. Gewinnvorträgen und ohne Jahresfehlbetrag bzw. Jahresüberschuss. Bei allen Eigenbetrieben lag zum Verarbeitungszeitpunkt eine abschließende Feststellung des Jahresabschlusses vor. Das zu den Finanzanlagen gehörende Stiftungsvermögen wurde mit den entsprechenden Anschaffungskosten angesetzt und buchmäßig auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben. Die Werte der einzelnen Stiftungen sowie zugehörigen Sonderposten sind in separaten Bestandslisten erfasst.

Im Berichtsjahr ergaben sich folgende Änderungen: +15 T€ Veränderungen im bisherigen Stiftungsvermögen sowie -627 T€ aus der Wertfortschreibung des Anteils der Stadt Koblenz am „Kommunalen Versorgungsrücklagen Fonds“. Weiterhin erfolgte in 2022 erstmalige Zugang der neuen Stiftung „Jaqueline Diffring Collection“ mit einem Wert am Stichtag in Höhe von 462 T€.

### F.1.3.6. Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähige Stiftungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Ausleihungen an Sondervermögen etc. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |

Im Berichtsjahr sind keine Ausleihungen entstanden, alle Liquiditätskredite stellen sich zu Gunsten der Eigenbetriebe dar.

### F.1.3.7. Sonstige Ausleihungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige Ausleihungen | 26.069,60 € | 56.802,34 € | 30.732,74 € |

Die zu den Finanzanlagen gehörenden langfristigen sonstigen Ausleihungen wurden mit dem Wert der Ausleihungen zum Bilanzstichtag angesetzt. Es wird ein Darlehen gegenüber der Evangelischen Kirche ausgewiesen. Weiterhin wurde den Mitarbeitenden als neuer Prozess die Möglichkeit angeboten, zinslose Darlehen für die Beschaffung von E-Bikes aufzunehmen. Der Wert dieser Darlehen zum Stichtag betrug 24 T€. Weiterhin wurden die unter der Bilanzposition 1.3.3 „Beteiligungen“ dokumentierten Veränderungen in dieser Bilanzposition aufgenommen (insgesamt in Höhe von 6 T€).

# F.2. Umlaufvermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Vorräte | 2.597.825,35 € | 1.912.879,15 € | -684.946,20 € |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 32.464.571,02 € | 30.062.019,70 € | -2.402.551,32 € |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 € | 502.333,60 € | 0,00 € |
| Kassenbestand, Bankguthaben, etc. | 44.315.671,60 € | 73.068.906,92 € | 28.753.235,32 € |
| | **79.880.401,57 €** | **105.546.139,37 €** | **25.665.737,80 €** |

## F.2.1. Vorräte

Das Vorratsvermögen entwickelt sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 76.320,48 € | 88.347,06 € | 12.026,58 € |
| unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 2.521.504,87 € | 1.824.532,09 € | -696.972,78 € |
| geleistete Anzahlungen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| | **2.597.825,35 €** | **1.912.879,15 €** | **-684.946,20 €** |

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt. Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (insbesondere Rabatte und Skonti) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke der Stadt (1.488 T€). Im Berichtsjahr kam es dabei ausschließlich zu buchwertmäßigen Abgängen durch Verkäufe (-439 T€). Darüber hinaus führt die Stadt zum Verkauf angebotenes Rohholz aus dem Koblenzer Stadtwald im Vorratsvermögen (81 T€). Signifikante Bestände an Vorräten führen weiterhin vor allem die Ämter des Dezernates III sowie die Tourist-Information im Forum Confluentes.

## F.2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen | 38.974.649,76 € | 35.533.963,79 € | -3.440.685,97 € |
| 2. | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferung und Leistung | 1.053.369,68 € | 1.268.743,82 € | 215.374,14 € |
| 3. | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 144.403,85 € | 256.465,18 € | 112.061,33 € |
| 4. | Forderungen gegen Beteiligungen | 300.000,00 € | 39.300,00 € | -260.700,00 € |
| 5. | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc. | 217.647,59 € | 513.855,08 € | 296.207,49 € |
| 6. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 290.316,84 € | 335.305,17 € | 44.988,33 € |
| 7. | sonstige Vermögensgegenstände | 4.320.976,65 € | 4.907.904,27 € | 586.927,62 € |
| 8. | Wertberichtigung zu Forderungen | -12.836.793,35 € | -12.793.517,61 € | 43.275,74 € |
| Gesamt | | 32.464.571,02 € | 30.062.019,70 € | -2.402.551,32 € |

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Die Entwicklungen der Positionen 2 bis 7 weisen keine Besonderheiten auf und entstammen Zu- und Abnahmen aus dem operativen Geschäft.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen enthalten neben laufenden operativen Forderungen (Gebührenforderungen, Beitragsforderungen, Steuerforderungen, Forderungen aus Transferleistungen und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen) drei maßgebliche Einzelforderungen: Summarische Abrechnung der Sozialhilfe für das 2. Halbjahr 2022 für die Bereiche SGB IX (7.632 T€) und SGB XII (6.666 T€) sowie die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach § 46 SGB II für den Dezember des Berichtsjahres (1.338 T€). Die öffentlich-rechtlichen Forderungen werden aufgrund dieser drei maßgeblichen Werte dauerhaft auf hohem Niveau verbleiben. Die Minderung der öffentlich-rechtlichen Forderungen geht im Berichtsjahr im Wesentlichen auf ein vermindertes Volumen an offenen Steuerforderungen zurück (-1.258 T€) sowie auf einen Rückgang bei den sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen (-1.794 T€) durch Reduzierung offener Forderungen und gleichzeitig Einbuchung einer Rückforderung zu viel gewährter Landesmittel aus dem Bereich der Städtebauförderung (-630 T€).

Die zugehörige Forderungsübersicht ist dem Anhang als Anlage beigefügt.

**Die Wertberichtigungen entwickeln sich wie folgt:**

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Pauschalwertberichtigung | -3.730.400,00 € | -3.500.600,00 € | -229.800,00 € |
| 2. | Einzelwertberichtigungen | -9.106.393,35 € | -9.292.917,61 € | 186.524,26 € |
| Gesamt | | -12.836.793,35 € | -12.793.517,61 € | -43.275,74 € |

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die im Berichtsvorjahr neu eingerichtete zentrale Stabstelle des Amtes 21/Stadtkasse sowie die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert

sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

### F.2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Anteile an verbundenen Unternehmen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 2. | sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 € | 502.333,60 € | 0,00 € |
| Gesamt | | 502.333,60 € | 502.333,60 € | 0,00 € |

Im Rahmen der gesellschaftsrechtlichen Veränderungen beim Eigenbetrieb Koblenz Touristik sind Vermögensgegenstände rückübertragen worden. Hierbei handelt es sich um Anteile, welche nicht dauerhaft im Vermögen der Stadt Koblenz bleiben. Im Berichtsjahr ist jedoch weiterhin kein Zeithorizont für die Abwicklung dieser Beteiligung erkennbar.

### F.2.4 Liquide Mittel

Die liquiden Mittel entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Bezeichnung Konto | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Sparkasse Koblenz | 31.717.991,49 € | 1.411.802,34 € | -30.306.189,15 € |
| 2. | Volksbank RheinAhrEifel | 425.708,52 € | 50.904,63 € | -374.803,89 € |
| 3. | Deutsche Bank Koblenz | 6.253,42 € | 4.634,33 € | -1.619,09 € |
| 4. | Landesbank Baden-Württemberg | 1.962.066,93 € | 4.960,27 € | -1.957.106,66 € |
| 5. | Commerzbank Koblenz | 69.674,57 € | 6.006,65 € | -63.667,92 € |
| 6. | HypoVereinsbank Koblenz | 8.024,32 € | 4.289,92 € | -3.734,40 € |
| 7. | Postbank Köln | 78.139,88 € | 38.392,25 € | -39.747,63 € |
| 8. | Sonstige Festgelder | 10.000.000,00 € | 71.500.000,00 € | 61.500.000,00 € |
| 9. | Hauptkasse Amt 21/Stadtkasse | 4.007,47 € | 4.641,53 € | 634,06 € |
| 10. | Diverse Handkassen der Ämter | 43.805,00 € | 43.275,00 € | -530,00 € |
| Gesamt | | 44.315.671,60 € | 73.068.906,92 € | 28.753.235,32 € |

Die liquiden Mittel wurden zum Nennwert angesetzt.

Der Stand der Barkassen stimmt mit dem Stand des Kassenbuchs zum Bilanzstichtag überein. Die Kontokorrentguthaben sind durch Tagesauszüge zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Die Sparguthaben stimmen mit dem Ausweis im Sparbuch zum Bilanzstichtag überein. Der in der Bilanz ausgewiesene Bestand der liquiden Mittel stimmt mit dem entsprechenden Bestand im Tagesabschluss der Stadtkasse zum Bilanzstichtag überein.

## F.3 Aktiver Rechnungsabgrenzungsposten

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten setzt sich aus folgenden Einzelposten zusammen:

| Nr. | Bezeichnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens | Bestand 31.12. |
|---|---|---|
| 1. | Zuführung ARAP Instandhaltung EB 70 | 864.000,00 € |
| 2. | Monatszahlung SGB IX und XII | 2.061.048,34 € |
| 3. | Versorgungsbezüge RVK | 929.600,00 € |
| 4. | Monatszahlung UHV | 343.128,00 € |
| 5. | Monatszahlung WJH | 103.761,64 € |
| 6. | Abbuchung BA-Leistungsbet. Unterkunft/Heizung SGB II | 1.784.387,98 € |
| 7. | Sonstige Buchungen aus der laufenden Buchführung | 131.866,41 € |
| 8. | Sonstige Buchungen aus dem Bereich des Jahresabschlusses | 0,00 € |
| Gesamt | | 6.217.792,37 € |

Diese Posten wurden durch Abfragen bei den einzelnen Ämtern ermittelt. Die jeweiligen Abgrenzungen wurden durch entsprechende Unterlagen belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert der Auszahlungen des Haushaltsjahres oder der Haushaltsvorjahre, die Haushaltsfolgejahre betreffen.

Grund für den hohen Bestand sind hauptsächlich die Zahlungen an das Jobcenter aufgrund der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II sowie an Berechtigte aus dem Bereich SGB IX bzw. SGB XII, jeweils für den Januar 2023. Auch die nicht abgearbeiteten Maßnahmen der Straßenunterhaltung des Eigenbetriebs Kommunaler Servicebetrieb sind ebenso wie die Zahlungen der Beamtenversorgungsbezüge an die Rheinische Versorgungskasse für Januar 2023 wie im Vorjahr in dieser Position enthalten. Im Jahr 2022 war jedoch nur eine Rechnungsabgrenzung für die Versorgungsbezüge vorzunehmen. Die betreffenden Beträge für die Beihilfe mussten nicht abgegrenzt werden, da sie erst im Januar zu zahlen waren und daher sofort in den Januar 2023 verbucht werden konnten.

# Passiva

## F.4. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH |
|---|---|---|---|
| 1. | Kapitalrücklage | 663.196.937,08 € | 698.828.846,21 |
| 2. | sonstige Rücklagen | 159.620,95 € | 178.730,95 |
| 3. | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 35.631.909,13 € | 18.320.919,58 |
| 4. | Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag | 0,00 € | 0,00 |
| **Summe** | | **698.988.467,16** | **717.328.496,74** |

Das Eigenkapital wurde zum Nennwert angesetzt. Nach § 47 Abs. 5 GemHVO wurde ab dem Berichtsjahr 2017 die Position 3a Ergebnisvortrag entfernt und der Position 1 Kapitalrücklage zugeordnet. Ebenso war die Position 4 „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ hinzugekommen. Die ehemalige Position 4 Jahresüberschuss/-fehlbetrag wurde seitdem zur Position 3.

### F.4.1. Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage hat sich durch den Übergangsgewinn im Rahmen der Eröffnungsbilanz aus der Überleitung der kameralen Rechnungslegung zur Doppik ergeben. Seit der o. g. Änderung umfasst die Kapitalrücklage auch sämtliche Jahresüberschüsse und –fehlbeträge, die sich seit dem Haushaltsjahr 2009 ergaben.

### F.4.2. Sonstige Rücklagen

Erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber ausgeschlossen wurde, sind gem. § 38 Abs. 3 GemHVO in einer zweckgebundenen Rücklage auf der Passivseite auszuweisen. Im Berichtsjahr ergaben sich keine Veränderungen.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige Rücklagen | 159.620,95 € | 178.730,95 € | 19.110,00 € |
| | **159.620,95 €** | **178.730,95 €** | **19.110,00 €** |

### F.4.3 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

Der Jahresüberschuss für das Jahr 2022 betrug 18.320.919,58 €, was im Vergleich zum Vorjahr (35.631.909,13 €) eine Ergebnisverschlechterung um 17.311 T€ bedeutet. Der Jahresüberschuss wird im nächsten Berichtsjahr mit der Kapitalrücklage verrechnet.

# F.5. Sonderposten

Die Sonderposten entwickeln sich im Berichtsjahr wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| SoPo zu Belastungen aus dem kom. Finanzausgleich | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| SoPo zum Anlagevermögen | 219.414.753,38 € | 219.731.933,43 € | 317.180,05 € |
| SoPo für Gebührenausgleich | 38.003,62 € | -45.108,32 € | -83.111,94 € |
| SoPo mit Rücklageanteil | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| SoPo aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| SoPo aus Anzahlungen für Grabnutz. | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| sonstige Sonderposten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| | **219.452.757,00 €** | **219.686.825,11 €** | **234.068,11 €** |

Sonderposten entstehen gem. § 38 Abs. 2 GemHVO aus zweckgebundenen Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Sie werden synchron zur Abschreibung des jeweils bezuschussten Vermögensgegenstandes ertragswirksam aufgelöst und sind systemtechnisch im Anlagennebenbuch über die dortigen Abrechnungsvorschriften erfasst. Daneben führt die Stadt Koblenz einen Sonderposten bzgl. des Kommunalen Studieninstituts.

### F.5.1. Sonderposten zum Anlagevermögen

Die Sonderposten zum Anlagevermögen entwickelten sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Zuwendungen | 146.062.314,45 € | 142.954.471,59 € | -3.107.842,86 € |
| Aus Beiträgen | 23.490.277,19 € | 23.386.682,19 € | -103.595,00 € |
| Aus Anzahlungen | 49.862.161,74 € | 53.390.779,65 € | 3.528.617,91 € |
| | **219.414.753,38 €** | **219.731.933,43 €** | **317.180,05 €** |

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

#### F.5.1.1. Sonderposten aus Zuwendungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Zuwendungen | 146.062.314,45 € | 142.954.471,59 € | -3.107.842,86 € |

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Neben der planmäßigen Sonderposten-Auflösung erfolgten Zugänge im Wesentlichen bei den folgenden Maßnahmen: +360 T€ (Z401458 – Lüftungsanlage Clemens-Brentano-Realschule plus), +337 T€ (P521005 – Ausbau Sportpark Oberwerth), +297 T€ (P621021 – Gartenanlage Weinacker), +276 T€ (P661138 – Ausbau Schleiderbach 2. BA) sowie +206 T€ (P661058 – Hochwasserschutz Lützel). Daneben erfolgten noch diverse weitere Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 200 T€.

### F.5.1.2. Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Beiträgen | 23.490.277,19 € | 23.386.682,19 € | -103.595,00 € |

Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Neben der planmäßigen Sonderposten-Auflösung wurde diese Position im Berichtsjahr nur durch folgende maßgeblichen Abrechnungen verändert: +724 T€ (P611038 – Sanierung Zentralplatz Ausbau Altlöhrtor), +143 T€ (Q660002 – Investitionsmaßnahmen Straßenoberflächenentwässerung), +104 T€ (P66ZZ07 – Ausbau Herberichstraße) sowie +105 T€ (P661022 – Restausbau Friesenstraße).

### F.5.1.3. Sonderposten aus Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Aus Anzahlungen | 49.862.161,74 € | 53.390.779,65 € | 3.528.617,91 € |

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzupassenden Vermögensgegenstände werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen diverser Zuwendungsgeber (insbesondere des Landes Rheinland-Pfalz) verfahren, die für entsprechende noch nicht endabgerechnete Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Veränderung ergibt sich zum einen aus Neuzugängen an Zuwendungen sowie zum anderen aus Abgängen aus abgerechneten Sonderposten. Die in dieser Bilanzposition abgerechneten Maßnahmen entsprechen den in den beiden vorhergehenden Punkten genannten Zugängen sowie einer Vielzahl weiterer als marginal anzusehender Abrechnungen. Die noch abzurechnenden Sonderposten werden in Bestandslisten durch die Anlagenbuchhaltung nachgewiesen.

Für die Sonderposten aus Anzahlungen ergab sich damit im Berichtsjahr folgende Altersstruktur.

| Klassifizierung | Bestand 2020 | Bestand 2021 | Bestand 2022 |
|---|---|---|---|
| Laufende Maßnahme | 22.775 | 21.835 | 27.028 |
| Inbetriebnahme ab 2015 | 17.510 | 22.427 | 21.723 |
| Inbetriebnahme bis 2015 | 11.453 | 5.600 | 4.640 |
| **Summe** | **51.738** | **49.862** | **53.391** |

*Angaben in T€*

### F.5.2. Sonderposten für den Gebührenausgleich

Der Sonderposten für den Gebührenausgleich entwickelte sich wie folgt:

| Nr | Bezeichnung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Sopo KSI | 38.003,62 € | 0,00 € | 83.111,94 € | -45.108,32 € |

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des Kommunalen Studieninstitutes (KSI) im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Im Berichtsjahr kam es aufgrund des im Wesentlichen pandemiebedingten negativen Ergebnisses des KSI zu einer deutlichen Auflösung. Aufgrund der Entwicklung des Sonderpostens in den negativen Bereich wurden mit den zuständigen Stellen Maßnahmen ergriffen, um die laufende Ergebnissituation des KSI nachhaltig zu verbessern.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.

### F.5.3. Sonderposten mit Rücklagenanteil

| Nr | Bezeichnung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Sopo mit RL Anteil | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |

Im Berichtsjahr war kein entsprechender Sachverhalt zu bilanzieren.

### F.5.4. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten

Die Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

### F.5.5. Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte

Grabnutzungsentgelte sind auf den Eigenbetrieb 67/ Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen der Stadt ausgelagert und werden dort bilanziert. Daher trifft dieser Sachverhalt nicht auf die Stadt Koblenz zu.

## F.6. Rückstellungen

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Rückstellungen für Pensionen u.ä. | 185.795.485,01 € | 191.441.605,47 € | 5.646.120,46 € |
| Steuerrückstellungen | 1.058.838,56 € | 333.442,30 € | -725.396,26 € |
| Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| sonstige Rückstellungen | 18.086.646,85 € | 15.204.215,93 € | -2.882.430,92 € |
| | **204.940.970,42 €** | **206.979.263,70 €** | **2.038.293,28 €** |

### F.6.1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Art der Rückstellung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Pensionsrückstellungen | 157.549.907,68 € | 4.453.676,22 € | 0,00 € | 162.003.583,90 € |
| 2. | Beihilferückstellungen | 27.518.073,33 € | 1.159.124,24 € | 0,00 € | 28.677.197,57 € |
| 3. | Ehrensold | 321.067,00 € | 7.674,00 € | 0,00 € | 328.741,00 € |
| 4. | Dienstherrenwechsel §107 BeamtVG | 406.437,00 € | 25.646,00 € | 0,00 € | 432.083,00 € |
| **Gesamt** | | **185.795.485,01 €** | **5.646.120,46 €** | **0,00 €** | **191.441.605,47 €** |

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurde ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherreneigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten Beamten ausgewiesen mit Ausnahme derjenigen des EB 85/Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Im Berichtsjahr zeigte sich dabei eine moderate Erhöhung der zu bildenden Rückstellungen für Pensionen, es gab im Berichtsjahr keine außergewöhnlichen Effekte zu verzeichnen, die einer besonderen Würdigung bedurft hätten.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrenwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.

### F.6.2. Rückstellungen für Steuern

Bei dem Betrag der Rückstellung i. H. v. 333 T€ handelt es sich nahezu vollständig um ertragsteuerliche Verpflichtungen für die Betriebe gewerblicher Art der Stadt Koblenz. Die Höhe der Rückstellung wurde aufgrund der voraussichtlichen Bemessungsgrundlagen der ausstehenden Steuerbescheide nach kaufmännisch vernünftigen Maßstäben ermittelt. Im Berichtsjahr ergaben sich Zuführungen in Höhe von 3 T€ sowie Inanspruchnahmen in Höhe von 729 T€.

### F.6.3. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen entwickeln sich wie folgt:

| Nr. | Art der Rückstellung | Stand 01.01. | Zuführung | Inanspruchn. | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Rückstellung für Instandhaltungen | 7.465.602,69 € | 2.035.848,98 € | -326.771,02 € | -4.396.680,65 € | 4.778.000,00 € |
| 2. | Rückstellung ausstehende Rechnungen | 3.382.585,95 € | 2.632.520,64 € | -2.421.708,72 € | -506.201,55 € | 3.087.196,32 € |
| 3. | Rückstellungen für Dienstjubiläen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 4. | Altersteilzeitrückstellungen | 300.479,96 € | 195.066,46 € | -69.835,70 € | 0,00 € | 425.710,72 € |
| 5. | Urlaubsrückstellungen Beamte | 1.166.506,05 € | 0,00 € | -112.210,44 € | 0,00 € | 1.054.295,61 € |
| 6. | Urlaubsrückstellungen Angestellte | 1.780.430,93 € | 231.142,19 € | 0,00 € | 0,00 € | 2.011.573,12 € |
| 7. | Überstundenrückstellungen Beamte | 1.415.209,91 € | 3.351,71 € | 0,00 € | 0,00 € | 1.418.561,62 € |
| 8. | Überstundenrückstellungen Angestellte | 1.499.550,83 € | 0,00 € | -33.799,04 € | 0,00 € | 1.465.751,79 € |
| 9. | Prozesskostenrückstellung | 174.259,20 € | 0,00 € | -50.000,00 € | -63.153,78 € | 61.105,42 € |
| 10. | Geschäftsunterlagen | 902.021,33 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 902.021,33 € |
| 11. | Interne Jahresabschlusskosten | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| **Summe** | | **18.086.646,85 €** | **5.097.929,98 €** | **-3.014.324,92 €** | **-4.966.035,98 €** | **15.204.215,93 €** |

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme nach kaufmännisch und technisch vernünftigen Maßstäben angesetzt. Es wurden lediglich Rückstellungen im Rahmen des § 36 GemHVO sowie der zugehörigen Verwaltungsvorschriften gebildet.

Im Jahr 2022 entwickelten sich die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung wie folgt:

| Nr. | Art der Rückstellung | Stand 01.01. | Zuführung | Inanspruchn. | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | Kosten für Instandhaltungen i. R. d. Kita-Zukunftsgesetz | 10.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | -10.000,00 € | 0,00 |
| 2. | Kosten für Instandhaltungen i. R. d. Kita-Zukunftsgesetz | 10.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | -10.000,00 € | 0,00 |
| 3. | Kosten für Instandhaltungen i. R. d. Kita-Zukunftsgesetz | 10.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | -10.000,00 € | 0,00 |
| 4. | Kosten für Instandhaltungen i. R. d. Kita-Zukunftsgesetz | 10.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | -10.000,00 € | 0,00 |
| 5. | Kosten für Instandhaltungen i. R. d. Kita-Zukunftsgesetz | 10.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | -10.000,00 € | 0,00 |
| 6. | Instandsetzung Fußgängerbrücke Moselring | 965.916,15 € | 2.035.848,98 € | -1.765,13 € | 0,00 € | 3.000.000,00 |
| 7. | Instandsetzung Überflieger Saarkreisel Erneuerung Abdichtung | 113.703,72 € | 0,00 € | 0,00 € | -113.703,72 € | 0,00 |
| 8. | Instandsetzung Rollverschluss Europabrücke (stadtauswärts) | 102.869,25 € | 0,00 € | 0,00 € | -102.869,25 € | 0,00 |
| 9. | Pfaffendorfer Brücke Instandsetzung der Überbaukonstruktion/Widerlager Ost | 118.940,73 € | 0,00 € | 0,00 € | -118.940,73 € | 0,00 |
| 10. | Rückbau von 2 Schilderbrücken im Rahmen P631007 | 30.714,27 € | 0,00 € | 0,00 € | -30.714,27 € | 0,00 |
| 11. | Brückenbauwerk Beckenkampstraße, Rückbaukosten alte Brücke im Rahmen P631005 | 200.000,00 € | 0,00 € | -200.000,00 € | 0,00 € | 0,00 |
| 12. | Brückenbauwerk über Neustadt B9, Kosten für Rückbau, Behelfsbrücke sowie Nebenkosten im Rahmen P631009; auch für "Sofortmaßnahmen konstruktive Ingenieurbauwerke im Stadtgebiet" | 1.666.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | -1.666.000,00 € | 0,00 |
| 13. | Geh- und Radwegsanlage Horchheimer Eisenbahnbrücke, Kosten für provisorische Ertüchtigung unterstromiger Weg im Rahmen P6310000; auch für "Sofortmaßnahmen konstruktive Ingenieurbauwerke im Stadtgebiet" | 1.428.000,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € | 1.428.000,00 |
| 14. | Sanierung Ankerpfad/Instandsetzung Stützmauern | 5.304,90 € | 0,00 € | 0,00 € | -5.304,90 € | 0,00 |
| 15. | Instandhaltung Gehwegbelag, Beleuchtung; Brücke am Glockenbergtunnel | 153,67 € | 0,00 € | 0,00 € | -153,67 € | 0,00 |
| 16. | Sofortmaßnahmen konstruktive Ingenieurbauwerke im Stadtgebiet Koblenz im Zusammenhang mit konsumtiven Anteilen Pfaffendorfer Brücke | 2.784.000,00 € | 0,00 € | -125.005,89 € | -2.308.994,11 € | 350.000,00 |
| | **Gesamt** | **7.465.602,69 €** | **2.035.848,98 €** | **-326.771,02 €** | **-4.386.680,65 €** | **4.778.000,00 €** |

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen. Es wurden nur solche Sachverhalte aufgenommen, bei denen die Lieferung oder Leistung im Berichtsjahr erbracht wurde.

Die Rückstellungen für Dienstjubiläen sowie zur Aufstellung des Jahresabschlusses entfielen ab dem Jahresabschluss 2017 aufgrund einer Änderung der Verwaltungsvorschriften zu § 36 GemHVO.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Beschäftigten wurden auf Grund der in den Fachämtern durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaubslisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Beschäftigten wurden auf Grund der in den Fachämtern durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten.

Aufgrund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB), die Abgabenordnung (AO) und die GemHVO regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Entlastungserteilung für das maßgebliche Jahr für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und die Mietaufwendungen bzw. die anteilige Gebäudeabschreibung sowie die anteiligen Gemeinkosten (Strom, Wasser, Reinigung etc.) einbezogen. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen. Auf eine Anpassung wurde im Berichtsjahr aufgrund von Geringfügigkeit verzichtet.

## F.7. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten wurden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Ein Verbindlichkeitsspiegel ist der Anlage beigefügt.

Die Verbindlichkeiten entwickelten sich wie folgt:

| Art der Verbindlichkeit | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Anleihen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme | 352.829.114,08 € | 371.678.855,32 € | 18.849.741,24 € |
| Verbindlichkeiten, die Krediten gleichkommen | 12.382.169,07 € | 11.167.810,43 € | -1.214.358,64 € |
| erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 11.366.631,31 € | 9.746.391,37 € | -1.620.239,94 € |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 0,00 € | 152.753,16 € | 152.753,16 € |
| Verbindlichkeiten ggü. verb. Untern. | 1.420.355,89 € | 2.430.314,42 € | 1.009.958,53 € |
| Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 21.108,29 € | 16.843,26 € | -4.265,03 € |
| Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen etc. | 20.722.697,96 € | 20.388.562,04 € | -334.135,92 € |
| Verbindlichkeiten ggü. dem sonstigen öffentlichen Bereich | 4.742.010,45 € | 3.342.876,93 € | -1.399.133,52 € |
| sonstige Verbindlichkeiten | 2.319.608,63 € | 6.028.769,01 € | 3.709.160,38 € |
| **Gesamt** | **405.803.695,68 €** | **424.953.175,94 €** | **19.149.480,26 €** |

Im Folgenden werden einzelne Positionen näher erläutert.

## F.7.1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen entwickelten sich wie folgt:

| Nr | Institut | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Abgrenzung Zinsaufwand lt. Berechnung | 2.706.823,69 | 0,00 | -2.706.823,69 € |
| 2 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 483.780,65 | 0,00 | -483.780,65 € |
| 3 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.715.651,60 | 1.542.775,79 | -172.875,81 € |
| 4 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 949.022,12 | 0,00 | -949.022,12 € |
| 5 | Dt. Genossenschafts-Hypobank | 22.929,40 | 0,00 | -22.929,40 € |
| 6 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 3.767.734,70 | 3.672.559,31 | -95.175,39 € |
| 7 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 539.100,49 | 433.044,23 | -106.056,26 € |
| 8 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.526.485,82 | 1.340.214,89 | -186.270,93 € |
| 9 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.960.900,05 | 1.821.490,68 | -139.409,37 € |
| 10 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.439.273,73 | 1.337.066,70 | -102.207,03 € |
| 11 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 85.316,04 | 0,00 | -85.316,04 € |
| 12 | HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG | 1.284.465,71 | 1.231.268,59 | -53.197,12 € |
| 13 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 2.240.073,96 | 2.067.198,87 | -172.875,09 € |
| 14 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 637.948,26 | 533.916,56 | -104.031,70 € |
| 15 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 4.166.666,65 | 3.999.999,98 | -166.666,67 € |
| 16 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 2.505.308,44 | 2.361.017,05 | -144.291,39 € |
| 17 | Dt.Genossenschafts-Hypobank | 293.064,30 | 244.218,54 | -48.845,76 € |
| 18 | WL Bank AG Westfälische Landschaft I | 1.148.352,75 | 1.072.123,65 | -76.229,10 € |
| 19 | HypoVereinsbank - UniCredit Bank AG | 2.081.000,00 | 1.881.000,00 | -200.000,00 € |
| 20 | Sparkasse Koblenz | 1.418.650,18 | 1.187.023,18 | -231.627,00 € |
| 21 | Landesbank Hessen-Thüringen | 771.339,73 | 0,00 | -771.339,73 € |
| 22 | Norddeutsche Landesbank | 3.644.064,02 | 3.244.384,31 | -399.679,71 € |
| 23 | Norddeutsche Landesbank | 415.428,08 | 0,00 | -415.428,08 € |
| 24 | NRW-Bank | 5.120.580,72 | 5.009.412,57 | -111.168,15 € |
| 25 | Norddeutsche Landesbank | 2.080.117,72 | 2.037.650,62 | -42.467,10 € |
| 26 | Norddeutsche Landesbank | 798.018,99 | 690.045,36 | -107.973,63 € |
| 27 | Norddeutsche Landesbank | 1.010.168,94 | 897.535,84 | -112.633,10 € |
| 28 | Norddeutsche Landesbank | 7.500.000,00 | 7.100.000,00 | -400.000,00 € |
| 29 | Norddeutsche Landesbank | 6.196.249,85 | 5.865.783,17 | -330.466,68 € |
| 30 | Norddeutsche Landesbank | 6.250.000,15 | 5.916.666,83 | -333.333,32 € |
| 31 | Bayerische Landesbank München | 12.666.666,52 | 11.999.999,84 | -666.666,68 € |
| 32 | NRW-Bank | 13.650.000,00 | 12.950.000,00 | -700.000,00 € |
| 33 | Landesbank Baden-Würtemberg | 5.925.000,00 | 5.625.000,00 | -300.000,00 € |
| 34 | Bayerische Landesbank München | 1.490.053,87 | 1.348.053,87 | -142.000,00 € |
| 35 | Landesbank Baden-Würtemberg | 3.352.261,69 | 0,00 | -3.352.261,69 € |
| 36 | Bayerische Landesbank München | 2.601.698,91 | 2.192.866,94 | -408.831,97 € |
| 37 | Landesbank Baden-Würtemberg | 1.113.626,37 | 1.026.558,08 | -87.068,29 € |
| 38 | Bayerische Landesbank München | 3.204.316,25 | 2.292.006,93 | -912.309,32 € |
| 39 | Landesbank Baden-Würtemberg | 960.313,93 | 714.357,54 | -245.956,39 € |
| 40 | Landesbank Hessen-Thüringen | 3.608.026,96 | 3.360.439,21 | -247.587,75 € |
| 41 | NRW-Bank | 1.820.000,00 | 1.660.000,00 | -160.000,00 € |
| 42 | Landesbank Hessen-Thüringen | 3.034.929,19 | 2.884.362,70 | -150.566,49 € |
| 43 | Landesbank Baden-Würtemberg | 39.546.577,92 | 38.318.429,78 | -1.228.148,14 € |
| 44 | Landesbank Baden-Württemberg | 0,00 | 3.245.516,48 | 3.245.516,48 € |
| 45 | Landesbank Hessen-Thüringen | 530.000,00 | 380.000,00 | -150.000,00 € |
| 46 | Landesbank Hessen-Thüringen | 460.000,00 | 160.000,00 | -300.000,00 € |
| 47 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 228.736,32 | 187.144,78 | -41.591,54 € |
| 48 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 649.884,51 | 557.040,03 | -92.844,48 € |
| 49 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 552.319,80 | 483.276,98 | -69.042,82 € |
| 50 | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 852.452,59 | 757.732,71 | -94.719,88 € |

| Nr | Institut | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 51. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.716.542,00 € | 1.567.274,00 € | -149.268,00 € |
| 52. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.670.880,00 € | 1.531.640,00 € | -139.240,00 € |
| 53. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.560.000,00 € | 1.440.000,00 € | -120.000,00 € |
| 54. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 2.436.000,00 € | 2.262.000,00 € | -174.000,00 € |
| 55. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 5.071.200,00 € | 4.733.120,00 € | -338.080,00 € |
| 56. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 2.117.638,00 € | 1.764.696,00 € | -352.942,00 € |
| 57. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 3.270.800,00 € | 3.078.400,00 € | -192.400,00 € |
| 58. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 6.000.000,00 € | 5.700.000,00 € | -300.000,00 € |
| 59. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 571.851,00 € | 545.559,00 € | -26.292,00 € |
| 60. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 393.066,00 € | 374.994,00 € | -18.072,00 € |
| 61. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 661.026,00 € | 630.634,00 € | -30.392,00 € |
| 62. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 704.352,00 € | 672.336,00 € | -32.016,00 € |
| 63. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 1.900.000,00 € | 1.820.000,00 € | -80.000,00 € |
| 64. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | 47.500,00 € | 45.500,00 € | -2.000,00 € |
| 65. | Investitions- und Strukturbank RLP | 20.720.000,00 € | 19.980.000,00 € | -740.000,00 € |
| 66. | Investitionsbank Berlin | 14.000.000,00 € | 13.500.000,00 € | -500.000,00 € |
| 67. | Investitions- und Strukturbank RLP | 13.122.500,00 € | 12.670.000,00 € | -452.500,00 € |
| 68. | Landwirtschaftliche Rentenbank | 20.000.000,00 € | 19.333.331,40 € | -666.668,60 € |
| 69. | Investitions- und Strukturbank | - € | 40.000.000,00 € | 40.000.000,00 € |
| 70. | Kreditanstalt für Wiederaufbau | - € | 900.000,00 € | 900.000,00 € |
| 71. | Debeka Lebensversicherung | 5.579.152,14 € | 5.265.702,10 € | -313.450,04 € |
| 72. | Debeka Lebensversicherung | 2.434.529,99 € | 2.304.459,05 € | -130.070,94 € |
| 73. | Volkswohl BUND Lebensversicherung | 10.120.000,00 € | 9.680.000,00 € | -440.000,00 € |
| 74. | AXA Lebensversicherung AG | 1.916.666,69 € | 1.833.333,36 € | -83.333,33 € |
| 75. | AXA Lebensversicherung AG (ehe. DBV) | 1.533.333,31 € | 1.466.666,64 € | -66.666,67 € |
| 76. | Pro bAV Pensionskasse AG | 383.333,31 € | 366.666,64 € | -16.666,67 € |
| 77. | Pro bAV Pensionskasse AG (ehe. winsecura) | 383.333,31 € | 366.666,64 € | -16.666,67 € |
| 78. | AXA Versicherung AG | 1.533.333,31 € | 1.466.666,64 € | -66.666,67 € |
| 79. | AXA Krankenversicherung AG | 1.533.333,31 € | 1.466.666,64 € | -66.666,67 € |
| 80. | Deutsche Ärzteversicherung AG | 383.333,31 € | 366.666,64 € | -16.666,67 € |
| 81. | Debeka Lebensversicherung | 13.000.000,00 € | 12.500.000,00 € | -500.000,00 € |
| | Nürnberger Lebensversicherung AG | 6.326.666,64 € | 6.083.333,30 € | -243.333,34 € |
| | Nürnberger Beamtenlebensversicherung AG | 866.666,64 € | 833.333,30 € | -33.333,34 € |
| 82. | Nürnberger Pensionskasse AG | 866.666,64 € | 833.333,30 € | -33.333,34 € |
| 83. | HALLESCHE Krankenversicherung a.G. | 8.999.999,91 € | 8.666.666,58 € | -333.333,33 € |
| | **Summe** | **312.829.085,08 €** | **331.678.827,82 €** | **18.849.742,74 €** |

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. Die auf das Berichtsjahr 2022 entfallenden Zinsen, welche erst im Haushaltsjahr 2023 zahlungswirksam werden, wurden abgegrenzt und offen ausgewiesen. Eine rechtliche Prüfung hat jedoch ergeben, dass es sich bei diesem Betrag nicht um Darlehensverbindlichkeiten handelt, sondern dem Charakter nach eine sonstige Verbindlichkeit im Sinne einer antizipativen Rechnungsabgrenzung angezeigt ist. Ab dem Haushaltsjahr 2022 erfolgt der Ausweis daher unter der Bilanzpositiv 4.11 „Sonstige Verbindlichkeiten). In 2022 wurden neue Investitionskredite im Volumen von 44.146 T€ aufgenommen bei Tilgungen von 25.296 T€.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Liquiditätssicherung entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Institut | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | Sparkasse Koblenz - Konto 885 | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 2. | Sparkasse Koblenz - Konto 362020 | 29,00 € | 27,50 € | -1,50 € |
| 3. | Sparkasse Koblenz - Tagesgeldkonto 1007913 | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 4. | ING Diba - Tages-/Termingeld | 0,00 € | 0,00 € | 0,00 € |
| 5. | Saar LB | 40.000.000,00 € | 40.000.000,00 € | 0,00 € |
| Gesamt | | 40.000.029,00 € | 40.000.027,50 € | -1,50 € |

Die Darlehensbestände wurden durch Darlehensauszüge nachgewiesen. In 2022 sind die Liquiditätssicherungskredite mit vertraglicher Bindung unverändert geblieben.

### F.7.2. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Die Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, entwickelten sich wie folgt:

| Nr. | Sachverhalt | HH-VJ | HH-Jahr | Veränderung |
|---|---|---|---|---|
| 1. | für Grundschule Niederberg | 557.308,04 € | 536.856,36 € | -20.451,68 € |
| 2. | für Mensaneubau Asterstein | 205.854,00 € | 199.616,00 € | -6.238,00 € |
| 3. | für Speisesaal Diesterw egschule/ St. Castor | 444.960,00 € | 432.600,00 € | -12.360,00 € |
| 4. | Mensa Anbau Max-von-Laue Gymnasium | 1.051.510,00 € | 1.021.890,00 € | -29.620,00 € |
| 5. | Jugend- und Bürgerzentrum Koblenz-Karthause | 432.000,00 € | 420.000,00 € | -12.000,00 € |
| 6. | Restverbindlichkeit Sanierungsvertrag Wohnbau - investiver Anteil | 2.103.520,67 € | 1.859.437,33 € | -244.083,34 € |
| 7. | Restverbindlichkeit Sanierungsvertrag Wohnbau - konsumtiver Anteil | 7.587.016,36 € | 6.697.410,74 € | -889.605,62 € |

Die Verbindlichkeit wurde im Rahmen der in § 103 GemO i. V. m. § 47 Abs. 6 Nr. 4.3 GemHVO genannten Vorschrift gebildet. Hierbei handelt es sich um Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH. Auf Grund der Bilanzklarheit wurde der Posten (Nr. 1 bis Nr. 5) in die Eröffnungsbilanz der Bilanz der Stadt Koblenz übernommen, da die Darlehen zu 100% durch die Stadt Koblenz refinanziert werden. Die Darlehen dienen weitestgehend der Absicherung von Investitionen auf dem Schulsektor. Die Darlehensbestände werden analog zur entsprechenden Tilgung ertragswirksam aufgelöst.

Die Posten Nr. 6 und Nr. 7 sind nach Vertragsende des Sanierungsvertrags mit der Koblenzer Wohnbau entstanden. Es handelt sich um abgestimmte Restverbindlichkeiten, für die bereits die Leistung gegenüber der Stadt Koblenz erbracht wurde. Die Senkung im Berichtsjahr ergab sich durch die planmäßige Tilgung.

### F.7.3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen entwickelten sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 11.366.631,31 € | 9.746.391,37 € | -1.620.239,94 € |

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Im Vergleich zum Vorjahr wurde eine signifikante Zahl an Rechnungen noch im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Auszahlung gebracht, was zu einer Senkung dieser Bilanzposition beiträgt.

### F.7.4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entwickelten sich wie folgt:

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 1.420.355,89 € | 2.430.314,42 € | 1.009.958,53 € |

Die Verbindlichkeiten wurden im Rahmen der Kreditorenbuchhaltung fortgeschrieben und durch Offene-Posten-Listen nachgewiesen. Die Vollständigkeit wurde von den Fachämtern im Rahmen der Vollständigkeitserklärungen bestätigt. Der erhöhte Wert ergibt sich im Wesentlichen aufgrund einer Nachzahlung

an die Koblenz Touristik GmbH aufgrund der mit der Stadt bestehenden vertraglichen Konstellationen zur dortigen Aufgabenwahrnehmung.

### F.7.5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 21.108,29 € | 16.843,26 € | -4.265,03 € |

Im Berichtsjahr waren keine besonderen Vorgänge zu verzeichnen.

### F.7.6. Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen entwickelten sich wie folgt:

**Bestände der Sonderkassen**

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 1 | EB 17 Kommunales Gebietsrechenzentrum | 310.817,14 € | 267.800,29 € | -43.016,85 € |
| 2 | EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen | -1.072.562,83 € | 1.246.098,34 € | 2.318.661,17 € |
| 3 | EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 2.945.522,84 € | 2.676.485,22 € | -269.037,62 € |
| 4 | EB 83 Rhein-Mosel-Halle | 4.382.710,03 € | 5.377.971,71 € | 995.261,68 € |
| 5 | EB 85 Stadtentwässerung Koblenz | 12.084.161,16 € | 6.915.410,91 € | -5.168.750,25 € |
| 6 | Jagdgenossenschaft links der Mosel | 43.717,18 € | 50.049,05 € | 6.331,87 € |
| 7 | Jagdgenossenschaft rechts des Rheins | 53.608,68 € | 47.790,92 € | -5.817,76 € |
| **Summe** | | **18.747.974,20 €** | **16.581.606,44 €** | **-2.166.367,76 €** |

**Verrechnungskonten**

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|---|
| 8. | EB 67 Grünflächen-und Bestattungswesen | 371.378,52 € | 386.248,05 € | 14.869,53 € |
| 9. | EB 70 Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 951.473,61 € | 1.697.948,49 € | 746.474,88 € |
| 10. | EB 83 Rhein-Mosel-Halle | -320.678,06 € | -1.440.635,61 € | -1.119.957,55 € |
| 11. | EB 85 Stadtentwässerung Koblenz | 281.435,57 € | 152.237,19 € | -129.198,38 € |
| 12. | Jagdgenossenschaft links der Mosel | 0,00 € | -127,70 € | -127,70 € |
| 13. | Jagdgenossenschaft rechts des Rheins | 0,00 € | -127,71 € | -127,71 € |
| 14. | Konto 3531 - laufendes Mitbuchkonto | 691.114,12 € | 3.011.412,89 € | 2.320.298,77 € |
| **Summe** | | **1.974.723,76 €** | **3.806.955,60 €** | **1.832.231,84 €** |

**Entwicklung (gesamt)**

| Bezeichnung | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonderkassen | 18.747.974,20 € | 16.581.606,44 € | -2.166.367,76 € |
| Verrechnungskonten | 1.974.723,76 € | 3.806.955,60 € | 1.832.231,84 € |
| **Gesamtsumme** | **20.722.697,96 €** | **20.388.562,04 €** | **-334.135,92 €** |

Ausgewiesen werden Verbindlichkeiten gegenüber den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Die Posten wurden mit den Eigenbetrieben abgestimmt und von diesen bestätigt. Die Verbindlichkeiten entstanden durch die laufenden Verrechnungskonten und die Zahlungsabwicklung über die Einheitskasse. Ein Teil

der Sonderkasse des EB 85 wurde im Berichtsjahr auf externen Festgeldkonten angelegt, was den Rückgang dieses Darlehens erklärt. Im Übrigen sind keine weiteren besonderen Effekte im Berichtsjahr zu verzeichnen.

### F.7.7. Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich entwickelten sich wie folgt.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige öff. Verbindlichkeiten | 4.742.010,45 € | 3.342.876,93 € | -1.399.133,52 € |

Unter dieser Position werden Verbindlichkeiten gegenüber anderen öffentlichen Einheiten gezeigt. Wesentliche Einzelpositionen sind die Lohnsteuer aus Dezember 2022 (1.682 T€) sowie Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Sozialversicherungen (267 T€). Außerdem entstand eine Verbindlichkeit gegenüber dem Land aus der Spitzabrechnung der Gewerbesteuerumlage (420 T€). Aus den beiden zuletzt genannten Positionen resultiert auch der wesentliche Anteil der Reduzierung dieser Bilanzposition.

### F.7.8. Sonstige Verbindlichkeiten

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Entwicklung |
|---|---|---|---|
| Sonstige Verbindlichkeiten | 2.319.608,63 € | 6.028.769,01 € | 3.709.160,38 € |

Unter dieser Position werden alle übrigen Verbindlichkeiten der Stadt Koblenz gezeigt. Es handelt sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten aus diversen noch abzuführenden durchlaufenden Geldern (1.688 T€), Verbindlichkeiten aus ungeklärten Zahlungseingängen und Zahlungseingängen für das folgende Haushaltsjahr (892 T€), Kautionen (417 T€) und Umsatzsteuern (46 T€). Ab dem Haushaltsjahr 2022 wird in dieser Position neu die bereits oben genannte Zinsabgrenzung der Investitionskredite in Höhe von 2.984 T€ ausgewiesen, was den wesentlichen Grund für die Erhöhung des Wertes dieser Bilanzposition darstellt.

Die restliche Erhöhung des Wertes ergibt sich aus der Erhöhung der Bestände ausgewählter Konten an durchlaufenden Geldern, welche erst in folgenden Haushaltsjahren abgeführt oder verwendet werden.

## F.8. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten entwickelten sich wie folgt:

| Nr | Bezeichnung | Stand 01.01. | Zuführung | Auflösung | Bestand |
|---|---|---|---|---|---|
| 1. | UVG-Abschlag | 178.000,00 € | 174.000,00 € | -178.000,00 € | 174.000,00 € |
| 2. | Anteilige Zuwendung mobile Leihgeräte Digitalpakt IV | 49.026,00 € | 0,00 € | -49.026,00 € | 0,00 € |
| 3. | Werbeleistung Fahrzeug KO-SV 125 Amt 46 | 23.392,87 € | 0,00 € | -5.198,40 € | 18.194,47 € |
| 4. | Schwimmkurse Amt 52 für HH-Jahr 2022 | 655,46 € | 0,00 € | -655,46 € | 0,00 € |
| 5. | Ferienworkshops Städtische Museen | 0,00 € | 314,00 € | 0,00 € | 314,00 € |
| 6. | Kursgebühren VHS | 31.291,85 € | 44.366,60 € | -31.291,85 € | 44.366,60 € |
| 7. | Spenden Musikschule für 2023 | 0,00 € | 3.570,00 € | 0,00 € | 3.570,00 € |
| 8. | Spende Else-Schütz-Stiftung Amt 52 | 689,00 € | 0,00 € | -689,00 € | 0,00 € |
| 9. | Nutzungsentschädigung Wald über 25 Jahre | 16.666,67 € | 0,00 € | -1.000,00 € | 15.666,67 € |
| 10. | Wildschadenpauschale Eigenjagd | 2.782,35 € | 2.782,35 € | -2.782,35 € | 2.782,35 € |
| 11. | Drückjagden für 2023 | 0,00 € | 5.125,83 € | 0,00 € | 5.125,83 € |
| 12. | Jagdpacht Eigenjagd | 4.401,97 € | 4.401,97 € | -4.401,97 € | 4.401,97 € |
| 13. | Großes Abo Stadttheater | 5.013,83 € | 17.497,00 € | -5.013,83 € | 17.497,00 € |
| 14. | Kleines Abo Stadttheater | 11.109,00 € | 95.995,67 € | -11.109,00 € | 95.995,67 € |
| 15. | Amt 10 - Mietvertrag Sparkassenfiliale RH 2 | 49.659,09 € | 0,00 € | -5.227,27 € | 44.431,82 € |
| 16. | Amt 50 - LSJV Zuwendung | 39.744,00 € | 44.658,00 € | -39.744,00 € | 44.658,00 € |
| 17. | Verkaufte aber noch nicht eingelöste Gutscheine TI | 9.122,18 € | 9.949,48 € | -9.122,18 € | 9.949,48 € |
| Gesamt | | 421.554,27 € | 402.660,90 € | -343.261,31 € | 480.953,86 € |

Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten wurden durch Abfragen in den jeweiligen Fachämtern ermittelt und durch Rechnungen bzw. Verträge belegt. Die Bewertung erfolgte mit dem Nominalwert. Die

Posten werden in den Folgejahren aufgelöst. Im Berichtsjahr gibt es keine signifikanten oder außergewöhnlichen Effekte.

# G. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Im Folgenden werden im Überblick Erläuterungen zur Ergebnisrechnung aufgeführt. Weitergehende Informationen auf Gesamt- und Teilhaushaltsebene können den „Erläuterungen der erheblichen Abweichungen im Ergebnis- und Finanzhaushalt“ entnommen werden.

## G.1. Erträge

| Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO) | Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€ | Ergebnis des Haushaltsjahres in T€ | Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€ |
|---|---|---|---|
| Steuern und Ähnliche Abgaben | 248.236.108,02 | 245.092.000,63 | -3.144.107,39 |
| Zuwendungen, all. Umlagen und sonst. Transfererträge | 99.441.877,51 | 101.356.259,68 | 1.914.382,17 |
| Erträge der sozialen Sicherung | 70.658.661,39 | 74.622.513,37 | 3.963.851,98 |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentg. | 12.072.567,67 | 12.898.524,59 | 825.956,92 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 5.177.114,91 | 8.659.437,70 | 3.482.322,79 |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 15.411.226,85 | 11.570.474,56 | -3.840.752,29 |
| Sonstige laufende Erträge | 24.021.164,28 | 23.091.793,57 | -929.370,71 |
| **Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit ( Summe 1 -7)** | **475.018.720,63** | **477.291.004,10** | **2.272.283,47** |

### G.1.1. Allgemein

Die öffentlich-rechtlichen Erträge resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung verbucht. Gleiches gilt für die Positionen „Steuern und ähnliche Abgaben“ und „Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge“.

Privatrechtliche Leistungsentgelte und Kostenerstattungen/Kostenumlagen wurden grundsätzlich zu dem Zeitpunkt erfasst, wann die Lieferung erfolgt ist bzw. die Leistung erbracht wurde.

Die sonstigen laufenden Erträge werden im Folgenden detailliert dargestellt. Ein höherer Einzelertrag ergibt sich im Haushaltsjahr 2022 durch eine Anpassung der Festwerte „Bäume“ in Höhe von 2.239 T€. Höhere Erträge ergeben sich im Berichtsjahr durch eine Anpassung der Festwerte „Bäume“ nach gemeinsamer Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen. Der Erträge aus allgemeinen Anpassungen von Bilanzpositionen sanken erfreulicherweise wohingegen die periodenfremden Erträge im Haushaltsjahr deutlich angestiegen sind. Eine detaillierte Erläuterung erfolgt weiter unten.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Erträge können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

## G.1.2. Sonstige laufende Erträge

| Sonstige laufende Erträge in T€ | Ergebnis des Haushaltsjahres in T€ | Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€ | Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€ |
|---|---|---|---|
| Bestandsveränderung Vorratsvermögen | -245 | 132 | -377 |
| Zu aktivierende Eigenleistungen | 1.456 | 1.871 | -415 |
| Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen | 3.381 | 4.424 | -1.043 |
| Erträge aus ordnungsrechtlichen Erträgen | 3.687 | 2.733 | 954 |
| Erträge aus Konzessionsabgaben | 6.858 | 7.445 | -587 |
| Erträge aus Baulandumlegungen | 0 | 680 | -680 |
| Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen | 1.118 | 3.027 | -1.909 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil | 0 | 0 | 0 |
| Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens KSI | 83 | 29 | 54 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 2.930 | 437 | 2.493 |
| Erträge aus der Anpassung von Festwerten | 2.239 | 1.335 | 904 |
| Erträge aus der Zuschreibung von Beteiligungsvermögen | 0 | 1.083 | -1.083 |
| Erträge aus Anpassung Bilanzpositionen | 86 | 203 | -117 |
| Sonstige Erträge | 1.499 | 622 | 877 |
| *davon periodenfremde Erträge* | *857* | *17* | *840* |
| **Gesamt** | **22.234** | **24.021** | **-1.787** |

## G.1.3. Aufgliederung Periodenfremde Erträge

| ***Bezeichnung*** | ***HH Betrag in T€*** | ***HH-VJ Betrag in T€*** |
|---|---|---|
| Korrekturen Anlagevermögen/Sonderposten - Abrechnungen aus Vorjahren | 846 | 8 |
| Nachträgliche Rechnungen | 8 | 2 |
| Bereinigung Bestands- und Forderungskonten | 3 | 7 |
| Gesamtergebnis | 857 | 17 |

## G.2. Aufwendungen

| Ertrags- und Aufwandskonten (gem. §2 Abs. 1 GemHVO) | Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€ | Ergebnis des Haushaltsjahres in T€ | Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€ |
|---|---|---|---|
| Personalaufwendungen und Versorgungsaufwendungen | 117.817.104,30 | 126.681.383,96 | -8.864.279,66 |
| Aufw. für Sach- und Dienstleistungen | 86.924.826,07 | 80.049.060,45 | 6.875.765,62 |
| Abschreibungen | 27.634.167,11 | 28.079.867,75 | -445.700,64 |
| Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen | 54.487.030,88 | 56.446.799,07 | -1.959.768,19 |
| Aufwendungen der sozialen Sicherung | 126.677.417,31 | 132.358.784,85 | -5.681.367,54 |
| Sonstige laufende Aufwendungen | 24.313.392,42 | 29.556.189,66 | -5.242.797,24 |
| **Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit** | **437.853.938,09** | **453.172.085,74** | **-15.318.147,65** |

## G.2.1 Allgemein

Aufwendungen stellen Ressourcenverbräuche im Sinne eines echten wirtschaftlichen Werteverzehrs dar. Ihre Zuordnung zum Berichtsjahr ergibt sich aus dem Grundsatz der periodengerechten Gewinnermittlung und den übrigen durch die GemO und GemHVO vorgeschriebenen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden. Die Vollständigkeit wurde durch die Fachämter bestätigt.

Detaillierte Erläuterungen zur Entwicklung der Aufwendungen können der Teilhaushaltsentwicklung entnommen werden.

### G.2.2. Personal- und Versorgungsaufwendungen

Die Personalaufwendungen werden durch Schnittstelle aus dem Lohnprogramm Fidelis übernommen. Die Aufteilung auf die verschiedenen Unterkonten erfolgt durch Überleitung von Lohnarten zu Konten und Hinterlegung der Kostenstelle je Mitarbeiter. Die Vollständigkeit wurde durch Abgleichung der Daten durch das Fachamt nachgewiesen.

### G.2.3 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

In dieser Position werden alle klassischen Aufwendungen aus der Unterhaltung und Bewirtschaftung der Produktionsverfahren mit Ausnahme des Personalbereichs erfasst.

### G.2.4 Abschreibungen

Abschreibungen werden automatisiert durch das System aufgrund der Einrichtungsdaten der Anlagenbuchhaltung gebucht. Es gelten vollumfänglich die im Bereich der Erläuterung des Anlagevermögens getroffenen Erläuterungen. Die Abschreibungen wurden im Rahmen einer Stichprobe auf Plausibilität geprüft und in der Anlagenübersicht auf die Bilanzpositionen des Anlagevermögens zugeordnet.

### G.2.5. Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen sowie Aufwendungen der sozialen Sicherung

In diesen beiden Positionen werden sämtliche Aufwendungen der Stadt Koblenz erfasst, die ohne Gegenleistung an andere öffentliche und private Bereiche für laufende Aufwendungen mit und ohne Zweckbindung erbracht werden. Die Aufwendungen der sozialen Sicherung sind dabei vollumfänglich durch den Aufgabenbereich des Amtes für Jugend, Familie, Senioren und Soziales bedingt und werden im Wesentlichen durch die dort eingesetzten Fachverfahren erzeugt.

### G.2.6 Sonstige laufende Aufwendungen

| **Sonstige laufende Aufwendungen in T€** | **Ergebnis des Haushaltsjahres in T€** | **Ergebnis des Haushalts-vorjahres in T€** | **Ergebnis-veränderung gegenüber Haushaltsvorjahr in T€** |
|---|---|---|---|
| Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen | 1.520 | 1.535 | -16 |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 15.680 | 13.649 | 2.031 |
| *davon Mieten, Pachten, Leasing* | *5.401* | *4.779* | 623 |
| *davon EDV-Aufwendungen* | *7.212* | *6.473* | 739 |
| Geschäftsaufwendungen | 3.143 | 2.930 | 213 |
| Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges | 1.882 | 1.955 | -73 |
| Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und Einstellungen in den Sonderposten | 736 | 119 | 617 |
| Wertberichtigungen zu Forderungen | 1.074 | 1.583 | -509 |
| Aufwendungen für Steuern | 2.998 | 1.475 | 1.523 |
| Zuschüsse und Zuwendungen an Fraktionen | 416 | 430 | -14 |
| Sonstige Aufwendungen | 21 | 21 | 0 |
| Periodenfremde Aufwendungen | 2.088 | 617 | 1.471 |
| **Summe** | **29.556** | **24.313** | **5.243** |

### G.2.7 Aufgliederung Periodenfremde Aufwendungen

| *Bezeichnung* | *HH-VJ Betrag in T€* | *HH Betrag in T€* |
|---|---|---|
| Korrekturen Anlagevermögen - Aus Umbuchung Aufwandsanteilen im Rahmen von Abrechnungen | 586 | 1.871 |
| Nachzahlung Umsatzsteuer aus Betriebsprüfung 2013 - 2017 | 0 | 210 |
| Sonstiges | 31 | 7 |
| **Gesamtergebnis** | **617** | **2.088** |

### G.2.8. Zinserträge und Zinsaufwendungen

Bei den Ertragsbuchungen handelt es sich im Wesentlichen um Erträge aus Beteiligungen der Stadt Koblenz (Gewinnausschüttungen) sowie steuerrechtliche Zinsen.

Bei den Aufwandsbuchungen handelt es sich im Wesentlichen um Zinsen aus den aufgenommen Darlehen.

### G.3. Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresüberschuss wird im Folgejahr gemäß § 18 Abs. 3 GemHVO mit der Kapitalrücklage verrechnet.

### G.4. Außerordentliches Ergebnis

Im Berichtsjahr gab es weder außerordentliche Erträge noch außerordentliche Aufwendungen.

# H. Sonstige Angaben

### H.1. Trägerschaften bei Sparkassen, die nicht bilanziert sind

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

### H.2. Währungsumrechnungen

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem

Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen.

- Der Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.

- Währungsumrechnungen auf Grund der Euroumstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

## H.3. Einschränkungen von Grundbesitzrechten

Die Recherche nach Grundbesitzrechten ist durch die Technik des Grundbuchsystems äußerst personalintensiv. Die Personalsituation im betreffenden Sachgebiet des zuständigen Amtes im Jahr 2022 hat sich gegenüber den letzten Jahren nicht verändert. Nach Auskunft des zuständigen Fachamtes ist aufgrund des Ergebnisses einer Organisationsuntersuchung nicht damit zu rechnen, dass die Aufgabenstellung in absehbarer Zeit bewältigt werden kann, da im zuständigen Sachgebiet sowie in den übrigen Bereichen des Fachamtes keine Personalressourcen zur Verfügung stehen oder bereitgestellt werden. Die Aufgabenstellung wird erfüllt, sobald Mitarbeitende zur Erledigung dieser Aufgabenstellung freigestellt werden können

Die Gemeinde hat mit der Energieversorgung Mittelrhein AG mit Sitz in Koblenz Konzessionsverträge geschlossen. Darin gestattet sie dem Konzessionsnehmer die Nutzung der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze.

## H.4. Drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden

Gem. § 48 Abs. 2 Nr. 8 GemHVO sind im Anhang drohende finanzielle Belastungen, für die keine Rückstellungen gebildet wurden, anzugeben.

Der erhebliche Sanierungsbedarf an den städtischen Gebäuden ist weiterhin eine große Herausforderung. 65 % des Gebäudebestandes sind vor 1980 erbaut worden. Lediglich 2% des Bestandes wurde seit dem Jahr 2020 neu errichtet; dabei liegt der Schwerpunkt bei der Errichtung und Erweiterung von Schulgebäuden. Die Ursachen sind vielfältig. Die Mehrzahl der Schulgebäude bietet keine adäquaten Räumlichkeiten für reformierte Lerninhalte wie naturwissenschaftliche Räume oder zusätzliche Kapazitäten für (Frische-)Küchen und Mensen; noch entsprechen die Sicherheitsausstattungen dem neuesten Stand der Technik. Fehlende barrierefreie Zugangsmöglichkeiten, unzureichende technische Voraussetzungen zur Nutzung zeitgemäßer Digitalisierung, fällige Vorkehrungen für Energieeinsparungen stellen weitere Handlungsbedarfe dar. Zusätzlich steigen die Schülerzahlen stetig, wodurch der erhöhte Bedarf an Klassenräumen die Situation an den Schulen noch zusätzlich beeinflusst. Erstmaßnahmen wie die Aufstellung von Ausweichcontainern bieten dafür allenfalls eine kurzfristige Lösung.

Die Umsetzung der Schulmodernisierungen erfolgt im Berichtsjahr 2022 mittels verschiedener Förderprogramme.

Im Rahmen des Kommunalen Investitionsprogramm KI 3.0 werden durch Bund und Land mit einer 90%ige Förderung im ersten Kapitel Maßnahmen zur Verbesserung der energetischen Werte sowie Arbeiten an Fassaden, Fenstern und Dachstühlen durchgeführt. Parallel hierzu erfolgt die Bearbeitung des KI 3.0 Kapitel 2, dessen Schwerpunkte auf der Herstellung der Barrierefreiheit und die energetische Sanierung von Fassaden liegen. Hier wurden im Jahr 2022 rd. 3,5 Mio. € investiert. Weitere Neu-, Erweiterungs- sowie Umbaumaßnahmen werden über das Landesprogramm Schulbauförderung abgewickelt. In den kommenden Jahren werden zusätzlich erhebliche Maßnahmen im Bereich des Klimaschutzes erfolgen, welche im Wesentlichen im Klimaschutzteilkonzept der Stadt Koblenz dokumentiert sind, die in hohem Maße (finanzielle) Ressourcen binden werden.

Im Bereich der städtischen Ingenieurbauwerke ergibt sich weiterhin ein beachtlicher Instandsetzungs- bzw. Erneuerungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der "Masterplan Brücken" vorgestellt. Der "Masterplan Brücken" gibt einen Überblick, wie sich die aktuelle

Situation in Bezug auf die vom Tiefbaumt unterhaltenen Bauwerke darstellt und welche Folgen daraus in der Zukunft entstehen werden. Die Brücken machen jedoch nur einen Teil des "Masterplan Brücken" aus. Darüber hinaus gehören alle anderen Ingenieurbauwerke wie Stützwände, Trogbauwerke, Lärmschutzwände und Verkehrszeichenbrücken dazu, die ebenfalls vom Tiefbauamt unterhalten werden. Die Einstufung der Bauwerke in die resultierende Prioritätenliste des "Masterplan Brücken" berücksichtigt verschiedene Aspekte. Die Reihenfolge der einzelnen Maßnahmen ist somit abhängig von der aktuellen Zustandsnote, der Verkehrsbedeutung, die Baustellenführung und der Möglichkeit der Maßnahmenbündelung. Dies bedeutet, dass bei einer Veränderung der Zustandsnote das betroffene Bauwerk in der Prioritätenliste eine andere Position einnimmt. Damit ist das Tiefbauamt in der Lage, frühzeitig auf anstehende Investitionen zu reagieren. Als größte Einzelmaßnahme in diesem Bereich sind die Vorabmaßnahmen im Rahmen des Projekts "Neubau Pfaffendorfer Brücke" zu nennen.

### H.5. Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Die Stadt war im Haushaltsjahr 2022 mit Leasingaufwendungen in Höhe von insgesamt 88 T€ belastet. Weitere finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Es sind nach Vertragsende des Sanierungsvertrags mit der Koblenzer Wohnbau GmbH finanzielle Verpflichtungen entstanden, die auch im Jahr 2022 planmäßig getilgt wurden. Es handelt sich um abgestimmte Restverbindlichkeiten, für die bereits die Leistung durch die Koblenzer Wohnbau GmbH gegenüber der Stadt erbracht wurde. Zum Ende des Berichtsjahres beliefen sich diese noch auf insgesamt 8.557 T€.

### H.6. Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten

Es sind keine Sachverhalte bekannt.

### H.7. Sonstige Haftungsverhältnisse

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende Haftungsverhältnisse:

| | | Gesamtbetrag<br>T€ | Davon gegenüber Tochterorganisationen<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. | Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln | --- | --- |
| 2. | Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften | 15.520 | 15.520 |
| 3. | Gewährleistungen | | |
| 3.1. | für eigene Leistungen | | |
| | a) unselbstständige Garantien, die über die gewöhnliche Garantie hinausgehen | --- | --- |
| b) | selbstständige Gewährleistungsverträge | --- | --- |
| | Summe Gewährleistungen für eigene Leistungen | --- | --- |
| 3.2. | für fremde Leistungen | | |
| | a) Freistellungsverpflichtungen | --- | --- |
| | b) Haftungsübernahmen | --- | --- |
| | c) Liquiditätsgarantien | --- | --- |
| | d) Werthaltigkeitsgarantien | --- | --- |
| | e) Einstehen für die Bezahlung ab getretener oder verkaufter Forderungen | --- | --- |
| | f) Garantie für die Ausführung von Arbeiten Dritter | --- | --- |
| | g) Schuldmitübernahme | --- | --- |
| | h) Haftungen für Bürgschaften und Garantien Dritter | --- | --- |
| | i) Bürgschafts-, Garantie- und Schuldbefreiungsversprechen | --- | --- |

| | | |
|---|---|---|
| j) bindende Versprechen gegenüber dem Gläubiger eines Dritten auf dessen Wunsch eine Grundschuld oder eine andere Sicherheit für die Verpflichtung des Schuldners zu bestellen | --- | --- |
| k) Patronatserklärungen, die ein bürgschafts-ähnliches Rechtsverhältnis begründen | --- | --- |
| Summe Gewährleistungen für fremde Leistungen | --- | --- |
| 4. Bedingt rückzahlbare Zuwendungen / Zuschüsse | --- | --- |
| Insgesamt | 15.520 | 15.520 |

## H.8. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen, die noch keine Verbindlichkeiten begründen

Folgende Verpflichtungsermächtigungen wurden in Anspruch genommen, die jedoch noch keine Verbindlichkeiten begründen:

| Teilhaushalt: | Projekt: | Maßnahmenbezeichnung: | Betrag: |
|---|---|---|---|
| TH 01 "Innere Verwaltung" | P101010 | EDV-Anbindung Feuerwache 2 Niederberg | 98.045,00 € |
| TH 01 "Innere Verwaltung" | P101013 | Breitbandausbau an Koblenzer Schulen | 12.495,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Q370000 | Global Zivil- und Katastrophenschutz | 99.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Q370003 | Beschaffung Kleinfahrzeuge | 109.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371052 | Ersatzbeschaffung HLF Arenberg-Immendorf | 359.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371053 | Ersatzbeschaffung Rüstwagen Horchheim | 389.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371054 | Ersatzbeschaffung TLF Berufsfeuerwehr | 353.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371056 | Neubeschaffung HLW Wache 3 - Bubenheim | 559.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371057 | Neubeschaffung Drehleiter Wache 3 - Bubenheim | 689.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | P371068 | Beschaffung KLAF FFW Rübenach | 130.000,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Z371007 | Neubau Feuerwache 3 - Bubenheim | 410.100,00 € |
| TH 05 "Sicherheit und Ordnung" | Z371008 | Neubau Feuerwache 2 - Niederberg | 505.400,00 € |
| TH 06 "Soziales und Jugend" | Q500002 | Spiel- und Bolzplätze | 375.000,00 € |
| TH 06 "Soziales und Jugend" | Z501050 | Neubau Kita Asterstein | 50.000,00 € |
| TH 06 "Soziales und Jugend" | Z501051 | Neubau Kita "Am Löwentor", Karthause | 50.000,00 € |
| TH 06 "Soziales und Jugend" | Z501052 | Erweiterung Kita "Pusteblume" Neuendorf | 50.000,00 € |
| TH 07 "Sport" | Z521033 | Sanierung Freibad Oberwerth | 125.000,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400001 | Global Schulen | 40.381,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400006 | Global Schulnetz/ Digitalisierung | 21.127,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400007 | DigitalPakt Schule | 59.441,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400010 | Global Grundschulen | 2.157,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400060 | Global Gymnasium | 7.414,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400070 | Global Integrierte Gesamtschule | 3.790,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Q400080 | Global Förderschulen | 2.975,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z400003 | Spielgeräte auf Schulhöfen | 50.000,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401106 | Neubau Grundschule Freiherr vom Stein | 1.000.000,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401112 | Aufzug und Fluchttreppe GS Pfaffend. Höhe | 206.600,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401113 | Raumerweiterung Grundschule Asterstein | 80.000,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401205 | Neubau Sporthalle Gymnasium Asterstein | 50.000,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401218 | Neubau Umkleidekabine Hilda-Gymnasium | 107.000,00 € |
| TH 08 "Schulen" | Z401219 | Umbau Schulhof Eichendorff Gymnasium | 40.000,00 € |
| TH 09 "Kultur" | P421001 | Ersatzbeschaffung Schüler-Bücherbus | 375.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P611050 | Rauentaler Moselbogen Peter-Klöckner-Straße | 47.700,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P611052 | Großfestung Koblenz | 22.616,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P611054 | Ausbau Pastor-Klein-Straße | 58.300,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P611068 | SST Neuendorf - Grünzug 4. BA | 29.654,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | Z611001 | Erneuerung Torgebäude Fort Asterstein | 75.600,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P661023 | Ausbau In der Lehmkaul | 25.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P661037 | Ausbau 2. BA August-Horch-Straße | 1.904.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P661153 | Radweg B49 Moselweiß-Lay | 400.000,00 € |
| TH 10 "Bauen, Wohnen und V." | P661214 | Umbau Casinostraße zur Fahrradstraße | 240.000,00 € |

## H.9. Sonstige Sachverhalte, aus denen sich finanzielle Verpflichtungen ergeben können

Im Haushaltsjahr 2022 waren hierzu keine Sachverhalte bekannt.

## H.10. Noch nicht erhobene Entgelte und Abgaben

Für folgende Erschließungs- und Ausbaumaßnahmen, die bis zum Bilanzstichtag fertig gestellt wurden, wurden noch keine Entgelte oder Abgaben erhoben (die Aufstellung erfolgte gem. § 48 Abs. 2 Nr. 14 GemHVO):

### H.10.1. Erschließungsbeiträge

| NR. | Maßnahme | Datum der baulichen Fertigstellung | Voraussichtliche Höhe der Beiträge | Erhobene Vorausleistungen | Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung | Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung (z. B. noch keine Entstehung der sachlichen Beitragspflicht) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | **Anderbachstraße** | September 2018 | 220.000,00 € | 0,00 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | Widmung als Grundlage für die sachliche Beitragspflicht steht noch aus |
| 2 | **Bubenheimer Weg** | November 2021 | 420.845,00 € | 0,00 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | Widmung als Grundlage für die sachliche Beitragspflicht steht noch aus |
| 3 | **Erschließungseinheit A "Baugebiet südliches Güls" (Karl-Mannheim-Straße, Egon-Klepsch-Weg und An der Spielwiese)** | Oktober 2018 | 1.640.229,90 € | 969.024,08 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 4 | **Erschließungseinheit B "Baugebiet südliches Güls" (Ludwig-Denkel-Straße und Schwester-Modesta-Straße)** | Oktober 2018 | 968.091,94 € | 416.158,21 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 5 | **Fritz-von-Unruh-Str. von Hanns-Maria-Lux-Straße bis Fritz-von-Unruh-Str. /nördl. Bereich** | November 2015 | 538.470,65 € | 570.980,68 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 6 | **Fritz-von-Unruh-Str. von Garagenzufahrt bis Ortsumgehung** | Februar 2004 | 159.089,53 € | 161.519,46 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 7 | **Gulisastraße** | Dezember 2012 | 100.000,00 € | 0,00 € | 2025 | keine Erhebung von Vorausleistungen nach technischer Fertiggestelltung möglich; sachliche beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 8 | **Helene Rothländer Str.** | November 2015 | 231.452,03 € | 230.671,34 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 9 | **Herm.-Dienz-Str. östl. Bereich** | November 2015 | 75.945,67 € | 50.060,84 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 10 | **Josef-Funken-Straße** | August 2019 | 1.022.665,06 € | 1.022.665,06 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung |
| 11 | **Maria Detzel Str.** | November 2015 | 169.836,69 € | 142.883,07 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 12 | **Rene´-Ernst-Straße** | November 2021 | 885.064,00 € | 0,00 € | abhängig von Entstehung sachliche Beitragspflicht | keine sachliche Beitragspflicht wegen fehlender Widmung |
| 13 | **Sonneneck** | August 2008 | 366.938,93 € | 157.330,23 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 14 | **Veit Rummel Straße** | November 2015 | 290.671,25 € | 204.389,71 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht mit Rechtskraft der Widmung in 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |

## H.10.2. Ausbaubeiträge und Ausgleichsbeträge

| Nr. | Maßnahme | Datum der baulichen Fertigstellung | voraussichtliche Höhe der Beiträge | Erhobene Vorausleistungen | Voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung | Begründung für noch nicht erfolgte Erhebung (z. B. noch keine Entstehung der sachlichen Beitragspflicht) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | **Ahornweg** | März 2020 | 13.500,00 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 2 | **Alte Straße** | Juni 2021 | 16.200,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 3 | **Altlöhrtor/ Fußgängerzone** | Juni 2018 | 384.686,63 € | 416.542,50 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 22.09.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 4 | **Altlöhrtor/Ringstraße** | April 2017 | 328.543,43 € | 237.510,08 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 22.09.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 5 | **Birkenweg** | November 2020 | 17.949,16 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 05.04.2023 | sachliche Beitragspflicht erst 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 6 | **Clemensstraße** | November 2017 | 295.037,63 € | 325.934,96 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 30.09.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 7 | **Finkenherd** | Juli 2021 | 130.000,00 € | 0,00 € | 2026 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 8 | **Emserstraße; Stadtteil-mittelpunkt H`heim, 1.+ 2. BA** | September 2018 | 353.501,19 € | 353.501,19 € | abhängig von der Entstehung der sachlichen Beitragspflicht | noch nicht abgeschlossener Grunderwerb und fehlende Schlussvermessung; sachliche Beitragspflicht somit noch nicht entstanden |
| 9 | **Friesenstr. einschließlich Kreisel** | Mai 2011 | 139.234,93 € | 194.087,75 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 28.07.2022 | sachliche Beitragspflicht mit Abschluss Grunderwerb in 2019 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |
| 10 | **Grabenstraße,** Aachener Straße bis Lambertstraße | Dezember 2017 | 168.939,63 € | 168.939,63 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2019 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |
| 11 | **Grabenstraße,** Gedächtnisstraße bis Lambertstraße | April 2019 | 206.396,83 € | 206.396,83 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2019 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |
| 12 | **In der Hohlstadt/ Spangenbergstraße** | Dezember 2017 | 9.056,59 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 26.04.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 13 | **Johannes-Müller -Straße** | Dezember 2017 | 45.711,84 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 04.05.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 14 | **Lambertstraße** | Juni 2021 | 31.700,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 15 | **Lippestraße** | August 2017 | 43.689,80 € | 46.183,46 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 03.03.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018; vorrangige andere Arbeiten |
| 16 | **Mayener Straße/Trierer Straße** | Juli 2018 | 49.625,52 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 12.06.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| 17 | **Merodestraße** | August 2017 | 49.368,81 € | 55.567,85 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 11.02.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| 18 | **Neugasse** | April 2020 | 26.236,57 € | 51.017,79 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 14.02.2022 | sachliche Beitragspflicht erst 2020 entstanden |
| 19 | **Rheinau** | März 2018 | 161.443,54 € | 175.068,76 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 14.02.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |
| 20 | **Roonstraße** | April 2020 | 57.000,00 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht erst 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **21** | **Schwarzer Weg** | Juli 2020 | 30.000,00 € | 0,00 € | 2024 | sachliche Beitragspflicht 2020 entstanden; vorrangige andere Arbeiten sowie hohe personelle Fluktuationen |
| **22** | **Spechtstraße** | Dezember 2018 | 114.442,20 € | 0,00 € | 2023 | sachliche Beitragspflicht 2019 entstanden; politisch bedingte Verzögerungen im Zusammenhang mit der Beitragsfestsetzung |
| **23** | **Tannenweg** | November 2021 | 154.089,50 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 28.10.2022 | sachliche Beitragspflicht 2021 entstanden |
| **24** | **Von-Werth-Straße** | Dezember 2021 | 40.000,00 € | 0,00 € | 2025 | sachliche Beitragspflicht erst 2022 entstanden; vorrangige andere Arbeiten |
| **25** | **Weinbergstraße** | Juli 2018 | 58.518,50 € | 0,00 € | Festsetzung Ausbaubeitrag mit Bescheiden vom 23.09.2022 | sachliche Beitragspflicht 2018 entstanden; vorrangige andere Arbeiten und hohe personelle Fluktuationen |

**Ausgleichsbeträge:**

| Nr. | Maßnahme | endgültig festgesetzt | Vorauslstg. | laufende Verfahren | Begründung | voraussichtlicher Zeitpunkt der Erhebung |
|---|---|---|---|---|---|---|
| **1** | Sanierung Altstadt | Im Jahr 2021 festgesetzt und eingenommen: 35.801,12 € | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2021, Erstellung Gutachten bis 2025, Bescheide bis 2025 |
| **2** | Sanierung Ehrenbreitstein | Im Jahr 2021 festgesetzt und eingenommen: 3.500,00 € | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | teilweise noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2021, Erstellung Gutachten bis 2025, Bescheide bis 2025 |
| **3** | Sanierung Boelckekaserne | noch offen - Gutachten ausstehend | noch offen - Gutachten ausstehend | noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2021, Gutachten 2021, Bescheide 2022 |
| **4** | Sanierung Zentralplatz | noch offen - Gutachten ausstehend | noch offen - Gutachten ausstehend | noch offen - Gutachten ausstehend | Benötigte Gutachten werden nach Aufhebung der Sanierungssatzung erstellt. | Aufhebung der Satzung 2022, Erstellung Gutachten bis 2026, Bescheide bis 2026 |

## H.11. Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Im Haushaltsjahr 2022 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Lohn- und Gehaltssumme brutto. Das vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld betrug 3,5% des RZVK pflichtigen Brutto-Entgeltes. Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Haushaltsjahr 2022 auf 62.154 T€. Die Stadt zahlte im Haushaltsjahr 2022 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 4.592 T€

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftsplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann

zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

## H.12. Derivative Finanzinstrumente

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

| Art | Umfang | Barwert |
|---|---|---|
| SWAP Ref. 267597M - langer Swap (alt)<br>SWAP mit Floor Ref. 1684122M (neu) | Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025<br>Ursprungskapital: 2.025.568,80 €<br>Stand am 31.12.2022: 530.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 % | -7.105,23 € |
| SWAP Ref. 30143 - Swap 2 | Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2023<br>Ursprungskapital: 3.622.262,03 €<br>Stand am 31.12.2022: 160.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 % | -2.711,99 € |
| SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT (alt)<br>SWAP Ref.-Nr. 684400/43407832ST (neu) | Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024<br>Ursprungskapital: 4.237.781,12 €<br>Stand am 31.12.2022: 1.881.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 % | -50.641,08 € |
| Gesamt | | -60.458,30 € |

Bei den Barwerten handelt es sich um indikative Bewertungen der jeweiligen Banken, die keine rechtsgeschäftliche Bindungswirkung auf die Bilanzierung entfalten. Die Barwerte stellen keine handelbaren Kurse oder Preise dar. Die Bewertung erfolgt auf Basis aktueller Marktdaten unter Verwendung marktüblicher Bewertungsmethoden (z.B. Diskontierungsmethode).

## H.13. Beteiligungen

Die direkten und indirekten Beteiligungen der Stadt Koblenz können gemäß § 90 Abs. 2 GemO i. V. m. § 48 Abs. 2 Nr. 20 GemHVO dem aktuell vorliegenden Beteiligungsbericht der Stadtwerke Koblenz GmbH entnommen werden.

## H.14. Organisationen, für die die Gemeinde uneingeschränkt haftet

Aufgrund gesetzlicher Vorschriften oder vertraglicher Vereinbarungen haftet die Gemeinde uneingeschränkt für folgende Organisationen:

| Name / Rechtsform | Sitz | Rechtsform | Mithaftung Dritter | Haftungsgrund |
|---|---|---|---|---|
| Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |
| Eingebetrieb Stadtentwässerung Koblenz | Koblenz | Eigenbetrieb | entfällt | entfällt |

## H.15. Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zeigt folgende Übersicht:

| **Durchschnittliche Anzahl** | **Stichtag 31.12.2021** | **Stichtag 31.12.2022** |
|---|---|---|
| Beamtinnen/Beamte (inkl. Azubis, ohne EB) | 435 | 440 |
| *davon teilzeitbeschäftigt* | *54* | *51* |
| Beschäftigte (inkl. Azubis, ohne EB) | 1486 | 1502 |
| *davon teilzeitbeschäftigt* | *509* | *539* |
| **Insgesamt (inkl. Azubis, ohne EB)** | **1921** | **1942** |
| | | |
| Anwärterinnen und Anwärter (mit EB) | 32 | 35 |
| Auszubildende (mit EB) | 62 | 68 |
| **Insgesamt (mit EB)** | **94** | **103** |
| | | |
| Beamtinnen/Beamte im Erziehungsurlaub/ in Elternzeit (ohne EB) | 5 | 6 |
| Beschäftigte im Erziehungsurlaub/ in Elternzeit (ohne EB) | 41 | 41 |
| **Insgesamt (ohne EB)** | **46** | **47** |

## H.16. Mitglieder des Stadtrats

Der Stadtrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

a) Vorsitz: Oberbürgermeister David Langner

b) Ratsmitglieder:

| Stand 31.12.2021 | Datum des Ausscheidens | Name des Ersatzmitglieds | Datum des Eintritts | Stand 31.12.2022 |
|---|---|---|---|---|
| Ackermann, Hans-Peter | | | | Ackermann, Hans-Peter |
| Altmaier, Christian | | | | Altmaier, Christian |
| Antpöhler-Zwiernik, Oliver | | | | Antpöhler-Zwiernik, Oliver |
| Artz, Monika | | | | Artz, Monika |
| Balmes, Peter | | | | Balmes, Peter |
| Bastian, Manfred | | | | Bastian, Manfred |
| Beuth, Sebastian | | | | Beuth, Sebastian |
| Biebricher, Andreas | | | | Biebricher, Andreas |
| Bohn, Eitel | | | | Bohn, Eitel |
| Bourry, Ulrike Maria | | | | Bourry, Ulrike Maria |
| Bündgen, Toni | | | | Bündgen, Toni |
| Christmann, Tobias | | | | Christmann, Tobias |
| Diederichs-Seidel, Uwe | | | | Diederichs-Seidel, Uwe |
| Diehl, Manfred | | | | Diehl, Manfred |
| Etzkorn, Lena | | | | Etzkorn, Lena |
| Follmann, David | | | | Follmann, David |
| Geissler, Fabian | | | | Geissler, Fabian |
| Gniewosz, Gordon | | | | Gniewosz, Gordon |
| Görgen, Ute | | | | Görgen, Ute |
| Gross Dr., Michael | | | | Gross Dr., Michael |
| Hennchen, David Josef | | | | Hennchen, David Josef |
| Hoernchen, Birgit | | | | Hoernchen, Birgit |
| Kalenberg, Rudolf | | | | Kalenberg, Rudolf |
| Khan, Marina | | | | Khan, Marina |
| Kirsch, Thomas | | | | Kirsch, Thomas |
| Kleemann Dr., Ulrich | | | | Kleemann Dr., Ulrich |
| Knopp, Detlef | | | | Knopp, Detlef |
| Knopp, Ernst | | | | Knopp, Ernst |
| Köbberling Dr., Anna | | | | Köbberling Dr., Anna |
| Kübler, Julia Maria | | | | Kübler, Julia Maria |
| Kühlenthal, Edgar | | | | Kühlenthal, Edgar |
| Lipinski-Naumann, Marion | | | | Lipinski-Naumann, Marion |
| Martin Martorell, Laura | | | | Martin Martorell, Laura |
| Mehlbreuer, Andrea | | | | Mehlbreuer, Andrea |
| Michels, Tim Josef | | | | Michels, Tim Josef |
| Mühlbauer, Marion | | | | Mühlbauer, Marion |
| Naumann, Fritz | | | | Naumann, Fritz |

| Stand 31.12.2021 | Datum des Ausscheidens | Name des Ersatzmitglieds | Datum des Eintritts | Stand 31.12.2022 |
|---|---|---|---|---|
| Oster, Josef | | | | Oster, Josef |
| Otto, Stephan | | | | Otto, Stephan |
| Paul, Joachim | | | | Paul, Joachim |
| Pilger, Detlev | | | | Pilger, Detlev |
| Rosenbaum, Karl-Heinz | | | | Rosenbaum, Karl-Heinz |
| Rudolph Dr., Thorsten | | | | Rudolph Dr., Thorsten |
| Sauer, Monika | | | | Sauer, Monika |
| Schmidt-Wygasch Dr., Carolin | | | | Schmidt-Wygasch Dr., Carolin |
| Schneider, Thorsten | | | | Schneider, Thorsten |
| Schöll, Christoph | | | | Schöll, Christoph |
| Schumann-Dreyer, Anna-Maria | | | | Schumann-Dreyer, Anna-Maria |
| Schupp, Torsten | | | | Schupp, Torsten |
| Stötter Dr., Tabea | | | | Stötter Dr., Tabea |
| Vogel, Katrin | | | | Vogel, Katrin |
| von Heusinger, Carl-Bernhard | | | | von Heusinger, Carl-Bernhard |
| Weber, Karl-Ludwig | | | | Weber, Karl-Ludwig |
| Wefelscheid, Stephan | | | | Wefelscheid, Stephan |
| Wierschem, Ute | | | | Wierschem, Ute |
| Wilhelm, Kevin | | | | Wilhelm, Kevin |

Im Berichtsjahr ergaben sich keine personellen Veränderungen im Stadtrat.

### H.17. Unterlassen von Angaben und Erläuterungen

Gemäß § 48 Abs. 4 GemHVO wurden die Erläuterungen nur getätigt, wenn diese nicht von untergeordneter Bedeutung für die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sind.

### H.18. Unterzeichnung Jahresabschluss

Die Bilanz zum 31.12.2022 wird nach Feststellung des Stadtrates wie folgt unterzeichnet.

_____

David Langner
Oberbürgermeister der Stadt Koblenz



# **Anlage 5** Anlagenübersicht

## Anlagenübersicht GJ 2022 [in EUR]

*Stand 20.02.2024*

| Posten | Gem. § 47 (4) Nr. 1 GemHVO | Anschaffung- und Herstellungskosten | | | | | Abschreibungen, Wertberichtigungen | | | | | | Restbuchwerte | | Kennzahlen | | Wertmind-erung durch unterlassene instandhalt-ung, Alt-lasten, Sonstiges |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | AHK zum 31.12. des Vorjahres | Zugänge im HH-Jahr | Abgänge im HH-Jahr | Umbuch-ungen im HH-Jahr | AHK zum 31.12. des HH-Jahres | aufgelaufene AFA zum 31.12. des Vorjahres | Zuschreib-ungen im HH-Jahr | Abschreib-ungen im HH-Jahr | AFA Um buchungen im HH-jahr | Abschreib-ungenen auf Abgänge | kumulierte Abschreib-ungen zum 31.12. des HH-Jahres | Buchwert am 31.12. des HH-Jahres | Buchwert am 31.12. d. Vorjahres | Durchschn. Abschreib-ungssatz | Durchschn. Restbuch-wert | |
| ANLAGENSPIEGEL | | **1.956.191.790,19** | **43.242.059,69** | **-2.134.742,89** | **1.634,25** | **1.997.300.741,24** | **512.785.563,31** | **0,00** | **28.079.867,75** | **0,00** | **-1.229.473,43** | **539.635.957,63** | **1.457.664.783,61** | **##########** | **1,4%** | **73,0%** | **0,00** |
| 1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände | | **113.757.012,02** | **2.960.599,54** | **0,00** | **1.115.850,90** | **117.833.462,46** | **55.516.326,10** | **0,00** | **3.190.570,12** | **0,00** | **0,00** | **58.706.896,22** | **59.126.566,24** | **58.240.685,92** | **2,7%** | **50,2%** | **0,00** |
| 1.1.1 Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | | 2.010.571,33 | 200.089,77 | 0,00 | 0,00 | 2.210.661,10 | 1863.522,90 | 0,00 | 103.433,77 | 0,00 | 0,00 | 1966.956,67 | 243.704,43 | 147.048,43 | 4,7% | 11,0% | 0,00 |
| 1.1.2 Geleistete Zuwendungen | | 86.474.520,82 | 1607.325,67 | 0,00 | 2.603.584,64 | 90.685.431,13 | 44.743.532,82 | 0,00 | 2.600.995,31 | 0,00 | 0,00 | 47.344.528,13 | 43.340.903,00 | 41730.988,00 | 2,9% | 47,8% | 0,00 |
| 1.1.3 Gezahlte Investitionszuschüsse | | 18.162.480,38 | 195.290,01 | 0,00 | 1410.526,04 | 19.768.296,43 | 8.909.270,38 | 0,00 | 486.141,04 | 0,00 | 0,00 | 9.395.411,42 | 10.372.885,01 | 9.253.210,00 | 2,5% | 52,5% | 0,00 |
| 1.1.4 Geschäfts- oder Firmenwert | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | | 7.109.439,49 | 957.894,09 | 0,00 | -2.898.259,78 | 5.169.073,80 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 5.169.073,80 | 7.109.439,49 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.2 Sachanlagen | | **1.479.420.382,51** | **39.765.469,86** | **-1.493.144,63** | **-1.114.216,65** | **1.516.578.491,09** | **457.248.556,93** | **0,00** | **24.889.297,63** | **0,00** | **-1.229.473,43** | **480.908.381,13** | **1035.670.109,96** | **1.022.171.825,58** | **1,6%** | **68,3%** | **0,00** |
| 1.2.1 Wald, Forsten | | 24.563.707,30 | 0,00 | -318,43 | -1259,58 | 24.562.129,29 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 24.562.129,29 | 24.563.707,30 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.2.2 Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | 99.183.458,92 | 2.451826,67 | -155.492,13 | 547.958,63 | 102.027.752,09 | 2.673.637,61 | 0,00 | 384.150,50 | 0,00 | 0,00 | 3.057.788,11 | 98.969.963,98 | 96.509.821,31 | 0,4% | 97,0% | 0,00 |
| 1.2.3 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | 318.842.253,32 | 3.442.643,88 | -35.994,14 | 7.519.661,72 | 329.768.564,78 | 66.567.347,89 | 0,00 | 5.952.624,16 | 6.812,07 | -24.594,88 | 72.502.189,24 | 257.266.375,54 | 252.274.905,43 | 1,8% | 78,0% | 0,00 |
| 1.2.4 Infrastrukturvermögen | | 844.627.619,62 | 1829.157,27 | -489.742,30 | 4.025.143,10 | 849.992.177,69 | 343.301487,59 | 0,00 | 13.610.782,50 | 0,00 | -451025,18 | 356.461244,91 | 493.530.932,78 | 501326.132,03 | 1,6% | 58,1% | 0,00 |
| 1.2.5 Bauten auf fremdem Grund und Boden | | 6.508.735,76 | 9199,52 | -153.572,43 | 2.909.256,91 | 9.356.411,76 | 2.837.286,76 | 0,00 | 254.872,48 | 0,00 | -131965,48 | 2.960.193,76 | 6.396.218,00 | 3.671449,00 | 2,7% | 68,4% | 0,00 |
| 1.2.6 Kunstgegenstände, Denkmäler | | 40.679.396,50 | 30.294,88 | 0,00 | 0,00 | 40.709.691,38 | 637.092,00 | 0,00 | 80.424,00 | 0,00 | 0,00 | 717.516,00 | 39.992.175,38 | 40.042.304,50 | 0,2% | 98,2% | 0,00 |
| 1.2.7 Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | | 34.678.352,48 | 2.182.778,36 | -598.238,96 | 2.207.628,33 | 38.470.520,21 | 19.061570,48 | 0,00 | 1984.707,47 | 0,00 | -564.153,74 | 20.482.124,21 | 17.988.396,00 | 15.616.782,00 | 5,2% | 46,8% | 0,00 |
| 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 36.647.968,02 | 2.601046,67 | -59.786,24 | 3.749.069,87 | 42.938.298,32 | 22.170.134,60 | 0,00 | 2.621736,52 | -6.812,07 | -57.734,15 | 24.727.324,90 | 18.210.973,42 | 14.477.833,42 | 6,1% | 42,4% | 0,00 |
| 1.2.9 Pflanzen und Tiere | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | | 73.688.890,59 | 27.135.730,61 | 0,00 | -22.071675,63 | 78.752.945,57 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 78.752.945,57 | 73.688.890,59 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3 Finanzanlagen | | **363.014.395,66** | **515.990,29** | **-641.598,26** | **0,00** | **362.888.787,69** | **20.680,28** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **20.680,28** | **362.868.107,41** | **362.993.715,38** | **0,0%** | **100,0%** | **0,00** |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | | 231867.180,13 | 0,00 | 0,00 | 11264,40 | 231878.444,53 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 231878.444,53 | 231867.180,13 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.3 Beteiligungen | | 5.384.663,51 | 0,00 | 0,00 | -17.662,16 | 5.367.001,35 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 5.367.001,35 | 5.384.663,51 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | | 3.000.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.000.000,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 3.000.000,00 | 3.000.000,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.5 Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | | 122.736.482,42 | 478.025,31 | -627.968,26 | 0,00 | 122.586.539,47 | 20.680,28 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.680,28 | 122.565.859,19 | 122.715.802,14 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |
| 1.3.6 Ausleihungen an Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsf. komm. Stiftungen | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.7 Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,0% | 0,0% | 0,00 |
| 1.3.8 Sonstige Ausleihungen | | 26.069,60 | 37.964,98 | -13.630,00 | 6.397,76 | 56.802,34 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 56.802,34 | 26.069,60 | 0,0% | 100,0% | 0,00 |

Manuelle Korrekturen in der Anlagenübersicht:

Position 1.3 Finanzanlagen: Generelle Erläuterungen: Aus Gründen des zeitlichen Ablaufs der Jahresabschlusserstellung erfolgt die Erfassung der Beteiligungen in den Positionen 1.3.1, 1.3.3, 1.3.5 und 1.3.8 nur im Hauptbuch.



# Anlage 6 Forderungsübersicht

| lfd. Nr. | Art (gem. § 47 Abs. 4 Nr 2.2 GemHVO) | Stand zum 31.12.2022 (Bilanzwert) | Stand zum 31.12.2021 (Bilanzwert) |
|---|---|---|---|
| 1. | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 30.062.019,70 € | 32.464.571,02 € |
| 1.1. | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.533.963,79 € | 38.974.649,76 € |
| 1.2. | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 1.268.743,82 € | 1.053.369,68 € |
| 1.3. | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 256.465,18 € | 144.403,85 € |
| 1.4. | Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 39.300,00 € | 300.000,00 € |
| 1.5. | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige komm. Stiftungen | 513.855,08 € | 217.647,59 € |
| 1.6. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 335.305,17 € | 290.316,84 € |
| 1.7. | Sonstige Vermögensgegenstände | 4.907.904,27 € | 4.320.976,65 € |
| 1.8. | Werberichtigungen zu Forderungen | -12.793.517,61 € | -12.836.793,35 € |



# Anlage 7 Verbindlichkeitenübersicht

| lfd. Nr. | Art (gem. § 47 Abs. 5 Nr. 4 GemHVO) | Verbindlichkeiten zum 31.12.2022 mit einer Restlaufzeit | | | Stand zum 31.12.2022 (Bilanzwert) | Stand zum 31.12.2021 (Bilanzwert) |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | bis zu einem Jahr | von über einem bis zu fünf Jahren | von mehr als fünf Jahren | | |
| | | in € | | | | |
| 1. | Verbindlichkeiten | | | | | |
| 1.1. | Anleihen | - | - | - | - | - |
| 1.2. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 18.492.743,32 | 111.888.575,00 | 241.297.537,00 | 371.678.855,32 | 352.829.114,08 |
| | davon: | | | | | |
| 1.2.1. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 18.492.715,82 | 71.888.575,00 | 241.297.537,00 | 331.678.827,82 | 312.829.085,08 |
| 1.2.2. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 27,50 | 40.000.000,00 | - | 40.000.027,50 | 40.000.029,00 |
| 1.3. | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 1.214.358,64 | 4.857.434,56 | 5.096.017,23 | 11.167.810,43 | 12.382.169,07 |
| 1.4. | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | - | - | - | - | - |
| 1.5. | Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung | 9.746.391,37 | | | 9.746.391,37 | 11.366.631,31 |
| 1.6. | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 | - | - | 152.753,16 | - |
| 1.7. | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 2.430.314,42 | - | - | 2.430.314,42 | 1.420.355,89 |
| 1.8. | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 16.843,26 | - | - | 16.843,26 | 21.108,29 |
| 1.9. | Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen | 20.388.562,04 | - | - | 20.388.562,04 | 20.722.697,96 |
| 1.10. | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.342.876,93 | - | - | 3.342.876,93 | 4.742.010,45 |
| 1.11. | Sonstige Verbindlichkeiten | 6.028.769,01 | - | - | 6.028.769,01 | 2.319.608,63 |
| | Summe der Verbindlichkeiten | 61.813.612,15 | 116.746.009,56 | 246.393.554,23 | 424.953.175,94 | 405.803.695,68 |

# **Anlage 8** Übersicht über die über das Ende des Haushaltsjahres hinaus geltenden Haushaltsermächtigungen

| lfd. Nr. | Bezeichnung | Ansatz des Haushaltsjahres | Übertragung auf das Haushaltsfolgejahr (von 2022 nach 2023) |
|---|---|---|---|
| | | in € | |
| **1. Aufwandsermächtigungen** | | | |
| | Teilhaushalt 1 | 30.213.497 | **0** |
| | Teilhaushalt 2 | 2.876.153 | **0** |
| | Teilhaushalt 3 | 1.752.958 | **0** |
| | Teilhaushalt 4 | 1.532.472 | **0** |
| | Teilhaushalt 5 | 33.637.565 | **0** |
| | Teilhaushalt 6 | 199.277.681 | **0** |
| | Teilhaushalt 7 | 6.730.646 | **407.000** |
| | Teilhaushalt 8 | 18.613.195 | **0** |
| | Teilhaushalt 9 | 28.901.469 | **0** |
| | Teilhaushalt 10 | 109.672.895 | **2.590.000** |
| | Teilhaushalt 11 | 27.956.155 | **0** |
| **2. Auszahlungsermächtigungen** | | | |
| **2.1** | **Ordentliche und außerordentliche Auszahlungen** | | |
| | Teilhaushalt 1 | 29.345.222 | 0 |
| | Teilhaushalt 2 | 2.802.829 | 0 |
| | Teilhaushalt 3 | 1.708.798 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 1.453.645 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 31.630.271 | 0 |
| | Teilhaushalt 6 | 197.640.116 | 0 |
| | Teilhaushalt 7 | 5.589.495 | 407.000 |
| | Teilhaushalt 8 | 17.629.521 | 0 |
| | Teilhaushalt 9 | 28.312.220 | 0 |
| | Teilhaushalt 10 | 88.216.916 | 2.590.000 |
| | Teilhaushalt 11 | 27.403.455 | 0 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **2.2** | **Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | | |
| | Teilhaushalt 1 | 1.994.400 | 998.400 |
| | Teilhaushalt 2 | 20.000 | 12.000 |
| | Teilhaushalt 3 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 930.300 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 10.266.000 | 1.879.250 |
| | Teilhaushalt 6 | 6.799.720 | 2.163.350 |
| | Teilhaushalt 7 | 2.503.600 | 1.964.770 |
| | Teilhaushalt 8 | 14.277.450 | 1.668.100 |
| | Teilhaushalt 9 | 1.935.450 | 331.190 |
| | Teilhaushalt 10 | 30.666.520 | 11.510.720 |
| | Teilhaushalt 11 | 2.500.000 | 2.500.000 |
| **2.3** | **Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit** | | |
| | Teilhaushalt 1-11 | **24.256.751** | **0** |
| **3. Ermächtigungen für die Aufnahme von Investitionskrediten** | | | |
| | Teilhaushalt 1-11 | **60.319.800** | **45.210.323** |

| **4. Aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdende Auszahlungen[1]** | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | | **2022** | **2023** | **2024** | **2025** | **nach 2025** |
| | Teilhaushalt 1 | 2.750.000 | 3.220.400 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 2 | 0 | 1.250.000 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 3 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 4 | 930.300 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 5 | 7.197.000 | 4.535.000 | 3.000.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 6 | 6.935.790 | 4.010.250 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 7 | 1.386.000 | 4.114.000 | 0 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 8 | 11.668.500 | 10.719.500 | 4.095.000 | 0 | 0 |
| | Teilhaushalt 9 | 1.095.000 | 1.743.800 | 763.200 | 752.800 | 0 |
| | Teilhaushalt 10 | 32.436.850 | 57.478.080 | 48.849.700 | 63.514.400 | 49.797.500 |
| | Teilhaushalt 11 | 1.250.000 | 0 | 0 | 0 | 0 |

[1] Sofern Auszahlungen aus Verpflichtungsermächtigungen auch über das Haushaltsfolgejahr voraussichtlich fällig werden, sind diese auf die einzelnen Folgejahre darzustellen.

# Rechenschaftsbericht zum Haushaltsjahr 2022

## 1. Rechtsgrundlagen / Vorbemerkungen

Die Gemeinde hat nach § 108 Abs. 3 GemO dem Jahresabschluss als Anlage einen Rechenschaftsbericht beizufügen.

Im diesem sind nach § 49 GemHVO der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Gemeinde so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist ein Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr abzulegen.

Weiterhin hat im Rechenschaftsbericht eine Analyse der Haushaltswirtschaft sowie der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu erfolgen.

Der Rechenschaftsbericht soll außerdem auf Vorgänge von besonderer Bedeutung eingehen, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind. In ihm sollen Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde unter Angabe der zu Grunde liegenden Annahmen aufgezeigt werden.

Die diesem Rechenschaftsbericht zugrundeliegende Haushaltssatzung wurde vom Rat der Stadt Koblenz am 17.12.2021 beschlossen.

Die Historie des Haushaltsgenehmigungsprozesses wird nachstehend kurz erläutert:

Mit Schreiben vom 04.01.2022 wurde die Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2022 mit den erforderlichen Anlagen der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion vorgelegt.

Mit Schreiben vom 18.02.2022 hat die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion die erforderlichen Genehmigungen erteilt. Der Beschluss des Stadtrates über die Haushaltssatzung 2022 wurde mit der Maßgabe belegt, im laufenden Vollzug des Haushaltes sicherzustellen, dass die auf den freiwilligen städtischen Aufgabenbereich des Finanzhaushaltes 2022 entfallenden saldierten Zuschussbedarfe nicht über den Betrag in Höhe von 23.500.000 € hinausgehen. Für die aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie (COVID 19) anfallenden Sonderbelastungen im freiwilligen städtischen Aufgabenbereich wurde ausnahmsweise für das Haushaltsjahr 2022 ein Sonderzuschussbudget in Höhe von 929.395 € zur Verfügung gestellt.

Weiterhin wurde der in der Haushaltssatzung auf 80.409.400 € festgesetzte Gesamtbetrag der Investitionskredite in Höhe von 30 Mio. € genehmigt. Dies erfolgte unter der Maßgabe, dass eine Inanspruchnahme nur erfolgen darf, soweit nachweislich die dauernde Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt wird oder die Voraussetzungen für eine Ausnahme nach der VV Nr. 4.1.3 zu § 103 GemO erfüllt werden. Zu dem danach verbleibenden Betrag in Höhe von 50.409.400 € wurde die Investitionskreditgenehmigung vorerst versagt.

Der in der Haushaltssatzung 2022 auf 166.323.500 € festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt, soweit hierfür in den künftigen Haushaltsjahren Investitionskredite von 83.581.540 € aufgenommen werden müssen.

Die Haushaltssatzung 2022 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Montag, den 28.02.2022 öffentlich bekannt gemacht.
Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 22.09.2022 für den Bereich des Investitionshaushaltes die 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen. Der 1. investive Nachtraghaushaltsplan 2022 wurde notwendig, damit die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen für die Vergabe der Baumaßnahme P631001 „Pfaffendorfer Brücke“ geschaffen werden konnten.

Die erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde wurden mit Schreiben vom 07.10.2022 erteilt. Der in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2022 auf 76.739.400 € neu festgesetzte Gesamtbetrag der Investitionskredite wurde in Höhe von 47.229.338 € genehmigt. Zu dem danach verbleibenden Teilbetrag in Höhe von 29.510.062 € wurde die Investitionskreditgenehmigung versagt.

Der in der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2022 auf 207.083.500 € neu festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt, soweit hierfür in den künftigen Haushaltsjahren Investitionskredite von 104.743.590 € aufgenommen werden müssen.

Die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2022 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Donnerstag, 20.10.2022, öffentlich bekannt gemacht.

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 03.11.2022 für den Bereich des Investitions-haushaltes eine 2. Nachtragshaushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022 beschlossen.

Die erforderlichen Genehmigungen der Aufsichtsbehörde wurden mit Schreiben vom 07.12.2022 erteilt. Der in der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022 auf 60.319.800 € neu festgesetzte Gesamtbetrag der Investitionskredite wurde in Höhe von 47.229.338 € genehmigt. Zu dem danach verbleibenden Teilbetrag in Höhe von 13.090.462 € wurde die Investitionskreditgenehmigung versagt.

Der in der 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022 auf 254.752.930 € neu festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wurde genehmigt, soweit hierfür in den künftigen Haushaltsjahren Investitionskredite von 139.470.050 € aufgenommen werden müssen.

Die 2. Nachtragshaushaltssatzung 2022 wurde durch Veröffentlichung in der Rhein-Zeitung am Dienstag, 20.12.2022, öffentlich bekannt gemacht.

*Anmerkungen: Die Aussagen im Rechenschaftsbericht 2022 zum Haushaltsansatz 2023 sowie zur mittelfristigen Finanzplanung der Jahre 2024 bis 2026 basieren auf der Haushalts- bzw. Nachtragshaushaltsplanung 2023.*

# 2. Lage der Gemeinde

## 2.1 Organisation der Gemeinde

Die **rechtliche Struktur** der **Gemeinde** stellt sich wie folgt dar:
- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO

Die **Organe** der Gemeinde sind:
- der **Oberbürgermeister**
  Herr David Langner

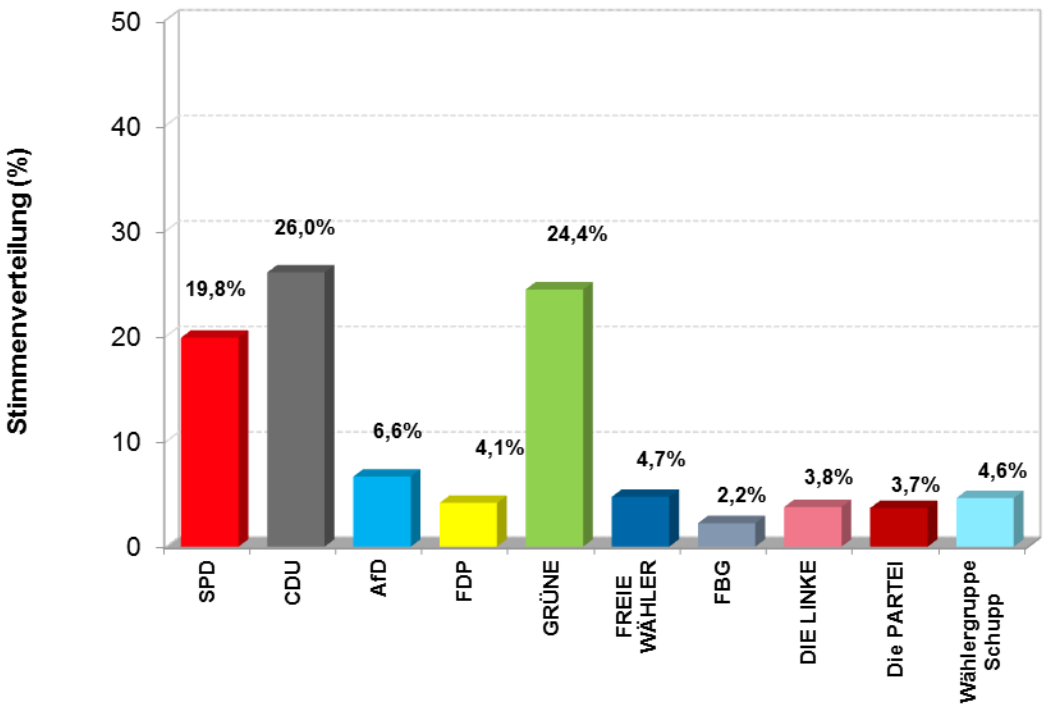
- der **Stadtrat**

Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die **letzte Kommunalwahl** hat am **26. Mai 2019** stattgefunden. Der Stadtrat wird alle fünf Jahre neu gewählt, so dass die nächste Wahl 2024 stattfinden wird.

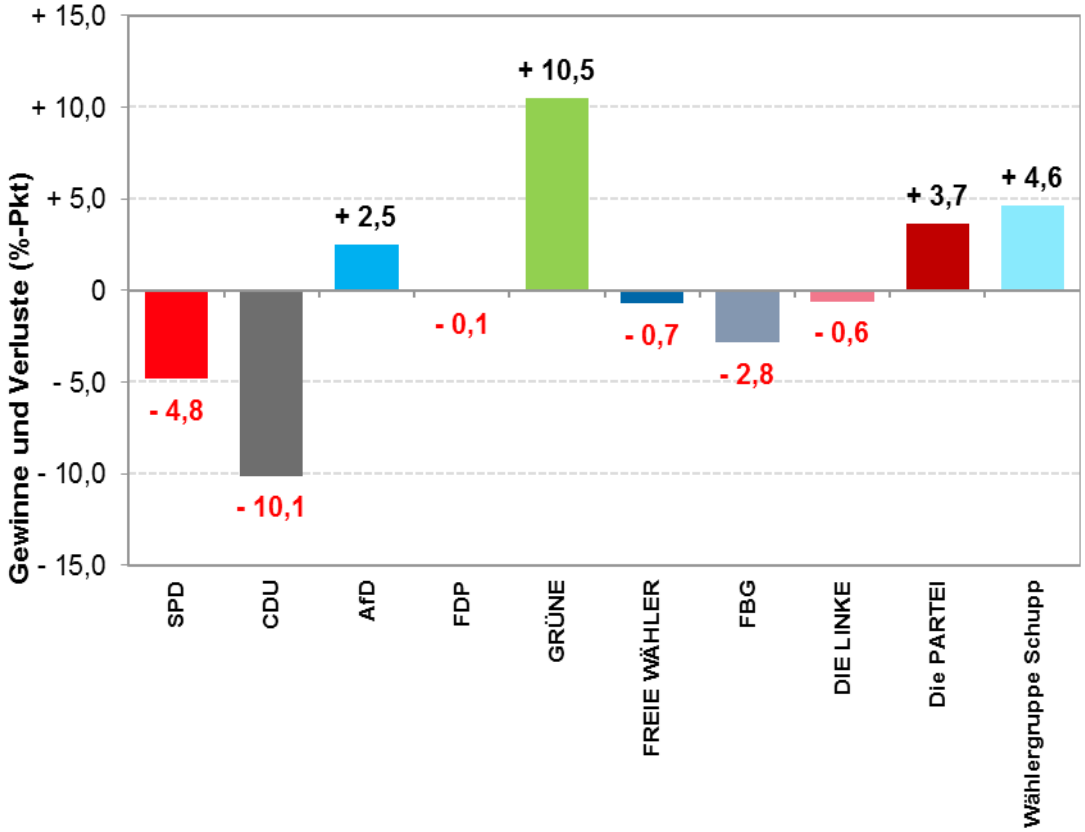
- **<u>Ergebnis Kommunalwahlen 2019</u>:**

**Prozentuale Verteilung der gültigen Stimmen auf die Wahlvorschläge**




Datenquelle: Stadt Koblenz; Aufbereitung: Kommunale Statistikstelle der Stadt Koblenz

**Gewinne und Verluste im Vergleich zur Stadtratswahl 2014**




Datenquelle: Stadt Koblenz; Aufbereitung: Kommunale Statistikstelle der Stadt Koblenz

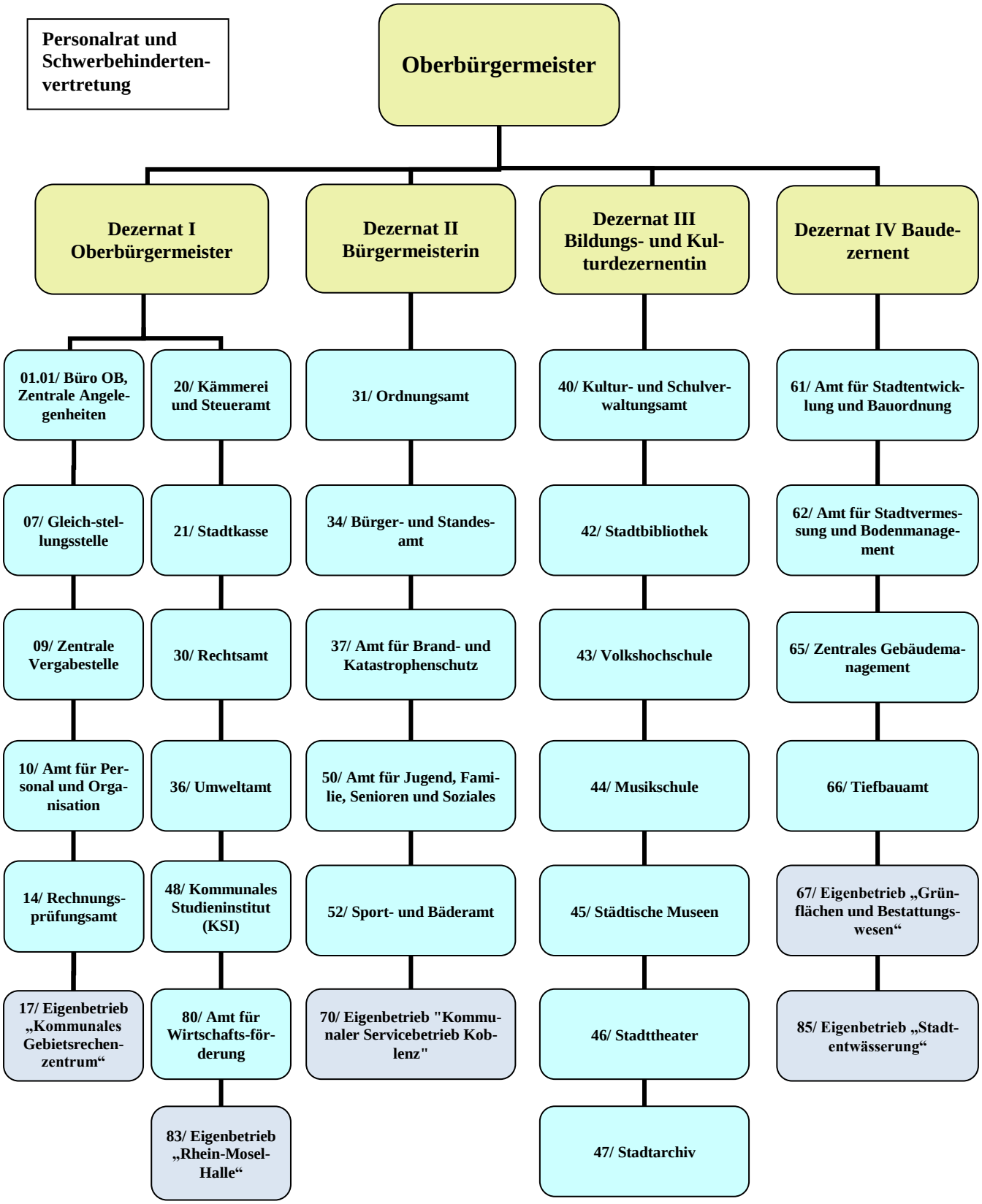
Die **Zusammensetzung** des **Stadtrates (Stand 12/2022)** im Einzelnen:

| Fraktion: | Anzahl Ratsmitglieder: |
|---|---|
| - Grüne | 14 Ratsmitglieder |
| - CDU | 13 Ratsmitglieder |
| - SPD | 12 Ratsmitglieder |
| - FW | 5 Ratsmitglieder |
| - AFD | 4 Ratsmitglieder |
| - WGS | 3 Ratsmitglieder |
| - LINKE | 2 Ratsmitglieder |
| - FDP | 2 Ratsmitglieder |
| -parteilos | 1 Ratsmitglied |

Nach der Kommunalwahl haben sich einzelne Ratsmitglieder anderen Fraktionen angeschlossen, sodass sich die ursprüngliche Sitzverteilung nach der Stadtratswahl nochmals verändert hat.

## 2.2 Aufbau der Gemeindeverwaltung

Stand: 31.12.2022



## 2.3 Rahmenbedingungen

- Zur Darstellung der **Bevölkerungsentwicklung** können folgende Übersichten beitragen:

### Bevölkerungsdaten von Koblenz

| Bevölkerung am Ort des Hauptwohnsitzes | 31.12.2012 | | 31.12.2017 | | 31.12.2022 | | Veränderung 2012 gegenüber 2022 | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent |
| Insgesamt | 108.900 | 100,0 | 113.586 | 100,0 | 115.049 | 100,0 | + 6.149 | + 5,6 |
| unterteilt nach Geschlecht | | | | | | | | |
| männlich | 52.320 | 48,0 | 55.520 | 48,9 | 56.737 | 49,3 | + 4.417 | + 8,4 |
| weiblich | 56.580 | 52,0 | 58.066 | 51,1 | 58.312 | 50,7 | + 1.732 | + 3,1 |
| unterteilt nach Staatsangehörigkeit | | | | | | | | |
| deutsch | 99.561 | 91,4 | 98.935 | 87,1 | 95.749 | 83,2 | - 3.812 | - 3,8 |
| ausländisch | 9.339 | 8,6 | 14.651 | 12,9 | 19.300 | 16,8 | + 9.961 | + 106,7 |
| unterteilt nach Altersgruppe | | | | | | | | |
| 0 bis unter 3 | 2.729 | 2,5 | 3.106 | 2,7 | 3.073 | 2,7 | + 344 | + 12,6 |
| 3 bis unter 6 | 2.642 | 2,4 | 2.832 | 2,5 | 3.016 | 2,6 | + 374 | + 14,2 |
| 6 bis unter 18 | 10.535 | 9,7 | 10.670 | 9,4 | 11.444 | 9,9 | + 909 | + 8,6 |
| 18 bis unter 25 | 10.226 | 9,4 | 11.281 | 9,9 | 10.218 | 8,9 | - 8 | - 0,1 |
| 25 bis unter 35 | 15.836 | 14,5 | 18.097 | 15,9 | 19.131 | 16,6 | + 3.295 | + 20,8 |
| 35 bis unter 45 | 13.382 | 12,3 | 13.278 | 11,7 | 14.530 | 12,6 | + 1.148 | + 8,6 |
| 45 bis unter 65 | 29.890 | 27,4 | 29.912 | 26,3 | 28.660 | 24,9 | - 1.230 | - 4,1 |
| 65 und älter | 23.660 | 21,7 | 24.410 | 21,5 | 24.977 | 21,7 | + 1.317 | + 5,6 |
| unterteilt nach Konfession | | | | | | | | |
| katholisch | 55.979 | 51,4 | 52.479 | 46,2 | 44.772 | 38,9 | - 11.207 | - 20,0 |
| evangelisch | 20.619 | 18,9 | 19.913 | 17,5 | 17.492 | 15,2 | - 3.127 | - 15,2 |
| sonstiger oder keine | 32.302 | 29,7 | 41.194 | 36,3 | 52.785 | 45,9 | + 20.483 | + 63,4 |
| unterteilt nach Familienstand | | | | | | | | |
| ledig | 46.279 | 42,5 | 49.387 | 43,5 | 49.542 | 43,1 | + 3.263 | + 7,1 |
| verheiratet | 45.355 | 41,6 | 44.703 | 39,4 | 43.118 | 37,5 | - 2.237 | - 4,9 |
| verwitwet | 7.918 | 7,3 | 7.493 | 6,6 | 7.251 | 6,3 | - 667 | - 8,4 |
| geschieden | 9.348 | 8,6 | 9.402 | 8,3 | 9.119 | 7,9 | - 229 | - 2,4 |
| keine Angabe | - | * | 2.601 | 2,3 | 6.019 | 5,2 | * | * |

*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

## Bevölkerungspyramide 2022




*Stichtag 31.12.2022*

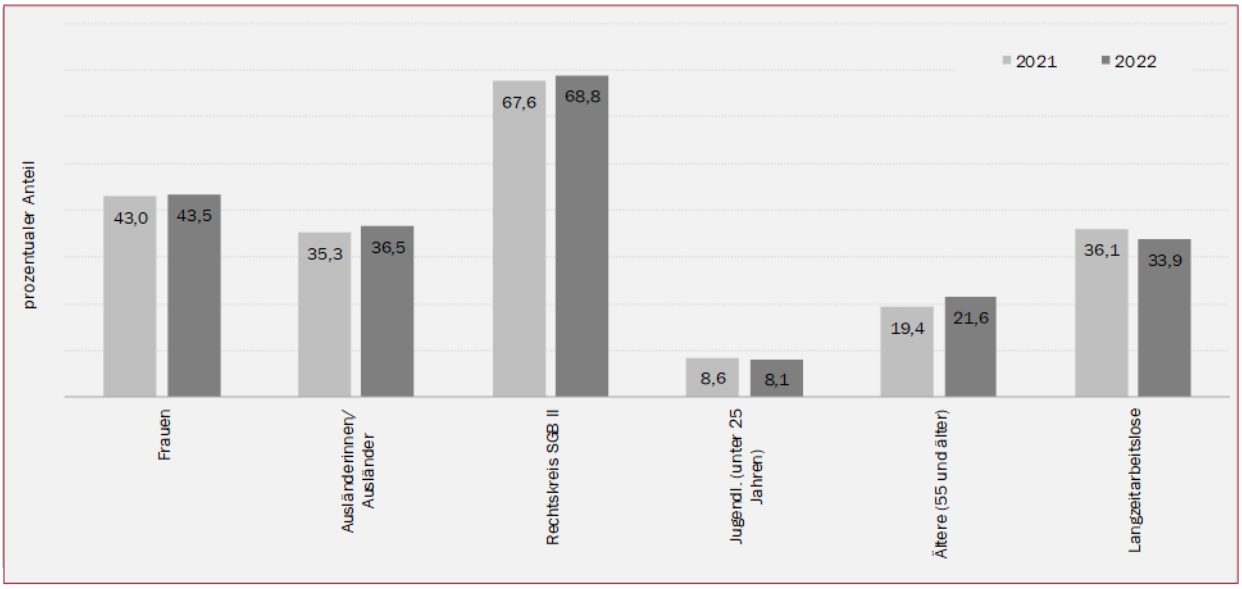
*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

- **Entwicklung der <u>Arbeitslosenzahlen</u>:**

| Strukturelle Gruppen | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | Differenz zum Vorjahr | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mittelwerte der vier Quartalsmonate | | | | | Anzahl | Prozent |
| Arbeitslose | 3.458 | 3.374 | 4.109 | 3.903 | 3.582 | - 321 | - 8,2 |
| nach Geschlecht | | | | | | | |
| Männer | 1.951 | 1.942 | 2.364 | 2.225 | 2.024 | - 201 | - 9,0 |
| Frauen | 1.507 | 1.432 | 1.745 | 1.678 | 1.557 | - 121 | - 7,2 |
| nach Staatsangehörigkeit* | | | | | | | |
| deutsch | 2.389 | 2.258 | 2.713 | 2.526 | 2.273 | - 253 | - 10,0 |
| ausländisch | 1.069 | 1.116 | 1.396 | 1.377 | 1.309 | - 68 | - 4,9 |
| nach Rechtskreis | | | | | | | |
| SGB III | 1.055 | 1.120 | 1.549 | 1.263 | 1.115 | - 148 | - 11,7 |
| SGB II | 2.404 | 2.254 | 2.560 | 2.640 | 2.466 | - 174 | - 6,6 |
| nach Altersgruppe | | | | | | | |
| unter 25 Jahren | 313 | 296 | 414 | 335 | 290 | - 45 | - 13,4 |
| 55 Jahre und älter | 612 | 625 | 729 | 759 | 772 | + 13 | + 1,7 |
| weitere strukturelle Gruppen | | | | | | | |
| Langzeitarbeitslose | 1.044 | 947 | 1.088 | 1.409 | 1.216 | - 193 | - 13,7 |

** ohne nicht zugeordnete Personen*

*Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen*




*Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; eigene Berechnungen*

- **Beherbergungsstatistiken:**

| Merkmale | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Beherbergungsstätten | 54 | 54 | 54 | 52 | 53 | 52 | 50 | 51 |
| darunter Hotellerie | 40 | 41 | 41 | 41 | 43 | 42 | 41 | 41 |
| Ankünfte | | | | | | | | |
| gesamt | 352.051 | 353.656 | 356.850 | 361.775 | 381.388 | 228.940 | 236.510 | 393.377 |
| darunter ausländische Gäste | 69.152 | 64.874 | 62.750 | 62.195 | 63.316 | 25.980 | 28.379 | 72.756 |
| Übernachtungen | | | | | | | | |
| gesamt | 664.354 | 675.756 | 689.331 | 700.141 | 732.020 | 478.686 | 542.298 | 839.859 |
| darunter ausländische Gäste | 121.353 | 114.604 | 111.810 | 111.415 | 113.323 | 46.575 | 53.224 | 139.958 |
| Aufenthaltsdauer in Tagen | | | | | | | | |
| gesamt | 1,89 | 1,91 | 1,93 | 1,94 | 1,92 | 2,09 | 2,29 | 2,13 |
| ausländische Gäste | 1,75 | 1,77 | 1,78 | 1,79 | 1,79 | 1,79 | 1,88 | 1,92 |

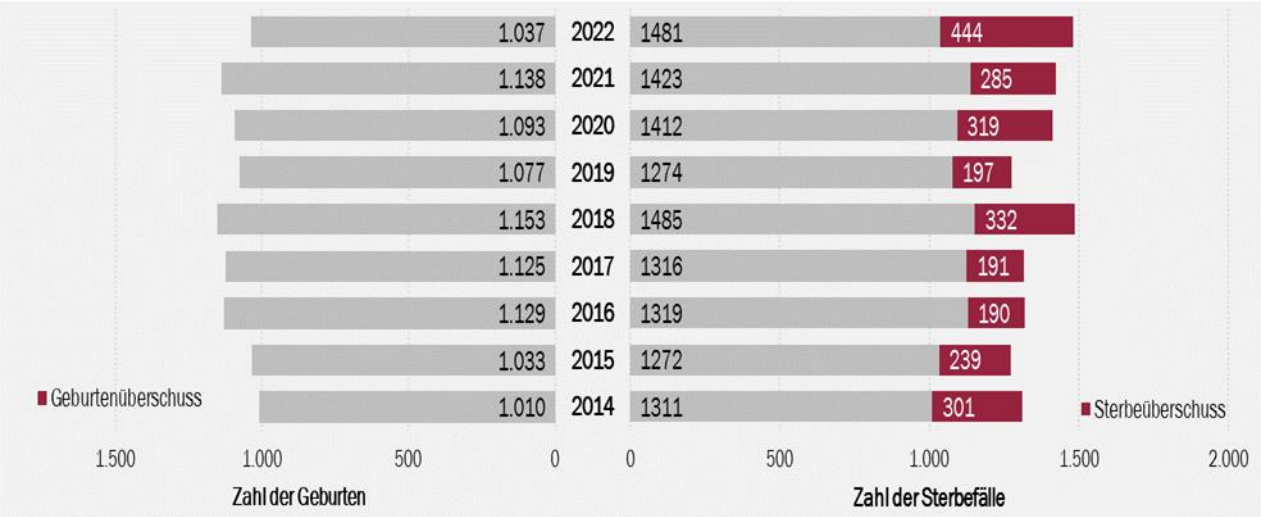
*Datenquelle: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; eigene Berechnungen*

- **Bevölkerungsbewegung:**

| Art der Bewegung | Jahr | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2014 | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
| Zuzüge | | | | | | | | | |
| deutsch | 6.433 | 6.230 | 5.844 | 5.770 | 5.690 | 5.784 | 5.340 | 5.279 | 5.025 |
| ausländisch | 2.740 | 3.374 | 3.737 | 3.439 | 3.605 | 3.254 | 2.615 | 3.275 | 5.467 |
| insgesamt | 9.173 | 9.604 | 9.581 | 9.209 | 9.295 | 9.038 | 7.955 | 8.554 | 10.492 |
| Wegzüge | | | | | | | | | |
| deutsch | 6.477 | 6.314 | 6.162 | 6.395 | 6.391 | 6.268 | 5.985 | 6.019 | 5.754 |
| ausländisch | 1.632 | 1.863 | 1.935 | 2.244 | 2.292 | 2.527 | 2.250 | 2.082 | 2.685 |
| insgesamt | 8.109 | 8.177 | 8.097 | 8.639 | 8.683 | 8.795 | 8.235 | 8.101 | 8.439 |
| Umzüge | | | | | | | | | |
| deutsch | 6.030 | 5.544 | 5.431 | 5.413 | 5.290 | 5.367 | 5.550 | 4.789 | 4.472 |
| ausländisch | 1.296 | 1.676 | 2.329 | 1.841 | 2.175 | 2.196 | 2.063 | 1.816 | 2.600 |
| insgesamt | 7.326 | 7.220 | 7.760 | 7.254 | 7.465 | 7.563 | 7.613 | 6.605 | 7.072 |
| Geburten | | | | | | | | | |
| deutsch | 923 | 942 | 974 | 934 | 978 | 900 | 896 | 946 | 855 |
| ausländisch | 87 | 91 | 155 | 191 | 175 | 177 | 197 | 192 | 182 |
| insgesamt | 1.010 | 1.033 | 1.129 | 1.125 | 1.153 | 1.077 | 1.093 | 1.138 | 1.037 |
| Sterbefälle | | | | | | | | | |
| deutsch | 1.268 | 1.228 | 1.261 | 1.276 | 1.437 | 1.229 | 1.350 | 1.355 | 1.429 |
| ausländisch | 43 | 44 | 58 | 40 | 48 | 45 | 62 | 68 | 52 |
| insgesamt | 1.311 | 1.272 | 1.319 | 1.316 | 1.485 | 1.274 | 1.412 | 1.423 | 1.481 |

*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

Natürliche Bevölkerungsentwicklung (Jahre 2014 bis 2022):




*Datenquelle: Melderegister Stadt Koblenz*

Entwicklung der Schülerzahlen:

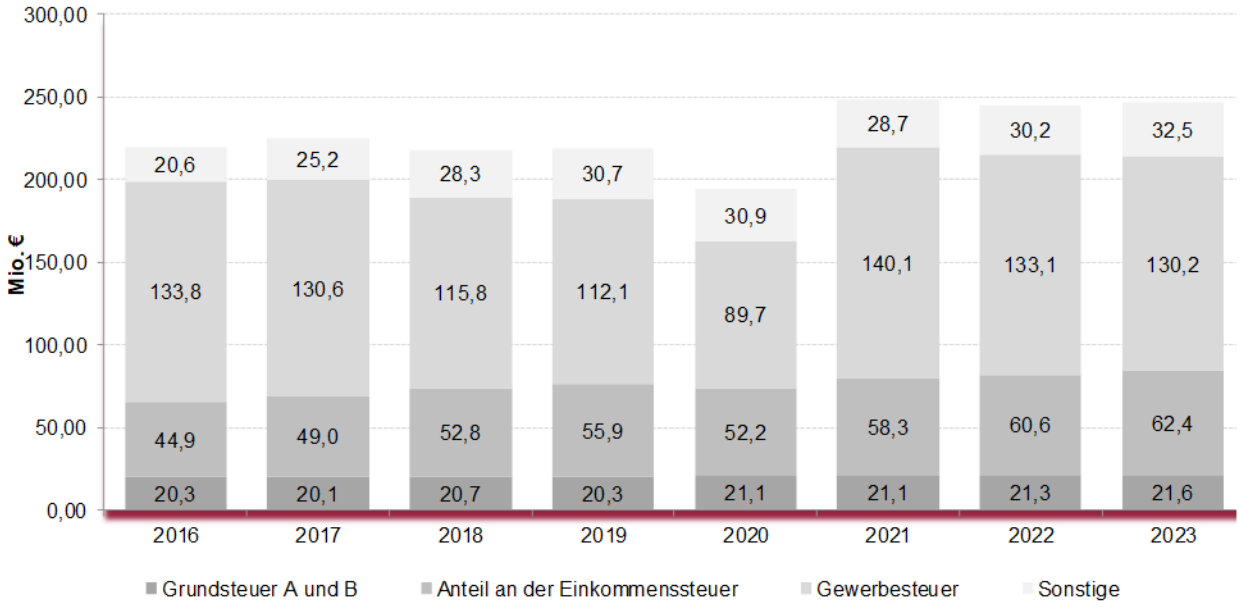
| Schulart | Schuljahr | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2015/2016 | 2016/2017 | 2017/2018 | 2018/2019 | 2019/2020 | 2020/2021 | 2021/2022 | 2022/2023 |
| Grundschulen | 3.404 | 3.496 | 3.528 | 3.479 | 3.523 | 3.664 | 3.679 | 3.920 |
| Realschulen plus | 2.231 | 2.243 | 2.203 | 2.145 | 2.116 | 2.039 | 2.063 | 2.139 |
| Gymnasien | 5.789 | 5.691 | 5.593 | 5.485 | 5.334 | 5.334 | 5.316 | 5.418 |
| Integ. Gesamtschulen | 759 | 795 | 767 | 805 | 812 | 802 | 825 | 839 |
| Förderschulen | 301 | 317 | 318 | 319 | 328 | 365 | 373 | 396 |
| Kollegs u. Abendgym. | 231 | 220 | 244 | 222 | 184 | 176 | 180 | 140 |
| Schüler insgesamt | 12.715 | 12.762 | 12.653 | 12.455 | 12.297 | 12.380 | 12.436 | 12.852 |

*Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kultur- und Schulverwaltungsamt-; Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz*

- **Steuererträge:**

| | Ergebnis 2016 | Ergebnis 2017 | Ergebnis 2018 | Ergebnis 2019 | Ergebnis 2020 | Ergebnis 2021 | Ergebnis 2022 | Haushalt 2023 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | in Mio. € | | | | | | | |
| **Steuererträge (Brutto)** | **219,63** | **224,86** | **217,61** | **219,02** | **193,96** | **248,23** | **245,09** | **246,67** |
| davon: | | | | | | | | |
| + Grundsteuer A und B | 20,29 | 20,14 | 20,69 | 20,31 | 21,13 | 21,11 | 21,26 | 21,63 |
| + Anteil an der Einkommensteuer | 44,90 | 48,97 | 52,83 | 55,95 | 52,22 | 58,35 | 60,57 | 62,37 |
| + Gewerbesteuer | 133,81 | 130,58 | 115,77 | 112,11 | 89,73 | 140,10 | 133,09 | 130,15 |
| + Umsatzsteuermehreinnahmen vom Land | 4,54 | 5,84 | 4,82 | 5,50 | 5,44 | 5,91 | 6,19 | 7,27 |
| + Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 10,50 | 13,24 | 16,50 | 18,93 | 20,25 | 20,28 | 18,57 | 18,36 |
| + Sonstige Steuern | 5,60 | 6,09 | 7,01 | 6,23 | 5,19 | 2,49 | 5,40 | 6,89 |
| - abzüglich Gewerbesteuerumlage | - 22,20 | - 20,99 | - 18,91 | - 16,82 | - 7,55 | - 11,70 | - 11,12 | - 10,85 |
| **Steuererträge (Netto)** | **197,44** | **203,88** | **198,70** | **202,20** | **186,41** | **236,53** | **233,97** | **235,83** |

*Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-*




*Datenquelle: Stadtverwaltung Koblenz -Kämmerei und Steueramt-*

- Im nachfolgenden werden die **Hebesätze** der Grund- und Gewerbesteuer der Stadt Koblenz sowie ausgewählter kreisfreier Städte in Rheinland-Pfalz dargestellt:

| Gemeindebezeichnung | Hebesätze 2022 | | |
|---|---|---|---|
| | Gewerbesteuer | Grundsteuer B | Grundsteuer A |
| Kaiserslautern | 415 | 510 | 460 |
| **Koblenz** | **420** | **420** | **340** |
| Ludwigshafen am Rhein | 425 | 525 | 400 |
| Mainz | 310 | 480 | 350 |
| Trier | 430 | 550 | 350 |

- **und die Zeitreihe der Flächennutzung in Koblenz dargestellt:**

| Nutzungsart | Jahr | | | | | | Veränderung |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2017-2022 |
| Fläche (in ha) | 10.525 | 10.525 | 10.527 | 10.527 | 10.530 | 10.525 | - |
| davon ... (in %): | | | | | | | %-Punkte |
| Wohnbaufläche | 9,5 | 9,5 | 9,5 | 9,5 | 9,6 | 9,9 | + 0,4 |
| Industrie/Gewerbe | 4,7 | 4,7 | 4,8 | 4,8 | 4,9 | 5,1 | + 0,4 |
| Erholungsfläche | 5,2 | 5,2 | 5,2 | 5,2 | 5,2 | 4,9 | - 0,3 |
| Verkehrsfläche | 10,6 | 10,6 | 10,7 | 10,7 | 10,7 | 10,8 | + 0,2 |
| Landwirtschaftsfläche | 23,1 | 23,1 | 22,9 | 22,9 | 22,8 | 22,6 | - 0,5 |
| Waldfläche | 30,6 | 30,6 | 31,6 | 31,7 | 31,7 | 31,6 | + 1,0 |
| Wasserfläche | 5,4 | 5,4 | 5,4 | 5,4 | 5,4 | 5,4 | - 0,0 |
| andere Nutzung | 11,0 | 11,0 | 10,0 | 9,8 | 9,8 | 9,8 | - 1,2 |

# 3. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

## Zusammengefasstes Ergebnis

## 3.1 Bilanz

Die Bilanz hat die Aufgabe, das kommunale Vermögen und dessen Veränderungen wertmäßig nachzuweisen sowie die Finanzierung des Vermögens darzustellen.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2022 beträgt 1.569 Mio. € und erhöhte sich um 39,8 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr.
Zum Schluss des Haushaltsjahres weist die Bilanz ein positives Eigenkapital in Höhe von 717 Mio. € aus.

Die Ursachen der Erhöhung der Bilanzsumme sind unter Punkt 3.5 „Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage“ beschrieben.

# Bilanz zum 31.12.2022

| Aktiva | 31.12. Haushalts-vorjahr in € | 31.12. Haushalts-jahr in € | Passiva | 31.12. Haushalts-vorjahr in € | 31.12. Haushalts-jahr in € |
|---|---|---|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 58.240.685,92 | 59.126.566,24 | Kapitalrücklage | 663.196.937,08 | 698.828.846,21 |
| Sachanlagen | 1.022.171.825,58 | 1.035.670.109,96 | Sonstige Rücklagen | 159.620,95 | 178.730,95 |
| Finanzanlagen | 362.993.715,38 | 362.868.107,41 | Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 35.631.909,13 | 18.320.919,58 |
| Vorräte | 2.597.825,35 | 1.912.879,15 | Sonderposten für Belastungen aus dem kommunalen Finanzausgleich | 0,00 | 0,00 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 32.464.571,02 | 30.062.019,70 | Sonderposten zum Anlagevermögen | 219.414.753,38 | 219.731.933,43 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502.333,60 | Sonderposten für den Gebührenausgleich | 38.003,62 | -45.108,32 |
| Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der Europäischen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 44.315.671,60 | 73.068.906,92 | Sonderposten mit Rücklagenanteil | 0,00 | 0,00 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 6.320.816,08 | 6.217.792,37 | Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | 0,00 |
| | | | Sonderposten aus Anzahlungen für Grabnutzungsentgelte | 0,00 | 0,00 |
| | | | Sonstige Sonderposten | 0,00 | 0,00 |
| | | | Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 185.795.485,01 | 191.441.605,47 |
| | | | Steuerrückstellungen | 1.058.838,56 | 333.442,30 |
| | | | Rückstellungen für latente Steuern | 0,00 | 0,00 |
| | | | Sonstige Rückstellungen, (z. B. Instandhaltung) | 18.086.646,85 | 15.204.215,93 |
| | | | Anleihen | 0,00 | 0,00 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 352.829.114,08 | 371.678.855,32 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 12.382.169,07 | 11.167.810,43 |
| | | | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 0,00 | 0,00 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 11.366.631,31 | 9.746.391,37 |
| | | | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 0,00 | 152.753,16 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 1.420.355,89 | 2.430.314,42 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 21.108,29 | 16.843,26 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen | 20.722.697,96 | 20.388.562,04 |
| | | | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 4.742.010,45 | 3.342.876,93 |
| | | | Sonstige Verbindlichkeiten | 2.319.608,63 | 6.028.769,01 |
| | | | Rechnungsabgrenzungsposten | 421.554,27 | 480.953,86 |
| | 1.529.607.444,53 | 1.569.428.715,35 | | 1.529.607.444,53 | 1.569.428.715,35 |

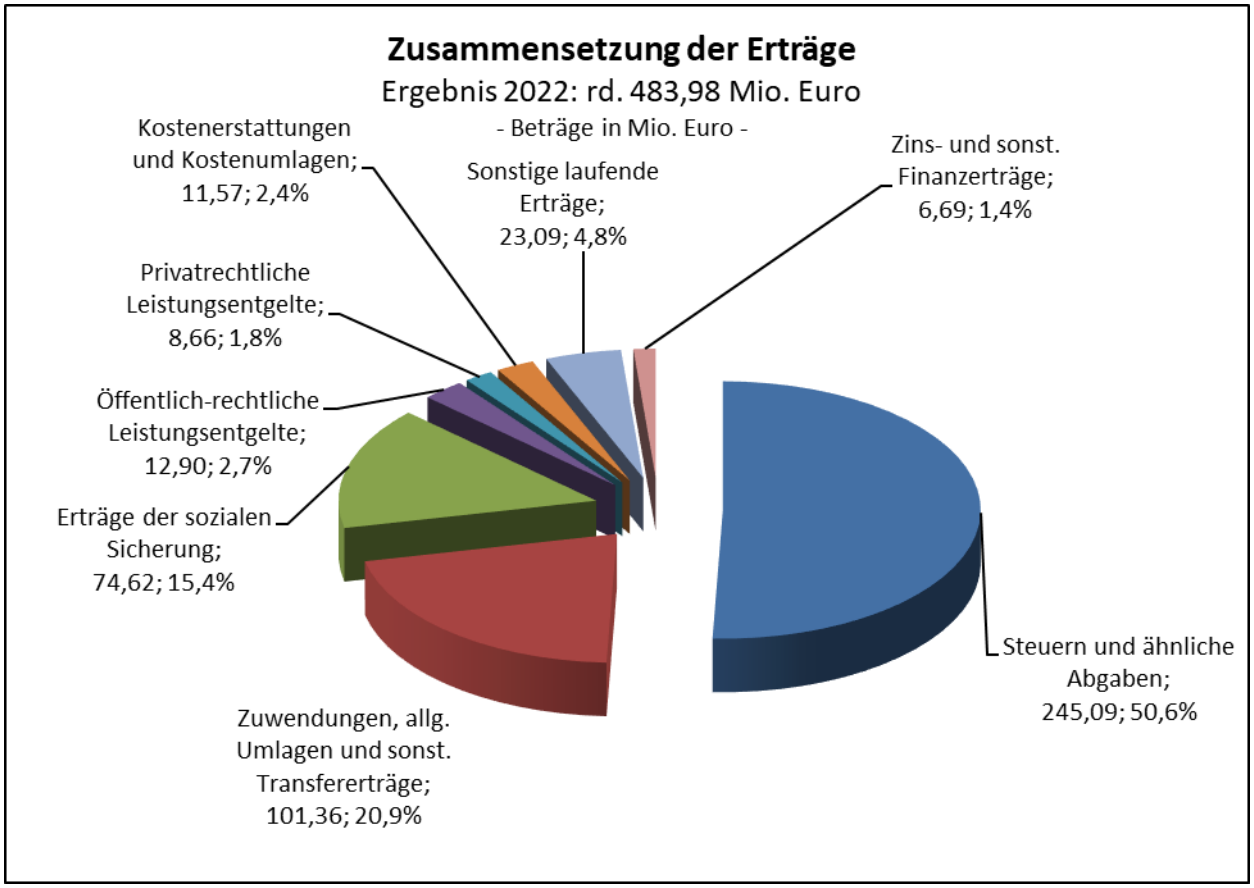
| | 31.12.2021 | 31.12.2022 | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| **Eigenkapital** | **698.988.467,16 €** | **717.328.496,74 €** | **18.340.029,58 €** | **2,62%** |
| Kapitalrücklage | 663.196.937,08 € | 698.828.846,21 € | 35.631.909,13 € | |
| Sonstige Rücklagen | 159.620,95 € | 178.730,95 € | 19.110,00 € | |
| Jahresüberschuss/-fehlbetrag | 35.631.909,13 € | 18.320.919,58 € | -17.310.989,55 € | |

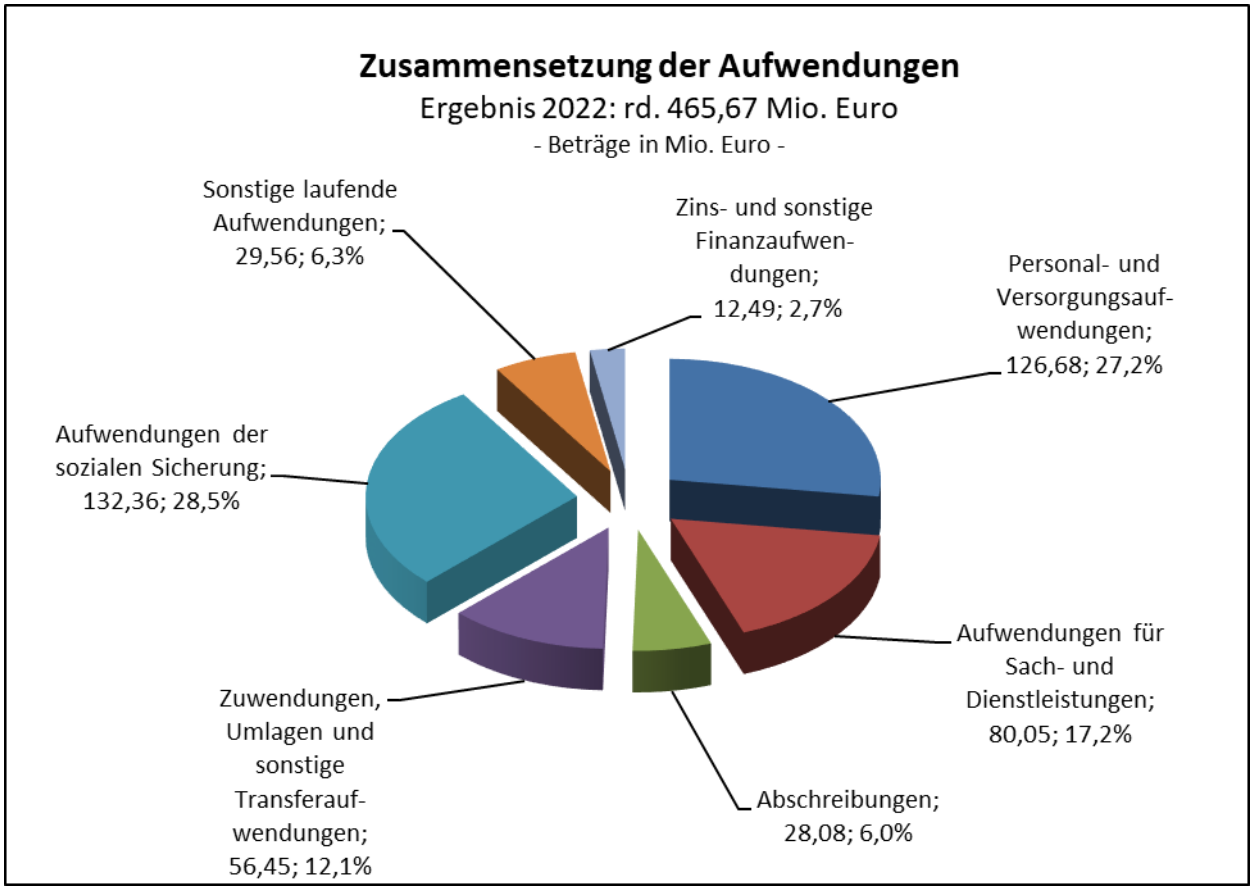
Der Jahresüberschuss für das Jahr 2022 beträgt 18,3 Mio. €, was im Vergleich zum Jahresüberschuss des Vorjahres (35,6 Mio. €) eine Ergebnisverschlechterung um 17,3 Mio. € bedeutet. Der Jahresüberschuss 2021 in Höhe von 35,6 Mio. € wird direkt mit der Kapitalrücklage verrechnet.

| | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Eigenkapitalquote in % | 42,02 | 42,63 | 42,37 | 44,01 | 45,70 | 45,71 |

Die Eigenkapitalquote zeigt das Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme. Eine hohe Eigenkapitalquote kann einen Indikator für die „Gesundheit“ der Kommunalfinanzen darstellen. Sie wurde in der Eröffnungsbilanz wesentlich durch die Erstbewertung des Vermögens beeinflusst. Im Zeitvergleich zeigt eine über längere Zeit sinkende Eigenkapitalquote strukturelle Probleme des Haushaltes.

## 3.2 Ergebnisrechnung



- **Planvergleich**:

In der Ergebnisrechnung wird ein **Jahresüberschuss** in Höhe von **rd. 18,3 Mio. €** ausgewiesen, der um 12,2 Mio. € **über** dem im Haushaltsplan 2022 veranschlagten Jahresüberschuss von 6,1 Mio. € liegt.
Ursächlich hierfür waren insbesondere Mehrerträge von rd. 15,4 Mio. € bei den Steuern und ähnliche Abgaben (Erhöhung der Gewerbesteuererträge um rd. 11,4 Mio. € gegenüber dem Planansatz), rd. 2,8 Mio. € bei den Privatrechtlichen Leistungsentgelte und rd. 1,2 Mio. € bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen. Im Gegensatz dazu wurden Mindererträge überwiegend bei den Positionen Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge von rd. 1,2 Mio. € erzielt. Der Aufwandsbereich (Zeile 15 Summe lfd. Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit) endete mit einer Verschlechterung von rd. 2,3 Mio. € im Vergleich zum Haushaltsplan 2022. Diese Verschlechterung resultiert im Wesentlichen aus den Minderaufwendungen bei der sozialen Sicherung von rd. 3,2 Mio. € und bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen von rd. 1,1 Mio. €.
Mehraufwendungen wurden u. a. dagegen bei der Position Personal- und Versorgungsaufwendungen von rd. 3,9 Mio. € und bei den sonstigen laufenden Aufwendungen von rd. 1,9 Mio. € verursacht.

- **Ergebnisveränderung zum Vorjahr**:

Im Ergebnisvergleich zum Vorjahr 2021 (Jahresüberschuss 35,6 Mio. €) ergibt sich eine **Verschlechterung** von rd. **17,3 Mio. €.**

Die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit sind im Betrachtungszeitraum um 2,3 Mio. € (0,48 %) gestiegen. Diese Verbesserung in Höhe von 2,3 Mio. € gegenüber dem Vorjahr 2021 resultiert im Wesentlichen aus den folgenden Positionen:

- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transfererträge um 1,9 Mio. € (1,93 %),
- Erträge der sozialen Sicherung um 4,0 Mio. € (5,61 %) und
- Privatrechtliche Leistungsentgelte um 3,5 Mio. € (67,26 %).

Im Gegensatz dazu reduzierten sich u. a. die Steuern und ähnliche Abgaben um 3,1 Mio. € (-1,27 %) und die Kostenerstattungen und Kostenumlagen um 3,8 Mio. € (-24,92 %).

| Laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 248.236.108,02 € | 245.092.000,63 € | -3.144.107,39 € | -1,27% |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf. | 99.441.877,51 € | 101.356.259,68 € | 1.914.382,17 € | 1,93% |
| Erträge der sozialen Sicherung | 70.658.661,39 € | 74.622.513,37 € | 3.963.851,98 € | 5,61% |
| Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 12.072.567,67 € | 12.898.524,59 € | 825.956,92 € | 6,84% |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | 5.177.114,91 € | 8.659.437,70 € | 3.482.322,79 € | 67,26% |
| Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 15.411.226,85 € | 11.570.474,56 € | -3.840.752,29 € | -24,92% |
| Sonstige laufende Erträge | 24.021.164,28 € | 23.091.793,57 € | -929.370,71 € | -3,87% |
| **Gesamt** | **475.018.720,63 €** | **477.291.004,10 €** | **2.272.283,47 €** | **0,48%** |

Die Zinserträge und sonstige Finanzerträge sind in 2022 gegenüber 2021 um 2 Mio. € (-23,10 %) gesunken.

Die laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit haben sich im Vergleichszeitraum um 15,3 Mio. € (3,50 %) erhöht. Im Wesentlichen kommt es zur Erhöhung der Aufwendungen durch die Positionen:

- Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. 8,9 Mio. € (7,52 %),
- Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen i. H. v. 2,0 Mio. € (3,60 %),
- Aufwendungen der sozialen Sicherung i. H. v. 5,7 Mio. € (4,48 %) und
- Sonstige laufende Aufwendungen i. H. v. 5,2 Mio. € (21,56 %).

Im Vergleich dazu reduzierten sich die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 6,9 Mio. € (-7,91 %).

| Laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Personal- u. Versorgungsaufwendungen | 117.817.104,30 € | 126.681.383,96 € | 8.864.279,66 € | 7,52% |
| Aufwendungen für Sach- u. Dienstleist. | 86.924.826,07 € | 80.049.060,45 € | -6.875.765,62 € | -7,91% |
| Abschreibungen | 27.634.167,11 € | 28.079.867,75 € | 445.700,64 € | 1,61% |
| Zuwendungen, Umlagen u. sonst.Transf. | 54.487.030,88 € | 56.446.799,07 € | 1.959.768,19 € | 3,60% |
| Aufwendungen der sozialen Sicherung | 126.677.417,31 € | 132.358.784,85 € | 5.681.367,54 € | 4,48% |
| Sonstige laufende Aufwendungen | 24.313.392,42 € | 29.556.189,66 € | 5.242.797,24 € | 21,56% |
| **Gesamt** | **437.853.938,09 €** | **453.172.085,74 €** | **15.318.147,65 €** | **3,50%** |

Die Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen erhöhten sich im Betrachtungszeitraum um 2,3 Mio. € (22,02 %) auf 12,5 Mio. €. Aufgrund künftig weiter steigenden Zinsen und zunehmender Verschuldung ist ein besonderes Risiko zu sehen. Der Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB) hat sich von 2,5 % (Stand: 21.12.2022) inzwischen auf 4,5 % ab dem 20.09.2023 erhöht.

## 3.3 Finanzrechnung

In der Finanzrechnung beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 48,9 Mio. € und liegt mit 23,4 Mio. € über dem geplanten Haushaltsansatz 2022 von 25,5 Mio. €.

Die im Nachtrag 2022 mit 71,9 Mio. € (zzgl. 10,3 Mio. € übertragene Ermächtigungen) geplanten Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurden von den Fachdienststellen lediglich mit 41,6 Mio. € kassenwirksam realisiert.

Im Berichtszeitraum wurden 40.900.000 € an neuen Investitionskrediten aufgenommen. Umschuldungen wurden in Höhe von 3.245.516 € getätigt. Der in Zeile 36 „Auszahlung zur Tilgung von Investitionskrediten“ ausgewiesene Betrag von 22.932.954 € weicht von der tatsächlichen Nettotilgung in Höhe von 18.229.838 € ab, die sich aus den Saldenmitteilungen der Banken und des somit in den Büchern der Banken bestehenden Investitionskreditbestandes ergibt. Die Abweichung begründet sich über die Umschuldung hinaus mit der von der Aufsichtsbehörde in dieser Zeile verfügten Verbuchung von der Ablösung des investiven Anteils von Verbindlichkeiten aus der Schulbausanierung in Höhe von 244.083 € sowie außerplanmäßige Tilgungen in Höhe von 1.213.517 €.
Der in Zeile 39 „Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Krediten zur Liquiditätssicherung“ dargestellte Betrag von 19.573.825 € beinhaltet neben der tatsächlichen Rückführung von Liquiditätskrediten auch die von der Aufsichtsbehörde in dieser Zeile verfügten Verbuchung von der Ablösung des konsumtiven Anteils von Verbindlichkeiten aus der Schulbausanierung in Höhe von rd. 0,9 Mio. €.

Die tatsächlichen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen waren mit 7,6 Mio. € (- 3 Mio. €) niedriger als im Nachtragshaushaltsplan veranschlagt (10,6 Mio. €).
Die geplante Finanzierung des Investitionshaushalts mit Erschließungs- und Ausbaubei-trägen von 761 T€ wurde tatsächlich mit 235 T€ (- 526 T€) verwirklicht.

## 3.4 Haushaltsausgleich

Für den Haushaltsausgleich im Rahmen der Jahresrechnung gelten die Regeln nach § 18 Abs. 2 GemHVO.

Die **Ergebnisrechnung** ist ohne Berücksichtigung der Ergebnisvorträge aus den Haushaltsvorjahren ausgeglichen. Der Jahresüberschuss für das Jahr 2022 bemisst sich auf 18,3 Mio. € und ist auf neue Rechnung vorzutragen. Im Jahresabschluss des Folgejahres ist eine Verrechnung des Jahresüberschusses 2022 mit der Kapitalrücklage vorzunehmen.

Ebenso konnte auch die **Finanzrechnung** ausgeglichen werden. Hierfür ist es grundsätzlich erforderlich, dass der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Investitionskrediten zu decken. Der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen beträgt 43,5 Mio. € und die planmäßigen Tilgungen bemessen sich auf 18,2 Mio. €. Unter der Berücksichtigung der Mindesttilgung bezüglich des Kommunalen Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz (siehe Nr. 2.2.2 Leitfaden Kommunaler Entschuldungsfonds Rheinland-Pfalz) von 3,2 Mio. € ergibt sich somit im Jahr 2022 eine freie Finanzspitze in Höhe von 22,1 Mio. €.

Der Haushaltsausgleich ist in der **Bilanz** gewährleistet, weil zum 31.12.2022 ein positives Eigenkapital in Höhe von 717 Mio. € ausgewiesen wird.

## 3.5 Darstellung der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

- **Darstellung Vermögenslage**

In Anknüpfung an die grundsätzlichen Ausführungen zur Bilanz zum 31.12.2022 (s. Abschnitt 3.1) sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Das **Anlagevermögen** erhöht sich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 14,3 Mio. € auf 1.458 Mio. €.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 58.240.685,92 | 59.126.566,24 | 885.880,32 € | 1,52% |
| Sachanlagen | 1.022.171.825,58 | 1.035.670.109,96 | 13.498.284,38 € | 1,32% |
| Finanzanlagen | 362.993.715,38 | 362.868.107,41 | -125.607,97 € | -0,03% |
| **Gesamt** | **1.443.406.226,88 €** | **1.457.664.783,61 €** | **14.258.556,73 €** | **0,99%** |

Die **Forderungen** und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 2,4 Mio. € gesunken und betragen zum Stichtag 31.12.2022 insgesamt 30,1 Mio. €.

| Nr. | Bezeichnung | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|---|
| | | | | € | % |
| 1. | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Transferforderungen | 38.974.649,76 € | 35.533.963,79 € | -3.440.685,97 € | -8,83% |
| 2. | Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 1.053.369,68 € | 1.268.743,82 € | 215.374,14 € | 20,45% |
| 3. | Forderungen gegen verbundene Unternehmen | 144.403,85 € | 256.465,18 € | 112.061,33 € | 77,60% |
| 4. | Forderungen gegen Unternehmen, m. d. e. Beteiligungsverhältnis besteht | 300.000,00 € | 39.300,00 € | -260.700,00 € | -86,90% |
| 5. | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, etc. | 217.647,59 € | 513.855,08 € | 296.207,49 € | 136,10% |
| 6. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 290.316,84 € | 335.305,17 € | 44.988,33 € | 15,50% |
| 7. | sonstige Vermögensgegenstände | 4.320.976,65 € | 4.907.904,27 € | 586.927,62 € | 13,58% |
| 8. | Wertberichtigung zu Forderungen | -12.836.793,35 € | -12.793.517,61 € | 43.275,74 € | -0,34% |
| **Gesamt** | | **32.464.571,02 €** | **30.062.019,70 €** | **-2.402.551,32 €** | **-7,40%** |

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhen sich die **Liquiden Mittel** um rd. 28,8 Mio. € auf insgesamt 73,1 Mio. €.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Kassenbestand, Bundesbankgut-haben, Guthaben bei der Europäi-schen Zentralbank, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 44.315.671,60 | 73.068.906,92 | 28.753.235,32 € | 64,88% |
| **Gesamt** | **44.315.671,60 €** | **73.068.906,92 €** | **28.753.235,32 €** | **64,88%** |

Auf der Passivseite sind die Veränderungen der **Rückstellungen** hervorzuheben:

Die **Rückstellungen** haben sich um 2 Mio. € auf 207 Mio. € erhöht. Dies resultierte grundsätzlich aus einer Zuführung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 5,6 Mio. € sowie einer Reduzierung der sonstigen Rückstellungen (z. B.: Instandhaltungen, ausstehende Rechnungen) von 2,9 Mio. €.

| Bilanzposition | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Rückstellungen für Pensionen u.ä. | 185.795.485,01 € | 191.441.605,47 € | 5.646.120,46 € | 3,04% |
| Steuerrückstellungen | 1.058.838,56 € | 333.442,30 € | -725.396,26 € | -68,51% |
| Sonstige Rückstellungen | 18.086.646,85 € | 15.204.215,93 € | -2.882.430,92 € | -15,94% |
| **Gesamt** | **204.940.970,42 €** | **206.979.263,70 €** | **2.038.293,28 €** | **0,99%** |

Die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** beliefen sich im Jahr 2022 auf 371,7 Mio. €. Hierbei erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen um 18,8 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung (vom Geldmarkt) blieben unverändert bei 40 Mio. €.

| Bilanzposition | 31.12.2021 | 31.12.2022 | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| 4.2.1 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 312.829.085,08 € | 331.678.827,82 € | 18.849.742,74 € | 6,03% |
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 58.747.974,20 € | 40.000.000,00 € | -18.747.974,20 € | -31,91% |
| *nachrichtlich:* | | | | |
| *Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung* | *40.000.000,00 €* | *40.000.000,00 €* | | |
| *Verbindlichkeiten gegenüber Sonder-vermögen* | *18.747.974,20 €* | *0,00 €* | | |
| **Gesamt** | **371.577.059,28 €** | **371.678.827,82 €** | **101.768,54 €** | **0,03%** |

Zusatzinformation zur Position „Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung“ hinsichtlich der Bewertung der Sonderkassen bei den Eigenbetrieben:
Der Kernhaushalt als Cash-Pool-Führer verwahrt im Rahmen der Einheitskasse die Gelder der Eigenbetriebe. Diese Gelder werden im Kernhaushalt in der Position „Verbindlichkeiten gegenüber den Sondervermögen“ ausgewiesen und können bei Bedarf als Liquiditätskredite zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit im Kernhaushalt verwendet werden. Da zum Stichtag 31.12.2022 der Bankbestand der Kernverwaltung die Gelder der Eigenbetriebe deutlich überschritten hat (Kassenbestand zum 31.12.2022: rd. 73,1 Mio. Euro), wurden die Gelder der Eigenbetriebe zur Liquiditätssicherung nicht benötigt und sind folglich nicht als Liquiditätskredite anzusehen.

Die restlichen **Verbindlichkeiten** sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 300.000 € gestiegen und betragen zum Stichtag 31.12.2022 insgesamt 53,3 Mio. €.
Im Bereich der „Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen“ kam es zu einer Reduzierung in Höhe von 1,2 Mio. € die im Wesentlichen durch Tilgungen der Restverbindlichkeiten aus dem Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH zurückzuführen ist.

| Art der Verbindlichkeit | HH-VJ | HH | Veränderung | |
|---|---|---|---|---|
| | | | € | % |
| Verbindlichkeiten, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 12.382.169,07 € | 11.167.810,43 € | -1.214.358,64 € | -9,81% |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 11.366.631,31 € | 9.746.391,37 € | -1.620.239,94 € | -14,25% |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 0,00 € | 152.753,16 € | 152.753,16 € | 100,00% |
| Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 1.420.355,89 € | 2.430.314,42 € | 1.009.958,53 € | 71,11% |
| Verbindlichkeiten ggü. Unternehmen, m. denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 21.108,29 € | 16.843,26 € | -4.265,03 € | -20,21% |
| Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen etc. | 20.722.697,96 € | 20.388.562,04 € | -334.135,92 € | -1,61% |
| Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 4.742.010,45 € | 3.342.876,93 € | -1.399.133,52 € | -29,51% |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 2.319.608,63 € | 6.028.769,01 € | 3.709.160,38 € | 159,90% |
| **Gesamt** (ohne Bilanzpositionen 4.2.1 + 4.2.2) | **52.974.581,60 €** | **53.274.320,62 €** | **299.739,02 €** | **0,57%** |

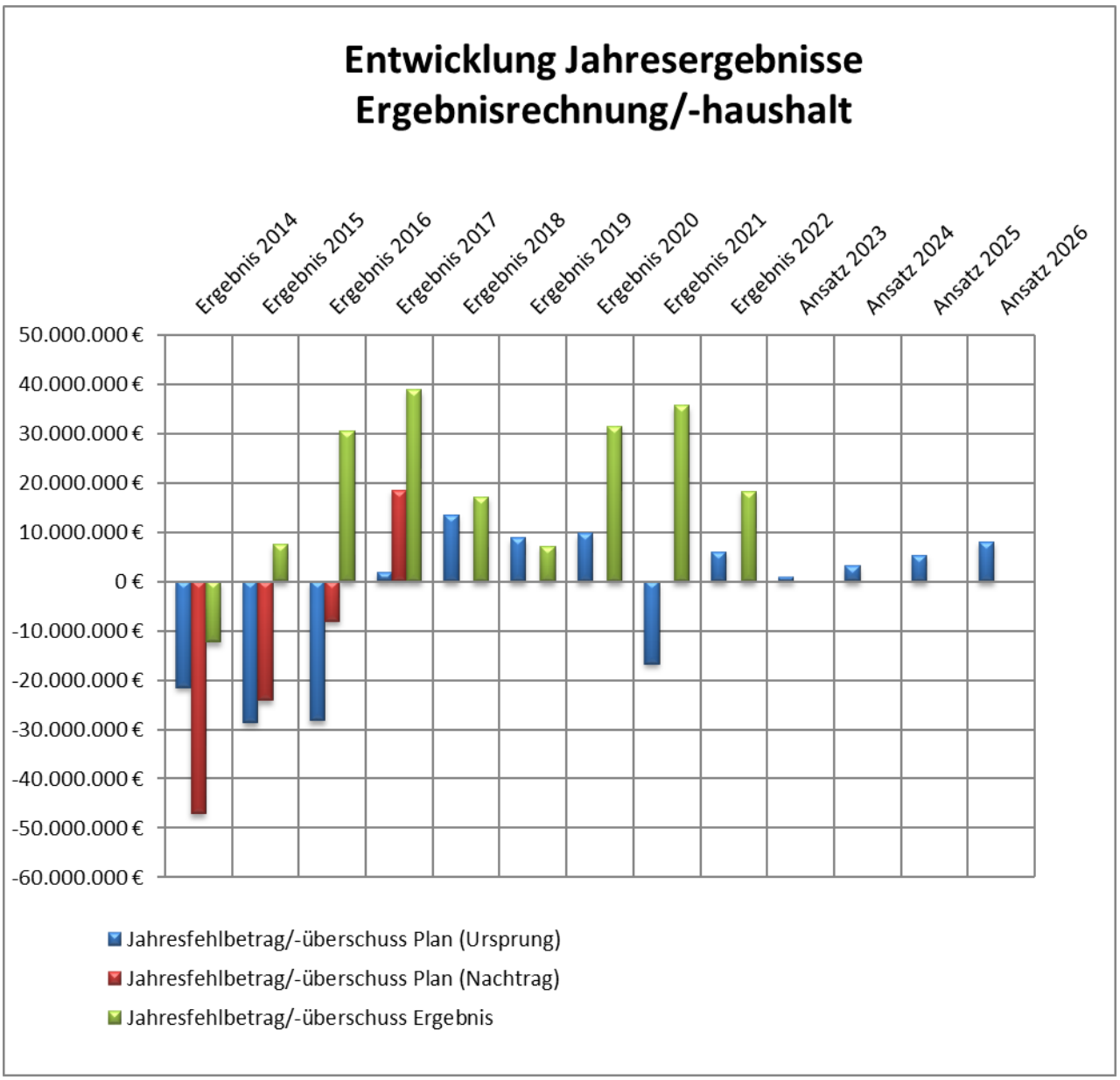
- **Darstellung Ertragslage**

| | | Nachrichtlich: Ansätze (Basis: HH-Planung 2023) | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **Ergebnis 2022** | **2023** | **2024** | **2025** | **2026** |
| Steuern und ähnliche Abgaben, öffentlich-rechtliche und privat-rechtliche Leistungsentgelte, sonstige laufende Erträge | 289.741.756 € | 286.233.192 € | 290.387.791 € | 300.504.481 € | 306.720.945 € |
| abzüglich | | | | | |
| Personal- und Versorgungs-aufwendungen, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Abschreibungen, sonstige laufende Aufwendungen | 264.366.502 € | 268.997.321 € | 275.966.101 € | 275.004.989 € | 268.146.298 € |
| | | | | | |
| **Zwischensumme 1** | **25.375.255 €** | **17.235.871 €** | **14.421.690 €** | **25.499.492 €** | **38.574.647 €** |
| Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfer-erträge, Erträge der sozialen Sicherung, Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 187.549.248 € | 189.422.954 € | 194.927.715 € | 187.681.663 € | 177.904.903 € |
| abzüglich | | | | | |
| Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfer-aufwendungen, Aufwendungen der sozialen Sicherung | 188.805.584 € | 201.187.494 € | 201.387.094 € | 201.649.594 € | 201.845.094 € |
| | | | | | |
| **Zwischensumme 2** | **-1.256.336 €** | **-11.764.540 €** | **-6.459.379 €** | **-13.967.931 €** | **-23.940.191 €** |
| | | | | | |
| **Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** | **24.118.918 €** | **5.471.331 €** | **7.962.311 €** | **11.531.561 €** | **14.634.456 €** |
| | | | | | |
| Saldo Zins- und sonstige Finanzerträge/-aufwendungen | -5.797.999 € | -4.629.893 € | -4.835.810 € | -6.177.660 € | -6.623.740 € |
| | | | | | |
| Außerordentliches Ergebnis | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € | 0 € |
| | | | | | |
| **Jahresergebnis** | **18.320.920 €** | **841.438 €** | **3.126.501 €** | **5.353.901 €** | **8.010.716 €** |

**Erläuterungen zur Ergebnisrechnung:**

In der Ergebnisrechnung 2022 wird ein positives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 24,1 Mio. € dargestellt. Der Saldo des Finanzergebnisses beträgt im Berichtsjahr -5,8 Mio. €.

Es wird letztlich ein Jahresüberschuss 2022 in Höhe von rd. 18,3 Mio. € ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre werden im ursprünglichen Haushaltsplan 2023 Jahresüberschüsse dargestellt.


Entwicklung Jahresergebnisse
Ergebnisrechnung/-haushalt
Ergebnis 2014
Ergebnis 2015
Ergebnis 2016
Ergebnis 2017
Ergebnis 2018
Ergebnis 2019
Ergebnis 2020
Ergebnis 2021
Ergebnis 2022
Ansatz 2023
Ansatz 2024
Ansatz 2025
Ansatz 2026
50.000.000 €
40.000.000 €
30.000.000 €
20.000.000 €
10.000.000 €
0 €
-10.000.000 €
-20.000.000 €
-30.000.000 €
-40.000.000 €
-50.000.000 €
-60.000.000 €
Jahresfehlbetrag/-überschuss Plan (Ursprung)
Jahresfehlbetrag/-überschuss Plan (Nachtrag)
Jahresfehlbetrag/-überschuss Ergebnis

- **Darstellung Finanzlage**

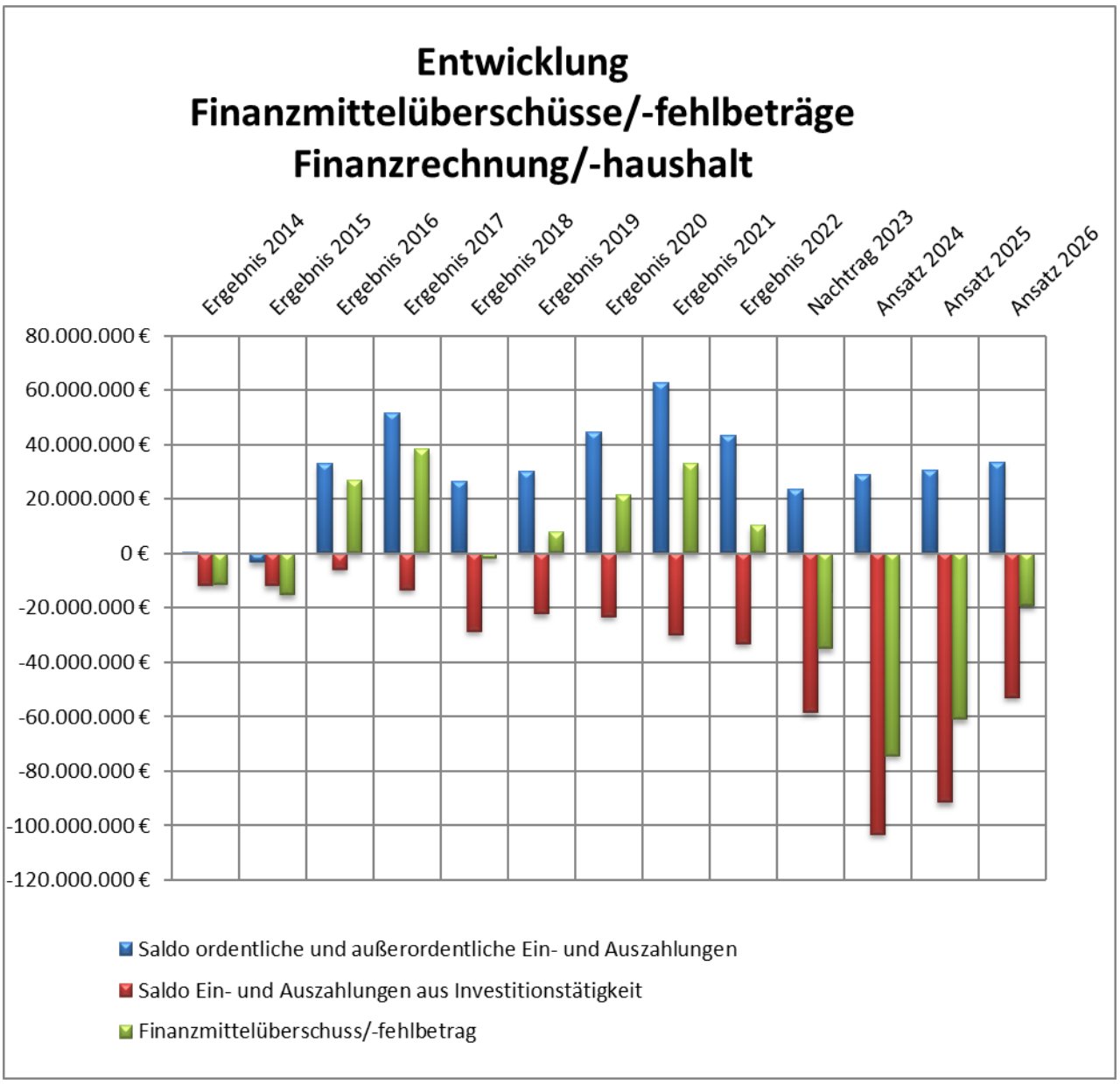
| | | Nachrichtlich: Ansätze (Basis: Nachtrag 2023) | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | **Ergebnis 2022** | **Nachtrag 2023** | **2024** | **2025** | **2026** |
| **16 Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit** | **48.899.205 €** | **28.248.783 €** | **33.767.735 €** | **36.743.989 €** | **40.220.010 €** |
| | | | | | |
| **19 Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen** | **-5.376.574 €** | **-4.611.693 €** | **-4.855.810 €** | **-6.178.110 €** | **-6.623.740 €** |
| | | | | | |
| **23 Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen** | **43.522.631 €** | **23.637.090 €** | **28.911.925 €** | **30.565.879 €** | **33.596.270 €** |
| | | | | | |
| 27 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 8.423.995 € | 31.274.840 € | 60.230.090 € | 63.567.880 € | 52.200.050 € |
| abzüglich | | | | | |
| 32 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | 41.621.023 € | 89.855.700 € | 163.473.380 € | 155.072.700 € | 105.149.900 € |
| **33 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit** | **-33.197.028 €** | **-58.580.860 €** | **-103.243.290 €** | **-91.504.820 €** | **-52.949.850 €** |
| | | | | | |
| **34 Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag** | **10.325.603 €** | **-34.943.770 €** | **-74.331.365 €** | **-60.938.941 €** | **-19.353.580 €** |
| | | | | | |
| 35 Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten (*1) | 44.145.516 € | 58.580.860 € | 103.243.290 € | 91.504.820 € | 52.949.850 € |
| abzüglich | | | | | |
| 36 Auszahlungen zur Tilgung von Investitionskrediten (*1) | 22.932.954 € | 19.910.000 € | 23.154.600 € | 26.893.900 € | 26.831.100 € |
| **37 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionskrediten** | **21.212.562 €** | **38.670.860 €** | **80.088.690 €** | **64.610.920 €** | **26.118.750 €** |
| | | | | | |
| **44 nachrichtlich: Ausgleich Finanzhaushalt** | **25.292.793 €** | **3.727.090 €** | **5.757.325 €** | **3.671.979 €** | **6.765.170 €** |

(*1): Im Ergebnis 2022 sind Umschuldungen in Höhe von 3.245.516 € zu berücksichtigen.

### Erläuterungen zur Finanzrechnung:

In der Finanzrechnung 2022 beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 48,9 Mio. €. Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen wird in 2022 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen in Höhe von 5,4 Mio. €.
In der Finanzrechnung wird im Jahr 2022 ein ordentliches Ergebnis von 43,5 Mio. € dokumentiert.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 41,6 Mio. € kassenwirk-sam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 8,4 Mio. € gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt -33,2 Mio. € in 2022.


Entwicklung
Finanzmittelüberschüsse/-fehlbeträge
Finanzrechnung/-haushalt
Ergebnis 2014
Ergebnis 2015
Ergebnis 2016
Ergebnis 2017
Ergebnis 2018
Ergebnis 2019
Ergebnis 2020
Ergebnis 2021
Ergebnis 2022
Nachtrag 2023
Ansatz 2024
Ansatz 2025
Ansatz 2026
80.000.000 €
60.000.000 €
40.000.000 €
20.000.000 €
0 €
-20.000.000 €
-40.000.000 €
-60.000.000 €
-80.000.000 €
-100.000.000 €
-120.000.000 €
Saldo ordentliche und außerordentliche Ein- und Auszahlungen
Saldo Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag

## Summarische Darstellung der Investitionen 2022 (Ergebnis) nach Teilhaushalten

| TH | Bezeichnung | Einzahlungen | Auszahlungen | Saldo |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Innere Verwaltung | 16.173 € | 764.808 € | -748.635 € |
| 2 | Bürgerdienste | 0 € | 418 € | -418 € |
| 3 | Umwelt | 0 € | 0 € | 0 € |
| 4 | Wirtschaft | 105.242 € | 317.183 € | -211.941 € |
| 5 | Sicherheit u. Ordnung | 1.575.083 € | 7.248.942 € | -5.673.860 € |
| 6 | Jugend u. Soziales | 212.453 € | 4.149.380 € | -3.936.927 € |
| 7 | Sport | 150.550 € | 1.190.421 € | -1.039.871 € |
| 8 | Schulen | 2.091.009 € | 11.230.769 € | -9.139.761 € |
| 9 | Kultur | 16.578 € | 1.525.289 € | -1.508.711 € |
| 10 | Bauen, Wohnen, Verkehr | 4.256.907 € | 15.193.812 € | -10.936.905 € |
| 11 | Zentrale Finanzleistungen | 0 € | 0 € | 0 € |
| | **Summe** | **8.423.995 €** | **41.621.023 €** | **-33.197.028 €** |

## Wesentliche Investitionsprojekte in 2022 (Ergebnis)

| Bezeichnung | Einzahlungen | Auszahlungen | Saldo |
|---|---|---|---|
| Neubau Feuerwache 3 - Bubenheim | 1.309.000,00 € | 3.800.067,77 € | -2.491.067,77 € |
| Neubau Grundschule Freiherr vom Stein | 700.639,00 € | 3.050.512,89 € | -2.349.873,89 € |
| DigitalPakt Schule | 361.211,30 € | 2.558.992,09 € | -2.197.780,79 € |
| Neubau Kita Horchheimer Höhe | 0,00 € | 2.115.227,54 € | -2.115.227,54 € |
| Sanierung Boelcke-Kaserne (Rückzahlung Fördergelder) | -1.350.902,18 € | 0,00 € | -1.350.902,18 € |
| Kernsanierung Stadttheater | 0,00 € | 1.286.415,94 € | -1.286.415,94 € |
| Investitionskostenanteil Straßenoberflächenwasser | 187.967,12 € | 1.400.000,00 € | -1.212.032,88 € |
| Großfestung Koblenz | 0,00 € | 1.139.267,77 € | -1.139.267,77 € |
| Ausbau Wallersheimer Weg | 333.558,87 € | 1.098.520,66 € | -764.961,79 € |
| U3-Ausbau Kita "St. Konrad", Metternich | 0,00 € | 760.163,17 € | -760.163,17 € |

# 4. Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Ertrags- und Aufwandslage der Stadt Koblenz dargestellt.

Basis zur Ermittlung der folgenden Kennzahlen sind für die Jahre 2021 und 2022 die Ist-Daten der Ergebnisrechnung. Für das Jahr 2023 wird von dem entsprechenden Haushaltsansatz des Ergebnishaushaltes ausgegangen.

### Aufwandsdeckungsgrad

Der Aufwandsdeckungsgrad gibt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

| | Ertrag | Aufwand | Quote |
|---|---|---|---|
| **2021 - Ist** | 483.723.473,99 € | 448.091.564,86 € | 107,95% |
| **2022 - Ist** | 483.984.791,72 € | 465.663.872,14 € | 103,93% |
| **2023- Ansatz** | 482.608.336,00 € | 481.766.898,00 € | 100,17% |

## Ertragsquoten

| | 2021 - Ist | | 2022 - Ist | | 2023 - Ansatz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote |
| Steuerertragsquote [1] | 248.236.108,02 | 52,26% | 245.092.000,63 | 51,35% | 246.670.500,00 | 51,86% |
| Zuwendungsquote [2] | 99.441.877,51 | 20,93% | 101.356.259,68 | 21,24% | 102.205.747,00 | 21,49% |
| Ertragsquote der sozialen Sicherung [3] | 70.658.661,39 | 14,87% | 74.622.513,37 | 15,63% | 76.695.970,00 | 16,12% |
| Leistungsentgelt-quote [4] | 32.660.909,43 | 6,88% | 33.128.436,85 | 6,94% | 32.203.400,00 | 6,77% |
| Quote der sonstigen Erträge [5] | 24.021.164,28 | 5,06% | 23.091.793,57 | 4,84% | 17.880.529,00 | 3,76% |

[1] Die Steuerertragsquote beschreibt den prozentualen Anteil der Erträge, die die Kommune aus Steuern bezieht (Ergebnisrechnung/-haushalt, Anteil von Pos. 1 - Kontenart 401 bis 403 und 40521), bezogen auf die Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit. Unter die Erträge aus Steuern fallen Realsteuern, Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern, sonstige Gemeindesteuern sowie der Familienlastenausgleich.

[2] Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit eine Gemeinde von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Der Anteil der Erträge aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen wird in Bezug zu der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit gesetzt.

[3] Anteil der Erträge der sozialen Sicherung an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

[4] Anteil der öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelte sowie Kostenerstattungen/-umlagen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

[5] Anteil der Erträge aus der Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen, anderen aktivierten Eigenleistungen und sonstigen laufenden Erträgen an der Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwandsquoten

| | 2021 - Ist | | 2022 - Ist | | 2023 - Ansatz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote |
| Personal- und Versorgungsaufwandsquote (Intensität I) [6] | 117.817.104,30 | 26,91% | 126.681.383,96 | 27,95% | 123.340.025,00 | 26,23% |
| Sach- und Dienstleistungsintensität [7] | 86.924.826,07 | 19,85% | 80.049.060,45 | 17,66% | 87.782.199,00 | 18,67% |
| Abschreibungsintensität I [8] | 27.634.167,11 | 6,31% | 28.079.867,75 | 6,20% | 28.361.700,00 | 6,03% |
| Transferaufwandsquote [9] | 54.487.030,88 | 12,44% | 56.446.799,07 | 12,46% | 57.454.280,00 | 12,22% |
| Soziallastquote I [10] | 126.677.417,31 | 28,93% | 132.358.784,85 | 29,21% | 143.733.214,00 | 30,57% |
| Quote der sonst. laufenden Aufwendungen [11] | 24.313.392,42 | 5,55% | 29.556.189,66 | 6,52% | 29.513.397,00 | 6,28% |

[6] Die Personal- und Versorgungsintensität I gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.

[7] Anteil der Sach- und Dienstleistungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

[8] Anteil der Abschreibungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

[9] Anteil der Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

[10] Die Soziallastquote zeigt an, welchen Anteil die Aufwendungen der sozialen Sicherung an den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit ausmachen.

[11] Anteil der sonstigen laufenden Aufwendungen an der Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit.

## Aufwendungen je Einwohner

| | 2021 - Ist | 2022 - Ist | 2023 - Ansatz |
|---|---|---|---|
| Personal- und Versorgungs-aufwendungen je Einwohner | 1.038,79 € | 1.101,11 € | 1.071,06 € |
| Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen je Einwohner | 766,41 € | 695,78 € | 762,28 € |
| Sozialaufwendungen je Einwohner | 1.116,91 € | 1.150,46 € | 1.248,15 € |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Einwohnerzahl [12] | 113.418 | 115.049 | 115.157 |

[12] Quelle: Stadt Koblenz, Monatliche Bevölkerungsberichte: Einwohnerzahlen zum 31.12.2021, 31.12.2022 und 31.10.2023

## Zinsquoten

(Produkt 6121: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft)

| | 2021 - Ist | | 2022 - Ist | | 2023 - Ansatz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote | Betrag (€) | Quote |
| Zinslastquote [13] | 9.703.905,60 | 2,22% | 8.953.292,32 | 1,98% | 10.685.900,00 | 2,27% |
| Zinsdeckungs-quote [14] | 9.703.905,60 | 2,04% | 8.953.292,32 | 1,88% | 10.685.900,00 | 2,25% |

[13] Die Zinslastquote zeigt die Belastung aus Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) im Verhältnis zu den laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit an.

[14] Die Zinsdeckungsquote zeigt an, in welchem Umfang die laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit von den Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite (einschließlich Derivatgeschäfte) aufgezehrt werden.

## Zinsaufwendungen

(Produkt 6121: Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft)

| | 2021 - Ist | 2022 - Ist | 2023 - Ansatz |
|---|---|---|---|
| Zinsaufwendungen für Investitionskredite (inkl. Derivatgeschäfte) | 8.409.546,02 € | 8.321.752,59 € | 9.650.100,00 € |
| Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite (inkl. Derivatgeschäfte) | 1.294.359,58 € | 631.539,73 € | 1.035.800,00 € |
| Zinsaufwendungen (gesamt) je Einwohner | 85,56 € | 77,82 € | 92,79 € |
| Einwohnerzahl [12] | 113.418 | 115.049 | 115.157 |

## Entwicklung der Kreditverschuldung der Stadt Koblenz

(Kernhaushalt, ohne Zinsabgrenzung)

| | 31.12.2020 Ist | 31.12.2021 Ist | 31.12.2022 Ist | 31.12.2023 Nachtrag |
|---|---|---|---|---|
| Investitionskreditverschuldung (€) | 309.912.062,03 | 312.829.085,08 | 331.678.827,82 | 389.281.775,82 |
| Liquiditätskreditverschuldung (€) | 81.235.803,63 | 58.747.974,20 | 40.000.000,00 | 40.000.000,00 |
| **Gesamtkreditverschuldung (€)** | **391.147.865,66** | **371.577.059,28** | **371.678.827,82** | **429.281.775,82** |
| Investitionskreditverschuldung je Einwohner (€) | 2.735,42 | 2.758,20 | 2.882,94 | 3.380,44 |
| Liquiditätskreditverschuldung je Einwohner (€) | 717,02 | 517,98 | 347,68 | 347,35 |
| **Gesamtkreditverschuldung je Einwohner (€)** | **3.452,44** | **3.276,17** | **3.230,61** | **3.727,80** |
| Einwohnerzahl [12] | 113.296 | 113.418 | 115.049 | 115.157 |

[12] Quelle: Stadt Koblenz, Monatliche Bevölkerungsberichte: Einwohnerzahlen zum 31.12.2020, 31.12.2021, 31.12.2022 und 31.10.2023

# 5. Gliederung der Teilhaushalte

Die Stadt Koblenz hat in den jeweiligen Teilhaushalten folgende Produkte gebildet:

**Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner

1111 Verwaltungssteuerung
1113 Öffentlichkeitsarbeit
1114 Gremien
1116 Gleichstellung
1117 Personalvertretung
1149 Zentrale Vergabestelle
1121 Personalwirtschaft
1122 Personalentwicklung/Betriebliches Gesundheitsmanagement
1131 Organisation
1145 Zentrale Dienste
1146 Versicherungen
1211 Statistik
1226 Schiedsamt
3516 Sozialversicherungsangelegenheiten
5222 Mietspiegel
5360 Versorgung mit technischer Informations- und Telekommunikationsinfrastruktur
1181 Rechnungsprüfung
1161 Finanzverwaltung
1162 Zahlungsabwicklung/Vollstreckung
1191 Recht
2313 Kommunales Studieninstitut

**Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner

1223 Bürgerservice
1227 Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen

**Teilhaushalt 03 „Umwelt“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner

1115 Lokale Agenda 21
5374 Abfallrecht
5522 Gewässeraufsicht und Bodenschutz
5541 Naturschutz/Landschaftspflege
5611 Umweltschutzmaßnahmen

**Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner

5711 Kommunale Wirtschaftsförderung
5117 BUGA 2029

**Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“**
Verantwortlich: Bürgermeisterin Ulrike Mohrs

1118 Migration und Integration
1212 Wahlen
1221 Sicherheit und Ordnung
1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl
1231 Verkehrsüberwachung
1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
1241 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Tierschutz
5732 Märkte, Kirmesse
1261 Brandschutz
1262 Leitstelle
1281 Zivil- und Katastrophenschutz

**Teilhaushalt 06 „Soziales und Jugend“**
Verantwortlich: Bürgermeisterin Ulrike Mohrs

3111 Grundversorgung und Hilfen gem. SGB XII
3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
3122 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (SGB II)
3131 Hilfen für Asylbewerber
3141 Soziale Einrichtungen
3161 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
3162 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
3163 Leistungen zur Teilhabe an Bildung
3164 Leistungen zur Sozialen Teilhabe
3169 Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe
3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
3411 Unterhaltsvorschussleistungen
3431 Betreuungsleistungen
3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
3521 Bildung und Teilhabe
3611 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
3621 Jugendarbeit
3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
3641 Jugendhilfeplanung
3651 Tageseinrichtungen für Kinder
3655 Förderung anderer Träger
3661 Einrichtungen der Jugendarbeit

**Teilhaushalt 07 „Sport“**
Verantwortlich: Bürgermeisterin Ulrike Mohrs

4211 Förderung des Sports
4241 Sportstätten und Bäder

**Teilhaushalt 08 „Schulen“**
Verantwortlich: Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz

2012 Allgemeine Schulverwaltung
2111 Grundschulen
2151 Realschulen plus
2171 Gymnasien
2181 Integrierte Gesamtschule
2211 Förderschulen

2311 Berufsbildende Schulen
2411 Schülerbeförderung
2431 Schulartübergreifende Maßnahmen

**Teilhaushalt 09 „Kultur“**
Verantwortlich: Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz

2621 Musikpflege
2811 Heimat- und Kulturpflege
2911 Förderung von Kirchen- und sonstigen Religionsgemeinschaften
2721 Stadtbibliothek
2711 Volkshochschule
2631 Musikschule
2511 Mittelrhein-Museum
2512 Ludwig-Museum
2611 Stadttheater
2522 Stadtarchiv

**Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“**
Verantwortlich: Beigeordneter Bert Flöck

1143 Ausgleichsflächen
5111 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
5211 Bau- und Grundstücksordnung
5221 Wohnungsbauförderung
5231 Denkmalschutz- und pflege
5471 ÖPNV
1142 Liegenschaften
5112 Geoinformation
5113 Grundstückswertermittlung
5551 Kommunaler Forstbetrieb
1144 Zentrales Gebäudemanagement
1233 Straßenverkehrsbehörde
5411 Gemeindestraßen
5419 Ingenieurbauwerke Gemeindestraßen
5421 Kreisstraßen
5429 Ingenieurbauwerke Kreisstraßen
5431 Landesstraßen
5439 Ingenieurbauwerke Landesstraßen
5441 Bundesstraßen
5449 Ingenieurbauwerke Bundesstraßen
5461 Parkeinrichtungen
5521 Gewässerunterhaltung
5511 Öffentliches Grün

**Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner

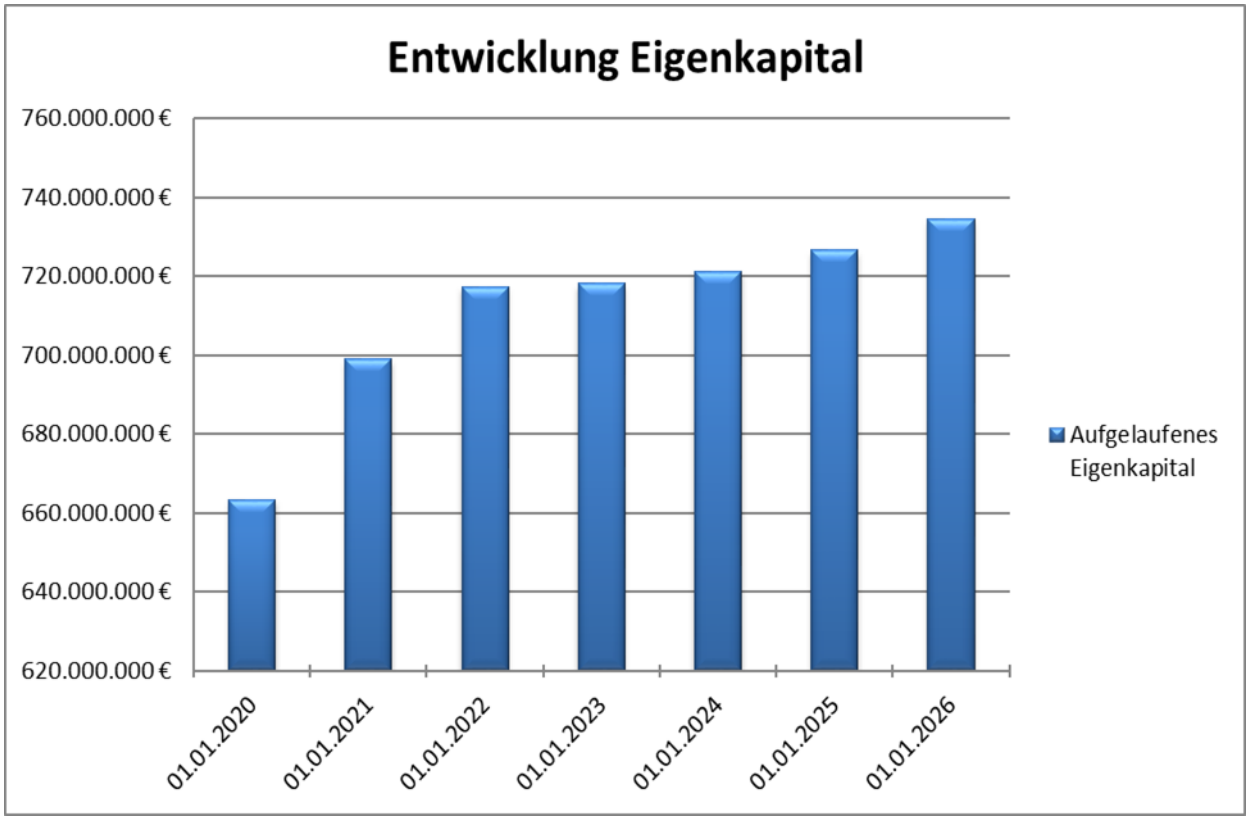
6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
6121 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
6129 Haushaltsweite Sonderbuchungssachverhalte
6221 Nichtrechtsfähige Stiftungen
6231 Wirtschaftliche Unternehmen ohne Rechtsfähigkeit (Eigenbetriebe)
6261 Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens

# 6. Prognosebericht - Chancen und Risiken

Der vom Rat beschlossene **Ergebnishaushalt** des Jahres 2023 (Haushaltsplanung) schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,84 Mio. € ab. Weiterhin weist die mittelfristige Ergebnisplanung für die kommenden Haushaltsjahre Jahresüberschüsse (2024 = 3,13 Mio. €, 2025 = 5,35 Mio. € und 2026 = 8,01 Mio. €) aus.

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse bis einschließlich dem Jahr 2022 sowie den zuvor genannten geplanten Jahresergebnissen 2023 bis 2026 wie folgt:

| in € | Jahresüberschuss/ -fehlbetrag | Bildung Rücklage (§ 38 III GemHVO) | Aufgelaufenes Eigenkapital |
|---|---|---|---|
| **31.12.2020** | 31.445.849 € | 14.580 € | **663.356.558 €** |
| **31.12.2021** | 35.631.909 € | | **698.988.467 €** |
| **31.12.2022** | 18.320.920 € | 19.110 € | **717.328.497 €** |
| **31.12.2023** | 841.438 € | | **718.169.935 €** |
| **31.12.2024** | 3.126.501 € | | **721.296.436 €** |
| **31.12.2025** | 5.353.901 € | | **726.650.337 €** |
| **31.12.2026** | 8.010.716 € | | **734.661.053 €** |



Die voraussichtliche mittelfristige Entwicklung der **Steuern und ähnlichen Abgaben** stellt sich basierend auf dem Haushaltsplan 2023 wie folgt dar:

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Steuern und Abgaben | 194,4 | 248,2 | 245,1 | 246,7 | 254,1 | 265,1 | 271,0 |

Das **laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** entwickelt sich entsprechend dem Haushaltsplan 2023 mittelfristig folgendermaßen:

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | 34,9 | 37,2 | 24,1 | 5,5 | 8,0 | 11,5 | 14,6 |

Neben dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit beeinflusst auch das **Finanzergebnis** das Jahresergebnis. Der Haushaltsplan 2023 beinhaltet jährlich negative Finanzergebnisse. Im Planungszeitraum (Jahre 2023 bis 2026) wird somit ein durchschnittlicher Jahresüberschuss von 4,3 Mio. € erzielt.

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zinserträge und sonstige Finanzerträge | 7,7 | 8,7 | 6,7 | 7,0 | 6,9 | 6,9 | 6,9 |
| Zinsaufwendungen und sonst. Finanzaufwendungen | 11,1 | 10,2 | 12,5 | 11,6 | 11,8 | 13,1 | 13,5 |
| **Finanzergebnis** | **-3,4** | **-1,5** | **-5,8** | **-4,6** | **-4,8** | **-6,2** | **-6,6** |

Im Hinblick auf die geplanten Neuaufnahmen von Investitionskrediten und die Entwicklung der Liquiditätskredite ergeben sich bei der Annahme moderat steigender Zinsen in den kommenden Haushaltsjahren folgende **Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite**, einschließlich der zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivatgeschäfte:

| in Mio € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| **Nettozinsaufw. für Investitions-kredite (inkl. Derivate)** | 8,9 | 8,4 | 8,3 | 9,7 | 10,4 | 11,4 | 12,1 |
| **Nettozinsaufw. für Liquiditäts-kredite (inkl. Derivate)** | 1,0 | 1,3 | 0,6 | 1,0 | 1,1 | 1,4 | 1,2 |
| **Nettozins-aufwendungen GESAMT** | **9,9** | **9,7** | **8,9** | **10,7** | **11,5** | **12,8** | **13,3** |

## Entwicklung in Innenstädten

Der Einzelhandel in den Innenstädten steht weiter unter Druck. Trotz vieler Bemühungen der Städte verlieren viele Stadtzentren weiter an Attraktivität. Viele Geschäfte verzeichnen deutliche Umsatzrückgänge im Vergleich zur „Vor-Corona-Zeit“. Läden und ganze Gebäude stehen teilweise leer. Dies hat zur Folge, dass der Online-Handel weiterwächst. Damit sich Innenstädte neu erfinden können, müssen neben attraktiven Einkaufsalternativen mehr Möglichkeiten für Begegnung und Erlebnis durch höhere Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt, saubere einladende öffentliche Räume mit mehr Grün in der Stadt geboten werden. Die derzeitigen Förderungen durch die Innenstadt-Programme von Bund und Länder werden diesbezüglich nicht ausreichen.
Der Stadtrat der Stadt Koblenz hat am 16.11.2023 die Einrichtung des lokalen Entwicklungs- und Aufwertungsprojekts „BID Schloßstraße“ (BID = Business Improvement District) zum 01.01.2024 beschlossen. Im Projektbereich der „Schloßstraße“ sollen in privater Initiative standortbezogene Maßnahmen durchgeführt werden, um die Schaffung eines sicheren, einladenden und prosperierenden Zentrums für Gewerbetreibende, Bewohner und Kunden zu erreichen.

## Jugend und Soziales

Der Ausbau der **Kindertagesstätten** zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz wird weiter fortgeführt. Die Preissteigerungen bei den Material- und Baukosten werden zwangsläufig zu einer Kostensteigerung bei den entsprechenden Investitionen im Rahmen der Kita-Neubauprojekte führen.
Die Arbeiten zur Errichtung der achtgruppigen Kita in der Goldgrube auf dem Gelände der ehemaligen Overberg-Schule haben bereits begonnen. Hierfür sind für 2023 rund 1,6 Mio. € eingeplant. Das Gesamtvolumen beläuft sich, nach derzeitiger Kalkulation, auf rund 9 Mio. €. Hier werden an zentraler Stelle bis zu 180 neue Kita-Plätze geschaffen.
Insgesamt werden in den kommenden Jahren mehr als 500 neue Kita-Plätze gebaut, für die rund 60 VZÄ Fachkräfte benötigt werden. Hierfür werden entsprechende Personal- und Overheadkosten anfallen.
Neben dem Neubau von Kita-Gebäuden gewinnt die Sanierung des Altbestandes eine immer größere Bedeutung, da viele Einrichtungen in die Jahre gekommen sind. Hiervon sind vor allem die Gebäude in kirchlicher Bauträgerschaft betroffen. Das Bistum Trier wird im Laufe der nächsten Jahre sukzessive insgesamt 10 sanierungsbedürftige Einrichtungen an die Stadt Koblenz „abgeben“.

Hierzu gehört die kirchliche Kita St. Servatius in Güls, die die Stadt gemäß Beschluss des Stadtrates vom 16.11.2023 für rund 11 Mio. € neu bauen wird. Die städtische Kita St. Maternus Bubenheim muss wegen gravierender Baumängel an dem städtischen Gebäude neu errichtet werden. Für 2023 sind Planungsmittel i. H. v. 200.000 € veranschlagt.
Die Umsetzung des zum 01.07.2021 in Kraft getretenen Kita-Zukunftsgesetzes macht zusätzliche Investitionen an den vielen Kita-Gebäuden erforderlich, damit der Rechtsanspruch auf eine durchgängige Betreuung von sieben Stunden erfüllt und die Mittagsverpflegung sichergestellt werden kann. So sind für die erforderlichen Erneuerungen der Küchen in städtischen Kita-Gebäuden, trotz einer Landesförderung in 2023, kommunale Mittel von rund 190.000 € aufzubringen. Zudem müssen in diesem Kontext auch die baulichen Maßnahmen der freien Träger mit städtischen Mitteln bezuschusst werden, z. B. Kita St. Nikolaus, St. Bernhard, St. Maximin und St. Hedwig.
Das Ganztagesförderungsgesetz (GaFöG) bringt ab dem Jahr 2026 sukzessive einen Anspruch auf achtstündige Betreuung von Kindern im Grundschulalter. Derzeit wird noch geprüft, ob der damit verbundene Raumbedarf komplett in den Schulen abgebildet werden kann oder ob weitere Investitionen notwendig werden. Der Stadtrat hat am 16.11.2023 beschlossen, dass die Grundschulstandorte Arzheim, Karthause-Nord (Am Löwentor), Moselweiß, Kesselheim und Wallersheim baulich erweitert werden, um den Rechtsanspruch auf ganztätige Betreuung für Grundschulkinder nach dem GaFöG zu erfüllen. Neben der Landesförderung i. H. v. rund 3,3 Mio. € wird die Stadt einen Eigenanteil i. H. v. rund 1,5 Mio. € aufbringen müssen.

Der Fachkräftemangel wirkt sich zunehmend auf die Aufgabenerfüllung im Bereich der Sozial- und Erziehungsdienste aus. Durch die erfolgten Veränderungen im Tarifgefüge soll die Attraktivität dieser Berufsgruppen gesteigert werden. Dies führt anderseits aber auch zu einem Anstieg der Personalkosten beim städtischen Personal und den Personalkostenzuschüssen an die freien Träger.

In den vergangenen Jahren ist eine Verschärfung und Kumulierung von Problemlagen in Familien zu verzeichnen, die intensivere oder auch mehrere Hilfen erforderlich machen, um das Kindeswohl zu wahren. Es ist daher mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** zu rechnen. Ein Anstieg der Aufwendungen ist aber auch in den erhöhten Entgelten bei den Leistungserbringern begründet. Im Rahmen der pauschalen Anpassung der Entgelte wurde zuletzt mit Beschluss der Jugendhilfekommission vom 26.04.2023 eine pauschale Anhebung von 11,98 % vereinbart.
Im Bereich der unbegleiteten ausländischen minderjährigen Kinder und Jugendlichen (umA) ist seit Ende 2022 eine stetig steigende Fallzunahme zu verzeichnen. Aufgrund der weltpolitischen Lage sowie der Klimaentwicklungen ist mit einer weiteren Zuwanderung von Flüchtlingen und damit auch von umA zu rechnen. Es ist daher ein weiterer Anstieg der Aufwendungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung als auch im Bereich der Schutzmaßnahmen bei Kindeswohlgefährdung zu erwarten.
Im Bereich der Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII ist ein Anstieg der Bedarfe und Fallzahlen zu verzeichnen. Dies begründet sich in der Zunahme von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen sowie Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kleinkindern.

Die Reform der **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** schreitet weiter voran. Die auf Landesebene geführten ergänzenden Landesrahmenvertragsverhandlungen für den Zuständigkeitsbereich des Landes wurden im Herbst 2023 abgeschlossen. Die neuen Vertragsinhalte sind die Grundlage für eine neue Vergütungsstruktur, die frühestens ab dem Jahr 2025 zu einer individuelleren Bedarfsermittlung führen wird.
Die Landesrahmenvertragsverhandlungen zwischen den Eingliederungshilfeträgern und Leistungserbringern für den kommunalen Bereich sind noch nicht abgeschlossen. Hier könnte es im Laufe des Jahres 2024 zu einem Ergebnis kommen. Auch dieser Vertrag wird die Grundlage für eine neue Vergütungsstruktur sein. Die daran anschließenden Verhandlungen der Einzel-

vereinbarungen mit den Leistungserbringern und die Möglichkeiten der individuelleren Bedarfsermittlung werden den kommunalen Eingliederungshilfeträgern höhere Steuerungsmöglichkeiten eröffnen.

Es ist aktuell nicht absehbar, welche Auswirkungen die in der Konferenz der Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder und des Bundes am 06.11.2023 vereinbarten Maßnahmen auf die mittelfristige Entwicklung der Zahl der Flüchtlinge haben werden. Zumindest für das Haushaltjahr 2024 wird noch damit gerechnet, dass die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** und auch die Zahl der Neuzuweisungen auf einem sehr hohen Niveau verharren werden.

## Personalmanagement – Schwerpunkt Personalgewinnung und -bindung

Das Personalmanagement spielt in der Verwaltung eine entscheidende Rolle, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig zu binden. Eine erfolgreiche Personalgewinnung und -bindung ist essenziell, um den sich stetig wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie den vielfältigen Ansprüchen an die Verwaltung gerecht zu werden und eine stabile und motivierte Belegschaft zu gewährleisten.

Im Jahr 2021 wurde das Personalmanagementkonzept der Stadtverwaltung mit den Schwerpunktthemen Personalgewinnung und Personalbindung fortgeschrieben. Es dient als Handlungsrahmen und als roter Faden für das Personalmanagement 2021 – 2026 und entwickelt die Instrumente der Personalarbeit systematisch fort.

Die Personalgewinnung sowie die Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewinnt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des zunehmenden Wettbewerbes mit anderen Arbeitgebern um qualifiziertes Personal an Bedeutung. Bereits heute können Planstellen in der Verwaltung (z. B. für Erzieher, IT-Fachkräfte, Ingenieure, Techniker) oftmals nur nach mehrmaliger Ausschreibung verzögert besetzt werden. Gleichzeitig werden in den kommenden Jahren die altersbedingten Personalabgänge deutlich ansteigen.

Ein positives Image als Arbeitgeber ist entscheidend für die Personalgewinnung. Das Personalmanagementkonzept enthält u. a. konkrete Maßnahmen zur Positionierung der Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin sowie zur Verstärkung der Außendarstellung und Kommunikation. Neben der Umsetzung der stadtweiten Imagekampagne „Großstädtchenliebe“ sowie der Auszubildenden-Kampagne „Unvergesslich wie die erste Liebe - deine Ausbildung bei der Stadt Koblenz“ konnte die Präsenz auf Karriere- und Ausbildungsmessen sowie die Kooperation mit Hochschulen verstärkt werden. Die Stellenbesetzungsprozesse wurden professionalisiert und anhand eines Bewerbermanagements vollumfänglich digitalisiert. Erforderliche Personalressourcen werden durch eine zukunftsfähige Personalbedarfs- und Nachfolgeplanung sowie den weiteren Ausbau der Ausbildung-/Studienangebote sichergestellt.

In den vergangenen Jahren hat sich die Verwaltung im Bereich des Personalmanagements, insbesondere durch die Umsetzung des Personalmanagementkonzeptes 2012, professionalisiert. Wichtige Meilensteine waren hier u. a. der Ausbau der Personalentwicklung mitsamt umfangreichen Fort- und Weiterbildungsprogrammen, die Führungskräfteentwicklung und die Führungskräftenachwuchsentwicklung sowie der stetige Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements mit vielfältigen Angeboten zur Gesunderhaltung und zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit. Personalentwicklung ist ein Schlüsselelement der Personalbindung. So werden derzeit Angebote von beruflichen Weiterqualifizierungen sämtlicher Bereiche geprüft. Die 4-jährige Technikerweiterbildung zum staatlich geprüften Bautechniker in der Fachrichtung Tiefbau konnte bereits in die Ausschreibung gehen. Durch individuelle Weiterbildungsangebote können Mitarbeiter ihre Fähigkeiten erweitern und fühlen sich gleichzeitig unterstützt. Im Vergleich zu anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes steht die Stadtverwaltung Koblenz gut da und braucht in vielen Bereichen auch die Gegenüberstellung zur freien Wirtschaft nicht zu scheuen.

Ein angenehmes Arbeitsumfeld, attraktiv und modern gestaltete Arbeitsplätze bzw. Arbeitsorganisation sowie die Förderung der Mobilität von Mitarbeitenden tragen zur Zufriedenheit der Mitarbeiter bei. Attraktive Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um Mitarbeiter langfristig zu binden. Seit 2023 werden den Mitarbeitenden neben der Möglichkeit eines zinslosen Mitarbeiterdarlehens zum Fahrradkauf auch die Möglichkeit des Fahrradleasings über eine Entgeltumwandlung angeboten. Mit Beginn des Deutschland-Tickets konnte ein vergünstigtes Deutschland Job-Ticket eingeführt werden. Bei Mitarbeitenden, die ÖPNV-Zuschuss berechtigt sind, reduziert sich der Beitrag zusätzlich. Mögliche Anreize zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften werden im Einzelfall genutzt. Weitere Flexibilisierungen von Arbeitsort und Arbeitszeit, wie bspw. die Einführung der mobilen Arbeit neben der Telearbeit, wirken sich positiv auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben aus.

Um die Arbeitsfähigkeit und -motivation zu erhöhen gilt es weiterhin, Lernen in den realen Arbeitsalltag zu integrieren und anhand von lebensphasenorientierten Personalentwicklungsinstrumenten individuelle Perspektiven aufzuzeigen. Die systematische Führungskräfteentwicklung konnte zur Förderung der Führungskultur fortgesetzt werden. Mit Maßnahmen des Gesundheitsmanagements sollen Langzeiterkrankungen weiter reduziert und alternsgerechte Arbeitsbedingungen für alle Phasen des beruflichen Lebens weiter gefördert werden.

Zur Weiterentwicklung der Verwaltungskultur und -kommunikation wird die Mitarbeitendenzufriedenheit anhand einer Umfrage regelmäßig erhoben und Handlungsfelder abgeleitet. Die letzte Mitarbeiterbefragung wurde im Jahr 2023 von der Kommunalstatistik und Stadtforschung durchgeführt. Die Ergebnisse des „Mitarbeitenden-Stimmungs-Barometers (MAB)“ wurden den Mitarbeitenden präsentiert und veröffentlicht. Die nächste Umfrage wird in 2-3 Jahren stattfinden. Die ämterübergreifende Zusammenarbeit, das Miteinander der Verwaltungsmitarbeitenden und die verwaltungsinterne Kommunikation wird weiter gestärkt.

Das effektive Personalmanagement in der Verwaltung erfordert eine ganzheitliche Betrachtung von Personalgewinnung und -bindung. Durch die Implementierung dieser Strategien können Verwaltungen nicht nur hochqualifizierte Mitarbeiter gewinnen, sondern auch eine motivierte und loyale Belegschaft aufbauen, die den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gewachsen ist.

## E-Government und Digitalisierung

Die Digitalisierung des Verwaltungsangebots sowie der internen Verwaltungsabläufe ist auch weiterhin ein großer Arbeitsschwerpunkt der Verwaltung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine in jeder Hinsicht digitalisierte Verwaltung Vorteile für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch für die Verwaltungsbelegschaft selbst, bringen. Vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Arbeitsmenge kann durch digitalisierte Arbeitsabläufe die Effizienz der Verwaltung gesteigert und die Arbeitszufriedenheit der Belegschaft erhöht werden. Eine effiziente Verwaltung und ein digitales Verwaltungsangebot werden wiederum von Bürgern und Unternehmen in der heutigen digitalen und schnelllebigen Welt erwartet.

Auf der Basis des 2017 beschlossenen E-Government-Konzeptes der Stadtverwaltung Koblenz, setzt die Verwaltung Jahr für Jahr unterschiedlichste Digitalprojekte um.

Über allem steht dabei weiterhin die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Durch eine Vielzahl von selbstentwickelten Online-Leistungen sowie der Nachnutzung von digitalen Verwaltungsleistungen aus anderen Bundesländern, kann das digitale Verwaltungsangebot bei der Stadt Koblenz stetig ausgebaut werden. Mittlerweile sind bereits 135 verwaltungsinterne und -externe Leistungen vollständig online nutzbar (Stand November 2023). Durch den bereits praktizierten Austausch nachnutzbarer Online-Leistungen zwischen den Bundesländern, erhofft sich die Stadtverwaltung Koblenz im kommenden Jahr die Einführung weiterer attraktiver Online-Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Die Digitalisierung darf natürlich nicht nach Abgabe eines Online-Antrages durch die Bürger enden. Aus diesem Grund wird selbstverständlich auch weiterhin an der Digitalisierung der Verwaltung selbst, gearbeitet. Ein Schwerpunkt ist dabei die in den letzten Jahren bereits begonnene Ausstattung der Verwaltungsmitarbeiter mit aktueller Informationstechnik. Hierzu zählt auch die Ausgabe von mobilen Endgeräten, um die bereits eingeführten Fachverfahren optimal nutzen zu können. Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen des zentralen Gebäudemanagements sowie des Ordnungsamtes werden jeweils aktuelle und einheitliche Systeme zur Verfügung gestellt. Hierdurch wird die Verwaltung den digitalen Anforderungen an die tägliche Arbeit in den Fachämtern gerecht, insbesondere auch im Hinblick auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Die Ausstattung der Mitarbeiter mit mobilen Endgeräten fügt sich zudem nahtlos in den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weg des mobilen Arbeitens ein. Diese (technische) Flexibilität bei der Arbeitsgestaltung und -erbringung trägt zur Attraktivitätssteigerung der Stadtverwaltung als Arbeitsgeberin bei.

Um weiterhin als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben, müssen die begonnen Maßnahmen und Angebote stetig weiterentwickelt und auch durch entsprechende Mitarbeiterschulungsmöglichkeiten flankiert werden. Im Bereich der Personalverwaltung sollen daher im kommenden Jahr durch eine digitale Seminarverwaltung, ein digitales Personalmanagement sowie der Einführung einer E-Learning-Plattform die Belange der Mitarbeiter weiter gestärkt werden.

Ein funktionierendes E-Akten-System (DMS) stellt eine wichtige Grundlage für ein digitales und medienbruchfreies Arbeiten in der Zukunft dar. Das bisher bei der Stadtverwaltung Koblenz eingesetzte DMS hat sich in der Vergangenheit leider nicht immer als geeignet herausgestellt. Aus diesem Grund wird derzeit ein Wechsel des E-Akten-Systems vorangetrieben. Die Erfahrungen mit der bisherigen Software sowie Erfahrungen aus anderen Kommunen fließen dabei in die anstehende Softwareauswahl ein. Eine funktionierende und für alle Ämter verpflichtende digitale Aktenführung, wird das tägliche Arbeiten in der Stadtverwaltung einen großen Schritt voranbringen.

Zuletzt wurde auch die elektronische Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung immer mehr in den Fokus genommen. Neben den spätestens seit Corona-Zeiten etablierten Videokonferenz- und Chatmöglichkeiten, wird derzeit stetig an verwaltungsinternen Daten- und Informationsaustauschplattformen gearbeitet. Durch verschiedene Softwarelösungen, sollen Informationen zu aktuellen Themen, aber auch langjähriges Verwaltungswissen zentral für alle Mitarbeiter gesammelt, ausgetauscht und gepflegt werden. Hierdurch soll allen Mitarbeitern die Möglichkeit einer zentralen Informationsquelle geboten werden. Gleichzeitig kann so auch Wissen im Falle von Verrentung oder längerem krankheitsbedingtem Ausfall an andere Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden.

Neben dem Ausbau der digitalen Antragsstellung sowie der internen digitalen Antragsbearbeitung, hat die Verwaltung auch die Digitalisierung des gesamten Stadtgebietes im Blick. So entstehen, teilweise im Zusammenspiel mit verschiedenen Unternehmen, weitere digitale Angebote für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. So wird beispielsweise die Koblenz-App weiterentwickelt und nach der Integration des Parkleitsystems auch um einen Schadensmelder sowie einen Müllkalender erweitert werden.
Auch die Vernetzung von Kultur und Vereinen innerhalb der Stadt Koblenz, soll durch die Schaffung digitaler Angebote gestärkt werden.
Nicht zuletzt sollen Lösungen wie „Smart Parking“, „Smart Waste“ oder auch das „GEO-Portal Koblenz“ die Abläufe sowie die Infrastruktur innerhalb des Stadtgebietes besser aufeinander abstimmen.
Die gewonnenen Erkenntnisse aus all diesen Maßnahmen ermöglichen es dann Verwaltung und Politik wiederum, bessere und zukunftsorientierte Entscheidungen zum Wohle aller treffen zu können.

Die zunehmende Anzahl der eingesetzten digitalen Möglichkeiten birgt jedoch die Gefahr, Ziel von Cyberangriffen zu werden oder von einfachen Systemausfällen betroffen zu sein. Aufgrund

der immer komplexer werdenden Systeme und potenziellen Krisen, werden Maßnahmen getroffen, die es erlauben, das digitale Arbeiten in solchen Fällen weiterhin zu ermöglichen. Immer professioneller durchgeführte Cyberangriffe erfordern zudem dabei besondere Gegenmaßnahmen. Neben künftig regelmäßige durchgeführten Penetrationstests, werden weitere Maßnahmen, wie Mitarbeitersensibilisierungen, Ertüchtigung von bestehender Infrastruktur und die Einführung von neuen Verhalts- und Richtlinien notwendig sein.

## Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Die meisten der städtischen Vorhaben beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel – über die zum Teil bereits im letzten Prognosebericht berichtet wurde - laufen weiterhin nach Plan.

Die Einzelprojekte wie bspw. Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel, das 500-Dächer-Förderprogramm, neue Baumstandorte in der Innenstadt, Wiederaufforstung des Stadtwaldes, Starkregenvorsorgekonzepte, klimaangepasste Bauleitplanung, Ausbau der Radverkehrs- und der Ladeinfrastruktur und viele weitere mehr wurden bereits umgesetzt bzw. werden angewendet und können jeweils ihre Wirkung entfalten. Über den Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen wird jährlich im „Sachstandsbericht zum Klimaschutzkonzept“ berichtet. Für das Klimaschutzteilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften und Portfoliomanagement“ liegt ein Projektstatusbericht vor.

Neben den Einzelmaßnahmen gibt es vier wichtige strategische Planungen, die im letzten bzw. Anfang dieses Jahres auf den Weg gebracht wurden. Die Kommunale Wärmeplanung, das Gesamtkonzept Erneuerbare Energien, das Integrierte Klimaanpassungskonzept und das Integrierte Vorreiter- (Klimaschutz) Konzept. Die Kommunale Wärmeplanung befindet sich in der Umsetzung und wird bis August 2024 Wege aufzeigen, wie der Wärmesektor in Koblenz nachhaltig und regenerativ umgebaut und so die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern beendet werden kann. Flankiert wird die Wärmeplanung von dem Gesamtkonzept Erneuerbare Energien. Ziel ist, den Anteil der Erneuerbaren am Strombedarf innerhalb des Stadtkonzerns Koblenz stark zu beschleunigen. Darüber hinaus soll der Arbeitskreis auch als Katalysator dienen, um den Ausbau mit Erneuerbaren im gesamten Stadtgebiet voranzubringen. Hierfür wurden unter anderem Austauschformate mit den umliegenden Kommunen, den Koblenzer Industrie- und Gewerbetreibenden und weiteren Akteuren gefunden. Begleitend erhalten private Haushalte schon jetzt verschiedene Förderungen durch die Stadt Koblenz zur Unterstützung ihrer eigenen Energiewende. Eingerahmt werden sollten diese Planungen mit der Erarbeitung des Integrierten Vorreiterkonzeptes, für das bereits im Juli 2022 ein Förderantrag im Rahmen der Kommunalrichtlinie gestellt worden ist. Vorgesehen war, das Vorreiter-konzept parallel zu der Wärmeplanung und dem Gesamtkonzept Erneuerbare Energien zu erarbeiten, die drei Konzepte gemeinsam zu entwickeln und in der Beteiligung der Akteure miteinander zu verzahnen. Da vom Fördergeber bis dato noch kein Bescheid eingegangen ist, muss hier strategisch neu gedacht werden.

Auch im Bereich Anpassung an den Klimawandel wird mit dem Integrierten Klimaanpassungskonzept ein übergeordneter strategischer Rahmen erarbeitet, der vorhandene Maßnahmen und Projekte integriert und noch fehlende Schwerpunkte und Defizite offenlegt. Die Konzepterstellung konnte zwar im Jahr 2023 gestartet werden, verläuft aber aufgrund personeller Engpässe nicht wie zuvor geplant. Zum einen konnte aufgrund der schwieriger Personalgewinnung die Konzepterarbeitung erst im Juni statt im Februar 2023 gestartet werden. Zum anderen ist aktuell die Bearbeitung durch eine kurzfristig eingetretene Stellenvakanz vorübergehend nur eingeschränkt möglich. Nach der erneuten Stellenbesetzung soll die Konzepterarbeitung wieder fortgesetzt werden. Dieses Beispiel zeigt aber, dass die Realisierung der notwendigen Maßnahmen besonders in Zeiten des gegenwärtigen Fachkräftemangels immer in Abhängigkeit der vorhandenen Personalressourcen steht.

Das Jahr 2023 hat eindrucksvoll gezeigt, dass der Klimawandel eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung darstellt. Es ist daher verständlich, dass besorgte Bürgerinnen und Bürger mit immer größerem Nachdruck mehr Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel von der Kommune, dem Land und dem Bund einfordern. Weil dafür aber auch extremere Formen des Protestes gewählt werden, führt dies auf der anderen Seite auch dazu, dass immer mehr Menschen der gesamten Thematik abwehrend und zunehmend gereizt gegenüberstehen. Dabei sind Klimaschutz und Klimaanpassung gesamtgesellschaftliche Aufgaben und können nur gelingen, wenn nahezu alle gesellschaftlichen Interessengruppen hinter den Zielen stehen und die Prozesse unterstützen. Dafür ist es aber erforderlich, in verschiedensten Abwägungsprozessen Kompromisse, besser noch einen gemeinsamen Konsens zu finden. Dies ist ein notwendiger demokratischer Prozess, um gemeinsam einen tragfähigen Transformationspfad beschreiten zu können.

## Stadtentwicklung

Das Jahr 2022 war in der Stadtentwicklung durch zahlreiche Veränderungen geprägt. Der Wohnungsmarkt unterliegt aufgrund vieler Faktoren einem erheblichen Druck. Wegfall von Belegungsrechten in der sozialen Wohnraumförderung, nach wie vor bestehende Nachfrage durch anerkannte Flüchtlinge, Rückgang der Neubauzahlen, Auswirkungen des Ukrainekrieges und der Materialknappheit im Bauwesen (insbes. Stahl) und dann eine sich bereits Ende 2022 andeutende Zinsentwicklung, die dann 2023 im Baugeschehen ihren vollen Einschlag gefunden hat, sind die wesentlichen Faktoren.

Die im laufenden Flächennutzungsplanverfahren bezeichneten Wohnbauflächen wurden schließlich in 2023 nicht in das Planwerk übernommen, so dass im nunmehr laufenden Jahr ein weiterer Einflussfaktor für den Wohnungsmarkt hinzu kam. Die Offenlage ist im November 2023 beendet und es erfolgt nunmehr die Vorbereitung der Abwägung.

Zahlreiche flächenhafte Wohnungsbauprojekte werden im Moment, wenn überhaupt noch, mit gebremster Geschwindigkeit entwickelt, da die Finanzierungen dieser Projekte sich äußerst schwierig gestalten. Selbst für den bezahlbaren Wohnungsbau vorgesehene Projekte sind dabei besonders betroffen, da sich bezahlbarer Wohnungsbau im Mietwohnungsbereich derzeit überhaupt nicht mehr ohne finanzielle Unterstützung der Stadt darstellen lässt. Eine noch zu beauftragende Wohnraumversorgungsstrategie soll hier unterstützend wirken.

Im gewerblichen Entwicklungsbereich sind mit der gut angelaufenen Entwicklung der ehemaligen Hundeschule Bubenheim und des Bebauungsabschnittes 257 f Industriegebiet an der A 61 / im Güterverkehrszentrum (GVZ) nunmehr fast alle Flächenpotentiale der Stadt ausgereizt, obwohl die Nachfrage nach Flächen hier nach wie vor besonders hoch ist. Umso schmerzlicher war hier die im Flächennutzungsplan-Verfahren beschlossenen Reduzierung der von der Verwaltung eingereichten Flächenvorschläge. Die letzte verbleibende große Reserve wird ein Bebauungsabschnitt 257 d direkt entlang der A 61 sein, ansonsten bestehen nur noch interkommunale Reserven im westlich angrenzenden Zweckverband. Es besteht nach wie vor das Risiko, dass durch die ungebremste Entwicklung im näheren und mittlerweile auch weiteren Speckgürtel des Oberzentrums deutlich bessere Entwicklungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten bestehen. Hier ist im Zuge der angelaufenen Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes Rheinland-Pfalz (LEP5) ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der zentralen Orte zu legen.

Bei den Verkehrsplanungsprojekten rückt neben den Großmaßnahmen an der Pfaffendorfer Brücke und der Horchheimer Eisenbahnbrücke, der Neubau einer Fuß- und Radwegebrücke zwischen der Goldgrube und dem Rauental in greifbare Nähe, so dass auch die Projekte für die

benachteiligten Verkehrsteilnehmer auf dem Rad und zu Fuß stärker in den Focus gerückt werden konnten. Die begonnene Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplans 2030 wird weitere Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge für eine Verkehrswende in der Stadt erbringen.
Das erste Deutschland-Ticket in 2022 und die Fortführung in 2023 hatten und haben erhebliche Auswirkungen auf die Auslastung und damit auch auf die Akzeptanz für den ÖPNV. In einer Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sind die Konsequenzen für das Liniennetz und die Qualitäten im ÖPNV zu ziehen. Ob und inwieweit die Koblenzer Seilbahn hier eine Rolle spielt, muss im Weiteren mit untersucht werden. In 2022 war die Seilbahn und deren Erhalt vor dem Hintergrund der UNESCO-Bedenken ein großes Thema der Stadtentwicklung, das in die Jahre 2023 und 2024 mit der Vorbereitung eines Architektenwettbewerbs für die Talstation mündet, um letzten Endes ein Placet der UNESCO zu erhalten.

Zwischenzeitlich gibt es beim Großprojekt „Festungsstadt Koblenz“ sichtbare Erfolge. So konnte im Bereich der Feste Franz eine wesentliche Baumaßnahme mit dem Kriegspulvermagazin fertiggestellt und der Landschaftspark dort als Pendant zum bereits etablierten Park am Fort Asterstein eröffnet werden. Dieses Projekt zeigt, dass man zur Bewahrung des kulturellen Erbes nicht nur einen langen Atem, sondern auch effektive Fördermöglichkeiten benötigt, da die Stadt die Erhaltung und – als Fernziel - die sinnvolle Nutzbarmachung ihrer Festungsbestandteile nicht alleine stemmen kann. Die Verwaltung bleibt bei der Akquise von Fördermöglichkeiten auch die kommenden Jahre gefordert.

Bei den Förderprogrammen besteht jedoch ein sehr hohes Risiko, das gerade in den letzten aber auch im laufenden Jahr 2023 verstärkt zu Tage getreten ist. Die lang andauernden und nicht mehr kalkulierbaren Abstimmungsprozesse mit den Förderstellen des Landes und hier insbesondere mit der ADD haben Auswirkungen auf Projektzeitläufe und den Mittelabfluss von haushälterisch veranschlagten Kosten bis hin zu nicht mehr hinnehmbaren Verzögerungen bei laufenden Projekten und dem Risiko des Mittelverfalls. Ein Bearbeitungszeitraum von 1 - 3 Jahre für eine förderrechtliche Anerkennung sind im Hinblick auf eine effektive und effiziente Projektabwicklung nicht mehr hinnehmbar.

Eine große Chance steckt im nunmehr in Vorbereitung befindlichen Erwerb der Flächen unterhalb der Feste Franz. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bereitet den Verkauf der Flächen an die Stadt vor, so dass dort ein Urbanes Quartier, ergänzt um kleinere Gewerbeflächen zu Füßen der Feste Franz, in städtischer Regie entstehen kann. Zusammen mit dem in Entwicklung befindlichen Rosenquartier – die Wohnbaumaßnahmen beginnen im Januar 2024, erfolgt somit in Lützel ein vorzeigbarer und erfolgreicher Stadtumbau, der in den kommenden Jahren immer mehr zum Schlüsselfeld der Stadtentwicklung wird.

Die Aufgabenfelder der Stadtentwicklung werden allerdings immer komplexer und immer mehr regelüberfrachtet, so dass kurze Reaktionszeiträume auf aktuelle Entwicklungen kaum noch möglich sind. Hinzu kommt erschwerend der Fachkräftemangel im Ingenieur- und Technikerbereich, sowie der Kampf um die Köpfe, den die Verwaltung mit der freien Wirtschaft nicht gewinnen wird. In Zukunft muss daher in den einzelnen Disziplinen der Stadtentwicklung noch stärker bei den Projekten und den Projektwünschen festgelegt werden, welche davon noch angegangen werden können, betreut werden können bzw. welche davon den strategischen Zielen der Koblenzer Stadtentwicklung dienlich sind. Perspektivisch sollte auch vor diesem Hintergrund, aber auch unter Einbeziehung anderer Faktoren, eine Fortschreibung des Koblenzer Stadtentwicklungskonzeptes (Masterplan Koblenz) in Erwägung gezogen werden.

Seit Einführung des **Zentralen Gebäudemanagements (ZGM)** zum 01.01.2014 werden erfolgreich umfangreiche Neubauten und Modernisierungen bzw. Sanierungen durch die Mitarbeitenden umgesetzt. Eine umfangreiche Aufgabe des ZGM ist es, den Gebäudezustand, den veränderten Bedarfen hinsichtlich Ausstattung und Raumangebot, anzupassen.

Hier sind in erster Linie Schulgebäude zu nennen, deren Ausgaben für Neu-/Umbau- und Erweiterungsbauten mehr als die Hälfte des Budgets des ZGM ausmachen. Aufgrund des vorliegenden Sanierungsstaus, weiter zunehmenden Schülerzahlen und gestiegener Anforderungen an den Schulbetrieb (Ganztagsschulen, Inklusion etc.) werden auch weiterhin umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich sein. Bereits geplante Projekte sind: die Erweiterungen zur Ganztagsschule Clemens-Brentano-Realschule plus, die Schulerweiterung Goethe Realschule plus (incl. Ganztagsschule) sowie der Erweiterungsneubau der Grundschule Asterstein. In der Goldgrube entsteht ein neues Quartier mit dem Neubau einer Kindertagesstätte sowie dem Neubau der Grundschule Pestalozzi einschließlich Sporthalle. Der Neubau der Grundschule Freiherr-vom-Stein wird zum Jahreswechsel 2023/2024 in Betrieb genommen. Darüber hinaus müssen auch Grundschulen aufgrund gesetzlicher Vorgaben sukzessive zu Ganztagsschulen entwickelt werden. Die nächsten Projekte sind Grundschule Pfaffendorfer Höhe und Grundschule Metternich-Rohrerhof. Bei vielen Baumaßnahmen müssen Schulklassen aus dem zu sanierenden Bestandsgebäude ausgelagert werden. Wenn keine Ausweichräume gefunden werden können, ist es erforderlich, entsprechende Schulcontainer bereit zu stellen. Um hohe Mietaufwendungen zu vermeiden, werden durch das ZGM sukzessive Klassenraumcontainer angeschafft (in 2022/2023 für Grundschule Lützel und IGS Koblenz).

Im Bereich der Kindertagesstätten ist perspektivisch ebenfalls mit einer weiter steigenden Bedarfslage zu rechnen, welche zusätzliche Neu- und Erweiterungsbauten zur Folge haben werden. In der Umsetzung derzeit sind der Neubau Kita Horchheimer Höhe (Fertigstellung 2023) und der Neubau Kita Goldgrube. Folgende Kita-Projekte sind in Vorbereitung: Neubau der Kita „St. Maternus“/Bubenheim, Neubau Kita St. Servatius/Güls, Neubau Kita Zauberland/Rübenach sowie die Waldkindertagesstätte.
Weitere Projekte im Bereich Jugend und Soziales sind in der Planungsphase: Neubau Jugendtreff und Ersatzneubau Hort Im Kreutzchen - beide im Stadtteil Neuendorf.

Außerdem sind Umsetzungen von Inklusionsmaßnahmen an Koblenzer Schulen erfolgt:

- Realschule Plus auf der Karthause: Errichtung einer Toilette für Menschen mit Behinderung,
- Grundschulen „Am Löwentor“, „Schenkendorf“ und „Ehrenbreitstein“: Herrichtung eines Klassenraumes für hörgeschädigte Menschen (einschl. LED-Beleuchtung).

Auch für andere Bedarfsträger führt das ZGM Maßnahmen an Liegenschaften von städtischer Bedeutung aus. Zu nennen sind hier in erster Linie:

- Kernsanierung Stadttheater,
- Generalsanierung Hauptfeuerwache,
- Generalsanierung Bezirkssportanlage Schmitzers Wiese,
- Stadtdörfer Arenberg-Immendorf, Arzheim und Güls,
- Energetische Sanierung Fechthalle,
- Dachsanierung Ludwig-Museum,
- Sanierung Freibad Oberwerth,
- Fahrradparkhaus Hauptbahnhof,
- Erneuerung Torgebäude Fort Asterstein,
- Neubau Hallen Forstbetriebshof Kühkopf,
- Neubau öffentliche Toilettenanlage am Schloss,
- Neubau Feuerwache 3 (Fertigstellung 2023),
- Neubau Feuerwehrgerätehaus Horchheim,
- Standortverlagerung Stadtarchiv,
- Umbau Feuerwehrgerätehaus Kesselheim zum Dorfgemeinschaftshaus (Fertigstellung 2023),
- Ankauf und Errichtung von Unterbringungscontainern für Schutzbegehrende.

Bei der allgemeinen Marktlage auf dem Bausektor musste in der jüngsten Vergangenheit aufgrund der erhöhten Nachfrage, eine gleichzeitige Steigerung des Preisniveaus beobachtet werden. Dieser Trend setzte sich in der Pandemie und aufgrund des anhaltenden Ukrainekrieges, nicht zuletzt durch Lieferengpässe und daraus resultierenden Materialpreissteigerungen, deutlich fort. Wir erwarten für die nächsten Jahre eine kontinuierliche Fortsetzung dieser Situation. Mit einer „Kostenexplosion“ der Gebäudebetriebskosten in den nächsten Jahren, aufgrund der steigenden Energiepreise, ist zu rechnen.

Darüber hinaus wird das ZGM einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutzplan 2050 zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten. Prioritäre Maßnahmen sind beispielsweise die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen, der hydraulische Abgleich von Heizungen und die Umrüstung auf LED-Beleuchtungen. Gleichzeitig zu den Maßnahmen, die durch langfristige Planungen und entsprechende Förderprojekte finanziert werden, müssen kurzfristig zusätzliche Förderprogramme umgesetzt werden.

Das Aufgabenportfolio des ZGM ist in den letzten Jahren kontinuierlich größer und vielseitiger geworden. Damit einhergehend ist bisher auch die Mitarbeiterschaft entsprechend gewachsen. Dennoch ist festzustellen, dass die bisherigen Arbeitsabläufe und Prozesse in vielen Teilen neu strukturiert und auszurichten sind. In einem ersten Schritt erfolgte im Berichtsjahr die Weiterentwicklung des Technischen Gebäudemanagement.

Die Implementierung der Elektronischen Rechnung (E-Rechnung) wurde kontinuierlich weiterverfolgt. Nach einer Testphase wird die stufenweise Einführung der E-Rechnung beim ZGM ab dem 01.01.2023 beginnen.

Die ganzheitliche Digitalisierung des Gebäudemanagements der Stadtverwaltung (CAFM - Computer Aided Facility Management) wird weiterhin stetig gemäß mehrjähriger Roadmap fortgeführt. In 2022 erfolgte die Anbindung der Außendienstmitarbeitenden mittels Handheld-Endgeräten. Ab Januar 2023 wird die Instandhaltung der städtischen Gebäude vollständig über die CAFM-Software abgewickelt werden. Dies umfasst neben der bereits eingerichteten Einreichung von Schadensmeldungen und Reklamationen, die Beauftragung von Reparaturen, als auch die Wartung der rund 15.000 technischen Anlagen des städtischen Gebäudebestands, einschließlich Budget- und Vertragsmanagement. Derzeit läuft eine Testphase für ein weiteres Modul der CAFM-Software. Dieses Modul, genannt „Bauauftragsverwaltung“, soll die bisher verwendete und veraltete Applikation „Baukonto“ ablösen. In der finalen Ausbaustufe ist ein geschätztes erzielbares Einsparpotenzial von mehr als 2 Mio. € pro Jahr zu erwarten, beispielsweise durch Effizienzsteigerungen der Instandhaltung, des technischen Anlagenmanagements und des Energiemanagements.

Im Bereich der **städtischen Ingenieurbauwerke** ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan “Brücken“ vorgestellt. Der Masterplan wird laufend fortgeschrieben. Er ist insgesamt als langfristige Aufgabe zu betrachten.
In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen steht der Neubau der Pfaffendorfer Brücke im Zuge der Bundesstraße 49 derzeit eindeutig im Vordergrund.

Hierbei werden die denkmalgeschützten Widerlager der Flussbrücke ertüchtigt sowie die Gewölbe der Vorlandbrücken baulich erhalten, aber durch neue Tragsysteme überbaut. Völlig neu gebaut werden der Überbau und die Flusspfeiler. Die Ausschreibung und Vergabe erfolgte in 2022. Die vorbereitenden Maßnahmen (Errichtung Baubüro, Errichtung eines Ersatzstandortes für das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, ökologische Maßnahmen (wie z. B. Umsiedlung von Mauereidechsen und Fledermäusen) wurden fertiggestellt. Das Land fördert die Maßnahme mit 80,7 Mio. €.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse der letzten Hauptprüfung nach DIN 1076 mussten an der Pfaffendorfer Brücke seit März 2019 gravierende Maßnahmen ergriffen werden, um die Standsicherheit des Bauwerks bis zum geplanten Neubau zu gewährleisten. Als Sofortmaßnahmen wurden daher die Reduzierung der Fahrstreifen sowie eine Lastbeschränkung für Schwerfahrzeuge auf der Flussbrücke und die Vollsperrung der Brückenstraße angeordnet. Neben dem Monitoring wurde im 1. Halbjahr 2021 eine Höhenbegrenzungsanlage installiert.

Die Instandsetzung der Fußgängerüberführung am Moselring wurde in 2022 begonnen und sollen im Jahr 2024 abgeschlossen sein.

Aufgrund von Bewegungen im Felshang des Rittersturzes kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Felshang bzw. Bereiche dessen abgehen könnten. Dies stellt eine Gefahr für die darunter verlaufende Bundesstraße 9 sowie für die zweigleisige Bahntrasse dar. Daher wurde für den Rittersturz ein Monitoringprogramm (Errichtung von Mess- und Entwässerungseinrichtungen als Ergänzung zu den bereits vorhandenen Grundwassermessstellen) eingerichtet. Nur durch diese weitergehenden Maßnahmen kann die Verkehrssicherheit gewährleistet werden.

Auch in 2022 wurden verschiedene konstruktive Ingenieurbauwerke mit Vogeleinflugschutzsystemen nachgerüstet.
Das begonnene Programm zur sukzessiven Erneuerung von Verkehrszeichenbrücken im Stadtgebiet wurde auch in 2022 konsequent weitergeführt.

Für die kommenden Jahre sind folgende größere Baumaßnahmen vorgesehen:

- die Erneuerung des Geh- und Radweges an der Horchheimer Eisenbahnbrücke,
- der Ersatz der Straßenbrücke in der Beckenkampstraße durch eine Geh- und Radwegebrücke,
- die Erneuerung der Bogenbrücke in der Mozartstraße,
- die Erneuerung des Brückenbauwerkes über Neustadt B49,
- der Umbau des Rollverschlusses an der Europabrücke Fahrtrichtung Bonn.

Dem Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz obliegt seit dem 01.01.2013 auch die operative Aufgabe der Unterhaltung als Straßenbaulastträger nach dem Landesstraßengesetz.

Für den Bereich **Straßenunterhaltung** ist ein Straßeninformationssystem eingerichtet, welches neben den Grundlagendaten insbesondere die Erfassung und Fortschreibung aktueller Maßnahmen bzw. Veränderungen des Straßenzustandes umfasst. Auf dieser Basis erfolgt weiterhin die Optimierung der Unterhaltungs- und Erhaltungsleistungen. In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt wurde im November 2023 ein "Masterplan Straßen" beschlossen, damit Unterhaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen besser aufeinander abgestimmt und bedarfsgerecht priorisiert werden können.

Neben der Umsetzung der Konzeption zur Prüfung der Standsicherheit von Beleuchtungsmasten ist der Betriebszweig Elektrowerkstatt derzeit mit der Sanierung der Straßenbeleuchtung befasst. In den kommenden Jahren sollen sämtliche Beleuchtungspunkte auf LED-Technik umgerüstet werden. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wird sich der Stromverbrauch entsprechend reduzieren.

## Wirtschaftsförderung

Die Nachfrage nach Gewerbe-, Industrie- und Wohnbauflächen am Standort Koblenz ist trotz der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges der hohen Zinsbelastungen und des zusätzli-

chen Nahost-Konfliktes auch in 2022 und 2023 ungebrochen. Die Stadt ist als Standort für Betriebe und Unternehmen weiterhin höchst attraktiv. In 2021 konnten zahlreiche Grundstücksverkäufe realisiert, neue Projekte initiiert bzw. in anstehende Baumaßnahmen gebracht werden. Wichtige Innenstadtmaßnahmen wurden begonnen bzw. Grundlagen für infrastrukturelle Sanierungsmaßnahmen gelegt. Hierbei zeigt sich eine große Nachfrage nach Zwischennutzungen, seitens der von Sanierungen betroffenen Trägern nach Büroflächen. Dieser Trend setzte sich auch zu Beginn 2023 ungebremst fort.

Die derzeit noch direkt verfügbaren oder in Kürze entwickelten Grundstücke reichen bei weitem nicht aus, um den aktuellen und bereits für die nächsten Jahre nachgefragten Bedarf zu decken. Die Nachfrage nach Industrie- und Gewerbeflächen übersteigt das Angebot um das Doppelte – im Bereich der Dienstleistungsgrundstücke und Büroflächen sogar bis um das Dreifache. Zuletzt konnten z. B. im Gewerbegebiet Bubenheim und im Industriegebiet A61 weitere Neubauvorhaben abgeschlossen oder begonnen werden.

Neue Spatenstiche stehen an (Ratio-Data, 3.000m²) und auch Hotelneubauten konnten begonnen werden.

Um neue Unternehmen anzusiedeln oder bestehenden eine Vergrößerung zu ermöglichen, können nur noch in Bubenheim und an der A61 (noch ca. 3 ha Restflächen) Flächen zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählt das Gelände der ehemaligen Hundeschule in Bubenheim, das die Wirtschaftsförderungsgesellschaft 2017 erworben hat und das ab dem kommenden Jahr bebaut werden kann. Hier sollen Handwerks-/Dienstleistungsunternehmen Platz finden. Aufgrund der hohen Nachfrage ist die Vermarktung bereits fast vollständig abgeschlossen.

Um eine Entlastung der hohen Nachfrage zu ermöglichen, sind auch bestehende brachliegende Flächen im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen. Leider stehen die noch im letzten Jahr kalkulierten Flächen in Niederberg und Güls aufgrund der jeweiligen Eigennutzung des Bundes bzw. durch Fremderwerb nicht mehr zur Verfügung. In Lützel ist eine denkmalaffine Nutzung vorgesehen, sodass auch hier wenig gewerbliche Bedarfsdeckung zu erwarten ist. Die Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit all ihren Chancen und Risiken könnte durch Revitalisierung mindergenutzter Gebiete erfolgen. Hieran sollte jedoch weitergearbeitet werden.

Für die Digitalisierung / Smart City wurden neue Kommunikationswege und neue Ansprechpartner bei der Wirtschaftsförderung als “Digitallotse Wirtschaft“ geschaffen, die, u. a. mit dem Digitalbeirat, die Entwicklung, Nachhaltigkeit und Attraktivität von E-Business und E-Commerce fördern, die Produktivität erhöhen und so Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft neue Möglichkeiten zur innovativen Weiterentwicklung bereitstellen. Mit der digitalen Landkarte werden neue Möglichkeiten im B2B-Bereich (Business to Business-Bereich) eröffnet und bei dem Thema Regiopole eine erhöhte Sichtbarkeit der Region nach außen angestrebt.

Corona und Kriegs- sowie Klimakrisen werden die Wirtschafts- und Verwaltungsleistungen langfristig beeinflussen und stellen die Stadt vor unabsehbare Herausforderungen, um den Standort Koblenz attraktiv zu halten.

Die neuen kommunalen Energie- und Wärmeplanungen bieten auch große Chancen, den Standort nachhaltig zu gestalten.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** kann folgendes berichtet werden:

Die **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH** geht weiterhin von stabilen Erlösen in der Vermietung aus. Die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken stellt ein gewisses Risiko dar.

Die **Stadtwerke Koblenz GmbH (SWK)** wird in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Stadtwerke und den Hafen- und Bahnbetrieb geprägt sein. Aus heutiger Sicht bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

Besondere Bedeutung wird künftig auch weiterhin die Kostenfolge des relativ neuen Geschäftsbereiches Erwerb und Errichtung, sowie das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben. Dieser, über Investitionsdarlehen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH finanzierte Bereich, sah
sich in den letzten Jahren einem deutlichen Anstieg der Baupreise ausgesetzt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der zuletzt gesetzte Kostenrahmen bis zum Abschluss der Baumaßnahmen für den Neubau des Moselbades Koblenz im 2. Quartal 2024 aller Voraussicht nach ausreichen.

Auch die **Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH** wird im Rahmen der ihr Ende 2020 durch den öffentlichen Dienstleistungsauftrag der Stadt Koblenz zum Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in Koblenz erteilten Aufgaben auch im Jahr 2023 weitere finanzielle Mittel in Form von Kapitaleinlagen und Investitionsdarlehen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH erhalten.

Der Ukraine-Krieg hat die Risiken im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen erhöht. Neben deutlich volatileren Energiepreisen bestehen Risiken im Hinblick auf die zukünftige Energieausrichtung der Bundesregierung. Zudem vergrößern sich bestehende Risiken im Kontext von Cyber-Kriminalität.

Durch den Ukraine-Krieg und den damit verbundenen Einschränkungen ist die Situation
im Hafen- und Bahnbetrieb schwer einzuschätzen. Insbesondere im Containerumschlag
gestaltet sich die Lage durch die EU-Sanktionen und der unsicheren Zukunft des wirtschaftlichen Welthandels extrem schwierig. Hinzu kommt, dass die Seeschifffahrt noch die Auswirkungen der Corona-Pandemie spürt und der gesamte Fahrplan durcheinandergeraten ist.
Es bleibt abzuwarten, ob die SWK trotz dieser zukünftigen finanziellen Belastungen weiterhin in der Lage sein wird, einen gleichbleibenden Ausschüttungsbetrag für den Kernhaushalt der Stadt Koblenz abzuführen.

Im hoch kompetitiven Umfeld der Region Mittelrhein sieht die Geschäftsführung ein Risiko für die **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH** (GKM) in der Besetzung von Stellen, insbesondere bei fachweitergebildeten Pflegekräften. Entsprechende Qualifikationsmaßnahmen, Personalsuche und Programme zur Personalakquise (z. B. Gewinnung und Integration von Fachkräften aus dem Ausland) wurden bereits umgesetzt.

Zur Sicherstellung seiner Fortführungs- und Zahlungsfähigkeit war das GKM auf weitere liquide Mittel der Gesellschafter angewiesen. Daher hat der Stadtrat bereits in seiner Sitzung am 09.03.2023, ebenso gleichlautend der Kreistag des Landkreises Mayen-Koblenz am 10.03.2023, seine Bereitschaft erklärt, dem GKM zur Sicherung seiner Zahlungsfähigkeit liquide Mittel in Höhe eines Betrages von 6,5 Mio. € im Rahmen eines Betriebsmitteldarlehens und 10 Mio. € im Rahmen einer Kapitalerhöhung zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht der Verwaltung sind die v. g. Maßnahmen geeignet und erforderlich, um den Fortbestand des GKM zu gewährleisten.

Im Rahmen eines stattgefundenen Bieterverfahrens fand ein Managementwechsel im GKM statt. Die Gesellschafterversammlung des GKM hat die Bestellung der Herren Dr. Goedereis und Straub zu Geschäftsführern sowie von Herrn Eckert zum Prokuristen der Gesellschaft mit Wirkung zum 01.04.2023 beschlossen. Entsprechend ist in den Tochtergesellschaften der Gesellschaft verfahren worden.

Durch den Grundsatzbeschluss vom 15. Juli 2021 bekannte sich der Stadtrat zu einer Fortführung des Verbundkrankenhauses und sah das Erfordernis zur Einbindung eines strategischen Partners als Gesellschafter und Finanzierungspartner.

Weitere Maßnahmen der kommunalen Gesellschafter Stadt Koblenz und Landkreis Mayen-Koblenz zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit wurden Anfang 2024 beschlossen.

Im Januar 2024 wurden die Verhandlungen des GKM mit der Sana AG als potenziellen zukünftigen Mehrheitsgesellschafter und Finanzierungspartner beendet. Derzeit wird mit Experten eine Zukunftskonzeption zur Sicherstellung der Gesellschaft sowie eine Optimierung der zukünftigen Gesellschafterstruktur erarbeitet.

## Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz

Mit Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 16.12.2020 (VGH N 12/19 - VGH N 13/19 - VGH N 14/19) wurde der bisherige Kommunale Finanzausgleich (KFA) als mit der Landesverfassung Rheinland-Pfalz unvereinbar erklärt, da sich u. a. die Finanzausstattung nicht am konkreten Bedarf der Kommunen orientiere. Die nach Art. 49 Abs. 6 Landesverfassung gewährleistete Finanzausstattung der Kommunen stellt sich dann als angemessen dar, wenn die Finanzmittel ausreichen, um den Kommunen die Erfüllung aller zugewiesenen und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auch die Wahrnehmung (jedenfalls eines Mindestbestandes) selbstgewählter Aufgaben zu ermöglichen. Hierzu müssen die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Zugleich wurde dem Landesgesetzgeber aufgegeben, bis spätestens zum 01.01.2023 eine Neuregelung zu schaffen. Nach Ansicht des VGH ist nur eine aufgabenadäquate kommunale Finanzausstattung angemessen und nicht, wie seit Jahren im kommunalen Finanzausgleich praktiziert, eine nach einem Verbundquotenmodell ermittelte Finanzausgleichsmasse, die jährlich lediglich unter Berücksichtigung der Einnahmeentwicklung des Landes und unter Außerachtlassung des tatsächlichen kommunalen Bedarfs fortgeschrieben wird.

Mit dem „Landesgesetz zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den kommunalen Gebietskörperschaften (Landesfinanzausgleichsgesetz – LFAG)“ vom 07.12.2022 wurde der kommunale Finanzausgleich umfassend reformiert. Im Mittelpunkt steht dabei, wie vom Verfassungsgerichtshof gefordert, ein aufgabenorientierter und bedarfsgerechter kommunaler Finanzausgleich.

Im Rahmen der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse wird vor allem die Mindestfinanzausstattung auf Basis eines umfangreichen Aufgabenkatalogs und der in der Vergangenheit hierfür anfallenden Belastungen aus der Jahresrechnungsstatistik festgestellt. Der Bedarf des konsumtiven Pflichtbereichs wird einer Angemessenheitsprüfung (sog. Korridorverfahren) unterzogen. Die Belastungen aus dem freiwilligen Sektor werden grundsätzlich zu 75 % anerkannt. Die ermittelten kommunalen Mindestbedarfe werden nach sachgerechten Maßstäben mithilfe von Indizes auf das jeweilige Ausgleichsjahr fortgeschrieben.

Im Fokus stehen neben der Schlüsselzuweisung A, die - wie bisher - besonders steuerschwache Gemeinden an die landesdurchschnittliche Steuerkraft heranführt (für Koblenz als steuerstarke Gemeinde uninteressant), die Schlüsselzuweisung B sowie die Zuweisungen für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte.
Die Schlüsselzuweisung B dient dem Ziel, einen von der Finanzkraft abhängigen aufgabenorientierten Ausgleich vorzunehmen. In die Bedarfsermittlung wird ein Sozial- und Jugendhilfeansatz (bisher: Schlüsselzuweisungen C1 bis C3), ein neuer Ansatz für Kindertagesbetreuung und ein Straßenansatz (bisher: Allgemeine Straßenzuweisungen) integriert. Im Rahmen der Ermittlung der Finanzkraft werden die Höhe der Nivellierungssätze, mit Ausnahme der Gewerbesteuer, auf den jeweiligen Bundesdurchschnitt angepasst (Grundsteuer A: 345 v. H., Grundsteuer B: 465 v. H., Gewerbesteuer: 380 v. H.). Eine Dynamisierung der Nivellierungssätze sowie gebietskörperschaftsgruppenbezogene Nivellierungssätze sind nicht vorgesehen.
Die Zuweisungen für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte werden außerhalb der Schlüsselzuweisungen gewährt (bisher im Rahmen der Bedarfsermittlung für die Schlüsselzuweisung B2).

Die Finanzausgleichsumlage ist nicht mehr allein von der Finanzkraft abhängig, sondern ist grundsätzlich nur zu leisten, wenn die Finanzkraftmesszahl größer als die Ausgleichsmesszahl ist.

Auf Basis einer vom Land bereitgestellten Probeberechnung erhält die Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 2023 nach dem neuen KFA im Vergleich zum alten Recht voraussichtlich Mehreinnahmen von rd. 12,7 Mio. €. Dies ist zunächst erfreulich und führt zu einer Entlastung des Haushaltes. Da insbesondere die Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen aber in der Vergangenheit stark angestiegen sind, bleibt abzuwarten, ob die beabsichtigte Neuregelung des KFA diese Belastungen künftig abfedern kann oder aber weitere Entlastungen notwendig werden. Die erste Evaluation des neuen KFA ist im Jahr 2026 vorgesehen.

- Anlage: Abweichungsanalyse Ergebnis- und Finanzrechnung
(§ 44 Abs. 3, § 45 Abs. 3, § 46 Abs. 2 und § 46 Abs. 3 GemHVO)

# Anlage 10 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Bilanz

## A K T I V A

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1** | **Anlagevermögen** | **31.12.2022** | 1.457.664.783,61 € |
| | | **31.12.2021** | 1.443.406.226,88 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 58.240.685,92 | 59.126.566,24 |
| Sachanlagen | 1.022.171.825,58 | 1.035.670.109,96 |
| Finanzanlagen | 362.993.715,38 | 362.868.107,41 |
| | 1.443.406.226,88 | 1.457.664.783,61 |

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagespiegel (**Anlage 5**).

Das Anlagevermögen wurde in Stichproben geprüft. Es ergaben sich keine Beanstandungen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.1** | **Immaterielle Vermögensgegenstände** | **31.12.2022** | 59.126.566,24 € |
| | | **31.12.2021** | 58.240.685,92 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Gewerbl. Schutzrechte, Rechte, Lizenzen | 147.048,43 | 243.704,43 |
| Geleistete Zuwendungen | 41.730.988,00 | 43.340.903,00 |
| Geleistete Investitionszuschüsse | 9.253.210,00 | 10.372.885,01 |
| Anzahlungen auf immat. Vermögensgegen. | 7.109.439,49 | 5.169.073,80 |
| | 58.240.685,92 | 59.126.566,24 |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1.1.1** | **Gewerbliche Schutzrechte u. ähnliche Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten u. Werten** | **31.12.2022** | 243.704,43 € |
| | | **31.12.2021** | 147.048,43 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 147.048,43 |
| Zugänge | 200.089,77 |
| Abschreibungen | -103.433,77 |
| Stand am 31.12.2022 | 243.704,43 |

Die Zugänge beinhalten fast ausschließlich Software-Lizenzen im Amt 40.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 103.433,77 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

| **1.1.2 Geleistete Zuwendungen** | **31.12.2022** | 43.340.903,00 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2021** | 41.730.988,00 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 41.730.988,00 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 4.210.910,31 |
| Abschreibungen | -2.600.995,31 |
| Stand am 31.12.2022 | 43.340.903,00 |

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Zuschuss Generalsanierung Kita St. Martin | 1.577.051,83 |
| Investitionszuschuss EB 85 Straße | 1.400.000,00 |
| Zuschuss Zufahrt Pfaffendorfer Brücke | 1.100.909,86 |
| Zuschuss Soziale Stadt Lützel Bürgerzentrum | 68.299,78 |
| Förderprogramm „500-Dächer“ | 54.548,00 |
| Sonstige Zuschüsse | 10.100,84 |
| | 4.210.910,31 |

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 2.600.995,31 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Die mit einer vereinbarten, mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung verbundenen geleisteten Zuwendungen zur Anschaffung von Vermögensgegenständen wurden buchmäßig fortgeschrieben.

Bei dem Zuschuss an die Stadtentwässerung (EB 85) handelt es sich um den Investitionskostenanteil für die Straßenoberflächenentwässerung (Abschlag 2022, Spitzabrechnung 2021) an der Straßenoberflächenentwässerung für Gemeinde-, Landes-, Kreis- und Bundesstraßen sowie öffentliche Plätze.

Der Neubau der Pfaffendorfer Brücke ist ein über mehrere Jahre andauerndes Projekt. Soweit rechtlich möglich wird die Maßnahme in Teilen abgerechnet, um eine zeitnahe

Teilaktivierung vornehmen zu können. Im Zuge dieser sukzessiven Aktivierung muss daher auch in den Folgejahren mit einem Anstieg der Aufwendungen für Abschreibungen gerechnet werden.

| 1.1.3 Geleistete Investitionszuschüsse | 31.12.2022 | 10.372.885,01 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 9.253.210,00 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 9.253.210,00 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 1.605.816,05 |
| Abschreibungen | -486.141,04 |
| Stand am 31.12.2022 | 10.372.885,01 |

Die Zugänge inkl. Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Zuschuss Grunderwerb Neubau Hallenbad | 1.590.875,01 |
| Zuschuss Bau Fußweg Fort Asterstein | 12.234,60 |
| Zuschuss Sanierung Ehrenbreitstein | 2.706,44 |
| | 1.605.816,05 |

Der Buchwert der bislang geleisteten Zuschüsse wurde im Berichtsjahr gemäß der vereinbarten Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung fortgeschrieben.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 486.141,04,00 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

| 1.1.5 Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 31.12.2022 | 5.169.073,80 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 7.109.439,49 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 7.109.439,49 |
| Zugänge | 957.894,09 |
| Umbuchungen | -2.898.259,78 |
| Stand am 31.12.2022 | 5.169.073,80 |

Die Zugänge setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Generalsanierung Kita St. Martin | 337.345,72 |
| Sanierung Toilette Löhr-Center | 150.000,00 |
| Breitbandausbau Stolzenfels | 290.261,16 |
| Rad-/Gehweg Horchheimer Eisenbahnbrücke | 92.499,78 |
| Sonstiges | 87.787,43 |
| | 957.894,09 |

Die Umbuchungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | EUR |
|---|---|
| Zuschuss Generalsanierung Kita St. Martin | 1.434.375,00 |
| Zuschuss Grunderwerb Neubau Hallenbad | 1.395.585,00 |
| Zuschuss Soziale Stadt Lützel Bürgerzentrum | 68.299,78 |
| | 2.898.259,78 |

| **1.2 Sachanlagen** | **31.12.2022** | 1.035.670.109,96 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2021** | 1.022.171.825,58 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Wald, Forsten | 24.563.707,30 | 24.562.129,29 |
| Sonstige unbebaute Grundstücke | 96.509.821,31 | 98.969.963,98 |
| Bebaute Grundstücke | 252.274.905,43 | 257.266.375,54 |
| Infrastrukturvermögen | 501.326.132,03 | 493.530.932,78 |
| Bauten auf fremdem Grund und Boden | 3.671.449,00 | 6.396.218,00 |
| Kunstgegenstände, Denkmäler | 40.042.304,50 | 39.992.175,38 |
| Maschinen, technische Anlagen, KFZ | 15.616.782,00 | 17.988.396,00 |
| Betriebs- u. Geschäftsausstattung | 14.477.833,42 | 18.210.973,42 |
| Anzahlungen, Anlagen im Bau | 73.688.890,59 | 78.752.945,57 |
| | 1.022.171.825,58 | 1.035.670.109,96 |

| **1.2.1 Wald, Forsten** | **31.12.2022** | 24.562.129,29 € |
|---|---|---|
| | **31.12.2021** | 24.563.707,30 € |

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 24.563.707,30 |
| Abgänge | -318,43 |
| Umbuchung | -1.259,58 |
| Stand am 31.12.2022 | 24.562.129,29 |

Im Berichtsjahr führten der Verkauf eines Waldgrundstückes sowie eine Umbuchung zu einer geringfügigen Veränderung.

| 1.2.2 | Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 31.12.2022 | 98.969.963,98 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 96.509.821,31 € |

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 96.509.821,31 |
| Zugänge | 2.451.826,67 |
| Umbuchungen | 547.958,63 |
| Abschreibungen | -384.150,50 |
| Abgänge | -155.492,13 |
| Stand am 31.12.2022 | 98.969.963,98 |

Die **Abschreibungen** sind gegenüber dem Vorjahr um rund 17 T€ gestiegen.

Die **Abgänge** betreffen den Verkauf von insgesamt 11 Grundstücken bzw. Splitterparzellen.

Die Zugänge betreffen im Wesentlichen Veränderungen aus der Neubewertung bzw. den Fortführungsmitteilungen (ca. 1.963 T€) des städtischen Baumbestandes nach Analyse des Eigenbetriebs für Grünflächen und Bestattungswesen.

Die **Umbuchungen** resultieren hauptsächlich aus Verschmelzungen und Zerlegungen von Flurstücken nach Fortführungsmitteilungen des Vermessungs- und Katasteramtes innerhalb des Grundvermögens.

| 1.2.3 | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 31.12.2022 | 257.266.375,54 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 252.274.905,43 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 252.274.905,43 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 10.955.493,53 |
| Abgänge | -11.399,26 |
| Abschreibungen | -5.952.624,16 |
| Stand am 31.12.2022 | 257.266.375,54 |

Die saldierten Umbuchungen inkl. Zugänge verteilen sich im Wesentlichen auf Zugänge durch Aktivierung. Hier sind insbesondere zu nennen diverse Aktivierungen (u.a. zahlreiche Digitalisierungsmaßnahmen) im Bereich der Schulen (3.497 T€), Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Neubau der Pfaffendorfer Brücke (insgesamt: 2.329 T€, davon 909 T€ für Bürocontainer WSA sowie 894 T€ für das städtische Baubüro), Nachaktivierungen für die Sporthalle Asterstein (901 T€) sowie die Errichtung der Gemeinschaftsunterkunft Hans-Böckler-Straße (562 T€).

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird an dieser Stelle auf die Position 1.2.10 „Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau“ verwiesen, die eine Darstellung der wesentlichen Bauvorhaben enthält, welche im Berichtsjahr durch Umbuchung auf diese Bilanzposition überführt worden sind.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 5.952.624,16 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf Plausibilität geprüft. Die Abschreibungen gliedern sich wie folgt auf:

| | EUR |
|---|---|
| Wohnbauten | 12.147,00 |
| soziale Einrichtungen | 446.363,22 |
| Schulgebäude und -turnhallen | 3.186.882,34 |
| Kulturanlagen | 294.679,30 |
| Sportanlagen | 383.457,00 |
| Gartenanlagen | 10.150,01 |
| Verwaltungsgebäude | 120.224,08 |
| Sonstige Gebäude | 1.498.721,21 |
| | **5.952.624,16** |

Die Erhöhung der Abschreibungen gegenüber dem Vorjahr (ca. 279 T€) ist die Folge der hohen Zugänge und Umbuchungen des Berichts- und Vorjahres.

| 1.2.4 Infrastrukturvermögen | 31.12.2022 | 493.530.932,78 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 501.326.132,03 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Infrastruktur (Grundstücke u. ä.) | 6.362.435,38 | 6.362.435,38 |
| Brücken | 42.889.902,00 | 41.345.917,00 |
| Ingenieurtechnische Anlagen | 2.660.402,00 | 2.587.116,00 |
| Stützbauwerke | 19.982.119,00 | 19.485.959,00 |
| Sicherungsanlagen u. ä. | 177.002,00 | 176.256,00 |
| Grundstücke Gleisanlagen | 493.381,38 | 493.381,38 |
| Verteilungsanlagen | 2,00 | 2,00 |
| Abfallbes.-anlagen (Grundstücke u. ä.) | 996.319,32 | 996.319,32 |
| Straßen, Wege, Plätze (Grundstücke u. ä.) | 252.467.025,98 | 252.539.821,97 |
| Bundesstraßen | 6.055.027,01 | 5.462.115,01 |
| Landesstraßen | 3.108.562,00 | 2.790.050,00 |
| Kreisstraßen | 7.328.509,05 | 6.688.726,05 |
| Gemeindestraßen | 61.915.957,98 | 58.217.531,98 |
| Gehwege | 48.546.046,07 | 45.769.337,07 |
| Straßenbegleitgrün | 13.156.157,28 | 12.868.362,16 |
| Fußwege | 7.914.766,60 | 7.566.835,60 |
| Radwege | 1.771.813,00 | 1.754.287,00 |
| Landwirtschaftliche Wege | 1.556.699,00 | 1.538.245,00 |
| Forstwirtschaftliche Wege | 849.314,00 | 774.190,00 |
| Parkplätze | 9.498.615,94 | 9.301.146,12 |
| Lichtsignalanlagen | 2.256.072,00 | 2.318.733,00 |
| Techn. Anlagen der Verkehrslenkung | 622.300,00 | 535.749,00 |
| Sonstige Verkehrslenkungsanlagen | 1.119.176,00 | 1.153.507,00 |
| Anlagen zur Unterhaltung der Verkehrsinfrastruktur | 1.438.959,46 | 1.782.645,46 |
| Straßenbeleuchtung | 4.752.972,03 | 4.569.777,03 |
| Uferbefestigungen | 1.420.468,00 | 1.363.649,00 |
| Sonstige Infrastruktur, Grundstücke u. ä. | 1.986.127,55 | 5.088.838,25 |
| | 501.326.132,03 | 493.530.932,78 |

Die Buchwerte der Sachanlagen haben sich insgesamt wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 501.326.132,03 |
| Zugänge | 1.829.157,27 |
| Umbuchungen | 4.025.143,10 |
| Abgänge | -38.717,12 |
| Abschreibungen | -13.610.782,50 |
| Stand am 31.12.2022 | 493.530.932,78 |

Insgesamt betrachtet hat die Bilanzposition des Infrastrukturvermögens mit 7,8 Mio. € (rd. 1,6 %) einen signifikanten Rückgang zu verzeichnen. Dieser Rückgang ergibt sich

aus der Differenz zwischen den Abschreibungen und Abgängen einerseits, und den Zugängen und Umbuchungen von den Anlagen im Bau auf diese Bilanzposition andererseits.

Die Umbuchungen inkl. Zugänge betreffen im Wesentlichen die Abrechnungen von Straßenbaumaßnahmen im Stadtgebiet (z.B. Bachverrohrung Blindbach, Schleiderbach und Brückerbach, Brückenbauwerk N13 Brückerbach, Parkplatz Traubenträgerbrunnen, diverse Lichtsignalanlagen).

Im Berichtsjahr ist der durch die Abschreibung bezifferte Werteverzehr höher als der durch Zugänge und Umbuchungen (Aktivierung) geschaffene Wert neuer Anlagegüter. Im Einzelnen sind die Abschreibungen für Brücken mit rd. 1.618 T€, für Straßen mit rd. 11.332 T€ und für sonst. Infrastrukturvermögen mit rd. 660 T€ zu beziffern.

Um Wiederholungen zu vermeiden, wird an dieser Stelle auf die Bilanzposition der Anlagen im Bau (1.2.10) verwiesen, die eine Übersicht der im Berichtsjahr größeren aktivierten (umgebuchten) Anlagegüter enthält.

Im Zuge der sukzessiven Aktivierung weiterer, noch im Bau befindlicher sowie geplanter Infrastrukturanlagen (Straßenbaumaßnahmen, Brücken) muss auch zukünftig mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen für Abschreibungen gerechnet werden.

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 13.610.782,50 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

| **1.2.5** | **Bauten auf fremden Grund und Boden** | **31.12.2022** | 6.396.218,00 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2021** | 3.671.449,00 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Mahnmale | 1,00 | 1,00 |
| Sonstige Gartenanlagen | 1.192.291,00 | 1.093.213,00 |
| Soziale Einrichtungen | 0,00 | 395.068,00 |
| Stadien | 2.074.656,00 | 4.553.198,00 |
| Sonstige Sportstätten | 399.325,00 | 349.780,00 |
| Sonstige Bauten | 5.176,00 | 4.958,00 |
| | 3.671.449,00 | 6.396.218,00 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 3.671.449,00 |
| Zugänge inkl. Umbuchungen | 3.001.248,43 |
| Abgänge | -21.606,95 |
| Abschreibungen | -254.872,48 |
| Stand am 31.12.2022 | 6.396.218,00 |

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 254.872,48 € |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Bauten auf fremdem Grund und Boden sind dann gegeben, wenn das Grundstückseigentum vom Gebäudeeigentum getrennt ist. Die Bewertungen der Bauten auf fremdem Grund und Boden erfolgten analog der Bewertung der bebauten Grundstücke. Die Position beinhaltet im Wesentlichen die Bausubstanz des Stadions Oberwerth sowie anderer Sportanlagen im Stadtgebiet und Bauten auf seinerzeit für die BUGA genutzten Flächen (Schlossvorplatz, Schlossgarten etc.).

Die Zugänge im Berichtsjahr betreffen ausschließlich die Aktivierung des Spielplatzes in der Trottgasse (397 T€) sowie die Sanierung des Sportparkes Oberwerth (2.604 T€).

Die Abgänge sind ebenfalls im Rahmen der Sanierung des Sportparkes Oberwerth entstanden.

| **1.2.6** | **Kunstgegenstände, Denkmäler** | **31.12.2022** | 39.992.175,38 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2021** | 40.042.304,50 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Denkmäler und sonst. Kunstgegenstände | 25.020.830,84 | 24.950.701,72 |
| Gemälde | 10.033.159,24 | 10.053.159,24 |
| Skulpturen | 4.988.314,42 | 4.988.314,42 |
| | 40.042.304,50 | 39.992.175,38 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 40.042.304,50 |
| Zugänge | 30.294,88 |
| Abschreibungen | -80.424,00 |
| Stand am 31.12.2022 | 39.992.175,38 |

Die Zugänge betreffen diverse kleinere Gemälde und Kunstwerke.

Die Abschreibungen setzen sich überwiegend aus den Aufwendungen für das Romanische Haus, die Feste Franz und das Fort Asterstein zusammen.

| 1.2.7 | Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 31.12.2022 | 17.988.396,00 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 15.616.782,00 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Fahrzeuge | 4.064.815,00 | 5.489.060,00 |
| Maschinen und technische Anlagen | 2.524.242,00 | 2.341.225,00 |
| Betriebsvorrichtungen | 9.027.725,00 | 10.158.111,00 |
| | 15.616.782,00 | 17.988.396,00 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 15.616.782,00 |
| Zugänge | 2.182.778,36 |
| Umbuchungen | 2.207.628,33 |
| Abgänge | -34.085,22 |
| Abschreibungen | -1.984.707,47 |
| Stand am 31.12.2022 | 17.988.396,00 |

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen betreffen im Wesentlichen Beschaffungen bzw. Aktivierungen im Bereich der Feuerwehr (5 Fahrzeuge, Rettungsboote, diverse Geräte für insgesamt 1.926 T€), technische Anlagen in verschieden Schulen und Sporthallen (893 T€), die Kunststofflaufbahn Stadion Oberwerth (793 T€) sowie die „LED-Beleuchtungsanlage Multifunktionsarenen“ der Sporthalle Oberwerth (295 T€).

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

| | |
|---|---|
| Bilanzielle Abschreibungen | 1.984.707,47€ |
| Außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 € |

Der Veränderung der Abschreibungen ist im Berichtsjahr (- 8 T€) geringfügig ausgefallen.

| 1.2.8 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 31.12.2022 | 18.210.973,42 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 14.477.833,42 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Betriebsausstattung | 420.733,49 | 533.324,49 |
| Geschäftsausstattung | 7.102.021,24 | 7.039.508,24 |
| Medienbestand | 54.727,00 | 26.190,00 |
| Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung | 6.900.351,69 | 10.611.950,69 |
| | 14.477.833,42 | 18.210.973,42 |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 14.477.833,42 |
| Zugänge | 2.601.046,67 |
| Umbuchungen | 3.755.881,94 |
| Abgänge | -2.052,09 |
| Abschreibungen | -2.621.736,52 |
| Stand am 31.12.2022 | 18.210.973,42 |

Die Zugänge einschließlich Umbuchungen betreffen im Wesentlichen die Glasfaseranbindung der Feuerwehrwache 2 Niederberg (1.196 T€), die Anschaffung von Klassenraumcontaineranlagen für drei Grundschulen (T€ 663), die Glasfaseranbindung des BBS-Technik (137 T€) und die EDV-Verkabelung der Grundschule Niederberg (105 T€).

Der Anstieg der Abschreibungen im Berichtsjahr (+ 69 T€) ist durch die erstmals ganzjährig angefallenen Abschreibungen auf die Zugänge des Vorjahres sowie die hohen Zugänge des Berichtsjahres bedingt.

| 1.2.10 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 31.12.2022 | 78.752.945,57 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 73.688.890,59 € |

Der Buchwert hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 73.688.890,59 |
| Zugänge | 27.135.730,61 |
| Umbuchungen | -22.071.675,63 |
| Stand am 31.12.2022 | 78.752.945,57 |

Die Bilanzposition der Anlagen im Bau beinhaltet die bis zum Bilanzstichtag getätigten städtischen Investitionen für Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens, die am Bilanzstichtag noch nicht ihrer bestimmungsgemäßen Nutzung übergeben werden

konnten. Diese Position setzt sich zum Bilanzstichtag aus insgesamt 283 Anlagen (Projekten) im Bau zusammen (Vorjahr: 256) und hat sich wertmäßig gegenüber dem Vorjahr um saldiert rd. 5,1 Mio. € erhöht.

Die nachfolgend genannten Anlagen konnten im Berichtsjahr einer bestimmungsgemäßen Nutzung zugeführt werden und stellen einen maßgeblichen Teil der Umbuchungen dar (vollständige Abrechnung von Projekten, ohne Nachaktivierungen):

| | T€ |
|---|---|
| Ausbau Sportpark Oberwerth | 3.451 |
| Teilbauwerke Pfaffendorfer Brücke | 2.862 |
| DigitalPakt Schule | 2.222 |
| Ausbau Blindbach Ehrenbreitstein | 2.020 |

(aufgrund der Vielzahl der vollständig abgerechneten Maßnahmen sind nur Projekte mit einem Wert von mehr als 2.000 T€ aufgeführt)

Grundsätzlich verstetigt sich die Annahme des Vorjahres, dass die Anlagenbuchhaltung der Entwicklung der vergangenen Jahre – Anstieg der noch abzurechnenden Maßnahmen - weiter kontinuierlich entgegenwirkt. Neben der engen Abstimmung zwischen den ausführenden Fachämtern und der Anlagenbuchhaltung ist weiterhin eine quantitative und qualitativ ausreichende personelle Ausstattung der Anlagenbuchhaltung für eine ordnungsgemäße und dauerhafte Aufgabenerledigung erforderlich.

Die Rechnungsprüfung weist darauf hin, dass sich durch nur in unzureichendem Maße vorgenommene zeitnahe Abrechnungen negative Auswirkungen, u.a. auf die Ergebnisrechnung, ergeben können.

Da die bis zur Aktivierung der Vermögensgegenstände aufgelaufene Abschreibung nicht nachgeholt werden kann, erhöht sich folgerichtig der jährliche Abschreibungssatz der Anlagegüter aufgrund der Herabsetzung der Nutzungsdauer (Verteilung der Abschreibungsbeträge auf die Restnutzungsdauer des Anlagegutes), was zwangsläufig materielle Auswirkungen auf die Ergebnisrechnungen der Folgejahre haben wird.

Da die Abschreibung jedoch erst mit der Aktivierung (Umbuchung auf die entspr. Bilanzposition) des Vermögensgegenstandes einsetzt, weist die Ergebnisrechnung, wie in den Vorjahren auch, zu geringe Aufwendungen für Abschreibungen aus (siehe Prüfberichte zum Jahresabschluss 2009 bis 2019). Hier bietet sich die Teilaktivierung von Projekten an, bei der ein bereits feststehender Kostenanteil auf die korrespondierende Bilanzposition umgebucht werden kann und somit der Abschreibung unterliegt. Die vollständige Abrechnung dieser Projekte muss dann auf dem Wege der Nachaktivierung geschehen. Für das Großprojekt „Neubau Pfaffendorfer Brücke“ sind verwaltungsseitig zwischen dem Tiefbauamt und der Anlagenbuchhaltung die organisatorischen Vorarbeiten geleistet worden um ab 2023 die vorstehende Vorgehensweise anzuwenden.

| 1.3 Finanzanlagen | 31.12.2022 | 362.868.107,41 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 362.993.715,38 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Anteile an verbundenen Unternehmen | 231.867.180,13 | 231.878.444,53 |
| Beteiligungen | 5.384.663,51 | 5.367.001,35 |
| Ausleihungen an Beteiligungen | 3.000.000,00 | 3.000.000,00 |
| Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, Rechtsfähige kommunale Stiftungen | 122.715.802,14 | 122.565.859,19 |
| Sonstige Ausleihungen | 26.069,60 | 56.802,34 |
| | 362.993.715,38 | 362.868.107,41 |

| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | 31.12.2022 | 231.878.444,53 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 231.867.180,13 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Anteil % | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|---|
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 100,0 | 207.146.628,69 | 207.146.628,69 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH | 100,0 | 3.178.088,00 | 3.178.088,00 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 100,0 | 51.276,19 | 51.276,19 |
| EKO2 GmbH | k.A. | 0,00 | 11.264,40 |
| Koblenzer Wohnungsbau GmbH | 100,0 | 21.491.187,25 | 21.491.187,25 |
| | | 231.867.180,13 | 231.878.444,53 |

Die Stadt Koblenz verfügt über Anteile an vier verbundenen Unternehmen mit einem Vermögenswert von insgesamt 231.867.180,13 Euro. Bei allen dieser Unternehmen besteht eine Beteiligung in Höhe von 100 v.H. (Eigengesellschaften). Die städtische Beteiligung an der EKO2 GmbH wurde im Berichtsjahr von der Position „1.3.3 Beteiligungen“ umgegliedert. Alle Anteile sind im Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 GemHVO angegeben und erläutert.

| 1.3.3 | Beteiligungen | 31.12.2022 | 5.367.001,35 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 5.384.663,51 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Anteil % | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|---|
| Gemeinschaftsklinikum gGmbH | 25,00 | 5.120.000,00 | 5.120.000,00 |
| TZK-TechnologieZentrum GmbH | 28,39 | 247.001,35 | 247.001,35 |
| Verkehrsverbund RM GmbH | 11,11 | 3.067,76 | 0,00 |
| KHVO Hunsrück-Mittelrhein GmbH | 4,00 | 3.000,00 | 0,00 |
| EK02 GmbH | k.A. | 11.264,40 | 0,00 |
| Volksbank RheinAhrEifel eG | k.A. | 330,00 | 0,00 |
| | | 5.384.663,51 | 5.367.001,35 |

Die Stadt Koblenz verfügt über Beteiligungen mit einem Vermögenswert von insgesamt 5.367.001,35 €. Die Beteiligung an dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH bestimmt zu rd. 95 % die Höhe dieser Bilanzposition. Alle Beteiligungen sind im Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO i.V.m. § 57 GemHVO angegeben und erläutert.

| 1.3.4 | Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 31.12.2022 | 3.000.000,00 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 3.000.000,00 € |

Es handelt sich um ein dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH gewährtes Gesellschafterdarlehen.

| 1.3.5 | Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 31.12.2022 | 122.565.859,19 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 122.715.802,14 € |

In dieser Position sind die wirtschaftlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Eigenbetriebe und eigenbetriebsähnliche Einrichtungen), rechtlich unselbständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen (z.B. Ruhegeld- und Versorgungskassen), das Stiftungsvermögen sowie die Mitgliedschaft in einem Zweckverband und einer vorhandenen Anstalt des öffentlichen Rechts auszuweisen.

Das **Sondervermögen** umfasst die fünf Eigenbetriebe der Stadt Koblenz mit einem Vermögenswert von insgesamt 110.930.466,35 Euro. Der Eigenbetrieb 85 „Stadtentwässerung“ bestimmt diesen Wert zu rd. 69,7 %.

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| EB 17: KGRZ | 1.161.786,75 | 1.161.786,75 |
| EB 67: Grünflächen- u. Bestattungswesen | 568.789,46 | 568.789,46 |
| EB 70: Kommunaler Servicebetrieb | 3.582.814,30 | 3.582.814,30 |
| EB 83: Rhein-Mosel-Halle | 28.284.996,85 | 28.284.996,85 |
| EB 85: Stadtentwässerung | 77.332.078,99 | 77.332.078,99 |
| | 110.930.466,35 | 110.930.466,35 |

Das Vermögen aus **Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts** umfasst folgende Zweckverbände:

| | |
|---|---|
| Zweckverband „Industriepark A61/ GVZ-Koblenz“ | 257.152,30 Euro |
| Zweckverband „Koordinierung und Beratung der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe (KommZB) | 2.000,00 Euro |
| Zweckverband „Tierkörperbeseitigung in RLP“ | 1,00 Euro |

Aufgrund der Insolvenz des Zweckverbandes „Tierkörperbeseitigung in RLP“ wird der Anteilswert mit einem Erinnerungswert von 1,00 Euro geführt.

Das **Stiftungsvermögen** im Berichtsjahr beträgt 4.790.054,14 Euro (+ 477.503,10 Euro zu Vorjahr) und wurde anhand des Buchwerts des eingelegten Vermögens bewertet sowie auf den 31.12.2022 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr bestehen folgende Vermögen:

| | | |
|---|---|---|
| Stiftung von Düsseldorf | Stiftung Zehe | Vermächtnis Brambosch Schaelen |
| Philipine-Kerwer-Stiftung | Nachlass Straub | Nachlass Willisch / Sauer |
| Stiftung Mohr | Nachlass Born | Nachlass Rothländer |
| Stiftung Petrou | Nachlass Neddermeyer | Nachlass Pöschmann |
| General-Allen-Spende | Nachlass Legner | Stiftung Erich u. Irmgard Schneider |
| Nachlass Rüttgers | Nachlass Blettner | |

Die Entwicklung des Vermögens dieser Stiftungen wird in einer gesonderten Bestandsliste, welche durch die Kämmerei geführt wird, aufgezeichnet und fortgeschrieben.

Der Wert des Stiftungsfonds „VHS im Wandel“ beträgt wie im Vorjahr 10.000,00 Euro.

Aus der **Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“** der Rheinischen Versorgungskassen besteht ein Anteilswert zum 31.12.2022 in Höhe von 6.576.185,40 Euro bei einer effektiven Einzahlungshöhe der Stadt Koblenz von bislang 5.614.935,72 Euro. Damit ist der Anteilswert um 17,12 % (im Vorjahr um 28,29 %) höher als die von der Stadt Koblenz erbrachten Leistungen. Der Anteilswert reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 627.446,05 Euro. Als nicht zahlungswirksam ordentlicher Aufwand wurde die Anteilsminderung unter dem Aufwandsskonto 56513 erfasst.

| 1.3.8 | Sonstige Ausleihungen | 31.12.2022 | 56.802,34 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 26.069,60 € |

Diese sonstigen Ausleihungen beinhalten Darlehensverträge mit Dritten im Rahmen von Bausanierungs- bzw. Modernisierungsvorhaben sowie die Vergabe von zinslosen Darlehen an Mitarbeiter zur Anschaffung von E-Bikes. Die Veränderungen im Zeitablauf resultieren aus Darlehensgewährungen und Darlehenstilgungen gem. den vertraglich vereinbarten Tilgungsplänen sowie außerplanmäßigen Tilgungen.

Im Berichtsjahr wurden hier auch die Beteiligungen der Verkehrsverbund RM GmbH (3.067,76 €), der KHVO Hunsrück-Mittelrhein GmbH (3.000,00 €) und Volksbank RheinAhrEifel eG (330,00 €) umgegliedert. (siehe auch Pos. „1.3.3 Beteiligungen“)

| 2 | Umlaufvermögen | 31.12.2022 | 105.546.139,37 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 79.880.401,57 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Vorräte | 2.597.825,35 | 1.912.879,15 |
| Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst. | 32.464.571,02 | 30.062.019,70 |
| Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502.333,60 | 502.333,60 |
| Kasse, Bankguthaben und Schecks | 44.315.671,60 | 73.068.906,92 |
| | 79.880.401,57 | 105.546.139,37 |

| 2.1 | Vorräte | 31.12.2022 | 1.912.879,15 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 2.597.825,35 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 76.320,48 | 88.347,06 |
| Fertige Erzeugnisse, Leistungen u. Waren | 2.521.504,87 | 1.824.532,09 |
| | 2.597.825,35 | 1.912.879,15 |

| 2.1.1 | Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 31.12.2022 | 88.347,06 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 76.320,48 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Hilfsstoffe | 45.349,64 | 53.653,76 |
| Betriebsstoffe | 30.970,84 | 34.693,30 |
| | 76.320,48 | 88.347,06 |

Es handelt sich hier im Wesentlichen um Lagerbestände des Zentralen Gebäudemanagements (ZGM), des Amtes 10/Amt für Personal und Organisation (dort: Zentrale Dienste, Druckerei und Poststelle) sowie des Amtes 34/Bürger- und Standesamt (dort: Bürgerservice).

| **2.1.3** | **Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren** | **31.12.2022** | 1.824.532,09 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2021** | 2.521.504,87 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Waren | 594.060,53 | 336.765,66 |
| Grundstücke | 1.927.444,34 | 1.487.766,43 |
| | 2.521.504,87 | 1.824.532,09 |

Der Bestand an Waren und fertigen Erzeugnissen beinhaltet im Wesentlichen Kataloge und sonstige Verkaufsartikel der städtischen Museen, Verkaufsartikel der Tourist-Information sowie zum Verkauf angebotenes Rohholz des kommunalen Forstbetriebes. Der insgesamt deutliche Rückgang ist fast vollständig auf Abgänge an Rohholzbeständen zurückzuführen (- 262 T€).

Der Buchwert der **Grundstücke** hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | TEUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 1.927 |
| Zugänge aus Zukäufen | 0 |
| Abgänge aus Verkäufen | -439 |
| Veränderungen aus Umgliederungen und Umbuchungen innerhalb des Anlage- / Umlaufvermögens | -0 |
| Stand am 31.12.2022 | 1.488 |

| 2.2 | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 31.12.2022 | 30.062.019,70 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 32.464.571,02 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 38.974.649,76 | 35.533.963,79 |
| Privatrechtliche Forderungen | 1.053.369,68 | 1.268.743,82 |
| Forderungen gg. verbundene Unternehmen | 144.403,85 | 256.465,18 |
| Forderungen gg. Beteiligungsunternehmen | 300.000,00 | 39.300,00 |
| Forderungen gg. Sondervermögen, u.a. | 217.647,59 | 513.855,08 |
| Forderungen gg. sonst. öffentl. Bereich | 290.316,84 | 335.305,17 |
| Sonstige Vermögensgegenstände | 4.320.976,65 | 4.907.904,27 |
| Wertberichtigung Forderungen | -12.836.793,35 | -12.793.517,61 |
| | 32.464.571,02 | 30.062.019,70 |

Die gesetzlich vorgeschriebenen Einzelwertberichtigungen gem. § 35 GemHVO wurden in 2012 erstmals in fast ausreichendem Maße vorgenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringfügiger Rückgang der Einzelwertberichtigungen festzustellen. Die anfänglichen Schwierigkeiten nach der Umstellung auf die kaufmännische Buchführung (Doppik) sind somit für den Bereich der Einzelwertberichtigungen auf Forderungen weitestgehend korrigiert worden. Für bestimmte Bereiche werden Forderungen als Summe von Einzelwertberichtigungen über einen Betrag korrigiert.

| 2.2.1 | Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 31.12.2022 | 35.533.963,79 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 38.974.649,76 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Gebührenforderungen | 1.033.180,16 | 1.041.872,38 |
| Beitragsforderungen | 362.658,99 | 336.138,03 |
| Steuerforderungen | 15.426.841,85 | 14.169.269,83 |
| Forderungen aus Transferleistungen | 19.228.147,13 | 18.955.135,95 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 2.923.821,63 | 1.031.547,60 |
| | 38.974.649,76 | 35.533.963,79 |

Um dem allgemeinen Ausfallrisiko Rechnung zu tragen, wurde eine detaillierte Pauschalwertberichtigung gebildet. Die Pauschalwertberichtigung unter Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen wurde wie folgt ermittelt:

| | Forderungshöhe (nach EWB)<br>EUR | % | Wertberichtigung<br>EUR |
|---|---|---|---|
| Gebührenforderungen | 581.330,76 | 20,0 | 116.266,15 |
| Beitragsforderungen | 187.554,04 | 20,0 | 37.510,81 |
| Steuerforderungen | 7.348.577,96 | 39,1 | 2.876.506,91 |
| Forderungen aus Transferleistungen | 18.108.839,74 | 1,20 | 213.651,93 |
| Öffentlich-rechtliche Forderungen | 575.569,87 | 20,0 | 115.113,97 |
| | 26.801.872,37 | | 3.359.049,77 |

Die Pauschalwertberichtigung deckt das Kreditrisiko, eventuelle Skontoabzüge sowie Mahn- und Beitreibungskosten und Zinsverluste ab. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigung wird bei Aufstellung des Jahresabschlusses vorgenommen. Mögliche Änderungen aufgrund von Prüfungsfeststellungen erfolgen nicht. Die Verringerung gegenüber dem Vorjahr ist auf den allgemeinen Rückgang im Bereich dieser Forderungsart zurückzuführen. Im Bereich der Forderungen aus Transferleistungen erfolgte eine marginale Änderung der Berechnungsmethode.

Von den Forderungen zum 31.12.2022 in Höhe von 35.534 T€ waren zum Prüfungszeitpunkt (Februar 2024) in der Finanzsoftware noch 9.614 T€ als offen ausgewiesen.
Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

| 2.2.2 | **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** | **31.12.2022** | 1.268.743,82 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2021** | 1.053.369,68 € |

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten überwiegend Forderungen aus dem Verkauf von Grundstücken, aus übergegangenen Unterhaltsansprüchen sowie aus der Rückzahlung gewährter Hilfen. In 2022 wurden diese Forderungen unter der Berücksichtigung der Einzelwertberichtigungen in Höhe von 20,0 % bzw. 141.583,52 € pauschal wertberichtigt.

Der Ausweis der Pauschalwertberichtigung erfolgt unter der gesonderten Position 2.2.8 „Wertberichtigung Forderungen“.

| 2.2.3 | **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** | **31.12.2022** | 256.465,18 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2021** | 144.403,85 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Koblenz-Touristik GmbH | 177.891,55 | 160.215,18 |
| Energienetze Mittelrhein GmbH | 12.693,62 | 27.105,72 |
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein | -107.688,37 | 22.232,47 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 7.762,97 | 19.044,08 |
| Koblenzer Entsorgungs- und Versorgung GmbH | 54.338,58 | 17.108,10 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | -5.365,19 | 9.330,83 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 1.571,24 | 1.192,17 |
| Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH | 0,00 | 150,00 |
| Energieversorgung Mittelrhein AG | 1.091,06 | 91,63 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 2.108,39 | 0,00 |
| Flugplatz Winningen GmbH | 0,00 | -5,00 |
| | 144.403,85 | 256.465,18 |

Ausgewiesen werden hier die zum Stichtag noch nicht abgerechneten Leistungen, die verschiedene Ämter der Stadt für die jeweilige Gesellschaft erbracht haben.

Die Forderungen bzw. Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (21. Februar 2024) ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 2.2.4 | Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 31.12.2022 | 39.300,00 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 300.000,00 € |

Die Forderung besteht gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein, resultieren aus Zinsen, und war zum Prüfungszeitpunkt 21. Februar 2024 ausgeglichen.

| 2.2.5 | Forderungen gegen Sondervermögen, Zweckverbände, AöR, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 31.12.2022 | 513.855,08 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 217.647,59 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| Zusammensetzung: | 31.12.2021 EUR | 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Schulgeld KSI, diverse Verwaltungen | 0,00 | 255.156,00 |
| Kommunales Gebietsrechenzentrum | 181.629,74 | 39.906,75 |
| Rhein Mosel Halle | 22.845,10 | 21.189,83 |
| Mitarbeiterdarlehen Eigenbetriebe | 4.134,65 | 3.418,15 |
| Entsorgungsbetrieb | 2.283,68 | 149.742,15 |
| Grünflächen und Bestattung | 1.440,43 | 44.442,20 |
| Stadtentwässerung | 5.313,99 | 0,00 |
| | 217.647,59 | 513.855,08 |

Die Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (21. Februar 2024) bis auf die Mitarbeiterdarlehen ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 2.2.6 | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 31.12.2022 | 335.305,17 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 290.316,84 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| Zusammensetzung: | 31.12.2021 EUR | 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Finanzamt | 4.049,13 | 13.962,99 |
| Land Rheinland-Pfalz | 13.319,53 | 558,19 |
| Jobcenter | 0,00 | 129.918,60 |
| Gemeinde und Gemeindeverbände | 160.430,03 | 13.815,39 |
| DLP-Konten | 90.754,25 | 168.539,47 |
| Bund | 918,90 | 940,60 |
| Sonstiges | 20.845,00 | 7.569,93 |
| | 290.316,84 | 335.305,17 |

Die restlichen Forderungen waren zum Prüfungszeitpunkt (21. Februar 2024) bis auf 1.922,45 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 2.2.7 Sonstige Vermögensgegenstände | 31.12.2022 | 4.907.904,27 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 4.320.976,65 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Umsatzsteuerabwicklung | 679.098,67 | 145.478,72 |
| Beamtenbezüge Januar Folgejahr | 1.522.852,84 | 1.558.902,75 |
| Forderungen aus Abwicklung für Eigenbetriebe | 1.461.863,19 | 2.499.323,89 |
| Ansprüche aus Dienstherrenwechsel nach § 107 BeamtVG | 470.884,00 | 496.318,00 |
| Baudispensgebühren | 51.175,60 | 34.785,19 |
| Sonstiges | 86.528,05 | 117.690,51 |
| DLP-Konten | 48.574,30 | 55.405,21 |
| | 4.320.976,65 | 4.907.904,27 |

Die Forderungen aus der Abwicklung für Eigenbetriebe waren zum Prüfungszeitpunkt (21. Februar 2024) bis auf 44.262,12 € beglichen.

| 2.2.8 Wertberichtigung Forderungen | 31.12.2022 | -12.793.517,61 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | -12.836.793,35 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Einzelwertberichtigung | -9.106.393,35 | -9.292.917,61 |
| Pauschalwertberichtigung | -3.730.400,00 | -3.500.600,00 |
| | -12.836.793,35 | -12.793.517,61 |

Für das Ausfallrisiko in den Bereichen **Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen** und **Privatrechtliche Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** wurde eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 3.500.600,00 € gebildet. Die Einzel- und Pauschalwertberichtigung in Höhe von 12.793 T€ korrigiert somit ca. 65,4 % der zum Bilanzstichtag zu berücksichtigten Forderungen (T€ 19.562) und ist der Höhe nach ausreichend. Der Rückgang der Pauschalwertberichtigung ist durch eine Änderung der Berechnungsmethode bedingt. Forderungen in Höhe von 9.292.917,61 € wurden in 2022 Einzelwertberichtigt.

| 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens | 31.12.2022 | 502.333,60 € |
|---|---|---|
| | 31.12.2021 | 502.333,60 € |

Die Position beinhaltet im Wesentlichen die in 2017 übertragene „Stille Beteiligung Blumenhof“ vom ehemaligen Eigenbetrieb Koblenz-Touristik.

| 2.4 | Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei der EZB, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 31.12.2022 | 73.068.906,92 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 44.315.671,60 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kassenbestand | 47.812,47 | 47.916,53 |
| Guthaben bei Kreditinstituten | 44.267.859,13 | 73.020.990,39 |
| | 44.315.671,60 | 73.068.906,92 |

**■ Kassenbestand**

Innerhalb der Stadt Koblenz werden bei insgesamt 19 Ämtern Barkassen (Handvorschüsse) geführt. Der Kassenbestand ist durch Kassenaufnahmeprotokolle nachgewiesen.

**■ Guthaben bei Kreditinstituten**

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Sparkasse Koblenz | 31.717.991,49 | 30.911.802,34 |
| Degussa Bank AG | 10.000.000,00 | 10.000.000,00 |
| Münchner Hypothekenbank eG | 0,00 | 25.000.000,00 |
| Alte Leipziger | 0,00 | 7.000.000,00 |
| Postbank Köln | 78.139,88 | 38.392,25 |
| Volksbank RheinAhrEifel eG | 425.708,52 | 50.904,63 |
| Commerzbank Koblenz | 69.674,57 | 6.006,65 |
| Hypovereinsbank Koblenz | 8.024,32 | 4.289,92 |
| Deutsche Bank Koblenz | 6.253,42 | 4.634,33 |
| LBBW Stuttgart | 1.962.066,93 | 4.960,27 |
| | 44.267.859,13 | 73.020.990,39 |

Für Kreditinstitute, bei denen ein Guthabenkonto geführt wird, lagen Kontoauszüge der jeweiligen Banken vor. Für die Prüfung der Geschäftsbeziehungen mit der Sparkasse Koblenz, der Volksbank RheinAhrEifel eG und der Münchner Hypothekenbank wurden Bankbestätigungen angefordert. Auffälligkeiten und Abweichungen zu den bilanzierten Beträgen ergaben sich keine. Die Bewertung erfolgte zum Nominalwert.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich – bedingt durch den hohen Liquiditätszufluss im Berichtsjahr – fünf kurzfristige Festgeldanlage in Höhe von 61.500.000 € sowie eine mittelfristige Festgeldanlage in Höhe von 10.000.000 €.

| 4 | Rechnungsabgrenzungsposten | 31.12.2022 | 6.217.792,37 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 6.320.816,08 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Monatsbezüge SGB XII | 2.167.416,74 | 2.061.048,34 |
| EB 70 (Straßenunterhaltung) | 1.196.000,00 | 864.000,00 |
| SGB II –BA-Abrechnung | 1.549.226,89 | 1.784.387,98 |
| Versorgungsbezüge und Beihilfe | 870.180,00 | 929.600,00 |
| Sonstige Posten aus lfd. Anordnungen | 49.816,38 | 52.978,79 |
| Unterhaltsvorschuss | 329.877,00 | 343.128,00 |
| Wirtschaftliche Jugendhilfe | 98.082,56 | 103.761,64 |
| Sporthalle Oberwerth | 34.727,75 | 0,00 |
| KGRZ – CaLa Lizenz | 0,00 | 56.327,50 |
| Sonstiges | 25.488,76 | 22.560,12 |
| | 6.320.816,08 | 6.217.792,37 |

Für Ausgaben, die vor dem Bilanzstichtag geleistet worden sind und für die ein Aufwand erst nach dem Bilanzstichtag entsteht, erfolgte eine Wertermittlung in Höhe von 6.217.792,37 €. Dies sind rd. 0,1 Mio. € weniger als im Vorjahr.

Der Eigenbetrieb 70/ Kommunaler Servicebetrieb Koblenz nimmt seit dem Jahr 2013 die Aufgabe der Straßenunterhaltung / -instandsetzung einschließlich der hierzu gehörenden Einrichtungen mit Ausnahme der ingenieurtechnischen Bauwerke im Auftrag der Stadt Koblenz wahr. Analog zur Verwendung der gezahlten Mittel bildet die Stadt Koblenz in jedem Jahr einen aktiven Rechnungsabgrenzungsposten, der mit dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten des Kommunalen Servicebetriebes Koblenz korrespondiert. Dieser aktive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich gegenüber dem Vorjahr um 332 T€ reduziert. Zu dieser Thematik wurde eine Stichprobenprüfung durch das Rechnungsprüfungsamt vorgenommen. Das Ergebnis sowie etwaige Handlungsempfehlungen hieraus werden in einem gesonderten Prüfbericht thematisiert.

Der Beihilfeabschlag und die Versorgungsbezüge in Höhe von ca. 930 T€ für den Monat 01/2023 wurden bereits im Monat 12/2022 ausgezahlt. Diese Position hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 60 T€ erhöht.

Die Aufwendungen nach dem SGB II für den Monat 01/2023 haben sich um rd. 235 T€ erhöht.

# P A S S I V A

| | | | |
|---|---|---|---|
| **1** | **Eigenkapital** | **31.12.2022** | 717.328.496,74 € |
| | | **31.12.2021** | 698.988.467,16 € |

Das Eigenkapital setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Kapitalrücklage | 663.196.937,08 | 698.828.846,21 |
| Sonstige Rücklagen | 159.620,95 | 178.730,95 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 35.631.909,13 | 18.320.919,58 |
| | 698.988.467,16 | 717.328.496,74 |

**■ Kapitalrücklage**

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 663.196.937,08 |
| Jahresüberschuss 2021 | 35.631.909,13 |
| Stand am 31.12.2022 | 698.828.846,21 |

Im Berichtsjahr wurde das Jahresergebnis 2021 in die Kapitalrücklage eingestellt.

**■ Sonstige Rücklagen**

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 159.620,95 |
| Zugang | 19.110,00 |
| Stand am 31.12.2022 | 178.730,95 |

Hierbei handelt es sich um erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, für die der Zuwendungsgeber eine ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen hat. Im Berichtsjahr ergab sich eine sachverhaltsgestaltende Maßnahme, die diese Position betraf.

**■ Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag**

Ausgewiesen ist das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung 2022 mit einem Jahresüberschuss i. H. v. 18.320.919,58 €.

| 2 | Sonderposten | 31.12.2022 | 219.686.825,11 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 219.452.757,00 € |

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Sonderposten zum Anlagevermögen | 219.414.753,38 | 219.731.933,43 |
| Sonderposten für den Gebührenausgleich | 38.003,62 | -45.108,32 |
| Sonderposten mit Rücklageanteil | 0,00 | 0,00 |
| | 219.452.757,00 | 219.686.825,11 |

| 2.2 | Sonderposten zum Anlagevermögen | 31.12.2022 | 219.731.933,43 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 219.414.753,38 € |

Die Sonderposten setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Sonderposten aus Zuwendungen | 146.062.314,45 | 142.954.471,59 |
| Sonderposten aus Beiträgen u.ä. Entgelten | 23.490.277,19 | 23.386.682,19 |
| Sonderposten aus Anzahlung Anlageverm. | 49.862.161,74 | 53.390.779,65 |
| | 219.414.753,38 | 219.731.933,43 |

**■ Sonderposten aus Zuwendungen**

Im Berichtsjahr hat die Stadt Koblenz erneut Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens erhalten, für die gem. § 38 Abs. 2 GemHVO Sonderposten zu bilden waren. Die erhaltenen Zuwendungen werden durch die jeweiligen Fachämter nachgewiesen und den bezuschussten Vermögensgegenständen sachgerecht zugeordnet. Insgesamt betrachtet hat sich der Sonderposten zum Anlagevermögen um rd. 317 T€ oder 0,14 % marginal erhöht.

Der Sonderposten aus Zuwendungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 3,1 Mio. € oder rd. 2,13 % reduziert. Im Berichtsjahr sind planmäßig ertragswirksame Auflösungen von Sonderposten analog der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände in Höhe von rd. 5,9 Mio. € durchgeführt worden.

Es waren Zugänge aus der Abrechnung von Anlagen im Bau mit Sonderpostenanteil von insgesamt rd. 2,8 Mio. € zu verzeichnen, darunter u.a. die Lüftungsanlage an der Clemens-Brentano-Overberg-Realschule Plus (360 T€), die Kunststofflaufbahn (rd. 328 T€), die Gartenanlage Weinacker (297 T€), der Ausbau der Schleiderbach – 2. BA (rd. 276 T€), die HWS Container Ehrenbreitstein (rd. 206 T€), die Container WSA (rd. 201 T€), die Aufzugsanlage GS Schenkendorf (142 T€), die LED-Beleuchtung an der CGM-Arena (rd. 142 T€).

Insgesamt wurden 11 Projekte mit Sonderpostenanteil schlussgerechnet/nachaktiviert und auf die korrespondierenden Bilanzpositionen umgebucht.

**■ Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten**

Gem. § 38 Abs. 4 Satz 1 GemHVO ist für Ertragszuschüsse aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten Nutzungsberechtigter ein Sonderposten auf der Passivseite zu bilden. Dieser Sonderposten bildet im Wesentlichen Erschließungskosten-, Ausbau- und Ausgleichsbeträge sowie Baukostenzuschüsse und Anschlusskostenerstattungen ab. Die Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten des Vorjahres wurden auf den 31.12.2022 fortgeschrieben. Im Berichtsjahr waren leichte Rückgänge von rd. 0,1 Mio. € zu verzeichnen.

**■ Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen**

In diesem Posten werden sämtliche Zuschüsse und Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen dargestellt, die noch nicht schlussgerechnet worden sind und somit noch nicht der regulären Abschreibung unterliegen. Im Berichtsjahr wird eine Erhöhung um 3,529 Mio. € auf nunmehr rd. 53,4 Mio. € festgestellt. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Anzahlungen auf Sonderposten für die Pfaffendorfer Brücke (2,3 Mio. €), den Neubau der Grundschule Freiherr-von-Stein (0,7 Mio. €), den Umbau des Beratungszentrums am Pfarrer-Friesenhahn-Platz (0,36 Mio.) sowie diverse weitere Investitionsmaßnahmen mit Anzahlungen auf Sonderposten unter 0,169 Mio. €.

Insgesamt waren Sonderposten aus Anzahlungen zum Anlagevermögen für 116 Maßnahmen/Projekte zu bilden.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **2.3** | **Sonderposten für den Gebührenausgleich** | **31.12.2022** | -45.108,32 € |
| | | **31.12.2021** | 38.003,62 € |

Im Berichtsjahr wechselte der Sonderposten erstmals in den negativen Bereich, was so nicht vorgesehen ist und einer Überziehung gleichzusetzten ist. Aus diesem Grund wur- eine umfangreichere Prüfung der Haushaltsführung durchgeführt.

Die Prüfung des Sonderpostens hat ergeben, dass eine deutliche Reduzierung der Erträge aus Schulgeldzahlungen anderer Behörden von rd. 69 T€ im Vergleich zur Haushaltsplanung festzustellen ist. Weiterhin hat die Prüfung ergeben, dass die interne Leistungsverrechnung für das Schulgeld der städtischen Bediensteten von rd. 30 T€ im Berichtsjahr nicht durchgeführt wurde. Die Rechnungsprüfung regt daher eine Überprüfung und ggf. Nachforderung des Schulgeldes an.

Sollte die Überprüfung ergeben, dass das Schulgeld vollständig angefordert wurde, regen wir an eine Steigerung der Erträge durch Erhöhung des Schulgeldes in Erwägung zu ziehen. Dies ist aus Sicht der Rechnungsprüfung zwingend erforderlich, um das Defizit abzubauen und für zukünftige Jahre wieder eine Reserve aufzubauen, um handlungsfähig zu bleiben. Die Ergebnisse der Überprüfung / Umsetzung sollten aus Sicht der Rechnungsprüfung möglichst im Jahresabschluss 2024 sichtbar werden.

| 3 | Rückstellungen | 31.12.2022 | 206.979.263,70 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 204.940.970,42 € |

Die Rückstellungen setzen sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2021 EUR |
|---|---|---|
| Rückstellungen für Pensionen u.ä. | 185.795.485,01 | 191.441.605,47 |
| Steuerrückstellungen | 1.058.838,56 | 333.442,30 |
| Sonstige Rückstellungen | 18.086.646,85 | 15.204.215,93 |
| | 204.940.970,42 | 206.979.263,70 |

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 204.940.970,42 |
| Auflösung / Inanspruchnahme | -6.982.261,14 |
| Zuführung | 9.020.554,42 |
| Stand am 31.12.2022 | 206.979.263,70 |

| 3.1 | Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 31.12.2022 | 191.441.605,47 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 185.795.485,01 € |

Der Bestand an Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen setzt sich folgendermaßen zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Pensionsrückstellungen | 157.549.907,68 | 162.003.583,90 |
| Rückstellungen für Ehrensold | 321.067,00 | 328.741,00 |
| Beihilferückstellungen | 27.518.073,33 | 28.677.197,57 |
| Rückstellung für Dienstherrenwechsel | 406.437,00 | 432.083,00 |
| | 185.795.485,01 | 191.441.605,47 |

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 185.795.485,01 |
| Zuführung | 5.646.120,46 |
| Auflösung | 0,00 |
| Stand am 31.12.2022 | 191.441.605,47 |

### ■ Pensionsrückstellungen

Der Wert der nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO zu bildenden Pensionsrückstellung in Höhe von 162.003.583,90 € wurde von der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) anhand der versicherungsmathematisch anerkannten Grundlage der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Heubeck ermittelt. Der Teilwertberechnung wurde gem. § 6 a Abs. 3 EStG ein Zinssatz von z. Zt. 6 % zugrunde gelegt.

Während die RVK für die Pensionäre bzw. deren Hinterbliebenen auf ihre eigenen Daten zurückgreifen konnte, wurden für den Bereich der aktiven Beamten die erforderlichen Berechnungsgrundlagen durch die Stadt Koblenz zur Verfügung gestellt.

Die bei den städtischen Eigenbetrieben beschäftigten Beamten sind in der Pensionsrückstellung der Stadt Koblenz erfasst. Eine Ausnahme bilden die Beamten des Eigenbetriebes Stadtentwässerung, für die in der Bilanz des Eigenbetriebs eine eigene Pensionsrückstellung gebildet wurde. An einer Vereinheitlichung der Regelung für alle Eigenbetriebe wird noch gearbeitet.

Gegenüber dem Jahresabschluss 2021 ist der Wert der Pensionsrückstellung um rd. 4,45 Mio. € angestiegen. Während sich die Rückstellung für die noch aktiven Beamten um ca. 1,40 Mio. € reduzierte, ergab sich bei den Pensionären ein Zuwachs von 5,85 Mio. €.

### ■ Rückstellungen für Ehrensold

Nach § 36 Abs. 1 Ziffer 3 GemHVO sind Rückstellungen für Verpflichtungen aus der Zahlung von Ehrensold zu bilden. Seitens der RVK wurde diese Rückstellung nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren für 22 aktive und ehemalige Ortsvorsteher berechnet. Die Berechnung hat der Rechnungsprüfung vorgelegen.

### ■ Beihilferückstellungen

Für Beihilfeverpflichtungen gegenüber Versorgungs- und Rentenempfängern sind gem. § 36 Abs. 1 Ziffer 2 GemHVO Rückstellungen in Höhe eines prozentualen Zuschlags auf die Pensionsrückstellungen zu bilden. Der prozentuale Zuschlag in Höhe von 26,062 % wurde aus dem Verhältnis der durchschnittlichen Beihilfezahlungen an Versorgungsempfänger zu den durchschnittlichen Versorgungszahlungen der letzten drei Jahre ermittelt.

In den Jahresabschlüssen bis einschließlich 2012 wurde dieser Prozentsatz auf den zum jeweiligen Stichtag ermittelten Bestand der Pensionsrückstellung angewandt. Im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses 2012 kam man jedoch zu dem Ergebnis, dass es realitätsnäher sei, die Zuführung zur Beihilferückstellung an der Zuführung zur Pensionsrückstellung zu orientieren.
Aufgrund der gestiegenen Pensionsansprüche hat sich der Rückstellungswert zum 31.12.2022 um den Zuführungsbetrag in Höhe von 1.159.124,24 € auf insgesamt 28.677.197,57 € erhöht.

### ■ Rückstellungen für Dienstherrenwechsel

Die nach § 36 Abs. 1 Ziffer 1 GemHVO von der RVK nach anerkannten versicherungsmathematischen Verfahren ermittelten Werte für die Pensionsrückstellung beinhalten auch die Rückstellungen der Beamten, die unter den Personenkreis des § 107b BeamtVG zu subsumieren sind.

Die hieraus resultierende Erstattungsverpflichtung für acht Beamte beläuft sich auf insgesamt 432.083 €.

| 3.2 Steuerrückstellungen | | |
|---|---|---|
| | **31.12.2022** | 333.442,30 € |
| | **31.12.2021** | 1.058.838,56 € |

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 1.058.838,56 |
| Inanspruchnahme | -728.561,26 |
| Zuführung | 3.165,00 |
| Stand am 31.12.2022 | 333.442,30 |

Diese Position erfasst alle Verbindlichkeiten aus Steuerschuldverhältnissen in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme.

Die Summe der Steuerrückstellungen besteht hauptsächlich aus der zu erwartenden Kapitalertragssteuer inklusive Solidaritätszuschlag 2015 – 2017 für die Großsporthalle Oberwerth (0,284 Mio. €).

| 3.4 Sonstige Rückstellungen | | |
|---|---|---|
| | **31.12.2022** | 15.204.215,93 € |
| | **31.12.2021** | 18.086.646,85 € |

Der Bestand an sonstigen Rückstellungen setzt sich wie folgt zusammen:

| | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Rückstellungen für Instandhaltungen | 7.465.602,69 | 4.778.000,00 |
| Rückstellungen ausstehende Rechnungen | 3.382.585,95 | 3.087.196,32 |
| Altersteilzeitrückstellungen | 300.479,96 | 425.710,72 |
| Urlaubsrückstellungen Beamtinnen, Beamte | 1.166.506,05 | 1.054.295,62 |
| Urlaubsrückstellungen Tarifbeschäftigte | 1.780.430,93 | 2.011.573,11 |
| Überstundenrückstellungen Beamtinnen, Beamte | 1.415.209,91 | 1.418.561,62 |
| Überstundenrückstellungen Tarifbeschäftigte | 1.499.550,83 | 1.465.751,79 |
| Prozesskostenrückstellungen | 174.259,20 | 61.105,42 |
| Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen | 902.021,33 | 902.021,33 |
| | 18.086.646,85 | 15.204.215,93 |

Der Posten hat sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

| | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 18.086.646,85 |
| Auflösung / Inanspruchnahme | -6.253.699,88 |
| Zuführung | 3.371.268,96 |
| Stand am 31.12.2022 | 15.204.215,93 |

## ■ Rückstellungen für Instandhaltungen

Gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO sind Rückstellungen für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen zu bilden, wenn die Nachholung der Instandhaltung innerhalb der nächsten drei Haushaltsjahre hinreichend konkret beabsichtigt ist; die Maßnahmen der Instandhaltung müssen am Bilanzstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2022 bestanden für folgende Maßnahmen Rückstellungen, wurden Rückstellungen neu gebildet, aufgelöst oder in Anspruch genommen:

| **Maßnahme** (Amt 66) | **2021** (in €) | **2022** (in €) |
|---|---|---|
| Konstruktive Ingenieurbauwerke im Zusammenhang mit Pfaffendorfer Brücke | 2.784.000,00 | 350.000,00 |
| Rückbau Brücke Neustadt B9 | 1.666.000,00 | 0,00 |
| Geh- und Radweg Horchheimer Eisenbahnbrücke | 1.428.000,00 | 1.428.000,00 |
| Fußgängerbrücke Moselring | 965.916,15 | 3.000.000,00 |
| Rückbau Brücke Beckenkampstraße | 200.000,00 | 0,00 |
| Pfaffendorfer Brücke Sicherung | 118.940,73 | 0,00 |
| Überflieger Saarkreisel | 113.703,72 | 0,00 |
| Rollverschluss Europabrücke | 102.869,25 | 0,00 |
| Instandhaltung i.R.v. Kita-Zukunft-Gesetz | 50.000,00 | 0,00 |
| Rückbau Schilderbrücken | 30.714,27 | 0,00 |
| Sanierung Ankerpfad | 5.304,90 | 0,00 |
| Beleuchtung Brücke am Glockenbergtunnel | 153,67 | 0,00 |
| **Gesamt** | **7.465.602,69** | **4.778.000,00** |

### ■ Rückstellungen für ausstehende Rechnungen

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden nach Meldung der Fachämter zu folgenden Sachverhalten gebildet:

| Amt | Maßnahme | € |
|---|---|---|
| 1 | Unterhaltung Ehrengräber | 5.030,15 |
| 31 | Grünflächenunterhaltung 2022, EB 67 | 604,77 |
| | Grünflächeninformationssystem 2022, EB 67 | 162,26 |
| 52 | Kosten Beraterleistung, Einspruchsverfahren Sporthalle | 2.204,27 |
| 61 | Eventuelle Fördergeldrückerstattung Zentralplatz | 203.440,28 |
| | Ausstehender Zinsbescheid des Landes zur Rückzahlung Fördergelder "Sanierungsgebiet Boelcke-Kaserne" | 202.500,00 |
| | Ausstehender Zinsbescheid für Überzahlung Ausgleichsbeiträge „Sanierungsgebiet Boelcke-Kaserne" | 22.500,00 |
| | Grünflächenunterhaltung/-informationssystem 2022, EB 67 | 4.480,99 |
| 62 | Grünflächenunterhaltung/-informationssystem 2022, EB 67 | 121.930,85 |
| 65 | Grünflächenunterhaltung/-informationssystem 2020, EB 67 | 106.782,04 |
| 65 | Steuererklärungen diverse BgA | 5.831,13 |
| 66 | Schlussrechnung Straßenoberflächenentwässerung EB 85 | 93.200,00 |
| | Schlussrechnung Hochwasserschutz 2022 EB 85 | 116.576,74 |
| | Abrechnung Straßenbeleuchtung 2022 | 436.068,96 |
| | Abrechnung Straßenbeleuchtung 2022, Nachberechnung | 232.051,04 |
| | Abrechnung Winterdienst 2022 | 100.741,27 |
| | Grünflächenunterhaltung/-informationssystem 2022, EB 67 | 716.040,92 |
| 67 | Grünflächenunterhaltung/-informationssystem 2022, EB 67 | 717.050,65 |
| | **Gesamt** | **3.087.196,32** |

### ■ Altersteilzeitrückstellungen

Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Altersteilzeit insgesamt auf 425.711 € (Vorjahr: 300.480 €).

Dieser Betrag errechnet sich durch den Vorjahreswert, vermindert um die Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 147.745 € und erhöht um die Zuführung zu Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von 272.976 €. Im Saldo erhöht sich diese Position um 125.231 €.

Die Altersteilzeitrückstellung betrifft ausschließlich Tarifbeschäftigte. Zum 31.12.2022 waren Altersteilzeitrückstellungen für 23 tariflich Beschäftigte (Vorjahr: 11) zu bilden.

Berechnet wurde die Rückstellung nach der vom BFH bestätigten „alternativen Vorgehensweise“, die von der Annahme ausgeht, dass Altersteilzeitberechtigte während der Beschäftigungsphase jährlich einen Anspruch für ein Jahr Freistellung in Höhe des gezahlten Altersteilzeitentgeltes erwerben. Dieser Anspruch führt während der Beschäftigungsphase zu einer regelmäßigen Zuführung zur Rückstellung, während diese dann in der Freistellungsphase kontinuierlich aufgelöst wird.

### ■ Urlaubsrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte

Grundlage der Bemessung der Urlaubsrückstellungen für Beamtinnen und Beamte sowie für Tarifbeschäftigte ist die Anzahl der nicht in Anspruch genommenen Urlaubstage zum Stichtag 31.12.2022. Diese werden für alle Mitarbeitenden anhand der in den Ämtern geführten Urlaubskarteien ermittelt.

Insgesamt beträgt die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage zum Bilanzstichtag rd. 12.418 Tage (2021: 12.481; 2020: 12.480). Bei einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) in der Kernverwaltung von 1.649,63 (2021: 1.658; 2020: 1.599) ergibt sich ein Durchschnitt von 7,53 Resturlaubstagen pro VZÄ (2021: 7,53; 2020: 7,80).

Der individuelle Stundensatz jedes Mitarbeitenden errechnet sich auf Grundlage der Jahresarbeitszeit und des Jahresbruttoeinkommens. Die durchschnittlich zu bildende Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub beträgt im Berichtsjahr rd. 1.859 € (2021: 1.777 €; 2020: 1.822 €).

### ■ Überstundenrückstellungen Beamte und tariflich Beschäftigte

Rückstellungen für Überstunden werden sowohl aufgrund der Werte der automatisierten Zeiterfassung als auch auf Grundlage der manuellen Werte (Meldung Fachämter) gebildet. Zum Stichtag bestanden für die Mitarbeitenden rd. 74.862 Überstunden (2021: 77.509; 2020: 81.693). Bei einem Vollzeitäquivalent (VZÄ) in der Kernverwaltung von 1.649,63 (2021: 1.658; 2020: 1.599) ergibt sich ein Durchschnitt von 45,4 Überstunden pro VZÄ (2021: 46,8; 2020: 55,1).

Für die Berechnung des Wertes der Rückstellung wurde der auf Basis des Jahresbruttoeinkommens aus dem Lohnkonto und der Jahresarbeitszeit ermittelte individuelle Stundensatz jedes einzelnen Mitarbeitenden gebildet und mit der Anzahl der jeweils geleisteten Überstunden multipliziert. Im Durchschnitt ergibt sich eine Rückstellung für geleistete Überstunden pro Vollzeitäquivalent (VZÄ) in Höhe von 1.748,00 € (2021: 1.758,00 €; 2020: 1.872 €).

### ■ Prozesskostenrückstellungen

Prozesskostenrückstellungen wurden aufgrund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten.

Erwähnenswert ist, dass infolge der Aufarbeitung einer Vielzahl von offenen Widerspruchsverfahren innerhalb von Amt 50 eine Rückstellung in Höhe von rd. 58 T€ aufgelöst werden konnte.

| 4 | Verbindlichkeiten | 31.12.2022 | 424.953.175,94 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 405.803.695,68 € |

Der Bestand an Verbindlichkeiten setzt sich folgendermaßen zusammen:

| | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 352.829.114,08 | 371.678.855,32 |
| Verbindlichkeiten aus kreditähn. Vorgängen | 12.382.169,07 | 11.167.810,43 |
| Verbindlichkeiten aus Lieferungen u. Leist. | 11.366.631,31 | 9.746.391,37 |
| Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 0,00 | 152.753,16 |
| Verbindlichkeiten ggü. verbund. Untern. | 1.420.355,89 | 2.430.314,42 |
| Verbindlichkeiten ggü. Beteiligungsuntern. | 21.108,29 | 16.843,26 |
| Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen u.a. | 20.722.697,96 | 20.388.562,04 |
| Verbindlichkeiten ggü. sonst. öffentl. Bereich | 4.742.010,45 | 3.342.876,93 |
| Sonstige Verbindlichkeiten | 2.319.608,63 | 6.028.769,01 |
| | 405.803.695,68 | 424.953.175,94 |

| 4.2 | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 31.12.2022 | 371.678.855,32 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 352.829.114,08 € |

Der Bestand an Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen setzt sich folgendermaßen zusammen:6

| | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 312.829.085,08 | 331.678.827,82 |
| Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung | 40.000.029,00 | 40.000.027,50 |
| | 352.829.114,08 | 371.678.855,32 |

| 4.2.1 | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen für Investitionen | 31.12.2022 | 331.678.827,82 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 312.829.085,08 € |

davon

- mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr: **18.159.341,48 €**
  Vorjahr: 23.778.952,03 €
- mit einer Restlaufzeit von einem Jahr bis zu 5 Jahren: **70.555.241,21 €**
  Vorjahr: 66.088.498,65 €
- mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren: **242.964.205,13 €**
  Vorjahr: 222.961.634,40 €
- durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert: 0,00 €
  Vorjahr: 0,00

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Darlehen | 310.122.261,39 | 331.678.827,82 |
| Zinsabgrenzung | 2.706.823,69 | 0,00 |
| | 312.829.085,08 | 331.678.827,82 |

**■ Darlehen**

| Entwicklung: | EUR |
|---|---|
| Stand am 31.12.2021 | 310.122.261,39 |
| Zugänge | 40.900.000,00 |
| Tilgungen | -19.343.433,57 |
| Stand am 31.12.2022 | 331.678.827,82 |

Im Berichtsjahr wurden zwei Darlehen in Höhe von 40.900.000 € neu aufgenommen. Weiterhin wurde ein Darlehen nach Auslaufen der Zinsbindung prolongiert.

Es entstanden planmäßige Tilgungsleistungen in Höhe von 19.343.433,57 €. Der deutliche Anstieg der „planmäßigen Tilgungsleistungen“ gegenüber dem Vorjahr um ca. 2.362 T€ ist hauptsächlich dadurch begründet, dass im Berichtsjahr für drei Darlehen (1.516 T€) die Zinsbindung ausgelaufen ist und diese Darlehen nicht prolongiert wurden sowie für das in 2021 aufgenommene Darlehen erstmals Tilgungsleistungen in Höhe von 667 T€ angefallen sind. Von untergeordneter Bedeutung für den Anstieg der Tilgungsleistungen im Berichtsjahr ist der Effekt, der sich aus den mehrheitlich abgeschlossenen Annuitätendarlehen ergibt (Anstieg der Tilgungsleistungen bei gleichzeitigem Rückgang der Zinslast).

**■ Zinsabgrenzung**

Die bilanzielle Zuordnung der Zinsabgrenzung erfolgt nach einer ausführlichen Betrachtung durch Amt 20 ab dem Jahr 2022 unter der Position „4.11 Sonstige Verbindlichkeiten“.

| **4.2.2** | **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung** | **31.12.2022** | 40.000.027,50 € |
|---|---|---|---|
| | | **31.12.2021** | 40.000.029,00 € |

Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit bestanden zum Stichtag 31.12.2022 kurzfristige Darlehen in Höhe von 40.000.027,50 €. Kreditgeber war im Wesentlichen die Landesbank Saar (40.000.000,00 €).

Die Bestände sind durch Kontoauszüge bzw. Bankbestätigungen nachgewiesen.

| 4.3 | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 31.12.2022 | 11.167.810,43 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 12.382.169,07 € |

In dieser Position werden Zahlungsverpflichtungen für Darlehen, die die Koblenzer Wohnbaugesellschaft mbH bei verschiedenen Banken aufgenommen hat, ausgewiesen. Die Darlehen dienen der Durchführung von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen im Schul- und Jugendbereich. Sie betreffen originäre Aufgaben der Stadt Koblenz, die aber von der Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft durchgeführt wurden.

Die Darlehen sind in der Bilanz der Koblenzer Wohnbau GmbH enthalten. Die Stadt hat sich vertraglich zur Leistung von Zins- und Tilgungsleistungen sowie Verwaltungskosten verpflichtet; sie sind daher im Jahresabschluss als Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, zu bilanzieren.

Die Verbindlichkeiten, resultierend aus dem Schulbausanierungsvertrag (investiv: 1.859.437,33 €, konsumtiv: 6.697.410,74 €), werden nunmehr unter dieser Position ausgewiesen.

| Zusammensetzung: | 31.12.2021 EUR | 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Schulbausanierungsvertrag | 9.690.537,03 | 8.556.848,07 |
| Mensaanbau Max-von-Laue Gymnasium | 1.051.510,00 | 1.021.890,00 |
| Grundschule Niederberg | 557.308,04 | 536.856,36 |
| Speisesaal Diesterwegschule | 444.960,00 | 432.600,00 |
| Jugend- und Bürgerzentrum Karthause | 432.000,00 | 420.000,00 |
| Mensaneubau Asterstein | 205.854,00 | 199.616,00 |
| | 12.382.169,07 | 11.167.810,43 |

| 4.5 | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 31.12.2022 | 9.746.391,37 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 11.366.631,31 € |

Der Bestand setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

| | 31.12.2021 EUR | 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| 17 (29) Kreditoren über 100 T€ | 4.911.279,60 | 3.616.910,22 |
| 149 (151) Kreditoren zwischen 10 T€ und 100 T€ | 5.201.747,69 | 5.011.538,10 |
| 336 (322) Kreditoren zwischen 1 T€ und 10 T€ | 1.119.572,35 | 1.060.602,30 |
| 800 (855) Kreditoren unter 1 T€ | 212.731,74 | 196.327,15 |
| Sicherheitseinbehalte | 32.172,54 | 35.173,76 |
| | 11.477.503,92 | 9.920.551,53 |
| abzüglich debitorische Kreditoren | -110.872,61 | -174.160,16 |
| | 11.366.631,31 | 9.746.391,37 |

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (Februar 2024) bis auf debitorische Kreditoren in Höhe von 15.111,57 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.6 | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 31.12.2022 | 152.753,16 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 0,00 € |

Unter dieser Bilanzposition werden Verbindlichkeiten gegenüber sozialen und kirchlichen Einrichtungen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten waren zum Prüfungszeitpunkt (21. Februar 2024) ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.7 | Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 31.12.2022 | 2.430.314,42 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 1.420.355,89 € |

| Zusammensetzung: | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Koblenz Touristik GmbH | 415.003,03 | 1.566.939,50 |
| Energieversorgung Mittelrhein | 662.779,03 | 484.075,53 |
| Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH | 225.792,11 | 209.691,50 |
| Koblenzer Wohnbau GmbH | 3.724,37 | 134.303,96 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 1.077,07 | 21.669,47 |
| Energienetze Mittelrhein GmbH&Co.KG | 93.304,17 | 9.304,16 |
| Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungsgesellschaft | 1.357,77 | 2.996,89 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 22.381,97 | 2.013,05 |
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein | 3.330,06 | 112,35 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 1.647,46 | 0,00 |
| | 1.430.397,04 | 2.431.106,41 |
| abzüglich debitorische Kreditoren | -10.041,15 | -791,99 |
| | 1.420.355,89 | 2.430.314,42 |

Die Verbindlichkeiten ohne debitorische Kreditoren und Sicherheitseinbehalte waren zum Prüfungszeitpunkt (Februar 2024) bis auf 3.986,84 € (debitorischer Kreditor) ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.8 | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 31.12.2022 | 16.843,26 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 21.108,29 € |

| Zusammensetzung: | Buchwert 31.12.2021 EUR | Buchwert 31.12.2022 EUR |
|---|---|---|
| Zweckverband Industriepark A61 | 83.326,22 | 0,00 |
| Abfallzweckverband RME | 2.542,00 | 37.452,00 |
| | 85.868,22 | 37.452,00 |
| abzüglich debitorische Kreditoren | -64.759,93 | 20.608,74 |
| | -21.108,29 | 16.843,26 |

■ **debitorische Kreditoren**

Die Forderung in Höhe von 20.608,74 € besteht gegenüber dem Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH.

Die Verbindlichkeiten waren im Februar 2024 ausgeglichen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **4.9** | **Verbindlichkeiten ggü. Sondervermögen, Zweckverbänden, AöR, rechtsfähigen kommunalen Stiftungen** | **31.12.2022** | 20.388.562,04 € |
| | | **31.12.2021** | 20.722.697,96 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Stadtentwässerung | 12.365.596,73 | 7.067.648,10 |
| Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 3.896.996,45 | 4.374.433,71 |
| Grünflächen und Bestattungswesen | -701.184,31 | 1.632.346,39 |
| Koblenz Touristik | 4.062.031,97 | 3.937.336,10 |
| Kommunales Gebietsrechenzentrum | 310.817,14 | 267.800,29 |
| Konto 3531000000 | 691.114,12 | 3.011.412,89 |
| Jagdgenossenschaft | 97.325,86 | 97.584,56 |
| | 20.722.697,96 | 20.388.562,04 |

Die Verbindlichkeiten gegenüber Sondervermögen bilden ausschließlich die Bestände der Sonderkassen der jeweiligen Eigenbetriebe ab. Die Eigenbetriebe führen, wie auch in den Vorjahren, das Hauptkassengeschäft über das Konto 240 der Stadtkasse durch, so dass die ausgewiesenen 20.388.562,04 € (Vorjahr: 20.722.697,96 €) auch dementsprechend als Verbindlichkeit gegenüber dem jeweiligen Eigenbetrieb ausgewiesen werden.

Die Verbindlichkeiten haben sich im Berichtsjahr um rd. 0,3 Mio. € reduziert. Aufgrund möglicher Negativ- bzw. Strafzinsen waren im Berichtsjahr bzw. zum Bilanzstichtag durch die beiden Eigenbetriebe Stadtentwässerung und Koblenzer Entsorgungsbetrieb 44,0 Mio. € am Kapitalmarkt platziert.

Zur Abwicklung des laufenden Zahlungsverkehrs werden je nach Betriebszweig des Sondervermögens mehrere Konten verwendet.

Für den Gesamtabschluss 2022 (Konzern Stadt Koblenz) besteht, wie auch schon in den Vorjahren ab 2015, die Notwendigkeit, die Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konzerns „Stadt Koblenz“ untereinander abzustimmen.

| 4.10 | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 31.12.2022 | 3.342.876,93 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 4.742.010,45 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Land Rheinland-Pfalz | 3.590.320,17 | 2.608.612,23 |
| Bundesagentur für Arbeit | 0,00 | 48.032,54 |
| Bund | 11.886,28 | 20.794,32 |
| Sonst. öff. Bereich | 818.720,66 | 266.944,21 |
| Sonstige öffentliche Sonderrechnungen | 144.401,12 | 22.125,55 |
| Gemeinden und Gemeindeverbände, Kreise | 62.005,29 | 264.848,25 |
| Rechtsfähigen Stiftungen | 52.490,58 | 18.350,00 |
| DLP-Konten | 43.409,57 | 29.013,82 |
| Zweckverbänden | 17.894,42 | 64.142,17 |
| Sonstiges | 882,36 | 13,84 |
| | 4.742.010,45 | 3.342.876,93 |

Saldiert reduzierten sich die Verbindlichkeiten um rd. 1.399 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Land beinhalten im Wesentlichen die für Dezember 2022 abzuführende Lohnsteuer (1.682 T€) sowie die Abrechnung der Gewerbesteuerumlage (420 T€).

Die Verbindlichkeiten ohne DLP-Konten waren zum Prüfungszeitpunkt (Februar 2024) bis auf 12.031,87 € ausgeglichen bzw. verrechnet.

| 4.11 | Sonstige Verbindlichkeiten | 31.12.2022 | 6.028.769,01 € |
|---|---|---|---|
| | | 31.12.2021 | 2.319.608,63 € |

| Zusammensetzung: | 31.12.2021<br>EUR | 31.12.2022<br>EUR |
|---|---|---|
| DLP-Konten, Verwahrgelder | 1.430.833,09 | 1.735.229,83 |
| Zinsabgrenzung | 0,00 | 2.983.845,73 |
| Sonstiges | 871.286,05 | 1.271.496,08 |
| Steuerverbindlichkeiten | 17.489,49 | 38.197,37 |
| | 2.319.608,63 | 6.028.769,01 |

Es handelt sich hierbei um Verwahrgelder (treuhänderische Gelder), durchlaufende Posten sowie die hier erstmalig ausgewiesene Zinsabgrenzung. Die gesamte Position hat sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 3.709 T€ erhöht.

**■ DLP-Konten, Verwahrgelder**

Die Verwahrgelder und DLP-Konten haben sich im Berichtsjahr von rd. 1,431 Mio. € auf nunmehr rd. 1,735 Mio. € erhöht. Von den noch nicht bereinigten Verwahrgeldern des Kontos 3791000000 (Stand 31.12.2022: 892 T€, 31.12.2021: 730 T€, 31.12.2020: 1.460 T€) entfallen 816 T€ auf das Jahr 2022, 47 T€ auf das Jahr 2021 und 29 T€ auf das Jahr 2020 und vorher. **Zum Prüfungszeitpunkt (21. Februar 2024) waren von den 892 T€ zum Bilanzstichtag noch 59 T€ nicht ausgeräumt.**

**Nachdem in den Vorjahren - in 2018 betrug der Stand der DLP-Konten bzw. Verwahrgelder noch 3,24 Mio. € - eine kontinuierliche Bereinigung bzw. Reduzierung bis zum Jahresabschluss 2021 stattgefunden hat, muss die Rechnungsprüfung für den vorliegenden Jahresabschluss feststellen, dass sich der Stand der DLP-Konten bzw. Verwahrgelder wieder um 305 T€ erhöht hat. Das Konto 3742907000, welches gegenüber dem Vorjahr einen fast unveränderten Saldo von ca. 266 T€ ausweist und in 2022 ausgeräumt werden sollte hat eine Reduzierung um lediglich 3 T€ erfahren. Damit bleibt die Forderung weiterhin bestehen, die Beträge aller DLP-Konten auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.**

### ■ Zinsabgrenzung

Die bilanzielle Zuordnung der Zinsabgrenzung erfolgt nach einer ausführlichen Betrachtung durch Amt 20 ab dem Jahr 2022 unter der Position „4.11 Sonstige Verbindlichkeiten“.

Für insgesamt 63 Darlehen wurde eine Zinsabgrenzung vorgenommen.

Eine Aufstellung der Darlehen ist aus dem beigefügten Anhang (Anlage 4) ersichtlich.

### ■ Sonstiges

Hierbei handelt es sich vorwiegend um Kautionen und Sicherheitseinbehalte (417 T€), noch nicht abgerechnete Spenden (407 T€) sowie noch nicht verausgabte Gelder aus dem Erasmus-Förderprogramm (172 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **5** | **Rechnungsabgrenzungsposten** | **31.12.2022** | 480.953,86 € |
| | | **31.12.2021** | 421.554,27 € |

Die Position der passiven Rechnungsabgrenzungsposten hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 59 T€ erhöht.

Die Rechnungsabgrenzungsposten bestehen erneut zum Großteil aus den bereits zum 31.12.2022 bezahlten Abonnements des Stadttheaters für die Spielzeit 2022/2023. Weiter wurden u.a. die jahresübergreifenden Kurse der Volkshochschule, die Zahlung des LSJV für den präventiven Kinderschutz sowie Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz, Kursgebühren für Schwimmkurse und Nutzungsentschädigungen ordnungsgemäß abgegrenzt.

# Anlage 11 Aufgliederung und Erläuterung der Posten der Ergebnisrechnung

## 1. Steuern und ähnliche Abgaben

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Realsteuern | 161.203.894,84 | 154.352.343,59 |
| Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern | 78.629.014,41 | 79.145.125,72 |
| Sonstige Gemeindesteuern | 2.489.899,19 | 5.407.373,12 |
| Ausgleichsleistungen | 5.913.299,58 | 6.187.158,20 |
| | **248.236.108,02** | **245.092.000,63** |

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 229.711.500 € wies die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Steuern und ähnlichen Abgaben rd. 15,38 Mio. € Mehreinnahmen aus. Zum Vorjahresergebnis ergeben sich geringfügige Mindereinnahmen in Höhe von rd. 3,14 Mio. €; dies entspricht einem Anstieg von 1,3 %.

### ■ Realsteuern

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Gewerbesteuer | 140.095.669,40 | 133.091.222,56 |
| Grundsteuer B | 21.031.416,70 | 21.184.579,93 |
| Grundsteuer A | 76.808,74 | 76.541,10 |
| | **161.203.894,84** | **154.352.343,59** |

Die Erträge aus den Realsteuern hatten im Vergleich zum Vorjahr per Saldo einen deutlichen Anstieg zu verzeichnen. Sie lagen um 11.327.344 € über dem Haushaltsansatz von 143.025.000 € und reduzierten sich zum Vorjahresergebnis um rd. 6.851.551 € = 4,3 %.

Während sich die Erträge aus der Grundsteuer A gegenüber dem Vorjahresergebnis nur marginal veränderten, erhöhten sich die Erträge aus der Grundsteuer B ebenfalls nur geringfügig um 153 T€. Der Hebesatz betrug - nach der Anhebung zum 01.01.2013 - unverändert 420 %.

Nach den schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in 2020 infolge des Beginns der Corona Pandemie hatten sich die Gewerbesteuererträge im Vorjahr deutlich um rd. 50 Mio. € erhöht. Für 2022 ergaben sich Gewerbesteuererträge in Höhe von rund 133,1 Mio. €, was gleichbedeutend mit einem Rückgang in Höhe 7,0 Mio. € bzw. 5,0 % ist. Der derzeitige Gewerbesteuerhebesatz beträgt 420 % und gilt seit 01.01.2015. Im Zeitverlauf der letzten Jahre unterliegen die Gewerbesteuererträge sehr starken Schwankungen. Nach den guten Ergebnissen 2016 (133,8 Mio. €), 2017 (130,6 Mio. €) und 2021 (140,1 Mio. €), den beiden durchschnittlichen Jahren 2018 (115,8 Mio. €) und 2019 (112 Mio. €) und dem Pandemiegeprägten Vorvorjahr mit 89,7 Mio. € wurde im Berichtsjahr mit 133,1 Mio. € ein recht gutes Ergebnis erzielt, welches immer noch im oberen Bereich anzusiedeln ist.

## ■ Gemeindeanteile an den Gemeinschaftssteuern

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Gem.-anteil an der Einkommensteuer | 58.348.495,41 | 60.574.075,94 |
| Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | 20.280.519,00 | 18.571.049,78 |
| | **78.629.014,41** | **79.145.125,72** |

Der Gemeindeanteil an den Gemeinschaftssteuern erhöhte sich zum Vorjahr insgesamt betrachtet um rd. 526 T€ oder rd. 0,7 %.

Die insgesamt positive Entwicklung bei den Erträgen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wurde durch die bessere Konjunkturlage und den damit verbundenen höheren Einkommensteuerzahlungen widergespiegelt. Die nach der Gewerbesteuer fiskalisch gesehen zweitbedeutsamste Steuereinnahme der Stadt hat sich zum Vorjahr um rd. 2.225 T€ oder 3,8 % erhöht. Hingegen konnte für den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer ein deutliches Minus verzeichnet werden. Der Rückgang betrug rd. 1.709 T€ (8,4 %).

Im Vergleich zum Haushaltsansatz von 73.767.000 € lagen die städtischen Anteile an den Gemeinschaftssteuern um rd. 5.378 T€ über den geplanten Werten. Während bei den Anteilen aus der Einkommensteuer der Ansatz mit 4.129 T€ zu niedrig bemessen wurde, wurde bei der Umsatzsteuer der Planansatz um 1.249 T€ überschritten.

## ■ Sonstige Gemeindesteuern

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Steuern (Vergnügungs-steuer) | 1.666.629,14 | 4.527.006,89 |
| Hundesteuer | 487.223,42 | 514.392,91 |
| Jagdsteuer | 8.289,01 | 8.289,01 |
| Zweitwohnungssteuer | 327.757,62 | 357.684,31 |
| | **2.489.899,19** | **5.407.373,12** |

Die sonstigen Gemeindesteuern erhöhten sich zu 2021 um rd. 2.917 T€ = 117,2 %.

Während im Bereich der Hundesteuer geringfügige Mehrerträge zu verzeichnen waren, ergab sich ein deutlicher Anstieg bei der Vergnügungssteuer. Die Mehreinnahmen bei der Vergnügungssteuer sind im Wesentlichen durch die deutliche Ausweitung der Öffnungszeiten der Spielhallen nach der Corona-Pandemie begründet. Der zum 01.07.2017 von 20 % auf 24 % angehobene Steuersatz, basierend auf dem Einspielergebnis, blieb im Berichtsjahr konstant.

Die Erhebung einer Zweitwohnungssteuer begann zum 01.06.2012 und brachte im Berichtsjahr Einnahmen in Höhe von ca. 358 T€.

Der Haushaltsansatz bei den Sonstigen Gemeindesteuern von insgesamt 6.848.500 € wurde im Berichtsjahr nicht erreicht, im Wesentlichen bedingt durch die Mindereinnahmen bei der Vergnügungssteuer (- 1.553 T€).

■ **Ausgleichsleistungen**

Zusammensetzung:

| | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Familienausgleichsleistungen | **5.913.299,58** | **6.187.158,20** |

Die Erträge aus den Ausgleichsleistungen lagen um 116 T€ über dem Haushaltsvoranschlag von 6.071.000 €.

Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Anstieg um rd. 274 T€ festzustellen.

## 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Schlüsselzuweisungen | 51.118.330,00 | 52.261.116,00 |
| Sonstige allgemeine Zuweisungen | 3.794.321,26 | 4.731.835,24 |
| Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke | 38.740.097,97 | 38.660.928,88 |
| Erträge aus der Auflösung von Sonderposten | 5.789.128,28 | 5.702.379,56 |
| | **99.441.877,51** | **101.356.259,68** |

Im Vergleich **zum Haushaltsansatz** von 102.532.667 € weist die Ergebnisrechnung bei den Erträgen aus Zuwendungen, allgemeinen Umlagen und sonstigen Transfererträgen ein Minus von rund 1.176 T€ aus. Gegenüber dem Vorjahr ist ein geringfügiger Anstieg in Höhe von 1.914 T€ (1,9 %) festzustellen, der durch die folgenden Erläuterungen dargestellt wird.

■ **Schlüsselzuweisungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Schlüsselzuweisung B2 (§ 9 (2) Ziffer 2 LFAG) | 19.737.501,00 | 20.908.239,00 |
| Schlüsselzuweisung B1 (§ 9 (2) Ziffer 1 LFAG) | 9.759.624,00 | 9.734.340,00 |
| Schlüsselzuweisung C1 (§ 9a (2) Ziffer 1 LFAG) | 5.622.922,00 | 5.490.184,00 |
| Schlüsselzuweisung C2 (§ 9a (2) Ziffer 2 LFAG) | 8.750.426,00 | 8.819.324,00 |
| Schlüsselzuweisung C3 (§ 9a (2) Ziffer 3 LFAG) | 5.800.167,00 | 5.502.165,00 |
| Investitionsschlüsselzuweisung (§ 10 LFAG) | 1.447.690,00 | 1.806.864,00 |
| | **51.118.330,00** | **52.261.116,00** |

Da die Bedarfsmesszahl die Finanzkraftmesszahl überschritt, gewährte das Land im Berichtsjahr eine Schlüsselzuweisung (B2) nach § 9 (2) Ziffer 2 LFAG in Höhe von 20.908.239,00 €.

Im Berichtsjahr erzielte die Stadt Koblenz aus der Schlüsselzuweisung (B1) nach § 9 (2) Ziffer 1 LFAG im Vergleich zum Vorjahr fast unveränderte Erträge in Höhe von rd. 9,73

Mio. €. Der Rückgang beruht auf einer um 294 Einwohner niedrigeren Bevölkerungsmesszahl bei einem gleichbleibenden Berechnungsmaßstab von 86 € pro Einwohner.

Die in 2014 erstmalig gezahlte Schlüsselzuweisung C wird ab dem Jahr **2018** in drei Zuweisungen aufgeteilt. Aus der **Schlüsselzuweisung C1**, die 50 v. H. der Belastung aus der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen als örtliche Träger der Sozialhilfe nach dem SGB XII abdecken soll, erhielt die Stadt Koblenz im Berichtsjahr 5,49 Mio. €.

Weitere Erträge in Höhe von 8,82 Mio. € ergaben sich aus der **Schlüsselzuweisung C2**, die als Ausgleich für die Belastung der Gewährung von Leistungen und aus Kostenbeiträgen, Kostenbeteiligungen oder Kostenerstattungen nach dem SGB II, aus der Gewährung von Hilfen zur Erziehung nach dem SGB VIII sowie aus der Beteiligung des örtlichen Trägers der Sozialhilfe an den Aufwendungen des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe gemäß § 6 des Landesgesetzes zur Ausführung des SGB XII gezahlt wurden.

Zur weiteren Entlastung der Kommunen im Bereich der Sozialhilfeausgaben zahlte das Land im Berichtsjahr die **Schlüsselzuweisung C3.** Der Anteil der Stadt Koblenz belief sich auf 5,50 Mio. €.

Zudem bewilligte das Land Investitionsschlüsselzuweisungen nach § 10 LFAG, die im Finanzhaushalt zur Verminderung des Saldos der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit verwendet werden sollen. Die Zahlung ist ebenfalls abhängig von der Differenz zwischen Finanzbedarf und Finanzkraft der Kommune und betrug im Berichtsjahr rd. 1.807 T€.

### ■ Sonstige allgemeine Zuweisungen

Die Sonstigen allgemeinen Zuweisungen beinhalten eine Sonderzahlung durch das Land Rheinland – Pfalz zur Abmilderung der Folgen der Corona – Pandemie in Höhe von 1.418 T€ sowie die Zuweisung des Landes für die Wahrnehmung inklusiv-sozialintegrativer Aufgaben (Unterstützungsfonds gem. § 109b SchulG) i. H. v. 418 T€. Weiterhin ergaben sich Sonderzahlungen des Landes Rheinland – Pfalz für die Aufnahme von Ukraine Flüchtlingen in Höhe von 2.896 T€.

Zahlung des Landes im Rahmen der Teilnahme am Kommunalen Entschuldungsfonds sind in 2022 nicht mehr erfolgt, weil aufgrund der positiven Haushaltsentwicklung der Vorjahre geprüft wird, ob das Konsolidierungsziel des KEF-Vertrages bereits erreicht wurde.

### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Land Rheinland-Pfalz | 36.653.399,33 | 37.422.338,88 |
| Sparkasse | 472.521,01 | 475.000,00 |
| Bund | 1.167.916,31 | 248.352,47 |
| Rechtsfähige Stiftungen | 208.793,09 | 173.652,71 |
| Sonstige | 237.468,23 | 341.584,82 |
| | **38.740.097,97** | **38.660.928,88** |

Die Erträge reduzierten sich **zum Vorjahr** geringfügig um saldiert rd. 79 T€ (0,2 %).

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Landes beinhalten u. a den Zuschuss für die Förderung der Kindertagesstätten freier Träger (21.346 T€; 2021: 19.181 T€), für das Theater (7.811 T€; 2021: 7.149 T€; 2020: 6.998 T€), die Schülerbeförderung (2.761 T€; 2021: 2.761 T€; 2020: 2.816 T€) sowie die allgemeine Straßenzuweisung (1.143 T€; 2021: 996 T€; 2020: 1.660 T€). Darüber hinaus erhielt die Stadt Koblenz weitere Zuweisungen vom Land bspw. für ihre Kultur- und Bildungseinrichtungen wie VHS, Musikschule, Stadtbibliothek sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Gegenüber **dem Budget** (40.859.099 €) reduzierten sich die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüsse um rd. 2.198 T€. Die Mindererträge entfallen im Wesentlichen auf die Produkte 2431 (schulartübergreifende Maßnahmen) mit 1.099 T€, 5111 (Räumliche Planungen) mit 455 T€ und 2611 (Stadttheater) mit 436 T€.

### ■ Erträge aus der Auflösung der Sonderposten

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten reduzierten sich **zum Vorjahr** geringfügig um rd. 87 T€ von 5.789 T€ auf 5.702 T€. Die höchsten Auflösungserträge des Berichtsjahres entfielen auf die Produkte 1146 (öffentliches Grün) mit 1.037 T€ (Vorjahr: 1.146 T€), 5411 (Gemeindestraßen) mit 1.190 T€ (Vorjahr: 1.129 T€), 1144 (Zentrales Gebäudemanagement) mit 905 T€ (Vorjahr: 839 T€) und 5449 (Ingenieurbauwerke Bundesstraße) mit 635 T€ (Vorjahr: 617 T€).

## 3. Erträge der sozialen Sicherung

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Ersatz von sozialen Leistungen<br>außerhalb von Einrichtungen<br>in Einrichtungen | <br>1.828.447,56<br>395.331,42 | <br>2.232.402,28<br>206.261,50 |
| Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich des **SGB XII** und anderer sozialer Leistungen | 27.030.008,05 | 29.196.373,23 |
| Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich des **SGB VIII** und anderer Jugendhilfe sowie Erstattungen und Ersatz für/von Leistungen der Eingliederungshilfe nach **SGB IX** | 23.956.061,42 | 27.376.461,49 |
| Kostenerstattungen v. anderen Sozialhilfeträgern | 2.757,80 | 7.453,77 |
| Leistungsbeteiligung nach dem **SGB II** | 17.364.224,30 | 15.520.834,20 |
| Zuweisungen/Zuschüsse für lfd. Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung | 81.830,84 | 82.726,90 |
| | **70.658.661,39** | **74.622.513,37** |

Die Erträge der sozialen Sicherung weichen insgesamt lediglich rd. 782 T€ (+1,05 %) von dem Haushaltsansatz in Höhe von 73.840.100 € ab.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis sind saldiert um rd. 3.964 T€ (+5,6 %) erhöhte Erträge zu konstatieren. Konkret betrachtet zeigte sich bei den Kostenbeteiligungen/-erstattungen im Bereich des SGB VIII und der Eingliederungshilfe nach SGB IX ein nennenswerter Ertragszuwachs von rd. 3.420 T€ (+14,3 %). Gleiches gilt für die Beteiligungen/Erstattungen innerhalb des SGB XII (+2.166 T€, +8 %). Eine im Verhältnis beachtliche Ertragssteigerung ergab sich auch im Bereich des Ersatzes von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen (+404 T€, +22,1 %). Hingegen waren bei den Leistungsbeteiligungen nach SGB II um rd. 1.843 T€ (10,6 %) und bei den sozialen Leistungen in Einrichtungen um rd. 189 T€ (-47,8 %) erwähnenswert reduzierte Erträge zu verzeichnen.

■ **Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 171.640,05 | 248.872,95 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 998.851,23 | 1.108.808,12 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 266.057,73 | 660.712,00 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 150.013,60 | 190.744,64 |
| Sonstige | 241.884,95 | 23.264,57 |
| | **1.828.447,56** | **2.232.402,28** |

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen übersteigen den **Haushaltsansatz** (Nachtrag) in Höhe von 1.397.700 € um rd. 835 T€.

Nach einem nicht unerheblichen Rückgang im **Vorjahr**, hat sich das Ergebnis im Berichtsjahr insgesamt um rd. 404 T€ (+22,1 %) verbessert.

Zu dieser Entwicklung hat maßgeblich die Position **„Leistungen von Sozialleistungsträgern“** beigetragen, die wiederum von Produkt 3131 „Hilfen für Asylbewerber“ geprägt wird. Dort stiegen die Erträge um ein Vielfaches von rd. 62 T€ auf rd. 443 T€ (+381 T€). Abgebildet sind hierunter Erstattungen von anderen Leistungsträgern wie Jobcenter und ARGE/Familienkasse. Der erhebliche Zuwachs resultiert hier insbesondere aus der Vielzahl von Fällen infolge der Ukraine-Krise, die ab Mitte des Berichtsjahres sukzessive in die Rechtskreise SGB II bzw. SGB XII überführt wurden und entsprechende Erstattungsansprüche mit sich brachten.

Unter der Position **„Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz“** ergab sich eine Ertragszunahme von rd. 77 T€ (+45 %), die sich gleichmäßig über alle darin enthaltenen Bereiche verteilt.

Innerhalb der Position **„Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete“** bilden die Erträge des Produktes 3411 „Unterhaltsvorschussleistungen“ den wesentlichen Bestandteil. Diese Erträge resultieren aus der Realisierung von Rückgriffansprüchen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG). Im Vorjahresvergleich ist eine moderate Steigerung um rd. 96 T€ (+9,7 %) zu verzeichnen.

Ein vermeintlich signifikanter Ertragsrückgang von rd. 242 T€ im Vorjahr auf nur noch rd. 23 T€ im Berichtsjahr ist unter der Position **„Sonstige“** festzustellen. Insoweit ist allerdings zu berücksichtigen, dass es im Vorjahr in Produkt 3111 „Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII“ zu einer ertragserhöhenden einmaligen Erstattung eines Guthabens in Höhe von rd. 88 T€ durch eine Krankenkasse gekommen ist. Darüber hinaus war nach Feststellung der **Rechnungsprüfung** im Vorjahr eine Erstattungszahlung des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz in Höhe von rd. 123 T€ hier statt zutreffend auf Konto 42391 (Kostenbeteiligung/-erstattung des Landes im Bereich des **SGB XII** und anderer sozialer Leistungen) gebucht worden. Der ausgewiesene Ertragsrückgang relativiert sich daher.

■ **Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 92.271,22 | 110.889,50 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 13.099,41 | 10.178,86 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 138.446,92 | 58.367,41 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 43.013,40 | -4.880,22 |
| Sonstige | 108.500,47 | 31.705,95 |
| | **395.331,42** | **206.261,50** |

Die Erträge aus dem Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen verfehlen den **Haushaltsansatz** von 306.000 € um rd. 100 T€ (-33 %).

Gegenüber dem **Vorjahr** zeigt sich mit rd. 189 T€ ebenfalls eine nicht nur unerhebliche Ertragsreduzierung (-47,8 %). Hauptursächlich dafür sind die Mindererträge in dem Bereich „Leistungen von Sozialleistungsträger“ (-80 T€, -57,8 %) und in dem Bereich „Sonstige“ (-77 T€, -70,8 %). In beiden Fällen sind die darin beinhalteten „Leistungen in Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung“ ausschlaggebend, geprägt von der Teilleistung „Vollstationäre Hilfe zur Pflege nach SGB XII“.

■ **Kostenbeteiligung u. -erstattung SGB XII u. andere sozialer Leistungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Land | 26.959.788,24 | 29.090.749,48 |
| Landkreise | 67.201,97 | 91.821,82 |
| Gemeinden | 3.383,34 | 13.801,93 |
| Sonstige | -365,50 | 0,00 |
| | **27.030.008,05** | **29.196.373,23** |

Die Kostenbeteiligungen und -erstattungen im Bereich des SGB XII und anderer sozialer Leistungen sind von solchen des **Land**es geprägt. Im Berichtsjahr steigerten sich diese um rd. 2.131 T€ (+7,9 %). Überwiegend beruht dieser Zuwachs auf Produkt 3131 „Hilfen für Asylbewerber“, innerhalb dessen sich die Erstattungen des Landes um rd. 2.045 T€ (+151,5 %) erhöhten. Darin beinhaltet sind die regelmäßigen Erstattungen auf Grundlage des Landesaufnahmegesetzes, die sich infolge wieder leicht gestiegener Erstzuweisungen erhöhten. Ebenfalls inkludiert ist die jährliche Einmalzahlung für die Fluchtaufnahme gem. § 3a Landesaufnahmegesetz, die im Berichtsjahr mit rd. 1.749 T€ deutlich höher ausfiel (Vorjahr: 969 T€).

Zu erwähnen ist, dass die **Rechnungsprüfung** im Vorjahr feststellte, dass eine Erstattungszahlung des Landes nach dem Landesaufnahmegesetz in Höhe von rd. 123 T€ nicht nach hier, sondern fehlerhaft auf das Konto 4219 (Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen) gebucht worden war. Die Ertragssteigerung im Vorjahresvergleich wäre bei korrekter Buchung also um rd. 123 T€ geringer ausgefallen. Gleiches gilt im Hinblick auf die Beteiligung des Landes in Form des Landesblindengeldes (Produkt 3511 „Sonstige soziale Hilfen und Leistungen“). Infolge der unzutreffenden Buchung einer der Abschlagszahlungen im Vorjahr sind die Vorjahreserträge um rd. 240 T€ zu gering ausgewiesen, was im Rahmen der Vergleichsbetrachtung ebenfalls entsprechend zu berücksichtigen ist.

Bei den Beteiligungen/Erstattungen durch Landkreise ergaben sich um rd. 25 T€ (+36,6 %) erhöhte Erträge. Diese resultieren aus einer gleichlautenden Ertragssteigerung (+ 36,2 %) in dem Produkt 3311 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“ für anteilige Beteiligungen an den institutionellen Kosten des Frauenhauses.

■ **Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe sowie Erstattungen und Ersatz für/von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| **Kostenbeteiligung/-erstattung im Bereich SGB VIII u. anderer Jugendhilfe** | | |
| Land | 5.042.803,30 | 5.602.970,84 |
| Örtlicher Träger | -13.940,00 | 0,00 |
| Landkreise | 825.323,54 | 872.450,31 |
| Gemeinden | 410.931,43 | 418.408,35 |
| *Zwischensumme* | *6.265.118,27* | *6.893.829,50* |
| **Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Kommunaler Träger** | | |
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 41.815,66 | 39.437,70 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | -713,64 | 0,00 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 56.808,92 | 67.486,00 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 6.975,11 | -1.199,50 |
| **Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Land als Träger** | | |
| Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, Kostenersatz | 129.330,00 | 95.943,09 |
| Unterhaltsansprüche gegen bürgerlich-rechtlich Unterhaltsverpflichtete | 0,00 | 10.102,00 |
| Leistungen von Sozialleistungsträgern | 1.040.189,41 | 854.821,94 |
| Rückzahlung gewährter Hilfen | 8.400,00 | 0,00 |
| **Erstattungen für Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Kommunaler Träger** | | |
| Land | 0,00 | 0,00 |
| Gemeinde | 0,00 | 0,00 |
| **Erstattungen für Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Land als Träger** | | |
| Land | 14.527.196,72 | 15.921.107,25 |
| Gemeinde | 0,00 | 0,00 |
| **Sonstige** | 1.880.940,97 | 3.494.933,51 |
| | **23.956.061,42** | **27.376.461,49** |

Nach einem - infolge von geänderten Kontierungsvorgaben - signifikanten Ertragsrückgang im Vorjahr stiegen die **Kostenbeteiligungen und –erstattungen im Bereich des SGB VIII und anderer Jugendhilfe** im Berichtsjahr moderat um rd. 629 T€ (+10,0 %). In der Einzelbetrachtung verzeichneten die darin beinhalteten **Beteiligungen und Erstattungen des Landes** einen Zuwachs um rd. 560 T€ (+11,1 %).

Dazu beigetragen hat das Produkt 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“, in welchem mit steigenden Aufwendungen ein entsprechender Ertragszuwachs einhergeht (+275 T€, +24,9 %) einhergeht. Zu den Beteiligungen des Landes an den Personalkosten tritt auf Grundlage des KitaG das „Sozialraumbudget“ hinzu. Dabei handelt es sich um eine zusätzliche Landeszuweisung zur Deckung von Personalbedarf, der in Tageseinrichtungen aufgrund ihres Sozialraums oder anderer besonderer Bedarfe entstehen kann.
Das Produkt „Jugendarbeit“ steuerte infolge des Mittelabrufs für das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ mit rd. 197 T€ (Vorjahr: rd. 28 T€) ebenfalls zu der Ertragssteigerung bei.
In dem Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“ erhöhten sich die Beteiligungen/Erstattungen des Landes von 489 T€ auf 1.094 T€. Im Berichtsjahr wurden vermehrt (End-)Abrechnungen im Hinblick auf das vollständige Inkrafttreten des KitaG und der daraus resultierenden Umstellungen erteilt.
Innerhalb des Produktes 3631 „Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ ergaben sich um rd. 535 T€ (-15,7 %) niedrigere Erträge. Das Land erstattet nach § 26a AGKHJG die Aufwendungen der Hilfen zur Erziehung anteilig, im Falle von unbegleiteten minderjährigen Ausländern sogar zu 100%. In der Teilleistung „Heimerziehung, sonstige betreute Wohnform“ sind infolge gesunkener Fallzahlen die Aufwendungen und somit auch die Erträge zurückgegangen (-153 T€, -19,9 %). Im Bereich „Unbegleitete minderjährige Ausländer“ erhöhte sich die Fallzahl zwar wieder, infolge der zeitversetzten Abrechnung mit dem Land wird sich dies ertragsrelevant allerdings erst in den Folgejahren auswirken. Im Berichtsjahr reduzierten sich die Erträge jedenfalls noch von rd. 1.238 T€ auf rd. 831 T€ (-407 T€, -32,9 %). Innerhalb der Teilleistung „Vollzeitpflege“ ist hingegen trotz sinkender Fallzahlen ein Ertragszuwachs von rd. 110 T€ (+60,4 %) festzustellen. Ursächlich dafür ist allerdings die Abrechnung zweier umfangreicher Fälle über mehrere zurückliegende Zeiträume, so dass sich dieser Trend im Folgejahr nicht fortsetzen dürfte.

Die Erstattungen durch **Landkreise und durch Gemeinden** entsprechen nahezu denen des Vorjahres.

Auch die Ertragssituation bei dem **„Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX – Kommune als Träger“** änderte sich saldiert äußerst geringfügig (+ 1 T€).

Im Bereich **„Ersatz von Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX – Land als Träger“** war ein leichter Ertragsrückgang von saldiert rd. 217 T€ (-18,4 %) festzustellen. Wie bereits im Vorjahr, trug zu dieser Entwicklung maßgeblich das Produkt 3164 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“ (z.B. Assistenzleistungen) bei, in welchem die Erträge um rd. 118 T€ niedriger ausfielen (-13,4 %).

Die **Erstattungen für Leistungen der Eingliederungshilfe nach SGB IX/AGSGB IX - Land als Träger** erhöhten sich von rd. 1.427 T€ auf rd. 1.592 T€ (+1.394 T€, +9,6 %). Insoweit prägend ist das Produkt 3162 „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ (+1.388 T€, +41,6 %) mit seiner relevanten Teilleistung „Leistung zur Beschäftigung im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen.

Unter **„Sonstige“** fielen die Erträge mit rd. 3.353 T€ gegenüber dem Vorjahr mehr als doppelt so hoch aus (+1.816 T€, +118,2 %). Hauptsächlich beruht dies auf dem Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“, innerhalb dessen sich die Erträge von rd. 929 T€ auf

rd. 3.094 T€ (+2.165 T€, +233,1 %) erhöhten, und zwar überwiegend infolge von Rückzahlungen geleisteter Personalkostenzuschüsse. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass im Berichtsjahr einige Abrechnungen für das vorvergangene Jahr erteilt und ausgeglichen wurden.

**■ Kostenerstattung von anderen Sozialleistungsträgern**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Landkreise | 2.757,80 | 5.882,04 |
| Gemeinden | 0,00 | 0,00 |
| Land | 0,00 | 1.571,73 |
| | **2.757,80** | **7.453,77** |

Die Erträge erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 5 T€. Der Haushaltsansatz von 30 T€ wurde um rd. 13 T€ verfehlt.

**■ Leistungsbeteiligung nach dem SGB II**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Unterkunft und Heizung § 46 SGB II, Rückzahlung BA | 16.643.031,47 | 14.615.706,66 |
| Leistungsbeteiligung für § 28 SGB II | 721.192,83 | 905.127,54 |
| | **17.364.224,30** | **15.520.834,20** |

Die Erträge aus Leistungsbeteiligung nach SGB II waren im Haushalt mit 19.486 T€ veranschlagt. Dieser Ansatz wird um rd. 3.965 T€ unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ebenfalls ein um rd. 1.843 T€ reduzierter Ertrag.

**■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke im Bereich der sozialen Sicherung**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Land | 56.830,84 | 57.726,90 |
| Sonstige | 25.000,00 | 25.000,00 |
| | **81.830,84** | **82.726,90** |

Die Erträge entsprechen mit zu vernachlässigenden Abweichungen den Werten des Vorjahres und auch denen des Haushaltsansatzes in Höhe von 83.000 €.

## 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Verwaltungsgebühren | 5.754.882,97 | 5.815.631,11 |
| Benutzungsgebühren | 4.611.654,92 | 5.263.955,14 |
| Auflösung Sonderposten aus Beiträgen | 1.435.830,00 | 1.443.735,29 |
| Schülerbeförderungsentgelte | 37.143,26 | 41.584,70 |
| Sonstiges | 233.056,52 | 333.618,35 |
| | **12.072.567,67** | **12.898.524,59** |

Der Haushaltsansatz von rd. 13,5 Mio. € wird durch die tatsächlichen Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von rd. 12,9 Mio. € nur unerheblich unterschritten.

Gegenüber dem Vorjahresergebnis stiegen die Erträge aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten erneut an, und zwar um rd. 826 T€. Diese Steigerungsrate liegt zwar deutlich unter der des Vorjahres mit einem Plus von rd. 1,5 Mio. €. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass infolge der Corona-Pandemie im Jahr 2020 eine signifikante Ertragsreduzierung zu verzeichnen war, die mit Normalisierung der Gegebenheiten zu einem entsprechenden Mehrertrag im Vorjahr führte.

Innerhalb der **Verwaltungsgebühren** bleibt die Ertragssituation im Bereich der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte im Vorjahresvergleich im Wesentlichen konstant (+ rd. 61 T€) und entspricht fast exakt dem Haushaltsansatz von rd. 5.757 T€.
Eine nennenswerte Abweichung ist innerhalb des Produktes 1221 „Sicherheit und Ordnung“ festzustellen. Dort erhöhen sich die vereinnahmten Verwaltungsgebühren gegenüber dem Vorjahr um rd. 131 T€ auf rd. 433 T€ (+43,36 %), bedingt u.a. durch höhere Gebühren im Gewerbe- und Gaststättenwesen, wo sich die Einnahmen von rd. 168 T€ auf rd. 320 T€ steigerten. Auch in dem Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“ wurden rd. 120 T€ (+33,6 %) mehr an Gebühren eingenommen. Dazu haben insbesondere Mehrerträge in dem Bereich „Staatsangehörigkeit“ (+67 T€, +71,3 %) beigetragen. Sämtliche übrige Erträge aus Verwaltungsgebühren bewegen sich weitestgehend auf dem Niveau des Vorjahres.

Wesentliche Zuwächse mit rd. 652 T€ sind innerhalb der **Benutzungsgebühren** festzustellen. Darin beinhaltet sind insbesondere Ertragssteigerungen von rd. 178 T€ (+101 %) bei dem Produkt 1221 „Sicherheit und Ordnung“, dort insbesondere im Bereich der Gebühren für Sondernutzungen. Auch in dem Produkt 1261 „Brandschutz“ verbesserte sich die Ertragssituation um rd. 53 T€ (+30,3 %). Im Übrigen verteilt sich der Ertragsanstieg hauptsächlich auf die Produkte 3611 „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen“ (+37 T€, +23%) und 5461 „Parkeinrichtungen“ für Parkgebühren (+330 T€, +14,5 %). Lediglich bei Produkt 5411 „Gemeindestraßen“ und den dort erhobenen Sondernutzungsgebühren ergibt sich gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von rd. 59 T€ (-54,6 %).

Die Erträge aus der **Auflösung von Sonderposten für Beiträge und ähnliche Entgelte** bleiben mit einem leichten Rückgang (-8 T€) auf dem Niveau des Vorjahres.

Gleiches gilt für die Erträge aus den **Schülerbeförderungsentgelten** (+4 T€).

Unter der Position **„Sonstiges“** werden die Elternbeiträge und Essensbeiträge für Kinder in den städtischen Kindertagesstätten und in den Einrichtungen in städtischer Bauträgerschaft erfasst. Diese haben sich im Berichtsjahr erneut erhöht, und zwar um rd. 101 T€ (+43%). Dies korrespondiert mit dem stetigen Ausbau von Betreuungsplätzen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs nach § 24 SGB VIII bzw. § 14 KiTaG und deren beitragspflichtiger Inanspruchnahme.

## 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Erträge aus Verkäufen | 891.911,70 | 1.245.654,00 |
| Mieten und Pachten | 1.411.661,17 | 1.849.880,67 |
| Beteiligung Essenskosten (Eltern und BuT-Träger) | 530.501,12 | 804.494,29 |
| Eintrittsgelder | 1.311.176,22 | 2.168.389,77 |
| Sonstiges | 1.031.864,70 | 2.591.018,97 |
| | **5.177.114,91** | **8.659.437,70** |

Im Vorjahresvergleich fallen die Erträge aus Verkäufen insgesamt rd. 354 T€ höher aus. Das Ergebnis wird maßgeblich durch die Erlössituation des Produktes 5551 „Kommunaler Forstbetrieb“ beeinflusst. Dort konnten gegenüber dem Vorjahr rd. 300 T€ höhere Erlöse erwirtschaftet werden.

Weiterhin konnten die Erträge im Shop der Tourist-Information (TL 11440163) um rd. 35 T€ (+ 36,87%) gesteigert werden. In den anderen Teilleistungen waren lediglich marginale Erhöhungen der Erlöse zu verzeichnen.

Die Erträge aus Mieten und Pachten überschreiten das Vorjahresergebnis um rd. 438 T€ (+ 31,05 %). Das Rechnungsergebnis wird aus der Saldierung von 26 Produkten gebildet. Die Wesentlichen Steigerungen werden nachfolgend aufgeführt:

Eine nennenswerte Ertragssteigerung um rd. 176 T€ ist bei Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ zu verzeichnen. Dort stiegen insbesondere die Erträge aus umsatzabhängigen Pachten bei Verträgen mit Außenbestuhlung. Dies resultiert u.a. aus der Abrechnung des Biergartens / Eiscafes am Deutschen Eck für die Jahre 2021 und 2022.

Als Folge des Ukrainekrieges stieg die Zahl der Geflüchteten signifikant an. Weiterhin wurde mit der sukzessiven Umstellung auf Mietverträge begonnen, sodass in der Teilleistung 12290300 „Unterbringungskoordination“ erstmals Mieterträge in Höhe von rd. 147 T€ zu verzeichnen waren.

Weiterhin ist innerhalb des Produktes „1142 – Liegenschaften“ eine Ertragssteigerung aus Pachteinnahmen von rd. 15 T€ erwirtschaftet worden.

Die Mehreinahmen von rd. 17 T€ innerhalb des Abrechnungsobjektes „11449998 – ZGM Gebäudeaufwendungen“ sind auf zusätzliche Erträge aus der Nutzung der öffentlichen Toilettenanlagen zurückzuführen.

Die Ertragssteigerung um rd. 8 T€ im Produkt „2311 – Berufsbildende Schulen“ ergibt sich aus zusätzlichen Mieteinnahmen für die privatrechtliche Nutzung der Schulräumlichkeiten (z.B. der Küche) an der BBS Julius-Wegeler im Kalenderjahr 2022.

Im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt Koblenz-Neuendorf“ ist am Pfarrer-Friesenhahn-Platz ein Stadtteilberatungszentrum entstanden. Durch diese Neueinrichtung konnten die Erträge aus Mieten und Pachten innerhalb der Teilleistung 36310100 „Jugendsozialarbeit“ um rd. 30 T€ gesteigert werden.

Mieteinahmen für Funktürme sowie Einnahmen aus Dienstbarkeiten für Stromleitungen in Höhe von insgesamt rd. 22 T€ führten dazu, dass die Erträge der Teilleistung 55510400 „Erholung und Walderlebnis“ im Vergleich zum Vorjahr erheblich gesteigert werden konnten.

Die Beteiligungen an der Verpflegung in den Schulen sowie den Tageseinrichtungen für Kinder belaufen sich auf 489 T€ durch die Eltern (Vorjahr: 283 T€) und 316 T€ durch BuT-Träger (Vorjahr: 248 T€). Damit steigerten sich die Beteiligungen im Vergleich zum Vorjahr deutlich. Insgesamt betrachtet erreichen die in Anspruch genommen Leistungen nahezu das Niveau vor Corona-Pandemie.

Die Erträge aus Eintrittsgeldern konnten aufgrund der weiterhin gestiegenen Anzahl an Veranstaltungen gegenüber dem Vorjahr um rd. 857 T€ (+ 65%) gesteigert werden. Die Erträge in diesem Bereich erreichen zwar noch nicht das Niveau wie vor der Corona-Pandemie, aber erfreulicherweise kann weiterhin eine steigende Tendenz verzeichnet werden.

Die sonstigen Erträge weisen ein Gesamtvolumen von rd. 2,6 Mio. € auf. Im Vorjahresvergleich ist somit eine Steigerung um rd. 151 % zu verzeichnen. Diese resultiert primär aus dem Produkt 1121 „Personalwirtschaft“. Hier wurden Erträge von rd. 1,64 Mio. € (Vorjahr: 281 T€) aus Ablösebeträgen für erworbene Pensionsansprüche erzielt. Weitere rd. 541 T€ (Vorjahr: 435 T€) resultieren u.a. aus Entgelten für Ausleihen der Stadtbibliothek und Erträgen aus der Einspeisung des Blockheizkraftwerks. Außerdem sind hier die Erträge aus der Schülerbetreuung mit rd. 297 T€ (Vorjahr: 217 T€) inkludiert.

## 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Sondervermögen | 2.743.671,34 | 2.538.590,90 |
| Öffentlicher Bereich | 10.558.742,77 | 6.849.701,89 |
| Verbundene Unternehmen | 1.629.660,02 | 1.500.089,48 |
| Private Unternehmen | 217.423,56 | 433.201,28 |
| Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis | 0,00 | 0,00 |
| Sonstige | 261.729,16 | 248.891,01 |
| | **15.411.226,85** | **11.570.474,56** |

Der Haushaltsansatz von insgesamt 10.407.025 € wird um rd. 1.163 T€ (+11,2 %) überschritten. Zum Vorjahr weist die Ergebnisrechnung ein Minus von saldiert rd. 3.841 T€ (-24,9 %) aus.

**■ Sondervermögen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 1.137.701,05 | 1.141.384,08 |
| Stadtentwässerung | 707.778,56 | 704.930,17 |
| Grünflächen- und Bestattungswesen | 438.189,32 | 420.450,91 |
| Kommunales Gebietsrechenzentrum | 438.908,11 | 252.812,75 |
| Koblenz-Touristik | 21.094,30 | 19.012,99 |
| | **2.743.671,34** | **2.538.590,90** |

Die mit den Eigenbetrieben (EB) verrechneten Kostenerstattungen und -umlagen reduzieren sich im Vorjahresvergleich um saldiert rd. 205 T€ (-7,5 %) und liegen somit wieder auf dem Niveau des Jahres 2020.

Diese Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus den geringeren Verrechnungen mit dem Kommunalen Gebietsrechenzentrum/KGRZ (-186 T€, -42,4 %). Das Zentrale Gebäudemanagement/ZGM hatte im Vorjahr Strom, Heizung und Reinigungsleistungen nicht nur für das Jahr 2020, sondern auch bereits für das Jahr 2021 gegenüber dem KGRZ abgerechnet. Dadurch bedingt fielen die Kostenerstattungen/-umlagen entsprechend höher aus, was sich nunmehr im Berichtsjahr, für welches die Abrechnung noch gänzlich aussteht, wieder relativiert.

**■ Öffentlicher Bereich**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Gemeinde und Gemeindeverbände | 2.512.465,90 | 1.783.580,26 |
| Land | 6.537.941,12 | 3.544.157,84 |
| Sonstige | 1.501.075,75 | 1.521.963,79 |
| EU | 7.260,00 | 0,00 |
| Bund | 0,00 | 0,00 |
| | **10.558.742,77** | **6.849.701,89** |

Der Haushaltsansatz in Höhe von rd. 5.659 T€ wird um rd. 1.191 T€ (+21,05 %) überschritten. Wie bereits im Vorjahr, trägt dazu hauptsächlich die Überschreitung des Planansatzes im Bereich Land bei (+1.608 T€, +83 %). Demgegenüber wurde der geplante Wert im Bereich Gemeinde und Gemeindeverbände nicht erreicht (-375 T€, -17,4 %).

Im Vorjahresvergleich reduzierten sich die Erträge im Bereich der **Gemeinde und Gemeindeverbände** um rd. 729 T€ (-29 %). Dies entspricht gerundet dem im Vorjahr in dem Produkt 5711 „Kommunale Wirtschaftsförderung“ infolge der Korrektur von Zerlegungsberechnungen einmalig angefallen Ertrag; dort wurde die an den Zweckverband A 61 gezahlte Verbandsumlage betreffend die Jahre 2016 – 2018 zurückgefordert. Im Übrigen veränderten sich die Erträge aus den Zweckvereinbarungen mit den umliegenden Landkreisen nennenswert in Produkt 2311 „Berufsbildende Schulen“ von rd. 737 T€ auf rd. 649 T€ (-88 T€, -9,9 %) und in Produkt 2211 „Förderschulen“ von rd. 186 T€ auf rd. 211 T€ (+25 T€, +13,4 %).

Nach einem signifikanten Anstieg der **Kostenerstattungen des Landes** im Vorjahr (+ rd. 4.946, +344 %) nivellierten sich diese im Berichtsjahr wieder. Insbesondere die letztjährige Ersatzleistung in dem Produkt 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz“ für den Betrieb des Landesimpfzentrums (rd. 4.568 T€) fiel in diesem Ausmaß nicht erneut an. Im Berichtsjahr ergab sich eine erwähnenswerte Erstattung u.a. in dem Produkt 1211 „Statistik“, wo rd. 246 T€ als Mehrbelastungsausgleich für die Durchführung des Zensus 2022 anfielen. In dem Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ erhöhten sich die Erstattungen im Rahmen der Schulbuchausleihe um rd. 132 T€ (+26,3 %).

Die Kostenerstattungen und -umlagen durch **Sonstige (sonstige öffentliche Sonderrechnung, sonstiger öffentlicher Bereich)** veränderten sich insgesamt betrachtet unwesentlich (+ rd. 21 T€).

**■ Verbundene Unternehmen**

In diesem Bereich zeigen sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 130 T€ gesunkene Erträge, die überwiegend aus niedriger ausgefallenen Personalkostenerstattungen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH und die Koblenz-Touristik GmbH in dem Produkt 1121 „Personalwirtschaft“ resultieren (-119 T€).

**■ Private Unternehmen, sonstiger privater Bereich**

Hier verdoppelten sich die Erträge im Vorjahresvergleich nahezu, und zwar von rd. 217 T€ auf 433 T€ (+ 216 T€). Dazu beigetragen hat insbesondere eine Abgeltungszahlung für Pflegemaßnahmen in Höhe von 105 T€ („Rosenquartier“) in Produkt 5221 „Wohnungsbauförderung“. In dem Produkt 1142 „Liegenschaften“ war zudem eine Dienstbarkeitsentschädigung für Hochspannungsleitungsrechte in Höhe von rd. 84 T€ zu verbuchen. Der Vollständigkeit halber ist zu erwähnen, dass im Vorjahr die Buchung einer ertragserhöhenden Erstattungsleistung in Höhe von rd. 42 T€ für eine Ersatzvornahme (Produkt 5211 „Bau- und Grundstücksordnung“) nicht hier, sondern unter „Sonstige“ erfolgte (s. dazu unten).

**■ Sonstige**

In der Gesamtsumme ist ein minimaler Ertragsrückgang von saldiert rd. 13 T€ zu verzeichnen.
Innerhalb der dort zusammengefassten Produktergebnisse war im Berichtsjahr bei Produkt 1231 „Zivil- und Katastrophenschutz“ die erheblichste Ertragsreduzierung von rd. 46 T€ (-77,4 %) zu konstatieren. Diese steht in Zusammenhang mit dem Wegfall der Kostenerstattungen für den Betrieb der Corona-Testzentren. Die im Berichtsjahr geleisteten Personalkostenerstattungen für das Ambulante Corona-Kompetenz-Zentrum fielen ebenfalls deutlich geringer aus. In dem Produkt 5211 „Bau- und Grundstücksordnung“ wurde hier im Vorjahr eine Erstattungsleistung für eine Ersatzvornahme in Höhe von rd. 42 T€ verbucht. Eine solche Erstattung ist zwar auch im Berichtsjahr angefallen, wurde aber diesjährig zutreffender weise nicht hier, sondern unter Konto 44251, 44259 (Erstattungen von privaten Unternehmen, sonstiger privater Bereich) verbucht, was sich in der vergleichenden Betrachtung ertragsmindern auswirkt. Vorgenannten Ertragsreduzierungen stehen Ertragssteigerungen in den Produkten 4241 „Sportstätten und Bäder“ (+ 35 T€, +193 %) sowie 1144 „ZGM“ (+33 T€, 69 %) gegenüber. In Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ lag eine deutlich gesteigerte, erstattungspflichtige Nutzung des Stadions

Oberwerth, insbesondere durch ortsansässige Fußballvereine, zugrunde. Bei Produkt 1144 „ZGM“ steht die verbesserte Ertragssituation in Zusammenhang mit vermehrten Unterbringungen und damit korrespondierenden Nebenkostenpauschalen in den Gemeinschaftsunterkünften Rauental und Niederberger Höhe.

## 7. Sonstige laufende Erträge

Ab dem Jahr 2019 werden die ehemalige **Zeile 7** „Erhöhungen oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen“, **Zeile 8** „Andere aktivierte Eigenleistungen“ und **Zeile 9** „Sonstige laufende Erträge“ gemäß § 2 Abs. 1 GemHVO, Muster 7, unter der „neuen“ **Zeile 7** „Sonstige laufende Erträge“ zusammengefasst.

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen | 132.084,58 | -245.268,29 |
| Aktivierte Personalkosten | 1.871.264,25 | 1.456.288,80 |
| Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen | 4.424.144,39 | 3.381.377,76 |
| Weitere sonstige laufende Erträge | 11.461.121,00 | 11.153.436,86 |
| Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge | 6.115.139,60 | 6.489.301,66 |
| Andere sonstige ordentliche Erträge | 17.410,46 | 856.656,78 |
| | **24.021.164,28** | **23.091.793,57** |

Die sonstigen laufenden Erträge verzeichnen zum Haushaltsansatz von 23.587.454,00 € einen Rückgang um 495.660 € (2,1 %). Damit wurde der Ansatz geringfügig unterschritten. Während sich bei den Erträgen aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen aufgrund der schwierigen Planbarkeit Mindererträge in Höhe von 6.708 T€ ergaben wurden bei den nicht zahlungswirksame ordentliche Erträgen insgesamt 5.963 T€ an Mehreinnahmen erzielt.

Der Rückgang zum Vorjahr in Höhe von 929 Mio. € beruht im Wesentlichen auf den gesunkenen Verkaufserlösen bei der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden.

### ■ Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Leistungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Bestandsveränderungen | | |
| an Waren | 132.013,28 | -257.294,87 |
| an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen | 71,30 | 12.026,58 |
| | **132.084,58** | **-245.268,29** |

Die fertigen und unfertigen Erzeugnisse sowie die für die Herstellung benötigten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden beim Umlaufvermögen Bilanzposition 2.1 bilanziert. Die Ergebnisrechnung beinhaltet lediglich die Veränderungen zum Vorjahresergebnis.

## ■ Aktivierte Eigenleistungen

Bei der Position der anderen aktivierten Eigenleistungen werden im Wesentlichen die Leistungen der Mitarbeiter dargestellt, die diese für die Erstellung eigener, aktivierungsfähiger Vermögensgegenstände erbracht haben. Mit der Aktivierung werden die entstandenen Kosten, bspw. für Gehälter und Material, in der Ergebnisrechnung neutralisiert und über die Jahre der Nutzungsdauer des Vermögensgegenstandes verteilt.

Im Haushaltsjahr 2022 fielen aktivierte Eigenleistungen von rd. 1.456 T€ an; der Haushaltsansatz von 1.187 T€ wurde somit um 269 T€ überschritten. Für den Großteil der Überschreitungen waren hauptsächlich die Produkte „Zentrales Gebäudemanagement“ und „Ingenieurbauwerke Bundesstraßen“ ursächlich, in einigen anderen Produkten gab es sowohl geringfügige Über- sowie Unterschreitungen.

Die höchsten Erträge erzielten die Produkte ZGM, dort „Zentrales Gebäudemanagement“ (460 T€), „Ingenieurbauwerke Bundesstraßen“ (303 T€) und „Gemeindestraßen“ (196 T€). Insgesamt haben sich die Erträge um rd. 415 T€ gegenüber dem Vorjahr verringert.

## ■ Erträge aus der Veräußerung von Anlage- und Umlaufvermögen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Gewinn aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden | 4.187.830,14 | 3.314.192,59 |
| Gewinn aus der Veräußerung von beweglichen Vermögensgegenständen | 14.159,89 | 41.061,62 |
| Gewinn aus der Veräußerung von sonstigen Vermögensgegenständen | 222.154,36 | 26.123,55 |
| | **4.424.144,39** | **3.381.377,76** |

Es handelt sich um zum Teil planmäßige Gewinne aus der Veräußerung von Anlagevermögen und sonstigen (un-) beweglichen Vermögensgegenständen.

Der im Nachtragshaushalt auf rd. 10.089 T€ festgelegte Ansatz wurde im Berichtsjahr um 6.709 T€ unterschritten. Diese Abweichungen entfallen im Wesentlichen auf die Produkte 1142 „Liegenschaften“ (- 6.842 T€) und 5711 „Kommunale Wirtschaftsförderung“ (+ 61 T€). Die Mindererträge beim Produkt 1142 „Liegenschaften“ hatte folgende Gründe:

- Die im Haushaltsjahr für die nach der erfolgreichen Altlastensanierung des Grundstücks „Gem. Moselweiß, Flur 2 Nr. 28/44“ im Rahmen einer Kapitaleinlage vorgesehene Zuführung an die Koblenzer Wohnbaugesellschaft mbH eingeplanten 5.378 T€ konnten aufgrund der noch nicht erfolgten Übertragung nicht vereinnahmt werden.

- Für die im Haushaltsjahr unter dem Projekt P621033 „Gewerbegrundstücke Industriegebiet A61 B-Plan 257 f“ geplante Veräußerung von Gewerbegrundstücken mit einer Gesamtfläche von ca. 63 Tm² waren über dem Buchwert liegende 3.017 T€ veranschlagt. Tatsächlich wurden ca. 30 Tm² Gewerbegrundstücke mit über dem Buchwert liegenden 1.578 T€ Einzahlungen veräußert, die Mindereinnahmen betragen 1.439 T€.

■ **Weitere sonstige laufende Erträge**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Ordnungsrechtliche Erträge | 2.108.275,97 | 3.003.640,82 |
| Säumniszuschläge, Mahngebühren etc. | 643.064,49 | 686.488,34 |
| Konzessionsabgaben | 7.445.311,05 | 6.857.571,69 |
| Versicherungserstattungen | 258.132,44 | 429.647,53 |
| Sonstige | 1.006.337,05 | 176.088,48 |
| | **11.461.121,00** | **11.153.436,86** |

• **Ordnungsrechtliche Erträge**

Zum Planansatz von 3.950.882 € ergeben sich Mindererträge in Höhe von 947 T€ (24,0 %), im Vergleich zum Vorjahresergebnis ergibt sich ein Anstieg von rd. 895 T€ = 42,5 %, welcher hauptsächlich im Produkt 1231 „Sicherheit und Ordnung“ (+ 936 T€) entstanden ist.

• **Säumniszuschläge, Mahngebühren etc.**

Von den Erträgen in Höhe von 686.488 € entfallen auf:

• Säumniszuschläge 86.768 €
• Mahngebühren 182.645 €
• Vollstreckungsgebühren 414.241 €
• Erträge aus abgeschriebenen Forderungen 2.834 €.

Die Erhöhung zum Vorjahr in H. v. 43.424 € beruht im Wesentlichen auf gestiegenen Vollstreckungs- und Mahngebühren (insgesamt + 45 T€).

• **Konzessionsabgaben**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) - Wasser - | 1.852.702,43 | 1.874.934,91 |
| Energieversorgung Mittelrhein GmbH & Co. KG (EVM) - Gas - | 530.366,72 | 611.569,43 |
| Energieversorgung Mittelrhein GmbH & Co. KG (EVM) - Strom - | 5.008.877,63 | 4.284.188,59 |
| STEAG New Energies GmbH - Fernwärme - | 53.364,27 | 86.878,76 |
| | **7.445.311,05** | **6.857.571,69** |

Gegenüber dem Haushaltsansatz von 7.177.000,00 € ergaben sich Mindererträge in Höhe von 319.428 € und zum Vorjahresergebnis in Höhe von 587.739 €. Diese Mindererträge sind im Wesentlichen auf die gesunkene Konzessionsabgabe Strom zurückzuführen. Hier wurden Abschlagszahlungen in Höhe von 4.506.000,00 € zuzüglich der Spitzabrechnung 2021 (221.811,41 €) eingebucht.

Die Richtigkeit der ausgewiesenen Konzessionsabgabe aus Strom, Gas und Wasser wurde durch einen Wirtschaftsprüfer testiert. Für die Konzessionsabgaben lagen die jeweiligen Prüftestate vor. Die Konzessionsabgabe Gas beinhaltet die Abschlagszahlungen 2021 (600.000,00 €) sowie die Spitzabrechnung aus 2020 (+ 11.659,43 €). Die Konzessionsabgabe Wasser beinhaltet die Abschlagszahlungen 2021 (1.852.702,44 €) und die Spitzabrechnung aus 2022 (+ 22.232,47 €).

• **Versicherungserstattungen**

Die Erstattungen von **allen** Versicherungsleistungen werden über das Konto 462700 abgewickelt. Sie betrugen im Berichtsjahr rd. 430 T€ und haben sich damit zum Vorjahr um rd. 172 T€ erhöht.

Die Verbuchung erfolgte insgesamt bei 42 Produkten des Haushaltes, wobei die Erstattungsleistungen des Versicherers bei den Produkten 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ mit 340 T€, 3131 „Hilfen für Asylbewerber“ mit 20 T€ und 1221 „Sicherheit und Ordnung“ mit 16 T€ von hervorgehobener Bedeutung sind.

• **Sonstige Erstattungen**

Es handelt sich im Wesentlichen um die Nachzahlung für den Kauf eines Grundstückes (36T€), Kostenerstattungen nach § 3b Landesaufnahmegesetz, die Rückerstattung von nicht verausgabten Fraktionszuschüssen, die Ablieferung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Rückerstattung von verschiedenen Steuern.

■ **Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen | 3.027.210,79 | 1.118.136,92 |
| Auflösung Rücklage KSI | 29.333,72 | 83.111,94 |
| Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen | 436.958,97 | 2.930.187,00 |
| Erträge aus der Zuschreibung von Festwerten | 1.334.814,75 | 2.239.192,88 |
| Erhöhung Beteiligungen | 1.083.317,60 | 0,00 |
| Anpassung der Bilanz | 202.668,57 | 86.466,32 |
| Sonstige | 835,20 | 32.206,60 |
| | **6.115.139,60** | **6.489.301,66** |

• **Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen**

Hierbei handelt es sich um die Korrektur der Pauschalwertberichtigung (230 T€) und Einzelwertberichtigungen (888 T€) im Berichtsjahr.

• **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen**

Insgesamt wurden folgende 17 Einzelrückstellungen aufgelöst:

| | T€ |
|---|---|
| Ausstehende Rechnungen (2) | 510 |
| Instandhaltung (13) | 2.361 |
| Prozesskosten (2) | 59 |

• **Erträge aus der Zuschreibung von Festwerten**

Im Berichtsjahr wurden die Festwerte in den Bereichen Straßenbegleitgrün (Tiefbaumt) und den Sonstigen Bäumen (Produkt 5511, Zuständigkeit EB 67) wiederholt überprüft und dementsprechend angepasst. Aufgrund von Veränderungen der Einzelpreise sowie des jeweiligen Baumbestandes ergaben sich für den Festwert „Straßenbegleitgrün“ eine Zuschreibung in Höhe von 276.239 € und für den Festwert „Sonstige Bäume“ eine Zuschreibung in Höhe von 1.962.954 €.

• **Anpassung der Bilanz**

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Anpassung der Restbuchwerte der bei Ziffer 4.3 bilanzierten Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (T€ 81) sowie die nachträgliche Erfassung von Vermögensgegenständen in Höhe von T€ 5.

■ **Andere sonstige ordentliche Erträge**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Andere sonstige ordentliche Erträge | **17.410,46** | **856.656,78** |

Hierbei handelt es sich hauptsächlich um die Aufnahme von städtischen Verkehrsflächen, die im Rahmen der Eröffnungsbilanz noch nicht erfasst waren.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **8.** | **Summe der lfd. Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe 1 bis 7)** | **475.018.720,63** | **477.291.004,10** |

Insgesamt hat sich die Summe der ordentlichen Erträge zum Haushaltsansatz von 459.413.669,00 € um 17.877.335 € (3,9 %) auf 477.291.004 € erhöht. Zum Vorjahr ist ein Anstieg um 2.272.283 € oder 0,47 % zu verzeichnen.

## 9. Personal- und Versorgungsaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige | 574.748,93 | 560.252,94 |
| Dienstbezüge und dergleichen | 81.151.450,38 | 85.603.611,61 |
| Beiträge zu Versorgungskassen | 4.629.913,55 | 4.616.687,14 |
| Beiträge z. gesetzl. Sozialversicherung | 12.709.492,48 | 13.444.131,47 |
| Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen | 4.651.187,06 | 3.815.962,77 |
| Personalnebenaufwendungen | 1.019.519,72 | 2.938.099,65 |
| Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen | 3.305.116,03 | 5.620.474,46 |
| Rückstellungszuführungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden u. ä. | 189.561,84 | 239.361,18 |
| Versorgungsaufwendungen | 9.586.114,31 | 9.842.802,74 |
| | **117.817.104,30** | **126.681.383,96** |

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Haushaltsansatz von 122.743.041 € um 3,938 Mio. € aufgrund zahlreicher nicht planbarer Dienstherrenwechsel erhöht. Im Vergleich zum Vorjahresergebnis verzeichnen die Personal- und Versorgungsaufwendungen einen Anstieg von rd. 7,5 % bzw. rd. 8,864 Mio. €.

Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die Steigerung der Dienstbezüge und dergleichen um 4.452 T€ auf das Ergebnis von nunmehr 85,603 Mio. €, die Erhöhung der Zahlung von Abfindungsbeträgen nach dem Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag (§ 4 VLT-SV) um 1.914 T€ auf insgesamt 2,925 Mio. € sowie die Erhöhung der Zuführungen zu Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen um 2,315 Mio. € auf 5,620 Mio. €.

### ■ Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Ortsvorsteher | 60.754,86 | 63.678,89 |
| Rats- und Ausschussmitglieder | 362.683,74 | 354.690,81 |
| Sonstige | 151.310,33 | 141.883,24 |
| | **574.748,93** | **560.252,94** |

Gegenüber dem Vorjahr sind im Ergebnis Minderaufwendungen für die ehrenamtlich Tätigen in Höhe von rd. 14 T€ zu verzeichnen. Die sonstigen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen aus den Aufwendungen für die Erhebungsbeauftragten im Rahmen des Zensus 2022 (49,3%) und den Aufwandsentschädigungen für die ehrenamtlich Tätigen im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes (39,9%) zusammen. Die Aufwendungen im Rahmen des Brand- und Katastrophenschutzes sind im Vorjahresvergleich um 14,56% gestiegen.

Im Berichtsjahr ist festzustellen, dass die Aufwendungen für Ortsvorsteher (+4,81 %) und für Rats- und Ausschussmitglieder (- 2,2 %) nahezu konstant geblieben sind.

■ **Dienstbezüge und dergleichen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Bezüge der Beamten | 22.080.830,15 | 23.109.649,93 |
| Sonstige | 2.786,68 | 4.700,12 |
| Vergütungen der Arbeitnehmer | 58.688.556,05 | 62.154.062,79 |
| Sonstige Aufw. für Bedienstete | 379.277,50 | 335.198,77 |
| | **81.151.450,38** | **85.603.611,61** |

Gegenüber dem Planansatz inkl. Nachtrag in Höhe von 84.909.264 € (Vorjahr: 85.662.769 €) ergeben sich Mehraufwendungen von 694.347 €. Im Haushaltsjahr 2022 wurde, um dem Haushaltsgrundsatz der Wahrheit und Klarheit möglichst Rechnung zu tragen, ein pauschaler Abschlag i.H.v. 5,0 % aller Dienstbezüge und Entgelte (inkl. Versorgungskassen und Sozialversicherungen) eingeplant. Dieser pauschale Abschlag wurde zu hoch eingeschätzt; hieraus resultiert somit die Überschreitung des Haushaltsansatzes.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen deutlich um insgesamt 5,49 %, was einer Summe von rd. 4,45 Mio. entspricht. Die Zuwächse verteilen sich auf die Bezüge der Beamten mit einer Steigerung von 4,66 % (1,03 Mio. €) sowie auf die Vergütungen der Beschäftigten mit einer Steigerung von 5,90 %, was einer Summe von 3,47 Mio. € entspricht.

Die Anzahl der Vollzeitstellen gemäß dem vom Stadtrat beschlossenen und von der ADD genehmigten Stellenplan in der Kernverwaltung hat sich um 10 Vollzeitstellen von 1.658 auf 1.648 reduziert. Dies ist somit nicht ursächlich für die gestiegenen Aufwendungen. Jedoch sind die Besoldungserhöhungen bei den Beamten und der Anstieg der tariflichen Erhöhungen der Beschäftigten (+ 1,8%) hier prägend und anzuführen.

Die sonstigen Aufwendungen für Bedienstete verzeichnen im Berichtsjahr eine Reduzierung von rd. 11,6% oder rd. 44 T€ gegenüber dem Vorjahr. Prägend in diesem Posten sind die Aufwendungen im Produkt „26110100 – Aufführungen für Veranstaltungen“; diese stellen mit ihren rd. 146 T€ (43,49%) einen Großteil der Aufwendungen dar.

■ **Beiträge zu Versorgungskassen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Beamte | 220.271,05 | 17.523,00 |
| Arbeitnehmer | 4.402.110,82 | 4.592.686,66 |
| Sonstige | 7.531,68 | 6.477,48 |
| | **4.629.913,55** | **4.616.687,14** |

Im Vergleich zum Haushaltsansatz in Höhe von 4.846.239 € ist ein Minderaufwand von rd. 230 T€ festzustellen. Die Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen die Pflichtzuführungen zur Kommunalen Versorgungsrücklage gem. § 14a BBesG sowie § 25 TVöD und sind in der Gesamtsumme im Vorjahresvergleich marginal um rd. 13 T€ (0,29 %) gesunken.

■ **Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Beamte (u. a. Nachversicherung) | 11.124,63 | 7.860,81 |
| Arbeitnehmer | 12.629.320,88 | 13.367.544,94 |
| Sonstige | 69.046,97 | 68.725,72 |
| | **12.709.492,48** | **13.444.131,47** |

Die Aufwendungen für Beiträge zur gesetzl. Sozialversicherung haben sich gegenüber dem Vorjahr von 12.709 T€ um rd. 735 T€ auf nunmehr 13.444 T€ erhöht. Dies ist ausschließlich auf vermehrte Leistungen an die gesetzliche Sozialversicherung für tariflich beschäftigte Arbeitnehmer aufgrund der allgemeinen Tariferhöhung um 1,8% zum 01.04.2022 sowie der Einführung der SuE-Zulage im Sozialbereich zum 01.07.2022 zurückzuführen. Nachversicherungen von Beamten führten im Berichtsjahr zu Aufwendungen i. H. v. rd. 8 T€ (Vorjahr: 11 T€). Der Haushaltsansatz in Höhe von 14.132 T€ wurde um 688 T€ unterschritten.

■ **Beihilfen, Unterstützungsleistungen und dergleichen**

Mit 3,816 Mio. € (Vorjahr: 4,651 Mio. €) haben sich die Beihilfeaufwendungen im Vergleich zum Vorjahresergebnis um rd. 835 T€ reduziert. Der Haushaltsansatz von 4,3 Mio. € wurde nicht vollständig beansprucht (- rd. 484 T€; -11,26%).

■ **Personalnebenaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Trennungsgeld, Fahrtkosten, Prämien, Leistungszulagen, Prämien | 8.105,24 | 12.706,30 |
| Dienstherrenwechsel | 1.011.414,48 | 2.925.393,35 |
| | **1.019.519,72** | **2.938.099,65** |

Im Vergleich zu den Aufwendungen des Vorjahres haben sich die Personalnebenaufwendungen aufgrund einer erheblichen Erhöhung der Anzahl von Dienstherrenwechseln um rd. 1,9 Mio. € auf nunmehr rd. 2,9 Mio. € erhöht. Im Fokus stehen Beamte, die die Stadt Koblenz verlassen und bei einem neuen Dienstherrn im öffentlichen Dienst ihre Tätigkeit aufnehmen. Unter Berücksichtigung des Versorgungslastenteilungsstaatsvertrages sind entsprechende Zahlungen an die neuen Dienstherren zu leisten. Wie die vorgenannten Zahlen belegen, wurde der Haushaltsansatz von 1,0 Mio. € wesentlich überschritten. Die Rechnungsprüfung empfiehlt daher im Rahmen der Haushaltsplanung zukünftig einen deutlich höheren Ansatz für Versorgungsausgleichsleistungen infolge der sich häufenden Personalwechsel auszuweisen.

■ **Zuführungen zu Pensionsrückstellungen u. ä. Verpflichtungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Pensionsrückstellungen | 2.589.112,47 | 4.453.676,22 |
| Beihilferückstellungen | 680.537,56 | 1.159.124,24 |
| Sonstige (Ehrensold) | 35.466,000 | 7.674,00 |
| | **3.305.116,03** | **5.620.474,46** |

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen belaufen sich zum 31.12.2022 auf 191.441.605,47 € (Vorjahr: 185.795.485,01 €). Um Wiederholungen zu vermeiden wird an dieser Stelle auf den Erläuterungsteil zur Bilanzposition „3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ verwiesen.

**■ Zuführungen zu Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub, Überstunden und ähnliches**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Beamte | -158.043,47 | -108.858,73 |
| Arbeitnehmer | 338.756,31 | 322.573,91 |
| Sonstige | 8.849,00 | 25.646,00 |
| | **189.561,84** | **239.361,18** |

Für das Haushaltsjahr 2022 waren Zuführungen in Höhe von 359.573 € geplant, so dass sich Minderaufwendungen v. rd. 120 T€ ergaben.

Grundlage für die Bemessung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen für Beamte und tariflich Beschäftigte ist die Anzahl der nicht genommenen Urlaubstage bzw. der geleisteten Überstunden zum 31.12.2022 mit den individuellen Stundensätzen des jeweiligen Mitarbeiters. Die Rückstellung für nicht in Anspruch genommenen Urlaub pro Vollzeitstelle erhöhte sich von 1.777 € auf 1.859 € und die Rückstellung für geleistete Überstunden reduzierte sich marginal von 1.758 € auf nunmehr 1.748 €.

Die Rückstellungen belaufen sich zum Stichtag 31.12.2022 auf folgende Beträge:

| | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Rückstellung für nicht genommenen Urlaub | 2.946.936,98 | 3.065.868,73 |
| Überstundenrückstellung | 2.914.760,74 | 2.884.313,41 |
| | **5.861.697,72** | **5.950.182,14** |

**■ Versorgungsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Versorgungsaufwendungen | **9.586.114,31** | **9.842.802,74** |

Die Versorgungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahresergebnis um rd. 257 T€ oder 2,68% erhöht. Im Vergleich zum Nachtragshaushaltsansatz (9.800.000 €) ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 43 T€ oder 0,44 %.

## 10. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung | 38.525.834,29 | 31.177.570,04 |
| Kostenerstattungen an Bund, Land, verbundene Unternehmen und Eigenbetriebe | 20.127.902,94 | 20.527.921,27 |
| Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser, Abfall, Straßenreinig., Winterd. | 8.410.087,22 | 9.292.074,92 |
| Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen | 9.372.238,74 | 10.493.211,73 |
| Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 9.639.118,63 | 7.389.435,20 |
| Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren | 849.644,25 | 1.168.847,29 |
| | **86.924.826,07** | **80.049.060,45** |

Die **prognostizierten Aufwendungen** von insgesamt 81.163.322 € werden marginal um rd. 1.114 T€ unterschritten (-1,4 %).

Im **Vorjahresvergleich** ist eine Aufwandsreduzierung von saldiert rd. 6.876 Mio. € (-7,9 %) festzustellen, welche insbesondere aus den gesunkenen Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung resultiert.

### ■ Aufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen | 29.558.412,13 | 23.739.103,88 |
| Unterhaltung des Infrastrukturvermögens | 3.339.139,61 | 2.501.729,03 |
| Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung | 835.755,15 | 902.915,60 |
| Fahrzeugunterhaltung | 482.899,32 | 654.949,82 |
| Geringwertige Geräte | 3.263.941,74 | 2.111.995,44 |
| Bewirtschaftung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen | 960.711,29 | 964.758,21 |
| Unterhaltung der Maschinen und technische Anlagen | 69.123,79 | 100.927,63 |
| Unterhaltung von Kunstgegenständen und Denkmälern | 15.851,26 | 201.190,43 |
| | **38.525.834,29** | **31.177.570,04** |

Der **Planansatz** von rd. 33.966 T€ wird durch die tatsächlichen Aufwendungen um saldiert rd. 2.798 T€ (-8,2 %) unterschritten. Insoweit wesentlich ist die Position „**Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und –einrichtungen“**, da dort der geplante Aufwand insgesamt rd. 2.395 T€ (-9,16 T€) unter dem tatsächlichen Aufwand liegt.

Anlässlich der Prüfung war zu hinterfragen, dass in dem Produkt 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“ ein bereits seit 2021 bestehender Planansatz in Höhe von 100 T€ für die

Anschaffung geringwertiger Geräte für die neue Kindertagesstätte Horchheimer Höhe weiterhin vermeintlich nicht in Anspruch genommen worden war. Final war durch die **Rechnungsprüfung** zu konstatieren, dass im Berichtsjahr eine Auszahlung in Höhe von rd. 64 T€ erfolgt, diese allerdings unzutreffend auf das Konto 55991 (Personenkostenzuschuss KiTa Freie Träger) verbucht worden war.

Gegenüber dem **Vorjahr** sinken die Gesamtaufwendungen für Unterhaltung und Bewirtschaftung deutlich, und zwar um saldiert rd. 7.349 T€ (19,1 %).

Zu dieser Aufwandsreduzierung haben insbesondere die Ausgaben für die **Unterhaltung der Grundstücke, Außenanlagen, Gebäude und -einrichtungen** beigetragen, welche insgesamt um rd. 5.819 T€ (-19,7 %) niedriger ausfallen.
Insbesondere in dem Produkt 1144 „ZGM“ wurden deutlich niedrige Aufwendungen ausgewiesen. Hier ist zunächst darauf hinzuweisen, dass dort im Berichtsjahr für den Bereich der Unterhaltungskosten ein neues Konto, und zwar Konto 5231306 „Konsumtive Baumaßnahmen mit zusätzlichem R-Projekt“ eingerichtet wurde. Damit soll die Steuerung der konsumtiven Bautätigkeit im Bereich der Gebäude über das Rechnungswesen erleichtert werden – analog zu der bereits existierenden Aufteilung bei den Reinigungsleistungen. Bei Verwendung dieses Kontos ist die Eingabe einer Projektnummer zwingend vorgesehen. Auf dem bisher ausschließlich verwendeten Konto 5231300 sind nur noch echte laufende Unterhaltungsaufwendungen, d.h. kleinere Instandsetzungen oder Reparaturen zu verbuchen. Im Rahmen des Vorjahresvergleichs ist dies entsprechend zu berücksichtigen, dass bestimmte Unterhaltungsmaßnahmen nicht mehr auf ausgewiesen werden. Insgesamt betrachtet (Konto 5231300 und Konto 5231306) sind die Aufwendungen für Unterhaltung in dem Produkt 1144 „ZGM“ von rd. 16.887 T€ auf rd. 11.556 T€ und somit um rd. 5.331 T€ (-31,6 %) gesunken. Dazu hat zum einen beigetragen, dass infolge von Lieferschwierigkeiten und nicht verfügbarer Ingenieurleistungen vergleichsweise weniger Maßnahmen umgesetzt werden konnten. Zum anderen war durch die **Rechnungsprüfung** in Rücksprache mit dem Fachamt festzustellen, dass aufgrund unzureichender Abgrenzung diverse Buchungen nicht hier als Unterhaltsaufwendungen, sondern unter Konto 52440 „Labor- und Werkstättenbedarf“ erfolgten. Insoweit wurden für die Zukunft verbesserte interne Kontrollmechanismen zugesagt.
Auch in dem Produkt 2611 „Stadttheater“ war mit rd. 329 T€ ein erheblich minimierter Aufwand festzustellen (- rd. 960 T€, -74,5 %). Dabei ist zu berücksichtigten, dass hier lediglich noch technisch oder rechtlich zwingend notwendige Unterhaltungsmaßnahmen ausgewiesen wurden. Die bis zum Jahr 2025 anstehenden Sanierungsmaßnahmen sind Gegenstand eines gesonderten Investitionsprojektes. Ein gegenüber dem Vorjahr nennenswert erhöhter Aufwand war in dem Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ zu verzeichnen; dieser stieg von rd. 268 T€ auf rd. 348 T€, was einer Steigerungsrate von 29,8 % entspricht.

Im Bereich der **Unterhaltungsreinigung** sind die Ausgaben von rd. 3.691 T€ auf rd. 4.155 T€ (+ rd. 464 T€, +12,6 %) gestiegen. Auch hier ist prägend das Produkt 1144 „ZGM“, wo sich der Aufwand um rd. 431 T€ (+12,7 %) erhöhte. Dies entgegen der Planung, welche von - auch gegenüber dem Vorjahr - weiterhin sinkenden Aufwendungen (3.491 T€) ausgegangen ist.
Der Aufwand für die Unterhaltung von **Grundstücken** ist nach einer einmaligen Steigerung im Vorjahr in dem Produkt 1142 „Liegenschaften“ (+97 T€) von rd. 112 T€ wieder deutlich gesunken (7 T€).
Auch die Unterhaltungskosten der **Außenanlagen** reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr (-179 T€, -19,8 %). Wesentlich geringere Aufwendungen sind insbesondere in dem

Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ zu verzeichnen (-150 T€, -83,4 %). Dort waren im Vorjahr erhebliche Ausgaben für die Parkanlage Feste Kaiser Alexander getätigt worden. In dem Produkt 1144 „ZGM“ fielen Minderaufwendungen von rd. 166 T€ (-42,2 %) an. Ein nennenswerter Aufwandszuwachs von rd. 35 T€ auf 110 T€ ergab sich hingegen in Produkt 5111 „Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen“. Dazu beigetragen hat hauptsächlich die Abrechnung einer Parkanlage im Sanierungsgebiet Ehrenbreitstein. Zu erwähnen ist ebenfalls eine Aufwandsmehrung in Produkt 2111 „Grundschulen“ von 6 T€ auf 54 T€, und zwar infolge von Markierungsarbeiten auf mehreren Schulhöfen. In Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ stiegen die Aufwendungen nach einem letztjährigen Rückgang (-124 T€) von 121 T€ auf 167 T€ (+46 T€, +38,4 %).
Im Bereich der Aufwendungen für **Außenanlagen gegenüber EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen** ist eine Steigerung von rd. 4.183 T€ auf rd. 4.518 T€ (+335 T€, +8 %) festzustellen.

Bei der **Unterhaltung des Infrastrukturvermögens** waren gegenüber dem Vorjahr Minderaufwendungen in Höhe von rd. 837 T€ (-25,1 %) zu konstatieren. Auch der Haushaltsansatz wird um rd. 1.191 T€ unterschritten. Zurückzuführen ist dies auf die Position „Brücken, Tunnel und ingenieurtechnische Anlagen“, innerhalb derer sich die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr von rd. 2.152 T€ auf rd. 898 T€ (-1.254 T€, -58,3 %) reduzierten. Grund dafür ist, dass in sämtlichen nach dort verbuchten Produkten (Gemeinde-, Kreis-, Land- und Bundesstraßen) letztjährig aufwandserhöhende Rückstellungen in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. € gebildet worden waren. Des Weiteren war hier unter dem Konto 52338 „Unterhaltung von Straßen, Wegen, Plätzen, Verkehrslenkungsanlagen“ eine allerdings zu vernachlässigende Fehlbuchung von rd. 8 T€ für Pflegemaßnahmen von Ausgleichsflächen festzustellen; infolge der Verwendung der unzutreffenden Kostenstelle K800000EC1 statt Kostenstelle K800000E01 wurde nicht das Produkt „Kommunale Wirtschaftsförderung“, sondern das Produkt 1114 „Gremien“ belastet.

Die Aufwendungen für **Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung** erhöhten sich im Vorjahresvergleich nach den vorliegenden Auswertungen unwesentlich um rd. 67 T€ auf rd. 903 T€ (+8 %). Dieser Betrag ist nach Feststellungen der **Rechnungsprüfung** um rd. 22 T€ nach unten zu korrigieren, da in dem Produkt 2611 „Stadttheater“ Mietzahlungen für Instrumente unzutreffend hier als Unterhaltungskosten gebucht wurden. Es ergibt sich somit eine Erhöhung von lediglich rd. 45 T€ auf rd. 881 T€ (+5,4 %). In dem Produkt 2611 „Stadttheater“ wurden Mietzahlungen für Instrumente unzutreffend hier als Unterhaltungskosten gebucht.

Die Kosten für die **Unterhaltung von Fahrzeugen** stiegen im Berichtsjahr von 483 T€ auf 655 T€ (+172 T€, +35,6 %) und lagen damit auch deutlich über dem prognostizierten Aufwand von rd. 399 T€. Dazu beigetragen hat insbesondere das Produkt 1261 „Brandschutz“, in welchem sich die Ausgaben für Wartung und Instandsetzung von rd. 112 T€ auf rd. 181 T€ (+69 T€, +61,1 %) und für Betriebs- und Schmierstoffe von rd. 198 T€ auf rd. 275 T€ (+77 T€, +55,7 %) erhöhten. Ursächlich für den Aufwandszuwachs ist u.a. die Inbetriebnahme der neuen Feuerwache 2 in Niederberg. Auch in Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ fielen mit 64 T€ deutlich erhöhte Aufwendungen für Wartung und vor allem Instandsetzung an (+46 T€).

Im Bereich der **geringwertigen Geräte** ist im Berichtsjahr eine beachtliche Reduzierung der Aufwendungen von rd. 3.264 T€ auf rd. 2.112 T€ zu verzeichnen (-1.152 T€, -35,3 %).

Hauptursächlich dafür ist der signifikante Aufwandsrückgang in dem Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ von rd. 1.227 T€ auf rd. 188 T€ (-1.039 T€, -84,7 %). Grund dafür ist, dass im Rahmen des DigitalPakts Schulen sowohl die Umsetzung des „Sofortausstattungsprogramm“ als auch die der „Zusatzvereinbarung Leihgeräte Lehrer“ durch entsprechende Anschaffungen im Vorjahr abgeschlossen wurde. Korrespondierend dazu und zu letztjährig vermehrten Modernisierungsmaßnahmen ist auch in sämtlichen Schulzweigen ein Aufwandsrückgang festzustellen, so etwa in Produkt 2311 „Berufsbildende Schulen“ von rd. 329 T€ auf 230 T€ (-99 T€, -30,1 %). Auch in dem Produkt 1144 „ZGM“ waren erheblich gesunkene Aufwendungen zu konstatieren (-227 T€, -81,5 %). Ursächlich dafür waren die im Vorjahr angefallenen umfangreichen Anschaffungskosten für Einrichtungsgegenstände betreffend den Neubau des Hilda-Gymnasiums (S2-Gebäude, rd. 102 T€) und der Feuerwache 2 Niederberg (rd. 108 T€).
Innerhalb des Produktes 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“ reduzierte sich der Aufwand augenscheinlich von rd. 34 T€ im Vorjahr auf rd. 13 T€. In diesem Kontext ist allerdings auf die obigen Ausführungen zu den Anschaffungskosten für Einrichtungsgegenstände der neuen Kindertagesstätte Horchheimer Höhe zu verweisen. Hier wurde durch die **Rechnungsprüfung** eine Fehlbuchung in Höhe von rd. 64 T€ auf das Konto 55991 (Personenkostenzuschuss KiTa Freie Träger) festgestellt. Bei korrekter Buchung hätte sich folgerichtig keine Aufwandsreduzierung, sondern eine Aufwandsmehrung ergeben.
Eine deutliche Aufwandssteigerung zeigt sich in dem Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“. Diese Mehraufwendungen ergaben sich als Folge des Ukraine-Krieges und dem damit einhergehenden Bedarf an mit Einrichtungsgegenständen auszustattenden Unterkünften für Geflüchtete. Hier wurden überplanmäßige Haushaltsmittel von 1,65 Mio. erforderlich. In dem Produkt 1145 „Zentrale Dienste“ stiegen die Aufwendungen um rd. 114 T€ (+54,3 %) auf rd. 324 T€, und zwar überwiegend für die Anschaffung von Büromobiliar. Auch in Produkt 2012 „Allgemeine Schulverwaltung“ waren um rd. 61 T€ (+21 %) erhöhte Aufwendungen von rd. 351 T€ zu verzeichnen. Dies betrifft vorwiegend den Erwerb digitaler Endgeräte im Rahmen des Schulnetzes.

Der Aufwand für die **Unterhaltung der Maschinen und technischen Anlagen** lag insgesamt rd. 32 T€ (+46,4 %) über dem des Vorjahres. Dazu beigetragen hat insbesondere eine in Produkt 1231 „Verkehrsüberwachung“ erforderlich gewordene Ersatzbeschaffung eines Towers der Messanlage Koblenz-Rübenach in Höhe von rd. 27 T€.

Innerhalb der **Unterhaltungskosten für Denkmäler und Kunstgegenstände** war ein Aufwand in Höhe von rd. 182 T€ (Vorjahr: 0 T€) festzustellen. Dieser resultierte im Wesentlichen aus Kosten in dem Produkt 5231 „Denkmalschutz und –pflege“ für die Konservierung/Restaurierung des Obelisken auf dem Asterstein (rd. 87 T€) sowie von Bestandteilen (u.a. Reliefs, Girlanden) der Pfaffendorfer Brücke (rd. 76 €).

## ■ Kostenerstattungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis | 94.235,75 | 104.366,35 |
| Eigenbetriebe | 17.599.250,48 | 17.939.705,54 |
| Sonstiger öffentlicher Bereich | 1.943.334,34 | 1.906.537,22 |
| Gemeinde und Gemeindeverbände | 156.215,26 | 110.585,75 |
| Private Unternehmen | 194.429,88 | 210.249,18 |
| Zweckverbände | 100.269,46 | 202.060,96 |
| Sonstiges | 40.167,77 | 54.416,27 |
| | **20.127.902,94** | **20.527.921,27** |

Innerhalb der Kontenart 525 „Kostenerstattungen“ (ohne Sozialbereich) standen im **Haushaltsplan** insgesamt 21.432.066 € für die anfallenden Aufwendungen zur Verfügung. Bei der Haushaltsausführung ergaben sich Minderaufwendungen von saldiert rd. 904 T€.

Im Vergleich zum **Vorjahr** ist ein marginaler Aufwandszuwachs um saldiert rd. 400 T€ (+2 %) festzustellen. Dies ist im Wesentlichen auf um rd. 340 T€ erhöhte Erstattungen an Eigenbetriebe zurückzuführen. An den Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungen/EB 67 wurden insgesamt rd. 460 T€ (+6,3 %) mehr erstattet. Demgegenüber fielen die Erstattungen an den Kommunalen Servicebetrieb/EB 70 um rd. 138 T€ (1,3 %) geringer aus. Die Erstattungen an Zweckverbände waren mit rd. 202 T€ mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr (+102 T€). Dies resultierte hauptsächlich aus Produkt 5711 „Kommunale Wirtschaftsförderung“, wo der Vorteilsausgleich an den Zweckverband „Industriepark A61/GVZ“ um rd. 108 T€ höher ausfiel (+130 %).

## ■ Aufwendungen für Energie, Wasser, Abwasser und Abfall

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Stromkosten | 1.972.758,95 | 3.367.214,45 |
| Heizungskosten | 1.672.669,76 | 1.367.584,03 |
| Wasserkosten | 172.505,97 | 223.542,40 |
| Abwasserentsorgung | 1.034,67 | 0,00 |
| Eigenbetrieb 85 Abwasserentsorgung | 2.190.992,65 | 1.906.566,73 |
| Abfallentsorgung, Straßenreinigung u. Winterdienst | 21.022,58 | 16.067,06 |
| Eigenbetrieb 70 Abfallentsorgung etc. | 2.379.102,64 | 2.411.100,25 |
| | **8.410.087,22** | **9.292.074,92** |

Die Aufwendungen der Kontengruppe 522 für Energie, Wasser, Abwasser und Abfallentsorgung waren mit einem **Gesamtansatz** von 8.603.177 € kalkuliert. Dieser wurde um rd. 689 T€ überschritten. Die wesentlichste Überschreitung zeigte sich bei den in Höhe von rd. 2.194 T€ geplanten Stromkosten; die tatsächlichen Aufwendungen lagen rd. 1.173 T€ (53,5 %) darüber. Zu dieser Diskrepanz haben insbesondere die Produkte 1144 „ZGM“ (Planüberschreitung rd. 982 T€, 55,6 %) und 2611 „Stadttheater“ (Planüberschreitung rd. 50 T€, +46,3 %) beigetragen.

Im **Vorjahresvergleich** war eine Zunahme der Aufwendungen um saldiert rd. 882 T€ (+10,5 %) festzustellen.

Auch dies ist vorwiegend auf eine signifikante Steigerung der **Stromkosten** um rd. 1.394 T€ (+58,6 %) zurückzuführen. Geprägt wird dieses Aufwandskonto von dem Produkt 1144 „ZGM“, wo sich die Ausgaben von rd. 1.497 T€ auf rd. 2.748 T€ erhöhten (+ 1.251 T€, 83,6 %). Hintergrund ist die im Vorjahr veranlasste europaweite Ausschreibung der Lieferung von Ökostrom, die eine Kostensteigerung infolge der Gegebenheiten des Marktes zum Zeitpunkt der Beschaffung mit sich brachte. Nennenswerte Steigerungen waren auch in den Produkten 2611 „Stadttheater“ (+66 T€, +72 %) und 4241 „Sportstätten und Bäder“ (+50 T€, +38%) zu verzeichnen. Im Rahmen der Prüfung war zudem eine Fehlbuchung betreffend die Stromkosten für den Betrieb des Wasserspielplatzes am Deutschen Eck in Höhe von rd. 15 T€ festzustellen. Diese wurden – vermeintlich aufgrund eines Zahlendrehers - unter Produkt 3631 „Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ (Teilleistung 36311304 „Vollzeitpflege“, K500400E68) verbucht. Korrekterweise hätte die Buchung unter Produkt 3661 „Einrichtungen der Jugendarbeit“ (Teilleistung 366101 „Spiel- und Bolzplätze“, K500400E68) erfolgen müssen.

Hervorzuheben ist ein nicht unerheblicher Rückgang der **Heizungskosten** von rd. 1.673 T€ auf rd. 1.368 T€ (-305 T€, -18,2 %). Auch diese Entwicklung wurde maßgeblich durch das Produkt 1144 „ZGM“ beeinflusst, wo die Ausgaben – nach einer Erhöhung im Vorjahr - um rd. 271 T€ (-17,5 %) sanken. Grundlage dafür bildete ein europaweites Ausschreibungsverfahren, das seit Ende 2021 günstigere Konditionen mit sich brachte. Korrespondierend dazu sanken auch die Kosten in den Produkten 2611 Stadttheater (-20 T€, -44,8 %) und 4241 „Sportstätten und Bäder“ (-20 T€, -48,4%).

Die **Wasserkosten** sind von rd. 172 T€ auf rd. 223 T€ (+51 T€, +29,6 %) angestiegen. Insoweit maßgeblich war das Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“, wo sich die Ausgaben für Wasser von rd. 37 T€ auf rd. 58 T€ (+21 T€, +56,18 %) erhöhten, und zwar insbesondere das Stadion Oberwerth betreffend (+18 T€, +150 %).
Hingegen sind die Kosten der **Abwasserentsorgung (EB 85)** produktübergreifend gesunken (-285 T€, -13%). Die erheblichste Aufwandsreduzierung ist in Produkt 5411 „Gemeindestraßen“ festzustellten. Dort sanken die Ausgaben von rd. 865 T€ auf 736 T€ (-129 T€, -14,9 %). Neben etwas niedrigeren Abschlagszahlungen für die Oberflächenwasserentsorgung hat dazu beigetragen, dass im Jahr 2022 keine Rückstellung für die Abschlussrechnung gebildet wurde, nachdem die Rückstellung des Vorjahres nicht gänzlich in Anspruch genommen werden musste. Gleiches gilt für die Produkte 5421, 5431 und 5441 („Kreis-, Land- und Bundesstraßen“). In dem Produkt 5511 „Öffentliches Grün“ kam es zu einer nicht unerheblichen Erstattung (rd. 48 T€) im Bereich der sog. Brunnenveranlagung (Bezug von z.B. Gießwasser aus Brunnen), was zu einer Aufwandsminderung gegenüber dem Vorjahr von rd. 61 T€ führte. Dem liegt zugrunde, dass aufgrund eines äußerst hohen Verbrauchs im Vorjahr die Vorauszahlungen im Berichtsjahr entsprechend hoch angesetzt wurden. Da der Verbrauch niedriger als erwartet ausfiel, kam es zu einer Rückzahlung.

Die Kosten für **Abfallentsorgung, Straßenreinigung und Winterdienst** reduzierten sich um rd. 5 T€ (-23,8 %). Demgegenüber erhöhten sich die Kosten für diese durch den **Eigenbetrieb 70** erbrachten Leistungen marginal um rd. 32 T€ (+1,3 %).

■ **Weitere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Schülerbeförderungskosten | 3.295.407,24 | 3.238.201,01 |
| Sonstige bezogene Leistungen | 3.060.700,50 | 3.139.766,64 |
| Essens- und Betreuungskosten | 702.489,32 | 1.201.140,22 |
| Labor-/Werkstättenbedarf, Bühne, .. | 962.223,39 | 1.125.821,10 |
| Lehr- und Unterrichtsmittel | 756.937,66 | 994.577,43 |
| Sonstiges (Verbrauchsmittel,..) | 594.480,63 | 793.705,33 |
| | **9.372.238,74** | **10.493.211,73** |

Die Ist-Aufwendungen entsprachen saldiert fast dem **Haushaltsansatz** von 10.674.350 €. Wie bereits im Vorjahr, weist allerdings das Konto 5244 „Labor-/Werkstättenbedarf“ nebst Unterkonten auffallende Mehraufwendungen aus, die den Planansatz von 533.710 € um rd. 592 T€ überschreiten.

Im Vergleich zum **Vorjahresergebnis** ist ein Aufwandszuwachs um saldiert rd. 1.121 T€ (+12 %) zu verzeichnen. Beträchtliche Mehraufwendungen zeigen sich unter der Position **„Essenskosten“** (+rd. 499 T€, +71,0 %). Hauptursächlich dafür sind die in Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ abgebildeten Ausgaben für die Mittagsverpflegung der Schülerinnen und Schüler an den Ganztagsschulen. Diese Ausgaben stiegen korrespondierend zu der stetig wachsenden Anzahl von Ganztagsschulen. Zu einer Ausgabenerhöhung haben des Weiteren steigende Preise beigetragen, die sich auch infolge einer Neu-Ausschreibung der Mittagsverpflegung an 15 Schulen ergeben haben. Auch innerhalb des Produktes 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“ führte die Ausweitung des Angebotes von KiTA-Plätzen zu höheren Verpflegungskosten von rd. 203 T€ (+50 T€, +32,7 %). Der Aufwand für **„Labor-/Werkstättenbedarf, Bühne, Saat- und Pflanzgut u.a.“** (Konto 5244000000) verändert sich mit einer Steigerung von saldiert rd. 322 T€ auf 348 T€ (+26 T€, +8,1 %) kaum. Innerhalb der relevanten Produkte zeigen sich allerdings erläuterungswerte Abweichungen gegenüber dem Vorjahr. So vervielfachten sich etwa die Aufwendungen innerhalb des Produktes 1144 „ZGM“ von rd. 42 T€ auf rd. 151 T€ (+109 T€). Hier wurde durch die **Rechnungsprüfung** in Rücksprache mit dem Fachamt allerdings festgestellt, dass aufgrund unzureichender Abgrenzung diverse Buchungen unzutreffend hier statt unter Konto 5231300/5231306 „Unterhaltsaufwendungen“ erfolgten. Für die Zukunft wurden verbesserte interne Kontrollmechanismen zugesagt.

Nach einem erheblichen pandemiebedingten Mehraufwand im Vorjahr verringerten sich die Aufwendungen in dem Produkt 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz“ wieder, und zwar von 79 T€ auf 15 T€ (-64 T€, -80,7 %). Auch in dem Produkt 5551 „Kommunaler Forstbetrieb“ war eine Aufwandsreduktion von rd. 130 T€ auf rd. 79 T€ (-51 T€, -39,5 %) festzustellen. Ausschlaggebend dafür war die Teilleistung 55510900 „Biologische Produktion“, innerhalb derer die Kosten für Pflanzen und Verbissschutz nach einem deutlichen Anstieg im Vorjahr von rd. 104 T€ auf 42 T€ (-62 T€, -59,6 %) sanken.
Die weiteren Unterkonten (5244001000-4000 **„Bühnenbilder, Kostüme, Masken, laufende Aufwendungen“**) werden geprägt durch das Produkt 2611 „Stadttheater“. Dort stiegen die Aufwendungen infolge der Wiederaufnahme bzw. Ausweitung des infolge der Pandemie ausgefallenen bzw. eingeschränkten Spielbetriebs von saldiert rd. 640 T€ auf rd. 777 T€ (+137 T€, +21,4 %).

Für **Lehr- und Unterrichtsmittel** wurden rd. 238 T€ (+31,4 %) mehr als im Vorjahr verausgabt. Maßgebendes Produkt ist hier das Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ und die dort inkludierte Teilleistung „Schulbuchausleihe“. Da in dem Berichtsjahr eine Vielzahl von Ausleihzyklen endeten, wurden entsprechende Neuanschaffungen von Schulbücher erforderlich. Dies ist aus gleichem Grund auch im kommenden Jahr zu erwarten.

Im Bereich **„Sonstiges“** waren saldiert Mehraufwendungen von rd. 200 T€ (+33,7 %). Ausschlaggebend dafür ist die dort beinhaltete Position „Sonstige Aufwendungen für Sachleistungen“, unter welcher die Ausgaben von rd. 259 T€ auf rd. 465 T€ (+206 T€, +79,5 %) stiegen. Mehraufwendungen ergaben sich hauptsächlich in dem Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“ für die Verpflegung ukrainischer Geflüchteter in der Notunterkunft IGS Pollenfeld. Während im Vorjahr unter der insoweit einschlägigen Teilleistung 12290300 „Unterbringungskoordination“ nur rd. 1 T€ zu verbuchen waren, fielen im Berichtsjahr rd. 153 T€ an. Auch für die Erbringung von Dienstleistungen im Rahmen der Schulbuchausleihe (Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen) zeigte sich mit rd. 170 T€ eine steigende Tendenz (+rd. 22 T€, +14,7 %).

**■ Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Aufwendungen | | |
| für **Sach**leistungen | 56.858,69 | 221.114,51 |
| für **Dienst**leistungen | 7.541.743,58 | 5.168.042,89 |
| für Honorare | 2.040.516,36 | 2.000.277,80 |
| | **9.639.118,63** | **7.389.435,20** |

Der **Gesamtansatz** von 5.659.514 € wurde zwar nicht so deutlich wie im Vorjahr, aber erneut um saldiert rd. 1.730 T€ überschritten. Die Aufwendungen für Sachleistungen lagen rd. 192 T€ über dem Ansatz (29.592 €). Ausschlaggebend dafür war das Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“, wo es aufgrund der Ukraine-Krise zu unvorhersehbaren Entwicklungen gekommen ist. Bei einem Haushaltsansatz von 500 € entstand insbesondere durch die Versorgung Geflüchteter in Notunterkünften (TL 12290300 „Unterbringungskoordination“) ein tatsächlicher Aufwand von rd. 169 T€. Im Bereich der Dienstleistungen lagen die Ist-Aufwendungen rd. 1.246 T€ über den geplanten Aufwendungen in Höhe von 3.922.222. Bei den Honoraren wurde der Planansatz um rd. 293 T€ verfehlt.

Nach einer erheblichen Steigerung im **Vorjahr** zeigt sich diesjährig insgesamt eine nicht unerhebliche Aufwandsreduzierung von rd. 2.250 T€ (-23,3 %).

Innerhalb der **Sonstigen Aufwendungen für Sachleistungen** ist demgegenüber allerdings ein signifikanter Anstieg von rd. 57 T€ auf rd. 221 T€ zu konstatieren (+ 164 T€). Wie oben bereits ausgeführt, ist diese Steigerung auf das Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“, TL 12290300 „Unterbringungskoordination“, zurückzuführen. Nach keinem Aufwand im Vorjahr fielen im Berichtsjahr rd. 169 T€ an.

Bei den **Sonstigen Aufwendungen für Dienstleistungen** sanken die Ausgaben erheblich um insgesamt rd. 2.374 T€ (-31,5 %).

Wie bereits im Vorjahr, ist insoweit das Produkt 1281 „Zivil- und Katastrophenschutz“ prägend, innerhalb dessen insbesondere der Aufwand für den Betrieb des Landesimpfzentrums und für pandemiebedingte Sicherheitsdienste abgebildet wird. Hier ist eine signifikante Aufwandsreduzierung von rd. 3.283 T€ auf rd. 633 T€ (-2.650 T€, -80,7 %) zu verzeichnen. Ein nennenswert geringerer Aufwand ergab sich auch in dem Produkt 5551 Kommunaler Forstbetrieb (-184 T€, -32,3 %). Dort sind insbesondere die für die Holzernte in Anspruch genommenen Leistungen zurückgegangen (-125 T€, -56,7 %). Nach einer deutlichen Steigerung im Vorjahr zeigt sich diesjährig in dem Produkt 2811 „Heimat- und Kulturpflege“ eine Reduktion von rd. 261 T€ auf rd. 160 T€ (-101 T€, +38,7 %), da u.a. die Vorjahresveranstaltung „Kultursommer“ nicht wieder durchgeführt wurde. In dem Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ reduzierten sich die Aufwendungen von rd. 137 T€ auf rd. 40 T€ (-97 €, 70,8 %). Hier ist allerdings darauf hinzuweisen, dass Zahlungen für Ingenieurleistungen im Rahmen des DigitalPakts sowohl im Vorjahr- und auch im Berichtsjahr teilweise als Aufwendung für Dienstleistung statt zutreffend als Aufwendung für Honorare verbucht wurden. Im Berichtjahr handelt es sich um rd. 30 T€. Die **Rechnungsprüfung** empfiehlt zukünftig, bei Ingenieurleistungen stets das Konto 5293 „Aufwendungen für Honorare“ zu verwenden.
Nach bundes- und landtagswahlbedingten Mehrausgaben im Vorjahr fielen die Ausgaben in dem Produkt 1212 „Wahlen“ von rd. 87 T€ auf 3 T€ (-84 T€, -97 %).
Ein deutlicher Zuwachs auf rd. 1.797 T€ (+774 T€, +75,6 %) ergab sich hingegen infolge der Ukraine-Krise in dem Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“. Dort erhöhten sich die Ausgaben für Sicherheitsdienste sowie Dolmetscher- und Betreuungsleistungen. Nach dem pandemiebedingten Rückgang nahm auch der Aufwand in dem Produkt 2611 „Stadttheater“ wieder zu (+48 T€, +59,8 %). In dem Produkt 4241 „Sportstätten und Bäder“ waren insgesamt ebenfalls Mehraufwendungen festzustellen (+16 T€, +27,1 %), bedingt insbesondere durch einen vermehrten Einsatz externer Rettungsschwimmer im Freibad Oberwerth (+42 T€, +255 %).

Die Aufwendungen für **Honorare** blieben im Vorjahresvergleich insgesamt betrachtet beinahe konstant (-41 T€, -2,05 %). Bei einzelnen Produkten haben sich allerdings nennenswerte Abweichungen ergeben.
So war in dem Produkt 2711 „Volkshochschule“ im Bereich der Dozentenhonorare ein Zuwachs von rd. 189 T€ (+45,3 %) festzustellen. In dem Produkt 2512 „Ludwig Museum“ erhöhten sich die Aufwendungen von rd. 28 T€ auf rd. 92 T€, was im Wesentlichen aus Honorarzahlungen zur Vorbereitung einer Ausstellungseröffnung anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Museums in Höhe von rd. 57 T€ resultierte.
In Produkt 2431 „Schulartübergreifende Maßnahmen“ reduzierten sich die Aufwendungen augenscheinlich von rd. 90 T€ auf rd. 30 T€ (-66,5 %). Unter Verweis auf die Vorausführungen (Aufwendungen für Dienstleistungen) ist allerdings zu berücksichtigen, dass korrekterweise weitere rd. 30 T€ für Ingenieurleistungen im Rahmen des DigitalPakts hier hätten verbucht werden müssen. Die **Rechnungsprüfung** empfiehlt zukünftig, bei Ingenieurleistungen stets das Konto 5293 „Aufwendungen für Honorare“ zu verwenden. Auch in Produkt 2811 „Heimat- und Kulturpflege“ waren die Aufwendungen deutlich rückgängig (-118 T€, -66,7 %). Zu dieser Entwicklung hat maßgeblich die Durchführung des umfangreichen Projektes „Kultursommer“ im Vorjahr beigetragen.

■ **Aufwendungen für Fertigung, Vertrieb und Waren**

Hierunter fallen beispielsweise Aufwendungen für die Erstellung von Ausweisen, Führerscheinen und Katalogen. Die Ist-Aufwendungen überschreiten den Haushaltsansatz von 827.900 € deutlich um rd. 341 T€ (+41,2 %) und liegen rd. 320 T€ (+37,7 %) über dem Gesamtaufwand des Vorjahres.

In dem Produkt 1223 „Bürgerservice“ zeigte sich, wie bereits im Vorjahr, eine Zunahme der Nachfrage nach gebührenpflichtigen Dokumenten, wie etwa Personalausweisen und Reisepässen (+147 T€, +31,6 %). Gleiches gilt für das Produkt 1229 „Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl“, wo insbesondere aufgrund der Ukraine-Krise ein erhöhter Aufwand für die Erstellung von Aufenthaltstiteln entstanden ist (+101 T€, +60,7 %). Das „Ludwig Museum“ (Produkt 2512) tätigte in diesem von Katalogproduktionskosten geprägten Bereich um ein Vielfaches höhere Ausgaben von rd. 75 T€, die rd. 66 T€ über denen des Vorjahres lagen.

## 11. Abschreibungen gem. § 2 Abs. 1 Nr. 11 GemHVO

Bei den Abschreibungen handelt es sich um Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung der Verwaltung.

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 3.140.613,50 | 3.190.570,12 |
| Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke | 367.235,42 | 384.150,50 |
| Abschreibungen auf bebaute Grundstücke | 5.673.987,34 | 5.952.624,16 |
| Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen | 13.570.582,21 | 13.610.782,50 |
| Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund | 252.560,00 | 254.872,48 |
| Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler | 80.424,00 | 80.424,00 |
| Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung | 4.548.764,64 | 4.606.443,99 |
| Sonstige Abschreibungen u. außerplanmäßige Abschreibungen | 0,00 | 0,00 |
| | **27.634.167,11** | **28.079.867,75** |

Die Summe der Abschreibungen wird im Anlagenspiegel mit 28.079.867,75 € angegeben und entspricht exakt dem Betrag in der Ergebnisrechnung.

Die Summe der Abschreibungen erhöhte sich zum Vorjahr deutlich um rd. 446 T€ (rd. 1,6 %) und lag um 966.868 € über dem Haushaltsansatz von 27.113.000 € (einschl. Nachträge).

### ■ Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände

Zuwendungen und Investitionszuschüsse mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung oder einer mehrjährigen Zweckbindung wurden buchmäßig fortgeschrieben. Ebenso wurden die im Haushaltsjahr geleisteten Zuschüsse und Zuwendungen gemäß der vereinbarten mehrjährigen Zweckbindung bzw. Gegenleistungsverpflichtung anteilig abgeschrieben.

Von den Abschreibungen entfallen auf:

| | | |
|---|---|---|
| Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | mit | 103.433,77 € |
| Geleistete Zuwendungen / gezahlte Investitionszuschüsse | mit | 3.087.136,35 € |

Gegenüber dem Vorjahr entstand unter „Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten“ ein Mehraufwand von rd. 1 T€ während unter „Geleisteten Zuwendungen“ ein Mehraufwand in Höhe von 49 T€ zu verzeichnen war.

■ **Abschreibungen auf unbebaute Grundstücke**

Der gesamte Wert bezieht sich auf Parkanlagen und Spielplätze.

■ **Abschreibungen auf bebaute Grundstücke**

Die Abschreibungen der bebauten Grundstücke sind geprägt durch die Abschreibungen für Schulen mit rd. 3,187 Mio. €. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist durch die erstmalig erfolgte ganzjährige Abschreibung auf Zugänge des Vorjahres sowie Abschreibungen auf Neuzugänge des Berichtsjahres begründet.

■ **Abschreibungen auf das Infrastrukturvermögen**

Das Infrastrukturvermögen unterliegt bis auf den jeweiligen Grundstücksanteil der regelmäßigen bilanziellen Abschreibung. Der bedeutendste Teil der Aufwendungen entfällt auf den Bereich der Straßen mit rd. 11,33 Mio. €.

■ **Abschreibungen auf Bauten auf fremdem Grund**

Die Abschreibungen bei den Bauten auf fremdem Grund und Boden wurden sowohl für das Stadion Oberwerth als auch für die übrigen Sportstätten vorgenommen. Sie entsprechen den im Anlagespiegel aufgelisteten Beträgen.

■ **Abschreibungen auf Kunstgegenstände, Denkmäler**

Die Abschreibungen setzen sich überwiegend aus den Abschreibungen für die Feste Franz, das Romanische Haus, das Fort Asterstein und den Weinbrunnen zusammen.

■ **Abschreibungen auf Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge u. Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Es handelt sich um einen kumulierten Betrag, der sich wie folgt zusammensetzt:

| | | |
|---|---|---|
| Bilanzposition 1.2.7 | Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 1.984.707,47 € |
| Bilanzposition 1.2.8 | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 2.621.736,52 € |
| | | **4.606.443,99 €** |

Die Abschreibungen beider Bilanzpositionen sind aufgrund der Zugänge des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahr um rd. 58 T€ gestiegen (1.2.7. - 12 T€, 1.2.8. + 70 T€).

## 12. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Zuweisungen und Zuschüsse für lfd. Zwecke | 37.052.054,93 | 39.765.930,50 |
| Schuldendiensthilfen | 3.375,00 | 3.375,00 |
| Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dergleichen | 11.698.049,85 | 11.116.016,57 |
| Allgemeine Umlagen | 5.733.551,10 | 5.561.477,00 |
| | **54.487.030,88** | **56.446.799,07** |

Die Aufwendungen liegen mit rd. 56,4 Mio. € um 0,1 Mio. € unter dem Haushaltsansatz von rd. 56,5 Mio. € und rd. 1,9 Mio. € über dem Vorjahresergebnis. Insgesamt stellt dies zum Vorjahr einen Anstieg von 3,6 % dar.

### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke

Hierunter werden u.a. sämtliche Zuweisungen und Zuschüsse für die verbundenen Unternehmen, das Sondervermögen, die Eigenbetriebe sowie für den öffentlichen und privaten Bereich abgebildet. Gegenüber dem Voranschlag von 40.867 Mio. € konnten Einsparungen in Höhe von rd. 1,101 Mio. € realisiert werden.

Zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen jedoch um rd. 2.714 T€.

### ■ Schuldendiensthilfen

Die Schuldendienstleistungen betreffen ausschließlich den privaten Bereich. Die Hilfen liegen in der Regel vertraglich fest und bewegen sich mit 3.375,00 € geringfügig unter dem Planwert von 3.500,00.

### ■ Aufwendungen wegen Steuerbeteiligungen und dgl.

Hinter dieser Kostenart verbirgt sich die zu zahlende Gewerbesteuerumlage. Bei einem Ansatz von 10.137.500 € fielen tatsächliche Aufwendungen in Höhe von 11.116.016 € an und ergeben saldiert einen Mehraufwand von rd. 978 T€. Im Vergleich zum Vorjahr (11.698.049 €) fiel die Umlage aufgrund gesunkener Gewerbesteuererträge um rd. 582 T€ niedriger aus.

### ■ Allgemeine Umlagen

Die Allgemeinen Umlagen beinhalten ausschließlich die durch die Finanzausgleichsmasse abzuführende Finanzausgleichsumlage mit einem Aufwand von 5.561.477 € (Vorjahr: 5.672.838 €).

## 13. Aufwendungen der sozialen Sicherung

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB II | 23.422.529,84 | 23.931.370,67 |
| Leistungen nach SGB XII | 31.357.429,97 | 30.433.853,54 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB XII | 0,00 | 445.185,28 |
| Leistungen nach SGB VIII und SGB IX | 57.376.007,51 | 59.623.920,38 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB VIII und SGB IX | 1.364.752,03 | 1.565.781,53 |
| Sonstige Leistungen | 7.996.610,80 | 9.590.062,91 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen für sonstige Leistungen | 1.161.433,71 | 962.405,28 |
| Zuweisungen/Zuschüsse für laufende Zwecke sozialer Sicherung | 3.998.653,45 | 5.806.205,26 |
| | **126.677.417,31** | **132.358.784,85** |

Als Aufwendungen der sozialen Sicherung avisierte der Haushaltsplan bei der Kontengruppe 55 insgesamt 135.568.627 €. Von diesem **Haushaltsansatz** weicht das Ist-Ergebnis des Berichtsjahres saldiert nur marginal ab (-3.210 T€). Eine nennenswerte Überschreitung um rd. 518 T€ (+49,4 %) zeigt sich allerdings unter der Position „Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB VIII und SGB IX“.

Im **Vorjahresvergleich** erhöhten sich die Aufwendungen saldiert um rd. 5.681 T€ (+4,5 %).

### ■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB II

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kosten der Unterkunft und Heizung | 22.435.831,02 | 22.892.230,64 |
| Einmalige Leistungen | 348.745,62 | 322.700,89 |
| Eingliederung für Arbeitssuchende | 136.094,52 | 97.856,68 |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach § 28 SGB II (BuT) | 501.858,68 | 618,582,46 |
| | **23.422.529,84** | **23.931.370,67** |

Für Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach dem SGB II waren im Haushalt 25.513.733 € veranschlagt. Dieser **Ansatz** wurde um rd. 1.582 T€ unterschritten.

Gegenüber dem **Vorjahr** war eine geringfügige Aufwandssteigerung um insgesamt rd. 509 T€ (+2,17 %) festzustellen. Dazu beigetragen haben insbesondere die um rd. 456 T€ (2,03 %) gestiegenen Kosten der Unterkunft und Heizung sowie die um rd. 117 T€ (+23,26 %) höheren Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach § 28 SGB II (BuT). Demgegenüber sind die Aufwendungen im Bereich der Eingliederung für Arbeitssuchende um rd. 38 T€ (-28,1 %) gesunken.

## ■ Leistungen nach SGB XII

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen **überörtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 3.454.681,79 | 3.487.992,74 |
| Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen **überörtlicher** Träger **ohne** eigener Kostenbeteiligung | 8.712,98 | 28.941,88 |
| Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen **örtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 18.002.455,76 | 19.828.024,51 |
| Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen **örtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 0,00 | 0,00 |
| Leistungen **innerhalb** von Einrichtungen **überörtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 9.782.834,18 | 6.935.676,37 |
| Leistungen **innerhalb** von Einrichtungen **überörtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 21.288,27 | 53.565,38 |
| Leistungen **innerhalb** von Einrichtungen **örtlicher** Träger **mit** eigener Kostenbeteiligung | 74.349,10 | 95.251,50 |
| Leistungen **innerhalb** von Einrichtungen **örtlicher** Träger **ohne** eigene Kostenbeteiligung | 0,00 | 0,00 |
| Sonstige Leistungen | 13.107,89 | 4.401,16 |
| | **31.357.429,97** | **30.433.853,54** |

Die Leistungen nach SGB XII (Kontengruppe 55) umfassen die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Hilfe zur Gesundheit, zur Pflege, zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten und in anderen Lebenslagen.

Für diese Leistungen des SGB XII sah der Haushaltsansatz insgesamt 34.212.500 € vor, welcher im Ergebnis um rd. 3.779 T€ unterschritten wurde.

Gegenüber dem Vorjahr reduzierten sich die Aufwendungen insgesamt geringfügig um rd. 924 T€ (-2,94 %).
Die relevanteste Reduktion zeigte sich bei den **Leistungen innerhalb von Einrichtungen überörtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung** (-2.847 T€, -28,6 %). Hauptursächlich dafür war Produkt 3111 „Grundversorgung und Hilfen gem. SGB XII“ und dort die Teilleistungen „Hilfe zur Pflege, vollstationär“ (-2.013 T€, -27,3 %) und „Krankenbehandlung nach § 264 SGB V“ (-779 T€, -70,9 %). Demgegenüber stiegen die Aufwendungen im Bereich der **Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung** um rd. 1.826 T€ (+10,1 %). Auf den Bereich der Teilleistung „Hilfe zum Lebensunterhalt“ entfällt dabei eine Steigerungsrate von rd. 184 T€ (+9,7 %) und auf die Teilleistung „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ von rd.

989 T€ (+6,4 %). Innerhalb der Teilleistung „Krankenbehandlung (für Nichtversicherungspflichtige gegen Kostenerstattung) nach § 264 SGB V“ wird im Berichtsjahr ein „Aufwand“ von minus 88 T€ (Vorjahr minus 1.045 T€) -ausgewiesen. Dem liegt zugrunde, dass die Krankenkassen stets hohe und stark zeitversetzte Rechnungen vorlegen. Diese werden zunächst pauschal angewiesen. Eine Zuordnung auf die tatsächlichen Kostenstellen erfolgt im Nachgang durch interne, nicht kassenwirksame, Umbuchungen, was zu überjährigen Aufwandsdivergenzen auf den jeweiligen Konten führen kann. Auch die Leistungen der Hilfe zur häuslichen Pflege (Teilleistung 31110303) unterliegen einem leichten Aufwandsrückgang von rd. 779 T€ (-6,9 %).

■ **Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB XII**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeteiligungen nach AGSGB XII an das Land | 0,00 | 445.185,28 |
| Kostenerstattungen an andere Sozialhilfeträger | 0,00 | 0,00 |
| | **0,00** | **445.185,28** |

Es handelt sich um die jährlich fällig werdende Kostenbeteiligung an „Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten“ (Produkt 3111 „Grundversorgung/Hilfen SGB XII“). Für diese Aufwendung nach SGB XII waren im Haushalt 240.000 € eingeplant. Turnusgemäß wurden im Berichtsjahr zwei Perioden abgerechnet.

■ **Leistungen nach SGB VIII und SGB IX**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| **Leistungen nach SGB VIII** | | |
| außerhalb von Einrichtungen | | |
| allgemein | 5.245.590,00 | 5.191.774,41 |
| allgemein abrechnungsfähig | 35.286,31 | 62.294,87 |
| Eingliederungshilfe | 942.661,58 | 1.005.018,23 |
| Eingliederungshilfe abrechnungsfähig | 5.285,55 | 480,00 |
| innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen | | |
| allgemein | 4.952.492,65 | 5.234.901,24 |
| allgemein abrechnungsfähig | 728.351,25 | 718.885,43 |
| Eingliederungshilfe | 584.704,63 | 414.319,62 |
| Eingliederungshilfe, abrechnungsfähig | 1.782,00 | 0,00 |
| Heimerziehung | 7.988.520,66 | 8.343.177,52 |
| Heimerziehung abrechnungsfähig | 8.844,34 | 218.873,73 |
| Betreute Wohnform | 467.393,26 | 496.724,02 |
| Betreute Wohnform abrechnungsfähig | 0,00 | 0,00 |
| | **20.960.912,23** | **21.686.449,07** |
| **Leistungen nach SGB IX** | | |
| Eingliederungshilfe | | |
| - Kommunaler Träger | 5.718.836,84 | 6.207.147,88 |
| - Land als Träger (Konto 555401) | 30.423.851,05 | 31.412.558,63 |
| - Land als Träger (Konto 555402) | 218.393,80 | 242.872,25 |
| Sonstige Leistungen | 54.013,59 | 74.892,55 |
| | **36.415.095,28** | **37.937.471,31** |
| | **57.376.007,51** | **59.623.920,38** |

Die Ist-Gesamtaufwendungen der Kontenart 555 (Leistungen nach dem **SGB VIII und SGB XI**) mit rd. 59.624 T€ entsprechen fast exakt den **geplanten Gesamtaufwendungen** in Höhe von rd. 59.223 T€.

Die Aufwendungen für Leistungen nach dem **SGB VIII** in Höhe von insgesamt rd. 21.686 T€ lagen rd. 512 T€ unter dem **Haushaltsansatz** von 22.198.500 €. Eine nennenswerte Abweichung vom Planansatz ergab sich ausschließlich bei der Position „Heimerziehung abrechnungsfähig“; dort wurden die in Höhe von 15 T€ geplanten Aufwendungen um rd. 214 T€ überschritten.

Nach einer nicht unerheblichen Aufwandsreduzierung im **Vorjahr** (-2.188 T€, -9,45 %) setzt sich im Berichtsjahr der vorherige Trend der stetigen, im Verhältnis allerdings geringen, Aufwandszunahme wieder fort (+725 T€, +3,5 %). Zwar waren die Fallzahlen der Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 – 35 **SGB VIII** sowohl im voll- und teilstationären Bereich als auch im ambulanten Bereich erneut leicht rückläufig. Insgesamt betrachtet, war

neben einer daraus resultierenden leichten Kostensenkung bei den ambulanten Hilfen eine leichte Aufwandssteigerung bei den teil-/vollstationären Unterbringungen zu verzeichnen. Letzteres insbesondere aufgrund gestiegener Kostensätze der Jugendhilfeträger.

Innerhalb der Position „**Leistungen außerhalb von Einrichtungen allgemein**“ reduzierten sich die Aufwendungen marginal von saldiert rd. 5.245 T€ auf rd. 5.192 T€ (-54 T€, -1,03 %). Dazu beigetragen hat insbesondere, dass, wie bereits im Vorjahr erläutert, die Zuwendungen zu den Personalkosten der Kindertagesstätten freier Träger nach einer Vorgabe des statistischen Landesamtes ab dem Jahr 2021 nicht mehr hier unter Aufwendungen der sozialen Sicherung (Kontengruppe 55, Produkt 3651 „Tageseinrichtungen für Kinder“), sondern zukünftig unter Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transfererträge (Kontengruppe 54, Konto 5419000000 an Sonstige, Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“) abzubilden sind. Nachdem im Vorjahr noch Altfälle (rd. 303 T€) eingeflossen waren, sind diese Leistungen im Berichtsjahr gänzlich entfallen. Des Weiteren sind die Aufwendungen in dem Produkt 3631 „Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe“ von rd. 2.930 T€ auf rd. 2.780 T€ (-5,1 %) gesunken (-150 T€, -5,1 %). Der deutlichste Rückgang von rd. 96 T€ (-15,3 %) zeigte sich dabei unter der Teilleistung „Erziehungsbeistandschaft“. Demgegenüber sind die Kosten im Bereich der „Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege“ (Produkt 3611) erneut gestiegen, und zwar von rd. 2.000 T€ auf rd. 2.411 T€ (+411 T€, +20,5 %). Davon entfallen rd. 2.345 T€ auf die Teilleistung „Tagespflege“ (+404 T€, +20,8%), was auf eine Fallzahlensteigerung zurückzuführen ist.

Die „**Leistungen außerhalb von Einrichtungen, Eingliederungshilfe“** (§ 35a SGB VIII) sind trotz leicht gesunkener Fallzahlen um rd. 62 T€ (+6,6 %) gestiegen.

Bei den „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, allgemein**“ ist eine Aufwandserhöhung um rd. 283 T€ (+5,7 %) zu verzeichnen. Maßgebliche Teilleistung war, wie bereits im Vorjahr, die „Gemeinsame Unterbringung von Mütter oder Vätern mit ihrem Kind“ (+396 T€, +46,6 %). Nennenswerte Minderaufwendungen ergaben sich innerhalb der „Vollzeitpflege“ (-109 T€, -10,6 %).

Indes sanken die „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Eingliederungshilfe**“ gegenüber dem Vorjahr um rd. 171 T€ (-29,2 %). Die stationäre Eingliederungshilfe ist in der Regel mit intensiven Betreuungsmaßnahmen und entsprechend hohen Entgeltsätzen der Leistungserbringer verbunden. Die Aufwendungen reduzierten sich infolge der Beendigung mehrerer kostenintensiver Fälle im Berichtsjahr.

Die „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Heimerziehung**“ weisen – nach einem deutlichen Rückgang im Vorjahr (-1.844 T€, -18,75 %) - wieder einen leichten Ausgabenzuwachs von insgesamt rd. 355 T€ (+4,4 %) auf. Unter Berücksichtigung, dass bei den Teilleistungen „Heimerziehung, junge Volljährige“ und „Heimerziehung, unbegleitete minderjährige Ausländer“ jeweils gesunkene Aufwendungen zu verzeichnen sind, hat die Heimerziehung im Übrigen entscheidend dazu beigetragen (+528 T€, +7,6 %).

Unter der Position „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Heimerziehung, abrechnungsfähig**“ zeigt sich im Berichtsjahr eine Aufwandssteigerung von 9 T€ auf rd. 219 T€. Dies beruht im Wesentlichen auf der Abrechnung eines umfangreichen Leistungsfalls (rd. 170 T€).

Innerhalb des Bereichs „**Leistungen innerhalb von (voll- und teilstationären) Einrichtungen, Betreute Wohnform**“ zeigt sich insgesamt eine leichte Zunahme der Aufwendungen (+30 T€, 6,4 %). Dies resultiert hauptsächlich aus den Leistungen für junge Volljährige, die sich gegenüber dem Vorjahr von rd. 44 T€ auf 79 T€ (+ 35 T€, +79,5 %) und somit deutlich erhöhten.

Die Aufwendungen für Leistungen nach dem **SGB IX** überschritten den **Haushaltsansatz** von 37.024.600 € um rd. 913 T€.

Gegenüber dem **Vorjahr** steigerten sich die Aufwendungen insgesamt um rd. 1.522 T€ (+4,1 %).

Bei den **Leistungen der Eingliederungshilfe im Zuständigkeitsbereich des kommunalen Trägers** waren Mehraufwendungen von rd. 488 T€ (+8,5 %) zu konstatieren. In sämtlichen prägenden Produkten (Produkte 3161 „Leistungen zur medizinischen Rehabilitation“, 3163 „Leistungen zur Teilhabe an Bildung“ und 3164 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“) ergaben sich gestiegene Kosten. Wie bereits im Vorjahr, steigerte sich der Aufwand hauptsächlich in Produkt 3164 „Leistungen zur sozialen Teilhabe“, und zwar von rd. 2.984 T€ auf rd. 3.330 T€ (+346 T€, +11,6 %). Dies ist erneut auf ein Plus im Bereich der Heilpädagogischen Leistungen (+444 T€, +17,0 %) zurückzuführen. Der Aufwand für Assistenzleistungen und sonstige Leistungen zur sozialen Teilhabe sank hingegen.

In dem Bereich **Leistungen der Eingliederungshilfe – Land als Träger, 50 % abrechnungsfähig** war ein Aufwandszuwachs von insgesamt rd. 989 T€ (+3,2 %) zu verzeichnen. Im Berichtsjahr ist dies hauptsächlich auf das Produkt 3162 „Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben“ zurückzuführen (+952 T€, +12,8 %). Innerhalb dieses Produktes sin die Leistungen zur Beschäftigung im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten für behinderte Menschen prägend (+942 T€, +12,8 %).

Bei den **„Sonstigen Leistungen**“ handelt es sich um gesondert abzubildende Assistenzleistungen im Rahmen des Betreuten Wohnens (+21 T€, +38,6 %).

**■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII und SGB IX**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Kostenbeteiligungen nach **SGB VIII** – außerhalb von Einrichtungen | 56.524,03 | 59.631,31 |
| Kostenerstattungen nach **SGB VIII** – innerhalb von Einrichtungen | 1.173.503,07 | 1.402.024,97 |
| Kostenerstattungen nach **SGB VIII** – außerhalb von Einrichtungen | 105.388,59 | 70.881,38 |
| **Zwischensumme** | **1.335.415,69** | **1.532.537,66** |
| Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach **SGB IX/AGSGB IX** | | |
| - Kommunaler Träger | 29.336,34 | 30.591,88 |
| - Land als Träger | 0,00 | 2.651,99 |
| | **1.364.752,03** | **1.565.781,53** |

Eine nennenswerte Überschreitung des **Planansatzes** zeigt sich unter der Position „Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach SGB VIII und SGB IX“, und zwar werden dort die in Höhe von rd. 1.048 T€ geplanten Aufwendungen um rd. 518 T€ (+49,4 %) überschritten. Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf die Ansatzüberschreitung im Bereich der Erstattungen an Landkreise/kreisfreie Städte nach SGB VIII (+ 476 T€, +51,4 %).

Im Vergleich zum **Vorjahr** erhöhten sich die Beteiligungen/Erstattungen nach **SGB VIII** insgesamt leicht um rd. 197 T€ (+14,8 %). In der Einzelbetrachtung erwähnenswert sind die Kostenbeteiligungen nach SGB VIII innerhalb von Einrichtungen an Landkreise und kreisfreie Städte, die rd. 228 T€ (+19,5 %) über den Vorjahreswerten liegen.

Die Kostenbeteiligungen/-erstattungen nach **SGB IX/AGSGB IX** stagnierten (+ 4 T€).

**■ Sonstige Leistungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) | 2.824.994,51 | 4.336.545,54 |
| Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) | 4.059.906,25 | 4.131.220,66 |
| Landesblindengeldgesetz und Landespflegegeldgesetz | 892.331,26 | 833.991,52 |
| Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b Bundeskindergeldgesetz | 219.378,78 | 289.135,02 |
| Sonstige Leistungen | 0,00 | -829,83 |
| | **7.996.610,80** | **9.590.062,91** |

Die Ist-Aufwendungen liegen saldiert lediglich rd. 604 T€ über dem **Haushaltsansatz** in Höhe von insgesamt 8.986.500 €.

Im **Vorjahresvergleich** zeigt sich eine deutliche Aufwandssteigerung von rd. 1.593 T€ (+19,9 %). Diese beruht auf einer signifikanten Zunahme der **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** (+1.512 T€, +53,5 %). Neben leicht gestiegenen Erstzuweisungen ist maßgeblicher Grund dafür der Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 und die damit einhergehende Flüchtlingswelle. Bis einschließlich Mai 2022 waren die ukrainischen Geflüchteten ausnahmslos anspruchsberechtigt nach dem AsylbLG. Seit 01.06.2022 werden sie leistungsrechtlich im SGB II oder im SGB XII verortet. Neuankömmlinge haben bei Mittellosigkeit allerdings weiterhin zunächst einen Anspruch auf Leistungen nach dem AsylbLG und erst im Folgemonat nach Erteilung einer aufenthaltsrechtlichen Erlaubnis einen Anspruch nach SGB II bzw. SGB XII.

**■ Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) | 677.625,12 | 735.038,32 |
| Vollzug des Betreuungsgesetzes | 98.400,00 | 100.172,00 |
| Sonstige | 385.408,59 | 127.194,96 |
| | **1.161.433,71** | **962.405,28** |

Die Aufwendungen für Kostenbeteiligungen und -erstattungen für sonstige Leistungen liegen im Ergebnis mit rd. 46 T€ marginal unter dem **Haushaltsansatz** von 1.008.750 €.

Im **Vorjahresvergleich** zeigen sich um rd. 199 T€ geringere Aufwendungen (-17,1%). Neben zu vernachlässigenden Steigerungen im Bereich der Unterhaltsvorschussleistungen (+57 T€, +8,5 %) und des Betreuungsgesetzes (+2 T€), ergab sich unter der Position „Sonstige“ ein erheblicher Aufwandsrückgang (-258 T€, -67 %). Unter die Position „Sonstige“ werden etwa die Krankenbehandlung nach § 264 SGB V (Produkt 3111 „Grundversorgung, Hilfen SGB XII“) und die Psychiatriekoordination/Kontaktstelle für psychisch Kranke (Produkt 3311 „Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege“) abgebildet. Ebenso findet sich dort der durch das Land geleistete Betreuungsbonus gem. § 12a KiTaG (Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“), der teilweise an die Träger von Kindertageseinrichtungen weiterzuleiten ist. Da dieser Betreuungsbonus per 01.07.2021 entfallen ist, wurden im Berichtsjahr nur noch vereinzelte letzte Abrechnungen vorgenommen. Die Aufwendungen reduzierten sich infolgedessen von rd. 201 T€ auf rd. 38 T€ (-163 T€, -81,1 %). Auch innerhalb der Position „Krankenbehandlung nach § 264 SGB V zeigte sich ein infolge der zeitversetzten Rechnungsstellung der Krankenkassen ein signifikanter Aufwandsrückgang von 132 T€ auf 38 T€; um Wiederholungen zu vermeiden wird insoweit auf die obigen Ausführungen zu Leistungen nach SGB XII, dort: „Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger mit eigener Kostenbeteiligung“ verwiesen.

Die Kostenbeteiligungen/-erstattungen im Bereich der „Leistungen nach dem UhVorschG“ werden bestimmt von den anteilig an das Land abzuführenden Erträgen, die wiederum von der Höhe der realisierten Rückgriffe (§ 7 UhVorschG) abhängig sind.

### ■ Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke des Bereichs soziale Sicherung

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| An private Unternehmen | 0,00 | 19.208,39 |
| An übrige Bereiche (z.B. Kirchen) | 565.672,66 | 580.863,96 |
| Sonstiges (z.B. Sozialraumbudget) | 1.228.884,59 | 2.904.643,97 |
| Zuwendungen an freie Träger | 678.285,53 | 718.772,54 |
| Sonstiges | 1.525.810,67 | 1.582.716,40 |
| | **3.998.653,45** | **5.806.205,26** |

Der veranschlagte **Haushaltsansatz** von 5.331.044 € wurde unwesentlich um rd. 475 T€ überschritten.

Im **Vorjahresvergleich** zeigt sich eine signifikante Erhöhung der Aufwendungen um saldiert rd. 1.808 T€ (+45,2 %). Diese resultiert aus der Position „Sonstiges (z.B. Sozialraumbudget). Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass infolge von Kontierungsvorgaben des Landes der Personalkostenzuschuss KiTa freie Träger bereits seit dem Vorjahr nicht mehr hier, sondern unter den Konten 55991 und 55999 auszuweisen ist. Welche Positionen im Einzelnen zukünftig hier unter „Sonstiges (z.B. Sozialraumbudget“) und „Sonstiges“ zu verbuchen sind, befindet sich noch in Klärung. Im Berichtsjahr hat sich unter der Position „Sonstiges (z.B. Sozialraumbudget)“ gegenüber dem Vorjahr ein Plus von

rd. 1.676 T€ (+136,4 %) ergeben. Diesem Plus liegt vorwiegend zugrunde, dass das Land erstmals das sog. „Sozialraumbudget“ gem. § 25 Abs. 5 KiTaG zur Verfügung stellte. Dieses Budget dient der Deckung besonderer Bedarfe, die in Tageseinrichtungen aufgrund ihres Sozialraums entstehen können, z.B. durch Kita-Sozialarbeit und durch den Einsatz von Fachkräften für interkulturelle Arbeit. Die Zuweisungen an Kindertagesstätten (in städtischer und freier Trägerschaft) beliefen sich im Berichtsjahr auf rd. 1.448 T€.

Im Bereich „Sonstiges“ veränderte sich der Aufwand saldiert unmerklich (+ 57 T€, +3,7 %). Unter diese Position fallen insbesondere die Sachkostenzuschüsse KiTa freie Träger. In dem insoweit relevanten Produkt 3655 „Förderung anderer Träger“ war, wie bereits im Vorjahr, ein Rückgang festzustellen, und zwar von rd. 973 T€ auf rd. 787 T€ (-186 T€, -19,17 %). Demgegenüber vervielfachten sich die Ausgaben in dem Produkt 3621 „Jugendarbeit“ von rd. 47 T€ auf rd. 243 T€ (+196 T€, +413,6 %). Dazu hat insbesondere die Teilleistung „Außerschulische Jugendbildung“ beigetragen, innerhalb derer die Landeszuwendung „Aktionsprogramm – Aufholen nach Corona“ mit rd. 195 T€ umgesetzt wurde.

## 14. Sonstige laufende Aufwendungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen | 1.535.434,02 | 1.519.636,17 |
| Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten | 13.648.954,47 | 15.680.395,10 |
| Geschäftsaufwendungen | 2.929.517,92 | 3.142.564,61 |
| Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges | 1.955.273,91 | 1.881.787,95 |
| Verluste aus Abgang von Anlage- und Umlaufvermögen etc. | 1.701.790,02 | 1.809.417,01 |
| Aufwendungen für besondere Finanzauszahlungen | 299,83 | 133,82 |
| Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 1.369.838,28 | 2.901.337,96 |
| Sonstige Steueraufwendungen | 104.616,93 | 96.045,09 |
| Sonstige laufende Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit | 1.067.667,04 | 2.524.871,95 |
| | **24.313.392,42** | **29.556.189,66** |

Die sonstigen laufenden Aufwendungen betrugen 29.556.189 €; sie lagen damit deutlich über dem Haushaltsvoranschlag von 27.696.044 €, um saldiert 1.860.145 €. Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um insgesamt 5.242.797 € (+ 21,6 %), wobei insbesondere die Abweichungen im Bereich „Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten“ mit + 2.031 T€, die „Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag“ mit + 1.531 T€ und die Sonstigen laufenden Aufwendungen der Verwaltungstätigkeit mit + 1.457 T€ erwähnenswert sind.

■ **Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung, Umschulung | 311.800,01 | 397.212,80 |
| Aufwendungen für übernommene Reisekosten für Dienstreisen und Dienstgänge | 679.294,84 | 706.825,44 |
| Aufwendungen für allgem. Betreuung von Bediensteten | 55.730,81 | 56.737,25 |
| Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, persönliche Ausrüstungsgegenstände | 423.467,51 | 325.484,51 |
| Sonstige Personalnebenaufwendungen | 65.140,85 | 33.376,17 |
| | **1.535.434,02** | **1.519.636,17** |

Während gegenüber dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 1.788.290 € Minderaufwendungen in Höhe von ca. 269 T€ festzustellen sind, ergab sich im Vergleich zum Vorjahr ein geringfügiger Rückgang der „Sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen“ in Höhe von 16 T€. Während sich die Aufwendungen für Aus- u. Fortbildung bzw. Umschulungen um ca. 86 T€ erhöhten, ergab sich bei den Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie persönliche Ausrüstungsgegenstände ein Rückgang um 98 T€. Infolge des Auslaufens der Einschränkungen durch die Corona – Pandemie und der damit verbundenen angefallenen erhöhten Theaterauslastung sind die Aufwendungen im Produkt 2611 wieder angsteigen und entsprechen dem Niveau von vor dem Jahr 2020.

■ **Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Mieten, Pachten und Erbbauzinsen | 4.689.654,86 | 5.312.645,34 |
| Leasing | 88.940,40 | 88.446,26 |
| Datenverarbeitung | 6.418.469,47 | 6.135.209,99 |
| Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen | 1.604.986,07 | 3.021.534,77 |
| Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten | 846.903,67 | 1.122.558,74 |
| | **13.648.954,47** | **15.680.395,10** |

Der Haushaltsansatz war mit 17.729.753 € abermals zu hoch bemessen. Die Einsparungen betrafen im Wesentlichen die Aufwendungen für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (- 1.239 T€), die Datenverarbeitungskosten (- 1.374 T€) sowie Sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme v. Rechten und Diensten (-186 T€) während bei den Mieten und Pachten Mehraufwendungen in Höhe von 820 T€ anfielen. Das Rechnungsprüfungsamt regt zum **wiederholten** Mal an, dass die Fachämter in diesen Bereichen zukünftig realistischere Planzahlen ansetzen.

Zum Vorjahr erhöhten sich die Aufwendungen um saldiert rd. 2.031 T€ (14,9 %). Hervorzuheben sind Mieten, Pachten und Erbbauzinsen mit einem Anstieg um 623 T€ -

hauptsächlich durch Containeranmietungen für die Unterbringung von Flüchtlingen sowie für verschiedene Schulen bedingt durch Baumaßnahmen - und die Aufwendungen für Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Aufwendungen mit einem Anstieg von 1.416 T€ (Produkt 1262, Leitstelle: + 189 T€; Produkt 2012, allgemeine Schulverwaltung: + 691 T€; Produkt 1221, Sicherheit und Ordnung: + 148 T€; Produkt 5111, Räumliche Entwicklungsmaßnahmen: + 182 T€).

**■ Geschäftsaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Büromaterial | 351.985,15 | 397.469,06 |
| Fachliteratur,- zeitschriften | 266.474,95 | 256.217,55 |
| Porto und Versandkosten | 624.923,73 | 555.265,35 |
| Fernmelde- und Rundfunkgebühren | 602.946,82 | 637.317,58 |
| Öffentliche Bekanntmachungen | 288.189,57 | 343.972,68 |
| Öffentlichkeitsarbeit | 369.071,57 | 456.072,15 |
| Bankgebühren | 173.613,92 | 160.183,10 |
| Transportkosten | 42.006,40 | 103.885,13 |
| Sonstiges | 210.305,81 | 232.182,01 |
| | **2.929.517,92** | **3.142.564,61** |

Im Vergleich zum Haushaltsvoranschlag in Höhe von 3.215.564 € ergeben sich Minderaufwendungen von 72.999 €. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg von 213.046 € = 7,2 % zu verzeichnen. Den Anstiegen in den Bereichen Büromaterial (+ 45 T€), Fernmelde- und Rundfunkgebühren (+ 34 T€), öffentliche Bekanntmachungen (+ 56 T€), Öffentlichkeitsarbeit (+ 87 T€), Transportkosten (+ 62 T€), Sonstiges (+ 22 T€) stehen Minderaufwendungen in den Bereichen Fachliteratur,- zeitschriften (- 10 T€), Porto und Versandkosten (- 70 T€) und Bankgebühren (- 13 T€) gegenüber.

**■ Aufwendungen für Beiträge, Versicherungen und Sonstiges**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Versicherungsbeiträge | 1.649.661,53 | 1.554.285,23 |
| Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen | 304.383,88 | 326.406,72 |
| Sonstige | 1.228,50 | 1.096,00 |
| | **1.955.273,91** | **1.881.787,95** |

Das Abschlussergebnis reduzierte sich im Wesentlichen durch den Rückgang der Versicherungsbeiträge (- 95 T€) um insgesamt 73.486 €. Der Haushaltsvoranschlag von 2.052.797 € wurde im Bereich der Versicherungsbeiträge um 174 T€ unter- sowie im Bereich der Beiträge um 4 T€ überschritten.

■ **Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und des Umlaufvermögens, Wertminderungen des Umlaufvermögens, Einstellungen in Sonderposten, Zuführungen zu Rückstellungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens | 103.931,03 | 725.098,02 |
| Wertberichtigungen zu Forderungen | 1.582.855,99 | 1.073.600,49 |
| Einstellungen und Zuschreibungen in die Sonderposten | 15.003,00 | 10.718,50 |
| | **1.701.790,02** | **1.809.417,01** |

Die tatsächlichen Aufwendungen weichen in einem erheblichen Maß (+ 1.109.017 €) von dem Haushaltsvoranschlag in Höhe von 700.400 € ab; zum Vorjahr erhöhtes sich der Aufwand um rd. 108 T€.

Bei den Verlusten aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens in Höhe von 725.098 € handelt es sich hauptsächlich um Verluste aus den Abgängen bei den Sachanlagen. Enthalten sind im wesentlichen Buchverluste bei dem Verkauf von Grundstücken sowie die Vollverschrottung eines neuwertigen Autos nach einem Unfall. Weiterhin reduzierte sich der Anteil an der Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“ um 627 T€.
Bei den Einzelwertberichtigungen fielen im Berichtsjahr insgesamt 1.074 T€ an außerordentlichen Aufwendungen an. Die Pauschalwertberichtigung wurde im Berichtsjahr reduziert.

Die Einstellung in den Sonderposten betrifft ausschließlich den Zugang beim Festwert Bäume aufgrund von 13 Baumspenden.

■ **Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Körperschaftsteuer und Kapitalertragsteuer Koblenz Touristik / Rhein-Mosel-Halle | 416.989,70 | 1.893.191,59 |
| Kapitalertragssteuer für Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz | 949.500,00 | 949.500,00 |
| Kapitalertragsteuer Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 0,00 | 55.387,50 |
| Kapitalertragsteuer BgA Parkplätze | 3.174,00 | 3.000,00 |
| Sonstige | 174,58 | 258,87 |
| | **1.369.838,28** | **2.901.337,96** |

Die tatsächlichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Haushaltsansatz (1.578 T€) um rd. 1.323 T€ und gegenüber dem Vorjahresergebnis um 1.531 T€ = 111,8 %. Grund für den Anstieg ist die aktuelle Betriebsprüfung durch das Finanzamt bzgl. der Koblenz Touristik / Rhein-Mosel-Halle.

Für die Dividendenausschüttung der Stadtwerke Koblenz an den Kernhaushalt ist Kapitalertragssteuer zzgl. Solidaritätszuschlag abzuführen. Der Aufwand hierfür betrug rd. 950 T€.

**■ Sonstige Steueraufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Grundsteuer | 90.111,23 | 83.427,50 |
| Kraftfahrzeugsteuer | 14.505,70 | 12.617,59 |
| | **104.616,93** | **96.045,09** |

Die tatsächlichen Aufwendungen reduzierten sich zum Haushaltsansatz von 110 T€ um rd. 14 T€; zum Vorjahresergebnis ist ein Rückgang um rd. 9 T€ zu verzeichnen.

**■ Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Zuwendungen an Fraktionen | 429.503,18 | 415.679,79 |
| Verfügungsmittel | 791,92 | 1.050,98 |
| Repräsentationen | 7.064,18 | 19.820,92 |
| Sonstige | 630.307,76 | 2.088.320,26 |
| | **1.067.667,04** | **2.524.871,95** |

Die Aufwendungen der Kostenart 569 haben sich zum Ansatz um 2.005 T€ erhöht. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Anstieg in Höhe von 1.457 T€ zu verzeichnen. Die unter der Sammelposition „Sonstige laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit“ zusammengefassten Konten enthalten in 2022 im Wesentlichen die Zuwendungen an die Fraktionen (416 T€), die sich gegenüber dem Vorjahr um 14 T€ reduziert haben, sowie zum größten Teil Korrekturen bzgl. Aktivierungen von Anlagevermögen im Berichtsjahr. Hierbei werden konsumtive Anteile für Investitionsprojekte als periodenfremder Aufwand erfasst. Die größten Anteile entfielen auf die Sachverhalte der Projekte „Kita Am Löwentor“ (484 T€) sowie „Ausbau Sportpark Oberwerth“ (294 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **15.** | **Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe 9 bis 14)** | **437.853.938,09 €** | **453.172.085,74 €** |

Die Summe der ordentlichen Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem Haushaltsvoranschlag von 450.840.286 € um saldiert 2.331.800 € auf 453.172.086 € erhöht.

Im Vergleich zum Vorjahresergebnis von 437.853.938 € haben sich die Gesamtaufwendungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit um saldiert 15.318.148 € = 3,5 % erhöht, wobei die vorstehend erläuterten Mehraufwendungen im Wesentlichen durch einen Anstieg im Bereich der Personal- und Versorgungsaufwendungen (+ 8.864 T€), der sonstigen laufenden Aufwendungen (+ 5.243 T€), den Zuwendungen / Aufwand der sozialen Sicherung (saldiert + 7.641 T€) sowie dem Rückgang der Sach- und Dienstleistungen (-

6.876 T€) begründet sind. Die Änderungen im Bereich der Abschreibungen (+ 446 T€) sind für den Anstieg des Ergebnisses der Zeile 15 im Berichtsjahr von untergeordneter Bedeutung.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **16.** | **Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo 8 und 15)** | **+ 37.164.782,54 €** | **+ 24.118.918,36 €** |

Die Zeile 16 der Ergebnisrechnung stellt durch Saldierung der Zeilen 8 und 15 das laufende Ergebnis aus der Verwaltungstätigkeit der Kommune dar. Für das Jahr 2022 wird ein **Überschuss** von 24.118.918,36 € ausgewiesen (Haushaltsansatz: Überschuss in Höhe von 8.573.383 €). Insofern ist gegenüber dem Planansatz eine Verbesserung von 15.545.535 € festzustellen. Gegenüber dem Vorjahr verschlechterte sich das laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit um 13.045.864 €.

## 17. Zins- und sonstige Finanzerträge

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinserträge für Kredite | 98.344,40 | 191.540,28 |
| Zinsen aus Stundungen und Verrentungen | 0,00 | -8.287,00 |
| Erträge aus verbundenen Unternehmen | 6.021.162,33 | 6.370.596,67 |
| Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts | 69.045,44 | 23.650,01 |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge | 2.516.201,19 | 116.287,66 |
| | **8.704.753,36** | **6.693.787,62** |

### ■ Zinserträge für Kredite

Es handelt sich im Wesentlichen um Zinserträge für Kredite von Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, von Banken, von Sparkassen sowie vom sonstigen Bereich.

### ■ Erträge aus verbundenen Unternehmen

Im Berichtsjahr ergaben sich Erträge aus verbundenen Unternehmen vor allem aus der Gewinnausschüttung der Stadtwerke Koblenz GmbH in Höhe von 6.000 T€ und der Aufbaugesellschaft von 350 T€. Für die stille Beteiligung am Blumenhof wurden insgesamt 20 T€ ausgeschüttet.

### ■ Erträge aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts

Diese Position beinhaltet ausschließlich die Erträge aus den nicht rechtsfähigen Stiftungen.

### ■ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Bei diesen Erträgen handelt es sich im Wesentlichen um Verspätungszuschläge für die Gewerbesteuer (T€ 80), Zinsen für Aussetzung der Vollziehung (6 T€), Avalprovisionen (22 T€) sowie Zinserträgen aus Derivaten für Investitionen (5 T€).

## 18. Zins- und sonstige Finanzaufwendungen

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinsaufwendungen a. d. öffentl. Bereich | 0,00 | 52.861,45 |
| Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt | 8.247.905,91 | 7.672.487,21 |
| Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Bereich | 1.321.845,58 | 1.322.348,27 |
| Sonstige Zinsen, Finanzaufwendungen | 667.875,28 | 3.444.089,47 |
| | **10.237.626,77** | **12.491.786,40** |

Während sich der Zins- und Finanzaufwand gegenüber dem Vorjahr um 2.254.160 € = 22,0 % erhöht hat, ergab sich zum Ansatz (10.324 T€) ebenfalls ein deutlicher Anstieg um rd. 2.167 T€.

### ■ Zinsaufwendungen an den inländischen Geldmarkt

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinsen für langfristige Darlehen | 6.934.014,84 | 6.928.337,56 |
| Zinsen für Liquiditätskredite | 1.313.891,07 | 744.149,65 |
| | **8.247.905,91** | **7.672.487,21** |

Die Zinsen für langfristige Darlehen (- 6 T€) blieben im Berichtsjahr nahezu unverändert. Grund für die geringfügige Veränderung ist im Wesentlichen der gegenläufige Effekt aufgrund zinsgünstiger Umschuldungen und Prolongationen inklusive des anhaltend niedrigen Zinsniveaus sowie anfallender Zinsen im Rahmen der Neuaufnahme von Krediten.

Gleichzeitig reduzierten sich die Zinsen im kurzfristigen Segment für Darlehen zur Liquiditätssicherung deutlich um rd. 570 T€. Grund hierfür ist die im Berichtsjahr nicht mehr an die SaarLB einmalig zu zahlende Vorfälligkeitsentschädigung in Höhe von 340 T€ sowie die damit verbundenen Zinseinsparungen. (siehe hierzu auch die Position „Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen“)

### ■ Zinsaufwendungen an den sonstigen inländischen Bereich

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Zinsen an Versicherungsunternehmen | 1.311.412,03 | 1.253.662,52 |
| Sonstige | 10.433,55 | 68.685,75 |
| | **1.321.845,58** | **1.322.348,27** |

Die Zinsen für langfristige Darlehen gegenüber Versicherungsunternehmen reduzierten sich bedingt durch die Tilgungsleistungen (Annuitätendarlehen) gegenüber dem Vorjahr um 58 T€ während sich die Zinsen für zu hoch erhobene Ausbaubeiträge um insgesamt 58 T€ erhöhten, so dass sich die Zinsen in diesem Bereich nur marginal veränderten.

■ **Sonstige Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen**

| Zusammensetzung: | 2021<br>EUR | 2022<br>EUR |
|---|---|---|
| Aus der Verzinsung sonstiger Steuer-nachforderungen | 486.255,00 | 2.737.128,98 |
| Sonstige wie Derivate für Investitionen und Liquidität | 170.380,92 | 144.533,00 |
| Zinsen Rechtsstreit | 11.239,36 | 562.427,49 |
| | **667.875,28** | **3.444.089,47** |

Bei der Verzinsung sonstiger Steuernachforderungen handelt es sich um Erstattungszinsen nach § 233a AO, die in der Regel bei Änderung des Gewerbesteuerbescheides zu Gunsten des Steuerpflichtigen fällig werden. Das Gros des Zinsaufwandes konzentriert sich auf diverse Steuerpflichtige, denen im Einzelfall bis zu 1.277 T€ erstattet wurden.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **19.** | **Finanzergebnis (Saldo aus 17 und 18)** | **-1.532.873,41 €** | **-5.797.998,78 €** |

Der Betrag von – 5.797.998,78 € spiegelt den Saldo zwischen den Finanzerträgen der Spalte 17 sowie den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen der Spalte 18 wider. Während im Vorjahr ein Fehlbetrag von rd. 1.533 T€ hingenommen werden musste, weist das Ergebnis 2022 einen deutlich höheren Fehlbetrag von 5.798 T€ aus. Die Ergebnisverschlechterung beträgt mithin 4.265 T€ und begründet sich sowohl durch gesunkene Erträge im Bereich der Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge (- 2.011 T€) sowie den gestiegenen Aufwendungen bei den Zins- und sonstigen Finanzaufwendungen (+ 2.254 T€).

| | | | |
|---|---|---|---|
| **20.** | **Ordentliches Ergebnis (Summe 16 und 19)** | **+35.631.909,13 €** | **+18.320.919,58 €** |

Das ordentliche Jahresergebnis wird aus dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Zeile 16) sowie dem Finanzergebnis (Zeile 19) gebildet und beläuft sich auf + 18.320.919,58 €. Zum Vorjahr ergibt sich eine Reduzierung des ordentlichen Ergebnisses von rd. 17,311 Mio. €.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **21.** | **Außerordentliche Ergebnis** | **0,00 €** | **0,00 €** |

Als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen werden solche Geschäftsvorfälle definiert, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit einer Kommune liegen. Im Berichtsjahr sind weder außerordentliche Erträge noch Aufwendungen angefallen.

| | | | |
|---|---|---|---|
| **22.** | **Saldo aus internen Leistungs-beziehungen** | **0,00 €** | **0,00 €** |

| | | | |
|---|---|---|---|
| **23.** | **Jahresergebnis (Summe 20,21 und 22)** | **+35.631.909,13 €** | **+18.320.919,58 €** |

Das Jahresergebnis ergibt sich in kreisfreien Städten aus der Summe des ordentlichen (Zeile 20) und außerordentlichen Ergebnisses (Zeile 21) sowie dem Saldo aus internen Leistungsbeziehungen (Zeile 22). Das Jahresergebnis ist die entscheidende Größe für die Veränderung des Eigenkapitals, da hierin sämtlicher Wertverlust oder -zuwachs eines Haushaltsjahres abgebildet ist. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich eine Verschlechterung in Höhe von **17.310.989,55 €**. Zum Haushaltsansatz einschließlich Nachtrag mit einem Überschuss von 6.053.473 € beträgt die Verbesserung 12.267.447 €.

**Das Jahresergebnis schließt folglich mit einem Überschuss von 18,321 Mio. € ab.**

# Anlage 12 Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

## Rechtliche Verhältnisse

Die Rechtsstellung der Stadt Koblenz ergibt sich aus der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBI. S. 153), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133).

Die Stadt Koblenz ist eine kreisfreie Gebietskörperschaft. Sie verwaltet ihr Gebiet nach den Grundsätzen der gemeindlichen Selbstverwaltung.

Die Aufsichtsbehörde ist die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion. Die obere Aufsichtsbehörde ist der Innenminister des Landes RLP.

Das Stadtgebiet gliedert sich in folgende Stadtbezirke:

- Altstadt
- Mitte
- Süd
- Oberwerth
- Karthause Nord
- Karthäuserhofgelände
- Karthause Flugfeld
- Goldgrube
- Rauental
- Moselweiß
- Stolzenfels
- Lay
- Lützel
- Metternich
- Neuendorf
- Wallersheim
- Kesselheim
- Güls
- Rübenach
- Bubenheim
- Ehrenbreitstein
- Niederberg
- Asterstein
- Pfaffendorf
- Pfaffendorfer Höhe
- Horchheim
- Horchheimer Höhe
- Arzheim
- Arenberg
- Immendorf

Der Hauptsitz der Stadtverwaltung befindet sich im Rathaus, Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz. Daneben gibt es in 2022 noch folgende weitere Verwaltungssitze:

- Hochhaus am Bahnhof, Bahnhofstraße 47, 56068 Koblenz
- Ordnungsamt, Ludwig-Erhard-Straße 2, 56073 Koblenz
- Amt für Brand- u. Katastrophenschutz, Schlachthofstraße 2-12, 56073 Koblenz
- Schängel-Center, Rathauspassage 2, 56068 Koblenz
- Musikschule, Volkshochschule und KSI Hoevelstraße 6, 56073 Koblenz
- Stadtarchiv, Burgstraße 1, 56068 Koblenz
- Stadtbibliothek und Mittelrhein Museen, Zentralplatz 1
- Ludwig Museum, Danziger Freiheit, 56068 Koblenz
- Stadttheater, Clemensstr. 1-5, 56068 Koblenz

Gemäß § 25 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) hat der Rat der Stadt Koblenz am 12. Juni 1974 die Hauptsatzung der Stadt Koblenz beschlossen.

Die Fassung dieser Satzung wurde ergänzt durch die Satzung vom 19.07.1977 und zuletzt am 21.12.2022 geändert.

**Organe und Vertretungsbefugnis**

Die Bürgerinnen und Bürger nehmen durch die Wahl des Oberbürgermeisters, des Stadtrates, der Ortsbeiräte, der Ortsvorsteher sowie durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 17 a GemO) an der Verwaltung der Stadt teil. Organe der Stadt Koblenz sind nach § 28 GemO der Stadtrat sowie der Oberbürgermeister.

Oberbürgermeister ist Herr David Langner.

Die nach § 29 Abs. 1 GemO in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählte Zahl der Ratsmitglieder im Stadtrat beträgt nach § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung für das Land Rheinland-Pfalz (GemO) für Städte/ Gemeinden/Verbandsgemeinden mit mehr als 100.000 bis 150.000 Einwohnern 56. Diese verteilten sich zum Stand 30.06.2022 wie folgt auf Parteien und Wählergruppen:

| | |
|---|---|
| Grüne | 14 Sitze |
| CDU | 13 Sitze |
| SPD | 12 Sitze |
| AFD | 4 Sitze |
| FW | 5 Sitze |
| WGS | 3 Sitze |
| FDP | 2 Sitze |
| Linke, Parteilos | 3 Sitze |

Die Wahlzeit der Stadtratsmitglieder beträgt 5 Jahre.

Die Mitglieder des Stadtrates zum 30.06.2022 sind:

Ratsmitglieder:

- Carl-Bernhard von Heusinger
- Hans-Peter Ackermann
- Ulrike Bourry
- Uwe Diederichs-Seidel
- Lena Etzkorn
- Gordon Gniewosz
- Ute Görgen
- Marina Khan
- Dr. Ulrich Kleemann
- Detlef Knopp
- Laura Martin Martorell
- Andrea Mehlbreuer
- Dr. Carolin Schmidt-Wygasch
- Dr. Tabea Stötter
- Anna-Maria Schumann-Dreyer
- Monika Artz
- Peter Balmes
- Andreas Biebricher
- Marion Lipinski-Naumann
- Manfred Bastian
- Toni Bündgen
- Tobias Christmann
- Thomas Kirsch
- Dr. Anne Köbberling
- Marion Mühlbauer
- Fritz Naumann
- Detlev Pilger
- Dr. Thorsten Rudolph
- Thorsten Schneider
- Ute Wierschem
- Karl-Ludwig Weber
- Fabian Geissler
- Joachim Paul
- Katrin Vogel
- Stephan Wefelscheid
- Christian Altmaier

- Eitel Bohn
- Manfred Diehl
- Rudolf Kalenberg
- Ernst Knopp
- Tim Josef Michels
- Josef Oster
- Stephan Otto
- Karl-Heinz Rosenbaum
- Monika Sauer
- Dr. med. Michael Gross
- Edgar Kühlenthal
- Julia Maria Kübler
- Torsten Schupp
- David Follmann
- Birgit Hoernchen
- David Josef Hennchen
- Christoph Schöll
- Oliver Antpöhler-Zwiernik
- Kevin Wilhelm
- Sebastian Beuth

Der Stadtrat legt die Grundsätze für die Verwaltung der Stadt fest und entscheidet über alle grundlegenden Angelegenheiten der Stadt. Er kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf die (Ober-) Bürgermeisterin / den (Ober-)Bürgermeister oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 32 Abs. 2 GemO RLP aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten des Rates.

Der Stadtrat hat zur Vorbereitung der Beschlüsse folgende Ausschüsse gebildet:

- Ausschuss für allgemeine Bau- u. Liegenschaftsverwaltung
- Ausschuss für Hochschulfragen
- Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität
- BUGA Ausschuss 2029
- Fachausschuss Frauen
- Forstausschuss
- Gleichstellungsausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Kulturausschuss
- Personalausschuss
- Rechnungsprüfungsausschuss
- Schulträgerausschuss
- Sozialausschuss
- Sport- und Bäderausschuss
- Stadtrechtsausschuss
- Umlegungsausschuss
- Umweltausschuss
- Werkausschuss „Grünflächen und Bestattungswesen“
- Werkausschuss „Rhein-Mosel-Halle“
- Werkausschuss „Koblenzer Servicebetrieb Koblenz“
- Werkausschuss „Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz“
- Werkausschuss „Stadtentwässerung“
- Wirtschaftsförderungsausschuss

Der Stadtrat überwacht die gesamte Verwaltung sowie die Geschäftsführung der Stadt.

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl auf die Dauer von acht Jahren gewählt. Er leitet die Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen.

### Bezüge der Organe

| | |
|---|---|
| Aufwandsentschädigung Ratsmitglieder: | 300 € |
| Aufwandsentschädigung Fraktionsvorsitzende: | 300 € |
| Sitzungsgeld je Sitzung | 30 € |
| Aufwandsentschädigung Vorsitz d. Ausländerbeirats: | 300 € |
| Aufwandsentschädigung des Behindertenbeauftragten: | 300 € |

### Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt 2022 waren bei der Stadt Koblenz beschäftigt:

| | |
|---|---|
| Beamte | 440 |
| Angestellte / Beschäftigte | 1.502 |
| Mitarbeiter/innen insgesamt | 1.942 |
| Bedienstete im Vorbereitungsdienst | 35 |
| Auszubildende | 68 |
| Auszubildende insgesamt | 103 |

# Steuerliche Verhältnisse

### Betriebe gewerblicher Art (BgA)

Die Stadt ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts. BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts i. S. d. § 1 Abs 1 Nr. 6 KStG sind alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht Gewinn zu erzielen und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich (§ 4 Abs. 1 KStG). Nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. § 4 KStG unterliegen BgA's von juristischen Personen des öffentlichen Rechts der unbeschränkten Körperschaftsteuerpflicht sowie der Gewerbesteuerpflicht gem. § 2 Abs. 1 GewStG.

### Umsatzsteuer

Die Stadt Koblenz ist gem. § 18 Abs. 1 u. 2 UStG verpflichtet, Umsatzsteuervoranmeldungen abzugeben. Der Steueraufwand des Berichtsjahres wurde ermittelt und, sofern erforderlich, gem. § 39 Abs. 1 Nr. 8 GemHVO rückgestellt.

# Wirtschaftliche Grundlagen

### 1. Allgemeine Angaben

| | |
|---|---|
| Stadt: | Koblenz |
| Einwohnerzahl der Stadt: | 115.049 |
| Oberbürgermeister: | Herr David Langner |
| Anschrift der Stadtverwaltung: | Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz |

## 2. Stadtgebiet

Größe des Stadtgebietes 10.525 ha

Stadtgebiet nach Nutzungsart:

| | |
|---|---|
| • Wohnbaufläche: | 9,9 % |
| • Industrie- / Gewerbeflächen: | 5,1 % |
| • Erholungsfläche: | 4,9 % |
| • Verkehrsfläche: | 10,8 % |
| • Landw. genutzte Fläche: | 22,6 % |
| • Waldfläche: | 31,6 % |
| • Wasserfläche: | 5,4 % |
| • Sonstige Flächen: | 9,8 % |

## 3. Bevölkerungsstruktur

| | | |
|---|---|---|
| Einwohner mit Hauptwohnsitz: | 115.049 Einwohner, davon | |
| | 56.737 männlich (49,3 %) | |
| | 58.312 weiblich (50,7 %) | |
| Einwohnerentwicklung: | Lebendgeborene | 1.037 |
| | Sterbefälle | 1.481 |
| | Geburten-/Sterbesaldo | - 444 |
| | Zuzüge | 10.492 |
| | Fortzüge | 8.439 |
| | Saldo | + 2.053 |
| Einwohnerstruktur: | < 18 Jahre | 15,3 % |
| | 18 bis 35 Jahre | 25,5 % |
| | 35 bis 65 Jahre | 37,5 % |
| | > 65 Jahre | 21,7 % |
| | ledig | 43,1 % |
| | verheiratet | 37,5 % |
| | geschieden | 7,9 % |
| | verwitwet | 6,3 % |
| | keine Angabe | 5,2 % |

## 4. Wirtschaft, Arbeit und Finanzen

Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: 78.921

| | | |
|---|---|---|
| Aufteilung Arbeitsmarkt: | Land- und Forstwirtschaft | 72 |
| | Produzierendes Gewerbe | 11.396 |
| | Handel und Verkehr | 17.113 |
| | Dienstleistungsbereich | 50.340 |
| Berufspendler: | Berufseinpendler | 52.947 |
| | Berufsauspendler | 18.410 |
| Gewerbeentwicklung: | Anmeldungen | 1.000 |
| | Abmeldungen | 958 |
| | Insolvenzen | 126 |
| Grundsteuer | Hebesatz Grundsteuer A: 340 v. H. | |
| | Hebesatz Grundsteuer B: 420 v. H. | |
| Gewerbesteuer (Hebesatz): | 420 v. H. | |

## 5. Beteiligungen

Beteiligungsstruktur der Stadt (Vermögenswerte zum Jahresabschluss 31.12.2022)

■ Verbundene Unternehmen

| | | |
|---|---|---|
| Stadtwerke Koblenz GmbH | 100,0 % | 207.146.628,69 € |
| Aufbaugesellschaft Koblenz mbH | 100,0 % | 3.178.088,00 € |
| Koblenzer Wohnbau GmbH | 100,0 % | 21.491.187,25 € |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | 100,0 % | 51.276,19 € |
| EK02 GmbH | k.A. | 11.264,40 € |

■ Beteiligungen

| | | |
|---|---|---|
| Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbh | 25,00 % | 5.120.000,00 € |
| TechnologieZentrum Koblenz GmbH | 32,54 % | 247.001,35 € |
| Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH | 11,11 % | 3.067,76 € |
| KHVO Hunsrück-Mittelrhein e.G. | 4,00 % | 3.000,00 € |
| Volksbank Koblenz Mittelrhein e.G. | k.A. | 330,00 € |

■ Eigenbetriebe

| | |
|---|---|
| Eigenbetrieb 17: Kommunales Gebietsrechenzentrum | 1.161.786,75 € |
| Eigenbetrieb 67: Grünflächen- & Bestattungswesen | 568.789,46 € |
| Eigenbetrieb 70: Koblenzer Entsorgungsbetrieb | 3.582.814,30 € |
| Eigenbetrieb 83: Koblenz-Touristik | 28.284.996,85 € |
| Eigenbetrieb 85: Stadtentwässerung | 77.332.078,99 € |

# Anlage 13 Kennzahlenberechnung

| | | |
|---|---|---|
| **Aufwandsdeckungsgrad** | = | Ordentliche Erträge x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Eigenkapitalquote 1** | = | Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme |
| **Eigenkapitalquote 2** | = | (Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge) x 100 / Bilanzsumme |
| **Verschuldungsgrad** | = | Fremdkapital x 100 / wirtschaftliches Eigenkapital |
| **Fehlbetragsquote** | = | Negatives Jahresergebnis x -100 / (Kapital- u. sonst. Rücklage + Ergebnisvortrag) |
| **Anlagevermögensintensität** | = | Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme |
| **Infrastrukturquote** | = | Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme |
| **Abschreibungsintensität** | = | Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Investitionsquote** | = | Bruttoinvestitionen x 100 / Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen |
| **Anlagendeckungsgrad 2** | = | (Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen |
| **Liquidität 2. Grades** | = | Liquide Mittel + Kurzfristige Forderungen x 100 / Kurzfristige Verbindlichkeiten |
| **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** | = | Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme |
| **Zinslastquote** | = | Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Steuerquote** | = | Steuererträge x 100 / Ordentliche Erträge |
| **Zuwendungsquote** | = | Erträge aus Zuwendungen x 100 / Ordentliche Erträge |
| **Personalintensität** | = | Personal- und Versorgungsaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Sach- u. Dienstleistungsintensität** | = | Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Transferaufwandsquote** | = | Transferaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |

# Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz

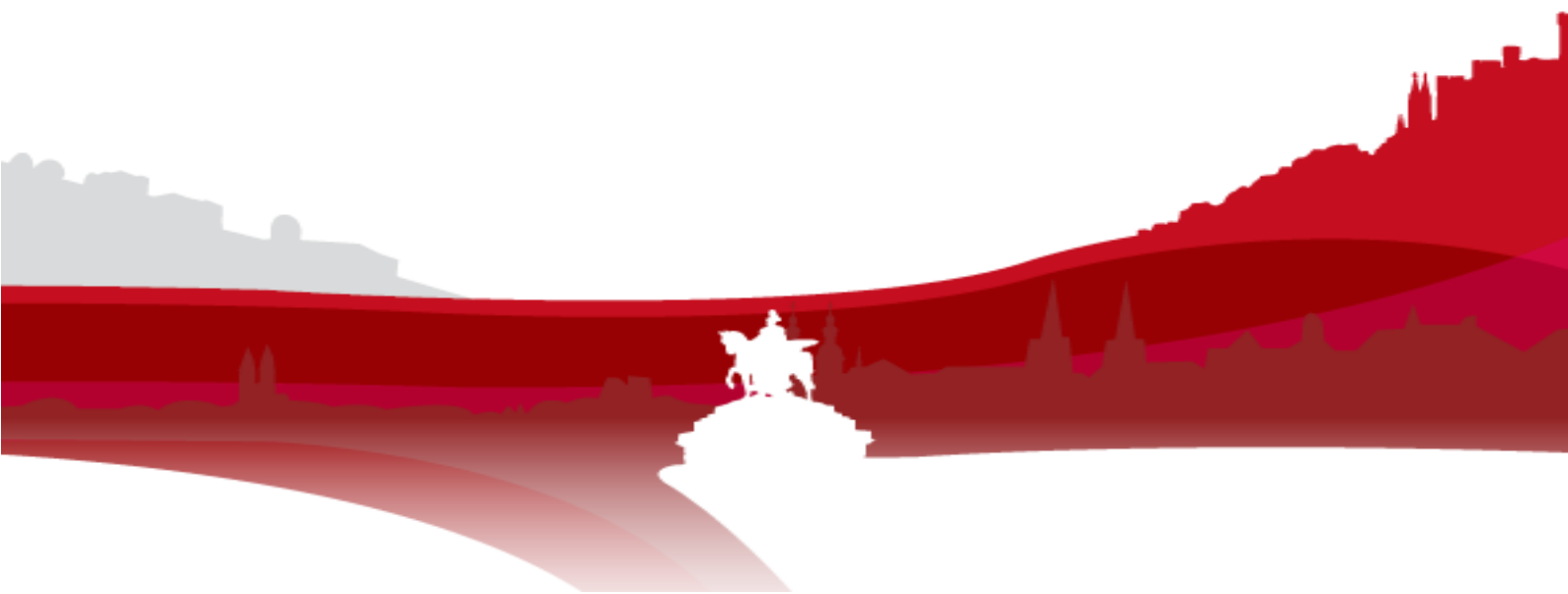

Hausanschrift: Willi-Hörter-Platz 1, 56068 Koblenz
Postanschrift: Postfach 20 15 51, 56015 Koblenz
Telefon: 0261 / 129-1452
Fax.: 0261 / 129-1450
Email: rechnungspruefungsamt@stadt.koblenz.de

TOP Ö 4

KOBLENZ
VERBINDET.

Rechnungsprüfungsamt

# Prüfung des Gesamtabschlusses der Stadt Koblenz zum 31. Dezember 2022



# Inhaltsverzeichnis


| | | Seite |
|---|---|---|
| **1.** | **Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen** | **5** |
| 1.1 | Prüfungsauftrag | 5 |
| 1.2 | Prüfungsdurchführung | 6 |
| 1.3 | Rechtliche Grundlagen | 6 |
| **2.** | **Grundsätzliche Feststellungen** | **7** |
| 2.1 | Stellungnahme zur Lagebeurteilung u. zum Gesamtrechenschaftsbericht | 7 |
| 2.2 | Konsolidierungskreis und Konsolidierungsmethode | 8 |
| **3.** | **Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung** | **10** |
| 3.1 | Gegenstand der Prüfung | 10 |
| 3.2 | Art und Umfang der Prüfung | 10 |
| **4.** | **Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung** | **12** |
| 4.1 | Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung | 12 |
| 4.2 | Gesamtaussage des Gesamtjahresabschlusses | 13 |
| 4.2.1 | Feststellungen zur Gesamtaussage des Gesamtabschlusses sowie dessen Anlagen | 13 |
| 4.2.2 | Aufgliederung und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage | 13 |
| ***5.*** | **Zusammenfassendes Ergebnis** | **23** |

# Anlagen zum Prüfbericht


| | | Seite |
|---|---|---|
| **Anlage 1** | Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2022 | 27 |
| **Anlage 2** | Gesamtergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 | 29 |
| **Anlage 3** | Gesamtfinanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 | 31 |
| **Anlage 4** | Gesamtanhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 | 33 |
| **Anlage 5** | Gesamtrechenschaftsbericht | 68 |
| **Anlage 6** | Anlagenübersicht | 111 |
| **Anlage 7** | Gesamtforderungsübersicht | 113 |
| **Anlage 8** | Gesamtverbindlichkeitenübersicht | 115 |
| **Anlage 9** | Kennzahlenberechnung | 117 |

# 1. Prüfauftrag und rechtliche Grundlagen

## 1.1 Prüfauftrag

Nach § 109 (1) GemO hat die Stadt Koblenz zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Gesamtabschluss aufzustellen, wenn mindestens eine Tochterorganisation der Gemeinde zum Ende des Haushaltsjahres und zum Ende des vorausgegangenen Haushaltsjahres unter dem beherrschenden oder maßgeblichen Einfluss der Gemeinde steht.

Insofern hatte die Stadt Koblenz nach § 15 des Landesgesetzes zur kommunalen Doppik (KomDoppikLG) erstmals zum 31.12.2015 einen Gesamtabschluss mit den erforderlichen Anlagen zu erstellen. Zu dem Gesamtabschluss hat die Stadt Koblenz ihren Jahresabschluss nach § 108 Gemeindeordnung (GemO) und die Jahresabschlüsse ihrer Tochterunternehmen zusammenzufassen (§ 109 (4) GemO).

Mit der Erstellung des Gesamtabschlusses wurde die Stadtwerke GmbH als 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Koblenz betraut.

Die Aufstellung des Gesamtabschlusses hat unter Beachtung der Regelungen der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden (GoB-G) zu erfolgen und soll ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gemeinde vermitteln.

Der Gesamtabschluss besteht aus der Gesamtergebnisrechnung, der -finanzrechnung, der -bilanz und dem -anhang. Dem Gesamtabschluss sind der Gesamtrechenschaftsbericht nach § 59 GemHVO, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht und die Verbindlichkeitenübersicht als Anlagen beizufügen.

Der Gesamtrechenschaftsbericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Gesamtjahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, und ob seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt erwecken. Dabei ist auch zu prüfen, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind (§ 113 (2) GemO).

Der Gesamtabschluss ist gemäß § 109 (8) i. V. mit § 114 (2) GemO innerhalb von elf Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen und mit der Feststellung des Jahresabschlusses und der Entlastungserteilung öffentlich bekannt zu geben.

Nach § 112 (1) Nr. 3 i. V. mit § 113 ff. GemO obliegt dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz die Prüfung des Gesamtabschlusses zum 31. Dezember 2022 sowie dessen Anlagen unter Einbeziehung der Buchführung und des Rechenschaftsberichtes (§ 113 (2) GemO) für das Haushaltsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2022.

Gemäß § 113 (3) GemO hat das Rechnungsprüfungsamt einen Prüfbericht über Art und Umfang sowie über das Ergebnis der Gesamtabschlussprüfung zu erstellen und dem Rechnungsprüfungsausschuss für seine Prüfungen zur Verfügung zu stellen.

Der Gesamtabschluss nebst Anlagen ist nach § 113 (1) GemO dahingehend zu prüfen, ob er ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung für Gemeinden vermittelt.
Die Prüfung des Gesamtabschlusses sowie dessen Anlagen erstreckt sich auch darauf, ob die gesetzlichen Vorschriften sowie die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen kommunalrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind.

Die Prüfung des Gesamtabschlusses beschränkt sich nach Ziffer 2 der VV zu § 112 GemO auf die Prüfung der ordnungsgemäßen Konsolidierung, da die Einzelabschlüsse zuvor bereits durch externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. im Falle des Kernhaushaltes durch das Rechnungsprüfungsamt und den Rechnungsprüfungsausschuss geprüft wurden.

## 1.2 Prüfungsdurchführung

Die Prüfung erfolgte in den Verwaltungsräumen der Stadt Koblenz in der Zeit von Ende September bis Ende Oktober 2024.

Für die Durchführung der Prüfung des Gesamtabschlusses waren zuständig:

- Amtsleiter | Herr StD Bernd Enkirch
- Stv. Amtsleiter | Herr Dipl.-Volkswirt Olaf Schaub

Bei der Prüfung sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen und der Entwurf zur Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichts einer Gebietskörperschaft (IDW EPS 730) in Form der einschlägigen Prüfungsstandards des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. beachtet worden.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Wirtschaftsprüfer e.V. gem. IDW PS 450 erstellt wurde.

Wie erwähnt, ist der Gesamtabschluss gemäß § 109 (8) GemO innerhalb von elf Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen und dem Stadtrat **vor Ende** des auf den Abschlussstichtag folgenden Haushaltsjahres zur Kenntnis vorzulegen.

Der Gesamtabschluss sowie dessen Anlagen wurden dem Rechnungsprüfungsamt der Stadt Koblenz von der zuständigen Mitarbeiterin der Stadtwerke Koblenz GmbH **am 27. September 2024** übergeben.

Bedingt durch die um sechs Monate verspätete Erstellung des Jahresabschusses des Kernhaushaltes der Stadt Koblenz (12/23) sowie eine verspätete Übergabe der Unterlagen an die Stadtwerke GmbH (07/24) verzögerte sich zwangsläufig die Erstellung des Gesamtabschlusses durch die beauftragte Stadtwerke Koblenz GmbH und die anschließende Vorlage an das Rechnungsprüfungsamt um ca. ein Jahr.

Insofern ist zum wiederholten Male ein Rechtsverstoß gegen § 109 Abs. 8 GemO zu testieren.

Die Rechnungsprüfung kann feststellen, dass im Vergleich zum vorangegangen Prüfungsjahr 2021 die Vorlage des Gesamtabschlusses 2022 ca. zwei Monate früher erfolgte. Ursächlich für die späte Vorlage des Gesamtabschlusses an das RPA war die verspätete Übergabe der notwendigen Daten durch die Kernverwaltung an die beauftragte Stadtwerke Koblenz GmbH.

## 1.3 Rechtliche Grundlagen

Die Rechtsgrundlage dieser Prüfung bezieht sich vor allem auf folgende gesetzliche Bestimmungen in der zurzeit gültigen Fassung:

- Gemeindeordnung (GemO) vom 31. Januar 1994, in der Fassung vom 24. Mai 2023 (GVBl. S. 133)

- Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) vom 18. Mai 2006, in der Fassung vom 13. Dezember 2023 (GVBl. S. 409)
- Handelsgesetzbuch (HGB) vom 10. Mai 1897, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. April 2024 (BGBl. I S. 120)

# 2 Grundsätzliche Feststellungen

## 2.1 Stellungnahme zur Lagebeurteilung/zum Gesamtrechenschaftsbericht

Im Gesamtrechenschaftsbericht sind nach § 59 GemHVO zumindest der Geschäftsverlauf und die Lage der Stadt Koblenz einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.

Im Gesamtrechenschaftsbericht zum Gesamtabschluss 31.12.2022 der Stadt Koblenz (Anlage 5) sind insbesondere darzustellen:

1) ein Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt Koblenz einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen (§ 59 (2) Ziffer 1 GemHVO) sowie
2) ein Ausblick auf die künftige Entwicklung, insbesondere bestehend aus:
   a) Angaben über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss der Konsolidierungsperiode eingetreten sind (§ 59 (2) Ziffer 2a GemHVO),
   b) Angaben über die erwartete Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen, insbesondere über die wirtschaftlichen und finanziellen Perspektiven und Risiken (§ 59 (2) Ziffer 2b GemHVO).

Unter Zugrundelegung nachfolgend aufgeführter Faktoren, die für die Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Stadt von besonderer Bedeutung sind, wie

- **Gesamtjahresergebnis 2022 von + 24.723.367 €**
- **Eigenkapitalquote 2022 von 36,0 %**
- **Eigenkapitalquote II von 50,3 %**

kommt die Rechnungsprüfung zu dem Ergebnis, dass die Lagebeurteilung (Rechenschaftsbericht JA 2022, Stand Januar 2024) wie sie im Gesamtrechenschaftsbericht dargestellt wurde, insgesamt angemessen und zutreffend ist.

Die damalige Einschätzung zur künftigen Entwicklung des Kernhaushaltes der „Stadt Koblenz“ stimmt jedoch nicht mit der tatsächlichen Entwicklung überein, die Ergebnisse des Kernhaushaltes werden sich verschlechternd auf zukünftige Gesamtjahresergebnisse auswirken.

Unsere Prüfung ergab im Einzelnen, dass

- der Gesamtrechenschaftsbericht mit dem Gesamtjahresabschluss und den von der Rechnungsprüfung anlässlich der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen - außer der vorgenannten Entwicklung bzgl. des Kernhaushaltes - insgesamt gesehen übereinstimmt,
- der Gesamtrechenschaftsbericht einen zutreffenden Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt Koblenz einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen vermittelt,

- der Gesamtrechenschaftsbericht den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage der Stadt insgesamt gesehen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird,
- der Gesamtrechenschaftsbericht Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss der Konsolidierungsperiode eingetreten sind, sowie die Entwicklung wesentlicher Rahmenbedingungen für die wirtschaftlichen und finanziellen Perspektiven und Risiken einiger wichtiger Tochterunternehmen wiedergibt.

Der **Empfehlung** der Rechnungsprüfung aus 2018**,** den Gesamtrechenschaftsbericht hinsichtlich

- der künftigen Entwicklung der Lage,
- der Analyse der künftigen Haushaltslage sowie
- der rechtlichen Risiken

konzernweit für sämtliche Eigenbetrieb und Eigengesellschaften auszugestalten, wurde im Berichtjahr umfassend nachgekommen.

## 2.2 Konsolidierungskreis und Konsolidierungsmethoden

Die Regelungen über den zu konsolidierenden Unternehmensbereich beinhaltet § 109 (4) GemO. Hiernach hat die Stadt Koblenz ihren nach § 108 aufgestellten Jahresabschluss mit den Jahresabschlüssen

- der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden,
- der Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, ausgenommen der Sparkassen, an denen die Stadt beteiligt ist; für mittelbare Beteiligungen gilt § 290 HGB entsprechend,
- der rechtsfähigen kommunalen Stiftungen,
- der Zweckverbände, bei denen die Stadt Mitglied ist; ausgenommen sind Zweckverbände, die ausschließlich Beteiligungen an Sparkassen halten,
- der sonstigen rechtlich selbständigen Aufgabenträger mit kaufmännischer Rechnungslegung

zusammenzufassen (Konsolidierung).

Ist eine Tochterorganisation zugleich Mutterunternehmen und nach § 290 des Handelsgesetzbuches (HGB) verpflichtet, einen Konzernabschluss aufzustellen, so kann dieser Konzernabschluss anstelle der entsprechenden Einzelabschlüsse der verbundenen Tochterorganisationen unverändert in den Gesamtabschluss einbezogen werden, § 109 (4) Satz 2 GemO.

Nach § 109 (1) GemO hat eine Konsolidierung nur dann zu erfolgen, wenn durch die Stadt Koblenz ein beherrschender oder maßgeblicher Einfluss auf die Tochterorganisation ausgeübt werden kann. Besteht ein **beherrschender** Einfluss, wie etwa bei den Stadtwerken, den Eigenbetrieben oder bei der Koblenzer Wohnbau, erfolgt eine Vollkonsolidierung unter Beachtung der Vorschriften der §§ 300 bis 309 HGB (Ausnahme: § 301 (1) Satz 2 HGB), § 109 (5) Satz 1 GemO.

Hat die Stadt Koblenz jedoch nur einen **maßgeblichen** Einfluss auf die Tochterorganisation, wie etwa bei den Zweckverbänden oder dem Gemeinschaftsklinikum, erfolgt keine Vollkonsolidierung, sondern eine Konsolidierung nach der Eigenkapitalspiegelbildmethode (At equity) nach den Vorschriften der §§ 311 und 312 HGB (Ausnahme: § 312 (1) Satz 2 HGB), § 109 (5) Satz 2 GemO.

Im § 109 (5) Satz 3 GemO ist abweichend von § 308 HGB festgelegt, dass es für die Zusammenfassung der Jahresabschlüsse unerheblich ist, wenn für die in den Gesamtabschluss übernommenen Vermögensgegenstände und Schulden unterschiedliche Ansatz-, Bewertungs- und Ausweisvorschriften für die Stadt und die Tochterorganisationen bestehen, deren Jahresabschlüsse mit dem der Stadt zusammenzufassen sind.
Demgegenüber sind Tochterorganisationen nach § 109 (6) GemO nicht in den Gesamtabschluss einzubeziehen, wenn sie für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung sind. Eine untergeordnete Bedeutung im Sinne der Vorschriften der Gemeindeordnung wird immer dann vermutet, wenn die Bilanzsumme der Tochterorganisation kleiner als 3 v. H. der Bilanzsumme der Stadt ist. Tochterorganisationen mit einer Bilanzsumme von über 1.000.000 € sind immer in den Gesamtabschluss einzubeziehen. Die Vorschriften des § 109 (6) GemO beziehen sich auf alle Tochterorganisationen, egal ob Anteile anderer Gesellschafter bestehen oder nicht.

Bei der Prüfung der Frage, ob eine Tochterorganisation von „untergeordneter Bedeutung“ ist, ist auf die einzelne Tochterorganisation abzustellen, da das Gemeindehaushaltsrecht, im Gegensatz zu den Vorschriften des Handelsrechts (§ 296 (2) Satz 2 HGB), wonach Tochterorganisationen auch in ihrer Gesamtheit von „untergeordneter Bedeutung“ sein müssen, keine gleichartige Vorschrift enthält.

Im Gesamtabschluss der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 wurden folgende Tochterorganisationen vollkonsolidiert:

- Stadtwerke Koblenz GmbH, Teilkonzern mit insgesamt 15 weiteren Tochterorganisationen
- Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH (WohnBau)
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz (WFG) mit weiteren Tochterorganisationen
- Koblenz-Touristik GmbH (KT)
- Eigenbetrieb Stadtentwässerung (SEK)
- Eigenbetrieb Rhein Mosel Halle (RMH)
- Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum (KGRZ)
- Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen (GBW)
- Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (KSB)

At equity, also mit dem Buchwert des Eigenkapitals, wurden konsolidiert:

- Abwasserzweckverband A 61 / GVZ
- Abfallzweckverband Rhein - Mosel - Eifel
- Zweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz
- Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH mit weiteren 7 Tochterorganisationen

Folgende Beteiligungen wurden wegen Unwesentlichkeit bzw. untergeordneter Bedeutung nach § 109 (6) GemO nicht in den städtischen Gesamtabschluss miteinbezogen:

- Sporthalle Oberwerth GmbH
- Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungs- GmbH

**Aus Sicht der Rechnungsprüfung stehen die getroffenen Entscheidungen bezüglich der Festlegung des Konsolidierungskreises sowie der jeweils gewählten Konsolidierungsmethode im Einklang mit den einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung sowie des gemeindlichen Haushaltsrechts.**

# 3 Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

## 3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung des Gesamtabschlusses mit allen Bestandteilen sowie den dazugehörenden Anlagen wurde durch Vertrag der Stadtwerke Koblenz GmbH übertragen.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Gesamtabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände abzugeben.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss der Stadt Koblenz zum 31. Dezember 2022, bestehend aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen sowie dem Anhang und dem Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022, geprüft.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GemO bzw. GemHVO aufgestellt. Der hierzu erstellte Prüfbericht datiert vom 15. Mai 2024 und wurde der Verwaltungsleitung bekannt gegeben.

Bei der Prüfung des konsolidierten Gesamtabschlusses sind zusätzlich zum Kernhaushalt die Ergebnisse der Eigenbetriebe, der privatrechtlichen Tochterorganisationen sowie der übrigen in § 109 (4) Nr. 1 - 5 GemO genannten Rechtsträger (ohne die Sparkassen) zu berücksichtigen. **Im Ergebnis beschränkt sich daher die Prüfung des Gesamtabschlusses darauf, ob die Konsolidierung ordnungsgemäß erfolgt ist, da die Einzelabschlüsse zuvor bereits durch Wirtschaftsprüfer geprüft wurden.**

## 3.2 Art und Umfang der Prüfung

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 20. Dezember 2023 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2021 nebst Anhang und Rechenschaftsbericht des Konzerns Stadt Koblenz.

Die Prüfung selbst fand in der Zeit von Ende September bis Anfang November 2024 statt. Sie erfolgte unter Anwendung der unter Ziffer 1.3 dieses Berichtes dargelegten gesetzlichen Grundlagen und bezog sich im Wesentlichen auf

- die Gesamtabschlussbuchführung,
- den Gesamtabschluss mit seinen in § 109 GemO aufgeführten Bestandteilen wie Gesamtergebnisrechnung, Gesamtfinanzrechnung, Gesamtbilanz und Gesamtanhang sowie
- die Anlagen zum Gesamtabschluss bestehend aus Gesamtrechenschaftsbericht, Anlagenübersicht, Forderungsübersicht und Verbindlichkeitenübersicht.

Die Gesamtabschlussbuchführung, die Aufstellung des Gesamtabschlusses sowie die Erstellung des Gesamtrechenschaftsberichtes liegen grundsätzlich in der Verantwortung des Oberbürgermeisters - in Personalunion auch Stadtkämmerer der Stadt Koblenz. Beauftragt wurde - wie bereits unter Ziffer 3.1 dargelegt - die Stadtwerke Koblenz GmbH als 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Koblenz.

Grundsätzlich hat die Rechnungsprüfung die Prüfung von Abschlüssen nach §§ 110 ff. GemO und dem risikoorientierten Prüfungsansatz in Anlehnung an die vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorzunehmen.

Die zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen haben die Rechnungsprüfung veranlasst, keine Abschlussprüfung, sondern lediglich eine „prüferische Durchsicht“ zu vollziehen. Mit Blick auf die Bedeutung eines Gesamtabschlusses, der in Anlehnung an das Handelsrecht lediglich einen **informativen** Charakter hat und nicht Gegenstand des Entlastungsverfahrens ist, halten wir die Vorgehensweise für vertretbar, zumal sich zur Vermeidung von Doppelprüfungen die „Prüfung“ nach Ziffer 2 der VV zu § 112 GemO auf die richtige Auswahl des Konsolidierungskreises und die korrekte Wahl der Konsolidierungsmethode beschränken sollte.

Unabhängig davon hat die Rechnungsprüfung die „prüferische Durchsicht“ so geplant und durchgeführt, dass am Ende der Prüfung ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung und der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehlaussagen sind. Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko der Stadt Koblenz ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Bei der Festlegung der prüferischen Handlungen wurden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie Konstellationen für mögliche Fehler berücksichtigt.

Die Prüfungsstrategie hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Abgrenzung des Konsolidierungskreises
- Überprüfung der Konsolidierungsmethoden
- Prüfung der Anlagen
- Prüfung der vorgelegten Packages

Für Rückfragen und die Bereitstellung ergänzender Unterlagen standen die zuständige Mitarbeiterin der Stadtwerke Koblenz GmbH sowie Mitarbeiter der Stadtkämmerei und weiterer Tochterorganisationen zur Verfügung.
Eine Vollständigkeitserklärung in schriftlicher Form wurde nicht vorgelegt.

# 4 Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

## 4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Nach Beurteilung der Rechnungsprüfung bilden die uns zur Prüfung überlassenen Jahresabschlüsse der in die Konsolidierung einbezogenen Tochterorganisationen eine geeignete Konsolidierungsgrundlage. Auf eine Anpassung der Jahresabschlüsse von einbezogenen Tochterorganisationen an die von der Stadt Koblenz für den Kernhaushalt anzuwendenden Bilanzierungsgrundsätze nach dem gemeindlichen Haushaltsrecht zur Erzielung einer einheitlichen Bewertung wurde in Einklang mit den gesetzlichen Regelungen verzichtet.

4.1.2 Die Konsolidierung und die hierzu erforderlichen Schritte erfolgen bei der Stadtwerke Koblenz GmbH mittels einer zertifizierten Softwarelösung. Hierbei handelt es sich um die Konsolidierungssoftware IDLKONSIS – Release 2022-1 der Fa. IDL GmbH, Schmitten, mit der die unterschiedlichen Bewertungsverfahren (z. B. Neubewertungs- oder Buchwertmethode) zum Einsatz kommen und die notwendigen Konsolidierungsverarbeitungen vollständig zur Verfügung stehen. Im Reporting sind alle für einen Konzernabschluss notwendigen Berichtsbestandteile (z. B. Bilanz, Gesamtergebnisrechnung) enthalten.

Die Zertifizierung erfolgte durch die BDO AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, und wurde auf Basis des IDW Prüfungsstandards 880 „Prüfung von Softwareprodukten (IDW PS 880)“ durchgeführt. Das Prüfungszertifikat datiert vom 31. Mai 2023 und liegt der Rechnungsprüfung vor.

4.1.3 Der der Rechnungsprüfung vorgelegte Gesamtabschluss sowie dessen Anlagen sind grundsätzlich ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen, insbesondere aus den Jahresabschlüssen der Tochterorganisationen, abgeleitet.

4.1.4 Die Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften wurden grundsätzlich übernommen.

4.1.5 Auf den Gesamtabschluss sind grundsätzlich die Vorschriften über den Jahresabschluss der Stadt entsprechend anzuwenden (§ 54 GemHVO). In Bezug auf die Gesamtergebnisrechnung (§ 55 GemHVO) und die Gesamtfinanzrechnung (§ 56 GemHVO) sind die vorgesehenen Positionen und Gliederungen übernommen worden. Für die Gesamtbilanz (§ 57 GemHVO) wurde zur Verbesserung des Einblicks in die Vermögenslage die Bilanzposition „II.6. Wertberichtigungen zu Forderungen“ eingefügt.

4.1.6 Der Gesamtabschluss enthält nach § 109 GemO einen Gesamtanhang, der den Vorgaben des § 58 GemHVO entsprechen muss. Der Gesamtanhang enthält alle geforderten Erläuterungen zur Gesamtbilanz, zur Gesamtergebnisrechnung und zur Gesamtfinanzrechnung, insbesondere die von der Stadt Koblenz angewandten Bilanzie-

rungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden. Außerdem ist dem Gesamtanhang eine Übersicht über alle unmittelbaren und mittelbaren städtischen Beteiligungen von mindestens 5 % an Tochterorganisationen beigefügt.

4.1.7 Die nach § 109 Abs. 3 GemO geforderten Anlagen, nämlich Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitenübersicht sowie der Gesamtrechenschaftsbericht, sind beigefügt.

4.1.8 Mit Inkrafttreten der 2. LVO zur Änderung der Gemeindehaushaltsverordnung vom 07. Dezember 2016 wurde der Stadt ein Wahlrecht eingeräumt, eine Gesamtfinanzrechnung nach DRS 21 (§ 56 Abs. 2 GemHVO) oder eine stark aggregierte Gesamtfinanzrechnung nach § 56 Abs. 1 GemHVO aufzustellen. Die Gesamtfinanzrechnung wird ab dem Gesamtabschluss 2017 nach § 56 Abs. 1 GemHVO als stark aggregierte Gesamtfinanzrechnung aufgestellt. Die Darstellungsweise hat keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis.

Der von der Stadtwerke Koblenz GmbH aufgestellte und vom Oberbürgermeister bestätigte Gesamtrechenschaftsbericht ist diesem Bericht als **Anlage 5** beigefügt. Der Gesamtrechenschaftsbericht entspricht nach den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen weitgehend den gesetzlichen Vorschriften.

## 4.2 Gesamtaussage des Gesamtabschlusses

### 4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Gesamtabschlusses sowie dessen Anlagen

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der Rechnungsprüfung vermittelt der Gesamtjahresabschluss, d.h. das Zusammenwirken von Gesamtbilanz, Gesamtergebnisrechnung, Gesamtanhang und Gesamtfinanzrechnung, unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Stadt Koblenz und ihrer in die Konsolidierung einbezogenen Tochterorganisationen.

Die Angaben zu den einzelnen Positionen des Gesamtabschlusses und die sonstigen Angaben sind richtig und vollständig enthalten. Die Gesamtfinanzrechnung, die Anlagenübersicht, die Verbindlichkeitenübersicht und die Forderungsübersicht wurden ordnungsgemäß aus den erstellten Abschlüssen der konsolidierten Organisationen und den geprüften Unterlagen abgeleitet. Die im Rahmen der Prüfung angeforderten Dokumente waren insgesamt gesehen ausreichend und auch angemessen und genügten den Anforderungen.

### 4.2.2 Aufgliederungen und Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden die Posten der Gesamtbilanz und der Gesamtergebnisrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet, wobei sich die Darstellung auf eine kurze Entwicklungsanalyse beschränkt. Ergänzend wurden zudem einige betriebswirtschaftliche Kennzahlen berechnet.

Nachfolgend werden die wesentlichen, die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage prägenden Sachverhalte erläutert, sofern sie nicht bereits unter dem Gliederungspunkt 2 aufgeführt wurden.

## ■ Kennzahlen

Im Folgenden werden die wesentlichen Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Anlehnung an das NKF-Kennzahlenset NRW für das Berichtsjahr und zum Vorjahr dargestellt. Die Kennzahlen stellen verdichtete Informationen dar, die sich auf wichtige Tatbestände beziehen und diese in konzentrierter Form zur Darstellung bringen. Sie ermöglichen es, komplizierte Strukturen auf relativ einfache Art abzubilden, um möglichst einen umfassenden Überblick über die wirtschaftliche Situation des Konzerns „Stadt Koblenz“ zu erhalten. Die Formeln zur Kennzahlenberechnung sind in **Anlage 9** aufgeführt.

| | 31.12.2022<br>in % | 31.12.2021<br>in % | Veränderung |
|---|---|---|---|
| **Wirtschaftliche Gesamtsituation** | | | |
| Aufwandsdeckungsgrad | 103,8 | 105,0 | -1,2 |
| Eigenkapitalquote 1 | 36,0 | 36,4 | -0,4 |
| Eigenkapitalquote 2 | 50,3 | 51,1 | -0,8 |
| Verschuldungsgrad | 95,0 | 94,7 | +0,3 |
| **Vermögenslage** | | | |
| Anlagevermögensintensität | 79,2 | 81,3 | -2,1 |
| Infrastrukturquote | 23,2 | 24,3 | -1,1 |
| Abschreibungsintensität | 5,4 | 6,3 | -0,9 |
| Investitionsquote | 113,1 | 120,2 | -7,1 |
| **Finanzlage** | | | |
| Anlagendeckungsgrad 2 | 83,4 | 81,0 | +2,4 |
| Liquidität 2. Grades | 228,8 | 165,2 | +63,6 |
| Kurzfristige Verbindlichkeitsquote | 9,3 | 9,7 | -0,4 |
| Zinslastquote | 1,3 | 2,0 | -0,7 |
| **Ertragslage** | | | |
| Personalintensität | 16,0 | 17,3 | -1,0 |
| Sach- u. Dienstleistungsintensität | 63,4 | 58,4 | +5,0 |

### Erläuterung der Kennzahlen

Der **Aufwandsdeckungsgrad** zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.

Die **Eigenkapitalquote** ist vornehmlich ein Bonitätsindikator. Während die Eigenkapitalquote 1 den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital misst, stellt die Eigenkapitalquote 2 den Anteil des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals am Gesamtkapital dar. Da bei Kommunen die Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellen, wird beim wirtschaftlichen Eigenkapital die Wertgröße Eigenkapital um diese langfristigen Sonderposten erweitert.

Der **Verschuldungsgrad** als Indikator für das finanzwirtschaftliche Risiko spiegelt das Verhältnis von Fremdkapital zum Eigenkapital wieder.

Die **Anlagevermögensintensität** gibt Auskunft über das Ausmaß des langfristig gebundenen Vermögens, gemessen durch das Verhältnis des Anlagevermögens zum Gesamtvermögen (Bilanzsumme).

Die **Infrastrukturquote** stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Konzerns entspricht.

Die **Abschreibungsintensität** zeigt an, in welchem Umfang der Konzern durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.

Die **Investitionsquote** gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.

Der **Anlagendeckungsgrad 2** gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert sind. Bei der Berechnung dieser Kennzahl werden die langfristigen Passivposten Eigenkapital, Sonderposten mit Eigenkapitalanteilen und langfristiges Fremdkapital dem Anlagevermögen gegenübergestellt.

Die Kennzahl **Liquidität 2. Grades** gibt stichtagsbezogen Auskunft über die kurzfristige Liquidität der Gemeinde. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.

Wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird, kann mit Hilfe der Kennzahl **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** beurteilt werden.

Die Kennzahl **Zinslastquote** zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Die **Personalintensität** gibt an, welchen Anteil die Personal- und Versorgungsaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.

Die **Sach- und Dienstleistungsintensität** lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.

## ■ Vermögenslage

Zur Darstellung der Vermögenslage der Stadt Koblenz und ihrer konsolidierten Tochterorganisationen werden die Positionen der Bilanz nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst, umgruppiert und ab dem Gesamtabschluss 2022 den vergleichbaren Posten des Vorjahres gegenübergestellt.

| **Vermögen** | **31.12.2022** | | **31.12.2021** | | **Veränderung** | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Anlagevermögen | | | | | | |
| Immaterielle Vermögensgegenstände | 178.258 | 6,5 | 185.165 | 7,0 | -6.907 | -3,7 |
| Sachanlagen | 1.800.215 | 66,0 | 1.771.665 | 67,4 | +28.550 | 1,6 |
| Finanzanlagen | 182.111 | 6,7 | 180.813 | 6,9 | +1.298 | 0,7 |
| | 2.160.584 | 79,2 | 2.137.643 | 81,3 | +22.941 | 1,1 |
| Umlaufvermögen | | | | | | |
| Vorräte | 20.702 | 0,7 | 49.561 | 1,9 | -28.859 | -58,2 |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 193.123 | 7,1 | 246.778 | 9,4 | -53.655 | -21,7 |
| Flüssige Mittel | 346.160 | 12,7 | 184.530 | 7,1 | +161.630 | 87,6 |
| | 559.985 | 20,5 | 480.869 | 18,4 | +79.116 | 16,5 |
| Ausgleichsposten für latente Steuern | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 | 0 | 0,0 |
| Rechnungsabgrenzung | 8.894 | 0,3 | 8.521 | 0,3 | +373 | 4,4 |
| **Vermögen gesamt** | **2.729.463** | **100,0** | **2.627.033** | **100,0** | **+102.430** | **3,9** |
| **Kapital** | | | | | | |
| Eigenkapital | 981.715 | 36,0 | 956.326 | 36,4 | +25.389 | 2,7 |
| Unterschiedsbetrag der Konsolidierung | 123.990 | 4,5 | 123.990 | 4,7 | +0 | 0,0 |
| Sonderposten | 266.618 | 9,8 | 263.614 | 10,0 | +3.004 | 1,1 |
| Fremdkapital | | | | | | |
| Rückstellungen | 503.258 | 18,5 | 465.623 | 17,8 | +37.635 | 8,1 |
| Verbindlichkeiten | 800.966 | 29,3 | 766.642 | 29,2 | +34.324 | 4,5 |
| | 1.304.224 | 47,8 | 1.232.265 | 47,0 | +71.959 | 5,8 |
| Rechnungsabgrenzung | 52.916 | 1,9 | 50.838 | 1,9 | +2.078 | 4,1 |
| **Kapital gesamt** | **2.729.463** | **100,0** | **2.627.033** | **100,0** | **+102.430** | **3,9** |

### Erläuterung der wesentlichen Positionen

Die **Aktivseite** der Gesamtbilanz weist ein **Gesamtvermögen** von 2.729.463 T€ aus. Gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt resultiert hieraus ein Vermögen von 23.724 € pro Einwohner.

Das Gesamtvermögen der Stadt Koblenz besteht mit einem Anteil von 79,2 % (Vorjahr: 81,3 %) zu einem hohen Anteil aus langfristig gebundenem Anlagevermögen.

Zu diesem **Anlagevermögen** zählen die immateriellen Vermögensgegenstände mit 178.285 T€, das Sachanlagevermögen mit 1.800.215 T€ sowie das Finanzanlagevermögen

mit 182.111 T€. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich das Anlagevermögen um 22.941 T€ bzw. 1,1 %.

Die Position **Immaterielle Vermögensgegenstände** beinhaltet im Wesentlichen „Geschäfts- und Firmenwerte“ (107.014 T€) sowie „Geleistete Zuwendungen“ (44.203 T€) und reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr um 6.907 T€. Den Zugängen inkl. Umbuchungen in Höhe von 6.173 T€ standen Abschreibungen und Abgänge in Höhe von 13.080 T€ gegenüber. Nennenswerte Immaterielle Vermögensgegenstände bestehen beim Konzern Stadtwerke Koblenz GmbH mit 115.060 T€ und beim Kernhaushalt der Stadt Koblenz mit 59.127 T€.

Das **Sachanlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 28.550 T€ bzw. 1,6 % erhöht. Es bestimmt mit 1.800.215 T€ und einem Anteil von 66,0 % weitgehend die Vermögenslage des Konzerns Stadt Koblenz.

Innerhalb des Sachanlagevermögens sind folgende Positionen hervorzuheben:

Das **Infrastrukturvermögen** umfasst mit 633.917 T€ rd. 35,2 % des Sachanlagevermögens. In dieser Position werden vor allem die Straßengrundstücke (252.540 T€), das Vermögen der Verkehrsinfrastruktur in Form der Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen einschließlich der Gehwege und Grundstücke (131.796 T€) sowie die ingenieurtechnischen Bauwerke (69.958 T€) erfasst. Hinzu kommt das Infrastrukturvermögen des Eigenbetriebs Stadtentwässerung, wie bspw. die gesamten Kanalanlagen, die Pumpwerke, die Düker oder das Klärwerk, die mit insgesamt 138.504 T€ zu Buche schlugen.

Der Rückgang des Infrastrukturvermögens gegenüber dem Vorjahr um 4.555 T€ bzw. 0,7 % resultiert im Wesentlichen aus den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 21.194 T€ und Abgängen in Höhe von 53 T€. Demgegenüber standen Zugänge und Umbuchungen in Höhe von rd. 16.692 T€.

Der Wert der Position **bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte** von 482.436 T€ (Vorjahr: 481.725 T€) entfällt zu wesentlichen Teilen auf den Kernhaushalt der Stadt Koblenz (257.266 T€), auf die Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft (87.753 T€) und die Stadtwerke Koblenz (56.128 T€). Von eher untergeordneter Bedeutung sind die Werte der fünf Eigenbetriebe, der Koblenz Touristik GmbH sowie der Wirtschaftsförderungsgesellschaft von zusammen 81.289 T€. Der Anstieg zum Vorjahr um rd. 711 T€ resultiert aus den Zugängen und Umbuchungen in Höhe von rd. 18.240 T€. Demgegenüber standen planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 16.215 T€ und Abgänge in Höhe von 1.314 T€.

Auf der Bilanzposition **Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge** ergab sich mit 332.249 T€ gegenüber dem Vorjahr (324.691 T€) ein deutlicher Zuwachs. Mit 302.002 T€ (Vorjahr: 297.236 T€) entfällt der Bilanzausweis im Gesamtabschluss zu 90,9 % auf die technischen Anlagen und Maschinen des Teilkonzerns Stadtwerke Koblenz GmbH. Weiterhin zu nennen sind die Anlagengüter im Bereich des Kernhaushaltes der Stadt mit einem Wert von 17.988 T€.

Das **Finanzanlagevermögen** in Höhe von 182.111 T€ (Vorjahr: 180.813 T€) verkörpert neben dem Sachanlagevermögen rd. 8,4 % des gesamten Anlagevermögens.

Rund 46 % des Finanzanlagevermögens resultiert aus dem Wert **an Beteiligungen** an assoziierten Unternehmen, assoziierten Tochterorganisationen und Sonstigen Beteiligungen in einer Gesamthöhe von 84.089 T€. Erwähnenswert sind die Beteiligungen an der Kom9 GmbH

& Co. KG (62.963 T€) und den verschiedenen Unternehmungen der evm in Höhe von insgesamt 13.314 T€.

Die **Sonstigen Wertpapiere des Anlagevermögens** schlagen mit 57.354 T€ zu Buche. Der Ausweis zum Bilanzstichtag beinhaltet nahezu ausschließlich die bei der Erstkonsolidierung in 2012 zum damaligen Zeitwert bewerteten Anteile an dem Spezialfonds MI-Fonds K05, der von der Metzler Investment GmbH verwaltet wird. Der Zeitwert zum 31.12.2022 betrug 58.067 T€.

Mit einem Vermögenswert von 29.931 T€ (Vorjahr: 29.300 T€) trägt die Position **Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts u. rechtsfähige kommunale Stiftungen** zum Finanzvermögen bei. Hervorzuheben ist hierbei der Bereich der Zweckverbände (Abwasserzweckverband A 61 / GVZ, Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel, Zweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz) mit insgesamt 18.554 T€, das Stiftungsvermögen mit 4.800 T€ und die Sonderrücklage „Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds“ mit 6.577 T€.

Der Anteil des **Umlaufvermögens** in Höhe von 559.985 T€ (Vorjahr: 480.869 T€) am Gesamtvermögen beträgt 20,5 %.

Unter den **Forderungen und Sonstigen Vermögensgegenständen** in Höhe von 192.123 T€ (Vorjahr: 246.778 T€) werden im Wesentlichen die **privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** (100.582 T€) und die **öffentlich-rechtlichen Forderungen** (35.534 T€) ausgewiesen. Von den privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen entfallen 94.121 T€ auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH, der an dieser Stelle die Forderungen der evm, der GVW und der VWM abbildet, die aufgrund der rollierenden Verbrauchsablesung abzugrenzen sind.

Die **öffentlich-rechtlichen Forderungen** bestehen zu einem großen Teil aus Gewerbesteuerforderungen. Um dem Ausfallrisiko der Kernverwaltung Rechnung zu tragen, wurden deren gesamte Forderungen durch offen ausgewiesene Einzelwertberichtigungen in Höhe von 9.293 T€ (Vorjahr: 9.106 T€) und eine pauschale Wertberichtigung in Höhe von 3.539 T€ (Vorjahr: 3.761 T€) korrigiert.

Des Weiteren haben **Vorräte** mit einem Wert von 20.702 T€ (Vorjahr: 49.561 T€) zum gesamten Umlaufvermögen beigetragen. Auf den Bereich **Unfertige Erzeugnisse und Leistungen** entfielen 6.844 T€, während die **Fertigen Erzeugnisse, Leistungen und Waren** mit 6.846 T€ und die **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe** mit 7.011 T€ angesetzt wurden. Der Rückgang der geleisteten Anzahlungen auf Vorräte ergibt sich aus der Abgabe der für das Geschäftsjahr 2021 beschafften nEHS-Zertifikate und der Verschiebung des Erwerbs von nEHS-Zertifikaten in 2022. Im Vorjahr waren diese bereits zum Abschlussstichtag von der evm AG aus dem Teilkonzern der Stadtwerke Koblenz GmbH erworben.

Die **liquiden Mittel** betragen zum Bilanzstichtag 346.160 T€ und erhöhten sich stichtagsbezogen gegenüber dem Vorjahr um 161.630 T€. Die höchsten Werte verzeichneten mit 223.120 T€ der Teilkonzern Stadtwerke GmbH, die Kernverwaltung mit 73.069 T€ und der Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz mit 40.078 T€.

Auf der **Passivseite** resultiert ein **Eigenkapital** von 981.715 T€, das sich gegenüber dem Vorjahr um 25.389 T€ bzw. 2,7 % erhöht hat. Die Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist hauptsächlich durch den Gesamtgewinn 2022 in Höhe von 24.723 T€ entstanden (Vorjahr: +

34.615 T€). Weitere Veränderungen ergaben sich durch den Anstieg des Ausgleichspostens für Anteile anderer Gesellschafter (+ 698 T€), den Rückgang der Gewinnrücklagen (- 3.250 T€) sowie dem Anstieg der Kapitalrücklage inkl. Ergebnisvortrag und der Allgemeinen Rücklage (+ 37.833 T€). Gemessen an der Bilanzsumme beträgt die **Eigenkapitalquote 36,0 %** (Vorjahr: 36,4 %), was einem Anteil von 8.533 € pro Einwohner entspricht. Unter Einbezug der Sonderposten, die bei zweckgerechter Verwendung nicht rückzahlbar sind, ergibt sich auf der Basis des sog. wirtschaftlichen Eigenkapitals ein Anteil von 45,8 % im Berichtsjahr (Vorjahr: 46,4 %).

Das Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

| | T€ |
|---|---|
| Kapitalrücklage | 698.829 |
| Allgemeine Rücklage | 576 |
| Gewinnrücklagen | 73.027 |
| Gesamtergebnisvortrag | -7.093 |
| Gesamtgewinn | 24.723 |
| Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter | 191.653 |
| | **981.715** |

Beim **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** werden die Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital der Tochterorganisationen zusammengefasst ausgewiesen.

Aus der Kapitalkonsolidierung ergibt sich ein **passiver Unterschiedsbetrag** von 123.990 T€; dieser ist im Berichtsjahr unverändert.

Die Position **Sonderposten** mit einem Wert von 266.618 T€ (Vorjahr: 261.614 T€) besteht annähernd ausschließlich aus dem **Sonderposten zum Anlagevermögen** (266.663 T€). Hierbei handelt es sich um einen Korrekturposten zum Anlagevermögen, der sich im Wesentlichen aus Zuwendungen in Höhe von 165.100 T€ (Vorjahr: 164.650 T€) ergibt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die hohen Zugänge der Stadtwerke Koblenz GmbH (+ 2.539 T€) zurückzuführen. Neben diesem Sonderposten sind zudem die **Sonderposten aus Beiträgen** in Höhe von 48.172 T€ (Vorjahr: 48.016 T€) hervorzuheben, die vornehmlich im Bereich des Kernhaushaltes sowie des Eigenbetriebes Stadtentwässerung anfallen und aus Erschließungs- und Ausbaubeiträgen resultieren. Die Sonderposten aus **Anzahlungen für Anlagevermögen** haben sich um 3.529 T€ von 49.862 T€ auf 53.391 T€ erhöht. Dieser Sonderposten entfällt im Wesentlichen auf den Kernhaushalt der Stadt.

Das **Fremdkapital** der Bilanz beträgt 1.304.224 T€ und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 71.959 T€ bzw. 5,8 %. Der Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme beträgt 47,8 % (Vorjahr: 47,0 %). Gemessen an der Einwohnerzahl entfallen 11.892 € (Vorjahr: 10.865 €) an Fremdkapital auf jeden Einwohner der Stadt Koblenz. Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den Verbindlichkeiten von 800.966 T€ (Vorjahr: 766.642 T€) und den gebildeten Rückstellungen von 503.258 T€ (Vorjahr: 465.623 T€).

Bei den **Verbindlichkeiten**, die mit 800.966 T€ einen Anteil von 29,3 % der Bilanzsumme beanspruchen, ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 34.324 T€ bzw. 4,5 % zu verzeichnen. Im Einzelnen dominieren die **Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen** mit 629.811 T€ (Vorjahr: 611.684 T€), die vollumfänglich für Investitionen und zur Liquiditätssicherung dienen. Weitere Verbindlichkeiten entfallen mit 105.992 T€ (Vorjahr: 79.935 T€) auf Verbindlichkeiten

aus Lieferungen und Leistungen und mit 14.079 T€ (Vorjahr: 14.502 T€) auf erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen. Die Sonstigen Verbindlichkeiten belaufen sich auf 43.506 T€ (Vorjahr: 52.299 T€).

Der Wert der **Rückstellungen** von 503.258 T€, der einem Anteil von 18,5 % an der Bilanzsumme entspricht, hat sich zum Vorjahr um 37.635 T€ bzw. 8,1 % erhöht.

Die Rückstellungshöhe wird im Wesentlichen bestimmt durch die **Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen** in Höhe von 366.231 T€ (Vorjahr: 334.000 T€). Diese Position setzt sich überwiegend aus Pensionsrückstellungen und Beihilfeverpflichtungen zusammen und entfällt mit 191.442 T€ auf den Kernhaushalt Stadt Koblenz, 174.261 T€ auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und 528 T€ auf den Eigenbetrieb Stadtentwässerung.

Die **sonstigen Rückstellungen** in Höhe von 121.735 T€ (Vorjahr: 123.872 T€) schlagen bei nahezu allen Tochterorganisationen zu Buche. Hervorzuheben ist der Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH mit 93.508 T€, die Stadt Koblenz mit 15.204 T€, der Kommunale Servicebetrieb Koblenz mit 9.282 T€ und die Stadtentwässerung Koblenz mit 1.574 T€. Insbesondere fanden hierbei Urlaubs- und Überstundenrückstellungen, Rückstellungen für ausstehende Rechnungen und unterlassene Instandhaltungen sowie Preisnachlässe und Prozesskosten Berücksichtigung.

**Darstellung der Effektivverschuldung**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 |
|---|---|---|
| | TEUR | TEUR |
| Fremdkapital insgesamt | 1.304.224 | 1.232.265 |
| abzüglich leicht realisierbare Vermögenswerte | | |
| Flüssige Mittel | 346.160 | 184.530 |
| Vorräte | 20.702 | 49.561 |
| Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände | 193.123 | 246.778 |
| Rechnungsabgrenzungsposten | 8.894 | 8.521 |
| **Effektivverschuldung** | **735.345** | **742.875** |

Würden die leicht realisierbaren Mittel in Höhe von 568.879 T€ unmittelbar zur Tilgung des Fremdkapitals (1.304.224 T€) eingesetzt, verbliebe eine Effektivverschuldung in Höhe von 735.345 T€. Gegenüber dem Stand zum 31.12.2021 von 742.875 T€ ist die Effektivverschuldung um 7.530 T€ bzw. 1,0 % niedriger.

## ■ Ertragslage

Die Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung der Stadt Koblenz wurden im Folgenden nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert:

| | 2022 | | 2021 | | Differenz | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| | T€ | % | T€ | % | T€ | % |
| Steuern und ähnliche Abgaben | 241.230 | 13,1 | 244.189 | 16,1 | -2.959 | -1,2 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferertrag | 101.331 | 5,5 | 99.398 | 6,6 | +1.933 | +1,9 |
| Ertrag der sozialen Sicherung | 74.623 | 4,0 | 70.659 | 4,7 | +3.964 | +5,6 |
| Öffentlich-rechtliche Entgelte | 51.807 | 2,8 | 51.852 | 3,4 | -45 | -0,1 |
| Privatrechtliche Entgelte | 1.324.263 | 71,8 | 991.265 | 65,4 | +332.998 | +33,6 |
| Kostenerstattungen und -umlagen | 13.291 | 0,7 | 16.602 | 1,1 | -3.311 | -19,9 |
| Sonstige laufende Erträge | 38.764 | 2,1 | 40.590 | 2,7 | -1.826 | -4,5 |
| **Gesamtertrag** | **1.845.309** | **100,0** | **1.514.555** | **100,0** | **+330.754** | **+21,8** |
| Personal- und Versorgungsaufwand | 284.766 | 15,4 | 249.462 | 16,5 | +35.304 | +14,2 |
| Materialaufwand, Sach-, Dienstleistungsaufwand | 1.126.711 | 61,1 | 843.017 | 55,7 | +283.694 | +33,7 |
| Abschreibungen | 95.971 | 5,2 | 90.358 | 6,0 | +5.613 | +6,2 |
| Zuwendungen, Umlagen, Transferaufwand | 56.002 | 3,0 | 53.665 | 3,5 | +2.337 | +4,4 |
| Aufwand der sozialen Sicherheit | 132.359 | 7,2 | 126.677 | 8,4 | +5.682 | +4,5 |
| Sonstiger laufender Aufwand | 81.875 | 4,4 | 79.255 | 5,2 | +2.620 | +3,3 |
| **Gesamtaufwand** | **1.777.684** | **96,3** | **1.442.434** | **95,3** | **+335.250** | **+23,2** |
| **Ergebnis der Verwaltungstätigkeit** | **67.625** | **3,7** | **72.121** | **4,7** | **-4.496** | |
| Zinserträge u. Erträge aus Beteiligungen | 10.548 | 0,6 | 8.057 | 0,5 | +2.491 | +30,9 |
| Zinsaufwand | 22.572 | 1,2 | 28.372 | 1,9 | -5.800 | -20,4 |
| **Finanzergebnis** | **-12.024** | **-0,6** | **-20.315** | **-1,4** | **+8.291** | |
| **Ordentliches Ergebnis der Verwaltungs- u. Geschäftstätigkeit** | **55.601** | **3,1** | **51.806** | **3,3** | **+3.795** | |
| **Außerordentliches Ergebnis** | **0** | **0,0** | **0** | **0,0** | **0** | |
| Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 21.543 | 1,2 | 10.274 | 0,7 | **+11.269** | 109,7 |
| **Gesamtüberschuss** | **34.058** | **1,9** | **41.532** | **2,6** | **-7.474** | |
| Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn | -9.335 | **-0,5** | -6.917 | **-0,5** | -2.418 | 35,0 |
| **Gesamtgewinn/-verlust** | **24.723** | **1,4** | **34.615** | **2,1** | **-9.892** | |

### Erläuterung der wesentlichen Positionen

Im Berichtsjahr ergab sich ein **Gesamtgewinn** in Höhe von 24.723 T€.

Beim **Ergebnis der laufenden Erträge** übersteigen die Gesamterträge von 1.845.309 T€ die Gesamtaufwendungen von 1.777.684 T€ um 67.625 T€ bzw. 3,8 %.
Innerhalb der laufenden Erträge dominieren die **privatrechtlichen Entgelte** mit 1.324.263 T€, die im Haushaltsjahr rd. 71,8 % der Gesamterträge repräsentieren. Der weitaus überwiegende

Teil der privatrechtlichen Entgelte wurde im Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH erzielt und umfasst insbesondere den Verkauf von Wasser, Gas, Strom und Wärme (zusammen 1.072.527 T€) und die Netznutzung (82.269 T€). Erwähnenswert sind weiterhin die Erträge der Koblenzer Wohnbau von 21.272 T€, bei denen es sich überwiegend um Mieterträge handelt. Insgesamt erhöhten sich die **privatrechtlichen Entgelte** deutlich um 332.998 T€ bzw. 33,6 % gegenüber dem Vorjahr. Hauptgrund für den Anstieg sind die gestiegenen Umsätze im Bereich der Energieverkäufe infolge des Ukrainekrieges.

**Steuern und ähnliche Abgaben** schlagen mit 241.230 T€ und einem Anteil von 13,1 % zu Buche und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 2.959 T€ bzw. 1,2 % nur geringfügig reduziert. Sie resultieren im Wesentlichen aus der Festsetzung von Steuern im Kernhaushalt der Stadt. Weitere wesentliche Ertragspositionen bestehen in den **Erträgen der sozialen Sicherung** (74.623 T€), **öffentlich-rechtlichen Entgelten** (51.807 T€) **Zuwendungen, Umlagen und Transfererträgen** (101.331 T€) sowie **sonstigen laufenden Erträgen** (38.764 T€).

Die **öffentlich-rechtlichen Entgelte** in Höhe von 51.807 T€ resultieren aus der Festsetzung von Gebühren und Beiträgen und wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert. Sie entfallen im Wesentlichen auf den Eigenbetrieb Stadtentwässerung (21.358 T€), auf den Kommunalen Servicebetrieb (17.639 T€) und auf den Kernhaushalt (12.810 T€).

Zu den **sonstigen laufenden Erträgen** von 38.764 T€ trugen im Wesentlichen die Kernverwaltung mit 16.285 T€ und der Teilkonzern Stadtwerke GmbH mit 18.664 T€ bei. Diese reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr 1.826 T€ bzw. 4,5 %.

Im Mittelpunkt des laufenden Aufwandes steht der **Material-, Sach- und Dienstleistungsaufwand** mit 1.126.711 T€, der **Personalaufwand und Versorgungsaufwand** mit 284.766 T€, der **Aufwand der sozialen Sicherheit** mit 132.359 T€, die **Abschreibungen und der Aufwand für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes** mit 95.971 T€ sowie der **sonstige laufende Aufwand** mit 81.875 T€.

Beim **Material-, Sach- und Dienstleistungsaufwand** entfällt mit 1.035.662 T€ (91,9 %) der weitaus überwiegende Anteil auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und hier insbesondere auf den Strom- und Erdgasbezug der evm AG. Hauptgrund für den deutlichen Anstieg (+ 281.835 T€) sind die gestiegenen Energieeinkaufspreise infolge des Beginns des Ukrainekrieges. Die Gesamtsumme der **Abschreibungen auf das Anlagevermögen** des Gesamtkonzerns beläuft sich auf 95.971 T€ und entfällt mit rd. 13.063 T€ auf das immaterielle Vermögen und mit 82.908 T€ auf das Sachanlagevermögen.
Beim **sonstigen laufenden Aufwand** in Höhe von 81.875 T€ dominiert der Teilkonzern Stadtwerke GmbH (hier: evm) mit 58.549 T€.

Das negative **Finanzergebnis** in Höhe von 12.024 T€ resultiert aus dem Saldo der **Zinserträge und Erträge aus Beteiligungen, Wertpapieren und Ausleihungen** von 10.548 T€ und der **Zinsaufwendungen** von 22.572 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 8.291 T€ verbessert. Die Zins- und ähnlichen Aufwendungen beinhalten im Wesentlichen Darlehenszinsen sowie Aufwendungen aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen des Teilkonzerns Stadtwerke GmbH. Der mit Abstand höchste Aufwand entfällt auf die Stadt Koblenz mit 12.396 T€ und auf den Teilkonzern Stadtwerke GmbH mit 7.723 T€.

An **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie sonstigen Steuern** schlugen 21.543 T€ zu Buche. Sie entfallen im Wesentlichen mit **17.144 T€** auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und mit **2.901 T€** auf die Stadt Koblenz.

Der Wert den **anderen Gesellschaftern zustehenden Gewinns** beläuft sich auf die saldierte Summe von 9.335 T€ und besteht zu weiten Teilen aus dem noch an die anderen Gesellschafter weiterzureichenden Gewinn aus den Ausschüttungen 2022 aus den Beteiligungen am EK02.

# 5 Zusammenfassendes Ergebnis

Das Rechnungsprüfungsamt hat den Gesamtabschluss der

**Stadt Koblenz**

**für das Haushaltsjahr vom 01. Januar 2022 bis 31. Dezember 2022**

einer prüferischen Durchsicht unterzogen. Der Gesamtabschluss besteht nach § 109 GemO aus der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnisrechnung, der Gesamtfinanzrechnung und dem Gesamtanhang. Dem Gesamtabschluss sind als Anlagen der Gesamtrechenschaftsbericht, die Anlagenübersicht, die Forderungsübersicht sowie die Verbindlichkeitenübersicht beizufügen.

Die Aufstellung des Gesamtabschlusses liegt in der Verantwortung des Oberbürgermeisters, der in Personalunion die Position des Stadtkämmerers wahrnimmt, als gesetzlicher Vertreter der Stadt. Die Aufgabenwahrnehmung wurde vertraglich der Stadtwerke Koblenz GmbH als 100%ige Tochterorganisation der Stadt übertragen.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf Grundlage der prüferischen Durchsicht eine Beurteilung über den Gesamtjahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände der jeweiligen Einzelabschlüsse und über den Gesamtrechenschaftsbericht abzugeben und hierüber eine Bescheinigung zu erteilen.

Die prüferische Durchsicht ist so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Gesamtjahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Gesamtrechenschaftsbericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Handlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Stadt Koblenz sowie die Erwartungen bezüglich möglicher Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Handlungen werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben bezüglich des Inventars, die Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, die Buchführung, der Jahresabschluss und der Rechenschaftsbericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Unsere prüferische Durchsicht beschränkte sich in erster Linie auf analytische Beurteilungen und bietet deshalb nicht die durch eine Abschlussprüfung erreichbare Sicherheit. Die Rechnungsprüfung ist dennoch der Auffassung, dass hierdurch eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung gebildet ist.

**Die prüferische Durchsicht des Rechnungsprüfungsamtes hat zu keinen Einwendungen geführt, die es rechtfertigen, den Gesamtabschluss sowie dessen Anlagen in der vorliegenden Form nicht dem Stadtrat vorzulegen und nicht zu veröffentlichen.**

Koblenz, den 28. Oktober 2024



Olaf Schaub
Stellvertretender Amtsleiter

# Anlagen zum Prüfbericht

| | |
|---|---|
| **Anlage 1** | Gesamtbilanz zum 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 2** | Gesamtergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1.Januar bis 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 3** | Gesamtfinanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1.Januar bis 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 4** | Gesamtanhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022 |
| **Anlage 5** | Gesamtrechenschaftsbericht |
| **Anlage 6** | Anlagenübersicht |
| **Anlage 7** | Forderungsübersicht |
| **Anlage 8** | Verbindlichkeitenübersicht |
| **Anlage 9** | Kennzahlenberechnung |

# Anlage 1 Gesamtbilanz zum 31.12.2022

| | | 31.12.2022 EUR | EUR | 01.01.2022 EUR |
|---|---|---|---|---|
| A. | Anlagevermögen | | | |
| I. | Immaterielle Vermögensgegenstände | | | |
| 1. | Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 11.056.870,96 | | 11.257.182,67 |
| 2. | Geleistete Zuwendungen | 44.202.835,00 | | 42.632.102,00 |
| 3. | Geleistete Investitionszuschüsse | 10.762.841,15 | | 9.670.344,14 |
| 4. | Geschäfts- und Firmenwert | 107.014.040,95 | | 114.435.159,36 |
| 5. | Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 5.221.157,53 | | 7.170.163,10 |
| | | | **178.257.745,59** | **185.164.951,27** |
| II. | Sachanlagen | | | |
| 1. | Wald, Forsten | 24.562.129,29 | | 24.563.707,30 |
| 2. | Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 99.149.491,09 | | 96.669.814,42 |
| 3. | Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 482.435.827,73 | | 481.724.727,84 |
| 4. | Infrastrukturvermögen | 633.917.028,35 | | 638.472.498,90 |
| 5. | Bauten auf fremdem Grund und Boden | 8.323.258,00 | | 5.755.532,00 |
| 6. | Kunstgegenstände, Denkmäler | 39.992.175,38 | | 40.042.304,50 |
| 7. | Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 332.249.001,10 | | 324.691.268,08 |
| 8. | Betriebs- und Geschäftsausstattung | 38.580.133,86 | | 37.584.066,99 |
| 9. | Pflanzen und Tiere | 0,00 | | 0,00 |
| 10. | Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 141.006.551,98 | | 122.161.248,01 |
| | | | **1.800.215.596,78** | **1.771.665.168,04** |
| III. | Finanzanlagen | | | |
| 1. | Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.137.680,97 | | 1.137.680,97 |
| 2. | Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 4.342.100,00 | | 4.342.100,00 |
| 3. | Beteiligungen | | | |
| | a) an assoziierten Unternehmen | 1.953.167,11 | | 1.866.317,24 |
| | b) sonstige | 82.136.206,76 | | 81.711.383,19 |
| 4. | Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 4.989.932,84 | | 4.847.512,07 |
| 5. | Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähigs kommunale Stiftungen | 29.931.454,34 | | 29.299.787,69 |
| 6. | Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | 57.353.570,76 | | 57.353.570,76 |
| 7. | Sonstige Ausleihungen | 266.976,78 | | 254.141,89 |
| | | | **182.111.089,56** | **180.812.493,81** |
| | | | **2.160.584.431,93** | **2.137.642.613,12** |
| B. | Umlaufvermögen | | | |
| I. | Vorräte | | | |
| 1. | Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 7.010.888,53 | | 6.302.534,64 |
| 2. | Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen | 6.843.878,73 | | 11.138.500,12 |
| 3. | Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 6.846.925,03 | | 6.370.162,41 |
| 4. | geleistete Anzahlungen auf Vorräte | 0,00 | | 25.750.000,00 |
| | | | **20.701.692,29** | **49.561.197,17** |
| II. | Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | | |
| 1. | Öffentlich-Rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.533.963,79 | | 38.974.649,76 |
| 2. | Privatrechtl. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 100.581.598,47 | | 167.915.774,23 |
| 3. | Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 1.980.004,07 | | 2.841.678,96 |
| 4. | Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 2.301.435,28 | | 355.751,95 |
| 5. | Sonstige Vermögensgegenstände | 65.055.792,84 | | 49.054.045,83 |
| 6. | Wertberichtigungen zu Forderungen | -12.832.146,93 | | -12.866.793,35 |
| | | | **192.620.647,52** | **246.275.107,38** |
| III. | Wertpapiere des Umlaufvermögens | | **502.333,60** | **502.333,60** |
| IV. | Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | | **346.160.293,82** | **184.530.035,95** |
| | | | **559.984.967,23** | **480.868.674,10** |
| C. | Ausgleichsposten für latente Steuern | | **0,00** | **0,00** |
| D. | Rechnungsabgrenzungsposten | | | |
| | Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | | **8.893.740,99** | **8.521.340,54** |
| | | | **2.729.463.140,15** | **2.627.032.627,76** |

| | | 31.12.2022 EUR | EUR | 01.01.2022 EUR |
|---|---|---|---|---|
| A. | Eigenkapital | | | |
| I. | Kapitalrücklage | 698.828.846,21 | | 663.196.937,08 |
| II. | Allgemeine Rücklage | 576.353,24 | | 159.620,95 |
| III. | Zweckgebundene Rücklage | 0,00 | | 0,00 |
| IV. | Gewinnrücklagen | 73.027.291,54 | | 76.276.688,48 |
| V. | Gesamtergebnisvortrag | -7.093.325,96 | | -8.876.562,01 |
| VI. | Gesamtverlust (-) / Gesamtgewinn (+) | 24.723.368,94 | | 34.615.368,04 |
| VII. | Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter | 191.652.208,67 | | 190.954.432,91 |
| | | | **981.714.742,64** | **956.326.485,45** |
| B. | Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung | | **123.989.904,79** | **123.989.904,79** |
| C. | Sonderposten | | | |
| 1. | Sonderposten zum Anlagevermögen | 266.663.303,63 | | 262.529.276,42 |
| | 1.1 Sonderposten aus Zuwendungen | 165.100.483,79 | | 164.650.466,49 |
| | 1.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 48.172.040,19 | | 48.016.648,19 |
| | 1.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen | 53.390.779,65 | | 49.862.161,74 |
| 2. | Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45.108,32 | | 38.003,62 |
| 4. | Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0,00 | | 1.046.512,67 |
| 5. | Sonstige Sonderposten | 0,00 | | 0,00 |
| | | | **266.618.195,31** | **263.613.792,71** |
| D. | Rückstellungen | | | |
| 1. | Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 366.230.874,85 | | 333.999.507,41 |
| 2. | Steuerrückstellungen | 13.566.311,29 | | 4.436.364,41 |
| 3. | Rückstellungen für latente Steuern | 1.726.006,48 | | 3.315.106,16 |
| 4. | Sonstige Rückstellungen | 121.734.993,52 | | 123.871.831,98 |
| | | | **503.258.186,14** | **465.622.809,96** |
| E. | Verbindlichkeiten | | | |
| 1. | Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme | 629.810.800,82 | | 611.683.831,67 |
| 2. | Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirschaftlich gleichkommen | 2.610.962,36 | | 2.691.632,04 |
| 3. | Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 14.079.047,91 | | 14.502.462,04 |
| 4. | Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 105.991.546,28 | | 79.934.666,10 |
| 5. | Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 152.753,16 | | 0,00 |
| 6. | Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 1.472.051,34 | | 787.948,24 |
| 7. | Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.342.876,93 | | 4.742.010,45 |
| 8. | Sonstige Verbindlichkeiten | 43.505.768,45 | | 52.299.234,15 |
| 9. | Verbindlichkeiten geg. verb. Unternehmen | 0,00 | | 0,00 |
| | | | **800.965.807,25** | **766.641.784,69** |
| F. | Rechnungsabgrenzungsposten | | **52.916.304,02** | **50.837.850,16** |
| | | | **2.729.463.140,15** | **2.627.032.627,76** |

# Anlage 2 Gesamtergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

| | | 2022 | | 2021 |
|---|---|---|---|---|
| | | EUR | | EUR |
| 1. Steuern und ähnliche Abgaben | | 241.230.186,40 | | 244.189.227,48 |
| 2. Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge | | 101.331.259,68 | | 99.397.977,51 |
| 3. Erträge der sozialen Sicherung | | 74.622.513,37 | | 70.658.661,39 |
| 4. öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | 51.806.648,11 | | 51.851.970,73 |
| 5. privatrechtliche Leistungsentgelte | | 1.324.262.831,24 | | 991.264.744,12 |
| 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | 13.291.349,74 | | 16.602.490,11 |
| 7. Sonstige laufende Erträge | | 38.764.510,06 | | 40.590.322,89 |
| 8. Summe der laufenden Erträge | 1.845.309.298,60 | | 1.514.555.394,23 | |
| 9. Personal- und Versorgungsaufwendungen | | 284.766.267,72 | | 249.462.394,73 |
| 10. Materialaufwand, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.126.711.320,11 | | 843.016.909,37 |
| 11. Abschreibungen | | 95.970.768,89 | | 90.357.942,35 |
| 12. Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen | | 56.002.472,07 | | 53.664.875,45 |
| 13. Aufwendungen der sozialen Sicherung | | 132.358.784,85 | | 126.677.417,31 |
| 14. Sonstige laufende Aufwendungen | | 81.874.895,58 | | 79.254.499,71 |
| 15. Summe der laufenden Aufwendungen | 1.777.684.509,22 | | 1.442.434.038,92 | |
| 16. laufendes Ergebnis der Verwaltungs- und Geschäftstätigkeit | 67.624.789,38 | | 72.121.355,31 | |
| 17. Erträge aus Beteiligungen ohne Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen | | 7.711.453,84 | | 6.900.894,32 |
| 18. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen | | 1.604.380,80 | | -2.172.445,48 |
| 19. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | | 292.032,97 | | 288.034,36 |
| 20. sonstige Zins- und ähnliche Erträge | | 940.687,62 | | 3.040.589,07 |
| 21. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens | | 0,00 | | 0,00 |
| 22. Aufwendungen aus Verlustübernahmen von assoziierten Tochterorganisationen | | 0,00 | | 0,00 |
| 23. Zins- und ähnliche Aufwendungen | | 22.572.519,88 | | 28.372.154,05 |
| 24. Finanzergebnis | -12.023.964,65 | | -20.315.081,78 | |
| 25. Ordentliches Ergebnis der Verwaltungs- und Geschäftstätigkeit | 55.600.824,73 | | 51.806.273,53 | |
| 26. Außerordentliche Erträge | | 0,00 | | 0,00 |
| 27. Außerordentliche Aufwendungen | | 0,00 | | 0,00 |
| 28. Außerordentliches Ergebnis | 0,00 | | 0,00 | |
| 29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | | 21.018.413,49 | | 9.776.383,01 |
| 30. Sonstige Steuern | | 524.321,52 | | 497.504,71 |
| | 21.542.735,01 | | 10.273.887,72 | |
| 31. Gesamterfolg | 34.058.089,72 | | 41.532.385,81 | |
| 32. Anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn | 9.334.720,78 | | 6.917.017,77 | |
| Gesamtgewinn/-verlust | 24.723.368,94 | | 34.615.368,04 | |

# Anlage 3 Gesamtfinanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

**Gesamtabschluss der Stadt Koblenz 2022**
**Gesamtfinanzrechnung gem. § 56 Abs. 1 GemHVO**

| | | Ergebnis des HaushaltsVJ | Ergebnis des Haushaltsjahres |
|---|---|---|---|
| 1. | Finanzmittelbestand | 184.530.035,95 | 346.160.293,82 |
| 1.1 | davon: Finanzmittelbestand der Gemeinde | 44.315.671,60 | 73.068.906,92 |
| 1.2 | davon: Finanzmittelbestand der Tochterorganisationen | 140.214.364,35 | 273.091.386,90 |
| 2. | Veränderung des Finanzmittelbestand | -15.975.119,04 | 161.630.257,87 |
| 2.1 | davon: Veränderung des Finanzmittelbestand der Gemeinde | 11.392.910,37 | 28.753.235,32 |
| 2.2 | davon: Veränderung des Finanzmittelbestand der Tochterorganisationen | -27.368.029,41 | 132.877.022,55 |

# Anlage 4 Gesamtanhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

### A. Rechtsgrundlagen

Der Gesamtabschluss zum 31. Dezember 2022 der Stadt Koblenz wurde unter Beachtung des § 109 GemO und der §§ 33 Nr. 5; 35 Abs. 2 und Abs. 6; 40 Abs. 2; 43 Abs. 1 bis 3, 44 Abs. 3 und 4; 45 Abs. 3 und Abs. 4, 46 Abs. 2 und 3; 47 Abs. 2; 48, 54, 58 GemHVO erstellt.

### B. Gliederung

Die Gesamtergebnisrechnung wurde nach dem Gliederungsschema des § 55 GemHVO und die Gesamtbilanz nach dem Gliederungsschema des § 57 GemHVO erstellt.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde unterhalb der Oberposition „Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände“ der Posten „Wertberichtigungen auf Forderungen“ hinzugefügt.

Im Vergleich zur Gliederung der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtbilanz ab dem Haushaltsjahr 2015 wurde im Berichtsjahr 2019 die Gesamtergebnisrechnung an das Gliederungsschema des § 55 GemHVO angepasst.

### C. Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Aufbauend auf der Abgrenzung des Konsolidierungskreises werden neben der Stadt Koblenz die folgenden Tochterorganisationen im Rahmen der Vollkonsolidierung in den kommunalen Gesamtabschluss einbezogen.

| Nr. | Tochterorganisation | Konsolidierungs-pflichtiger Kapitalanteil |
|---|---|---|
| **Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH** | | |
| 1. | Stadtwerke Koblenz GmbH (kurz: SWK) | 100,00% |
| 2. | Energieversorgung Mittelrhein AG (kurz: evm) | 57,20% |
| 3. | Gasversorgung Westerwald GmbH (kurz: GVW) | 57,20% |
| 4. | Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (kurz: VWM) | 73,80% |
| 5. | Wasserwerk Koblenz / Weißenthurm GmbH (kurz: WKW) | 60,00% |
| 6. | Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH (kurz: FKW) | 64,46% |
| 7. | BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH, Koblenz (kurz: BEE) | 57,20% |
| 8. | Koblenzer Bäder GmbH | 100,00% |
| 9. | Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (kurz: enm) | 57,17% |
| 10. | Energienetze Mittelrhein Verwaltungs GmbH (kurz: enmver) | 57,17% |
| 11. | Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH (kurz: NRLP) | 57,20% |
| 12. | Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH (kurz: koveb) | 100,00% |
| 13. | Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (kurz: KVG) | 38,67% |
| 14. | EKO2 GmbH | 50,01% |
| 15. | Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH (kurz: EBM) | 24,53% |
| 16. | evm Service GmbH (evms) | 57,20% |
| **Übrige Tochterorganisationen** | | |
| 17. | Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH (kurz: WohnBau) | 100,00% |
| 18. | Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz (kurz: SEK) | 100,00% |
| 19. | Eigenbetrieb Rhein-Mosel Halle (kurz: KT) | 100,00% |
| 20. | Koblenz-Touristik GmbH (kurz: KTG) | 100,00% |
| 21. | Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH (kurz: WFG) | 100,00% |
| 22. | Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen (kurz: GBW) | 100,00% |
| 23. | Kommunaler Servicebetrieb Koblenz (kurz: KSB) | 100,00% |
| 24. | Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum (kurz: KGRZ) | 100,00% |

Folgende Tochterorganisationen werden wegen Unwesentlichkeit in Hinblick auf die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt nicht in den Gesamtabschluss einbezogen (§ 109 Abs. 6 GemO). Als unwesentlich wird eine Tochterorganisation grundsätzlich eingestuft, wenn ihre Bilanzsumme weniger als 3 % der Bilanzsumme der Stadt Koblenz beträgt bzw. die Bilanzsumme der Tochterorganisation nicht 1.000.000,00 EUR überschreitet.

| Nr. | Tochterorganisation | Anteil der Stadt Koblenz |
|---|---|---|
| 1. | Sporthalle Oberwerth GmbH | 100,00% |
| 2. | Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungs GmbH | 100,00% |

Daneben werden folgende Gesellschaften bzw. Zweckverbände nach der Equity-Methode in den kommunalen Gesamtabschluss einbezogen:

| Nr. | Tochterorganisation | Konsolidierungs-pflichtiger Kapitalanteil |
|---|---|---|
| 1. | Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH | 25,00% |
| 2. | Zweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz | 34,00% |
| 3. | Abwasserzweckverband Industriepark A 61 / GVZ | 33,33% |
| 4. | Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel | 33,33% |

Der Konsolidierungskreis ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

**D. Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden**

Für die Aufstellung des Gesamtabschlusses waren unverändert die Bilanzierungs-, Bewertungs- und Konsolidierungsmethoden maßgebend, wie diese im Folgenden bzw. bei den jeweiligen Positionen der Gesamtbilanz- bzw. Gesamtergebnisrechnung erläutert werden.

**Behandlung abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften**

Bestehen zwischen den Ansatz- und Bewertungsvorschriften der Stadt Koblenz und der vollkonsolidierten Tochterorganisationen Abweichungen, so werden gemäß § 109 Abs. 5 S. 3 GemO keine Anpassungen vorgenommen. Bei abweichenden Bewertungsmethoden von assoziierten Tochterorganisationen wird vom Wahlrecht nach § 109 Abs. 5 S. 2 GemO i. V. m. § 312 Abs. 5 S. 1 HGB gebraucht gemacht und ebenfalls auf eine Anpassung verzichtet.

**Kapitalkonsolidierung**

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte gemäß § 109 Abs. 5 S. 1 GemO i. V. m. § 301 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 HGB in der Fassung vor dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz nach der Buchwertmethode. Erstmalig wurden die Beteiligungsbuchwerte der Stadt Koblenz mit dem anteiligen Eigenkapital der voll zu konsolidierenden Tochterorganisationen zum 01. Januar 2015 aufgerechnet. Im Rahmen der Folgekonsolidierungen wurden die Buchungen der Erstkonsolidierung erfolgsneutral wiederholt.

**Schuldenkonsolidierung**

Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb des Konsolidierungskreises wurden eliminiert. Soweit Aufrechnungsdifferenzen bei der Schuldenkonsolidierung entstanden sind, werden diese entsprechend dem Wahlrecht des § 109 Abs. 5 S. 8 GemO unter dem Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“, wenn sie auf der Aktivseite entstanden sind, oder dem Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“, wenn sie auf der Passivseite entstanden sind, ausgewiesen.

**Aufwands- und Ertragskonsolidierung**

Umsätze, Aufwendungen und Erträge innerhalb des Konsolidierungskreises wurden eliminiert.

**Zwischenergebniseliminierung**

Das Wahlrecht des § 109 Abs. 5 S. 9 GemO wurde dahingehend ausgeübt, dass die Eliminierung von Zwischenergebnissen innerhalb des Konsolidierungskreises auf den Bereich des Sachanlagevermögens und der Finanzanlagen beschränkt wurde.

Konzerninterne Ergebnisse aus Lieferungen und Leistungen mit assoziierten Tochterorganisationen wurden wegen geringer Bedeutung nicht eliminiert.

**Equity-Bilanzierung**

Die Equity-Bilanzierung der Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen wurde gemäß § 109 Abs. 5 S. 2 GemO i. V. m. § 312 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 HGB in der Fassung vor dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz nach der Buchwertmethode vorgenommen.

## E. Angaben zu einzelnen Posten der Gesamtbilanz Aktiva

### Anlagevermögen

Zusammensetzung:

| A. Anlagevermögen | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 178.258 | 185.165 | -6.907 |
| II. Sachanlagen | 1.800.215 | 1.771.665 | +28.550 |
| III. Finanzanlagen | 182.111 | 180.813 | +1.298 |
| | 2.160.584 | 2.137.643 | +22.941 |

Zur detaillierten Entwicklung des Anlagevermögens wird auf die Anlagenübersicht gemäß § 109 Abs. 3 Nr. 2 GemO verwiesen.

Mit T€ 1.133.430 (Vorjahr: T€ 1.118.009) hat die Kernverwaltung (Stadt Koblenz) den größten Anteil am Anlagevermögen.

Es folgt mit einem Anteil von T€ 653.781 (Vorjahr: T€ 648.188) der Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH.

Auf die übrigen Tochterorganisationen entfällt das Anlagevermögen mit T€ 373.373 (Vorjahr: T€ 371.446).

Da insofern die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der Kernverwaltung sowie des Teilkonzerns Stadtwerke Koblenz GmbH im Wesentlichen maßgebend für die Bilanzierung des Anlagevermögens im Gesamtabschluss sind, beschränken sich die Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Folgenden auf diese beiden Aufgabenträger.

*Kernverwaltung*

Zugänge im Anlagevermögen wurden stets zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten im Sinne des § 34 GemHVO bewertet. Zinsen für das Fremdkapital wurden in die Herstellungskosten nicht mit einbezogen.

Sämtliche Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist im Sinne des § 35 Abs. 1 GemHVO, unterlagen im Berichtsjahr einer planmäßigen Abschreibung nach der linearen Methode unter Beachtung der gültigen Abschreibungstabelle für Gemeinden gemäß § 35 Abs. 1 und 2 GemHVO. Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich nicht begrenzt ist, wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Abschreibungen angesetzt.

Außerplanmäßige Abschreibungen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung im Sinne des § 35 Abs. 4 GemHVO wurden im Berichtsjahr nicht vorgenommen.

Inventuren, insbesondere körperliche Bestandsaufnahmen, werden bei der Stadt Koblenz grundsätzlich nach der Maßgabe des § 32 Abs. 3 Nr. 2 GemHVO durchgeführt. Im Haushaltsjahr 2022 wurden vollständige Inventuren im Sinne körperlicher Bestandsaufnahmen in den Ämtern 36/Umweltamt und 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung durchgeführt. Außerdem wird eine über drei Jahre gestreckte körperliche Bestandsaufnahme beim Amt 52/Sport- und Bäderamt beginnend ab 2022 durchgeführt. Im Haushaltsjahr 2022 wurden als erster Block die Inventuren bei sämtlichen Sportplätzen sowie der Amtsverwaltung Rathaus II durchgeführt. Bei allen drei Ämtern zeigte sich eine weitgehende Übereinstimmung des Inventars mit den vorhandenen Vermögensgegenständen und lediglich in Einzelfällen der Bedarf zu einer Verschrottung abgängiger Vermögensgegenstände mit marginalen Auswirkungen (Abgänge von Erinnerungswerten). Bei Amt 61/Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung wurde ein größerer Teil der noch vorhandenen Betriebs- und Geschäftsausstattung (im Wesentlichen Büromöbel) in Abgang gestellt, da diese nicht mehr vorhanden war und im laufenden Betrieb nicht als

Abgang gemeldet wurde. Die heute vorhandene Ausstattung hingegen ist nicht mehr im Anlagevermögen erfasst, da diese Art von Vermögensgegenständen zwischenzeitlich unterhalb der aktuellen Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter liegt.

Ferner wurde eine buchmäßige Inventur des Festwerts „Bäume“ durchgeführt. Diese Inventur erfolgt in Abstimmung mit den Eigenbetrieb 67/Grünflächen- und Bestattungswesen seit 2015 jährlich. Die nächste Inventur des Festwertes „Vegetation“ erfolgt nach gemeinsamer Abstimmung erst wieder im Haushaltsjahr 2023, da – im Gegensatz zum Festwert „Bäume“ – keine signifikanten Änderungen zu erwarten sind.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Abschreibungen werden nach der linearen und für Zugänge vor 2010 auch nach der degressiven Methode vorgenommen. Die Abschreibungen erfolgen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Geringwertige Anlagegüter i. S. d. § 6 Abs. 2 EStG wurden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang gezeigt.

***Immaterielle Vermögensgegenstände***

**Zusammensetzung:**

| I. Immaterielle Vermögensgegenstände | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Gewerbliche Schutzrechte u. ähnl. Rechte u. Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 11.057 | 11.257 | -200 |
| 2. Geleistete Zuwendungen | 44.203 | 42.632 | +1.571 |
| 3. Geleistete Investitionszuschüsse | 10.763 | 9.671 | +1.092 |
| 4. Geschäfts- und Firmenwert | 107.014 | 114.435 | -7.421 |
| 5. Anzahlungen auf immaterielle Vermögensgegenstände | 5.221 | 7.170 | -1.949 |
| | 178.258 | 185.165 | -6.907 |

Entwicklung:

| | T€ |
|---|---|
| Stand 01.01.2022 | 185.165 |
| Zugang | 4.849 |
| Umbuchung | 1.324 |
| Abgang | -519 |
| Abschreibung | -12.561 |
| Stand 31.12.2022 | 178.258 |

*Kernverwaltung*

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens (Gewerbliche Schutzrechte u. ä.) wurden gemäß § 34 Abs. 2 GemHVO zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen angesetzt. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt. Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungsdatum der entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle (VV-AfA) festgeschrieben sind. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2022 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen im Rahmen von Lizenzen bei Amt 40/Kultur- und Schulverwaltungsamt in Höhe von 97 T€.

Geleistete Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen mit einer mehrjährigen Zweckbindung werden linear über den Zeitraum der Zweckbindung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2022 bestehen neben der planmäßigen Abschreibung aus neuen Zuschüssen, vor allem durch den Zuschuss an EB 85/Stadtentwässerung für Entwässerungsanlagen in Höhe von 1.400 T€. Außerdem erfolgte eine Teilabrechnung des Projektes P631002 – Pfaffendorfer Brücke (1.101 T€). Darüber hinaus erfolgten an wesentlichen Abrechnungen: P501047 – Generalsanierung Kita St. Martin (+150 T€), P611019 – Soziale Stadt Lützel (+68 T€). Neuzugänge erfolgten durch Zuwendungen aus dem 500-Dächer-Programm (+50 T€) sowie Zuschüssen des Amtes 52/Sport- und Bäderamt (+6 T€).

Geleistete Investitionszuschüsse mit einer vereinbarten Gegenleistungsverpflichtung werden linear über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstands bzw. - falls diese kürzer ist - über den Zeitraum der Gegenleistungsverpflichtung abgeschrieben. Die Veränderungen im Haushaltsjahr 2022 bestehen aus der planmäßigen Abschreibung sowie einen Neuzugang aus der Abrechnung folgender Projekte: P611046 – Ausbau Fritz-Michel-Straße (+1.396 T€); P611049 – Rauentaler Moselbogen (+195 T€) sowie P611001 – Sanierung Ehrenbreitstein (+15 T€).

Anzahlungen von immateriellen Vermögensgegenständen sind gesondert auszuweisen. Anzahlungen liegen vor, wenn bereits Zahlungen geleistet wurden, die bezuschusste Baumaßnahme jedoch noch nicht fertig gestellt wurde. Die Veränderungen in dieser Position ergeben sich durch neue Zugänge sowie der Abrechnung der zuvor genannten Fälle.

Bei Zu- und Abgängen von immateriellen Vermögensgegenständen im Berichtsjahr wurde die Abschreibung zeitanteilig berechnet.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.
Der Geschäfts- oder Firmenwert, der in einem Einzelabschluss einer Tochtergesellschaft ausgewiesen wird, wird über eine Nutzungsdauer von 15 Jahren abgeschrieben. Der Geschäfts- oder Firmenwert resultiert aus der Zeit vor dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG). Vom Beibehaltungswahlrecht wurde Gebrauch gemacht.
Die aus der Erstkonsolidierung der EKO2 und evm AG (vormals KEVAG) resultierenden Firmenwerte werden seit 2013 über einen Zeitraum von 20 Jahren abgeschrieben. Dies entspricht den langen Investitions- und Geschäftszyklen, insbesondere hinsichtlich der Laufzeit der Netzkonzessionen der evm AG (vormals KEVAG).

***Sachanlagen***

Zusammensetzung:

| II. Sachanlagen | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Wald, Forsten | 24.562 | 24.564 | -2 |
| 2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 99.149 | 96.670 | +2.479 |
| 3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 482.436 | 481.725 | +711 |
| 4. Infrastrukturvermögen | 633.917 | 638.472 | -4.555 |
| 5. Bauten auf fremdem Grund und Boden | 8.323 | 5.756 | +2.567 |
| 6. Kunstgegenstände Denkmäler | 39.992 | 40.042 | -50 |
| 7. Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 332.249 | 324.691 | +7.558 |
| 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 38.580 | 37.584 | +996 |
| 9. Pflanzen und Tiere | 0 | 0 | +0 |
| 10. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 141.007 | 122.161 | +18.846 |
| | 1.800.215 | 1.771.665 | +28.550 |

Entwicklung:

| | T€ |
|---|---|
| Stand 01.01.2022 | 1.771.665 |
| Zugang | 115.380 |
| Umbuchung | 596 |
| Abgang | -19.222 |
| Abschreibung | -68.204 |
| Stand 31.12.2022 | 1.800.215 |

*Kernverwaltung*

Das Sachanlagevermögen ergibt sich aus den Werten der Vorjahresbilanz sowie der buchmäßigen Zu- und Abgänge von Vermögensgegenständen im Berichtsjahr. Entsprechende Nachweise liegen in Form von Anlagenbestandslisten bzw. Zu- und Abgangsmeldungen zu den einzelnen oben genannten Positionen vor, der Nachweis der Grundstücke, Gebäude, Verkehrsflächen, Bäume, Beleuchtungsmasten und Grünflächen wird zusätzlich in geographischen Informationssystemen geführt.

Die Vermögensgegenstände wurden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten gemäß § 34 Abs. 2 und 3 GemHVO angesetzt. Bei solchen Vermögensgegenständen, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, wurden diese Werte um planmäßige Abschreibungen vermindert. Anschaffungsnebenkosten wurden stets in die Anschaffungskosten einbezogen, hingegen wurden Anschaffungspreisminderungen (im Wesentlichen Rabatte und Skonti) von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Die Herstellungskosten umfassen die Einzel- und Gemeinkosten für Material und Fertigung sowie die Sonderkosten der Fertigung.

Die Höhe der linearen Abschreibung zwischen dem Anschaffungs- oder Herstellungsdatum der Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens und dem Bilanzstichtag wurde anhand von wirtschaftlichen Nutzungsdauern errechnet, die in der vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz bekannt gegebenen Abschreibungstabelle (VV-AfA) festgeschrieben sind.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Das Sachanlagevermögen wird grundsätzlich zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bewertet. Erhaltene Investitionszuschüsse für Folgeprojekte werden ebenfalls von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt.
Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten und angemessene Gemeinkosten. Fremdkapitalzinsen sind nicht einbezogen.

Es folgen Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Sachanlagevermögens:

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 1. Wald, Forsten | 24.562 | 24.564 | -2 |

Der Ausweis im Gesamtabschluss entspricht in vollem Umfang dem Ausweis im Einzelabschluss der Stadt Koblenz.

Die Waldbewertung (Aufwuchs, Holzbestand) erfolgte in der Eröffnungsbilanz durch das Forsteinrichtungswerk im Festwertverfahren gem. § 32 Abs. 9 GemHVO. Als entsprechender Wert wurde ein prozentualer Anteil von 50% angesetzt. Regelmäßig und nicht regelmäßig bewirtschaftete Waldbestände wurden im Forsteinrichtungs-werk nachgewiesen. Die Bewertung basiert derzeit planmäßig auf dem Forsteinrichtungswerk auf dem Stand 2011. Die gesetzlich vorgesehene Fortschreibung nach 10 Jahren

ist seitens der zuständigen staatlichen Forstverwaltung bisher noch nicht erfolgt. Der Wald- und Forstbestand stieg im Berichtsjahr unwesentlich durch Veränderungen im Bereich des zugehörigen Grundvermögens.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 99.149 | 96.670 | +2.479 |

Der Ausweis im Gesamtabschluss ergibt sich im wesentlichen Umfang aus den Werten des Einzelabschlusses der Stadt Koblenz.

Im Bereich der Kernverwaltung wurden Bäume in Parks, Alleen und im allgemeinen Straßenbereich anhand des Baumkatasters aufgenommen. Die Bewertung des Baumbestandes, des sonstigen Aufwuchses sowie des gesamten Mobiliars (im Wesentlichen Parkanlagen, Straßenbegleitgrün, Spielplätze, Spielgeräte, Sportflächen etc.) erfolgte zu Vergleichswerten gemäß „Grüne Doppik – Werkzeug zur Vermögensbewertung von öffentlichen Grün- und Freiflächen“, entwickelt durch die Fachhochschule Osnabrück. Die so ermittelten Werte wurden in der Eröffnungsbilanz als Festwert abgebildet, gemäß Beschluss des Stadtrates der Stadt Koblenz vom 06.07.2009 mit einem prozentualen Anteil in Höhe von 50%. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe zwischen Amt 20/Kämmerei und Steueramt und EB 67/Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen werden die bestehenden Festwerte „Bäume“ und „Vegetation“ zwischenzeitlich regelmäßig aktualisiert.

In Bezug auf die Wegeflächen sowie das Mobiliar wurden nach Neuerstellung vieler Flächen durch die BUGA 2011 GmbH diese Bereiche wieder in das Anlagevermögen der Stadt Koblenz überführt und direkt einzeln aktiviert. Weiterhin wurde zwischenzeitlich der Bereich der Spielgeräte ebenfalls in der Einzelaktivierung überführt. Darüber hinaus werden perspektivisch alle Vermögengegenstände aus dem Bereich der Wegeflächen sowie des Mobiliars analog zu den BUGA-Flächen in die Einzelbewertung überführt.

Im Berichtsjahr erfolgte die planmäßige Fortschreibung der Festwerte aus dem Bereich der Bäume (Erhöhung Wert Straßenbäume um 276 TEUR, Erhöhung Wert Anlagenbäume um 1.963 T€). Die nächste planmäßige Fortschreibung des Festwertes „Vegetation“ ist gemäß Abstimmung in der o. g. Arbeitsgruppe für das Haushaltsjahr 2023 vorgesehen.

Neben den vorgenannten Effekten ergibt sich der Zugangswert in Höhe von 2.460 T€ des Weiteren saldiert aus diversen Zu- und Abgängen. Wesentliche Veränderungen ergeben sich aus marginalen Effekten aus Fortführungsmitteilungen des Amtes 62/Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement sowie An- und Verkäufen von Grundstücken und Projektabrechnungen (maßgeblich: P671016 - Feste Alexander – Parkanlage (+337 T€) und P621028 – Schaffung Wohnraum (+304 T€)). Übrige Abgänge ergeben sich aus der planmäßigen Abschreibung.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 3. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 482.436 | 481.725 | +711 |

Die Veränderungen im Gesamtabschluss resultieren aus Zugängen in Höhe von T€ 5.380, Umbuchungen von T€ 12.860, Abgängen von T€ 3.923 und der Abschreibung von T€ 13.606.

Auch hier entfällt der Hauptteil des Ausweises auf den Einzelabschluss der Stadt Koblenz.

Neben der planmäßigen Abschreibung waren Zugänge im Wesentlichen durch die Abrechnung folgender großer Baumaßnahmen zu verzeichnen: +1.944 T€ (Q400007 – Digitalpakt Schule), +1.827 T€ (P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung)), +575 T€ (Z401111 – Neubau Mensa GS Güls), +550 T€ (Z311002 – Ankauf Unterbringungscontainer) und +402 T€ (Z401051 – Neubau Kita Am Löwentor (Nachaktivierung)). Darüber hinaus gab es noch diverse weitere Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 400 T€.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 4. Infrastrukturvermögen | 633.917 | 638.472 | -4.555 |

Der Ausweis im Gesamtabschluss entspricht im Wesentlichen dem Ausweis im Einzelabschluss der Stadt Koblenz.

Im Bereich der Kernverwaltung hatten maßgeblichen Anteil an der Veränderung im Berichtsjahr die planmäßige Abschreibung und die Abrechnung investiver Baumaßnahmen. Wesentliche Abrechnungsbeträge von Baumaßnahmen waren im Berichtsjahr: +1.955 T€ (P661065 – Ausbau Schleiderbach 2. BA), +639 T€ (P661062 – Ausbau Brückerbach), +565 T€ (P661055 – Ausbau Schleiderbach 1. BA), +402 T€ (P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung)) und +372 T€ aus der Nachaktivierung von Verkehrsflächen zur Eröffnungsbilanz. Darüber hinaus kam es noch zu einer Vielzahl weiterer Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 300 T€. Der Festwert für die Straßenbäume erhöhte sich im Berichtsjahr um 276 T€.

Die übrigen Veränderungen betreffen Maßnahmen des EB Stadtentwässerung und des EB Grünflächen- und Bestattungswesen.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 5. Bauten auf fremdem Grund und Boden | 8.323 | 5.756 | +2.567 |

Der Ausweis im Gesamtabschluss entspricht im Wesentlichen dem Ausweis im Einzelabschluss der Stadt Koblenz.

Die in den vergangenen Jahren aufgenommenen und bewerteten Vermögensgegenstände wurden im Berichtsjahr buchmäßig fortgeschrieben. Die Veränderungen im Berichtsjahr ergaben sich aus der planmäßigen Abschreibung, einer Teilabrechnung der Maßnahme P521005 – Ausbau Sportpark Oberwerth mit +2.577 T€ und einer Teilabrechnung der Maßnahme P611001 – Sanierung Ehrenbreitstein mit +392 T€.

| | 31.12.2021 | 31.12.2020 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 6. Kunstgegenstände Denkmäler | 40.042 | 39.314 | +728 |

Der Ausweis im Gesamtabschluss entspricht in vollem Umfang dem Ausweis im Einzelabschluss der Stadt Koblenz.

Die Kunstgegenstände des Ludwig-Museums wurden im Berichtsjahr fortgeschrieben. Da es sich hierbei um eine Stiftung handelt, ergeben sich die Werte gemäß den gesetzlichen Vorgaben aus dem Stiftungsvermögen. Die Kunstgegenstände des Mittelrhein-Museums wurden in der Eröffnungsbilanz mit dem Versicherungswert der Kunstgegenstände angesetzt. Bei den Inkunabeln, Folianten und historischen Altbeständen etc. in den Ämtern 42/Stadtbibliothek und 47/Stadtarchiv wurden ebenfalls wie in der Eröffnungsbilanz wie gesetzlich vorgesehen Versicherungswerte als Vergleichswert angesetzt, da die Anschaffungs- und Herstellungskosten nicht mehr feststellbar waren.

Die Abnahme der Bilanzposition im Jahr 2022 setzt sich aus der planmäßigen Abschreibung und Zugängen durch Schenkungen an die Museen zusammen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Gemälde in den Museen sowie Skulpturen in den Außenanlagen der Stadt Koblenz. Im Jahr 2022 sind Kunstwerke im Wert von insgesamt 29 T€ zugegangen.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 7. Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 332.249 | 324.691 | +7.558 |

Mit T€ 302.002 (Vorjahr: T€ 297.236) entfällt der Bilanzausweis im Gesamtabschluss im Wesentlichen auf Technische Anlagen und Maschinen des Teilkonzerns Stadtwerke Koblenz GmbH.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 38.580 | 37.584 | +996 |

Vom Gesamtausweis entfallen T€ 18.211 (Vorjahr: T€ 14.478) auf den Einzelabschluss der Stadt Koblenz, wobei es sich bei den Zugängen um eine Vielzahl kleinerer Beschaffungen handelt.

Weitere wesentliche Teile entfallen mit T€ 9.037 (Vorjahr: T€ 11.496) auf den Kommunalen Servicebetrieb und mit T€ 8.699 (Vorjahr: T€ 8.553) auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 10. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 141.007 | 122.161 | +18.846 |

Hierbei handelt es sich um am Bilanzstichtag noch im Bau befindliche und nicht fertiggestellte Vermögensgegenstände. Die bis zum Bilanzstichtag angefallenen Anschaffungs- und Herstellungskosten wurden vollständig erfasst.

Der wesentliche Anteil entfällt auf den Kernhaushalt (T€ 78.753).

Im Jahr 2022 haben Abrechnungen im Gesamtwert von 32.102 T€ die Anlagen im Bau gesenkt. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2021 konnte das Abrechnungsvolumen damit nochmal um 6.364 T€ gesteigert werden. Signifikante Projekte größer 1.000 T€ waren dabei: -3.886 T€ (P631002 – Pfaffendorfer Brücke (Teilaktivierung)), -3.789 T€ (P521005 – Ausbau Sportpark Oberwerth), -2.222 T€ (Q400007 – Digitalpakt Schule), -2.219 T€ (P661065 – Ausbau Blindbach Ehrenbreitstein), -1.398 T€ (Z501050 – Neubau Kita Asterstein (Teilabrechnung)), -1.302 T€ (Z501051 – Neubau Kita „Am Löwentor“ (Teilabrechnung)), - 1.264 T€ (P101010 – EDV-Anbindung Feuerwache 2 Niederberg), -1.139 T€ (Z401205 – Neubau Sporthalle Gymnasium Asterstein (Teilabrechnung)) sowie -1.056 T€ (Z401111 – Neubau Mensa GS Güls).

Gleichzeitig haben sich die Anlagen im Bau durch Investitionstätigkeit bei laufenden oder neuen Maßnahmen in einer Größenordnung von +37.166 T€ erhöht. Die Bestände der einzelnen offenen Investitionsprojekte werden seitens der Anlagenbuchhaltung in separaten Bestandslisten nachgehalten.

Weitere wesentliche Teile entfallen mit T€ 28.726 auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und mit T€ 24.630 auf den EB Stadtentwässerung.

***Finanzanlagen***

Zusammensetzung:

| III. Finanzanlagen | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.138 | 1.138 | +0 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 4.342 | 4.342 | +0 |
| 3. a) Beteiligungen an assoziierten Unternehmen | 1.953 | 1.866 | +87 |
| b) Sonstige Beteiligungen | 82.136 | 81.711 | +425 |
| 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 4.990 | 4.848 | +142 |
| 5. Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentl. Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 29.931 | 29.300 | +0<br>+631 |
| 6. Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | 57.354 | 57.354 | +0 |
| 7. Sonstige Ausleihungen | 267 | 254 | +13 |
| | 182.111 | 180.813 | +1.298 |

Es folgen Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Finanzanlagevermögens:

| | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 1.138 | 1.138 | +0 |

Die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten im Wesentlichen Anteile an der Windpark Westerwald GmbH aus dem Konzernabschluss der Stadtwerke Koblenz GmbH.

| | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 2. Ausleihungen an verbundenen Unternehmen | 4.342 | 4.342 | +0 |

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen Ausleihungen an die evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG (Teilkonzern der Stadtwerke Koblenz GmbH).

| | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 3. a) Beteiligungen an assoziierten Unternehmen | 1.953 | 1.866 | +87 |

Die Anteile an assoziierten Unternehmen enthalten die von der evm gehaltenen Anteile von 50% an der KEVAG Telekom GmbH aus dem Konzernabschluss der Stadtwerke Koblenz GmbH.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 3. b) Sonstige Beteiligungen | 82.136 | 81.711 | +425 |

Zusammensetzung:

| | Gesellschaftskapitalanteil | | | |
|---|---|---|---|---|
| | gehalten von | | nominal | Vorjahr |
| | Anteilseigner | % | T€ | T€ |
| Anteile an assoziierten Tochterorganisationen | | | | |
| Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH | SKO | 25,00 | 5.120 | 5.120 |
| Fortschreibung Equity-Ansatz | | | 227 | -155 |
| | | | 5.347 | 4.965 |
| Übrige Beteiligungen | | | | |
| KOM9 GmbH & Co. KG | GVW | 6,96 | 62.963 | 62.963 |
| Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG | evm | 49,00 | 2.401 | 2.401 |
| SYNECO GmbH & Co. KG | evm | 6,37 | 152 | 152 |
| Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG | evm | 3,65 | 7.089 | 7.089 |
| Propan-Rheingas GmbH | evm | 15,00 | 4 | 4 |
| Propan-Rheingas GmbH & Co. KG | evm | 13,00 | 904 | 904 |
| Stadtwerke Andernach Energie GmbH | evm | 25,10 | 2.606 | 2.606 |
| FWM Fernwärmeversorgung GmbH | evm | 10,00 | 99 | 99 |
| Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH | evm | 7,32 | 12 | 12 |
| evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co. KG | evm | 33,30 | 0 | 0 |
| evm Windpark Verwaltungs GmbH | evm | 33,33 | 8 | 8 |
| Energiegesellschaft Görgeshausen GmbH | evm | 50,00 | 13 | 13 |
| GkD Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH | evm | 50,00 | 26 | 26 |
| Solar & Spar Contract GmbH & Co. KG | NRLP | 2,63 | 1 | 2 |
| Simon & Weyel GbR | NRLP | 13,48 | 3 | 3 |
| energienatur Gesellsch.f.erneuerbare Energien mbH | NRLP | 15,00 | 15 | 15 |
| EQ Energiequartier an der Königsbach GmbH | evm | 5,00 | 50 | 0 |
| TZK-TechnologieZentrum Koblenz GmbH | SKO, WFG | 39,90 | 347 | 347 |
| Sporthalle Oberwerth GmbH | SKO | 100,00 | 51 | 51 |
| Kommunale Holzvermarktungsorganisation Hunsrück-Mittelrhein GmbH | SKO | 4,00 | 0 | 3 |
| Koblenzer Entsorgungs- und Verwaltungs GmbH | KSB | 100,00 | 25 | 25 |
| EBZ Service GmbH, Bochum | KWG | 0,42 | 15 | 15 |
| Koblenz-Stadtmarketing GmbH | KT | 33,33 | 0 | 0 |
| Romantischer Rhein Tourismus GmbH | KT | 33,33 | 0 | 0 |
| Mosellandtouristik GmbH | KT | 6,00 | 3 | 3 |
| Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH | SKO | 11,11 | 0 | 3 |
| Zweckverband ZIDKOR | KGRZ | 6,66 | 2 | 2 |
| Volksbank Koblenz Mittelrhein eG | SKO | | 0 | 0 |
| | | | 76.789 | 76.746 |
| | | | 82.136 | 81.711 |

Die Beteiligungen Volksbank RheinAhrEifel eG, Verkehrsverbund Rhein-Mosel GmbH und KHVO Hunsrück-Mittelrhein GmbH wurden auf Weisung des Statistischen Landesamtes RLP im Rahmen der Doppik-Koordination aufgrund der geringen Höhe des Beteiligungsverhältnisses ab 2022 in der Bil.Pos. "Sonstige Ausleihungen" ausgewiesen.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 4.990 | 4.848 | +142 |

Es handelt sich im Wesentlichen um ein erstmals in 2020 gewährtes Gesellschafterdarlehen an das Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (T€ 3.000) aus dem Einzelabschluss der Stadt Koblenz sowie um Darlehen aus dem Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH, insbesondere an die Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG, der evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co. KG und an die Breitband-Infrastrukturgesellschaft Cochem-Zell mbH.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 5. Sondervermögen, Zweckverbände, Anstalten des öffentlichen Rechts, rechtsfähige kommunale Stiftungen | 29.931 | 29.300 | +631 |

Zusammensetzung:

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Zweckverbände | | |
| Abwasserzweckverband Industriepark A 61 / GVZ | 122 | 114 |
| Zweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz | 3.950 | 3.782 |
| Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel | 14.482 | 13.877 |
| | 18.554 | 17.773 |
| Stiftungsvermögen | 4.800 | 4.323 |
| Sonderrücklage "Kommunaler Versorgungsrücklagen-Fonds" | 6.577 | 7.204 |
| | 29.931 | 29.300 |

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 6. Sonstige Wertpapiere des Anlagevermögens | 57.354 | 57.354 | +0 |

Der Ausweis zum 31. Dezember 2022 betrifft mit T€ 57.351 wie im Vorjahr im Wesentlichen die bei der Erst-konsolidierung der KEVAG aus dem Konzernabschluss der Stadtwerke Koblenz GmbH in 2012 zum damaligen Zeitwert bewerteten Anteile an dem Spezialfonds MI-Fonds K05, der von der Metzler Investment GmbH verwaltet wird. Nach Verschmelzung der EVM auf die KEVAG ist evm einziger Anteilsinhaber. Der damalige Zeitwert wurde durch Zugänge und Abgänge fortgeführt. Der Buchwert des Fonds bei der evm beträgt T€ 50.783. Der Zeitwert zum 31. Dezember 2022 beträgt T€ 58.067.

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 7. Sonstige Ausleihungen | 267 | 254 | +13 |

Die sonstigen Ausleihungen betreffen mit T€ 163 im Wesentlichen den EB Stadtentwässerung. Es handelt sich um eine Mitgliedschaft im freiwilligen Klärschlammfonds der Bundesarbeitsgemeinschaft Deutscher Kommunalversicherer (BADK). Die Ausleihung entspricht dem anteiligen Fondsvermögen.

**Umlaufvermögen**

Zusammensetzung:

| B. Umlaufvermögen | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| I. Vorräte | 20.702 | 49.562 | -28.860 |
| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 192.621 | 246.275 | -53.654 |
| III. Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502 | 502 | +0 |
| IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 346.160 | 184.530 | +161.630 |
| | 559.985 | 480.869 | +79.116 |

***Vorräte***

Zusammensetzung:

| I. Vorräte | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe | 7.011 | 6.303 | +708 |
| 2. Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen | 6.844 | 11.139 | -4.295 |
| 3. Fertige Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren | 6.847 | 6.370 | +477 |
| 4. Geleistete Anzahlungen auf Vorräte | 0 | 25.750 | -25.750 |
| | 20.702 | 49.562 | -28.860 |

Das Vorratsvermögen entfällt mit T€ 7.281 (Vorjahr: T€ 36.158) auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH sowie mit T€ 5.738 auf die WohnBau und mit T€ 4.686 auf die WFG.

Die unfertigen Erzeugnisse und unfertigen Leistungen entfallen mit T€ 5.733 (Vorjahr: T€ 6.009) im Wesentlichen auf die Koblenzer Wohnbau sowie mit T€ 1.111 (Vorjahr: T€ 5.129) auf den Teilkonzern der Stadtwerke Koblenz GmbH.

Die fertigen Erzeugnisse, fertige Leistungen und Waren entfallen mit T€ 4.686 (Vorjahr: T€ 3.812) auf die Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Diese beinhalteten insbesondere Grundstücke in der Gemarkung Bubenheim, bereits angefallene Anschaffungskosten in Form von Projektkosten für den Bebauungsplan für Industrieflächen an der A 61 (Bauabschnitte 257 c und d), Grundstücke in Rübenach, Metternich und Wallersheim sowie für Ausgleichsflächen.

Der Rückgang der geleisteten Anzahlungen auf Vorräte ergibt sich aus der Abgabe der für das Geschäftsjahr 2021 beschafften nEHS-Zertifikate und der Verschiebung des Erwerbs von nEHS-Zertifikaten in 2022. Im Vorjahr waren diese bereits zum Abschlussstichtag von der evm AG aus dem Teilkonzern der Stadtwerke Koblenz GmbH erworben.

*Kernverwaltung*

Das Vorratsvermögen wurde zum Bilanzstichtag grundsätzlich durch eine körperliche Bestandsaufnahme dezentral in den einzelnen Ämtern erfasst mit Ausnahme der zum Verkauf bestimmten Grundstücke und Gebäude; diese wurden durch eine buchmäßige Erfassung fortgeführt. Die Vorräte wurden mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet. Anschaffungsnebenkosten wurden in die Anschaffungskosten einbezogen. Anschaffungspreisminderungen (insbesondere Rabatte und Skonti) wurden von den Anschaffungskosten abgesetzt.

Vorräte, deren Anschaffungskosten nicht mehr zu ermitteln waren, im Wert nachrangig sind und bereits seit längeren Zeiträumen auf Lager liegen, wurden aus Vorsichtsgründen analog zur Eröffnungsbilanz weiterhin mit 1 € angesetzt.

Den wertmäßig größten Anteil der Vorräte bilden weiterhin die zum Verkauf bestimmten Grundstücke der Stadt (1.488 T€). Im Berichtsjahr kam es dabei ausschließlich zu buchwertmäßigen Abgängen durch Verkäufe (- 439 T€) sowie Umgliederungen aus dem Anlagevermögen (+7 T€). Darüber hinaus führt die Stadt zum Verkauf angebotenes Rohholz aus dem Koblenzer Stadtwald im Vorratsvermögen (81 T€). Signifikante Bestände an Vorräten führen weiterhin vor allem die Ämter des Dezernates III sowie die Tourist-Information im Forum Confluentes.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Bei den Vorräten werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe mit den durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips ausgewiesen.

Die fertigen Erzeugnisse und Waren werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen Einzelkosten und angemessene Gemeinkosten. Fremdkapitalzinsen sind nicht miteinbezogen.

***Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände***

Zusammensetzung:

| II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Öffentlich-Rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.534 | 38.974 | -3.440 |
| 2. Privatrechtl. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen | 100.582 | 167.916 | -67.334 |
| 3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältns besteht | 1.980 | 2.842 | -862 |
| 4. Forderungen gegen den sonstigen öffentlichen Bereich | 2.301 | 356 | +1.945 |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände | 65.056 | 49.054 | +16.002 |
| 6. Wertberichtigungen zu Forderungen | -12.832 | -12.867 | +35 |
| | 192.621 | 246.275 | -53.654 |

Auf die Forderungsübersicht als Anlage zum Gesamtabschluss wird verwiesen.

Die privatrechtlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren mit T€ 94.121 (Vorjahr: T€ 163.160) fast ausschließlich aus dem Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und betreffen zu wesentlichen Teilen Forderungen aus dem Energieverkauf bzw. Jahresverbrauchsabgrenzungen.

Die offen ausgewiesenen Wertberichtigungen zu Forderungen betreffen im Wesentlichen die Kernverwaltung T€ 12.794 (Vorjahr: T€ 12.837).

*Kernverwaltung*

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände wurden grundsätzlich mit dem Nominalwert bewertet und durch eine Buch- bzw. Beleginventur bzw. durch Offene-Posten-Listen der Nebenbücher zum Bilanzstichtag nachgewiesen.

Die Entwicklungen der Positionen weisen keine Besonderheiten auf und entstammen Zu- und Abnahmen aus dem operativen Geschäft.

Die öffentlich-rechtlichen Forderungen enthalten neben laufenden operativen Forderungen (Gebührenforderungen, Beitragsforderungen, Steuerforderungen, Forderungen aus Transferleistungen und sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen) drei maßgebliche Einzelforderungen: Summarische Abrechnung der Sozialhilfe für das 2. Halbjahr 2022 für die Bereiche SGB IX (7.632 T€) und SGB XII (6.666 T€) sowie die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach § 46 SGB II für den Dezember

des Berichtsjahres (1.338 T€). Die öffentlich-rechtlichen Forderungen werden aufgrund dieser drei maßgeblichen Werte dauerhaft auf hohem Niveau verbleiben. Die Minderung der öffentlich-rechtlichen Forderungen geht im Berichtsjahr im Wesentlichen auf ein vermindertes Volumen an offenen Steuerforderungen zurück (-1.258 T€) sowie auf einen Rückgang bei den sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen (-1.794 T€) durch Reduzierung offener Forderungen und gleichzeitig Einbuchung einer Rückforderung zu viel gewährter Landesmittel aus dem Bereich der Städtebauförderung (-630 T€).

Die erkennbaren Einzelrisiken und das allgemeine Kreditrisiko wurden durch die Erfassung von Wertberichtigungen berücksichtigt. Niedergeschlagene Forderungen wurden durch die im Berichtsvorjahr neu eingerichtete zentrale Stabstelle des Amtes 21/Stadtkasse sowie die jeweiligen Fachämter angemessen im Rahmen der Einzelwertberichtigung wertberichtigt. Auf die nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung vorgenommen. Der dabei zugrunde gelegte Prozentsatz orientiert sich am vorsichtig geschätzten Ausfallrisiko der jeweiligen Forderungsart. Eine entsprechende Berechnungsgrundlage liegt vor.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert, abzüglich aller erforderlichen Wertberichtigungen bilanziert.

***Wertpapiere des Umlaufvermögens***

| | 31.12.2021 | 31.12.2020 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| III. Wertpapiere des Umlaufvermögens | 502 | 502 | +0 |

Der Ausweis im Gesamtabschluss entspricht in vollem Umfang dem Ausweis im Einzelabschluss der Stadt Koblenz.

Hierbei handelt es sich um Anteile, welche nicht dauerhaft im Vermögen der Stadt Koblenz bleiben.

***Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks***

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks | 346.160 | 184.530 | +161.630 |

Der Kassenbestand sowie die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bewertet.

**Rechnungsabgrenzungsposten**

Zusammensetzung:

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| D. Rechnungsabgrenzungsposten | T€ | T€ | T€ |
| Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten | 8.894 | 8.521 | +373 |

Die aktive Rechnungsabgrenzung betrifft mit T€ 6.218 (Vorjahr: T€ 6.321) im Wesentlichen die Kernverwaltung der Stadt Koblenz.

Grund für den hohen Bestand sind hauptsächlich die Zahlungen an das Jobcenter aufgrund der Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II sowie an Berechtigte aus dem Bereich SGB IX bzw. SGB XII, jeweils für den Januar 2023. Auch die nicht abgearbeiteten Maßnahmen der Straßenunterhaltung des Eigenbetriebs Kommunaler Servicebetrieb sind ebenso wie die Zahlungen der Beamtenversorgungsbezüge an die Rheinische Versorgungskasse für Januar 2023 wie im Vorjahr in dieser Position enthalten. Im Jahr 2022 war jedoch nur eine Rechnungsabgrenzung für die Versorgungsbezüge vorzunehmen. Die betreffenden Beträge für die Beihilfe mussten nicht abgegrenzt werden, da sie erst im Januar zu zahlen waren und daher sofort in den Januar 2023 verbucht werden konnten.

Der Anteil der aktiven Rechnungsabgrenzung, der auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH entfällt und insbesondere abgegrenzte Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge an die enm beinhaltet, hat sich von T€ 1.011 im Vorjahr auf T€ 1.354 erhöht.

## F. Angaben zu einzelnen Posten der Gesamtbilanz Passiva

### Eigenkapital

Zusammensetzung:

| A. Eigenkapital | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| I. Kapitalrücklage | 698.829 | 663.197 | +35.632 |
| II. Allgemeine Rücklage | 576 | 160 | +416 |
| III. Zweckgebundene Rücklage | 0 | 0 | +0 |
| IV. Gewinnrücklagen | 73.027 | 76.277 | -3.250 |
| V. Gesamtergebnisvortrag | -7.093 | -8.877 | +1.784 |
| VI. Gesamtgewinn | 24.723 | 34.615 | -9.892 |
| VII. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter | 191.652 | 190.954 | +698 |
| | 981.714 | 956.326 | +25.388 |

Die **Kapitalrücklage** von T€ 698.829 (Vorjahr: T€ 663.197) entspricht dem bei der Stadt Koblenz im Jahresabschluss ausgewiesenen Bilanzposten.
Nach § 47 Abs. 5 GemHVO wird ab dem Berichtsjahr 2017 im Einzelabschluss der Stadt Koblenz die Position „Ergebnisvortrag“ entfernt und der Position „Kapitalrücklage“ zugeordnet.

Die **Gewinnrücklagen** umfassen neben denen gemäß dem Jahresabschluss der Stadt Koblenz die Gewinnrücklagen und Bilanzergebnisse der in den Gesamtabschluss einbezogenen verbundenen Tochter-organisationen. Darüber hinaus enthält das Eigenkapital Beträge aus der Verrechnung sonstiger Konsolidierungsmaßnahmen.

Im **Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter** werden zusammengefasst ausgewiesen die Anteile anderer Gesellschafter am Eigenkapital der Tochterorganisationen.

### Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

| | 31.12.2021<br>T€ | 31.12.2020<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung | 123.989 | 123.989 | +0 |

Aus der Kapitalkonsolidierung ergibt sich ein passiver Unterschiedsbetrag. Dieser wird entsprechend § 109 Abs. 5 GemO als Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung ausgewiesen. Eine Zuschreibung oder Verrechnung des Unterschiedsbetrages nach § 301 Abs. 1 Satz 3 HGB ist gemäß § 109 Abs. 5 GemO nicht vorzunehmen.

Zusammensetzung:

| | T€ | T€ |
|---|---|---|
| Unterschiedsbetrag aus der Konsolidierung zum | | |
| 31.12.2022 betreffend | | |
| - Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz | 74.491 | |
| - Kommunaler Servicebetrieb Koblenz | 13.189 | |
| - Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle | 7.681 | |
| - Koblenz-Touristik GmbH | -138 | |
| - Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 18.682 | |
| - Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum | 4.267 | |
| - Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH | 5.378 | |
| - Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen | 439 | |
| | | 123.989 |

**Sonderposten**

Zusammensetzung:

| C. Sonderposten | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Sonderposten zum Anlagevermögen | 266.663 | 263.576 | +3.087 |
| 2. Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45 | 38 | -83 |
| 3. Sonderposten mit Rücklageanteil | 0 | 0 | +0 |
| 4. Sonderposten aus Grabnutzungsentgelten | 0 | 0 | +0 |
| 5. Sonstige Sonderposten | 0 | 0 | +0 |
| | 266.618 | 263.614 | +3.004 |

**Sonderposten zum Anlagevermögen**

Zusammensetzung:

| 1. Sonderposten | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1.1 Sonderposten aus Zuwendungen | 165.100 | 165.697 | -597 |
| 1.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 48.172 | 48.017 | +155 |
| 1.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen | 53.391 | 49.862 | +3.529 |
| | 266.663 | 263.576 | +3.087 |

*Kernverwaltung*

Die Sonderposten zum Anlagevermögen wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der bis zum Bilanzstichtag vorzunehmenden Auflösungen angesetzt. Die Auflösung der Sonderposten erfolgte ertragswirksam entsprechend der Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen (Sonderposten aus Zuwendungen) beinhaltet Zuschüsse für Investitionen der Gesellschaften. Die Auflösung des Zuschusses wird analog zu den Abschreibungen der bezuschussten Anlagegüter vorgenommen.

***Sonderposten aus Zuwendungen***

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 1.1 Sonderposten aus Zuwendungen | 165.100 | 165.697 | -597 |

Mit T€ 142.954 (Vorjahr: T€ 146.062) entfällt der Sonderposten aus Zuwendungen im Wesentlichen auf den Kernhaushalt der Stadt Koblenz.

Die Stadt hat im Haushaltsjahr Zuwendungen erhalten, die nach § 38 Abs. 2 GemHVO in den Sonderposten einzustellen waren. Der Nachweis der Zuwendungen erfolgte durch die entsprechenden Fachämter.

Neben der planmäßigen Sonderposten-Auflösung erfolgten Zugänge im Wesentlichen bei den folgenden Maßnahmen: +360 T€ (Z401458 – Lüftungsanlage Clemens-Brentano-Realschule plus), +337 T€ (P521005 – Ausbau Sportpark Oberwerth), +297 T€ (P621021 – Gartenanlage Weinacker), +276 T€ (P661138 – Ausbau Schleiderbach 2. BA) sowie +206 T€ (P661058 – Hochwasserschutz Lützel). Daneben erfolgten noch diverse weitere Abrechnungen mit einem Volumen kleiner als 200 T€.

***Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten***

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 1.2 Sonderposten aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten | 48.172 | 48.017 | +155 |

Der Postenausweis entfällt mit T€ 23.387 (Vorjahr: T€ 23.490) auf den Kernhaushalt der Stadt Koblenz.

Beiträge und ähnliche Entgelte fallen bei der Stadt Koblenz im Bereich der Erschließungs- und Ausbaubeiträge sowie der Ausgleichsbeträge an. Diese Werte wurden vom zuständigen Fachamt ermittelt und den einzelnen Vermögensgegenständen des Infrastrukturvermögens zugeordnet. Die Sonderposten wurden somit auf den Bilanzstichtag fortgeschrieben.

Neben der planmäßigen Sonderposten-Auflösung wurde diese Position im Berichtsjahr nur durch folgende maßgeblichen Abrechnungen verändert: +724 T€ (P611038 – Sanierung Zentralplatz Ausbau Altlöhrtor), +143 T€ (Q660002 – Investitionsmaßnahmen Straßenoberflächenentwässerung), +104 T€ (P66ZZ07 – Ausbau Herberichstraße) sowie +105 T€ (P661022 – Restausbau Friesenstraße).

Im Weiteren entfällt der Postenausweis mit T€ 24.785 (Vorjahr: T€ 24.526) auf den EB Stadtentwässerung Koblenz.

***Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen***

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 1.3 Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen | 53.391 | 49.862 | +3.529 |

Mit T€ 53.391 (Vorjahr: T€ 49.862) entfällt der Sonderposten aus Anzahlungen für Anlagevermögen vollständig auf den Kernhaushalt der Stadt Koblenz.

Aufgrund der gültigen Erschließungs- und Ausbaubeitragssatzung hat die Stadt für verschiedene im Bau befindliche Maßnahmen bereits Vorausleistungen auf noch abzurechnende Maßnahmen erhoben. In diesem Posten sind sämtliche Beiträge für Maßnahmen dargestellt, die noch nicht abschließend abgerechnet sind. Teilweise handelt es sich bei den Werten neben den noch im Bau befindlichen Maßnahmen um bereits bautechnisch abgeschlossene, jedoch aufgrund von anhängigen Gerichtsverfahren beitragsrechtlich noch nicht endabgerechnete Maßnahmen. Aufgrund der Vielzahl der in Koblenz anhängigen Rechtsverfahren sowie aufgrund der ebenfalls großen Anzahl der wertmäßig jeweils anzupassenden Vermögensgegenstände werden diese Maßnahmen erst nach Beendigung der anhängigen Verfahren und Endabrechnungen auf den eigentlichen Sonderposten umgebucht und aufgelöst. Der verspäteten Abrechnung wird durch eine Verkürzung der Auflösungsdauer Rechnung getragen.

Analog dazu wurde mit Zuweisungen diverser Zuwendungsgeber (insbesondere des Landes Rheinland-Pfalz) verfahren, die für entsprechende noch nicht endabgerechnete Baumaßnahmen gewährt wurden.

Die Veränderung ergibt sich zum einen aus Neuzugängen an Zuwendungen sowie zum anderen aus Abgängen aus abgerechneten Sonderposten. Die in dieser Bilanzposition abgerechneten Maßnahmen entsprechen den in den beiden vorhergehenden Punkten genannten Zugängen sowie einer Vielzahl weiterer als marginal anzusehender Abrechnungen. Die noch abzurechnenden Sonderposten werden in Bestandslisten durch die Anlagenbuchhaltung nachgewiesen.

**Sonderposten für den Gebührenausgleich**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 2. Sonderposten für den Gebührenausgleich | -45 | 38 | -83 |

Der Postenausweis entfällt vollständig auf den Kernhaushalt der Stadt Koblenz.

Bei der Position handelt es sich um Rücklagen, die im Rahmen der zentralen Aufgabe zum Betrieb des Kommunalen Studieninstitutes (KSI) im Laufe der Jahre gebildet wurden. Der Anteil wurde bewusst als Sonderposten dargestellt, da es sich nicht um Eigenvermögen der Stadt Koblenz handelt. Im Berichtsjahr kam es aufgrund des im Wesentlichen pandemiebedingten negativen Ergebnisses des KSI zu einer deutlichen Auflösung. Aufgrund der Entwicklung des Sonderpostens in den negativen Bereich wurden mit den zuständigen Stellen Maßnahmen ergriffen, um die laufende Ergebnissituation des KSI nachhaltig zu verbessern.

Weitere Sachverhalte wurden auf die Eigenbetriebe ausgegliedert und sind in deren Bilanzen abgebildet.

**Sonstige Sonderposten**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 5. Sonstige Sonderposten | 0 | 0 | +0 |

**Rückstellungen**

Zusammensetzung:

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| D. Rückstellungen | T€ | T€ | T€ |
| 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 366.231 | 334.000 | +32.231 |
| 2. Steuerrückstellungen | 13.566 | 4.436 | +9.130 |
| 3. Rückstellungen für latente Steuern | 1.726 | 3.315 | -1.589 |
| 4. Sonstige Rückstellungen | 121.735 | 123.872 | -2.137 |
| | 503.258 | 465.623 | +37.635 |

**Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen | 366.231 | 334.000 | +32.231 |

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen entfallen auf die folgenden Gesamtabschlusseinheiten:

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| Stadt Koblenz | 191.442 | 185.796 | +5.646 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 174.261 | 147.686 | +26.575 |
| Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz | 528 | 518 | +10 |
| | 366.231 | 334.000 | +32.231 |

*Kernverwaltung*

Die von der Stadt Koblenz für den Kernhaushalt gebildeten Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen verteilen sich wie folgt:

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| Pensionsrückstellungen | 162.004 | 157.550 | +4.454 |
| Beihilferückstellungen | 28.677 | 27.518 | +1.159 |
| Ehrensold | 329 | 321 | +8 |
| Dienstherrenwechsel § 107 BeamtVG | 432 | 407 | +25 |
| | 191.442 | 185.796 | +5.646 |

Rückstellungen für Pensionen wurden auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen zum Teilwert nach § 6a Abs. 3 EStG bilanziert. Dabei wurde ein Rechnungszinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck zugrunde gelegt. Die Berechnung wurde von der Pensionskasse RVK für die Stadt durchgeführt. In den Rückstellungen der Stadt Koblenz wurden auf Grund der Dienstherren-eigenschaft auch die Rückstellungen der in den Eigenbetrieben eingesetzten Beamten ausgewiesen mit Ausnahme derjenigen des EB 85/Eigenbetrieb Stadtentwässerung, der die auf ihn entfallenden Beträge selbst bilanziert.

Im Berichtsjahr zeigte sich dabei eine moderate Erhöhung der zu bildenden Rückstellungen für Pensionen, es gab im Berichtsjahr keine außergewöhnlichen Effekte zu verzeichnen, die einer besonderen Würdigung bedurft hätten.

Der Ermittlung der Rückstellungen für Beihilfen wurden die landeseinheitlich vorgegebenen Werte, die sich aus einem prozentualen Zuschlag auf die Veränderung der Pensionsrückstellungen errechnen, zugrunde gelegt. Der Zuschlag ermittelte sich auf der Basis aktueller Werte der Stadt Koblenz der letzten drei Jahre vor dem Bilanzstichtag.

Die Rückstellungen für Ehrensold wurden mit dem Barwert angesetzt. Zur Ermittlung der Rückstellungen wurden die anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik zugrunde gelegt. Dabei wurden ein Rechnungs-zinssatz von 6% und die aktuellen biometrischen Tabellen nach Heubeck angewendet.

Die Rückstellungen für Verbindlichkeiten aus Dienstherrenwechsel nach §107 BeamtVG wurden auf Grund der durch Gutachten der Rheinischen Versorgungskasse ermittelten Werte gebildet.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Die Ermittlung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen auf Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 1,78 %, erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,50%, einem Rententrend von 2,00 % bzw. 2,50 % sowie unter Anwendung der Richttafeln 2018 G (Prof. Dr. Klaus Heubeck).
Aus der Anwendung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre für die Abzinsung ergibt sich ein Unterschiedsbetrag gem. § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von T€ 10.362.

**Steuerrückstellungen**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 2. Steuerrückstellungen | 13.566 | 4.436 | +9.130 |

Die Steuerrückstellungen entfallen auf die folgenden Gesamtabschlusseinheiten:

| | T€ | T€ | T€ |
|---|---|---|---|
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 10.369 | 2.575 | +7.794 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 599 | 228 | +371 |
| EB Rhein-Mosel-Halle | 1.951 | 508 | +1.443 |
| Stadt Koblenz | 333 | 1.059 | -726 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft | 216 | 0 | +216 |
| übrige | 98 | 66 | +32 |
| | 13.566 | 4.436 | +9.130 |

**Rückstellungen für latente Steuern**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 3. Rückstellungen für latente Steuern | 1.726 | 3.315 | -1.589 |

Die Rückstellungen für latente Steuern wurden im einbezogenen Teilkonzernabschluss der Stadtwerke Koblenz GmbH gebildet. Dabei wurden aktive latente Steuern gemäß § 274 bzw. § 306 HGB mit passiven latenten Steuern verrechnet.

Die latenten Steuern resultieren aus den folgenden Sachverhalten:

| | 31.12.2022 |
|---|---|
| | T€ |
| Latente **Steuerschulden** auf Differenzen bilanzieller Wertansätze für Anlagevermögen | 4.695 |
| Latente **Steueransprüche** auf Differenzen bilanzieller Wertansätze für Anlagevermögen | -2.969 |
| | +1.726 |

Der Berechnung wurden die unternehmensindividuellen Steuersätze von 29,3 % bzw. 33,0 % zugrunde gelegt.

**Sonstige Rückstellungen**

| | 31.12.2022 | 31.12.2021 | Veränderung |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| 4. sonstige Rückstellungen | 121.735 | 123.872 | -2.137 |

| | 31.12.2022 | | 31.12.2021 | |
|---|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ | T€ |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | | | | |
| - nEHS-Zertifikate | 26.512 | | 25.627 | |
| - Preisnachlässe und Prozesskosten | 1.352 | | 3.799 | |
| - Ausstehende Rechnungen | 12.806 | | 17.999 | |
| - Altersteilzeit | 8.183 | | 8.848 | |
| - Zahlungsverpflichtung Einnahmeaufteilung VRM Verkehrsverbund | 775 | | 1.147 | |
| - Abrechnungsverpflichtungen | 4.325 | | 4.317 | |
| - Ausbildungsverpflichtungen/Weiterbildungen | 5.371 | | 4.977 | |
| - Gegenwertzahlungen VBL | 3.600 | | 3.600 | |
| - Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen | 4.513 | | 4.369 | |
| - Rückbaukosten | 6.945 | | 5.616 | |
| - Mehr- oder Mindermengenabrechnung | 8.083 | | 139 | |
| - übrige (< € 2 Mio.) | 11.044 | 93.509 | 13.838 | 94.276 |
| Stadt Koblenz | | | | |
| - Ausstehende Rechnungen | 2.884 | | 3.383 | |
| - Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen | 5.950 | | 5.862 | |
| - Unterlassene Instandhaltung | 4.778 | | 7.466 | |
| - übrige (< € 1 Mio.) | 1.592 | 15.204 | 1.376 | 18.087 |
| Kommunaler Servicebetrieb Koblenz | | | | |
| - Deponienachsorge Niederberg | 8.991 | | 7.084 | |
| - Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen | 242 | | 238 | |
| - übrige (< T€ 200) | 49 | 9.282 | 266 | 7.588 |
| Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz | | | | |
| - Generalentwässerungsentwurf | 46 | | 148 | |
| - Urlaubs- und Überstundenverpflichtungen | 328 | | 296 | |
| - Altersteilzeit | 112 | | 109 | |
| - übrige (< T€ 100) | 330 | 816 | 344 | 897 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | | | | |
| - Unterlassene Instandhaltung | 705 | | 1.053 | |
| - Kosten der Hausbewirtschaftung | 489 | | 595 | |
| - übrige (< T€ 150) | 380 | 1.574 | 282 | 1.930 |
| Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle | | 44 | | 54 |
| Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen | | 357 | | 369 |
| Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum | | 546 | | 288 |
| Koblenz-Touristik GmbH | | 395 | | 372 |
| Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH | | 8 | | 10 |
| | | 121.735 | | 123.871 |

*Kernverwaltung*

Die Rückstellungen sind insgesamt in Höhe der erwarteten Inanspruchnahme nach kaufmännisch und technisch vernünftigen Maßstäben angesetzt. Es wurden lediglich Rückstellungen im Rahmen des § 36 GemHVO sowie der zugehörigen Verwaltungsvorschriften gebildet.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen wurden nur für solche Sachverhalte gebildet, für die die Abarbeitung in der in § 36 Abs. 1 Nr. 5 GemHVO genannten Frist hinreichend beabsichtigt ist.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen wurden aufgrund der Meldungen der Fachämter ermittelt und werden in separaten Bestandslisten nachgewiesen. Es wurden nur solche Sachverhalte aufgenommen, bei denen die Lieferung oder Leistung im Berichtsjahr erbracht wurde.

Die Rückstellungen für Dienstjubiläen sowie zur Aufstellung des Jahresabschlusses entfielen ab dem Jahresabschluss 2017 aufgrund einer Änderung der Verwaltungsvorschriften zu § 36 GemHVO.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit berücksichtigen sowohl den Erfüllungsrückstand als auch die Verpflichtung zur Zahlung von Aufstockungsbeträgen.

Die Urlaubsrückstellungen der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der in den Fachämtern durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Urlaubslisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt. Die Überstunden der Beamten und Angestellten wurden auf Grund der in den Fachämtern durchgeführten Berechnungen eingestellt. Als Grundlage dienten die geführten Überstundenlisten. Bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten wurden anteilig Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigt.

Prozesskostenrückstellungen wurden auf Grund der Meldungen der jeweiligen Fachämter gebildet. Zu Grunde liegen die geschätzten zukünftig zu erwartenden Prozesskosten.

Aufgrund der Verpflichtung zur Aufbewahrung der Geschäftsunterlagen, die das Handelsgesetzbuch (HGB), die Abgabenordnung (AO) und die GemHVO regeln, wurde eine Rückstellung gebildet. Nach dem Gesetz sind Geschäftsunterlagen nach Ablauf des Jahres der Entlastungserteilung für das maßgebliche Jahr für 6 bzw. 10 Jahre aufzubewahren. Zur Berechnung dieser Bilanzposition wurde der Gesamtbestand der städtischen Archive quadratmetergenau ermittelt und die Mietaufwendungen bzw. die anteilige Gebäudeabschreibung sowie die anteiligen Gemeinkosten (Strom, Wasser, Reinigung etc.) einbezogen. Es wurde pauschal ein Betrag von 20 % für nicht archivierungspflichtige Unterlagen abgezogen. Auf eine Anpassung wurde im Berichtsjahr aufgrund von Geringfügigkeit verzichtet.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sie enthalten, soweit notwendig, zukünftige Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit den ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

**Verbindlichkeiten**

| E. Verbindlichkeiten | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| 1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen | 629.811 | 611.684 | +18.127 |
| 2. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 2.611 | 2.692 | -81 |
| 3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 14.079 | 14.502 | -423 |
| 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 105.991 | 79.935 | +26.056 |
| 5. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 153 | 0 | +153 |
| 6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältns besteht | 1.472 | 788 | +684 |
| 7. Verbindlichkeiten gegenüber dem sonstigen öffentlichen Bereich | 3.343 | 4.742 | -1.399 |
| 8. Sonstige Verbindlichkeiten | 43.506 | 52.299 | -8.793 |
| 9. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen | 0 | 0 | +0 |
| | 800.966 | 766.642 | +34.324 |

Auf den als Anlage zum Gesamtabschluss beigefügten Verbindlichkeitenspiegel wird verwiesen.

Die Verbindlichkeiten wurden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Die im Jahresabschluss der Stadt Koblenz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, betreffen Darlehen der Koblenzer Wohnungsbau GmbH.

**Rechnungsabgrenzungsposten**

| F. Rechnungsabgrenzungsposten | 31.12.2022<br>T€ | 31.12.2021<br>T€ | Veränderung<br>T€ |
|---|---|---|---|
| passiver Rechnungsabgrenzungsposten | 52.916 | 50.838 | +2.078 |

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten betrifft insbesondere den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und zwar mit T€ 38.747 (Vorjahr T€ 37.181). Hier betrifft er fast ausschließlich die bei der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG abgegrenzten Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge.

Ein weiterer wesentlicher Teil entfällt mit T€ 12.991 (Vorjahr T€ 12.698) auf den Rechnungsabgrenzungsposten für Grabnutzungsgebühren im EB Grünflächen- und Bestattungswesen.

## G. Angaben zu einzelnen Posten der Gesamtergebnisrechnung

### Laufende Erträge

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| 1. Steuern und ähnliche Abgaben | 241.230 | 244.189 |
| 2. Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge | 101.331 | 99.398 |
| 3. Erträge der sozialen Sicherung | 74.622 | 70.659 |
| 4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 51.807 | 51.852 |
| 5. Privatrechtliche Leistungsentgelte | 1.324.263 | 991.265 |
| 6. Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 13.291 | 16.602 |
| 7. Sonstige laufende Erträge | 38.765 | 40.590 |
| **8. Summe der laufenden Erträge** | 1.845.309 | 1.514.555 |

Die **öffentlich-rechtlichen Erträge** resultieren aus der Festsetzung von Steuern, Gebühren und Beiträgen. Diese wurden zum Zeitpunkt der Bescheiderstellung bilanziert.

**Privatrechtliche Erträge** und **Kostenerstattungen/Kostenumlagen** wurden grundsätzlich zu dem Zeitpunkt erfasst, wann die Lieferung erfolgt ist bzw. die Dienstleistung erbracht wurde.

Die Erträge aus **Steuern und ähnlichen Abgaben** werden ausschließlich in der Kernverwaltung realisiert.

Die Ertragsposition **Zuwendungen, allgemeine Umlage und sonstige Transfererträge** betrifft ebenfalls ausschließlich Erträge der Kernverwaltung.

Auch die **Erträge der sozialen Sicherung** werden nur in der Kernverwaltung realisiert.

Die **öffentliche-rechtlichen Leistungsentgelte** entfallen im Wesentlichen mit T€ 12.810 auf die Kernverwaltung sowie mit T€ 17.639 auf den Kommunalen Servicebetrieb Koblenz und mit T€ 21.358 auf den Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz. Hierzu tragen insbesondere die Schmutzwassergebühren, Müllgebühren sowie Verwaltungs- sowie Benutzungsgebühren bei.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** wurden von den folgenden Gesamtabschlusseinheiten erzielt:

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 1.280.360 | 954.882 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 21.272 | 20.596 |
| Stadt Koblenz | 8.441 | 4.948 |
| KGRZ | 1.834 | 1.714 |
| Koblenz-Touristik GmbH | 5.669 | 3.219 |
| EB Rhein-Mosel-Halle | -3 | 0 |
| EB Grünflächen- und Bestattungswesen | 3.554 | 3.265 |
| WFG | 3.136 | 2.641 |
| | 1.324.263 | 991.265 |

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** des Teilkonzerns Stadtwerke Koblenz GmbH umfassen insbesondere den Verkauf von Wasser, Gas, Strom und Wärme (T€ 1.050.079), dem Verkauf von Wasser (T€ 22.448) und die Netznutzung (T€ 82.269).

Die **Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen** wurden mit T€ 9.049 von der Kernverwaltung sowie mit T€ 4.242 vom Kommunalen Servicebetrieb erzielt.

Zu den **sonstigen laufenden Erträgen** von T€ 38.765 tragen im Wesentlichen die Kernverwaltung mit T€ 16.285 sowie der Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH mit T€ 17.933 bei.
Davon entfallen T€ 5.251 auf Erträge aus **aktivierten Eigenleistungen,** insbesondere aus der Kernverwaltung sowie den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH.

**Laufende Aufwendungen**

| | | 2022 | 2021 |
|---|---|---|---|
| | | T€ | T€ |
| 9. | Personal-/ Versorgungsaufwendungen | 284.766 | 249.462 |
| 10. | Materialaufwand, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 1.126.711 | 843.017 |
| 11. | Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Instandsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs und der Verwaltung | 95.971 | 90.358 |
| 12. | Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen | 56.002 | 53.665 |
| 13. | Aufwendungen der sozialen Sicherung | 132.359 | 126.677 |
| 14. | Sonstige laufende Aufwendungen | 81.875 | 79.255 |
| **15.** | **Summe der laufenden Aufwendungen** | 1.777.684 | 1.442.434 |

Die **Personalaufwendungen** entfallen auf die folgenden Gesamtabschlusseinheiten:

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Stadt Koblenz | 126.681 | 117.817 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 119.857 | 94.546 |
| Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen | 8.371 | 8.099 |
| Kommunaler Servicebetrieb | 13.291 | 13.494 |
| Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz | 6.384 | 6.244 |
| übrige | 10.182 | 9.262 |
| | 284.766 | 249.462 |

Darin enthalten sind **Versorgungsaufwendungen** in Höhe von T€ 55.282, welche im Wesentlichen auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH entfallen.

Die **Materialaufwendungen / Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** entfallen auf die folgenden Gesamtabschlusseinheiten:

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Stadt Koblenz | 46.330 | 49.076 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 1.035.662 | 753.827 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 7.284 | 9.134 |
| Kommunaler Servicebetrieb | 18.863 | 14.910 |
| Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz | 5.389 | 4.054 |
| Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen | 6.161 | 6.479 |
| übrige | 7.022 | 5.537 |
| | 1.126.711 | 843.017 |

Beim **Materialaufwand** entfällt der wesentliche Anteil mit T€ 1.035.662 auf den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH und hierbei auf den Strom und Erdgasbezug der evm AG.

Die Gesamtsumme der **Abschreibungen auf das Anlagevermögen** von T€ 95.971 entfällt mit T€ 13.063 auf immaterielle Vermögensgegenstände sowie mit T€ 82.908 auf das Sachanlagevermögen. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände enthalten mit T€ 7.124 Abschreibungen auf den aus dem Teilkonzernabschluss der Stadtwerke Koblenz GmbH übernommenen Geschäfts- oder Firmenwert.

Die **Zuwendungen, Umlagen und sonstigen Transferaufwendungen** resultieren mit T€ 56.002 vollständig aus der Kernverwaltung.

Die ausgewiesenen **Aufwendungen der sozialen Sicherung** entfallen mit T€ 132.359 in vollem Umfang auf die Kernverwaltung. Diese umfassen hauptsächlich Leistungen nach SGB.

Die **sonstigen laufenden Aufwendungen** entfallen auf die folgenden Gesamtabschlusseinheiten:

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Stadt Koblenz | 15.249 | 19.915 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 58.549 | 50.890 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 1.378 | 1.201 |
| Kommunaler Servicebetrieb | 1.460 | 1.345 |
| Koblenz-Touristik GmbH | 3.294 | 3.454 |
| übrige | 1.945 | 2.450 |
| | 81.875 | 79.255 |

Der wesentliche Teil der Aufwendungen entfällt auf den Teilkonzern SWK (hier evm).

**Finanzergebnis**

| | | |
|---|---|---|
| 17. Erträge aus Beteiligungen ohne Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen | 7.711 | 6.901 |
| 18. Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen | 1.604 | -2.173 |
| 19. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens | 292 | 288 |
| 20. sonstige Zins- und ähnliche Erträge | 941 | 3.041 |
| 21. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens | 0 | 0 |
| 22. Aufwendungen aus Verlustübernahmen | 0 | 0 |
| 23. Zins- und ähnliche Aufwendungen | 22.572 | 28.372 |
| **24. Finanzergebnis** | -12.024 | -20.315 |

Die **Erträge aus Beteiligungen ohne Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen** wurden im Wesentlichen aus den Beteiligungen an dem Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH (T€ 7.691) erzielt und werden durch die Konsolidierung von Fördermitteln beeinflusst.

Die **Erträge aus Beteiligungen an assoziierten Tochterorganisationen** resultieren aus der Equity-Fortschreibung des Gemeinschaftsklinikums (T€ 381), der Zweckverbände Industriepark A61/GVZ (T€ 169) und Abwasserzweckverband Industriepark A61/GVZ (T€ 8), sowie für den Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel (T€ 604) der zwischenzeitlich seinen Jahresabschluss per 31.12.2017 vorgelegt hat. Die Erstellung der übrigen Jahresabschlüsse soll zeitnah nachgeholt werden.

Die **Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens** umfassen im Wesentlichen mit T€ 213 den Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH.

Die **sonstigen Zins- und ähnlichen Erträge** beinhalten im Wesentlichen steuerrechtliche Zinsen aus der Kernverwaltung.

Die **Zins- und ähnlichen Aufwendungen** beinhalten im Wesentlichen Darlehenszinsen aus dem Kernhaushalt sowie Aufwendungen aus der Abzinsung von langfristigen Rückstellungen des Teilkonzerns Stadtwerke Koblenz GmbH.

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Stadt Koblenz | 12.396 | 10.226 |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 7.723 | 14.856 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 878 | 1.050 |
| EB Rhein-Mosel-Halle | 1.011 | 1.020 |
| Kommunaler Servicebetrieb | 317 | 978 |
| übrige | 247 | 242 |
| | 22.572 | 28.372 |

**Außerordentliches Ergebnis**

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind nicht angefallen.

**Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| 29. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag | 21.018 | 9.776 |

Sie entfallen auf die folgenden Gesamtabschlusseinheiten:

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Stadtwerke Koblenz GmbH (Teilkonzern) | 17.145 | 8.594 |
| Stadt Koblenz | 2.901 | 1.057 |
| Koblenzer Wohnungsbaugesellschaft mbH | 422 | -341 |
| WfG | 400 | 382 |
| übrige | 150 | 84 |
| | 21.018 | 9.776 |

Mit Bezug zum einbezogenen Teilkonzernabschluss der Stadtwerke Koblenz GmbH sind in den **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** insgesamt Erträge aus latenten Steuern von T€ 1.549 enthalten.

**Sonstige Steuern**

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| 30. Sonstige Steuern | 524 | 498 |

Die **Sonstigen Steuern** beinhalten insbesondere Grundsteuern.

## H. Angaben zu einzelnen Posten der Gesamtfinanzrechnung

Für die Gesamtfinanzrechnung fand § 56 Abs. 1 GemHVO Anwendung.

Der Finanzmittelfonds umfasst die Gesamtbilanzposition „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks“.

## I. Sonstige Angaben

### I.1 Trägerschaften bei Sparkassen

Die Stadt Koblenz ist Mitglied im Zweckverband Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz. Ausschließlicher Zweck des Zweckverbands, dem neben der Stadt Koblenz auch der Landkreis Mayen-Koblenz angehört, ist die Trägerschaft bei der Sparkasse Koblenz mit dem Sitz in Koblenz.

Eine Bilanzierung erfolgte nicht, da die Stadt keine Einlagen, weder in das Stamm- noch in das Dotationskapital der Sparkasse geleistet hat.

### I.2 Währungsumrechnungen

*Kernverwaltung*

Falls nötig wurden Fremdwährungen in Euro umgerechnet. In diesen Fällen wurde folgendermaßen vorgegangen:

- Die Umrechnung der Anschaffungskosten des Anlagevermögens, die ursprünglich auf Fremdwährung lauteten, erfolgte mit dem Anschaffungskurs.
- Die Bewertung der Forderungen, die auf Fremdwährung lauten, erfolgte mit dem Kurs des Tages der Entstehung der Forderungen. Sofern der Umrechnungskurs zum Bilanzstichtag unter dem Kurs des Entstehens der Forderungen lag, wurde dieser der Umrechnung zugrunde gelegt. Insoweit wurde dem Niederstwertprinzip Rechnung getragen.
- Die Umrechnung der Verpflichtungen aus Devisentermingeschäften erfolgte mit dem Terminkurs.
- Währungsumrechnungen auf Grund der Euroumstellung wurden zum festgelegten Umrechnungskurs von 1,95583 € vorgenommen.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Währungsumrechnungen waren nicht erforderlich, da sämtliche einbezogenen Abschlüsse in Euro aufgestellt werden. Auch in den Einzelabschlüssen waren keine Währungsumrechnungen erforderlich.

### I.3 Finanzielle Verpflichtungen aus Leasingverträgen und kreditähnlichen Rechtsgeschäften

*Kernverwaltung*

Die Stadt war im Haushaltsjahr 2022 mit Leasingaufwendungen in Höhe von insgesamt 88 T€ belastet. Weitere finanziellen Verpflichtungen aus Leasingverträgen bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Es sind nach Vertragsende des Sanierungsvertrags mit der Koblenzer Wohnbau GmbH finanzielle Verpflichtungen entstanden, die auch im Jahr 2022 planmäßig getilgt wurden. Es handelt sich um abgestimmte Restverbindlichkeiten, für die bereits die Leistung durch die Koblenzer Wohnbau GmbH gegenüber der Stadt erbracht wurde. Zum Ende des Berichtsjahres beliefen sich diese noch auf insgesamt 8.557 T€.

*Teilkonzern Stadtwerke GmbH*

Es wurden finanzielle Verpflichtungen für Strom- und Gaseinkäufe die bis ins Jahr 2027 reichen (T€ 1.154.357) eingegangen.

Aus Pacht-, Miet- und Dienstleistungsverträgen bestehen finanzielle Verpflichtungen von T€ 872.

Zusätzlich bestehen gesetzliche Verpflichtungen für Zahlungen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK-G) und dem Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in Verbindung mit der Stromnetzentgeltverordnung (StromNEV). Diese Verpflichtungen sind aufgrund der sich erst zukünftig ergebenden Mengen nicht bezifferbar.

### I.4 Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse gemäß § 58 Abs. 5 Nr. 8 GemHVO

Gemäß § 58 Abs. 5 Nr. 8 GemHVO betrifft dies Haftungsverhältnisse, die nicht in der Gesamtbilanz auszuweisen sind. Verpflichtungen gegenüber Tochterorganisationen, die nicht in den Gesamtabschluss einbezogen sind, sind gesondert anzugeben.

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| | T€ | T€ |
| Kernverwaltung | 15.520 | 17.373 |
| übrige Aufgabenträger | 0 | 0 |
| **Gesamt** | 15.520 | 17.373 |
| davon gegenüber Tochterorganisationen, die nicht in den Gesamtabschluss einbezogen sind | 0 | 0 |

### I.5 Derivative Finanzinstrumente

*Kernverwaltung*

Derivative Finanzinstrumente mit folgendem Umfang, beizulegenden Werten und Buchwerten befanden sich im Besitz der Stadt. Bei den nachfolgenden Finanzinstrumenten (gemäß § 48 Abs. 2 Nr. 17 GemHVO) handelt es sich um die Kategorie „zinsbezogene Geschäfte“:

| Art | Umfang | Barwert |
|---|---|---|
| SWAP Ref. 267597M - langer Swap (alt)<br>SWAP mit Floor Ref. 1684122M (neu) | Laufzeit: 30.12.2005 - 30.03.2025<br>Ursprungskapital: 2.025.568,80 €<br>Stand am 31.12.2021: 530.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 3,975 % | -7.105,23 € |
| SWAP Ref. 30143 - Swap 2 | Laufzeit: 30.12.2005 - 30.01.2023<br>Ursprungskapital: 3.622.262,03 €<br>Stand am 31.12.2021: 460.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 4,025 % | -2.711,99 € |
| SWAP Ref.-Nr. 4808448/20699366FT (alt)<br>SWAP Ref.-Nr. 684400/43407832ST (neu) | Laufzeit: 01.03.2007 - 02.03.2024<br>Ursprungskapital: 4.237.781,12 €<br>Stand am 31.12.2021: 2.281.000,00 €<br>Bank zahlt variabel 6-Monats-Euribor<br>Stadt Koblenz zahlt fest 4,6495 % | -50.641,08 € |
| Gesamt | | -60.458,30 € |

### I.6 Personalbestand

Die durchschnittliche Zahl der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ergibt sich aus der folgenden Tabelle.

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| Beamtinnen / Beamte | 452 | 446 |
| Anwärterinnen / Anwärter | 103 | 94 |
| Arbeitnehmerinnen / Arbeitnehmer | 3.524 | 3.479 |
| **Gesamt** | 4.079 | 4.019 |

### I.7 Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

*Kernverwaltung*

Zur Subsidiärhaftung aus der Zusatzversorgung von Tarifangestellten werden folgende Angaben gemacht: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der Stadt sind bei der Rheinischen Versorgungskasse versichert. Es bestehen Versorgungszusagen gemäß dem ATV-K (Altersvorsorge-TV-Kommunal), dem Betriebsrentengesetz sowie der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse, die wie folgt ausgestaltet sind: Im Haushaltsjahr 2022 betrug der Umlagesatz 4,25 % der Lohn- und Gehaltssumme brutto. Das vom Arbeitgeber zu zahlende Sanierungsgeld betrug 3,5% des RZVK pflichtigen Brutto-Entgeltes. Nach Auskunft der Versorgungskasse ist eine Erhöhung des Umlagesatzes nicht beabsichtigt. Die umlagepflichtigen Löhne und Gehälter beliefen sich im Haushaltsjahr 2022 auf 62.154 T€. Die Stadt zahlte im Haushaltsjahr 2022 an die Versorgungskasse Umlagen in Höhe von 4.592 T€.

Nach den §§ 58, 59 der Satzung der Rheinischen Versorgungskasse wird der Überschuss in der Pflichtversicherung und in der freiwilligen Versicherung, der sich entsprechend dem versicherungstechnischen Geschäftsplan ergibt, in die Rückstellung für Leistungsverbesserung eingestellt, soweit er nicht zur Bildung weiterer geschäftsplanmäßig festgelegter Rückstellungen benötigt wird. Diese Rückstellung kann zusätzlich zur Deckung von Fehlbeträgen herangezogen werden, wenn die Verlustrücklage nicht ausreicht. Reicht die Verlustrücklage in der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband II) zur Deckung von Fehlbeträgen nicht aus, kann die Kasse den Pflichtbeitrag (§ 62) erhöhen, soweit nicht die Rückstellung für Leistungsverbesserung in Anspruch genommen wird. Zur Deckung von Fehlbeträgen bei der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband I) kann die Kasse den Zusatzbeitrag (§ 64) – soweit ein solcher erhoben wird – erhöhen; Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

### I.8 Tochterorganisationen, die entsprechend §§ 311 und 312 des HGB in den Gesamtabschluss einzubeziehen sind (assoziierte Tochterorganisationen)

Zu den assoziierten Tochterorganisationen wird auf die Angaben zur Abgrenzung des Konsolidierungskreises unter Punkt C. sowie ergänzend auf den Beteiligungsbericht der Stadt Koblenz verwiesen.

Die wesentlichen **Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden** der assoziierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Entgeltlich erworbene **immaterielle Vermögensgegenstände** des Anlagevermögens und die **Sachanlagen** werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zzgl. Anschaffungsnebenkosten abzgl. Anschaffungspreis-minderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode vorgenommen.
Anlagevermögen mit Anschaffungskosten zwischen € 250,00 € und 1.000,00 € (netto) werden im Geschäftsjahr des Zugangs und in den vier nachfolgenden Geschäftsjahren jeweils zu einem Fünftel abgeschrieben.

Fördermittel und Zuschüsse die nach den Vorschriften des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zur Finanzierung der Anschaffung von Anlagevermögen gewährt werden, werden gem. der Krankenhausbuchführungsverordnung auf der Passivseite ausgewiesen.

**Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten, Ausleihungen zu Nennbeträgen angesetzt. Wertminderungen wird durch Wertberichtigungen Rechnung getragen.

**Vorräte** werden mit gewogenen Durchschnittspreisen bewertet.

Die Bewertung der **Forderungen und sonstigen Aktiva** erfolgt zum Nennwert. Dem allgemeinen Kreditrisiko sowie dem internen Zinsverlust wird durch eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1 % Rechnung getragen. Außerdem erfolgt eine angemessene Einzelwertberichtigung.

Der Ansatz der sonstigen Aktiva erfolgt zum Nennwert.

Die **Rückstellungen** werden mit nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst.

**Verbindlichkeiten** werden zum Erfüllungsbetrag passiviert.

Folgende **finanzielle Verpflichtungen** bestehen aus Haftungen gegenüber assoziierten Tochterorganisationen oder aufgrund einer Vereinbarung mit assoziierten Unternehmen gegenüber Dritten:

Aus langfristigen Miet-, und Dienstleistungsverträgen bei der GMK gGmbH bestehen finanzielle Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 36 Mio. €.

Die Beteiligungsbuchwerte der assoziierten Unternehmen sind jeweils positiv.

Die zusammengefassten **Gewinn- und Verlustrechnungen** der assoziierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

**Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH**

| | 2022 |
|---|---|
| | T€ |
| Betriebsertrag | 347.236 |
| Betriebsaufwand | -344.066 |
| Betriebsergebnis | 3.170 |
| Finanzergebnis | -830 |
| Ertragsteuern | -816 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 1.524 |

**Zweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz**

| | 2022 |
|---|---|
| | T€ |
| Betriebsertrag | 902 |
| Betriebsaufwand | -398 |
| Betriebsergebnis | 504 |
| Finanzergebnis | -7 |
| außerordentliches Ergebnis | 0 |
| Ertragsteuern | 0 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 497 |

**Abwasserzweckverband Industriepark A 61 / GVZ Koblenz**

| | 2022 |
|---|---|
| | T€ |
| Betriebsertrag | 281 |
| Betriebsaufwand | -255 |
| Betriebsergebnis | 26 |
| Finanzergebnis | 0 |
| außerordentliches Ergebnis | -1 |
| Ertragsteuern | 0 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 25 |

**Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel**

| | 2017 |
|---|---|
| | T€ |
| Betriebsertrag | 35.210 |
| Betriebsaufwand | -31.215 |
| Betriebsergebnis | 3.995 |
| Finanzergebnis | -2.130 |
| Ertragsteuern | -53 |
| Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag | 1.812 |

Die Jahresabschlüsse des Abfallzweckverbandes Rhein Mosel Eifel per 31.12.2018 bis 31.12.2021 liegen noch nicht vor.

**I.9 Erstmalige Einbeziehung von Tochterorganisationen entsprechend §§ 311 und 312 des HGB**

Im Haushaltsjahr 2022 wurden keine Tochterorganisationen erstmalig entsprechend den §§ 311 und 312 des Handelsgesetzbuches einbezogen.

**J. Ort, Datum, Unterschrift des Oberbürgermeisters**

Koblenz, den xx.xx.2024

_____
(Der Oberbürgermeister)

# Gesamtrechenschaftsbericht

gemäß
§ 59 GemHVO

# Vorbemerkungen

Die Stadt Koblenz hat gemäß § 109 Abs. 3 Nr. 1 GemO dem Gesamtabschluss als Anlage einen Gesamt-rechenschaftsbericht beizufügen. Nähere Anforderungen an den Gesamtrechenschaftsbericht sind in § 59 GemHVO formuliert. Danach sind im Gesamtrechenschaftsbericht der Geschäftsverlauf und die Lage der Stadt einschließlich der in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dazu ist im Gesamtrechenschaftsbericht ein Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses zu geben.

Der Gesamtrechenschaftsbericht hat eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu enthalten. In die Analyse sollen die produktorientierten Ziele und Kennzahlen einbezogen werden, soweit sie bedeutsam sind für das Bild der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage, unter Bezugnahme auf die im Gesamtabschluss enthaltenen Ergebnisse.

Ferner hat die Stadt im Gesamtrechenschaftsbericht auf Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss der Konsolidierungsperiode eingetreten sind, einzugehen. Weiterhin sind die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung und die der Risikoeinschätzung zugrundeliegenden Annahmen darzustellen

Die Anforderungen des § 59 GemHVO sind zu unterscheiden von den Pflichtangaben zum Gesamtanhang und den Anforderungen für die Erläuterungen, die zu den einzelnen Posten der Gesamtbilanz, der Gesamtergebnis-, der Gesamtfinanzrechnung zu machen sind. Der Gesamtrechenschaftsbericht soll allgemein die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt und der wesentlichen einbezogenen Tochterorganisationen beschreiben, ohne auf einzelne Posten des Gesamtabschlusses einzugehen. Lediglich wesentliche Abweichungen sollen erläutert werden.

Der Gesamtrechenschaftsbericht hat sowohl eine Informations- als auch eine Rechenschaftsfunktion. Er soll den Gesamtabschluss ergänzen, denn der Gesamtabschluss einschließlich der Erläuterungen im Gesamt-anhang ermöglicht nur begrenzt, die tatsächliche Lage der Stadt zu erkennen.

Die Berichterstattung im Gesamtrechenschaftsbericht muss vollständig sein. Er muss alle Angaben enthalten, die für die Gesamtbeurteilung der wirtschaftlichen Lage, des Jahresergebnisses sowie der voraussichtlichen Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken von Bedeutung sind. Der Vollständigkeitsgrundsatz verlangt keine lückenlose Berichterstattung. Er richtet sich vielmehr nach dem Grundsatz der Wesentlichkeit. Der Gesamt-rechenschaftsbericht sollte sich nur auf die Aussagen beziehen, die wesentlich für die Beurteilung der Lage der Stadt und der wesentlichen in den Gesamtabschluss einbezogenen Tochterorganisationen sind.

Bei der Erstellung des Gesamtrechenschaftsberichtes ist der Grundsatz der Stetigkeit zu beachten. Fehlanzeigen sind nicht erforderlich.

Der Gesamtrechenschaftsbericht ist als solcher zu kennzeichnen. Er ist insbesondere klar vom Gesamtanhang zu trennen.

Der Gesamtrechenschaftsbericht ist in deutscher Sprache und in EURO aufzustellen. Er braucht, anders als der Gesamtabschluss, nicht unterzeichnet zu werden, da er als Anlage beizufügen ist.

## A. Rechtsgrundlagen

Der Rechenschaftsbericht zum 31. Dezember 2022 der Stadt Koblenz wurde auf der Grundlage des § 109 GemO und des § 59 GemHVO erstellt.

## B. Lage der Stadt Koblenz

### Organisation der Gemeinde

Die rechtliche Struktur der Gemeinde stellt sich wie folgt dar:

- Koblenz ist eine kreisfreie Stadt gemäß § 7 GemO.

Die Organe der Gemeinde sind:

- der Oberbürgermeister Herr David Langner
- der Stadtrat.

Der aktuelle Stadtrat der Stadt Koblenz besteht in 2022 aus 56 gewählten Ratsmitgliedern und dem Oberbürgermeister.

Die entsprechende Kommunalwahl hat am 26. Mai 2019 stattgefunden. Der Stadtrat wird alle fünf Jahre neu gewählt, so dass sich nach der Kommunalwahl am 09.06.2024 die Zusammensetzung verändert hat.

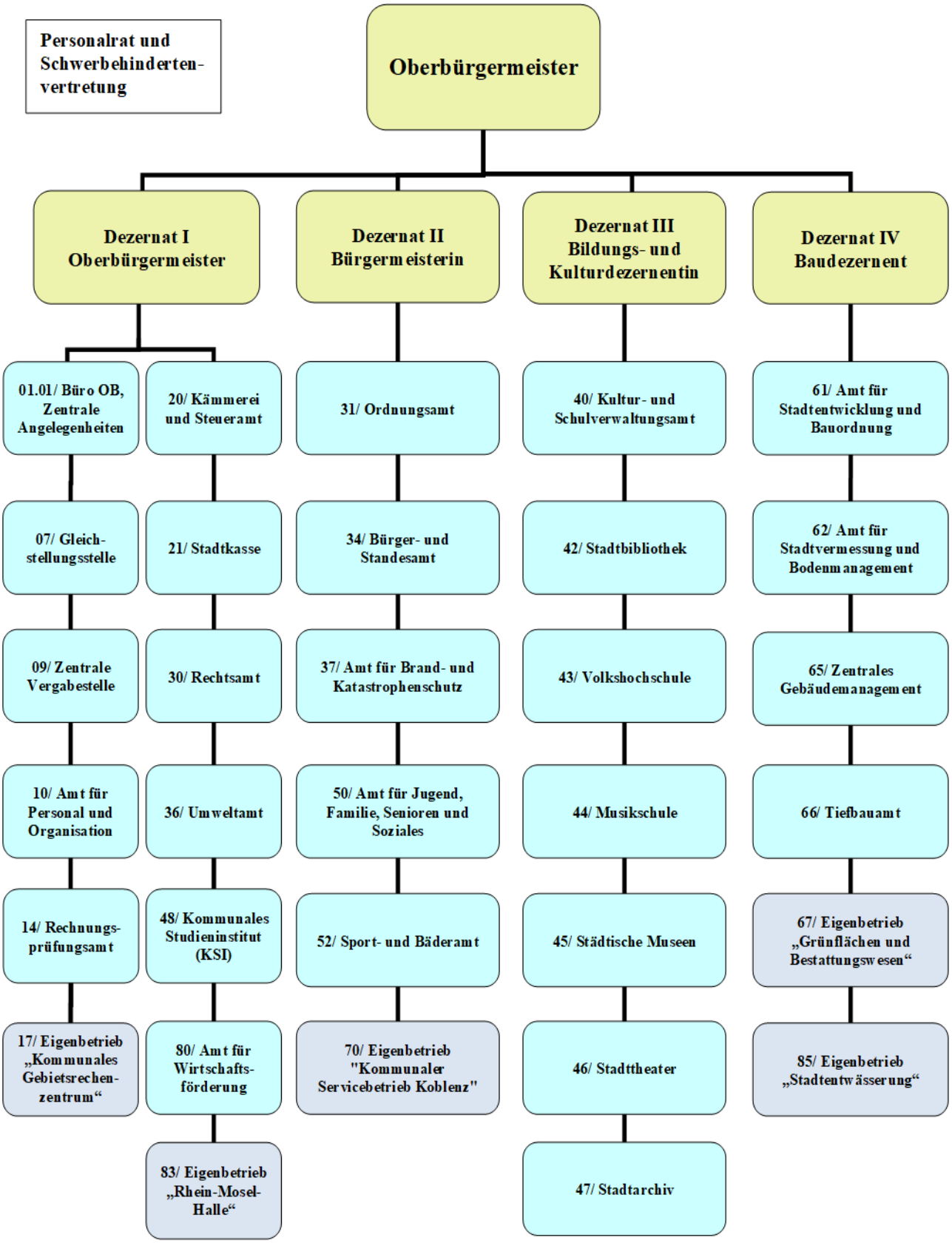
Die Zusammensetzung des Stadtrates (Stand 12/2022) im Einzelnen:

| Fraktion: | Anzahl Ratsmitglieder: |
|---|---|
| - Grüne | 14 Ratsmitglieder |
| - CDU | 13 Ratsmitglieder |
| - SPD | 12 Ratsmitglieder |
| - FW | 5 Ratsmitglieder |
| - AFD | 4 Ratsmitglieder |
| - WGS | 3 Ratsmitglieder |
| - LINKE | 2 Ratsmitglieder |
| - FDP | 2 Ratsmitglieder |
| - parteilos | 1 Ratsmitglied |

Nach der Kommunalwahl haben sich einzelne Ratsmitglieder anderen Fraktionen angeschlossen, so-dass sich die ursprüngliche Sitzverteilung nach der Stadtratswahl nochmals verändert hat.

### Aufbau der Gemeindeverwaltung

Der Aufbau ist dem folgenden Organigramm (Stand 31.12.2022) zu entnehmen.


Personalrat und Schwerbehinderten-vertretung
Oberbürgermeister
Dezernat I Oberbürgermeister
Dezernat II Bürgermeisterin
Dezernat III Bildungs- und Kulturdezernentin
Dezernat IV Baudezernent
01.01/ Büro OB, Zentrale Angelegenheiten
20/ Kämmerei und Steueramt
31/ Ordnungsamt
40/ Kultur- und Schulverwaltungsamt
61/ Amt für Stadtentwicklung und Bauordnung
07/ Gleich-stellungsstelle
21/ Stadtkasse
34/ Bürger- und Standesamt
42/ Stadtbibliothek
62/ Amt für Stadtvermessung und Bodenmanagement
09/ Zentrale Vergabestelle
30/ Rechtsamt
37/ Amt für Brand- und Katastrophenschutz
43/ Volkshochschule
65/ Zentrales Gebäudemanagement
10/ Amt für Personal und Organisation
36/ Umweltamt
50/ Amt für Jugend, Familie, Senioren und Soziales
44/ Musikschule
66/ Tiefbauamt
14/ Rechnungs-prüfungsamt
48/ Kommunales Studieninstitut (KSI)
52/ Sport- und Bäderamt
45/ Städtische Museen
67/ Eigenbetrieb „Grünflächen und Bestattungswesen“
17/ Eigenbetrieb „Kommunales Gebietsrechen-zentrum“
80/ Amt für Wirtschafts-förderung
70/ Eigenbetrieb "Kommunaler Servicebetrieb Koblenz"
46/ Stadttheater
85/ Eigenbetrieb „Stadtentwässerung“
83/ Eigenbetrieb „Rhein-Mosel-Halle“
47/ Stadtarchiv

**Rahmenbedingungen**

*Bevölkerungsentwicklung*

- 31.12.2022 115.049 Einwohner
- 31.12.2021 113.418 Einwohner
- 31.12.2020 113.296 Einwohner
- 31.12.2019 113.879 Einwohner
- 31.12.2018 113.828 Einwohner

*Entwicklung der Arbeitslosenzahlen*
*(jeweils der Mittelwert der vier Quartalsmonate)*

- 2022: 3.582 Arbeitslose
- 2021: 3.903 Arbeitslose
- 2020: 4.109 Arbeitslose
- 2019: 3.374 Arbeitslose
- 2018: 3.458 Arbeitslose

*Steuererträge (brutto)*

- 2022: 245,09 Mio.€
- 2021: 248,23 Mio.€
- 2020: 193,96 Mio.€
- 2019: 219,02 Mio.€
- 2018: 217,61 Mio.€

*Die Steuererträge der Jahre 2021 und 2022 resultieren aus den folgenden Steuereinnahmen:*

| | 2022 | 2021 |
|---|---|---|
| Grundsteuer A und B | 21,3 Mio.€ | 21,1 Mio.€ |
| Anteil an der Einkommensteuer | 60,6 Mio.€ | 58,3 Mio.€ |
| Gewerbesteuer | 133,1 Mio.€ | 140,1 Mio.€ |
| Sonstige Steuern | 30,2 Mio.€ | 28,7 Mio.€ |

*Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer des Jahres 2022 im Vergleich zu ausgewählten anderen kreisfreien Städten in Rheinland-Pfalz:*

| | | | |
|---|---|---|---|
| | Gewerbesteuer | Grundsteuer B | Grundsteuer A |
| Kaiserslautern | 415 | 510 | 460 |
| **Koblenz** | **420** | **420** | **340** |
| Ludwigshafen am Rhein | 425 | 525 | 400 |
| Mainz | 310 | 480 | 350 |
| Trier | 430 | 550 | 350 |

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Neben der Kernverwaltung der Stadt Koblenz hat insbesondere der Teilkonzern Stadtwerke Koblenz einen wesentlichen Anteil am Gesamtabschluss. Im Folgenden sollen daher einige grundsätzliche Eckdaten des Teilkonzerns dargestellt werden.

Neben dem Mutterunternehmen, der Stadtwerke Koblenz GmbH werden im Teilkonzern Stadtwerke Koblenz folgende Unternehmen konsolidiert:

| Name des Unternehmens | Sitz | Anteil am Kapital (%) |
|---|---|---|
| Koblenzer Bäder GmbH | Koblenz | 100,00 |
| Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH (koveb) | Koblenz | 100,00 |
| Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH (VWM) | Koblenz | 73,80 |
| Flugplatz Koblenz/Winningen GmbH (FKW) | Koblenz | 64,46 |
| Wasserwerk Koblenz/Weißenthurm GmbH (WKW) | Koblenz | 60,00 |
| EK02 GmbH | Koblenz | 51,81 |
| Energieversorgung Mittelrhein AG (evm) | Koblenz | 43,36 |
| Gasversorgung Westerwald GmbH (GVW) | Höhr-Grenzhausen | 43,36 |
| BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH (BEE) | Koblenz | 43,36 |
| Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (enm) | Koblenz | 43,34 |
| Energienetze Mittelrhein Verwaltungs-GmbH (enm) | Koblenz | 43,36 |
| evm Service GmbH | Koblenz | 43,36 |
| Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH (NRLP) | Koblenz | 43,36 |
| Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein GmbH (EBM) | Koblenz | 21,55 |
| Kraftwagen-Verkehr Koblenz GmbH (KVG) | Koblenz | 43,36 |
| KEVAG Telekom GmbH | Koblenz | 50,00 |

Die folgenden assoziierten Unternehmen mit einer Beteiligungsquote über 20% wurden nicht konsolidiert:

| Name des Unternehmens | Sitz | Anteil am Kapital (%) |
|---|---|---|
| Windpark Westerwald GmbH | Waigandshain | 33,28 |
| Energiegesellschaft Görgeshausen mbH | Görgeshausen | 21,68 |
| Naturstrom Betriebsgesellschaft Oberhonnefeld mbH | Koblenz | 32,52 |
| HSP Hachenburger Solar Park GmbH | Hachenburg | 43,36 |
| evm Windpark Höhn GmbH & Co. KG | Höhn | 28,97 |
| evm Windpark Verwaltungs-GmbH | Höhn | 43,36 |
| Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG | Koblenz | 43,36 |
| Rhein-Ahr-Energie Verwaltungs GmbH | Koblenz | 43,36 |

Weitere 14 Beteiligungsunternehmen mit einer Beteiligungsquote unter 20% wurden nicht in den Teilkonzern-abschluss einbezogen, da sie von untergeordneter Bedeutung sind und keinen maßgeblichen Einfluss nach HGB haben.

Die folgende Tabelle enthält die Angaben zu den wirtschaftlichen Grundlagen des Teilkonzerns SWK:

| | | 2022 | 2021 | 2020 |
|---|---|---|---|---|
| Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt | Anzahl | 1.360 | 1.329 | 1.298 |
| Umsatzerlöse | T€ | 1.291.165 | 963.954 | 810.180 |
| Jahresergebnis vor Drittanteile | T€ | 21.227 | 15.421 | 20.068 |
| Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände | T€ | 53.086 | 56.786 | 54.864 |
| Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit | T€ | 194.117 | 2.103 | 57.161 |
| Eigenkapitalquote einschließlich des Anteils anderer Gesellschafter | % | 38,7 | 40,9 | 45,4 |
| Eigenkapitalrentabilität | % | 5,4 | 3,9 | 5,0 |

Die Umsatzerlöse des Teilkonzerns SWK der Jahre 2020 - 2022 gliedern sich im Detail wie folgt auf:

| | 2022 | 2021 | 2020 |
|---|---|---|---|
| | T€ | T€ | T€ |
| Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Gas, Strom, Wärme | 1.050.079 | 742.037 | 590.808 |
| Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Wasser | 22.448 | 21.494 | 21.976 |
| Netznutzung | 82.269 | 81.207 | 79.689 |
| Umsatzerlöse aus dem Hafenbetrieb | 3.661 | 3.595 | 3.937 |
| Verkehrsleistungen | 9.808 | 11.601 | 13.433 |
| Sonstige Leistungen | 122.899 | 104.020 | 100.337 |
| Summe | 1.291.165 | 963.954 | 810.180 |

## C. Vermögens- und Finanzlage der Stadt Koblenz

### Zusammengefasstes Ergebnis

Die Gesamtbilanz zum Schluss des Haushaltsjahres 2022 weist auf der Passivseite eine Kapitalrücklage in Höhe von 698.828.846,21 € (Vorjahr 663.196.937,08 €) aus.
Durch die zweite Landesverordnung zur Änderung der GemHVO vom 7. Dezember 2016 wird nach § 47 Abs. 5 GemHVO ab dem Berichtsjahr 2017 die Position „Ergebnisvortrag“ im Einzelabschluss der Stadt Koblenz entfernt und der Position „Kapitalrücklage“ zugeordnet. Daraus folgt, dass der Jahresüberschuss 2016 und die noch aus Vorjahren vorhandenen Jahresfehlbeträge direkt mit der Kapitalrücklage verrechnet werden.

Das Anlagevermögen des Gesamtabschlusses beträgt zum Bilanzstichtag 31.12.2022 2.160.584.431,93 € (Vorjahr 2.137.642.613,12 €). Das Umlaufvermögen weist 559.984.967,23 € (01.01.2021 480.868.674,10 €) aus.
Die Bilanzsumme beträgt 2.729.463.140,15 €. Zum 01.01.2021 betrug die Bilanzsumme 2.627.032.627,76 €.

Diese ist belastet mit Verbindlichkeiten 800.965.807,25 € (VJ: 766.641.784,69 €), Rückstellungen 503.258.186,14 € (VJ: 465.622.809,96 €) und Rechnungsabgrenzungsposten 52.916.304,02 € (VJ: 50.837.850,16 €), also insgesamt 1.357.140.297,41 €. Im Vorjahr betrug die Summe der Belastungen 1.283.102.444,81 €.

Das langfristige Vermögen (Anlagevermögen) wurde mit 266.618.195,31 € (Vorjahr 263.613.792,71 €) durch Zuwendungen und Ertragszuschüsse, die als Sonderposten in der Bilanz ausgewiesen sind, finanziert.

*Kernverwaltung Stadt Koblenz*

- Vermögenslage

Es sind folgende Entwicklungen hervorzuheben:

Das Anlagevermögen erhöht sich im Jahr 2022 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 14,3 Mio. € auf 1.458 Mio. €.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 2,4 Mio. € gesunken und betragen zum Stichtag 31.12.2022 insgesamt 30,1 Mio. €.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhen sich die Liquiden Mittel um rd. 28,8 Mio. € auf insgesamt 73,1 Mio. €.

Auf der Passivseite sind die Veränderungen der Rückstellungen hervorzuheben:
Die Rückstellungen haben sich um 2 Mio. € auf 207 Mio. € erhöht. Dies resultierte grundsätzlich aus einer Zuführung der Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen in Höhe von 5,6 Mio. € sowie einer Reduzierung der sonstigen Rückstellungen (z. B.: Instandhaltungen, ausstehende Rechnungen) von 2,9 Mio. €.

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen beliefen sich im Jahr 2022 auf 371,7 Mio. €. Hierbei erhöhten sich die Verbindlichkeiten aus der Kreditaufnahme für Investitionen um 18,8 Mio. €. Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung (vom Geldmarkt) blieben unverändert bei 40 Mio. €.

Die restlichen Verbindlichkeiten sind im Vergleich zur Vorjahresbilanz um ca. 300.000 € gestiegen und betragen zum Stichtag 31.12.2022 insgesamt 53,3 Mio. €.
Im Bereich der „Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen“ kam es zu einer Reduzierung in Höhe von 1,2 Mio. €, die im Wesentlichen durch Tilgungen der Restverbindlichkeiten aus dem Sanierungsvertrag mit der Koblenzer Wohnungsbau GmbH zurückzuführen ist.

- Finanzlage

In der Finanzrechnung 2022 beträgt der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit 48,9 Mio. €. Der Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen wird in 2022 verringert um den negativen Saldo der Zins- und der sonstigen Finanzein- und -auszahlungen in Höhe von 5,4 Mio. €.
In der Finanzrechnung wird im Jahr 2022 ein ordentliches Ergebnis von 43,5 Mio. € dokumentiert.

Es wurden Investitionsauszahlungen in Höhe von insgesamt 41,6 Mio. € kassenwirksam, denen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 8,4 Mio. € gegenüberstehen. Der Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit beträgt -33,2 Mio. € in 2022.

**Summarische Darstellung der Investitionen der Kernverwaltung in 2022 nach Teilhaushalten**

| TH | Bezeichnung | Einzahlungen in € | Auszahlungen in € | Saldo in € |
|---|---|---|---|---|
| 1 | Innere Verwaltung | 16.173 | 764.808 | -748.635 |
| 2 | Bürgerdienste | 0 | 418 | -418 |
| 3 | Umwelt | 0 | 0 | 0 |
| 4 | Wirtschaft | 105.242 | 317.183 | -211.941 |
| 5 | Sicherheit u. Ordnung | 1.575.083 | 7.248.942 | -5.673.860 |
| 6 | Jugend u. Soziales | 212.453 | 4.149.380 | -3.936.927 |
| 7 | Sport | 150.550 | 1.190.421 | -1.039.871 |
| 8 | Schulen | 2.091.009 | 11.230.769 | -9.139.761 |
| 9 | Kultur | 16.578 | 1.525.289 | -1.508.711 |
| 10 | Bauen, Wohnen, Verkehr | 4.256.907 | 15.193.812 | -10.936.905 |
| 11 | Zentrale Finanzleistungen | 0 | 0 | 0 |
| | **Summe** | **8.423.995** | **41.621.023** | **-33.197.028** |

**Wesentliche Investitionsprojekte der Kernverwaltung in 2022**

| Bezeichnung | Einzahlungen in € | Auszahlungen in € | Saldo in € |
|---|---|---|---|
| Neubau Feuerwache 3 - Bubenheim | 1.309.000,00 | 3.800.067,77 | -2.491.067,77 |
| Neubau Grundschule Freiherr vom Stein | 700.639,00 | 3.050.512,89 | -2.349.873,89 |
| Digitalpakt Schule | 361.211,30 | 2.558.992,09 | -2.197.780,79 |
| Neubau Kita Horchheimer Höhe | 0,00 | 2.115.227,54 | -2.115.227,54 |
| Sanierung Boelcke-Kaserne (Rückzahlung Fördergelder) | -1.350.902,18 | 0,00 | -1.350.902,18 |
| Kernsanierung Stadttheater | 0,00 | 1.286.415,94 | -1.286.415,94 |
| Investitionskostenanteil Straßenoberflächenwasser | 187.967,12 | 1.400.000,00 | -1.212.032,88 |
| Großfestung Koblenz | 0,00 | 1.139.267,77 | -1.139.267,77 |
| Ausbau Wallersheimer Weg | 333.558,87 | 1.098.520,66 | -764.961,79 |
| U3-Ausbau Kita „St. Konrad“, Metternich | 0,00 | 760.163,17 | -760.163,17 |

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

- Vermögenslage

Zum 31.12.2022 beträgt das Gesamtvermögen des Teilkonzerns 1.011.003 T€ (VJ: 958.231 T€). Davon entfallen auf das langfristige Anlagevermögen 633.444 T€ (VJ: 628.136 T€).
Insgesamt wurden im Konzern Investitionen in Höhe von 53.373 T€ (VJ: 57.087 T€) durchgeführt.
Das Eigenkapital einschließlich des Anteils anderer Gesellschafter beträgt 392.425 T€ (Vorjahr 392.729 T€). Somit ergibt sich eine Eigenkapitalquote im Teilkonzern von 38,7 % (Vorjahr 40,9 %).

- Finanzlage

Der Finanzmittelfonds des Konzerns beträgt 223.120 T€ und hat sich gegenüber dem Vorjahr um 159.407 T€ erhöht.
Dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (194.117 T€) sowie dem Cashflow aus der Finanzierungs-tätigkeit (6.897 T€) steht ein Cashflow aus der Investitionstätigkeit (-41.589 T€) gegenüber.

*Übrige*

Das Gesamtvermögen wird weiterhin maßgeblich durch Anlagevermögen des EB Stadtentwässerung (171.327 T€) und der Koblenzer Wohnbau (89.306 T€) beeinflusst.

**D. Ertragslage der Stadt Koblenz**

**Zusammengefasstes Ergebnis**

In der Gesamtergebnisrechnung werden laufende Erträge in Höhe von 1.845.309 T€ (Vorjahr 1.514.555 T€) ausgewiesen.

Die Summe der laufenden Aufwendungen beträgt 1.777.685 T€ (Vorjahr 1.442.434 T€). Das laufende Ergebnis beträgt 67.625 T€ (Vorjahr 72.121 T€). Das Finanzergebnis beträgt -12.024 T€ (Vorjahr -20.315 T€).

Nach Abzug der Steuern ergibt sich ein Gesamtjahresüberschuss von 34.058 T€ (Vorjahr 41.532 T€). Der Anteil anderen Gesellschaftern zustehender Gewinn beträgt 9.335 T€ (Vorjahr 6.917 T€).
Somit beträgt der Gesamtgewinn 24.723 T€ (Vorjahr 34.615 T€).

*Kernverwaltung Stadt Koblenz*

In der Ergebnisrechnung 2022 wird ein positives laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit in Höhe von 24,1 Mio. € dargestellt. Der Saldo des Finanzergebnisses beträgt im Berichtsjahr -5,8 Mio. €.

Es wird letztlich ein Jahresüberschuss 2022 in Hohe von rd. 18,3 Mio. € ausgewiesen. Für die folgenden Haushaltsjahre werden im ursprünglichen Haushaltsplan 2023 Jahresüberschüsse dargestellt.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Die Gesamtleistung des Teilkonzerns erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr bei erhöhten Umsatzerlösen (327 T€) um 319.308 T€ auf 1.290.434 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5.430 T€ auf 18.664 T€.
Die Materialaufwendungen, die zum einen insbesondere den Gas- und Strombezug und die EEG-Umlage der Energieversorger und zum anderen die Kraftstoffkosten und bezogenen Leistungen der Verkehrsbetriebe betreffen, erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 281.774 T€ auf 1.035.748 T€.
Der Personalaufwand erhöhte sich von 94.546 T€ um 25.311 T€ auf 119.857 T€.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhten sich um 3.897 T€. In den Abschreibungen (47.748 T€) sind Firmenwertabschreibungen von 7.124 T€ enthalten.
Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 7.141 T€ auf 65.711 T€.
Das Finanzergebnis (1.471 T€) verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 7.355 T€.

Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag, ergibt sich ein Jahresergebnis vor Drittanteilen des Konzerns Stadtwerke Koblenz GmbH von 21.227 T€ (Vorjahr 15.421 T€).

*Übrige*

Weiteren positiven Einfluss auf das Gesamtergebnis nehmen die Koblenzer Wohnbau GmbH (4.578 T€), der EB Stadtentwässerung (1.255 T€) sowie Wirtschaftsförderungsgesellschaft (615 T€).

## E. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss der Konsolidierungsperiode

Durch das Fortbestehen des Ukraine-Krieges könnten sich im Laufe des Geschäftsjahres 2023 und in den Folgejahren wesentliche Risiken ergeben. Hierzu wird auf den Prognosebericht verwiesen.

Darüber hinaus sind nach dem Schluss der Konsolidierungsperiode keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

**F. Gliederung der Teilhaushalte**

Die Stadt Koblenz hat in den jeweiligen Teilhaushalten folgende Produkte gebildet:

**Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner
1111 Verwaltungssteuerung
1113 Öffentlichkeitsarbeit
1114 Gremien
1116 Gleichstellung
1117 Personalvertretung
1149 Zentrale Vergabestelle
1121 Personalwirtschaft
1122 Personalentwicklung/Betriebliches Gesundheitsmanagement
1131 Organisation
1145 Zentrale Dienste
1146 Versicherungen
1211 Statistik
1226 Schiedsamt
3516 Sozialversicherungsangelegenheiten
5222 Mietspiegel
1181 Rechnungsprüfung
1161 Finanzverwaltung
1162 Zahlungsabwicklung/Vollstreckung
1191 Recht
2313 Kommunales Studieninstitut

**Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner
1223 Bürgerservice
1227 Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen

**Teilhaushalt 03 „Umwelt“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner
1115 Lokale Agenda 21
5374 Abfallrecht
5522 Gewässeraufsicht und Bodenschutz
5541 Naturschutz/Landschaftspflege
5611 Umweltschutzmaßnahmen

**Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner
5117 Stadtentwicklung - BUGA 2011
5711 Kommunale Wirtschaftsförderung
5118 BUGA 2029

**Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“**
Verantwortlich: Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
1118 Migration und Integration
1212 Wahlen
1221 Sicherheit und Ordnung
1229 Unterbringungskoordination, Aufenthalt und Asyl
1231 Verkehrsüberwachung
1232 Erlaubnisse Verkehr/Kfz-Zulassungswesen
1241 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Tierschutz
5732 Märkte, Kirmesse
1227 Personenstandswesen und sonstige Beurkundungen
1261 Brandschutz
1262 Leitstelle
1281 Zivil- und Katastrophenschutz

**Teilhaushalt 06 „Soziales und Jugend“**
Verantwortlich: Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
3111 Grundversorgung und Hilfen gem. SGB XII
3121 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
3122 Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes (SGB II)
3131 Hilfen für Asylbewerber
3141 Soziale Einrichtungen
3161 Leistungen zur medizinischen Rehabilitation
3162 Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben
3163 Leistungen zur Teilhabe an Bildung
3164 Leistungen zur Sozialen Teilhabe
3169 Sonstige Leistungen der Eingliederungshilfe
3311 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
3411 Unterhaltsvorschussleistungen
3431 Betreuungsleistungen
3511 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen
3521 Bildung und Teilhabe
3611 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege
3621 Jugendarbeit
3631 Sonstige Leistungen der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe
3641 Jugendhilfeplanung
3651 Tageseinrichtungen für Kinder
3661 Einrichtungen der Jugendarbeit

**Teilhaushalt 07 „Sport“**
Verantwortlich: Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
4211 Förderung des Sports
4241 Sportstätten und Bäder

**Teilhaushalt 08 „Schulen“**
Verantwortlich: Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz
2012 Allgemeine Schulverwaltung
2111 Grundschulen
2151 Realschulen plus
2171 Gymnasien
2181 Integrierte Gesamtschule
2211 Förderschulen
2311 Berufsbildende Schulen
2411 Schülerbeförderung
2431 Schulartübergreifende Maßnahmen

**Teilhaushalt 09 „Kultur“**
Verantwortlich: Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz
2621 Musikpflege
2811 Heimat- und Kulturpflege
2911 Förderung von Kirchen- und sonstigen Religionsgemeinschaften
2721 Stadtbibliothek
2711 Volkshochschule
2631 Musikschule
2511 Mittelrhein-Museum
2512 Ludwig-Museum
2611 Stadttheater
2522 Stadtarchiv

**Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“**
Verantwortlich: Beigeordneter Bert Flöck
1143 Ausgleichsflächen
5111 Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen
5211 Bau- und Grundstücksordnung
5221 Wohnungsbauförderung
5231 Denkmalschutz- und pflege
5471 ÖPNV

1142 Liegenschaften
5112 Geoinformation
5113 Grundstückswertermittlung
5551 Kommunaler Forstbetrieb
1144 Zentrales Gebäudemanagement
1233 Straßenverkehrsbehörde
5411 Gemeindestraßen
5419 Ingenieurbauwerke Gemeindestraßen
5421 Kreisstraßen
5429 Ingenieurbauwerke Kreisstraßen
5431 Landstraßen
5439 Ingenieurbauwerke Landesstraßen
5441 Bundesstraßen
5449 Ingenieurbauwerke Bundesstraßen
5461 Parkeinrichtungen
5521 Gewässerunterhaltung
5511 Öffentliches Grün

**Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“**
Verantwortlich: Oberbürgermeister David Langner
6111 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
6121 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
6129 Haushaltsweite Sonderbuchungssachverhalte
6221 Nichtrechtsfähige Stiftungen
6231 Wirtschaftliche Unternehmen ohne Rechtsfähigkeit (Eigenbetriebe)
6261 Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere des Anlagevermögens

## G. Analyse der künftigen Haushaltslage der Stadt Koblenz

*Kernverwaltung Stadt Koblenz*

Der vom Rat beschlossene **Ergebnishaushalt** des Jahres 2023 (Haushaltsplanung) schließt mit einem Jahresüberschuss von 0,84 Mio. € ab. Weiterhin weist die mittelfristige Ergebnisplanung für die kommenden Haushaltsjahre Jahresüberschüsse in folgender Höhe aus:

- 2024: 3,13 Mio. €
- 2025: 5,35 Mio. €
- 2026: 8,01 Mio. €

Das **Eigenkapital** entwickelt sich unter Berücksichtigung der Ist-Ergebnisse bis einschließlich dem Jahr 2022 sowie den zuvor genannten geplanten Jahresergebnissen 2023 bis 2026 wie folgt:

| in € | Jahresüberschuss/ -fehlbetrag in € | Bildung Rücklage (§ 38 III GemHVO) in € | Aufgelaufenes Eigenkapital in € |
|---|---|---|---|
| 31.12.2020 | 31.445.849 | 14.580 | 663.356.558 |
| 31.12.2021 | 35.631.909 | | 698.988.467 |
| 31.12.2022 | 18.320.920 | 19.110 | 717.328.497 |
| 31.12.2023 | 841.438 | | 718.169.935 |
| 31.12.2024 | 3.126.501 | | 721.296.434 |
| 31.12.2025 | 5.353.901 | | 726.650.337 |
| 31.12.2026 | 8.010.716 | | 734.661.053 |

Die voraussichtlich mittelfristige Entwicklung der **Steuern und ähnlichen Abgaben** stellt sich basierend auf dem Haushaltsplan 2023 wie folgt dar:

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Steuern und Abgaben | 194,4 | 248,2 | 245,1 | 246,7 | 254,1 | 265,1 | 271,0 |

Das **laufende Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit** entwickelt sich entsprechend dem Haushaltsplan 2023 mittelfristig folgendermaßen:

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit | 34,9 | 37,2 | 24,1 | 5,5 | 8,0 | 11,5 | 14,6 |

Neben dem laufenden Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit beeinflusst auch das **Finanzergebnis** das Jahresergebnis. Der Haushaltsplan 2023 beinhaltet jährlich negative Finanzergebnisse. Im Planungszeitraum (Jahre 2023 - 2026) wird somit ein durchschn. Jahresüberschuss von 4,3 Mio. € erzielt.

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Zins- u. sonstige Finanzerträge | 7,7 | 8,7 | 6,7 | 7,0 | 6,9 | 6,9 | 6,9 |
| Zins- u. sonstige Finanzaufwendungen | 11,1 | 10,2 | 12,5 | 11,6 | 11,8 | 13,1 | 13,5 |
| **Finanzergebnis** | -3,4 | -1,5 | -5,8 | -4,6 | -4,8 | -6,2 | -6,6 |

Im Hinblick auf die geplanten Neuaufnahmen von Investitionskrediten und die Entwicklung der Liquiditätskredite ergeben sich bei der Annahme moderat steigender Zinsen in den kommenden Haushaltsjahren folgende **Zinsaufwendungen für Investitions- und Liquiditätskredite**, einschließlich der zur Zinssicherung abgeschlossenen Derivatgeschäfte:

| in Mio. € | 2020 Ist | 2021 Ist | 2022 Ist | 2023 Plan | 2024 Plan | 2025 Plan | 2026 Plan |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nettozinsaufw. für Investitionskredite (inkl. Derivate) | 8,9 | 8,4 | 8,3 | 9,7 | 10,4 | 11,4 | 12,1 |
| Nettozinsaufw. für Liquiditätskredite (inkl. Derivate) | 1,0 | 1,3 | 0,6 | 1,0 | 1,1 | 1,4 | 1,2 |
| Nettozinsaufw. Gesamt | 9,9 | 9,7 | 8,9 | 10,7 | 11,5 | 12,8 | 13,3 |

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Der Geschäftsverlauf des Konzerns wird maßgeblich durch die evm AG beeinflusst.

Im Jahr 2023 werden die bestehenden Produkte und Dienstleistungen weiter ausgebaut.

## H. Prognosebericht

*Kernverwaltung Stadt Koblenz*

### Entwicklung in Innenstädten

Der Einzelhandel in den Innenstädten steht weiter unter Druck. Trotz vieler Bemühungen der Städte verlieren viele Stadtzentren weiter an Attraktivität. Viele Geschäfte verzeichnen deutliche Umsatzrückgänge im Vergleich zur „Vor-Corona-Zeit". Läden und ganze Gebäude stehen teilweise leer. Dies hat zur Folge, dass der Online-Handel weiterwächst. Damit sich Innenstädte neu erfinden können, müssen neben attraktiven Einkaufsalternativen mehr Möglichkeiten für Begegnung und Erlebnis durch höhere Aufenthaltsqualität, Nutzungsvielfalt, saubere einladende öffentliche Räume mit mehr Grün in der Stadt geboten werden. Die derzeitigen Förderungen durch die Innenstadt-Programme von Bund und Länder werden diesbezüglich nicht ausreichen.
Der Stadtrat der Stadt Koblenz hat am 16.11.2023 die Einrichtung des lokalen Entwicklungs- und Aufwertungs-projekts „BID Schloßstraße" (BID = Business Improvement District) zum 01.01.2024 beschlossen. Im Projekt-bereich der „Schloßstraße" sollen in privater Initiative standortbezogene Maßnahmen durchgeführt werden, um die Schaffung eines sicheren, einladenden und prosperierenden Zentrums für Gewerbetreibende, Bewohner und Kunden zu erreichen.

### Jugend und Soziales

Der Ausbau der **Kindertagesstätten** zur Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz wird weiter fortgeführt. Die Preissteigerungen bei den Material- und Baukosten werden zwangsläufig zu einer Kostensteigerung bei den entsprechenden Investitionen im Rahmen der Kita-Neubauprojekte führen.
Die Arbeiten zur Errichtung der achtgruppigen Kita in der Goldgrube auf dem Gelände der ehemaligen Overberg-Schule haben bereits begonnen. Hierfür sind für 2023 rund 1,6 Mio. € eingeplant. Das Gesamt-volumen beläuft sich, nach derzeitiger Kalkulation, auf rund 9 Mio. €. Hier werden an zentraler Stelle bis zu 180 neue Kita-Plätze geschaffen.
Insgesamt werden in den kommenden Jahren mehr als 500 neue Kita-Plätze gebaut, für die rund 60 VZÄ Fachkräfte benötigt werden. Hierfür werden entsprechende Personal- und Overheadkosten anfallen.
Neben dem Neubau von Kita-Gebäuden gewinnt die Sanierung des Altbestandes eine immer größere Bedeutung, da viele Einrichtungen in die Jahre gekommen sind. Hiervon sind vor allem die Gebäude in kirchlicher Bauträgerschaft betroffen. Das Bistum Trier wird im Laufe der nächsten Jahre sukzessive insgesamt 10 sanierungsbedürftige Einrichtungen an die Stadt Koblenz „abgeben".
Hierzu gehört die kirchliche Kita St. Servatius in Güls, die die Stadt gemäß Beschluss des Stadtrates vom 16.11.2023 für rund 11 Mio. € neu bauen wird. Die städtische Kita St. Maternus Bubenheim muss wegen gravierender Baumängel an dem städtischen Gebäude neu errichtet werden. Für 2023 sind Planungsmittel i. H. v. 200.000 € veranschlagt.
Die Umsetzung des zum 01.07.2021 in Kraft getretenen Kita-Zukunftsgesetzes macht zusätzliche Investitionen an den vielen Kita-Gebäuden erforderlich, damit der Rechtsanspruch auf eine durchgängige Betreuung von sieben Stunden erfüllt und die Mittagsverpflegung sichergestellt werden kann. So sind für die erforderlichen Erneuerungen der Küchen in städtischen Kita-Gebäuden, trotz einer Landesförderung in 2023, kommunale Mittel von rund 190.000 € aufzubringen. Zudem müssen in diesem Kontext auch die baulichen Maßnahmen der freien Träger mit städtischen Mitteln bezuschusst werden, z. B. Kita St. Nikolaus, St. Bernhard, St. Maximin und St. Hedwig.
Das Ganztagesförderungsgesetz (GaFöG) bringt ab dem Jahr 2026 sukzessive einen Anspruch auf achtstündige Betreuung von Kindern im Grundschulalter. Derzeit wird noch geprüft, ob der damit verbundene Raum-bedarf komplett in den Schulen abgebildet werden kann oder ob weitere Investitionen notwendig werden. Der Stadtrat hat am 16.11.2023 beschlossen, dass die Grundschulstandorte Arzheim, Karthause-Nord (Am Löwentor), Moselweiß, Kesselheim und Wallersheim baulich erweitert werden, um den Rechtsanspruch auf ganztätige Betreuung für Grundschulkinder nach dem GaFöG zu erfüllen. Neben der Landesförderung i. H. v. rund 3,3 Mio. € wird die Stadt einen Eigenanteil i. H. v. rund 1,5 Mio. € aufbringen müssen.

Der Fachkräftemangel wirkt sich zunehmend auf die Aufgabenerfüllung im Bereich der Sozial- und Erziehungs-dienste aus. Durch die erfolgten Veränderungen im Tarifgefüge soll die Attraktivität dieser Berufsgruppen gesteigert werden. Dies führt anderseits aber auch zu einem Anstieg der Personalkosten beim städtischen Personal und den Personalkostenzuschüssen an die freien Träger.

In den vergangenen Jahren ist eine Verschärfung und Kumulierung von Problemlagen in Familien zu verzeichnen, die intensivere oder auch mehrere Hilfen erforderlich machen, um das Kindeswohl zu wahren. Es ist daher mit einem weiteren Anstieg der Aufwendungen im Bereich der **Hilfen zur Erziehung** zu rechnen. Ein Anstieg der Aufwendungen ist aber auch in den erhöhten Entgelten bei den Leistungserbringern begründet. Im Rahmen der pauschalen Anpassung der Entgelte wurde zuletzt mit Beschluss der Jugendhilfekommission vom 26.04.2023 eine pauschale Anhebung von 11,98 % vereinbart.
Im Bereich der unbegleiteten ausländischen minderjährigen Kinder und Jugendlichen (umA) ist seit Ende 2022 eine stetig steigende Fallzunahme zu verzeichnen. Aufgrund der weltpolitischen Lage sowie der Klima-entwicklungen ist mit einer weiteren Zuwanderung von Flüchtlingen und damit auch von umA zu rechnen. Es ist daher ein weiterer Anstieg der Aufwendungen im Bereich der Hilfen zur Erziehung als auch im Bereich der Schutzmaßnahmen bei Kindeswohlgefährdung zu erwarten.
Im Bereich der Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII ist ein Anstieg der Bedarfe und Fallzahlen zu verzeichnen. Dies begründet sich in der Zunahme von psychischen Problemen bei Kindern und Jugendlichen sowie Entwicklungsverzögerungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kleinkindern.

Die **Reform der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen** schreitet weiter voran. Die auf Landesebene geführten ergänzenden Landesrahmenvertragsverhandlungen für den Zuständigkeitsbereich des Landes wurden im Herbst 2023 abgeschlossen. Die neuen Vertragsinhalte sind die Grundlage für eine neue Vergütungsstruktur, die frühestens ab dem Jahr 2025 zu einer individuelleren Bedarfsermittlung führen wird.
Die Landesrahmenvertragsverhandlungen zwischen den Eingliederungshilfeträgern und Leistungserbringern für den kommunalen Bereich sind noch nicht abgeschlossen. Hier könnte es im Laufe des Jahres 2024 zu einem Ergebnis kommen. Auch dieser Vertrag wird die Grundlage für eine neue Vergütungsstruktur sein. Die daran anschließenden Verhandlungen der Einzelvereinbarungen mit den Leistungserbringern und die Möglichkeiten der individuelleren Bedarfsermittlung werden den kommunalen Eingliederungshilfeträgern höhere Steuerungsmöglichkeiten eröffnen.

Es ist aktuell nicht absehbar, welche Auswirkungen die in der Konferenz der Regierungschefs und Regierungschefinnen der Länder und des Bundes am 06.11.2023 vereinbarten Maßnahmen auf die mittelfristige Entwicklung der Zahl der Flüchtlinge haben werden. Zumindest für das Haushaltjahr 2024 wird noch damit gerechnet, dass die **Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz** und auch die Zahl der Neu-zuweisungen auf einem sehr hohen Niveau verharren werden.

**Personalmanagement – Schwerpunkt Personalgewinnung und –bindung**

Das Personalmanagement spielt in der Verwaltung eine entscheidende Rolle, um qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und langfristig zu binden. Eine erfolgreiche Personalgewinnung und -bindung ist essenziell, um den sich stetig wandelnden Anforderungen des Arbeitsmarktes sowie den vielfältigen Ansprüchen an die Verwaltung gerecht zu werden und eine stabile und motivierte Belegschaft zu gewährleisten.

Im Jahr 2021 wurde das Personalmanagementkonzept der Stadtverwaltung mit den Schwerpunktthemen Personalgewinnung und Personalbindung fortgeschrieben. Es dient als Handlungsrahmen und als roter Faden für das Personalmanagement 2021 - 2026 und entwickelt die Instrumente der Personalarbeit systematisch fort.

Die Personalgewinnung sowie die Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewinnt vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und des zunehmenden Wettbewerbes mit anderen Arbeitgebern um qualifiziertes Personal an Bedeutung. Bereits heute können Planstellen in der Verwaltung (z. B. für Erzieher, IT-Fachkräfte, Ingenieure, Techniker) oftmals nur nach mehrmaliger Ausschreibung verzögert besetzt werden. Gleichzeitig werden in den kommenden Jahren die altersbedingten Personalabgänge deutlich ansteigen.

Ein positives Image als Arbeitgeber ist entscheidend für die Personalgewinnung. Das Personalmanagement-konzept enthält u. a. konkrete Maßnahmen zur Positionierung der Verwaltung als attraktive Arbeitgeberin sowie zur Verstärkung der Außendarstellung und Kommunikation. Neben der Umsetzung der stadtweiten Image-kampagne „Großstädtchenliebe“ sowie der Auszubildenden-Kampagne „Unvergesslich wie die erste Liebe - deine Ausbildung bei der Stadt Koblenz“ konnte die Präsenz auf Karriere- und Ausbildungsmessen sowie die Kooperation mit Hochschulen verstärkt werden. Die Stellenbesetzungsprozesse wurden professionalisiert und anhand eines Bewerbermanagements vollumfänglich digitalisiert. Erforderliche Personalressourcen werden durch eine zukunftsfähige Personalbedarfs- und Nachfolgeplanung sowie den weiteren Ausbau der Ausbildung-/Studienangebote sichergestellt.

In den vergangenen Jahren hat sich die Verwaltung im Bereich des Personalmanagements, insbesondere durch die Umsetzung des Personalmanagementkonzeptes 2012, professionalisiert. Wichtige Meilensteine waren hier u. a. der Ausbau der Personalentwicklung mitsamt umfangreichen Fort- und Weiterbildungsprogrammen, die Führungskräfteentwicklung und die Führungskräftenachwuchsentwicklung sowie der stetige Ausbau des Betrieblichen Gesundheitsmanagements mit vielfältigen Angeboten zur Gesunderhaltung und zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit. Personalentwicklung ist ein Schlüsselelement der Personalbindung. So werden derzeit Angebote von beruflichen Weiterqualifizierungen sämtlicher Bereiche geprüft. Die 4-jährige Techniker-weiterbildung zum staatlich geprüften Bautechniker in der Fachrichtung Tiefbau konnte bereits in die Ausschreibung gehen. Durch individuelle Weiterbildungsangebote können Mitarbeiter ihre Fähigkeiten erweitern und fühlen sich gleichzeitig unterstützt. Im Vergleich zu anderen Arbeitgebern des öffentlichen Dienstes steht die Stadtverwaltung Koblenz gut da und braucht in vielen Bereichen auch die Gegenüberstellung zur freien Wirtschaft nicht zu scheuen.

Ein angenehmes Arbeitsumfeld, attraktiv und modern gestaltete Arbeitsplätze bzw. Arbeitsorganisation sowie die Förderung der Mobilität von Mitarbeitenden tragen zur Zufriedenheit der Mitarbeiter bei. Attraktive Arbeitsbedingungen sind entscheidend, um Mitarbeiter langfristig zu binden. Seit 2023 werden den Mitarbeitenden neben der Möglichkeit eines zinslosen Mitarbeiterdarlehens zum Fahrradkauf auch die Möglichkeit des Fahrrad-leasings über eine Entgeltumwandlung angeboten. Mit Beginn des Deutschland-Tickets konnte ein vergünstigtes Deutschland Job-Ticket eingeführt werden. Bei Mitarbeitenden, die ÖPNV-Zuschuss berechtigt sind, reduziert sich der Beitrag zusätzlich. Mögliche Anreize zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften werden im Einzelfall genutzt. Weitere Flexibilisierungen von Arbeitsort und Arbeitszeit, wie bspw. die Einführung der mobilen Arbeit neben der Telearbeit, wirken sich positiv auf die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben aus.

Um die Arbeitsfähigkeit und -motivation zu erhöhen, gilt es weiterhin, Lernen in den realen Arbeitsalltag zu integrieren und anhand von lebensphasenorientierten Personalentwicklungsinstrumenten individuelle Perspektiven aufzuzeigen. Die systematische Führungskräfteentwicklung konnte zur Förderung der Führungs-kultur fortgesetzt werden. Mit Maßnahmen des Gesundheitsmanagements sollen Langzeiterkrankungen weiter reduziert und alternsgerechte Arbeitsbedingungen für alle Phasen des beruflichen Lebens weiter gefördert werden.

Zur Weiterentwicklung der Verwaltungskultur und -kommunikation wird die Mitarbeitendenzufriedenheit anhand einer Umfrage regelmäßig erhoben und Handlungsfelder abgeleitet. Die letzte Mitarbeiterbefragung wurde im Jahr 2023 von der Kommunalstatistik und Stadtforschung durchgeführt. Die Ergebnisse des „Mitarbeitenden-Stimmungs-Barometers (MAB)“ wurden den Mitarbeitenden präsentiert und veröffentlicht. Die nächste Umfrage wird in 2-3 Jahren stattfinden. Die ämterübergreifende Zusammenarbeit, das Miteinander der Verwaltungs-mitarbeitenden und die verwaltungsinterne Kommunikation wird weiter gestärkt.

Das effektive Personalmanagement in der Verwaltung erfordert eine ganzheitliche Betrachtung von Personalgewinnung und -bindung. Durch die Implementierung dieser Strategien können Verwaltungen nicht nur hochqualifizierte Mitarbeiter gewinnen, sondern auch eine motivierte und loyale Belegschaft aufbauen, die den Herausforderungen der modernen Arbeitswelt gewachsen ist.

**E-Government und Digitalisierung**

Die Digitalisierung des Verwaltungsangebots sowie der internen Verwaltungsabläufe ist auch weiterhin ein großer Arbeitsschwerpunkt der Verwaltung. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine in jeder Hinsicht digitalisierte Verwaltung Vorteile für Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, aber auch für die Verwaltungs-belegschaft selbst, bringen. Vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Arbeitsmenge kann durch digitalisierte Arbeitsabläufe die Effizienz der Verwaltung gesteigert und die Arbeitszufriedenheit der Belegschaft erhöht werden. Eine effiziente Verwaltung und ein digitales Verwaltungsangebot werden wiederum von Bürgern und Unternehmen in der heutigen digitalen und schnelllebigen Welt erwartet.

Auf der Basis des 2017 beschlossenen E-Government-Konzeptes der Stadtverwaltung Koblenz, setzt die Verwaltung Jahr für Jahr unterschiedlichste Digitalprojekte um.

Über allem steht dabei weiterhin die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Durch eine Vielzahl von selbstentwickelten Online-Leistungen sowie der Nachnutzung von digitalen Verwaltungsleistungen aus anderen Bundesländern, kann das digitale Verwaltungsangebot bei der Stadt Koblenz stetig ausgebaut werden. Mittlerweile sind bereits 135 verwaltungsinterne und -externe Leistungen vollständig

online nutzbar (Stand November 2023). Durch den bereits praktizierten Austausch nachnutzbarer Online-Leistungen zwischen den Bundesländern, erhofft sich die Stadtverwaltung Koblenz im kommenden Jahr die Einführung weiterer attraktiver Online-Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Die Digitalisierung darf natürlich nicht nach Abgabe eines Online-Antrages durch die Bürger enden. Aus diesem Grund wird selbstverständlich auch weiterhin an der Digitalisierung der Verwaltung selbst, gearbeitet. Ein Schwerpunkt ist dabei die in den letzten Jahren bereits begonnene Ausstattung der Verwaltungsmitarbeiter mit aktueller Informationstechnik. Hierzu zählt auch die Ausgabe von mobilen Endgeräten, um die bereits eingeführten Fachverfahren optimal nutzen zu können. Insbesondere den Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen des zentralen Gebäudemanagements sowie des Ordnungsamtes werden jeweils aktuelle und einheitliche Systeme zur Verfügung gestellt. Hierdurch wird die Verwaltung den digitalen Anforderungen an die tägliche Arbeit in den Fachämtern gerecht, insbesondere auch im Hinblick auf die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes. Die Ausstattung der Mitarbeiter mit mobilen Endgeräten fügt sich zudem nahtlos in den in den vergangenen Jahren eingeschlagenen Weg des mobilen Arbeitens ein. Diese (technische) Flexibilität bei der Arbeitsgestaltung und -erbringung trägt zur Attraktivitätssteigerung der Stadtverwaltung als Arbeitsgeberin bei.

Um weiterhin als Arbeitgeberin attraktiv zu bleiben, müssen die begonnen Maßnahmen und Angebote stetig weiterentwickelt und auch durch entsprechende Mitarbeiterschulungsmöglichkeiten flankiert werden. Im Bereich der Personalverwaltung sollen daher im kommenden Jahr durch eine digitale Seminarverwaltung, ein digitales Personalmanagement sowie der Einführung einer E-Learning-Plattform die Belange der Mitarbeiter weiter gestärkt werden.

Ein funktionierendes E-Akten-System (DMS) stellt eine wichtige Grundlage für ein digitales und medienbruchfreies Arbeiten in der Zukunft dar. Das bisher bei der Stadtverwaltung Koblenz eingesetzte DMS hat sich in der Vergangenheit leider nicht immer als geeignet herausgestellt. Aus diesem Grund wird derzeit ein Wechsel des E-Akten-Systems vorangetrieben. Die Erfahrungen mit der bisherigen Software sowie Erfahrungen aus anderen Kommunen fließen dabei in die anstehende Softwareauswahl ein. Eine funktionierende und für alle Ämter verpflichtende digitale Aktenführung, wird das tägliche Arbeiten in der Stadtverwaltung einen großen Schritt voranbringen.

Zuletzt wurde auch die elektronische Zusammenarbeit innerhalb der Verwaltung immer mehr in den Fokus genommen. Neben den spätestens seit Corona-Zeiten etablierten Videokonferenz- und Chatmöglichkeiten, wird derzeit stetig an verwaltungsinternen Daten- und Informationsaustauschplattformen gearbeitet. Durch verschiedene Softwarelösungen sollen Informationen zu aktuellen Themen, aber auch langjähriges Verwaltungswissen zentral für alle Mitarbeiter gesammelt, ausgetauscht und gepflegt werden. Hierdurch soll allen Mitarbeitern die Möglichkeit einer zentralen Informationsquelle geboten werden. Gleichzeitig kann so auch Wissen im Falle von Verrentung oder längerem krankheitsbedingtem Ausfall an andere Kolleginnen und Kollegen weitergegeben werden.

Neben dem Ausbau der digitalen Antragsstellung sowie der internen digitalen Antragsbearbeitung, hat die Verwaltung auch die Digitalisierung des gesamten Stadtgebietes im Blick. So entstehen, teilweise im Zusammenspiel mit verschiedenen Unternehmen, weitere digitale Angebote für Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. So wird beispielsweise die Koblenz-App weiterentwickelt und nach der Integration des Parkleitsystems auch um einen Schadensmelder sowie einen Müllkalender erweitert werden.
Auch die Vernetzung von Kultur und Vereinen innerhalb der Stadt Koblenz, soll durch die Schaffung digitaler Angebote gestärkt werden.
Nicht zuletzt sollen Lösungen wie „Smart Parking“, „Smart Waste“ oder auch das „GEO-Portal Koblenz“ die Abläufe sowie die Infrastruktur innerhalb des Stadtgebietes besser aufeinander abstimmen.
Die gewonnenen Erkenntnisse aus all diesen Maßnahmen ermöglichen es dann Verwaltung und Politik wiederum, bessere und zukunftsorientierte Entscheidungen zum Wohle aller treffen zu können.

Die zunehmende Anzahl der eingesetzten digitalen Möglichkeiten birgt jedoch die Gefahr, Ziel von Cyberangriffen zu werden oder von einfachen Systemausfällen betroffen zu sein. Aufgrund der immer komplexer werdenden Systeme und potenziellen Krisen, werden Maßnahmen getroffen, die es erlauben, das digitale Arbeiten in solchen Fällen weiterhin zu ermöglichen. Immer professioneller durchgeführte Cyberangriffe erfordern zudem dabei besondere Gegenmaßnahmen. Neben künftig regelmäßig durchgeführten Penetrationstests werden weitere Maßnahmen, wie Mitarbeitersensibilisierungen, Ertüchtigung von bestehender Infrastruktur und die Einführung von neuen Verhalts- und Richtlinien notwendig sein.

**Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel**

Die meisten der städtischen Vorhaben beim Klimaschutz und der Anpassung an den Klimawandel - über die zum Teil bereits im letzten Prognosebericht berichtet wurde - laufen weiterhin nach Plan.

Die Einzelprojekte wie bspw. Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel, das 500-Dächer-Förderprogramm, neue Baumstandorte in der Innenstadt, Wiederaufforstung des Stadtwaldes, Starkregenvorsorge-konzepte, klimaangepasste Bauleitplanung, Ausbau der Radverkehrs- und der Ladeinfrastruktur und viele weitere mehr wurden bereits umgesetzt bzw. werden angewendet und können jeweils ihre Wirkung entfalten. Über den Umsetzungsstand der einzelnen Maßnahmen wird jährlich im „Sachstandsbericht zum Klimaschutz-konzept“ berichtet. Für das Klimaschutzteilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften und Portfolio-management“ liegt ein Projektstatusbericht vor.

Neben den Einzelmaßnahmen gibt es vier wichtige strategische Planungen, die im letzten bzw. Anfang dieses Jahres auf den Weg gebracht wurden. Die Kommunale Wärmeplanung, das Gesamtkonzept Erneuerbare Energien, das Integrierte Klimaanpassungskonzept und das Integrierte Vorreiter- (Klimaschutz) Konzept. Die Kommunale Wärmeplanung befindet sich in der Umsetzung und wird bis August 2024 Wege aufzeigen, wie der Wärmesektor in Koblenz nachhaltig und regenerativ umgebaut und so die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern beendet werden kann. Flankiert wird die Wärmeplanung von dem Gesamtkonzept Erneuerbare Energien. Ziel ist, den Anteil der Erneuerbaren am Strombedarf innerhalb des Stadtkonzerns Koblenz stark zu beschleunigen. Darüber hinaus soll der Arbeitskreis auch als Katalysator dienen, um den Ausbau mit Erneuerbaren im gesamten Stadtgebiet voranzubringen. Hierfür wurden unter anderem Austauschformate mit den umliegenden Kommunen, den Koblenzer Industrie- und Gewerbetreibenden und weiteren Akteuren gefunden. Begleitend erhalten private Haushalte schon jetzt verschiedene Förderungen durch die Stadt Koblenz zur Unterstützung ihrer eigenen Energiewende. Eingerahmt werden sollten diese Planungen mit der Erarbeitung des Integrierten Vorreiterkonzeptes, für das bereits im Juli 2022 ein Förderantrag im Rahmen der Kommunal-richtlinie gestellt worden ist. Vorgesehen war, das Vorreiterkonzept parallel zu der Wärmeplanung und dem Gesamtkonzept Erneuerbare Energien zu erarbeiten, die drei Konzepte gemeinsam zu entwickeln und in der Beteiligung der Akteure miteinander zu verzahnen. Da vom Fördergeber bis dato noch kein Bescheid eingegangen ist, muss hier strategisch neu gedacht werden.

Auch im Bereich Anpassung an den Klimawandel wird mit dem Integrierten Klimaanpassungskonzept ein übergeordneter strategischer Rahmen erarbeitet, der vorhandene Maßnahmen und Projekte integriert und noch fehlende Schwerpunkte und Defizite offenlegt. Die Konzepterstellung konnte zwar im Jahr 2023 gestartet werden, verläuft aber aufgrund personeller Engpässe nicht wie zuvor geplant. Zum einen konnte aufgrund der schwieriger Personalgewinnung die Konzepterarbeitung erst im Juni statt im Februar 2023 gestartet werden. Zum anderen ist aktuell die Bearbeitung durch eine kurzfristig eingetretene Stellenvakanz vorübergehend nur eingeschränkt möglich. Nach der erneuten Stellenbesetzung soll die Konzepterarbeitung wieder fortgesetzt werden. Dieses Beispiel zeigt aber, dass die Realisierung der notwendigen Maßnahmen besonders in Zeiten des gegenwärtigen Fachkräftemangels immer in Abhängigkeit der vorhandenen Personalressourcen steht.

Das Jahr 2023 hat eindrucksvoll gezeigt, dass der Klimawandel eine sehr ernst zu nehmende Bedrohung darstellt. Es ist daher verständlich, dass besorgte Bürgerinnen und Bürger mit immer größerem Nachdruck mehr Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel von der Kommune, dem Land und dem Bund einfordern. Weil dafür aber auch extremere Formen des Protestes gewählt werden, führt dies auf der anderen Seite auch dazu, dass immer mehr Menschen der gesamten Thematik abwehrend und zunehmend gereizt gegenüberstehen. Dabei sind Klimaschutz und Klimaanpassung gesamtgesellschaftliche Aufgaben und können nur gelingen, wenn nahezu alle gesellschaftlichen Interessengruppen hinter den Zielen stehen und die Prozesse unterstützen. Dafür ist es aber erforderlich, in verschiedensten Abwägungsprozessen Kompromisse, besser noch einen gemeinsamen Konsens zu finden. Dies ist ein notwendiger demokratischer Prozess, um gemeinsam einen tragfähigen Transformationspfad beschreiten zu können.

**Stadtentwicklung**

Das Jahr 2022 war in der Stadtentwicklung durch zahlreiche Veränderungen geprägt. Der Wohnungsmarkt unterliegt aufgrund vieler Faktoren einem erheblichen Druck. Wegfall von Belegungsrechten in der sozialen Wohnraumförderung, nach wie vor bestehende Nachfrage durch anerkannte Flüchtlinge,

Rückgang der Neubauzahlen, Auswirkungen des Ukrainekrieges und der Materialknappheit im Bauwesen (insbes. Stahl) und dann eine sich bereits Ende 2022 andeutende Zinsentwicklung, die dann 2023 im Baugeschehen ihren vollen Einschlag gefunden hat, sind die wesentlichen Faktoren.

Die im laufenden Flächennutzungsplanverfahren bezeichneten Wohnbauflächen wurden schließlich in 2023 nicht in das Planwerk übernommen, so dass im nunmehr laufenden Jahr ein weiterer Einflussfaktor für den Wohnungsmarkt hinzukam. Die Offenlage ist im November 2023 beendet und es erfolgt nunmehr die Vorbereitung der Abwägung.

Zahlreiche flächenhafte Wohnungsbauprojekte werden im Moment, wenn überhaupt noch, mit gebremster Geschwindigkeit entwickelt, da die Finanzierungen dieser Projekte sich äußerst schwierig gestalten. Selbst für den bezahlbaren Wohnungsbau vorgesehene Projekte sind dabei besonders betroffen, da sich bezahlbarer Wohnungsbau im Mietwohnungsbereich derzeit überhaupt nicht mehr ohne finanzielle Unterstützung der Stadt darstellen lässt. Eine noch zu beauftragende Wohnraumversorgungsstrategie soll hier unterstützend wirken.

Im gewerblichen Entwicklungsbereich sind mit der gut angelaufenen Entwicklung der ehemaligen Hundeschule Bubenheim und des Bebauungsabschnittes 257 f Industriegebiet an der A 61 / im Güterverkehrszentrum (GVZ) nunmehr fast alle Flächenpotentiale der Stadt ausgereizt, obwohl die Nachfrage nach Flächen hier nach wie vor besonders hoch ist. Umso schmerzlicher war hier die im Flächennutzungsplan-Verfahren beschlossenen Reduzierung der von der Verwaltung eingereichten Flächenvorschläge. Die letzte verbleibende große Reserve wird ein Bebauungsabschnitt 257 d direkt entlang der A 61 sein, ansonsten bestehen nur noch interkommunale Reserven im westlich angrenzenden Zweckverband. Es besteht nach wie vor das Risiko, dass durch die ungebremste Entwicklung im näheren und mittlerweile auch weiteren Speckgürtel des Oberzentrums deutlich bessere Entwicklungs- und Ansiedlungsmöglichkeiten bestehen. Hier ist im Zuge der angelaufenen Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogrammes Rheinland-Pfalz (LEP5) ein besonderes Augenmerk auf den Schutz der zentralen Orte zu legen.

Bei den Verkehrsplanungsprojekten rückt neben den Großmaßnahmen an der Pfaffendorfer Brücke und der Horchheimer Eisenbahnbrücke, der Neubau einer Fuß- und Radwegebrücke zwischen der Goldgrube und dem Rauental in greifbare Nähe, so dass auch die Projekte für die benachteiligten Verkehrsteilnehmer auf dem Rad und zu Fuß stärker in den Focus gerückt werden konnten. Die begonnene Evaluierung des Verkehrsentwicklungsplans 2030 wird weitere Erkenntnisse und Maßnahmenvorschläge für eine Verkehrswende in der Stadt erbringen.
Das erste Deutschland-Ticket in 2022 und die Fortführung in 2023 hatten und haben erhebliche Auswirkungen auf die Auslastung und damit auch auf die Akzeptanz für den ÖPNV. In einer Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sind die Konsequenzen für das Liniennetz und die Qualitäten im ÖPNV zu ziehen. Ob und inwieweit die Koblenzer Seilbahn hier eine Rolle spielt, muss im Weiteren mit untersucht werden. In 2022 war die Seilbahn und deren Erhalt vor dem Hintergrund der UNESCO-Bedenken ein großes Thema der Stadtentwicklung, das in die Jahre 2023 und 2024 mit der Vorbereitung eines Architektenwettbewerbs für die Talstation mündet, um letzten Endes ein Placet der UNESCO zu erhalten.

Zwischenzeitlich gibt es beim Großprojekt „Festungsstadt Koblenz“ sichtbare Erfolge. So konnte im Bereich der Feste Franz eine wesentliche Baumaßnahme mit dem Kriegspulvermagazin fertiggestellt und der Landschaftspark dort als Pendant zum bereits etablierten Park am Fort Asterstein eröffnet werden. Dieses Projekt zeigt, dass man zur Bewahrung des kulturellen Erbes nicht nur einen langen Atem, sondern auch effektive Fördermöglichkeiten benötigt, da die Stadt die Erhaltung und - als Fernziel - die sinnvolle Nutzbarmachung ihrer Festungsbestandteile nicht allein stemmen kann. Die Verwaltung bleibt bei der Akquise von Fördermöglich-keiten auch die kommenden Jahre gefordert.

Bei den Förderprogrammen besteht jedoch ein sehr hohes Risiko, das gerade in den letzten aber auch im laufenden Jahr 2023 verstärkt zu Tage getreten ist. Die lang andauernden und nicht mehr kalkulierbaren Abstimmungsprozesse mit den Förderstellen des Landes und hier insbesondere mit der ADD haben Auswirkungen auf Projektzeitläufe und den Mittelabfluss von haushälterisch veranschlagten Kosten bis hin zu nicht mehr hinnehmbaren Verzögerungen bei laufenden Projekten und dem Risiko des Mittelverfalls. Ein Bearbeitungszeitraum von 1 - 3 Jahre für eine förderrechtliche Anerkennung sind im Hinblick auf eine effektive und effiziente Projektabwicklung nicht mehr hinnehmbar.

Eine große Chance steckt im nunmehr in Vorbereitung befindlichen Erwerb der Flächen unterhalb der Feste Franz. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben bereitet den Verkauf der Flächen an die Stadt vor, so dass dort ein Urbanes Quartier, ergänzt um kleinere Gewerbeflächen zu Füßen der Feste Franz,

in städtischer Regie entstehen kann. Zusammen mit dem in Entwicklung befindlichen Rosenquartier - die Wohnbaumaßnahmen beginnen im Januar 2024, erfolgt somit in Lützel ein vorzeigbarer und erfolgreicher Stadtumbau, der in den kommenden Jahren immer mehr zum Schlüsselfeld der Stadtentwicklung wird.

Die Aufgabenfelder der Stadtentwicklung werden allerdings immer komplexer und immer mehr regelüber-frachtet, so dass kurze Reaktionszeiträume auf aktuelle Entwicklungen kaum noch möglich sind. Hinzu kommt erschwerend der Fachkräftemangel im Ingenieur- und Technikerbereich, sowie der Kampf um die Köpfe, den die Verwaltung mit der freien Wirtschaft nicht gewinnen wird. In Zukunft muss daher in den einzelnen Disziplinen der Stadtentwicklung noch stärker bei den Projekten und den Projektwünschen festgelegt werden, welche davon noch angegangen werden können, betreut werden können bzw. welche davon den strategischen Zielen der Koblenzer Stadtentwicklung dienlich sind. Perspektivisch sollte auch vor diesem Hintergrund, aber auch unter Einbeziehung anderer Faktoren, eine Fortschreibung des Koblenzer Stadtentwicklungskonzeptes (Masterplan Koblenz) in Erwägung gezogen werden.

Seit Einführung des **Zentralen Gebäudemanagements (ZGM)** zum 01.01.2014 werden erfolgreich umfangreiche Neubauten und Modernisierungen bzw. Sanierungen durch die Mitarbeitenden umgesetzt. Eine umfangreiche Aufgabe des ZGM ist es, den Gebäudezustand, den veränderten Bedarfen hinsichtlich Ausstattung und Raumangebot, anzupassen.

Hier sind in erster Linie Schulgebäude zu nennen, deren Ausgaben für Neu-/Umbau- und Erweiterungsbauten mehr als die Hälfte des Budgets des ZGM ausmachen. Aufgrund des vorliegenden Sanierungsstaus, weiter zunehmenden Schülerzahlen und gestiegener Anforderungen an den Schulbetrieb (Ganztagsschulen, Inklusion etc.) werden auch weiterhin umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich sein. Bereits geplante Projekte sind: die Erweiterungen zur Ganztagsschule Clemens-Brentano-Realschule plus, die Schulerweiterung Goethe Realschule plus (incl. Ganztagsschule) sowie der Erweiterungsneubau der Grundschule Asterstein. In der Goldgrube entsteht ein neues Quartier mit dem Neubau einer Kindertagesstätte sowie dem Neubau der Grundschule Pestalozzi einschließlich Sporthalle. Der Neubau der Grundschule Freiherr-vom-Stein wird zum Jahreswechsel 2023/2024 in Betrieb genommen. Darüber hinaus müssen auch Grundschulen aufgrund gesetzlicher Vorgaben sukzessive zu Ganztagsschulen entwickelt werden. Die nächsten Projekte sind Grundschule Pfaffendorfer Höhe und Grundschule Metternich-Rohrerhof. Bei vielen Baumaßnahmen müssen Schulklassen aus dem zu sanierenden Bestandsgebäude ausgelagert werden. Wenn keine Ausweichräume gefunden werden können, ist es erforderlich, entsprechende Schulcontainer bereit zu stellen. Um hohe Mietaufwendungen zu vermeiden, werden durch das ZGM sukzessive Klassenraumcontainer angeschafft (in 2022/2023 für Grundschule Lützel und IGS Koblenz).

Im Bereich der Kindertagesstätten ist perspektivisch ebenfalls mit einer weiter steigenden Bedarfslage zu rechnen, welche zusätzliche Neu- und Erweiterungsbauten zur Folge haben werden. In der Umsetzung derzeit sind der Neubau Kita Horchheimer Höhe (Fertigstellung 2023) und der Neubau Kita Goldgrube. Folgende Kita-Projekte sind in Vorbereitung: Neubau der Kita „St. Maternus“/Bubenheim, Neubau Kita St. Servatius/Güls, Neubau Kita Zauberland/Rübenach sowie die Waldkindertagesstätte.
Weitere Projekte im Bereich Jugend und Soziales sind in der Planungsphase: Neubau Jugendtreff und Ersatz-neubau Hort Im Kreutzchen - beide im Stadtteil Neuendorf.

Außerdem sind Umsetzungen von Inklusionsmaßnahmen an Koblenzer Schulen erfolgt:

- Realschule Plus auf der Karthause: Errichtung einer Toilette für Menschen mit Behinderung,
- Grundschulen „Am Löwentor“, „Schenkendorf“ und „Ehrenbreitstein“: Herrichtung eines Klassenraumes für hörgeschädigte Menschen (einschl. LED-Beleuchtung).

Auch für andere Bedarfsträger führt das ZGM Maßnahmen an Liegenschaften von städtischer Bedeutung aus. Zu nennen sind hier in erster Linie:

- Kernsanierung Stadttheater,
- Generalsanierung Hauptfeuerwache,
- Generalsanierung Bezirkssportanlage Schmitzers Wiese,
- Stadtdörfer Arenberg-Immendorf, Arzheim und Güls,
- Energetische Sanierung Fechthalle,
- Dachsanierung Ludwig-Museum,
- Sanierung Freibad Oberwerth,
- Fahrradparkhaus Hauptbahnhof,
- Erneuerung Torgebäude Fort Asterstein,

- Neubau Hallen Forstbetriebshof Kühkopf,
- Neubau öffentliche Toilettenanlage am Schloss,
- Neubau Feuerwache 3 (Fertigstellung 2023),
- Neubau Feuerwehrgerätehaus Horchheim,
- Standortverlagerung Stadtarchiv,
- Umbau Feuerwehrgerätehaus Kesselheim zum Dorfgemeinschaftshaus (Fertigstellung 2023),
- Ankauf und Errichtung von Unterbringungscontainern für Schutzbegehrende.

Bei der allgemeinen Marktlage auf dem Bausektor musste in der jüngsten Vergangenheit aufgrund der erhöhten Nachfrage, eine gleichzeitige Steigerung des Preisniveaus beobachtet werden. Dieser Trend setzte sich in der Pandemie und aufgrund des anhaltenden Ukrainekrieges, nicht zuletzt durch Lieferengpässe und daraus resultierenden Materialpreissteigerungen, deutlich fort. Wir erwarten für die nächsten Jahre eine kontinuierliche Fortsetzung dieser Situation. Mit einer „Kostenexplosion“ der Gebäudebetriebskosten in den nächsten Jahren, aufgrund der steigenden Energiepreise, ist zu rechnen.

Darüber hinaus wird das ZGM einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutzplan 2050 zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen leisten. Prioritäre Maßnahmen sind beispielsweise die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen, der hydraulische Abgleich von Heizungen und die Umrüstung auf LED-Beleuchtungen. Gleichzeitig zu den Maßnahmen, die durch langfristige Planungen und entsprechende Förderprojekte finanziert werden, müssen kurzfristig zusätzliche Förderprogramme umgesetzt werden.

Das Aufgabenportfolio des ZGM ist in den letzten Jahren kontinuierlich größer und vielseitiger geworden. Damit einhergehend ist bisher auch die Mitarbeiterschaft entsprechend gewachsen. Dennoch ist festzustellen, dass die bisherigen Arbeitsabläufe und Prozesse in vielen Teilen neu strukturiert und auszurichten sind. In einem ersten Schritt erfolgte im Berichtsjahr die Weiterentwicklung des Technischen Gebäudemanagement.

Die Implementierung der Elektronischen Rechnung (E-Rechnung) wurde kontinuierlich weiterverfolgt. Nach einer Testphase wird die stufenweise Einführung der E-Rechnung beim ZGM ab dem 01.01.2023 beginnen.

Die ganzheitliche Digitalisierung des Gebäudemanagements der Stadtverwaltung (CAFM - Computer Aided Facility Management) wird weiterhin stetig gemäß mehrjähriger Roadmap fortgeführt. In 2022 erfolgte die Anbindung der Außendienstmitarbeitenden mittels Handheld-Endgeräten. Ab Januar 2023 wird die Instandhaltung der städtischen Gebäude vollständig über die CAFM-Software abgewickelt werden. Dies umfasst neben der bereits eingerichteten Einreichung von Schadensmeldungen und Reklamationen, die Beauftragung von Reparaturen, als auch die Wartung der rund 15.000 technischen Anlagen des städtischen Gebäudebestands, einschließlich Budget- und Vertragsmanagement. Derzeit läuft eine Testphase für ein weiteres Modul der CAFM-Software. Dieses Modul, genannt „Bauauftragsverwaltung“, soll die bisher verwendete und veraltete Applikation „Baukonto“ ablösen. In der finalen Ausbaustufe ist ein geschätztes erzielbares Einsparpotenzial von mehr als 2 Mio. € pro Jahr zu erwarten, beispielsweise durch Effizienzsteigerungen der Instandhaltung, des technischen Anlagenmanagements und des Energiemanagements.

Im Bereich der **städtischen Ingenieurbauwerke** ergibt sich nach wie vor ein beachtlicher Sanierungsbedarf. Zur Beseitigung des Sanierungsstaus wurde dem Stadtrat im Juni 2011 der Masterplan “Brücken“ vorgestellt. Der Masterplan wird laufend fortgeschrieben. Er ist insgesamt als langfristige Aufgabe zu betrachten.
In der Prioritätenfrage der umzusetzenden Maßnahmen steht der Neubau der Pfaffendorfer Brücke im Zuge der Bundesstraße 49 derzeit eindeutig im Vordergrund.

Hierbei werden die denkmalgeschützten Widerlager der Flussbrücke ertüchtigt sowie die Gewölbe der Vorland-brücken baulich erhalten, aber durch neue Tragsysteme überbaut. Völlig neu gebaut werden der Überbau und die Flusspfeiler. Die Ausschreibung und Vergabe erfolgte in 2022. Die vorbereitenden Maßnahmen (Errichtung Baubüro, Errichtung eines Ersatzstandortes für das Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt, ökologische Maßnahmen (wie z. B. Umsiedlung von Mauereidechsen und Fledermäusen) wurden fertiggestellt. Das Land fördert die Maßnahme mit 80,7 Mio. €.

Aufgrund der schlechten Ergebnisse der letzten Hauptprüfung nach DIN 1076 mussten an der Pfaffendorfer Brücke seit März 2019 gravierende Maßnahmen ergriffen werden, um die Standsicherheit des

Bauwerks bis zum geplanten Neubau zu gewährleisten. Als Sofortmaßnahmen wurden daher die Reduzierung der Fahrstreifen sowie eine Lastbeschränkung für Schwerfahrzeuge auf der Flussbrücke und die Vollsperrung der Brückenstraße angeordnet. Neben dem Monitoring wurde im 1. Halbjahr 2021 eine Höhenbegrenzungsanlage installiert.

Die Instandsetzung der Fußgängerüberführung am Moselring wurde in 2022 begonnen und sollen im Jahr 2024 abgeschlossen sein.

Aufgrund von Bewegungen im Felshang des Rittersturzes kann nicht ausgeschlossen werden, dass der Fels-hang bzw. Bereiche dessen abgehen könnten. Dies stellt eine Gefahr für die darunter verlaufende Bundesstraße 9 sowie für die zweigleisige Bahntrasse dar. Daher wurde für den Rittersturz ein Monitoringprogramm (Errichtung von Mess- und Entwässerungseinrichtungen als Ergänzung zu den bereits vorhandenen Grund-wassermessstellen) eingerichtet. Nur durch diese weitergehenden Maßnahmen kann die Verkehrssicherheit gewährleistet werden.

Auch in 2022 wurden verschiedene konstruktive Ingenieurbauwerke mit Vogeleinflugschutzsystemen nachgerüstet.
Das begonnene Programm zur sukzessiven Erneuerung von Verkehrszeichenbrücken im Stadtgebiet wurde auch in 2022 konsequent weitergeführt.

Für die kommenden Jahre sind folgende größere Baumaßnahmen vorgesehen:

- die Erneuerung des Geh- und Radweges an der Horchheimer Eisenbahnbrücke,
- der Ersatz der Straßenbrücke in der Beckenkampstraße durch eine Geh- und Radwegebrücke,
- die Erneuerung der Bogenbrücke in der Mozartstraße,
- die Erneuerung des Brückenbauwerkes über Neustadt B49,
- der Umbau des Rollverschlusses an der Europabrücke Fahrtrichtung Bonn.

Dem Eigenbetrieb Kommunaler Servicebetrieb Koblenz obliegt seit dem 01.01.2013 auch die operative Aufgabe der Unterhaltung als Straßenbaulastträger nach dem Landesstraßengesetz.

Für den Bereich **Straßenunterhaltung** ist ein Straßeninformationssystem eingerichtet, welches neben den Grundlagendaten insbesondere die Erfassung und Fortschreibung aktueller Maßnahmen bzw. Veränderungen des Straßenzustandes umfasst. Auf dieser Basis erfolgt weiterhin die Optimierung der Unterhaltungs- und Erhaltungsleistungen. In Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt wurde im November 2023 ein "Masterplan Straßen" beschlossen, damit Unterhaltungs- und Erhaltungsmaßnahmen besser aufeinander abgestimmt und bedarfsgerecht priorisiert werden können.

Neben der Umsetzung der Konzeption zur Prüfung der Standsicherheit von Beleuchtungsmasten ist der Betriebszweig Elektrowerkstatt derzeit mit der Sanierung der Straßenbeleuchtung befasst. In den kommenden Jahren sollen sämtliche Beleuchtungspunkte auf LED-Technik umgerüstet werden. Mit der Umsetzung dieser Maßnahme wird sich der Stromverbrauch entsprechend reduzieren.

**Wirtschaftsförderung**

Die Nachfrage nach Gewerbe-, Industrie- und Wohnbauflächen am Standort Koblenz ist trotz der Corona-Pandemie und des Ukraine-Krieges der hohen Zinsbelastungen und des zusätzlichen Nahost-Konfliktes auch in 2022 und 2023 ungebrochen. Die Stadt ist als Standort für Betriebe und Unternehmen weiterhin höchst attraktiv. In 2021 konnten zahlreiche Grundstücksverkäufe realisiert, neue Projekte initiiert bzw. in anstehende Baumaßnahmen gebracht werden. Wichtige Innenstadtmaßnahmen wurden begonnen bzw. Grundlagen für infrastrukturelle Sanierungsmaßnahmen gelegt. Hierbei zeigt sich eine große Nachfrage nach Zwischennutzungen, seitens der von Sanierungen betroffenen Trägern nach Büroflächen. Dieser Trend setzte sich auch zu Beginn 2023 ungebremst fort.

Die derzeit noch direkt verfügbaren oder in Kürze entwickelten Grundstücke reichen bei weitem nicht aus, um den aktuellen und bereits für die nächsten Jahre nachgefragten Bedarf zu decken. Die Nachfrage nach Industrie- und Gewerbeflächen übersteigt das Angebot um das Doppelte - im Bereich der Dienstleistungsgrundstücke und Büroflächen sogar bis um das Dreifache. Zuletzt konnten z. B. im Gewerbegebiet Bubenheim und im Industriegebiet A61 weitere Neubauvorhaben abgeschlossen oder begonnen werden.

Neue Spatenstiche stehen an (Ratio-Data, 3.000m²) und auch Hotelneubauten konnten begonnen werden.

Um neue Unternehmen anzusiedeln oder bestehenden eine Vergrößerung zu ermöglichen, können nur noch in Bubenheim und an der A61 (noch ca. 3 ha Restflächen) Flächen zur Verfügung gestellt werden. Dazu zählt das Gelände der ehemaligen Hundeschule in Bubenheim, das die Wirtschaftsförderungsgesellschaft 2017 erworben hat und das ab dem kommenden Jahr bebaut werden kann. Hier sollen Handwerks-/Dienstleistungsunter-nehmen Platz finden. Aufgrund der hohen Nachfrage ist die Vermarktung bereits fast vollständig abgeschlossen.

Um eine Entlastung der hohen Nachfrage zu ermöglichen, sind auch bestehende brachliegende Flächen im Sinne der Nachhaltigkeit zu nutzen. Leider stehen die noch im letzten Jahr kalkulierten Flächen in Niederberg und Güls aufgrund der jeweiligen Eigennutzung des Bundes bzw. durch Fremderwerb nicht mehr zur Verfügung. In Lützel ist eine denkmalaffine Nutzung vorgesehen, sodass auch hier wenig gewerbliche Bedarfsdeckung zu erwarten ist. Die Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit all ihren Chancen und Risiken könnte durch Revitalisierung mindergenutzter Gebiete erfolgen. Hieran sollte jedoch weitergearbeitet werden.

Für die Digitalisierung / Smart City wurden neue Kommunikationswege und neue Ansprechpartner bei der Wirtschaftsförderung als “Digitallotse Wirtschaft“ geschaffen, die, u. a. mit dem Digitalbeirat, die Entwicklung, Nachhaltigkeit und Attraktivität von E-Business und E-Commerce fördern, die Produktivität erhöhen und so Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft neue Möglichkeiten zur innovativen Weiterentwicklung bereitstellen. Mit der digitalen Landkarte werden neue Möglichkeiten im B2B-Bereich (Business to Business-Bereich) eröffnet und bei dem Thema Regiopole eine erhöhte Sichtbarkeit der Region nach außen angestrebt.

Corona und Kriegs- sowie Klimakrisen werden die Wirtschafts- und Verwaltungsleistungen langfristig beeinflussen und stellen die Stadt vor unabsehbare Herausforderungen, um den Standort Koblenz attraktiv zu halten.

Die neuen kommunalen Energie- und Wärmeplanungen bieten auch große Chancen, den Standort nachhaltig zu gestalten.

Aus dem Bereich der **städtischen Beteiligungsgesellschaften** kann folgendes berichtet werden:

Die **Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH** geht weiterhin von stabilen Erlösen in der Vermietung aus. Die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken stellt ein gewisses Risiko dar.

Die **Stadtwerke Koblenz GmbH (SWK)** wird in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Stadtwerke und den Hafen- und Bahnbetrieb geprägt sein. Aus heutiger Sicht bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken.

Besondere Bedeutung wird künftig auch weiterhin die Kostenfolge des relativ neuen Geschäftsbereiches Erwerb und Errichtung, sowie das Vorhalten und der Betrieb von Schwimmbädern auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben. Dieser, über Investitionsdarlehen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH finanzierte Bereich, sah sich in den letzten Jahren einem deutlichen Anstieg der Baupreise ausgesetzt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der zuletzt gesetzte Kostenrahmen bis zum Abschluss der Baumaßnahmen für den Neubau des Moselbades Koblenz im 2. Quartal 2024 aller Voraussicht nach ausreichen.

Auch die **Koblenzer Verkehrsbetriebe GmbH** wird im Rahmen der ihr Ende 2020 durch den öffentlichen Dienstleistungsauftrag der Stadt Koblenz zum Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs in Koblenz erteilten Aufgaben auch im Jahr 2023 weitere finanzielle Mittel in Form von Kapitaleinlagen und Investitionsdarlehen durch die Stadtwerke Koblenz GmbH erhalten.

Der Ukraine-Krieg hat die Risiken im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen erhöht. Neben deutlich volatileren Energiepreisen bestehen Risiken im Hinblick auf die zukünftige Energieausrichtung der Bundesregierung. Zudem vergrößern sich bestehende Risiken im Kontext von Cyber-Kriminalität.

Durch den Ukraine-Krieg und den damit verbundenen Einschränkungen ist die Situation im Hafen- und Bahn-betrieb schwer einzuschätzen. Insbesondere im Containerumschlag gestaltet sich die Lage durch

die EU-Sanktionen und der unsicheren Zukunft des wirtschaftlichen Welthandels extrem schwierig. Hinzu kommt, dass die Seeschifffahrt noch die Auswirkungen der Corona-Pandemie spürt und der gesamte Fahrplan durcheinandergeraten ist.
Es bleibt abzuwarten, ob die SWK trotz dieser zukünftigen finanziellen Belastungen weiterhin in der Lage sein wird, einen gleichbleibenden Ausschüttungsbetrag für den Kernhaushalt der Stadt Koblenz abzuführen.

Im hoch kompetitiven Umfeld der Region Mittelrhein sieht die Geschäftsführung ein Risiko für die **Gemeinschaftsklinikum Mittelrhein gGmbH (GKM)** in der Besetzung von Stellen, insbesondere bei fachweitergebildeten Pflegekräften. Entsprechende Qualifikationsmaßnahmen, Personalsuche und Programme zur Personalakquise (z. B. Gewinnung und Integration von Fachkräften aus dem Ausland) wurden bereits umgesetzt.

Zur Sicherstellung seiner Fortführungs- und Zahlungsfähigkeit war das GKM auf weitere liquide Mittel der Gesellschafter angewiesen. Daher hat der Stadtrat bereits in seiner Sitzung am 09.03.2023, ebenso gleichlautend der Kreistag des Landkreises Mayen-Koblenz am 10.03.2023, seine Bereitschaft erklärt, dem GKM zur Sicherung seiner Zahlungsfähigkeit liquide Mittel in Höhe eines Betrages von 6,5 Mio. € im Rahmen eines Betriebsmitteldarlehens und 10 Mio. € im Rahmen einer Kapitalerhöhung zur Verfügung zu stellen. Aus Sicht der Verwaltung sind die v. g. Maßnahmen geeignet und erforderlich, um den Fortbestand des GKM zu gewährleisten.

Im Rahmen eines stattgefundenen Bieterverfahrens fand ein Managementwechsel im GKM statt. Die Gesellschafterversammlung des GKM hat die Bestellung der Herren Dr. Goedereis und Straub zu Geschäftsführern sowie von Herrn Eckert zum Prokuristen der Gesellschaft mit Wirkung zum 01.04.2023 beschlossen. Entsprechend ist in den Tochtergesellschaften der Gesellschaft verfahren worden.

Durch den Grundsatzbeschluss vom 15. Juli 2021 bekannte sich der Stadtrat zu einer Fortführung des Verbund-krankenhauses und sah das Erfordernis zur Einbindung eines strategischen Partners als Gesellschafter und Finanzierungspartner.

Weitere Maßnahmen der kommunalen Gesellschafter Stadt Koblenz und Landkreis Mayen-Koblenz zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit wurden Anfang 2024 beschlossen.

Im Januar 2024 wurden die Verhandlungen des GKM mit der Sana AG als potenziellen zukünftigen Mehrheits-gesellschafter und Finanzierungspartner beendet. Derzeit wird mit Experten eine Zukunftskonzeption zur Sicherstellung der Gesellschaft sowie eine Optimierung der zukünftigen Gesellschafterstruktur erarbeitet.

**Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs in Rheinland-Pfalz**

Mit Urteil des Verfassungsgerichtshofs vom 16.12.2020 (VGH N 12/19 - VGH N 13/19 - VGH N 14/19) wurde der bisherige Kommunale Finanzausgleich (KFA) als mit der Landesverfassung Rheinland-Pfalz unvereinbar erklärt, da sich u. a. die Finanzausstattung nicht am konkreten Bedarf der Kommunen orientiere. Die nach Art. 49 Abs. 6 Landesverfassung gewährleistete Finanzausstattung der Kommunen stellt sich dann als angemessen dar, wenn die Finanzmittel ausreichen, um den Kommunen die Erfüllung aller zugewiesenen und im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auch die Wahrnehmung (jedenfalls eines Mindestbestandes) selbstgewählter Aufgaben zu ermöglichen. Hierzu müssen die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Zugleich wurde dem Landesgesetzgeber aufgegeben, bis spätestens zum 01.01.2023 eine Neuregelung zu schaffen. Nach Ansicht des VGH ist nur eine aufgaben-adäquate kommunale Finanzausstattung angemessen und nicht, wie seit Jahren im kommunalen Finanzausgleich praktiziert, eine nach einem Verbundquotenmodell ermittelte Finanzausgleichsmasse, die jährlich lediglich unter Berücksichtigung der Einnahmeentwicklung des Landes und unter Außerachtlassung des tatsächlichen kommunalen Bedarfs fortgeschrieben wird.

Mit dem „Landesgesetz zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen dem Land und den kommunalen Gebietskörperschaften (Landesfinanzausgleichsgesetz - LFAG)“ vom 07.12.2022 wurde der kommunale Finanzausgleich umfassend reformiert. Im Mittelpunkt steht dabei, wie vom Verfassungsgerichtshof gefordert, ein aufgabenorientierter und bedarfsgerechter kommunaler Finanzausgleich.

Im Rahmen der Ermittlung der Finanzausgleichsmasse wird vor allem die Mindestfinanzausstattung auf Basis eines umfangreichen Aufgabenkatalogs und der in der Vergangenheit hierfür anfallenden Belastungen aus der Jahresrechnungsstatistik festgestellt. Der Bedarf des konsumtiven Pflichtbereichs wird

einer Angemessenheitsprüfung (sog. Korridorverfahren) unterzogen. Die Belastungen aus dem freiwilligen Sektor werden grundsätzlich zu 75 % anerkannt. Die ermittelten kommunalen Mindestbedarfe werden nach sachgerechten Maßstäben mithilfe von Indizes auf das jeweilige Ausgleichsjahr fortgeschrieben.

Im Fokus stehen neben der Schlüsselzuweisung A, die - wie bisher - besonders steuerschwache Gemeinden an die landesdurchschnittliche Steuerkraft heranführt (für Koblenz als steuerstarke Gemeinde uninteressant), die Schlüsselzuweisung B sowie die Zuweisungen für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte.
Die Schlüsselzuweisung B dient dem Ziel, einen von der Finanzkraft abhängigen aufgabenorientierten Ausgleich vorzunehmen. In die Bedarfsermittlung wird ein Sozial- und Jugendhilfeansatz (bisher: Schlüsselzuweisungen C1 bis C3), ein neuer Ansatz für Kindertagesbetreuung und ein Straßenansatz (bisher: Allgemeine Straßen-zuweisungen) integriert. Im Rahmen der Ermittlung der Finanzkraft werden die Höhe der Nivellierungssätze, mit Ausnahme der Gewerbesteuer, auf den jeweiligen Bundesdurchschnitt angepasst (Grundsteuer A: 345 v. H., Grundsteuer B: 465 v. H., Gewerbesteuer: 380 v. H.). Eine Dynamisierung der Nivellierungssätze sowie gebietskörperschaftsgruppenbezogene Nivellierungssätze sind nicht vorgesehen.
Die Zuweisungen für Stationierungsgemeinden und zentrale Orte werden außerhalb der Schlüsselzuweisungen gewährt (bisher im Rahmen der Bedarfsermittlung für die Schlüsselzuweisung B2).
Die Finanzausgleichsumlage ist nicht mehr allein von der Finanzkraft abhängig, sondern ist grundsätzlich nur zu leisten, wenn die Finanzkraftmesszahl größer als die Ausgleichsmesszahl ist.

Auf Basis einer vom Land bereitgestellten Probeberechnung erhält die Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 2023 nach dem neuen KFA im Vergleich zum alten Recht voraussichtlich Mehreinnahmen von rd. 12,7 Mio. €. Dies ist zunächst erfreulich und führt zu einer Entlastung des Haushaltes. Da insbesondere die Sozial- und Jugendhilfeaufwendungen aber in der Vergangenheit stark angestiegen sind, bleibt abzuwarten, ob die beabsichtigte Neuregelung des KFA diese Belastungen künftig abfedern kann oder aber weitere Entlastungen notwendig werden. Die erste Evaluation des neuen KFA ist im Jahr 2026 vorgesehen.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns wird, wie in 2022 auch, in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Muttergesellschaft insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich geprägt sein. Hinzu kommt ein Verlustausgleich für das im Bau befindliche Hallenbad.

Auf Grundlage der vorliegenden Planungen und nach derzeitiger Kenntnis ist mit einem niedrigeren (im einstelligen positiven Millionenbereich) **Konzernergebnis** zu rechnen. Dies wird sich entsprechend auf Eigenkapitalrentabilität sowie -quote auswirken.

Im **Energiebereich** erwartet die evm AG für das Geschäftsjahr 2023 ein Geschäftsergebnis, das leicht unter dem Niveau des aktuellen Berichtsjahres aber nach derzeitigem Stand im Planansatz liegt. Allerdings bleiben die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs weiterhin als zentrales operatives Risiko bestehen.
Die energiepolitischen Entscheidungen im Jahr 2023 werden weiterhin von den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs geprägt sein. Daneben wird vor allem die Gesetzgebung zur verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung und dem Gebäude-Energie-Gesetz von Bedeutung sein.
Vor dem Hintergrund der politischen, technologischen und wirtschaftlichen Trends nimmt der Druck auf die traditionellen Geschäftsmodelle der Energiewirtschaft weiter zu. Zugleich eröffnen sich neue Geschäfts-möglichkeiten am Energiemarkt. Der evm stehen daher große Herausforderungen bevor, erfolgversprechende Geschäftsfelder zu identifizieren, strategisch zu entwickeln und den zunehmend schnellen Veränderungen am Energiemarkt angemessen zu begegnen.

Im **Verkehrsbereich** werden Investitionen in umweltschonende Fahrzeuge, den Fahrgastkomfort und die quantitative Erweiterung des Liniennetzes das Ergebnis der Gesellschaft belasten. Die Corona-Pandemie wird sich auch in den Folgejahren weiterhin negativ auf das Ergebnis des Verkehrsbereichs auswirken, da der ÖPNV aufgrund von Homeoffice-Regelungen weniger stark genutzt wird. Hier bleibt abzuwarten, wie das Deutschland-Ticket die Nachfrage nach dem ÖPNV verstärkt. Unklar ist auch, wie sich das neue Landesnahverkehrsgesetz auf die ÖPNV-Finanzierungsströme auswirken wird. Zudem

können aus künftigen umweltrechtlichen Bestimmungen und umweltrelevanten Bundes- bzw. Landesfördermitteln Risiken oder Chancen für den Verkehrsbereich resultieren. Für das Jahresergebnis 2023 wird von einem Fehlbetrag im niedrigen zweistelligen Millionenbereich ausgegangen.

Besondere Bedeutung wird künftig auch die Kostenfolge des Geschäftsbereiches Erwerb und Errichtung, sowie das Vorhalten und der Betrieb von **Schwimmbädern** auf die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns haben. Dieser Bereich sieht sich auf Grund der aktuellen Baumaßnahme einem deutlichen Anstieg der Baupreise ausgesetzt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der zuletzt gesetzte Kostenrahmen bis zum Abschluss der Baumaßnahmen im zweiten Quartal 2024 aller Voraussicht nach ausreichen.

Hinsichtlich der Chancen merkt die Geschäftsführung an, dass im **Energiesektor** seitens der evm die gezielte Ausweitung der vertrieblichen Wertschöpfung mit Erdgas- und Stromprodukten eine Chance darstellt.
Durch Kundenbindungs- und (Re-)Akquisemaßnahmen, auch durch den in der evm Service GmbH betriebenen Door-to-Door Vertrieb, bestehen Chancen auf eine höhere Zahl an Kundinnen und Kunden im Energievertrieb. Durch eine stetige Beschaffungsoptimierung sollen die an den Energiemärkten aufgrund von Preisschwankungen bestehenden Chancen genutzt werden.
Der Ausbau und die Entwicklung neuer kerngeschäftsnaher Dienstleistungen und Geschäftsfelder, insbesondere in den Bereichen Metering, E-Mobilität, Heizung und Photovoltaik, bieten Möglichkeiten, Gewinne zu erwirtschaften. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund steigender Nachfrage nach Wärmepumpen und (Mini-)Photovoltaikanlagen. Hier bestehen zudem Chancen auf Synergien mit dem Energievertrieb durch Cross-Selling.
Weitere Chancen ergeben sich insbesondere aus neuen Beteiligungen und Kooperationsprojekten. Auch die anstehende kommunale Wärmeplanung eröffnet Chancen für die zukünftige Ausrichtung.

Im **Verkehrsbereich** besteht die Chance durch eine sachgerechtere Aufteilung der Einnahmen im VRM künftig höhere Erlöse zu erzielen. Die Novellierung des Landesnahverkehrsgesetzes und die damit neu zu regelnde ÖPNV-Finanzierung könnte auch positive Auswirkungen haben. Die vom Bund den Ländern auch für den ÖPNV zur Verfügung gestellten Mittel (z. B. Regionalisierungsmittel) werden sich in den kommenden Jahren tendenziell erhöhen. Auch das Deutschlandticket kann zu einer stärkeren Nutzung des ÖPNV-Angebots führen.
Die im Jahre 2024 anstehende Novellierung des Nahverkehrsplan der Stadt Koblenz kann zu einem zielgruppenorientierteren Angebot des ÖPNV-Angebots führen. Dies kann zu einer besseren Ergebnislage des Unternehmens führen.

Die Geschäftsführung der Muttergesellschaft stellt abschließend fest, dass die zukünftige Entwicklung des Konzerns (trotz aller Risiken) weiterhin positiv eingeschätzt wird. Die Entwicklungen im Energie-, Verkehrs- und Badbereich sind herausfordernd und können dazu führen, dass eine Gewinnausschüttung in der bisherigen Höhe nicht aus dem operativen Jahresgeschäft erwirtschaftet werden kann. Die Gesellschaft prüft daher diverse Kosteneinsparpotentiale sowie Ertragssteigerungspotentiale unter Einbezug der Beteiligungsunternehmen.

*Koblenzer Wohnungsbau GmbH*

Die Geschäftsleitung rechnet mit einer positiven Entwicklung des Unternehmens. Die Prognose aus 2021 für das nun abgeschlossene Geschäftsjahr 2022 hat sich hinsichtlich einer soliden Geschäftslage bestätigt.

Das Risiko von maßnahmen- und rückstandsbedingten Mietausfällen ist grundsätzlich vorhanden, aber wegen der weiter hohen Nachfrage nach preisgünstigen Wohnungen gering.

Die preisfreien Wohnungen werden an die ortsübliche Vergleichsmiete gemäß Mietspiegel herangeführt. Ertragsverzichte werden möglichst abgebaut. Insgesamt sind Vermietungssituation und Wohnungsnachfrage stabil und führen zu gestiegenem Umsatz.

Der Immobilienbestand wird kontinuierlich weiter optimiert, um am Wohnungsmarkt nachhaltig erfolgreich zu bleiben. Dies erfolgt durch Neubau, Modernisierung und Sanierung zur Anpassung an die aktuellen Markt-gegebenheiten; auch unter energetischen Gesichtspunkten. Die Entwicklung der Nebenkosten des Wohnens zu begrenzen, wird anspruchsvoller.

Auch der Einsatz zeitgemäßer Informationstechnologie und rationelle Arbeitsabläufe gewährleisteten den Geschäftsverlauf im Geschäftsjahr 2022. So wurde, auch unter dem Eindruck der Corona-Pandemie, die Digitalisierung der Arbeitsabläufe vorangetrieben. So ist mobiles Arbeiten schon heute alltäglich. Dieser Weg wurde anhand unseres Digitalisierungskonzeptes in 2022 konsequent weitergegangen, unter anderem wurde Ende des Jahres die digitale Personalakte eingeführt.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresüberschuss von rund 654 T€ erwartet.

Für das Geschäftsjahr 2022 wurde ein Jahresüberschuss von rund 1.053 T€ erwartet.

Zu den Chancen merkt die Geschäftsführung an, dass die Sanierung der Liegenschaften auf ein zeitgemäßes technisches Niveau die Position am Koblenzer Wohnungsmarkt sichert. Die große Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum führt zu einer auf hohem Niveau verstetigten Vermietungsquote. Zur Ergänzung des Bestandes sollen auch zukünftig weitere Neubaumaßnahmen realisiert werden, sofern geeignete Grundstücks-flächen zur Verfügung stehen.

*Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz*

Es sind keine wesentlichen Änderungen in der Geschäftspolitik zu erwarten. Die wirtschaftliche Lage kann nach über 20- jähriger, erfolgreicher Tätigkeit nach Gründung des Eigenbetriebes als gefestigt betrachtet werden.

Die weitere Entwicklung des Eigenbetriebes für die nächsten Jahre wird grundsätzlich positiv beurteilt. Die Kläranlage Koblenz ist auf dem Weg sich zu modernisieren, um die anstehenden gesetzlichen Anforderungen auch in Zukunft bestmöglich erfüllen zu können. Diese Herausforderungen, sowie die Kostensteigerungen im Bereich der Baukosten, der Unterhaltungskosten (insbesondere im Bereich der Energiekosten und Betriebschemikalien) und der Personalkosten führen jedoch nach derzeitigem Kenntnisstand zu einer Reduzierung des Jahres-ergebnisses bis hin zu einem negativen Ergebnis in den Folgejahren. Aufgrund des anhaltenden Krieges und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in 2023 wird in Zukunft auch nicht mit einer Entspannung der Lage gerechnet. Laut Wirtschaftsplan wird im Wirtschaftsjahr 2023 mit einem Jahresergebnis von 2.652 T€ gerechnet.

Die Investitionen in den nächsten Jahren liegen in den Bereichen Kanalerneuerung bzw. -sanierung, der Optimierung des Kanalnetzes durch den Bau von weiteren Regenrückhaltemöglichkeiten, sowie der Optimierung des Prozessleitsystems, der Erneuerung der Maschinentechnik, sowie der Sanierung der biologischen Reinigungsstufe im Klärwerk. Die weitere Sanierung der baulichen und maschinentechnischen Teile im Klärwerk wird ein Schwerpunkt bei den Investitionen darstellen. Hier liegt der Focus in der Optimierung des Klärschlammprozesses in Hinblick auf die Nutzung der im Zuge des Life + errichteten Anlagen hin zu einer energieautarken Kläranlage mit einer autonomen Klärschlammentsorgung. Die Abnahme der Anlage zur energetischen Verwertung von Klärschlamm von der Firma Kopf SynGas GmbH & Co. KG erfolgte im Dezember 2021.
Der Betrieb der Anlage gestaltet sich jedoch aufgrund des geringeren Schlammanfalles nahezu unmöglich. Hier werden zurzeit die Möglichkeit der Annahme von fremden Nass- und Trockenschlamm von Kommunen geprüft und Vereinbarungen zur interkommunalen Zusammenarbeit mit der Kommunalen Klärschlammverwertungs-anstalt Rheinland-Pfalz geschlossen. Aktuell laufen Gespräche mit der Betreiberfirma über die verschiedenen Möglichkeiten des Weiterbetriebs der Anlage.

Grundsätzlich sind nahezu alle Investitionen von Preissteigerung und Materialknappheit betroffen. Der anhaltende Krieg zwischen der Ukraine und Russland verschärft die Situation vor allem auch im Hinblick auf die Energieversorgung. Notstromkonzepte werden entwickelt, um auch hier unabhängiger zu werden und im Extremfalle handlungsfähig zu bleiben. Weiterhin versucht das Klärwerk mit der Errichtung neu geplanter Photovoltaikanlagen seine Unabhängigkeit auszubauen. Auch eine Erneuerung der BHKW`s soll zeitnah erfolgen, um mit leistungsfähigeren Modulen mehr Eigenstrom produzieren zu können.

Chancen sieht die Werkleitung im Bereich der Personalgewinnung. Positiv für den öffentlichen Dienst sind vor allen Dingen die grundsätzlich auf Dauer angelegten Beschäftigungsverhältnisse zu nennen oder bezogen auf die Stadt Koblenz, die vorhandenen flexiblen Beschäftigungsmöglichkeiten (Vollzeit/ Teilzeit, flexiblen Arbeitszeiten in vielen Aufgabenbereichen) oder die zumindest für Büroberufe vorhandenen Möglichkeit der Arbeit im Homeoffice.

*Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle*

Für das Jahr 2023 ist ein Verlust in Höhe von T€ 389 geplant und durch den Werkausschuss genehmigt worden. Aufgrund der Umstrukturierung zum 31.12.2022 ist von einer positiven Veränderung im Ergebnis auszugehen.

Zu den Chancen merkt die Werksleitung an, dass diese für den Eigenbetrieb in der geschäftlichen Entwicklung der Koblenz-Touristik GmbH liegen. Für diese gilt es, Konzepte und Ideen zu entwickeln, mit neuen Formaten, die zu einem besseren Ergebnis führen und somit den DAWI-Zuschuss verringern können.

Die Rhein-Mosel-Halle ermöglicht aufgrund ihrer Kapazitätsgröße, eine Vielzahl von Kongressen und Tagungen in Präsenz durchzuführen. Ergänzend dazu wird das Angebot durch die Durchführung von hybriden Veranstaltungen, die virtuelles und analoges Tagen ermöglichen, ausgebaut, um Koblenz weiter als innovativen Kongressstandort zu etablieren. Die Neugestaltung und der Ausbau des gastronomischen Angebotes sowohl in der Rhein-Mosel-Halle als auch im Kurfürstlichen Schloss (hier läuft der Pachtvertrag mit dem bisherigen Pächter zum 30.04.2023 aus) in Eigenregie bieten zudem Potentiale, eigene, kreative Ideen zu entwickeln und zu vermarkten.

*Koblenz-Touristik GmbH*

Für das Jahr 2023 war ursprünglich ein Ergebnis von T€ -76 geplant und durch die Gesellschafterversammlung genehmigt worden. Durch die Umstrukturierung zum 31.12.2022 ist von einer Änderung im Ergebnis auszugehen, Prognosen werden zur Zeit erstellt.

Zu den Chancen merkt die Geschäftsführung an, dass nach dem Rückgang des Tourismus aufgrund der Coronakrise bereits in 2021 ein Aufschwung der Branche zu erkennen war, welcher sich in 2022 fortgesetzt hat.

Die Nachfrage nach Individual- und Nahurlaub ist durch die Coronakrise weiterhin enorm gestiegen, und Koblenz und die Region haben diesbezüglich viel zu bieten. Die Lage am Oberen Mittelrheintal und an der Mosel machen Koblenz weiterhin zu einem attraktiven Urlaubsziel. Die Besucher*innen haben hier die Möglichkeit, eine sehr gute Kulturregion zu erleben. Die Themen Wein, Wandern und Radfahren spielen für Urlauber*innen ebenfalls eine große Rolle, welche Koblenz und die Region perfekt umsetzen kann. Dieser Trend wird sich weiterhin fortsetzen und hier gilt es, weiterhin gezielte Angebote und Werbemaßnahmen in diese Richtung auch mit regionalen Partnern weiterzuentwickeln.

Im Zuge dieser Werbemaßnahmen wurden einige Broschüren wie Stadtführungen und Tipps und Infos für Koblenz neu entwickelt. Erstmalig wurde auch ein Reisemagazin für Koblenz erstellt, welches auf Qualität und nicht auf Quantität setzt – ein Trend, der sich bei Besucher*innen nach der Coronapandemie ebenfalls positiv entwickelt und wovon die Stadt Koblenz und die Region profitieren.

Die Koblenz-Touristik GmbH wird erstmalig in 2023 den städtischen Flohmarkt übernehmen. Dieser wird von der Eventabteilung geplant und organisiert und aufgrund der Planungserfahrung ist davon auszugehen, dass auch diese Veranstaltung sich zukünftig weiterhin positiv in Koblenz etablieren wird

Auch interne Branchenveranstaltungen wurden bereits in 2022 gut aufgenommen, wie z.B. die Gästeführer-Saisonauftakt-Veranstaltung sowie das Tourismussymposium. Beide Veranstaltungen werden auch in 2023 wieder stattfinden und Ziel ist es, regionale Partner an sich zu binden, sich auszutauschen und den Tourismus in Koblenz weiterhin gemeinsam positiv zu entwickeln.

*Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH*

Die Geschäftsführung geht von sinkenden Erlösen in der Vermietung aus. Grund ist der zum 31.07.2023 auslaufende Mietvertrag der Gewerbeliegenschaft Ludwig-Erhard-Straße. Hinsichtlich der Nachvermietung laufen konkrete Verhandlungen und Planungen, jedoch werden in jedem Fall umfangreichere Umbauarbeiten notwendig. Für alle weiteren Immobilien kann von stabilen Erträgen ausgegangen werden.

Hinsichtlich der Einnahmen aus unseren Parkhäusern geht die Geschäftsführung von einer stabilen Nachfrage und aufgrund moderat angepasster Tarife von leicht steigenden Umsätzen aus.

Bei den Aufwendungen plant die Gesellschaft mit weiter hohen Ausgaben für Instandhaltung ihrer Immobilien.

Nachdem nahezu alle Gewerbegrundstücke veräußert wurden, wird die Entwicklung der vorhandenen Konversionsflächen im Vordergrund stehen. Die Gesellschaft plant bereits Ende 2023 mit ersten Verkäufen. Außerdem sollen weitere Gewerbegrundstücke und Grundstücke zur langfristigen Entwicklung erworben werden, sofern sich Opportunitäten ergeben.

Eine große Baumaßnahme in der „Universitätsstraße“ wird in 2023 beginnen, geplant ist eine Bauzeit bis Ende 2025.

Unter Anwendung des Vorsichtsprinzips weist die Planung für 2023 ein Ergebnis vor Steuern von rd. 685 T€ und ein Ergebnis nach Steuern von rd. T€ 409 aus.

Zu den Chancen merkt die Geschäftsführung an, dass die Vermietung von Dauerstellplätzen in der Innenstadt als weiterhin stabil auf hohem Niveau eingeschätzt wird.

Das Angebot von Gewerbegrundstücken innerhalb des Stadtgebietes ist unverändert gering. Dementsprechend ist die Entwicklung von zusätzlichen Flächen mit Chancen verbunden.

Das in 2020 erworbene Büroobjekt „Ludwig-Erhard-Straße“ kann, ausgehend vom derzeitigem Planungs- und Gesprächsstand und nach einer Umbauphase, einen nachhaltigen und weiter stabilisierenden Einfluss auf die geschäftliche Entwicklung der WFG Koblenz mbH nehmen.

Neue Bauvorhaben können das Immobilienportfolio weiter verjüngen und bei einer guten Aufnahme durch den Markt die Erträge der Gesellschaft langfristig steigern.

Im Bereich der Verwaltungsimmobilien sind gegenüber dem Vorjahr keine nennenswerten Veränderungen zu erwarten.

Die Mietwohnungen können aufgrund ihrer Lage von einem stabilen bis leicht steigenden Mietniveau profitieren.

*Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen*

**Chancen im Grünflächenwesen**

Durch die **Bundesgartenschau** ist die Bedeutung der Grün- und Freiflächen für die Stadt Koblenz auch in der breiten öffentlichen Wahrnehmung deutlich geworden. Daher besteht eine große Akzeptanz für das öffentliche Grün und dessen zentrale Bedeutung für die Lebensqualität und die Attraktivität als Wohn- und Wirtschafts-standort, die in der Bevölkerung und den politischen Gremien bewusst sind und anerkannt werden. Diese Entwicklung soll durch die Marke **„Koblenzer Gartenkultur“** gestärkt und verstetigt werden, die federführend durch den Eigenbetrieb 67 in Kooperation mit den Freunden der Bundesgartenschau Koblenz 2011, der General-direktion Kulturelles Erbe, der Seilbahn Koblenz und der Koblenz Touristik getragen wird. Hinzu kommt, dass mit dem **Masterplan Grün 2011+** eine langfristige Strategie für den öffentlichen Freiraum vorliegt, deren Ziele über das Bundesgartenschaujahr 2011 deutlich hinausgehen. Mit diesem strategischen Gesamtkonzept zur Sanierung sowie nachhaltigen Entwicklung und Unterhaltung der Grünflächen im Stadtgebiet kann dieser positive Trend gefestigt werden. Die künftige Entwicklung des Betriebszweiges als Dienstleistungsbetrieb wird sich an der politischen Entscheidung ausrichten, welchen Stellenwert öffentliche Freiräume in der Stadt langfristig einnehmen werden. Ebenso positiv ist die Bereitstellung von Sanierungsmitteln aus den Fördertöpfen des Landes und des Bundes, sie helfen den bestehenden Sanierungsrückstau abzubauen und Qualität in die Quartiere zu bekommen.

Als wesentliche Grundlage wird seitens des Eigenbetriebes zurzeit eine konsequente Gesamtsteuerung zur Bewirtschaftung der städtischen Grün- und Freiflächen aufgebaut. Neben dem Masterplan Grün 2011+, mit dem die planerisch konzeptionellen Rahmenbedingungen sowie die Prioritätensetzung der erforderlichen Maßnahmen erfolgen, stellt das **Grünflächeninformationssystem** (GRIS) die wesentliche Komponente dar. Dass um die **Betriebsdatenerfassung** ergänzte Grünflächeninformationssystem wird weiter zu einem betrieblichen Steuerungsinstrument ausgebaut und soll mittelfristig auch zur Verbesserung der Kapazitätsplanung beitragen und damit für eine gesamtbetriebliche Ressourcensteuerung zur Verfügung stehen.

**Chancen im Bestattungswesen**

Die beschriebenen Trends der zunehmenden Individualisierung, der Gliederung des Marktes in niedrig- und hochpreisige Segmente sowie die Organisation oder Übernahme der Grabpflege als Dienstleistung erfordern eine grundlegende Neupositionierung des kommunalen Bestattungswesens. In den letzten Jahren wurden daher im Bestattungswesen ein **verstärktes Informations- und Beratungsangebot** und eine deutliche **Ausweitung des Angebots** an Bestattungsformen umgesetzt.

Hierbei zeigt sich, dass die Möglichkeit, sich besser auf die unterschiedlichen Zielgruppen sowohl im Service-angebot als auch im Produktportfolio einzustellen, deutliche Chancen der Entwicklung ermöglicht. Künftig muss es gelingen durch eine nochmals deutlich verbesserte Information der Öffentlichkeit bereits frühzeitig eine Bindung an die kommunalen Friedhöfe und die dortigen Angebote herzustellen und so weitere Abwanderungen zu verhindern. Gleichzeitig bietet die individuelle Beratung die Möglichkeit, qualitativ hochwertige Angebote besser zu platzieren. Die erfolgte Fächerung des Angebots ermöglicht es, stark nachgefragte Bestattungs-formen verstärkt anzubieten und weiterzuentwickeln. Gleichzeitig besteht die Chance, konkret Angebote als Alternativen für nicht mehr nachgefragte Grabarten zu unterbreiten und zu entwickeln.

Parallel muss die Chance, gezielte Angebote aus der differenzierten Gestaltung der zahlreichen Friedhöfe zu entwickeln, genutzt werden. Die **Friedhofsentwicklungsplanung** wird dazu beitragen, Aussagen zu treffen, auf welchen Friedhöfen künftig welche Entwicklungen umsetzbar sein werden. Die parkartige Umgestaltung künftig weniger intensiv genutzter Friedhöfe und Friedhofsteile ist beispielsweise eine Chance, die neue attraktive Bestattungsformen bei gleichzeitiger Reduzierung des Pflegeaufwands ermöglichen kann. Auch die Verdichtung der Grabnutzung in einen Kernbereich der Friedhöfe wird die Möglichkeit neuer Nutzungsangebote auf den Überhangflächen bringen. Eine Nutzung könnte zum Beispiel im Ausgleich von Vegetationsflächen gesehen werden, da im Zuge der anhaltenden Bautätigkeit in der Stadt immer mehr Ersatzflächen für verlorengegangene Vegetation benötigt werden. Selbst der Verkauf von Überhangflächen ist denkbar. Grundsätzlich allerdings sind diese Entwicklungen erst einmal abzuwarten, denn wie die Pandemie gezeigt hat, gibt es Ereignisse, die einen Bedarf auf weitere Flächen im Bereich der Friedhöfe hervorrufen können.
Eine weitere Chance besteht darin, Einäscherung und Beisetzungen zunehmend in gemeinsamen Angeboten zu bewerben. Dieser durch private Krematorien verstärkt verfolgte Weg eröffnet die Chance, die **Stärken eines kommunalen Krematoriums** mit den vorhandenen Bestattungsmöglichkeiten auf den kommunalen Friedhöfen direkt zu verbinden. Hier besteht aktuell die Möglichkeit, die bestehenden **Kostenvorteile**, die sich aus dem Vorhandensein entsprechender Flächen ergeben, im Wettbewerb zu **nutzen**. Die Stärken des Krematoriums in Bezug auf Kompetenz und Transparenz müssen weiter herausgestellt werden, denn diese gewinnen im Wettbewerb weiter an Bedeutung. Auch eine Erneuerung der Ofenlinien im Krematorium und die damit verbundenen Veränderungen von Strukturen können zu einer neuen Platzierung am Markt führen. Die bereits begonnenen Vorbereitungen hierfür haben in den letzten Jahren zu einer besseren Auslastung des Krematoriums geführt.

*Kommunaler Servicebetrieb Koblenz*

Ab 1. Januar 2017 erfasst der Kommunale Servicebetrieb Koblenz in eigener Zuständigkeit das überlassungs-pflichtige Altpapier über Altpapiercontainer auf Wertstoffstandplätzen sowie Straßensammlungen. Zwischenzeitlich wurden für den Zeitraum 2022 bis 2024 die Mitbenutzungskonditionen (Anlage 7) der dualen Systeme an der Papiererfassung und -verwertung vereinbart.

Auf Grund der umsatzsteuerlichen Entwicklung wurde die mit dem Landkreis Cochem-Zell geschlossen Zweck-vereinbarung frühzeitig aufgelöst und die Aufgaben auf den AZV übertragen. Hiermit verbundene Synergie-effekte entfallen zukünftig für den kommunalen Servicebetrieb und wurden im Berichtsjahr durch den Landkreis Cochem-Zell vereinbart. Die Bezahlung der Ausgleichsforderung erfolgt entsprechend der ursprünglichen Vertragslaufzeit in Teilbeträgen.

Für den Bereich Straßenunterhaltung werden Grundlagen weiter aktualisiert und in das Straßeninformations-system eingepflegt; mit der Maßnahme sollen insbesondere Unterhaltungs- und Erhaltungsleistungen weiter optimiert und in einem „Masterplan Straßen“ fortgeschrieben werden.

In den Bereichen Straßenunterhaltung und Straßenbeleuchtung wird dauerhaft versucht, kostenoptimierend tätig zu werden, um den stark steigenden Baupreisen entgegenzuwirken. Die Bemühungen haben es ermöglicht, dass hier verwendete Budget in den letzten Jahren nahezu konstant zu halten.

Auf Grund des Fachkräftemangels und der Rohstoffpreise steigen die Baupreise weiter an, was zwangsläufig dazu führen wird, dass zur weiteren Gewährleistung der Verkehrssicherheit eine Anpassung des Budgets stattfinden muss.

Auf Grund der Gremienentscheidungen zum Radentscheid sind weiterhin erhöhte Unterhaltungsmaßnahmen zur Qualitätssicherung und Verbesserung der Radwegeinfrastruktur und dem Winterdienst nötig.

Neben der Umsetzung der Konzeption zur Prüfung der Standsicherheit von Beleuchtungsmasten führt der Betriebszweig Elektrowerkstatt die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung fort. Die Umrüstung auf LED wird ebenfalls eine Budgetanpassung mit sich ziehen.

Die aktuelle Lage in den Bereichen der Energie- und Rohstoffkosten, Lieferschwierigkeiten und Fachkräfte-mangel werden sich in der kommenden Periode fortsetzen. Die innerbetrieblichen Kalkulationen müssen hierauf permanent überprüft werden.
Darüber hinaus wird sich der Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst entsprechend kostensteigernd auswirken. Gleiches gilt für die in den nächsten Jahren steigenden Kosten der CO2-Abgabe auf die Verbrennung von Siedlungsabfällen.

Der Kommunale Servicebetrieb muss bei der Fahrzeugbeschaffung die gesetzlichen Anforderungen bezüglich klimafreundlicher Antriebe erfüllen. Diese Fahrzeuge sind aktuell ca. zweieinhalbmal so teuer wie herkömmliche Fahrzeuge. Die Quoten müssen auch unabhängig von Förderungen erfüllt werden.

Der Eigenbetrieb plant die umfassende Digitalisierung aller Betriebszweige. Insbesondere wird hier auch der Kontakt zum Bürger betroffen sein. Entsprechende Mehraufwendungen für die erstmalige Einführung sind in den Planungen mit aufzunehmen.

Die im Frühjahr 2023 erfolgten Gebührenanpassung in den Betriebszweigen Abfallwirtschaft und Straßenreinigung wird sich positiv auf die Betriebsergebnisse der genannten Betriebszweige auswirken. Die Gebühren-kalkulation wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf alle drei Jahre angepasst.

*Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum*

Die Entwicklung der Informationstechnologie erfordert nach wie vor die permanente Anpassungsfähigkeit des Betriebs von Hard- und Software unter Berücksichtigung neuester Sicherheitserkenntnisse und aktueller Bedrohungslagen.

Nach dem Netzausbau und der flächendeckenden Versorgung der Verwaltungsarbeitsplätze werden weiterhin Konsolidierungspotenziale insbesondere im Bereich der Softwaregestellung und Prozesse untersucht. Und das Drittkundengeschäft wächst im Rahmen der erwarteten Größenordnung kontinuierlich.

Der Gewinn lt. Jahresabschluss 2022 beträgt 316.426,42 €. Für das Wirtschaftsjahr 2023 wird ebenfalls ein positives Ergebnis erwartet. Die Eigenkapitalquote liegt bei 79,5 v. H. Die Liquidität ist zudem weiterhin konstant positiv und der Eigenbetrieb ist stets in der Lage, aus den vorhandenen und geplanten Mitteln die notwendigen Investitionen für den Mutterkonzern der Stadt und für das Drittkundengeschäft zu finanzieren.

Für die Personalentwicklung ergibt sich folgendes Bild:

Sowohl die hohe Komplexität einer modernen IT-Umgebung als auch die Vielzahl der zu leistenden IT-Projekte belasten das Personal des KGRZ weiterhin in einem hohen Maße. Erschwerend kommt hinzu, dass die heterogene Umgebung in den meisten Einzelbereichen ein hohes Maß an Spezialistenwissen erfordert, welches in den meisten Fällen nicht redundant vorgehalten werden kann. Dies führte häufig zu einer Zuspitzung der Belastung auf immer wieder die gleichen Personen.

In der Gesamtbetrachtung werden auch in 2023 die personellen Ressourcen insgesamt voll ausgelastet sein und auch weiterhin Überstunden an einigen Stellen nicht vermeidbar sein. Auch die technische Basis wird entsprechend der zu erwartenden höheren Anforderungen weiterhin permanent anzupassen sein.

Die vom KGRZ durchgeführte Personalbedarfsanalyse für 2024 sieht eine weitere leichte Personalbedarfs-steigerung, welche sich neben der Ausweitung des Drittgeschäfts auch aus der deutlichen Mengen- und Servicesteigerung der Stadtverwaltung Koblenz im Besonderen durch die Digitalisierungsmaßnahmen im Bereich der Schulen, die neuen mobilen Arbeitskonzepte, die deutlich schwierigere Sicherheitslage als auch die weiterhin hohe Zahl an Entwicklungs- und Integrationsprojekten ergibt. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, werden voraussichtlich insgesamt 3,0 neue Stellen in den Stellenplan für das Jahr 2024 eingestellt. Alle Stellen sind im Wirtschaftsplan des KGRZ über Erlös- bzw. Mengenmehrungen finanziert. Die notwendige Gegenfinanzierung aus dem Bereich des Kernhaushaltes erfolgt durch eine Anpassung der Abrechnungs-pauschalen sowie durch die vorhandene Vermehrung der Anzahl an abzurechnenden Pauschalen. Im Bereich des Schulnetzes wird die Finanzierung aus dem Budget der Schulverwaltung sichergestellt.

Im Bereich des Personal-Recruiting zeichnet sich allerdings eine immer schwieriger werdende Situation für den IT-Bereich ab. Ausgebildete IT-Spezialisten können mit den Entgelten des TVöD kaum gewonnen werden. Die Zahl und die Qualität der Bewerbungen sind deutlich rückläufig. Die durchaus positiven Änderungen im Bereich des TVöD für den IT-Bereich sind zwar zu begrüßen, reichen jedoch im Wettbewerb mit dem freien Markt nicht aus. Das KGRZ setzt daher verstärkt auf eigene Aus- & Weiterbildung sowie die Zusammenarbeit mit Umschulungs- & Ausbildungspartnern. Mit Blick auf die Personalbindung und -gewinnung sind darüber hinaus mit dem Amt für Personal und Organisation auch Modelle entwickelt worden, die eine Verbeamtung von Personal im Bereich von kritischen Aufgabenbereichen ermöglicht. In einem ersten Schritt konnte die Verbeamtung von zwei Mitarbeitern des KGRZ erreicht werden.

Zu den Chancen merkt die Werkleitung an, dass sich diese dadurch bieten können, dass sich weitere Kommunen und öffentliche Einrichtungen in Rheinland-Pfalz im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit entschließen, das KGRZ als Betriebsstätte des ZIDKOR auch für ihren eigenen IT-Betrieb zu nutzen. Durch Ressourcenbündelung und Komplexitätsabbau können durch eine zunehmende interkommunale Zusammenarbeit Synergieeffekte genutzt werden. Mit Blick auf Bestandsleistungen, kritische IT-Infrastrukturen und der Anwendung der DSGVO im kommunalen Umfeld stellen wir seitens der Werkleitung in der gelebten Praxis fest, dass diese im Marktumfeld bestenfalls unzureichend von privaten Dritten bedient werden können. Aus diesem Grund sehen wir auch hier eine gute Chance im Ausbau der Rechenzentrumskopplung mit der KDZ Mainz, der sog. K2-Plattform.

Auf dieser Basis ergeben sich unterschiedlichste Produkttypen, die in diesem Zusammenhang angeboten werden können:

Kommunenhosting: vollständige Virtualisierung von Servern und Clients und Nutzung des KGRZ als vollumfänglichen RZ-Dienstleister; Nutzung des RZ als Softwaredienstleister; Housing; Kommunale Cloud-Services; Externe Datensicherung

In jeder dieser Möglichkeiten sehen wir Potentiale, den Ausbau von Kundenbeziehungen weiter fortzuschreiben.

Insbesondere sehen wir es als Chance, das KGRZ über die enge Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem Rechenzentrum der Stadt Mainz (KDZ) strategisch fest in der kommunalen IT Landschaft Rheinland-Pfalz als verlässlichen Partner zu verankern.

## I. Risikobericht

*Kernverwaltung Stadt Koblenz*

Die Risiken, die aus Sicht der Stadt Koblenz bestehen, sind im Prognosebericht dargestellt.

*Teilkonzern Stadtwerke Koblenz GmbH*

Die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns wird, wie in 2022 auch, in den Folgejahren durch die Beteiligungen der Muttergesellschaft insbesondere im Energie- und Verkehrsbereich geprägt sein. Hinzu kommt ein Verlustausgleich für das im Bau befindliche Hallenbad.

Auf Grundlage der vorliegenden Planungen und nach derzeitiger Kenntnis ist mit einem niedrigeren (im einstelligen positiven Millionenbereich) **Konzernergebnis** zu rechnen. Dies wird sich entsprechend auf Eigenkapitalrentabilität sowie -quote auswirken.

Im **Energiebereich** erwartet die evm AG für das Geschäftsjahr 2023 ein Geschäftsergebnis, das leicht unter dem Niveau des aktuellen Berichtsjahres aber nach derzeitigem Stand im Planansatz liegt. Allerdings bleiben die Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs weiterhin als zentrales operatives Risiko bestehen.
Die energiepolitischen Entscheidungen im Jahr 2023 werden weiterhin von den Auswirkungen des Russland-Ukraine-Kriegs geprägt sein. Daneben wird vor allem die Gesetzgebung zur verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung und dem Gebäude-Energie-Gesetz von Bedeutung sein.
Vor dem Hintergrund der politischen, technologischen und wirtschaftlichen Trends nimmt der Druck auf die traditionellen Geschäftsmodelle der Energiewirtschaft weiter zu. Zugleich eröffnen sich neue Geschäfts-möglichkeiten am Energiemarkt. Der evm stehen daher große Herausforderungen bevor, erfolgversprechende Geschäftsfelder zu identifizieren, strategisch zu entwickeln und den zunehmend schnellen Veränderungen am Energiemarkt angemessen zu begegnen.

Im **Verkehrsbereich** werden Investitionen in umweltschonende Fahrzeuge, den Fahrgastkomfort und die quantitative Erweiterung des Liniennetzes das Ergebnis der Gesellschaft belasten. Die Corona-Pandemie wird sich auch in den Folgejahren weiterhin negativ auf das Ergebnis des Verkehrsbereichs auswirken, da der ÖPNV aufgrund von Homeoffice-Regelungen weniger stark genutzt wird. Hier bleibt abzuwarten, wie das Deutschland-Ticket die Nachfrage nach dem ÖPNV verstärkt. Unklar ist auch, wie sich das neue Landesnahverkehrsgesetz auf die ÖPNV-Finanzierungsströme auswirken wird. Zudem können aus künftigen umweltrechtlichen Bestimmungen und umweltrelevanten Bundes- bzw. Landesfördermitteln Risiken oder Chancen für den Verkehrsbereich resultieren. Für das Jahresergebnis 2023 wird von einem Fehlbetrag im niedrigen zweistelligen Millionenbereich ausgegangen.

Besondere Bedeutung wird künftig auch die Kostenfolge des Geschäftsbereiches Erwerb und Errichtung, sowie das Vorhalten und der Betrieb von **Schwimmbädern** auf die wirtschaftliche Entwicklung des Konzerns haben. Dieser Bereich sieht sich auf Grund der aktuellen Baumaßnahme einem deutlichen Anstieg der Baupreise ausgesetzt. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird der zuletzt gesetzte Kostenrahmen bis zum Abschluss der Baumaßnahmen im zweiten Quartal 2024 aller Voraussicht nach ausreichen.

Aus heutiger Sicht bestehen insgesamt keine bestandsgefährdenden Risiken.

*Koblenzer Wohnungsbau GmbH*

Das Risikomanagement erhält die Zahlungsfähigkeit und sichert das Eigenkapital. Auch zukünftig werden wesentliche Teile der Jahresüberschüsse den Rücklagen zugeführt, um unter anderem den umfangreichen zusätzlichen finanziellen Anforderungen im Neubau und der zusätzlichen energetischen Ertüchtigung der Bestände, gerecht werden zu können.

Risikoreiche Finanztransaktionen und Sicherungsgeschäfte werden nicht getätigt. Das Anlagevermögen ist branchenüblich langfristig finanziert. Mit langen Zinsfestschreibungen, einer zeitlichen Streuung sowie dem Instrument der Endtilgerdarlehen werden Zinsänderungsrisiken reduziert.

Unsicherheiten bestehen weiter im Hinblick auf schlechtere immobilienwirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie mögliche Zinserhöhungen, insbesondere bei öffentlichen Baudarlehen. Die Abwicklung der Darlehen der abgeschlossenen Schulsanierung erfolgt vertragsgemäß.

Veränderungen rechtlicher, wirtschaftlicher und steuerrechtlicher Rahmenbedingungen können Risiken bergen. Dies gilt insbesondere, wenn diese Änderungen auch Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt in Koblenz haben. Die einseitige Fokussierung auf Klimaneutralität - insbesondere des Bundes - birgt wirtschaftlichen und sozialen Sprengstoff. Dies kann zu Spannungen in den Quartieren führen. Die weiterhin begleitenden Weltpolitischen „Störungen“ bleiben herausfordernd.

Insgesamt sieht die Geschäftsführung Risiken in sich verschlechternden gesetzlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen für die Immobilienwirtschaft. Die Vielzahl von gleichzeitigen weltpolitischen und nationalen Krisen stellen auch die Gesellschaft vor große Herausforderungen. Auf Grund der kontinuierlichen Optimierung des Wohnungsbestandes und der anhaltend hohen Nachfrage nach preiswertem Wohnraum ist das Unternehmen gut aufgestellt.

Die Geschäftsführung stellt fest, dass aus jetziger Sicht und für die überschaubare Zukunft keine den Bestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennbar sind.

*Eigenbetrieb Stadtentwässerung Koblenz*

Die hoheitliche Aufgabe zur Abwasserbeseitigung minimiert das Risiko des Eigenbetriebes. Die Liquiditätslage ist überdurchschnittlich, so dass keine neuen Kredite aufgenommen werden mussten. Ein Währungsrisiko besteht nicht.

Grundsätzlich wird im Bereich der privaten Haushalte weiterhin Wasser gespart. Die Schmutzwassermenge stagniert trotz steigender Einwohnerzahl (+250). Größeren Schwankungen unterliegt das industrielle Abwasser, da die Produktion der Firmen maßgeblich von der allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesamtsituation abhängt. Bedingt durch die Corona- Pandemie kam es zu einem erheblichen Rückgang bei den Schmutzwassergebühren. Koblenz hat ein großes Einzugsgebiet mit vielen Tagespendlern. Der Trend von vermehrtem Homeoffice hält weiterhin an. Eine erneute Krankheitswelle kann jederzeit wieder Einschränkungen und Veränderungen für die Stadtentwässerungen bedeuten und verminderte Gebühreneinnahmen zu Folge haben.

Seit Anmietung der Büroflächen am Bahnhofplatz 9 Anfang 2021 steigen die Miet- und Nebenkosten aufgrund von jährlicher Verbraucherpreisindexanpassungen und steigender Energiekosten kontinuierlich an. Zudem wird aufgrund der steigenden Mitarbeiterzahl eine weitere Etage im Laufe des 2. Halbjahres 2023 unerlässlich. Bedingt durch den Klimawandel und die steigenden Temperaturen werde Hitzeschutzmaßnahmen erforderlich, die jedoch aufgrund der Tatsache, dass es sich hier um eine angemietete Fläche in einem denkmalschützten Gebäudes handelt, schwierig umzusetzen sind. Der Bau eines Verwaltungsgebäudes auf dem im Besitz der Stadtentwässerung befindlichen Grundstücksflächen gegenüber dem Klärwerksgelände in Wallersheim kann dem Risiko weiterer Preissteigerungen vorbeugen. Zudem führt ein modernes Bürogebäude nach neustem energetischen Standard zu einer wesentlichen Verbesserung und Unabhängigkeit im Bereich der Energie.

Der weiteren Preiserhöhung bei den Energiekosten, insbesondere bei den Stromkosten, versucht der Werkleiter durch Investitionen in eine „Energieautarke Kläranlage“ entgegenzuwirken.

Die Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung ist am 03. Oktober 2017 in Kraft getreten. Diese Verordnung regelt im Wesentlichen Änderungen der Klärschlammverordnung, aber auch andere Rechtsverordnungen werden hiervon erfasst. Ziele der neuen Klärschlammverordnung sind ein mittelfristig flächendeckender Einsatz technischer Verfahren für eine Phosphorrückgewinnung aus Klärschlamm, Klärschlammmonoverbrennungsaschen oder auf Grundlage eines anderen technischen Weges und eine Verringerung der mit der bodenbezogenen Klärschlammverwertung verbundenen Schadstoffeinträge in Boden und Grundwasser. Spätestens bis zum 31. Dezember 2023 müssen alle Klärschlammerzeuger, die eine Abwasserbehandlungsanlage betreiben, einen Bericht über die geplanten und eingeleiteten Maßnahmen zur Sicherstellung der durchzuführenden Phosphorrückgewinnung und über den Phosphatgehalt ihres Klär-schlamms der zuständigen Behörde vorlegen.
Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, hat die Stadtentwässerung eine Anlage zur energetischen Verwertung von Klärschlamm durch die Firma Kopf SynGas GmbH & Co. KG errichtet. Die Prüfung der Verwertbarkeit des Phosphors aus der in Koblenz gewonnenen Asche läuft. Veränderungen zu den gesetzlich geregelten und einzuhaltenden Grenzwerten bei der Entsorgung können immer wieder Anpassungen notwendig machen und Mehrkosten verursachen.

Im Zuge eines Grundstücksverkaufs der Stadt Koblenz an die Sparkasse Koblenz wurde festgestellt, dass durch das Grundstück u.a. Abwasserleitungen des Eigenbetriebs laufen und für die in der Vergangenheit keine Grunddienstbarkeit eingetragen wurden. Dies soll im Jahr 2023 erfolgen.

Als Risikofaktoren im Bereich der Personalgewinnung sieht die Werkleitung, dass die Gewinnung geeigneter Fachkräfte inzwischen in allen Berufssparten eine zentrale Herausforderung für fast jeden Arbeitgeber ist. Sowohl in den Ingenieur- und Technikerberufen als auch in den Bereichen EDV, Verwaltung und Handwerk fehlen in qualitativer und quantitativer Hinsicht die geeigneten Bewerber (w/m/d), um die auftretenden Stellenvakanzen abzubauen.

Dabei sind die Risikofaktoren der Personalgewinnung nicht nur in den finanziellen Rahmenbedingungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst zu sehen, sondern auch und vor allem in der demografischen Entwicklung und den geänderten Ansprüchen und Möglichkeiten der Bewerberinnen und Bewer-

ber. Seit einigen Jahren ist erkennbar, dass sich die Auswahlmöglichkeiten zunehmend von der Arbeitgeberseite zugunsten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verlagert, die für sich inzwischen die attraktivsten Beschäftigungs-angebote auswählen können.

Darüber hinaus besteht auch aufgrund der zahlreichen Behörden in und um Koblenz eine zusätzliche Konkurrenzsituation (BAAINBw, Landesbetrieb Mobilität etc.) in Bezug auf diejenigen, die sich für den öffentlichen Dienst entscheiden.

*Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle*

Der Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle ist durch die erheblichen Investitionen in die Sanierung der Rhein-Mosel-Halle mit hohen Abschreibungen, Zins- und Tilgungszahlungen belastet.

Ein positives Jahresergebnis wird bis Ende 2022 lediglich durch die zurzeit noch hohe Ausschüttung der Dividende der evm AG erzielt.

Ab 2023 ist der Eigenbetrieb Rhein-Mosel-Halle wieder operativ tätig im Bereich der kurzfristigen Vermietung in Rhein-Mosel-Halle und Kurfürstlichem Schloss. Die zurzeit hohe Inflation führt diesbezüglich zu erhöhten Einkaufspreisen bei den Lieferanten. Gegebenenfalls muss hier eine Preisanpassung nach oben an die Kunden erfolgen, um weiterhin ein positives Ergebnis erzielen zu können. Dies könnte für Unzufriedenheit im Kunden-umfeld sorgen.

Darüber hinaus ist mit einer Erhöhung der Ausgleichszahlung gemäß Betrauungsakt zu rechnen, da auch die Koblenz-Touristik GmbH von der hohen Inflation betroffen ist. Auch der abgeschlossene Tarifvertrag im öffentlichen Dienst stellt diesbezüglich ein Risiko dar; die Umsatzerlöse bei der Koblenz-Touristik GmbH können die hohen Personalkosten nicht kompensieren.

Trotz guter Geschäftslage überdenkt die evm AG ihre Ausschüttungspolitik. Mit Rückgängen der Dividende muss gerechnet werden.

Dem stehen relativ hohe Belastungen aus der Sanierung und/oder dem Aufbau der Rhein-Mosel-Halle entgegen. Einer sich eventuell verschlechternden Ertragslage stehen somit fixe Kostenblöcke gegenüber.

*Koblenz-Touristik GmbH*

Soweit es sich bei den Leistungen um DAWI handelt, sind die Risiken durch die Ausgleichsvereinbarung im § 3 Betrauungsakt abgedeckt, solange die Leistungsfähigkeit des Eigenbetriebes nicht überschritten wird.

Für die Leistungen, die nicht DAWI sind, ist zumindest Kostendeckung anzustreben. Ziel muss es jedoch sein, gewinnorientiert zu arbeiten und damit den Ausgleichsbetrag für DAWI zu verringern.

Der Bereich Hafen leistet einen großen Beitrag zur Eigenfinanzierung. Nach der Coronapandemie ist auch weiterhin eine positive Tendenz zu erkennen. Trotzdem bleibt weiterhin kritisch abzuwarten, inwieweit sich die Kreuzfahrt-Reedereien auch wegen des Klimawandels grundsätzlich neu aufstellen und an ihren Konzepten arbeiten müssen. Sicherlich werden auch Reedereien von Insolvenzen betroffen sein. Die explodierenden Einkaufspreise bei den Stromanbietern stellen ebenfalls ein hohes Risiko dar.

Ein großes Risiko besteht weiterhin aufgrund des nun schon über ein Jahr andauernden Ukraine-Krieges. Internationale Gäste, vor allem aus den USA, sind von einem Krieg in Europa abgeschreckt und könnten ihre gerade wiedergewonnene Reiselust nach der Coronapandemie wieder verlieren.

Im Bereich der Gästeführungen, die einen weiteren Beitrag zur Finanzierung leisten, wurde und wird das Angebot laufend qualitativ erweitert. Risiken bestehen hier vor allem in kurzfristigen Stornierungen von größeren Gruppen, die zwar langfristig gebucht haben, aber aufgrund von der hohen Inflation kurzfristig einzelne Führungen wieder stornieren. Der Forderung nach immer kürzeren Stornofristen könnte die Koblenz-Touristik GmbH nur unter erheblichen finanziellen Risiken nachkommen.

Die Liegenschaften, die mit Einbringungsvertrag an die Gesellschaft gegangen sind, beinhalten aufgrund ihres Alters ein gewisses Risiko. Belastungen durch ungeplante Instandhaltungen, insbesondere

beim Weindorf und dem Pegelhaus, sind möglichst zu minimieren. Besonders die Komplettsanierung des Weindorfes und die damit verbundene Schließung stellt ein hohes Risiko dar, auch aufgrund der explodierenden Preise besonders im Baubereich. Wie es mit dem Weindorf zukünftig weitergehen wird, ist noch offen und verschiedene Konzepte werden zur Zeit erarbeitet.

Auch Rhein in Flammen, die größte Veranstaltung in Koblenz, die weit bekannt ist und überregional Besucher*innen nach Koblenz lockt, wird sich neu aufstellen müssen, da die Rheinland-Pfalz-Tourismus GmbH die Veranstaltung letztmalig in 2023 hauptverantwortlich durchführen wird. Wie die Zukunft von Rhein in Flammen mit dem Schiffskonvoi und der Feuerwerke aussehen wird, ist noch ungewiss.

Wetterbedingt, d.h. durch mögliche Überschwemmungen, können unabwendbare Aufwendungen für den Campingplatz entstehen. Bei Eintreten eines solchen Ereignisses ist mit deutlichen Belastungen des Ergebnisses durch Rettungs- und Sicherungsmaßnahmen für die Anlagen des Campingplatzes zu rechnen.

Auch ein Aussterben der Innenstädte, wovon auch Koblenz betroffen ist, verstärkt das Risiko. Viele Einzelhändler haben ihre Kunden im Zuge der Coronapandemie an den Online-Handel verloren, der Trend setzt sich nun fort. Die Einzelhändler generieren keine oder weniger Einnahmen, es drohen Insolvenzen. Durch leerstehende Flächen sinkt die Attraktivität der Stadt Koblenz, was auch einen negativen Einfluss auf den Tourismus hat.

Auch der Klimawandel wird für die Zukunft eine große Rolle spielen. Hitzewellen, Dürreperioden oder Hoch-bzw. Niedrigwasser haben Einfluss auf den Tourismus. In dem Zusammenhang spielt auch das Umstellen auf klimafreundliches Heizen eine große Rolle. Das Wirtschaftsministerium will den Einbau von Öl- und Gasheizungen untersagen. Zur Zeit arbeitet man an einem Gesetzesentwurf. Diese Thematik und die zur Zeit hohe Inflation in allen Bereichen verunsichert die Menschen, weil sie nicht wissen, welche Kosten in welcher Höhe in den nächsten Jahre auf sie zukommen. Das wenige Geld wird für den täglichen Konsum benötigt, Genuss und Urlaub treten in den Hintergrund.

*Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH*

Der Krieg in der Ukraine hat für die Tätigkeit der WFG Koblenz mbH keine unmittelbaren Auswirkungen. So existieren keine geschäftlichen Beziehungen mit Unternehmen oder Institutionen aus Russland, Ukraine oder Belarus. Die mittelbaren Folgen, wie Unsicherheiten bei der Versorgungssicherheit mit Erdgas, gestiegene Preise bei Material und Personal bei unseren Auftragnehmern sowie steigende Finanzierungskosten betreffen jedoch auch die Geschäftsbereiche der WFG Koblenz in vielfältiger Weise. Käme es beispielsweise zu einer akuten Gasmangellage, würden unsere Liegenschaften nur noch eingeschränkt oder nicht mehr mit Gas versorgt. Mietminderungen wären ggf. die Folge. Die absehbare Erforderlichkeit, die bestehende Gebäudesubstanz schneller als zuvor angenommen auf alternative Wärmeversorgung umzustellen, wird hohe Mittelaufwendungen verursachen. Bei steigenden Zinsen kann dies durch Preis- und Mengeneffekt die Finanzierungskosten erhöhen und die Ertragskraft des Unternehmens senken.

Bei Realisierung eines möglichen Bauvorhabens in der Altstadt von Koblenz (Hotel Herletweg) sehen wir das Risiko eines möglichen Wertverlustes unserer angrenzenden Liegenschaften „Nagelsgasse“. Ob der für das Vorhaben notwendige Bebauungsplan rechtskräftig wird und ob das Bauvorhaben realisiert wird, ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht bekannt. Die WFG Koblenz beabsichtigt weiter ihre Interessen im förmlichen Verfahren geltend zu machen und zu wahren.

Die Entwicklung und Vermarktung von Gewerbegrundstücken stellen ein gewisses Risiko dar. Hier wird zum einen auf die weiterhin unsicheren Konjunkturindikatoren verwiesen. Steigende Anforderungen aus Naturschutz und Entwässerung können zu Kostensteigerungen und Verringerung der veräußerbaren Flächen führen.

Die Vermögenslage der Gesellschaft schätzen wir jedoch als so stabil ein, dass die geplanten Mittel auch über einen längeren Zeitraum wirtschaftlich nachhaltig finanziert werden können.

Eine erneute Verschärfung der Pandemielage, bzw. die sich daraus ableitenden Maßnahmen, sind derzeit nicht zu erkennen, können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Sofern es dazu kommt, werden sie sich absehbar wieder unmittelbar auf die Ertragslage in unseren Parkhäusern auswirken.

Mit weiter hohen Instandhaltungsmaßnahmen soll dem Risiko aus alternden Bestandsimmobilien entgegengewirkt werden. Rohstoffmangel und Preissteigerungen auf der Beschaffungsseite können hierbei zusätzliche Kostensteigerungen auslösen.

Da die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH kapitalintensiv wirtschaftet, stellt die langfristige Sicherung des Anlagevermögens einen besonderen Schwerpunkt in unserer mittel- und langfristigen Planung dar. Es existiert ein entsprechend ausgerichtetes Risikomanagement und Berichtswesen.

Aus der Finanzplanung ergeben sich keine Anzeichen, dass die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Koblenz mbH in absehbarer Zeit ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen könnte.

*Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen*

**Risiken im Grünflächenwesen**

Im Grünflächenwesen besteht eine Korrelation zwischen der **gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** und deren unmittelbaren Einfluss auf die Finanzkraft der Kommunen. Starke gesamtwirtschaftliche Rückgänge und damit verbundene Einnahmerückgänge der Kommunen, wie sie sich aus den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise ergeben haben, stellen ein bedeutendes Risiko für die Umsatzentwicklung dar.

Unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stellt die **Verschuldung der kommunalen Haushalte** verbunden mit Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, wie sie auch in der Stadt Koblenz beschlossen sind, ein erhebliches Risiko für die Umsatzentwicklung dar.

Diesem Risiko wird mit einer stetigen Verbesserung der Steuerung des Personal-, des Maschineneinsatzes und der Fremdvergaben entgegengewirkt.

Ein **zentrales Risiko** des Betriebszweigs liegt jedoch weiterhin in der dauerhaften **Sicherung der Pflege** und Unterhaltung **der im Zuge der Bundesgartenschau 2011 geschaffenen Flächen** und **Freiraumqualitäten und jener Flächen, die aufgrund der städtischen Entwicklung hinzukommen**. Die Finanzierung der Pflege und Unterhaltung der neu hergestellten Flächen ist zwar zurzeit über finanzielle Mittel gesichert, allerdings ist die personelle Ausstattung lediglich auf die außerhalb der eigentlichen Gartenschau zu pflegenden Flächen zum Zeitpunkt der BUGA 2011 abgestimmt.
So ergibt sich aus dem Risiko einer sinkenden Finanzkraft der Stadt Koblenz und mit dem beschlossenen Konsolidierungskurs des städtischen Haushalts ein **hohes Risiko** bezüglich der Sicherung der Freiraumqualitäten.

Ein weiteres Risiko besteht im Bereich der zur Verfügung stehenden Kapazitäten. Der Eigenbetrieb ist bisher in der Lage gewesen, zusätzlich zugeordnete Aufgaben mit eigenem Personal und Finanzmitteln zu kompensieren und möglichst wirtschaftlich umzusetzen. Auch künftig wird es zusätzliche Aufgaben geben, die sich im Themenbereich des Eigenbetriebes bewegen und dort sinnvoll untergebracht sind. Durch zunehmende Aufgabenvielfalt, z. B. für den Bereich Planung und Bau sowie im Bereich Pflege und Instandhaltung, ergeben sich neue An-forderungen an die Betriebssteuerung und das Controlling. Eine sinnvolle Ergänzung weiterer Aufgaben im Eigenbetrieb erfordert somit in allen Bereichen eine **zielgerichtete Erweiterung von Kapazitäten sowohl im operativen wie auch im administrativen Bereich**. Dies bekräftigt auch die aktuelle Situation auf dem Markt, wo für Grünflächenpflege oder auch Planungsleistungen immer weniger Kapazitäten zur Verfügung stehen. Ein gesundes Verhältnis zwischen Fremdvergaben und Eigenleistungen liegt bei 70 % zu 30 %. Hier gelingt es Steuerungsaufgaben gut umzusetzen und die richtige Wahl eines fachlich geeigneten Unternehmens für Arbeits- und Dienstleistungen zu generieren. Leider hat sich das Verhältnis der Auftragsabwicklung in den letzten Jahren deutlich verschlechtert, die einzukaufenden Leistungen liegen bereits bei über 40 %. Der Einfluss der Aufgaben- und Qualitätssteuerung wird für den Eigenbetrieb somit geschwächt, was ein großes Risiko bedeutet. Die Garantie Aufgaben in verabredeter Qualität zu erledigen, geht allmählich verloren, wenn man nicht durch eine Erhöhung des Personalbestandes einen Ausgleich schafft.
Im operativen Bereich bietet die Ausbildung in der Stadtgärtnerei eine gute Perspektive Kapazitäten zu erhalten oder zu ergänzen. Der immer spürbarer werdende Fachkräftemangel auf dem Markt kann so im gärtnerischen Bereich annähernd kompensiert werden.

Im Zuge des **Masterplans Grün 2011+** wurde ein Handlungsprogramm für den öffentlichen Freiraum erarbeitet, welches die zentralen Themen, so genannte Leitthemen, für den städtischen Freiraum formuliert. Die Objekte mit Freiraumdefiziten sowie Sanierungsrückstau wurden in einer Tabelle erfasst,

um die Erneuerung über eine Priorisierung anzugehen. Aufgrund der aktuell vielen Fördermöglichkeiten sind bereits einige Grünanlagen und Freiraumobjekte dieser Liste auch ohne Priorisierung in die Überarbeitung gekommen. Im Gegenzug dazu kommen jährlich neue Freiräume aufgrund ihres Alters in den Sanierungsbedarf und müssen im Masterplan Grün 2011+ gelistet und beraten werden. So kann auf lange Sicht eine hohe Freiraumqualität in Koblenz aufrecht gehalten werden. Das Risiko fehlender Finanzmittel ist zurzeit nicht besonders hoch, wie beschrieben stehen für Investitionen viele Fördermöglichkeiten zur Verfügung. Ein Risiko stellt die laufende Unterhaltung dar, denn diese Mittel werden jährlich neu verhandelt.

Im Bereich Stadtbaummanagement wird das Baumkataster regelmäßig fortgeschrieben, der Baumbestand erhöht sich somit um die Bäume, die entweder neu gepflanzt werden oder die bereits im Bestand sind, aber durch angrenzend neue Nutzungen aus Verkehrssicherungsgründen ins Kataster aufgenommen werden müssen.
Die Risiken bezüglich des städtischen Baumbestandes bleiben aufgrund der klimatischen Veränderungen bestehen. Erste Maßnahmen zur Standortverbesserung wurden umgesetzt und zeigen Erfolg. Nach wie vor liefert das Stadtbaumkonzept die notwenigen planerischen Grundlagen zur Reduzierung dieser Risiken im Zuge der Erneuerung des Stadtbaumbestandes. Aufgrund erforderlicher Planungsleistungen für neue Baumstandorte und der vorrangigen Nachpflanzung vorhandener Baumstandorte, konnten Maßnahmen zur Herstellung neuer Baumstandorte im Berichtsjahr nur teilweise umgesetzt werden. In den kommenden Jahren werden die Planungen für neue Baumstandorte, Sanierung bestehender Baumstandorte und die Optimierung der Baum-pflege vorangebracht. Da der Baumbestand zunehmend an Bedeutung gewinnt, stehen auch jährlich ausreichend Mittel für die Pflege zur Verfügung. Mit Blick auf den Klimaschutz und mit dem Ziel die Baumstandorte für die Zukunft zu rüsten, ist der Eigenbetrieb an Versuchsprojekten beteiligt, die eine Standortverbesserung von Baumstandorten beabsichtigen. Hier ist das Thema Schwammstadt, Regenwassernutzung vor Ort, Vorgabe, um Erkenntnisse zu einem künftigen Ausbau von Baumstandorten zu bekommen. Ergänzt durch Sensoren im Boden soll eine Standortbewertung später möglich sein. Dies erscheint unabdingbar, wenn man die Baumstandorte im Kernstadtbereich erhalten und weiterentwickeln möchte.

Mit der Entscheidung die Planungen zu einem Neubau des Betriebshofes in der Beatusstraße zur Umsetzungs-reife zu bringen, wurde die Position des Eigenbetriebs 67 als „Generalunternehmer Grün“ gestärkt und für die Zukunft gerüstet. Der Ausbau weiterer Leistungen für den grünen Bereich scheint nun möglich.

Daher wird das Risiko erheblicher **Umsatzrückgänge durch Organisationsveränderungen** aktuell als **gering** eingestuft.

**Risiken im Bestattungswesen**

Das Risiko **sinkender Gebühreneinnahmen** ist weiterhin als **hoch** einzustufen. So besteht die Gefahr der Abwanderung von Bestattungen auf kommunalen Friedhöfen, beispielsweise durch eine Konzentration von Urnenbeisetzungen durch Krematorien, die Nutzungsrechte auf öffentlichen Friedhöfen erwerben. Eine Abnahme der **Bestattungszahlen** führt zu einem entsprechenden Umsatzrückgang und zu reduzierten Zuführungen zum Rechnungsabgrenzungsposten. Eine Fortsetzung dieses Trends würde den bestehenden Kostendruck nochmals erheblich verstärken und hätte deutliche Reduzierungen der bisherigen Pflegestandards zur Folge. Erfreulicherweise konnten im Berichtsjahr 51 mehr Urnenbeisetzungen verzeichnet werden, dem steht ein Rückgang der Erdbeisetzungen um 11 gegenüber.

Dem Risiko sinkender Gebühreneinnahmen wird mit der weiteren Entwicklung eines vielfältigeren und stärker bedarfsorientierten Angebots der Bestattungsformen entgegengewirkt. Dies bezieht sich zum einem auf die Qualität der vorhandenen Friedhöfe und Bestattungsmöglichkeiten sowie Optimierung von Arbeitsprozessen durch die Einbindung von leichter zu pflegenden Grabarten. Weiterhin soll diesem Risiko durch eine verstärkte Beratung entgegengewirkt werden.

Ein **regulatorisches und politisches Risiko** besteht weiterhin darin, auch private Friedhöfe zuzulassen, wofür es in der europäischen Union bereits Beispiele gibt. Hinzu kommt, dass auch in der Bundesrepublik in einzelnen Bundesländern Überlegungen bestehen, den Bestattungszwang für Urnen durch entsprechende Änderungen der Bestattungsgesetze zu lockern bzw. aufzuheben. Damit hat sich dieses Risiko verschärft und ist als **hoch** einzustufen. Mit der Stärkung der Positionen des Friedhofswesens im Städtetag wird im Rahmen der Mitarbeit in entsprechenden Arbeitskreisen diesem Risiko entgegengewirkt.

Bezüglich der Umsatzerlöse des **Krematoriums** hat sich wiederholt die private Konkurrenz in der Nähe sowie in der Eifel erheblich ausgewirkt. Der sich verschärfende Wettbewerb und Kostendruck hält nach wie vor an, die bereits bestehenden Überkapazitäten auf diesem Markt und die räumliche Dichte der Krematorien im Großraum Bonn/Koblenz können auch weiterhin zu einem **Verdrängungswettbewerb** führen. Im Berichtsjahr ist die Einäscherungszahl grundsätzlich als stabil zu bezeichnen. Das **Risiko** für den Betrieb des Krematoriums ist aktuell überschaubar, der Markt kann sich jedoch aufgrund kürzerer Reaktionszeiten schneller verändern und dann die aktuelle Stabilität gefährden, neue Angebote den Markt stark verändern. Diesem Risiko setzt der Eigenbetrieb vor allem eine Strategie der Qualitätssteigerung und der Stärkung von Transparenz und Seriosität eines öffentlichen Krematoriums entgegen. Neben dem eingeführten Qualitätssiegel und den neuen Kombi-Angeboten wird weiterhin nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Dienstleistung gesucht, um mittelfristig eine Steigerung der Einäscherungszahlen zu erreichen.
Parallel müssen die Arbeitsprozesse und der Personaleinsatz optimiert werden, um die Kosten in einem angemessenen Rahmen zu halten. Auch wird regelmäßig geprüft, ob technische Verbesserungen helfen die Betriebskosten zu senken.

Auf der Aufwandseite stellen steigende Aufwendungen für die **Pflege und Unterhaltung der Friedhofsflächen** ein hohes Risiko dar. Insbesondere der **bestehende Investitionsstau** bei den vorhandenen Anlagen, der anteilig zunehmenden Flächen öffentlichen Grüns und die steigenden Anforderungen an die Pflegequalität führen zu einem deutlich höheren Aufwand. Hiermit ist ein **erhebliches Kostenrisiko** verbunden, dem mit einer verstärkten Kostenkontrolle auf der Grundlage einer deutlich verbesserten Erfassung des Einsatzes der geleisteten Personal- und Maschinenstunden entgegengewirkt wird. Mittlerweile wird auf der Grundlage der Erfassung der Flächeninhalte eine auf die Ebene der Grabfelder basierende Betriebsdatenerfassung umgesetzt. Zur Risiko-minderung trägt auch die Umsetzung der Friedhofsentwicklungsplanung bei, allerdings ist hierfür eine Einzel-bearbeitung der Friedhöfe unabdingbar.

Weiterhin besteht für den Betriebszweig ein finanzielles Risiko durch den **neuen Friedhof Güls**. Nach der Entscheidung den Friedhof nicht für die Belegung freizugeben, wurden bereits in Vorjahren außerplanmäßig Investitionen in Höhe von 146 T€ abgeschrieben. Offen bleibt, ob die vom Land Rheinland-Pfalz in Höhe von 74 T€ gewährten **Fördermittel**, die aktivisch von den Investitionen abgesetzt wurden, in dem Fall der Zuführung der Flächen zu einem anderen Verwendungszweck zurückzuzahlen sind. Unabhängig von der weiteren Verwendung der Flächen wird zu Grunde gelegt, dass der Buchwert bei einer Rückgabe der Flächen an die Stadt Koblenz als Einrichtungsträger vollständig erstattet wird und eventuelle Forderungen Dritter übernommen werden. In diesem Zusammenhang besteht das Risiko der Zahlung eines unterhalb des Buchwertes liegenden Grundstückspreises durch den Einrichtungsträger. Wobei sich hier eine mögliche Teilnutzung der Flächen zur Abrundung der städtebaulichen Entwicklung für das so genannte „südliche Güls“ ergeben könnte, so dass das Risiko nunmehr als **mittel** eingestuft wird.

*Kommunaler Servicebetrieb Koblenz*

**Verpackungsgesetz**

Entsprechend den Vorgaben des Verpackungsgesetzes (VerpackG), hier § 22 VerpackG „Abstimmung“, wurde im März 2020 - rückwirkend zum 1. Januar 2019 - für das Gebiet der Stadt Koblenz mit der Duales System Deutschland GmbH als Verhandlungsführerin der dualen Systeme für das Gebiet der Stadt Koblenz, die Abstimmungsvereinbarung geschlossen, wobei die Anlage 7 „Mitbenutzung der PPK-Sammelstruktur für rest-entleerte Verpackungen aus Papier, Pappe und Karton (PPK) gemäß § 22 Abs. 4 VerpackG“ am 31. Dezember 2021 endete.
Anfang 2022 wurde die Anlage 7 erneut mit der Duales System Deutschland GmbH verhandelt und gilt bis Ende 2024. Der VKU konnte sich gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden (KSV) und Dualen Systemen auf ein neues Muster der Anlage 7 einigen. Dieses wird von beiden Seiten unterstützt und wurde als Basis der Verhandlungen genutzt. Die Systeme können nun einen Herausgabeanspruch auf den sie betreffenden Teil des Sammelgemischs geltend machen. In diesem Fall kommt ein Wertausgleich auf Basis des Wertunterschiedes zwischen grafischen Papieren und Verpackungspapieren zum Tragen.

Weiterhin wurde für die Jahre 2022 bis 2024 die Anlage 4 des Verpackungsgesetzes (Glas) neu verhandelt. Hier konnte erstmals eine Kostenbeteiligung der Dualen Systeme bei der Bereitstellung von Behältern zur Sammlung von Glas an Unterflurstandorten vereinbart werden.

**Steuerliche Entwicklung**

Mit in Kraft treten des § 2 b UStG zum 01. Januar 2016 wurde die Frage der umsatzsteuerlichen Behandlung von Tätigkeiten juristischer Personen des öffentlichen Rechts neu geregelt. Der Stadtrat hat hierzu am 02. November 2017 unter Berücksichtigung seines Beschlusses vom 10. November 2016 beschlossen, die abgegebene Optionserklärung gem. § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz (UStG) gegenüber dem Finanzamt Koblenz zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zu widerrufen und die Verwaltung zu beauftragen, die bisher eingeleiteten Prüfungsmaßnahmen auf die Eigenbetriebe auszuweiten.
Die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände hat im Juni 2019 gegenüber dem Ministerium der Finanzen im Rahmen einer Stellungnahme zu einem Referenten-Entwurf zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften den Vorschlag unterbreitet, eine Verlängerung der Übergangsregelung für die erstmalige verpflichtende Anwendung der neuen Abgrenzungskriterien für die Umsatzsteuerpflicht der juristischen Personen des öffentlichen Rechts (§ 2 b UStG) um zwei Jahre vorzunehmen. Hintergrund waren offensichtlich noch nicht mit der Finanzverwaltung geklärte Auslegungsfragen zum § 2 b UStG.
Mit dem Corona-Steuerhilfegesetz vom 19. Juni 2020 wurde die bisherige Übergangsregelung zu § 2 b UStG bis zum 31. Dezember 2022 verlängert.
Auf Ebene des Abfallzweckverbandes Rhein-Mosel-Eifel wurde zwischenzeitlich gegenüber der Finanzverwaltung ein Antrag auf verbindliche Auskunft für die steuerliche Bewertung einer möglichen interkommunalen Zusammenarbeit gestellt.
Auf Grund des Ergebnisses der verbindlichen Auskunft und weiterer juristische Gutachten ist davon auszugehen, dass Leistungen des Abfallzweckverbandes gegenüber seinen Mitgliedern weiterhin steuerfrei bleiben. Die interkommunale Zusammenarbeit zwischen Koblenz und dem Landkreis Cochem-Zell sollte nach damaligem Sachstand ab dem 01.01.2023 steuerpflichtig werden. Die Vereinbarung zur Zusammenarbeit ist auf Grund der Gutachten und drohenden steuerlichen Auswirkungen auf Wunsch des Landkreises Cochem-Zell hin, in gegenseitigem Einvernehmen, vorzeitig zum 31.12.2022 aufgelöst worden. Planmäßig hätte die interkommunale Zusammenarbeit am 31.12.2027 geendet. Es wurde darauf geachtet, dass der Kommunale Servicebetrieb sich durch die vorzeitige Auflösung wirtschaftlich nicht schlechter stellt als bei einer Fortführung des Vertrages.
Der Landkreis Cochem-Zell hat sich zur Zahlung von T€ 1.064 aufgrund der vorzeitigen Vertragsauflösung verpflichtet. Diese Forderungen und der korrespondierende Ertrag sind im vorliegenden Jahresabschluss enthalten. Dieser Effekt wurde bei der Gebührenkalkulation 2023-2025 als Deckungsbeitrag bereits berücksichtigt.
Im Dezember 2022 ergab sich kurzfristig die Möglichkeit, die bisherige Übergangsregelung zu § 2 b UStG erneut zu verlängern. Diese Möglichkeit wurde von der Stadtverwaltung Koblenz genutzt.
Im Zuge der Änderung des Umsatzsteuergesetzes wurden sämtliche Geschäftsvorfälle des Eigenbetriebes aus steuerlicher Sicht neu bewertet.

**Deponien**

Der Betriebszweig Abfallwirtschaft umfasst auch die Nachsorge der rekultivierten, ehemaligen Deponie Nieder-berg, welche mit den Risiken - insbesondere aus Sickerwasserbildung, Erosionsschäden, Setzungen, Rutschungen und Gasbildung - die eine solche Anlage birgt, behaftet ist. Auf der Grundlage der von der Aufsichtsbehörde ergangenen Rekultivierungs- und Nachsorgebescheide erfolgt die Kontrolle, Wartung, Reparatur sowie Nachsorge der Altdeponie. Ein Ingenieurbüro hat 2020 die Bewertung und Aktualisierung der Nachsorgeaufwendungen durchgeführt. Infolge der Neubewertung im Jahre 2020 wurde ein Nachsorgezeitraum bis zum Jahr 2053 angenommen. Diese Bewertung wurde in 2022 durch den Betrieb fortgeschrieben und aufgrund der aktuellen zu erwartenden Entwicklungen der Baupreise waren die Rückstellungen insgesamt um T€ 1.952 anzupassen.

Die Stadtverwaltung Koblenz ist Inhaber der abfallrechtlichen Erlaubnis zur Errichtung und Betrieb einer Deponie für Erdaushub und unbelasteten Bauschutt in der Gemarkung Wallersheim und Neuendorf. Derzeit laufen Abstimmungsgespräche mit der SGD-Nord und dem Betreiber (Fa. Hasenbach) zum Abschluss der Verfüllung bzw. Stilllegung der aufgefüllten Flächen.

**Bioabfallqualität**

Die Bioabfallqualität weist weiterhin siedlungstypische Verunreinigungen auf, die auf Grund der neuen Bioabfallverordnung nur noch in geringem Ausmaß toleriert werden. Hier muss der Eigenbetrieb die Öffentlichkeitsarbeit ausweiten und die Kontrollen der Biotonnen intensivieren, um die Bioabfallqualität deutlich zu verbessern. Anderenfalls werden zukünftig die Bioabfälle an der Behandlungsanlage abgewiesen und müssen mit erheblichen Mehrkosten als Restabfall entsorgt werden.

**Corona-Pandemie und Ukraine Krieg**

Die im Zuge der Corona-Pandemie steigenden Rohstoffpreise und Lieferengpässe haben sich durch den Ukraine Krieg nochmals deutlich verstärkt. Die Preise für Betriebsmittel und Kraftstoff lagen 2022 deutlich über den kalkulierten Preisen und beeinflussten entsprechend das Betriebsergebnis.

Die ebenfalls gestiegenen Strompreise machen sich bemerkbar und werden einerseits das Betriebsergebnis und im Bereich der Straßenbeleuchtung den städtischen Haushalt beeinflussen.

Auf dem aktuell angespannten Arbeitsmarkt ist eine Nachbesetzung von freien Stellen mit Fachkräften deutlich schwieriger geworden, was dazu führt, das vakante Stellen nicht immer zeitnah besetzt werden können.

**Baupreisentwicklungen**

Die Baupreisentwicklung der letzten Monate macht sich gerade im Bereich der Straßenunterhaltung und Straßenbeleuchtung bemerkbar und erhöht die Kosten zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht deutlich. Parallel dazu gestiegene Ansprüche im Bereich des Radverkehrs belasten den Betriebszweig sowohl monetär als auch personell.

Für geplante Investitionen in die Infrastruktur des Betriebes werden sich die Baupreise ggf. ebenfalls kosten-steigernd auswirken.

**Gebührenanpassung**

Die negativen Betriebsergebnisse der letzten Jahre in den Bereichen Abfallwirtschaft und Straßenreinigung in Verbindung mit den Preisentwicklungen am Rohstoffmarkt und der geplanten $CO_2$-Bepreisung erforderten nach langer Zeit die Anpassung der Gebühren in den beiden Betriebszweigen.

Sonstige bestandsgefährdende Risiken sind nicht erkennbar.

*Eigenbetrieb Kommunales Gebietsrechenzentrum*

In ihrem Bericht über das interne Kontrollsystem und das Risikomanagementsystem sieht die Werkleitung die Hauptrisiken für das KGRZ auf der betrieblichen Ebene. Für die Abwehr bzw. Minderung von Schäden durch Ausfall technischer Geräte sind verschiedene Vorkehrungen getroffen worden. Gegen Schäden durch Stromausfall sind die zentralen Komponenten im Rechenzentrum durch eine unterbrechungsfreie Stromversorgung und eine Netzersatzanlage abgesichert.

Datenverlusten wird durch tägliche Sicherung und Auslagerung in andere Gebäude vorgebeugt, es wird darüber hinaus ein Spiegeldatenbestand im 2. Brandabschnitt des Rechenzentrums vorgehalten. Für die Abwehr von Schäden durch Feuer wurden Vorkehrungen durch verschiedene Brandschutzmaßnahmen getroffen. Im Rechenzentrum wird eine Brandvermeidung mit Sauerstoffreduktion sowie eine RAS-Anlage betrieben.

Risiken, die sich aus dem Einsatz von Verfahren ergeben, werden durch Projektstrukturen (Betrachtung der fachlichen und wirtschaftlichen Einsatzkomponenten) gemindert. Die Dienstanweisung für das IT-Management der Stadtverwaltung Koblenz (DITMa) bietet eine hinreichende Grundlage für die Abgrenzung der Aufgaben der Auftraggeber- und Auftragnehmer Seite. Darüber hinaus wird gegenwärtig im Rahmen des AEP die städtische IT-Infrastruktur gehärtet.

Mit der Ausdehnung der im Internet angebotenen Dienstleistungen, Aktivitäten jeglicher Art und Anwendungen ist verstärkt gegen die von diesem Medium ausgehenden Gefahren Vorsorge zu treffen. Durch Vereinbarungen mit dem Provider, Ausbau und ständige Aktualisierung sowie dem gemeinsamen Betrieb entsprechender Sicherheitstechnik wurden sowohl organisatorische als auch technische Vorkehrungen getroffen. Darüber hinaus sind Penetrationstests geplant, um mögliche Schwachstellen zu analysieren und in der Folge zu beheben.

Es zeichnet sich ab, dass mittelfristig zunehmend Verfahren auf Basis des Internets und dort wiederum in interkommunaler Zusammenarbeit sowie Ebenen-übergreifend betrieben werden müssen. Für fast

alle Arbeitsplätze der Verwaltung ist ein permanenter Internet-Zugriff unerlässlich, ebenso erfolgt zunehmend der Zugriff auf das Netz der Verwaltung über das Internet, über Heimarbeitsplätze, Smartphones und Tablets. Da es sich in der überwiegenden Mehrzahl der hierbei verarbeiteten Daten um solche mit Personenbezug handelt, muss der zunehmenden Gefährdung dieser Daten angemessen begegnet werden. Darüber hinaus gibt es nur noch wenige Stellen in der Verwaltung, die ohne permanenten Zugriff auf die zentral beim KGRZ verwalteten Betriebs-Ressourcen - dies zunehmend auch außerhalb der Kern-Arbeitszeiten der Verwaltung - arbeitsfähig sind. Zur Sicherstellung der sich hieraus ergebenden Anforderungen ist eine Ausrichtung des Betriebs des KGRZ an den Anforderungen/Empfehlungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unumgänglich. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen werden in enger Abstimmung mit den Rheinland-pfälzischen kommunalen Spitzenverbänden umgesetzt. Im Einzelnen:

Die erforderlichen personellen Maßnahmen wurden ergriffen (Bestellung eines IT-Sicherheitsbeauftragten (IT-SiBe)). Die sich aus dieser Forderung ergebenden technischen Maßnahmen wurden genehmigt. Der RZ-Betrieb ist als sog. „dunkles Rechenzentrum“ - d.h. im Wesentlichen ohne ständiges Personal vor Ort - in Koblenz eingerichtet und löst so die seit 40 Jahren bestehende RZ-Betriebsstätte im Maschinensaal des Schängel-Center ab. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen wurden seitens des Landes mit einem erheblichen Zuschuss gefördert. Für den weiteren Ausbau im Bereich Notfallmanagement und Krisensicherheit trat eine 24/7-Rufbereitschaft in Kraft und mit Beginn des Jahres 2018 trat die Informationssicherheitsleitlinie (ISLL) des KGRZ in Kraft.

Ein zunehmendes Risiko sieht die Werkleitung in der Fähigkeit des öffentlichen Dienstes, geeignetes IT-Personal zu rekrutieren. Mit Blick auf die Sicherstellung des Gesamtbetriebes werden Spezialisten gebraucht, die zunehmend schwieriger am Markt zu finden sind. Insbesondere die gegenüber der freien Wirtschaft deutlich geringeren Vergütungsmöglichkeiten gereichen dem öffentlichen Dienst hier zum Nachteil. Das KGRZ versucht, diesem Trend mit Eigenausbildung und allen uns möglichen Mitteln entgegenzuwirken.

Bei der übrigen Geschäftstätigkeit sind die betriebswirtschaftlichen Risiken als relativ gering einzustufen. Die Kunden des KGRZ sind Institutionen der öffentlichen Verwaltung und gelten damit grundsätzlich als „bestands-sicher“. Dies gilt auch im Hinblick auf unternehmerische bzw. finanzielle Risiken.

Für den Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit ist die Unwägbarkeit eines nicht nennenswerten Ausbaus auf der Ebene des ZIDKOR deutlich kleiner geworden, da mit der Etablierung der K2 Umgebung eine starke strategische Positionierung des ZDIKOR und somit auch des KGRZ in Rheinland-Pfalz erreicht werden konnte. Wir treten weiterhin dafür ein, durch verstärkte Einbindung der Partner und Erweiterung des Produkt-portfolios den Auslastungsgrad des Rechenzentrums zu gewährleisten, als auch hohe Sicherheitsstandards interkommunal zu kommunizieren und im Nachgang auch zu etablieren.

# **Anlage 6** Anlagenübersicht

## Gesamt-Anlagenspiegel zum 31.12.2022

| | Bruttowerte | | | | | | Abschreibung | | | | | Buchwerte | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Stand 31.12.2021 | Zugang | Um-gliederung | Um-buchungen | Abgang | Stand 31.12.2022 | Stand 31.12.2021 | Zugang | Um-buchungen | Abgang | Stand 31.12.2022 | Stand 31.12.2022 | Stand 31.12.2021 |
| | *Euro* | *Euro* | | *Euro* | *Euro* | *Euro* | *Euro* | *Euro* | | *Euro* | *Euro* | *Euro* | *Euro* |
| **I. Immaterielle Vermögensgegenstände** | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten | 48.229.410,40 | 2.013.728,31 | 0,00 | 587.193,04 | 519.655,32 | 50.310.676,43 | 36.972.227,73 | 2.783.539,05 | 0,00 | 501.961,31 | 39.253.805,47 | 11.056.870,96 | 11.257.182,67 |
| 2. Geleistete Zuwendungen | 88.975.562,32 | 1.607.325,67 | 0,00 | 2.603.584,64 | 0,00 | 93.186.472,63 | 46.343.460,32 | 2.640.177,31 | 0,00 | 0,00 | 48.983.637,63 | 44.202.835,00 | 42.632.102,00 |
| 3. Gezahlte Investitionszuschüsse | 20.426.987,93 | 196.847,88 | 0,00 | 1.410.526,04 | 0,00 | 22.034.361,85 | 10.756.643,79 | 514.876,91 | 0,00 | 0,00 | 11.271.520,70 | 10.762.841,15 | 9.670.344,14 |
| 4. Geschäfts- und Firmenwerte | 197.745.139,45 | 17.730,00 | 0,00 | -314.712,56 | 0,00 | 197.448.156,89 | 83.309.980,09 | 7.124.135,85 | 0,00 | 0,00 | 90.434.115,94 | 107.014.040,95 | 114.435.159,36 |
| 5. Anzahlungen auf immat. Vermögensgegenstde. | 7.170.163,10 | 1.013.309,82 | 0,00 | -2.962.315,39 | 0,00 | 5.221.157,53 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 5.221.157,53 | 7.170.163,10 |
| | **362.547.263,20** | **4.848.941,68** | **0,00** | **1.324.275,77** | **519.655,32** | **368.200.825,33** | **177.382.311,93** | **13.062.729,12** | **0,00** | **501.961,31** | **189.943.079,74** | **178.257.745,59** | **185.164.951,27** |
| **II. Sachanlagen** | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Wald und Forsten | 24.563.707,30 | 0,00 | 0,00 | -1.259,58 | 318,43 | 24.562.129,29 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 24.562.129,29 | 24.563.707,30 |
| 2. Sonstige unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 99.343.452,03 | 2.471.360,67 | 0,00 | 547.958,63 | 155.492,13 | 102.207.279,20 | 2.673.637,61 | 384.150,50 | 0,00 | 0,00 | 3.057.788,11 | 99.149.491,09 | 96.669.814,42 |
| 3. Bebaute Grundstücke und grundstücks-gleiche Rechte | 787.010.788,94 | 5.380.296,57 | 0,00 | 12.859.841,45 | 3.923.126,24 | 801.327.800,72 | 305.286.061,10 | 16.214.553,80 | -2.584.047,03 | 24.594,88 | 318.891.972,99 | 482.435.827,73 | 481.724.727,84 |
| 4. Infrastrukturvermögen | 1.267.526.859,71 | 3.505.134,49 | 0,00 | 13.186.188,15 | 770.315,67 | 1.283.447.866,68 | 629.054.360,81 | 21.193.583,07 | 0,00 | 717.105,55 | 649.530.838,33 | 633.917.028,35 | 638.472.498,90 |
| 5. Bauten auf fremden Grund und Boden | 11.266.518,48 | 154.264,17 | 0,00 | 2.909.256,91 | 264.564,43 | 14.065.475,13 | 5.510.986,48 | 421.188,13 | 0,00 | 189.957,48 | 5.742.217,13 | 8.323.258,00 | 5.755.532,00 |
| 6. Kunstgegenstände, Denkmäler | 40.679.396,50 | 30.294,88 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 40.709.691,38 | 637.092,00 | 80.424,00 | 0,00 | 0,00 | 717.516,00 | 39.992.175,38 | 40.042.304,50 |
| 7. Maschinen, technische Anlagen, Fahrzeuge | 1.468.766.251,92 | 33.825.601,76 | 0,00 | 11.781.409,93 | 5.087.372,16 | 1.509.285.891,45 | 1.144.074.983,84 | 36.290.048,69 | -1.142.607,02 | 2.185.535,16 | 1.177.036.890,35 | 332.249.001,10 | 324.691.268,08 |
| 8. Betriebs- und Geschäftsausstattung | 118.961.157,44 | 7.292.745,65 | 0,00 | 3.016.610,75 | 8.841.814,06 | 120.428.699,78 | 81.377.090,45 | 8.324.091,58 | -792.560,57 | 7.060.055,54 | 81.848.565,92 | 38.580.133,86 | 37.584.066,99 |
| 9. Tiere und Pflanzen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| 10. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 122.168.739,06 | 62.720.685,21 | 0,00 | -43.703.567,08 | 179.305,21 | 141.006.551,98 | 7.491,05 | 0,00 | -7.491,05 | 0,00 | 0,00 | 141.006.551,98 | 122.161.248,01 |
| | **3.940.286.871,38** | **115.380.383,40** | **0,00** | **596.439,16** | **19.222.308,33** | **4.037.041.385,61** | **2.168.621.703,34** | **82.908.039,77** | **-4.526.705,67** | **10.177.248,61** | **2.236.825.788,83** | **1.800.215.596,78** | **1.771.665.168,04** |
| | **4.302.834.134,58** | **120.229.325,08** | **0,00** | **1.920.714,93** | **19.741.963,65** | **4.405.242.210,94** | **2.346.004.015,27** | **95.970.768,89** | **-4.526.705,67** | **10.679.209,92** | **2.426.768.868,57** | **1.978.473.342,37** | **1.956.830.119,31** |
| **III. Finanzanlagen** | | | | | | | | | | | | | |
| 1. Anteile an verbundenen Unternehmen | 73.115,33 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 73.115,33 | -1.064.565,64 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | -1.064.565,64 | 1.137.680,97 | 1.137.680,97 |
| 2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen | 4.342.100,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.342.100,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.342.100,00 | 4.342.100,00 |
| 3. Beteiligungen | 81.711.383,19 | 51.000,00 | 0,00 | 374.523,57 | 700,00 | 82.136.206,76 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 82.136.206,76 | 81.711.383,19 |
| 4. Anteile an assoziierten Unternehmen | 1.866.317,24 | 86.849,87 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 1.953.167,11 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 1.953.167,11 | 1.866.317,24 |
| 5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 4.847.512,07 | 150.000,00 | 0,00 | 0,00 | 7.579,23 | 4.989.932,84 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 4.989.932,84 | 4.847.512,07 |
| 6. Sondervermögen, Zweckverbände, AÖR | 29.320.467,97 | 477.503,10 | 0,00 | 781.609,60 | 627.446,05 | 29.952.134,62 | 20.680,28 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 20.680,28 | 29.931.454,34 | 29.299.787,69 |
| 7. Sonstige Wertpapiere des AV | 57.353.570,76 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 57.353.570,76 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 57.353.570,76 | 57.353.570,76 |
| 8. Sonstige Ausleihungen | 268.410,19 | 38.494,80 | 0,00 | 6.397,76 | 32.057,67 | 281.245,08 | 14.268,30 | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 14.268,30 | 266.976,78 | 254.141,89 |
| | **179.782.876,75** | **803.847,77** | **0,00** | **1.162.530,93** | **667.782,95** | **181.081.472,50** | **-1.029.617,06** | **0,00** | **0,00** | **0,00** | **-1.029.617,06** | **182.111.089,56** | **180.812.493,81** |
| **IV. Gesamt** | **4.482.617.011,33** | **121.033.172,85** | **0,00** | **3.083.245,86** | **20.409.746,60** | **4.586.323.683,44** | **2.344.974.398,21** | **95.970.768,89** | **-4.526.705,67** | **10.679.209,92** | **2.425.739.251,51** | **2.160.584.431,93** | **2.137.642.613,12** |

# Gesamt-Forderungsübersicht zum 31.12.2022

| | Gesamtbetrag zum 31.12.2022 | Forderungen davon mit einer Restlaufzeit von | | |
|---|---|---|---|---|
| | | bis zu 1 Jahr | über 1 bis 5 Jahre | mehr als 5 Jahre |
| | *Euro* | *Euro* | *Euro* | *Euro* |
| 1. Öffentlich-rechtliche Forderungen, Forderungen aus Transferleistungen | 35.533.963,79 | 25.417.596,79 | 8.844.416,62 | 1.271.950,38 |
| 2. Privatrechtl. Forderungen aus LuL | 100.581.598,47 | 100.091.560,82 | 482.977,13 | 7.060,52 |
| 3. Forderungen gg. UN, mit denen ein Bet.verhältnis besteht | 1.980.004,07 | 1.980.004,07 | 0,00 | 0,00 |
| 4. Forderungen gg. Den sonstigen öffentlichen Bereich | 2.301.435,28 | 2.301.435,28 | 0,00 | 0,00 |
| 5. Sonstige Vermögensgegenstände | 65.055.792,84 | 65.055.792,84 | 0,00 | 0,00 |
| Wertberichtigungen | -12.832.146,93 | -12.832.146,93 | 0,00 | 0,00 |
| **Gesamtbetrag** | **192.620.647,52** | **182.014.242,87** | **9.327.393,75** | **1.279.010,90** |

# Gesamt-Verbindlichkeitenspiegel zum 31.12.2022

| | Gesamtbetrag zum 31.12.2022 | Verbindlichkeiten davon mit einer Restlaufzeit von | | |
|---|---|---|---|---|
| | | bis zu 1 Jahr | über 1 bis 5 Jahre | mehr als 5 Jahre |
| | *Euro* | *Euro* | *Euro* | *Euro* |
| 1. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahme | 629.810.800,82 | 51.793.994,51 | 151.687.239,17 | 426.329.567,14 |
| 2. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 2.610.962,36 | 80.669,68 | 322.678,72 | 2.207.613,96 |
| 3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen | 14.079.047,91 | 14.038.410,77 | 13.700,00 | 26.937,14 |
| 4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 105.991.546,28 | 105.991.546,28 | 0,00 | 0,00 |
| 5. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | | | | |
| 6. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht | 152.753,16<br>1.472.051,34 | 152.753,16<br>1.472.051,34 | 0,00 | 0,00 |
| 7. Verbindlichkeiten gg. dem sonstigen öffentl. Bereich | 3.342.876,93 | 3.342.876,93 | 0,00 | 0,00 |
| 8. Sonstige Verbindlichkeiten | 43.505.768,45 | 43.366.926,62 | 135.515,83 | 3.326,00 |
| 9. Verbindlichkeiten gg. verbundenen Unternehmen | 0,00 | 0,00 | 0,00 | 0,00 |
| **Gesamtbetrag** | **800.965.807,25** | **220.239.229,29** | **152.159.133,72** | **428.567.444,24** |

# Anlage 9 Kennzahlenberechnung

| | | |
|---|---|---|
| **Aufwandsdeckungsgrad** | = | Ordentliche Erträge x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Eigenkapitalquote 1** | = | Eigenkapital x 100 / Bilanzsumme |
| **Eigenkapitalquote 2** | = | (Eigenkapital + Sopo + Kapitalkonsolidierung) x 100 / Bilanzsumme |
| **Verschuldungsgrad** | = | Fremdkapital x 100 / wirtschaftliches Eigenkapital |
| **Anlagevermögensintensität** | = | Anlagevermögen x 100 / Bilanzsumme |
| **Infrastrukturquote** | = | Infrastrukturvermögen x 100 / Bilanzsumme |
| **Abschreibungsintensität** | = | Bilanz. Abschreibungen auf Anlagevermögen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Investitionsquote** | = | Bruttoinvestitionen x 100 / Abgänge u. Abschreibungen im Anlagevermögen |
| **Anlagendeckungsgrad 2** | = | (Eigenkapital + Sopo Zuwendungen/Beiträge + langfristiges Fremdkapital) x 100 / Anlagevermögen |
| **Liquidität 2. Grades** | = | Liquide Mittel + Kurzfristige Forderungen x 100 / Kurzfristige Verbindlichkeiten |
| **Kurzfristige Verbindlichkeitsquote** | = | Kurzfristige Verbindlichkeiten x 100 / Bilanzsumme |
| **Zinslastquote** | = | Finanzaufwendungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Personalintensität** | = | (Personal- und Versorgungsaufwendungen) x 100 / Ordentliche Aufwendungen |
| **Sach- u. Dienstleistungsintensität** | = | Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen x 100 / Ordentliche Aufwendungen |

TOP Ö 4

KOBLENZ
VERBINDET.

Der Oberbürgermeister

Stadtverwaltung Koblenz – Amt 20 - Postfach 201551 - 56015 Koblenz

Rechnungsprüfungsausschuss
zu Hd. Herrn Vorsitzenden
Marius Jakob

im Hause

Rechnungsprüfungsamt eingegangen
02. Dez. 2024

Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

27.11.2024

Ansprechpartner/in:
Stefan Krämer
Kämmerei und Steueramt
stefan.kraemer@
stadt.koblenz.de

Fon: 0261 129 - 1446
Fon zentral: 0261 129 - 0
Fon zentral aus Koblenz: 115
Fax: 0261 129 - 2050

www.koblenz.de

Ihr Zeichen:

Unser Zeichen:
20

**Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31.12.2022**

Sehr geehrter Herr Jakob,

im Namen des Stadtvorstandes bedanke ich mich für die Übersendung des Berichtes des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Koblenz zum 31.12.2022 sowie die Möglichkeit der Stellungnahme nach § 113 Abs. 4 GemO i. V. m. Ziffer 2.3 der VV zu § 113 GemO.

Zu der nachfolgenden Feststellung im Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses nehme ich gerne wie folgt Stellung:

**2.2 – Unregelmäßigkeiten, Seite 10 f.**

*„Der Rechnungsprüfungsausschuss erwartet, dass alle Beteiligten intensiv dazu beitragen, dass die gesetzliche Vorgabe – Erstellung des Jahresabschlusses bis zum 30.06. des Folgejahres – eingehalten wird, und fordert zum wiederholten Mal, dass zumindest die Vorlage der zukünftigen Jahresabschlüsse deutlich zeitnäher erfolgt. Im Hinblick auf das unverändert bestehende Monitum fordert der Rechnungsprüfungsausschuss daher erneut, konkrete Maßnahmen für eine fristgerechte Erstellung der Jahresabschlüsse und Gesamtabschlüsse zu treffen. Anmerkung: Zum Zeitpunkt der Berichterstellung hat der*

*Rechnungsprüfungsausschuss positiv zur Kenntnis genommen, dass erstmals seit der Einführung der Doppik in 2009 eine fristgerechte Erstellung des Jahresabschlusses für den Etat 2023 durch die Gesamtverwaltung erreicht wurde."*

Es ist das Ziel der Verwaltung, die Terminsituation im Jahresabschluss nachhaltig zu verbessern. Insofern besteht die Absicht, die eingetretene Verzögerung in den folgenden Jahren durch entsprechenden Mehreinsatz der betroffenen Stellen zu reduzieren. Im Vergleich zum Fertigstellungszeitpunkt des Vorjahres wurde in 2022 eine weitere geringfügige Verkürzung der Aufstellungszeit des Jahresabschlusses realisiert. Um eine nachhaltige Verbesserung zu erreichen, wurde im Laufe des Jahres 2023 zwischen den Ämtern 14/Rechnungsprüfungsamt und 20/Kämmerei und Steueramt eine grundsätzliche Aufbereitung des Jahresabschlussprozesses vorgenommen. Hier erfolgte zunächst eine Prozessaufnahme aller bestehenden Einzeltätigkeiten sowie eine Darstellung aller Zusammenhänge und aufeinander aufbauender Prozesse und Handlungsabfolgen. Anschließend wurde ein idealtypischer Zeitplan für die Fertigstellung aller Einzelprozesse erstellt, deren Einhaltung eine fristgerechte Aufstellung des Jahresabschlusses zum 30. Juni des Haushaltsfolgejahres ermöglicht. In der Folge wurde dieser Zeitplan durch Stadtvorstandsbeschluss für alle Fachdienststellen der Verwaltung für bindend erklärt beginnend ab dem Jahresabschluss 2023. Amt 20/Kämmerei und Steueramt hat auf dieser Grundlage unter regelmäßiger Begleitung durch Amt 14/Rechnungsprüfungsamt die Einhaltung aller Fristen der Einzelprozesse eingefordert und sichergestellt. Im Einvernehmen mit Amt 10/Amt für Personal und Organisation wurde darüber hinaus für die betroffenen Mitarbeitenden der Finanzbuchhaltung bei Amt 20/Kämmerei und Steueramt eine Anordnung dauerhafter Mehrarbeit erwirkt und auch signifikant wahrgenommen. Durch die Summe dieser Maßnahmen bleibt äußerst positiv festzustellen, dass es der Verwaltung erstmals seit Einführung des aktuellen kommunalen Haushaltsrechts gelungen ist, für das Haushaltsjahr 2023 eine Aufstellung des Jahresabschlusses vor Ablauf des 30. Juni 2024 zu erreichen.

Ein weiteres Ergebnis der obigen Aufgabenanalyse ist die Einleitung eines mittelfristigen Prozesses der Optimierung, Verschlankung und Verkürzung der Jahresabschlussprozesse selbst. Die weit überwiegende Zahl dieser Optimierungen bedeuten eine Vorverlagerung von Jahresabschlussprozessen in den Bereich des laufenden Haushaltsvollzuges oder einen kompletten Wegfall bestimmter Einzelprozesse. Auch dies trägt maßgeblich zu einer Verkürzung der Aufstellungsphase bei. So wurden in der Folge bereits Teilprojekte gestartet, um z. B. den Prozess der internen Leistungsverrechnung oder der zu aktivierenden Eigenleistungen zu verändern und zu vereinfachen.

Weitere Zielsetzung der Gesamtverwaltung ist es, die Qualität aller notwendigen Zuarbeiten der Fachämter zu verbessern, um die Zielerreichung ebenfalls signifikant zu erhöhen. In Bezug auf den Jahresabschluss 2022 ist anzumerken, dass weiterhin umfangreiche Nacharbeiten und Korrekturtätigkeiten des aufstellenden Amtes 20/Kämmerei und Steueramt notwendig waren, um die Datenqualität auf dem vorliegenden hohen Niveau zu erhalten, was jedoch die Zeitschiene der Aufstellung negativ beeinflusste. Mit den betroffenen Fachämtern wurden bereits beginnend ab dem Vorjahr Maßnahmen eingeleitet, mit denen eine Qualitätsverbesserung im Rahmen der laufenden Haushaltsplanung und Buchführung erreicht werden soll. Gleiches gilt auch für die Rechnungswesenprozesse und Geschäftsvorfälle mit Bezug zu den Eigenbetrieben der Stadt Koblenz. Auch hier fanden bereits seit dem Vorjahr Abstimmungen statt, die eine nachhaltige Verbesserung der Termintreue sowie der Qualität der Geschäftsvorfälle zum Ziel haben. Naturgemäß werden diese Maßnahmen jedoch erst sukzessive in den nächsten Jahren eine positive Wirkung entfalten.

Abschließend freue ich mich festzustellen, dass die Prüfung des Jahresabschlusses 2022 durch den Rechnungsprüfungsausschuss zu keinen Einwendungen geführt hat und nach der Beurteilung des Rechnungsprüfungsausschusses der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht und unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den

tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt Koblenz vermittelt.

Mit freundlichen Grüßen

David Langner

KOBLENZ VERBINDET.

# Beschlussvorlage

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vorlage: **BV/0649/2024** | | | | | | | Datum: 20.11.2024 | |
| **Dezernat 1** | | | | | | | | |
| Verfasser: | 14-Rechnungsprüfungsamt | | | | | | Az.: | |
| **Betreff:**<br>**Festlegung der Prüfungsschwerpunkte des Rechnungsprüfungsausschusses** | | | | | | | | |
| Gremienweg: | | | | | | | | |
| 11.12.2024 | Rechnungsprüfungsausschuss<br><br>TOP öffentlich | | einstimmig<br>abgelehnt<br>verwiesen | | mehrheitl.<br>Kenntnis<br>vertagt | | ohne BE<br>abgesetzt<br>geändert | |
| | | | Enthaltungen | | | | Gegenstimmen | |

**Beschlussentwurf:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss beschließt folgende Prüfungsschwerpunkte für das Haushaltsjahr 2023:

Jahresabschluss

1. Prüfung des Anlagevermögens: Neubau Feuerwache III - Bubenheim Projekt Z371007
2. Betrachtung der Auswirkungen des neuen Kommunalen Finanzausgleichs (KFA)

Revision

3. Musikschule: Gebührenerhebung gemäß Musikschulgebührensatzung
4. § 2 b Umsatzsteuergesetz: Stand der verwaltungsinternen Vorbereitungsarbeiten

**Begründung:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt im Rahmen seiner Aufgaben Schwerpunktprüfungen vor. Die Prüfungsergebnisse fasst der Ausschuss in seinem Prüfbericht zusammen.

Dem Rechnungsprüfungsausschuss werden in Abstimmung mit dem Ausschussvorsitzenden die im Beschlussentwurf unter den Nr.1 - 4 aufgezählten Themenbereiche für Schwerpunktprüfungen vorgeschlagen.

KOBLENZ VERBINDET.

TOP Ö 8

# Beschlussvorlage

| | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Vorlage: **BV/0648/2024** | | | | | | | Datum: 20.11.2024 | |
| **Dezernat 1** | | | | | | | | |
| Verfasser: | 14-Rechnungsprüfungsamt | | | | | | Az.: | |
| **Betreff:**<br>**Arbeitskreis "Vergabe" Besetzung** | | | | | | | | |
| Gremienweg: | | | | | | | | |
| 11.12.2024 | Rechnungsprüfungsausschuss<br><br>TOP öffentlich | ☐ | einstimmig | ☐ | mehrheitl. | ☐ | ohne BE | |
| | | ☐ | abgelehnt | ☐ | Kenntnis | ☐ | abgesetzt | |
| | | ☐ | verwiesen | ☐ | vertagt | ☐ | geändert | |
| | | ☐ | Enthaltungen | ☐ | Gegenstimmen | | | |

**Beschlussentwurf:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss wählt im Wege offener Abstimmung folgende Personen in den Arbeitskreis „Vergabe“:

1. _____
2. _____
3. _____
4. _____
5. _____

**Begründung:**

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in der Vergangenheit immer einen Arbeitskreis zur Prüfung von Vergaben eingerichtet. Gleiches soll auch für die Prüfung des Jahresabschlusses 2023 erfolgen.